

Kasseler Personalschriften

Band 7

Dagmar Bussiek, Simona Göbel (Hrsg.)

Kultur, Politik und Öffentlichkeit

Festschrift für Jens Flemming

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

ISBN print: 978-3-89958-688-6

ISBN online: 978-3-89958-689-3

URN urn:nbn:de:0002-6893

2009, kassel university press GmbH, Kassel

www.upress.uni-kassel.de

Umschlaggestaltung: Jörg Batschi Grafik Design, Kassel

Umschlagbild: Titelblatt der Zeitschrift „Das Karusell“ 1. Jg. Folge 1 (1946)

von Arnold Bode, Kassel

Druck und Verarbeitung: Digital Print Group, Erlangen

Printed in Germany

Inhalt

5 Vorwort

Teil 1: Öffentlichkeit in der Vormoderne

- 13 Alkibiades und die athenische Öffentlichkeit
DOROTHEA ROHDE
- 35 Die Standeserhebung des Rechtsprofessors Bartolomeo Cipolla.
Venedig auf dem Reichstag von Regensburg 1471 und die Türkengefahr
INGRID BAUMGÄRTNER
- 68 Paraguay als Argument. Die europäische Debatte über Freiheit
und Gehorsam im 18. Jahrhundert
RENATE DÜRR
- 84 Rechtsgeschichte – Mediengeschichte. Zur Bedeutung der juristischen
Fachzeitschrift als Steuerungs- und Orientierungsmedium für
Rechtsverständnis und Rechtspraxis im 18. Jahrhundert
WERNER FAULSTICH
- 97 Was geschah mit den Schädeln Jastrams und Schnitgers?
Anmerkungen zur Vergangenheitspolitik des Hamburger
Rats im 18. Jahrhundert aus aktuellem Anlass
MANFRED ASENDORF
- 114 Dorothea Friderika Baldinger (1743-1786). Eine „Intellektuelle“
der Aufklärung?
HEIDE WUNDER

Teil 2: Der Siegeszug der Öffentlichkeit im „langen“ 19. Jahrhundert

- 134 „Option gegen den Westen“. Anfänge eines politischen
Schlüsselworts zwischen Revolution und „Neuer Ära“
in Preußen
BARBARA VOGEL
- 156 Die Zaunkönige des Verfassungssystems. Kleinstaaten im
Föderalismus des frühen Deutschen Kaiserreichs
MARKUS BERNHARDT

- 170 Kaiser-Wilhelm-Denkmal kontra Säuglingsheim.
Wohlfahrtseinrichtungen in Heinrich Manns Kaiserreich-
Trilogie
CHRISTINA VANJA
- 185 Ehe, „Freie Liebe“, Prostitution. Sexualethische Debatten
und Kontroversen in der bürgerlichen Frauenbewegung
um 1910
KERSTIN WOLFF
- 201 „Erziehung zu geschichtlichem Denken“ bei Gerhard Ritter.
Aus der Frühzeit eines „Nationalpädagogen“ als
Geschichtsdidaktiker in Kassel
ULRICH MAYER
- 215 Die athenische Demokratie in Schulbüchern des kaiserlichen
Deutschlands unter Wilhelm II.
BJÖRN ONKEN
- 230 Kolonialismus im völkischen Diskurs
UWE PUSCHNER

Teil 3: Öffentlichkeit in Krise und Umbruch: Vom Ersten Weltkrieg bis zur doppelten deutschen Staatsgründung

- 244 Face à l'«Allemagne éternelle». Maurras et l'Allemagne
de la naissance de l'Action française à la Première Guerre mondiale
(mit deutscher Zusammenfassung)
MICHEL GRUNEWALD
- 266 Die „Deutsche Zeitung“ 1917-1918. Präfaschistische Öffentlichkeit
am Ende des Kaiserreiches
DIRK STEGMANN
- 289 Medienkritik und Kulturprotestantismus. Buch- und Filmkritik
in der „Christlichen Welt“ der Weimarer Republik
HANS MANFRED BOCK
- 323 „Zedakah“. Ein Spiegel der jüdischen Wohlfahrt in der
Weimarer Republik
SIMONA GÖBEL
- 339 „Das Ethos reiner Fraulichkeit“. Die „Frankfurter Zeitung“ und die
Rolle der Frau im Nationalsozialismus
DAGMAR BUSSIEK

- 355 „Die Tochter des Samurai“. Deutsch-japanische Filmproduktionen in der NS-Zeit
HANS-JOACHIM BIEBER
- 378 „Das Karussell“. Eine literarische Zeitschrift der Nachkriegszeit
DIETFRID KRAUSE-VILMAR
- 391 Erinnerungen an eine untergegangene Welt: Eva Ehrenberg
HELMUTH SCHNEIDER

Teil 4: Zwei deutsche „Öffentlichkeiten“? Bundesrepublik und DDR 1949-1989

- 410 „Schicksalsfragen der Gegenwart“ (1957-1961). Ein Sammelwerk der Inneren Führung der Bundeswehr als Schlüsseldokument einer Sozialgeschichte der Ideen in der Bundesrepublik
AXEL SCHILDT
- 428 Fußball, Politik und Identität an der Saar nach dem Zweiten Weltkrieg. – Was heißt und zu welchem Ende studiert man Sportgeschichte?
DIETMAR HÜSER
- 446 „Mit Hut, Charme und Diplomatie.“ Zum Verhältnis von Weiblichkeit und Öffentlichkeit, Integration und Partizipation in der direkten Nachkriegszeit: Die Regierungspräsidentin Theanolte Bähnisch (1899-1973)
NADINE FREUND
- 465 Um gleiche Chancen für Schiene und Straße. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesbahn in den 1950er Jahren
FLORIAN CEBULLA
- 482 Der Journalist als Politiker. Die Polen-Berichterstattung von Hansjakob Stehle und die Anfänge der „Neuen Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland
GUIDO THIEMEYER
- 497 Die SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Ihre Beurteilung durch die deutsche(n) Geschichtswissenschaft(en)
MIRJAM SACHSE
- 513 Hermann Henselmann. Architektur und Öffentlichkeit im sozialistischen Deutschland
MARTIN BOBER

Teil 5: Geschichte und Gesellschaft im öffentlichen Diskurs

- 527 Der Nachbau des Berliner Schlosses. Ein Lehrstück über den öffentlichen Umgang mit Geschichte
GERHARD HENKE-BOCKSCHATZ
- 542 Alte Geschichte und „neue“ Historiker in Israel
MOSHE ZIMMERMANN
- 556 Antisemitismus: links, rechts und in der Mitte
EIKE HENNIG
- 575 Der öffentliche Umgang mit der NS-Vergangenheit am Beispiel des Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers Breitenau
GUNNAR RICHTER
- 592 Anti-Soziologie
JOHANNES WEIß
- 603 Europas mühsame Suche nach einer Verfassung. Hilfe aus Australien?
HORST DIPPEL
- 620 Making History. Überlieferungsbildung und Geschichtsschreibung
PAULINE PUPPEL
- 635 Bibliographie von Jens Flemming
- 647 Über die Autorinnen und Autoren
- 658 Tabula gratulatoria

Vorwort

Am 30. Juni 2009 vollendet der Historiker Jens Flemming sein 65. Lebensjahr. Jens Flemming war seit 1992 als Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kassel tätig. Das in diesem Band abgedruckte Verzeichnis seiner Publikationen zeigt die Breite seines wissenschaftlichen Werks, in dessen Zentrum Themen der politischen Geschichte, der Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte im deutschsprachigen Raum standen und stehen. Besonders erwähnenswert sind seine Arbeiten zur Agrargeschichte und zur Geschichte ländlicher Räume, zum preußisch-deutschen Konservatismus, zur deutsch-jüdischen Geschichte, zur Kasseler Stadtgeschichte sowie zur Presse-, Intellektuellen-, Milieu- und Netzwerkforschung. Im universitären Alltag hat er sich durch sein Engagement für die Anleitung und Betreuung von Studierenden und Doktoranden, durch seine anregenden Seminare und Vorlesungen großer Beliebtheit erfreut. Auch die Herausgeberinnen dieses Bandes haben über viele Jahre von seiner wissenschaftlichen Begleitung profitieren dürfen. Unter den Autorinnen und Autoren befinden sich Weggefährten, Kollegen und Schüler des Jubilars aus vier Jahrzehnten.

Geboren 1944 im schlesischen Glogau, aufgewachsen in Niedersachsen, studierte Jens Flemming von 1965 bis 1970 die Fächer Geschichte, Germanistik, Pädagogik und Philosophie an der Universität Hamburg. Dort legte er sein Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab und promovierte 1976 bei Fritz Fischer und Klaus Saul mit einer Studie über „Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925“. Die Habilitation erfolgte 1989 an der Universität Oldenburg. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Assistent in Hamburg und Privatdozent in Oldenburg, als Gastprofessor in Bielefeld und Kassel sowie als Wissenschaftlicher Angestellter in Lüneburg erfolgte 1992 sein Ruf auf die Professur für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kassel im Fachbereich 05 / Gesellschaftswissenschaften. Jens Flemming ist Mitglied der Heinrich-Mann-Gesellschaft, der Theodor-Fontane-Gesellschaft, der Gesellschaft für Agrargeschichte, der Historischen Kommission für Hessen und des Vereins Zeughaus / Kassel, ferner Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung und Leiter der Informationsstelle zur

Geschichte des Nationalsozialismus in Nordhessen, einer Einrichtung der Universität Kassel.

Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war Jens Flemming lange Zeit journalistisch tätig; als freier Autor arbeitete er für Rundfunk (Deutschlandfunk, HR, NDR und WDR), Fernsehen (HR, NDR, WDR und ARTE), Zeitungen („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, „Frankfurter Rundschau“, „Tagesspiegel“) und Zeitschriften (u.a. „Archiv für Sozialgeschichte“, „Argument“ und „Journal für Geschichte“). Diese Erfahrungen mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass die Geschichte von Medien und ihre Bedeutung als konstituierendes Element von Öffentlichkeit ein Thema ist, das in seiner Forschungstätigkeit einen bedeutenden Platz einnimmt. So war er seit den neunziger Jahren regelmäßig an interdisziplinären Kolloquien beteiligt, die am *Centre d'étude sur les périodiques de langue allemande* der Universität Metz stattfanden und die Forschung über deutsche Presseorgane (Schwerpunkt: Kulturzeitschriften) und die mit ihnen verbundenen sozialen Milieus und intellektuellen Netzwerke zum Gegenstand hatten. Diesem Forschungsschwerpunkt ist das Thema des vorliegenden Bandes geschuldet, der sich mit unterschiedlichen Ausdrucksformen und Aspekten von Öffentlichkeit in Geschichte und Gesellschaft beschäftigt.

Der Begriff „Öffentlichkeit“ ist verhältnismäßig jung; er entstand erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und erlebte seinen Siegeszug in Folge der Aufklärung. In Deutschland wurde er in der Zeit des Vormärz und insbesondere im Zuge der Revolution von 1848 zum politischen Kampfbegriff des Liberalismus, der die praktische Umsetzung des Vernunftanspruches der Aufklärung implizierte und als Garant einer Demokratisierung der ständischen Gesellschaft gefeiert wurde. Die freie Entfaltung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im Sinne einer ungehinderten politischen Teilhabe des Bürgertums sollte nicht nur bürgerliche Rechte sichern, sondern war auch gleichbedeutend mit der Chance auf eine erweiterte Partizipation an dem transparenter gewordenen Prozess der politischen Debatte. In diesem Sinne wurde Öffentlichkeit als Kontrollinstanz des politischen Geschehens interpretiert. Mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung im Zuge der Industrialisierung bildete sich dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine spezifische proletarische Öffentlichkeit heraus. Öffentlichkeit wurde zunehmend ubiquitär, zerfiel zugleich in Teilöffentlichkeiten mit

jeweils eigener Sprache und eigenem kulturellem Habitus, sie wurde – nicht zuletzt in den totalitären Systemen, die das 20. Jahrhundert so stark geprägt haben – zweckgerichtet inszeniert und der Legitimation von politischen Machtkartellen und Diktaturen unterworfen, sie ist Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse in unterschiedlichen Disziplinen und ist, um Jens Flemming zu zitieren, bis heute „Idealtyp und Realkategorie zugleich“ (Nivellierung und Fragmentierung, 1993, S. 48).

Die Basis von Öffentlichkeit im modernen Sinne des Wortes ist die weite Verbreitung von Nachrichten und Neuigkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Sport usw. und deren reflektierte Aufnahme und Diskussion durch ein entsprechend interessiertes und gebildetes Publikum. Als wichtigstes Mittel dient dabei die Publizistik in Form von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, in jüngster Zeit in immer stärkerem Maße ergänzt, partiell auch verändert und abgelöst durch das Internet. Da sich der größte Teil der Beiträge in diesem Band auf das 19. und 20. Jahrhundert konzentriert – auf jene Epochen, in denen Jens Flemmings wissenschaftliche Arbeit sistiert ist –, ergab es sich von selbst, dass im Mittelpunkt zahlreicher Aufsätze die Analyse von gedruckten Medien steht. So beschäftigt sich DIRK STEGMANN mit der „Deutschen Zeitung“ als Kampfblatt der nationalistischen, „alldeutschen“ Rechten in den beiden letzten Jahren des Kaiserreiches, HANS MANFRED BOCK analysiert die Buch- und Filmkritik in der kulturprotestantischen Wochenschrift „Die Christliche Welt“ in der Weimarer Republik, und DIETFRID KRAUSE-VILMAR untersucht die in Kassel zwischen 1946 und 1948 erschienene literarische Monatsschrift „Das Karussell“ unter besonderer Beachtung ihrer Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Auch die Herausgeberinnen des Bandes haben Presseorgane ins Zentrum gerückt: SIMONA GÖBEL thematisiert die jüdische Wohlfahrtspresse in der Weimarer Republik unter besonderer Beachtung ihres Leitperiodikums „Zedakah“; DAGMAR BUSSIEK beleuchtet das Frauenbild der traditionell bürgerlich-liberalen „Frankfurter Zeitung“ und ihre Auseinandersetzung mit der Rolle der Frau im Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1943. Einen interessanten Ansatz präsentiert MIRJAM SACHSE, die sich weniger mit der Geschichte der von 1891 bis 1923 erschienenen sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die

Gleichheit“ selbst als vielmehr mit ihrer Rezeption in den beiden deutschen Staaten nach 1949 befasst.

Auch in zahlreichen Beiträgen, in denen Zeitungen und Zeitschriften nicht unmittelbar im Zentrum stehen, sind sie als historische Quelle herangezogen worden. BARBARA VOGEL fand für ihre Untersuchung über die Anfänge des politischen Schlüsselworts „Westen“ zwischen Revolution und „Neuer Ära“ in Preußen reiches Material in den beiden konservativen Organen „Preußisches Wochenblatt“ und „Neue Preußische Zeitung“ („Kreuzzeitung“). UWE PUSCHNER betont in seinen Ausführungen zum völkischen Weltanschauungsdiskurs in Deutschland die entscheidende Bedeutung von Zeitschriften als Foren der Meinungsbildung und Propaganda unter besonderer Beachtung des von 1902 bis 1940 erschienenen „Hammer“. FLORIAN CEBULLA hat seiner Untersuchung über Verkehrspolitik und die Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Bundesbahn in den 1950er Jahren das offizielle DB-Periodikum „Die Bundesbahn“ zugrunde gelegt. Einen doppelten Bezug zum Thema Presse hat der Aufsatz von NADINE FREUND über die Regierungspräsidentin Theanolte Bähnisch: Zum einen ist hier aufschlussreich, wie die Medien in der Nachkriegszeit und jungen Bundesrepublik mit der Tatsache umgingen, dass ein hohes Verwaltungsamt von einer Frau ausgeübt wurde; zum anderen trat Bähnisch auch publizistisch in Erscheinung, insbesondere ab 1948 als Herausgeberin der Zeitschrift „Stimme der Frau“. Die Rolle des Journalisten als Akteur auf der internationalen Bühne verdeutlicht GUIDO THIEMEYER am Beispiel von Hansjakob Stehle, der mit seiner Arbeit für Presse, Funk und Fernsehen zu einer Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung Polens in der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre beigetragen hat. Mit dem französischen Monarchisten und Nationalisten Charles Maurras hat auch MICHEL GRUNEWALD einen Publizisten und dessen Werk in den Mittelpunkt gerückt. Das Medium Film steht im Zentrum der innovativen Abhandlung von HANS-JOACHIM BIEBER über deutsch-japanische Koproduktionen in der NS-Zeit – ein weitgehend in Vergessenheit geratenes Kapitel nationalsozialistischer Kulturpolitik und Propaganda.

Neben den bisher genannten medialen Ausdrucksformen findet öffentliche Meinung ihren Platz in Büchern, Broschüren und schriftlichen Arbeiten aller Art, auch in der Belletristik. Ein 1909 publizierter Sammelband mit dem Titel „Frauenbewegung und Sexualethik“ bildet die Grundlage für KERSTIN WOLFFS Untersuchung der Debatten

und Kontroversen über Fragen von Ehe, Sexualität und Prostitution in der bürgerlichen Frauenbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts. Die zwischen 1957 und 1961 erschienene mehrbändige Publikation „Schicksalsfragen der Gegenwart“, die in erster Linie eine geistige Orientierung für Offiziere der Bundeswehr, aber auch darüber hinaus für eine interessierte Meinungselite bieten sollte, wird von AXEL SCHILDT als „Schlüsseldokument einer Sozialgeschichte der Ideen in der Bundesrepublik“ gewertet und analysiert. Die Aussagekraft von Schulbüchern als Quelle für Kultur- und Mentalitätsgeschichte betont BJÖRN ONKEN, der anhand des zeitgenössischen Unterrichtsmaterials einen Blick auf die Darstellung der athenischen Demokratie im wilhelminischen Deutschland gewährt. Eine pädagogische Seminararbeit des später bedeutenden Historikers Gerhard Ritter aus der Zeit seines Referendariats am Kasseler Friedrichsgymnasium 1912/13 bietet die Quellenbasis für den Beitrag von ULRICH MAYER – die kleine Schrift war in den 1990er Jahren durch Zufall wieder ans nordhessische Tageslicht gekommen und wird hier erstmals ausgewertet. Auch HELMUTH SCHNEIDER entwickelt in seinem Aufsatz über Eva Ehrenberg, die in Kassel aufgewachsene Ehefrau des Althistorikers Victor Ehrenberg, die im „Dritten Reich“ mit ihrer Familie in die Emigration getrieben wurde, regionalhistorische Bezüge zu jener Stadt, in der Jens Flemming viele Jahre als Hochschullehrer gewirkt hat; Ausgangspunkt sind Eva Ehrenbergs 1963 publizierte Erinnerungen. Einen ganz besonderen Ansatz hat CHRISTINA VANJA gewählt: Sie untersucht die Rolle von Wohltätigkeitseinrichtungen in Heinrich Manns Kaiserreich-Trilogie und verbindet damit einen persönlichen historischen Forschungsschwerpunkt mit dem literarischen Werk eines Schriftstellers, der zu den Lieblingsautoren des Jubilars zählen dürfte.

Wenn der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung als politischer Faktor mit dem Prozess der Aufklärung und dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft im „langen“ 19. Jahrhundert zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg verschwistert war, so ist zu fragen, ob und – wenn ja – in welchen Erscheinungsformen „Öffentlichkeit“ in vormodernen Gesellschaften konstatiert werden kann, die weder eine moderne (Massen-)Presse noch die Dichotomie des Begriffspaares „öffentlich“ und „privat“ kannten. Wichtige Ansätze zur Klärung leisten hier DOROTHEA ROHDE, die sich anhand eines ausgewählten Beispiels mit der Polis-Öffentlichkeit im klassischen Athen befasst, INGRID BAUMGÄRTNER, die mit

dem Reichstag von Regensburg 1471 ein Forum mittelalterlicher Öffentlichkeit beleuchtet, RENATE DÜRR mit einem Beitrag über die europäische Debatte zu Freiheit und Gehorsam im 18. Jahrhundert, WERNER FAULSTICH mit seinen Ausführungen über die Bedeutung der juristischen Fachzeitschrift für das Rechtsverständnis und die Rechtspraxis im 18. Jahrhundert und HEIDE WUNDER mit ihrer Analyse der Schriften einer weiblichen „Intellektuellen“ in der Aufklärung. Indem MANFRED ASENDORF Aspekte der Hamburger Geschichte in der Frühen Neuzeit thematisiert, lenkt er den Blick auf jene Stadt, die für Jens Flemming seit seinen Studienjahren persönlicher Lebensmittelpunkt ist.

Geschichte und Geschichtsvermittlung finden in der Öffentlichkeit nicht nur in den Medien sowie im Schulunterricht ihren Raum. Die Vorgeschichte, Entstehung und das Wirken einer Gedenkstätte beschreibt in diesem Band GUNNAR RICHTER am Beispiel des ehemaligen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers Breitenau in Nordhessen. PAULINE PUPPEL setzt sich unter dem prägnanten Titel „Making History“ mit der Rolle des Archivs und des Archivars im Prozess von „Überlieferungsbildung und Geschichtsschreibung“ auseinander. Wie eng politische, kulturelle und kulturpolitische Diskurse der Gegenwart mit historischen Fragen verbunden sein können, zeigen GERHARD HENKE-BOCKSCHATZ mit seiner pointierten Stellungnahme zum Neu- bzw. Nachbau des Berliner Schlosses, EIKE HENNIG mit einer empirischen Studie über Antisemitismus in der Bundesrepublik sowie HORST DIPPEL mit einem Aufsatz, der eine etwaige Vorbildfunktion Australiens für den Prozess der europäischen Einigung thematisiert. Dass die aktuelle politische Diskussion um eine Reform des Föderalismus dagegen in frappierendem Maße ahistorisch geführt wird, konstatiert MARKUS BERNHARDT in seinen Ausführungen zum Föderalismus des Kaiserreiches. DIETMAR HÜSER zeichnet die Rolle des saarländischen Fußballs zwischen 1945 und 1955 im Spannungsfeld von Sport, Politik und (Nachkriegs-) Öffentlichkeit nach. Einen Beitrag zur Geschichte der wissenschaftlichen Disziplin Soziologie leistet JOHANNES WEIß. In welchem Maße Diskurse, die originär innerhalb der historischen Zunft stattfinden oder zumindest dort beginnen, die Öffentlichkeit mobilisieren und sogar entzweien können, belegt eindrucksvoll MOSHE ZIMMERMANN mit seinen Darlegungen zum israelischen Historikerstreit seit den 1980er Jahren. Die Frage nach Existenzmöglichkeiten und Erscheinungsformen von „Öffentlichkeit“ in

totalitären Systemen thematisiert MARTIN BOBER anhand einer architekturpolitischen Auseinandersetzung in der ehemaligen DDR.

Es ist den Herausgeberinnen eine große Freude, jenen Personen wie Institutionen zu danken, die die Fertigstellung und Drucklegung dieses Bandes hilfreich begleitet und uns bei der Umsetzung unserer Ideen in die Praxis zur Seite gestanden haben. Die Veröffentlichung wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, des LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN, der DEUTSCH-ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT E.V. / ARBEITSGEMEINSCHAFT KASSEL sowie der FAZIT-STIFTUNG der „FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG“; freundliche Spenden von privater Seite erhielten wir von HORSTMAR BUSSIEK, BJÖRN ONKEN und KLAUS-DIETER WEBER. Die Anregung für das Titelbild des Buches, das ein Werk des Begründers der Kasseler „documenta“ ARNOLD BODE zeigt, stammt von DIETFRID KRAUSE-VILMAR; es findet sich im Abdruck auch in der ersten Ausgabe der von ihm untersuchten Literaturzeitschrift „Das Karussell“ und wurde uns freundlich von der Tochter Bodes, NELE RIEHLE, zur Verfügung gestellt. Unser Dank gilt ferner GISLINDE WAGNER für ihre Mitwirkung im Sekretariat, ROLAND AHRENDT, SVENJA HANDKE-ZECH und NADJA SEIBERT für organisatorische Hilfe sowie – last not least – BEATE BERGNER und SUSANNE SCHNEIDER vom Verlag Kassel University Press für die gelungene Zusammenarbeit.

Kassel, im Frühjahr 2009,
Dagmar Bussiek, Simona Göbel

Teil 1:

Öffentlichkeit in der Vormoderne

Alkibiades und die athenische Öffentlichkeit

1. Moderne Begriffe und antike Phänomene

Die Benutzung moderner Begriffe für antike Phänomene wirft nicht selten Verständnisprobleme auf, wenn mit modernen Ausdrücken Assoziationen verbunden sind, die auf antike Verhältnisse nicht im gleichen Maß zutreffen. Deutlich wird dies beispielsweise am Begriff der Demokratie (*demokratía*): Die Macht des Volkes – so die wörtliche Übersetzung – lag im klassischen Athen, anders als es unser heutiges Demokratieverständnis impliziert, nur bei einem Teil der athenischen Bevölkerung; seit 451 v. Chr. waren nur freie Männer, die von einem athenischen Bürger und einer athenischen Bürgerin abstammten und den Ephebendienst (eine Art zweijähriger Wehrdienst) absolviert hatten, an der politischen Entscheidungsfindung, an der Verwaltung des Gemeinwesens und an der Verabschiedung sowie Ausführung von Gesetzen beteiligt.

Neben diesen „falschen Freunden“ gibt es aber auch moderne Begriffe, die in den antiken Sprachen keine Entsprechung besitzen wie etwa „Mittelklasse“. Denn das Entstehen einer Mittelklasse ist eine moderne Erscheinung. Gleichwohl lässt sich eine Schicht, die weder zu den Reichsten noch zu den Ärmsten gehörte, selbstverständlich auch in der Antike finden. So bezeichnete bereits Aristoteles diese als „die Mittleren“.¹ Es gibt also vergleichbare Phänomene, für die wir moderne Termini benutzen und für die es keine wörtliche Entsprechung in den antiken Sprachen gibt. Zu dieser Gruppe von Begriffen zählt auch der Ausdruck „Öffentlichkeit“.

2. Öffentlichkeit in der Antike

Der Begriff „Öffentlichkeit“ – und damit verbunden „öffentliche Meinung“ – ist verhältnismäßig jung: Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich aus

¹ Aristot. pol. 1295b 1–3.

„öffentlich“ das Substantiv „Öffentlichkeit“.² Voraussetzung hierfür war einerseits eine Bedeutungsverschiebung, die im Laufe des 17. Jahrhunderts „öffentlich“ durch die Ausbildung des modernen Staatsrechts die Bedeutungsnuance „staatlich“ beilegte.³ Andererseits wurde die Öffentlichkeit als Folge der Aufklärung aufgewertet und als ein politischer Faktor interpretiert.⁴ Eine solchermaßen verstandene Öffentlichkeit wird nahezu als Person gedacht, der es möglich ist, eine (öffentliche) Meinung zu bilden und somit als Kontrollinstanz von politischen Geschehen zu fungieren.⁵ Grundlegend für die Bildung öffentlicher Meinung ist die weite Verbreitung von Neuigkeiten⁶, die Diskussion von Politik in den Medien und ein reflektiertes Lesepublikum, das geradezu mit Öffentlichkeit gleichgesetzt wird.⁷

Daraus ergibt sich, dass in unserer Zeit das wichtigste Mittel für die Bildung einer öffentlichen Meinung die Publizistik ist. Vor dem Aufkommen des Fernsehens und des Internets stellten die gedruckte Medien die notwendige Voraussetzung für eine Meinungsbildung dar. Dementsprechend wurde vorgetragen, dass in der Antike eine so verstandene Öffentlichkeit nicht existierte. Die weite Verbreitung schriftlicher Reflexion von Politik – in Form von literarischen Werken philosophischen und poetischen Inhaltes, Reden, Denkschriften und amtlichen Texten⁸ – war technisch (aufgrund der manuellen Textvervielfältigung) stark begrenzt.⁹ Auch die eingeschränkte Lesefähigkeit – handschriftliche Manuskripte stellten erhebliche Anforderungen an den Leser – und die hohen Kosten der Bücher verhinderten eine publizistische Auseinandersetzung mit der Tagespolitik. Finley kommt daher zu dem

² Vgl. Lucian Hölscher: Öffentlichkeit, in: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413-467, hier S. 413.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Vgl. Armin Eich: Politische Literatur in der römischen Gesellschaft. Studien zum Verhältnis von politischer und literarischer Öffentlichkeit in der späten Republik und frühen Kaiserzeit (Passauer Historische Forschungen 11), Köln u. a. 2000, S. 6. Vgl. auch Claude Nicolet: *Le métier de citoyen dans la Rome républicaine*, Paris 1976, S. 479.

⁶ Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 18.

⁷ Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 6.

⁸ Vgl. zu den publizistischen Genera in der Antike Eich (wie Anm. 5), S. 23ff.

⁹ Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 11. – In diesem Zusammenhang betonte vor allem Finley, dass in der Antike die Anzahl der Exemplare von einzelnen Büchern (so genannte Auflage) sehr gering war. In erster Linie wandten sich Werke, so Finley, an Berufsphilosophen und Intellektuelle. Vgl. Moses I. Finley: *Democracy. Ancient and Modern*, 2. Auflage, London 1985, S. 153f.

Urteil: „Books and pamphlets played no real part in effecting or moulding public opinion, even in élite circle.“¹⁰

Nach Finley trug antike Publizistik also nicht zur Ausbildung einer öffentlichen Meinung bei. Zwar nahm das Lesen von Literatur eine propädeutische Funktion wahr¹¹, da es den zentralen Bestandteil des grammatischen Unterrichts darstellte, doch übten die Vervielfältigung und Verbreitung von literarischen Arbeiten offensichtlich nicht die Aufgabe aus, öffentliche Meinung zu lenken. Denn, wie Eich herausarbeitete, lässt sich weder eine Rezeption von fremden Ideen oder Theorien noch eine Bezugnahme auf eigene Stellungnahmen feststellen. Eich kommt daher zu dem Schluss, dass sich „die spezifisch ´öffentliche` Qualität der Gedanken“¹² beispielsweise in Ciceros publizierten Reden nicht greifen lässt.

Dementsprechend bezeichnen die antiken Begriffe für „Öffentlichkeit“ (lat. *in publico* bzw. gr. *es tó phanerón*), so Eich, nicht die Öffentlichkeit als Person, sondern einen öffentlichen Bereich, der als Pendant zum privaten gedacht wird.¹³ Antike Öffentlichkeit bezieht sich demnach auf eine andere Ebene: Prinzipiell besaß die Politik öffentlichen Charakter, da die Bürger an Entscheidungen aktiv beteiligt waren und da Politik, wie beispielsweise Senatsdebatten oder Prozesse, sich vor den Augen aller, also „in der Öffentlichkeit“, abspielte.¹⁴ Gleichwohl übte diese Öffentlichkeit keine Kontrolle der Politik aus, so dass der Aspekt der personifizierten Öffentlichkeit fehlt. Denn dies „setzt voraus, dass Teile einer Bevölkerung sich als systemimmanente Öffentlichkeit begreifen und auf dem Wege der Medienartikulation und -rezeption die Funktion einer politischen Öffentlichkeit wahrnehmen können.“¹⁵

Daraus wird deutlich: Zum einen umfasst der Begriff „Öffentlichkeit“ zwei Ebenen, nämlich die sozio-politische Sphäre – Politik spielt sich in antiken Gemeinwesen öffentlich, vor den Augen aller ab – und den visuell-intellektuellen Bereich, in dem

¹⁰ Finley (wie Anm. 9), S. 154.

¹¹ Der Adressat publizistischer Reden war die Jugend, die einen rhetorisch-didaktischen Nutzen daraus ziehen sollte. Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 168f.

¹² Eich (wie Anm. 5), S. 164.

¹³ Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 114, Anm. 4. So auch Hölscher (wie Anm. 2), S. 420.

¹⁴ Vgl. Eich (wie Anm. 5), S. 113. Vgl. Niklas Luhmann: Öffentliche Meinung, in: Ders.: Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, 2. Auflage, Opladen 1975, S. 9-34, hier S. 21; Martin Jehne: Einführung. Zur Debatte um die Rolle des Volkes in der römischen Republik, in: Ders. (Hrsg.): Demokratie in Rom? Die Rolle des Volkes in der Politik der späten römischen Republik (Historia Einzelschriften 96), Stuttgart 1995, S. 1-9, hier S. 7.

¹⁵ Eich (wie Anm. 5), S. 119.

Politik diskutiert, eine öffentliche Meinung gebildet und eine Kontrolle über Politik und Politiker ausgeübt wird.¹⁶ Zum anderen wird Öffentlichkeit im Allgemeinen in einem unabdingbaren Zusammenhang mit Publizistik gedacht. Ohne Publizistik ist nach dieser Auffassung eine Auseinandersetzung mit bzw. eine Kontrolle von Politik und demzufolge die Bildung einer öffentlichen Meinung nicht möglich. Doch stellt sich die Frage, ob in antiken Stadtstaaten trotz Fehlens einer Publizistik moderner Prägung nicht andere Möglichkeiten bestanden, eine öffentliche Meinung zu bilden und politisches Geschehen zu kontrollieren. Mit anderen Worten: Kann antike Öffentlichkeit tatsächlich nur auf eine Bühne, auf der Politik für alle sichtbar gemacht wird, reduziert werden? Dies soll im Folgenden exemplarisch an der Demokratie im klassischen Athen untersucht werden.

3. Die athenische Demokratie, die Beteiligung der Bürger an der Politik und die Gleichheit der Ungleichen

Um das Phänomen der Öffentlichkeit in Athen zu klären, helfen die Ergebnisse der Wortforschung nur in eingeschränktem Maße weiter.¹⁷ Zwar gibt es griechische Ausdrücke, die dem deutschen „öffentlich“ in manchen Aspekten nahe kommen, aber nicht die Bedeutung des Wortes „öffentlich“ in seinem gesamten Spektrum, also sowohl die sozio-politischen als auch die visuell-intellektuellen Nuancen, wiedergeben.¹⁸ Wenn nun eine Analyse der Ausdrücke zu keinem Ergebnis kommt, so bleibt in einem ersten Schritt die klassische athenische Demokratie zu charakterisieren, um so die prinzipielle Öffentlichkeit der Politik im Sinne Eichs als Bühne, auf der sich Politik abspielte, zu lokalisieren. Als zweiter Schritt muss folgen, zumindest die theoretische Möglichkeit zur Partizipation aller Bürger und somit die Gelegenheit zur Einflussnahme der öffentlichen Angelegenheiten herauszuarbeiten, was als Voraussetzung, damit eine Öffentlichkeit als Kontrollinstanz der Politik fungieren kann, angesehen werden muss.

¹⁶ Zu den zwei Aspekten des Begriffes „Öffentlichkeit“ vgl. Hölscher (wie Anm. 2), S. 413.

¹⁷ Vgl. die in dieser Hinsicht gemachten Versuche von Hölscher (wie Anm. 2), S. 414ff.

¹⁸ Vgl. Hölscher (wie Anm. 2), S. 416.

Die Polis Athen war für moderne Begriffe eine kleine sich selbst verwaltende Einheit: Sie umfasste in klassischer Zeit ca. 2.530 qkm¹⁹ – das entspricht in etwa dem Saarland (2.567 qkm)²⁰ – und etwa 30-50.000 Vollbürger²¹. Daher wurde die athenische Gesellschaft als face-to-face-society bezeichnet.²² In der athenischen Demokratie besaß, so die wörtliche Übersetzung, das Volk die Macht. Präsent waren die Athener bzw. die athenischen Vollbürger in den vierzig Mal pro Jahr stattfindenden regulären Volksversammlungen, die somit die wichtigste Institution der athenischen Demokratie darstellte.²³ Die Beteiligung der Bürger war dabei nicht nur durch die bloße Anwesenheit eines Quorums von 6.000 Bürgern²⁴, sondern vor allem auch die Redefreiheit (*parrhesía*) gewährleistet, die jedem Bürger zumindest die theoretische Möglichkeit gab, das Wort zu ergreifen.²⁵

Außer diesen regulären Volksversammlungen boten noch eine Vielzahl weitere Zusammenkünfte den Bürgern und Bewohnern von Athen die Möglichkeit, sich als Teil des Gemeinwesens zu fühlen. Dazu zählen beispielsweise weniger erfreuliche Ereignisse wie das öffentliche Begräbnis der im Krieg Gefallenen, das dazu genutzt wurde, den Anwesenden politisch relevante Themen zu vermitteln.²⁶ Daneben sind es aber vor allem auch die religiösen Feste, die nicht nur eine sakrale, sondern auch stets eine politische Funktion besaßen. Als Beispiel sei auf die Panathenäen, die zur Bildung einer gemeinsamen Identität wesentlich beitrugen und sich an die gesamte

¹⁹ Vgl. Hans Lohmann, s.v. Attika, in: DNP 2 (1997), Sp. 234.

²⁰ Vgl. Jochen Bleicken: Die athenische Demokratie, 4. Auflage, Paderborn u.a. 1995, S. 98.

²¹ Mitte des 5. Jahrhunderts. Vgl. Bleicken (wie Anm. 20), S. 99.

²² Vgl. Moses I. Finley: Athenian Demagogues, in: P&P 21 (1962), S. 3–24; Ders.: Politics in the Ancient World, Cambridge 1989, S. 82. Vgl. dagegen Josiah Ober: Mass and Elite in Democratic Athens, Princeton 1989, S. 31ff.

²³ Vgl. Mogens Herman Hansen: Die Athenische Demokratie im Zeitalter des Demosthenes. Struktur, Prinzipien und Selbstverständnis, Berlin 1995, S. 137f.

²⁴ Zur athenischen Volksversammlung vgl. Bleicken (wie Anm. 20), S. 190ff.

²⁵ Aischin. leg. 1,27: Der Gesetzgeber hat „klar festgelegt, wer das Wort an das Volk richten soll und wem es nicht zukomme, in der Volksversammlung zu sprechen. Und er verwehrt nicht dem die Rednertribüne, dessen Vorfahren keine Generäle waren, noch dem, der mittels spezieller Kenntnisse einem Beruf nachgeht und sich so sein täglich Brot verdient. Vielmehr heißt er diese sogar ganz besonders willkommen und stellt deswegen wieder und wieder die Frage: Wer will zu der Versammlung sprechen?“ Vgl. auch die „Ekklesiazusen“ des Aristophanes, in der er eine Volksversammlung parodiert. Auch dort wird zu Beginn die Frage gestellt: „Wer möchte sprechen?“ (Aristoph. Eccl. 130) – Vgl. zu diesem Themenkomplex beispielsweise Hansen (wie Anm. 23), S. 84f.; Bleicken (wie Anm. 20), S. 344ff.; Angela Pabst: Die athenische Demokratie, München 2003, S. 51ff.

²⁶ Vgl. etwa die Rede des Perikles auf die Gefallenen des ersten Kriegsjahres, die von Thukydides (2,35–46) paraphrasiert ist.

Bürgerschaft von Athen wandten²⁷, und vor allem auf die zweimal im Jahr stattfindenden Theateraufführungen verwiesen. Die so genannten Städtischen Dionysien, anlässlich derer über mehrere Tage hinweg Tragödien und Komödien aufgeführt wurden, wurden zur athenischen Selbstdarstellung und machtpolitischen Überlegenheit der Athener gegenüber ihren Bündnispartnern genutzt: Zu Beginn wurden die jährlichen Überschüsse aus den Einnahmen der Polis körbewise in der Orchestra allen Anwesenden vor Augen geführt.²⁸

Dabei wurde die Teilnahme an den ganztägigen Theateraufführungen durch die Rückerstattung der Theatereintrittskarten auch für die weniger begüterten Bürger ermöglicht.²⁹ Dass also ein Recht nur so viel wert ist, wie es auch wahrgenommen werden kann, wurde auch im klassischen Athen erkannt. Daher führten die Athener ein umfassendes Diätensystem ein, um einen finanziellen Ausgleich für den Zeitaufwand, den die Beteiligung an der Politik in Anspruch nahm, zu schaffen. So wurde den Richtern, den Ratsherren, aber auch den 6.000 Bürgern, die als erste in der Volksversammlung anwesend waren, drei Obolen für ihre Dienste pro Tag (später sechs, bei der Hauptversammlung sogar neun) ausgehändigt.³⁰

Wie groß die Partizipation der Bürger an den anfallenden Aufgaben der Polis tatsächlich war, verdeutlicht eine Zusammenstellung der jährlich zu besetzenden Ämter. So wurden pro Jahr 6.000 Laienrichter erlost³¹, und der Rat setzte sich aus 500 erlosten Mitgliedern zusammen.³² Setzt man diese Anzahl in Verhältnis mit 30-50.000 Vollbürgern Athens, so kommt man zu dem Schluss, dass im Durchschnitt über ein Drittel aller athenischen Bürger über achtzehn und etwa zwei Drittel aller Bürger über vierzig Ratsmitglieder wurden – manche sogar zweimal.³³ Abwechselnd zu regieren

²⁷ Zu den Panathenäen vgl. Jenifer Neils: Goddess and polis. The Panathenaic Festival in ancient Athens, Princeton 1992.

²⁸ Isokr. or. 8,82. Vgl. zu den Städtischen Dionysien Horst-Dieter Blume: Einführung in das antike Theaterwesen, 2. Auflage, Darmstadt 1984, S. 17ff.

²⁹ Zum theorikón vgl. James J. Buchanan: Theorika. A Study of Monetary Distributions to the Athenian Citizenry During the Fifth and Fourth Centuries B.C., New York 1962, besonders S. 28ff.; Bleicken (wie Anm. 20), S. 333f.

³⁰ Vgl. zur Besoldung der Richter Buchanan (wie Anm. 29), S. 14ff., der Ratsherren S. 21f. und der Teilnehmer an der Volksversammlung S. 22ff.

³¹ Zu den athenischen Geschworenengerichten und ihrer Bestellung vgl. Bleicken (wie Anm. 20), S. 240ff.

³² Zum athenischen Rat vgl. Bleicken (wie Anm. 20), S. 224ff.; Hansen (wie Anm. 23), S. 256f.

³³ Vgl. Hansen (wie Anm. 23), S. 258.

und regiert zu werden, wie es Aristoteles ausdrückt, war daher ein Wesenszug der Demokratie.³⁴

Die Rotation und vor allem die Auslosung der Ämter basierten auf dem Grundprinzip der Gleichheit der Bürger.³⁵ Daher bildete sich mit der Demokratie eine Vorstellung von Gleichheit aus, die im Gegensatz zur archaischen Zeit eine politische Gleichberechtigung nicht mehr an Adel und Reichtum band.³⁶ Dass dies nicht immer positiv beurteilt wurde, zeigt eine Fabel des Sokratesschülers Antisthenes, der als Begründer der Richtung der Kyniker galt³⁷: In einer Volksversammlung der Tiere treten die Hasen als Widersacher der Löwen auf und beanspruchten das Recht, dass alle gleichberechtigt seien.³⁸

Mit der Ausbildung der politischen Gleichberechtigung der sozial heterogenen Bürgerschaft war ein Wandel der männlichen Handlungsethik verbunden, die das politische Engagement für die Demokratie forderte und zu einem allgemein anerkannten Wert stilisierte.³⁹ In diese Richtung weist die spontane Antwort Menons im gleichnamigen platonischen Dialog aus dem späten 5. bzw. frühen 4. Jahrhundert. Auf die Frage des Sokrates, was die Tugend (*areté*) sei, lässt Platon Menon erwidern: „Das ist ja gar nicht schwer zu sagen, Sokrates. Zuerst, wenn du willst, die Tugend des Mannes: so ist es leicht zu sagen, dass diese des Mannes Tugend ist, dass er vermöge, die Angelegenheiten des Staates zu verwalten...“⁴⁰

Athenische Öffentlichkeit ist in der kleinen und überschaubaren Polis auf der sozio-politischen Ebene zweifelsohne gegeben, indem athenische Politik sich vor den Augen aller abspielt. Auch die Partizipation aller Bürger an der Politik war durch die Anzahl der jährlich neu zu besetzenden Ämter und das Diätensystem theoretisch möglich.

³⁴ Aristot. pol. 1317b.

³⁵ Nur bestimmte Ämter, die nachweislich eine besondere Qualifikation benötigten, wie etwa die Führung im Krieg, wurden gewählten Männern übertragen. – In diesen Zusammenhang gehört auch der Begriff der *isonomía*, der Gleichheit vor dem Gesetz. Zwar wird der Begriff in der Hauptsache dafür genutzt, um eine legitime Regierung von einer Tyrannis zu unterscheiden (z. B. Hdt. 3,142,3; 5,37,2), aber auch im konkreten Fall der Demokratie – so beispielsweise Herodot (3,80,6; 83,1) in der so genannten Verfassungsdebatte am Perserhof. Daher wurde der Begriff wohl auch von Kleisthenes als Schlagwort gebraucht. Vgl zur *isonomía* allgemein Peter John Rhodes, s.v. *isonomia*, in: DNP 5, 1998, Sp. 1143; Victor Ehrenberg: *Origins of Democracy*, in: *Historia* 1 (1950), S. 515–548; Martin Ostwald: *Nomos and the Beginnings of the Athenian Democracy*, Oxford 1969, S. 96ff.; Christian Meier: *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt a. M. 1980, S. 281ff.

³⁶ Vgl. Pabst (wie Anm. 25), S. 38f.

³⁷ Aristoteles (pol. 1284a 15–17) nimmt auf diese in Teilen Bezug.

³⁸ Deutlich wird daraus auch die antidemokratische Botschaft: Die Gleichheit wird als absurd hingestellt, so Pabst (wie Anm. 25), S. 47. Die Demokratie kommt auch bei Platon (rep. 557a) nicht besser weg.

³⁹ Vgl. Pabst (wie Anm. 25), S. 39.

⁴⁰ Plat. Men. 71e (Übersetzung F. Schleimacher).

Somit konnte sich potenziell eine Öffentlichkeit im Sinne eines politischen Faktors durch die Beteiligung aller an der Politik, die als Wert gefordert, durch die Rotation der Ämter verlangt und durch die Besoldung ermöglicht wurde, herausbilden. Dem lag das Selbstverständnis athenischer Politik, nämlich die politische Gleichheit der Bürger – also „die Gleichheit der Ungleichen“⁴¹ – zugrunde.

Hieran muss sich die Frage anschließen, ob die athenische Öffentlichkeit auch als Kontrollinstanz fungieren, also ob sich eine öffentliche Meinung ausbilden konnte. Diese Frage wird gerade dann interessant, wenn sich eine Persönlichkeit aus der Gleichheit aller Bürger herauslöste. Daher soll im Folgendem die Frage nach der Funktion der athenischen Öffentlichkeit an einem historischen Phänomen untersucht werden, das die athenische Demokratie als Grundkonflikt durchzog, nämlich die Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit von „great individual“⁴² und der Gleichheit der Bürger.

4. Alkibiades als Polisgrenzen sprengender Machtmensch

Die Macht in der Polis in die Hände eines Einzelnen zu legen, also einen Tyrannen zu dulden, kam für die Athener seit der Beseitigung der Tyrannis durch die Vertreibung der Peisistratiden nicht in Frage. Die Tyrannenfurcht war daher ein häufig beschworenes Motiv bei der Diffamierung missliebiger Personen. Ein Tyrann zeichnet sich dadurch aus, dass er über allen anderen steht, dass er „besser“ ist als alle anderen. Deshalb ist die Furcht vor einem Tyrannen nicht immer begründet, sondern man subsumiert darunter Verhaltensweisen, die dem demokratischen bzw. athenischen Bild der Gleichheit der Polisbürger widersprechen. Der Vorwurf, sich zum Tyrannen zu erheben, spiegelt daher häufig die Angst des Gemeinwesens vor großen Individuen wider.⁴³

⁴¹ So bezeichnet Pabst (wie Anm. 25), S. 39 treffend das Grundschema des Gleichheitskonzeptes, in dem die Beteiligung der Vollbürger nicht an Besitz und Adel geknüpft wurden. Somit herrschte eine politische Gleichheit der in sozialer Hinsicht Ungleichen. Vgl. auch in dieser Hinsicht die interessante Passage bei Thuk. 2,37.

⁴² So die Terminologie von David Gribble: *Alcibiades and Athens. A Study in Literary Presentation*, Oxford 1999.

⁴³ Vgl. Robin J. Seager: *Alcibiades and the Charge of Aiming at Tyranny*, in: *Historia* 16 (1967), S. 6–18.

Ein solches Individuum war zweifelsohne Alkibiades⁴⁴, dem ebenfalls vorgeworfen wurde, eine Tyrannis anzustreben.⁴⁵ Er wurde kurz vor 450 v. Chr. geboren und stammte aus athenischem Hochadel, d.h. mütterlicherseits aus der einflussreichen Adelsfamilie der Alkmaioniden, väterlicherseits aus dem Geschlecht der Eupatriden.⁴⁶ Sein Großvater war ein Freund des berühmten Kleisthenes, und er selbst wuchs nach dem Tod seines Vaters Kleinias bei seinem nicht minder bekannten Onkel und Vormund Perikles auf. Von seinen Biographen werden sein Reichtum, Schönheit, Einfühlungsvermögen und Ehrgeiz hervorgehoben.⁴⁷ Alkibiades war bekannt für große Siege (Samos und die Wiederherstellung der Demokratie), vernichtende Katastrophen (Sizilische Expedition, Besetzung von Dekeleia), öffentlichkeitswirksame Auftritte (Olympische Spiele⁴⁸), politische Skandale (die Beeinflussung des Scherbengerichtes, des so genannten Ostrakismos), religiöse Frevel (Hermen-Frevel, Profanierung der eleusinischen Mysterien) und heroische Ehren (Statue im Hera-Tempel auf Samos⁴⁹) und für die brüskierende Missachtung von Sitte und Anstand (ihm wurde beispielsweise vorgeworfen, er habe die Frau des spartanischen Königs Agis II. geschwängert, als er sich in Sparta auf der Flucht aufhielt). Dabei wechselte er im Peloponnesischen Krieg die Seiten von seiner Heimatstadt Athen zum Kriegsgegner Sparta, anschließend zum persischen Erbfeind (zum Satrapen Tissaphernes), um vollständig rehabilitiert in Athen heimgekehrt, wenig später nach Thrakien in ein freiwilliges Exil zu gehen und schließlich ein wenig glückliches Ende durch die von Spartanern und athenischen Oligarchen initiierte Ermordung 404/3 zu nehmen.

⁴⁴ Zu Alkibiades vgl. Jean Hatzfeld: *Étude sur l'histoire d'Athènes à la fin du V^e siècle*, 2. Auflage, Paris 1951; John Kenyon Davies: *Athenian Propertied Families: 600–300 B.C.*, Oxford 1971, S. 18ff; Edmund F. Bloedow: *Alcibiades re-examined* (HS Einzelschriften 21), Wiesbaden 1973; Walter M. Ellis: *Alcibiades*, London / New York 1989; Edmund F. Bloedow: „Not the son of Achilles, but Achilles himself“. Alcibiades' entry on the political stage at Athens II, *Historia* 39 (1990), S. 1-19; Ders.: On 'nurturing lions in the State': Alcibiades entry on the political stage at Athens, *Klio* 73 (1991), S. 49-65; Ders.: 'an Alexander in the wrong place'. Alcibiades 'the ablest of all the sons of Athens'?, *SCO* 41 (1991), S. 191–216; Ders.: Alcibiades 'brilliant' or 'intelligent', *Historia* 41 (1992), S. 139-157; Jacqueline de Romilly: *Alcibiade ou les dangers de l'ambition*, Paris 1995.

⁴⁵ Beispielsweise Thuk 6,15. Vgl. Isokr. 16,38. Vgl. dazu Seager (wie Anm. 43) und Ivan Jordivić: *Anfänge der Jüngeren Tyrannis. Vorläufer und erste Repräsentanten von Gewaltherrschaft im späten 5. Jahrhundert v. Chr.*, Frankfurt a. M. 2005, S. 168, der betont, dass jedoch nicht nachgewiesen werden kann, dass Alkibiades tatsächlich eine Tyrannis errichten wollte.

⁴⁶ Isokr. or. 16,25.

⁴⁷ Vgl. beispielsweise Nep. Alcibiades 1.

⁴⁸ So verfasste angeblich Euripides ein Preisgedicht auf seine Siege in Olympia, das bei Plutarch (Alkibiades 11) überliefert ist.

⁴⁹ Paus. 6,3,15.

Alkibiades nimmt schon allein aufgrund der außerordentlich breiten und vielfältigen Quellenlage eine Ausnahmestellung ein, die auf diese Weise reflektiert wird – man kenne aufgrund seiner Freundschaft zu Sokrates sogar seine Amme und seinen *paidagogós*.⁵⁰ So setzten sich berühmte zeitgenössische Autoren wie Platon, Xenophon, (angeblich) Euripides, Aristophanes und Thukydides mit Alkibiades auseinander. Aber auch nach seinem Tod wird er von Demosthenes thematisiert, während ihm Plutarch und Cornelius Nepos sogar eine eigene Biographie widmen.⁵¹

In diesen Quellen wird der Polisgrenzen sprengende Status des Alkibiades häufig thematisiert. Am bekanntesten ist wohl eine Passage bei dem Komödiendichter Aristophanes, einem Repräsentanten der so genannten Alten Komödie.⁵² Dort beantwortet Aischylos die Frage des Dionysos, wie Athen sich zu Alkibiades verhalten solle, mit dem Ratschlag: „Zieht keinen jungen Löwen auf im Staat! Erwächst euch einer, müsst ihr ihm euch fügen!“⁵³ Die (fiktive) Antwort des Tragikers Aischylos charakterisiert gut das ambivalente und komplexe Verhältnis der Polis Athen zu dem Kind der Stadt Alkibiades: Zwar ist der Löwe ein edles Tier, aber eben auch gefährlich.

Dabei muss das Verhältnis zwischen *great individual* und der Polisgemeinschaft nicht notgedrungen als gefährlich empfunden werden. Dass es dennoch zu einem Konflikt zwischen dem Ideal der Gleichheit aller Bürger und der Stellung des Alkibiades kam, ist in seiner Selbsteinschätzung begründet. In dieser Hinsicht ist die so genannte Siziliendebatte aufschlussreich, in der Thukydides zunächst Alkibiades charakterisiert und ihn anschließend seine Pläne für den Sizilienfeldzug vortragen lässt.⁵⁴ Dabei stellt Alkibiades seine Ausnahmestellung in der Polis dar, die er durch die Unvergleichbar-

⁵⁰ So charakterisiert Plutarch (Alkibiades 1) die Berühmtheit des Alkibiades.

⁵¹ Vgl. zu den drei Phasen der antiken Tradition zu Alkibiades (Lebenszeit und die 390er Jahre; Mitte des 4. Jahrhunderts; hellenistische Zeit) Gribble (wie Anm. 42), S. 30ff.

⁵² Aristoph. Ran. 1418-1434: „Dionysos: Nach einem Dichter kam ich her! Euripides: Wozu? Dionysos: Dass bald, gerettet, Chöre feiern mag / die Stadt. Wer nun von euch ihr guten Rat / zu geben weiß, den denk ich mitzunehmen. / Erst sagt mir, was von Alkibiades / ihr denkt; denn in Geburtswehen liegt die Stadt. / Euripides: Wie denkt die Stadt von ihm? / Dionysos: Was soll ich sagen? / Sie liebt, sie hasst und hätt ihn doch so gern! / Doch sagt ihr selbst, was denkt ihr in der Sache? / Euripides: Den Bürger hass ich, der dem Vaterland / zu nützen langsam, ihm zu schaden rasch, / der nie dem Staat, nur sich zu helfen weiß. / Dionysos: Vortrefflich! Aber du, was meinst denn du? / Aischylos: Zieht keinen jungen Löwen auf im Staat! Erwächst euch einer, müsst ihr ihm euch fügen! Dionysos: Oh, Retter Zeus, da hält es schwer zu richten: / Der sprach vernünftig, jener sehr verständlich!“ (Übersetzung L. Seeger.)

⁵³ Aristoph. Ran. 1431–1432. (Übersetzung L. Seeger.)

⁵⁴ Thuk. 6,15–18. Vgl. zum Folgenden Christian Mann: Die Demagogen und das Volk. Zur politischen Kommunikation im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. (Klio 13), Berlin 2007, S. 205ff.

keit mit den anderen athenischen Bürgern begründet.⁵⁵ Aufgrund seiner Abstammung und seines herausragenden Status beansprucht er demnach auch eine politische Führungsposition.⁵⁶ Dies jedoch widerspricht eklatant dem athenischen Demokratieverständnis, das von der Gleichheit der Ungleichen ausging.

Dabei offenbart der Vergleich mit einem anderen bedeutenden athenischen Politiker, seinem Vormund Perikles, wie sehr das Verhalten des Alkibiades von dem erwarteten politischen Verhalten abwich.⁵⁷ Perikles versucht immer wieder, seine politische Position zu legitimieren, indem er betont, dass er seine Fähigkeiten der Polis zur Verfügung stelle, im Interesse des Gemeinwesens handle und nur das Wohl der Athener vor Augen habe. Im Gegensatz zu der „Inszenierung von Loyalität“⁵⁸ des Perikles betonte Alkibiades seine soziale Überlegenheit und versuchte sich nicht auf ostentative Weise in die Gemeinschaft der Bürger zu integrieren.⁵⁹

Auch wenn Alkibiades nicht geeignet ist, als repräsentatives Beispiel für die politische Kommunikation im Athen des ausgehenden 5. Jahrhunderts herangezogen zu werden, so werden an seiner Person doch die Hintergründe und die Folgen seiner Abweichung von gängigen Verhaltensmustern deutlich.⁶⁰ Im Folgenden ist daher zu fragen, in wie weit die athenische Öffentlichkeit als Kontrollinstanz für einen solchen Politiker fungieren konnte. Denn Alkibiades erlangte zwar zweimal die Position des mächtigsten Mannes in Athen, aber er konnte sich die Gunst der Athener nicht dauerhaft sichern: Denn zweimal wurde er von den Athenern aus der Polis vertrieben.⁶¹

5. Die athenische Öffentlichkeit als Kontrollinstanz

Es gibt im Grunde zwei Möglichkeiten, die athenische Öffentlichkeit als Kontrollinstanz von Politikern wie Alkibiades zu untersuchen. Die erste Möglichkeit stellt eine Untersuchung derjenigen literarischen Zeugnisse dar, die sich mit Alkibiades auseinandersetzen. Dabei befinden wir uns in der komfortablen Lage, einen

⁵⁵ Thuk. 16,4–5.

⁵⁶ Vgl. Mann (wie Anm. 54), S. 208.

⁵⁷ Vgl. zum Folgenden Mann (wie Anm. 54), S. 209ff.

⁵⁸ Mann (wie Anm. 54), S. 209.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Vgl. Mann (wie Anm. 54), S. 11. – Dementsprechend kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, die Persönlichkeit des Alkibiades als eines Repräsentanten seiner Zeit zu beweisen, sondern die Rolle des athenischen Volkes und der athenischen Öffentlichkeit zu bestimmen.

⁶¹ So fasst Mann (wie Anm. 54), S. 11 dies pointiert zusammen.

reichhaltigen Fundus an Zeugnissen zum Leben dieses schillernden Politikers zu haben.

Gerade die Alte Komödie, die durch ihren Politikbezug und die Interaktion mit dem Publikum charakterisiert ist⁶², konnte als Forum dienen, öffentliche Meinung zu generieren. So verdeutlichen die bereits genannte Passage des Aristophanes und die sich daran anschließende Frage, welche wohlmeinenden Ratschläge die beiden Dichter Aischylos und Euripides für die Polis Athen hätten⁶³, dass der athenische Dichter für sich die Funktion eines Beraters der Öffentlichkeit in Anspruch nahm. Trotz der großen politischen Bedeutung des Alkibiades sind uns jedoch nur verhältnismäßig wenige Komödien des Aristophanes bekannt, in denen Alkibiades verspottet wird.⁶⁴ Dass Alkibiades jedoch häufig Zielscheibe von satirischen Invektiven war, verdeutlicht der Hinweis des Libanios. So konstatiert der gebildete spätantike Rhetor, dass die Gattung der Komödie nicht zuletzt aufgrund der Beleidigungen des Aristophanes und Eupolis gegen Alkibiades erst zu Ruhm gelangt sei.⁶⁵

Doch leider wissen wir nur in seltenen Fällen, wie das Publikum und speziell die athenische Öffentlichkeit auf die überzeichnete Darstellung von Politikern reagierte.⁶⁶ Daher können wir diese Zeugnisse nur in geringem Maße für eine Analyse der athenischen Öffentlichkeit als Kontrollinstanz von Politikern heranziehen. Aus diesem Grund bietet sich eine zweite Möglichkeit der Untersuchung an, nämlich diejenigen Momente und Situationen im Leben des Alkibiades zu prüfen, in denen die kollektive Beurteilung seiner Person für den Fortlauf der Ereignisse entscheidend war. Daher werden im Folgenden der Ostrakismos des Hyperbolos, der Skandal um den

⁶² Vgl. zu den verschiedenen Funktionen der Alten Komödie im Allgemeinen und zu ihrer politischen Funktion im Speziellen Christopher Carey: *Comic Ridicule and Democracy*, in: Robin Osborne / Simon Hornblower (Hrsg.): *Ritual, Finance, Politics. Athenian Democratic Accounts*, FS D. Lewis, Oxford 1994, S. 69–83. Ferner W. Halliwell: *Comedy and Publicity in the Society of the Polis*, in: Alan Herbert Sommerstein u.a. (Hrsg.): *Tragedy, Comedy and the Polis*, Bari 1993, S. 312–340; Malcolm Heath: *Political Comedy in Aristophanes*, Göttingen 1987; Walther Kraus: *Aristophanes' politische Komödien*, Wien 1985.

⁶³ Aristoph. *Ran.* 1435–1436: „Noch eine Meinung soll mir jeder sagen, wie er das Heil des Staates zu fördern weiß.“ (Übersetzung L. Seeger.)

⁶⁴ Zu Alkibiades und Aristophanes vgl. Richard F. Moorton jr: *Aristophanes on Alkibiades*, in: *GRBS* 29 (1988), S. 345–360.

⁶⁵ Libanios *F* 50 b (XI p. 644 Förster): „Welches Stück enthält ihn (sc. Alkibiades) denn nicht? Welche Komödie des Eupolis? Welche des Aristophanes? Durch diesen gelangte die Komödie zu Ruhm! Zugleich aber sind die Komödiendichter müde, über ihn zu schreiben. (Übersetzung Mann (wie Anm. 54), S. 202.) – Zwischen Eupolis und Alkibiades soll eine tiefe Gegnerschaft existiert haben. Vgl. Mann (wie Anm. 54), S. 202f.

⁶⁶ So bezeichnet beispielsweise Sokrates 399 v. Chr. in seinem Prozess wegen Asebie und Verderben der Jugend neben den drei Personen, die für die Einreichung der Klage verantwortlich waren, die Komödiendichter als weitere Ankläger (Plat. *apol.* 18a–e). Zu denken wäre hier an die von Aristophanes 423 verfasste Komödie „Die Wolken“, in der Sokrates in satirischer Weise als Sophist und Wortverdrehler gezeichnet wird.

Hermenfrevell und die Profanierung der eleusinischen Mysterien und die Rückkehr des Alkibiades aus dem Exil näher betrachtet.

5.1. Der Ostrakismos des Hyperbolos

Politiker, d.h. in erster Linie Redner, in Athen zu sein, war nicht ungefährlich: Man konnte in der Volksversammlung vom Volk niedergeschrien, vom Rednerpodest gezogen und vor allem gerichtlich belangt werden, wenn man nicht das sagte, was von dem Redner erwartet wurde.⁶⁷ Derartige Prozesse, die aufgrund ihrer spezifischen Zusammensetzung der Gerichtshöfe stets eine politische Komponente aufwiesen⁶⁸, konnten schwere Strafen nach sich ziehen; sogar die Todesstrafe wurde in solchen Fällen verhängt⁶⁹.

Ehe die *graphé paranómon*, d.h. die Anklage aufgrund eines verfassungswidrigen Antrages, eingeführt wurde⁷⁰, stellte der Ostrakismos ein probates Mittel dar, unliebsamen Politikern Herr zu werden.⁷¹ Zunächst wurde in einer Volksversammlung – genauer: in der *kyria ekklesia* der sechsten Prytanie – eine Vorabstimmung getroffen, ob ein Ostrakismos in diesem Jahr durchgeführt werden sollte.⁷² Wurde mehrheitlich dafür gestimmt, so kam es vor der achten Prytanie zum eigentlichen Ostrakismos.⁷³ Am festgelegten Tag versammelten sich die athenischen Bürger auf der Agora und gaben auf einem durch Zugangskontrollen abgesperrten Platz eine Scherbe (*ostrakon*) ab, auf dem der Name des Atheners eingeritzt war, der innerhalb von zehn Tagen

⁶⁷ Vgl. Mann (wie Anm. 54), S. 29. Vgl. Xen. mem. 3,6,1. Plat. Prot. 319c. Aischin. leg. 1,34f. – Einen Überblick über Prozesse gegen Redner gibt R. A. Knox: „So mischievous a beast“? The Athenian demos and its treatment of its politicians, in: G&R 32 (1985), S. 132–161, besonders S. 134ff.

⁶⁸ Vgl. Gribble (wie Anm. 42), S. 97; Carey (wie Anm. 62), S. 69. – Vgl. Aristoteles (Ath. pol. 9,1), der als drittes Merkmal für die demokratische Verfassung, die er Solon zuschreibt, feststellt: „(...) drittens aber – wodurch, wie man sagt, die Volksmasse am meisten erstarkt sei – die Berufung an das Volksgericht. Dadurch, das das Volk Herr über die Abstimmung ist, wird es auch Herr über das Staatswesen.“ (Übersetzung P. Dams.)

⁶⁹ Wie etwa bei Themistokles oder Alkibiades.

⁷⁰ Sie ist ab 415 v. Chr. nachgewiesen (And. 1,17). Kam es zum Prozess aufgrund einer *graphé paranómon*, konnten ein Redner, selbst wenn das Volk seinem Antrag zugestimmt hatte, wegen eines verfassungswidrigen Antrages belangt werden. Vgl. dazu Hans Julius Wolff: ‚Normenkontrolle‘ und Gesetzesbegriff in der attischen Demokratie. Untersuchungen zur *graphé paranómon*, Heidelberg 1970, S. 20ff.

⁷¹ Vgl. die Liste der Ostrakisierten bei Mann (wie Anm. 54), S. 59f., der sich auf D.J. Phillips: Athenian Ostracism, in: G.H.R. Horsley (Hrsg.): Hellenika. Essays on Greek Politics and History, North Ryde 1982, S. 21–43, hier S. 27f. stützt. Zu den einzelnen Personen vgl. Stefan Brenne: Ostrakismos und Prominenz in Athen. Attische Bürger des 5. Jh.s auf den Ostraka, Wien 2001. Zum Ostrakismos allgemein Sara Forsdyke: Exile, Ostracism, and Democracy. The Politics of Expulsion in Ancient Greece, Princeton / Oxford 2005.

⁷² Vgl. zum Ablauf des Verfahrens Plut. Aristeides 7,4–5 und in knapper Form Forsdyke (wie Anm. 71), S. 146f.

⁷³ Der Zeitpunkt ist bei Philochoros (FGrHist 328 F 30) unpräzise angeben.

Attika für zehn Jahre verlassen sollte. Nach der Abgabe der Stimmen wurde zunächst die Gesamtzahl der Scherben ermittelt; falls das Quorum von 6.000 Stimmen erreicht wurde⁷⁴, wurden die Scherben nach Namen sortiert, und derjenige, der die relative Mehrheit auf sich vereinte, wurde – ohne sein Vermögen und sein Ansehen zu verlieren – verbannt.

Grundlegend für das Verständnis des Scherbengerichtes ist, dass keine fest definierten Anklagepunkte vorgebracht wurden, es dementsprechend keine Angeklagten, keine Ankläger und keine Verteidigungsreden gab; der Ostrakisierte musste Athen für zehn Jahre verlassen, konnte aber sein Vermögen behalten und wurde nicht mit dem Verlust der Ehre belegt. Insofern handelt es sich nicht um einen juristischen, sondern einen politischen Akt.⁷⁵ Allein aufgrund „ihres Geldes und ihrer Freunde wegen“⁷⁶ ging man gegen derartige Personen vor, die als eine Gefahr für die Demokratie betrachtet wurden.⁷⁷ Damit stellt der athenische Ostrakismos ein institutionelles Mittel dar, die öffentliche Meinung über einen Politiker zu ermitteln und Kontrolle über diesen auszuüben.

Der letzte Ostrakismos, der durchgeführt wurde, ist der so genannte Hyperbolos-Ostrakismos. Im Jahr 416 v. Chr.⁷⁸ kam es zu einem politischen Skandal: Nach knapp dreißig Jahren wurde wieder ein Scherbengericht durchgeführt, in dessen Folge der wenig bedeutende Politiker Hyperbolos Athen verlassen musste. Nach allgemeiner Auffassung, die Plutarch referiert⁷⁹, hätte es jedoch einen der beiden einflussreichsten Politiker jener Zeit treffen müssen, nämlich Nikias oder Alkibiades. Doch beide hätten eine Vereinbarung getroffen, so Plutarch, weshalb keiner von beiden, sondern ein

⁷⁴ Zur Diskussion, ob es sich um ein Quorum von 6.000 Stimmen handelte oder um 6.000 Stimmen, die auf eine Person entfallen mussten, vgl. Mann (wie Anm. 54), S. 61. Für die Annahme eines Quorums spricht, dass die Zahl von 6.000 auch sonst als die repräsentative Gesamtheit der Athener angesehen wurde. Vgl. dazu Bleicken (wie Anm. 20), S. 191 und 245.

⁷⁵ Vgl. Pabst (wie Anm. 25), S. 43.

⁷⁶ Arist. pol. 1284a 20f. Dies passt zu den Beischriften der Ostraka, aus denen man den Eindruck gewinnt, „dass demonstrative Zurschaustellung sozialer Überlegenheit (Pferdesport, ästhetisierte Selbstinszenierung) auf Missfallen beim athenischen Volk, oder zumindest einem Teil davon, stieß.“ Mann (wie Anm. 54), S. 73. Dabei weisen Beischriften bzw. Titulierung von Personen auf Ostraka Parallelen mit der Verspottung in der Alten Komödie auf; beide scheinen auf den athenischen Stadtklatsch zurückführbar zu sein. Mann (wie Anm. 54), S. 71.

⁷⁷ Vgl. zusammenfassend zur Funktion des Ostrakismos mit einem Forschungsüberblick Mann (wie Anm. 54), S. 61-65.

⁷⁸ Vgl. Herbert Heftner: Zur Datierung der Ostrakisierung des Hyperbolos, in: RSA 30 (2000), S. 27–45. Vgl. für eine Datierung in das Frühjahr 417 v. Chr. dagegen S. Bianchetti: L'ostracismo di Iperbolo e la seconda redazione delle Nuvoles di Aristofane, in: SIFC 51 (1979), S. 221-248.

⁷⁹ Plut. Aristides 7,3–4. Alkibiades 13. Nikias 11.

dritter, Hyperbolos, der das Verfahren (angeblich) in Gang gesetzt hatte, schließlich ostrakisiert wurde und ins Exil auf Samos ging.⁸⁰

Nach der Darstellung des Plutarch handelte es sich um einen Richtungsentscheid zwischen zwei politischen Führern, die ihre Anhänger mobilisierten und beispielsweise durch vorgefertigte Ostraka den Ausgang des Ostrakismos herbeiführten.⁸¹ Zwar wendet sich Christian Mann mit guten Argumenten gegen die Annahme, dass der Ostrakismos des Jahres 416 v. Chr. dazu gedient habe, eine Entscheidung zwischen Nikias und Alkibiades und somit zwischen einer antispartanischen oder einer Friedenspolitik herbeizuführen bzw. dass Ostrakophorien durch Übereinkommen zwischen Politikern gesteuert werden konnten.⁸² Doch ist an dieser Stelle nicht so sehr die Glaubwürdigkeit der geheimen Absprache und der angeblichen Mobilisierung von organisierten Anhängerschaften ausschlaggebend, sondern die antike Darstellung, dass man Alkibiades die Manipulation des Ostrakismos – und damit das Agieren gegen die öffentliche Meinung – zutraute, sowie die Konsequenzen, die eine derartige Auffassung nach sich zog.

So zeigt die folgende Zeit, dass man den Ausgang des Ostrakismos als Manipulation der öffentlichen Meinung empfand. Denn die Quellen sind sich darüber einig, dass der Ostrakismos eine „unqualifizierte“ Person traf⁸³, während die exzessive Selbstdarstel-

⁸⁰ Nach Plutarch (Nikias 11,9) wäre Theophrast der Meinung gewesen, es hätte nicht eine Abmachung zwischen Nikias und Alkibiades, sondern zwischen Alkibiades und Phaiax gegeben. Vgl. auch die (fiktive) Rede des Phaiax vor dem Ostrakismos, die als Ps.-Andokides 4 überliefert ist. – Zur Person des Hyperbolos vgl. F. Camon: *Le cariche pubbliche di Iperbolo*, in: GIF 16 (1963), S. 46–59; John Kenyon Davies: *Athenian Propertied Families: 600-300 B.C.*, Oxford 1971, S. 517 Nr. 13910; Mann (wie Anm. 54), S. 232ff.

⁸¹ Hier sei auf den Fund von 192 Scherben in der Füllung eines Brunnens am Nordabhang der Akropolis hingewiesen. Oscar Broneer: *Excavations on the North Slope of the Acropolis*, *Hesperia* 7 (1938), S. 228–243. – 191 der 192 Ostraka tragen den Namen des Themistokles; das Erstaunliche ist jedoch, dass der Schriftvergleich ergeben hat, dass diese 191 Ostraka nur von vierzehn Personen beschrieben wurden. Vgl. Mabel L. Lang: *Ostraka (The Athenian Agora 25)*, Princeton 1990, S. 142ff., Nr. 1146–1337. Zu den verschiedenen Datierungsversuchen vgl. Broneer (wie Anm. 81); Harold B. Mattingly: *The Practice of Ostracism at Athens*, in: *Antichthon* 2 (1991), S. 1–26, hier S. 6ff. Die Homogenität dieses Hortfundes – im Gegensatz zu den Funden der Agora und des Kerameikos – lässt darauf schließen, dass die Ostraka nicht im Verfahren eingesetzt wurden. Allerdings gibt es auch Fälle, in denen Ostraka mit verschiedenen Namen von ein und derselben Hand eingeritzt wurden. Brenne (wie Anm. 71), T1/32–34. Die große Mehrheit der athenischen Bürger beschriftete ihre Scherben jedoch wohl selbst.

⁸² Vgl. Brenne (wie Anm. 71), S. 186ff; Mann (wie Anm. 54), S. 237ff.

⁸³ Vgl. beispielsweise die Beurteilung des Ostrakismos gegen Hyperbolos durch Thukydides (8,73,3) und den Komiker Platon, die von Plutarch (Alkibiades 13,9 und Nikias 11,7) zitiert wird: „Und so geschah ihm [Hyperbolos] dies wegen seines Charakters zu Recht, / wegen seiner Sklavenmale aber zu Unrecht, / denn nicht für solche Leute wurde die Scherbe erfunden.“ Vgl. auch Ps.-And. 4,4. – Vgl. zur Diskussion, ob der Ostrakismos aufgrund des unerwarteten Ausganges nicht mehr angewendet wurde, Mann (wie Anm. 54), S. 237ff.

lung des Alkibiades ungestraft blieb.⁸⁴ Die Institution des Ostrakismos, die dem Zweck diene, „herausragende Individuen zu disziplinieren“⁸⁵, hatte damit versagt.

5.2. *Der Hermenfrevel und die Profanierung der Mysterien*

Ausschlaggebend für die Beurteilung, ob der Ostrakismos durch Nikias und Alkibiades beeinflusst wurde bzw. – was entscheidender ist – ob es so in der athenischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, sind die Ahndung des Hermenfrevels und der Vorwurf, die eleusinischen Mysterien profaniert zu haben. Für beide sakrale Vergehen wurde Alkibiades mitverantwortlich gemacht.

Im Frühsommer 415 v. Chr., kurz vor der Ausfahrt der athenischen Flotte nach Sizilien, wurden in einer einzigen Nacht fast alle steinernen Hermenpfeiler, die auf Plätzen und Straßen in Athen aufgestellt waren, umgestürzt bzw. verstümmelt.⁸⁶ Aufgrund der großen Anzahl der umgestürzten und verstümmelten Hermen und der Gleichzeitigkeit der Tat wurde eine konzertierte Aktion einer demokratiefeindlichen Gruppierung angenommen.⁸⁷ Die Hysterie, die sich danach ausbreitete, schlug hohe Wellen; sogleich wurde eine Untersuchungskommission eingerichtet. Für Informationen über die Verstümmelung der Hermen und weiterer sakraler Verfehlungen wurden hohe Belohnungen ausgesetzt. Daraufhin beschuldigte ein gewisser Pythonikos in der Volksversammlung Alkibiades, dieser habe mit weiteren Gefährten während eines Symposions die eleusinischen Mysterien nachgeahmt und damit die beiden Göttinnen Demeter und Kore blasphemiert.⁸⁸ Die Profanierung der Mysterien und die Verstümmelung der Hermen als politische Chance nutzend, Alkibiades aus dem Weg zu räumen und die eigene Stellung zu vergrößern, traten

⁸⁴ Das „provokante Auftreten“ des Alkibiades sieht Mann (wie Anm. 54), S. 241 als Ursache für die Durchführung des Ostrakismos im Jahre 416 v. Chr. an.

⁸⁵ Mann (wie Anm. 54), S. 241.

⁸⁶ Zum Hermokopiden- und Mysterienfrevel vgl. And. 1,10–70. Thuk. 6,27–29; 53; 60f. IG I³ 421–430. Diod. 13,2,3–4. Plut. Alkibiades 18,6–21. Plut. Nikias 13. Nep. Alcibiades 3f. Vgl. W. Kendrick Pritchett: Attic Stelai I, in: Hesperia 22 (1953), S. 225–299; Ders.: Attic Stelai II, in: Hesperia 25 (1956), S. 178–317; Olivier. Aurenche: Les groupes d’Alcibiade, de Léogoras et Teucros, Paris 1974, S. 155ff.; Robin Osborne: The Erection and Mutilation of the Hermai, in: PCPhS 31 (1985), S. 47–73; Mann (wie Anm. 54), S. 244ff.

⁸⁷ Vgl. Gustav Adolf Lehmann: Überlegungen zur Krise der attischen Demokratie im Peloponnesischen Krieg: Vom Ostrakismos des Hyperbolos zum Thargelion 411 v. Chr., in: ZPE 69 (1987), S. 33–73; James F. McGlew: Politics on the Margins. The Athenian Hetaireiai in 415, in: Historia 48 (1999), S. 1–22; Mann (wie Anm. 54), S. 246.

⁸⁸ Thuk. 6,28,1. Plut. Alibiades 19,1–2. And. 1,12. Isokr. or. 16,6.

mehrere Demagogen auf und behaupteten, Alkibiades sei in beiden Fällen der Drahtzieher gewesen. Damit würde er das Ziel verfolgen, einen oligarchischen Umsturz zu planen.

Alkibiades selbst trat für einen sofortigen Prozess – ehe er zum Feldzug nach Sizilien aufbreche – ein, um sich der Vorwürfe erwehren zu können. Dennoch beschloss man, Alkibiades mit der Flotte nach Sizilien ausfahren zu lassen. Danach kam es aber noch zu weiteren Denunziationen und Prozessen, in deren Folge man nun doch eine offizielle Anklage gegen Alkibiades wegen des Mysterienfrevels anstrebte. Daher schickte man das Staatsschiff Salaminia nach Sizilien, um Alkibiades für den Prozess nach Athen zu holen. Alkibiades kam der Aufforderung zunächst nach, floh jedoch in Thurioi über Elis nach Sparta. Von seiner Schuld durch die Flucht überzeugt, verurteilte man ihn in Abwesenheit zum Tode, wobei sein Vermögen eingezogen und öffentlich versteigert wurde, und ließ ihn durch die eleusinischen Priester verfluchen.⁸⁹

Den Zusammenhang zwischen dem „gescheiterten“ Ostrakismos und dem Hermenfrevel bzw. der Profanierung der Mysterien hat G.A. Lehmann anschaulich hergestellt⁹⁰, wobei er die innenpolitische Linie bis zum Umsturz der Demokratie im Jahre 411 v. Chr. zog.⁹¹ Verbindendes Element stellen die Hetairien dar, die als „antidemokratische Kampfgruppen“⁹² nicht durch die athenische Bürgerschaft kontrolliert werden konnten.⁹³ Exponent dieser antidemokratisch gesinnten Kreise, die die Demokratie als „notorischen Unfug“⁹⁴ bezeichneten, war zweifelsohne Alkibiades. So wird in einer Alkibiades-Biographie⁹⁵ betont, „dass die athenische Öffentlichkeit die Hermenaktion allgemein nicht nur als Vergehen, sondern als Manifestation einer antidemokratischen („tyrannischen“) Verschwörung ansah und dass die Verdächtigungen sich sogleich gegen Alkibiades richteten.“⁹⁶

Alkibiades mit seinem mangelnden Bemühen zur Integration und der extensiven Zurschaustellung seines sozialen Status provozierte demnach Verdächtigungen, einen

⁸⁹ Nep. Alkibiades 4,5.

⁹⁰ Vgl. Lehmann (wie Anm. 87).

⁹¹ Vgl. Lehmann (wie Anm. 87), besonders S. 38. Er stützt sich dabei auf die Darstellung des Thukydides (2,65,11–13). So setzt Thukydides den Beginn der inneren Wirren mit dem Hermen- und Mysterienfrevel bzw. dem Sturz des Alkibiades gleich.

⁹² Mann (wie Anm. 54), S. 260.

⁹³ Vgl. Lehmann (wie Anm. 87), S. 56.

⁹⁴ So Alkibiades in einer Rede (Thuk. 6,89,6).

⁹⁵ P.Oxy. III, 1903, nr. 411, col. 1 r. Zl. 6f. Gelesen bei Lehmann (wie Anm. 87) S. 54, Anm. 49.

⁹⁶ Lehmann (wie Anm. 87), S. 54 Anm. 49.

antidemokratischer Umsturz zu planen.⁹⁷ Dabei sollte man nicht nur einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ostrakismos des Hyperbolos 416 v. Chr. und den Prozessen wegen sakraler Vergehen 415 v. Chr. in einer Mobilisierung von antidemokratischen Kräften und von Hetairien sehen. Vielmehr legt die enge zeitliche Abfolge der Ereignisse und die Person des Alkibiades als eine der Hauptfiguren noch eine andere Schlussfolgerung nahe: Nachdem die Ostrakisierung des Alkibiades in der Meinung der Öffentlichkeit misslungen war, nahm man die sakralen Vergehen zum Anlass, Alkibiades den Prozess zu machen. Dabei ist zu beachten, dass athenische Prozesse nicht nur Rechtsangelegenheiten, sondern auch politische Prozesse waren.⁹⁸ Auch wenn die folgenden Ereignisse zur kurzzeitigen Errichtung einer Oligarchie 411 v. Chr. führten, so wird doch am Ostrakismos des Hyperbolos und an der Ahnung der sakralen Vergehen deutlich, dass man in Athen versuchte, Alkibiades' antidemokratische Ambitionen zum Schutz der demokratischen Ordnung zu bändigen.

5.3. Die Rückkehr aus dem Exil

Nachdem Alkibiades in Sparta als militärischer Berater zum Schaden Athens agierte und schließlich von den Spartanern Ende 412 v. Chr. bezichtigt wurde, mit der erfolgreich Widerstand leistenden athenischen Flotte in Samos zu paktieren, gelangte er an den Hof des persischen Satrapen Tissaphernes. Hier nahm er Kontakt mit den Oligarchen auf Samos auf, um durch die Zusicherung, die Perser würden eine oligarchische Regierung im Kampf gegen Sparta unterstützen, zunächst den Sturz der Demokratie 411 v. Chr. voranzutreiben.⁹⁹

⁹⁷ Interessant ist daher die Charakterisierung des Alkibiades durch Thukydides (Thuk. 6,15): „Denn hoch angesehen in der Stadt, frönte er großen Leidenschaften über sein Vermögen mit den Pferden, die er hielt, und sonstigem Aufwand. Und gerade das wurde einer der Hauptgründe für den Untergang Athens. Denn da die Menge erschrak vor dem Übermaß seiner persönlichen, ganz überbürgerlichen Lebensführung wie auch vor dem geistigen Schwung, womit er jedes einzelne vorkommende Geschäft betrieb, so wurden sie, als wolle er Tyrann werden, seine Feinde, und während er in seinem Amt für den Krieg die besten Anordnungen traf, stießen sich die einzelnen Bürger an seinem Gehaben, gaben die Vollmachten andern und rissen gar bald damit die Stadt zu Boden.“ (Übersetzung G.P. Landmann.)

⁹⁸ Vgl. Gribble (wie Anm. 42), S. 97.

⁹⁹ Hyperbolos stellte sich in diesem Zusammenhang wirklich als ein Unglücksrabe heraus: Nicht nur, weil er als letzter Athener ostrakisiert wurde, sondern weil er sich ausgerechnet Samos als Exilort wählte. Die Oligarchen, die den Umsturz in Athen planten, wollten sich durch ein gemeinsam verübtes Verbrechen aneinander binden. Sie brachten Hyperbolos um, der sich auf der Insel im Exil aufhielt. Thuk. 8,73,3. Theop. FGrHist 115 F 96.

Nachdem jedoch diese Zusage von Tissaphernes nicht eingelöst wurde, kam es zum Bruch zwischen Alkibiades und den Oligarchen in Athen. Daraufhin nahm Alkibiades mit der Flotte, die in Samos an der Demokratie festhielt und der Oligarchie Widerstand leistete, Kontakt auf. In dieser Krisensituation wurde er von der Flotte zum Oberkommandierenden ernannt¹⁰⁰, was ihm die Möglichkeit bot, sich als vaterlandsliebender Athener zu gerieren. Doch er kehrte nicht sofort nach Athen zurück. Erst als die Demokratie im Frühjahr 410 v. Chr. nach seinem Sieg bei Kyzikos wiederhergestellt worden war und er in mehreren erfolgreichen Seeschlachten die Position Athens festigte, wagte er, mit reicher Kriegsbeute nach Athen zu fahren. Die Ankunft des Alkibiades im Piräus, dem Hafen Athens, wird in den Quellen dabei unterschiedlich dargestellt.¹⁰¹

So berichtet Xenophon realistisch¹⁰² von einer eher vorsichtigen Rückkehr nach Athen.¹⁰³ Für eine abwartende Haltung und ein zögerliches Abschätzen der Stimmung in Athen spricht, dass er nicht die gesamte Flotte, sondern nur dreißig Schiffe mit nach Athen nahm. Zudem war ein gewisser Thrasylos mit einem weiteren Aufgebot bereits vorausgefahren und hatte die Ankunft vorbereitet. Bis Alkibiades schließlich nach mehreren Zwischentappen selbst nach Athen einfuhr, wartete er weitere Nachrichten aus Athen ab, die ihn vermuten ließen, dass ihm gegenüber eine günstige Stimmung vorherrschte.¹⁰⁴ Erst dann kehrte Alkibiades nach Athen zurück. In Piräus sei er nicht „ohne Bangen“ vor die Athener getreten¹⁰⁵ und habe solange auf seinem Schiff gewartet, bis er seinen Cousin Euryptolemos sah; erst dann sei er tatsächlich von Bord gegangen.¹⁰⁶

Nach seiner Rückkehr musste sich Alkibiades allerdings noch in der Volksversammlung rechtfertigen, doch die ihm wohlgesonnene Stimmung bei seiner Landung übertrug sich auch auf die Anwesenden in der Ekklesia, so dass er sich den breiten Rück-

¹⁰⁰ Thuk. 8,82. Plut. Alkibiades 26.

¹⁰¹ Während Diodor (13,1–2) von einer triumphalen Rückkehr spricht, stellt Xenophon (hell. 1,4,8–12; 18–19) die Ankunft in Athen zögerlicher dar. Vgl. dazu und zum Folgenden Bruno Bleckmann: Athens Weg in die Niederlage. Die letzten Jahre des Peloponnesischen Krieges (Beiträge zur Altertumskunde 99), Stuttgart / Leipzig 1996, S. 462ff.

¹⁰² So die Einschätzung von Bleckmann (wie Anm. 101), S. 463, der der Darstellung Xenophons dem Vorzug vor derjenigen Diodors gibt. Als Beleg für die Richtigkeit der Darstellung führt er u.a. den knappen Bericht von Isokrates (or. 5,61) an. Vgl. Bleckmann (wie Anm. 101), S. 467f.

¹⁰³ Xen. hell. 1,4,8–12; 18–19.

¹⁰⁴ Xen. hell. 1,4,12. Vgl. zur Interpretation dieser Stelle Bleckmann (wie Anm. 101), S. 463 mit Anm. 74.

¹⁰⁵ So die Worte Plutarchs (Alkibiades 32).

¹⁰⁶ Xen. hell. 1,4,18. Plut. Alkibiades 32.

halt der Athener nun völlig sichern konnte: Er wurde zum bevollmächtigten Strategen gewählt.¹⁰⁷ Schließlich wurde seine vollständige Rehabilitierung vollzogen, indem ihm sein Vermögen zurückerstattet und die Stele, die seine Verdammung und die Verfluchung gegen ihn öffentlich proklamierte, weggebracht und ins Meer geworfen wurde.¹⁰⁸

In diesem Fall ist außer dem Umstand, dass die athenischen Vollbürger Alkibiades nach seinem ominösen Verhalten wiederum eine außerordentliche Stellung verliehen, bemerkenswert: Als sich Alkibiades langsam an Athen herantastete, konnte er sich nicht auf seine Siege und die Kriegsbeute verlassen, sondern er musste erst die Stimmung in Athen eruieren. Seine Ankunft in Athen war dann der entscheidende Augenblick. Erst als die anwesende Menge ihn positiv aufnahm, ging er von seinem Schiff.¹⁰⁹ Seine Rehabilitation erfolgte in der Volksversammlung, nachdem die ihm wohlgesonnene Stimmung sich auf die dort anwesenden Vollbürger übertragen hatte. Entscheidend ist hier, dass er in diesen Momenten von der öffentlichen Meinung abhängig war; beide Versammlungen, die im Hafen und die in der Ekklesia, unterschieden sich jedoch in ihrer Zusammensetzung. Während in der Volksversammlung nur die männlichen Vollbürger anwesend waren, ist davon auszugehen, dass sich in Piräus alle Einwohner Athens, also beispielsweise noch nicht volljährige Athener, Metöken und selbst Frauen versammelt hatten. Die Stimmung, die sich dabei gebildet hatte, übertrug sich demnach auf den kleineren Kreis derjenigen, die im Besitz der vollen politischen Rechte waren, und gab somit die Richtung vor, wie mit Alkibiades dann weiter verfahren wurde.

6. Fazit

Die Untersuchung des Ostrakismos des Hyperbolos, der Anschuldigungen wegen sakraler Vergehen und die Rückkehr des Alkibiades aus dem Exil hat gezeigt, dass Alkibiades in diesen drei Situationen seines Lebens von der kollektiven Beurteilung

¹⁰⁷ Zur unterschiedlichen Darstellung Xenophons (hell. 1,4,20) und Diodors (13,69,1) vgl. Bleckmann (wie Anm. 101), S. 472ff.

¹⁰⁸ Diod. 13,69,2. Plutarch (Alkibiades 33,2) und Nepos (Alcibiades 6,3) fügen hinzu, er sei zusätzlich durch Goldkränze geehrt worden.

¹⁰⁹ Plutarch (Alkibiades 34,1) berichtet jedoch, dass der Zeitpunkt seiner Rückkehr aus religiösen Gründen – es wurde das Plynterienfest gefeiert, das als Unglückstag galt – „einige Leute ängstigte“.

und somit von der öffentlichen Meinung abhängig war. Aufgrund des Fehlens von förmlich Angeklagten und Anklagepunkten war das Verfahren des Ostrakismos ein unpräzises Mittel, bestimmte Personen der Kontrolle durch die Polis zu unterwerfen. Dennoch zeigt die antike Literatur, die sich mit dem Ostrakismos des Hyperbolos auseinandersetzt, dass man in Athen eine bestimmte Meinung hatte, wen der Ostrakismos hätte treffen müssen.

Dementsprechend muss die Anklage gegen Alkibiades wegen Religionsfrevel und der Ostrakismos in einen unmittelbaren innenpolitischen Zusammenhang gebracht werden: Der Prozess, der gegen ihn geführt wurde, war angesichts der spezifisch politischen Qualität der athenischen Prozesse eine Reaktion auf den „gescheiterten“ Ostrakismos. Denn hier konnte der Prozess gegen eine bestimmte Person gerichtet werden und so die öffentliche Meinung schließlich doch umgesetzt werden.

Die Voraussetzung, um überhaupt eine öffentliche Meinung bilden zu können, ist, dass alle – zumindest theoretisch – an der Entscheidungsfindung beteiligt waren und dass diejenigen Angelegenheiten, die verhandelt wurden, von allen diskutiert werden können. Grundlage hierfür stellte die Gleichheit der männlichen Vollbürger dar. Diesen war es durch die Redefreiheit möglich, sich in der Volksversammlung zu äußern und aktuelle Probleme zu diskutieren. Daneben waren es vor allem die Theateraufführungen, von denen an dieser Stelle nur andeutungsweise die Alte Komödie zur Sprache kam, die auf die Meinungsbildung einwirken konnten.

Eine zweite Voraussetzung war, dass diejenigen Angelegenheiten, die verhandelt wurden, auch allen bekannt waren. In diesem Zusammenhang war die Verbreitung von Neuigkeiten von Bedeutung, die nicht nur durch Herolde oder in der Volksversammlung gewährleistet wurde, sondern auch durch die Größe der Polis gesichert wurde. Nachrichten, strittige Fragen und aktuelle Entscheidungen wurden aber auch auf informellen Wegen weitergegeben und diskutiert.¹¹⁰

Aufgrund der spezifischen Verhältnisse im klassischen Athen ist demnach von einer Unterscheidung der Öffentlichkeit in die sozio-politische und die visuell-intellektuelle Ebene abzusehen. Vielmehr ist eine Differenzierung zwischen der athenischen Öffentlichkeit und einer Polisöffentlichkeit vorzunehmen: Erstere umfasst die Öffentlichkeit

¹¹⁰ Vgl. beispielsweise die Debatte über die Sizilische Expedition, die zeitlich vor der Volksversammlung angestoßen wurde, in den Gymnasia und öffentlichen Plätzen von Athen (Plut. Alkibiades 17,3. Nikias 12,1). Vgl. zu dem gesamten Themenkomplex Sian Lewis: News and Society in the Greek Polis, London 1996.

in dem Sinne, dass antike Politik stets öffentlich war und sich daher vor den Augen aller abspielte. Diese Ebene von Öffentlichkeit umfasste alle Bewohner Athens bzw. Attikas unabhängig von ihren politischen Rechten und war nicht darauf zu reduzieren, dass sie nur als Bühne, auf der sich Politik abspielte, diene. Als öffentliche Stimmung konnte sie sehr wohl auf das Verhalten von Politikern einwirken und eine politische Handlung evozieren. Athenische Öffentlichkeit ist somit als öffentliche Stimmung aufzufassen, die in bestimmten Fällen auch Einfluss auf die Meinungsbildung der Polisöffentlichkeit hatte.

Die Polisöffentlichkeit im klassischen Athen ist demnach die Öffentlichkeit, die durch die männlichen Vollbürger gebildet wurde, und die man als personifizierte Öffentlichkeit bezeichnen könnte. Dieser Form von Öffentlichkeit stand eine Reihe von rechtlichen und institutionellen Möglichkeiten offen, Mitbürger, die gegen die Gesamtheit der Bürger handelten, in ihre Schranken zu weisen. Zwar fehlte im klassischen Athen die Diskussion von Politik in den Medien, doch die Beteiligung aller Vollbürger an den politischen Belangen der Stadt und die spezifische Gesellschaftsstruktur als face-to-face-society garantierten die Erörterung und Reflektion des politischen Geschehens und somit der Kontrolle der politischen Vorgänge. Somit lassen sich die drei wesentlichen Kriterien (Verbreitung von Neuigkeiten, Diskussion von Politik und reflektiertes Publikum), die Eich als notwendig für die Ausbildung einer öffentlichen Meinung und somit für Öffentlichkeit herausstellte, auch im klassischen Athen finden.

Ingrid Baumgärtner

Die Standeserhebung des Rechtsprofessors Bartolomeo Cipolla Venedig auf dem Reichstag von Regensburg 1471 und die Türkengefahr

Am Mittag des 16. Juni 1471, einem Sonntag, näherten sich etwa 2.800 Reiter der Reichsstadt Regensburg.¹ Ein knappes Drittel der Gruppe stellte der aus Graz kommende Kaiser Friedrich III. mit seinem Gefolge von rund 860 Berittenen. Auf dem letzten Wegstück gaben ihm wichtige Fürsten mit ihren Gefolgsmännern das Geleit, der mächtige Erzherzog Sigmund von Tirol mit fast 450 Reitern, der politisch ambitionierte Herzog Albrecht IV. von Oberbayern mit knapp 500 Reitern und der einflussreiche Herzog Ludwig IX. von Bayern-Landshut, der mit 1.000 Mann zu Pferd alle übertraf und seinem Beinamen ‚der Reiche‘ alle Ehre machte. Mehr als 1.200 Berittene sollen dem Zug zudem aus der Stadt entgegengekommen sein, nicht nur die Vertreter der Regensburger Bürger, sondern auch zahlreiche Fürsten, die sich bereits zum Reichstag versammelt hatten und seit Wochen ungeduldig auf das Eintreffen des Königs warteten.

Es muss ein eindrucksvoller Zug gewesen sein, in dessen Gedränge auch drei venezianische Gesandte in die Reichsstadt an der Donau einzogen, der Diplomat Giovanni Aymo, der erfahrene Sondergesandte Paolo Morosini und der Paduaner Universitätsprofessor Bartolomeo Cipolla. Laut einer Instruktion des venezianischen Senats² hatten sie ihr gemeinsames Gefolge auf dreißig Reiter zu beschränken und bescheiden aufzutreten; mit insgesamt sechzig Pferden überschritten sie deutlich diese Vorgaben. Den drei Delegierten war wohl die Erleichterung darüber anzumerken, nach

¹ Deutsche Reichstagsakten, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Ältere Reihe: Bd. 22,2, bearb. von Helmut Wolff, Göttingen 1999, Nr. Gb (I-III) M2 f.2b, Würzburger Relation f. 6b, Patrizi f. 37b-38a, vgl. Beilage A, S. XX u. S. 472f. Vgl. auch Johannes Janssen: Frankfurts Reichsrespondenz nebst anderen verwandten Actenstücken von 1376-1519, 2 Bde., Freiburg i. Br. 1863-1872, Bd. 2, Nr. 431. Der vorliegende Beitrag ist eine überarbeitete und deutlich erweiterte Version eines Vortrags, der auf Italienisch anlässlich der Tagung „Bartolomeo Cipolla, giurista veronese del quattrocento, tra cattedra, foro ed attività politica“ in Verona vom 14. bis 16. Oktober 2004 gehalten wurde; vgl. Ingrid Baumgärtner: Bartolomeo Cipolla, Venezia e il potere imperiale: politica e diritto nel contesto della Dieta di Ratisbona (1471), in: Giovanni Rossi (Hrsg.): Bartolomeo Cipolla: un giurista veronese del Quattrocento tra cattedra, foro e luoghi del potere. Atti del convegno, internazionale di studi (Verona, 14-16 ottobre 2004), Padua 2009, S. 277-316.

² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1 vom 15. April 1471, S. 389: „reducite familias vestras ad numerum triginta equorum ad summum inter vos tres omnibus computatis.“

massiven Verzögerungen endlich zusammen mit dem Herrscher, der viel zu spät zu dem für den Johannistag am 23. April einberufenen Reichstag aufgebrochen war, in den Tagungsort einzureiten.

Die Serenissima hatte ihnen in den letzten Wochen immer wieder drängende Depeschen geschickt: Sie sollten das Zustandekommen des Großen Christentages mit allen Kräften unterstützen, um ein gemeinsames Handeln der europäischen Mächte und der Reichsstände gegen die Türken zu ermöglichen. Kurz nach dem freudigen Einzug in die Reichstagsstadt dürfte die Schreckensmeldung des Senats vom 10. Juni angekommen sein, dass die Osmanen erneut bis Laibach im Herzogtum Krain vorgezogen seien. Die Gesandten sollten die drohenden Gefahren von Blutrünstigkeit, Grausamkeit und Perversion auf dem Reichstag wortreich schildern, um den lang ersehnten allgemeinen Kreuzzug gegen die Türken zu erwirken.³

Bartolomeo Cipolla war nicht der einzige Rechtsgelehrte in dieser Ansammlung ehrenwerter Entscheidungsträger, zumal sich die Juristen in Friedrichs Regierungszeit gleichsam als eine reichsübergreifende gesellschaftliche Gruppe etablieren konnten.⁴ Ihre Präsenz unterstrich die politische und kulturelle Bedeutung solcher Reichstage und untermauerte die dort getroffenen Entscheidungen. Fürsten und Städte waren deshalb gezwungen, juristisch ausgebildete Räte zu den Verhandlungen zu senden. Ohnehin beschäftigten sich die meisten bekannten Juristen der Zeit nicht nur mit Gesetzgebung, Rechtsunterricht und Rechtsgutachten, sondern auch mit diplomatischen Missionen und Politik.

³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 4 vom 10. Juni 1471, S. 390: „vobis tamen mittimus presentibus introclusa exempla complurium litterarum nuntiantium descensum Turchorum in Lubianam et miserabilem factam christianorum trucidationem, villarum incendium et provinciarum, quas discurrere, depopulationem“. Zum Bild der Türken in Venedig vgl. Paolo Preto: *Venezia e i turchi* (Pubblicazioni della facoltà di magistero dell'Università di Padova 20), Florenz 1975, S. 23-66; allgemein zum Türkenbild im damaligen Europa vgl. Peter Thorau: „Turci ante portas“. Der osmanische Angriff auf Unteritalien 1480/81, in: Sabine Pentz u.a. (Hrsg.): *Europas Grenzen (Limites 1)*, St. Ingbert 2006, S. 93-118.

⁴ Paul-Joachim Heinig: Friedrich III. (1440-1493), in: Bernd Schneidmüller / Stefan Weinfurter (Hrsg.): *Die deutschen Herrscher des Mittelalters. Historische Portraits von Heinrich I. bis Maximilian I. (919-1519)*, München 2003, S. 495-517, hier S. 496; Paul-Joachim Heinig: Gelehrte Juristen im Dienst der römisch-deutschen Könige des 15. Jahrhunderts, in: Hartmut Boockmann u.a. (Hrsg.): *Recht und Verfassung im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, 1. Teil: Bericht über Kolloquien der Historischen Kommission zur Erforschung der Kultur des Spätmittelalters 1994 bis 1995*, Göttingen 1998, S. 167-184.

Die Forschungen zu Bartolomeo Cipolla konzentrierten sich bisher weitgehend auf seine Aktivitäten als Universitätslehrer, Gutachter⁵ und Statutenreformer in Norditalien; sein Auftrag als venezianischer Gesandter auf dem Reichstag von Regensburg wurde allenfalls kurz erwähnt, obwohl er dort in das kaiserliche System der Verpflichtung durch Rangerhöhung eingebunden wurde. Überdies war gerade dieser so genannte „Große Regensburger Christentag“ von Juni bis August 1471 nicht nur eine der wichtigsten Reichsversammlungen des 15. Jahrhunderts, sondern durch die Teilnahme verschiedener Delegationen aus Italien (Venedig, Mailand, Neapel), den Königreichen Ungarn, Polen und Böhmen (eingeladen auch Dänemark) sowie der päpstlichen Kurie auch ein europäisches Ereignis, das noch dadurch an Gewicht gewann, dass Kaiser Friedrich III. nach 27 Jahren erstmals wieder persönlich an einer Reichsversammlung außerhalb seiner Erblande teilnahm.⁶

Aufgrund der breiten Beteiligung und einer anwachsenden Schriftlichkeit in diesen Jahrzehnten ist die Überlieferungslage recht günstig. Zum äußerst gut besuchten Regensburger Türkentag (etwa 7.000 Gäste mit über 8.000 Pferden) liegt erstmals eine so detaillierte Protokollführung vor, dass die meisten Vorgänge gut nachvollziehbar und viele der Teilnehmer namentlich zu fassen sind. Drei Berufsschreiber schildern zudem Ablauf und Organisation der Veranstaltung aus ihrer Perspektive, nämlich Agostino Patrizi, Sekretär des päpstlichen Legaten, Kardinals und Erzbischofs von Siena Francesco Todeschini-Piccolomini, der Regensburger Stadtschreiber Konrad Platterberger (in drei Versionen) und der Sekretär der fürstbischöflichen Gesandtschaft aus Würzburg.⁷ Erhalten sind ferner Teile der Korrespondenz, darunter die Instruktionen Venedigs, und einige Rechenschaftsberichte verschiedener Gesandt-

⁵ Ingrid Baumgärtner: Rechtsnorm und Rechtsanwendung in der venezianischen Terraferma des 15. Jahrhunderts: Die Consilia von Bartolomeo Cipolla, in: Ingrid Baumgärtner (Hrsg.): Consilia im späten Mittelalter. Zum historischen Aussagewert einer Quellengattung, Sigmaringen 1995, S. 79-111. Vgl. auch Ingrid Baumgärtner: Stadtgeschichte und Consilia im italienischen Spätmittelalter. Eine Quellengattung und ihre Möglichkeiten, in: Zeitschrift für Historische Forschung 17,2 (1990), S. 129-154, besonders S. 140-148 und S. 152f.; Ingrid Baumgärtner: Consilia – Quellen zur Familie in Krise und Kontinuität, in: Peter-Johannes Schuler (Hrsg.): Die Familie als sozialer und historischer Verband. Untersuchungen zum Spätmittelalter und der frühen Neuzeit, Sigmaringen 1987, S. 43-66, hier S. 60.

⁶ Heinig: Friedrich III. (wie Anm. 4), S. 503.

⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. Gb (I-III) S. 567ff., 572ff. und 576ff.; vgl. Ebenda, Beilage A, S. XIX-XXIX zur chronologischen Abfolge der Ereignisse nach den fünf Berichten der drei Schreiber. Zum Bericht von Agostino Patrizi vgl. Hans Kramer: Agostino Patrizis Beschreibung der Reise des Kardinallegaten Francesco Piccolomini zum Christentag in Regensburg 1471, in: Leo Santifaller (Hrsg.): Festschrift zur Feier des zweihundertjährigen Bestandes des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, Bd. 1 (Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs Erg.-Bd. II/1), Wien 1949, S. 549-565.

schaften. Insgesamt lässt sich somit ein recht anschauliches Bild von den Aktivitäten der drei venezianischen Teilnehmer rekonstruieren, auch wenn deren vor dem *maggior consiglio* geforderter schriftlicher Endbericht⁸ nicht überliefert ist.

Auf dieser Quellenbasis zu analysieren sind im Folgenden vor allem die organisatorischen Rahmen- und Kommunikationsbedingungen, die Wirkungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume, der zeremonielle Rang und die Ehrungen der drei venezianischen Botschafter im Umfeld des Reichstags. Diese Komplexe sind mit Blick auf den Rechtsprofessor Bartolomeo Cipolla und seine verschiedenen Standeserhebungen durch Kaiser Friedrich III. in vier Schritten zu erörtern: erstens die Vorgeschichte einschließlich der venezianischen Teilnehmer des Regensburger Reichstags, zweitens die organisatorischen und kommunikativen Tücken der Anreise, drittens das Vorgehen und politische Scheitern der venezianischen Gesandten auf dem Reichstag sowie viertens die Bedeutung von Rang und Rangerhöhungen im Gefolge des Kaisers.

1. Vorgeschichte und venezianische Protagonisten des Reichstags

Der glanzvolle ‚Friedensreichstag‘⁹ vom Sommer 1471 eröffnete für Kaiser Friedrich III. nach einer ersten Phase der Rührigkeit mit neuen Programmen (von 1440 an) und einer zweiten Phase der Krisen im Reich (1453-1470) gleichsam einen dritten Herrschaftsabschnitt, in dem er sich „gegen innere wie äußere Herausforderungen behauptete und das Reich gleichsam wider Willen modernisierte“.¹⁰ Verbunden war dies mit energischen Versuchen, ausstehende Kriegleistungen einzutreiben und die Ver-

⁸ Zur Verpflichtung der Gesandten, zumindest seit 1425 einen schriftlichen Endbericht innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Rückkehr in die Heimat vorzulegen, vgl. Donald E. Queller: *Early Venetian Legislation in Ambassadors* (Travaux d’humanisme et renaissance 88), Genf 1966, Nr. 49, S. 86; Christina Lutter: *Politische Kommunikation an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Venedig und Maximilian I. (1495-1508)*, Wien / München 1998, S. 21f.; Christina Lutter: *Bedingungen und Formen politischer Kommunikation zwischen der Republik Venedig und Maximilian I.*, in: Rainer C[hristoph] Schwinges / Klaus Wriedt (Hrsg.): *Gesandtschafts- und Botenwesen im spätmittelalterlichen Europa* (Vorträge und Forschungen 60), Ostfildern 2003, S. 191-223, hier S. 195f.; Donald E. Queller: *The development of Ambassadorial Relazioni*, in: John Rigby Hale (Hrsg.): *Renaissance Venice*, London 1973, S. 174-196, besonders 184ff.

⁹ Zum Begriff Reichstag vgl. Peter Moraw: *Hoftag und Reichstag von den Anfängen im Mittelalter bis 1806*, in: Hans-Peter Schneider / Wolfgang Zeh (Hrsg.): *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, New York 1989, S. 3-47; Peter Moraw (Hrsg.): *Deutscher Königshof, Hoftag und Reichstag im späteren Mittelalter* (Vorträge und Forschungen 48), Stuttgart 2002; Gabriele Annas: *Hoftag – Gemeiner Tag – Reichstag. Studien zur strukturellen Entwicklung deutscher Reichsversammlungen des späten Mittelalters (1349-1471)* (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 68), 2 Bde. und CD-Rom, Göttingen 2004, Bd. 1, S. 61-72 und S. 123-136.

¹⁰ Heinig: *Friedrich III.* (wie Anm. 4), S. 496.

pflichtungen aller Reichsangehörigen zu aktivieren. Bereits auf der recht erfolglosen Reichsversammlung von Regensburg 1454 hatte der abwesende Friedrich III. nach dem Fall von Konstantinopel 1453 zusammen mit dem Papst einen Türkenkreuzzug unter Errichtung eines Landfriedens fordern lassen, den die Reichsfürsten nicht unterstützten. Für den Reichstag von 1471 hatte der Kaiser seine Präsenz zugesagt, um sich persönlich für ein gemeinsames Unternehmen zu engagieren.¹¹ Welche Rolle spielte dabei Venedig? Und warum wurde der gebürtige Veroneser Bartolomeo Cipolla für eine solche Delegation ausgewählt?

Der Kaiser hatte die Lagunenstadt zuletzt auf seiner im Spätherbst 1468 angetretenen Romwallfahrt besucht, um die Türkenabwehr und die Hussitenbekämpfung zu erörtern. Venedig dürfte zu diesem Zeitpunkt in der italienischen Diplomatie recht isoliert gewesen sein, da es nicht nur mit dem neuen Papst Paul II., einem gebürtigen Venezianer, sondern auch mit Mailand und Florenz in offener Feindschaft lebte. Deshalb konnte es seine Kreuzzugspläne gegen die seit kurzem Spalato und Zara in der dalmatischen Adria bedrohenden Osmanen nicht realisieren. Bereits am 3. Dezember hatte Friedrich III. auf dem Weg nach Rom¹² zwölf namentlich leider nicht bekannte venezianische Gesandte zu ersten Gesprächen in Padua empfangen.¹³ In Venedig bewohnte er dann von seiner Ankunft am 7. Februar 1469 an für zwölf Tage den Palast von Borso d'Este, damals Marchese von Ferrara und Herzog von Modena und Reggio Emilia.¹⁴ Er besichtigte Sehenswürdigkeiten (wie den Fondaco dei

¹¹ Paul-Joachim Heinig: Kaiser Friedrich III. (1440-1493). Hof, Regierung und Politik (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters 17), Köln / Weimar / Wien 1997, S. 1374. Zum Ablauf des Reichstags vgl. die alte Beschreibung von Jakob Reissermayer: Der große Christentag zu Regensburg 1471, Teil 1-2, Regensburg 1887-1888.

¹² In Rom weilte er vom 24. Dezember bis 9. Januar 1469. Ausführlich beschrieben ist die Reise bei Johann Rainer: Die zweite Romfahrt Kaiser Friedrichs III., in: Reinhard Härtel (Hrsg.): Geschichte und ihre Quellen. Festschrift für Friedrich Hausmann zum 70. Geburtstag, Graz 1987, S. 183-190; vgl. auch Johann Rainer: L'imperatore Federico III e i suoi viaggi a Roma, in: Clio. Rivista trimestrale di studi storici 24 (1988), S. 455-468, hier S. 463-467.

¹³ Ludwig von Pastor: Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters, Bd. 2, 13. unveränderte Auflage Freiburg i. Br. / Rom 1955, S. 401f. Zum Aufenthalt von 1452 und Anhang 90, S. 771; Rainer: Die zweite Romfahrt (wie Anm. 12), S. 183; Rainer: L'imperatore (wie Anm. 12), S. 464.

¹⁴ Zur Beschreibung des Wilwolt von Schaumburg vgl. Adalbert von Keller (Bearb.): Die Geschichten und Taten Wilwolts von Schaumburg (Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart 50), Stuttgart 1859, S. 10f.; vgl. Heinrich Ulmann: Der unbekanntes Verfasser der Geschichten und Thaten Wilwolt's von Schaumburg, in: Historische Zeitschrift 39 (1878), S. 193-229; Sven Rabeler: Niederadlige Lebensformen im späten Mittelalter. Wilwolt von Schaumburg (um 1450-1510) und Ludwig von Eyb d.J. (1450-1521) (Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte. Reihe IX, 53), Würzburg 2006, S. 105f. u. passim; Zu Venedig vgl. P. Ghinzoni: Federico III. imperatore a Venezia (7 al 19 Febbrajo 1469), in: Archivio Veneto 37, fasc. 73 (1889), S. 133-144 mit dem Bericht der zwei Mailänder Gesandten über Borso d'Este, der von Papst Paul II. 1471 auch zum Herzog von Ferrara ernannt wurde, hier S. 135: „alogarà nela caxa delo illustrissimo duca de Modena, la

Tedeschi, Kirchen, Klöster und das Arsenal) und kaufte Reliquien. Am Faschingsonntag besuchte er den großen Maskenball im Dogen-Palast, wo er in Gegenwart der blutjungen Königin von Zypern Caterina Cornaro zu Rechten des wenig beliebten Dogen Cristoforo Moro saß.¹⁵ Trotz der repräsentativen Verpflichtungen ruhten die politischen Aufgaben nicht: Der Kaiser belehnte seinen langjährigen Gelehrten Rat Johannes Hinderbach, bereits seit zwei Jahren Bischof von Trient, endlich mit den Temporalien¹⁶, erhob den Maler Gentile Bellini zusammen mit anderen lokalen Größen zum Ritter und Pfalzgrafen¹⁷ und führte vor allem Gespräche über die Türkenabwehr, die nur im Zusammenwirken aller europäischen Territorien erfolgreich sein konnte.

Hatte der allseits geachtete Bartolomeo Cipolla bereits in Padua oder Venedig den Kaiser gesehen oder sogar an Verhandlungen und Sitzungen teilnehmen dürfen? Wurde er vielleicht sogar gemeinsam mit dem Maler Gentile Bellini zum Ritter und Pfalzgrafen erhoben? Hinweise in diese Richtung liefern zwei kurze, aber höchst aufschlussreiche Berichte von Augenzeugen in einer Veroneser Handschrift. Ein gewisser Nicolaus und ein Neffe des Juristen beschreiben dort erstaunlich genau die Feierlichkeiten, die sich im Februar des Jahres 1469 in Venedig abgespielt haben sollen.¹⁸

Der erste Akt fand, Nicolaus zufolge, am 6. Februar 1469, einem Montag, zur dritten Nachtstunde im Kloster Santo Spirito in Isola bei Venedig statt. Es war der Abend vor dem offiziellen Einzug Friedrichs III. in die Lagunenstadt. Bei dieser Gelegenheit soll Bartolomeo Cipolla, zusammen mit seinen drei Brüdern und seinen Söhnen, zum

quale è tanto bene aparata, quanto dire si possa“ und S. 137: „poi aconze li strate insino a la cassa del duca de Modena, et la cassa benissimo hornata a roba asaj“; Rainer: Die zweite Romfahrt (wie Anm. 12), S. 186f.; Rainer: L'imperatore (wie Anm. 12), S. 466f.

¹⁵ Vgl. Heinrich Kretschmayr: Geschichte von Venedig, Bd. 2, Gotha 1920, S. 366f. zu diesem Dogen, der bis November 1471 seines Amtes waltete. Vgl. Ghinzoni (wie Anm. 14), S. 140; Rainer: Die zweite Romfahrt (wie Anm. 12), S. 187; Rainer: L'imperatore (wie Anm. 12), S. 467.

¹⁶ Vgl. Ghinzoni (wie Anm. 14), S. 141 mit dem Bericht des Mailänder Gesandten; Rainer: Die zweite Romfahrt (wie Anm. 12), S. 183ff.; Daniela Rando: Dai margini la memoria. Johannes Hinderbach (1418-1486) (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie 37), Bologna 2003, S. 127-250.

¹⁷ Zu Bellini vgl. Kretschmayr (wie Anm. 15), S. 522; Jürg Meyer zur Capellen: Gentile Bellini, Stuttgart 1985, S. 14, 107 und 116f. mit der Dokumentation der Erhebung zum Pfalzgrafen und eques am 13. Februar 1469, die in einer Notariatsurkunde des Jahres 1501 erwähnt wird.

¹⁸ Verona, Biblioteca Comunale, Ms. 1393, f. 166v-167r: „Nicolaus notavit“. Die zweite, nachfolgende Anmerkung verdanken wir einem Neffen des Bartolomeo Cipolla („ipse dominus Bartholomeus mihi avunculus“). Vgl. Gian Maria Varanini: Bartolomeo Cipolla e l'ambiente veronese: tra status sociale e istituzioni municipali, in: Giovanni Rossi (Hrsg.): Bartolomeo Cipolla: un giurista veronese del Quattrocento tra cattedra, foro e luoghi del potere. Atti del convegno, internazionale di studi (Verona, 14-16 ottobre 2004), Padua 2009, S. 105-147. Ich danke Gian Maria Varanini für seinen Hinweis auf die beiden unedierte Quellen, deren Transkription er mir zur Verfügung stellte.

Pfalzgrafen geschlagen worden sein.¹⁹ Gemäß dem Bericht war auch Paolo Morosini zugegen, der den Paduaner Zivilrechtsprofessor und angeblichen Konsistorialanwalt dem Kaiser präsentierte; die Namen der zahlreichen Zuschauer wusste der Augenzeuge nicht zu benennen.

Der Neffe des Veroneser Juristen beschreibt in der zweiten Passage eine Zeremonie, die anscheinend genau eine Woche später am Montag, den 13. Februar, im Palast von Borso d'Este stattfand.²⁰ Zwei Stunden vor Sonnenuntergang soll der auf einem erhöhten Thron sitzende Friedrich III. nicht nur den Trienter Bischof Johannes Hindebach mit den Temporalien investiert, sondern, wie der Neffe ausführt, auch Bartolomeo zum Ritter, genauer *miles* oder *eques auratus*, geschlagen haben.²¹ Mehrere angesehene venezianische Patrizier, vor allem die Ritter Zaccaria Barbaro, Paolo Morosini und Giovanni Memmo, sollen den Juristen in Gegenwart des venezianischen Adels präsentiert haben. Es überrascht allerdings, dass der Augenzeuge diese Szene vor dem feierlichen Einzug des Kaisers nach Venedig erzählt, bei dem ihm der von 200 Patriziern begleitete Doge am 7. Februar bis Santo Spirito entgegenkam.

Unabhängig davon, ob es sich nun um dieselbe oder um zwei verschiedene Episoden handelt, ob Bartolomeo gemäß Nicolaus nur zum Pfalzgrafen oder dem Neffen zufolge zum Ritter erhoben wurde, hätte man sich keinen größeren Erfolg des Juristen vorstellen können. Freilich war bekannt, dass Friedrich III. auf jeder Etappe seiner Reisen

¹⁹ Verona, Biblioteca Comunale, Ms. 1393, f. 166v-167r: „Nicolaus notavit“ und „Nota quod Federicus tertius imperator die sexta mensis februarii et die lune 1469 ingressus est monasterium Sancti Spiritus prope Venetias. Nota quod eodem die hora 3^a noctis dominus Bartholomeus Cepolla de Verona iuris utriusque doctor et advocatus consistorialis iuris civilis ordinariam publice legens in florentissimo Gymnasio paduano creatus fuit comes palatinus cum tribus fratribus et filiis <corretto in nepotibus da altra mano> ipsius, tantum a maiestate eiusdem imperatoris Venetiis in monasterio predicto, presente et ipsum presentante domino Paulo Mauroceno et aliis quampluribus quorum nomina me latent et me etiam in eodem monasterio esistente“.

²⁰ Varanini (wie Anm. 18) beschreibt in seinem Artikel die Kontakte zwischen dem Marchese und Bartolomeo schon in den 60er Jahren, als Borso d'Este ihm am 17. Novembre 1463 ein Haus in Padua verkaufte. Vgl. Archivio di Stato di Venezia, Consiglio dei Dieci, Misti, reg. 16, f. 104r.

²¹ Verona, Biblioteca Comunale, Ms. 1393, f. 166v-167r: „Nota preterea quod die 13^a eiusdem mensis et millesimi 1469 ipse dominus Bartholomeus mihi avunculus creatus fuit miles idest eques auratus a maiestate predicti imperatoris in Venetiis in domo marchionis Ferarie ubi imperator tunc habitabat super tribunali existente hora 22^a, postquam episcopus Tridentinus habuit ab eodem imperatore merum et mixtum imperium in temporalibus et spiritualibus imperatorique presentatus fuit ipse dominus Bartholomeus ut miles crearetur per magnificum militem dominum Zachariam Barbaro et dominum Paulum Mauroceno et dominum Ioannem Memmo militem et per quamplures alios Venetos nobilissimos, presente tota et spectante Venetorum dominatione. Hoc itaque prenotato, quod die 7 <lettura incerta> et die martis intravit Venetias cum maxima pompa triumpho et honore; dux namque et princeps Venetiarum cum ducentis nobilibus Venetis ipsi imperatori obviaverunt usque ad Sanctum Spiritum et cum eo una in navi Venetias intrarunt, mille navibus et toto ut ita dixerunt orbe concomitante, et me iterum presente“.

durch Italien Grafen und Ritter in großer Anzahl kreierte.²² Vielleicht war dies der Grund, warum die Erhebung des Rechtsprofessors nur in diesem Veroneser Manuskript, das der häufig zitierten Cipolla-Familie zweifellos nahe zu stehen scheint, erwähnt wird. Nur die lokale Chronistik bestätigt noch die Standeserhebung, deren Gunst in anderer Form anlässlich derselben Gelegenheit zwei weiteren Veronesern zuteil wurde.²³ Das Diplom selbst scheint nicht auffindbar, sei es verloren oder wegen der zahlreichen Aspiranten nie ausgestellt worden. Letztlich unterrichteten uns die Depeschen der in Venedig weilenden Mailänder Gesandten über die Eile, mit der der Kaiser die Lagunenstadt am 19. Februar 1469 verließ.²⁴

Nur wenig später verschlechterte sich die politische Lage. Im Frühjahr 1469 drangen die Osmanen weiter in venezianische und österreichische Gebiete vor und gelangten bis zur Laibacher Pforte, einem wichtigen Alpendurchgang. Sofort kontaktierten die Venezianer die vorrangig betroffenen Mächte, den Kaiser und den ungarischen König Matthias Corvinus, der gerade mit großem Kraftaufwand und unterstützt von der Kurie den böhmischen „Ketzerkönig“ Georg Podiebrad bekriegte. Anfang Mai 1469 entsandte der Kaiser einen Boten nach Venedig, um die dortige Entscheidung über sein Angebot, eine Liga zu gründen, einzuholen. Als Antwort schickte Venedig Ende Juni den mit genauen Instruktionen ausgestatteten Giovanni Aymo an den kaiserlichen Hof in Wien, um von dort aus zusätzlich die ungarischen Angelegenheiten zu regeln. Nach weiteren Türkeneinfällen in Istrien und der ungarischen Besetzung Triests änderte der Senat seine Beschlüsse: Aymo sollte an den ungarischen Hof überwechseln, während ein gewisser Giovanni zum Kaiser entsandt wurde. Helmut Wolff identifiziert ihn mit Joannes Gonella, einem der 28 Sekretäre von Zehnerrat und Senat, die von etwa 1460

²² Vgl. Achim Thomas Hack: Der Ritterschlag Friedrichs III. auf der Tiberbrücke 1452. Ein Beitrag zum römischen Krönungszeremoniell des späten Mittelalters, in: Nikolaus Staubach (Hrsg.): Rom und das Reich vor der Reformation (Tradition – Reform – Innovation. Studien zur Modernität des Mittelalters 7), Frankfurt a. M. 2004, S. 197-236, hier S. 219f. zu den zahlreichen Rittererhebungen während der Reise nach Rom zur Kaiserkrönung im Jahre 1452.

²³ Cronaca di Anonimo Veronese 1446-1488, hrsg. von Giovanni Soranzo, Venezia 1915, S. 259: „El ditto imperatore in Roma fece de molti cavalieri et partendosi da Roma per venire verso Venetia in ogni terra fece divitia de cavalieri e dotori. (...) e poi gionto a Venetia che fu adi 8 de febraro MCCCCLXVIII dove per la Signoria li fo fatto quello honore che mai fusse possibile; ne la qual terra stette fino a li XVIII del ditto mexe e in ditta terra anco fece più cavalieri e dotori e tra li altri de Verona fece miser Bartholomio Cevola cavaliere e conte, miser Thomaso dei Migli e miser Iacomo de Fiorio. E lo ditto imperatore per la via che havea fatto a venire in Italia per quella anco ritornò in Alemagna a di come sopra“. Ich danke Gian Maria Varanini für den freundlichen Hinweis.

²⁴ Vgl. Ghinzoni (wie Anm. 14), S. 143 mit einem Schreiben des Gesandten Michele Colli an den Herzog von Mailand: „Dominicha 19 del presente alle 23 hore in grande fretta questa Sacra Mayestà partì de qua, acompagnata dal principe e tuta la Signoria“.

an für ständige Gesandtschaften eingesetzt wurden.²⁵ Dieser Wechsel der Gesandten entsprach den Neuerungen in der Diplomatie dieser Jahre, als sich die Kontakte zwischen den Mächten intensivierten, ständige Vertretungen aufkamen und man die Taktiken des Verhandeln ausarbeitete.²⁶ Dabei wurden die entscheidenden Verhandlungen nicht von ständigen Vertretern, sondern von Sondergesandten hohen und höchsten Standes geführt.²⁷

Noch größeren Schrecken löste die türkische Eroberung Negropontes (Euböa), des venezianischen Handelsmittelpunktes in der Levante, im Juli 1470 aus; Aymo wurde wieder an den Kaiserhof delegiert, um ein großes Türkenaufgebot zu erwirken.²⁸ Den venezianischen Reichstagsakten zufolge hatte er einen beachtlichen Anteil an der Einberufung des Regensburger Reichstages, den der Kaiser am 22. Dezember 1470 verkünden ließ. Anfang April konnte sich Venedig für den Auftritt auf der *dieta sive conventus christianorum principum* rüsten. Zur Unterstützung von Aymo, der dem Kaiser nicht von der Seite weichen sollte, ernannte man zwei weitere Gesandte, die sich direkt zum Tagungsort begeben und dort das Eintreffen der kaiserlichen Fraktion abwarten sollten.²⁹ Die Wahl fiel auf zwei unterschiedlich qualifizierte Vertreter, auf ein diplomatisch versiertes Mitglied des venezianischen Adels³⁰ und auf den führenden Rechtsprofessor der Landesuniversität.³¹

Der Adlige Paolo Morosini war höchst gebildet und rhetorisch begabt. Er korrespondierte mit bedeutenden Persönlichkeiten seiner Zeit (wie mit dem betagten deutschen

²⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 278-306, besonders S. 281, 298-306.

²⁶ Vgl. Fritz Trautz / Dieter Girgensohn / Françoise Aijtrand / Paolo Margaroli: Art. Gesandte, B. Mittel- und Westeuropa I-IV, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München / Zürich 1989, Sp. 1367-1373; Paul-Joachim Heinig: Römisch-deutscher Herrscherhof und Reichstag im europäischen Gesandtschaftssystem an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Schwinges / Wriedt (wie Anm. 8), S. 225-263; Fritz Ernst: Über Gesandtschaftswesen und Diplomatie an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte 33 (1951), S. 64-95, hier S. 65.

²⁷ Ernst (wie Anm. 26), S. 89 unterscheidet drei Grundtypen von Delegationen, erstens zur „Übermittlung einer Mitteilung oder ein(es) Verhandlungsthema(s)“, zweitens zu Verhandlungen, deren Dauer nicht nur vom Thema, sondern auch von äußeren Faktoren (wie hier dem Reichstag) abhing, und drittens den in der Mitte des 15. Jahrhunderts allmählich beginnenden Austausch ständiger Gesandtschaften.

²⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 307-320, S. 359f. und S. 379ff.

²⁹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 359f. und S. 386ff.; vgl. Annas (wie Anm. 9), Bd. 2, S. 463 zur Delegation des Dogen.

³⁰ Vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536, S. 1397 und S. 1416. Zu einigen zu Beginn des 15. Jahrhunderts in der Politik tätigen Familienmitgliedern vgl. Dieter Girgensohn: Kirche, Politik und adelige Regierung in der Republik Venedig zu Beginn des 15. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 118), Teilbd. 2, Göttingen 1996, S. 909-935.

³¹ O. Ruffino: Cipolla (Caepolla, Cepola, Cepolla, Cevola, Zevola), Bartolomeo (Bartolomeo da Verona, Bartholomaeus Veronensis), in: Dizionario Biografico degli Italiani 25, Roma 1981, S. 710; Annalisa Belloni: Professori giuristi a Padova nel secolo XV. Profili bio-bibliografici e cattedre (Ius commune. Sonderhefte 28), Frankfurt a. M. 1986, S. 153-161; Heinig (wie Anm. 11), S. 522, 536f., 1393 und 1416f.

Juristen Gregor Heimburg, einem exkommunizierten Verfechter des Konziliarismus, und einem Gelehrten Rat Georgs von Podiebrad³²) und kannte die diplomatischen Regeln sehr genau. Um 1468 hatte er als venezianischer Gesandter in Rom angeblich seinen Freund Kardinal Bessarion zur kostbaren Schenkung von 900 lateinischen und griechischen Werken an die venezianische Republik überredet.³³ Dem Kaiser dürfte Morosini bereits seit 1454 bekannt gewesen sein, als er ihm den von Francesco Sforza restituierten Besitz des Castel Caorso nahe Cremona bestätigte.³⁴ Im Jahre 1461 spielte er eine maßgebliche Rolle bei der Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Venedig und Kaiserin Eleonore um Pordenone; von diesem Zeitpunkt an war er einer der bevorzugten Vermittler des Kaisers in Venedig.³⁵ Ihm war deshalb im Februar 1469 auch die Aufgabe zugekommen, Bartolomeo Cipolla dem Kaiser für die Standeserhebung zu präsentieren.

Sein Reisegeosse Bartolomeo Cipolla war nicht nur der bekannteste Rechtslehrer der venezianischen Universität auf der Terraferma, sondern auch eloquent und ambitioniert. Die Zusammensetzung der Delegation war recht geschickt; sie entsprach den Bedürfnissen einer Zeit, in der die Gelehrten Räte immer mehr an politischem Einfluss gewannen und es sich keine ernst zu nehmende Herrschaft mehr leisten konnte, den Reichstagsbesuch ohne einen Juristen anzutreten. Die Rollenaufteilung war vorgegeben: Der venezianische Adelige war der offizielle Redner, der berühmte Doktor

³² Morosini teilte ihm noch kurz vor dessen Tod am 19. März 1472 mit, dass er den Jahresumsatz im Fondaco die Tedeschi auf eine Million Dukaten schätzte; vgl. Kretschmayr, Bd. 2 (wie Anm. 15), S. 651. Zur Bekanntschaft oder sogar Freundschaft zwischen Heimburg und Morosini vom Jahre 1461 an vgl. Paul Joachimsen: Gregor Heimburg (Historische Abhandlungen aus dem Münchner Seminar 1), Bamberg 1891, S. 107, 241-244, 250 und 275 Anm. 1. Zur Person des Georg Heimburg vgl. A[lfred] Wendehorst: Georg Heimburg, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München / Zürich 1989, Sp. 1682f.

³³ So festgehalten im feierlichen Schenkungsbrief; vgl. Kretschmayr, Bd. 2 (wie Anm. 15), S. 490.

³⁴ Vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536; Regesta chronologico-diplomatica Friderici III. Romanorum Imperatoris (Regis IV.), bearb. von Joseph Chmel, Wien 1838-1840, ND Hildesheim 1962 (www.regesta-imperii.de), Nr. 3152 vom 18. Januar 1454.

³⁵ Vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536; Regesta chronologico-diplomatica (wie Anm. 34), Nr. 3885 und Anhang 113, S. CXXXVI-CXXXVIII vom 1. Juli 1461; Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440-1493) nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Heft 18: Die Urkunden und Briefe des Österreichischen Staatsarchivs in Wien, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv: Allgemeine Urkundenreihe, Familienurkunden und Abschriftensammlungen (1458-1463), hrsg. von Sonja Dünnebeil und Paul Herold (Regesta Imperii, Abt. XIII, 18), Wien / Weimar / Köln 2004, S. 46 u. 184-187, Nr. 238; vgl. Antonia Zierl: Kaiserin Eleonore und ihr Kreis. Eine Biographie (1436-1467), Diss. phil. (masch.) Wien 1966, S. 236-238.

gleichsam sein juristisch versierter Beistand, der für die Klarheit und Deutung der rechtlichen Argumentation verantwortlich zeichnete.³⁶

Allen drei Gesandten erteilte der Senat sehr eindringliche Instruktionen:³⁷ Sie sollten auf die Abhaltung des Reichstags und das persönliche Erscheinen des Kaisers drängen. Das erklärte Ziel war eine *expeditio generalis* im Zusammenwirken der venezianischen Land- und Seekräfte mit Ungarn, dem Reich und den übrigen Mächten Italiens gegen die Osmanen; mit allen Mitteln wäre der Beschluss einer *expeditio particularis* zu verhindern. Auch wenn sich die Gesandten sehr bemühten, diesen Vorgaben zuverlässig nachzukommen, mussten sie in der Folgezeit förmlichen Tadel für ungeschicktes Vorgehen einstecken.³⁸ Der venezianische Senat hatte nämlich seit dem 15. April 1471 immer wieder anklingen lassen, dass dem Regensburger Reichstag noch eine weitere Versammlung (*dieta*) in Italien folgen könnte.³⁹ Die offenherzigen Gesandten ließen dieses Geheimwissen vorzeitig bei Gesprächen mit dem Reichsoberhaupt einfließen, so dass die Sorge aufkam, der Habsburger könnte sich seiner Aufgabe durch Abwarten entziehen.

2. Organisation und Tücken der Anreise

Blicken wir kurz auf einige Begebenheiten der Anreise, die bereits viel über die Machtkonstellationen im Reich aussagen: Die beiden Venezianer hatten sich mit der ersten Instruktion vom 15. April rasch auf den Weg gemacht, um noch pünktlich zur geplanten Eröffnung des Reichstags am 23. April in Regensburg einzutreffen.⁴⁰ Den Zielort erreichten sie aber erst gemeinsam mit dem Kaiser und Giovanni Aymo am 16.

³⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1, S. 387: „in hac re nostrum oratorem te quoque mittere voluimus et una tecum famosum doctorem dominum Bartholomeum Cepolla, per quos noster magis animus, nostra dispositio explicatior fiat“.

³⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1-6, S. 386-392.

³⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 5-6 und 117 a-b, S. 391f. und S.763-765; vgl. Ebenda, S. 593.

³⁹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1 mit Instruktion vom 15. April 1471, S. 388: „Si forte dieta Ratisponensis non perficeretur aut aliquid in ea restaret perficiendum et propterea aut aliquo alio respectu vel causa iudicaretur necessarius novus quispiam conventus in Italia christianorum principum, sicut tempore felicis recordationis pape Pii Mantue vocatus fuit, et per imperatoriam celsitudinem sive aliter aliqua huius rei propositio aut mentio fieret, vos talem opinionem laudate illique adhereatis et suadete.“

⁴⁰ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1, S. 387: „statutus autem dies erat ad festum s. Georgii proximum (1471 April 23), sed nobis incertum est, utrum prorogatus fuerit terminus.“

Juni 1471, also zwei Monate später.⁴¹ Welchen Geschäften waren die Gesandten in der Zwischenzeit nachgegangen? Was war in diesen Wochen passiert?

In Innsbruck trafen sie am Hof Herzog Siegmunds von Tirol mit dem päpstlichen Legaten Francesco Todeschini-Piccolomini zusammen, für den ein großes Gastmahl nach deutscher Art vorbereitet war.⁴² Beim gemeinsamen Essen wurden die neuesten Nachrichten ausgetauscht: In Böhmen stand nach dem Tod des „Ketzerkönigs“ Georg von Podiebrad die Wahl eines Nachfolgers an; ein kaiserliches Schreiben benachrichtigte über absehbare Verzögerungen bei der Anreise zum Reichstag. Trotzdem geleitete Siegmund beide Reisegruppen nach nur zwei Ruhetagen bis nach Hall, wo man sich in den künstlich angelegten Thermen vergnügen konnte. Die Italiener befürchteten im wilden Deutschland eine verschärfte Bedrohung durch Wegelagerer und waren überzeugt, wirksamen Schutz allein durch die Fürsten zu erhalten.⁴³ Deshalb bevorzugten die Venezianer, deren Vorurteil binnen kurzem bestätigt werden sollte, den deutlich längeren, aber angeblich weniger gefährlichen Wasserweg auf dem Inn. Der Kardinallegat eilte auf dem Landweg über Schwaz und das bereits im Territorium des Landshuter Herzogs gelegene Rattenberg nach Regensburg, wo er am 1. Mai eintraf.

Die Venezianer gelangten hingegen in die landesherrliche Stadt Passau am Zusammenfluss von Inn und Donau, wo sie zusammen mit anderen Delegationen (wie den Ratsgesandten von Würzburg und anderen südwestdeutschen Reichstädten) mit zunehmendem Unwillen die hohen Kosten des untätigen Wartens zu tragen hatten. Besonders misslich war, dass man ihre Weiterreise mit allen Mitteln verhinderte, um – so ist zu vermuten – aus dem Aufenthalt finanziellen Gewinn zu ziehen. Auf ihren verzweifelten Hilferuf an die Signoria folgte ein eindringlicher Bittbrief des Dogen an den regierenden Landesherrn, Herzog Albrecht von Oberbayern, und seine Brüder, um die Diplomaten aus der Notlage zu befreien.⁴⁴ In vorausgehenden Instruktionen vom 28.

⁴¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 20 und Nr. 108, S. 472f. (Patrizi f. 37b-38a).

⁴² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 108, S. 454 und S. 463 (Patrizi f. 29a): „splendidum et grande convivium - Germanorum more“.

⁴³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 108, S. 454 und S. 464 (Patrizi f. 30a-31b): „latrones, quorum ferax Germania est“. Zu den Ängsten und dem Misstrauen, berichtet von dem Bischof von Teramo Giovannantonio Campano und vom früheren päpstlichen Privatsekretär Agostino Patrizzi, vgl. auch Kramer (wie Anm. 7), S. 558f.

⁴⁴ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 c 1 vom 29. Mai 1471, S. 393: „Destinavimus oratores nostros ad dietam Ratisponae, ut, quantum et ingenio et viribus possumus, rei christiane adversus communem inimicum Turchum presidio simus. et sicut litteris ipsorum oratorum nostrorum ex Patavia

Mai 1471 hatte die Serenissima ihren Gesandten eingeschärft, klug zu handeln, um den Hinterhältigkeiten zu entkommen und auf die Eröffnung des Reichstags zu drängen, denn ohne eine allgemeine Versammlung und gemeinschaftliche Verhandlungen sei das zwingend notwendige vereinte Handeln nicht zu realisieren.⁴⁵ Gleichzeitig hatte Giovanni Aymo noch die gesonderte Anweisung erhalten, sich beim Kaiser für die rasche Befreiung seiner Kollegen einzusetzen.⁴⁶ Am 7. Juni überstellten die beiden in der Stadt Eingeschlossenen ein weiteres Bittgesuch an die bayerischen Herzöge, um für sich und ihre Reisegefährten, für Pferde, Maultiere, Wagen, Satteltaschen und Saumtierlasten freies und sicheres Geleit bis Regensburg zu erlangen.⁴⁷

Aus den für die Jahre 1470 bis 1488 erhaltenen 23 Kammermeisterrechnungen wissen wir, dass der gastgebende Herzog Ludwig IX. von Bayern-Landshut, genannt der Reiche, nicht nur dem Kardinallegaten, den kaiserlichen Räten, dem Kanzler des Pfalzgrafen Matthias von Speyer und den Botschaftern Aragóns und Ungarns, sondern auch den venezianischen Gesandten Geleit gewährte. Großzügig übernahm er Verpflegungs- und Unterbringungskosten und löste einige Gäste sogar bei den Wirten aus. Auch die „Venediger“ befreite er um den 6. Juni unter Zahlung von 4 Pfund 49 Denaren bei einem Gastwirt namens Osterhoffer.⁴⁸ Den Venezianern scheint er so ver-

intelleximus, structe et parate sunt eisdem insidie, ut non possint sine periculo ex civitate ipsa ad predictam dietam se conferre; quod nobis multiplici ratione auditu molestum fuit, presertim quoniam ex huiusmodi impedimento tardari possunt provisiones necessario faciende saltem in ea parte, in qua nos opem et operam nostram prest[are po]ssimus. et quoniam magnificentias vestras rerum christianarum studiosa[s] cognovimus et nobis amicas, potentes preterea et viribus et auctoritate, et hoc et longe maiora facere in nostram gratificationem, illis scribere deliberavimus, et omni quo possumus studio et efficacia rogare, placeat operari et efficere, quod predicti oratores nostri, presidio suo septi et fide publica muniti, ex Patavia Ratisponam tuto accedere possint et ea agere et procurare, que in rem christianam sint.“ Vgl. Ebenda, Nr. 107 g 7, S. 445 auch den Bericht der Nördlinger Ratsgesandten vom 27. Mai zur Situation des unberechenbaren Wartens in Passau: „Der Venediger botschaft ligen auch treffenlich und costlich hie zu Passaw, haben gleich die mainung von der kaiserl. Maj., die wir haben“.

⁴⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 2 vom 28. Mai 1471, S. 389.

⁴⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 3 vom 28. Mai 1471, S. 390.

⁴⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 c 2 vom 7. Juni 1471, S. 393: „et supplicamus, ut dignetur pro collega nostro, qui est apud imperialem maiestatem, et pro nobis et sociis nostris et pro equis, maulis, curribus, valisiis, saumis, bulgiis et arnisiis et omnibus aliis rebus nostris et sociorum salvum conductum liberum et tutum gratiose nobis impartiri, ita ut tute, libere et secure sine alicuius impedimento ad Ratisponam pro rebus christianis ire et redire per quecunque loca vestrarum serenitatum et amicorum et colligatorum vestrorum possimus.“

⁴⁸ München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Herzogtum Bayern Ämterrechnungen bis 1506, Nr. 499-521, hier Nr. 501 mit den Rechnungen vom 31. Mai bis 2. September 1471 zum Regensburger Reichstag, f. 6b zu den Venezianern; ediert in: Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 128b, S. 902-910, besonders S. 904 zum Hinweg; vgl. Helmut Wolff: „Gemain ussgab ... zu dem kaiserlichen Tag gen Regenspurg“ 1471. Aus Landshuter Kammermeisterrechnungen Herzog Ludwigs des Reichen, in: Winfried Müller / Wolfgang J. Smolka / Helmut Zedelmaier (Hrsg.): Universität und Bildung. Festschrift für Laetitia Boehm, München 1991, S. 101-111, besonders 106f. Zur Finanzverwaltung des Herzogs vgl. Beatrix Ettelt-Schönwald: Kanzlei, Rat und

bunden gewesen zu sein, dass sie (wie nur noch die Botschafter Aragóns und zwei Räte Herzog Sigismunds) weiterhin Herberge und Geleit beanspruchen konnten. Nach Ende des Reichstages ließen sie sich am 24. August mit 14 Pfund 82 Denaren bei Wilhelm Scharschacher auslösen; für ihr Geleit wendete der Herzog nochmals 14 Rheinische Gulden auf.⁴⁹

Am 8. Juni waren Morosini und Cipolla endlich aus ihrer misslichen Lage befreit. Gemeinsam mit dem Passauer Bischof Ulrich von Nussdorf, der auf kaiserlichen Befehl ihre Sicherheit garantierte⁵⁰, dürften sie in das südlich von Schärding gelegene Obernberg am Inn aufgebrochen sein, um den Kaiser zu empfangen.⁵¹ Das angespannte Warten des Rechtsgelehrten fand einen vorerst glücklichen Ausgang, allenfalls gepaart mit der Verblüffung, dass der Habsburger zusammen mit Herzog Ludwig dem Reichen von Bayern-Landshut am späten Nachmittag des 13. Juni wenig ritterlich in einer zweisitzigen Kutsche in Schärding einfuhr. Denn seit Beginn der siebziger Jahre bevorzugte Friedrich III. auf langen Strecken in Begleitung eines Vertrauten zu reisen, um die beim Reiten auftretenden Schmerzen des arteriosklerotisch bedingten Altersbrandes an Füßen und Beinen zu vermeiden.

Die beiden Venezianer konnten sich also rechtzeitig mit dem Gefolge des Kaisers vereinigen und zusammen mit dem bis auf 2.000 Reiter anwachsenden Tross die letzte Wegstrecke in mehreren Tagesritten bewältigen, um prunkvoll in die Reichstagsstadt einzuziehen. Die Unterbringung aller Delegierten war genau geplant; der schriftlich fixierte Einquartierungsplan informiert uns über die Zuweisung der Beherbergungsplätze an etwa 7.250 Besucher und deren 8.125 Pferde sowie über die Namen der Regensburger Quartiergeber.⁵² Die Venezianer, untergebracht in zwei Abteilungen in

Regierung Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut (1450-1479) (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 97,1), Bd. 1, München 1996, S. 332-346.

⁴⁹ München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Herzogtum Bayern Ämterrechnungen bis 1506, Nr. 499-521, hier Nr. 501 mit den Rechnungen vom 31. Mai bis 2. September 1471 zum Regensburger Reichstag, f. 6b; vgl. Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 128b, S. 910.

⁵⁰ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 6 vom 22. Juni 1471, S. 392.

⁵¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 107 g 8 vom 11. Juni 1471, S. 445: „u. gn. h. von Passaw ist auch uff den samstag vor datum dis briefs zu Passaw usgeritten dahin gen Obernberg uff dem In gelegen in willen, daselbst der kaiserl. Maj. zu warten“. Der Kaiser hatte in mehreren Briefen darum gebeten, sein Eintreffen abzuwarten, vgl. Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 107 h 1-3.

⁵² Als Sonderpublikation der Reichstagsakten vgl. Helmut Wolff: Regensburgs Häuserbestand im späten Mittelalter. Eine topographische Beschreibung der alten Reichsstadt aufgrund der Beherbergungskapazitäten für den Reichstag 1471, in: Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs, Bd. 3, Regensburg 1985, S. 91-198, hier S. 102, 180 u. 135 zum Aufenthalt der Venezianer mit 40 Pferden und 40 Personen bei Haimran Schnecken. Zum kaiserlichen Tross vgl. Paul-Joachim Heinig: How large was the Court of Emperor Frederick III?, in: Ronald G. Asch / Adolf H. Birke (Hrsg.): Princes. Patronage, and the Nobility. The Court at the Beginning of the

Haus und Stadel von Haimran Schnecken und bei Jacob Berndl, waren mit insgesamt sechzig Pferden und wohl knapp ebenso vielen Männern, also der doppelten Anzahl der vom Senat empfohlenen Reittiere, angekommen, davon 36 Pferde in der Gruppe von Cipolla sowie 24 Pferde um Aymo.⁵³

Die dreizehn überlieferten Teilnehmerverzeichnisse belegen die Rangordnung auf einer solchen deutschen Reichsversammlung. Die venezianischen Repräsentanten rangierten zusammen mit den Vertretern Savoyens und Mantuas nach Kaiser, Kardinallegat, geistlichen und weltlichen Fürsten als den stimmberechtigten Gruppen vor den untergeordneten Grafen und den Unterhändlern der siebzig Städte und der eidgenössischen Kantone.⁵⁴ Nur der päpstliche Sekretär Agostino Patrizi entwarf in seinem Bericht eine eigene klerikal bestimmte Hierarchie, in der zuerst alle geistlichen Würdenträger, dann alle weltlichen Fürsten von den Kurfürsten bis zu den Herren, dann die Gesandten der auswärtigen Mächte, darunter Venedig, und zuletzt die Städte folgten.⁵⁵

3. Vorgehen und politisches Scheitern der venezianischen Gesandten auf dem Reichstag

Einer Senatsdepesche vom 10. Juni an die drei Repräsentanten ist die Erleichterung über den Aufbruch des Kaisers aus Graz anzumerken.⁵⁶ Zwei weitere Instruktionen zeigen die Freude, den Kaiser auf dem Großen Christentag zu wissen, um endlich die vereinigten Kräfte für den seit Jahren erbittert geführten Kampf Venedigs gegen den wortreich angeklagten türkischen Feind zu mobilisieren.⁵⁷ Alle vorausgehenden Eilbriefe der Serenissima hatten sich auf eine frühere Ankunft der Gesandten am

Modern Age c. 1450-1650 (Studies of the German Historical Institute London), Oxford 1991, S. 139-156, hier S. 146f.

⁵³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 110e mit der Liste der Quartiere nach Reichsständen, S. 563: „139 Venedig: der herrschafft von Venedig ambasiator in Haimran Schnecken haus und stadel 36 [Pferde], 36 [?, Männer] und den andern ambasiator den ritter zum Jacob Berndl 24 [Pferde], 24 [Männer]“.

⁵⁴ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 110 mit der Regensburger Quartierliste, S. 544: „Der Herrschafft von Venedig ambasiator herr Pauls Morocenus [Morisini] und (F N1 mit ihm ainer) noch ein doctor [Bartolomeo Cipolla] mit im 36 pferid und noch ein rittere [Giovanni Emo] mit 24 pferid, ist in des kaisers anzale“.

⁵⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 583 und S. 691; vgl. Gerrit Jasper Schnek: Zeremoniell und Politik. Herrschereinzug im spätmittelalterlichen Reich, Köln / Weimar / Wien 2003, S. 292-313 zur Einzugsordnung beim Herrscher-Adventus.

⁵⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 4 vom 10. Juni 1471, S. 390.

⁵⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 5-6, beide vom 22. Juni 1471, S. 391f.

Tagungsort gerichtet.⁵⁸ Die mit Kredenzbriefen vorbereitete Aufwartung beim Kardinallegaten war wohl in Innsbruck erfolgt, während der mächtige Kurfürst und Gegenspieler des Kaisers, Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg-Hohenzollern, für den gemeinsamen Feldzug gegen die Ungläubigen noch zu überzeugen war. Voraussetzung für die Realisierung des Unternehmens war ein allgemeiner Landfrieden, der nach vielen Debatten am 3. August besiegelt werden konnte, und eine allgemeine Besteuerung im Reich, um die Kosten zu finanzieren.

Drei weitere Themen lenkten auf dem Reichstag von der venezianischen Kernfrage ab: Erstens beschäftigte der Streitfall der Herzöge von Bayern-München die Gemüter; es ging um die Abgrenzung der Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen den Brüdern, unter denen sich Albrecht IV. gegen den nach der Regierungsbeteiligung strebenden Christoph durchgesetzt hatte, während Sigmund bereits 1467 alle Ansprüche aufgegeben hatte. Zweitens tobte ein heftiger Streit zwischen dem Kaiser und dem äußerst expansiven Pfalzgrafen Friedrich dem Siegreichen, dessen nach der Adoption seines Neffen geltend gemachte Ansprüche als Kurfürst auf Lebenszeit der Habsburger nie anerkannt hatte; der neue Konflikt betraf die Reichsabtei Weißenburg im Elsaß, die der Pfalzgraf 1469 gewaltsam eingenommen hatte.⁵⁹ Und drittens war das Hussitenproblem noch nicht geklärt; der Tod des böhmischen „Ketzerkönigs“ Georg von Podiebrad wie die Wahl Wladislaws von Polen zum Nachfolger hatten keine Lösung gebracht, so dass der ungarische König Matthias Corvinus seine Expansionsbestrebungen in Böhmen fortsetzte.

Die Gesandten der Markusrepublik setzten in den folgenden Monaten alle Überzeugungskraft für den gemeinsam zu organisierenden Türkenkampf ein. Die Reichstagsakten lassen erkennen, dass die venezianischen Gesandten Morosini und Cipolla bereits in der zweiten Sitzung am Mittwoch, den 26. Juni, also zehn Tage nach dem festlichen Einzug in Regensburg und direkt nach der Eröffnung am 24. Juni, ihr Anliegen offiziell vortragen durften. Mit dieser Gewichtung des Themas verband sich natürlich auch die Referenz an Venedig. Schon bei der Eröffnungsrede hatte der Trienter Bischof Johannes Hinderbach im Auftrag des Kaisers die Gefährdung der

⁵⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 104 b 1-6, S. 386-392.

⁵⁹ Zum drei Jahre später geführten Prozess vgl. Karl-Friedrich Krieger: Der Prozess gegen Pfalzgraf Friedrich den Siegreichen auf dem Augsburger Reichstag vom Jahre 1474, in: Zeitschrift für Historische Forschung 12 (1985), S. 257-286.

christlichen Länder durch die kriegerischen Türken als das Hauptthema des Reichstages angesprochen.⁶⁰ Hoffnungsvoll gestimmt argumentierte deshalb einer der Ritter, vielleicht der Sondergesandte Morosini, nach intensiver Beratung der Venezianer untereinander, mit der Bedeutung des Handelns für das Wohl der Christenheit.⁶¹

Ihre Vorschläge konnten die Gesandten zwei Tage später in der dritten Reichstagssitzung am Freitag nochmals öffentlich vortragen.⁶² Redner war der wortgewandte Morosini, der nach einer Danksagung für Einladung und Geleit in lateinischer Sprache die Haltung Venedigs erörterte: Er versicherte dem Kaiser den Gehorsam seiner Heimatstadt, klagte die Türken zahlreicher Gräueltaten gegen Christen an und lobte die großen Leistungen Venedigs im Türkenkampf der letzten Jahre, ehe er schnelle Hilfe vom Reich zur Vernichtung der Feinde forderte.⁶³ Über die

⁶⁰ Rando (wie Anm. 16), S. 431f. Zur Bedrohung durch die Türken vgl. Erich Meuthen: Der Fall von Konstantinopel und der lateinische Westen, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 1-35; Dieter Mertens: Europäischer Friede und Türkenkrieg im Spätmittelalter, in: Heinz Duchhardt (Hrsg.): Zwischenstaatliche Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit, Köln / Wien 1991, S. 45-90, hier 76f. zum Reichstag von 1471. Die Akten der Verhandlungen zum Thema auf dem Reichstag sind gesammelt bei Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 118-123 „Akten zur Türkensache“, S. 770-819.

⁶¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXI und S. 602 (Würzburger Relation, f. 19ab): „So reitter der venediger einer, wie sie hivor dohin sich unteinander unterrett und ein ordenunge gemacht hetten in hoffnung, solchs zu merklichem nutze der cristenheit dienen solt und weren geschickt, das furnemen auch zu vernemen, darin zu helfen und zu raten und solchs an iren herzoge und die Venediger furter gelangen zu lassen, zweivelten sie nit, sie wurden sich darinnen auch gehorsamlich erzeigen etc.“.

⁶² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXI und S. 610f. (Würzburger Relation f. 22b): „So liessen die Venediger iren gewalt verlesen und verhoren und darauf melden, wie u.h. der keiser sie uf sein zuschrift in dem seinen angenommen versichert und gleitet hett lassen, des sie seiner gn. grossen danke sagte[n], wie auch ir herzoge seine vorfarn und sie etwevil jare untzher zu widerstant den Turcken bei 30 000 man den zu widerstant gehabt hetten. darauf were ine merklich coste zerunge und uberwintlich schaden gangen, hetten auch dozzwischen des iren veste verloren mit anzeigunge Nigropont und andern, nachdem were ir herzoge und sie darzu gewillet und geneiget, irsteils alles irs vermogens hilf und beistant zu tun zu dem loblichen furnemen wider die Turcken wie dann u.h. des keisers der curfursten und irer botschaft begere und antwort gewesen were etc., wievil sie auch schiff mit dem konige von Aragon und frieden gemacht hetten etc.“; vgl. Reissermayer (wie Anm. 11), Teil 2, S. 31f.

⁶³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 611 (Städtische Relation f. 10ab): „Dornach ward der von Venedig botschaft zum ersten ein credenz auf sie lautende verlesen, und tät derselben Venediger einer mit namen Paulus Morisen gen der kaiserl. Maj. ein hubsche rede in latein vier artikel inhaltende auf mainung hernach volget: zum ersten ein gutwillig erbieten mit besunder gehorsam und bevelh gegen der kaiserl. Maj. von dem herzog und irer herrschaft zu Venedig. zum andern das gross übel und schaden so der Turck in kurzen zeiten der cristlich nation und der hl. kirchen getun hett und das anders nit geschehe dann von ablesigkait wegen cristenlicher fursten und herrn, die dann den wol widerstand tun möchten. zum dritten erzalte er den widerstand so die Venediger dem Turchen bei 200 jaren als sie möchten beispringen und sunderlich 7 nechstvergangen jare mit grosser irer speis und zerung getun hetten, auch ietztunt wider den Turcken als bei 20 oder 25 000 mannen 60 galeen und 8 näven mit merklicher koste und zerung hielten und besorgten, so in nicht bald hilf geschehe, sie möchten den in die leng nit widerstand tun. und zum vierden begerten sie schnell hilf und dass dem loblichen furnämen der kaiserl. Maj. nachgangen, auch das sollich der kaiserl. Gn. furnämen offentlich dem Turcken zu erschrecken und merer vorcht berümet und göffnet werde.“ Vgl. auch Ebenda S. 654f. (Patrizi f. 41b): „Post haec assurxit Venetus, qui concives suos iam annos supra ducentos bellum cum Turcis gessisse affirmavit. non tamen adhuc esse defessos, acturos animos, si viderint alios arma capessere, et habere nunc in mari validam

Wirkung dieser geschickt aufgebauten Rede auf die Zuhörer ist wenig bekannt; die Würzburger Relation überliefert sie ungewöhnlich ausführlich und betont das geordnete Zusammenwirken der Venezianer, die mit düsteren Worten das Grauen heraufbeschworen und auf rasche Abhilfe drängten.

Zur Entwicklung von Lösungsstrategien für die Türkenfrage wurde am gleichen Tag ein 25köpfiges Gremium eingesetzt, das aus je fünf Räten seitens des Kaisers, der Kurfürsten, der anderen geistlichen und weltlichen Fürsten, drei Räten von Grafen und Herren sowie zwei Vertretern der Reichsstädte bestand.⁶⁴ Dieses Gremium gab seine Kompetenzen an einen Kernausschuss von nur vier erfahrenen, juristisch gebildeten und äußerst einflussreichen Personen weiter. Dazu gehörten die allesamt promovierten, ihren Titel führenden Juristen Georg Pfeffer, Kanzler des Erzbischofs von Mainz und Vertreter des Kaisers, Peter Knorr⁶⁵, Rat des Markgrafen von Brandenburg und Sachverwalter der Kurfürsten, Lorenz Blumenau⁶⁶, Rat des Erzbischofs von Salzburg und Vertreter der geistlichen Fürsten, sowie Martin Mair⁶⁷, Rat des Herzogs von Landshut und Beauftragter der übrigen weltlichen Fürsten.

Innerhalb von fünf Tagen erarbeiteten sie den vermutlich schon vorher in der kaiserlichen Kanzlei konzipierten „Kaiserlichen Vorschlag zur Vorbereitung und Ausführung eines Türkenfeldzuges“, in dem eine schnelle Hilfe von 10.000 Mann, darunter 7.500 Fußtruppen und 2.500 Reiter, gefordert, die Heeresorganisation und der Finanzierungsplan festgeschrieben, ein stehendes Heeres an der Südostgrenze des

classum centum triremium simul cum rege Neapolitano et magna in munitionibus Graeciae atque insulis Aegei pelagi praesidia. auditus est et orator rege Dacie et Svicensium nuntii, qui nihil ad rem publicam attulerunt.”

⁶⁴ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 770f.; vgl. Annas (wie Anm. 9), Bd. 1, S. 434f. zum Juristenstand und Bd. 2, S. 446-470 mit einer Auflistung der anwesenden Mächte und deren Räte.

⁶⁵ Der Markgraf von Ansbach-Kulmbach sandte drei Räte, darunter den bekannten Peter Knorr; vgl. Bettina Koch: Räte auf deutschen Reichsversammlungen. Zur Entwicklung der politischen Funktionseliten im 15. Jahrhundert (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und Hilfswissenschaften 832), Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 186 und 195f., Nr. 68 und Nr. 92-93 zu seiner Biographie. Johannes Kist: Peter Knorr, in: Gerhard Pfeifer: Fränkische Lebensbilder, Würzburg 1968, S. 159-176 zitiert diese Gesandtschaft nicht.

⁶⁶ Vgl. Koch (wie Anm. 65), S. 192f. Nr. 84-85; zu Laurentius Blumenau vgl. Hartmut Boockmann: Laurentius Blumenau. Fürstlicher Rat – Jurist – Humanist (ca. 1415-1484) (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 37), Göttingen u. a. 1965, S. 196-200, der zwar seine Funktion als bischöflicher Rat diskutiert, aber diese Gesandtschaft nicht erwähnt.

⁶⁷ Koch (wie Anm. 65), S. 189 und S. 196f., Nr. 74 und Nr. 94-95a zur Biographie; zur politischen Tätigkeit von Martin Mair vgl. Morimichi Watanabe: Imperial reform in the mid-fifteenth century: Gregor Heimburg and Martin Mair, in: The Journal of Medieval and Renaissance Studies 9 (1979), S. 209-235; Rainer Hansen: Martin Mair. Ein gelehrter Rat in fürstlichem und städtischem Dienst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Diss. phil. (masch.) Kiel, 1992, S. 277-284 zum Reichstag; zu den herzoglichen Räten und ihren Tätigkeiten vgl. im Allgemeinen Ettl-Schönewald (wie Anm. 48), Bd. 1, S. 193-249.

Reiches geplant sowie die Zusammenarbeit mit den europäischen Mächten unter Führung von Kaiser und Kardinallegat abgesteckt wurde.⁶⁸

Die Venezianer konnten erst am Freitag, den 12. Juli, am Tag vor der fünften Sitzung des Reichstags, wieder aktiv werden. Die Audienz beim Kaiser, die Agostino Patrizi beschreibt, nutzten Morosini und Cipolla offensichtlich, um ihn wortreich zu ermahnen, keine weiteren Verzögerungen zu erdulden und sich die einzigartige Gelegenheit nicht entgleiten zu lassen.⁶⁹ Die versammelten Fürsten mussten bald zu ihren häuslichen Geschäften zurückkehren und wären nicht mehr bereit, die hohen Aufenthaltskosten zu tragen. Der Kaiser betonte, sich der drohenden Gefahr bewusst zu sein und die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung einzusehen, wollte aber vor allem über das Gerücht informiert werden, dass Venedig einen Separatfrieden mit den Türken geschlossen hätte. Die Venezianer mussten eingestehen, vor kurzem aus ihrer Heimatstadt erfahren zu haben, dass ein Legat zu den Türken geschickt und ohne Friedensschluss wieder zurückbeordert worden war. Daraufhin erwiderte Friedrich III., mit den Venezianern ein Bündnis eingehen zu wollen, das beide Seiten zum Krieg verpflichten sollte. Angesichts dieses klaren Vorschlags mussten die Gesandten erklären, für das kaiserliche Angebot keine Weisungen zu haben. Um die Ernsthaftigkeit seiner Absichten zu untermauern, erbat der Kaiser am nächsten Tag von den in seinem Haus zusammengerufenen Fürsten eine Soforthilfe von 4.000 Soldaten.

Fünf Tage später, am Mittwoch, den 17. Juli, wurden die Venezianer gemeinsam mit dem der deutschen Sprache mächtigen Kardinallegaten erneut vorstellig, um dem Kaiser deutliche Vorhaltungen über die schleppenden Verhandlungen zu machen.

⁶⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 771-783 zum Vorschlag und den Versuchen seiner Umsetzung sowie Nr. 118, S. 783-795.

⁶⁹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIII und S. 660 (Patrizi f. 45b): „Postridie (1471 Juli 12) Veneti oratores caesarem adeunt multisque verbis illum hortantur, ut moras tolleret cogeretque principes ad statuendum de rebus tam diu consultatis, non sineret tantam e manibus labi oportunitatem. adesse nunc omnes ferme Germaniae principes, non posse eos diutius permanere cum propter domestica negocia, quae publica plerumque solent praevertere, tum propter graves impensas. si nunc rebus infectis domum discedant, nunquam amplius facile conventuros ita frequentes. ad hoc caesar respondit non se latere imminens Christianorum periculum et necessitatem. nihil praetermittere, quod ad rem bene uniendam spectare putet. Sed pro rei magnitudine multa esse excogitanda esseque opus diuturniori consultatione. se tamen daturum operam, quantum fieri poterit, ut brevi res absolvantur. ceterum constanti fama se excepisse Venetos cum Turchis ferisse pacem, cupere rei veritatem conoscere. tum oratores Turchorum principis novercam inquirunt, quae Venetis antiqui hospitii gratia esset amica, saepe postulasse a Venetorum senatu, ut legatum aliquem ad Turchum mitteret de pace facturum verba. velle illi rei incombere, una cum legato paratum esse, sed nihil deinde de pace actum et in hanc sententiam Venetorum principis litteras ostendere. subiunxit deinde caesar bonum sibi videri, si Veneti secum foedus inirent et belli societatem Turchos ea lege, ut neutri a bello discendere liceret altero non benevolente. susceperunt oratores, se ad ducem senatumque suum ea perscripturos, quando ipsi nihil super his in mandatis haberent.“

Francesco Todeschini-Piccolomini, der dem Habsburger in jedem Fall schon in Rom begegnet war, wo er ihn an Weihnachten 1468 empfangen und in die Stadt geleitet hatte⁷⁰, appellierte eindringlich an das Reichsoberhaupt, endlich zu handeln, und drohte sogar mit einem bevorstehenden venezianischen Separatfrieden mit den Türken.⁷¹ Der Kaiser konnte nicht anders, als den beiden Gesandtschaften erneut das Versprechen zu geben, endlich Initiativen zu ergreifen.⁷² Doch es geschah nach wie vor wenig. Auch die Serenissima konnte in ihrer weiteren Instruktion vom 18. Juli nur den Fleiß ihrer Repräsentanten loben und die anfänglichen Ziele und Empfehlungen zum Vorgehen nochmals zusammenzufassen.⁷³ Alle außer den deutschen Fürsten erkannten den dringenden Handlungsbedarf; der Doge schrieb häufig an den Habsburger, die Gesandten kooperierten mit dem päpstlichen Legaten, aber dem Kaiser gelang es nicht, die Reichsfürsten zu mobilisieren.

In der sechsten Sitzung am Montag, den 22. Juli, hielt der Kardinallegat erneut eine eindringliche Rede, die zum schnellen Handeln gegen die Türken aufforderte und ausdrücklich Ablass für die Beteiligung am Kreuzzug versprach.⁷⁴ Die Botschafter Venedigs stimmen dieser Forderung nachdrücklich zu und ergänzten, die Kosten von 1.000 Gulden jährlich übernehmen zu wollen, um das Unternehmen voranzutreiben.⁷⁵

Anschließend wurden die Venezianer mit der Besitzklage eines Vertreters Veronas

⁷⁰ Helmut Wolff: Päpstliche Legaten auf den Reichstagen des 15. Jahrhunderts, in: Erich Meuthen (Hrsg.): Reichstage und Kirche. Kolloquium der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, 9. März 1990 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 42), Göttingen 1991, S. 25-40, hier S. 25, betont, dass Francesco Todeschini-Piccolomini der von kaiserlicher Seite gewünschte Kandidat für diese Aufgabe war.

⁷¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIV und S. 666 (Patrizi f. 50a-51a): „Accersitis igitur Venetorum oratoribus, quos sententiae suae astipulatos non dubitabat, caesarem adiit et: quid, inquit, agimus, gloriosissime caesar, cum tanta mora. mensis iam elapsus est, quo deputati annotationes cudunt, nihil perficitur, nihil affertur, nihil statuitur. inter ea temporis frigescent omni animi et principes iam taedio affecti expensarumque magnitudine gravati iam veniam discedendi expostulant. nos neque deputatorum consilia exquirere sine te, neque retinere principes possumus. si abeunt proceres re infecta, actum est de re publica. labores tui et nostri frustra cedunt. infamiae, ludibrio et derisui omnes erimus omnesque et caesaris et Germanorum tarditatem atque ignaviam dampnabunt. (...) bellum et pax Venetorum adversus Turchos, mihi crede, caesar, in manu tua est et Germaniae principum. Si bellum decernitis et ipsi totis viribus instabunt, vos terra, ipsi et terra et mari infestabunt hostem. Sin vero agitati privatis seditionibus rem publicam negligitis discedetisque non perfectis rebus, et ipsi consulent saluti suae.“

⁷² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIV und S. 666 (Patrizi f. 50a-51a): „placuerunt caesari legati verba et eius desiderio se satisfactum promisit.“

⁷³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 117c, S. 765f.

⁷⁴ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXV, S. 635f. (Würzburger Relation f. 39ab) und S. 669 (Patrizi f. 53ab). Vgl. Reissermayer (wie Anm. 11), Teil 2, S. 77f.

⁷⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXV und S. 636 (Würzburger Relation f. 39b-40a): „Item die Venediger sagten auch zu und erbuten sich, dass sie zu diesem loblichen furnemen in allen iren landen und gebieten orden und bestellen wollten, dass ie von 1 000 gulden jerlicher nutzunge 2 zu rosse oder mere gesant solten werden und nicht einer alleine nach begere des keisers. in zweivelt auch nicht, ir herren der herzog und alle die seinen hetten in solchem anslag gut gefallen und teten das mit willen gerne etc.“

konfrontiert; da sie in der Angelegenheit allerdings keine Weisung erhalten hatten, weigerten sie sich zu antworten.⁷⁶ Der Rechtskundige Cipolla kam also nicht in die Verlegenheit, in venezianischen Diensten über einen Antrag von Mitbürgern seiner Heimatstadt entscheiden zu müssen, sondern agierte nur in der Türkenfrage.

Nach den feierlichen Ritterschlags- und Belehnungszeremonien am 24. Juli⁷⁷ und der Ankunft weiterer europäischer Gesandtschaften, insbesondere der Vertretungen der Könige von Polen und Neapel, wurden der Kardinallegat und die Venezianer am Sonntag, den 28. Juli, erneut beim Kaiser vorgeladen. Grund war, dem Bericht von Agostino Patrizi zufolge, das anhaltende Gerede um den Abschluss eines Separatfriedens der Venezianer mit den Türken. Die Venezianer waren damit als Veräter der Christenheit gebrandmarkt; sie mussten erneut Unterhandlungen eingestehen und betonten, ein Friede sei nicht zustande gekommen.⁷⁸ Die offiziellen Sitzungen wandten sich derweilen vor allem der Landfriedensfrage zu, aber auch den Bittgesuchen des Bischofs von Speyer und des Erzbischofs von Köln um Regalienverleihungen, der Beilegung der pfälzischen und bayerischen Streitigkeiten sowie den Ansprachen der neuen Gesandtschaften.

In eine konkrete Phase traten die Verhandlungen in der Türkenfrage erst wieder in der Woche vom 6. bis 9. August, als der Kaiser seine Bitte um Soforthilfe an die Fürsten zuspitzte. Er müsse endlich wissen, was den Legaten von Ungarn, Neapel und Venedig zu antworten sei.⁷⁹ Da am Mittwoch, den 7. August, der Tod von Papst Paul II. bekannt wurde, oblag es dem Kardinallegaten, in seiner Ansprache zu betonen, dass der Türkenkrieg unabhängig vom einzelnen Papst im Interesse des Heiligen Stuhles wäre.⁸⁰ Dies regte immerhin eine Diskussion über die Soforthilfe und die zu

⁷⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXV und S. 636 (Würzburger Relation f. 40a): „Item der von Bern beclagt sich von den Venediger, wie sie das sein mit gewalt und an recht inen hetten etc. darauf antworten der Venediger botschaft, sie weren alhie her zu dem cristenlichen zug und furnemen wider den Turcken gesant worden und nicht in den sachen, hetten auch von den dingen ganz kein bevelhe, deshalb sie im daruber nicht zu antworten westen etc.“

⁷⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXVI, S. 638 (Würzburger Relation f. 41ab) und S. 671f. (Patrizi f. 54b-55a). Vgl. Reissermayer (wie Anm. 11), Teil 2, S. 101.

⁷⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXVII und S. 675 (Patrizi f. 57b): „Discedentibus deinde ceteris legatus et Veneti remanserunt et affermante caesare vulgo ferri Venetos pacem cum Turcis ferisse roganteque, an aliquid certi de ea re ab eorum principe oratores haberent, responderunt se litteras nuper a principe accepisse, quibus significabatur legatum quidem Venetorum, qui apud Turcum erat, iam ab eo discessisse, sed revocatum ex itinere et substituisse Christopholi. pacem autem cum Turcis Venetis nullam omnino esse.“

⁷⁹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX und S. 682 (Patrizi f. 62b-63a).

⁸⁰ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX und S. 649 (Würzburger Relation f. 49ab); vgl. Ebenda, S. 683 (Patrizi f. 63b).

bestimmenden Heerführer an.⁸¹ Am Donnerstag und Freitag wurden deshalb die Verhandlungen mit den drei Gesandtschaften fortgesetzt⁸²; aber die päpstlich sanktionierten Hussitenkriege in Böhmen unter ungarischer Leitung behinderten eine allgemeine Finanzierung des Türkenzuges.⁸³ Der Kardinallegat war innerlich zerrissen; die böhmischen Ketzler waren der Kirche mindestens genauso verhasst wie die ungläubigen Türken.⁸⁴ Und der schwache Herrscher konnte trotz der argumentativen Unterstützung seitens Venedigs und Aragóns die erwarteten 10.000 bis 15.000 Mann Hilfstruppen nicht zusichern.⁸⁵

Die Verhandlungen waren blockiert, und immer mehr Gesandtschaften reisten ab, vermutlich auch die Würzburger, deren Bericht hier endet. Eine Beschreibung der folgenden Tage ist nur noch bei Agostino Patrizi überliefert. Man rechnete mit keinen größeren Ergebnissen mehr. In die Aufbruchsstimmung fiel zu allem Übel noch ein Dissens zwischen dem Kardinallegaten und den Venezianern, die heimlich längst für ein Konzil (*generale omnium christianorum principum concilium*)⁸⁶ zur Verteidigung des Glaubens und zur Rekrutierung eines vereinten europäischen Aufgebots plädiert hatten. Der Kardinallegat erfuhr davon, wie sein Sekretär Agostino Patrizi behauptet, wohl erst am 12. August; heftig erzürnt interpretierte er ein Konzil als bewusste Feindseligkeit der Adelsrepublik gegenüber der Kurie, weil es nur dem Papst zustünde, ein Konzil einzuberufen.⁸⁷ Es war eine missliche Kontroverse um Formalia; aber die venezianischen Legaten sollen, wie Patrizi versichert, weiterhin ein Konzil gefordert

⁸¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX und S. 682 (Patrizi f. 63b-64a).

⁸² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX und S. 684 (Patrizi f. 64a): „Veneti annos supra ducentos maiores suos cum Turcis pro religione decertasse affirmarunt et in ultiores octo annos impendisse in id bellum singulis annis sexcenta et aliquando octingenta milia numerum et nunc alere in mari classem simul cum rege Neapolitano octuaginta triremum et quadraginta navium, in Peloponeso, Epyro atque Illirio firmissima praesidia. si Germani exercitum in hostes moveant, aucturos et ipsos copias. de via autem commeatu atque ordine Germanici exercitus ad eos non spectare consultationem, sed ad Hungaros, nisi forte mallent mari traicere copias. tunc enim et regem et Venetos facile posse et consulere et opem ferre.“

⁸³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX, S. 649f. (Würzburger Relation f. 50a und f. 50b-51a) und S. 684f. (Patrizi f. 64ab, f. 65ab). Vgl. Reissermayer (wie Anm. 11), Teil 2, S. 108-111.

⁸⁴ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXIX und S. 684f. (Patrizi f. 64b-65a).

⁸⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 650 (Würzburger Relation f. 50b-51a): „so retten die Arragonischen und Venediger auch als vor mit erbietunge irs teils. dargein der keiser tet antworten auch wie vor und liess melden, wie er in itzo die zale mitnicht ernenen kont, sunder nachdem der anslag und hilf gesazt were, hoft er, es solt sich veste uf eine merkliche zale als bei 10.000 oder 15.000 man ereugen.“

⁸⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 582 und 687 Z. 21 (Patrizi f. 64b-65a).

⁸⁷ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 582f. und S. 687 Z. 21 „reges und principes perlosque sponte parituros, romanum vero pontificem vel invitum venturum“.

haben, auch wenn sie das Wort selbst nun vermieden.⁸⁸ Das ursprünglich gemeinsame Ziel war in weite Ferne gerückt. Die Mission musste als gescheitert gelten. Für die restlichen neun Tage bis zum Aufbruch des kaiserlichen Trosses am 21. August⁸⁹ waren keine Fortschritte mehr zu erwarten.

4. Bedeutung des Ranges und kaiserliche Ehrungen

Zwei Erlebnisse müssen Bartolomeo Cipolla trotz seines diplomatischen Misserfolgs in dauerhafter Erinnerung geblieben sein, weil sie seinen Stand, mit dem er seit 1469 ausgezeichnet war, bestätigten: Es handelt sich erstens um die Standeserhebungen ins Palatinat *cum armis*, zum kaiserlichen Rat und Familiaren sowie zweitens um die Reise nach Nürnberg am 21. August im kaiserlichen Gefolge. Beides waren respektvolle Gesten Friedrichs III. gegenüber der Markusrepublik und deren geschätzten Sachverwaltern vor Ort.

Die vorhandenen Quellen und die Literatur über Cipollas Standeserhebungen sind widersprüchlich und nennen bisher recht unterschiedliche Daten zwischen 1469 und 1471. Im 1981 erschienenen Artikel des *Dizionario Biografico degli Italiani* wird etwa behauptet, dass Kaiser Friedrich III. den Rechtsgelehrten zusammen mit seinen drei Brüdern Cristoforo, Antonio und Giovanni Francesco im Februar 1470 zum Ritter und Pfalzgrafen geschlagen hätte.⁹⁰ Zu diesem Zeitpunkt hielt sich der Habsburger aber in Wien auf⁹¹, während Bartolomeo in Norditalien weilte. Aus dem Taxregister der an Kurfürst Erzbischof Adolf II. von Mainz verpachteten kaiserlich-römischen Kanzlei aus den Jahren 1471 bis 1475 geht indessen hervor, dass mehrere Erhebungen Bartolomeo Cipollas gerade auf und nach dem Reichstag zu Regensburg urkundlich bestätigt wurden. Die Ausstellung seiner Palatinatsurkunde mit Wappenbrief am 9.

⁸⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 582f. und S. 688 Z. 27: „evitabant autem concilii nomen tanquam odiosum“.

⁸⁹ Helmut Wolff: „Und er was frolich und wolgemut ...“. Zum Aufenthalt Kaiser Friedrichs III. 1471 in Nürnberg, in: Johannes Helmrath / Heribert Müller (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Helmut Wolff: Studien zum 15. Jahrhundert. Festschrift für Erich Meuthen, Bd. 2, München 1994, S. 805-820, hier S. 806; Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 112 (26,1), S. 689. Vgl. Reissermayer (wie Anm. 11), Teil 2, S. 111f.

⁹⁰ Ruffino (wie Anm. 31), S. 710.

⁹¹ Zumindest weilte er dort im Dezember 1469 und im März 1470, vermutlich auch zwischen beiden Daten; vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 1373; *Regesta chronologico-diplomatica* (wie Anm. 34), Nr. 5853-5856, 5954-5957, 5979 und 5988.

August 1471 seitens des Kanzlers erfolgte gebührenfrei, das Ritterprivileg wurde erst zwei Monate später registriert.⁹² Man könnte deshalb anzunehmen, dass die Ehrungen während des Reichstags verliehen wurden. Die beiden oben genannten Veroneser Augenzeugen beschreiben jedoch zwei Feierlichkeiten, bei denen Cipolla bereits im Februar 1469 in Venedig zum Pfalzgrafen und zum Ritter erhoben wurde. Was hat sich also wann ereignet?

Die historiographische und diplomatische Dokumentation legt nahe, dass Bartolomeo Cipolla seine verschiedenen Titel bei unterschiedlichen Festakten sukzessiv erhielt und die zugehörigen Privilegienbestätigungen nicht alle erhalten sind: Am 6. Februar wurde er vermutlich im Kloster Santo Spirito in Isola zum einfachen Pfalzgrafen ernannt, vielleicht schon eine Woche später am 13. Februar im Palast von Borso d'Este zum Ritter. Die weiteren Ehrungen müssen in Regensburg stattgefunden haben: die Erhebung ins finanziell einträgliche Palatinat mit der Erlaubnis zur Wappenführung und Doktorerhebung, die für das Prestige förderliche Ernennung zum kaiserlichen Rat ehrenhalber und zum Familiaren. Das Vorgehen in verschiedenen Stufen lässt sich aus einem Diplom vom 26. Juli 1471⁹³ und zwei Einträgen im Taxregister vom 9. August und 2. Oktober 1471 ableiten, wobei der Ritterbrief als letztes ausgehändigt worden sein muss: Denn der als Venezianer bezeichnete Bartolomeo erhielt, laut Taxregister, zusammen mit seinen Söhnen und auf persönliche Petition des Kaisers zuerst die Würde eines Pfalzgrafen *cum armis et ad creandum doctores* und später den offiziellen Brief der Erhebung zum *miles*.⁹⁴ Das ihm bereits zwei Jahre zuvor in Venedig übertragene Palatinat wurde dabei urkundlich auf das Recht auf Wappenführung und auf Ernennung von Doktoren erweitert; die zusätzliche Aus-

⁹² Das Taxregister der römischen Kanzlei 1471-1475 (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Hss. "weiss 529" und "weiss 920"), hrsg. von Paul-Joachim Heinig / Ines Grund (Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440-1493) nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Regesta Imperii, Abt. XIII, Sonderbd. 2, Erster Teil), Wien / Weimar / Köln 2001, Nr. 697 und Nr. 1109.

⁹³ Regesta chronologico-diplomatica (wie Anm. 34), Nr. 6343 mit der Erhebung von Bartolomeo Cipolla, Doktor beider Rechte, kaiserlicher Rat und venezianischer Gesandter (orator), sowie seiner Söhne zu „Lateranensischen Pfalzgrafen und kaiserlichen Dienern (familiares)“ unter dem 26. Juli 1471; vgl. Register, erarbeitet von Dieter Rübsamen und Paul-Joachim Heinig (Regesten Kaiser Friedrichs III. (1440-1493). Nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Regesta Imperii, Abt. XIII, Sonderbd. 1), Wien / Weimar / Köln 1992, p. 62. Eine Abschrift des Diploms liegt in Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichsregister S, f. 112r-113v; ich bedanke mich bei Sonja Dünnebeil für die freundliche Übersendung des Digitalisats.

⁹⁴ Taxregister, hrsg. von Heinig / Grund (wie Anm. 92), S. 99, Nr. 697 unter dem 9. August 1471: „Item palatinus cum armis et ad creandum doctores pro domino Bartholomeo Cicol, Veneto; dominus dedit sibi gratis ad petitionem domini imperatoris etc., quia dedit Boghayn unam peram etc.“; Ebenda, S. 159, Nr. 1109 unter dem 2. Oktober 1471: „Item literam milicie pro Bartholomeo Zepol, Veneto; dominus dedit sibi gratis in propria persona“ (Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichshofrat-Antiquissima, Taxbuch, f. 45v u. f. 75r).

zeichnung des *eques auratus* als *miles* könnte die wachsende Zugehörigkeit zum kaiserlichen Hof untermauert haben. Außerdem scheinen damals mehrmalige Ritterschläge in zeitlichem Abstand und bei unterschiedlichen Gelegenheiten nicht ungewöhnlich gewesen zu sein, weil Anlass und Form eine soziale Differenzierung innerhalb des Standes bedingten.⁹⁵

Im Laufe des Reichstags muss Bartolomeo auch den Rang eines kaiserlichen Rates erlangt haben, einen Titel, mit dem er, soweit wir wissen, erstmals im Diplom vom 26. Juli 1471 angesprochen wird.⁹⁶ Über solche Ratsernennungen wurde die Kanzlei oft nur mündlich oder schriftlich informiert, um die künftige Anrede nicht zu verfehlen, aber offizielle Dekrete wurden selten ausgestellt. Es war ein hervorragendes Instrument, auswärtige Gesandte in die Hofgesellschaft zu integrieren; sie wurden Titularräte ehrenhalber aus politischem Kalkül, aber ohne konkrete Funktion. Im Allgemeinen war es zudem üblich, dass eine Ernennung zum Familiaren nur stattfinden konnte, wenn die Beförderung zum kaiserlichen Rat vorher erfolgt war.⁹⁷ Es ist allerdings denkbar, dass im Falle Cipollas beide Auszeichnungen direkt nacheinander und damit praktisch gleichzeitig erfolgten. Die Vergabe dieser Rangerhöhungen passt zur Tatsache, dass in Regensburg auch Aymo und Morosini zu Räten ernannt wurden.⁹⁸ Zudem wurden die engen Verbindungen zwischen dem Habsburger und der Gesandtschaft des Dogen noch dadurch bestätigt, dass die Kanzlei auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers die Urkunden für alle Mitglieder der Delegation kostenfrei ausstellte. Es ist sogar wahrscheinlich, dass alle drei Gesandten einen Eid als kaiserlicher Rat leisteten, um ihre Loyalität zu bekunden und in das habsburgische Klientelsystem am Hof faktisch eingebunden zu werden.

Aus dem Taxregister wissen wir, dass Erzbischof Adolf II. von Mainz Paolo Morosini im Herbst 1471 als kaiserlichen Rat bezeichnete, als er ihm den Besitz des Castel Caorso in der venezianischen Terraferma erneut bestätigte.⁹⁹ Auch wenn nicht klar ist,

⁹⁵ Rabeler (wie Anm. 14), S. 149.

⁹⁶ Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichsregister S, f. 112r mit der Anrede „spectabili et clarissimo iuris utriusque doctori Bartholomeo Cepole equiti, sacri lateranensis palatino comiti et consiliario nostro“. Zu seiner Funktion als kaiserlicher Rat vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536f.; Ebenda S. 1392-1422 mit Listen aller Räte Friedrichs III., zu Cipolla S. 1393 und S. 1417. Zur Bedeutung des Titels vgl. Ebenda S. 160 u. 165.

⁹⁷ Heinig (wie Anm. 11), S. 537 geht davon aus, dass nur diese Reihenfolge vom Rat zum Familiaren, aber nicht der umgekehrte Fall zu belegen ist.

⁹⁸ Heinig (wie Anm. 11), S. 536.

⁹⁹ Taxregister, hrsg. von Heinig / Grund (wie Anm. 92), S. 159, Nr. 1108 unter dem 2. Oktober 1471: „Item unum privilegium experte castri Caursi pro Paolo Mauroceno, Veneto et consiliario domini imperatoris; domi-nus meus

ob Morosini den Titel nicht bereits vorher besaß, ist nicht zu bestreiten, dass der Kaiser den gebildeten Adligen schon seit geraumer Zeit schätzte. Bei der Verleihung der Würde an Giovanni Aymo¹⁰⁰ dürfte gemäß Heinig auch das Zusammentreffen der venezianischen und kaiserlichen Interessen gegen Ungarn eine Rolle gespielt haben, weil Aymo am ungarischen Hof 1464 mit großem Erfolg eine zeitweilige Allianz zwischen Venedig und Matthias Corvino vorbereitet hatte.¹⁰¹ Alle Ehrungen waren Teil eines übergreifenden Planes, um die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem Kaiser und Venedig zu festigen.

Den festlichen Rahmen für diese Auszeichnungen kann eigentlich nur die am Mittwoch, den 24. Juli 1471, mit großem Pomp betriebene Ritterschlags- und Belehnungszeremonie geboten haben, als der Kaiser den Landgrafen von Hessen ihre Regalien überreichte. Der in vollem Ornat prächtig gewandete Kaiser¹⁰² thronte mitten auf dem großen Regensburger Rathausplatz, ihn umstanden die geistlichen Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln sowie Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg-Hohenzollern und Herzog Ernst von Sachsen; die Kurfürsten waren in ihren langen roten, mit weißem Pelzwerk verbrämten Roben erschienen, auf dem Kopf eine passende Bedeckung. Die weltlichen Kurfürsten oder deren Vertreter trugen gemäß der zeremoniellen Ordnung die Reichsinsignien, in der Mitte Herzog Ernst von Sachsen als Reichserzmarschall das aufrecht geführte Reichsschwert, zu seiner Linken der Markgraf von Brandenburg als Reichserzkämmerer das Szepter und zur Rechten Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut, Stellvertreter des umstrittenen Pfalzgrafen bei Rhein Friedrich des Siegreichen, den Reichsapfel des Erztruchseß. Der

dedit sibi huiusmodo literam gratis in propria persona“ (Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichshofrat-Antiquissima, Taxbuch, f. 75r). Vgl. Regesta chronologico-diplomatica (wie Anm. 34), Nr. 3152 vom 18. Januar 1454; Heinig (wie Anm. 11), S. 536.

¹⁰⁰ Taxregister, hrsg. von Heinig / Grund (wie Anm. 92), S. 86, Nr. 608 unter dem 6. August 1471: „Item litera data domino Johanni Aymo, Veneto, in qua recipitur in consiliarium et indulgetur sibi, quod possit portare arma; dominus dedit sibi gratis“ (Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Reichshofrat-Antiquissima, Taxbuch f. 39v). Vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536.

¹⁰¹ Wilhelm Fraknoi: Mathias Corvinus, König von Ungarn 1458-1490, Freiburg i. Br. 1891, S. 97; vgl. Heinig (wie Anm. 11), S. 536.

¹⁰² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXVI, S. 638 (Würzburger Relation f. 41ab) und S. 671 (Patrizi f. 54a): „caesar imperialibus ornamentis induitur. calceos primum rostratos quidem, unionibus ornatos, pedibus aptant, tum mictam circa collum, quam in sacris amictum appellamus, inde tunicellam et dalmaticam, sacras subdiaconi et diaconi vestes; deinde linostinam stolam transversam ante pectus in morem sacerdotis, postremo pontificale paludamentum auro ostroque contextum. paludamenti limbus et amictus ora claris unionibus et perlucidis gemmis plena erant. principes electores et ipsi suos habitus induerant, illi omnino similes, quo utitur senator nostra aetate Romae, cum ludi Testacei celebrantur: cucullos scilicet et tegmen capitis, vestes autem purpureae erant albis pellibus circumdatae“.

Kardinallegat, die geistlichen Fürsten und weltlichen Würdenträger umringten die festliche Gruppe, als der Kaiser etwa zwanzig oder mehr Männer zu Rittern schlug und sie mit entsprechenden Insignien ausstattete.¹⁰³ Diese Vorführung von Macht, die sowohl die ideelle Bedeutung des Kaisertums als auch die tragende Funktion der Reichsfürsten in Erinnerung rief, muss, so legt es die schwärmerische Schilderung des Agostino Patrizi nahe, die Italiener recht beeindruckt haben.

Die Standeserhebung von Bartolomeo Cipolla zum Pfalzgrafen mit Wappenbrief, zum kaiserlichen Rat und Familiaren kann, auch wenn nur drei der Geehrten namentlich genannt werden, bloß in diesem Rahmen stattgefunden haben. War es eine Art Ausgleich für das zögerliche Handeln des Kaisers in der Türkensache? Jedenfalls deuten die Standeserhebungen darauf hin, dass das Reichsoberhaupt die venezianischen Gesandten mit Ehrenerweisungen zu besänftigen suchte.¹⁰⁴ Beurkundet wurde der Vorgang mit dem großen Majestätssiegel (*sub sigillo maiestatis*), das – wie bei der Ausfertigung aller Privilegien, Lehenbriefe und Gratialvorgänge – einer Gegensiegelung mit dem vom Kaiser persönlich verwahrten und getrennt abgerechneten Sekretsiegel bedufte, für das der Kaiser eine eigene Siegelgebühr erheben konnte. Jede mit dem Sekretsiegel versehene Urkunde hatte also der Kaiser persönlich überprüft, wodurch von etwa 1460 an der Einfluss der Kanzleibeamten zurückgedrängt wurde.

Das Taxregister bietet wohl eine nahezu lückenlose Auflistung sämtlicher kaiserlicher Urkunden und Briefe zwischen 1471 und 1474/75 mit den anfallenden Gebühren, auch wenn es lediglich die täglichen Gebühren und Einnahmen des Pachtkanzlers verzeichnen sollte. Als Geschäftsbuch der Finanzverwaltung war das Taxregister in drei Spalten angelegt: In der Mitte befand sich zur Identifizierung des Vorgangs ein Kurzregest zum Inhalt der ausgestellten Urkunde, rechts daneben wurde im allgemeinen die festgesetzte Gebühr eingetragen, was hier nicht notwendig war, und links wurde die Zahlungsmodalität (*dedit, gratis*) vermerkt; im vorliegenden Fall bedeutet das Wort

¹⁰³ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXVI und S. 638 (Würzburger Relation f. 41ab): „Item der keiser sluge etwevil zu rittern bei 20 oder mere“; vgl. Ebenda., S. 672 (Patrizi f. 54b-55a): „percussit aliquos milites ex more caesar, dum expectaret, eosque militaribus signis condonavit“. Zu diesen Massenerhebungen, besonders in Rom, durch den Kaiser vgl. Hack (wie Anm. 22), S. 197-236.

¹⁰⁴ Zur Bedeutung solcher Erhebungen des Kaisers als politische Handlungen vgl. den gut dokumentierten Fall des zum Ritter geschlagenen französischen Juristen Guillaume Sagnet, dem das Parlament 1416 die Pfründe von Sénéchaussée wegen seines niedrigen Standes zuerst verweigerte und erst nach der Standeserhebung durch Kaiser Sigismund zugestand; vgl. Martin Kintzinger: Westbindungen im spätmittelalterlichen Europa. Auswärtige Politik zwischen dem Reich, Frankreich, Burgund und England in der Regierungszeit Kaiser Sigismunds (Mittelalter-Forschungen 2), Stuttgart 2000, S. 277-288.

gratis, dass die Gebühr erlassen wurde. Im Allgemeinen differiert der Eintrag im Taxregister nur um wenige Tage vom Ausstellungsdatum der Urkunde. Offensichtlich wurden Cipollas Standeserhebungen nach dem 24. Juli beurkundet und dann hier eingetragen. Als Vermittler wird Konrad Boghain genannt, der damals als Sollizitator der Herrn von Degenberg in Bayern wirkte.¹⁰⁵ Einfache Urkunden wurden nach der Besiegelung gegen die Bezahlung der festgelegten Taxe schnell ausgehändigt, während die höherwertigen Diplome der Standeserhebung noch der Sekretation durch den Kaiser unterlagen.¹⁰⁶ Friedrich III. muss sich also auch nach dem 9. August noch mit diesem Vorgang beschäftigt haben.

Solche Nobilitierungen, die das Verdienst von Gelehrtheit und Loyalität den traditionellen Adelsprivilegien gegenüberstellten, besaßen eine große gesellschaftliche Bedeutung und wurden unter den Zeitgenossen natürlich immer wieder diskutiert, was sich auch darin zeigt, dass sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zahlreiche Juristen mit dem Thema auseinandersetzten.¹⁰⁷ Zu verweisen ist nur auf die gelehrten Traktate von Martinus Garatus Laudensis gegen die Jahrhundertmitte¹⁰⁸, später von Ludovico Bolognini (1488)¹⁰⁹, von Tommaso Diplovataccio (nach 1493)¹¹⁰ und Cristoforo Lanfranchini (1497)¹¹¹. Auch Bartolomeo Cipolla hatte um 1453/54, als er noch jünger war, einen Traktat zum Thema entworfen, in dem er eine eher distanzierte, formaljuristische Position bezog; er definierte den Adel über die drei Elemente Geburt,

¹⁰⁵ Heinig (wie Anm. 11), S. 537.

¹⁰⁶ Taxregister, hrsg. von Heinig / Grund (wie Anm. 92), S. VIII-XI.

¹⁰⁷ Vgl. Lorenz Böninger: Die Ritterwürde in Mittelitalien zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit. Mit einem Quellenanhang: Päpstliche Ritterernennungen 1417-1464, Berlin 1995, S. 234f. zu Traktaten einiger Juristen der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zum Rittertum, darunter auch Bartolomeo Cipolla (1453/54). Vgl. Mario Ascheri: La nobiltà dell'università medievale: nella Glossa e in Bartolo da Sassoferrato, in: Angela de Benedictis (Hrsg.): Sapere e/è potere. Discipline, dispute e professioni nell'università medievale e moderna. Il caso bolognese a confronto. Atti del 4o convegno, Bologna, 13-15 aprile 1989, Bd. III: Dalle discipline ai ruoli sociali, Bologna 1990, S. 239-268; Claudio Donati: L'idea di nobiltà in Italia secoli XIV-XVIII, Roma / Bari 1988, passim.

¹⁰⁸ In seinem Traktat *De milite* findet sich eine pragmatische Definition des Rittertums als militärische dignitas, nicht als herausragender privilegierter Stand; vgl. Ingrid Baumgärtner: Martinus Garatus Laudensis. Ein italienischer Rechtsgelehrter des 15. Jahrhunderts (Dissertationen zur Rechtsgeschichte 2), Köln / Wien 1986, S. 193-195.

¹⁰⁹ Severino Capioli: Indagini sul Bolognini. Giurisprudenza e filologia nel Quattrocento italiano (*Ius nostrum*. Studi e testi pubblicati dell'Istituto di storia del diritto italiano dell'Università di Roma 15), Varese 1969, S. 179-181.

¹¹⁰ Zu seinen Äußerungen zum Thema nach 1493 aus Anlass der Hofordnung von Pesaro, in der die *doctores* den *milites* nachgestellt wurden, vgl. Hermann Kantorowicz / Fritz Schultz (Hrsg.): Thomas Diplovatacius, *de claris iuris consultis* (Romanistische Beiträge zur Rechtsgeschichte 3), Berlin / Leipzig 1919, S. 28f.

¹¹¹ Zu seinem 1497 verfasstem *Tractatulus seu questio utrum preferendus sit doctor an miles* vgl. Giorgio Borelli: *Doctor an miles: Aspetti della ideologia nobiliare nell'opera del giurista Cristoforo Lanfranchini*, in: *Nuova rivista storica* 73 (1989), S. 151-168.

Ehre und Reichtum, sah im Gehorsam gegenüber dem Fürsten keinen Verlust von Ehre oder Adelsprivilegien und diskutierte in diesem Sinne den mutmaßlichen Verrat des Condottiere Bartolomeo Colleoni.¹¹² Sein Aufstieg zum führenden Rechtsprofessor der Paduaner Universität und die kaiserlichen Nobilitierungen von 1469 an dürften sein Selbstbewusstsein aber so gestärkt haben, dass einige Paduaner Kollegen ihn letztlich als arrogant kritisierten.

Leider ist es nicht möglich, die Beziehungen zwischen Cipolla und den kaiserlichen Gelehrten Räten genauer zu erfassen. Nachweisbar sind nur Verbindungen zu einzelnen deutschen Studenten, die Bartolomeo über Unterricht und Prüfungen in Padua kennengelernt haben muss. Im Jahre 1467 war er etwa an der Promotion des Johann Steinberg aus Duderstadt im weltlichen Recht beteiligt. Steinberg, der nach seiner Rückkehr nach Leipzig in Diensten Erzbischofs Adolfs II. von Mainz aufstieg und zusammen mit seinen beiden Brüdern ein Familienwappen erhielt, wurde Prokurator des Reichskammergerichts und später kaiserlicher Rat, ehe er schließlich unter anderem mit der Königspfründe der Propstei des Goslarer Stifts St. Simon und Juda sowie der Kustodie am Baseler Münster belohnt wurde.¹¹³

Nach Beendigung des Reichstags und nach einer über zweimonatigen harten Überzeugungsarbeit¹¹⁴ wurde die venezianische Delegation noch eingeladen, das Reichsoberhaupt in die Reichsstadt Nürnberg zu begleiten.¹¹⁵ Im kaiserlichen Gefolge waren rund 1.000 Reiter, darunter der Erzbischof von Mainz, Herzog Ernst von Sachsen und Markgraf Albrecht Achilles, also drei Kurfürsten mit ihren Trossen. Beindruckend muss vor allem der außergewöhnlich festliche Empfang gewesen sein, den man dem Habsburger bereitete, weil schon seit Jahrzehnten kein Kaiser mehr die Stadt besucht hatte. Die beiden venezianischen Botschafter, Cipolla und Morosini,

¹¹² Vincenzo Piano Mortari: Sulla nobiltà del Quattrocento. Bartolomeo Cipolla e Buono de' Cortili, in: *Clio. Rivista trimestrale di studi storici* 23 (1987), S. 185-229; Marco Cavina: L'albagia del Colleoni: il 'De imperatore militum deligendo' di Bartolomeo Cipolla, in: Giovanni Rossi (Hrsg.): *Bartolomeo Cipolla: un giurista veronese del Quattrocento tra cattedra, foro e luoghi del potere. Atti del convegno, internazionale di studi* (Verona, 14-16 ottobre 2004), Padua 2009, S. 149-160.

¹¹³ Erich Kleineidam: *Universitas Studii Erfordensis. Überblick über die Geschichte der Universität Erfurt im Mittelalter 1392-1521*, 2 Bde. (Erfurter Theologische Studien 14 u. 22), Leipzig 1964-1969, Bd. 2, S. 320 zum 10. November 1467 als Promotionsdatum; Robert Gramsch: *Erfurter Juristen im Spätmittelalter. Die Karrieremuster und Tätigkeitsfelder einer gelehrten Elite des 14. und 15. Jahrhunderts* (Education and Society in the Middle Ages and Renaissance, 17), Leiden / Boston 2003, S. 178, 182, 448, 479A, 484, 500 und CD-Rom Nr. 604 im Personenkatalog der Juristen der Universität Erfurt. Kurz erwähnt bei Heinig (wie Anm. 11), S. 521-523 (mit 1467 als Promotionsjahr) und S. 537 (fälschlich mit 1469 als Promotionsjahr).

¹¹⁴ Heinig (wie Anm. 11), S. 1374.

¹¹⁵ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 129a-f, S. 925-949.

ritten mit ihrem Gefolge von etwa fünfzig Pferden bei der großen, von Glockengeläut stimmungsvoll untermalten Einzugsprozession an ehrenvoller Position, nämlich direkt vor den beiden weltlichen Kurfürsten und dem Kaiser.¹¹⁶ In Nürnberg, wo eine standesgemäße Unterbringung der Reisegruppe in der Kaiserburg gesichert war¹¹⁷, waren sie vor allem an Kontakten mit den Ratsherren und reichen Kaufleuten interessiert, von denen sie, bezeichnet als „unsern guten frunden, der Venediger ratsbotschaft“, mit zehn Pfund reich beschenkt und mit Fisch und Wein versorgt wurden.¹¹⁸ Sie scheinen weder am sechstägigen Ausflug des Kaisers nach Bamberg und Vierzehnheiligen noch am Jagdausflug mit Markgraf Albrecht zur Cadolzburg teilgenommen zu haben, sondern sich dem Austausch politischer und wirtschaftlicher Informationen mit den Nürnberger Führungsgruppen gewidmet zu haben.

Nach dem überstürzten Aufbruch des Kaisers am Abend des 9. September aus Nürnberg¹¹⁹ verließ auch Bartolomeo am nächsten Tag sofort die fränkische Metro-

¹¹⁶ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 129a, S. 929f.: „herzog Erenst von Sachsen furt das plos swert vor dem keiser, pei im margraff Albrecht, vor im der Venedig potschafft 2 zentellamen, ein ritter doctor und ein dek[an] Moryssing, hetten pei fufzig pferden. nach dem keiser zu der rechten hant reit der cardinal pebstlicher legat und zu der linken hant der pischoff von Meincz und darnach etlich pischoff grefen ritter und vil adels, aber als zeugs was nicht uber anderhalb tausent pfer.“ Zu dieser Tucher'schen Fortsetzung der Nürnberger Jahrbücher vgl. Die Chroniken der fränkischen Städte – Nürnberg, Bd. 5, bearb. von Th. von Kern (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert 11), Leipzig 1874, ND Göttingen 1961, S. 460; vgl. auch die Beilage Ebenda, S. 514: „Und als sich die k. m. auf freytag vor Bartholomey mitsamt dem legaten, bischof von Meintz, herzog Ernsten, marggraf Albrechten und den Venedigern zu der stat nehet“; vgl. dazu Wolff (wie Anm. 89), S. 807-810. Allgemein zum Empfang vgl. Paul-Joachim Heinig: Verhaltensformen und zeremonielle Aspekte des deutschen Herrscherhofes am Ausgang des Mittelalters, in: Werner Paravicini (Hrsg.): Zeremoniell und Raum. 4. Symposium der Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften in Göttingen (Residenzenforschung 6), Sigmaringen 1997, S. 63-82, hier S. 78f.; Andrea Löther: Die Inszenierung der stadtbürgerlichen Ordnung. Herrschereinritte in Nürnberg im 15. und 16. Jahrhundert als öffentliches Ritual, in: Klaus Tenfelde / Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vierzehn Beiträge (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 8), Göttingen 1994, S. 105-124.

¹¹⁷ Wolff (wie Anm. 89), S. 810; zur Bedeutung von Nürnberg und zum Fundus zeremonieller Aufzeichnungen vgl. Reinhard Seyboth: Reichsstadt und Reichstag. Nürnberg als Schauplatz von Reichsversammlungen im späten Mittelalter, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 52 (1992) (Festschrift Alfred Wendehorst zum 65. Geburtstag, hrsg. von Jürgen Schneider / Gerhard Rechter, Neustadt 1992) S. 209-221, besonders S. 214.

¹¹⁸ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 129f, S. 948 in der Liste der städtischen Ausgaben für die weilenden Reichstagsbesucher: „Item 10 lb. n[ürnberg]. 14 ß aber für visch unsern guten frunden, der Venediger ratsbotschaft, auch zum wein geschant. [Datum fehlt]“. Zur Beziehung zwischen Bartolomeo und dem Nürnberger Stadtrat vgl. Eberhard Isenmann: Gelehrte Juristen und das Prozeßgeschehen in Deutschland im 15. Jahrhundert, in: Franz-Josef Arlinghaus u.a. (Hrsg.): Praxis der Gerichtsbarkeit in europäischen Städten des Spätmittelalters (Rechtssprechung. Materialien und Studien 23), Frankfurt a. M. 2006, S. 305-417, hier S. 321 und S. 392 Anm. 295.

¹¹⁹ Zum erneuten Aufenthalt in Regensburg vom Abend des 11. bis zum Morgen des 13. September 1471 und zur sofortigen Weiterreise nach Wien vgl. Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), Nr. 106, S. 430f.; Wolff (wie Anm. 89), S. 819; Carl Theodor Gemeiner: Regensburgische Chronik. Mit einer Einleitung, einem Quellenverzeichnis und einem Register neu hrsg. von Hans Angermeier, 4 Bde., Regensburg 1821-1824, 4 in 2 Bde., 2. unveränderter ND München 1987, Bd. 3, S. 493 zur Ankunft in der Nacht zum 12. August und zur Abreise am 13. September mittags auf dem Landweg.

pole.¹²⁰ Er wurde (ebenso wie Aymo vorher direkt von Regensburg aus) nach Venedig zurückbeordert¹²¹, während Paolo Morosini weitere Instruktionen erhielt und sich bis zu seiner Abberufung am 17. Dezember beim Kaiser aufhalten musste.¹²² Seine Aufgabe war es, den Plan mit dem Reichstag in Italien weiter zu verfolgen. Venedig erklärte sogar seine Bereitschaft, dem Kaiser 500 Dukaten pro Monat zu zahlen, wenn dieser Reichstag in Padua oder wenigstens im Ferrara der befreundeten Este stattfände und Venedig den heiß erstrebten Oberbefehl über die geplante Türkenflotte erhalten würde.

5. Zusammenfassung

Auch wenn kein venezianischer Gesandtenbericht vor 1492 in schriftlicher Form erhalten ist¹²³, kann ein recht konkretes Bild vom Handeln der Venezianer auf dem Regensburger Reichstag entworfen werden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Wirkungsmöglichkeiten der Gesandtschaft des Dogen gering waren, auch wenn sie entsprechend den Delegationen der Reichsfürsten und Reichsterritorien zusammensetzt war und mit Kaiser und Kardinallegat zu kooperieren versuchte. Die Entsendung des führenden Rechtsprofessors der Landesuniversität zeigt das Gespür für die zeitbedingte Entwicklung, dass juristisch bewanderte Gelehrte Räte sich als geheime Macht im Reich etablierten und Politik zum Beruf geworden war. So entsandten der Kaiser und Kurmainz jeweils sechs Gelehrte Räte¹²⁴, Herzog Ludwig der Reiche von Bayern fünf, darunter den bejahrten Martin Mair¹²⁵, aber Kurfürsten wie die Pfalz, Köln und Trier jeweils nur einen¹²⁶. Von den zahlreichen Teilnehmern in Regensburg waren viele, wie Bartolomeo Cipolla, zum ersten Mal an einer solchen

¹²⁰ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. XXX.

¹²¹ Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 593 sowie Nr. 117d mit Instruktionen für Paolo Morosini: „dominus autem Bartholomeus Cepola discedat et veniat ad presentiam nostram. et si ante discessisset, ipse S. Paulus revertatur ad imperatoriam maiestatem et illic differat et prefatus Bartholomeus omnino veniat in Italiam“.

¹²² Deutsche Reichstagsakten, Bd. 22,2 (wie Anm. 1), S. 593 sowie Nr. 117e-h.

¹²³ Queller: The development (wie Anm. 8), S. 184ff.

¹²⁴ Johannes Kellner, Hans Heinrich Vogt, Martin Heiden, der erfahrene Hartung Molitoris und Hans Beck arbeiteten für den Kaiser; vgl. Koch (wie Anm. 65), S. 182 u. 190f. Nr. 56 u. 76-79 zu den Biographien der einzelnen Räte.

¹²⁵ Zu Martin Mair vgl. Anm. 67. Andere Räte wie Theodor Rijswijck vertraten mehrere Herren, in diesem Fall den Bischof von Münster und das Bistum Bremen; vgl. Koch (wie Anm. 65), S. 194f. Nr. 89 zur Biographie.

¹²⁶ Koch (wie Anm. 65), S. 191f. Nr. 80-83 zu den Biographien einzelner Räte.

Reichsversammlung beteiligt; andere Delegierte waren höchst erfahren in der deutschen Reichspolitik.¹²⁷

In diesem Ambiente hatte die ohne Stimmrecht agierende Gesandtschaft Venedigs, bestehend aus zwei erfahrenen Diplomaten und einem Juristen, auf fremdem Territorium ihre Interessen zu verteidigen. Schon die Tücken der Anreise sind Ausdruck dieser Machtlosigkeit der Adelsrepublik im deutschen Reich, in dem nur die Landesfürsten Abhilfe schaffen konnten. Der Kaiser konnte ohne seine Fürsten weder die Sicherheit von Delegierten gewährleisten noch sein Reich gegen die Ungläubigen verteidigen oder gar den venezianischen Verbündeten beistehen.

Die Ernennung von Bartolomeo Cipolla zum Sondergesandten war zweifellos nicht nur dessen Position als Rechtsprofessor, sondern auch dessen anpassungsfähiger sozialer Vernetzung in Venedig geschuldet, der Bekanntschaft mit Morosini, der zwei Jahre vorher erfolgten Nobilitierung und seinem Streben nach der Nähe zur Macht. Die sukzessive Übertragung von Gnadenerweisen an immer dieselben Begünstigten war zudem ein raffiniertes Mittel der kaiserlichen Politik im Umgang mit Alliierten, denen andere Wünsche nicht zu erfüllen waren. Im Fall von Bartolomeo Cipolla erfolgten – wie die neu entdeckten Dokumente belegen – innerhalb kurzer Zeit mehrere Beförderungen, zuerst in Venedig 1469 zum einfachen Pfalzgrafen und vielleicht schon zum Ritter, dann auf dem Reichstag von Regensburg zum Pfalzgrafen mit Wappenbrief und dem Recht, Doktoren kreieren zu dürfen, zum kaiserlichen Rat und zum Familiaren. Auf diese Weise wurden bei öffentlichen Veranstaltungen die ideologischen Bindungen zwischen Friedrich III. und seinen Verbündeten inszeniert.

Letztlich konnten die drei venezianischen Gesandten ihr Sozialprestige erhöhen, auch wenn ihr politischer Einfluss auf die Reichsgeschäfte gering war und der venezianische Plan des gemeinsamen Türkenkriegs in weite Ferne gerückt war. Denn trotz der Zusammenarbeit mit der kaiserlichen und päpstlichen Partei halfen sprachliche Gewandtheit und Durchhaltevermögen nur bedingt, um die schwierigen Bedingungen im Reich zu meistern und die fest gefügten Strukturen zu verändern. Wo Handeln als freiwillige Selbstverpflichtung verstanden wurde, standen die Ziele der einzelnen Glieder über den Wünschen des kaiserlichen Herrn. Für Bartolomeo Cipolla

¹²⁷ Koch (wie Anm. 65), S. 157f. mit einer Auflistung der auf dem Reichstag von Regensburg 1471 vertretenen Gelehrten Räte.

muss die Mission aber trotz des politischen Scheiterns ein persönlicher Erfolg gewesen sein, denn er konnte auf die Bestätigung und materiell vorteilhafte Erweiterung der ersten Standeserhebung von 1469, auf die prestigeträchtige Erhebung zum kaiserlichen Rat und Familiaren ehrenhalber, auf ungewöhnliche Begegnungen und vielschichtige Erlebnisse am kaiserlichen Hof und in der Fremde zurückblicken.

Renate Dürr

Paraguay als Argument

Die europäische Debatte über Freiheit und Gehorsam im 18. Jahrhundert

Die jesuitischen Missionsstationen in der Provinz Paraguay des spanischen Herrschaftsgebietes spalteten seit ihrem Bestehen die Gemüter in glühende Verfechter und schärfste Gegner dieses „Experimentes“ einer ungewöhnlichen Missionierung halbnomadischer Indianergruppen.¹ Interessant ist diese zeitgenössische Auseinandersetzung, weil man mit der Diskussion über die Wirkungsweise und die Folgen der jesuitischen Mission in Paraguay letztendlich über die Grundsätze von Freiheit und Gehorsam debattierte. Sowohl die Jesuiten und deren Verteidiger als auch ihre Gegner arbeiteten nämlich gerade am Beispiel von Paraguay und den dortigen Jesuitenmissionen heraus, was Freiheit bedeute und wo Sklaverei beginne, wann Gehorsam notwendig sei und wann dieser dumm oder kindlich halte. Mit diesen Fragen befinden wir uns im Zentrum der zeitgenössischen Aufklärungskontroversen. Sie be-

¹ Von der ausufernden Forschungsliteratur sei vor allem hingewiesen auf: Philip Caraman SJ: Ein verlorenes Paradies. Der Jesuitenstaat in Paraguay, München 1979; Jurandir Coronado Aguilar: Conquista espiritual. A História da Evangelização na Província Guairá na obra de Antônio Ruiz de Montoya, S.I. (1585-1652), Rom 2002; Guillermo Furlong Cardiff: Los jesuitas y la cultura rioplatense, Montevideo 1933, ND Buenos Aires 1994; Horst Gründer: Welteroberung und Christentum. Ein Handbuch zur Geschichte der Neuzeit, Gütersloh 1992; Peter Claus Hartmann: Der „Jesuitenstaat“ in Südamerika: 1609-1768 – eine christliche Alternative zu Kolonialismus und Marxismus, Weissenhorn 1994; Robert Lacombe: „Où est la gloire de Dieu? L'expérience des Jésuites au Paraguay“, in: Missionnaire et ethnologues dans les plaines et les plateaux de l'amérique du sud et en particulier chez les Guaraní et les Tupi (L'éthnographie 111), Paris 1992, S. 79-87; Ders.: Guaranis e Jésuites. Un combat pour la liberté (1610-1707), Paris 1993; M. M. Marzal: La utopía posible. Indios y jesuitas en la América colonial (1549-1767), Bd. 1: Brasil, Peru, Paraguay y Nuevo Reino, Lima 1992; Bartomeu Meliá SJ: El Guaraní conquistado y reducido, Ensayos de etnohistoria, Asunción 1988; Ders.: El Guaraní: experiencia religiosa, Asunción 1991; Ders.: 'Und die Utopie fand ihren Ort ...'. Die jesuitischen Guaraní-Reduktionen von Paraguay, in: Michael Sievernich SJ u.a. (Hrsg.): Conquista und Evangelisation. 5000 Jahre Orden in Lateinamerika, Mainz 1992, S. 413-429; Michael Müller: Das soziale, wirtschaftliche und politische Profil der Jesuitenmissionen. Versuch einer umfassenden Annäherung am Beispiel der Provinzen Chile und Paraguay, in: Johannes Meier (Hrsg.): Sendung, Eroberung, Begegnung. Franz Xaver, die Gesellschaft Jesu und die katholische Weltkirche im Zeitalter des Barock, Wiesbaden 2005, S. 179-222; Wolfgang Reinhard: „Gelenkter Kulturwandel im 17. Jahrhundert. Akkulturation in den Jesuitenmissionen als universalhistorisches Problem“, in: Historische Zeitschrift 223 (1976), S. 529-590; Ders.: Geschichte der europäischen Expansion, Bd. 2: Die Neue Welt, Stuttgart 1985, S. 83ff; Klaus Schatz SJ: „Hier finde ich meinen armen leidenden Jesus in diesen armen verlassen Indianern“. Der „Jesuitenstaat“ im Spiegel der Berichte deutscher Jesuitenmissionare, Frankfurt a. M. 1992; Ders.: Zur Inkulturationsproblematik in den Jesuitenreduktionen, in: Theologie und Philosophie 68 (1993), S. 409-419; Ders.: Die südamerikanischen Jesuiten-Reduktionen im Spiegel der Berichte deutscher Missionare, in: Johannes Meier (Hrsg.): „... usque ad ultimum terrae“. Die Jesuiten und die transkontinentale Ausbreitung des Christentums 1540-1773, Göttingen 2000, S. 167-182; Michael Sievernich SJ: Die Jesuitenmissionen in Amerika (16.-18. Jahrhundert). Ein Überblick über die neuere Forschung, in: Theologie und Philosophie 76 (2001).

rühren Problemfelder politischer Kultur, die auch den Jubilar dieser Festschrift immer wieder beschäftigen.

Kaum verwunderlich ist, dass man in zahlreichen Publikationen dieses jesuitische Missionsprojekt unter dem Stichwort „Gehorsam“ diskutierte, gehörte der „Gehorsam“ doch seit jeher zu den zentralen Geboten der Societas Jesu.² Dass am Beispiel der Jesuitenreduktionen aber auch über den Begriff von Freiheit debattiert wurde, zeigt die grundsätzliche Bedeutung dieses Experimentes für die Zeitgenossen. Meine These ist nun, dass man über diese eng aufeinander bezogenen Schriften, die einen Diskussionszusammenhang im Sinn einer „politischen Sprache“ darstellten, Aspekte der zeitgenössischen Debatte über Freiheit und Gehorsam in den Blick bekommt³, die über die sonstigen Freiheitsdebatten dieser Zeit hinausweisen. Die meisten dieser Äußerungen sind zwischen 1700 und 1760 erschienen, mit einem eindeutigen Schwerpunkt auf der Mitte des Jahrhunderts. Die Debatte, die ich nun zu analysieren versuche, hat ihren Kern also in der früheren Aufklärungszeit – die amerikanische und die französische Revolution und die in diesem Zusammenhang entwickelten Vorstellungen von Freiheit und Gehorsam sind folglich noch in reichlicher Ferne.

Wie so häufig in Hinsicht auf Entwicklungen in der Neuen Welt, entzündete sich an „Paraguay“ und der Frage nach dem richtigen Umgang mit den Indianern eine *inner-europäische* Debatte mit vor allem europäischem Bezug.⁴ Denn nicht die tatsächlichen Verhältnisse in Paraguay wurden kontrovers diskutiert. In der Schilderung der Zustände waren sich beide Seiten im Ganzen einig. Die wenigsten waren schließlich dort gewesen. Darum bezogen sich alle Parteien immer wieder auf die gleichen Berichte von dort – in erster Linie auf Darstellungen der jesuitischen Missionare selbst,

² Vgl. Michael Sievernich SJ / Günter Switek SJ (Hrsg.): *Ignatianisch. Eigenart und Methode der Gesellschaft Jesu*, Freiburg i. Br. u.a. 1990; John O'Malley u.a. (Hrsg.): *The Jesuits: Cultures, Sciences, and the Arts, 1540-1773*, Toronto u.a. 1999; Charles E. O'Neill u.a. (Hrsg.): *Diccionario histórico de la Compañía de Jesús: biográfico – temático*, 4 Bde., Madrid 2001; Harro Höpfl (Hrsg.): *Jesuit Political Thought. The Society of Jesus and the State, C. 1540-1630 (Ideas in Context)*, Cambridge 2004; Rolf Decot (Hrsg.): *Expansion und Gefährdung. Amerikanische Mission und Europäische Krise der Jesuiten im 18. Jh.*, Mainz 2004; Johannes Meier (Hrsg.): *Sendung, Eroberung, Begegnung. Franz Xaver, die Gesellschaft Jesu und die katholische Weltkirche im Zeitalter des Barock*, Wiesbaden 2005; Peter Hersche: *Muße und Verschwendung. Europäische Gesellschaft und Kultur im Barockzeitalter*, 2 Bde, Freiburg i. Br. 2006, S. 203-211.

³ Vgl. Eckart Hellmuth / Christoph von Ehrenstein: *Intellectual History Made in Britain: Die Cambridge School und ihre Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 149-172; Kari Palonen: *Die Entzauberung der Begriffe: das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck*, Münster 2004.

⁴ Vgl. Anthony Pagden: *Das erfundene Amerika. Der Aufbruch des europäischen Denkens in die Neue Welt*, München 1996; Hans-Jürgen Lüsebrink (Hrsg.): *Das Europa der Aufklärung und die außereuropäische koloniale Welt (Das achtzehnte Jahrhundert Supplementa 11)*, Göttingen 2006.

daneben auf einige der wenigen Reiseberichte aus dieser Gegend. Gestritten wurde allein über die *Bewertung* der Jesuitenmissionen. Dies macht deutlich, dass die vorliegende kurze Skizze eine europäische Debatte und *nicht* die Geschichte der Jesuitenreduktionen in Paraguay selbst untersucht. Im Folgenden geht es also um „Paraguay als Argument“ in einer europäischen Debatte um Freiheit oder Gehorsam im 18. Jahrhundert. Dafür werde ich zunächst die Schilderungen der jesuitischen Paraguay-Reduktionen aus dem 18. Jahrhundert zusammenfassen. Anschließend wende ich mich der Debatte über „Freiheit und Gehorsam“ in diesen Missionsstationen selbst zu.⁵

1. Die Jesuitenmissionen in Paraguay

Wenn man von den Jesuitenreduktionen in Paraguay spricht, handelt es sich um Niederlassungen der Jesuiten im Grenzgebiet des heutigen Paraguay, Argentinien, Brasilien und Uruguay.⁶ Seit 1609 wurden im Verlaufe des 17. Jahrhunderts insgesamt dreißig Reduktionen gegründet, in denen im Jahre 1732 etwa 120-140.000 Indianer lebten. Als eine Reduktion bezeichnet man eine möglichst von europäischen Einflüssen abgeschlossene Missionsstation, deren Autonomie und Abgeschlossenheit dem Schutz der Indianer vor den Übergriffen spanischer Encomenderos und brasilianischer Sklavenjäger dienen sollte. Über 150 Jahre lang blühten diese Dorfschaften auf; nach der Ausweisung der Jesuiten aus dem spanischen Teil Südamerikas im Jahre 1768 brach ihre Wirtschaftskraft jedoch innerhalb weniger Jahrzehnte wieder zusammen.

Der Schwerpunkt der folgenden zusammenfassenden Beschreibung liegt auf den Berichten der Jesuiten selbst, weil – wie gesagt – insgesamt nur wenige Reiseberichte von Außenstehenden verfasst worden waren und sich die Anhänger wie die Gegner der Jesuiten darum zu weiten Teilen auf diese Berichte beriefen.⁷ Nach Darstellung der

⁵ Statt von „Jesuitenstaat“ spreche ich lieber von einer Jesuitenrepublik, weil dieser Begriff von Jesuiten wie Jesuitengegnern verwandt wurde, wenn auch mit unterschiedlicher Konnotation. Außerdem erfüllen diese politisch sich selbstverwaltenden Gemeinwesen innerhalb eines Königreiches sämtliche wichtigen Kriterien für den Republikbegriff in alteuropäischer Tradition. Schließlich lässt sich damit auch die Erziehungsfunktion gut fassen, welche die Grundlage der gesamten Organisation dieser Jesuitendörfer darstellte.

⁶ Vgl. die Literatur unter Anm. 1.

⁷ Als Quellengrundlage dient dafür in erster Linie: José Cardiel: *Las misiones del Paraguay*, hrsg. von Héctor Sáinz Ollero, Madrid 1989; François Xavier de Charlevoix SJ: *Geschichte von Paraguay und dem Mißionswerke*

Jesuiten sollte jede Reduktion einen Zufluchtsort vor den Übergriffen spanischer Encomenderos und portugiesischer Sklavenjäger darstellen, ein Leben ohne wirtschaftliche Not ermöglichen und somit als Haus Gottes erscheinen.⁸ Durch Erziehung wollten die Jesuiten ihre bis dato – wie sie schrieben – wilden Indianer zu guten Christen machen, das heißt zunächst einmal zu Menschen, die statt in den Wäldern umherzuziehen in befestigten Häusern lebten, statt allein von Jagd und Fischfang zu leben einer geregelten Arbeit nachgingen und dadurch für ihre Zukunft Vorsorge trafen. In einem zweiten Schritt sollten sie die Geheimnisse der christlichen Religion erkennen, den Katechismus lernen und die Zehn Gebote befolgen. Dabei gingen die Jesuiten davon aus, dass Ordnung die Basis für ein christliches Leben sowie das Christentum die Basis für eine gute Ordnung darstellte. Eine geregelte Tagesplanung war darum in sämtlichen Reduktionen eine zentrale Methode der Erziehung.⁹ Jeder

der Jesuiten in diesem Lande, 2 Teile, Nürnberg 1768; Martin Dobrizhoffer: Geschichte der Abiponer, einer berittenen und kriegerischen Nation in Paraguay. Bereichert mit einer Menge Beobachtungen über die wilden Völkerschaften, Städte, Flüsse, vierfüßige Thiere, Amphibien, Insekten, merkwürdigsten Schlangen, Fische, Vögel, Bäume, Pflanzen und andere Eigenschaften dieser Provinz. Verfaßt durch Herrn Abbe M. D. 18 Jahre lang gewesenen Missionär in Paraguay. Aus dem Lateinischen übersetzt von A. Kreil, 3 Teile, Wien 1783-1784; Juan de Escandon SJ / Bernhard Nusdorfer SJ: Geschichte von Paraguay. Aus spanischen Handschriften übersetzt, nebst dem Criminal=Proceß wider die Jesuiten in Spanien, Frankfurt / Leipzig 1769; Juan Patricio Fernandez SJ: Erbauliche und angenehme Geschichten derer Chiquitos, und andere von denen Patribus der Gesellschaft Jesu in Paraquaria neu=bekehrten Völcker; samt einem ausführlichen Bericht von dem Amazonen-Strom/ wie auch einigen Nachrichten von der Landschaft Guiana, in der neuen Welt. Alles aus dem Spanisch= und Französischen in das Teutsche übersetzt von einem aus erwehnter Gesellschaft, Wien 1729; P. Bernhard Ibagnez: Jesuitisches Reich in Paraguay durch Originaldokumente der Gesellschaft Jesu bewiesen von dem aus dem Jesuiterorden verstoßenen Pater Ibagnez. Aus dem Italienischen Übersetzt, Köln 1774; Pedro Lozano SJ: Historia de la Compañia de Jesus en la Provincia del Paraguay, 2 Bde, Madrid 1754-1755; Dominicus Mayr SJ: Terra Amazonum oder Landschafft der streitbahnen Weiber, hrsg. von übersetzt und kommentiert von Karl-Heinz Stadelmann. Mit einer Einführung von Peter Claus Hartmann, Konstanz/ Eggingen 2002; Lodovico Antonio Muratori: Il cristianesimo felice nelle missioni de' Padri della Compagnia di Gesù nel Paraguai, Venedig 1752; Florian Paucke: Zwettler – Codex 420. Hin und Her, Hin Süße, und vergnügt, Her bitter und betrübt. Das ist: Treu gegebene Nachricht durch einen im Jahre 1748 aus Europa in West-America, nahmentlich in die Provinz Paraguay abreisenden und im Jahre 1769 nach Europa zurückkehrenden Missionarium, hrsg. von Etta Becker-Donner / Gustav Otruba, 2 Bde, Wien 1959; José Manuel Peramás SJ: La República de Platon y los guaraníes, Buenos Aires 1946; Antonio Ruiz de Montoya SJ: The spiritual conquest: accomplished by the religious of the Society of Jesus in the provinces of Paraguay, Paraná, Uruguay, and Tape, hrsg. von und eingel. von C. J. McNaspy, St. Louis 1993; Martin Schmid SJ: P. Martin Schmid SJ 1694-1772. Seine Briefe und sein Wirken, hrsg. von R. Fischer, Zug 1988; Anton Sepp SJ / Anton Böhm SJ: Der Societät JESU Priestern Teutscher Nation, deren der erste aus Tyrol an der Etsch/ der ander aus Bayern bürtig/ Reißbeschreibung/ Wie dieselbe aus Hispanien in Paraquariam kommen; Kurtzer Bericht der denckwürdigsten Sachen selbiger Landschafft/ Völkern und Arbeitung der sich alldort befindenden PP. Missionariorum, gezogen Aus denen durch R. P. Sepp, Soc. Jesu mit eigener Hand geschriebenen Briefen/ zu mehrern Nutzen Von Gabriel Sepp, von und zu Rechegg. Leiblichen Brudern/ in Druck gegeben, Nürnberg 1698.

⁸ Darum nannten die beiden ersten Missionare ihre erste Siedlung im Jahre 1609 „Loreto“. Sie verwiesen damit auf das „Heilige Haus“ in dem berühmten italienischen Wallfahrtsort bei Ancona, welches der Legende nach im Jahre 1295 von Engeln aus Nazareth dorthin gebracht worden war. Charlevoix (wie Anm. 7) S. 341.

⁹ So versammelten sich im Morgengrauen unter der Aufsicht zweier indianischer Aufseher alle Kinder unter 17 Jahren nach Geschlechtern getrennt vor der Kirche. Sie knieten nieder und sagten einen halbstündigen Katechismus auf. Anschließend zogen sie mit Gesang in die Kirche, um dort mit den Erwachsenen die Morgenmesse zu feiern und Kantaten zu singen. Nach dem Gottesdienst erhielten alle Kinder ein warmes

Tag wurde mit einem Gottesdienst eingeläutet und beendet. Jeden Morgen und jeden Abend erhielten die Kinder unter 17 Jahren einen halbstündigen Katechismusunterricht und so fort.

Nach eigenen Aussagen erzogen die Jesuiten „ihre“ Indianer wie Väter ihre Kinder erziehen sollten. Sie formulierten die Regeln des Zusammenlebens und gingen mit gutem Beispiel voran. Sie unterrichteten, leiteten an und strafte bei Bedarf „väterlich“, das heißt in zeitgenössischer Wahrnehmung: maßvoll. Strafen dienten der Besserung und bestanden darum vor allem in öffentlicher Züchtigung mit Stöcken oder Peitschen sowie kurzen Gefängnisstrafen. Die Todesstrafe war dagegen grundsätzlich abgeschafft.

Der Erziehung zum guten Christenmenschen diene außerdem die Drohung mit Gottesstrafen, welche die Jesuiten in den grellsten Farben ausschmückten. So berichtete Juan Patricio Fernández von zahlreichen bekehrungsunwilligen Guaraní, die – nachdem sie ihre Dorfschaft verlassen hatten – von Albträumen geplagt, von Nattern angefallen, aus heiterem Himmel vom Blitz getroffen oder an eiternden Wunden gestorben waren. Die Geschichten dieser unglückseligen Widerspenstigen wurden in Predigten und Mahnreden den übrigen Bewohnern vorgehalten, so dass, wie er schreibt „hinfüro niemand den Fuß aus der Völckerschaft zu setzen, sich getrauet, bevor er sich mit Gott ausgesöhnet“¹⁰. Neben der körperlichen Züchtigung und der Drohung mit der Strafe Gottes betonten die Missionare, wie wichtig Belohnungen als Anreiz einer erfolgreichen Erziehung anzusehen seien. So erhielt man in der Reduktion des Jesuitenpaters Florian Paucke eine Extraportion des beliebten Mate-Tees, wenn man sich taufen ließ, regelmäßig zur Arbeit ging und dem Alkohol abgeschworen hatte.¹¹

Schließlich diene nach Darstellung der Jesuiten auch die Beibehaltung zahlreicher Guaraní-Gewohnheiten einer erfolgreichen Christianisierung der Indianer in diesen

Frühstück, das sie entweder in Gemeinschaft mit den anderen Kindern einnahmen oder mit nach Hause nehmen konnten. Eine halbe Stunde später gingen die jüngeren Kinder in den Unterricht, der durch indianische Lehrer erteilt wurde. Die älteren Kinder und die Erwachsenen dagegen wurden zur Arbeit gerufen. Abends versammelten sich die Kinder wieder zum Katechismusunterricht durch die Jesuiten und zur Abendmesse mit den Erwachsenen. Während sich die Erwachsenen ihre Mahlzeiten in ihren Häusern bereiteten, erhielten die Kinder ihr Abendessen wiederum gemeinsam und gingen dann ins Bett; Fernández (wie Anm. 7), S. 21-34.

¹⁰ Fernández (wie Anm. 7), S. 132-142, Zitat S. 142.

¹¹ Zit. in Stephan Dignath: Die Pädagogik der Jesuiten in den Indio-Reduktionen von Paraguay (1609-1767), Frankfurt a.M. u.a. 1978, S. 58-59.

Gemeinschaften.¹² Wie groß der indianische Anteil gewesen sein mag, lässt sich allein an dem Zahlenverhältnis ablesen, nach dem in den Reduktionen neben ein bis zwei Jesuiten 4.000 bis 6.000 Guaraní lebten. Die einzige Verkehrssprache in den Reduktionen war das Guaraní. Auch der Unterricht und der Gottesdienst wurden in dieser Sprache gehalten. In jeder Reduktion lebten mehrere Stämme, folglich auch mehrere Kaziken zusammen, in manchen Fällen waren es über fünfzig.¹³ Nach den Berichten der Jesuiten zu urteilen, legten sie einen großen Wert darauf, dass die Kaziken auch in der Reduktion ihre herausgehobene Stellung behielten. So kamen aus dem Kreis der Kaziken die Amtsträger in der politischen wie wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Reduktionen. Der Magistrat war nach spanischem Vorbild zusammengesetzt und bestand aus dem Bürgermeister sowie dessen Stellvertreter, zwei Richtern, vier Schöffen, einem Gerichtsdienner und einem Sekretär.¹⁴ Sämtliche Posten wurden von Kaziken besetzt und am Neujahrstage durch die Guaraní gewählt.

Unter Anleitung der Jesuiten, aber in der Hand indianischer Verwaltungsbeamter stand daneben auch das Wirtschaftssystem dieser Reduktionen, welches allen Reisenden und allen Lesern jesuitischer Rechenschaftsberichte den größten Eindruck hinterlassen hatte.¹⁵ Alten Guaraní-Gewohnheiten entsprechend, basierte die Wirtschaft der Reduktionen nämlich auf der Unterscheidung zwischen dem so genannten „Gottesbesitz“, Ländereien in Gemeineigentum, und dem so genannten „Menschenbesitz“, kleinen Gärten oder Äckern in Privateigentum, die jedoch wirtschaftlich fast ohne Belang waren. Außerdem war die indianische Tauschwirtschaft beibehalten worden – Geld spielte in den Reduktionen allein für den Außenhandel eine Rolle.¹⁶ Dieser jedoch blühte, und zwar vor allem aufgrund des weit umfassenden Handels mit Mate-Tee, der riesigen Viehbestände mit bis zu mehreren Zehntausend Rindern pro Reduktion und der Errichtung großer Handwerksbetriebe, die nicht selten den Charakter von Manufakturen hatten. Hier wurde im Rahmen eines Sechs- bis Achtsturentages (und wie gesagt ohne einen Lohn im europäischen Sinne) von den

¹² Vgl. dazu ausführlicher: Renate Dürr: Wechselseitiger Kulturtransfer – Jesuiten und Guaraní in den Reduktionen von Paraguay, in: Ingrid Baumgärtner u.a. (Hrsg.): Nation – Europa – Welt. Identitätswürfe vom Mittelalter bis 1800, Frankfurt a. M. 2007, S. 422-440.

¹³ Reinhard (wie Anm. 1), S. 578.

¹⁴ Hartmann (wie Anm. 1), S. 19-20.

¹⁵ Reinhard (wie Anm. 1), S. 85.

¹⁶ Melià (wie Anm. 1), S. 424.

Stoffen und Kleidern, Möbeln, Schuhen, Büchern und Instrumenten bis hin zur Orgel beinahe alles hergestellt, was in den Dorfschaften benötigt wurde. In kürzester Zeit entwickelten sich jedenfalls die Dörfer zu blühenden Zentren, deren Prosperität schon im 17. Jahrhundert den größten Neid der umliegenden Provinzen erweckt hatte.¹⁷

Es war gerade dieser wirtschaftliche Erfolg, der auch die europäische Debatte um Paraguay anheizte. Bis heute loben die einen Historiker mit Bezug auf die Berichte der Missionare selbst, auf Montesquieu¹⁸ und den italienischen Reformkatholiken Muratori¹⁹ das „glückliche Christentum“ in diesen „christlichen Republiken“.²⁰ Anderen dagegen erscheint das geordnete Leben in diesem „Staat im Staate“ in der Nachfolge von Voltaire²¹ oder des portugiesischen Staatsministers Pombal²² eher einer Kaserne²³ oder einem Gefängnis²⁴ vergleichbar und die dortigen Strukturen in erster Linie dem Macht- und Herrschaftsbedürfnis der Jesuiten entgegengekommen zu sein.²⁵

¹⁷ Hartmann (wie Anm. 1), S. 33; Caraman (wie Anm. 1); Gründer (wie Anm. 1), S. 151.

¹⁸ Vgl. Charles-Louis de Montesquieu: Vom Geist der Gesetze, hrsg. von Kurt Weigand, Stuttgart 2001, 4. Buch, 6. Kapitel, S. 139-140: „Ein anderes Vorbild kann uns Paraguay liefern. Man hat dem Jesuitenorden einen Strick daraus drehen wollen, dass er das Vergnügen zu herrschen als das einzige Gut des Lebens betrachtet. Es wird aber immer eine schöne Sache bleiben, die Menschen, die man regiert, glücklicher zu machen. Die Jesuiten verdienen den Ruhm, als erste in diesen Landstrichen die Idee der Religion in Verbindung mit der Idee der Humanität gezeigt zu haben. Sie haben die Verheerungen der Spanier wiedergutmacht und so eine der größten Wunden geheilt, welche je dem Menschengeschlecht geschlagen wurden.“

¹⁹ Vgl. Lodovico Antonio Muratori: Il cristianesimo felice nelle missioni de' Padri della Compagnia di Gesù nel Paraguai, Venedig 1752, S. 70, 145. Weil Muratori bis dato nicht gerade als Jesuitenfreund bekannt war, mutmaßte d'Alembert, die Schrift sei ihm lediglich in den Mund gelegt worden. Andere meinten, die Jesuiten hätten Muratori Briefe geschrieben, die allein dafür verfasst und gefälscht worden seien, um den „guten Muratori“ einzuwickeln; vgl. dazu: Denis Diderot / Jean d'Alembert: Encyclopédie ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers [...], Bd. 11, Art. Paraguay, S. 548-550, hier: S. 549; Bernardo Ibagnez: Regno Gesuitico del Paraguay: dimostrato con documenti piu classici de' medesimi padri compagnia, Lissabon 1770, Vorrede zur italienischen Fassung von Ibagnez, S. X-XI; Johann Christoph Harenberg: Pragmatische Geschichte des Ordens der Jesuiten, seit ihrem Ursprunge bis auf gegenwärtige Zeit, 2 Theile, Halle/ Helmstedt 1760, S. 601: „Man muss sich sehr wundern, dass sogar Ludewig Anton Muratori sich noch in seinem hohen Alter dahin bewegen lassen, die Jesuiten in diesem Artikel zu vertreten und den Coreal zu widerlegen.“; vgl. dazu allgemein Fabri Marri: Un caso di italiano nel settecento e i suoi riflessi sulla cultura europea. La lingua del Cristianesimo felice di L.A. Muratori dall' originale alla traduzione tedesca, in: Harro Stammerjohann (Hrsg.): Italiano: lingua di cultura europea, Tübingen 1997, S. 133- 184, hier: S. 134: Muratori hatte auf eine Hilfe der Jesuiten beim Verfassen seines Buches über Paraguay gehofft, welche diese ihm aber zunächst verweigerten, weil er mit den Jesuiten im Streit lag über Fragen der unbefleckten Empfängnis. Nach der ersten Auflage stellten sie ihm dann aber eigene Schriften zur Verfügung.

²⁰ Caraman (wie Anm. 1), S. 113; Gründer (wie Anm. 1), S. 123; Meliá, Utopie (wie Anm. 1), hier: S. 417-420; Hartmann (wie Anm.1).

²¹ Vgl. Voltaire: Du Paraguay. De la domination des Jésuites dans cette partie de l'Amérique; de leurs querelles avec les Espagnoles et les Portugais, in: Marie-Claire Adès (Hrsg.): Baroque du Paraguay, Paris 1995, S. 86-92; Ders.: Candid oder die beste der Welten, hrsg.von Ernst Sander, Stuttgart 2000, S. 37-40.

²² Vgl. René Hanke: Die Politik Pombals und die Vertreibung der Jesuiten aus dem Machtbereich der portugiesischen Krone 1759, in: Harm Kluefing / Helmut Reinalter (Hrsg.): Der aufgeklärte Absolutismus im europäischen Vergleich, Wien u.a. 2002, S. 129-155.

²³ Vgl. Thomas Lange: Soutanenkasernen oder heiliges Experiment? Die Jesuiten-Reduktionen in Paraguay im europäischen Urteil, in: Karl-Heinz Kohl (Hrsg.): Mythen der Neuen Welt. Zur Entdeckungsgeschichte Lateinamerikas, Berlin 1982, S. 210-223.

Schon diese kurzen Zitate zeigen, dass die Bedeutung der Jesuitenreduktionen in Paraguay weder für die Befürworter noch für deren Gegner eine Frage erfolgreicher oder erfolgloser Mission gewesen war. Der Aufschwung dieser Missionsstationen war allen Beteiligten offensichtlich. Anstoß oder Bewunderung erregte stattdessen die innere Gestaltung der Jesuitendörfer und zwar aus zweierlei Gründen: Erstens stand ihre weitgehende Autonomie den Zentralisierungsbemühungen der aufgeklärten Staaten Europas im Wege. Zweitens – und damit komme ich zum zweiten Hauptteil meines kurzen Beitrags – provozierte die Organisation der Jesuitenreduktionen im 18. Jahrhundert eine grundsätzliche Debatte über das Verhältnis von „Freiheit“ und „Gehorsam“.

2. Die europäische Debatte über Paraguay im 18. Jahrhundert

Befürworter wie Gegner des Jesuitenordens suchten und schufen eine europäische, überkonfessionelle Öffentlichkeit. In immer neuen Briefen und Berichten verteidigten oder diskreditierten sie das, was sie „Republik“, „Reich“ oder „Königreich“ der Jesuiten in Paraguay nannten. So berichteten die Missionare in den französischen „Lettres édifiantes“, dem deutschen „Welt-Bott“ oder ausführlichen eigenen Erinnerungs- und Rechtfertigungsschreiben von ihrer Arbeit, der Mühsal und ihren Erfolgen.²⁶ An den Druckorten dieser Schriften ist abzulesen, dass die jesuitischen Berichte weder ausschließlich für Katholiken und Anhänger der Gesellschaft Jesu geschrieben waren, noch allein diesen interessant erschienen.²⁷ Beispielsweise wurden die Schriften der Jesuiten außer in den katholischen Städten Madrid, Venedig, München und Wien auch in London, Augsburg, Nürnberg, Frankfurt und Leipzig verlegt. Umgekehrt wurden antijesuitische Bücher außer in Halle und Helmstedt,

²⁴ Girolamo Imbruglia: *L'invenzione del Paraguay. Studio sull'idea di comunità tra seicento e settecento*, Neapel 1983, S. 113.

²⁵ Vgl. Clovis Lugon: *La république des Guaranis (1610-1768). Les jésuites au pouvoir*, Paris 1970; Felix Becker: *Die politische Machtstellung der Jesuiten in Südamerika im 18. Jahrhundert. Zur Kontroverse um den ‚Jesuitenkönig‘ Nicolaus I. von Paraguay*, Köln/ Wien 1980, S. 14.

²⁶ Zum Neuen Welt-Bott vgl. Renate Dürr: *Der Neue Welt-Bott als Markt der Informationen? Wissenstransfer als Moment jesuitischer Identitätsbildung*, in: ZHF 34 (2007), S. 441-466.

²⁷ Vgl. Galaxia Borja González: *Libros americanos, autores jesuitas y público alemán: la literatura jesuítica americana en el mercado de libros del siglo XVIII*, in: Karl Kohut / María Cristina Torales Pachecho (Hrsg.): *Desde los confines de los imperios ibéricos. Los jesuitas de habla alemana en las misiones americanas*, Frankfurt / Madrid 2007, S. 663-696.

Amsterdam und London auch in Paris, Madrid, Neapel, Köln und Lissabon gedruckt. Noch häufiger als die Schreiben der Jesuiten erschienen nämlich die antijesuitischen Anklageschriften zumeist in mehreren europäischen Sprachen. Spätestens seit dem spanisch-portugiesischen Krieg gegen sieben Indianerreduktionen in Paraguay in der Mitte des 18. Jahrhunderts umfasste die antijesuitische Koalition französische Aufklärer und Jansenisten, absolutistische Staatsmänner Spaniens und Portugals, englische Kaufleute und spanische Siedler, Angehörige konkurrierender Orden und katholische Bischöfe.²⁸ Für die Gegner der Gesellschaft Jesu wurde Paraguay zum Symbol für jesuitische Politik schlechthin. Dass die Jesuiten seit den ausgehenden 1750er Jahren zunächst aus Portugal, Frankreich und Spanien, 1768 dann auch aus Paraguay selbst vertrieben wurden, schildert darum der portugiesische Staatsminister Pombal als eine überfällige Reaktion der Königreiche auf die in Paraguay sichtbar gewordene antimonarchische Herrschaftsanmaßung der Ordensbrüder in der „Republik der Jesuiten“, wie sein einflussreiches Werk überschrieben worden war.²⁹ Sie gipfelte schließlich in der päpstlichen Aufhebung der Societas Jesu im Jahre 1773.

Die Debatte über Paraguay war also eine Debatte über den Jesuitenorden, wenn auch nicht ausschließlich. Dies lässt sich etwa daran erkennen, dass mit Montesquieu, Diderot und Muratori auch einige Aufklärer und Reformkatholiken, die sonst kaum als Jesuitenfreunde gelten können, die Missionspolitik in Paraguay verteidigten, zum Teil sogar überschwänglich feierten.³⁰ Dabei ergab sich die grundsätzliche Bedeutung des jesuitischen Experimentes für die aufgeklärten Zeitgenossen in erster Linie daraus, dass die Missionare ein entweder überaus gefährliches oder hochzuachtendes, jedenfalls aber offenbar sehr erfolgreiches Erziehungsprojekt gestartet hatten. Erziehung

²⁸ Vgl. Hartmann (wie Anm. 1), S. 57; Christine Vogel: Das Thema der südamerikanischen Jesuitenmission in der europäischen Publizistik im Vorfeld der Ordensaufhebung (1758-1773), in: Rolf Decot (Hrsg.): Expansion und Gefährdung. Amerikanische Mission und Europäische Krise der Jesuiten im 18. Jh., Mainz 2004, S. 139-160; Dies.: Der Untergang der Gesellschaft Jesu als europäisches Medienereignis (1758-1773): publizistische Debatten im Spannungsfeld von Aufklärung und Gegenaufklärung, Mainz 2006.

²⁹ [Sebastião José de Carvalho y Melho, gen. Pombal]: Die Republick der Jesuiten, oder das umgestürzte Paraguay, welches eine richtige Erzählung des Krieges enthält, den diese Geistliche gegen die Monarchen Spaniens und Portugalls in America zu führen gewaget. [...], Amsterdam 1758.

³⁰ Diderot / D'Alembert (wie Anm. 19), S. 550: Zusammenfassend hält der Artikel über die Jesuitenmissionen in Paraguay fest, dass man gestehen müsse, „que l'état de leurs peuplades d'Indiens est un chef-d'œuvre d'habileté, de politique, et qu'il est bien surprenant que des moines européens aient trouvé l'art de ramasser des hommes épars dans les bois, les dérober à leur misère, les former aux arts. Captiver leurs passions et en faire un peuple soumis aux lois et à la police.“ Zu Montesquieu und Muratori vgl. Anm. 18 und 19.

aber galt gerade im so genannten pädagogischen 18. Jahrhundert als die Basis jeder guten Ordnung und jeder gesellschaftlichen Veränderung.

In Europa erschienen Reformen im Erziehungswesen nur gegen die Gesellschaft Jesu durchführbar. Insbesondere in den katholischen Ländern galten die Jesuiten geradezu als das Symbol für die überholten und darum zu überwindenden Erziehungsgrundsätze, weil sie dort das Erziehungswesen seit dem beginnenden 17. Jahrhundert weit hin dominierten.³¹ In Paraguay dagegen, so betonten die einen und fürchteten die anderen, hatten die Jesuiten mit ihrer Erziehung einen solch großen Erfolg, dass in den dortigen Gemeinwesen schon fast ein Gegenmodell zur herrschenden Gesellschaft entstände. Darum konnten die Jesuitenmissionen als autonome Herrschaftsbereiche mit antimonarchischer Zielrichtung erscheinen, auch wenn sie dies de facto zu keinem Zeitpunkt gewesen waren. Das war letztlich gemeint, wenn man die Jesuitenreduktionen als Reich, Königreich oder auch Republik zu fassen versuchte, wie dies – wenn auch mit unterschiedlichen Konnotationen – beide Seiten taten. Denn nicht nur der fanatische Jesuitenhasser Pombal, sondern auch der französische Jesuit François Xavier de Charlevoix sprach von den Missionsstationen als einer Republik – in seinem Falle mit dem erläuternden Zusatz einer „christlichen Republik der Guarani“.³² Und Montesquieu betonte, die Indianerreduktionen in Paraguay seien aufgrund der erfolgreichen Erziehung zur Tugendhaftigkeit als Republiken zu klassifizieren, weil doch die Tugend die Basis jeder Republik darstelle.³³

Mit dem Begriff „Republik“ bezeichnete man in der Frühen Neuzeit zwei verschiedene Tatbestände, die sich im 18. Jahrhundert jedoch immer mehr gegenseitig durchdrangen.³⁴ Grundsätzlich verwies dieser Begriff in der Tradition der Antike auf ein von freien Bürgern getragenes Gemeinwesen, das dem Gemeinwohl verpflichtet war. Davon ausgehend konnte man seit dem Spätmittelalter erstens stärker das Moment des „Staatsgebildes“, des „Freistaates“, der Verfassung ohne Königtum oder zweitens das Moment der Gemeinwohlorientierung oder Tugendhaftigkeit betonen.

³¹ Vgl. Hersche (wie Anm. 2).

³² Charlevoix (wie Anm. 7); [Carvalho y Melho, gen. Pombal] (wie Anm. 29).

³³ Montesquieu (wie Anm. 18), S. 138.

³⁴ Vgl. Wolfgang Mager: Republikanismus. Überlegungen zum analytischen Umgang mit einem geschichtlichen Begriff, in: Peter Blickle (Hrsg.): Verborgene republikanische Traditionen in Oberschwaben, Tübingen 1998, S. 243-260; Thomas Maissen: Art. Republik, in: Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike, Bd. 15/2, Stuttgart/Weimar 2002, Sp. 714-741.

Die relative Offenheit des Republik-Begriffes ermöglichte eine Anwendung auf unterschiedliche politische Verhältnisse, welche ihrerseits dessen Bedeutungsgehalt laufend veränderten. Darum variierten die impliziten Konnotationen von Freiheit im Begriff der „Republik“. Während man etwa um 1500 im Zusammenhang mit der Republik „Florenz“ in erster Linie bestimmte Tugenden diskutierte, die die Freiheit eines Gemeinwesens garantierten³⁵, forderten die Bauern der süddeutschen Bundschuhaufstände, wenn sie das „Schweizersein“ in ihre Forderungen aufnahmen, vor allem politische Teilhabe des Gemeinen Mannes und das Freisein von Leibeigenschaft als Hauptbestandteile einer Republik.³⁶ Die Republik der Niederlande schließlich galt allen Protestanten des 17. Jahrhunderts als Garant von Religions- und Gewissensfreiheit, eine Freiheit, die durch einen Monarchen, welcher Art auch immer, kaum möglich wäre, womit beide Bestandteile des Republikbegriffs erstmals grundsätzlich zusammen diskutiert wurden.³⁷

Republik und Monarchie, Gemeiner Nutzen und Eigennutz; Ordnung und Unordnung und dies alles umfassend: Freiheit und Sklaverei bzw. Tyrannis waren demzufolge die jeweiligen Gegenbegriffe, auf die in der Frühen Neuzeit jede Generation neu zurückgriff, ohne damit stets dasselbe aussagen zu wollen. Was also meinten Anhänger wie Gegner der Jesuitenmissionen, wenn sie die Reduktionen in Paraguay als eine „Republik der Jesuiten“ oder „Republik der Guaraní“ bezeichneten? In welcher Weise waren diese Gemeinwesen frei? Und frei für wen? Wie wurde Freiheit diesbezüglich überhaupt definiert?

Allen gemeinsam war, „Freiheit“ im römischen Sinne als naturrechtlich legitimierte, persönliche Freiheit, das heißt als Freiheit von Sklaverei zu definieren.³⁸ Was dieses Recht im Einzelnen implizierte, wurde indessen kontrovers diskutiert. Die Jesuiten interpretierten es von den Verhältnissen in Südamerika ausgehend *konkret* als Recht auf Schutz vor den brasilianischen Sklavenjägern und der wirtschaftlichen Ausbeutung

³⁵ Vgl. John Pocock: Die andere Bürgergesellschaft: zur Dialektik von Tugend und Korruption, Frankfurt a. M. 1993; Martin van Gelderen (Hrsg.): The values of Republicanism in early modern Europe, Cambridge 2002.

³⁶ Vgl. Peter Blickle (Hrsg.): Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993; Thomas Maissen: Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, Göttingen 2006.

³⁷ Vgl. Martin van Gelderen: The political thought of the Dutch Revolt: 1555-1590, Cambridge 1992; Horst Lademacher: Phönix aus der Asche? Politik und Kultur der niederländischen Republik im Europa des 17. Jahrhunderts, Münster u.a. 2007.

³⁸ Vgl. Jochen Bleicken / Werner Conze / Christian Meier: Art. Freiheit II. Antike Grundlagen, in: Otto Brunner u.a.: Geschichtliche Grundbegriffe Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 426-436.

in spanischen Encomiendas. Persönliche Freiheit war für die Jesuiten also die Freiheit von Sklaverei im allgemeinen Sinne und speziell die Freiheit von wirtschaftlicher Not. Die Abgeschlossenheit dieser Siedlungen und ihre „gute Ordnung“, welche wirtschaftlichen Aufschwung garantierte, dienten demnach aus Sicht der Jesuiten gerade der Freiheit der Indianer. Den intendierten Zusammenhang von Christentum und guter Ordnung brachte ein Pater auf den Punkt, als er resümierte: „Diese Früchte der Arbeit öffneten meiner Reduktion gänzlich die Augen, sie dankten Gott für die heilige Religion, die während sie sich bloß mit dem Himmel zu beschäftigen scheint, auch das irdische Glück des Menschen befördert.“³⁹ Das Glück der Menschen zu befördern, galt im 18. Jahrhundert aber als das vornehmste Ziel jeder Erziehung wie auch jeden Staates.⁴⁰

Auf dieser guten Ordnung wiederum basierte die „christliche Freiheit“ der Neubekehrten, welche die Jesuiten durchgängig besonders herausstellten. Dabei wurde diese „christliche Freiheit“ in erster Linie neutestamentlich als Freiheit von Sünde verstanden. Allein das 6. Gebot, so hieß es, mache den Guaraní ziemliche Mühe.⁴¹ Indem die Jesuiten den Indianern ihrer Reduktionen attestierten, in „christlicher Freiheit“ zu leben, betonten sie zunächst einmal den Erfolg ihrer Mission. Nach ihren eigenen Aussagen war es ihnen demnach gelungen, die Indianer aus der „wilden Freiheit“ – negativ verstanden als Freiheit von Zivilisation – in eine „christliche Freiheit“ zu überführen. Indem die Jesuiten aber der „christlichen Freiheit“ der Indianer eine so genannte „heydnische Freiheit“ der europäischen Christen gegenüberstellten, unterstrichen sie darüber hinaus den Unterschied dieser „christlichen Republiken“ zur übrigen Welt. Mit der „heydnischen Freiheit“ der Spanier vor allem,

³⁹ Paucke (wie Anm. 7), S. 93; ähnlich: Charlevoix (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 384: „Die Folge aus dem allen, was wir bisher gesagt haben, bestehet darinnen, daß diese neue Kirche eine Glückseligkeit genießet, die man nirgends antreffen wird, und daß Muratori mit gutem Grunde seiner Beschreibung die er davon ertheilte, den Nahmen des glückseligen Christenthums beygelegt hat. Und was könnte auch solchen Christen zu wünschen übrig bleiben, die versichert sind, daß sie niemals einen Mangel an dem Nothdürftigen leiden werden“.

⁴⁰ So betonte auch Johann Heinrich Zedler: *Grosses vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste* (...), Bd. 15 [1737], ND Graz 1982, Art. Kinderzucht, Sp. 656: „(...) das erste, das Kinder zu lernen haben, ist das Christentum. Das ist das wahre Mittel zur Glückseligkeit (...).“ Vgl. auch Montesquieu (wie Anm. 18), S. 139: „Man hat dem Jesuitenorden einen Strick daraus drehen wollen, dass er das Vergnügen zu herrschen als das einzige Gut des Lebens betrachtet. Es wird aber immer eine schöne Sache bleiben, die Menschen, die man regiert, glücklicher zu machen.“

⁴¹ Montoya (wie Anm. 7), S. 53; Sepp / Böhm (wie Anm. 7), S. 245.

darüber hinaus aber auch der Europäer allgemein, wurden nämlich zumeist Verderbtheit der Sitten, Unordnung und Regellosigkeit assoziiert.⁴²

Diese „christliche Freiheit“ der Guaraní-Indianer in den Paraguay-Reduktionen bildete schließlich die Grundlage für den häufigen Vergleich der dortigen Siedlungen mit urchristlichen Gemeinden. Wie im Urchristentum seien in Paraguay durch den Glauben an Jesus Christus Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht und das Leben in Sklaverei überwunden worden. Dabei knüpfte man an das Neue Testament an, das Freiheit auch als Freiheit von Sklaverei definiert.⁴³ Gerade unter Bezugnahme auf das NT lag dann auch ein Vergleich der spanisch-portugiesischen mit der römischen Fremdherrschaft nahe. Demnach suchten nach den Worten der Jesuiten die „christlichen Republiken“ der Guaraní-Indianer wie die kleinen urchristlichen Gemeinden unter heidnischer Oberherrschaft einen Weg zum Reich Gottes.

Wie zu Zeiten des Urchristentums provozierte diese Haltung eine scharfe Gegenwehr. Obwohl nämlich die Indianer nicht zum aktiven Widerstand gegen den spanischen König aufgerufen worden waren, so lag doch die potenzielle Sprengkraft der abgeschlossenen, explizit antispanischen Siedlungen auf der Hand. Spanier und Portugiesen reagierten zum einen mit einem mehrjährigen Krieg gegen sieben Jesuitenreduktionen. Außerdem verfügten sie die Ausweisung der Jesuiten aus ihren Ländern. Darüber hinaus aber griffen die Jesuitengegner auch die Herausforderung auf, die im jesuitischen Freiheitsbegriff lag, und setzten diesem einen eigenen Begriff von Freiheit entgegen. So erschienen den Gegnern der Missionsstationen gerade die Abgeschlossenheit der Dörfer und ihre gute Ordnung als ein Instrument, mit dem die Jesuiten die Guaraní schlimmer als Sklaven hielten.⁴⁴ Sie interpretierten Sklaverei also sinnbildlich als Unterordnung und Abhängigkeit. Damit ging jedoch der an Paraguay ausgebildete Freiheitsbegriff über den zeitgleich in Europa auf europäische Verhält-

⁴² Vgl. zum Beispiel ein Schreiben des Bischof Faxardus aus dem Jahre 1721, in: *Der Neue Welt=Bott* [...], 4.1. Bd., Wien 1748, Nr. 552, S. 21-22: „Es ist wahr, daß die Missionarii grossen Fleiß anwenden, daß sie allen Umgang deren Indianern mit denen Spaniern verhüten. Und sie thuen recht daran: dann diese Gemeinschaft wurde einen gewissen Untergang ihrer Unschuld nach sich ziehen, und eine Freyheit und Verderbniß deren Sitten in diese Dorffschaften einführen.“; auch Juan Patricio Fernández (wie Anm. 7, S. 100) schildert die Missionen als Erfolg gegen die „alten Christen“ in Europa, deren Werke ihren Worten widersprechen, „da ihr Leben mehr nach heydnischer Freyheit, als Maß Christlicher Satzungen eingerichtet zu seyn scheint.“

⁴³ Vgl. Hans-Werner Bartsch: Art. Freiheit IV: Freiheit und Befreiung im Neuen Testament, in: *Theologische Realenzyklopädie*, Bd. 11, Berlin 1983, S. 508-511.

⁴⁴ So wenden sich Juan de Escandon SJ u. Bernhard Nusdorfer SJ (wie Anm. 7), S. 43 gegen die Polemik der Jesuitengegner, „daß sie unter dem Deckmantel und Vorwande sie [die Guaraní, R.D.] in Freyheit zu setzen ihre Bekehrung hindern und sie zu erblichen Slaven machen“ würden.

nisse bezogenen Freiheitsbegriff hinaus. Während man nämlich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts in Bezug auf europäische Verhältnisse „Freiheit“ fast ausschließlich im Zusammenhang mit staatlicher Gesetzgebung und Fürsorge diskutierte, wurde sie in Bezug auf die Indianer in Paraguay vor allem als Freiheit von Bevormundung interpretiert. Die Gegner der Jesuiten vertraten damit in letzter Konsequenz ein *individuelles* Freiheitsrecht, wenigstens solange es die fernen Guaraní in jesuitischen Siedlungen betraf.⁴⁵

Als zentrale Voraussetzung für dieses Freiheitsrecht galt indessen die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche. Darum thematisierten die Gegner der Jesuiten den Machtaspekt innerhalb der Erziehung explizit. In immer neuen Figuren argumentierten sie mit der „unbeschränkten Freiheit“ der Jesuiten, die zu vollkommenem Gehorsam der Indianer führe. „Ihre einzige Absicht dabey ist gewesen, das Volk durch gottesdienstliche Pracht zur Ehrerbietung und zum blinden Gehorsam zu leiten“, schrieb ein englischer Beobachter im Jahre 1723.⁴⁶ Sie hätten die Religion benutzt, meinte auch Voltaire, um den Indianern ihre Freiheit zu nehmen und sie zu Untertanen zu machen. Damit hätten sich die Jesuiten zu absoluten Herrschern und Königen aufgeschwungen, denen der größte Gehorsam auf der ganzen Welt entgegengebracht werde.⁴⁷ Nun ist „Gehorsam“ im 18. Jahrhundert kein grundsätzlich negativ besetzter Begriff, weder in Bezug auf das Verhältnis zwischen Regent und Untertan, noch in bezug auf Erziehung im Allgemeinen.⁴⁸ Der Gehorsam der Guaraní aber war ein „blinder Gehorsam“ und damit menschenunwürdig, wie die Gegner der Jesuiten betonten, weil er auf Unwissenheit und manipulativer Erziehung beruhte.⁴⁹

Damit trafen die Gegner der Jesuiten einen Kern des jesuitischen Selbstverständnisses.⁵⁰ Aus diesem Grunde stritten die Missionare und Jesuitenfreunde den Vorwurf der Erziehung zum blinden Gehorsam nicht grundsätzlich ab. Im Gegenteil lobten sie die

⁴⁵ Mager (wie Anm. 34), S. 247.

⁴⁶ Zitiertes Einwand eines Engländers in der Vorrede zu Escandon / Nusdorfer (wie Anm. 7).

⁴⁷ Voltaire: Du Paraguay (wie Anm. 21), S. 89; vgl. auch Pombal (wie Anm. 29): Die Jesuiten bringen diesen „unschuldigen Leuten den blinden und gegen die Gebote der Missionarien uneingeschränkten Gehorsam als einen unverletzlichen Grundsatz der christlichen Religion“ bei; Harenberg (wie Anm. 19), S. 600: in einer „blinden Ehrfurcht gegen die Jesuiten erzogen“.

⁴⁸ So führt der Artikel über Erziehung in der Encyclopédie von Diderot / d’Alembert ausgerechnet das Beispiel der Militärschulen an, um ein positives Beispiel einer Erziehung zu skizzieren; Diderot / d’Alembert (wie Anm. 19), Art. Education, Bd. 5, 1755, S. 403.

⁴⁹ Bericht eines Engländers, in: Escandon / Nusdorfer (wie Anm. 7), S. 10: „Das wird ihnen eingeflößt“.

⁵⁰ Nur in Einzelfällen wurde die Freiwilligkeit des Gehorsames betont, im Gegensatz zum erzwungenen Gehorsam in den Encomiendas, so z.B.: Charlevoix (wie Anm. 7), S. 95.

„vollkommene Ergebenheit und Willigkeit“ der Indianer⁵¹ und erwähnten auch ihrerseits den blinden Gehorsam, wie P. Betschon, welcher angesichts der Mühen, die man in Paraguay auf sich nehme, meinte: „Uns tröstet vor allem der Indianer blinder Gehorsam“.⁵² P. Bernhard Nusdorfer schließlich rechtfertigte diesen Gehorsam gegenüber Pombals Vorwürfen explizit als Gehorsam, den jeder Christ zu leisten schuldig sei. „Die Indier werden also bey ihrem blinden Gehorsam gegen alles was die Patres sagen, gerades Weges in den Himmel gehen.“⁵³

3. Zusammenfassung

Die europäische Debatte über die jesuitischen Reduktionen in der Provinz Paraguay im spanischen Königreich offenbart grundlegende Unterschiede in der Definition von „Freiheit“ zwischen Jesuiten und deren Gegnern. Während nämlich das von den Jesuiten entwickelte Bild einer christlichen Gesellschaft als eine Kritik an den Zuständen in Europa zu lesen war, die herausgestellte christliche Freiheit in erster Linie die Freiheit von Sklaverei und wirtschaftlicher Not bedeutete, entwickelten die Antijesuiten am fernen Beispiel „Paraguay“ die Grundsätze eines individuellen Freiheitsbegriffes der Selbstverwirklichung. Während also im ersten Falle der Gegenbegriff zu Freiheit „Ausbeutung“ war, wäre der Gegenbegriff zu Freiheit im zweiten Fall eher mit „Unterdrückung“ oder eben „Gehorsam“ zu fassen. Es ist bezeichnend für die vielfältigen Brechungen dieser Zeit, dass es ausgerechnet die aufgeklärten absolutistischen Herrschaftsträger in Portugal, Spanien und Frankreich waren, die dem Jesuitenorden daraus einen Strick drehten.

Die Debatte über Paraguay verdeutlicht zugleich, dass es ausgerechnet im Bereich des stärksten Vorwurfes der antijesuitischen Koalition gegenüber der jesuitischen Missionspolitik offenbar keinen grundsätzlichen Dissens zwischen Jesuiten und ihren Gegnern gab. Unterschiedlich war allein die Bewertung des so genannten „blinden Gehorsams“ als zentraler christlicher Tugend auf der einen Seite, als wesentliches

⁵¹ Bischof Faxardus aus dem Jahre 1721, in: Der Neue Welt=Bott [...], 4,1. Bd., Wien 1748, Nr. 552, S. 22.

⁵² P. Betschon S.J., in: Der Neue Welt-Bott, 7. Teil, Nr. 169, S. 65. Vgl. auch: P. Matthias Strobel S.J. berichtete: „Sie ehren und lieben uns neuangelangte Missionarios über alles, sie folgen uns, wo wir immer hingehen, auf den Fuß nach (...)“, in: Der NeueWelt-Bott, 3,2. Teil, Nr. 510, S. 129.

⁵³ Alle diejenigen aber, die diesen Gehorsam gegen Gott vermissen ließen, gelangten, so fuhr er fort, „in die Behausung des Teufels.“ Bernhard Nusdorfer, in: Escandon / Nusdorfer (wie Anm. 7), S. 22.

Mittels zur Unterdrückung auf der anderen. Noch einmal wird augenfällig, dass die Debatte über die Missionsstationen in Paraguay vor allem eine Debatte war, in der man mit „Paraguay als Argument“ die eigenen Thesen schärfte. Die Brisanz und Vielschichtigkeit dieser Debatte rührt jedoch daher, dass die Praxis dem erklärten Selbstverständnis der Missionare in mancherlei Hinsicht zuwiderlief. Denn das Erziehungsprojekt beruhte gerade nicht nur auf dem Grundsatz „väterlicher Erziehung“ in Ehrfurcht und Gehorsam gegenüber den Jesuitenvätern. Ein solches Erfolgsmodell wurde es – und dass es eines war, darin waren sich die Befürworter wie die Gegner, wie gesagt, einig –, weil es auf der Mitwirkung der indianischen Bewohner dieser Republiken beruhte.⁵⁴ Die Jesuiten zogen in dieser Debatte den Kürzeren, weil sie dies nach außen verleugneten, vermutlich aufgrund ihrer eigenen Selbstwahrnehmung als europäische Erzieher auch nur verleugnen konnten. Dazu passt auch, dass in keiner der herangezogenen Schriften der republikanische Begriff von Freiheit durch „Selbstverwaltung“ aufgegriffen wurde, obwohl die Beschreibung der politischen und wirtschaftlichen Verwaltung der Reduktionen durch die Kaziken nirgends fehlte. Offenbar war es dem eurozentrischen Blick der Jesuiten wie ihrer Gegner nicht möglich, dies als Element von Freiheit der Guaraní wahrzunehmen.⁵⁵ Dass sich die Jesuiten jedoch eigentlich über den indianischen Anteil an der Organisation der Reduktionen im Klaren waren, wird beiläufig sehr wohl hin und wieder deutlich, so etwa, wenn das Wirtschaftssystem mit Gemeineigentum und ohne Geldwirtschaft mit den Worten verteidigt wurde: „Wenn man die Missionarien anders verwalten würde, würden die Indianer einfach wieder in die Berge ziehen.“⁵⁶ Während also die Jesuitengegner mit „Paraguay als Argument“ einen Begriff von Freiheit entwickelten, der weit über die zeitgleich an europäischen Verhältnissen gewonnenen Freiheitsideen hinausging, lag der Hauptimpuls der jesuitischen Freiheitsvorstellungen in ihrer *Missionspraxis*.

⁵⁴ Vgl. Dürr (wie Anm. 12).

⁵⁵ Darauf mussten die Guaraní dann schon selbst verweisen und sie taten dies eloquent in den 1750er Jahren, als sie in zahlreichen Briefen an den König für den Fortbestand ihrer Reduktionen, ihrer Häuser und ihrer Ländereien kämpften, vgl. Lacombe (wie Anm. 1).

⁵⁶ Verteidigungsschrift, in: Der neue Welt-Bott, Bd. 4 (1748), Nr. 552, S. 20.

Werner Faulstich

Rechtsgeschichte – Mediengeschichte

Zur Bedeutung der juristischen Fachzeitschrift als Steuerungs- und Orientierungsmedium für Rechtsverständnis und Rechtspraxis im 18. Jahrhundert

Es wäre begrüßenswert, wenn sich die Rechtswissenschaften zunehmend als Teil einer übergreifenden Kulturwissenschaft verstehen könnten. Neben Bereichen wie Literatur, Kunst, Religion, Sprache, Musik oder Erziehung muss auch das Recht als wichtiges, kultur- und gesellschaftsprägendes Teilsystem eingeordnet und erforscht werden. Von den vielen denkbaren Fragestellungen, die sich daraus ergeben, soll hier nur eine herausgegriffen werden: Wie werden Gesetze und Rechtsentscheidungen, wie werden Rechtsverstöße und ihre Sanktionen den Betroffenen *vermittelt* – dem Volk, der Öffentlichkeit? Die Frage zielt auf die Wege, Strategien, Instrumente, Medien, die dabei eingesetzt werden. Bei der Suche nach einer Antwort zeigt sich: Rechtsgeschichte und Mediengeschichte liegen näher beieinander, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Im Großen und Ganzen soll hier die These vertreten werden, dass die Geschichte von Legislative und Judikative maßgeblich von der jeweils zeitgenössischen Medien- und Kommunikationskultur geprägt, teils sogar bestimmt worden ist. Die Frage nach der Rechtsvermittlung ist eine Frage an die Medienkulturgeschichte.

Beispiele aus der Medienkulturgeschichte

Die Forschung hat dazu bisher, gleichsam nebenbei, nur erst einige wenige Beispiele herausgestellt. Ich erinnere etwa an das Rechtssystem der *altägyptischen Kultur*, das geprägt war von Gestaltungs- und Speichermedien wie den Pyramiden mit ihren bedeutungsträchtigen Scheintüren und „Unterweltbüchern“, den Obelisken, Reliefs, Skulpturen und Stelen. Sie bildeten das gleichsam in Stein gehauene „kulturelle Gedächtnis“ der Herrschenden und verweisen auf ein neues Zeitverständnis und

Geschichtsbewusstsein. Speicherung war gegenständliche Fixierung und Archivierung von Wissen und Handlungsmustern, mithin unabhängig geworden von traditionellen kollektiven Gedächtnisleistungen. Der normative Charakter dominanter Werte und ihre Verbindlichkeit wurden dem Einfluss einzelner Menschen ausgesetzt und damit individuell steuerbar, auch manipulierbar. Wichtig für die Bewahrung des Rechts und die Rechtsprechung wurden neben dem göttlichen Pharao der Kriegsberichterstatter, der Geschichtsschreiber, der Priester. Zugleich trat an die Stelle eines archaischen zyklischen Kreislaufs im Welterleben ein Zeitkontinuum, mit dem Übergang zur historischen Linie, wie sie unsere heutige Geschichtsauffassung prägt. Den Papyrusrollen, den Anfängen der Schrift, kommt dabei ganz besondere Bedeutung zu. Neben die Monumentalkultur der Gestaltungsmedien trat die Gebrauchskultur der Schreibmedien, welche die Pharaonenzeit überdauerten und geltendes Recht abstrakt und multifunktional fundierten. In der Ramessidenzeit galt der „Vorlesepriester“ als „Magier“, bis er sein Wissen in Schulen weiterreichte und über neue Berufsgruppen wie Gelehrte, Schreiber und Sammler zunehmend profaniserte.¹

Ein gutes Beispiel für das *Mittelalter* wäre etwa das Medium Blatt, das für die Kodifizierung von Rechtsgeschäften epochale Bedeutung erhielt. An die Stelle des mündlichen Vertrags, des Handschlags trat zunehmend die Fixierung in Gestalt einer Urkunde, eines Freibriefs, eines Urteils, eines königlichen Erlasses. Bereits im 12. Jahrhundert wurde es zur Gewohnheit, von Dokumenten und Verträgen Kopien anzufertigen und in Archiven aufzubewahren. Auch Abgaben, Steuern oder Pfandleihgeschäfte wurden auf der Basis handgeschriebener Blätter und Rollen reguliert. Damit wurden Ansprüche legalisiert, wurde Recht zuerkannt, wurden Verträge, etwa zwischen Ehepartnern oder auch zwischen Staaten, abgeschlossen und gesichert, wurden juristische Entscheidungen bekannt gemacht und verbreitet. Auch die Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Papst, im so genannten Investiturstreit, in dem um das Recht gestritten wurde, Bischöfe und Äbte in ihre Ämter einzusetzen, waren auf Öffentlichkeit ausgerichtet und damit medienbestimmt. Während der Papst vor allem Primärmedien einsetzte, um seine Rechtsauffassung zu verbreiten, also Wanderprediger, Bettelmönche, Kleriker, die von den Kanzeln herab agierten, be-

¹ Vgl. zusammengefasst Werner Faulstich: Das Medium als Kult. Von den Anfängen bis zur Spätantike (8. Jahrhundert). Die Geschichte der Medien Bd. 1., Göttingen 1997, S. 127ff.

diente sich etwa Friedrich II. des Mediums Brief als zentraler Strategie der Publizistik. In Form von Rundbriefen wurden Manifeste, Protokolle, kaiserliche Bullen, Mahnschriften usw. propagandistisch an die *opinion leaders* des kaiserlichen Imperiums versandt – eine ebenso systematische wie flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit im heutigen Sinn. Wieder wurden juristische Sachverhalte nach Maßgabe zeitgenössischer Medienkultur transportiert.²

In der *frühen Neuzeit* bediente sich das Rechtssystem einer breiten Palette von Medien, um sich gesellschaftlich zur Wirkung zu bringen.

- Das beginnt beim traditionellen Kommunikationsmedium Brief, das u.a. den Wechselbrief generierte, um Geld zu transferieren, oder auch den Kaufbrief, Handelsbrief, Wertbrief, Pfandbrief oder Schuldbrief, jeweils mit enormer juristischer Bedeutung. Nicht zuletzt wurde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Schritt getan vom Wertbrief zur ersten Banknote und damit zum Papiergeld, mit dem die nationale und territoriale Zersplitterung Europas zugunsten eines internationalen Zahlungsverkehrs überwunden wurde.

- Aus dem Legaten und Herold entwickelte sich sodann der Ausrufer als eine Art juristisches Sprachrohr oder Rechtsprecher, der für die Verbreitung der Flut obrigkeitsstaatlicher Verordnungen und Gesetze bei den Rechtsanwendern zuständig war. Vor allem in den Städten wurde der Ausrufer wichtigstes Sprachrohr der lokalen Obrigkeit.

- Und das endet bei der Konstitution absolutistischer Herrschaft in den Gestaltungsmedien Schloss und Garten oder Park, im Tanz, im Theater, in den Turnierspielen, legendären Feuerwerken und Wasserspielen, in den täglichen Empfängen und Paraden, in den Alltagsinszenierungen, die allesamt kulminierten im höfischen Fest unter dem Signum der Inszenierung. Das absolutistische Fest etwa des Sonnenkönigs in Versailles, aber auch seiner zahlreichen Epigonen, fungierte als Institutionalisierung eines kommunikativen Systems, das kulturelle und soziale Interaktionsprozesse gesellschaftlich dominant bestimmte. Nach Ludwig XIV. machte göttliche Bestimmung den Monarchen zum absoluten Herrscher („l'état c'est moi“). Das absolutistische Fest, die rückstandslose Inszenierung des gesamten Alltags, das

² Überblicke mit Literaturverweisen bei Werner Faulstich: Medien und Öffentlichkeiten im Mittelalter, 800-1400. Die Geschichte der Medien Bd. 2., Göttingen 1996, S. 76ff. und 251ff.

höfische Leben als totales Zeremoniell hatte natürlich auch rechtspolitische Funktion: In einer Legitimationskrise der feudalistischen Gesellschaft diente das Fest als Medium der Macht – zur Repräsentation der Herrschaft des Adels. Es zielte nur auf eines: die Sicherung des bestehenden Rechts- und Herrschaftssystems. Nach außen ging es dabei um die Vorherrschaft in Europa, nach innen um die Domestizierung des Adels, der sich vom Feudaladel zum Hofadel wandelte und damit seiner Privilegien allmählich beraubt wurde.³

In der entstehenden *bürgerlichen Gesellschaft*, im 18. Jahrhundert, wurde das Recht wieder ganz anders vermittelt: in den nunmehr verbreiteten Druckmedien einer literalen Gesellschaft. Darauf wird noch genauer zurückzukommen sein. In der Gesellschaft des *Industrie- und Massenzeitalters*, im 19. Jahrhundert, setzte ein Informations- und Vermittlungssystem ein, das bis weit ins 20. Jahrhundert maßgeblich sein sollte für den Transport von Gesetzen, Rechtsentscheidungen, Verstößen und Sanktionen: das Medium Zeitung.⁴ Überall entstanden neue Zeitungen, geprägt von zunehmend professionellen Journalisten, und konstituierten jenes Forum, das für die Herausbildung einer „öffentlichen Meinung“ ausschlaggebend wurde. Sparten oder Ressorts bildeten sich aus, die Zensur wurde abgeschafft, neue Formen wie Leitartikel und Feuilleton boten zusätzliche Orientierungshilfen, durchaus auch in juristischer Hinsicht, und im Zuge einer allgemeinen Verstärkung, einer Alphabetisierung großer Bevölkerungsteile, einer Massenherstellung und eines entsprechend niedrigen Preises etablierte sich ein zunehmend objektives Nachrichten- und Informationssystem. Es wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer stärker ergänzt, bis heute jedoch noch nicht gänzlich ersetzt, durch andere Medien wie das Plakat, das Radio, das Fernsehen und jüngst das World Wide Web.⁵

Als das vielleicht wichtigste Merkmal der Medienkultur des 20. Jahrhunderts muss eine allgemeine Visualisierung und Fiktionalisierung betrachtet werden, die bereits im 19. Jahrhundert eingeleitet wurden. Welche Bedeutung diesen Trends und, damit einhergehend, einer immer stärkeren Elektronifizierung und in neuerer Zeit

³ Vgl. Werner Faulstich: Medien zwischen Herrschaft und Revolte. Die Medienkultur der frühen Neuzeit (1400-1700). Die Geschichte der Medien Bd. 3, Göttingen 1998, S. 48ff. und 193ff.

⁴ Vgl. ausführlich Werner Faulstich: Medienwandel im Industrie- und Massenzeitalter (1830-1900). Die Geschichte der Medien Bd. 5, Göttingen 2004, S. 28ff.

⁵ Als groben Rahmen dazu vgl. Werner Faulstich: Mediengeschichte von 1700 bis ins 3. Jahrtausend. Göttingen / München 2006.

Digitalisierung der Nachrichtenvermittlung mit Blick auf Legislative und Jurisdiktion zukommt, liegt noch weitgehend im Dunkel. Man muss jedoch kein Prophet sein, um zu erkennen, dass die Berichterstattung heutzutage über neue Gesetze, neue Verordnungen, über Kriminalfälle, Verbrecher und Sensationsprozesse ganz wesentlich von der aktuellen Medienkultur geprägt ist, die rückwirkend wiederum das Rechtssystem immer wieder aufs Neue herausfordert und beeinflusst. Wenn beispielsweise in zahlreichen Bundesstaaten der USA heute immer noch die Todesstrafe besteht und auch angewandt wird, und wenn dabei immer wieder breit darüber in den Medien berichtet wird, dann knüpft das an die früheren öffentlichen Hinrichtungen an, mit denen das Rechtsempfinden der Menschen, die genüsslich oder sensationslüstern zusahen, beeinflusst werden sollte. Auch heute geht es um nichts anderes als um einen gesellschaftlichen Selbstvergewisserungsprozess (durch den staatlich sanktionierten Tötungsakt selbst und dann durch seine *Medienveröffentlichung*) hinsichtlich bestimmter juristischer Auffassungen von Normenverletzung, Sanktionen und Bestrafung, wie sie im Volk und bei vielen seiner gewählten Vertreter, in einer bestimmten historisch-geographisch-kulturellen Konstellation, ganz offensichtlich bestehen. Der einzige Unterschied zwischen damals und heute liegt darin, dass die Inszenierung der Live-Hinrichtung, eine Variante des Primärmediums *Theater*, inzwischen ersetzt wurde durch das elektronische Medium *Fernsehen*.

Zur Relevanz des Mediums Zeitschrift im 18. Jahrhundert

Gehen wir zurück zum 18. Jahrhundert und erinnern uns an die zentralen Neuerungen zunächst der zeitgenössischen Medienkultur. Von 1700 bis ca. 1830 vollzog sich das, was man als „Strukturwandel des Öffentlichen“ beschreiben kann, die Entwicklung vom „Geheimen“ zum „Privaten“ – in Abgrenzung von Jürgen Habermas, der den so genannten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ fälschlicherweise mit einer „literarischen Öffentlichkeit“ und ohne angemessene Berücksichtigung des zeitgenössischen Medienwandels zu begründen versuchte. Aus pragmatischen Gründen müssen hier Themen wie die Zeitung zwischen bürgerlichen und absolutistischen Interessen, der Privatbrief im „Jahrhundert des Briefs“ oder auch der

Literaturbetrieb als neuer Markt in ihrer Bedeutung für den Wandel vom Absolutismus zum Bürgertum ausgelassen werden.⁶

Das wichtigste Medium des 18. Jahrhunderts war die neu entstandene *Zeitschrift*. Wer übergreifend nur von der „Presse“ spricht, unterschlägt die wesentlichen Unterschiede und gesellschaftlichen Funktionen, die zwischen Zeitung und Zeitschrift bestehen. Bei der Zeitschrift handelte es sich um einen ganz neuen Typus literarischer und wissenschaftlicher Kommunikation, dessen Bedeutung für die Formierung der bürgerlichen Klasse gar nicht überschätzt werden kann. Die Zeitschrift war das entscheidende Medium der Aufklärung: themenzentriert, periodisch, interessensspezifiziert, kontextualisiert. Im deutschsprachigen Raum stieg die Zahl der Zeitschriften von etwa siebenzig Titeln (vor 1700) auf rund 300-400 (um 1750), um dann in den achtziger Jahren die 1.000-Grenze zu überschreiten und bis 1830 auf rund 7.000 Titel anzusteigen. Die Auflagen lagen im Durchschnitt bei 500-700 Exemplaren. Es war die Zeitschrift, die die Zersplitterung überregionaler bürgerlicher Interessengruppen auf der Suche nach wissenschaftlichem Austausch und kultureller Orientierung überbrückte. Sie wurde zum Austauschforum, an dem zahlreiche Bildungsbürger partizipierten. Sie war Impuls für zahlreiche Akteure, Gruppen und Schichten der Gesellschaft, die verstärkt auf Selbstreflexion ausgerichtet waren. Nicht zuletzt war sie auch Multiplikationsinstanz in einer fachspezifischen Teilöffentlichkeit.

Die Zeitschrift fungierte also als allgemeiner Kristallisationspunkt für alle Akteure der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft des 18. Jahrhunderts. Ihre übergreifende Bedeutung bestand darin, dass das neue Medium in den unterschiedlichen Subsystemen gleichermaßen zur Steuerung von Veränderungsprozessen und Eingriffen genutzt wurde. Die Zeitschrift erhielt Fokuscharakter und eröffnete damit den Zugang zum komplexen Netzwerk einer immer vielschichtiger werdenden Medienkultur. Dabei muss man im Auge behalten: Für sich genommen hatte der einzelne Zeitschriftentitel in keinerlei Hinsicht die Gestalt und Bedeutung etwa eines Massenmediums wie die Zeitung. In ihrer Schlüsselfunktion in den einzelnen Teilöffentlichkeiten jedoch, also in ihrer partiellen Präsenz in *allen* Einzeldisziplinen, erhielt sie eine gesamtgesellschaftliche Dominanz sondergleichen.

⁶ Ausführlich Werner Faulstich: Die bürgerliche Mediengesellschaft (1700-1830). Die Geschichte der Medien Bd. 4., Göttingen 2002, insbesondere S. 225ff.

Das lag nicht zuletzt an der neuen Handlungsrolle des kulturellen Systems, die sich dabei entwickelte: die des bürgerlichen *Kritikers*. Darunter ist der Literaturkritiker zu verstehen so gut wie der Musik-, der Theater-, der Kunst-, der Religions- und der Wissenschaftskritiker. Diese neue Instanz des Kulturbetriebs spielte eine wesentliche Rolle generell bei der Produktion und Verarbeitung kultureller Produkte, bei der Rezeption, insofern der Kritiker Vorbildcharakter hatte für andere Rezipientinnen und Rezipienten, und auch bei der Distribution, insofern er häufig maßgeblich die Verbreitung beeinflusste. Der bürgerliche Kritiker steht für Abkehr von Bevormundung durch Autoritäten und Geschmacksnormen, für die Aufforderung zu eigener Normierung und Geschmacksbildung, als Führer, Spezialist und „Lehrer“ im weitesten Sinn, der auch den Normalverbraucher zu Selbstständigkeit im Denken und eigener Normenbildung ermutigte. Hier bildete sich das bürgerliche Selbstbewusstsein in bedarfsgerechter Vielfalt, als „Selbstvergewisserungsprozess“, heraus und konsolidierte sich. Das gilt durchaus auch für die kritische Auseinandersetzung mit den Normen des bestehenden Rechts und ihrer Auslegung.

Im Zuge der fortschreitenden Spezialisierung der Einzelwissenschaften wie Theologie, Jurisprudenz, Medizin, Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Geographie, Ökonomie und Naturwissenschaften differenzierte sich die Zeitschrift typologisch. Die Fachzeitschrift speziell setzte den traditionellen Typus des Gelehrtenjournals fort, freilich nicht mehr allgemeinwissenschaftlich orientiert, sondern als „Publizistik des begrenzten Stoffgebiets“ (Emil Dovifat), als Fachpublizistik zur Verbreitung und Popularisierung von Forschungsergebnissen auch bei einem allgemein interessierten Publikum.

Erster Überblick über die juristischen Fachzeitschriften der Zeit

Die Zeitschriftenkonstellation des 18. Jahrhunderts in ganzer Breite ist bislang fast nur von dem Pionier Joachim Kirchner untersucht worden; hier besteht noch eine deutliche Bringschuld der Mediengeschichte. Werfen wir einen kurzen Blick speziell auf die *juristischen* Fachzeitschriften der Zeit (ohne dass damit etwa Vollständigkeit erreicht

wäre).⁷ Es begann mit zwei Journalen von Adam Friedrich Glafey, die 1714 in der Universitätsstadt Jena herauskamen: erstens „Der meditierende und inventieuse Eclecticus, welcher seine philosophische und philologische wie auch juristische Remarques und neue Erfindungen (...) der gelehrten Welt communicieret“. Hier wurden verschiedene Gebiete, unter anderem das Recht, noch zusammengefasst. Zweitens dann das Journal „Der raisonnierende Juriste, welcher seine Raisonnements aus denen Regeln der Klugheit und dem vernünftigen Rechte, wie auch denen römischen und teutschen Antiquitäten über die Stücke der Rechtsgelehrsamkeit ergehen lässt“. Hier ging es um Probleme der Rechtsgelehrsamkeit angesichts ganz verschiedener Parameter oder Kriterienraster. Beide Titel erreichten nur fünf bzw. drei Ausgaben. Andere juristische Fachzeitschriften bestanden länger wie etwa „Electa iuris publici, worinnen die vornehmsten Staatsaffairen in Europa recensiret werden“ (1709-1915) oder „Entdeckte Staats-Cabinett, darinnen sowohl das Jus publicum, feudale et ecclesiasticum als auch die kirchliche und politische Geschichte erläutert werden“ (1714-1717). Kirchner nennt weitere Titel, die speziell dem „Teutschen Staatsrecht“ gewidmet sind, konstatiert aber zugleich, dass sich „um die Jahrhundertmitte bereits eine Gliederung in verschiedene Teilgebiete und damit der Ansatz zu einer Spezialisierung innerhalb der Jurisprudenz bemerkbar macht“. Aus diesem Zeitabschnitt sollen die „Wetzlarischen Nebenstunden“ herausgegriffen und genauer betrachtet werden.

Bereits um die Jahrhundertmitte gab es im deutschsprachigen Raum mindestens 23 neue juristische Fachzeitschriften, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf nicht weniger als 72 angestiegen waren. Dabei lassen sich juristische Anzeigeblätter, Zeitschriften zu bestimmten Teilgebieten (Staatsrecht, Lehnrecht, Kirchenrecht usw.) sowie kritische rechtswissenschaftliche Zeitschriften unterscheiden. Kirchner nennt u.a. die „Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit in den kgl. Preuß. Staaten“ des Halleschen Professors Ernst Ferdinand Klein, deren 26 Bände „zu den bedeutendsten juristischen Veröffentlichungen jener Epoche“ gerechnet werden, mit denen die Fachkreise auf dem Laufenden gehalten wurden. Es gab aber auch allgemeine juristische Zeitschriften, die sich so wie das „Archiv für die theoretische und

⁷ Vgl. ausführlicher Joachim Kirchner: Das deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme, Teil I: Von den Anfängen bis zum Zeitalter der Romantik, 2. Auflage, Wiesbaden 1958, S. 42ff., 83ff., 148ff. und 228ff.

praktische Rechtsgelehrsamkeit“ in meist kurzen Beiträgen zu ganz verschiedenartigen Rechtsfragen äußerten. Dieses soll abschließend genauer vorgestellt werden.

Die „Wetzlarischen Nebenstunden“ des Johann Ulrich Freyherr von Cramer (1755-1773)

Der Verfasser war Professor der Rechtsgelehrsamkeit und Beisitzer bei dem Reichskammergericht in Wetzlar. Aufgrund persönlicher Aktenkenntnis publizierte er, aus der juristischen Praxis erwachsen und für die juristische Praxis bestimmt, die „Wetzlarischen Nebenstunden, worinnen auserlesene beym Höchstpreißlichen Cammergericht entschiedene Rechts-Händel zur Erweiter- und Erläuterung der teutschen in Gerichten üblichen Rechts-Gelehrsamkeit angewendet werden“. In der Vorrede zum „Ersten Theil“ (1755) hebt von Cramer vor allem auf zweierlei ab: *erstens* den Vorbildcharakter der Wetzlarer Entscheidungen für andere, ähnlich gelagerte Fälle. Es geht ihm um

„Anmerckungen, die in andern vorkommenden Fällen wieder nützlich zu applicieren; angesehen sonst die Umstände nicht bekannt, welche die Aehnlichkeit der Fälle zu beurtheilen nöthig; und also die Quelle allgemeiner Begriffe u. Sätze sind. So schwer aber fällt das Allgemeine, welches in besondern Fällen steckt, heraus zu ziehen, so nützlich ist es vors Publicum, wenn ein Gebrauch davon zu Rechtlichen Abhandlungen gemacht, und dadurch der Inbegriff unserer teutschen Reichs-üblichen Gelehrsamkeit erweitert wird“ (S. 3).

Neben dieser Erweiterung und damit Harmonisierung der Rechtsprechung propagiert er *zweitens* Pragmatismus und Vernünftigkeit richterlicher Entscheidungen: „Manche meinen, es komme nur auf Formeln von Schrifften, Decreten, Urtheln und Conclusis an, von Rationibus decidendi aber wissen sie nicht das Geringste, können auch nicht leicht was Zuverlässiges in Erfahrung bringen“ (S. 2/3). Da geht es beispielsweise um das „Schulden machen der Studenten auf Universitäten“ oder um die Frage „Ob Hunde die in der Hitze des Nachsetzens in eines andern zur Jagd berechtigten Privati Bezirck gekommen, besonders im Hochstift Osnabrück, propria autoritate todt geschossen werden können“.

Exemplarisch sei die Abhandlung „Vom Recht eines Landes-Herrn Jure Domini Eminentis Zuchthäuser zu errichten“ (13. Teil 1759, S. 1-14) genauer betrachtet. Der Verfasser nimmt zunächst Bezug auf die lateinische Fachliteratur, die eine klare Position vertritt: „Jus nimirum definiende an, & quousque Dominio eminenti utendum sit, Domino Territoriali prae subditis, vi subjectionis civilis competere“ (dem Territorialherrn steht das Recht vor seinen Untergebenen ohne Zweifel zu, durch die Gewalt der bürgerlichen Unterordnung). Auch Johannes Georgius Simon sagte: „quod Ergastula sint loca Magistratus Autoritate ad homines à vita inhonesta ad honestam laboribus compellendos, salutis publicae causa exstructa“ (Zuchthäuser sind Orte, um Menschen durch Arbeiten von einem unehrenhaften zu einem ehrenhaften Leben zu zwingen, errichtet zum öffentlichen Wohl). Dagegen aber hatte das Ritterstift in Speyer geklagt. Der Landesherr hatte zu einem früheren Zeitpunkt den vorgesehenen Bauplatz für vierhundert Gulden an das Ritterstift verkauft mit der Maßgabe, binnen eines Jahres dort ein Zuchthaus zu errichten. Freilich war dieser Bau unterblieben, weswegen nun der Landesherr selbst aktiv werden wollte. Dem wurde entgegengehalten, dass der Fürst das für den Bau nötige Bauholz verweigert habe, weswegen das Gefängnis nicht habe gebaut werden können. Er könne ja sein Zuchthaus auf einem anderen Platz bauen. Da der Kläger aber nur alternative Bauplätze vorschlagen konnte, bei denen „der Zuchthaußbau der Kirchen und denen Ritterstiftischen Häusern so nahe gelegen seye“ (S. 13), befand das Gericht: „Dasjenige, was das Ritterstift davon schädlich- oder nützlich zu erwarten hat, ist nicht anders, als ein pures Privat-Weesen anzusehen, welches uilitati publicae zu weichen hat, und diese untrügliche Regula Juris naturalis wurde dahier zum Grund geleet“ (S. 11). So wurde in öffentlichem Urteil entschieden, dass der Landesherr den ursprünglichen Platz für die Errichtung eines Zuchthauses nutzen darf, aber die gezahlten vierhundert Gulden wieder zurückzahlen muss.

Interessant an dem Urteil ist, dass das juristische Grundprinzip, „daß ein Landes-Herr alldasjenige unternehmen könne, was zum gemeinen Nutzen und Wohlfarth seines Landes gereicht“, nicht mehr allein genügt, sondern verknüpft und unter Bezugnahme auf die Naturrechtslehre letztlich legitimiert wird mit der vernünftigen Lösung in diesem konkreten Fall, mangels eines alternativen Bauplatzes den früheren Grundstücksverkauf einfach rückgängig zu machen. Die Rechtsprechung erachtet es ganz

offensichtlich als ungenügend, sich lediglich auf den Buchstaben des lateinischen Gesetzes zurückzuziehen.

Das „Archiv für theoretische und praktische Rechtsgelehrsamkeit“, herausgegeben von Theodor Hagemann und Christian August Günther (1788-1792)

Das „Archiv“ verwendet, mehr als dreißig Jahre später, fast gar kein Latein mehr. Eine Vielzahl von Autoren kommt hier zu Wort, und es ist eher das allgemeine Publikum, für das die meist kurzen Beiträge gedacht sind. In einem programmatischen ersten Beitrag des „ersten Theils“ (1788) werden „allgemeine Grundsätze bey Abfassung juristischer Schriften“ benannt: Gegen „Formularbücher“ und einen „juristischen Styl“ werden in Anlehnung an Gellert, Gottsched und Adelung Prinzipien wie rein, deutlich, ausführlich, historisch und präzise propagiert. „Man wird mich (...) hoffentlich nicht tadeln, daß ich den geblühten, dichterischen und mit Figuren geschmückten Styl ganz aus dem Gebiete der Rechtsgelehrsamkeit verweise (...).“ (S. 35) Für „juristische Kunstwörter“ sollten „durchgängig passende teutsche Ausdrücke“ gewählt werden (S. 10). Juristische Texte sollen in logischer Ordnung argumentieren (S. 19f.), damit der Leser sie auch versteht (S. 21). Oder zum Richter heißt es u.a.: „hier behaupte ich dann kühn, daß dieser (...) sich so bestimmt auszudrücken hat, daß die Partheyen nicht etwa auf doppelsinnige Erklärungen verfallen zu können Gelegenheit haben.“ (S. 50).

Typische Rechtsfragen im „Archiv“ wären etwa: „Können Aeltern ihre Kinder verstoßen?“ oder „Ob bey einem von mehreren unterschriebenen Wechsel die Prolongation des Einen, auch in Absicht der übrigen, die Wechselverbindlichkeit verlängere?“ oder „Ueber die Sequestration der Frauenzimmer“ oder „Konnte Luther mit Recht sagen: Die Ehe sey ein weltlich Ding?“. Bei den einzelnen juristischen Fällen, die erörtert werden, fällt immer wieder auf, wie sehr dem jeweiligen Verfasser daran gelegen ist, unterschiedliche Gesetze und Rechtssysteme – etwa das römische, das carolinische, das sächsische, das kanonische Recht – miteinander *und* mit den „Grundsätzen der Vernunft“ in Einklang zu bringen.

Exemplarisch sei hier die Abhandlung vorgestellt: „In wie fern darf der Richter dem angeschuldigten Verbrecher Stockschläge zuzählen lassen?“ (1890). Der Verfasser

unterscheidet drei Varianten: „Der Richter läßt den Verbrecher prügeln, entweder um ihn zum Geständnisß der angeschuldigten That zu bringen, oder um das Verbrechen, weshalb der Verbrecher in Untersuchung gerieth, zu ahnden, oder concurrirender Nebenumstände halber.“ (S. 162)

- Der erste Fall wird schlicht verneint: „Die Landesgesetze haben entweder die Tortur als ein heillooses, trügliches und barbarisches Mittel der Wahrheit auf den Fuß zu kommen, bereits abgeschafft, oder sie haben es noch nicht gethan“. Bei Ersterem „handelt der Richter (...) offenbar gegen die klare Bestimmung der Landesgesetze, und macht sich äußerst straffällig“, bei Letzerem ebenfalls, denn gemäß der Gerichtsordnung Karls V. dürfen Stockschläge „nur auf eingeholten Rath der Rechtsgelehrten verfügt werden“. Weiter heißt es: „hinge es dagegen vom Gutbefinden eines jeden Gerichts, das im häufigsten Fall nur aus einer einzelnen Person besteht, ab, den Angeschuldigten (...) durch den Stock auf den Weg der Wahrheit zu leiten zu suchen, ja denn gute Nacht Sicherheit vor Gewalt – und Unrecht!“ (S. 163f.)

- Auch der zweite Fall, Prügel als Strafe, wird verneint und allenfalls als „Ausnahme“ zugelassen, wenn wie in der Magdeburgischen Polizeyordnung festgesetzt ist, dass jemand, der einen andern „mit Mauschellen oder Prügeln tractirt“, selber vom Stockmeister oder Gerichtsknecht „aufs Maul geschlagen, und mit dem Prügel bestraft wird“ (S. 165).

- Anders der dritte Fall der „concurrirenden Nebenumstände“, bei denen „Gebrauch vom Stock in Gerichten gemacht werden“ darf – „jedoch unter der Einschränkung, einmal, daß die Züchtigung mäßig seyn, und dann, daß sie suspendiert werden muß, so bald der zu Züchtigende die Theilnehmung an dem concurrirenden Nebenumstand von sich abzulehnen sucht, oder desfalls auf Gehör höhern Orts provociert“. Sollte ein Angeschuldigter etwa das Gericht verspotten oder Informationen zur Person verweigern, darf der Richter Züchtigung anordnen, d.h. „durch einige Stockschläge begreiflich machen, daß Impertinentzien an Gerichtsstelle bewiesen, nicht ungeahndet blieben“ (S. 169).

Wichtig ist hier wieder zweierlei: *erstens* das Bemühen um Harmonisierung der Rechtsprechung quer zu verschiedenen Landesgesetzen und Polizeiverordnungen, *zweitens* die von der Aufklärung geprägte Ablehnung des Prügelns und anderer

Foltermethoden sowohl als Zwangsmittel wie auch als Strafe. – Nur nebenbei gesagt: Vor diesem Rechtskommentar aus dem 18. Jahrhundert mutet es kurios an, wie die amerikanische Regierung im 21. Jahrhundert die Frage der Folter als Zwangsmittel im Kampf gegen den Terrorismus behandelt.

Die „Wetzlarischen Nebenstunden“ aus der Mitte und das „Archiv für theoretische und praktische Gelehrsamkeit“ aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sagen für sich genommen nicht viel aus. Gleichwohl machen sie weiterführende Fragen plausibel: Lassen sich die hier an nur zwei Beispielen beobachteten Tendenzen auch für die anderen juristischen Zeitschriften aufzeigen? Wer genau hat darin geschrieben? In welchen Lesezirkeln und Lesekabinetten lagen sie aus? Wer genau waren ihre Leser? Und wie wurden sie diskutiert und „räsonniert“? Bei über siebenzig juristischen Zeitschriftentiteln ließe sich inhaltsanalytisch durchaus klären, welche Probleme und Themen dominierten, welche Urteile gefällt wurden und welche Gründe man dafür im Einzelnen geltend gemacht hat. Dahinter steht die *Kernfrage*: In welchem Ausmaß trug das neue Medium Zeitschrift im Verlauf des 18. Jahrhunderts dazu bei, dass die Rechtsprechung sich wandelte – vom Lateinischen zum Deutschen, von einem einzelnen Richter als Verfasser zu einer großen und vielfältigen Gruppe von Zeitschriftenbeiträgern, vom römischen oder kanonischen zum Naturrecht, von Formelbüchern zum pragmatischen Einzelurteil, von einer komplizierten juristischen Geheimsprache zu Einfachheit, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit, von der Zielgruppe der Fachjuristen zu einer breiten allgemeinen intellektuellen Leserschaft? Schließlich hat sich das bürgerliche Recht nur in dem Maße etablieren können, in dem es von den Bürgern selbst, und nicht nur den Juristen, getragen wurde. Gebührt der juristischen Zeitschrift des 18. Jahrhunderts vielleicht gar ein Ehrenplatz in der Emergenz und Akzeptanz des demokratischen Rechtswesens? Aber das könnten die Medienwissenschaftler nur gemeinsam mit den Rechtshistorikern entscheiden. Die vorläufigen Überlegungen hier könnten immerhin als ein nachdrückliches Plädoyer für eine solche Kooperation verstanden werden.

Manfred Asendorf

Was geschah mit den Schädeln Jastrams und Schnitgers? Anmerkungen zur Vergangenheitspolitik des Hamburger Rats im 18. Jahrhundert aus aktuellem Anlass

„Kritik, Präcision und Penetration“

(Ranke)

In einem kürzlich in der „Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte“ abgedruckten Beitrag berichtet Joist Grolle über eine von dem aufklärerischen Schriftsteller (Heinrich) Ludwig von Heß (1719-1784) herausgegebene und kommentierte Ausgabe des Hamburger „Hauptrezesses“ und über den Wirbel, den sie im Jahre 1782 in Hamburg auslöste.¹

„Rezesse“ in Hamburg waren Vereinbarungen zwischen den Verfassungsorganen „Rat“ (Senatus), auswärts auch „Magistrat“ genannt, und „Erbgesessener Bürgerschaft“, der auf dem Rathaus tagenden Versammlung von „Bürgern“, die als solche über Grundeigentum (ein „Erbe“) verfügten. Als „Hauptrezess“ wurde und wird die bis 1859 geltende und noch bis 1918/19 politisch nachwirkende Hamburgische Verfassung von 1712 bezeichnet: Sie kam zustande nach jahrzehntelangem Priesterstreit um die wahre Auslegung des Luthertums, um die verfassungsgemäße Stellung der Kirche in der Stadt und, zum Teil damit verknüpft, um Konflikte zwischen Rat und Bürgerschaft, bei denen es im Kern um die Frage ging, wem die höchste Gewalt im Staate zustehe. Während der Rat aus Kaufleuten und Juristen bestand, die nach dem Prinzip der Selbstergänzung gewählt waren und lebenslang amtierten, hatte in der Bürgerschaft bis 1708 der nach Kirchspielen gegliederte und häufig in sich uneinige, aber selbstbewusste kleine Mittelstand aus Handwerkern und Gewerbetreibenden eine starke Stellung, auch wenn dort ebenfalls Kaufleute und Juristen als Wortführer und/oder Berater aufzutreten pflegten.

¹ Joist Grolle: Die Hamburg-Kritik des aufgeklärten Publizisten Ludwig von Heß, in: ZHG 92 (2006), S. 1-32, hier S. 20. Der frühere Hamburger Schulsenator Prof. Dr. Joist Grolle gehört seit Anfang der 1990er Jahre dem Vorstand des Vereins für Hamburgische Geschichte an, seit 2005 als dessen Vorsitzender.

Nachdem Letzteren zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Kontrolle über die Bürgerschaft immer mehr entglitten war und Gruppen von Handwerkern, ermuntert von streitsüchtigen Pastoren, in der Bürgerschaft die Oberhand gewannen, griffen die Fürsten des Niedersächsischen Kreises und der Kaiser ein: Kreistruppen unter Führung Brandenburg-Preußens besetzten die Stadt im Mai 1708. Der eilends herbeigeeilte kaiserliche Kommissar Graf Hugo Damian von Schönborn zwang die Kontrahenten Rat und Erbgessene Bürgerschaft, sich auf eine Kodifikation des Staats- und Verwaltungsrechts zu einigen. In diesem Hauptrezess (auch „Fundamental-Gesetz“ oder „Grundgesetz“ genannt) war bestimmt, dass das „To Kyrion“, die höchste Gewalt, künftig „inseparabile nexu coniunctim und zusammen, nicht aber dem einen oder anderen Teil privative“ zustehen solle. Faktisch indessen erlangte der Rat eine bis dahin (juristisch) nie besessene, aber schon lange prätendierte obrigkeitliche Autorität, während die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden durch einen starken Zensus² von politischer Mitwirkung nun nahezu ausgeschlossen und der Rest der Bürgerschaft durch allerlei „sinnreiche Vorkehrungen und Hemmungen“³ auf eine kümmerliche Existenz beschränkt wurde.

Als Heß 1782⁴ den Hauptrezess veröffentlichte, ließ er sich von dem Gedanken leiten, dass ein Gesetz, das Geltung beanspruchen solle, öffentlich bekannt sein müsse:

„Ein Gesetz, das nicht ein jedes Mitglied der Gemeinde bekommen kann, ist kein Gesetz, wenigstens kein Grundgesetz, sondern nur eine simulirte Verordnung, die viele Aehnlichkeit mit dem barbarischen Gesetze hat, welches Nero so hoch aufhängen ließ, daß es Niemand lesen konnte, und gleichwohl doch alle am Leben strafte, welche dagegen handelten“.⁵

Eine staatlich autorisierte und zuverlässige Publikation des Hauptrezesses war nie zustande gekommen, hauptsächlich deshalb nicht, weil sich Rat und Erbgessene Bürgerschaft nicht über eine Schlussbestimmung des Gesetzeswerks einigen konnten, wonach die insgesamt 53 Artikel in drei Klassen eingeteilt werden sollten: Zur ersten

² Das „Erbe“ in der Stadt musste fortan 1.000 Reichstaler (= 3.000 Mark) „freien Geldes“ enthalten, d.h. in dieser Höhe hypothekarisch unbelastet sein

³ Heinrich Reincke: Hamburg. Ein Abriß der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bremen 1926, S. 139.

⁴ Die erste auf 1781 datierte Auflage erschien im Februar 1782, eine zweite im Wesentlichen unveränderte Auflage wurde zum Herbst desselben Jahres ausgeliefert.

⁵ Ludwig von Heß: Unwiederliches Fundamental=Gesetz, Regimentsform, oder Haupt=Receß der Stadt Hamburg [...], o.O. 1782, S. 45.

Klasse sollten die Artikel gehören, die unverbrüchlich zu halten waren, zur zweiten solche, die aus erheblichen Ursachen mit Approbation des Kaisers verändert werden durften, und zur dritten jene, die Bürgerschaft und Rat gemeinsam befugt waren, zu mindern, zu mehren oder auch ganz abzuschaffen und aufzuheben.⁶

Der Streit zwischen Senat und Erbgessener Bürgerschaft über die Anzahl der zu revidierenden und endgültig zu klassifizierenden Artikel des Hauptrezesses zog sich bis Ende 1718 hin und wurde dann ergebnislos vertagt, nachdem die Erbgessene Bürgerschaft (aus der die Handwerker inzwischen entfernt waren) eine Revision aller Artikel verlangt und damit den Hauptrezeß als Ganzes in Frage gestellt hatte.⁷ Seitdem – also seit mehr als sechzig Jahren – war das Thema tabu. Offensichtlich hatten sich die Kontrahenten stillschweigend darauf geeinigt, den Dissens auf „ewig“ in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der Abdruck des Hauptrezesses durch einen Schriftsteller, den in Hamburg lebenden königlich-schwedischen Regierungsrat Heinrich Ludwig von Heß, wurde in der Hansestadt als Provokation empfunden – nicht nur vom Rat, sondern auch von der Erbgessenen Bürgerschaft, genauer: von dem, was davon übriggeblieben war, während die große Mehrheit der Einwohner andere Sorgen hatte und in Apathie verharrte. Insofern hatte sich der „Bürgerfreund“⁸ Heß (wie er sich selbst sah) gründlich verrechnet, wenn er glaubte, der Bürgerschaft einen Gefallen zu tun. Dabei war er einem Gerücht aufgesessen, wonach eine von der Obrigkeit (formell also von Rat und Erbgessener Bürgerschaft gemeinsam) autorisierte Ausgabe des Hauptrezesses von 1712 im Jahre 1720 „nach wiederholten dringenden Vorstellungen der Bürgerschaft“ publiziert worden sei.⁹ In der Annahme, sie sei inzwischen vergriffen, wollte Heß Abhilfe schaffen. Kenntnisreich in der Sache, schlug er in ausgiebigen Kommentaren zu

⁶ Vgl. Ebenda, S. 84ff. (Artikel LIII). Eine verderbte Fassung des Hauptrezesses war in Lünigs Reichsarchiv und eine weitere in Mosers Reichsstädtischem Handbuch abgedruckt worden.

⁷ Vgl. Heinrich Kühl: Hamburgische Rath= und Bürger= Schlüsse vom Jahre 1700 bis zu Ende des Jahres 1800, Hamburg 1803, S. 46.

⁸ Vgl. Gedanken über die Prachtgesetze, von Ludwig von Heß, dem Bürgerfreunde. Hamburg 1781.

⁹ Heß (wie Anm. 5), S. 44. Am 10. September 1719 verwüstete eine von orthodoxen Hamburger Pastoren aufgebrachte Volksmenge das Wohnhaus des kaiserlichen Gesandten in Hamburg samt darin eingerichteter katholischer Kapelle. Dabei wurden auch Urkunden und Briefschaften aus dem der Gesandtschaft gehörenden Archiv geraubt. Der Kaiser forderte später neben einer hohen Summe Geldes als Buße für die Majestätsbeleidigung auch den Bau eines neuen Gesandtschaftsgebäudes und die Herschießung der Unkosten zu neuen Abschriften der abgängigen Dokumente, (...) besonders zu neuer Fertigung des jüngsten neuen Stadt=Haupt=Recesses“, vgl. Kühl (wie Anm. 7), S. 50f. Vielleicht ist das Gerücht von der autorisierten Druckfassung des Hauptrezesses diesem Ereignis geschuldet.

den einzelnen Artikeln einen freimütig-kritischen, aber mit persönlichen Anspielungen auf Bürgermeister und Ratsherren gespickten satirisch-sarkastischen Ton an, wobei er nach der Mode des gebildeten Bürgertums seiner Zeit sich darin gefiel, in langen Anmerkungen seine humanistische Belesenheit zu demonstrieren, was die Zielgruppe seiner Polemik im wesentlichen auf Akademiker (in erster Linie Juristen, Gymnasialprofessoren, Geistliche und Literaten) und ihre Gönner aus tonangebenden Hamburger Kaufmannsfamilien beschränkte.

Ohne seine Quelle anzugeben, entlehnte Heß zahlreiche Details und Argumente einer Schrift, die 1699 (eine zweite Auflage kam im Sommer 1708 heraus) anonym unter dem Titel „Hamburgische Bürgerliche Freyheit“ erschienen war. Autor war, wie erst 300 Jahre später ans Licht kam, der in Eisleben geborene und in Magdeburg aufgewachsene frühere hamburgische Notar und Gerichtsvogt August Wygand (1657-1709), der, aus Hamburg verbannt, seit 1695 im Altonaer Exil lebte, ab 1697 Berater des dänischen Königs Christian V., dann des Kurfürsten von Sachsen und polnischen Königs August des Starken war, später des Zaren Peter des Großen, befreundet mit dem livländischen Staatsmann und Rebellen gegen die schwedische Krone Johann Reinhold von Patkul. Der vollständige, eine ganze Druckseite umfassende Titel von Wygands Schrift war Bekenntnis und Programm:

Die
So wohl in gemeinen Kayserlichen/ als ihren absonderli=
chen Statuten und Recessen=mäßigen Rechten unümb=
stößlich gegründete
Hamburgische
Bürgerliche Freyheit
Oder
Gründliches
MANIFEST und Darthung/
Daß

I. In Hamburg nicht mehr als ein einziger Stand/nemlich der versamlet Erbgessenen Bürgerschaftt anzutreffen/welcher alle andere von ermeldter Bürgerschaftt angeordnet und bevollmächtigte Collegia, absonderlich E.E. Raht/ unter sich begreiffe.

II.Daß die ermeldte Erbgeseßene Bürgerschaftt vom ersten Anfangs-Grunde ihrer Stadt/ alle deroselben zustehende (Jura Superioritatis Territorialis) Landes oder Stadt=Obrigkeitliche Hoheit NB. allein gehabt und exerciret/ auch noch biß hieher habe und haben müsse.

III.Daß (da mehrermeldte Erbgessene Hamburger Bürgerschaftt in Zeit=heriger Untersuchung der Justitz= und Gemeinen Guts=Verwaltungen/auch intendirter besserer Veranstaltung nichts gethan/ als wozu Sie vermöge Göttlicher und Weltlicher Rechte befugt/ und worinn Ihr E.E.Raht seinen Eyden und Pflichten nach/die hülffliche Hand besser/ als bißhero/ zu leisten schuldig und gehalten ist) kein Streit und Differentzien in Hamburg verhanden/ es also der ad Falsa Narrata noch zur Zeit nicht recht bekannter Stadt=Feinde

erschlichenen Hohen Kayserlichen Commission nicht bedürffe; Die Erbgessene Bürgerschaft auch Selbe/ weiter als bißhero geschehen/ ohne Verletzung ihrer Bürgerlichen Freyheit/ und zu besorgenden gänzlichen Verfall und Ruin ohnmöglich annehmen könne/ dürffe noch gehalten sey.

Der gantzen Welt
Zur unbetrüglichen Nachricht
Ans Licht gegeben/
Von einem
Der Erbgessenen Hamburg. Bürgerschaft
Aufrichtig zugethanem
Stadt=Kinde.

Gedruckt/ im August Monat 1699.

Wygands Buch, bestehend aus einer 170 Seiten starken Dokumentation zur hamburgischen Verfassungsgeschichte und einer 56seitigen Einleitung – die, so ein Historiker aus dem späten 19. Jahrhundert, „von einer offenbar der inneren Überzeugung entquellenden Wärme durchdrungen“ war¹⁰ –, war ein flammender Appell an die Bürgerschaft am Vorabend des denkwürdigen Rezesses vom 18. August 1699, der die Souveränität der Bürgerschaft in allen Belangen anerkannte und das Kriterium des Grundbesitzes als Voraussetzung für die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte abschaffte. Das „Manifest der bürgerlichen Freiheit“ oder die „Hamburgische bürgerliche Freiheit“ von 1699/1708 war die erste gedruckte demokratische Parteischrift in der deutschen Geschichte. Trotz und gerade wegen vieler inzwischen obsolet gewordener rechtsgeschichtlicher lokaler Besonderheiten bleibt sie ein eindrucksvolles Zeugnis für das Ort und Zeit übergreifende Verlangen der Menschen nach Freiheit und Gleichheit oder (was dasselbe besagt) nach Gerechtigkeit: Denn Demokratie verwirklicht sich in der Praxis oder gar nicht, in jeder Generation unterschiedlich. Insofern war das „Manifest der bürgerlichen Freiheit“ zugleich eine Manifestation der hamburgischen Geschichte am Ende des 17. Jahrhunderts, und vor diesem Hintergrund ist Heinrich Ludwig von Heß` acht Jahrzehnte jüngerer „Remake“ zu verstehen und zu bewerten.

¹⁰ Theodor Schrader: Bürgerliche Unruhen, in: Ders. (Hrsg.): Hamburg vor 200 Jahren. Gesammelte Vorträge, Hamburg 1892, S. 313. – Der Autor begnügt sich, ohne den Verfasser zu kennen, mit einer oberflächlichen Wiedergabe des Inhalts der Schrift, kann aber trotz relativierenden Bemerkungen seine Bewunderung nicht ganz unterdrücken. Dr. Theodor Schrader (1844-1917) von Beruf Landgerichtsdirektor, leitete von 1888 bis 1912 den Verein für Hamburgische Geschichte. – Auf Wygand als Autor des Manifests habe ich zuerst aufmerksam gemacht in: Manfred Asendorf u.a. (Hrsg.): Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft, Berlin 1984, S. 40-44. Vgl. auch Manfred Asendorf: Der Fall Wygand oder: Von der Bürgerrechtsbewegung zur Demokratie. Ein Beitrag über Hamburger Verhältnisse des 17. Jahrhunderts, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVIII (1989), S. 379-414. In Vorbereitung ist eine ausführliche politische Biographie Wygands.

Während Wygand die Frage nach der Herrschaftsform stellte und mit der Feststellung beantwortete, dass „die Democratiâ, oder besser zu reden/ Popolari Formâ Reipubl. (...) nach ihrer Art die Aller-Vollenkommenste sey/ nemlich die allerrichtigste Unterhalterin der Frey- und Gleichheit [= „nempe accuratissima Libertatis & Aequalitatis Conservatrix“]“, begnügte sich Heß damit, Missstände anzuprangern (heutigen „Whistle Blowern“ vergleichbar), ohne das pseudo-aristokratische Regiment der Stadtrepublik grundsätzlich in Frage zu stellen: Die „Grundregel der Demokratie“ werde nicht nur verdorben, wenn das Wesen der Gleichheit verloren gehe, sondern auch, wenn die Gleichheit auf die Spitze getrieben werde und jeder demjenigen gleich sein wolle, „welchen er gewählt hat, über ihn zu gebieten“. Das „Volk“ wolle sich, so klagte Heß, die Gewalt nicht gefallen lassen, „welche es doch denen anvertrauet hat, die sie besitzen“.¹¹ Doch wo in Hamburg hatte das Volk das Recht, den Rat zu „wählen“? Wann und wo hatte es dem Rat die Gewalt „anvertraut“? Und falls es so entschieden hätte: Hatte es damit ein für allemal darauf verzichtet, den Rat zur Rechenschaft zu ziehen und gegebenenfalls abzuwählen? Der konservativen protestantischen Obrigkeitslehre gemäß postulierte Heß, der Bürger sei selbst dann seiner Obrigkeit Treue und Gehorsam schuldig, „wenn sie sich der unschätzbaren Ehre, Beschützer der Gesetze zu sein, unwürdig machen sollte.“¹² Hingegen monierte er an anderer Stelle: „je weniger es erbgesessene Bürger giebt, je mehr läuft die bürgerliche Freyheit und mit ihr die demokratische Regierung Gefahr, unterzugehen.“¹³

Während Wygand den Färber und Reeder Cord Jastram und den Kaufherrn Hieronymus Schnitger, die als Anführer der „Populärpartei“ und Befürworter einer Aussöhnung mit dem „Erbfeind“ Dänemark zu Sündenböcken für die Belagerung der Stadt durch dänische Truppen 1686 gemacht und als „Stadtverräter“ und „Auführer“ hingerichtet worden waren, mit kräftigen Worten, wenn auch keineswegs unkritisch, als „Vorfechter der Bürgerlichen Freyheit“ würdigte, spielte Heß nur indirekt auf diese Männer an: „Das Grundgesetz der Stadt Hamburg ist zwar nicht mit Drachen=Blut

¹¹ Ludwig von Heß: Haupt=Receß, 2. Auflage, o.O. 1782, S. 20 (vgl. Anm. 4 und 5).

¹² Heß (wie Anm. 11), S. 36.

¹³ Heß (wie Anm. 11), S. 363. Hervorhebung durch Heß.

geschrieben, oder, eigentlicher geredet, es hat zwar keine drakonische Schärfe, aber es hat doch Bürger=Blut gekostet.“¹⁴

Bei Licht besehen war Heß` Hamburg-Kritik im Vergleich zu Wygands radikalem bürgerschaftlichem Engagement vergleichsweise moderat, in der Sache und im Duktus ein schwacher Abglanz des Manifests der bürgerlichen Freiheit: Nirgendwo bestritt Heß der Kaufmannselite das (faktische) Recht auf Alleinherrschaft. Handwerker kommen bei ihm nur als unmündige, aber politisch zu betreuende Einwohner vor: „Alles fürs Volk, nichts durch die Masse“, hat noch ein halbes Jahrhundert später der Hamburger Bürgermeister Johann Heinrich Bartels gesagt, ein erkonservativer Mann, der sich gleichwohl als „Aufklärer“ fühlte.¹⁵ Auch blieb Heß` Polemik, obzwar sie ein gewisses Sensationsbedürfnis beim Publikum befriedigt und bei manchen Bürgern klammheimliche Genugtuung erweckt haben mochte, ohne erkennbare innenpolitische Außenwirkung, zumal der Autor seine Ausführungen mit unzeitgemäßen antidänischen Akzenten versah, hatten doch Rat und Erbgessesene Bürgerschaft inzwischen im Gottorper Vergleich von 1768 gegen Zahlung einer großen Summe Geldes vom Gesamthause Holstein, also im Kern von Dänemark, die Anerkennung als „Kaiserlich Freie Reichsstadt“ erreicht – eine Politik, die auf der Linie dessen lag, was bereits Jastram und Schnitger sowie Wygand gewollt hatten.

Gibt es einen Grund anzunehmen, dass von Heß` Buch eine wirkliche Gefahr für den Rat oder gar für das Gemeinwesen ausging? Wohl kaum: Eine aufgeklärte Obrigkeit hätte, wenn sie schon keine Ratschläge von einem Privatmann annehmen wollte, über dessen Bosheiten hinweggesehen. Anders der Hamburger Rat: Zunächst bemühte er sich, die Publizierung des Heß`schen Traktats zu verhindern, letztlich ohne Erfolg, so dass dieser – auf dem Titel das Jahr 1781 tragend – etwas verzögert im Februar 1782 ausgeliefert werden konnte. Auch der Versuch, Heß auszuweisen, misslang: Nachdem diplomatische Vertreter der französischen Krone und des Kaisers, auch mit dem Hinweis auf das Ansehen, dessen sich Heß in Schweden erfreue, interveniert hatten, lenkte der Rat ein, zumal auch Heß Kompromissbereitschaft erkennen ließ. Am 8. März 1782 räumte Heß in einer öffentlichen Erklärung, einer „Nachricht ans Publikum“, Fehlurteile ein und versprach, nicht weiter von der hamburgischen Staatsverfassung zu

¹⁴ Heß (wie Anm. 11), S. 15.

¹⁵ Vgl. Winfried Steffani: Zu Gast im Rathaus? Zum Verhältnis von Bürgerschaft und Senat, in: Asendorf u.a. (wie Anm. 10), S. 16.

schreiben.¹⁶ Zwei Monate später indes schwenkte er erneut um und widerrief den Widerruf, so dass im Spätsommer 1782 der Abdruck des Hauptrezesses samt Einleitung in zweiter Auflage erschien. Nun machte der Rat, wie man zu sagen pflegt, „kurzen Prozess“ mit dem eigensinnigen Autor. Gedeckt durch das Stadtrecht von 1605 und die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Carolina) ließ er einige Exemplare des Buchs auf dem „ehrlosen Block“ durch den Henker verbrennen. Im Lexikon der hamburgischen Schriftsteller 1857 heißt es dazu:

„Am 31. Oct. 1782 ward diese Schrift confiscirt u. um 11 Uhr durch des Büttels Hand auf dem ehrlosen Block verbrannt, zugleich dem Verfasser von dem Bruchvogt, im Auftrag des ersten Prätors, Senators Lt. Schröteringk, schriftlich angezeigt, daß er die Stadt u. ihr Gebiet innerhalb acht Tagen zu räumen habe.“¹⁷

Bücherverbrennungen dieser Art waren in Hamburg wie anderswo keine Seltenheit, im 17. Jahrhundert waren sie sogar die Regel, wenn es galt, unbotmäßige Meinungen zu kriminalisieren. Wygand, der davon ebenfalls betroffen war, kommentierte das so:

„Allein/obgleich diese Blätter verbrennet worden/ so ist doch das Gedächtnis derjenigen Sachen/ so darin enthalten gewesen/ keinesweges mit verbrannt/ sondern durch diese Flammen noch so viel heller vorgestellet worden; Zumahl daher der Menschen Neugierigkeit aufgemuntert worden zu wissen/ was doch das endlich seyn möchte/ was der Hamburgische Rath so heftig verborgen zu halten suchte/ daß auch darüber die unschuldigen Buchstaben/ so solches kund machten/ zum Feuer verdamet würden.“¹⁸

Das war, wie gesagt, im 17. Jahrhundert. Aber dass dies Verfahren noch im späten 18. Jahrhundert, dem Jahrhundert der „Aufklärung“¹⁹, angewandt wurde, passt schlecht zu dem Bild, das das offizielle und offiziöse Hamburg von sich selbst zu entwerfen be-

¹⁶ Einer mir vorliegenden Sammlung Wygandscher Schriften aus dem früheren Besitz des Hamburgensammlers O[tto] C[hristian] Gaedechens (1791-1856) ist das 40. Stück des „Hamburger Relations-Courier“ am Schluss angebunden, in dem, mit Rotstift bezeichnet, Hess' „Nachricht an das Publikum“ vom 8. März 1782 abgedruckt ist, ein Indiz dafür, dass sich Gaedechens des Zusammenhangs zwischen dem Manifest und der Hess'schen Schrift bewusst war. Zu Gaedechens, der zu den ersten Aktivisten des 1839 gegründeten „Vereins für Hamburgische Geschichte“ gehörte, vgl. Sebastian Husen: Vaterstädtische Geschichte im republikanischen Stadtstaat. Studien zur Entwicklung des Vereins für Hamburgische Geschichte (1839-1914), Hamburg 1999, S. 72f.

¹⁷ Lexikon der hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart, 3. Bd. (bearb. von Hans Schröder), Hamburg 1857, S. 220-232.

¹⁸ Wygand: Entsetzter Vortrab, (Altona) 1696, Bogen K, Blatt 1 verso.

¹⁹ „Aufklärung“ – eine schöne Sache, aber mit Vorsicht als Epochenbegriff zu verwenden, sonst gerät er zu einer zu großen Mütze, in der das Gesicht ihres Trägers verschwindet.

liebt, dem Porträt eines Hortes traditioneller Liberalität und Weltoffenheit. Insofern haftet dem Konflikt zwischen einem aufklärerischen Publizisten und der hamburgischen Obrigkeit etwas Peinliches an. Was liegt daher näher, ihn erträglicher erscheinen zu lassen, indem man ihn als Ausnahme von der Regel betrachtet und/oder der Obrigkeit bescheinigt, dass sie sich durch den Autor bedroht fühlen musste. In diesem Sinne spielt Franklin Kopitzsch, der die Geschichte Hamburgs im 18. Jahrhundert unter dem Aspekt der „Aufklärung“ begreift, den „Fall Heß“ mit den Worten herunter: „Sowohl die Kritik von Heß als das Vorgehen des Rates gegen ihn sind in der inneren Geschichte Hamburgs im 18. Jahrhundert Einzelfälle geblieben.“²⁰ Daran anknüpfend, aber argumentativ darüber zugleich hinausgehend, fragt Joist Grolle in seinem eingangs erwähnten Aufsatz über Heß: „Was machte das Buch in den Augen des Senats so gefährlich?“²¹ Grolle erklärt die drastischen Maßnahmen des Senats damit, dass dieser Heß als „Brandstifter“ empfand und in Erinnerung an den Hauptprozess von 1712 Ausschreitungen des „Pöbels“ befürchtete – gemeint sind die Handwerker, die im 17. Jahrhundert Bürger waren. Wer an dem Hauptprozess rührte,

„und sei es nur mit eigenmächtiger Interpretation, erschien als Brandstifter, war doch im Rathaus unvergessen, welches vom ‚Pöbel‘ ausgehende Konfliktpotential 1712 eingedämmt worden war. Allen Unruhegeistern zur Abschreckung erinnerten noch immer die öffentlich aufgespießten Schädel der Aufrührer Hieronymus Snitger und Cord Jastram an die ‚Wirren‘, die dem Hauptprozess vorausgegangen waren.“²²

Hier ist nicht der Ort, das noch immer die hamburgische Geschichtsschreibung dominierende Bild, das die Führer der „Populärpartei“ Jastram und Schnitger als politische Missetäter, zumindest als (allenfalls tragisch gescheiterte) Versager zeigt,

²⁰ Franklin Kopitzsch: Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona, 2. ergänzte Auflage, Hamburg 1990, S. 175. Kopitzsch` Feststellung ist so nicht zutreffend, selbst wenn man das 18. Jahrhundert in Hamburg erst mit dem Jahre 1712, als der Hauptprozess in Kraft trat, beginnen lässt. Erinnert sei hier nur an den Apotheker Dr. Johann Caspar Engelleder, der wegen eines gegen ihn ausgesprochenen Urteils in einem Zivilprozess „sehr grobe Injurien“ gegen den Rat ausstieß, auch in Eingaben an die Bürgerschaft, wahrscheinlich unter Berufung auf das „Manifest der bürgerlichen Freiheit“ für seine Sache warb. Vom Rat als „Obrigkeitsschänder“ und „wegen vorgehabter Aufwiegelung“ kriminalisiert, entfloh er 1729/30 über Harburg nach Amsterdam. Von dort auf Ersuchen des hamburgischen Rats ausgeliefert, nahm er sich auf dem Schiff, das ihn nach Hamburg zurück brachte, durch Gift das Leben. Der Rat ließ die Leiche auf schimpfliche Weise beerdigen, verurteilte Engelleder nachträglich (sic!) zum Tode, erklärte ihn (d.h. seine Erben) seiner Güter für verlustig, und verdamnte sein „Gedächtnis“. Auf den „Fall Engelleder“ werde ich an anderer Stelle näher eingehen.

²¹ Grolle (wie Anm. 1), S. 20.

²² Ebenda.

zurechtzurücken.²³ Seltsam nur, dass bereits vier Jahre nach dem Eklat von 1686 (der Belagerung Hamburgs durch den dänischen König) der Hamburger Senatssyndikus Wolderus Scheele im Beisein des Bürgermeisters Johann Diederich von Schaffshausen dem Präsidenten der zu Dänemark gehörigen Nachbarstadt Altona, Matthias Jessen, eingestand („beim trunk“ zwar, aber in vino veritas), „das[s] Jastram und Schnitgern zu viel geschehen“ [nach damaligem Sprachgebrauch: dass sie unschuldig waren, M.A.], aber es hette per raison d’Etat nicht anders sein können.²⁴ Jessen war, so erhellt ein Brief, den er an seinen Bruder, den Leiter der Deutschen Kanzlei des dänischen Königs, Thomas Balthasar von Jessen, schickte, „zum höchsten darob verwundert, wie er [Scheele], anitzo so verändert zu sein mir vorgekommen.“²⁵

Man fragt sich, warum unter solchen Umständen der hamburgische Rat noch einhundert Jahre später das Exempel von Jastram und Schnitger bemühen sollte, um „Unruhegeister“ abzuschrecken. Zwar pflegen „Politiker“, die Feindbilder entwerfen, sich um deren Wahrheitsgehalt nicht sonderlich zu bekümmern. Vielmehr geht es ihnen darum, zu polarisieren, um sich Gefolgschaft zu sichern. Aber die lebenslänglich amtierenden Ratsherren des 18. Jahrhunderts dürften kaum das Gefühl gehabt haben, dass sie eines Anhangs bedurften. Außerdem: Die in neuerer Literatur so genannten „Jastram-Snitgerschen Wirren“²⁶ – welche Parteilichkeit liegt nicht schon in solcher Bezeichnung! – waren zu komplex, um in das Prokrustesbett eines manichäischen Weltbildes zu passen. In den zwischen Rat und Bürgerschaft ausgefochtenen Kämpfen um die „höchste Gewalt“ im Staate, die lange vor Jastram und Schnitger begannen, fehlten klare Fronten. Der Riss ging durch einige der vornehmsten Familien und

²³ Vgl. etwa Hans-Dieter Loose: Das Zeitalter der Bürgerunruhen und der großen europäischen Kriege 1618-1712, in: Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose (Hrsg.): Hamburg – Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. I, S. 280: „Beide [Jastram und Schnitger, M.A.] wollten für ihre Stadt das Beste, vergriffen sich dabei aber im Mittel“. – Aber „während die Protektoren der Gegenpartei an der Selbständigkeit der Stadt interessiert waren, beanspruchte Christian V. die Oberhoheit über sie und würde – was seit 1679 offen zutage lag – jede sich bietende Gelegenheit zur Durchsetzung dieser Ansprüche auszunutzen versuchen. Dies nicht beachtet bzw. befangen in Parteienhaß, nicht beachten gewollt zu haben, ist die Schuld Jastrams und Snitgers, wurde ihr Verhängnis.“ Ferner behauptet der Autor, früherer langjähriger Leiter des Staatsarchivs Hamburg und von 1975-2005 auch Vorsitzender des Vereins für Hamburgische Geschichte, einer Propagandalüge der siegreichen Ratspartei aus dem Jahre 1686 aufsitzend, der dänische König habe 1686 bei der Belagerung Hamburgs die Schleifung der Außenwerke im Osten, Aufnahme einer dänischen Garnison und Übergabe der Stadtschlüssel“ gefordert (Ebenda, S. 279), eine Version, die sich inzwischen bis in historisierende Comics vorgespült hat.

²⁴ Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 65.1, Nr. 1669 I, M. Jessen an Th. B. v. Jessen, 1. August 1690.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Vgl. Hans-Dieter Loose: Die Jastram-Snitgerschen Wirren in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 53 (1967), S. 1-20. Durch die Fokussierung des Autors auf zeitgenössische Chronisten, von denen der eine oder andere an Klopffeister glaubte, ist das Urteil vorgeprägt.

reichte bis in den Rat, wie ein Blick auf die Verwandtschaftsverhältnisse Schnitgers verdeutlichen mag:

Einer der erbittertesten Gegner Schnitgers war der Ratsherr Peter Röver (1636-1710), der 1686 das Amt eines Prätors (Gerichtsverwalters), eines Richters, ausübte: Der Bruder von Rövers Frau war der Bürgermeister Meurer, Erzfeind der Bürgerpartei. Rövers Schwester Anna Margaretha war mit dem Vetter des Bürgermeisters verheiratet, und seine andere Schwester, Magdalena Wetken, war die Schwiegermutter von Hieronymus Schnitger. In erster Ehe hatte sich Schnitger mit einer Tochter des Oberalten Hinrich Sillem vermählt, einer Schwester des Ratsherrn Hieronymus Sillem. Eine andere Schwester von Hieronymus Sillem heiratete 1688 den Bürgermeister Lemmermann, wie Röver ein geschworener Feind Schnitgers. Der Licentiat der Rechte Nikolaus Sillem wurde als Vertrauter Jastrams und Schnitgers nach deren Untergang zu zehnjähriger Verbannung und hoher Geldstrafe verurteilt. Verwandt war Schnitger ferner mit dem bereits erwähnten Ratsherrn und späteren Bürgermeister Schaffshausen, der mit der Bürgerpartei sympathisierte und geheime Kontakte zum dänischen Residenten in Hamburg unterhielt, aber in letzter Minute die Seiten wechselte. Im Jahre 1694 – es waren erst acht Jahre seit der Hinrichtung Jastrams und Schnitgers vergangen – heiratete Schnitgers Witwe einen Major aus der Familie Schaffshausen.

Es liegt auf der Hand, dass die in den Sturz und die Vernichtung Jastrams und Schnitgers verwickelten Familien kein Interesse daran haben konnten, noch hundert Jahre später durch an Stadttore aufgespießte Schädel mit ihrer eigenen Geschichte konfrontiert zu werden. Schon daher drängen sich Zweifel auf an Grolles Aussage, wonach noch zu Zeiten des Heinrich Ludwig von Heß die Köpfe von Jastram und Schnitger öffentlich zur Schau gestellt waren. Man möchte auch wissen, was es damit auf sich habe. Zumal Grolle darauf verzichtet, seine Feststellung zu belegen, so dass der Eindruck entsteht, hier würde nur ein längst gesichertes und allgemein anerkanntes Ergebnis der Forschung referiert.

Man muss auf Grolles Beitrag „Eine Republik wird besichtigt. Das Hamburg-Bild des Aufklärers Jonas Ludwig von Heß“ (1756-1823) über den Sohn des Heinrich Ludwig von Heß zurückgehen – zuerst 1993 in der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte erschienen, 1997 vom Autor in seine vom Verlag des Vereins

herausgegebene Aufsatzsammlung „Hamburg und seine Historiker“ unverändert aufgenommen. Dort heißt es:

„Auch wenn seither [seit der Hinrichtung Jastrams und Schnitgers 1686, MA] mehr als 100 Jahre vergangen waren, der Eklat war keineswegs vergessen. Zur Abschreckung für Aufrührer waren die Schädel von Snitger und Jastram noch zu Heß‘Zeiten am Steintor und am Millerntor aufgespießt zu sehen.“²⁷

Dabei berief sich Grolle auf „Jonas Ludwig von Heß, Topographisch politisch-historische Beschreibung der Stadt Hamburg, Bd. 1, Hbg. 1787“, ²⁸ S. 58 und 61.

I. Was man bei Jonas Ludwig von Heß wirklich liest

Anno 1787:

1. Zum Millern- oder Altonaer Tor (S. 58):

„Auch bemerkt man zur rechten Seite beim Hereinkommen eine eiserne Stange, auf welcher der abgehauene Kopf Jastram’s, eines Hamburgischen Bürgers und Färbers, der einen Verrath wider die Stadt bei Dänemark begangen hatte, 1686 gesteckt worden.“

2. Zum Steintor (S. 61):

„Ueber dem Thorgewölbe sieht man die Jahreszahl 1762, als den Zeitpunkt der Renovation. An der Aussenseite über dem Gewölbe ragt die mit einer Platte versehene Stange hervor, die vormals den Kopf Schnitgers, Jastrams Gefährten im Stadtverrathe, getragen hat.“

„Vormals“, das heißt vor 1787: Die Beschreibung des Steintors zeigt, dass ein Passant im Jahre 1787 dort lediglich eine mit einer Platte versehene Stange sehen konnte, nicht aber den Schädel Schnitgers.

Was Jonas Ludwig von Heß zum Millerntor notierte, mag missverständlich sein, zumal für Leser des 20/21. Jahrhunderts. Heß wandte sich aber an Zeitgenossen, die sich noch ein eigenes Bild machen konnten. Eigentlich schreibt Heß nur, dass Jastrams

²⁷ ZHG 79 (1993), S. 16f.; Joist Grolle: Hamburg und seine Historiker, Hamburg 1997, S. 19.

²⁸ Eigentlich: Jonas Ludwig von Heß: Hamburg topographisch, politisch und historisch beschrieben, Erster Theil, Hamburg 1787.

Kopf 1686 auf eine Stange „gesteckt worden“, nicht aber, dass er sich noch einhundert Jahre später darauf befand.

In der 1810 erschienenen zweiten Auflage seiner Topographie hat Jonas Ludwig von Heß seine früheren Aussagen zum Millern- und zum Steintor zusammengefasst. Die Eintragung – von Grolle übersehen – lautet:

„An der Aussenseite ueber dem Gewölbe [des Steintors] ragte noch vor 20 Jahren die mit einer Platte versehene Stange hervor, die vormals den Kopf Schnittgers getragen hatte. Ein Aehnliches sahe man am Millerthor, auf welcher seines Gefährten Jastrams Kopf gesteckt ward“.²⁹

Am Millerntor sah man also 1790 „ein Ähnliches“ wie am Steintor – will heißen: eine ebenfalls mit einer Platte versehene Stange, auf der Jastrams Schädel einhundert Jahre zuvor „gesteckt ward“. „Gesteckt ward“, nicht: „steckte“! Und die Stangen? Wenn sie 1790 noch zu besichtigen waren, waren sie es dann 1791 schon nicht mehr? Nimmt man Heß beim Wort, so müssen sie kurz nach 1790 weggekommen sein.

In der Tat. In einem Protokoll des für die Instandhaltung der Stadttore verantwortlichen städtischen Bauhofs ist vermerkt, dass während einer umfangreichen Reparatur des Steintors Ende Mai 1791 die Stange aus dem Gemäuer fiel. Auf Vorschlag des Bauhofs-Herrn, Senator Anckelmann, beschloss der Rat am 6. Juni 1791, die Stange „nicht wieder daselbst zu befestigen“, und zugleich „die andre, am Altonaer Thore befindliche, für Jastrams Kopf bestimmt gewesene, Stange, gelegentlich wegnehmen zu lassen.“³⁰ Prompt wurde der Auftrag ausgeführt, wie der zuständige Bauhofsbürger Bernhard Eybe im Bauhofsprotokoll am 11. Juni 1791 vermerkte.³¹ Damit war auf Befehl der Obrigkeit auch die letzte, ohnehin nur noch indirekte Erinnerung, an die angeblichen Urheber des Eklats von 1686, Jastram und Schnitger, getilgt.

²⁹ Jonas Ludwig von Heß: Hamburg topographisch, politisch und historisch beschrieben, 2. Auflage, umgearbeitet und verändert, I. Theil, Hamburg 1810, S. 84. Man sieht übrigens, dass Heß hier den Vorwurf des Stadtverrats fallen gelassen hat.

³⁰ StAH 111-1, Senat, Cl. VIII, Nr. Xa, 1791, Band 1 (Senatsprotokoll), vgl. StAH 321-2, Baudeputation, A 3 Band 7 (Bauhofsprotokoll), S. 331f.

³¹ Ebenda, Baudeputation, A 3, Band 7, S. 334. In der topographischen Literatur des späten 19. Jahrhunderts sind diese Fakten zutreffend, wenn auch ohne Nachweis und ungenau festgehalten. Vgl. Cipriano F. Gaedechens: Historische Topographie der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrer nächsten Umgebung von der Entstehung bis auf die Gegenwart, Hamburg 1880, S. 167 (ohne Nachweis): „ 1791 [wurde] vom Thore die Stange entfernt, auf der Snitgers Kopf einst befestigt war, zugleich mit der Stange für Jastrams Kopf am Millerthor.“ Hervorhebung von mir.

II. Die Hinrichtung Jastrams und Schnitgers im Lichte eines zeitgenössischen Presseberichts

Aus: Hamburger Relations-Courier, 5. Oktober 1686:

„Gestern ist zu Hamburg, ausserhalb dem Steinthor auf dem ordinari Gericht-Platz die Execution der oftgemeldten Delinquenten, als Cord Jastrams und Jeronimus Schnitgers, vorgangen, allda sie vermöge über sie gefällter Urtheile solchergestalt vom Leben zum Tode gebracht, daß nemlich erst Cord Jastram geköpft, dem Jeronimus Schnitger gefolget. Hernach ward Jastrams Rumpff entkleidet, und auf einem neuen Tische gevierteilt; das Gedärme ward erstlich ausgerissen, hernach der Leib in vier Theile mit einem Henckers-Beile zerhauen, und zusammen in eine Ballie³² geworffen. Darauf wurden die Eyserne Stangen durch die Köpfe getrieben, also, daß selbige oben und unten zwischen 2 Eyserne Platen befestiget wurden. Endlich wurden der geviertelte und andere Körper unter dem Gerichte in die Erde verscharret, und darauff die Köpfe in besagter Ballie auf den Henckers-Wagen nach dem Thor geführtet, allda sie jeder an seinen Ort, nach einander aufgesteckt wurden.“³³

III. Was aus den am Millern- bzw. Steintor aufgespießten Schädeln Jastrams und Schnitgers wurde

Die zitierten Äußerungen des Jonas Ludwig von Heß von 1787/1810 sowie die Protokollnotizen von Senat und Bauhof aus dem Jahre 1791 lassen, gerade weil sie so vage sind, vermuten, dass zu dieser Zeit, wenn überhaupt, kaum noch einer gewusst haben dürfte, was mit den Schädeln von Jastram und Schnitger passiert war. Sie müssen also schon lange Zeit vorher von den Stangen entfernt worden sein. Was sagen die Quellen?

6./7. August 1712: Jastrams Kopf verschwunden

Aus: Der Hollsteinische unpartheyische Correspondente, Mittwoch, 17. August 1712:

„Hamburg/14. August. Den 8. ward allhier ein Placat angeschlagen/um die Todten [wegen der zu dieser Zeit in Hamburg grassierenden Pest, M.A.]innerhalb 4 à 5 Tagen begraben zu lassen; den 12ten widerum eines/worin alle die Verordnungen so vorm Jahr wegen der Pest geschehen erneuert worden. Des Nachts zwischen den 6. und 7.

³² Ballie, Ballje = Wanne, Bottich, Kübel (M.A.).

³³ Exemplar der Commerzbibliothek Hamburg, S/678.

dieses/ ist das Haupt von Kort Jastram/ welches sieder 1686 an dem Altonaer-Thor auf einer Stange gesteckt/ weggekommen/ ohne daß man weiß wohin.“³⁴

Der Verlust wurde am 7. August 1712, morgens, einem Sonntag, entdeckt.

In einer zeitgenössischen Handschrift lesen wir dazu:

„es geschah aber deswegen kein umtrommeln noch nachfragen auf welche art derselbe wäre weggekommen, deswegen praesumirte der eine dieß der andere das.“³⁵

Jastrams Schädel blieb verschwunden – wie eine anonyme orthodox-protestantische Streitschrift aus dem Jahre 1728 belegt, in der Jastrams Gefährte Schnitger, ohne dessen Namen zu nennen, verhöhnt wurde, weil er sich seinerzeit für die Berufung des umstrittenen pietistischen Pastors Johann Heinrich Horb (1645-1695) nach Hamburg eingesetzt hatte:

„Von demjenigen, welcher mit seinen Dreuworten ein grosses zu seiner [Horbs] Wahl gethan, will nun dieses melden, daß keine drey Jahre verlauffen, so klopfte ihn GOTT auff die Finger, und ward ihm wegen gantz anderer und politischer Ursachen die Kehl zwar nicht zugeschnüret, sondern eröffnet. (...) ,und sein Haupt stehet annoch auff einer eisernen Stange vor dem Steinthor, obgleich seines mit-executirten Kopff vor dem Altonaerthor durch eine sonderbare Begebenheit hinweggenommen worden.“³⁶

Eine systematische Durchsicht der Indices aller noch vorhandenen Senatsprotokolle und anderer einschlägiger Archivbestände des 18. Jahrhunderts bestätigt darüber hinaus diesen Befund: Die Täter wurden nie festgestellt. Der Rat schwieg. Der Vorgang geriet in Vergessenheit.

12. November 1731: Schnitgers Kopf „von der Stange gefallen“ und vom Henker beseitigt

³⁴ Exemplar der Commerzbibliothek Hamburg S/678. Vgl. Johann Gustav Gallois: Hamburgische Chronik von den ältesten Zeiten bis auf die Jetztzeit, Bd. III, Hamburg 1862, S. 895: „In der Nacht vom 6. auf den 7. August [1712] verschwand Jastrams Kopf von der eisernen Stange über dem Millerthore.“ An anderer Stelle desselben Bandes datiert Gallois hingegen das Ereignis fälschlich auf den 14. August: „Jastram’s Kopf ist am 14. August 1712 von unbekannter Hand vom Thore entfernt worden.“ (S. 821). Johann Gustav Gallois (1815-1872) tat sich in der Revolution 1848 in Hamburg als Liberaldemokrat hervor und fristete als solcher im Verein für Hamburgische Geschichte, dem er bereits dessen Gründung als 23Jähriger beigetreten war, eine Randexistenz.

³⁵ StAH 731-1, Handschriftensammlung Nr. 1901, „Tratziger-Chronik“ (begonnen 1695), S. 980. Vgl. Commerzbibliothek Hamburg, S/634, „Tratziger-Chronica (Jahrbücher), Bd. 2 (1700-1762), verfasst von H. Wahn, S. 103.

³⁶ Zurücktreibung des unnützen Geschwätzes, mit welchem der Zanck= und schmähstüchtige Halb-Papist zu Dresden, Bernhard Walther Marperger, die ehemalige Horbianische Streitigkeiten wiederum rege zu machen unternommen, A.C.1728, S. 6, Commerzbibliothek Hamburg S/964, Nr. 19.

Auf einer Chronik des 18. Jahrhunderts beruhend, heißt es bei Johann Gustav Gallois, Hamburgische Chronik, Hamburg 1862:

Anno 1731: „In der Nacht vom 12. November [sic!] fiel Hier. Snitger’s Kopf von seiner eisernen Stange über dem Steinthor herunter.“³⁷

Eine andere zeitgenössische Chronik berichtet zu Beginn des Jahres 1732:

„Um diese Zeit fiel der Schnittgersche Kopf, der sieder Anno 1686 auf einer Stangen übern Stein Thor gesteckt, herunter, und wurde von dem Scharfrichter beyseite gebracht, hatte fast 46 Jahr alda gesteckt.“³⁸

IV. Schlussbetrachtung

1782, als Heinrich Ludwig von Heß seine Kritik an der Hamburgischen Verfassungswirklichkeit veröffentlichte, war die „offizielle“ Erinnerung an Jastram und Schnitger verblasst. Siebzig Jahre waren inzwischen vergangen, seitdem Unbekannte Jastrams Kopf vom Millerntor entwendet hatten, rund fünfzig Jahre, seitdem Schnitgers Schädel von der Stange „gefallen“ und anschließend vom Henker in aller Stille beseitigt worden war. In beiden Fällen war der Rat beflissen, Aufsehen zu vermeiden und die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Unvergessen war, wie sehr führende Familien in den Eklat von 1686 verwickelt waren, als Opfer und/oder Täter, unvergessen auch, dass Jastram und Schnitger ihr Leben nicht etwa verwirkt hatten, weil sie an der Belagerung Hamburgs durch den dänischen König schuld gewesen oder sich als Aufrührer betätigt hätten, sondern weil sie als Sündenböcke für tief in der Geschichte verwurzelte innere Konflikte und außenpolitische Verwicklungen herhalten mussten. Der Rat hatte kein Interesse daran, durch die öffentliche Präsentation von Totenköpfen die Erinnerung an die grausame Hinrichtung Jastrams und Schnitgers wach zu halten – im Gegenteil: Es ging ihm darum, kritisches historisch-politisches Bewusstsein einzuschläfern. Insofern war es ihm nicht um Abschreckung zu tun, sondern um Ablenkung, letztlich um Amnesie. Und kann man bestreiten, dass er damit ziemlich erfolgreich war?

³⁷ Gallois (wie Anm. 34), S. 76. Die hier von Gallois benutzte Quelle habe ich nicht gefunden, daher auch nicht ermitteln können, wie er zu der nicht ganz klaren Auskunft gelangte: „Nacht vom 12. November“.

³⁸ Tratziger-Chronica (wie Anm. 35), S. 311.

Was Heinrich Ludwig von Heß angeht, so stellte er weder tatsächlich noch „gefühlte“ eine Gefahr für das hamburgische Stadtre Regiment dar. Die aus heutiger Sicht fast unglaubliche Reaktion der städtischen Obrigkeit auf Heß' Publikation war einer Arkanpolitik geschuldet, die sich die als „Amtswalter von Gottes Gnaden“ verstehenden Ratsherren nicht von einem Publizisten ausreden lassen wollten und die mit ihrer Skrupellosigkeit vereinbar war, sich zur Abwehr aufgeklärter politischer Kritik eines Strafrechts zu bedienen, das damals zu den rückständigsten in Deutschland gehörte. Historiker, die sich mit dem 18. Jahrhundert beschäftigen und sich vorwiegend auf literarische und/oder volkskundliche Paradigmen, intellektuelle sowie philanthropische und pädagogische Strömungen konzentrieren, neigen verständlicherweise dazu, weniger erfreuliche Traditionen zu ignorieren, die neben der „Aufklärung“ und zum Teil mit ihr verwoben existierten und deren Kenntnis und angemessene Berücksichtigung zum Aufbau eines wirklichkeitsgetreuen Gesamtbildes unerlässlich ist.

Schließlich gehört zur Wahrheitsfindung in der Historie Diskussion, nicht um bloße Meinungen auszutauschen und Sichtweisen zu präsentieren, sondern um Sachverhalte zu klären. Die Tatsache, dass ein Lesefehler, der im Prinzip jedem unterlaufen kann, sowie mangelhafte Quellenkritik zur Stützung eines falschen Geschichtsbildes geführt hat und noch fünfzehn Jahre später im Verein für Hamburgische Geschichte nicht korrigiert ist, zeigt, was die Abwesenheit von Fehlerkritik in einer Zeitschrift mit wissenschaftlichem Anspruch anrichten kann.³⁹

³⁹ Was für ältere Epochen gilt, gilt in verstärktem Maße für die Neueste Geschichte, so für die von mir im Frühjahr 2005, damals als Mitglied, erstmals zur Sprache gebrachte Tabuisierung der NS-Vergangenheit des Vereins. Vgl. Manfred Asendorf: Von verschämtem Antisemitismus zum „Arierparagrafen“ – der Verein für Hamburgische Geschichte und die Ausgrenzung seiner jüdischen Mitglieder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, hrsg. vom Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Bd. 141/142 (2005/2006) (erschienen Anfang 2008), S. 159-287. – Joist Grolle / Ina Lorenz: Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus dem Verein für Hamburgische Geschichte. Ein lange beschwiegenes Kapitel der NS-Zeit (mit biographischem Anhang), in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 93 (2007), S. 1-145. Der Vereinsvorsitzende Grolle stellte vor der Mitgliederversammlung im Frühjahr 2008 fest, dass die Version des Vereins einige Monate vor der meinigen erschienen ist.

Heide Wunder

Dorothea Friderika Baldinger (1743-1786)

Eine „Intellektuelle“ der Aufklärung?

„Durch Witz belebt, durch Kenntniß aufgeklärt;
Doch gut zu seyn, war ihr noch größrer Wert;
Treu ihrer Pflicht, zu glänzen unbemüht;
Nun lohnt Er ihr, der in's Verborgene sieht.“¹

Mit dieser „Grabschrift der Fr. Hofrätthinn Baldinger“ ehrte der Göttinger Professor der Naturlehre und der Geometrie Abraham Gotthelf Kästner (1719-1800)² die im Januar 1786 mit 42 Jahren³ verstorbene Dorothea Friderika Baldinger, Ehefrau des Medizinprofessors am Kasseler Collegium Carolinum Ernst Gottfried Baldinger (1738-1804). Ihr Grab ist nicht bekannt⁴, kein weiterer Nachruf überliefert. Allerdings schickte Kästner seine „Grabschrift“ an die Schriftstellerin Sophie von La Roche in Speyer, da er von deren Wertschätzung für die Baldinger wusste, im Vertrauen darauf, dass sie das Gedicht in ihren Kreisen verbreiteten würde.⁵ Als Sophie von La Roche 1791 Baldingers „Versuch über meine Verstandeserziehung. An einen meiner Freunde“ publizierte, warb sie wiederum mit der Grabschrift des berühmten Kästner um Aufmerksamkeit für die Baldinger.⁶ Kästner selbst verfasste 1791 eine kurze Rezension des „Versuch“ für die „Göttingischen Anzeigen“, die anscheinend Theodor Gottlieb von Hippel auf die Baldinger aufmerksam machte, so dass er sie in seinem berühmten Werk „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ (1792) als Beispiel

¹ Abraham Gotthelf Kästner: Gesammelte Poetische und Prosaische Schönwissenschaftliche Werke, T. 1, Berlin 1841 (Reprint Frankfurt a. M. 1971), S. 81, Nr. 273.

² Vgl. M. Cantor / J. Minor: Kaestner, Abraham Gotthelf Kästner, in: ADB, Bd. 15, Leipzig 1882, S. 439-451.

³ Astrid Otto: Schreibende Frauen vom 16. bis 20. Jahrhundert. Lebensläufe und Bibliographien, mit einer Einführung von Angelika Schlimmer (Schriftenreihe des Archivs der deutschen Frauenbewegung 2), Kassel 1999, S. 33, hat entgegen der üblichen Angabe 1739 als Geburtsjahr 1743 ermittelt.

⁴ Vgl. Casselische Policey- und Commerciens-Zeitung vom 13. 1. 1786, S. 90.

⁵ Sophie von La Roche schrieb am 4. 3. 1786 an Gräfin Elise zu Solms-Laubach: „Ich verlor indessen meine Freundin Baldinger in Kassel und erhielt von Kästner die Abschrift der Verse, welche er auf ihren Aschenkrug schrieb.“ Vgl. Michael Maurer (Hrsg.): Ich bin mehr Herz als Kopf. Sophie von La Roche. Ein Lebensbild in Briefen, München 1983, S. 280, 436. In der von La Roche zitierten Version ist die zweite Zeile umgestellt: „War gut zu sein doch ihr noch größrer Wert“.

⁶ „Lebensbeschreibung von Friderika Baldinger von ihr selbst verfaßt. Herausgegeben und mit einer Vorrede begleitet von Sophie, Wittwe von la Roche“, Offenbach 1791, im Folgenden zitiert als „Versuch“ nach der Edition von Magdalene Heuser, in: Magdalene Heuser u.a. (Hrsg.): „Ich wünschte so gar gelehrt zu werden“. Drei Autobiographien von Frauen des 18. Jahrhunderts. Texte und Erläuterungen, Göttingen 1994, S. 8-24, 185-204 (Erläuterungen), hier S. 10.

für unangebrachte weibliche Bescheidenheit anführte.⁷ Obwohl Friderika Baldinger kaum in der literarischen Öffentlichkeit hervorgetreten war, blieb sie bekannt, so dass sie in Adalbert von Hansteins „Die Frauen in der Geschichte des Deutschen Geistesleben des 18. und 19. Jahrhunderts“ (1899/1900) einen Platz erhielt. Eine bemerkenswerte Tradition führt über Gelehrtenbiographien und Nekrologe, die ihren berühmten Ehemann würdigten und dabei seine Ehefrau erwähnten. So heißt es 1819 von ihr im „Strieder“⁸: „Baldinger wurde von der ausgezeichneten Geistesbildung dieses seltenen Frauenzimmers, und zugleich von der großen Würde ihres Charakters so eingenommen, dass er sich um ihre Hand bewarb.“ Die Baldinger war also keine Unbekannte, bevor die feministische Literaturwissenschaft sie neu entdeckte.

Sophie von La Roche schätzte Baldingers „Versuch“ vor allem, weil sie in ihm den besten Beleg dafür erblickte, dass das weibliche Geschlecht sich Bildungschancen eröffnen konnte, obwohl die Rahmenbedingungen äußerst ungünstig waren. In ihrer Vorrede in Form eines Briefes an Caroline Freifrau von Lühe sprach sie vom „männlichen Geist und Character“ (S. 9)⁹ der Baldinger, bestätigt in ihrer Freundschaft mit Gelehrten wie Kästner und Lichtenberg. Nach der Wortwahl des wegen seines Scharfsinns und seiner Ironie gefürchteten Gelehrten Kästner¹⁰ beruhte sein Urteil über die Baldinger auf den Kriterien: „durch Witz belebt“, „durch Kenntniß aufgeklärt“ und „gut zu seyn“. Mit dieser Charakterisierung, die sich auf das Programm der deutschen Aufklärung bezog, machte der Aufklärer Kästner die Baldinger sich ebenbürtig. Wenn er in ihr eine Geistesverwandte erkannte, so provoziert dies die Frage, wie diese Geistesverwandtschaft im Einzelnen beschaffen war und ob sie es zulässt, von

⁷ So erstmals Michaela Holdenried: „Ich, die schlechteste von allen“. Zum Zusammenhang von Berechtigung, Schuldbekennnis und Subversion in autobiographischen Werken von Frauen, in: Dies. (Hrsg.): *Geschriebenes Leben. Autobiographik von Frauen*, Berlin 1995, S. 402-420, hier S. 414f.; Theodor Gottlieb von Hippel: *Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber. Anhang: Nachlass über weibliche Bildung*. Mit einer Einleitung von Juliane Dittrich-Jacobi, Vaduz / Liechtenstein 1981 (Reprint der Ausgabe von 1828), S. 251; vgl. auch Ulrike Weckel: *Gleichheit auf dem Prüfstand. Zur zeitgenössischen Rezeption der Streitschriften von Theodor Gottlieb von Hippel und Mary Wollstonecraft in Deutschland*, in: Claudia Opitz / Ulrike Weckel / Elke Kleinau (Hrsg.): *Tugend, Vernunft und Gefühl. Geschlechterdiskurse der Aufklärung und weibliche Lebenswelten*, Münster u. a. 2000, S. 209-247.

⁸ Baldinger (Ernst Gottfried), in: Friedrich Wilhelm Strieder: *Grundlage zu einer hessischen Gelehrten- und Schriftsteller-Geschichte. Von der Reformation bis auf gegenwärtige Zeiten*, Bd. 18, Marburg 1819, S. 4, 8f.

⁹ Wird der Wortlaut des „Versuchs“ (wie Anm. 6) im Text zitiert, folgt die Seitenangabe im Text.

¹⁰ Kästner galt als „notorischer Zankhahn“: vgl. Ulrich Joost: *Göttinger Gelehrtengezänk. Zur inneren Verfassung der Gelehrtenrepublik, dargestellt am Beispiel von Professorenstreitigkeiten im 18. Jahrhundert*, Göttinger Jahrbuch 34 (1986), S. 45-82, hier S. 46.

Friederika Baldinger als einer „Intellektuellen“ zu sprechen, werden doch die Anfänge der Intellektuellen im Zeitalter der Aufklärung gesucht.¹¹

Zunächst ist zu klären, worin diese Geistesverwandtschaft bestand und wie sie sich manifestierte. Ausgehend von Kästners Grabschrift erläutere ich die Bedeutungsfelder und Kontexte seiner zentralen Charakterisierungen „durch Witz belebt“, „durch Kenntniß aufgeklärt“, „gut zu seyn“, die in der bisherigen Forschung nicht beachtet worden sind. Im Mittelpunkt meiner Studie steht jedoch Baldingers „Versuch“, den ich auf Hinweise über ihre Intellektualität befrage. Auf dieser Grundlage erörtere ich, ob und wie Friederika Baldinger als „Intellektuelle“ zu verorten sein könnte.

Mein Quellenkorpus umfasst neben Kästners Grabschrift Baldingers „Versuch über meine Verstandeserziehung. An einen meiner Freunde“, den Briefwechsel Kästner-Baldinger¹², die Kästnerbriefe an die Baldingertochter Amalie v. Gehren, seine Sinngedichte auf Mitglieder der Familie Baldinger¹³ sowie die editierten Briefe Georg Christoph Lichtenbergs¹⁴, Georg Forsters¹⁵ und Therese Hubers¹⁶.

„durch Witz belebt“ – „durch Kenntniß aufgeklärt“ – „gut zu seyn“

Kästners Würdigungen gewinnen ihre Aussagekraft, wenn sie in der Sprache des 18. Jahrhunderts und im Wertehimmel der Aufklärung situiert werden. „Witz“ korrespondierte im aufgeklärten Sprachgebrauch mit frz. *esprit*¹⁷; mit „durch Kenntniß aufgeklärt“ bezeichnete Kästner umfassendes Wissen, das die Verstorbene zu ihrer Selbstaufklärung wie zur Welterklärung genutzt hatte. Die Steigerung – „Doch gut zu

¹¹ Vgl. Hans-Manfred Bock: Der Intellektuelle und der Mandarin? Zur Rolle des Intellektuellen in Frankreich und Deutschland, in: Frankreich-Jahrbuch 1998, Opladen 1998, S. 35-51; http://www.der-deutsche-intellektuelle.de/html/body_die_anfange.html.

¹² Abraham Gotthelf Kästner: Briefe aus sechs Jahrzehnten 1745-1800, Berlin 1912 sowie die von Magdalena Heuser ausgewerteten handschriftlichen Briefe in ihrer Edition des „Versuchs“ (wie Anm. 6) und in ihrem Aufsatz „Zwischen Kochtopf und Verstandeserziehung, Briefen und Gelehrtenautobiographie: Dorothea Friederika Baldinger“, in: Dies. (Hrsg.): Autobiographien von Frauen. Beiträge zu ihrer Geschichte, Tübingen 1996, S. 152-174.

¹³ Amalie von Gehren, geborene Baldinger (Hrsg.): Dreissig Briefe und mehrere Sinngedichte, Darmstadt 1809. Die Kommentierungen der Baldingertochter geben wichtige Hinweise zum Verständnis der Briefe und Sinngedichte Kästners.

¹⁴ Georg Christoph Lichtenberg: Briefwechsel, 5 Bde, hrsg. von Ulrich Joost, München 1983-2004.

¹⁵ Georg Forster: Werke in vier Bänden, hrsg. von Gerhard Steiner, 4. Bd. Briefe, Frankfurt a. M. 1970.

¹⁶ Therese Huber: Briefe, Bd. 1: 1774-1803, bearb. von Magdalene Heuser in Zusammenarbeit mit Corinna Bergmann-Törner / Diane Coleman Brandt / Jutta Harmeyer und Petra Wulbusch, Tübingen 1999.

¹⁷ Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch (Nachdruck), Bd. 30, München 1984, Sp. 861-888, hier Sp. 880.

seyn, war ihr noch größrer Wert; Treu ihrer Pflicht, zu glänzen unbemüht;“ – liest sich heute ambivalent. Auf den ersten Blick scheint es sich um die zeitgenössische Vorstellung von der „Bestimmung des Weibes“ und seiner Pflichten gegenüber Ehemann und Kindern zu handeln, die es nicht zuließ, eine Frau auf Grund ihrer intellektuellen Fähigkeiten zu würdigen, und die das Schreckbild des „gelehrten Frauenzimmers“ an die Wand malte.¹⁸ Tatsächlich hat Sophie von La Roche 1791 diese Stelle in ihrer Vorrede zu Baldingers „Versuch“ auf „das Herz der besten Mutter und schätzbarsten Freundin“ (S. 10) bezogen. Wahrscheinlich meinte der Aufklärer Kästner jedoch mehr, nämlich den umfassenden Tugendbegriff als Teil aufgeklärten Menschentums, wie er als „Botschaft der Tugend“ entwickelt worden war.¹⁹

Kästners Charakterisierung muss auf der genauen Kenntnis der Person Friderika Baldingers beruhen, denn in der literarischen Öffentlichkeit ist sie zu ihren Lebzeiten erst spät – 1782/83 – mit nur zwei Beiträgen im „Magazin für Frauenzimmer“ aufgetreten.²⁰ Kästner kannte Friderika Baldinger seit 1773, als sie ihrem wissenschaftlich renommierten Ehemann von Jena nach Göttingen folgte. Hier fand sich das Ehepaar Baldinger in einem Zentrum der Aufklärung wieder, in dem die Professoren der Universität, die sich um Publikationsprojekte gruppieren, eine führende Rolle spielten.²¹ An erster Stelle ist die Rezensionszeitschrift „Göttingische Zeitungen von gelehrten Sachen“ (seit 1739 bei Vandenhoeck) zu nennen, in der sowohl fachwissenschaftliche als auch „schönwissenschaftliche“ Bücher besprochen und heftige wissenschaftliche Kontroversen²² ausgetragen wurden. Die 1738 gegründete Deutsche Gesellschaft war 1762 von A. G. Kästner neu belebt und reformiert worden: Nunmehr versammelten sich nicht mehr vor allem Studenten, sondern ein ausgewählter Kreis prominenter Professoren, um die deutsche Sprache zu pflegen und für die Popularisierung von Forschungsergebnissen zu nutzen. Primär literarisch orientiert war der „Göttinger Musenalmanach“ (verlegt von Dieterich), der 1769 von Heinrich Christian Boie und

¹⁸ Magdalena Heuser, Nachwort, in: Heuser (wie Anm. 6), S. 264f.

¹⁹ Wolfgang Martens: Die Botschaft der Tugend. Die Aufklärung im Spiegel der deutschen Moralischen Wochenschriften, Stuttgart 1968.

²⁰ Dorothea Friderika Baldinger: Über das alte Schloß Plesse (*), bei Göttingen. Ein Brief von Madame *** an H. K. in C., in: Magazin für Frauenzimmer 1 (1783), Bd. 1, S. 179-186; Dies.: Ermahnungen einer Mutter, an ihre Tochter. Am Confirmationstage, in: Magazin für Frauenzimmer 2 (1783), Bd. 2, S. 99-103.

²¹ Vgl. Friedrich Hassenstein: Das literarische Leben, in: Ernst Böhme / Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 2, Göttingen 2002, S. 947-978.

²² Vgl. Joost (wie Anm. 9).

Friedrich Wilhelm Gotter begründet, 1779 von Gottfried August Bürger weitergeführt wurde, aber schon 1774 das Publikationsorgan des „Hainbunds“ geworden war.

Das vielseitig interessierte Ehepaar Baldinger²³ fand schnell Anschluss an die Göttinger literarisch-wissenschaftlichen Kreise. Ihr Haus stand selbstverständlich durchreisenden Freunden und Bekannten offen, insbesondere aber den Kollegen, vor allem an den Samstagen. Über die Professorenfrauen schrieb Friderika Baldinger: „Die meisten meiner Frau Kolleginnen habe ich gesehen, aber auch manche von ihnen beim erstenmale ihres Besuchs satt gekriegt, daß ich mich nach keiner genaueren Bekanntschaft mit ihnen sehne.“²⁴ Sie kannte Therese Heyne (geb. Weiß), die erste Frau des Professors Christian Gottlob Heyne²⁵, und korrespondierte mit Dorothea Spangenberg, die unter dem Namen „Emilie“ im Musenalmanach Gedichte publizierte²⁶. Die berühmten Göttinger „Universitätsmamsellen“²⁷, wie die Töchter der Professoren Heyne, Michaelis, Gatterer, Wedekind und Schlözer, steckten noch in den Kinderschuhen und waren im Alter ihrer eigenen Töchter. Baldingers Äußerungen aus der Kasseler Zeit deuten eher auf eine kritische Wahrnehmung. So berichtete sie Kästner vom Antrittsbesuch des Ehepaars Forster am 8. September 1785: „Sie [Therese Heyne] war angezogen wie eine Landstreicherin, in einem garstigen blauen Reise Rock mit bloßen busen, was man hier nicht gewont ist, die Hare waren ihr ins gesicht geschnitten.“²⁸ Georg Forster gab seinem Schwiegervater Heyne folgende Schilderung dieser Begegnung:

„Baldinger sieht gesunder aus als je und seine Frau bezeigte sich gegen Theresen ganz artig, ohngefähr so wie ein grimmiges Tier, das die Klauen einzieht und wider Gewohnheit denen schmeichelt, die es sanft streicheln. Freilich hat es Therese am Streicheln auch nicht fehlen lassen.“²⁹

²³ Über die vielseitigen wissenschaftlichen Interessen und Aktivitäten Baldingers gibt seine Bibliothek Auskunft: Vgl. Hartmut Broszinski: *illiteratissima urbs? Kassler Privatbibliotheken im 18. Jahrhundert*, in: Heide Wunder / Christina Vanja / Karl-Hermann Wegner (Hrsg.): *Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt*, Kassel 2000, S. 47-70, hier S. 62-65.

²⁴ Zitiert nach: Birgit Panke-Kochinke: *Göttinger Professorenfamilien. Strukturmerkmale weiblichen Lebenszusammenhangs im 18. und 19. Jahrhundert*, Pfaffenweiler 1993, S. 67.

²⁵ Zu Therese Heyne vgl. Heuser (wie Anm. 11), S. 158. Zum negativen Urteil der Tochter Therese über die Mutter vgl. Panke-Kochinke (wie Anm. 23), S. 153f.

²⁶ v. Gehren (wie Anm. 12), S. 32.

²⁷ Hassenstein (wie Anm. 20), S. 968-971.

²⁸ Huber (wie Anm. 15), S. 578, Nr. 103.

²⁹ Forster (wie Anm. 14), S. 369.

Die literarischen Werke von Philippine Gatterer, in Kassel mit dem Kriegssekretär Johann Philipp Nikolaus Engelhard verheiratet, fanden nicht den ungeteilten Beifall der Baldinger. Es liegt nahe, dass sie ähnlich wie ihrer Göttinger Freundin Dorothea Spangenberg dachte, die ihr am 26. Mai 1782 schrieb:

„Ph(ilippines) neue Gedichte sind wieder ein Beweis, wie sehr sie die Pflichten der Schamhaftigkeit mit Füßen tritt. Ich habe sie gelesen – u. mich geärgert. Einige sind vortrefflich, aber für Gattin u. Mutter u. nicht für ein junges Publikum interessant. Bei einem *Die Trauung* betitelt freut mich, dass mein Name nicht unter den Subscribenten stand – u. das konnte ein Mädchen schreiben. (...) Mein Mann erstaunte als ers las u. sagte: Keine Mannsperson würde mit so wenig Delikatesse von solchen Dingen schreiben.“³⁰

Kästner verkehrte regelmäßig im Hause Baldinger, man begegnete sich auch bei Einladungen von Kollegen und Verlegern.³¹ Die Baldingerkinder fühlten sich in Kästners Garten wie zu Hause³², Kästner korrespondierte mit den Töchtern, vor allem mit „Malchen“ (Amalie)³³, unterrichtete sie in Geometrie³⁴ und versorgte sie wie ihre Mutter mit Büchern aus seiner großen Bibliothek³⁵. Tatsächlich war der seit 1758 verwitwete Kästner auffallend um Friderika Baldinger bemüht, so dass Lichtenberg 1783 kommentierte: „Bey einem paar andern Personen würde die Chronique scandaleuse ohnstreitig schon allerley erzählen.“³⁶

In diesem geselligen Umgang ‚mit Familienanschluss‘ erhielt Kästner hinreichend Gelegenheit, sich vom „Witz“ der Baldinger, der sich per definitionem im Gespräch und in der Geselligkeit entfaltet³⁷, und vom aufgeklärten Gebrauch ihrer „Kenntniß“ zu überzeugen. Sie beeindruckte nicht nur ihn, sondern ebenso den jüngeren Philosophen und Satirikers Georg Christoph Lichtenberg (1743-1799), der in Briefen

³⁰ Ruth P. Dawson: Im Reifrock den Parnaß besteigen. Die Rezeption von Dichterinnen im 18. Jahrhundert (am Beispiel von Philippine Gatterer-Engelhard), in: *Frauensprache – Frauenliteratur? Für und Wider einer Psychoanalyse literarischer Werke*, hrsg. von Inge Stephan / Carl Pietzcker, Tübingen 1986, S. 24-29, hier S. 26.

³¹ Lichtenberg (wie Anm. 13), Bd. 2, München 1984, S. 629, S. 695-701, 753-778.

³² Heuser (wie Anm. 6), S. 193.

³³ v. Gehren (wie Anm. 12).

³⁴ v. Gehren (wie Anm. 12), S. 49: „Der alte Hofrath Abraham / Ist doch galant auf eigne Weise, / Schickt der Mama manch Epigramme / Und zeichnet für die Töchter Kreise.“

³⁵ Kästner an F. Baldinger am 20. 3. 1777, in: Kästner (wie Anm. 11), S. 126.

³⁶ Lichtenberg an Johann Andreas Schernhagen am 12. Juni 1783, in: Lichtenberg (wie Anm. 30).

³⁷ Artikel „Witz“, in: *Deutsches Wörterbuch* (wie Anm. 16), hier Sp. 876f.

an Friderika Baldinger zwei Abhandlungen, „Gedanken über das Verlieben und Macht des Frauenzimmers“ sowie „Fragment von Schwänzen“, entwickelte.³⁸

Eine Vorstellung von der Art der Gespräche zwischen Baldinger und Kästner vermitteln die Briefe, in denen sie weiter geführt wurden. Kästner bevorzugte sogar Briefe, weil er dann der ungeteilten Aufmerksamkeit seiner Gesprächspartnerin sicher sein konnte.³⁹ Die Intensität des Gedankenaustauschs dokumentieren etwa „12 bis 1.400 Briefe“, die Friderika Baldinger bis zum Januar 1783 an Kästner geschrieben hatte⁴⁰, im Mai 1783 besaß sie „von Kästner eine ganze Schublade voll Briefe in einer comode, viel Epigramme...“⁴¹ Obwohl der Briefwechsel nur bruchstückhaft überliefert ist, vor allem was die Briefe der Baldinger selbst angeht⁴², so vermitteln er doch einen Eindruck vom Gesprächston und von der Vielfalt der gemeinsam erörterten Themen.

„Versuch über meine Verstandeserziehung. An einen meiner Freunde“

Friderika Baldinger selbst sprach im „Versuch“ nicht von ihrem Witz und nicht von sich als „durch Kenntniß aufgeklärt“, sondern von ihrem „Verstand“. Könnte es sich um den „Verstand“ handeln, den Kant 1784 zum Kern seiner Definition von Aufklärung machte? „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ Diese Vermutung drängt sich auf, obwohl semantische Verschiebungen vom vorkantischen Begriffspaar „Verstand“ (lat. intellectus) – „Vernunft“ (lat. ratio) zu deren Neurelationierung in Kants „Kritik der

³⁸ Lichtenberg (wie Anm. 13), Bd. 1, S. 695-701, 753-760.

³⁹ Kästner an Friderika Baldinger am 17. 8. 1779: „Das habe ich nun den Abend da Sie auf dem Observatorio waren geschrieben. Sie haben gewiß bey sich gedacht: Wenn mit dem Eigensinne was anzufangen wäre, so hättest Du ihn auf den Abend mit zu essen. Aber da hätte ich mich doch nicht mit Ihnen so ungestört allein unterhalten können, als hie in diesem Brief. Also sehen Sie wohl, dass ich aus Eigennutze eigensinnig bin.“ In: Kästner (wie Anm. 11), Nr. 79, S. 129. – Kästner an Friderika Baldinger am 8. 11. 1781: „Das Ende Ihres Briefes war das beste: Ich hoffe Sie Sonnabends zu sprechen. Ich hatte mich schon darein ergeben dass Sie auf den Sonnabend würden wieder zu kochen haben wie ich mich schon darein ergeben habe, von meinem Vaterlande entfernt zu seyn und fast alle meine guten Freunde und Freundinnen im Himmel zu wissen.“ (Kästner, Briefe, wie Anm. 11, S. 136). – „Die Mara hör ich nicht, macht sie mit andern Chor; doch singt sie mir allein, nur dann bin ich ganz Ohr.“ In: v. Gehren (wie Anm. 12), S. 125.

⁴⁰ Heuser (wie Anm. 6), S. 195.

⁴¹ Zitiert nach Heuser (wie Anm. 11), S. 166.

⁴² Heuser (wie Anm. 6), S. 195.

reinen Vernunft“ /1781) eingetreten sind.⁴³ Diese Bedenken treten zurück, wenn Baldingers Ehemann schon in seiner Göttinger Zeit die Auffassung vertrat: „Seinen Zuhörern den Verstand erklären heist sie in den stand setzen solchen anzuwenden.“⁴⁴ Dennoch besteht das dringende Desiderat, die philosophischen Semantiken der im „Versuch“ verwendeten Begriffe Verstand, Seele, Geist, Herz, Kopf, Willen in ihren Verknüpfungen und Hierarchisierungen zu klären, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Aus einigen Briefen Kästners an Friderika Baldinger lässt sich erschließen, wie „Verstand“ zwischen ihnen diskutiert wurde. Kästner schrieb am 13. Nov. 1777:

„Noch ein Wort an die ältere der beyden Friederiken, die so verzagt der älteren der beiden Theresen gleich zu seyn.⁴⁵ (...) Th. Verstand war eigentlich nicht so sehr natürlich, sondern meist gebildet. Weil Sie viel Belesenheit und Welt hatte, so urtheilte Sie von den Dingen sehr gut, von denen sie gut war unterrichtet worden. Viel eigene Gedanken, Geist was zu erfinden, erinnere ich mich nicht bey ihr wahrgenommen zu haben.“⁴⁶

Bei dieser Gelegenheit spielt er auf seine früh verstorbene Ehefrau an: „...doch ich habe ein Frauenzimmer gehabt deren Verstand stärker war.“⁴⁷ Kästner unterschied also zwischen „gebildet“, „belesen“ und „unterrichtet“ einerseits und „natürlichem Verstand“, der sich durch „eigene Gedanken, Geist was zu erfinden“ auszeichnete,

⁴³ Artikel „Vernunft; Verstand“ in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Joachim Ritter / Karlfried Gründer / Gottfried Gabriel, Bd. 11, Basel 2001, Sp. 748-863, hier Sp. 748f., 817f., 820-823. Ebenfalls aufschlußreich sind die Artikel „Vernunft“ und „Verstand“ im Deutschen Wörterbuch (wie Anm. 16).

⁴⁴ Friderika Baldinger an Sophie von La Roche am 16. Mai 1783, zitiert nach Heuser (wie Anm. 11), S. 160.

⁴⁵ Gemeint sind Friderika Baldinger und ihre gleichnamige jüngere Tochter sowie Therese Heyne, erste Ehefrau des Professors Christian Gottlob Heyne, und Mutter von Therese Heyne / Huber.

⁴⁶ Kästner (wie Anm. 11), Nr. 75, S. 120.

⁴⁷ Über sie schrieb Kästner in seiner „Selbstbiographie“ von 1764, die in E. G. Baldingers: „Biographien jeztlebender Aerzte und Naturforscher in und ausser Deutschland“ erschien; im Folgenden zitiert nach Rudolf Eckart (Hrsg.): Abraham Gotthelf Kästner's Selbstbiographie und Verzeichnis seiner Schriften nebst Heyne's Lobrede auf Kästner, Hannover 1909, S. 14: „Ich habe mich 1756 im September mit einem Frauenzimmer aus Leipzig, Jungfer Johanne Rosina Baumann, verheiratet. Ein langer Umgang, den ich mit ihr gehabt hatte, versprach mir, dass ihre beständige Gesellschaft mich vollkommen glücklich machen würde. Bei einer auf Einsichten gegründeten moralischen Tugend und christlichen Frömmigkeit besaß sie einen geübten Verstand, eine Begierde nach ernsthafteren und erhabeneren Kenntnissen, als sonst die Neugier auch der Frauenzimmer reizen, die sich mit dem Namen Gelehrter schmeicheln lassen, und einen Witz, der selbst diese mannigfaltigen Kenntnisse geschickt anzubringen wußte. Ich durfte mich also bei den Unterredungen mit ihr nicht immer zu den Gegenständen herunterlassen, zu denen man sich oft bei den Unterredungen mit Gelehrten herablassen muß. Sie verfiel im Dezember 1756 in eine Krankheit, wo sie fast unablässig bis an ihr Ende, den 4. März 1758, die härtesten Prüfungen, welche der menschlichen Natur aufgelegt werden können, durch Geduld und göttlichen Beistand überwand.“

andererseits.⁴⁸ Darüber hinaus kritisierte Kästner den literarischen Geschmack der Heyne, deren Lieblingsschriftsteller Richardson, Klopstock und Young waren, um anschließend wieder auf die Baldinger zu kommen:

„Ich habe angesehen, dass die Fr[au]. Pr[ofessor]. B[aldinger]. über diese Schriftsteller ohngefähr eben so denkt wie ich: Und wenn es also ein Merkmal von Verstande wäre, so zu denken, wie ich – welche Voraussetzung wenigstens jedem Gelehrten natürlich ist, so falsch sie auch seyn kann so - - -.“⁴⁹

Obwohl der selbstironische Satz unvollendet ist, stellt Kästner hier fest, dass „Verstand“ ihm, dem Gelehrten, und seiner Freundin gemeinsam ist. Doch manchmal hat er deren Ungebildetheit geradezu verletzend angesprochen, um ihren „Verstand“ zu betonen, so in einem Brief vom 17. August 1779:

„Warum ich Ihnen das Sinngedicht nicht geben will? Weil ich mir mit dem Manne den es angeht nicht Verdruß machen mag; Er hat auch Witz, und Boileau, den Sie wenigstens dem Nahmen nach kennen werden wie Becmann den Newton, mit dem Unterschied, dass Sie im Stande wären Boileau zu beurtheilen wenn Sie französisch verstünden, u. B. nie was weiter vom Newton fassen kann als den Nahmen, wenn er gleich nothdürftig Latein versteht.“⁵⁰

Hier schrieb sich Kästner den Zorn über den Kollegen Beckmann von der Seele, aber die Argumentation folgte der verbreiteten Kritik der Aufklärer an der herkömmlichen auf der Kenntnis der klassischen Sprachen, insbesondere des Lateins, beruhenden selbstgenügsamen Gelehrsamkeit, die keineswegs per se kritische Urteilsfähigkeit vermittele.⁵¹ Diese Entkoppelung von „Gelehrsamkeit/Gelehrtheit“ und „Verstand“ eröffnete dem weiblichen Geschlecht, das von den Institutionen der Gelehrsamkeit ausgeschlossen war, die Teilhabe an Aufklärung als Emanzipation aus Unmündigkeit. So erklärt sich, dass die Baldinger die dem Begriff „Aufklärung“ zu Grunde liegende Lichtmetaphorik nutzte, um ihre Verstandeserziehung als Prozess der Selbstaufklärung

⁴⁸ Den Unterschied von Bildung und Unterrichtetsein zu „Verstand“, formulierte Kästner auch in seiner Rezension des „Versuchs“: „Sie hatte viel gelesen und viel darüber gedacht“, in: Göttingische Anzeigen, 69. Stück, 1791, S. 691.

⁴⁹ Kästner (wie Anm. 11), S. 121. Die Briefausgabe enthält keine editorischen Bemerkungen, so dass unklar ist, ob es sich um die Markierung einer Auslassung handelt oder um unleserliche Worte.

⁵⁰ Kästner (wie Anm. 11), S. 127f.; zum Kontext dieser Auseinandersetzung mit Beckmann vgl. Joost (wie Anm. 9), S. 51-53.

⁵¹ In seiner Rezension des „Versuchs“ zitiert Kästner das Sprichwort „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“ (wie Anm. 47).

zu akzentuieren: „Aus seinen Briefen schoß der erste Strahl von Verstand in meinen Kopf (...) Wie freuete ich mich auf die Ankunft des Bruders, der den Tag in mein dunkles Hirn bringen wollte.“ (S. 17)

„Verstandeserziehung“ und „Charakter“

Der „Versuch über meine Verstandeserziehung“ ist überwiegend als Autobiographie⁵² gelesen worden, die dem Muster der Gelehrtenbiographie folge, zugleich als Dokument der Benachteiligung des weiblichen Geschlechtes im Hinblick auf Bildung und als radikale Kritik an der Institution Ehe.⁵³ Ersteres suggeriert die Aussage der Baldinger im „Versuch“ „Ich wünschte so gar gelehrt zu werden“ (S. 16), ebenso nahe liegend ist die Vermutung, dass die seit 1768 vom Ehemann E. G. Baldinger herausgegebenen „Biographien jeztlebender Aerzte und Naturforscher in und ausser Deutschland“ Vorbilder abgegeben haben könnten.⁵⁴ Friderika Baldinger selbst sprach in einem Brief an Kästner vom 26. Februar 1782 nur von „einem Bruchstück aus [meinem] dem mühseeligen kümmerlichen Leben meiner Jugend“⁵⁵.

Zweifellos gehört der „Versuch“ zum autobiographischen Schreiben und kann für viele Fragestellungen als „Quelle“ herangezogen werden, an erster Stelle geht es jedoch darum, Friderika Baldingers eigenen Intentionen mit einer genauen Lektüre ihres Textes auf die Spur zu kommen, sie „beim Wort“ zu nehmen.⁵⁶ Man kommt ihren Intentionen näher, wenn man von dem Titel ausgeht, mit dem sie selbst ihren Text überschrieb: „Versuch“. „Versuch“ bezeichnete im 18. Jahrhundert eine wissen-

⁵² Die Gattungszuweisung geht auf Sophie von La Roche zurück, die den „Versuch“ unter dem Titel „Lebensbeschreibung“ veröffentlichte, was Kästner sofort in seiner Rezension des Werkes (wie Anm. 47), S. 690f.) korrigierte: „Eigentlich nur, wie auch die innere Aufschrift lautet: über die Verstandesverziehung der verstorbenen Ehegattin des Hrn. geh. Rath Baldinger in Marburg.“

⁵³ Kathrine Goodman: *Dis/Closures. Women's Autobiography in Germany between 1790 and 1914*, New York / Bern / Frankfurt a. M. 1986, S. 1-30; Helga Meise: *Bildungslust und Bildungslast in Autobiographien von Frauen um 1800*, in: Elke Kleinau / Claudia Opitz (Hrsg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Bd. 1, Frankfurt a. M. / New York 1996, S. 453-466; Heuser (wie Anm. 11); Elke Ramm: *Autobiographische Schriften deutschsprachiger Autorinnen um 1800. „Es ist überhaupt schwer, sehr schwer, von sich selbst zu reden.“* (Sophie von La Roche), Hildesheim / Zürich / New York 1998; Ortrun Niethammer: *Autobiographien von Frauen im 18. Jahrhundert*, Tübingen / Basel 2000.

⁵⁴ Heuser (wie Anm. 11), S. 157.

⁵⁵ Heuser (wie Anm. 6), S. 189.

⁵⁶ Diesen Zugang wählte auch Angelika Epple: *Empfindsame Geschichtsschreibung. Eine Geschlechtergeschichte der Historiographie zwischen Aufklärung und Historismus* (Beiträge zur Geschichtskultur 26), Köln / Weimar / Wien 2003, S. 154, um den „Versuch“ für ihr Konzept der „Empfindsamen Geschichtsschreibung“ zu erschließen. – Vgl. unten meinen Exkurs zur Textkritik.

schaftliche Abhandlung⁵⁷ und signalisiert, möglicherweise ironisierend, dass die Baldinger nicht ‚ihre Geschichte‘ erzählt. Den Wunsch des Freundes, sie möge für ihn eine „Geschichte meines Verstandes“ schreiben, weist sie zurück und stellt sich folgende Aufgabe in deutlicher Abgrenzung von der Gelehrtenbiographie: „Ich gebe sie [die Geschichte meines Verstandes, HW] nicht als eine solche, sondern als einen Beitrag meiner Erziehung, in so fern diese auf meinem [!] ganzen Character⁵⁸ ihren Einfluss hat.“ (S. 15) Es ging ihr also um die Rekonstruktion und Reflexion des Prozesses ihrer Selbstkonstituierung mit der „Verstandeserziehung“ als Teil ihrer „Charakter“-Bildung im Sinne von Persönlichkeitsbildung. Dieser Zusammenhang von „Verstand“ und „Character“ erklärt, warum die Baldinger neben die Darlegung ihrer „Verstandeserziehung“ gleichberechtigt selbstkritische Aussagen zu ihrer moralischen Entwicklung stellte.

Für eine solche kritische Selbstthematization konnte sie sich nicht an Rousseaus „Confessions“, die spätere Autobiographien prägten, orientieren, da sie erst 1782, als der „Versuch“ bereits abgeschlossen war, in deutscher Übersetzung vorlagen.⁵⁹ Doch schonungslose „Bekennnisse“ und „Beichten“ spielten bereits im Pietismus eine große Rolle, die als Erweckungsberichte im Druck veröffentlicht wurden. Es ist denkbar, dass die streng pietistisch erzogene Baldinger solche Erweckungsberichte kannte.⁶⁰ Zwar sprach sie der Mutter ausdrücklich jeden Einfluss auf ihre Verstandeserziehung ab, betonte aber die Bedeutung ihrer Frömmigkeitserziehung „für ihr ganzes Glück“ (S. 15). Die Interpretation dieser Aussage als „Konzession“ an Weiblichkeitsmuster interpretiert worden⁶¹, verliert daher an Plausibilität.

⁵⁷ Beide Bedeutungen werden im Deutschen Wörterbuch (wie Anm. 16), Bd. 25, Sp. 1824f., angeführt und die Rezeption des frz. „Essay“ erörtert.

⁵⁸ Deutsches Wörterbuch (wie Anm. 16), Bd. 2, Sp. 611: „Character“ = „gemüthsart, wie sie sich in den menschen ausgeprägt hat“, „sinnesart“ (Kant).

⁵⁹ Heuser (wie Anm. 17), S. 255f.

⁶⁰ Vgl. Eva Kormann: Ich, Welt und Gott. Autobiographik im 17. Jahrhundert (Selbstzeugnisse der Neuzeit 13), Köln / Weimar / Wien 2004; Ulrike Gleixner: Pietismus und Bürgertum. Eine historische Anthropologie der Frömmigkeit. Württemberg 17. – 19. Jahrhundert (Bürgertum Neue Folge 2), Göttingen 2005.

⁶¹ Zum Beispiel Holdenried (wie Anm. 7), S. 117.

Stufen der Verstandes- und Charakterbildung

Friderika Baldinger verfasste den „Versuch“ auf Wunsch eines Freundes vermutlich um 1780, im Februar 1782 fand sie ihn beim Ordnen ihres Pults und schickte ihn an Kästner.⁶² Aus der Position einer Göttinger Professorenfrau mit Kästner und Lichtenberg als Freunden entwarf sie rückblickend den Prozess, in dem „stufenweise“ (S. 24) ihre „Verstandeserziehung“ Einfluss auf ihren „ganzen Character“ gewann. Es lassen sich vier Stufen ausmachen, wobei Verstandeserziehung und Charakterbildung keineswegs immer als gleichläufig dargestellt werden.

Die *Ausgangssituation* bilden der frühe Tod des Vaters, die Mittellosigkeit der pietistischen Mutter, die es nicht erlaubt, die Tochter Friderika entsprechend ihrer früh erkennbaren Begabung – sie konnte bereits mit drei Jahren lesen – zu fördern.

Erste Stufe: Lesestoff fand das Mädchen im Haushalt der mit einem Arzt verheirateten Tante, die zwar Witz und Verstand besaß, aber ohne Anleitung geblieben war. Wie diese las das „lustige“ und aufgeweckte Mädchen alles, was es erreichen konnte, und machte sich seinen eigenen Reim darauf. Bei der Lektüre der „Göttingischen Zeitungen für gelehrte Sachen“ fiel ihr auf, dass den „gelehrten Männer eben so viel Ehre wiederfuhr wie denen Potentaten der Erde“, die sie aus dem „Hinkenden Boten“ kannte. Sie „kriegte damals den ersten Respect für die Gelehrsamkeit“ und „wünschte so gar gelehrt zu werden, und [ich] ärgerte mich, dass mich mein Geschlecht davon ausschloß. Je so willst du wenigstens klug werden, dachte ich, und dies wird man aus Büchern, du willst brav lesen.“ (S. 16) Als einziges Buch stand ihr die Bibel zur Verfügung, die sie im häuslichen Kreis vorlas und es auf diese Weise zu einer allgemein bewunderten Kunstfertigkeit im Vorlesen brachte. Die Selbstkritik der Baldinger ist nicht zu überlesen: Das Mädchen wollte „gelehrt“ zu werden, weil es berühmt werden wollte; die ihr gezollte Bewunderung war ohne Grundlage. Ihr Verstand war ebenso unerzogen wie ihre sittliche Bildung.

Den (Fort)Schritt zur *zweiten Stufe* markiert etwa 1755/56 die Rückkehr des älteren Bruders Johann Christian von der Universität Wittenberg, mit dem sie schon vorher Briefe gewechselt hatte. „Aus diese Briefen schoß der erste Strahl von Verstand in meinen Kopf, oder vielmehr empfand ich, was mancher Gelehrte noch nie empfunden

⁶² Heuser (wie Anm. 6), S. 186, 189.

hat, nämlich dass ich nichts wuste.“ (S. 17) Doch die Mutter hinderte die Tochter nicht nur am Lesen, sondern verbot dem Bruder, die Schwester in Französisch, Klavierspielen „und d. gl.“ zu unterrichten, mit der Begründung, dass sie „doch nie einen Professor kriegen“ würde. Ihr trotziger Kommentar: „aber ich mochte ja auch keinen Mann“ (S. 18): „Ich fing schon an, einen grossen Theil Menschen für mich unerträglich zu finden, und besonders Mannspersonen, die keine Gelehrte waren.“ „Dies machte mich gegen ein ganzes Geschlecht feindseelig das ich unbesonnenes Mädchen nur nach dem Cirkel beurtheilte, in welchem ich lebte.“ Das Mädchen war nicht nur unbesonnen, sondern auch spottlustig, beharrte eigensinnig auf falschen Vorstellungen, die es sich in den Kopf gesetzt hatte, und auf seinem „Willen, immer frey und von der ganzen Welt unabhängig zu seyn“.(18) Dies machte sie „einsam“.

Dritte Stufe. Aus dieser Isolierung holte sie der mit ihrem Bruder befreundete Pfarrer Johann Wilhelm Kranichfeld. Er wurde Friderikas „geistiger Vater“ (S. 19), mit dem sie ungehindert Gespräche führen konnte und bis zu ihrem Tod korrespondierte.⁶³ „Eines der ersten Bücher, welche mir mein Freund borgte, war der Zuschauer.⁶⁴ Ich staunte das Buch an, denn ich hatte in meinem Leben nichts schöneres gelesen.“ (S. 19) Es trug offensichtlich zur „Verfeinerung ihres Verstandes“ bei, doch rückblickend kommentiert sie: „Voriges Jahr versuchte ich dieß Buch wieder zu lesen, und konnte es nicht. So verhalte ich mich jetzt gegen damals.“ Kranichfeld half ihr auch über die Schwermut hinweg, in die sie nach dem Tod des Bruders 1761 verfallen war. „Aus meinem muthwilligen Jugendfeuer wurde ein stiller Ernst, über die Gewohnheit meines Alters ... und kluge Menschen redeten mit mir, als wäre ich in Alter und Erfahrung ihres gleichen. Ich ... suchte nun ihre Achtung wirklich zu verdienen, die ich vorher nur einem Zufall zu verdanken hatte.“ (S. 21) Die Verstandeserziehung begann ihren „ganzen Character“ zu beeinflussen, sie war nicht mehr ganz „einsam“. Allerdings, aus der Feindschaft gegen alle Männer war die Ablehnung einer Eheschließung geworden, zu der sie die Familie aus Versorgungsgründen drängte. Sie hatte einen „Eckel gegen alle körperliche Liebe“, hatte eine „Anlage zur Heiligen, war fromm und eine Vestalin, schwärmte auch, nur konnte ich keine Wunder thun, denn

⁶³ Heuser (wie Anm. 6), S. 202.

⁶⁴ Heuser (wie Anm. 6), S. 202f.

dazu hätte ich, nach allen Regeln, erst sterben⁶⁵ müssen, damit man etwas von mir hätte erzehlen können.“ (S. 21) Mit dem letzten Teil des Satzes ironisiert die Baldinger ihre jugendliche „Anlage zur Heiligen“ – ganz im Sinne aufklärerischer Religionskritik.

Vierte Stufe. In dem Arzt Ernst Gottlieb Baldinger lernte Friderika (1761/62) den „gelehrten, verständigen und zugleich redlichen Manne“ (S. 22) kennen, den sie lieben konnte, dem gegenüber sie ihre bisherige Einstellung zur Ehe änderte. Dem Ehemann verdankte sie „alle Entwikelung meiner Seelenkräfte“. „Er hat meinen Verstand gebaut, meinen Willen und mein Herz gebessert.“ (S. 22) Im „ganzen Character“ wirkten also Verstand, Willen und Herz zusammen. Friderika las viel in Baldingers Gesellschaft, er selbst referierte ihr mehr als 1.000 Titel, medizinische Fachbücher eingeschlossen⁶⁶, vermutlich Bücher in Lateinisch, Französisch oder Englisch, da sie diese Sprachen nicht beherrschte. An die Stelle des unbedachten „Ich wünschte so gar gelehrt gewesen“ trat nun die

„Liebe zu den Wissenschaften (...), je mehr ich mit ihnen bekannt wurde. Ich glaube ich wäre gelehrt geworden, wenn mich die Vorsehung nicht für den Kopftopf bestimmt hätte, und ich finde immer noch, dass man auch bei weiblichen Geschäften den Verstand der Männer aus ihren Büchern brauchen kann.“⁶⁷

Wiederum nicht ohne Ironie berichtet die Baldinger, dass sie nach dem weiblichsten aller „weiblichen Geschäfte“ – der Geburt ihrer sechs Kinder – die sechs Wochenbetten, die der Erholung des Körpers dienen sollten, als intensive Lesephase, zur „Erholung für meine Seele“, d.h. für die Stärkung der Verstandeskräfte, nutzte: „Da ich mich gewöhnt habe immer zu denken, so bin ich mir auch bei den größten Schmerzen, die selbst die Bibel dafür erklärt, immer gegenwärtig geblieben.“ (S. 24) Noch einmal verknüpft die Baldinger die Verstandeserziehung mit ihrem „ganzen Character“: „Ich habe immer so zu leben gesucht, daß ich nichts Böses zu fürchten

⁶⁵ Im Text der Edition steht „streben“. Es handelt sich wohl um einen Druckfehler, denn nur „sterben“ bringt den intendierten Sinn in den Satz.

⁶⁶ Ernst G. Baldingers besaß eine umfangreiche Fachbibliothek, vgl. Broszinski (wie Anm. 22); Heuser (wie Anm. 6), S. 197f.

⁶⁷ Gestützt auf diese Passagen hat Rebekka Habermas: Friderika Baldinger und ihr Männerlob: Geschlechterdebatten der Aufklärung, in: Heide Wunder / Gisela Engel (Hrsg.): Geschlechterperspektiven. Forschungen zur Frühen Neuzeit, Königstein i. Ts. 1998, S. 242-254, den „Versuch“ als eine „Eloge auf die Gelehrtenche“ gelesen (S. 250).

habe, wenn ich auch sterbe, und einmal muß ichs ja doch.“ (S. 25) Beten aus Furcht ist ihr daher ein Ärgernis. – Die Baldinger sieht ihre Freundschaft mit Kästner und Lichtenberg als Ausdruck ihrer gelungenen Verstandeserziehung, die ihr zugleich die unmittelbare Teilnahme an der Aufklärungsgesellschaft eröffnet.

Wie bilanziert Friderika Baldinger den Beitrag ihrer Verstandeserziehung „zu ihrem ganzen Character“? Die Entfaltung ihres „natürlichen Verstands“ wurde früh eingeschränkt: materielle Not, die pietistischen Bildungsvorstellungen der Mutter und deren „Cirkel“. Zunächst hat sie sich alles selbst beigebracht, aber wie Wildwuchs ohne Anleitung. Die Widerstände, gegen die sie sich zur Wehr setzte, machten sie ungehorsam, eigensinnig und menschenverachtend. Erst die Sympathie und Förderung, die sie zunächst von ihrem studierten Bruder und dann bei dessen geistlichem Freund Kranichfeld erfuhr, schufen die Voraussetzungen dafür, dass ihre Verstandeserziehung Fortschritt und Einfluss auf die „Verbesserung“ ihres „ganzen Characters“ nehmen konnte.

Sie fand den Mann, dem sie nicht überlegen war, mit dem sie in wechselseitiger Hochachtung eine Ehe führte, in der sie ihren „ganzen Character“ weiter entwickeln konnte, so dass Kästner und Lichtenberg sie als kritische und urteilsfähige Gesprächspartnerin suchten. Damit erlangte sie jene soziale und intellektuelle Form der Teilhabe an Aufklärung, die eine Frau in diesem Zeitalter erreichen konnte. Sie definierte sich jedoch keineswegs über den Ehemann und die gelehrten Freunde, sondern über ihre geistige Unabhängigkeit, die sie im Prozess ihrer Verstandeserziehung, ihrer Selbstaufklärung, gewonnen hatte.

Der letzte Satz des „Versuchs“ stellt, wenn er keine Bescheidenheitsgeste sein sollte, eine solche Identitätsstiftung in Frage: „Als Frau bin ich erträglich geworden, wie klein würde ich doch als Mann seyn.“ (S. 24) D.h.: Mit all dem, was sie als Frau erreicht hat, wäre sie als Mann immer noch „klein“. Kästner hat diese Selbstverkleinerung in seiner Rezension zurechtgerückt, indem er „Verstand“ in Beziehung zur jeweiligen „Bestimmung“ einer Frau/eines Mannes setzt, womit allerdings auch Grenzen gegeben sind. Baldingers resignierender Satz erinnert an einen Brief Kästner an sie vom 13. November 1777: „Noch ein Wort an die ältere der beyden Friederiken, die so verzagt der älteren der beiden Thesen gleich zu seyn.“ Hier sei nachgetragen, dass Kästner von Therese Heynes „Hang zur Melancholie, wovon der

Grund wohl in ihrem Körper lag“, berichtete. Auch Friderika Baldingers Körper war „äußerst reizbar“ (S. 24) und könnte der Grund einer momentanen Verzagtheit gewesen sein, der sie im letzten Satz Ausdruck verlieh. Die Niedergeschlagenheit könnte aber grundsätzlicher Art sein und mit den Grenzen zusammenhängen, die ihr die „weibliche Bestimmung“ auferlegte. Vorausgesetzt bei diesen Überlegungen ist immer, dass der letzte Satz der Druckfassung bereits in der Fassung des „Versuchs“ stand, die am 26. Februar 1782 an Kästner gegangen war; die Baldinger könnte ihn auch nachträglich eingefügt haben.

Obwohl nicht ausgeschlossen ist, dass der letzte Satz bereits in der ersten Fassung stand, da die Baldinger zu diesem Zeitpunkt bereits vom Vertrauensbruch des Ehemannes wusste, der ihren Lebensnerv getroffen hatte, so ist dies eher unwahrscheinlich, da sie zunächst die Hoffnung nicht aufgab, ihn wieder für sich zu gewinnen. So schickte sie Kästner den Huldigungsbrief, den ihr der Ehemann nach der Lektüre des „Versuchs“ geschrieben hatte: Er sei „zu schmeichelhaft, als dass ich solche [„Inlage“, HW] für mich allein behalten könnte, ohne einen Freund wie Sie sind, antheil daran nehmen zu lassen.“⁶⁸ Gleichwohl überwältigte sie immer wieder die Verzweiflung, so dass sie schon im Oktober 1782 in einem Brief an Kästner den im „Versuch“ dargelegten Zusammenhang von Verstandes- und Persönlichkeitserziehung zurücknahm, wenn nicht gar auf den Kopf stellte. Nicht ihre zunehmende Verstandeserziehung zwang ihren Eigensinn und ihren Willen, sondern Baldinger schlug „Fesseln der Liebe um die Thörin“: „Sie that nun freiwillig aus liebe zu ihm was sie keinem König auf Befehl gethan hätte. Ward gehorsam, geschmeidig. Den sie befand sich sehr glücklich, wen sie ihm gefiel, u. höchst unglücklich wenn sie ihm missfiel“.⁶⁹ Friderika Baldinger stellt sich hier als Sklavin ihrer Liebe dar, die sie zur „Thörin“ machte, der sie ihre Unabhängigkeit opferte. Diese Selbstdarstellung kann hier nicht eingehender interpretiert werden, aber es ist offensichtlich, dass die Baldinger die Liebe ihres Mannes, die so existentiell für sie war, nicht mit einer anderen Frau teilen konnte. Ihre Verzweiflung, nur mehr die Achtung Baldingers, nicht mehr seine Liebe zu besitzen, raubte ihr ‚alles Glück‘ und verdüsterte ihre Lebensperspektive. Ihre „weibliche

⁶⁸ Heuser (wie Anm. 6), S. 192: „Mein Mann hatte indessen den Aufsatz durchlesen, und schikte mir die beilage, auf welche ich stolzer bin, dass mir mein Mann nach einem balt 18 Jährigen besitz noch so schreiben kann, als ein 18 Jähriges Mädgen, wen sie einen taumlenden Jüngling bezaubert.“ (1. 3. 1782)

⁶⁹ Heuser (wie Anm. 11), S. 168f.

Bestimmung“ habe ihre Geisteskräfte in die falsche Richtung gelenkt: „(...) ich habe meinen Verstand oft vorsätzlich mit einem Nebel umgeben müssen, um nicht zu denken nicht zu fühlen.“⁷⁰ Friderika Baldinger ist an gebrochenem Herzen gestorben.

Friderika Baldinger – eine Intellektuelle der Aufklärung?

Die Analyse des „Versuchs“ hat bereits eine Teilantwort auf meine Ausgangsfrage gegeben. Friderika Baldinger war „durch Kenniß aufgeklärt“ und wusste sich, im Sinne Kants, ihres Verstandes zu bedienen, auch als Richtschnur für richtiges Handeln. Im Prozess ihrer Verstandeserziehung hatte sie ihre kritische Urteilsfähigkeit gegenüber Autoritäten und geistige Unabhängigkeit erlangt. Sie vereinbarte diese – wie Kästner – mit einer „auf Einsicht gegründeten moralischen Tugend und christlichen Frömmigkeit“.

Baldingers Intellektualität entspricht der der aufgeklärten Gelehrtenrepublik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor der Französischen Revolution und vor Kants „Kritik der reinen Vernunft“ (1781). „Der Strahl von Verstand in meinem Kopf“ („Aufklärung“) stellte ihr intellektuelles Schlüsselerlebnis dar, erhob sie über pedantische Gelehrsamkeit und befähigte sie, am aufgeklärten Diskurs teilzunehmen. Zaghafte waren nur ihre Schritte in die literarische Öffentlichkeit; vielleicht fürchtete sie, den eigenen hohen Ansprüchen, mit denen sie auch andere beurteilte, nicht gerecht werden zu können.

Es lässt sich nur spekulieren, welchen Einfluss die Französische Revolution auf Friderika Baldinger gehabt haben könnte, ob sie eine nächste „Stufe“, den Schritt in die literarische Öffentlichkeit gewagt hätte, sei es in Zustimmung oder Ablehnung der revolutionären Ereignisse.

Friederika Baldinger war keineswegs die einzige aufgeklärte Intellektuelle. Ein Vergleich, etwa mit der Schweizerin Julie Bondeli⁷¹, könnte die Geschlechtergeschichte der Aufklärung entschieden voranbringen.

⁷⁰ Heuser (wie Anm. 11), S. 173.

⁷¹ Vgl. Wolfram Malte Fues: Das Geschlecht der Vernunft. `Raison` und `Esprit` im Denken der Aufklärung, in: Opitz / Weckel / Kleinau (wie Anm.7), S. 173-193; A. Baum / Brigitte Schnegg: Julie Bondeli, in: Elisabeth Ryter u. a. (Hrsg.): Und schieb und schrieb wie ein Tiger aus dem Busch. Über Schriftstellerinnen in der deutschsprachigen Schweiz, Zürich 1994, S. 30-51.

Exkurs zur Textkritik des „Versuchs meiner Verstandeserziehung“

Baldingers „Versuch“ ist bislang als Text aus einem Guss gelesen worden. Es wurde nicht erwogen, ob Friderika Baldinger die Fassung von 1782 für die dem Ehemann dedizierte Fassung möglicherweise überarbeitet hat, ob der Ehemann diese Fassung unverändert an Sophie von La Roche weiter gegeben hat und ob vielleicht auch Sophie von La Roche bei der Publikation 1791 in den Text eingegriffen hat. Es könnte also drei Redaktionen mit unterschiedlichen Intentionen gegeben haben.

Sophie von La Roche lag wohl eine Abschrift vor, die ihr Ernst Gottlieb Baldinger geschickt hatte. Baldingers eigenes, bisher nicht aufgefundenes Exemplar ist am ehesten in seinem Nachlass zu vermuten, dessen Verbleib unbekannt ist. Daher kann weder geklärt werden, ob Baldingers Abschrift dem „Original“ Wort für Wort folgte, noch ob die La Roche den genauen Wortlaut der Abschrift druckte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie in den Text eingegriffen hat, wie sie dies beim Zitieren aus dem Brief der Baldinger tat, indem sie den Halbsatz, der auf die Untreue ihres Ehemannes anspielt, weg ließ.⁷²

Sophie von La Roches Publikation des „Versuchs“ enthält eine weitere Widersprüchlichkeit. Sie zitiert den Brief Baldingers, in dem er schreibt, er habe seine Frau gebeten, die Geschichte ihres Verstandes aufzuschreiben. Im Text des „Versuchs“ spricht nichts für einen solchen Auftrag, und die Widmung „an einer meiner Freunde“ kann sich schwerlich auf den Ehemann beziehen, da er nicht „einer“, sondern „der“ Freund seiner Ehefrau war. Zudem mutet merkwürdig an, dass E. G. Baldinger, mit dem Friderika während der zwei Jahre, die er auf eine Amtsposition warten musste, um sie heiraten zu können, so viele Briefe gewechselt hatte (S. 22), nichts über die „Geschichte ihres Verstandes“ gewusst haben will. Außerdem, warum sollte Friderika Baldinger den „Versuch“ dem Ehemann gewidmet haben, wenn er doch von ihm selbst in Auftrag gegeben worden war? Warum konnte der Ehemann den „Versuch“ erst 1782 lesen, nachdem er jahrelang vergessen im Pult der Baldinger gelegen hatte?⁷³ Schließlich, warum hat Friderika Baldinger den „Versuch“ nicht gleich 1782 dem Ehemann zum Geburtstag geschenkt, sondern erst 1783 – ein Jahr später? (S. 11f) Auf diese Fragen geben die Formulierungen ihrer Widmung von 1783 Auskunft: „Die

⁷² Darauf hat zuerst Niethammer (wie Anm. 52), S. 120, hingewiesen.

⁷³ Heuser (wie Anm. 6), S. 189.

beikommende Bogen wollte ich erst drucken lassen und dich damit anbinden, weil sie einmal das Glück hatten Dir zu gefallen“. (S. 11) Mit dem „Versuch“, in dem E. G. Baldinger eine so wichtige Rolle spielt, umwarb sie den ungetreuen Ehemann, der seit 1780 eine Geliebte hatte, indem sie ihre Gemeinsamkeit von „Herz“ und „Geist“ (S. 11f) beschwor. Der La Roche mag die Widmung des „Versuchs“, der eine Reihe sehr vertraulicher Geständnisse enthält, an einen anderen als den Ehemann als verfänglich erschienen sein, so dass sie Baldingers Brief änderte, wenn nicht gar erfand.

Angesichts des Ehedramas drängt sich die weitere Frage auf, ob Friderika Baldinger den 1782 wieder aufgefundenen „Versuch“ für das Widmungsexemplar 1783 überarbeitete und der „Zueignung“ eine neue Widmung voranstellte. Zu denken wäre etwa an den Satz: „Da meine oberen Seelenkräfte immer das Übergewicht für allen Niedern behalten haben; so weis ich nicht, ob er sich, als Frau betrachtet, bei mir allemal nach seinen Wünschen gestanden hat.“ (S. 22) Friderika könnte ihn im Wissen um die Untreue des Ehemanns eingefügt haben. Auch sprachliche Gründe sprechen für diese Vermutung. Der Absatz erscheint wie zwischen dem vorhergehenden und dem nachfolgenden Absatz eingeschoben, da sie direkt an einander anschließen: „denn eine Menge von Briefen, welche wir einander vorläufig schrieben, enthielten meist ein Verzeichnis von unsern beiden Fehlern. --- Ich suchte meine Fehler zu bessern, dass ich meinen Kopf mehr anbaute ...“ (S. 22) Diese Vermutung ließe sich nur bestätigen oder entkräften, wenn die Fassung des „Versuchs“ vom Februar 1782 greifbar wäre. Dennoch ist der vorliegende Text kritischer als bisher zu lesen und bei der Erklärung von Widersprüchen auch die Textgenese in Betracht zu ziehen.

Schließlich bleibt zu klären, wer der „Freund“ war, der die Baldinger um eine Geschichte ihres Verstandes bat. Für diese Rolle kommt am ehesten Abraham Gotthelf Kästner in Frage, da Baldingers „geistiger Vater“ Kranichfeld mit ihrer „Verstandeserziehung“ vertraut war. Kästner war der erste, der den „Versuch“ zu lesen bekam, nicht der Ehemann.⁷⁴ Der vorletzte Satz des „Versuchs“ könnte direkt an ihn gerichtet sein: „Wer so viel Verstand und Witz von Kästner in seinem Schreibpulte verwahrt, kann der wohl ganz einfältig bleiben?“ (S. 24) Indizien, die für meine Vermutung sprechen, finden sich in den oben angeführten Erörterungen von „Verstand“ im Briefwechsel Kästner – Baldinger.

⁷⁴ Heuser (wie Anm. 11), S. 159.

Teil 2:

Der Siegeszug der Öffentlichkeit im „langen“ 19. Jahrhundert

Barbara Vogel

„Option gegen den Westen“

**Anfänge eines politischen Schlüsselworts zwischen Revolution und „Neuer
Ära“ in Preußen**

I.

Die Frage, was Option gegen den Westen heißen könnte, hat Eckart Kehr schon vor achtzig Jahren sozialgeschichtlich zu beantworten versucht, indem er die fehlende Bündnisfähigkeit des Kaiserreichs erforschte und die Ursachen in innenpolitischen Interessenkonstellationen vermutete.¹ Trotz der These vom „Primat der Innenpolitik“ war Kehrs Thema die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschlands. Hier soll es jedoch weder um außen- noch um innenpolitische Analysen gehen. Vielmehr steht die Semantik des „Westens“ in Frage: „Westen“ ist heute als etablierter Begriff in der internationalen Politik geläufig, in der Bundesrepublik einprägsam durch die „Westintegration“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 sollte der politische Ort (West-) Deutschlands in der Staatengemeinschaft neu bestimmt werden. Außenpolitische Orientierungen trafen mit verfassungspolitischen Weichenstellungen zusammen – begleitet von kulturellem Wandel. Die „Ankunft im Westen“² nach dem Zweiten Weltkrieg beruft sich auf die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie und der ihr zu Grunde liegenden Wertmuster sowie auf die Einbindung der Bundesrepublik in die NATO. Seit der Aufnahme von Anregungen der Modernisierungstheorien wurde „Westen“ auch in der Geschichtsschreibung eine Schlüsselkategorie für moderne Industriegesellschaften mit pluralistischer Demokratie – wie sie in der „westlichen Welt“ zu finden seien. Zwar ist inzwischen in einer globalisierten Welt die geographische Dimension des Begriffs vollends überholt; er wirkt aber deshalb umso mehr als Kampfbegriff. Wegen seiner europazentrischen Perspektive gibt er Anlass

¹ Vgl. Eckart Kehr: Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965.

² Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999.

zum Argwohn vieler Völker und Staatsmänner des Erdballs gegen „westliche“ Arroganz.

Für die Deutung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts erwies sich die Westmetapher als Erkenntnis fördernd. Heinrich August Winkler hat sie zum roten Faden für seine Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert gewählt: „Der lange Weg nach Westen“.³ Im Ersten Weltkrieg hatte die Metapher „Westen“ Hochkonjunktur, allerdings in Deutschland mit pejorativer Konnotation. Sie diente dazu, die demokratische Zivilisation (des Westens) gegen die eigene politische Kultur des Deutschen Reiches abzuwerten. In der „Option gegen den Westen“ drückte sich das Selbstbewusstsein der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreichs aus, die sich dem „Westen“ kulturell überlegen erachtete. Umso entschiedener galt es im Weltkrieg, die deutschen Werte gegen den „Westen“ zu verteidigen. In der Zwischenkriegszeit steigerte sich die Militanz der Ablehnung eher noch, doch gab es jetzt auch Stimmen, die der „Option gegen den Westen“ kritisch gegenüberstanden. Über Gustav Stresemanns Locarnopolitik stießen die einander feindlichen politischen Westbilder hart aufeinander.

Vor diesem zeitgenössischen Hintergrund bediente sich Hermann Oncken der Westmetapher, als er schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts Preußen an einem „Kreuzweg“ für oder gegen den „Westen“ stehen sah: Der Ausbruch des Krimkrieges – so Oncken – stellte den preußischen Staat „vor die Wahl zwischen Russland und den Westmächten“. Diese Option habe im Februar und März 1854 eine regelrechte „Staatskrise“ ausgelöst, „die Hof und Staat auf das tiefste erregend, Außenpolitik und Innenpolitik in gleicher Weise umformte. Es ging um nichts Geringeres als den Kurs der preußischen Zukunft“.⁴

Das sind starke Worte, die aber in der Historiographie nicht auf besondere Resonanz gestoßen sind. Bekannt ist, dass die preußische Außenpolitik während der „orientalischen Krise“ mit einer „Absage an den Westen“ endete. Eine besondere Dramatik dieser Absage als Zukunftsentscheidung für Preußen wird nur erkennbar, wenn man, wie Oncken, die Wendung gegen den „Westen“ als eine auch innenpolitische Grundsatzentscheidung interpretiert. Für diese These spricht, dass im

³ Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, München 2000.

⁴ Albert v. Mutius: Graf Albert Pourtalès: Ein preußisch-deutscher Staatsmann, Vorwort von Hermann Oncken, Berlin 1933, S. 10.

politischen Diskurs der 1850er Jahre der Ausdruck „Westen“ wie eine Schlüsselkategorie erscheint, die weit über eine geographische Ortsbestimmung hinausgehend eine bestimmte politische Kultur imaginierte. Damit ließe sich nicht nur die Heftigkeit der damaligen Kontroversen erklären, sondern auch eine weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition der heute geläufigen Westmetapher belegen.

Reiches, für diesen Beitrag ausgewertetes Material zu diesem Diskurs liefert der erbitterte Streit im konservativen Lager, der in der ersten Hälfte der 1850er Jahre zwischen dem „Preußischen Wochenblatt“⁵ und der „Neuen Preußischen Zeitung“ („Kreuzzeitung“) stattfand. Anlässlich des zeitlichen Zusammentreffens einer heiklen außenpolitischen Situation mit einer brisanten innenpolitischen Frage, der orientalischen Krise und der von der Regierung Schritt für Schritt vorangetriebenen Verfassungsrevision, standen die Wechselwirkungen von Innen- und Außenpolitik zur Debatte. Die Lektüre der beiden Zeitungen zeigt, dass im damaligen Politikdiskurs der Anschluss an den „Westen“ zu einer politischen Metapher geriet, in der die außenpolitische Option immer zugleich eine innenpolitische Forderung einschloss (und umgekehrt). Die Begriffe *Westmächte*, *Westen*, *westlich* lesen sich in den polemischen Diskussionen wie ein Code für ein politisches Programm, in dem es um die Ausrichtung des Konservatismus wie des politischen Systems insgesamt ging. Die Westsemantik erweitert den Blick auf den preußischen Konservatismus. Denn die heftig umstrittene politische Weichenstellung spielte sich im konservativen Lager ab. Das liberale Bürgertum in Preußen befand sich nach dem Debakel des Scheiterns seiner nationalen und konstitutionellen Wünsche 1849/50 einstweilen in einer Statistenrolle. Und abgesehen davon blieb bei allen verfassungspolitischen Kämpfen das konkrete Machtzentrum weiterhin der Hof⁶, so dass die Vorgänge in den konservativen Zirkeln um den Hof herum die besten Aufschlüsse über Preußens Politik liefern.

⁵ Preußisches Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen, erschien in Berlin von Dezember 1851 bis 1861.

⁶ Vgl. David E. Barclay: Hof und Hofgesellschaft in Preußen in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. (1840-1857). Überlegungen und Fragen., in: Karl Möckl (Hrsg.): Hof und Hofgesellschaft in den deutschen Staaten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Boppard am Rhein 1990, S. 321-360, S. 323.

Eine „neue Diplomatiegeschichte“⁷, die nach Auftreten, Habitus und Sprache der Diplomaten und deren Wirkung auf die Konstruktion außenpolitischer Beziehungen und Konstellationen fragt, findet in den diplomatischen Vorgängen vor Ausbruch und während des Krimkriegs reiches Untersuchungsmaterial. In Preußen standen einander im Streit um eine Westorientierung nicht einfach unterschiedliche Meinungen gegenüber, vielmehr korrelieren diese Meinungen mit deutlich unterscheidbaren Typen von Diplomaten und Politikern. Der durch die „Kreuzzeitungspartei“ repräsentierte Typ des ostelbischen Landadels ist in der Geschichtsschreibung hinlänglich thematisiert worden. Dass die Protagonisten der „Wochenblattpartei“ einen „westlichen“ Habitus in der Politik repräsentieren und sich die harte, geradezu erbitterte Feindschaft zwischen diesen konservativen „Parteien“ aus dem Zusammenprall zweier „Welten“ erklärt, lautet die These dieses Beitrags. „Westen“ steht als Metapher, die diese Gegensätze ausdrückt. Auffällig ist, dass dem hier „westlich“ genannten Typ in der älteren Historiographie (mit Auswirkungen bis heute) wenig Sympathie entgegen gebracht, seinen Protagonisten oft mangelnde Seriosität vorgeworfen wurde. Am deutlichsten ist diese Abwertung in dem negativen Urteil über Bunsen, den preußischen Gesandten in London, tradiert. Aber auch der außenpolitische Experte der Wochenblattpartei Pourtalès unterliegt diffamierender Fehleinschätzung. Selbst der Kopf der Wochenblattpartei, Bethmann-Hollweg, wird in der Historiographie als eigentlich unpolitischer Mann charakterisiert, der gewissermaßen an sich selbst scheitert sei.

II.

Unter der Fragestellung nach der Codierung des Wortes Westen muss es weder um eine Analyse der preußischen Außen- und Deutschlandpolitik noch um die internationalen Verwicklungen, die 1853 bis 1856 im Krimkrieg eskalierten, gehen. Beides ist hinreichend erforscht, und es liegen umfassende Quelleneditionen vor. Auch die verfassungspolitische Entwicklung in Preußen stellt sich inzwischen differenzierter dar, als es das überkommene Schlagwort „Reaktion“ suggeriert. Der in der 48er

⁷ Ute Frevert / Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M 2005.

Revolution ausgelöste Wandel zum Verfassungsstaat wurde in der Reaktionsära trotz aller Versuche, die Verfassung wieder loszuwerden, nicht rückgängig gemacht. Demnach bildete auch die preußische Verfassungsgeschichte nicht länger ein Beispiel für einen „Sonderweg“ der preußisch-deutschen Geschichte. Mit der Westmetapher kommt die Sonderwegsthese gewissermaßen in die damalige Verfassungsdiskussion selbst zurück, weil „Westen“ normativ verstanden wurde. Damals entzündete sich der Streit über die Weiterentwicklung des politischen Systems am Konstitutionalismus *westlichen* Musters. Als Beispiel fungierte insbesondere England, während Frankreich seit der „Entartung“ der Französischen Revolution als Vorbild diskreditiert war. Aus norddeutscher Perspektive war „Westen“ ohnehin in erster Linie England; Frankreich bildete eher für den Süden Deutschlands den westlichen Nachbarn.

Die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in der deutschen Geschichte waren lange Zeit arm an Konturen, so dass sie als „dunkle Zeit“ galten. Die gescheiterte 48er Revolution, die überall im Deutschen Bund Resignation und Enttäuschung nach sich zog und der in allen Bundesstaaten Regierungen einer mehr oder weniger entschiedenen „Reaktion“ folgten, brachte dem preußischen Staat mit dem Scheitern der Unionspolitik noch einen zusätzlichen Misserfolg. Besonders für die Protagonisten der „Wochenblattpartei“ symbolisierte die „Schmach von Olmütz“ einen Abstieg Preußens: zum einen als europäische Großmacht wegen erwiesener Abhängigkeit vom russischen Zaren, zum anderen wegen des Rückzugs gegenüber dem Führungsanspruch Österreichs im Deutschen Bund.

Eine dunkle Zeit blieben die fünfziger Jahre aber auch, weil sie für die Geschichtsschreibung lange in einem toten Winkel lagen. Die preußische Geschichte der fünfziger Jahre erwärmte das Herz der Historiker nicht. Interesse fand das Jahrzehnt meistens nur als Vorspiel für die großen Ereignisse der sechziger Jahre: die Bismarcksche Reichsgründung. Vor der imponierenden Gestalt Bismarcks rückte alles neben ihm in den Schatten. Die älteren, zeitgeschichtlichen Darstellungen sind vom Reichsgründungserlebnis und von der Begeisterung für Bismarcks Leistung als Reichsgründer geformt. Die Späteren folgen dieser Sichtweise oft. Inzwischen ist das Dunkel der Forschungslücken aufgehellert: Der Take-off in die Industrielle Revolution, der Eisenbahnbau, die Gründung von Geschäftsbanken, das Städtewachstum und der

gesellschaftliche Wandel signalisieren Dynamik und Fortschritt. Es war ein unruhiges Jahrzehnt – was die politischen Kontroversen zusätzlich stimulierte.

Die Anhänger des „westlichen“ Verfassungsmodells unterlagen in den fünfziger Jahren ihren Gegnern. Die „Wochenblattpartei“ versuchte in einem ersten Anlauf von 1851 bis 1854 eine Weichenstellung im Kurs der preußischen Politik zu erzwingen. Dieser Anlauf zur Regierungsverantwortung scheiterte jedoch; erst der zweite Versuch 1858 bis 1862 hat unter dem Namen „Neue Ära“ Eingang in die Geschichtsbücher gefunden. Über das „Preußische Wochenblatt“ und seine Protagonisten gibt es nur ältere Untersuchungen.⁸ Als „Wochenblattpartei“ firmieren die Personen, die sich um Moritz August von Bethmann-Hollweg herum Ende 1851 zur Gründung einer politischen Wochenzeitung zusammenfanden. Sie verstanden sich als „Partei“ in den damaligen Auseinandersetzungen über die Richtung der preußischen Politik. Ihre Kontrahenten sahen sie in der „Kreuzzeitung“.

Am Ende des Streits um die preußische Krimkriegspolitik im Frühjahr 1854 gab es eindeutig Sieger und Verlierer: Preußen versagte sich den Aufforderungen der Westmächte, insbesondere Englands, gemeinsam dem russischen Expansionsdrang entgegenzutreten. Alle Anhänger einer Verfassungsentwicklung nach westlichem Muster wurden aus dem preußischen Machtzentrum ausgebootet. Der zweite Anlauf in der „Neuen Ära“, der hier außen vor bleibt, stand dann unter der Belastung des ersten Scheiterns. Es ist ein Topos, dass Besiegte in historischen Prozessen von der Nachwelt vergessen werden. Für die 1850er Jahre traf es die Anhänger der Westorientierung. Zur damaligen Siegerfraktion zählte übrigens, wenn auch nicht durch eigenes Zutun, Bismarck, der spätere Sieger der preußisch-deutschen Geschichte. Bismarcks Rolle in dem Kampf zwischen „Kreuzzeitungs-“ und „Wochenblattpartei“ war weniger glorieus als vielmehr lavierend. Lothar Gall kommt zu dem von ihm allerdings nicht weiter kommentierten Schluss⁹, dass Bismarck „letzten Endes“ *außenpolitisch* ganz ähnlich wie die Wochenblattpartei argumentiert habe. Er habe das nicht laut getan, weil ihm strenge Loyalität gegenüber seinen Förderern und Gönnern wichtiger

⁸ Vgl. Michael Behnen: Das preußische Wochenblatt (1851-1861). Nationalkonservative Publizistik gegen Ständestaat und Polizeistaat, Göttingen 1971; Helmut Schnitter: Drei konservative Berliner Zeitungen während des Krimkrieges 1853-1856, Berlin 1969; Reinhold Müller: Die Partei Bethmann-Hollweg und die orientalische Krise 1853-1856, Halle 1926; Walter Schmidt: Die Partei Bethmann-Hollweg und die Reaktion in Preußen 1850-1858, Berlin 1910.

⁹ Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. 1980, S. 159-165.

gewesen sei. Die Übereinstimmung zwischen Bismarck und Pourtalès betrifft allerdings nur die außenpolitischen Aspekte der Krise. Innenpolitisch lehnte Bismarck wie seine politischen Freunde den „englischen Weg“ der Wochenblattpartei ab, so dass weder er noch Pourtalès ihre Übereinstimmung in Kalkül und Strategie jemals zugegeben, vermutlich nicht einmal als solche wahrgenommen haben.

Die damaligen Sieger, die „Kreuzzeitungspartei“, gehören zur besterforschten Gruppierung der preußischen Gesellschaft der fünfziger Jahre.¹⁰ Die Zeitung selbst ist ein Produkt der Gegenrevolution. Bis heute werden ihre Positionen oft mit dem preußischen Konservatismus gleichgesetzt – mit nachhaltigen Konsequenzen für die Konservatismusforschung. Denn es verengt die Perspektive, Konservatismus auf das quantitativ schmale Segment der adligen und bürokratischen Elite im ostelbischen Preußen zu beschränken.¹¹ Dadurch wird zum Beispiel die „Wochenblattpartei“, obwohl eindeutig konservativ, als „liberal-konservativ“ klassifiziert. Mit einem sozial zu engen Konservatismusbegriff bleiben zum einen konservative Orientierungen im Bürgertum ausgeblendet und fallen zum anderen die westlichen Provinzen Preußens aus der Betrachtung heraus. Auch das hat die historiographische Wahrnehmung der „Westoption“ behindert. Die gegnerischen Parteien im Konservatismus unterscheiden sich nämlich im Sozialprofil und in regionaler Herkunft: die Wochenblattpartei in den Westprovinzen, die Kreuzzeitungspartei in den alten Provinzen. Die Niederlage der Westoption kann insofern als Perpetuierung des politischen Übergewichts der ostelbischen Führungseliten interpretiert werden. In jedem Fall gibt sie dem Antagonismus zwischen den westlichen und östlichen Provinzen im preußischen Gesamtstaat Ausdruck.

In den erbitterten Kontroversen während der orientalischen Krise in Preußen ist ein Primat der Verfassungspolitik unverkennbar. Unermüdlich beschuldigten sich die Kontrahenten wechselseitig, außenpolitische Optionen zu instrumentalisieren oder zu erfinden, um in der Innen- und Verfassungspolitik Terrain zu gewinnen. In der Sprache der Zeit hielt man sich gegenseitig die Vernachlässigung preußischer „Interessen“ zu Gunsten bloßer „Ideologien“ vor. Darin spiegelt sich die Entdeckung

¹⁰ Vgl. zuletzt Dagmar Bussiek: „Mit Gott für König und Vaterland.“ Die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung 1848-1892), Münster 2002; Hans-Christof Kraus: Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen, 2 Bde, Göttingen 1994.

¹¹ Vgl. dazu auch Axel Schildt: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 81ff.

der „Realpolitik“ wider, die der Publizist und spätere Geschäftsführer des „Nationalvereins“ Ludwig August von Rochau Mitte der fünfziger Jahre popularisierte.¹² Einen Gegensatz zwischen Interessen und Ideologien anzunehmen, ist jedoch irreführend. Beide richteten sich immer für oder gegen den „Westen“, womit die innenpolitischen Machtverhältnisse und der politische Kurs Preußens codiert wurden.

Konservatismus wird allgemein in deutlicher Distanz zum „Westen“ gesehen.¹³ Demgegenüber war die „Wochenblattpartei“ zwar eindeutig konservativ, aber entschieden prowestlich, nämlich pro-englisch. Für den preußischen Konservatismus hätte hier womöglich eine wichtige Weichenstellung in Richtung auf den britischen gelegen.¹⁴ Die Möglichkeit zu innen- und außenpolitischen Alternativen würde dann auch die nicht einmal posthum erlahmende Feindschaft Bismarcks gegen die „Wochenblattpartei“ nachvollziehbar machen. In den fünfziger Jahren avancierte „westlich“ zum Kampfbegriff bei Freund und Feind.

III.

Auslöser für die Gründung des „Preußischen Wochenblatts“ war die Absicht von König und Regierung zur Verfassungsrevision.¹⁵ Wegen der sich zuspitzenden orientalischen Krise nahm jedoch bald die Außenpolitik immer mehr Raum in den Zeitungskommentaren ein. Die orientalische Krise traf also zeitlich mit einer innenpolitischen Grundsatzfrage zusammen, mit der Frage nach der Zukunft des Konstitutionalismus. Unter den Siegern und Nutznießern der erfolgreichen Gegenrevolution, den Konservativen aller Richtungen, war die Verfassungsurkunde von 1850 ein heißer Streitpunkt, ob überhaupt oder wie sie bewahrt werden sollte. Die „Wochenblattpartei“ trat unter Berufung auf das Beispiel des westlichen Europas, insbesondere Englands, für einen Ausbau der konstitutionellen Monarchie ein, während sie außenpolitisch mit einem Verbund aller „Westmächte“ gegen die russische Expan-

¹² Vgl. Ludwig August von Rochau: Grundsätze der Realpolitik angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands, Stuttgart 1853, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1972.

¹³ Vgl. dagegen Hans-Christof Kraus: Die deutschen Konservativen, England und der Westen, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a. M. 1993, S. 61-102.

¹⁴ Vgl. David E. Barclay: Die Gegner der Reformpolitik Hardenbergs, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.): „Freier Gebrauch der Kräfte“. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung, München 2001, S. 217-229, 229.

¹⁵ Vgl. Bussiek (wie Anm. 10), S. 137ff.

sion im Orient sympathisierte. Beide Ziele endeten mit einem Misserfolg: Preußens Neutralitätserklärung im Krimkrieg wurde überall in Europa sowie in Preußen selbst als „Absage an den Westen“ interpretiert, und die Verfassungspolitik des Kabinetts Manteuffel schaffte es, mit der weiteren Ausgestaltung des Zweikammersystems jeden Anklang an westlichen Konstitutionalismus auszuschließen.¹⁶ Die Kreuzzeitungspartei applaudierte und konnte ihre beherrschende Stellung in der Berliner Politik einstweilen behaupten, während die Hoffnungen der Wochenblattpartei auf einen Regierungswechsel scheiterten. Oncken sah in dieser Niederlage die folgenreiche Weichenstellung für den „Kurs der preußischen Zukunft“¹⁷.

Konservative aller Schattierungen hatten bis dahin ihre politische Kraft in die „Abwehr der Revolution“ gesteckt. Die Revolution von 1848 bestätigte sie darin, Liberalismus und Revolution für verschwistert zu halten. David Barclay sieht ein einigendes Band der Konservativen bereits in ihrer Ablehnung der Hardenbergschen Reformen.¹⁸ Die Klagen über Hardenberg, der der Nachahmung des „Westens“ beschuldigt wurde, tauchen tatsächlich bis in die vierziger Jahre immer wieder auf, auch in der Korrespondenz Friedrich Wilhelms IV., der schon als Thronfolger Hardenbergs Verfassungspolitik zu konterkarieren geholfen hatte. Der „westliche“ Hardenberg gegen den „deutschen“ Stein sind Klischees, die das Bild beider Staatsmänner bis in die Gegenwart hinein beeinflussen.¹⁹

Die Teilnehmer an der konservativen Sammlungsbewegung wirkten in der Revolutionszeit zusammen. Im „Verein für König und Vaterland“ waren Bethmann-Hollweg und Pourtalès ebenso Mitglied wie die Gerlachs und Kleist-Retzow. Bethmann-Hollweg beteiligte sich an der Finanzierung der „Kreuzzeitung“, auch er hatte dem „Junkerparlament“ angehört. Trennend wirkten dann einerseits Fragen der politischen Strategie, andererseits und vor allem aber die Haltung zum Konstitutionalismus, die zur Absage der Wochenblattpartei gegen alle Staatsstreichpläne der Kamarilla führte. Da sich in Preußen die parlamentarischen Kammern nach der Revolution behaupteten, war es nur eine Frage der Zeit, wann die konservativen Gruppen um Stimmen und Mehrheiten konkurrieren und sich im Kampf um das Ob

¹⁶ Vgl. Günther Grünthal: *Parlamentarismus in Preußen. 1848/49 – 1857/58. Preußischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära*, Düsseldorf 1982.

¹⁷ Mutius (wie Anm. 4.), S. 10.

¹⁸ Vgl. Barclay (wie Anm. 14).

¹⁹ Vgl. zuletzt Heinz Duchhardt: *Stein. Eine Biographie*, Münster 2007.

und Wie einer Verfassungsrevision gegenüberstehen würden. Denn unter dem Dachbegriff Konstitutionalismus existierten konträre Modelle politischer Ordnung. Die Spaltung zeigte sich am Streit über den Vorbildcharakter des englischen Konstitutionalismus und der englischen Eliten. „Kreuzzeitung“ und „Wochenblatt“ wurden die publizistischen Wortführer in dieser Auseinandersetzung. Das „Wochenblatt“ verstand sich als innen- und verfassungspolitische Opposition gegen die Gerlachgruppe. Wegen der sich zuspitzenden orientalischen Krise erhielt die Kontroverse um „westliche“ Einstellungen zusätzlich plakative außenpolitische Argumente: Die Option für England oder für Russland wurde mit der schwelenden Verfassungsfrage verbunden.

Für die Kreuzzeitungspartei gewährleistete das Zarenreich als konservative Ordnungsmacht in Europa die Sicherung adliger Herrschaftspositionen auch in Preußen. Ihre grundsätzlich pro-russische Option verhärtete sich noch, als die Wochenblattpartei dafür plädierte, innenpolitisch dem englischen Vorbild nachzueifern, nämlich eine Politik des Ausgleichs zwischen alten und neuen Eliten zu betreiben, begründete Reformwünsche zu verwirklichen, ohne die monarchische und aristokratische Grundstruktur von Staat und Gesellschaft aufzugeben.²⁰ Aus Sorge vor einem Systemwechsel setzte die Kreuzzeitungspartei in der orientalischen Krise auf eine Erneuerung der „Heiligen Allianz“ der drei konservativen Ostmächte, wie vor 1848, während die Wochenblattpartei die preußisch-russische Freundschaft als „unheilighellige Allianz“ schmähte. Aus ihrer Sicht schien die innenpolitische Entwicklung Preußens durch die enge Anlehnung an Russland nicht nur blockiert, sondern zu verfassungspolitischem Rückschritt verurteilt.

Einen Streitpunkt im konservativen Lager hatte bereits die Punktation von Olmütz aufgeworfen. Die Geburtsstunde der Wochenblattpartei, der ‚Knackpunkt‘, der den Rechtsgelehrten Bethmann Hollweg in die Opposition trieb, lag jedoch in der Verfassungspolitik. Ein königlicher Erlass vom 28. Mai 1851 berief die vormaligen, mit der Verfassung jedoch abgeschafften Provinziallandstände ein, vorgeblich um sie zum Gutachten über die geplante Kommunalverfassung zu bitten.²¹ Bethmann-Hollweg unterstellte zu Recht einen gewollten Verfassungsbruch. Auf dem Wege

²⁰ Vgl. Gall (wie Anm. 9), S. 160.

²¹ Vgl. Grünthal (wie Anm. 16), S. 226ff.

allmählicher Aushöhlung der parlamentarischen Institutionen sollte der Konstitutionalismus gewissermaßen mit Zustimmung des Parlaments abgeschafft werden. Ein Staatsstreich wäre damit überflüssig. Bethmann-Hollweg warf der Regierung in einer kleinen Schrift²² ihr ungesetzliches Handeln vor und äußerte den Verdacht, die Regierung werde durch eine verfassungsfeindliche Partei bedrängt.²³ Die Gerlachs zogen sich den Schuh an, und hinfort bekämpften sich die bisherigen Parteifreunde mit aller Härte.

Das neu gegründete „Preußische Wochenblatt“ wurde zum publizistischen Ort der „Abtrünnigen“, wie die Gerlachs sie nannten; Bismarck sprach verächtlich von der „Coterie der Malcontenten“²⁴. Die finanzielle Grundlage schufen einige vermögende Mitglieder (von Bethmann-Hollweg selbst, ferner Graf Pourtalès und Graf Fürstenberg-Stammheim). Ihnen war die Verteidigung der „berechtigten Staatsform der Gegenwart“, wie sie die konstitutionelle Monarchie nannten, diesen Einsatz wert. Bei der Werbung um Anhänger errang die Wochenblattpartei schnell Erfolge, weil sie die öffentliche Meinung auch außerhalb des konservativen Lagers mobilisieren konnte. Bethmann-Hollweg, bis dahin Mitglied der Ersten Kammer, kandidierte erfolgreich für die Zweite Kammer. Seine Fraktion vergrößerte sich im Laufe der Sitzungsperiode deutlich. Ein Drittel ihrer Abgeordneten kam aus den beiden Westprovinzen.²⁵

Für politische Durchsetzung jedoch war die Öffentlichkeit weniger wichtig als das „konkrete Machtzentrum“ in Berlin. Hier galt es, Sympathien zu sammeln und den König und seinen Ministerpräsidenten Manteuffel zu gewinnen. Die Personalisierung politischer Kontroversen, eine virtuos gespielte Taktik konservativer Machtbehauptung, beherrschten beide „Parteien“. Leopold von Gerlach, der den König nahezu täglich sprach, konnte seine exzeptionelle Vertrauensstellung nutzen. Zum Beispiel triumphierten die Gerlachs, als ausgerechnet in der Rheinprovinz der pommersche

²² Vgl. Moritz August von Bethmann-Hollweg: Die Reaktivierung der Preußischen Provinziallandtage, Berlin 1851.

²³ Vgl. Schmidt (wie Anm. 8), S. 60ff.

²⁴ Otto-Ernst Schüddekopf: Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke. Die Zusammenhänge zwischen Außenpolitik, innerer Staatsführung und Partiiengeschichte, dargestellt an der Geschichte der konservative Partei von 1807 bis 1918, Braunschweig 1951, S. 46.

²⁵ Vgl. Grünthal (wie Anm. 16), S. 391ff.

Junker von Kleist-Retzow zum Oberpräsidenten ernannt wurde und damit Rudolf von Auerswald, einen Parteigänger der Fraktion Bethmann-Hollweg, ablöste.²⁶

Auch in der Wochenblattpartei gab es eine Reihe von Persönlichkeiten, die vertrauensvolle Beziehungen zum König und/oder zum Prinzen von Preußen aktivieren konnten: Bethmann-Hollweg selbst, ferner Bunsen als Freund des Königs und Pourtalès mit guten Beziehungen zum Thronfolger und seiner Gemahlin. Bunsen hatte den König schon während der 48er Revolution für den Konstitutionalismus gewinnen wollen. In der orientalischen Krise machte besonders er sich für eine Allianz mit England stark. Bethmann-Hollweg besaß die Hochachtung des Königs schon seit dessen Thronfolgerzeit wegen seines umfassenden rechtswissenschaftlichen Sachverständnisses, seiner Treue zum protestantischen Glauben und der Integrität seiner monarchischen Gesinnung. Der König versuchte mehrmals, Bethmann-Hollweg mit den Gerlachs wieder „auszusöhnen“. Auch Pourtalès ging bei Hofe ein und aus (sein Vater war Oberzeremonienmeister bei Friedrich Wilhelm IV.); er hatte den „Kartätschenprinzen“ Wilhelm und seine Gemahlin in der Märzrevolution auf der „Flucht“ nach England begleitet. Für Pourtalès repräsentierte der Thronfolger Preußens Zukunft, und zum Entsetzen der Kreuzzeitungspartei deutete vieles darauf hin, dass sich Wilhelm und die als Englandfreundin angesehene Augusta der Wochenblattpartei annäherten. Die Kreuzzeitungspartei nutzte jede Gelegenheit, um die Rivalität zwischen den königlichen Brüdern zu schüren, bis sich der König zum energischen Einschreiten gegen Wilhelm bewegen ließ. Der König wollte um jeden Preis verhindern, durch ein Bündnis mit den Westmächten in einen Krieg gegen Russland hineingezogen zu werden. Die Spannung zwischen den Brüdern führte zu einem Eklat. Am Ende entließ der König die wichtigsten Repräsentanten der „Englandfreunde“ aus ihren Ämtern: Pourtalès, Bunsen und Kriegsminister von Bonin. Damit war im April 1854 der Sieg der Kreuzzeitungspartei perfekt.

Stoff für Profilierung innerhalb des Konservatismus boten viele Baustellen der Verfassungsrevision, außer der geplanten Rückkehr zur ständischen Gemeindeverfassung insbesondere auch das langwierige Gezerre um die Gestalt einer Ersten Kammer. In der Außenpolitik ermöglichte die orientalische Krise Grundsatzklärungen, um

²⁶ Otto Freiherr v. Manteuffel: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherr v. Manteuffel, hrsg. von Heinrich v. Poschinger, 3 Bde, Berlin 1901, Bd. 2, S. 41.

zugleich innenpolitische Positionen festzuklopfen: Einvernehmen mit den Westmächten oder traditionelle Anlehnung an Russland. Zwar fiel es den Gerlachs nicht leicht, ihre pro-russische Position angesichts der Orientpolitik des Zarenreichs zu begründen, zumal die Beschwörung der „Heiligen Allianz“ nicht recht taugte, weil Österreich und Russland Gegner in der Orientfrage waren. Stattdessen argumentierte die Kreuzzeitungspartei mit der „russisch-preußischen Freundschaft“ als beste Gewähr oder sogar einzigem Schutz gegen die allmähliche Entmachtung der adlig-agrarischen Elite Preußens. Diese Option für eine Solidarität konservativer Interessen war nach 1815 kontinuierlich gewachsen angesichts der Erfahrung, dass infolge des spektakulären wirtschaftlichen und sozialen Wandels vor allem in den westlichen Provinzen die Machtstellung der Ostelbier im preußischen Gesamtstaat zu erodieren drohte.

Die preußische Regierung rettete sich in ihrer verzwickten Lage durch nachdrückliche Behauptung ihrer Neutralität. Kontrovers war weniger diese Entscheidung selbst, sondern ihre instrumentelle Handhabung in der Verfassungspolitik. Neutralität war plötzlich viel mehr als ein völkerrechtlicher Fachterminus; sie avancierte zum Fixpunkt für Preußens Ansehen in „Deutschland“ und auf dem europäischen Kontinent. Nur wegen der innenpolitischen Motive für die außenpolitischen Optionen ist es erklärlich, dass am 8. April 1854 zum ersten Mal in der Zweiten Kammer eine außenpolitische Debatte stattfand.²⁷ Der Abgeordnete Bethmann-Hollweg verteidigte dieses Recht gegen Kritik: Die Landesvertretung sei zur Mitwirkung gefordert nicht nur bei Fragen der inneren Gesetzgebung, sondern „mit größerem Rechte“ dann, „wenn drohende Krisen über das Land hereinbrechen und es gilt, sich zu entscheiden, nach rechts oder links, nach Osten oder Westen“.²⁸

IV.

Eine Codierung der europäischen Westmächte als liberal und der östlichen Monarchien als konservativ deutete sich schon an, seitdem die angestrebte Entente der europäischen Pentarchie in einer „Heiligen Allianz“ nach dem Wiener Kongress an

²⁷ Vgl. Kraus (wie Anm. 10), S. 633f.

²⁸ Bethmann-Hollweg: 8. 4. 1854, Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Zweiten Preußischen Kammer, Bd. 2, Berlin 1854, S. 824.

den National- und Verfassungsbewegungen in Europa und Lateinamerika bröckelte, so dass sich bald nur noch die konservativen Ostmächte Russland, Österreich und Preußen auf die „Heilige Allianz“ beriefen. In den Krimkriegsereignissen wurde diese konservative „Heilige Allianz“ arg strapaziert, aber die sich politisch und kulturell gegen den „Westen“ aufstellende Haltung überlebte.

Spätestens seit den zunehmenden Dissonanzen im europäischen „Mächtekoncert“ verfestigte sich das gängige Bild vom Graben zwischen den drei konservativen Ostmächten und den zwei liberalen Westmächten, auch bei Konservativen aller Schattierungen. Nicht mehr nur Frankreich schien der Herd für revolutionäre Bedrohung monarchischer Autorität und ständischer Freiheit zu sein, sondern der Westen überhaupt einschließlich schon der Vereinigten Staaten von Amerika. England blieb lange wegen seines Traditionalismus vorerst noch ausgenommen; viele verfassungsrechtliche Abhandlungen orientierten sich am englischen Beispiel. Immerhin lehrte England angeblich, dass es auch ohne eine geschriebene Verfassungsurkunde ging.²⁹ Auch von den Gerlachs gibt es Zeugnisse ihrer Sympathie für die historisch gewachsenen englischen Verfassungseinrichtungen. Das änderte sich spätestens seit der Ära Palmerston. Besorgte Äußerungen über einen revolutionären Kurs der englischen Politik häuften sich. Am Vorbild England schieden sich die Geister des Konservatismus. Die Gerlachs sahen voraus, statt der Lords könnten demnächst die organisierten Arbeiter die Herrschaft in London übernehmen³⁰. Die Emanzipation der Juden in England nahmen sie als Zeichen des wachsenden Atheismus. In der „Kreuzzeitung“ wurden antisemitische Klischees vom „Geldjudentum“ zu einer Abklassifizierung Englands als „Krämervolk“ benutzt.³¹ Als das „Wochenblatt“ seine Gründung in der „Kreuzzeitung“ annoncierte, empfahl die „Kreuzzeitungs“-Redaktion höhnisch, den Liberalen Lord Palmerston als weiteren Unterzeichner aufzunehmen, denn der befolge doch die Politik dieser neuen, sich altpreußisch nennenden Partei.³²

Mit der Verfassungsurkunde von 1850 waren auch in Preußen westliche Verhältnisse eingekehrt. Hier entstand die Bruchlinie zwischen der Kreuzzeitungspartei, die hände-

²⁹ Vgl. Grünthal (wie Anm. 16), S. 212ff.; Kraus (wie Anm. 10), S. 604.

³⁰ Vgl. Helmut Schnitter: Drei konservative Berliner Zeitungen während des Krimkrieges 1853-1856, Berlin 1969, S. 147.

³¹ Vgl. Schnitter (wie Anm. 30), S. 66.

³² Vgl. Bussiek (wie Anm.10), S. 137; Schmidt (wie Anm. 8), S. 79.

ringend nach einem Weg zurück in genuin *preußische* Verfassungsverhältnisse suchte, und anderen Gruppen des konservativen Lagers, als deren Kern sich das „Wochenblatt“ herausbildete. Diese konservative Opposition äußerte in ihren Artikeln immer wieder Bewunderung für englische Institutionen und Traditionen, speziell für den englischen Konstitutionalismus. Mehr „Westliches“ würde Preußen gut tun, sagten die einen, „Westliches“ sei preußischen Traditionen fremd, die anderen: Auf diese Weise geriet die Idee des Konstitutionalismus mit neuen Institutionen und Verfassungsorganen zu einem westlichen Import. An der Bonner Universität, im Westen der Monarchie, lehrten Professoren, die Konstitutionalismus im konservativen Sinne interpretierten und sich für Preußen an England orientierten. Hier liegt mit Klemens Theodor Perthes und Bethmann-Hollweg der Kern der Wochenblattpartei.

„Westliche“ Neuerungen waren dagegen für die Kreuzzeitungspartei „unpreußisch“. Ohne immer konkret zu werden, bezog sich der Verweis „Westen“ auf England und Frankreich zugleich. Gleichgesetzt wurden beide Länder angesichts des Staatsstreichs Louis Napoleons allerdings nicht. Dennoch blieb „Revolution“ eine westliche Erfindung. Einen ersten revolutionären Einbruch des Westens – in Gestalt der „Ideen von 1789“ – hatten die Reformen des frühen 19. Jahrhunderts gebracht. Dem neuerlichen Einbruch 1848 wurde mit der Gegenrevolution Halt geboten, ohne ihn vollständig zurückdrehen zu können.

Die Mehrdeutigkeit des Epitheton „westlich“ wuchs, seitdem durch den Wiener Kongress der „Westen“ im preußischen Gesamtstaat selbst Einzug gehalten hatte, sich nicht auf die westeuropäischen Mächte beschränkte. Mit der Rheinprovinz und Westfalen war dem ostelbischen Preußen ein „westliches“ Kuckucksei beschert worden, was in der Herrschaftselite des ostelbischen Preußens Bedrohungsängste auslöste.³³ Infolgedessen kamen viele von der Regierung intendierte Integrationsmaßnahmen zu Gunsten der neuen Provinzen nicht voran.

Komplementär zu „Westen“ als Codewort für moderne Verfassungs- und Gesellschaftsverhältnisse standen Preußen und seine Traditionen. Nicht „Osten“ bildete den Gegenbegriff. Schließlich war Preußen selbst ein Bestandteil der östlichen konservativen Monarchien. Im „Wochenblatt“ wurde als abschreckendes Gegenbild

³³ Vgl. Georg Mölich / Meinhard Pohl / Veit Veltzke (Hrsg.): Preußens schwieriger Westen. Rheinisch-preußische Beziehungen, Konflikte und Wechselwirkungen, Duisburg 2003.

vor allem Russland vorgeführt. Die „Kreuzzeitung“ benutzte in der orientalischen Krise die Formel von der „monarchischen Solidarität der konservativen Interessen“. Diese Formulierung sollte dazu herhalten, antirussische Schritte oder das Eingehen auf Angebote der Westmächte abzuwehren. Russland erschien als Schutzwehr für die alt-preußischen Herrschaftsverhältnisse und die Machtposition der Junker, auch als Garant gegen Selbständigkeitsbestrebungen der polnischen Nationalbewegung in Posen. Darüber hinaus besaß auch für die Kreuzzeitungspartei der Zarismus keinen Vorbildcharakter. Die Gegenüberstellung Osten und Westen findet sich nur, wenn von Preußens „Mittelstellung“ in Europa die Rede ist. In der Krimkriegskrise diente Preußens „Mittelstellung“ zwischen Ost und West zur Begründung der Neutralitätserklärung. Jedoch war diese Argumentationsfigur nie rein bündnispolitisch gemeint, sondern verband sich immer auch mit einer innenpolitischen Weichenstellung.

Bei säuberlicher Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik wird leicht außer Acht gelassen, ob die Wochenblattpartei überhaupt auf ein reguläres Bündnis mit England hinauswollte bzw. was mit „Bündnis“ oder „Allianz“ jeweils gemeint war. Tatsächlich plädierte ihr außenpolitischer Kopf Pourtalès nicht für ein Bündnis, sondern für eine Art „aktiver Neutralität“ (*neutralité active*).³⁴ Und aus seiner damaligen Hintergrundposition vertrat auch Bismarck eine aktive Neutralität als beste Wahrung preußischer Interessen.³⁵ Beide hielten ein schlichtes Entweder-oder-Denken für schlechte Diplomatie. In dem innenpolitischen Grundsatzkonflikt fanden diese Differenzierungen keinen Platz. Pourtalès wie der Wochenblattpartei insgesamt wurde unterstellt, es auf ein reguläres Bündnis mit den Westmächten abzusehen. Mit diesem Argument wurde sein Ausscheiden aus dem Außenministerium betrieben.

In der orientalischen Krise ging es darum, dass Preußens Öffnung zum Westen liberale Institutionen nach Preußen importieren würde. Die Wochenblattpartei erhoffte sich von den „freiheitlichen Traditionen Englands“ einen Impuls für die verfassungspolitische Entwicklung und eine Stärkung Preußens gegenüber dem preußisch-österreichischen Dualismus. Pourtalès setzte darauf, dass der Thronfolger Wilhelm ein konstitutioneller Souverän sein würde; er erwartete einen Systemwechsel und hielt Ende 1853 den Wendepunkt in Preußen für bevorstehend – mit Auswirkungen auf

³⁴ Vgl. Oncken, in: Mutius (wie Anm. 4), S. 28.

³⁵ Vgl. Gall (wie Anm. 9), S. 163f.

Preußens außenpolitische Machtstellung in Deutschland und Europa.³⁶ Gegen einen solchen innenpolitischen Systemwechsel aktivierte die Kreuzzeitungspartei die „Heilige Allianz“ bzw. die preußisch-russische Freundschaft. Preußens Führung in Deutschland ebenso wie wirtschaftlicher Wandel und bürgerliche Gesellschaft waren für sie keine erstrebenswerten Ziele, bedrohten im Gegenteil die bisherigen Herrschaftsstrukturen. Ganz akut war die Sorge, die ostelbischen Provinzen würden innerhalb des preußischen Gesamtstaats der Konkurrenz der westlichen Provinzen nicht gewachsen sein.

V.

Aus den divergierenden Zukunftserwartungen erklärt sich die Schärfe der Spaltung im konservativen Lager. Dabei trieben nicht die gegensätzlichen Perspektiven allein die beiden konservativen Parteien auseinander, vielmehr machten habituelle Unterschiede sie zu Feinden. Die Wochenblattpartei *dachte* nicht nur „westlich“, ob es sich um Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Deutschlandpolitik handelte, sondern sie trat „westlich“ auf in ihrem Erscheinungsbild und der Herkunft ihrer namhaften Vertreter. Der West-Ost-Antagonismus färbte den Konservatismus ein. Die Wochenblattpartei war, obwohl ihre Zeitung in Berlin herausgegeben wurde, in den westlichen Provinzen verankert und distanzierte sich von der ostelbischen Elite. Ein Zentrum des westlichen Konservatismus bildete die Universität Bonn. Einige Anhänger stießen auf dem Umweg der Unionspolitik zur Wochenblattpartei. Auch der Protagonist der Unionspolitik Radowitz hatte gegen den Ruf, eine „unpreußische“ Erscheinung zu sein, zu kämpfen gehabt. Universitäres Milieu, hochadlige Weltläufigkeit und diplomatischer Dienst kennzeichnen die „Westlichkeit“ der Wochenblattpartei. Nicht selten wird ihr „intellektueller Charakter“³⁷ hervorgehoben – auch das eine abwertend wirkende Abgrenzung gegenüber der altpreußischen Elite.

Der innerpreußische Ost-West-Antagonismus, der seit 1815 schwelte, war bis zur Jahrhundertmitte infolge des dynamischen Kapitalismus der Rheinprovinzen, der die ostelbische Landwirtschaft in die Defensive zwang, dramatisch angewachsen. Als

³⁶ Vgl. Mutius (wie Anm. 4), S. 51ff.

³⁷ Schnitter (wie Anm. 30), S. 162.

David Hansemann dem Ministerpräsidenten Manteuffel voll unverkennbaren Stolzes seinen Geschäftsbericht 1853 über die erfolgreiche Discontogesellschaft übersandte, erntete er statt erwarteter Anerkennung nur kühle Worte.³⁸ Auch konfessionell fand die West-Ost-Konfrontation Nahrung: In der „Kreuzzeitung“ wurde die „katholische Fraktion“ in der Zweiten Kammer, deren Abgeordnete sich vorwiegend aus den westlichen Provinzen rekrutierten, der „Demokratie“ und „Demagogie“ beschuldigt.³⁹ Auf die Wochenblattpartei gemünzt, schrieb die „Kreuzzeitung“, Russenhass und Russenfurcht sei nur bei „entdeutschen und halbverjudeten Philistern“ zu finden.⁴⁰ In der „Kreuzzeitung“ verband sich „westlich“ mit antisemitischen Stereotypen, wie sie bald im Kampf gegen den Liberalismus verwendet wurden.⁴¹

Die in den Augen der Gerlachs „abtrünnigen“ Konservativen der Wochenblattpartei gehörten überwiegend nicht der ostelbischen Elite an, sondern entweder schon aufgrund ihrer Herkunft oder durch ihren persönlichen Werdegang zum „Westen“. Robert Graf von der Goltz saß seit Anfang 1852 als Abgeordneter für Duisburg in der Zweiten Kammer.⁴² In der Kammerdebatte am 8. April 1854 benutzte Ernst Ludwig von Gerlach die westliche Herkunft seines „alten Freundes“ Bethmann-Hollweg, um ihn als Vertreter preußischer Interessen zu disqualifizieren: Bethmann-Hollweg, sagte er, sei schließlich „nur ein Adoptivsohn Preußens“⁴³. Der Entrüstungsturm, den Gerlach damit auslöste, zeigt die brisante Konnotation der Begriffe preußisch und westlich.

Moritz August von Bethmann-Hollweg (1795-1877), Kopf und Namensgeber der Partei/Fraktion, stammte aus Frankfurt am Main. Er gehörte der Geldaristokratie an, hatte vor dem Universitätsstudium Jahre in Genf und in Italien verbracht. Zwar war er durch langjähriges, noch auf die „Maikäfererei“ zurückgehendes gemeinsames Wirken mit den Gerlachs befreundet und zählte zum Kreis um den Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Seit 1820 jedoch lebte und wirkte er in Bonn und war in die Gesellschaftskreise des Rheinlandes integriert. Mit anderen führenden Vertretern der Wochenblatt-

³⁸ Vgl. Manteuffel (wie Anm. 26), S. 361ff.

³⁹ Schnitter (wie Anm. 30), S. 63.

⁴⁰ Schnitter (wie Anm. 30), S. 66.

⁴¹ Vgl. dazu Henning Albrecht: Antiliberalismus und Antisemitismus. Gesellschaftspolitische Konzepte und politische Handlungsstrategien der preußischen Sozialkonservativen im Umfeld Hermann Wageners 1855/6-1873, Diss. phil Hamburg 2007.

⁴² Vorher in der Ersten Kammer für Paderborn, Vgl. Schnitter (wie Anm. 30), S. 91.

⁴³ Gerlach (wie Anm. 28), S. 840.

partei einte ihn bei durchaus konservativer Gesinnung die Kritik an der einseitigen, in Berlin gemachten Regierungspolitik. Im Jahre 1840 wurde er nobilitiert.

Der jüngeren Generation auf beiden Seiten fehlte dieser freundschaftliche Zusammenhalt. Ihre Vertreter waren einander fremd und konnten sich, wie Briefe und persönliche Aufzeichnungen ausweisen, offensichtlich gegenseitig nicht ausstehen. Bismarck verbreitete über Pourtalès, er sei einer „der bestplattierten Hohlköpfe“ „mit einer leichten Abfärbung von Kirche, Salon, Wissenschaft und Bordell am Leibe“⁴⁴. Hinterhältig war auch sein Lob, Pourtalès schreibe „ein elegantes Französisch in geschickter Diktion“⁴⁵. Denn damit unterstellte er dem Gegner inhaltliche Hohlheit und Frankophilie. Pourtalès machte aus seiner Abneigung gegen Bismarck ebenfalls keinen Hehl: „Bismarck braucht und missbraucht stets seine Parteigenossen. Sie sind ihm (...) Postpferde, mit denen er bis zur nächsten Station fährt“. Es stecke „in seinem ritterlichen Felle ganz einfach ein Judas, und mit ihm gehe ich keinen Schritt“⁴⁶.

Solche Bosheiten deuten auf Animosität, die in habituellen Unterschieden des Auftretens, der Lebenserfahrungen und Erwartungen liegt. Pourtalès' Biograph Albert von Mutius beschreibt ihn als „modernen“ Menschen und rühmt seinen „fast unwiderstehlichen Charme“, von dem er meint, er sei nur „an den tief traditionell gebundenen, nüchternen und in sich selbstgerecht abgekapselten Naturen des damaligen märkisch-pommerschen Junkertums abgeprallt“⁴⁷.

Pourtalès und Bismarck gehören derselben Generation an, 1812 bzw. 1815 geboren. Sie galten beide als politische Talente und nahmen sich zweifellos als Konkurrenten wahr. Ihr unterschiedlicher Werdegang macht die Unvereinbarkeiten in ihren Wertmustern und ihrem Weltbild nachvollziehbar. Albert Graf Pourtalès (1812-1861) stammte aus polyglotter Familie, geboren in Paris, zu Hause in Neuchâtel, der „westlichen“ preußischen Exklave in der Westschweiz, auf die Friedrich Wilhelm IV. 1847 trotz anhaltenden Widerstands verzichten musste. Pourtalès hatte als junger Mann zwei Jahre in den Vereinigten Staaten verbracht. Seine diplomatische Laufbahn führte ihn für drei Jahre nach Konstantinopel. Er war Bethmann-Hollweg als Schwiegersohn auch familiär verbunden. In Berlin gehörte er zur Hofgesellschaft, sein

⁴⁴ Gall (wie Anm. 9), S. 164.

⁴⁵ Otto Fürst von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Volksausgabe, 2 Bde, Stuttgart 1919, Bd. 1, S. 113.

⁴⁶ Gall (wie Anm. 9), S. 162.

⁴⁷ Mutius (wie Anm. 4), S. 41.

Kontakt zum märkisch-pommerschen Landadel beschränkte sich jedoch auf die gemeinsame Zugehörigkeit zum „Verein für König und Vaterland“. Außer den oft betonten Gräben zwischen kleinem ostelbischem Landadel und Hochadel schuf sein beträchtliches Vermögen einen Abstand zu den Landjunkern und den im königlichen Dienste ihr Einkommen findenden Gerlachs ebenso wie (zu dieser Zeit) Bismarcks.

Noch stärker wirkte Bunsen bei der Kreuzzeitungspartei und ausdrücklich auch bei Bismarck als Feindbild. Obwohl als preußischer Gesandter in London abseits von den innerpreußischen Kämpfen gehörte er zum Freundeskreis des „Wochenblatts“. Auch seine habituelle Fremdheit gegenüber dem ostelbischen Preußen fällt sofort ins Auge. Christian Carl Josias Bunsen (1791-1860) – den Adelstitel erhielt er erst im Jahre 1858, gewissermaßen zur Kompensation für seine diskriminierende Entlassung aus dem diplomatischen Dienst im Frühjahr 1854 – stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen aus Korbach (Fürstentum Waldeck). Als sozialer Aufsteiger und von seinem Lebensgang her war er „westlich“ sozialisiert, verheiratet obendrein mit einer wohlhabenden „Engländerin“, einer Waliserin. Seine geistigen Aktivitäten trugen ihm schon als preußischem Gesandter beim Vatikan den Ruf eines Gelehrten und engagierten evangelischen Christen ein. Er war vielseitig gebildet und verfügte über hohe soziale Kompetenzen, die ihn und seine Gemahlin zunächst in Rom, dann in London für ihr offenes Haus berühmt machten. Friedrich Wilhelm IV. war ihm sehr zugetan, auch als ihm zugetragen wurde, Bunsen sei „whiggistischer als die Whigs“⁴⁸. Lange sträubte sich Friedrich Wilhelm IV. im Frühjahr 1854 dagegen, Bunsen aus London abzurufen. Den schließlich doch erzwungenen Rücktritt feierte die Kreuzzeitungspartei deshalb als Triumph.

Bunsen gehört zu den langjährigen Exponenten guter preußisch-englischer Beziehungen.⁴⁹ In seinem regen Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm IV. trat er schon während der 48er Revolution gegenüber dem König für die Verfassung und für die Annahme der Kaiserkrone ein. Die orientalische Krise sah er als große Chance für eine preußisch-englische Allianz. Positive Urteile über seine eindrucksvolle Persönlichkeit in der Historiographie werden überdeckt von herablassender oder missgünstiger Kritik,

⁴⁸ David E. Barclay: Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995, S. 376.

⁴⁹ Vgl. dazu Klaus D. Gross: Die deutsch-englischen Beziehungen im Wirken Christian Carl Josias von Bunsens (1791-1860), Würzburg 1965.

in der sich vor allem die Kämpfe an der Jahreswende 1853/54 um die Option für oder gegen den „Westen“ niederschlugen. Bunsens Abberufung aus London im April 1854 machte Preußens „Absage an den Westen“ offenkundig und endgültig. Die Verantwortung für diese nachhaltige Weichenstellung wurde und wird bis heute Bunsens angeblich instruktionswidrigen Verhalten angelastet. Er habe die englischen Gesprächspartner falsch informiert und sei mit abenteuerlichen Plänen zur Umgestaltung der Landkarte Europas hervorgetreten, um Russland auf seine „natürlichen Grenzen“ zurückzudrängen. Dieses Urteil geht auf Bismarcks im Jahre 1882 noch einmal bekräftigte Sprachregelung zurück, die er durch seinen Vertrauten Lothar Bucher unter dem Pseudonym Bogislaw in der „Deutschen Rundschau“ publik machte. Noch im Jahre 1882 schien es Bismarck wichtig zu sein, die Vertreter einer Option für den Westen zu diskreditieren. „Bogislaw“ veröffentlichte und interpretierte Bunsens Denkschrift vom 1. März 1854, um nachzuweisen, dass Bunsen völlig zu Recht entlassen worden sei.⁵⁰ In seiner Denkschrift referiert Bunsen mit Sympathie Erwägungen seiner britischen Gesprächspartner, einschließlich der Wendung von Russlands „natürlichen Grenzen“ und des breiten Panoramas einer Zurückdrängung Russlands aus Europa.⁵¹ Die aufgezählten Grenzverschiebungen, die nach „Bogislaw“ Bunsen als Phantasten ausweisen, passen sich durchaus dem Diplomatediskurs seit dem Wiener Kongress an. Besonderer Stein des Anstoßes lag zweifellos in der Idee, ein selbständiges Polen unter Einschluss von Teilen der Provinz Posen wiederherzustellen. Polen beschäftigte die europäische Diplomatie im 19. Jahrhundert immer wieder. Noch im Frühjahr 1848 hatte es auch in Berlin zur Debatte gestanden. Bunsen nannte die Teilungen Polens die „Sünde des achtzehnten und die Pestbeule des neunzehnten Jahrhunderts“. Ähnlich monierte der Abgeordnete von Vincke in der Kammerdebatte am 8. April 1854 die „unseligen Teilungen Polens“⁵². Wie 1854 bei der Kreuzzeitungspartei schrillten in den frühen achtziger Jahren bei Bismarck alle Alarmglocken, weil von „westlicher“ Seite die Teilung Polens kritisiert wurde.

⁵⁰ Vgl. Bogislaw: Der Rücktritt Bunsens von dem Londoner Posten, in: Deutsche Revue 7 (1882) H. 1, S. 152-167.

⁵¹ Vgl. Hermann Wentker: Zerstörung der Großmacht Russland? Die britischen Kriegsziele im Krimkrieg, Göttingen 1993.

⁵² Vincke (wie Anm. 28), S. 826.

VI.

Wegen der außenpolitischen Aspekte der Krisenstimmung in Berlin in den frühen fünfziger Jahren bewahrte die Vokabel „Westen“ ihre bündnispolitische Bedeutung. Aber die kontroversen Debatten um eine Westoption waren untrennbar mit den innen- und verfassungspolitischen Streitfragen verbunden. „Westen“ hatte sich im Politikdiskurs in ein Codewort für ein politisches System nach westeuropäischem Muster gewandelt, das auch im konservativen Lager, insbesondere in den preußischen Westprovinzen Zustimmung fand. Eine „Option für den Westen“ wurde in dieser Semantik gleichbedeutend mit einem Abschied vom alten Preußen. Gegen den „Westen“ wurden deshalb immer wieder die preußischen Tugenden mobilisiert. Die „Option gegen den Westen“ ermöglichte Bismarck den von ihm eingeschlagenen preußischen Weg zur Reichsgründung, schnürte jedoch zugleich ein Paket nicht gelöster Probleme der Nationsbildung in Deutschland.

Markus Bernhardt

Die Zaunkönige des Verfassungssystems

Kleinstaaten im Föderalismus des frühen Deutschen Kaiserreichs

Aktuell erleben wir, wie sich unsere politischen Organe um eine Reform des Föderalismus bemühen. Die momentane Debatte über diese Reform wird relativ unhistorisch geführt. Dabei würde ein Blick auf die föderalen Strukturen des deutschen Kaiserreiches von 1871 das schwierige Verhältnis von Zentrum und Gliedern erhellen können. Denn soweit reicht ja die Tradition des heute in seinem politischen Gewicht umstrittenen Bundesrates zurück. In diesem Gremium wird häufig eine urdemokratische Tradition der Gewaltenteilung vermutet. Das ist aber nicht der Fall.¹ Der Bundesrat war nach der Bismarck-Verfassung keine Ländervertretung, sondern in ihm konkretisierte sich das Reich als Bündnis von Monarchen (und drei Senaten). In ihm wurde als Zentralorgan des Reiches nicht der *Länderwille* gegenüber einer Zentralregierung, sondern der *Reichswille* an sich zum Ausdruck gebracht, wie Ernst Rudolf Huber es formuliert hat.² Das Deutsche Reich war staatsrechtlich ein Fürstenbund, der bundesstaatliche Züge besaß.³ Diese föderalen Strukturen waren nur schwach ausgebildet, denn den Bundesstaaten verblieben erhebliche Souveränitätsrechte⁴, die ihnen gestatteten, ihren „Staatsbürgern“⁵ gegenüber zumindest eine glaubwürdige Fiktion staatlicher Existenz aufrecht zu erhalten. Dies trug erheblich dazu bei,

¹ Auf dem Herrenchiemseer Verfassungskonvent im August 1948, auf dem die Grundzüge der bundesrepublikanischen Verfassung entworfen wurden, diskutierte man noch kontrovers, ob als künftige Ländervertretung auch das repräsentativ-demokratische Senatsmodell nach amerikanischem Vorbild in Frage komme. Erst im Parlamentarischen Rat fiel die Entscheidung gegen einen Senat. Die Option für den Bundesrat wurde nicht zuletzt mit den vermeintlich guten Erfahrungen begründet, die man mit dem Weimarer Reichsrat und dem Bundesrat des Kaiserreiches gemacht habe. Vgl. Horst Dippel: Die Konstitutionalisierung des Bundesstaats in Deutschland 1849-1949 und die Rolle des amerikanischen Modells, in: Der Staat 38 (1999), S. 221-239.

² Vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3., wesentlich überarbeitete Auflage, Stuttgart u.a. 1988, S. 853.

³ In der Präambel der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 sowie in der Reichsverfassung von 1871 ist von einem „ewigen Bund“ von zweiundzwanzig Fürsten und den drei Senaten der drei Hansestädte die Rede. Huber (wie Anm. 2), S. 788f. spricht von einer „Legende vom Reich als ‚Fürstenbund‘“, indem er diese Formulierung der Präambel als „mit dem institutionellen Gehalt der Reichsverfassung im offenem Widerspruch“ stehend bezeichnet.

⁴ Vgl. Huber (wie Anm. 2), S. 803-806.

⁵ Bezeichnenderweise wurde die Staatsbürgerschaft im Kaiserreich von 1871 durch die Bundesstaaten und nicht durch das Reich vergeben. Vgl. z. B. Albert Rhamm: Das Staatsrecht des Herzogtums Braunschweig, Tübingen 1908, S. 9-11.

„den Bruch mit der Geschichte in der Gestalt des Nationalstaates für die Menschen erträglicher zu machen“⁶.

Damit ist ein Thema angesprochen, das in der Forschung seit einigen Jahren wieder große Beachtung findet: das Föderalismusproblem im deutschen Kaiserreich.⁷ Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass das gegenwärtige Europa vor der Herausforderung steht, sich eine „föderale“ politische Struktur zu geben, die regionale, nationale und supranationale Belange jeweils ausreichend würdigt. Vor diesem Hintergrund ist neben der Beachtung einer extensiven theoretischen Literatur⁸ der Blick auf historische Vorbilder interessant geworden.⁹ Das Kaiserreich scheint dafür besonders geeignet, weil weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass sich in der deutschen Nationsbildung nach 1871 lokale, regionale und nationale Identitätsbildungsprozesse relativ glücklich miteinander verbanden.¹⁰ Der neue Nationalstaat erhielt so eine breite und schnelle Zustimmung, weil man sich auch als Föderalist oder Regionalist zu ihm bekannte.¹¹

Diese Feststellung bedeutet jedoch nicht, dass der 1871 entstandene klein-deutsche und preußisch geführte Nationalstaat das Ergebnis einer Entwicklung war, die gewissermaßen die Erfüllung der deutschen Geschichte darstellte. Die meisten Deutschen wollten einen föderalen Nationalstaat, aber viele nicht in dieser preußisch dominierten

⁶ Dieter Langewiesche: Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: HZ 277 (2003), S. 612.

⁷ Vgl. Axel Gotthard: Einleitung, in: Werner Künzel / Werner Rellecke (Hrsg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster 2005, S. 7-33; Maiken Umbach (Ed.): German Federalism. Past, Present, Future, Basingstoke 2002; Dieter Langewiesche / Georg Schmidt (Hrsg.): Die föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000. Daneben sei auf einige wichtige ältere Titel verwiesen: Reinhart Koselleck: Bund, Bündnis, Föderalismus, Bundesstaat, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 582-671; Ernst Deuerlein: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, Bonn 1972; Manfred Rauh: Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973; Thomas Nipperdey: Der Föderalismus in der deutschen Geschichte, in: Ders.: Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 60-109; Peter Burg: Der Föderalismus im Kaiserreich. Politische Strukturen und Prozesse, in: Jochen Huhn / Peter-Christian Witt (Hrsg.): Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme. Symposium an der Universität Kassel 10. bis 12. April 1991, Baden-Baden 1992, S. 55-73.

⁸ Vgl. beispielsweise Otto Kimminich: Der Bundesstaat, in: Josef Isensee / Paul Kirchhoff (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts, Bd. 2: Grundlagen von Staat und Verfassung, Heidelberg 1987, S. 1113-1150. Weitere Nachweise für theoretische Literatur bei Maiken Umbach: Introduction: German Federalism in Historical Perspective, in: Dies. (wie Anm. 7), S. 13, Anm. 1.

⁹ Vgl. Umbach (wie Anm. 8), S. 1-14.

¹⁰ Zu diesem Problem vgl. die Arbeiten von Alon Confino: Die Nation als lokale Metapher: Heimat, nationale Zugehörigkeit und das Deutsche Reich 1871-1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 421-435; Ders.: Federalism and the Heimat Idea in Imperial Germany, in: Umbach (wie Anm. 7), S. 70-90.

¹¹ Vgl. Dieter Langewiesche: Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation: Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: Ders./Schmidt (wie Anm. 7), S. 241f.

Form, die als „Revolution von oben“ oder als „Geschichtsbruch“ aufgefasst wurde. Der größte Kritikpunkt war die Macht und Größe Preußens, die einen Bundesstaat gleichberechtigter Glieder verhinderte und alle kleineren Gliedstaaten zu Statisten degradierte.¹² Was waren die Gründe dafür? Treffend argumentiert Langewiesche, dass die Gegner des kleindeutsch-preußischen Nationalstaates aufgrund der „emotionalen Überwältigung durch den Einigungskrieg gegen Frankreich“ diesem nichts entgegenzusetzen hatten. Die Schwäche der Gegner erklärt Langewiesche mit der Stärke des nach 1871 neu „erfundenen“ kleindeutsch-preußischen Geschichtsbildes. „Die deutsche Nation erfand sich, als sie staatlich geeint war, eine neue Geschichte, um diesen Geschichtsbruch als sinnvolles Ergebnis der Geschichte verstehen und rechtfertigen zu können.“¹³ Aber das erklärt die Schwäche der Gegner nicht allein. Es kommt noch dazu, dass die preußenfeindlichen oder preußenkritischen Kräfte im Reich zu keiner wirksamen Opposition zusammenfanden. Im Falle der Bundesstaaten ist das um so verwunderlicher, als sie im Bundesrat über ein staatsrechtliches Instrument verfügten, mit dem sie – Einigkeit vorausgesetzt – Preußen erheblich unter Druck hätten setzen können. Warum haben sie es nicht getan?

Die Antwort auf diese Frage lautet in der Regel, dass Preußen im Bundesrat besonders die kleineren Staaten unter Druck gesetzt habe, so dass eine Mehrheit in dem Gremium für Preußen schon dadurch immer ungefährdet gewesen sei.¹⁴ Die Herrscher dieser 16 Klein- und Kleinst-Staaten wurden¹⁵, um das Bild des Titels zu verwenden, dabei zu

¹² Vgl. Langewiesche (wie Anm. 6), S. 612-615.

¹³ Langewiesche (wie Anm. 6), S. 616.

¹⁴ Vgl. beispielsweise Wolfgang J. Mommsen: Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiß, in: Otto Pflanze (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München / Wien 1983, S. 214: „Die Exekutive vermochte über die von ihr zu instruierenden preußischen Bundesratsbevollmächtigten sowie über die Bevollmächtigten der Zwergstaaten den Bundesrat weitgehend zu kontrollieren.“ Den Kleinstaaten wird keine Eigenständigkeit zuerkannt.

¹⁵ Die Literatur über die Politik der Einzelstaaten im Bundesrat ist nicht zahlreich. Vgl. Karl Bilfinger: Der Einfluß der Einzelstaaten auf die Bildung des Reichswillens. Eine staatsrechtliche und politische Studie, Tübingen 1923. Darüber hinaus gibt es Untersuchungen zu Lübeck und Hamburg: Vgl. Helmut P. Dahl: Lübeck im Bundesrat 1871-1914. Möglichkeiten und Grenzen einzelstaatlicher Politik im Deutschen Reich (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck 23), Lübeck 1969; Hans-Georg Schönhoff: Hamburg im Bundesrat. Die Mitwirkung Hamburgs an der Bildung des Reichswillens 1867-1890, (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte 22), Hamburg 1967. Eine auf die Mittelstaaten Bayern und Württemberg gestützte Analyse bietet Hans-Otto Binder: Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871-1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation, Tübingen 1971; Helmut Reichold: Bismarcks Zaunkönige. Duodez im 20. Jahrhundert. Eine Studie zum Föderalismus im Bismarckreich, Paderborn 1977; mit einem Schwerpunkt auf die inneren Verwaltungs- und Regierungsstrukturen: Klaus Schwabe (Hrsg.): Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard 1983.

Zaunkönigen¹⁶, deren Blut schon dann ins Stocken geriet, wenn der preußische Adler kurz seine Schwingen lüftete. Die Zaunkönige werden in diesem Kontext als putzige, vor allem mehr oder weniger kuriose, jedenfalls völlig anachronistische, eben deshalb auch überflüssige Erscheinungen beschrieben.

An dieser Stelle ist Kritik an der bisherigen Forschung überfällig. Diese hat Bundesrat und Föderalismus bis heute zumeist aus der Perspektive des Reiches oder aus der Perspektive Preußens betrachtet.¹⁷ Dabei entsteht das Problem, dass die Rolle dieses größten Bundesstaates als die des Machers, des einzigen Akteurs erscheint. Man übersieht dabei leicht den Umstand, dass die anderen Bundesstaaten auch ohne preußische Pressionen einen großen Anteil an ihrer Wirkungslosigkeit im Bundesrat hatten. Sie agierten nicht, sie reagierten. Und sie sind nicht als gemeinsam Handelnde in Erscheinung getreten. Woher kommt diese Unfähigkeit zu Interessen-Koalitionen? Mit der Herstellung von Einvernehmen hätten die Kleinstaaten 18 von 58 Stimmen in die Waagschale werfen können. Warum haben sie es nicht getan? Aus Angst vor Preußen? Oder weil sie sich ohnehin als lebende Fossilien betrachteten, die nur noch aussterben konnten?

Zur Beantwortung dieser Fragen soll hier ein Plädoyer für einen Perspektivenwechsel angeregt werden:¹⁸ Die Antwort sollte nicht so sehr vom Standpunkt des 20. und 21. Jahrhunderts vor der Schablone des zur Norm erhobenen eher zentralistischen deutschen Bundesstaates gegeben werden, sondern vielmehr die Perspektive des 18. und frühen 19. Jahrhunderts berücksichtigen. Dabei ist besonders das eher staatenbündische Gebilde des Alten Reiches oder des Deutschen Bundes zu beachten.¹⁹ So wird deutlich, dass die Kleinstaaten sich keineswegs als vom

¹⁶ Die Bezeichnung hatte 1898 der Diplomat Anton Graf Monts benutzt. Vgl. Reichold (wie Anm. 15), S. 8.

¹⁷ Vgl. Abigail Green: *Fatherlands. State-Building and Nationhood in Nineteenth-Century Germany*, Cambridge 2001, S. 8.

¹⁸ So auch: Hans-Werner Hahn: *Thüringen im 19. Jahrhundert. Paradigmenwechsel in der Erforschung kleinstaatlicher Strukturen und politisch-sozialer Wandlungsprozesse*, in: Matthias Werner (Hrsg.): *Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik: 150 Jahre Landesgeschichtsforschung in Thüringen*, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen: Kleine Reihe 13), Köln u.a. 2005, S. 377-404; vgl. dazu Jürgen John: *Die Thüringer Kleinstaaten – Entwicklungs- oder Beharrungsfaktoren?*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* NF 132 (1996), S. 91-149.

¹⁹ Vgl. Nipperdey (wie Anm. 7), S. 69. Der Deutsche Bund habe „für ein halbes Jahrhundert die realen politischen Erfahrungen der Deutschen mit dem Föderalismus, dem Leben in zwei politischen Ordnungen, der einzelstaatlichen und der gesamtdeutschen, bestimmt“ und sei „von entscheidender Bedeutung für die deutsche Geschichte“.

Aussterben bedrohte Art sahen, sondern als sehr lebendigen Ausdruck deutscher föderaler Tradition.

Für diesen Perspektivenwechsel gibt es gewichtige Argumente.²⁰ Die Erkenntnisse der Föderalismus-Forschung²¹, die theoretischen Einwände gegen das bisherige Nationalstaatskonzept²², die Hinweise auf die Bedeutung der Regionen²³ und die bisherige Überschätzung von „Nationalisierungsagenturen“²⁴ berechtigen dazu, über die Stellung der kleineren Bundesstaaten im Reich neu nachzudenken. Die hier vertretene These lautet: Die Kleinstaaten sahen sich als gleichberechtigte Glieder des Reiches. Zur Legitimation dieses Anspruchs diente die zum Teil Jahrhunderte alte Tradition. Diese verhinderte aber auf der anderen Seite, dass die Regierungen der Kleinstaaten zu modernen Formen staatlicher Zusammenarbeit fanden.

Zur Erläuterung dieser These wird ein Beispiel aus dem Herzogtum Braunschweig gewählt. Dabei wird zunächst kurz dargelegt, welche verfassungsrechtliche Stellung der Bundesrat im Kaiserreich besaß, und beschrieben, wie seine Rolle bis jetzt bewertet wurde. In einem zweiten Abschnitt wird am Beispiel des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1877/79 gezeigt, welche Möglichkeiten Kleinstaaten hatten, mit im Bundesrat zustande gekommenen Reichsgesetzen, die in ihre gewohnte Souveränität eingriffen, umzugehen. Dies wird die Beantwortung der Frage nach dem Verhalten der Kleinstaaten ermöglichen, die am Schluss vorgenommen wird.

²⁰ Vgl. den Forschungsüberblick „Die Konstitutionalismus- und Nationalismusforschung 1992-2006“ bei Elisabeth Fehrenbach: Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815-1871, 2., um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2007, S. 119-128.

²¹ Vgl. Reinhard Koselleck: Deutschland – eine verspätete Nation?, in: Ders.: Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt a. M. 2000, S. 359-380, hier S. 370f. Koselleck hat bereits 1999 eindringlich darauf hingewiesen, dass „die langfristigen Strukturen der deutschen Geschichte nie national, sondern schon immer föderal ausgerichtet waren“.

²² Vgl. Langewiesche (wie Anm. 11), S. 55 u. 78f.; vgl. auch Jürgen Kocka: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 2001, S. 83: „Die historische Forschung arbeitet heute genauer heraus, daß Nationen im Kern ‚gedachte Ordnungen‘ (Lepsius), Produkte des kollektiven Gedächtnisses und der Konstruktionen des politischen Wollens sind.“

²³ Vgl. Green (wie Anm. 17); Siegfried Weichlein: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich, Düsseldorf 2004, S. 14f. spricht gar von der „Unwahrscheinlichkeit des Nationalstaats“.

²⁴ Gabriele B. Clemens: „Sanctus amor patriae“. Eine vergleichende Studie zu deutschen und italienischen Geschichtsvereinen im 19. Jahrhundert, Tübingen 2004, zeigt, dass das deutsche Bürgertum sich nicht sonderlich für den Nationalstaat interessierte. Geschichtsvereine seien keine nationalen Ideologiefabriken, sondern Bastionen einer regionalen Traditionspflege gewesen.

Zunächst zur verfassungsrechtlichen Stellung des Bundesrates. Der Bundesrat war ein Unikum. Seine außergewöhnliche Konstruktion ist im Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft von 1926²⁵ bündig beschrieben:

„Der Bundesrat hatte in keiner anderen bundesstaatlichen Verfassung ein Vorbild oder Gegenstück, war insbesondere kein Oberhaus, wie der Senat des amerikanischen Kongresses oder der Ständerat der schweizerischen Bundesversammlung oder wie das Staatenhaus, das die Frankfurter Reichsverfassung in Aussicht genommen hatte. Nach der Struktur der Reichsverfassung war der Bundesrat der Repräsentant des ‚Trägers der Reichsgewalt‘, d.h. er vertrat dasjenige Element, auf das sich geschichtlich die Reichsgewalt zurückführen ließ, nämlich die ‚verbündeten Regierungen‘.“

Das heißt, den Landesfürsten wurde mit dem Eintritt in das Reich „die Anteilnahme an der Regierung des Gesamtstaats selbst“ verschafft. Aus der Sicht der Bundesstaaten war demnach der Bundesrat die Institution, die ihnen eine Mitsprache bei der Gestaltung des gemeinsamen Rahmens ermöglichte.

Im Bundesrat versammelten sich Vertreter der verbündeten Staaten, 22 Fürsten und drei Stadtrepubliken. Das Stimmengewicht der Bundesstaaten war wie bei der ehemaligen Bundesversammlung des Deutschen Bundes abgestuft. Von den insgesamt 58 Stimmen besaß Preußen 17. Über mehr als eine Stimme verfügten außer Preußen sieben Staaten: Bayern (6), Sachsen (4), Württemberg (4), Baden (3) und Hessen (3). Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin waren mit zwei Stimmen vertreten. Die übrigen 17 Staaten hatten jeweils eine Stimme (Art. 6). Die Gesamtheit der Stimmen eines Bundesstaates konnte nur geschlossen abgegeben werden (Art. 6).

Der Bundesrat hatte sowohl exekutive als auch legislative Kompetenzen. Wie eine Regierung legte er dem Reichstag Gesetzesvorlagen²⁶ vor (Art. 7.1.1) und beschloss über die Ausführung von Gesetzen. Gleichzeitig übte er mit dem Reichstag die Gesetzgebung aus, das heißt, er musste über seine eigenen Vorlagen abstimmen (Art. 5). Alles in allem gesehen konnte das Reich keine gesetzgeberische Initiative ohne den

²⁵ Heinrich Triepel: Bundesrat, in: Fritz Stier-Somlo / Alexander Elster: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. 1, Berlin / Leipzig 1926, S. 829-835.

²⁶ Der Bundesrat bildete sieben, später acht Ausschüsse, die diese Gesetzesvorlagen vorbereiten sollten. Die Ausschüsse mussten jedoch zumeist auf Entwürfe der preußischen Ministerien zurückgreifen. Vgl. Otto Pflanze: Bismarck. Der Reichsgründer, München 1997, S. 351f.

Bundesrat entfalten. Er war mithin die mächtigste Institution des Reiches, ohne den mehrheitlichen Konsens im Bundesrat wäre das Reich nicht handlungsfähig gewesen. Über diese Verfassungstheorie herrscht in der Literatur große Übereinstimmung. Die Rolle Preußens, dessen Regierung in der Regel für diesen Konsens sorgte, wurde bereits von den Zeitgenossen als bevorrechtigte Hegemonie beschrieben. Die historische Forschung aber hat diesen Umstand ganz unterschiedlich bewertet.²⁷ Ernst Rudolf Huber sah etwa außerhalb Preußens allenthalben eine „partikularistische Opposition“ am Werk. Preußen habe daher die desintegrativen Faktoren des Bundesstaates in national-unitarische Bahnen lenken müssen, womit er Preußen eine historische Mission im Sinne des Reiches unterstellte.²⁸

Ganz anders sieht zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler den Bundesrat. Für ihn ist der Bundesrat nur ein „konstitutionelles Feigenblatt“ für die preußische Allein-Regierung über das Reich.²⁹ In neueren Gesamtdarstellungen³⁰ werden andere Schwerpunkte gesetzt, aber auch sie sehen Preußen als die treibende Kraft bei der Indienstnahme des Bundesrates für die unitarisch-nationale Politik.

Zweiter Punkt: Wie wurde Politik im Bundesrat konkret „gemacht“ und wie gingen die Bundesstaaten – in unserem Fall das Herzogtum Braunschweig – mit den Ergebnissen dieser Reichspolitik um? Beim Gesetzgebungsverfahren müssen zwei legislative Bereiche unterschieden werden, ein bundesstaatlicher im Bundesrat und ein partikularer

²⁷ Die Forschung näherte sich dem Herrschaftssystem des Kaiserreichs zunächst mit verfassungsgeschichtlichem Instrumentarium. Zu nennen sind zum Beispiel Huber (wie Anm. 2); Mommsen (wie Anm. 14). Dann widmete man sich der Identifizierung von Herrschaftszentren im Rahmen der Strukturgeschichte. Vgl. z. B. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995. Die Kritik an der verfassungsgeschichtlichen Herangehensweise führte dazu, sich von bestimmten Modellvorstellungen zu lösen und „einzelne Machtzentren und deren Ressourcen, auch Konflikte und Koalitionen unter ihnen zu untersuchen. So kommen Reichskanzler, Kaiser, Bürokratie und Militär, Reichstag und Parteien sowie die Bundesstaaten in den Blick.“ So: Hans-Peter Ullmann: Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, 2. Auflage, München 2005, S. 66. – An diesem von Wehler konstruierten Modell der „Herrschaftstechnik“ Bismarcks, dem es damit gelungen sei, gleichsam einen „virtuosen“ Balanceakt zwischen diesen Machtzentren zu vollführen, entzündete sich wiederum Kritik. Vgl. Volker Berghahn: Das Kaiserreich 1871-1914, Stuttgart 2003, spricht zum Beispiel vom „politischen Raum“ (S. 279ff.) und nicht vom „politischen System“ im Kaiserreich, um damit deutlich zu machen, dass die Verfassung nur die Spielregeln in einem dynamischen Spiel mit vielen Mitspielern bildete. Dabei ist längst nicht bei jedem Mitspieler geklärt, welchen Einfluss er auf das Spiel besaß.

²⁸ Vgl. Huber (wie Anm. 2), S. 799.

²⁹ Vgl. Wehler (wie Anm. 27), S. 357.

³⁰ Friedrich Lenger: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung (1849-1870er Jahre), Stuttgart 2003, S. 320, sieht den Grund für die Unselbständigkeit der Bundesstaaten darin, dass der Bundesrat von der vorbereitenden Arbeit der preußischen Ministerialbürokratie abhängig blieb; Berghahn (wie Anm. 27), S. 292, erklärt die Gefügigkeit der Bundesstaaten mit der permanenten Möglichkeit eines Staatsstreichts der preußischen Krone, der unter Umständen auf die Abschaffung der Verfassung hinausgelaufen wäre.

in den Länderparlamenten.³¹ Als Beispiel soll das Gerichtsverfassungsgesetz von 1879 herangezogen werden.

Zuerst zum Bundesrat. Das Land Braunschweig war in dem Gremium mit zwei Stimmen vertreten, die der Bundesratsbevollmächtigte Friedrich von Liebe³² wahrnahm. Liebe, ein geschulter Diplomat mit Erfahrungen aus der Frankfurter Bundesversammlung, stand in ständigem schriftlichen Kontakt mit dem Braunschweiger Staatsministerium, verfasste Berichte über wichtige Gesetzesvorhaben des Reiches und holte bisweilen, wie alle anderen Bevollmächtigten, bei seiner Regierung Instruktionen ein, wie bei dieser oder jener Abstimmung Braunschweig seine Stimmen abzugeben gedenke. Liebe vertrat auch zeitweise die Stimmen von Oldenburg, Waldeck, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe³³, was durchaus üblich war für Bundesstaaten, die sich keinen eigenen Bevollmächtigten leisten konnten oder wollten.³⁴ Im Gegensatz zum negativen Bild der Bevollmächtigten, das zum Beispiel Thomas Nipperdey zeichnet³⁵, zeigte sich Friedrich von Liebe als ausgebildeter Jurist im Bezug auf die Justizgesetze in der Regel gut informiert und von hoher Sachkenntnis.

Das Gerichtsverfassungsgesetz formulierte den Organisationsrahmen der künftigen Struktur des gemeinsamen deutschen Gerichtswesens. Es legte aufsteigend vier Instanzen fest: Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und das Reichsgericht. Überblickt man den Schriftwechsel zwischen Liebe und dem Braunschweiger Staatsministerium zum Gesetzgebungsverfahren, fällt zunächst auf, dass entgegen der verbreiteten Behauptung, der Bundesrat sei keine Ländervertretung, die Länder selbstver-

³¹ Vgl. Huber (wie Anm. 2), S. 805-808. Die bundesstaatlichen Kompetenzen nennt man Mitgliedschaftsrechte, die partikularen Kompetenzen Hoheitsrechte. Die Hoheitsrechte umfassen die eigenstaatliche Gesetzgebungskompetenz und die Vollzugskompetenz (Pflicht, Bundesgesetze in ihren Ländern umzusetzen). Die Vollzugskompetenz war für die Gliedstaaten die wichtigste, da sie dabei häufig erheblichen Spielraum besaßen.

³² Biographisches: Friedrich von Liebe (1809-1885) stammte aus einfachen Verhältnissen. Er wurde früh staatlich gefördert (Stipendium), so dass er in Göttingen Jura studieren konnte. Als Gerichtsassessor wurde er 1841 bereits als Kanzleisekretär ins Braunschweiger Staatsministerium berufen. 1849 wurde er Legationsrat beim Deutschen Bund in Frankfurt, 1850 saß er im Erfurter Unionsparlament, 1851 wurde er Geschäftsträger am preußischen Hof in Berlin. 1855 in den Adelsstand erhoben wurde er 1867 Ministerresident am preußischen Hof und Bevollmächtigter Braunschweigs beim Bundesrat. Vgl. Roger Reckewell: Liebe, Friedrich von, in: Horst-Rüdiger Jarck / Günter Scheel (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 381.

³³ Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 03 Nr. 416/I.

³⁴ Der Bundesratsbevollmächtigte der Bundesstaaten mit nur einer Stimme war der jeweilige Staatsminister, der naturgemäß nicht ständig in Berlin verweilen konnte. Die meisten dieser Staaten subordinierten ihre Stimme einem der Staaten, die einen ständigen Bevollmächtigten beim Bundesrat unterhielten. Die drei Hansestädte besaßen einen gemeinsamen Bevollmächtigten. Vgl. Reichhold (wie Anm. 15), S. 169f.

³⁵ Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte. 1866-1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 90f.

ständig eigene partikulare Interessen im Bundesrat eingebracht haben.³⁶ Schnell stellten sich nämlich zwei zentrale Probleme für die Kleinstaaten heraus, die personelle Besetzung der Landgerichte und die Errichtung eines eigenen Oberlandesgerichtsbezirks.

Der oldenburgische Staatsminister brachte diese Probleme in einem Bericht an seinen Großherzog³⁷ vom 5. Januar 1874 auf den Punkt: Die Besetzung der Kammern bei den Landgerichten mit fünf Berufsrichtern stelle die kleineren Staaten wegen der Personalintensität vor große Schwierigkeiten. Man habe berechnet, dass bei den neu zu schaffenden Landgerichten mindestens zwölf Richter notwendig seien. Die geplanten Landgerichte seien aber auf große Bezirke konzipiert, die jetzigen Kreisgerichte seien zu klein, deren Kosten zu hoch. Die Alternative schien ihm nicht sehr attraktiv: „Schlösse man sich den nächstliegenden preußischen Gerichten an, so würde auch ein preußisches Oberlandesgericht eintreten müssen, und die Folge würde sein, daß auch in Oldenburg kein Oberlandesgericht gebildet werden könnte; damit wäre unsere Justiz ruiniert.“ Er fügte hinzu: „Ähnlich wird die Sache in Braunschweig und anderen Staaten sich gestalten.“ Das war richtig.³⁸ Braunschweigs Justizminister Trieps berichtete am 7. Oktober 1876 dem Herzog, dass nach dem Sinn des Gesetzentwurfes ein Oberlandesgerichtsbezirk „eine nach Millionen zu berechnende Seelenzahl umfassen“ müsste. Braunschweig besaß 1875 aber nur etwa 327.000 Einwohner.

Die geplante Veränderung der Gerichtsorganisation traf somit die staatliche Qualität der Kleinstaaten im Kern. Eine Reduzierung der Berufsrichterstellen bei den Landgerichten lag damit im Interesse aller Kleinstaaten. Dieses Problem forderte also zu einer gemeinsamen Aktion geradezu heraus. Tatsächlich kam es in Berlin zu einem gemeinsamen Treffen der Kleinstaaten-Bevollmächtigten, von dem Liebe am 6. Oktober 1876

³⁶ Vor allem Braunschweig entfaltete hier Initiativen im Bundesrat. Liebe stellte am 27.4.1876 im Justizausschuss den Antrag, die Kommissare zu beauftragen, „dahin zu wirken, daß den kleinen Staaten die Einrichtung eigener Landgerichte nicht durch Vorschriften über die Besetzung der Strafkammern oder Vorschriften über die Entscheidungen über die Berufungen über das Maß erschwert werde.“ Vgl. Werner Schubert: Die deutsche Gerichtsverfassung (1869-1977). Entstehung und Quellen, Frankfurt a. M. 1981, S. 246.

³⁷ In den Akten des Braunschweigischen Staatsministeriums befindet sich eine Kopie dieses Berichts (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3579). Dort auch die folgenden Zitate.

³⁸ Bericht des Ministers Trieps an den Herzog v. 7.10.1876 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3583): Die neuen Entwürfe zum GVG sähen keine „Seelenzahl“ für bestimmte Gerichtsbezirke mehr vor, dennoch würde „nach Sinn u. Geist der Entwürfe“ ein Oberlandesgerichtsbezirk „eine nach Millionen zu berechnende Seelenzahl umfassen“ müssen. Am 29.11.1877 hatte Obergerichtspräsident in einem Gutachten die Ansicht geäußert, dass man in Preußen die Landgerichtsbezirke für 2.000 bis 3.000 Gerichtsinsassen plane, die OLG-Bezirke für durchschnittlich 2 Millionen (12 Neu Justiz 05 Nr. 3587).

berichtete.³⁹ Auf dem Treffen selbst wurden gewaltige Keulen ausgepackt: „Man müßte ein Amendement im Reichstag veranlassen, welches die 5 Richter auf 3 reducirte...“ Man müsse mit den süddeutschen Regierungen und deren Reichstagsabgeordneten „paktiren“, weil diese die Möglichkeit der Berufung gegen Erkenntnisse der Strafkammern wünschten. Mit der Zulassung der Berufung könne man die Richterzahl auf drei reduzieren. Das war trefflich formuliert, nur: Der vollmundigen Ankündigung folgten keine Taten. Bei dem Treffen waren nicht einmal alle Kleinstaaten-Vertreter anwesend, geschweige denn, dass es zur Verabredung eines gemeinsamen Vorgehens gekommen wäre. Als Ergebnis wollte der Braunschweiger Bevollmächtigte von Liebe das Problem „im Justizausschuß zur Sprache bringen.“ So ist es kaum verwunderlich, dass die Bemühungen Liebes keinen Erfolg brachten.

Die Tätigkeit Liebes kommentierte der Braunschweiger Justizminister Triefs in einem Bericht⁴⁰ an Herzog Wilhelm:

„Das Schreiben [Liebes, MB] enthält zugleich die Bemerkung, daß nunmehr die kleineren Staaten aufmerksam auf den wahren Ernst der Sache geworden seien u. daß dieselben die Bedrohung, welche die Gerichts-Organisation für die innere Selbstständigkeit der Staaten habe, zu würdigen beginnen... Es werde jetzt unter den kleineren Staaten viel correspondirt, aber es sei trotz dieses Hin- u. Herschreibens schlimm, daß der Eine dem Anderen nicht traue u. sich auch nicht auf ihn verlassen könne.“

Er schlage deshalb vor, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Liebe selbst resümierte die Vorgänge kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat am 23. Dezember 1876:

„Die Vertreter der kleinen, insonderheit der Thüringischen Staaten hielten es für unnütz, gegen die Gesetze zu stimmen. Es würde dadurch nur die Agitation gegen die kleinen Staaten gefördert. Sie beabsichtigten nur eine Erklärung, in der sie sich darüber beklagen, daß auf das Interesse der kleinen Staaten so wenig Rücksicht genommen sei. Ich halte eine solche Erklärung für überflüssig. Sie betrifft nur eine Einzelheit u. noch dazu eine Sache, auf welche sämtliche übrige Regierungen keinen Werth legen. Es hat sich gezeigt, daß alle Correspondenzen darüber zu nichts geführt,

³⁹ Bericht v. Liebes an das Braunschweigische Staatsministerium v. 6.10.1876 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3583). Dort auch die folgenden Zitate.

⁴⁰ Bericht des Ministers Triefs an Herzog Wilhelm v. 7.10.1876 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3583).

daß an Solidarität nicht zu denken sei, u. daß Jeder nur für sich selbst besorgt ist. Es scheinen jetzt erheblichere Gründe in den Vordergrund zu treten... Das Resultat ist nicht zweifelhaft: Die Gesetze haben im Bundesrathe die entschiedene Mehrheit. Wird man nicht zustimmen, so kann man dagegen stimmen. Das würde freilich nichts helfen und allerlei Vorwürfe nach sich ziehen.“⁴¹

Wie hat man das zu bewerten? Die Kleinstaaten waren auf eine institutionalisierte Zusammenarbeit nicht vorbereitet und sahen auch deren Notwendigkeit nicht. Stattdessen setzten sie die lange eingeübten diplomatischen Gepflogenheiten aus ihrer 1866 zu Ende gegangenen Zeit als souveräne Staaten fort.⁴² Bündnisse kamen nicht zustande, weil man dem potenziellen Partner grundsätzlich misstraute. Man hat den Eindruck, dass der plötzliche Seitenwechsel als geradezu meisterhaftes diplomatisches Geschick galt. Das Reich erschien vor diesem Hintergrund immer noch als Schutzgemeinschaft des Existenzrechts der Bundesstaaten. Im Übrigen verließ man sich am liebsten auf seine eigenen Kräfte.

In dieses Denkschema passt auch der Versuch Braunschweigs, mit anderen Kleinstaaten ein gemeinsames Oberlandesgericht zu bilden. Lippe, Schaumburg-Lippe und Oldenburg waren im Gespräch. Im Sinne einer effizienten Nutzung von knappen finanziellen Ressourcen wäre dieser Schritt sinnvoll gewesen, aber die Braunschweiger Regierung verhielt sich diesen anderen Staaten gegenüber wie Preußen im Kleinen, denn dass der künftige Standort eines gemeinsamen OLG nicht die Stadt Braunschweig sein könnte, kam den Regierenden gar nicht in den Sinn.⁴³

Die zum „vaterländischen“ Projekt erklärte Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Herzogtums fand selbst im nationalliberalen Braunschweiger Bürgertum Zustimmung. Wilhelm Bode, der zwischen 1867 und 1881 ununterbrochen eines der Braun-

⁴¹ „Bericht Liebes an die Regierungen von Braunschweig, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Lippe“ v. 18.12.1876 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 19 B Neu Nr. 465).

⁴² Vgl. Pflanze (Anm. 26), S. 356-361. Im Ministerrat, in dem Vertreter der beteiligten Staaten Ende 1866 über die Verfassung des Norddeutschen Bundes berieten, formierte sich unter Führung des Großherzogs von Oldenburg eine breite Opposition gegen den Bismarckschen Entwurf. Diese Opposition sei aber zusammengebrochen, weil Bismarck die Koalition durch Einzelgespräche mit den Monarchen spaltete. Er habe das Bundesratsmodell schließlich durchsetzen können, weil er die Bedeutung des monarchischen Elements gegenüber dem eher parlamentarischen Modell einer Ersten Kammer hervorhob. Diese Übereinkunft bildete die Grundlage des Verfassungskonsenses der Bundesstaaten, erklärt aber nicht die Handlungsunfähigkeit der Kleinstaaten bei alltäglichen Gesetzesvorhaben.

⁴³ Der Versuch, mit Lippe, Schaumburg-Lippe und Anhalt ein gemeinsames OLG zu bilden, schlug fehl. Die genannten Staaten zweifelten an der eigenständigen Zukunft Braunschweigs. (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. Nr. 3588 „Bericht v. Liebes an Justizminister Trieps v. 27.10.1876“) Herzog Wilhelm hatte keine Kinder und man rechnete nach dessen Tod mit der Einverleibung Braunschweigs in Preußen.

schweiger Reichstagsmandate innehatte, fasste diese Sichtweise 1878 auf einer Wahlversammlung in folgende Worte: „Im übrigen werde ich selbstverständlich fortfahren, [im Reichstag] allen den Maßregeln zuzustimmen, die zur Befestigung des Reiches dienen, soweit sie nicht in die berechnigte Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes eingreifen.“⁴⁴ Man achte genau auf Bodes Worte. Er spricht vom Reich⁴⁵ und nicht von der Nation, und mit Vaterland meint er zuerst seine Braunschweiger Heimat.

Insofern verwundert es nicht, dass die Braunschweiger Regierung das kostspielige Justiz-Projekt mit breiter Unterstützung des Landtags durchsetzte. Die Errichtung eines eigenen OLG-Bezirks wurde zu einer patriotischen Aufgabe erklärt. Dabei musste die Zahl der etatmäßigen Stellen für Richter und Staatsanwälte immerhin von 74 auf 90 erhöht werden⁴⁶, ganz abgesehen von den Kosten für den repräsentativen Neubau, der für das Landgericht und Oberlandesgericht in Braunschweig entstehen sollte. Selbst der sonst eher nüchterne Justizminister Trieps verfiel dabei in patriotische Töne und erklärte, man dürfe sich einem preußischen OLG nicht unterordnen, sondern müsse den einstimmigen Ruf erheben: „Freiwillig gehen wir weder nach Celle noch nach Magdeburg.“⁴⁷ Gestützt auf ihre administrative Kompetenz schuf die Braunschweiger Regierung unter einer Landesjustizverwaltung einen Oberlandesgerichtsbezirk als eigenes Universum, in das etwa personelle Eingriffe von außen nicht möglich waren.⁴⁸ Er war nach Oldenburg der zweitkleinste in Deutschland.⁴⁹

Auf das Verhältnis von Bundesstaaten und Reich ging Trieps 1879 in seiner Rede zur Eröffnung des Braunschweiger Oberlandesgerichts ein.⁵⁰ Die Vereinheitlichung des Rechtssystems folge den Erfordernissen des gemeinsamen „Verkehrsgebiets“. Wenn

⁴⁴ Braunschweigische Anzeigen v. 17.11.1912 (Biographie zum 100. Geburtstag von Wilhelm Bode, 1812-1883).

⁴⁵ Mit dem Begriff „Reich“, der mit mythisch-historischen Erinnerungen aufgeladen war, „sollte die... ‚geteilte und geeinte‘ Natur des neuen Staates festgelegt werden,“ urteilt Nipperdey (wie Anm. 7), S. 75.

⁴⁶ Für 1870: Bericht des Oberstaatsanwalts an das Herzogliche Staatsministerium v. 11.3.1870 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3579). Für 1879: Wilhelm Mansfeld (Hrsg.): Die Braunschweigischen Ausführungsgesetze zu den Reichsjustizgesetzen, Braunschweig 1879, S. 38.

⁴⁷ Bericht des Ministers Trieps an Herzog Wilhelm v. 7.10.1876 (Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 Neu Justiz 05 Nr. 3583).

⁴⁸ In den 1920er Jahren gibt es im Justizdienst die ersten Nicht-Landeskinder, was auch zu dieser Zeit noch für erhebliches Aufsehen sorgte.

⁴⁹ Vgl. Rudolf Wassermann: Die Entwicklung des Oberlandesgerichts Braunschweig, in: Ders. (Hrsg.): Justiz im Wandel der Zeit. Festschrift des Oberlandesgerichts Braunschweig, Braunschweig 1989, S. 16. Braunschweig besaß 327 493 und Oldenburg 281 269 Gerichtssinsassen.

⁵⁰ Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen v. 2.10.1879. Dort auch die folgenden Zitate.

selbst Preußen sein Justizwesen dem „nationalen Banner“ des Reichsgerichts unterstelle, so würde es sich

„wie jeder der übrigen Bundesstaaten der Gesamtheit als ein Glied einfügen. Die Gleichheit der Rechte bleibt den Einzelstaaten gewahrt, insofern diese in That und Wahrheit Glieder der Gesamtheit sein wollen und sein können. Alle sind gleichmäßig dem Reiche untergeordnet, welches von ihnen selbst gebildet wird und in der gegenseitigen Verschmelzung herrscht die vollständige Reciprocität. Von einer Beeinträchtigung der einzelnen Bundesstaaten kann daher keine Rede sein; was sie auf der einen Seite einbüßen, erhalten sie auf der anderen Seite durch ihre Theilnahmerechte ersetzt.“

Es stelle sich aber die Frage, „ob Staaten von dem Umfange des Herzogthums die materiellen und geistigen Kräfte haben, ihre Jurisdiction in dem reichsgesetzlichen Rahmen als selbstständige Glieder der Gesamtheit zu behaupten und in dieser Beziehung die Reichsunmittelbarkeit wahren.“⁵¹

An dieser Stelle lohnt es sich, kurz in die Gedankenwelt eines kleinstaatlichen Ministers einzutreten. Um es klar zu sagen: Seine Worte sind für den Vertreter eines Bundesstaates, dessen Einwohner allein viermal in Berlin Platz gefunden hätten, nicht eben bescheiden. Mit dem Begriff der „Reichsunmittelbarkeit“ und der Betonung der Gleichheit der Gliedstaaten schimmert der irrationale Anspruch durch, Preußen vom Standpunkt der Legitimität gesehen auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Neu ist gleichwohl seine Erkenntnis, dass die Einzelstaaten nicht mehr ohne ihr aktives Zutun die Loyalität ihrer Staatsbürger erhielten, sondern nun in eine Leistungskonkurrenz zum Reich und zu den Nachbarstaaten traten. Das sollte sich für sie als die eigentliche Herausforderung der Zukunft erweisen.⁵²

Es lässt sich folgendes Ergebnis festhalten: Das politische Gebaren der Kleinstaaten kann nicht allein damit erklärt werden, dass Preußen durch ständigen Sanktionsdruck eine vermeintliche Eigeninitiative und oppositionelle Kooperation unterdrückt habe. Vielmehr waren die Kleinstaaten schon bei alltäglichen Gesetzesvorhaben zu keiner Zusammenarbeit in der Lage, obwohl sie durch eigene Aktivitäten versuchten, die

⁵¹ Triebs bedient sich hier der zeitgenössischen staatsrechtlichen Theorie über den Bundesstaat. Kimminich (wie Anm. 8), S. 1122f.

⁵² Vgl. Weichlein (wie Anm. 23), S. 23f. Besonders die Leistung des Nationalstaates im Alltag habe ihn in den Augen seiner Bürger legitimiert. Das Reich sei in Leistungskonkurrenz zu den Gliedstaaten getreten.

Reichsgesetzgebung in ihrem Interesse zu beeinflussen. Dem politischen Auftreten der Kleinstaaten lag ein älteres Verhaltensmuster zugrunde, das der Individualität des einzelnen Staates prinzipiell größeren Wert zuschrieb als einem zusammengesetzten Ganzen. Das Reich sollte in ihren Augen weiterhin als Schutzgemeinschaft ihrer Individualität fungieren und nicht als etwas, das ihrer Gestaltungskraft bedurft hätte. Sie unterstützten es, weil es ihre eigene Existenz garantierte. „Reichsfreundliches“ Verhalten schloss aber aus, „Fraktionen“, partikulare Bündnisse oder gar „Parteien“ zu bilden.

Wenn das Reich in ihre Sphäre eingriff, waren die Kleinstaaten zu keiner wirksamen Opposition fähig. Dazu waren sie als Individuen viel zu heterogen, als dass sie, demokratischen Spielregeln folgend, ein gemeinsames Bewusstsein von sich, eine Art Kleinstaaten-Identität hätten ausbilden können. Wichtiger als gemeinsame Interessen war für jeden einzelnen seine zum Teil Jahrhunderte alte individuelle Identität.

**Kaiser-Wilhelm-Denkmal kontra Säuglingsheim
Wohlfahrtseinrichtungen in Heinrich Manns Kaiserreich-Trilogie**

1. Das Denkmal

„Schon war die Inschrift ‚Wilhelm der Große‘ zur Kenntnis genommen worden, der Schöpfer [nämlich der Bildhauer, CV] durch eine Anrede ausgezeichnet, bekam seinen Orden, und gerade sollte auch der geistige Schöpfer Heßling vorgestellt und geschmückt werden, da platzte der Himmel. Er platzte ganz und auf einmal, mit einer Heftigkeit, die einem lange verhaltenen Ausbruch glich. Bevor die Herren sich umgedreht hatten, standen sie im Wasser bis an die Knöchel, Seiner Exzellenz [dem Herrn Oberpräsidenten, CV] lief es aus Ärmeln und Hosen.“¹

Die Einweihung des Reiterstandbildes für Kaiser Wilhelm I. zu dessen hundertstem Geburtstag im Jahre 1897 fiel im Städtchen Netzig bei Berlin gründlich ins Wasser. Die Festversammlung – das Gewitter stand genau „über den Köpfen“ – verließ fluchtartig den Platz. Zuletzt musste auch Festredner Diederich Heßling nach vielen Hurras und Kaiserhochs „blitzumlodert“ und „im schwefelgelben Licht“ den Rückzug antreten. Gerade hatte er noch „[d]ie vaterlandlosen Feinde der göttlichen Weltordnung“ angeklagt, nun nahm der national gesinnte „Untertan“ selbst Teufelsgestalt an. Er ging trotz des Donnerwetters von oben einer erfolgreichen Zukunft entgegen, während sein Widersacher, der freisinnige alte Buck, auf dem Sterbebett lag.²

2. Die Romantrilogie

Heinrich Mann (1871-1950), im Gründungsjahr des (zweiten) Kaiserreichs als Senatorensohn in Lübeck geboren, schildert die „Geschichte der öffentlichen Seele unter Wilhelm II.“³ in drei Romanen und aus dreierlei Perspektiven. Erfolg hatte allerdings nur „Der Untertan“, der erste der drei Bände. In dieser Persiflage zeigt Heinrich

¹ Heinrich Mann: Der Untertan. Roman, Frankfurt a. M. 1996, S. 471.

² Vgl. Mann (wie Anm. 1), S. 478.

³ So der Untertitel des „Untertan“ zur Zeit der Niederschrift.

Mann den Bürger als Abbild des „herrlichen jungen Kaisers“. Den Roman stellte der Autor zu Beginn des Jahres 1914 fertig, wegen des Kriegsausbruchs im August musste die Publikation als Fortsetzungsroman in der Münchner Zeitschrift „Zeit im Bild. Moderne illustrierte Wochenschrift“ jedoch eingestellt werden und ein Buchdruck zunächst ganz unterbleiben. Umso bedeutsamer sollte die satirische Abrechnung mit dem Kaiserreich nach dem Ende der Monarchie werden. Es war gerade dieser Roman, der neben essayistischen Plädoyers für die europäische Geistesfreiheit den Schriftsteller zum demokratischen Repräsentanten der Weimarer Republik werden ließ.⁴ Neue Aktualität gewann „Der Untertan“ schließlich durch die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und seiner ebenso machtbesessenen wie autoritätshörigen Mitläufer. Diederich Heßling schien gleichsam den Typus des Nazis vorwegzunehmen. In diesem Sinne und viel einseitiger als im Roman stellte ihn Wolfgang Staudte in der DEFA-Verfilmung aus dem Jahre 1951 dar.

Ein zweiter Roman Heinrich Manns, der die Geschichte Diederich Heßlings fortsetzt, erschien noch vor dem „Untertanen“ im Jahre 1917: Im Zentrum des Romans „Die Armen“ (mit einem Titelbild von Käthe Kollwitz) steht der Arbeiter Karl Balrich, der sich gegen den inzwischen als Generaldirektor einer großen Papierfabrik wirkenden „Untertanen“ (vergeblich) aufzulehnen versucht.⁵ Ein dritter Roman, „Der Kopf“ aus dem Jahre 1925, entlarvt das Machtgebaren von Intellektuellen, spielt jedoch in einem neuen Personenkreis. Vermutlich wurde dieser Band aus verkaufsstrategischen Gründen den beiden anderen Romanen unter dem Gesamttitel „Das Kaiserreich“ hinzugefügt.⁶

„Der Untertan“ ist heute Schullektüre und gehört zum Klassikerkanon, die beiden Fortsetzungsbände jedoch – auch der Roman „Die Armen“, der 1917 immerhin in einer Auflage von 60.000 Exemplaren erschien und noch im Jahre 2005 neu aufgelegt wurde – müssen zur großen Zahl der missglückten Werke Heinrich Manns gezählt werden.⁷ Obwohl als Lektüre schwer genießbar, sind diese literarisch weniger wert-

⁴ Vgl. Stefan Ringel: Heinrich Mann. Ein Leben wird besichtigt, Berlin 2002; Marcel Reich-Ranicki: Heinrich Mann. Ein Abschied ohne Wehmut, in: Ders.: Thomas Mann und die Seinen, Frankfurt a. M. 1990, S. 109-151, hier S. 111.

⁵ Heinrich Mann: Die Armen. Roman, 3. Auflage, Frankfurt a. M. 2005.

⁶ Heinrich Mann: Der Kopf. Roman, Berlin / Wien / Leipzig 1925.

⁷ So auch Marcel Reich-Ranicki: „Wer wird sich nicht vor einem Heinrich Mann respektvoll verneigen? Doch warum verschweigen, dass von seinen 21 Romanen und seinen vielen Novellen nur noch wenige lesbar und die anderen zurecht vergessen sind?“, in: Nichts als Literatur: Aufsätze und Anmerkungen, Stuttgart 1995, S. 87.

vollen Arbeiten Heinrich Manns ebenso wie viele andere zu Recht vergessene belletristische Werke der Literaturgeschichte für das historische Studium dennoch interessant, denn auch sie zeugen vom Zeitalter und der Vorstellungswelt des Autors. Daher soll insbesondere der Fortsetzungsroman „Die Armen“ in diese Studie einbezogen werden, während „Der Kopf“ für unsere Fragestellung unergiebig ist.

3. Ein „unwissender Magier“?

Joachim Fest (1926-2006) hat Heinrich Mann, ebenso wie dessen jüngeren Bruder Thomas Mann (1875-1955), als „unwissenden Magier“ bezeichnet. Im Zentrum des 1985 veröffentlichten Essays des Publizisten und Hitlerbiographen steht der Vorwurf, Heinrich Mann sei unpolitisch und vielfach geradezu weltfremd gewesen.⁸ Zweifellos trifft dieser Vorwurf für manche Äußerungen des Schriftstellers zum Zeitgeschehen zu. Für die historische Betrachtung allerdings ist die Frage wesentlich, ob es dem Autor gelungen ist, grundlegende Vorgänge seiner Zeit, typische Vertreter und Strukturen einer Gesellschaft bzw. Mentalität und Atmosphäre der erlebten Welt darzustellen. Diese kleine Studie geht davon aus, dass Heinrich Mann in den beiden Kaiserreichromanen „Der Untertan“ und „Die Armen“ Wohlfahrtseinrichtungen nicht zufällig eine besonders prominente Rolle eingeräumt hat. Gerade an der praktizierten Humanität lässt sich Gesellschaft geradezu „anatomisch“, so Kurt Tucholsky, vermessen.⁹ Heinrich Mann, der Sohn einer traditionsreichen Lübecker Bürgerfamilie, kannte Mildtätigkeit von klein auf.¹⁰ Überdies beschäftigten den jungen Schriftsteller um 1900 das Thema Wohlfahrt sowohl in den zeittypischen philanthropischen und „sozialdarwinistischen“ Diskursen¹¹ als auch durch die Vielzahl sozialkritischer Romane und Theaterstücke des „Industriezeitalters“.¹² Dass Wohlfahrtseinrichtungen

⁸ Vgl. Joachim Fest: Heinrich Mann. Ein Unpolitischer wird besichtigt, in: Ders.: Die unwissenden Magier. Über Thomas und Heinrich Mann, Frankfurt a. M. 1993, S. 71-135.

⁹ Kurt Tucholsky sah so im „Untertan“ einen „Anatomie-Atlas des Reiches“; vgl. Peter Stein: Heinrich Mann, Stuttgart / Weimar 2002, S. 68.

¹⁰ Vgl. Klaus Schröter: Heinrich Mann mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1990; Stefan Ringel: Heinrich Mann. Ein Leben wird besichtigt. Eine Biographie, Berlin 2002.

¹¹ Vgl. Gerhard A. Ritter: Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift 282 (2006), S. 97-147; Wilfried Rudloff: Im Souterrain des Sozialstaates: Neuere Forschungen zur Geschichte von Fürsorge und Wohlfahrtspflege im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 474-520; Jens Flemming / Christian Peter Witt (Hrsg.): Quellen zur deutschen Alltagsgeschichte 1871-1914, Darmstadt 1997.

¹² Insbesondere beschäftigte er sich mit dem französischen Romancier Émile Zola: Gerhard Schöffner: Heinrich Mann – Dichterjugend. Eine werkbiographische Untersuchung, Heidelberg 1995.

als Thema bei Heinrich Mann durch die Literaturwissenschaft bislang eher eine geringe Beachtung fanden, ist vermutlich der (politischen) Rezeptionsgeschichte und unserer ganz anders gearteten Gesellschaft mit ihrem vor allem öffentlich finanzierten und organisierten Sozial- und Gesundheitswesen geschuldet. Schüler und Schülerinnen, so ist es den einschlägigen Unterrichtshilfen zu entnehmen, sollen durch die Lektüre des „Untertanen“ vor allem die negativen Seiten einer autoritär-militaristischen Gesellschaft kennen lernen. Dafür steht das steinerne Denkmal des „großen Kaisers“ in „Der Untertan“. Zu beachten ist jedoch auch das Gegenstück, die karitative Einrichtung, die bei Heinrich Mann keine geringere Rolle spielt.¹³

4. Das Säuglingsheim

Philanthropische Wohltätigkeit nahm im „langen“ 19. Jahrhundert eine herausragende Rolle ein. Die Brüder Heinrich und Thomas Mann lernten bürgerliche Mildtätigkeit schon in ihrer Kindheit kennen: Geschenke für die Armen gehörten zu den guten Taten an Festtagen, arme Leute wurden testamentarisch bedacht, Schul- und Geschäftswege führten in Lübeck an „gebauter“ Karitas (dem berühmten Heilig-Geist-Hospital, dem Annenkloster, dem Haus der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“) vorbei. Lübeck beherbergte alle Institutionen, die für ein eigenständiges republikanisches Gemeinwesen notwendig waren.¹⁴

Karitas im traditionellen Sinne kennzeichnet bei Heinrich Mann folgerichtig die „alte“ Zeit. Sie ist Teil eines gemeinsamen bürgerlichen Engagements, das von gesellschaftlicher Verantwortungsbereitschaft zeugt. Bildung, beruflicher bzw. unternehmerischer Erfolg und die Sorge für Arbeiter und Hilfsbedürftige stehen in engem Zusammenhang mit „Gemeinwohl“. Lange bevor von dem eingangs zitierten Reiterdenkmal die Rede ist, weist Heinrich Mann im „Untertan“ auf die bürgerliche Sorgfaltspflicht hin: Sie wird in Netzig durch den alten Buck verkörpert, der 1848 zu den Maidemonstranten

¹³ Vgl. Theodor Pelsler: Heinrich Mann. Der Untertan, Stuttgart 2006; Wolf Dieter Hellberg: Heinrich Mann. Der Untertan, Stuttgart / Düsseldorf / Leipzig 2004, hier kurze Erwähnung des Säuglingsheims auf S. 57; Monika Hummelt-Wittke: Heinrich Mann. Der Untertan (Oldenbourg Interpretationen 22), 3. Auflage, München / Düsseldorf / Stuttgart 1998.

¹⁴ Vgl. Hans Wisskirchen: Spaziergänge durch das Lübeck von Heinrich und Thomas Mann, Zürich / Hamburg 1996.

gehörte und wegen seines demokratischen Engagements im Gefängnis saß. Bereits in Diederich Heßlings Jugendzeit gehörte Buck zu den Honoratioren der Stadt:

„Wie langsam und majestätisch er seinen goldenen Stock aufs Pflaster setzte! Und er hatte einen Zylinder auf, und unter seinem Überzieher sahen häufig Frackschöße hervor, mitten am Tage! Denn er ging in Versammlungen, er kümmerte sich um die ganze Stadt. Von der Badeanstalt, vom Gefängnis, von allem, was öffentlich war, dachte Diederich: ‚Das gehört dem Herrn Buck.‘ Er muß ungeheuer reich und mächtig sein.“¹⁵

Und später muss Heßling feststellen: „Die Volksküche hat ja der Herr Buck gegründet` (...) Und die Fürsorge für die entlassenen Sträflinge auch, und was sonst noch.“¹⁶ Als der frisch promovierte Doktor der Chemie von Berlin in seine Heimatstadt zurückkommt, um die Papiermühle seines verstorbenen Vaters zu übernehmen und „eine andere Zeit“¹⁷ im Betrieb einzuläuten, besucht er zuerst den Vertreter der „gerechten Zustände unseres Gemeinwesens“¹⁸. Schon kurze Zeit später jedoch stellt Heßling seine eigene, ganz anders geartete „national-patriotische“ Position zur Wohlfahrt klar. Als man nämlich beim Bürgermeister auf nützliche Wohltaten wie Volksküchen oder eine „Idiotenanstalt“ hinweist, ergänzt Heßling sofort, dass letztere aber „eine kaisertreue“ sein müsse.¹⁹ Tatsächlich wurde noch bis zum Ende des Kaiserreichs Kaisers Geburtstag in jeder „Idiotenanstalt“ gefeiert.²⁰

Mitleid passt also nicht in Diederich Heßlings Gesellschaftsbild:

„In Netzig`, so ereifert er sich in einem Verleumdungsprozess gegen den sozial engagierten Unternehmer Lauer, den Schwiegersohn des alten Buck, ‚hatte der kaiserliche Kampfruf bisher leider zu wenig Widerhall gefunden! Hier verschloß man Augen und Ohren vor der Gefahr, man verharrte in den veralteten Anschauungen einer spießbürgerlichen Demokratie und Humanität, die den vaterlandslosen Feinden der göttlichen Weltordnung den Weg ebneten. Eine forsche nationale Gesinnung, einen großzügigen Imperialismus begriff man hier noch nicht.‘ ‚Die Aufgabe der modern gesinnten Männer ist es [so proklamiert Heßling, CV], auch Netzig dem neuen Geist

¹⁵ Mann (wie Anm. 1), S. 14f.

¹⁶ Mann (wie Anm. 1), S. 108.

¹⁷ Mann (wie Anm. 1), S. 110.

¹⁸ Mann (wie Anm. 1), S. 116.

¹⁹ Mann (wie Anm. 1), S. 124.

²⁰ So vermerkte der Direktor in Weilmünster jährlich die Feier von Kaisers Geburtstag am 27. Januar: Christina Vanja: „eitel Lust und Freude herrscht wirklich nicht darin“, Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Weilmünster 1897-1921, in: Dies. (Hrsg.): 100 Jahre Krankenhaus Weilmünster. Heilanstalt, Sanatorium, Kliniken, Kassel 1997, S. 15-60, hier S. 45.

zu erobern, im Sinne unseres herrlichen jungen Kaisers, der jeden Treugesinnten, er sei edel oder unfrei, zum Handlanger seines erhabenen Willens bestellt hat!“²¹

Gefühlvoller Mildtätigkeit, „verweichlichender“ Humanität setzt Heßling Sachlichkeit als „deutsche“ Tugend entgegen.²²

Mit seiner Rede vor Gericht – der Unternehmer muss wegen Majestätsbeleidigung für sechs Monate ins Gefängnis – beginnt Heßlings unaufhaltsamer Aufstieg in der Provinzstadt. Endlich wird er in den Kriegerverein aufgenommen. In diesem Kreise der „Gedienten“ kann sein „wohltätiges“ Projekt, die Errichtung des „Kaiser-Wilhelm-Denkmal“ in Netzig, beginnen. Heinrich Mann verweist auch mit diesem Thema auf das späte 19. Jahrhundert, als allerorten „martialische“ nationale Denkmäler gebaut wurden.²³

Nicht zufällig erfolgt die Finanzierung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal bei Heinrich Mann durch die Destruktion des freisinnigen Projektes eines Säuglingsheims. Nachdem das Thema Wohltätigkeit im ganzen Roman immer wieder zur Sprache gekommen ist, wird es im zweiten Drittel der Geschichte konkret: Der alte, bereits sehr kranke Unternehmer Kühlemann sieht in seinem Testament als Vermächtnis für die Stadt zu einem wohltätigen Zweck die beträchtliche Summe von 600.000 Mark vor. Der Bürgermeister, obwohl eher national als freisinnig eingestellt, plant (wie in anderen Städten) ein Säuglingsheim und wird hierbei vom liberalen Stadtarzt unterstützt. Heßling im Verein mit dem – bei Heinrich Mann ebenfalls nicht mildtätig gestimmten – Vertreter der Sozialdemokratie, seinem Maschinenmeister Napoleon Fischer (ihm verspricht er ein Gewerkschaftshaus), weiß jedoch in der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit zu drehen. Das Projekt „Säuglingsheim“ geht sang- und klanglos unter. Dort, wo mitten in der Stadt das wohltätige Institut vorgesehen war, entsteht nun das nationale Denkmal mit kleinem Volkspark – nicht ohne finanziellen Gewinn für den geistigen Schöpfer, denn er verkaufte dafür eines seiner Grundstücke. Schließlich erhält Heßling für sein Denkmal auch den geschätzten Wilhelms-Orden, „eine Stiftung seiner Majestät für hervorragende

²¹ Mann (wie Anm. 1), S. 231, Unterstreichung C. V.

²² „Sachlich sein heißt deutsch sein!“, ebenda.

²³ Vgl. Heike Rausch: Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848-1914, München 2005.

Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes“.²⁴ „Der Untertan“ wirkt demnach wohltätig, allerdings ist seine Wohltat aus Stein.

Warum wählte Heinrich Mann gerade ein Säuglingsheim als „Opfer“ für die „neue“ Zeit? Tatsächlich zeugten Säuglingsheime um 1900 eher vom gesellschaftlichen Fortschritt und nicht von diffuser Karitas. Während man traditionell Säuglinge und Kleinkinder in mildtätige Stiftungen wie Hospitäler und Waisen- und Findelhäuser aufnahm – Lübeck verfügte sogar über eines der ältesten Waisenhäuser im deutschsprachigen Bereich²⁵ –, versuchte man seit dem späten 19. Jahrhundert vor allem der hohen Säuglingssterblichkeit²⁶ durch Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse effektiv zu begegnen. Säuglingsheime, die insbesondere nach der Jahrhundertwende in zahlreichen Städten durch private Initiativen der Säuglingsfürsorgebewegung in Zusammenarbeit mit Kommunen entstanden²⁷, stellten einen modernen „hygienischen“ Anstaltstypus dar: Sie waren hauptsächlich für die Aufnahme kranker Säuglinge bestimmt, dienten aber auch „als Durchgangsstation für zur Adoption freizugebende Kinder, über deren Gesundheitszustand man sich vergewissern wollte oder für die nicht sofort eine passende Pflegestelle zur Verfügung stand.“²⁸ Die Versorgung der Säuglinge orientierte sich an hohen medizinischen Standards: die Milch wurde in besonderen Milchküchen sterilisiert, neben der Oberin war zumeist ein versierter Kinderarzt angestellt.²⁹ Eine Vorreiterrolle in der Säuglingsfürsorge nahm die Reichshauptstadt Berlin mit mehreren Kliniken und Heimen ein. Vor allem jedoch entstand

²⁴ Mann (wie Anm. 1), S. 474, Unterstreichung C.V.. Heinrich Mann selbst gab von 1895-1896 die Monatszeitschrift „Das Zwanzigste Jahrhundert, Blätter für deutsche Art und Wohlfahrt“ heraus, ein nationales Journal, das in ähnlicher Weise „Zucht und Ordnung“ und nicht Mildtätigkeit als Basis von „Wohlfahrt“ verstand.

²⁵ Vgl. Kai Detlev Sievers: *Leben in Armut. Zeugnisse der Armutskultur aus Lübeck und Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Heide 1991, S. 58-66. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde den armen Kindern aus dem St. Annen-Armen- und Werkhaus sowie allen unehelichen Kindern eine neu gegründete Kinderpflegeanstalt zugewiesen. Das Waisenhaus war nun ehelichen Kindern vorbehalten; vgl. Ortwin Pelc: *Gründliche Nachricht des St. Annen Armen- und Werck-Hauses in Lübeck von 1735* (Kleine Hefte zur Stadtgeschichte 7), Lübeck 1990, S. 33f.

²⁶ Es ist um 1900 von einer Sterblichkeitsrate von 20 Prozent auszugehen: Vgl. Georg Lilienthal: *Kinder in Not. Säuglingsfürsorge in Mainz von der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik*, in: Franz Dumont u. a. (Hrsg.): *Moguntia medica. Das medizinische Mainz. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2002, S. 271-279, hier S. 271.

²⁷ Bis 1900 wurden nur 19 Säuglingsheime und -krankenhäuser, zwischen 1901 und 1910 aber 82 dieser Einrichtungen gegründet; vgl. Elmer Schnabel: *Soziale Hygiene zwischen Sozialer Reform und Sozialer Biologie*. Fritz Rott (1878-1959) und die Säuglingsfürsorge in Deutschland (Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften 71), Husum 1995, S. 36.

²⁸ Silke Butje / Astrid Kleine: *Der Kampf für den gesunden Nachwuchs. Geburtshilfe und Säuglingsfürsorge im Deutschen Kaiserreich*, Münster 2004, S. 162.

²⁹ Vgl. Schnabel (wie Anm. 27).

in Charlottenburg in den Jahren 1907 bis 1909 unter der Schirmherrschaft von Kaiserin Auguste Victoria (1858-1921) – in „Der Untertan“ Namensgeberin von Guste Daimchen, später verheiratete Heßling – das „Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich“ als Zentralinstitut. Das Haus enthielt eine Entbindungsabteilung mit Schwangeren- und Mütterheim, Stationen für Neugeborene, Frühgeborene, gesunde Pflegekinder und kranke Kinder. Ein eigener Kuhstall diente der Erzeugung von hygienischer Milch. Dazu gab es umfangreiche Laboratorien, wo insbesondere über Ernährungsphysiologie geforscht wurde. Nicht zuletzt bemühte man sich um aufklärende Informationen für Wöchnerinnen auch außerhalb des Instituts und um die Ausbildung von Säuglingspflegerinnen.³⁰ In dem heiteren, im Jahre 1909 erschienenen Roman „Königliche Hoheit“ von Thomas Mann steht ein entsprechendes Heim für Säuglinge und Kleinkinder (das Kinderspital des jüdischen Kinderarztes Dr. Sammet) folgerichtig für den gesellschaftlichen Fortschritt und die gute Regierung in „Grimmburg“.³¹ Mediziner, wie der Arzt Doktor Heuteufel in „Der Untertan“, unterstützten Säuglingsheime nicht nur aus Menschenliebe, sondern auch, weil sie einen gesunden Nachwuchs und damit eine prosperierende Gesellschaft garantierten. Dass Diederich Heßling trotz des hohen Ansehens derartiger Wohlfahrtsinstitute beim deutschen Kaiserhaus ein Säuglingsheim strikt ablehnt, ist folglich nicht stimmig. Insbesondere hatte der Papierfabrikant Chemie studiert und kannte sich daher mit den naturwissenschaftlichen Fortschritten der „Moderne“ aus. Es lässt sich nur vermuten, dass Heinrich Mann das Säuglingsheim letztlich wegen des Männlichkeitsproblems von Diederich Heßling wählte, denn dieser war „ein weiches Kind“³² gewesen und wollte sich keineswegs mit hilflosen Säuglingen in einen Zusammenhang gebracht sehen.³³ Für Frauen und „traurige“ Prinzen ebenso wie für den jüdischen Arzt in „Königliche Hoheit“, die allesamt „weiblich“ Konnotierten, mochte die Säuglingsfürsorge stimmig sein, zur „nationalen Tat“³⁴ des „Untertanen“ passte nur das Krieger-

³⁰ Vgl. Sigrid Stöckel: Säuglingsfürsorge zwischen sozialer Hygiene und Eugenik. Das Beispiel Berlins im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin / New York 1996, insbesondere S. 246-260; charakteristischerweise wurde das Haus 1934 durch die Nationalsozialisten aufgelöst und durch eine Poliklinik für Erb- und Rassepflege ersetzt: Information über „Google“: „Die Anfänge der Kinderheilkunde in Berlin (5)“ vom 24.04.08.

³¹ Vgl. Thomas Mann: Königliche Hoheit. Roman, Berlin 1918, S. 269-281.

³² Mann (wie Anm. 1), S. 9.

³³ Das erkennt auch Regierungspräsident von Wulckow, der droht, Heßling so klein zu machen, das er nicht einmal mehr im Säuglingsheim Aufnahme finde. Vgl. Mann (wie Anm. 1), S. 335.

³⁴ Mann (wie Anm. 1), S. 317.

denkmal. Nicht zufällig, so macht es auch eine Geschichte sozialer Wohltätigkeit deutlich, spielten Frauen als Stifterinnen stets eine herausragende Rolle.³⁵

Mit der Prioritätensetzung für das Denkmal war es für den „Untertanen“ jedoch nicht getan. Heßling argumentierte in der „Netziger Zeitung“, wiederum ganz im Gegensatz zu Kaiserin Auguste Victoria, moralisch gegen das Säuglingsheim:

„Für wen war so ein Säuglingsheim naturgemäß in erster Linie bestimmt? Für die unehelichen Kinder. Was begünstigte es also? Das Laster. Hatten wir das nötig? Nicht die Spur; ´denn wir sind [so gibt Heßling zum Besten, CV] Gott sei Dank nicht in der traurigen Lage der Franzosen, die durch die Folgen ihrer demokratischen Zuchtlosigkeit schon so gut wie auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Die mögen uneheliche Geburten preiskrönen, weil sie sonst keine Soldaten mehr haben. Wir aber sind nicht angefault, wir erfreuen uns eines unerschöpflichen Nachwuchses! Wir sind das Salz der Erde!´ Und Diederich rechnete, so Heinrich Mann weiter, „den Abonnenten der `Netziger Zeitung` vor, bis wann sie und ihresgleichen hundert Millionen betragen würden und wie lange es höchstens noch dauern könne, bis die Erde deutsch sei.“³⁶

So umschiffte Heßling geschickt die auch vom „modernen“ Bürgertum geforderte Fürsorge für hilflose Säuglinge und schleuderte sein Geschoss gegen den französischen „Erbfeind“, auf den schließlich auch das neue Denkmal Bezug nimmt: Es zeigt nämlich im Sockel den nach dem verlorenen Krieg von 1870/71 tief gebeugten Napoleon III. in Kassel-Wilhelmshöhe.³⁷

5. Irrenanstalten

Der Schachzug gegen die Errichtung eines Säuglingsheims im Städtchen Netzig bedeutete für den aufstrebenden Papierfabrikanten keineswegs, alle sozialen Einrichtungen oder gar den medizinischen Fortschritt abzulehnen.³⁸ Zwangsanstalten flößten dem „weichen“ Heßling allerdings Angst ein. Beim Majestätsbeleidigungsprozess vor Ge-

³⁵ Vgl. Universitätsmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Marburg (Hrsg.): Elisabeth in Marburg. Der Dienst am Kranken. Ausstellungskatalog. Marburg 2007; Ortrud Wörner-Heil: Sophie Henschel (1841-1915). Lokomotivfabrikantin und Stifterin, Kassel 2004; Georg Wagner-Kyora: Beruf Kaiserin. Die mediale Repräsentation der preußisch-deutschen Kaiserinnen 1871-1918, in: Historische Anthropologie 15 (2007), H. 3, S. 339-371.

³⁶ Mann (wie Anm. 1), S. 380.

³⁷ Vgl. Mann (wie Anm. 1), S. 454f.

³⁸ So schreibt Heßling ein Kanalisierungsprojekt für die Stadt Netzig auf seine Fahnen und verspritzt in seiner Fabrik „keimtötende Flüssigkeit“; vgl. Mann (wie Anm. 1), S. 332 und S. 443.

richt zu früh eingetroffen, erlebt er Jadasohn, den jüdischen Gerichtsassessor, „der in seiner schwarzen Robe einen ungemein drohenden Anblick bot.“³⁹ Er „war eben damit beschäftigt, für einen kaum erwachsenen Menschen aus dem Volk zwei Jahre Arbeitshaus zu verlangen. Das Gericht gewährte ihm freilich nur eins, aber der jugendliche Verurteilte brach in ein solches Geheul aus, dass es Diederich, angstvoll, wie er selbst gestimmt war, vor Mitleid übel ward.“⁴⁰ Als später jedoch der liberale Unternehmer und bislang unbescholtene Bürger Lauer seine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung ruhig hinnahm, blieb auch Heßling gelassen. Kaum für den Inhaftierten, sehr wohl jedoch für die gesellschaftliche Ordnung in der Stadt schien die Haftstrafe „allen die natürlichste Lösung“⁴¹.

In einem milden Licht erscheint am Ende des Romans „Der Untertan“ auch eine weitere Einrichtung, welche üblicherweise mit Zwang in Verbindung gebracht wird: die Irrenanstalt. Heßling hatte seinen ehemaligen Mitschüler Gottlieb Hornung in die nationale Partei einbezogen. Hornung, der Pharmazie studierte, lehnt den schnöden Apothekendienst ab. Bei Heßlings Intrigen wirkt er begeistert mit, tyrannisiert aber später den Generaldirektor mit Erpresserbriefen. Der „nervös überreizte“ Pharmazeut verschwindet für einige Zeit in einer Heilanstalt: „Natürlich hörten, sobald er wohlverwahrt in der Anstalt saß, die Briefe auf. Oder wenigstens ließ man sich, wenn noch einer kam, nichts mehr merken, die Affäre war abgetan.“⁴²

Im Fortsetzungsroman „Die Armen“ rückt das Irrenhaus ganz in das Zentrum des Geschehens und markiert sogar den Wendepunkt der Handlung. Es ist die Geschichte des jungen Arbeiters Karl Balrich, der erfahren hat, dass Heßling nur mit Unterstützung seines Onkels das Wirtschaftsimperium Gausenfeld aufbauen konnte. Er sucht in Kohlhaasscher Manier Gerechtigkeit, und dieses nicht nur für sich: Der Besitz soll auf alle Arbeiter der Papierfabrik übergehen. Um vor Gericht zu bestehen, macht der Proletarier neben seiner täglichen Fabrikarbeit das Abitur. Nach abgeschlossenem

³⁹ Mann (wie Anm. 1), S. 210.

⁴⁰ Mann (wie Anm. 1), S. 211. Bei Arbeitshäusern handelte es sich um Korrektionsanstalten, in denen für bis zu zwei Jahren straffällig Gewordene (insbesondere Landstreicher, Zuhälter und Prostituierte) einer Arbeitserziehung unterzogen wurden. Obwohl es sich nicht um Justizanstalten, sondern um Wohlfahrtseinrichtungen der Provinzialverwaltungen handelte, glichen die Einrichtungen jedoch kleinen Zuchthäusern. Vgl. Christina Vanja: Die „Corrigendenanstalt“ zu Hadamar (1883-1906) – Besserung durch das Arbeitshaus?, in: Nassauische Annalen 117 (2006), S. 361-379.

⁴¹ Mann (wie Anm. 1), S. 242.

⁴² Mann (wie Anm. 1), S. 441f., Unterstreichung C. V.

Jurastudium möchte er seine Sache selbst vertreten. Seinen Mitmenschen erscheint der stets Übernächtigte allerdings schon bald „verrückt“.⁴³ Dass er schließlich in eine Irrenanstalt geht bzw. gehen muss, ist offensichtlich von Generaldirektor Heßling lanciert. Ein Medizinalrat, der das Werk inspiziert, vermerkt Balrichs angeblich „stieren Blick“ und weist ihn wegen „Paranoia“ ein.⁴⁴ Der Doppelcharakter dieser Wohlfahrtseinrichtung als Zwangs- und Heilanstalt wird sogleich im Roman deutlich: „Nach dem Gesetz, rief er [der Medizinalrat, CV] schnell, und nach den medizinischen Verordnungen gehört der Mann in die Obhut der Anstalt.“ Der Mediziner spricht von der „Heil- und Pflegeanstalt“, ein Arbeiter weiß sofort: „Es ist das Irrenhaus!“⁴⁵

Auch Balrich versteht, wie die Arbeiter, die sogar für ihn streiken werden, das Irrenhaus als Drohung: „Wie sie ihn fürchten mußten, dass sie ihn zu unterdrücken versuchten auf solche ungeheuerliche Art! Sie sind verloren und wissen es, sonst würden sie dies nicht wagen. Zu viele kennen doch den Tatbestand, es kommt in die Zeitung. Wahnsinnig sind sie selbst!“⁴⁶ Heinrich Mann kannte als eifriger Zeitungsleser zweifellos die zahlreichen Proteste gegen (angeblich) ungerechtfertigte Einweisungen in Irrenanstalten, die vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Journale füllten. Das Irrenhaus galt als Ort des „Lebendig-Begrabenseins“, wo man sich keineswegs zur Heilung befand. Hier wurde man mit ärztlicher Hilfe, so der Vorwurf, zusammen mit tatsächlich „Irren“ durch Intrigen von Konkurrenten und Erbschleichern oder als Gesellschaftskritiker eingesperrt.⁴⁷ Heinrich Mann erfuhr wegen der in „Die Armen“ ge-

⁴³ Schon Wolfgang Buck bemerkt beim Gespräch über den Erbschein: „Was haben Sie denn? (...)“, denn Balrich hatte eine hochgerötete Stirn, und mit wilden Blicken über die Pracht der Räume [in Villa Höhe – CV] hin stieß er ein irres Gelächter aus. Das gehört mir...“, Mann (wie Anm. 5), S. 44; seine Schwester Leni sagt: „Du bist verrückt.“ Nein. Ich arbeite, bist du es hast“, Mann (wie Anm. 5), S. 63; schließlich schreit auch seine Schwester Thilde: „Er ist verrückt!“ Während er Griechisch lernt“, Mann (wie Anm. 5), S. 66.

⁴⁴ Mann (wie Anm. 5), S. 97. Zur politischen Dimension der Diagnose „Paranoia“ vgl. Rebecca Schwoch / Heinz-Peter Schmiedebach: „Querulantenwahnsinn“, *Psychiatriekritik und Öffentlichkeit um 1900*, in: *Medizinhistorisches Journal* 42 (2007), S. 30-60.

⁴⁵ Mann (wie Anm. 5), S. 99f.

⁴⁶ Mann (wie Anm. 5), S. 100.

⁴⁷ Vgl. Heinz-Peter Schmiedebach: „Zerquälte Ergebnisse einer Dichterseele“ – Literarische Kritik, Psychiatrie und Öffentlichkeit um 1900, in: Heiner Fangerau / Karen Nolte (Hrsg.): „Moderne“ Anstaltspsychiatrie im 19. und 20. Jahrhundert – Legitimation und Kritik (MedGG-Beihefte 26), Stuttgart 2006, S. 259-281. Hier auch Hinweise auf Heinrich Manns „Die Armen“; Marietta Meier: Der „Fall Hägi“ am Zürcher Burghölzli. Zur Reaktion von Psychiatrie und Behörden auf Kritik an staatlichen Anstalten, in: Ebenda, S. 239-257; Cornelia Brink: Aus Alltäglichkeit gefallen. Eine Fallgeschichte über Norm, Normalität und Selbstnormalisierung im Kaiserreich, in: Saskia Frank / Sonja Windmüller (Hrsg.): Normieren, Standardisieren, Vereinheitlichen (Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung 41), Marburg 2006, S. 37-49; Brigitta Bernet: „Der bürgerliche Tod“: Entmündigungsangst, Psychiatriekritik und die Krise des liberalen Subjektentwurfs um 1900,

schilderten willkürlichen Einweisung des Arbeiters Balrich noch im Erscheinungsjahr des Romans Kritik von den bereits hellhörigen Fachärzten. Sie warfen dem Autor Vorurteile gegen die moderne Psychiatrie vor, welche „Hunderte von Kranken“ vor „Siechtum und Tod“ bewahre.⁴⁸

Doch wie stellt Heinrich Mann die Netziger Irrenanstalt in seinem Roman tatsächlich dar? Wie für die Gründungen des 19. Jahrhunderts üblich liegt auch diese Heilanstalt außerhalb des Städtchens.⁴⁹ Balrich geht dorthin zu Fuß über die Landstraße. Nur kurz wird angedeutet, dass auch eine geschlossene Abteilung vorhanden ist („nicht einmal einen Griff hatte die Tür“⁵⁰). Balrich, der bemerkenswerter Weise ganz alleine eintrifft, wird in die Aufnahmeabteilung gewiesen: „Hier ging man ungehindert durch weiße lange Gänge, (...) Pflegerinnen in steifen Flügelhauben rollten in jedem Stockwerk Karren mit Essen hindurch. Im höchsten, an einem Tisch ein junger Herr in weißem Mantel“. Dieser erweist sich als ärztlicher Direktor, der nach „Blutandrang oder Schwindel“ und möglichen Verfolgungsängsten fragt, ohne den üblichen Aufnahmebogen auszufüllen. Balrich erhält eines der freien Zimmer: „Drinne ein Bett, ein Heizkörper; das Fenster geöffnet auf Blätterdächer.“⁵¹ Aus diesem Fenster zum offensichtlich reizvollen Garten kann sich der „Patient“ herauslehnen.⁵² Er verschläft erschöpft fast zwei Tage, um dann vom Arzt wieder entlassen zu werden. Nach seiner Rückkehr führen verschiedene Ereignisse dazu, dass er seine Pläne gegen Generaldirektor Heßling aufgibt.

Die Schilderung dieser Heilanstalt hebt sich merkwürdig von der bis in die Barockzeit zurückgehenden Tradition ab, das Irrenhaus als Spiegel der „verrückten“ Welt zu

in: Marietta Meier u. a.: Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870-1970, Zürich 2007, S. 117-153. Am bekanntesten wurde der Protest des Leipziger Juristen Daniel Paul Schreber (1842-1911), der als Anstaltsinsasse zwischen 1900 und 1902 seine „Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken“ (Neuaufgabe Berlin 2003) publizierte, dazu: Zvi Lothane: Seelenmord und Psychiatrie. Zur Rehabilitation Schrebers, Gießen 2004.

⁴⁸ Hermann Haymann: Irrenärztliche Bemerkungen zu Heinrich Mann's neuem Buch, in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie 39 (1918), S. 225-228, hier S. 228.

⁴⁹ Vgl. Christina Vanja: „Die Irrenanstalt muss in einer anmuthigen Gegen liegen“. Über die Gründung der Herzoglich Nassauischen Heil- und Pflegeanstalt Eichberg, in: Dies. u. a. (Hrsg.): „Wissen und irren“ - Psychiatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien 6), Kassel 1999, S. 11-35.

⁵⁰ Mann (wie Anm. 5), S. 100. Dort auch das folgende Zitat.

⁵¹ Mann (wie Anm. 5), S. 101.

⁵² Schöne, großzügig gestaltete Gärten sollten allgemein den Heilprozess der Gemütskranken unterstützen. Vgl. Christina Vanja: Der Irrenhausgarten als Therapeutikum, in: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Nervenheilkunde 12 (2006), S. 287-313.

schildern.⁵³ Von einer Einsperrung hinter Gittern und von Zwangsbehandlungen ist bei Heinrich Mann nicht die Rede. Das Irrenhaus erscheint ähnlich friedlich wie das Sanatorium im Roman „Der Untertan“, wo Hornung zur Ruhe kommt. Es ist entsprechend fraglich, ob der Autor überhaupt die großen öffentlichen Einrichtungen für „Geisteskranke“ kannte bzw. ob er diese darstellen wollte. Zwar verfügte Lübeck in Heinrich Manns Kinder- und Jugendjahren über das Irrenhaus in der Walkenitzstraße, diese Armeneinrichtung stammte jedoch bereits aus dem Jahre 1782 und lag schon innerhalb der wachsenden Hansestadt. Die moderne, der Netziger Anstalt vergleichbare Einrichtung in Strecknitz bei Lübeck jedoch sollte erst 1912 eröffnet werden, als die Mannbrüder längst die Heimatstadt verlassen hatten.⁵⁴ Heinrich Mann kannte allerdings andere Institute für Zivilisationsleiden aus eigenem Erleben: In seiner Berliner Zeit nämlich (1892) erlitt er einen „Blutsturz“, brach sein Volontariat beim S. Fischer-Verlag ab und hielt sich viele Jahre in Sanatorien und Kurbädern (u. a. in Berlin, Wiesbaden, im Schwarzwald und in Lausanne) auf. Mehrfach war er seit 1893 zur Erholung im Sanatorium Dr. von Hartungen im damals noch österreichischen Riva am Gardasee. Dieses „Erholungsheim für Nervenranke und Diabetiker“ machte wenige Jahre später auch auf den lungenkranken Franz Kafka großen Eindruck, der das diätetisch geordnete Leben an diesem Orte in zahlreichen Briefen beschrieb.⁵⁵ Vermutlich diente das Sanatorium Thomas Mann, der seinen Bruder Heinrich 1901 begleitete, als Vorbild für „Haus Einfried“ in der Erzählung „Tristan“ von 1904 und ebenso für Naturschilderungen im Roman „Der Zauberberg“ von 1924.⁵⁶ Es liegt nahe, dass auch die Irrenanstalten in „Der Untertan“ und „Die Armen“ den im „Zeitalter der Nervosität“ (Joachim Radkau) viel besuchten Privatsanatorien entsprachen. Im Ergebnis zeigt Heinrich Mann jedenfalls „sanfte Irrenhäuser“, wo sich der Arbeiter Balrich ebenso wie der Apotheker Hornung

⁵³ Vgl. Christina Vanja: Nur „finstere und unsaubere Clostergänge“? Die hessischen Hohen Hospitäler in der Kritik reisender Aufklärer, in: Heiner Fangerau / Karen Nolte (Hrsg.): „Moderne“ Anstaltspsychiatrie im 19. und 20. Jahrhundert – Legitimation und Kritik (Medizin, Gesellschaft und Geschichte – Beiheft 26), Stuttgart 2006, S. 23-42.

⁵⁴ Vgl. Karl-Heinz Reger / Horst Dilling: Psychiatrie in Lübeck. Das 19. Jahrhundert (Veröffentlichung der Hansestadt Lübeck Reihe B 11), Lübeck 1984; Peter Delius: Das Ende von Strecknitz. Die Lübecker Heilanstalt und ihre Auflösung 1941, Kiel 1988, insbesondere S. 23-27.

⁵⁵ Vgl. Hartmut Binder: Mit Kafka in den Süden. Eine historische Bilderreise in die Schweiz und zu den oberitalienischen Seen, Prag 2007, insbesondere S. 33, 85-96.

⁵⁶ Im Roman gleicht das von Mynheer Peperkorn besuchte Naturereignis bei Davos dem Varone-Wasserfall bei Riva: Binder (wie Anm. 55), S. 96.

erholen.⁵⁷ Zu Diederich Heßling ebenso wie zu Heinrich Mann passten abschreckende Disziplinaranstalten offensichtlich nicht. Bemerkenswert sei allerdings, dass der Arbeiter Balrich im Roman „Die Armen“ seinerseits Zwangseinrichtungen keineswegs ablehnt. Er will seine geliebte Schwester Leni, die zur „Dirne“ wurde, in ein Besserungsheim für Mädchen bringen. Mildtätigkeit, so sieht es auch in diesem Fall der Autor Heinrich Mann, ist keine Tugend der Arbeiterschaft.⁵⁸

6. Resümee

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass bei Heinrich Mann Wohlfahrtseinrichtungen eine bedeutendere Rolle für seine „anatomische“ Sektion des Kaiserreichs spielen als es im Rückblick auf sein Werk zumeist wahrgenommen wird. Die Frage der Humanität scheidet im „Zeitalter Wilhelms II.“ die Geister: Säuglingsheime charakterisieren bei Heinrich Mann trotz ihrer modernen Geschichte vor allem die traditionelle bürgerliche Philanthropie, welche der „Untertan“ nicht nur belächelt, sondern geradezu als lästerlich kritisiert. Gefängnisse und Irrenanstalten tragen dagegen für Diederich Heßling zur Beruhigung von Unruhestiftern zugunsten gesellschaftlicher Ordnung bzw. des eigenen Machtgebarens bei, ohne allzu grausam zu sein. Als eigentlich unmenschliches Monument sieht Heinrich Mann das Denkmal des „nationalen“ und „gutdeutschen“ Kriegervereins. Das Steingebilde verdrängt die herkömmliche Gemeinnützigkeit.

War Heinrich Mann ein „unwissender Magier“, wie Joachim Fest meinte? Das Pauschalurteil lässt sich für unser Thema nur teilweise bestätigen. Tatsächlich spielten Wohlfahrts- und Disziplinareinrichtungen im Deutschen Kaiserreich eine wichtige gesellschaftliche Rolle. Wenn Heinrich Mann eine Verdrängung der von ihm geschätzten bürgerlichen Fürsorgepflicht durch staatlich-nationale Korrektur und monumentale Repräsentation andeutet, so entspricht diese Beobachtung durchaus den Veränderungen am Ende des 19. Jahrhunderts. Der naturwissenschaftliche Paradig-

⁵⁷ Mit dem Thema „Neurasthenie“ oder „Nervenschwäche“ befasste sich Heinrich Mann auch in anderen Romanen: Vgl. Andrea Kottow: Strategien der Inszenierung: Geschlecht Körper und Sexualität in Heinrich Manns ‚Die Jagd nach Liebe‘, in: Dies.: Der kranke Mann. Medizin und Geschlecht in der Literatur um 1900, Frankfurt / New York 2006, S. 174-211; Joachim Radkau: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München / Wien 1998.

⁵⁸ Mann (wie Anm. 5), S. 119.

menwechsel und die Anfänge einer „sozialdarwinistischen“ Armenpolitik machten ein effizientes Wohlfahrtswesen, das Therapierbare bzw. Erziehbare behandelte und förderte, „Unheilbare“ dagegen kasernierte, denkbar.⁵⁹ In einer seiner Reden weist Diederich Heßling, nachdem er vor den Gefahren der Humanität gewarnt hat, besonders deutlich auf eine derartige menschenverachtende Utopie hin: „Dagegen wollte er [Diederich Heßling, CV] eine spartanische Zucht der Rasse. Blödsinnige und Sittlichkeitsverbrecher waren durch einen chirurgischen Eingriff an der Fortpflanzung zu verhindern.“⁶⁰ Heinrich Mann, der persönlichen Kontakt zu Medizinern pflegte, waren die frühen erbbiologischen Diskurse zweifellos bekannt.⁶¹ Sicherlich sollten diese Gedanken einer negativen „Eugenik“ nicht geradlinig und ohne Ausnahmen in die tatsächliche Sozialpolitik umgesetzt werden. Mit seiner eindrücklichen Darstellung vom Ende des Mitleids gegenüber Hilfsbedürftigen und der wachsenden Bedeutung von nationaler „Zucht und Ordnung“ erfasste der Autor Heinrich Mann jedoch die Wende. Er prophezeite geradezu die unmenschliche Zukunft, die bereits im Ersten Weltkrieg mit dem Massensterben von Pfleglingen in Anstalten durch Unterversorgung begann und im „Dritten Reich“ mit der Verfolgung und Ermordung behinderter, jüdischer und anderer „gemeinschaftsfremder“ Menschen zum systematisch geplanten Verbrechen wurde.⁶² Auch wenn Details seiner Romanhandlungen realitätsfern und historisch unstimmig sind, im weiteren politischen Sinne erweist sich Heinrich Mann in diesem Sinne durchaus als ein „wissender Magier“.⁶³

⁵⁹ Vgl. Bernd Walter: Fürsorgepflicht und Heilungsanspruch. Die Überforderung der Anstalt? (1870-1930), in: Franz-Werner Kerstin / Karl Tepe / Bernd Walter (Hrsg.): Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Paderborn 1993, S. 66-97.

⁶⁰ Mann (wie Anm. 1), S. 385; es folgt bei Heinrich Mann die Bemerkung: „Bei diesem Punkt verließ Heuteufel mit den Seinen das Lokal.“

⁶¹ Vgl. Schäffner (wie Anm. 12), S. 92f.

⁶² Vgl. Heinz Faulstich: Hungersterben in der Psychiatrie 1914-1949, Freiburg i.Br. 1998; Hans-Walter Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, Göttingen 1987.

⁶³ Zu dieser differenzierten Sicht von Literatur vgl. Jochen Hörisch: Das Wissen der Literatur, München 2007.

Kerstin Wolff

**Ehe, „Freie Liebe“, Prostitution
Sexualethische Debatten und Kontroversen in der bürgerlichen
Frauenbewegung um 1910**

„Frauenbewegung und Sexualethik“ ist ein Sammelband überschrieben, der 1909 im Verlag von Eugen Salzer in Heilbronn publiziert wurde. In diesen „Beiträgen zur modernen Ehekritik“ – so der Untertitel – war die Crème de la Crème der bürgerlichen Frauenbewegung des deutschen Kaiserreiches schreibend versammelt. Marianne Weber diskutierte „Sexualethische Prinzipienfragen“, Helene Lange hatte gleich zwei Artikel beige-steuert, in denen sie über eine moderne Ehekritik nachdachte, und natürlich war auch Gertrud Bäumer mit einem Artikel zu den „Eheidealen der Romantik“ vertreten. Neben diesen Heroinnen der Bewegung hatten aber auch unbekanntere Autorinnen geschrieben, etwa Ika Freudenberg aus München, die über „Moderne Sittlichkeitsprobleme“ nachdachte, Anna Kraußneck mit einem Artikel zu „Ehe und freier Liebe“ und die Ärztin Agnes Bluhm, die den Aspekt der Eugenik in die Diskussion einbrachte. Abgeschlossen wurde der knapp 200 Seiten starke Band durch einen langen Artikel von Alice Salomon über Mutterschutz als Aufgabe der Sozialpolitik und einen Aufsatz von Anna Pappritz über Prostitution als sozial-ethisches Problem.¹ Im zweiseitigen Vorwort zum Sammelband legten die Autorinnen ihre Gründe dar, warum ihrer Meinung nach im Jahre 1909 ein solcher Band notwendig geworden war. „Probleme der Sexualethik“, ist hier zu lesen,

„beschäftigen im Augenblick die öffentliche Diskussion in ganz besonderem Umfange. Die bestehenden Zustände, die einen inneren und äußeren Wandel dringend notwendig erscheinen lassen, haben eine Anzahl der widerstreitendsten Reformideen gezeitigt, einen heftigen Prinzipienkampf hervorgerufen.“²

Die Diskussion über eine Veränderung des geschlechtlichen Zusammenlebens von Mann und Frau war am Beginn des 20. Jahrhunderts keine ganz neue Erscheinung.

¹ Vgl. Gertrud Bäumer u.a.: Frauenbewegung und Sexualethik. Beiträge zur modernen Ehekritik, Heilbronn 1909.

² Bäumer (wie Anm. 1), S. VII.

Spätestens seit den 1880er Jahren hatten Teile der deutschen Kaiserreichsgesellschaft begonnen, Probleme der Sexualethik zu erörtern. Die Frage stellt sich also: Warum veröffentlichten die „Führerinnen“ der bürgerlichen Frauenbewegung gerade 1909 eine Schrift, in der sie ihre Position zu Ehe und Sexualität darlegen? Die Antwort findet sich ebenfalls im Vorwort:

„Die Frauenbewegung erscheint durch diesen Kampf [gemeint ist der Prinzipienkampf der widerstreitendsten Reformideen; KW] in zwei Lager gespalten: eine radikale Minorität, die in einer grundsätzlichen Umgestaltung der moralischen und rechtlichen Normen des Geschlechtslebens die Lösung der brennenden Frage sieht; eine Majorität, die nach wie vor in der Ehe die höchste sittliche und die allein der sozialen Verantwortlichkeit voll genügende rechtliche Norm anerkennt, und der bei allen praktischen Reformvorschlägen und sittlichen Forderungen die Vertiefung und soziale Festigung der Ehe das höchste Ziel ist. Diesen zweiten Standpunkt vertritt die Sammlung von Aufsätzen, die wir in diesem Buche der Öffentlichkeit übergeben.“³

Mit anderen Worten: Der vorliegende Sammelband war eine Streitschrift, die in der Öffentlichkeit die Positionen der Autorinnen klar machen sollte. Die Autorinnen gehörten – in der Terminologie der Zeit⁴ – der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung an. Sie waren Mitglieder in verschiedenen Frauenvereinen, die unterschiedliche Positionen und Wege vertraten. Aber sie waren sich politisch meistens einig, kannten sich aus diversen Arbeitszusammenhängen, unterstützten sich gegenseitig und propagierten in diesem Buch die „Festigung der Ehe“ als das „höchste Ziel.“⁵

1. Gegenspielerinnen

Die Gegenspielerinnen der „Gemäßigten“, die der so genannten radikalen bürgerlichen Frauenbewegung angehörenden Frauen, ließen nicht lange mit einer Replik auf sich warten. 1911 erschien ihr Gegenbuch unter dem Titel: „Ehe? Zur Reform der

³ Ebenda.

⁴ Es ist in letzter Zeit sehr viel darüber geschrieben und diskutiert worden, ob diese Zuschreibungen in der Forschung noch sinnvoll einzusetzen sind. Neuere Arbeiten haben gezeigt, dass hier Vorsicht geboten ist, da die inhaltlichen Positionen der verschiedenen Flügel der Frauenbewegung mit „radikal“ bzw. „gemäßigt“ nicht vollständig erfasst werden können. Im Folgenden soll diese Kategorisierung trotzdem übernommen werden, da es sich um Selbstzuschreibungen der Protagonistinnen handelt und verdeutlicht, wie sich diese Frauen wahrnahmen und wo sie sich selber verorteten. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es Themen gab, wo die „Radikalen“ manchmal gemäßigttere Ansichten hatten als die „Gemäßigten“.

⁵ Bäumer (wie Anm. 1), S. VII.

sexuellen Moral“ in der Internationalen Verlagsanstalt in Berlin. Die Namen der Autorinnen und Autoren, die sich hier im Inhaltsverzeichnis finden, waren ebenso einschlägig bekannt, wie die Autorinnen des 1909 publizierten Sammelbandes. Und mehr noch, mit Hedwig Dohm war es gelungen, eine liberale Leitfigur als Autorin zu gewinnen, die weit über die Kreise der Frauenbewegung hinaus bekannt war. Neben diesem „Zugpferd“ publizierte Anita Augspurg über den Reformgedanken zur sexuellen Moral, Helene Stöcker bezog sich auf das romantische Liebesideal, und Adele Schreiber, Käthe Schirmacher und Gretel Meisel-Heß entfalteten Ideen über die dringend notwendige Ehereform bzw. über die freie Ehe und die Sexualmoral der Frau.⁶ Auch in diesem Werk wird in der Einleitung dargelegt, warum diese Schrift veröffentlicht wurde: „Die bürgerliche Moral“ – und dabei ist sicher auch an das 1909 von den Bürgerlichen veröffentlichte Werk zu denken –

„die die sexuelle Betätigung in die engen Fesseln der Ehe gezwängt hat, und die das in heißer Liebe erzeugte uneheliche Kind brandmarkt, muß umgeformt werden, denn unter dem erschwerten Kampfe ums Dasein, der durch die moderne Lebensführung bedingt ist, gelingt es nicht mehr jedem geschlechtsreifen Individuum, eine Ehe einzugehen.“⁷

Auch wenn die einzelnen Artikel in den sich gegenüberstehenden Sammelbänden unterschiedliche Schwerpunkte setzen, so lassen sich doch grob zwei Argumentationsmuster herausdestillieren. Auf der einen Seite stehen die „Konservativen“, die die Ehe bejahen. „Die Frauenbewegung hat ein Ideal für Tausende, ein Menschheitsideal aufzustellen, und dies kann kein anderes als die Ehe sein, die volle Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau, zwischen Vater und Mutter“⁸ – so formuliert es Ika Freudenberg. Dabei verschließen die Autorinnen durchaus nicht die Augen vor den – gerade im 19. Jahrhundert noch sehr massiven – negativen Aspekten einer bürgerlichen Ehe. Im Gegenteil: Die Ehe als Unterdrückungsinstrument, welches die Frau unter die Herrschaft des Mannes zwingt, wird scharf kritisiert:

⁶ Vgl. Hedwig Dohm u.a.: Ehe? Zur Reform der sexuellen Moral, Berlin 1911.

⁷ Vorwort, in: Dohm (wie Anm. 6), S. 6.

⁸ Ika Freudenberg: Moderne Sittlichkeitsprobleme, in: Bäumer (wie Anm. 1), S. 23.

„Unser Verlangen nach Reform des Eherechts, nach Beseitigung aller Reste patriarchaler Willkür, die es zum Schaden des sittlichen Gehalts der Ehe noch an sich trägt, will ja gerade einen heute öfter angeführten Grund, die Legalisierung der Lebensgemeinschaft zu vermeiden, beseitigen.“

Gefordert wird: „Ermöglichung der Trennung der Ehe, wo sie ethisch und sozial entwertet ist, ohne Erörterung der Schuldfrage. Ferner Gleichstellung der Geschlechter in der Ehe zur Anerkennung des sittlichen Selbstbestimmungsrechts, auch der Ehefrau.“ Und das Ganze gipfelt dann in der Aussage: „Nicht Eheersatz also, sondern Ehereform!“⁹

Ganz anders die Autorinnen von 1911. Hier argumentieren die „Radikalen“ gegen die Ehe und für das Konzept der freien Liebe. Obwohl der Band das Wort „Ehe“ im Titel führt, wird hier mehr über freie Liebe gesprochen, wobei klar wird, dass dieses Sprechen immer ein Sprechen gegen die Ehe ist. Die Ehe erscheint hier als eine Bastion des Althergebrachten, die sich weigert, die Zeichen der neuen Zeit zu erkennen. Dabei muss sich – so übereinstimmend alle AutorInnen – alles verändern, dies gebietet die Natur ebenso wie die Erkenntnisse der Philosophie: „Die gegenwärtig in allen Kulturländern auftauchenden Bestrebungen zur Umgestaltung der Ehe sind ein Beweis dafür, daß nicht nur die Formen des menschlichen Gesellschaftslebens sich ändern, sondern daß auch der Inhalt einer steten Wandlung unterliegt.“¹⁰ Und die Richtung dieser Wandlung ist auch schon klar:

„... mit dem großen Ziel, Menschen zu schaffen, die höher sind als die, die sie schufen, immer besser lieben zu lernen. (...) Liebe – so gut wie die Ehe – sofern dies Gefühl den Namen Liebe verdient: die Vereinigung der seelischen Innigkeit wie des sexuellen Verlangens, Liebe ist innere Gebundenheit an einen anderen Menschen, heißt mitverantwortlich sich fühlen für dessen Glück.“¹¹

Nur in der freiwilligen Verbindung zweier Menschen könne dieses Liebesgefühl entstehen, die Ehe töte – so sind die „Radikalen“ überzeugt – diese Gefühle ab.

⁹ Alle Zitate aus: Marianne Weber: Sexual-ethische Prinzipienfragen, in: Bäumer (wie Anm. 1), S. 35 und 40. – Zur Reform der Ehe in der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung vgl. auch: Jens Flemming: „Neue Frau“? Bilder, Projektionen, Realitäten, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Die Kultur der zwanziger Jahre, München 2008, S. 55-70, hier S. 63f.

¹⁰ Adele Schreiber: Ehereform, in: Dohm (wie Anm.6), S. 59.

¹¹ Helene Stöcker: Das Werden der sexuellen Reform seit hundert Jahren, in: Dohm (wie Anm. 6), S. 56

Der Sammelband von 1911 ist vor allem mit einem Namen verknüpft, nämlich mit dem Namen Helene Stöcker. Diese propagierte in schriftlicher wie mündlicher Art und Weise eine neue Sicht auf das sexuelle Verhalten von Mann und Frau und versuchte durch den 1905 gegründeten Bund für Mutterschutz, ihre Ideen auch organisatorisch voranzubringen.¹² Der Deutungskampf um Ehe versus Freie Liebe / Neue Ethik ist damals unentschieden ausgegangen. Weder konnten die Gemäßigten ihre Ehereform durchsetzen, noch die Radikalen dem Konzept der Neuen Ethik zum Durchbruch verhelfen; die Nationalsozialisten verhinderten alle weiteren Diskussionen auf diesem Gebiet; Helene Stöcker musste emigrieren und starb 1943 in New York.

Die beiden hier kurz vorgestellten Sammelbände sind in der Forschung nicht unbekannt. Immer wieder beziehen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf diese Schriften, allerdings – so meine These – unter einem falschen Schwerpunkt. Denn in den Sammelbänden ging es nicht so sehr um die Ehe, sondern um die Frage der Abschaffung der Prostitution.

2. Prostitution als gesellschaftliches Problem

Die Prostitution war in dieser Zeit eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen, und viele Diskursstränge der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen verbinden sich hier. Dabei wurde das Problem der Prostitution nicht nur im Deutschen Kaiserreich diskutiert, sondern bettete sich in ein internationales Konzert der Stimmen ein. Warum aber wurde gerade zu dieser Zeit so heftig um „das älteste Gewerbe der Welt“ gerungen? Die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen führten dies darauf zurück, dass das Problem der Prostituierten in den wachsenden Großstädten Europas merklich zugenommen habe. Zwar gibt es auch heute keine verlässlichen Zahlen, doch ExpertInnen schätzten, dass um die Jahrhundertwende zwischen 100.000 und 200.000 Prostituierte ihrem Gewerbe im gesamten Deutschen Reich nachgingen.¹³ Vor allem in den rasch

¹² Zum Leben und Wirken von Helene Stöcker und dem Bund für Mutterschutz vgl.: Christel Wickert: Helene Stöcker 1869-1943. Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin – Eine Biographie, Bonn 1991; Gudrun Hamelmann: Helene Stöcker, der „Bund für Mutterschutz“ und die „Neue Generation“, Frankfurt a. M. 1992; Petra Rantsch: Helene Stöcker (1869-1943). Zwischen Pazifismus und Revolution, Berlin 1984.

¹³ Diese Zahlen wurden immer wieder in Zweifel gezogen und „nach unten korrigiert“. Vgl. hierzu: Alexander von Oettingen: Die Moralstatistik und ihre Bedeutung für eine christliche Sozialethik, Erlangen 1874; H. Schwabe: Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostituierten, in: Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik 1 (1874). Zu den im Text genannten Zahlen vgl. Lutz Sauerteig: Krankheit,

wachsenden Metropolen wie Berlin, Hamburg oder München entwickelte sich die Prostitution zu einer viel beachteten und diskutierten Erscheinung.¹⁴ Die „gewerbliche Unzucht“ rückte aber auch deswegen zunehmend ins Visier der bürgerlichen Gesellschaft, weil sich Ärzte und SozialpolitikerInnen zunehmend Gedanken über die Volksgesundheit machten. Die immer weiter um sich greifenden Geschlechtskrankheiten, vor allem die unheilbare Syphilis standen dabei im Zentrum der Betrachtungen. Die (weibliche) Prostitution wurde als der Hauptinfektionsherd betrachtet, und dementsprechend wurde versucht, diese zu regulieren¹⁵ und soziale Kontrollmechanismen zu schaffen.¹⁶ Darüber hinaus konzentrierte sich die neu entstehende Sexualwissenschaft vor allem zu ihrem Beginn auf die „Abweichungen“, was im Duktus der Zeit bedeutete: Sadomasochismus, Homosexualität und Prostitution, und schuf damit ebenfalls ein Klima des wachsenden Interesses.¹⁷

Auch die Frauenbewegungen – oder vielleicht besser: gerade die Frauenbewegungen – beteiligten sich sehr aktiv an diesem gesamtgesellschaftlichen Diskurs. So sind die zu Beginn vorgestellten Schriften der sich entgegenstehenden Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung in diesem Diskurs zu verstehen. Es ging also nicht primär um die Frage, ob die Ehe noch immer die „richtige“ Art und Weise war, wie Mann und Frau zusammen leben sollten, sondern vielmehr darum, ob die Ehe in der Lage war, die Prostitution zu verhindern:

„Das Problem, das sich uns darstellt, in Erkenntnis der ausgedehnten Prostitution, des ausgedehnten zwar zahlenmäßig nicht zu erfassenden, aber keinem, der mit offenen Augen durch die Welt geht, verborgen bleibenden außerehelichen Liebeslebens, lässt

Sexualität, Gesellschaft. Geschlechtskrankheiten und Gesundheitspolitik in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 58. Vgl. auch: Regina Schulte: Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt a. M. 1979.

¹⁴ Vgl. hierzu auch die Erinnerungen von Stefan Zweig und deren Einschätzung in: Jens Flemming: Erotische Kultur. Debatten über Liebe, Sexualität und Geschlechterverhältnisse, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Das erste Jahrzehnt, München 2006, S. 163-174, hier S. 167.

¹⁵ Zur Reglementierung der Prostitution vgl. z. B.: Sabine Gleß: Die Reglementierung von Prostitution in Deutschland, Berlin 1999; Katrin Malkmus: Prostitution in Recht und Gesellschaft, Frankfurt a.M. u.a. 2005.

¹⁶ Vgl. zum Beispiel: Michael Kreis: Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (DGBK/GBGK) 1902 bis 1987. Ein historischer Abriß. München (Dissertation), o.J. (1988); Lutz Sauerteig: Moralismus versus Pragmatismus: Die Kontroverse um Schutzmittel gegen Geschlechtskrankheiten zu Beginn des 20. Jahrhunderts im deutsch-englischen Vergleich, in: Martin Dinges (Hrsg.): Neue Wege in der Seuchengeschichte. Stuttgart 1995, S. 207-247; Ders.: Krankheit, Sexualität, Gesellschaft. Geschlechtskrankheiten und Gesundheitspolitik in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.

¹⁷ Vgl. hierzu: Joachim S. Hohmann: Geschichte der Sexualwissenschaft in Deutschland 1886-1933, Berlin / Frankfurt a. M. 1987.

sich nicht auf die Frage beschränken: 'Wie soll die Ehe gestaltet werden, damit die Möglichkeit vieler guter Ehen gegeben werde?' sondern es muß heißen: 'wie ist die Ehe umzugestalten, damit sie einen möglichst großen Teil des menschlichen Liebeslebens überhaupt umfasst?'

fragte die fortschrittliche Autorin Adele Schreiber in der Publikation von 1911. Für sie muss deshalb alles auf die Frage einer Abschaffung bzw. Einschränkung der Prostitution hinaus laufen:

„...alle Vorschläge zur Heilighaltung der Ehe, alle hochtönenden Phrasen von Sittlichkeit und bürgerlicher Verpflichtung in der Ehe nützen uns gar nichts, solange sie nicht zugleich eine Abschaffung resp. weitgehende Einschränkung der Prostitution, eine wesentliche Verminderung außerehelicher Liebesstragödien zu erzielen vermögen.“¹⁸

Auch die gemäßigten Autorinnen versuchen die Frage nach einer Abschaffung der Prostitution zu beantworten, setzen aber andere Schwerpunkte. Vor allem Anna Pappritz, die als eine der größten Kennerinnen der Prostitutionsproblematik in Kaiserreich und Weimarer Republik gelten kann und die den Abolitionismus in Deutschland (wieder) heimisch gemacht hatte¹⁹, argumentierte gegen die Ideen der Neuen Ethik und stärkte die Ehe als Bollwerk gegen die Prostitution:

„Wenn heute der Kreis der Menschen, die in reiner Monogamie leben, noch klein ist, so beweist das nicht, daß die Ehe eine überwundene Kulturform ist, sondern, daß sie erst in der Entwicklung begriffen ist. (...) Die Einehe bedeutet für die Frau den ersten Sieg des sittlichen Prinzips über die rohe Willkürherrschaft des Mannes, den ersten Schritt auf dem Wege ihrer Anerkennung als gleichberechtigte Persönlichkeit.“²⁰

Es war also nicht so sehr die Frage der Ehe, die die Mitglieder der bürgerlichen Frauenbewegungen umtrieb, als vielmehr die Frage, ob die bürgerliche Ehe in der Lage sei, die allmächtige Prostitution abzuschaffen. Während die „Radikalen“ dies verneinten und eine Öffnung der Lebens- und Liebesverhältnisse als Lösung propagierten, setzten die „Gemäßigten“ auf eine reformierte Ehe, in der Mann und Frau als

¹⁸ Adele Schreiber: Ehereform, in: Dohm (wie Anm. 6), S. 63f.

¹⁹ Vgl. Kerstin Wolff: Herrenmoral: Anna Pappritz and abolitionism in Germany, in: Women's History Review, 17 (2008) Number 2, S. 225-238; Dies: „Die Welt von der man nicht spricht.“ Anna Pappritz und das neue Wissen um Prostitution, in: Sammelband Wissen und Geschlecht Wien (in Druck). Biographisches zu Anna Pappritz vgl. Margit Göttert: „Mir sind die frauenrechtlerischen Ideen direkt eingeboren.“ Anna Pappritz (1861-1939), in: Ariane 28 (1995), S. 50-55.

²⁰ Anna Pappritz: Die Prostitution als sozial-ethisches Problem, in: Bäumer (wie Anm. 1), S. 173.

gleichberechtigte Partner zusammen lebten und sich die Frage nach einem Ausleben außerehelicher Sexualität nicht mehr stellte. Nun hat es innerhalb der Frauenbewegungen – wie in allen anderen sozialen Bewegungen auch – immer schon Diskussionen um „den richtigen Weg“ gegeben. Dies führte aber normalerweise nicht zu einer Auseinandersetzung in Form von sich gegenüberstehenden Buchpublikationen. Es stellt sich daher die Frage, wie die Hinwendung der bürgerlichen Frauenbewegung zur Frage der Prostitutionsbekämpfung verlief und wie dieser Strang der Frauenbewegung aufgebaut war.

3. Die Prostitutionsdebatte in den verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Frauenbewegung

Die Zeit um 1900 stellte ohne Zweifel eine der Hochphasen der Frauenbewegungen im Kaiserreich dar. Durch die Aufhebung der Sozialistengesetze verzeichneten alle sozialen Bewegungen und politischen oder sozialen Reformgruppen einen Mobilisierungsschub:

„Die Frauenbewegung mit ihren verschiedenen Teilbewegungen partizipierte an diesen Modernisierungsprozessen und gestaltete sie aktiv mit. Das blieb nicht unbemerkt: bereits um die Jahrhundertwende waren ihre Anliegen und Ansprüche von zeitgenössischen Sozialwissenschaftlern in den Kanon der brennenden ‚sozialen Fragen der Gegenwart‘ aufgenommen worden.“²¹

Innerhalb der Bewegung waren es vor allem zwei Themen, die eine besonders hohe politische Brisanz aufwiesen. Dies war zum einen die Forderung nach dem politischen Wahlrecht und zum anderen die Diskussion um eine anstehende Sexualreform, hier vor allem zu verstehen als Bekämpfung der Prostitution:

„Gerade Sexualreform und Frauenstimmrecht tangierten zutiefst männlich strukturierte Territorien: Der Angriff auf die geltenden Moral- und Rechtsnormen eignete sich zweifellos besonders gut für Projektionen und Widerstände, wohlgerne, nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Frauenbewegungen, und hat viele grundsätzliche, bis heute gültige Fragen zum Geschlechterverhältnis aufgeworfen.“²²

²¹ Ulla Wischermann: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen, Königstein i. Ts. 2003, S. 59.

²² Wischermann (wie Anm. 21), S. 59f.

Die Jahre um die Jahrhundertwende waren also auch für die Frauenbewegungen Jahre der Orientierung und politischen und sozialen Positionierung, wobei sie hier nicht allein agierten, sondern eingebunden waren in einen gesamtgesellschaftlichen Dialog. Die hier interessierende Frage der Prostitutionsbekämpfung war dabei auch innerhalb der Frauenbewegungen ein „heißes Eisen“. Es brauchte lange, bis sich Teile der Frauenbewegung aufmachten, sich in dieser Frage eine Meinung zu bilden. Wichtig war – wie ganz oft in der Geschichte von Protestbewegungen – ein Ideentransfer von außen.²³ Dieser erfolgte in diesem Fall über Großbritannien, wo die Bewegung des Abolitionismus bereits in den späten 1860er Jahren durch Josefine Butler gegründet worden war.²⁴ Diese Bewegung, die heute in Deutschland so gut wie vergessen ist, wandte sich gegen die Praxis der Reglementierung der Prostitution. Der Name Abolitionismus (von to abolish = abschaffen) wurde dabei bewusst gewählt, sollte er doch gezielt an die `anderen` Sklaven erinnern, die ebenfalls von einer abolitionistischen Bewegung befreit worden waren. Der Abolitionismus in Europa hatte sich zum Ziel gesetzt, die weiblichen Sklaven von der Kette der Prostitution zu befreien. – Was aber bedeutete Reglementierung der Prostitution konkret?

Die Reglementierung der Prostitution war ein europaweites System der polizeilichen Überwachung und Regelung der Prostitution. Dieses System hatte seinen Ursprung in Frankreich und war zuerst von Napoleon in Paris eingeführt worden.²⁵ Im deutschen Kaiserreich waren frühe preußische Verordnungen im Jahr 1871, als ein einheitlicher deutscher Nationalstaat durch die Gründung des deutschen Kaiserreiches errichtet worden war, in das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich übernommen worden. 1876 erfolgte eine grundlegende Novellierung des Gesetzes. Durch die Überarbeitung

²³ Zur Wichtigkeit von Ideentransfers innerhalb der Frauenbewegungen vgl.: Eva Schöck-Quinteros u.a. (Hrsg.): Politische Netzwerkerinnen. Internationale Zusammenarbeit von Frauen 1830-1960, Berlin 2007; Kerstin Wolff: Die (internationale) Frauenbewegung als zentraler Informationsort für einen Kulturtransfer – das Beispiel des Abolitionismus, in: Wolfgang Gippert / Petra Götte / Elke Kleinau (Hrsg.): Transkulturalität. Gender- und bildungshistorische Perspektiven, Bielefeld 2008 (in Vorbereitung).

²⁴ Vgl. Anne Summers: Liberty, Equality, Morality. The Attempt to Sustain an International Campaign against State-regulated Prostitution 1875-1906, in: Schöck-Quinteros u.a. (wie Anm. 22), S. 289-310; Edward J. Bristow: Vice and Vigilance. Purity Movements in Britain since 1700, Dublin 1977; Judith R. Walkowitz: Prostitution and Victorian Society. Women, Class, and the State, Cambridge 1980.

²⁵ Vgl. Josefine Butler: Die Lebensgeschichte der Josephine Butler. Eine Frau kämpft für Gerechtigkeit. Mit einem Vorwort von Elisabeth Moltmann-Wendel, deutsche Ausgabe von Helen Schaeffer, München 1979, S. 69. Elisabeth Dickmann führt in ihren Forschungen eher die italienische Rechtsprechung als Grundlage für Europa an. Vgl. Elisabeth Dickmann: Über die Grenzen. Die Italienerinnen in der frühen internationalen Frauenbewegung, in: Schöck-Quinteros u.a. (wie Anm. 22), S. 218. Anhand meiner Literaturkenntnis kann ich diese Frage nicht abschließend beantworten.

wurde das geschaffen, was „heute [als; KW] eine typische Einrichtung des 19. Jahrhunderts in Erinnerung ist, nämlich die formale Einschreibung der Prostituierten durch die Polizei als `Kontrollmädchen`.“²⁶ Der novellierte §361 Nr. 6 RStGB regelte:

„Mit Haft wird bestraft eine Weibsperson, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie in den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt.“²⁷

Die Prostitution war damit weiterhin nur dann erlaubt, wenn sich die Frau²⁸ unter die Kontrolle der Polizei begab und das Überwachungssystem akzeptierte. Zum eigentlichen Skandal aber wurde das, was im Gesetz unter „polizeilicher Aufsicht“ verstanden wurde. Prostituierte und Frauen, die der Prostitution verdächtig wurden, standen unter bestimmten Ver- und Geboten, die tiefe Eingriffsmöglichkeiten in ihre Privatsphäre ermöglichten. Die Weisungen sahen zum Beispiel das Verbot vor, bestimmte Öffentlichkeiten oder Veranstaltungen zu besuchen; Prostituierte mussten sich regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen zur Verfügung stellen (zu denen sie auch gezwungen werden konnten), ihre Wohnungen konnten jederzeit (auch nachts) von der Polizei durchsucht werden, und sie wurden in so genannten Dirnenlisten namentlich erfasst.²⁹ Diese frauenfeindlichen Regelungen, die sich jederzeit gegen alle Frauen auf der Straße richten konnten, waren es, die der Abolitionismus bekämpfte. Die Bewegung richtete sich also nicht gegen Prostituierte und ihr Gewerbe, sondern gegen die Art und Weise der staatlichen Kontrolle.

Nach einem kurzen Versuch in den 1880er Jahren unter Gräfin Gertrud von Guillaume-Schack, den Abolitionismus im deutschen Kaiserreich zu organisieren³⁰, brauchte diese europaweite Bewegung in Deutschland einen zweiten Anlauf, um politisch tätig werden zu können. Minna Cauer, Protagonistin der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung, war es, die anhand eines Artikels in ihrer Zeitung „Die Frauenbewegung“ über den internationalen Kongress der britischen, kontinentalen und

²⁶ Gleß (wie Anm. 15), S. 54.

²⁷ Gleß (wie Anm. 15), S. 58.

²⁸ Über die Prostitution des Mannes wurde zu dieser Zeit von Seiten des Gesetzgebers noch nicht nachgedacht.

²⁹ Vgl. Malkmus (wie Anm. 15), S. 43.

³⁰ Vgl. Anna Pappritz: Die Teilnahme der Frauen an der Sittlichkeitsbewegung, in: Helene Lange / Gertrud Bäumer (Hrsg.): Handbuch der Frauenbewegung, II. Teil, Berlin 1901, S. 154-192.

allgemeinen Föderation (der englische Zweig des Abolitionismus), der zwischen dem 12. und 15. Juli 1898 in London stattfand, diese Idee in Deutschland (wieder) populär machte.³¹ Zu diesem Zeitpunkt favorisierte die gemäßigte Richtung der bürgerlichen Frauenbewegung – die im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) zusammengeschlossen war – das Sittlichkeitskonzept von Hanna Bieber-Böhm.³² Dieser war es in den 1895er Jahren gelungen, das Thema in den BDF zu tragen. Allerdings vertrat Bieber-Böhm eine Richtung innerhalb der Sittlichkeitsbewegung, die für den internationalen Abolitionismus nicht anschlussfähig war. Im Gegensatz zu der liberalen europäischen Bewegung propagierte Bieber-Böhm drakonische Strafen für Prostituierte, plädierte für die ärztliche Anzeigepflicht bei Geschlechtskrankheiten und wollte Geschlechtskranke bis zur Heilung in Isolierheimen auf dem Lande unterbringen.³³ Dies deckte sich nicht mit den Grundzielen des Abolitionismus, der vor allem die Strafflosigkeit der Prostitution propagierte, da „die Strafe immer nur die Frau trifft, die Strafflosigkeit des Mannes aber die Herrschaft der doppelten Moral und Justiz befestigt und hierdurch die Sittenlosigkeit fördert.“³⁴ Mit den Ansichten des BDF konnten sich die radikalen Frauenrechtlerinnen, die sich 1899 im Verband Fortschrittlicher Frauenvereine (VFF, einer radikalen Gegenründung zum BDF³⁵) zusammen geschlossen hatten, nicht abfinden und propagierten die Ideen des Abolitionismus als Lösung der Sittlichkeitsproblematik. Der VFF schrieb in seinem Programm explizit den Kampf gegen die doppelte Moral fest und wurde damit zur ersten Heimat des Abolitionismus auf deutschem Boden. 1899 gründeten sich fast zeitgleich die ersten abolitionistischen Ortsvereine; einer in Hamburg unter Lida Gustava Heymann, der andere in Berlin

³¹ Minna Cauer: Der Internationale Kongreß der britischen, kontinentalen und allgemeinen Föderation in London vom 12.-15. Juli 1898, in: Die Frauenbewegung 4 (1898), S. 165.

³² Über das Leben von Hanna Bieber-Böhm ist nicht sehr viel bekannt. 1851 geboren, trat sie öffentlich erst in Erscheinung, als sie sich in der bürgerlichen Frauenbewegung in Fragen der Sittlichkeit engagierte. Sie gilt bis heute als eine der ersten, die das tabuisierte Thema in die Reihen der kämpfenden Frauen hineinrug. Allerdings haftet ihrem Namen auch eine gewisse Tragik an, denn so tapfer und mutig sie sich des neuen Themas angenommen hatte, so unaufhaltbar sind ihre Ideen von neuen Gedanken und politischen Plänen überrollt worden. Sie starb am 15. April 1910. Den wenigen Nachrufen auf ihren Tod können leider keine weiteren biographischen Informationen entnommen werden. Vgl. Alice Salomon: Hanna Bieber-Böhm, in: Die Frau 17 (1910), S. 526-529; Hanna Bieber-Böhm, in: Die Frauenbewegung 16 (1910), S. 68.

³³ Vgl. Hanna Bieber-Böhm: Vorschläge zur Bekämpfung der Prostitution. Angenommen vom Bund deutscher Frauenvereine als Anlage zu einer Petition an den Reichstag, die Aufhebung der gewerbsmäßigen Prostitution betreffend, Berlin 1895.

³⁴ Vgl. Anna Pappritz: Die abolitionistische Föderation, in: Dies. (Hrsg.): Einführung in das Studium der Prostitutionsfrage, 2 Bde., Teil 2, Leipzig 1919, S. 224, Zitat 225.

³⁵ Dazu genauer: Susanne Kinnebrock: Anita Augspurg (1857-1943). Feministin und Pazifistin zwischen Journalismus und Politik, Herbolzheim 2005, S. 215ff.

unter Anna Pappritz, beides Vertreterinnen der radikalen Richtung. Der VFF hatte das neue Arbeitsgebiet erfolgreich in sein Programm integriert und zeigte damit sein neues und radikales Auftreten, vor allem im Gegensatz zum BDF. Dieser hielt noch an der alten Sichtweise von Hanna Bieber-Böhm fest, und so standen sich innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung zum ersten Mal nicht nur zwei Frauenverbände gegenüber, sondern auch zwei Ansichten was die Prostitutionsfrage betraf. Diese Oppositionsstellung von BDF und VFF entsprach aber durchaus dem Politikverständnis des VFF. Dieser sah sich als Vorreiter, der den behäbigen und konservativen Schwesternverband BDF politisch immer wieder vor sich her treiben musste – offiziell an seiner Rolle als *enfiné terrible* jedoch litt. So schrieb Minna Cauer, eine der Sprecherinnen der Radikalen, 1902 über die fünfte Generalversammlung des BDF in Wiesbaden scheinbar resigniert:

„Man wird nach wie vor die Erfolge der Linken einheimen, man wird die Vertreterinnen derselben, wie gebräuchlich, als ‚berufslose Agitatorinnen‘ schmähen, man wird ihnen im stillen Kämmerlein zustimmen und sie in der Oeffentlichkeit verleugnen. Das war von jeher der Lauf der Welt“.³⁶

Diese – fatalistisch zu nennende – Einschätzung, erhielt 1902 durch das Verhalten der Berliner Vorsitzenden der Abolitionistischen Föderation (IAF), Anna Pappritz, noch zusätzlich Nahrung. Pappritz erreichte nämlich, dass sie 1902 in den Vorstand des BDF gewählt wurde. Gleichzeitig errang sie zusammen mit Katharina Scheven, der Vorsitzenden aus Dresden, einen ersten Sieg für den Abolitionismus. Noch immer stand die Sittlichkeitskommission des BDF unter der Leitung von Frau Bieber-Böhm. Aber ein Antrag des Dresdner Zweigvereins der IAF mit dem Wortlaut: „der Bund wolle den Kampf gegen die staatlich reglementierte Prostitution als Programmpunkt nachdrücklicher als bisher betonen und sowohl der Oeffentlichkeit, als den gesetzgebenden und ausführenden Gewalten gegenüber Stellung zu dieser Frage nehmen“, wurde äußerst lebhaft diskutiert und schließlich einstimmig angenommen.³⁷ Damit hatten Anna Pappritz und Katharina Scheven erreicht, dass der Abolitionismus

³⁶ Minna Cauer: Stimmungsbilder von der fünften Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine, in: Die Frauenbewegung 8 (1902), S. 155.

³⁷ Vgl. Cauer (wie Anm. 36), S. 153ff. und: Die fünfte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, in: Centralblatt des BDF 4 (1.11.1902), S. 113ff.

auf dem Weg war, die offizielle Vorgehensweise des BDF zu sein. Die Verdrängung von Hanna Bieber-Böhm aus der Leitung der Sittlichkeitskommission war daher nun nur noch eine Frage der Zeit.

Dieses Vorgehen bedeutete aber einen offenen Bruch mit dem VFF, der sich selber als legitimen Ort für den Abolitionismus in Deutschland sah. Es liegt auf der Hand, dass das Überwechseln eines Mitglieds aus dem VFF zum BDF von den Mitgliedern des ersteren klar als Opportunismus gebrandmarkt werden musste, schließlich nahm der VFF sich als radikale Minderheit wahr, die die politischen Themen besetzte. Passierte es dann aber, dass der große BDF ein Arbeitsfeld des kleinen VFF übernahm, verstand dieser dieses Übernehmen als „unfair“. Dazu Minna Cauer an Anna Pappritz aus dem Jahr 1904:

„[D]aß der Bundesvorstand [des BDF; KW] unausgesetzt unsere ganze Stellung heimlich zu unterminieren versucht und daß er uns mühsam erworbene Arbeit und noch mühsamere errungene Erfolge aus der Hand zu winden versucht und zwar nicht in offener und ehrlicher Weise, sondern indem er uns in den Rücken fällt und das, was er bis dahin dann als ‚schädlich‘ plötzlich als gut hinstellt, wenn wir die Wege geebnet haben, die dem Bunde unbequem oder unerreichbar erschienen.“³⁸

Unter dieser Perspektive betrachtet, ebnete der VFF dem Abolitionismus den Weg, propagierte und protegierte ihn und seine Hauptakteurin in Berlin, um dann mitzerleben, dass eben diese Hauptprotagonistin in den BDF überwechselte und das Thema gleich mitnahm.

Über den Wechsel von Anna Pappritz vom VFF zum BDF ist in der Forschung viel spekuliert worden. Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schlossen sich ziemlich unkritisch der These von Richard J. Evans an, der in seiner 1976 erschienenen Arbeit zur deutschen Frauenbewegungsgeschichte den Schritt von Anna Pappritz zum BDF auf den politischen Rechtsruck der Abolitionistin zurückführte. „Since the triumph of Abolitionist ideas within the women`s movement in 1902, Pappritz had gradually broken with the radicals and moved to the right.“ Diese Aussage stützt Evans vor allem auf die Tatsache, dass Pappritz andere politische Koalitionen einging: „[A]nd she moved close to the German-evangelical Women`s

³⁸ Minna Cauer an Anna Pappritz am 29.6.1904, in: Nachlass Pappritz im Helene Lange Archiv Berlin, B-Rep 235-13, MF 3456.

Leage, one of the most conservative of all women`s organizations.”³⁹ Auch wenn sich diese sehr unkritische Analyse schon bald massiver Kritik ausgesetzt sah, blieb der Eindruck des politischen „Rechtsrucks“ an Anna Pappritz hängen. Meine Forschungen zum Abolitionismus in Deutschland und zu Anna Pappritz hingegen zeigen, dass nichts auf einen solchen politischen Rechtsruck hindeutet. Die Schriften und Aussagen von Pappritz zu den Zielen des Abolitionismus bleiben zwischen 1900 und 1933 nahezu identisch. Sie verfolgte mit eisernem Willen den einmal eingeschlagenen Weg der langsamen Veränderung der Gesellschaft durch Kooperation und Gespräch und versuchte in allen Verbänden, in denen sie agierte, ihre Idee des Abolitionismus zu propagieren. Die Hinwendung von Pappritz zum Deutsch-Evangelischen Frauenbund nimmt sich in einem unveröffentlichten Manuskript von Pappritz dann auch gänzlich anders aus. Sie schreibt 1908 über die erste internationale Tagung der AbolitionistInnen in Deutschland im Jahr 1904:

„Das für uns wichtigste Ereignis war wohl, daß sich Frl. Paula Müller, die Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes öffentlich und unumwunden in mutiger Weise zu den Grundsätzen der Föderation bekannte, auch in dem Punkt der Nichtstrafbarkeit der Prostitution, gegen den sie sich noch 1900 in Paris ausgesprochen hatte. Sie sagte, daß sie aufgrund eingehender Studien und praktischer Erfahrung zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Durchführung der Maßregel in der Praxis unausführbar sei und nur zu Ungerechtigkeiten gegen das weibliche Geschlecht führen würde.“⁴⁰

Das, was Evans als Beweis eines politischen Rechtsruckes sah, nämlich die Hinwendung zum DEF, ist für Anna Pappritz ein Sieg der richtigen abolitionistischen Ansichten, also eine Öffnung des DEF zum Abolitionismus; im Lagerdenken gesprochen: ein Linksruck des DEF statt eines Rechtsruckes von Anna Pappritz. Trotzdem bleibt die Frage, warum Anna Pappritz den VFF verließ und sich dem BDF anschloss. Pappritz selber stellt sich in ihrem unveröffentlichten Manuskript als Person dar, die versuchte, die politische Arbeit in den Mittelpunkt zu rücken und wenig in Lagern dachte, wenn sie schreibt:

³⁹ Beide Zitate aus: Richard J. Evans: The Feminist Movement in Germany 1894-1933, London / Beverly Hills 1976, S. 130.

⁴⁰ Anna Pappritz: Wie ich zu meiner Arbeit kam, in: Nachlass Anna Pappritz im Helene Lange Archiv im Landesarchiv Berlin, B-Rep 235-13, MF 3467-3470, S. 165.

„Trotzdem mißbilligte ich Frau Cauers Kampfweise gegen die Gemäßigten ganz entschieden; ich sprach das auch wiederholt ganz offen aus und sagte ihr, daß es stets mein Bestreben sein würde, objektiv zu sein, auch den Anderen gerecht zu werden und wenn möglich, mit ihnen zu arbeiten.“⁴¹

Nun hat jedes stark autobiographisch gefärbte Schriftstück die Tendenz, die eigene Handlung stets objektiv begründbar darzustellen; dies ist natürlich auch bei Anna Pappritz so. Betrachtet man den gesamten Ablöseprozess, der sich ca. vier Jahre hinzog, so sehe ich eher einen inhaltlichen Konflikt innerhalb des VFF um die Frage nach dem „richtigen“ abolitionistischen Weg als auslösenden Faktor. Lida Gustava Heymann als Vorsitzende des Hamburger Zweigvereins verstand den Abolitionismus ganz anders als Anna Pappritz in Berlin. Pappritz wollte zusammen mit Staat und Behörden das Prostitutionsproblem angehen. Für sie war es wichtig, alle Meinungen anzuhören und so lange zu diskutieren, bis sich die abolitionistische Meinung durchgesetzt hatte. Heymann hingegen sah den Weg des Abolitionismus im deutschen Kaiserreich konträr dazu. Für sie bot sich die Problematik der Reglementierung der Prostitution als ein weiterer Beleg der zu bekämpfenden Männerherrschaft an. Daher setzte sie nicht so sehr auf Aufklärung, sondern mehr auf Skandalisierung. Wollte Anna Pappritz in Berlin auch positiv arbeiten, d.h. im Sinne der bürgerlichen Frauenbewegung durch die Aufnahme von karitativer Arbeit das Problem sozial abmildern, ging es Lida Gustava Heymann viel stärker um die Pressearbeit und um die propagandistische Aufklärungsarbeit. Entsprechend dieser Unterschiede gingen die beiden Ortsvereine völlig unterschiedliche Wege, und dementsprechend kam es zu internen Diskussionen im VFF um den richtigen politischen Weg. Anna Pappritz erkannte wahrscheinlich recht schnell, dass ihre Art der „positiven“ Arbeit beim BDF sehr viel besser aufgehoben sein würde, denn dieser arbeitete in den meisten Fällen genau so. Zusätzlich war der BDF der sehr viel größere Verband; ein Sieg des Abolitionismus über die Sittlichkeitsansätze von Bieber-Böhm innerhalb des BDF erschien Pappritz wohl auch sehr lohnend. Und so nahm Anna Pappritz „ihren Abolitionismus“ vom VFF mit und schloss sich dem BDF an. Innerhalb weniger Jahre hatte sie einen Vorstandsposten und leitete die Sittlichkeitskommission, die sie selbstverständlich auf abolitionistische Grundlagen gestellt hatte. Sie und Katharina Scheven wurden – auch

⁴¹ Pappritz (wie Anm. 40), S. 165.

international – als die „Führerinnen des deutschen Abolitionismus“ anerkannt und 1904 auf der ersten internationalen abolitionistischen Tagung in Dresden herzlich in der internationalen Bewegung gegen die Reglementierung der Prostitution begrüßt. So war der BDF die Heimat des Abolitionismus geworden, und der VFF hatte nach dem Weggang von Pappritz das Problem, sich ohne eigene Position zur großen Frage der Sittlichkeit behaupten zu müssen. Zum Ärger über „den Verrat“ einer früheren Anhängerin kam also auch das Problem einer fehlenden inhaltlichen Position zur Frage der Prostitution.

In dieser Situation kam Helene Stöcker in den VFF und bot eine Alternative in Form der Neuen Ethik an. Diese setzte sich ab 1905, als der Bund für Mutterschutz gegründet wurde, als neue Richtung in der Sittlichkeitsdebatte im VFF durch. Und so standen sich am Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts wieder zwei Sittlichkeitskonzepte und Politikstile innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung gegenüber: Der Abolitionismus des BDF mit seiner praktisch politischen Arbeit und die Neue Ethik des VFF mit seiner vor allem publizistischen Stoßrichtung. Der Deutungsstreit innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung konnte in eine neue Runde gehen, verlagerte sich sprachlich auf den Begriffsgegensatz Ehe versus freie Liebe und materialisierte sich in den beiden vorgestellten Eheschriften, die sich ab 1911 unversöhnlich gegenüber standen.⁴²

⁴² Ich habe die Situation zwischen BDF, VFF, Abolitionismus und Neuer Ethik hier sehr zugespitzt dargestellt, um die Mechanismen deutlich zu machen, die auf der inhaltlichen, aber auch organisatorischen Ebene innerhalb der Frauenbewegung abliefen. Ich bin mir darüber im Klaren, dass dabei manche kleine Verästelung abgeschliffen wurde. So war es zum Beispiel Helene Stöckers Ursprungsidee, innerhalb des Abolitionismus zu wirken, eine Idee, die nicht umgesetzt wurde, die aber eine Anschlussstelle für beide Ideen hätte bieten können.

Ulrich Mayer

**„Erziehung zu geschichtlichem Denken“ bei Gerhard Ritter
Aus der Frühzeit eines „Nationalpädagogen“¹ als Geschichtsdidaktiker in
Kassel**

1. Geschichte – ein Denkfach

Spätestens seit der neuen wissenschaftstheoretischen Standortbestimmung der Geschichtsdidaktik um die Mitte der 1960er Jahre² geht Geschichtsunterricht nicht in der möglichst effizienten Vermittlung fachwissenschaftlich produzierten Wissens über Ereignisse, Prozesse und Strukturen auf. Zugrunde liegt eine Vorstellung von *Fach* als Denkform, als „eine bestimmte objektiv mögliche und übliche Weise, die Welt zu erfassen und denkend zu ordnen und deren Ergebnisse; anders: Eine Fachdidaktik fragt nach der Bedeutung der Fachinhalte (Ergebnisse wie Methoden!) für die Bildung der Menschen.“³ Geschichte ist von einem Lernfach zu einem Denkfach geworden: „Geschichtsunterricht hat *historisches* Denken zu lehren“⁴. Angesichts dieser zentralen Rolle des historischen Denkens kann es erhellend sein, Vorstellungen eines bedeutenden deutschen Historikers des 20. Jahrhunderts zu diesem Thema vorzustellen.

2. Gerhard Ritter: Sein Selbstverständnis als Praeceptor Germaniae

Gerhard Ritter (1888-1967) erlebte und beeinflusste in seinem Arbeitsbereich vier Epochen der deutschen Geschichte und war insbesondere in den beiden ersten

¹ Vgl. Helmut Böhme: Gerhard Ritter: Historiker und „Nationalpädagoge“, in: neue politische literatur (2003) H. 2, S. 185ff.

² Vgl. Horst Kuss: Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland (1945/49-1990). Eine Bilanz. Teil I, in: GWU 45 (1994), H. 12, S. 745.

³ Friedrich J. Lucas: Grundriß der Geschichtsdidaktik (1967), in: Ders.: Geschichte als engagierte Wissenschaft. Zur Theorie einer Geschichtsdidaktik, Stuttgart 1985, S. 151. Vgl. auch: Ders.: Auswahl und Lernzielbestimmung geschichtlicher Unterrichtsinhalte (1974), in: Ebenda, S. 193.

⁴ Hans-Jürgen Pandel: Postmoderne Beliebigkeit? Über den sorglosen Umgang mit Inhalten und Methoden, in: GWU 50 (1999), H. 5/6, S. 286. Vgl. Michael Sauer: „Historisches Denken“ fördern. Kompetenzentwicklung im Geschichtsunterricht, in: Friedrich Jahresheft XXV, Velber 2007, S. 42-45.

Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einer der bekanntesten und einflussreichsten Historiker der Bundesrepublik. Ritter, in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen und zeitlebens der lutherischen Ausprägung des Protestantismus verbunden, hatte sich nach 1933 der Bekennenden Kirche angeschlossen und dem christlich-konservativen Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler angehört. Er war der einzige namhafte Historiker seiner Generation, der sich aktiv gegen die nationalsozialistische Herrschaft gewandt hatte, und errang dadurch im Inland wie im Ausland als „singuläre Figur“ hohes moralisches Ansehen.⁵ Nach 1945 übte er nicht nur eine wichtige Rolle als Wissenschaftler aus. Er avancierte zu einem gefragten akademischen Lehrer, Wissenschaftsorganisator, Publizisten und politischen Berater, kurz: zum „Wortführer der historischen Zunft nach dem Krieg.“⁶ Zumindest in drei großen kulturellen Sektoren bewirkte er sowohl organisatorische Anstöße und Impulse als auch inhaltliche Markierungen und Pointierungen: in der Geschichtswissenschaft, in der Evangelischen Kirche und im Bereich der historisch-politischen Bildung. Überall beanspruchte Ritter Deutungshoheit und Meinungsführerschaft. Er verstand sich als *Praeceptor Germaniae*.

Bekannt ist seine Rolle als erster Vorsitzender des wieder gegründeten Historikerverbandes. Zugleich wurde er dessen Sprecher bei der Reintegration der deutschen Historikerschaft in die internationale Historikerorganisation.⁷ Sein umfangreiches Nachkriegswerk zur neueren und neuesten Geschichte orientierte sich an der traditionellen protestantisch-deutschen Staatstradition. Dies hat ihm im Nachhinein den Vorwurf einer apologetischen nationalen, ja nationalistischen und damit für eine demokratische Gesellschaft zumindest unzeitgemäßen Haltung eingebracht.⁸ Lange Zeit unbeachtet blieben Aktivitäten Ritters in der Nachkriegszeit

⁵ Vgl. Hartmut Boockmann / Joachim Rohlfes / Winfried Schulze: Vorbemerkung der Herausgeber, zu: Agnes Blänsdorf: Gerhard Ritter 1942-1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, in: GWU 42 (1991), H. 1, S. 1.

⁶ Bernd Mütter: Historische Zunft und historisch-politische Bildung. Positivistischer Historismus und geisteswissenschaftliche Geschichtsdidaktik in Deutschland (1988), in: Ders.: Historische Zunft und historische Bildung. Beiträge zur geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik, Weinheim 1995, S. 52. Zur Biografie Ritters in letzter Zeit: Michael Matthiesen: Gerhard Ritter. Studien zu Leben und Werk bis 1933, 2 Bde., Egelsbach 1993; Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001.

⁷ Vgl. Karl Dietrich Erdmann: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987.

⁸ Vgl. Winfried Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, (HZ Beiheft 10), München 1989. Vgl. Edgar Wolfrum, Zwischen Tradition und Neuorientierung. Die Geschichtswissenschaft in

im Rahmen der Evangelischen Kirche, wofür er als eine der „bedeutenden Laienpersönlichkeiten des deutschen Protestantismus im 20. Jahrhundert“ bezeichnet worden ist.⁹ In organisatorischer Hinsicht war er 1945 beispielsweise an der Gründung der ersten Evangelischen Akademie in Bad Boll zur Aktivierung der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche beteiligt. Auf eigene Initiative wurde der Historiker für einige Jahre „politischer Berater“ des Rates bzw. Mitglied der so genannten „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der EKD, versah die Kirchenleitung mit Berichten über die politische Entwicklung in Deutschland und der Welt und entwickelte Vorschläge für den politisch-moralischen Neubeginn in Kirche und Staat aus seiner Sicht.¹⁰

3. 1946: „Geschichte als Bildungsmacht“?

Ritter beanspruchte auch Führung und das Recht auf Vorgaben im Bildungsbereich. Tobias Arand hat dies jüngst überzeugend am Beispiel der Neugründung des Geschichtslehrerverbandes nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezeigt.¹¹ Die Initiative zur Neugründung des Fachverbandes ging von den Geschichtsdidaktikern und Oberstudiendirektoren Ernst Wilmanns¹² und Gerhard Bonwetsch¹³ sowie dem damaligen Studienrat Karl Krüger aus.¹⁴ Während einer Tagung an der Evangelischen Akademie in Hermannsburg bei Lüneburg im Frühjahr 1948 traten die drei Kollegen an den dort referierenden Gerhard Ritter heran, um die Möglichkeit einer

Nachkriegsdeutschland 1945-1955, in: Wolfgang Hasberg / Manfred Seidenfuß (Hrsg.): *Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945*, Berlin u. a. 2008, S. 54ff.

⁹ Kurt Nowak: Gerhard Ritter als politischer Berater der EKD (1945-1949), in: Victor Conzemius / Martin Greschat / Hermann Kocher (Hrsg.): *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*, Göttingen 1988, S. 235ff.

¹⁰ Vgl. Blänsdorf (wie Anm. 5), S. 9ff.

¹¹ Vgl. Tobias Arand: „Nach wie vor steht die deutsche Geschichte im Mittelpunkt“. Die inhaltliche und organisatorische Neuorientierung des Geschichtslehrerverbandes ab 1949, in: Hasberg / Seidenfuß (wie Anm. 8), S. 219ff.

¹² Vgl. Hermann de Buhr: Ernst Wilmanns (1882-1960), in: Siegfried Quandt (Hrsg.): *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen*, Paderborn u. a. 1978, S. 304ff., vgl. Klaus Goebel: Ernst Wilmanns (1882 – 1960): *Geschichtslehrer – Geschichtsdidaktiker – Verbandsgründer*, in: Paul Leidinger (Hrsg.): *Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1988, S. 287ff., vgl. Markus Daumüller: *Ganzheitliches Geschichtsdenken zwischen Willkür und Wahrheit: Ernst Wilmanns*, in: Hasberg / Seidenfuß (wie Anm. 8), S. 333ff.

¹³ Vgl. Elisabeth Günther / Paul Leidinger: Gerhard Bonwetsch (1885 – 1956). Ein Lebensbild, in: Leidinger (wie Anm. 12), S. 286ff., vgl. Paul Leidinger: *Neugründung und Entwicklung des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands 1949 – 1955*, in: Leidinger (wie Anm. 12), S. 263ff.

¹⁴ Vgl. Arand (wie Anm. 11), S. 219ff.

Neukonstituierung des Geschichtslehrerverbandes während des ersten Historikertages der Nachkriegszeit in München im September 1949 zu sondieren.“¹⁵ Ritter usurpierte das Erstgeburtsrecht für diese Idee. In einem Rundschreiben vom 9. Mai 1949 an den Vorstand des Historikerverbandes sprach er das Treffen mit den drei Lehrern an: „Diese gingen sehr gern auf meine Anregung ein, einen Verband deutscher Geschichtslehrer zu begründen.“ Ritter plädierte dafür, „das Verhältnis unseres Verbandes zu den Geschichtslehrern recht eng zu gestalten, da ja die Neugestaltung des Geschichtsbildes auf den Schulen nicht ohne wissenschaftliche Mithilfe erfolgen kann und diese Neugestaltung ein großes politisches Interesse ist.“¹⁶

Die letzte Bemerkung ist gleichzeitig eine Überleitung zu Ritters frühen Bemühungen um Einfluss auf die Bildung. 1946 veröffentlichte er eine Schrift mit dem Titel „Geschichte als Bildungsmacht“, die nichts weniger als die grundsätzliche historisch-politische „Neubesinnung“ zu leisten beanspruchte:

„Der Neuaufbau des deutschen Bildungswesens nach dem großen Zusammenbruch von 1945 macht nirgends so große Not wie im Geschichtsunterricht. Zunächst und vor allem deshalb, weil hier mit einem Schlage das ganze Fundament des Unterrichtens, unser Geschichtsbild selbst, ins Wanken geraten ist. Oder was steht noch fest von historisch-politischen Überzeugungen, von überlieferten Werten deutscher Geschichte nach dem schändlichen Mißbrauch, den man mit ihren schönsten Idealen, ihren ehrwürdigen Traditionen, mit dem Glauben der Nation an sich selbst und ihre Zukunft getrieben hat? (...)

Aber wir wollen die Problematik der Geschichte als Bildungsmacht nicht ausschließlich aus dem besonderen Aspekt der augenblicklichen Lage Deutschlands auffassen. Sie ist nämlich viel allgemeinerer Natur. Der Bildungswert der Historie muß überhaupt als problematisch gelten.“¹⁷

Neben Friedrich Meineckes Publikation „Die deutsche Katastrophe“¹⁸ galt Ritters Schrift als repräsentativer Beitrag der deutschen Geschichtswissenschaft zur Revision des überkommenen Geschichtsdenkens. Kultusbehörden deutscher Länder empfahlen Ritters Büchlein als Grundlage zur Neuorientierung des Geschichtsunterrichts.¹⁹

¹⁵ Vgl. Leidinger (wie Anm. 13), S. 264.

¹⁶ Zit. nach: Leidinger (wie Anm. 13), S. 264ff.

¹⁷ Gerhard Ritter: Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung (1946), 2. Auflage, Stuttgart 1949, S. 7.

¹⁸ Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

¹⁹ Vgl. Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1953, Köln / Wien 1986, S. 41f., 453.

Die Untersuchungen zu Ritters Schrift²⁰ weisen auf, dass seine Vorstellungen so neu nicht waren. Er vollzog die nach 1945 unerlässlichen Korrekturen des preußisch-deutschen Geschichtsbildes. Aber selbst wo Meinecke gegenüber preußisch-militaristischen Traditionen eine zumindest skeptische Haltung einnahm, bemühte sich Ritter, die nationale Vergangenheit gegen jede bohrende Kritik abzuschirmen. Die „guten“ Entwicklungen der deutschen Geschichte bis zum Kaiserreich wurden gegen das „schlechte“ NS-Reich abgeschottet. Selbstgerecht beharrte er auf der Orientierung des historisch-politischen Denkens und Unterrichtens an nationalistischen Traditionen. Auch die von ihm selbst geforderte „grundsätzlich universale Ausrichtung“ des Geschichtsunterrichts stellte er letztlich wieder in den Dienst des Deutsch-Nationalen. Er wollte „keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Klärung und Vertiefung des nationalen Selbstbewußtseins“²¹, die historische Bildung sollte letztlich in der Einbindung der Heranwachsenden in die im tiefsten Grunde noch heilen, erhebenden und entlastenden nationalen Traditionen aufgehen.²² Geradezu defizitär waren die eigentlich angekündigten Gedanken zur grundsätzlichen wissenschaftstheoretischen und fachdidaktischen Auseinandersetzungen um Geschichte als Bildungsmacht.²³

Ganz in der Tradition des positivistischen Historismus, dem die theoretischen und politischen Grundlagen und damit auch die didaktische Dimension der Geschichtswissenschaft aus dem Blick geraten waren²⁴, bezweifelte Ritter Geschichte als schulischen Lerngegenstand. Jedes „tiefere Verständnis geschichtlicher Zusammenhänge“ könne nur über die Kenntnis einer „Fülle von Sachkenntnissen der verschiedensten Art“, nur „bei selbständiger Gestaltung des unendlichen Stoffes“ erfolgen und allenfalls dem wissenschaftlichen Historiker gelingen. Dagegen sei Geschichte in der Schule, aber auch auf der Universität „überhaupt nur beschränkt

²⁰ Vgl. Gerhard Schneider: Bemerkungen zur Rolle der großen Persönlichkeiten im Geschichtsunterricht des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Michael Bosch (Hrsg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 116.; vgl. Mayer (wie Anm. 19), S. 41ff.; vgl. Mütter (wie Anm. 6), S. 52.; vgl. Bärbel Kuhn: Historische Bildung als Welt- und Menschenkunde?, in: Hasberg / Seidenfuß (wie Anm. 8), S. 368ff.

²¹ Ritter (wie Anm. 17), S. 23.

²² Vgl. Mayer (wie Anm. 19), S. 44ff.; vgl. Kuhn (wie Anm. 20), S. 371.

²³ Vgl. Mütter (wie Anm. 6), S. 52.

²⁴ Vgl. Bernd Mütter: Entwicklungslinien geschichtsdidaktischen Denkens in Deutschland während des 19. Jahrhunderts. Geschichtswissenschaft – Geschichtsunterricht – Pädagogik (1986), in: Mütter (wie Anm. 6), S. 28.

lehrbar.“²⁵ Auffällig, zutreffender: typisch für Ritter war der Verzicht auf Auseinandersetzung mit geschichtsdidaktischer Literatur in dieser Zentralfrage.²⁶

Seine einzigen Referenzen waren der „Geschichtspädagoge“ Oskar Jäger (1830-1910) und eigene Unterrichtstätigkeit an Gymnasien. Er bestätigte Jägers Diktum von der Beschränkung der Schulhistorie auf einen „bescheidenen Grundstock elementarer Tatsachenkenntnis“. Aus eigener Erfahrung hielt er jedoch eine erweiterte Leistung des Geschichtsunterrichts für möglich: „Erwecken echten ‚geschichtlichen Sinnes‘, eine Erziehung zu selbständig-kritischen Nachdenken über historische Dinge, ein lebendiges Fragen an Stelle bloßer Gedächtnisübung, ein ‚Freudemachen‘ an der weiten Welt historischer Probleme.“²⁷ Wie beides zu verbinden sei, dazu äußerte sich Ritter 1946 nicht.

4. Ritter als Referendar in Kassel und ein Quellenfund in einem Schreibtisch

Was Ritter unter dem „Erwecken echten geschichtlichen Sinnes“ und dem „selbständigen Nachdenken über historische Dinge“ verstanden haben mochte, lässt sich aus einem bislang unbekanntem Text erschließen. Er entstand kurz vor dem Ersten Weltkrieg während des Referendariats, das der junge Historiker in Kassel absolvierte. In Ritters frühen Jahren bestanden enge Beziehungen zur Region Kassel. Nach der Kindheit an den Dienstorten des Vaters in Bad Sooden, Hessisch-Lichtenau und Niederzwehren hatte er seine Dissertation im Haus seiner Eltern in Kassel fertig gestellt. Auf die Promotion in Heidelberg im November 1911 und das Erste Staatsexamen in den Hauptfächern Geschichte und Deutsch sowie in den Nebenfächern Religion und Latein im April 1912 in Karlsruhe folgte das Referendariat am Friedrichsgymnasium in Kassel.²⁸ Im Rahmen dieser Ausbildung reichte Ritter am 3. Februar 1913 eine Pädagogische Seminararbeit über das Problem der „Erziehung zu geschichtlichem Denken“ ein.²⁹ Diese Arbeit ist ein echter Quellen-Fund. Rolf Grix, von 1978 bis zu seiner Pensionierung 1997 Leiter des Studienseminars II für das

²⁵ Ritter (wie Anm. 17), S. 8ff.

²⁶ Vgl. Mütter (wie Anm. 6), S. 52.

²⁷ Ritter (wie Anm. 17), S. 10.

²⁸ Vgl. Zusammenfassung nach: Matthiesen sowie Cornelißen (wie Anm. 6).

²⁹ Gerhard Ritter: Was heißt „Erziehung zu geschichtlichem Denken“? Mit einigen praktischen Beispielen aus der Behandlung des Mittelalters auf der Oberstufe. Pädagogische Seminararbeit – 3. Februar 1913.

Lehramt an Gymnasien in Kassel³⁰, fand beim Ausräumen des von seinen Vorgängern übernommenen „antiken“ Schreibtischs die geheftete handschriftliche Fassung der Arbeit des „Kandidaten Dr. Gerhard Ritter“. Grix fertigte eine maschinenschriftliche Transkription der Arbeit an, auf die sich der vorliegende Beitrag bezieht.

5. 1913: „Erziehung zu geschichtlichem Denken“

Ausgangspunkt ist die zentrale Forderung der preußischen Lehrpläne für die höheren Schulen von 1901, außer der Vermittlung historischen Wissens die „Entwicklung des geschichtlichen Sinnes“ anzuzielen.³¹ Diese Verbindung von Wissens- und Könnens-Ziel war Ergebnis heftiger didaktischer, pädagogischer und schulpolitischer Auseinandersetzungen um die preußische Gymnasialreform von 1892.³²

5.1 Offener Rahmen

In moderner Terminologie formuliert, ist es ein Konzept zur Ausbildung historischer Kompetenzen statt zu einem nur auf Akkumulieren materialen Wissens ausgerichteten Unterricht. Im Rahmen der alten Debatte um das Verhältnis zwischen formaler Bildung und inhaltlicher bzw. materialer Bildung³³ scheint sich Ritter für das Modell fachbezogener Kompetenz zu entscheiden, müsse doch „das didaktische Ideal der höheren Schule (...) letztlich in der Erziehung zu selbständigem Denken bestehen, dem das gedächtnismäßige Wissen nur Material zur Gestaltung ist.“³⁴ In seiner Einleitung zur allgemeinen Aufgabe des Faches wendet sich Ritter gegen zeitgenössische Vorbehalte, wonach allein ausdifferenzierte Detailforschung die Vergangenheit aufarbeiten könne. Der Stoff sei so „unendlich kompliziert“, sein selbständiges Begreifen verlange an jedem einzelnen Punkt „die Kenntnis höchst

³⁰ Vgl. Annette Heckmann: Nachruf Dr. Rolf Grix (1932-2002), in: eins zwei drei. Zeitschrift für die drei Phasen der Lehrerbildung, Kassel (2003) Nr. 2, S. 10.

³¹ Ritter (wie Anm. 29), S. 1.

³² Vgl. Gerhard Schneider: Der Geschichtsunterricht in der Ära Wilhelms II. (vornehmlich in Preußen), in: Klaus Bergmann / Gerhard Schneider (Hrsg.): Gesellschaft – Staat – Geschichtsunterricht. Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts von 1500 – 1980, Düsseldorf 1982, S. 132ff.

³³ Vgl. Herwig Blankertz: Theorien und Modelle der Didaktik, 6. Auflage, München 1972, S. 36ff.

³⁴ Ritter (wie Anm. 29), S. 1.

verwickelter Voraussetzungen“, dass Geschichte „ihrer Natur nach keine eigentliche Schulwissenschaft“ sei.³⁵

1913 wendet Ritter sich gegen den 1946 zustimmend zitierten Oskar Jäger. Dieser Verfasser zahlreicher erfolgreicher Lehrbücher, zu seiner Zeit ein einflussreicher Geschichtsdidaktiker³⁶, bezweifelte den didaktischen Wert des Faches für die Schule, zielte nur die rezeptive Einprägung von Tatsachen und einen elementaren Umgang mit diesem Wissen an. Darunter verstand er die bloße Gedächtnisübung, den gelernten Stoff in unterschiedliche Übersichten zu gliedern. Weiterreichende historische Bildung komme nur dem wissenschaftlichen Geschichtsstudium zu.³⁷ Dagegen plädiert Ritter zugunsten der Erziehung der „gebildeten Stände“ für die „Vertiefung des geschichtlichen Verständnisses schon auf der Schule.“ Zwar bleibe die „elementare Tatsachenkenntnis“ unentbehrlich, aber wertvoller als die „Anhäufung möglichst zahlreicher Einzelkenntnisse“ sei es, „den geschichtlichen Lehrstoff fruchtbar zu machen für die lebendigen Aufgaben der Gegenwart (...), das Wissen (...) in ein Können, d. h. dauernden, lebendigen Besitz zu verwandeln.“³⁸ So weit die modern anmutende Einleitung, die ein historische Kategorien und Methodenkompetenz anzielendes didaktisches Konzept erwarten lässt.

Als Vertreter der Priorität der Fachwissenschaft vor Didaktik und Pädagogik³⁹, woraus wie bei Ernst Bernheim⁴⁰ eine „Abbilddidaktik“ resultiert⁴¹, begründet Ritter das „historische Denken“ aus den „allgemeinsten Grundgedanken“ der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft. „Historisch Denken“ heiße demnach „im Grunde einfach: eine lebendige Anschauung vom Zusammenhang der ganzen Geschichte haben“ und etwas konkreter: im Einklang mit der dominierenden genetischen Geschichtsauffassung⁴² Ereignisse „nicht als isoliert, sondern in einem großen

³⁵ Ritter (wie Anm. 29), S. 2. Wie oben in Anm. 25 zu sehen ist, hat Ritter diese Position drei Jahrzehnte später selbst wieder verteidigt.

³⁶ Vgl. Ernst Weymar: Das Selbstverständnis der Deutschen. Ein Bericht über den Geist des Geschichtsunterrichts der höheren Schulen im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1961, S. 205ff.

³⁷ Vgl. Ritter (wie Anm. 29), S. 2f.; vgl. Elisabeth Erdmann: Tendenzen und Neuansätze in Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1948 bis in die Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Bergmann / Schneider (wie Anm. 32), S. 90.

³⁸ Ritter (wie Anm. 29), S. 4.

³⁹ Vgl. Ritter (wie Anm. 29), S. 3,7.

⁴⁰ Vgl. Horst Buszello: Ernst Bernheim (1850- 1942), in: Quandt (wie Anm. 12), S. 121ff.

⁴¹ Mütter (wie Anm. 24), S. 30.

⁴² Buszello (wie Anm. 40), S. 328f.

ursächlichen Zusammenhang stehend, als geschichtlich geworden zu betrachten.“⁴³
Jede historische Erscheinung, dies der „fundamentale Grundsatz“, gelte es „zunächst nach ihren Ursachen zu begreifen und erst dann nach ihren Wirkungen zu beurteilen.“⁴⁴

Indem Ritter die „Vertiefung in die treibenden *Ursachen* (...), also in die psychologischen Motive, die politischen und kulturgeschichtlichen Voraussetzungen“ vorschlägt⁴⁵, scheint er modern anmutende Ansätze eines geschichtsdidaktischen Entwurfs zu vertreten, der sich an Kompetenzbildung und Kategorien zur didaktischen Durchdringung orientiert: Gegenwartsbezug, Gewordenheit, Verstehen der Motive der Beteiligten, Erklären der objektiven Sachbedingungen.⁴⁶

5.2 Geschlossenes Geschichtsbild

Dieses stofflich nicht fixierte, offene Konzept wird fragwürdig, wenn es mit bewertenden Inhalten und unter einem bestimmten festen Geschichtsbild verwirklicht werden soll. Dies aber deutet sich schon in den beiden „Leitsätzen“ an:

„I. Die geschichtlichen Vorgänge sollen nach Möglichkeit aus den treibenden Ursachen erklärt, in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit begrifflich gemacht und aus ihren Wirkungen beurteilt werden. Auch die historischen Persönlichkeiten sind in erster Linie als Träger der geschichtlichen Entwicklung vorzuführen, nicht nach ästhetischen und moralischen Gesichtspunkten (...) zu beurteilen.

II. Die Gegenwart soll als vernünftiges Endprodukt der geschichtlichen Entwicklung erklärt werden. Alle Geschichtserzählung soll deshalb die Verbindung der vergangenen Ereignisse und Zustände mit der Gegenwart zum Bewußtsein bringen, ohne dabei der objektiven Erkenntnis der heutigen oder der vergangenen Zustände Gewalt anzutun. In dieser Weise ist vor allem der moderne *Staat* historisch zu erklären.“⁴⁷

Zwei wesentliche Prämissen für das geschichtswissenschaftliche Denken und folglich die Methodik des Geschichtsunterrichts gehen hier ein: 1. der Glaube Hegels, „daß es in der Weltgeschichte vernünftig zugegangen sei“, und 2. der Glaube Rankes, „daß

⁴³ Ritter (wie Anm. 29), S. 5f.

⁴⁴ Ritter (wie Anm. 29), S. 6.

⁴⁵ Ritter (wie Anm. 29), S. 10.

⁴⁶ Vgl. Lucas (wie Anm. 3), S. 167ff.

⁴⁷ Ritter (wie Anm. 29), S. 8.

jede Epoche ihren unmittelbaren Wert vor Gott habe“, beide von Ritter kombiniert in der Vorstellung, jede Nation und jede Zeit trage „ihre eigene Vernunft“ in sich.⁴⁸ Es geht folglich nicht um Geschichte als Denkform, sondern um den „Geschichtsverlauf als ein Produkt mannigfacher vernünftiger Kräfte“ und die Enthüllung der im Historischen verborgenen „immanenten Vernunft der Dinge.“ Geschichte wird hypostasiert zu einer Erscheinung, deren „positiver Lebensgehalt (...) zu immer klarerem Ausdruck“ komme.⁴⁹ Didaktische Konsequenz dieses Geschichtsbildes ist Gesinnungsbildung statt Sachbildung und Methodenkompetenz: Der historisch Denkende grenze sich von dem „rein rational denkenden Menschen“ ab durch „Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen“ und „Ehrfurcht (...) vor der großen historischen Erscheinung.“⁵⁰

Ritters weitere Ausführungen sollen „praktische Lehraufgaben“ präzisieren und lassen seine Vorstellungen von der „richtigen Geschichtsbetrachtung“ erkennen.⁵¹

1. Die Reduktion der komplexen psychologischen und sozialen, materiellen und geistigen Ursachen wird mit einer teleologischen Betrachtungsweise verbunden. Da in der Schule ja kein Verständnis für das komplizierte Bedingungsgefüge geleistet werden könne, müsse man nur die „wesentlichen“ Motive so kräftig betonen, dass die „sachliche Notwendigkeit des allgemeinen Geschichtsverlaufs“ klar hervortrete.⁵² So wird das vermeintlich offene Konzept deutlich konturiert: Historisches Denken bedeutet Einsicht in die Notwendigkeit der sich in geschichtlichen Ereignissen und Entwicklungen offenbarenden Vernunft.

2. Den Prämissen entsprechend kann historisch „gerecht“ nur derjenige urteilen, der die großen Zusammenhänge kennt. Folglich bleibt für den historisch unwissenden Schüler nur das Eingeständnis eigener mangelhafter Urteilskraft übrig. Eng verbunden mit dieser angeblich „wertvollen Frucht“ historischer Einsicht postuliert Ritter eine Konzeption politischer Bildung als Erziehung zum Verzicht auf politische Mündigkeit. Historisches Denken erinnere immer daran, „daß jedes rein politische Urteil ein beschränktes ist, sofern es dem lebendigen Urteil der Geschichte vorweggreift.“⁵³

⁴⁸ Ritter (wie Anm. 29), S. 5.

⁴⁹ Ritter (wie Anm. 29), S. 6.

⁵⁰ Ritter (wie Anm. 29), S. 7, 11.

⁵¹ Ritter (wie Anm. 29), S. 9.

⁵² Ritter (wie Anm. 29), S. 11.

⁵³ Ritter (wie Anm. 29), S. 12, vgl. Erdmann (wie Anm. 37), S. 85.

Deutlicher als mit dieser Weisung zu „Bescheidenheit“ und „begreifendem Nachdenken“ kann man Misstrauen gegenüber der Politikmündigkeit der meisten Menschen und Konditionierung zu passiver Hinnahme kaum ausdrücken.⁵⁴ Dem korrespondiert Ritters damalige grundsätzliche Bejahung des autoritär fundierten politischen Systems im Kaiserreich.⁵⁵

3. Mit seiner Forderung nach „gerechter historischer Beurteilung (...) der geschichtlichen Persönlichkeiten“ ist Ritter im Einklang mit vielen zeitgenössischen Autoren ein extremer Protagonist dessen, was seit den 1970er Jahren *personalisierende* Geschichtsbetrachtung genannt wird: Reduzierung der Geschichte auf das Handeln „großer Männer“ und Darstellung historischer Ereignisse und Prozesse aus deren Perspektive.⁵⁶ Für Ritter gilt diese Geschichtsbetrachtung „als der erzieherisch wertvollste Teil des historischen Lehrstoffes, da die Anschauung großer Persönlichkeiten als Vorbilder geeignet sei, die ethischen Kräfte in der Seele der Schüler zu beflügeln.“ Gegen konkurrierende didaktische Vorstellungen von Geschichte als einer individualethisch idealisierenden oder biografisch moralisierenden Beispielsammlung setzt Ritter sein Verständnis vom Wesen geschichtlicher Heroen. Deren Größe bestehe darin, „daß ihr persönliches Interesse zugleich das wichtigste Interesse der Zeit ist. Der historische Held handelt dann ‚sittlich‘, wenn er das übertragene geschichtliche Ziel durchzusetzen sucht.“ Didaktisch gewendet heißt das: kritiklos „bewundernde Anschauung“ des in der „Leistung der Großen Männer“ kulminierenden „großartigen Geschichtsverlaufs selbst“ und „dankbare Verehrung“ ihrer Persönlichkeiten.⁵⁷

4. Die von Ritter propagierte Art historischen Denkens beinhaltet deutliche politische Parteinahme. Wie vor „tendenziöser“ Beurteilung der Vergangenheit „nach den Anschauungen und Bedürfnissen der Gegenwart“, ob als „pragmatisch“, „angewandt“ oder gegenwartsbezogen „staatsbürgerlich“ formuliert⁵⁸, warnt Ritter auch davor, die Gegenwart in „satter politischer Zufriedenheit“ als das „absolute Endprodukt“ aufzufassen. Praktisch ausgedrückt, meine die Wertschätzung des historisch Gewordenen gerade nicht, die Gegenwart als „fertiges, abgeschlossenes Ganzes“,

⁵⁴ Vgl. Erdmann (wie Anm. 37), S. 90; vgl. Kuhn (wie Anm. 20), S. 375.

⁵⁵ Vgl. Cornelißen (wie Anm. 6), S. 41f.

⁵⁶ Vgl. Klaus Bergmann: *Personalisierung im Geschichtsunterricht – Erziehung zu Demokratie?*, Stuttgart 1972.

⁵⁷ Ritter (wie Anm. 29), S. 13ff.

⁵⁸ Ritter (wie Anm. 29), S. 15f.

sondern als „lebendige Entwicklung zu neuen und (...) höheren Daseinsformen“ zu begreifen. Als Beispiel dient ihm die Reichsgründung von 1871, die naiv als Abschluss der nationalstaatlichen Entwicklung angesehen werde. Vielmehr resultiere daraus ein neuer historischer Auftrag: „Als ob nicht sichtbar eine neue Epoche ausgreifender Weltpolitik mit der Festigung unseres Nationalstaates erst angehoben hätte!“ Daraus folgert er die pädagogische Pflicht, „unsere Schulen zu diesen neuen, drängenden, erst werdenden Aufgaben und Problemen hinzuleiten.“⁵⁹ Was er damit meint, spitzt der Anhänger von Flottenbau und Imperialismus in Übereinstimmung mit mehreren seiner akademischen Lehrer, den „Flottenprofessoren“ Hans Delbrück, Max Lenz, Karl Lamprecht und Wilhelm Oncken⁶⁰, in einem Vortrag in Melsungen bei Kassel am 30. November 1913 zu. Deutschland solle sich als „Weltvolk“ behaupten, so lange noch Zeit dazu sei, und notfalls „mit der eisernen Faust.“⁶¹

5. Nach all diesen Vorbereitungen mündet der Text in eine Apotheose des Staates schlechthin und des Kaiserreiches im Besonderen, woraus als wichtigste unterrichtliche Aufgabe das Verständnis für „Wesen und Bedeutung des Staates“ resultiert. Die Geschichte belege immer wieder, „daß die Fortentwicklung der von der Gesellschaft erzeugten Kultur wesentlich abhängig ist von der bewußten Förderung und Hemmung durch den Staat.“ In ihm bewiese sich letztlich die Durchsetzung der Vernunft. „Auch der gegenwärtige Staat ist das Produkt vieler (...) vernünftiger Kräfte, die im Laufe einer langen geschichtlichen Entwicklung an seiner Ausbildung gearbeitet haben.“⁶²

Und so sei letztlich der „historische Sinn“ richtig zu erfassen: Die Schüler sollen „die Vernunft des Staates erkennen lernen, das heißt seinen unbedingten Wert für die allgemeine Kulturentwicklung wie für das individuelle Einzeldasein“, sollen „die staatliche Tätigkeit selbst, ihrem *Inhalt* nach als notwendig begreifen.“ Das angemahnte geschichtliche Denken geht auf in Ablehnung des Rationalen, in Emotionalisierung und Indoktrination. Das „oberste, letzte, eigentliche Ziel“ ist „Erweckung staatsbürgerlicher Gesinnung“: Fixierung auf ein „lebendiges persönliches Verhältnis zum Staate überhaupt und im besonderen zum gegenwärtigen

⁵⁹ Ritter (wie Anm. 29), S. 17f.

⁶⁰ Vgl. Klaus Bergmann: Imperialistische Tendenzen in Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht ab 1890, in: Bergmann / Schneider (wie Anm. 32), S. 196f.

⁶¹ Nach Cornelißen (wie Anm. 6), S. 44.

⁶² Ritter (wie Anm. 29), S. 18, 21, 23.

deutschen Staate“, Erziehung von „wirklicher Ehrfurcht (...) vor der Wirklichkeit des Staates“ und „Liebe zu unserem heutigen Staate.“⁶³

5.3 Geschichte – ein Repetierfach

Ein derart schlichtes didaktisches Strickmuster bedarf nur einfacher methodischer Techniken. Geschichte als wissenschaftlich unzureichendes Schulfach könne nur „rein autoritär“, d.h. dozierend vermittelt werden. In einer heute absurd scheinenden Weise lehnt Ritter die Ergänzung der historischen „Darstellung“ durch „ausgiebige *Quellenmitteilung*“ strikt ab. Lediglich die Quellen zur alten Geschichte könnten, wie dies auch Jäger meint⁶⁴, im Unterricht der alten Sprachen gelesen werden. „Jede weitere ausgedehnte Quellenlektüre zur politischen Geschichte“ würde jedoch „eine Verengung des historischen Gesichtskreises bedeuten“, da die wissenschaftliche Bearbeitung „naturgemäß“ unmöglich sei. So müsse geschichtliches Denken geradezu „unter der Quellenlektüre leiden.“⁶⁵

Die im „praktischen Teil“ mitgeteilten Vorüberlegungen zu einer Wiederholungsstunde „Die geschichtliche Bedeutung des Kampfes zwischen Kaisertum und Papsttum bis zum Fall der Stauer“⁶⁶ und zu einer Erarbeitungsstunde „Die geschichtliche Entstehung und die Bedeutung der deutschen Partikularstaaten im ausgehenden Mittelalter“⁶⁷ in der Unterprima sind schnell charakterisiert. Es handelt sich um rein inhaltliche Erörterungen ausschließlich ideen- und politikgeschichtlicher Sachverhalte, für deren methodische Umsetzung „vertiefende Besprechungen des durchgenommenen Lehrstoffs“, also Lehrervortrag, Lehrerfrage und Repetition ins Auge gefasst werden.

Ebenso politikgeschichtlich und staatsbezogen, lehrer- und reproduktionsorientiert ist Ritters Darstellung einer praktisch durchgeführten Lehrprobe „Das deutsche Reich und die Einzelterritorien zur Zeit Maximilians I.“⁶⁸ Der rein politik- und verfassungsgeschichtliche Inhalt wird in der Abfolge pädagogischer Formalstufen

⁶³ Ritter (wie Anm. 29), S. 18, 20ff.

⁶⁴ Vgl. Erdmann (wie Anm. 37), S. 90.

⁶⁵ Ritter (wie Anm. 29), S. 13

⁶⁶ Vgl. Ritter (wie Anm. 29), S. 23-27.

⁶⁷ Vgl. Ritter (wie Anm. 29), S. 27-31.

⁶⁸ Vgl. Ritter (wie Anm. 29), S. 31-36.

gegliedert. A) Wiederholung: „Rückgang des Deutschtums“ und „Abbröckelung deutscher Gebiete“ im späten Mittelalter. B) Zusammenfassung: „Gesamtumfang der Verluste an Reichsgebiet“ mit Hinweis, „daß und warum wir heute, im Zeitalter des Imperialismus, den Verlust besonders schmerzlich empfinden.“ C) Neubesprechung: „I. Die Verstärkung der habsburgischen Hausmacht um 1500. II. Die Reichsreform Maximilians I.“ Der Lehrer trägt vor, stellt „entwickelnde Zwischenfragen“ und Wiederholungsfragen, gibt Daten für einen Tafelanschrieb vor. Die Schüler hören zu, geben den durch den Lehrer ergänzten Lehrbuchtext wieder, schreiben vom Lehrer vorgegebene Daten an die Tafel, lesen diese Aufzeichnungen zusammenhängend vor, übernehmen die Gliederung des Lehrervortrags nach Diktat, wiederholen die Elemente des Lehrervortrags, zeigen vorkommende Gebiete und Orte an der Geschichtskarte auf.

6. Fazit

Was also heißt Ritters „Erziehung zu geschichtlichem Denken“? Für die Schüler ist es Reproduktion der vom Lehrer dargebotenen Inhalte samt deren vorgegebenen Wertungen. Elitärer Deutungsanspruch als herausragender Historiker, Argwohn gegenüber der Politikmündigkeit der Mehrheit, Zweifel am schulischen Geschichtslernen und Misstrauen gegenüber allen anderen als der dozierenden Methode hat Ritter sein Leben lang beibehalten.⁶⁹ In seiner Dissertation hatte er Bismarck die Aufgabe als Erzieher der Nation zugewiesen. Seit seiner Kasseler Unterrichtstätigkeit fühlte er sich selbst diesem Auftrag verpflichtet und sollte die Haltung eines preußischen „Oberlehrers der Geschichte“⁷⁰ nie wieder ablegen.

⁶⁹ Vgl. Kuhn (wie Anm. 20), S. 375.

⁷⁰ Vgl. Cornelißen (wie Anm. 6), S. 63.

Björn Onken

Die athenische Demokratie in Schulbüchern des kaiserlichen Deutschlands unter Wilhelm II.

Kaum ein Genre von Büchern wird so viel gelesen und dabei so wenig geliebt wie Schulbücher. Mehr geschätzt werden sie erst nach ihrer „aktiven Zeit“ von Historikern, denn Schulbücher sind eine interessante Quelle für die Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Pionierarbeit auf diesem Feld leistete Horst Schallenger, der die Schulgeschichtsbücher der wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik analysierte, um so das Geschichtsbild dieser Zeiten zu rekonstruieren.¹ Seine Studie konnte zeigen, dass die untersuchten Schulbücher der Jahre 1888-1918 von einer preußisch-konservativen Grundhaltung, einer heroischen, unter Betonung der dynastischen Geschichte an Personen orientierten Geschichtsauffassung, einem christlichen Traditionalismus, der Vorstellung von Kaiser und Reich als prägenden Kräften und dem Nationalismus geprägt wurden.² Wie dieses Fazit zeigt, hat sich Schallenger auf die neuere Geschichte konzentriert. Es ist daher noch offen, welche Tendenzen sich in der Darstellung der Antike ausmachen lassen. Dabei verspricht das Thema „Demokratie in Athen“ interessante Ergebnisse, denn die kulturellen Leistungen der Griechen gehörten zum Kernbestand des Bildungskanons in den höheren Schulen, aber parallel zu der Schöpfung der klassischen Kunstwerke und Literatur hatte sich in Athen im 5. Jh. v. Chr. mit der radikalen Demokratie eine Staatsform entwickelt, die von der Obrigkeit im deutschen Kaiserreich abgelehnt wurde. Hans Jürgen Apel und Stefan Bittner sprechen von der „in jeder Hinsicht schwierigen Besprechung des Erfolgs der attischen Demokratie“ in der kaiserlichen Schule.³

Bevor die athenische Demokratie in den Schulbüchern der Zeit von 1888 bis 1918 betrachtet wird, ist allerdings zu überlegen, welcher Beitrag zur Einschätzung des Ge-

¹ Vgl. Horst Schallenger: Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Zeit, eine vergleichende Schulbuchanalyse aus der Zeit von 1888 bis 1933, Ratingen 1964.

² Vgl. Schallenger (wie Anm. 1), S. 55-141.

³ Hans Jürgen Apel / Stefan Bittner: Humanistische Schulbildung 1890-1945. Anspruch und Wirklichkeit der alttumskundlichen Unterrichtsfächer, Köln u.a. 1994, S. 102.

schichtsbildes auf diese Weise tatsächlich geleistet werden kann. Schallenbergers Ergebnisse fügen sich zwar gut in die bürgerliche Geschichtskultur des Kaiserreichs, die in vielen Denkmälern sowohl Vertreter der monarchischen Macht als auch die Nation selbst feierte⁴, aber das Geschichtsbild der Sozialdemokraten im Erfurter Programm von 1891 sah anders aus. Hier steht die ökonomische Entwicklung mit der Herausbildung des Klassengegensatzes zwischen Proletariern und Bourgeoisie im Vordergrund.⁵ Man muss also den Erkenntnisgewinn der Schulbuchanalyse etwas vorsichtiger veranschlagen: Schulbücher repräsentieren nur einen Ausschnitt aus dem Geschichtsbild einer Gesellschaft, den es im Folgenden für die wilhelminischen Schulbücher mit Aussagen zu Athen zu präzisieren gilt.

Zunächst ist festzuhalten, dass nur Bücher aus Preußen und Sachsen herangezogen werden. Ein Vergleich mit den liberaleren süddeutschen Staaten erscheint reizvoll, muss aber einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben.⁶ Der Geschichtsunterricht in preußischen Volks- und Mittelschulen konzentrierte sich in der Regel auf die vaterländische Geschichte⁷, so dass Athen in den entsprechenden Schulbüchern zumeist keine Erwähnung findet. Die Adressaten der einschlägigen Schulbücher besuchten daher die höheren Knaben- und auch Mädchenschulen. Inwieweit ein Schulbuch das Geschichtsbild der Schüler beeinflusst, hängt vor allem von seiner Rolle im Unterricht ab. Wie die Bücher im Unterricht eingesetzt werden, lässt sich jedoch selbst für die heutige Zeit nicht genau bestimmen, da umfassende empirische Untersuchungen fehlen.⁸ Den Lehrplänen und didaktischen Publikationen können für das Kaiserreich

⁴ Vgl. Wolfgang Hardtwig: Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich, in: Ders.: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224-263.

⁵ Vgl. Daniela Münkler: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, S. 371f.

⁶ Zu eigenständigen Entwicklungen in Süddeutschland vgl.: Katherine D. Kennedy: Regionalism and Nationalism in South German History Lessons 1871-1914, in: German Studies Review 12 (1989), S. 11-33; Ulrich Baumgärtner: Transformationen des Unterrichtsfaches Geschichte. Staatliche Geschichtspolitik und Geschichtsunterricht in Bayern im 20. Jahrhundert, Idstein 2007.

⁷ Vgl. Lehrplanverfügung vom 25. Juni 1892, in: Edmund Sperber (Hrsg.): Verordnungen betreffend das Schulwesen des Regierungsbezirks Breslau nebst einer mit Rücksicht auf die Provinz Schlesien getroffenen Auswahl gesetzlicher Bestimmungen über das Volksschulwesen, Breslau 1898, zitiert nach: Dörte Gernert (Hrsg.): Schulvorschriften für den Geschichtsunterricht, Dokumente aus Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen und Hamburg bis 1945 (Sammlungen der Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Bekanntmachungen zum Elementar- bzw. Volksschulwesen im 19./20. Jahrhundert 13), Köln / Weimar 1994, S. 97-101. In einigen Fällen ist die Behandlung der Antike in Mittelschulen belegt: Verfügung der städtischen Schuldeputation in Berlin vom 3. Juni 1873, in: Ebenda, S. 77.

⁸ Vgl. Gerhard Henke-Bockschatz: Viel benutzt, aber auch verstanden? Arbeit mit dem Schulgeschichtsbuch, in: Geschichte Lernen (2007) H. 116, S. 40-45.

zumindest einige Hinweise entnommen werden. Zentrales Element des Unterrichts war der freie Lehrervortrag, Zwischenfragen hielten „geistig träge Schüler“ zur Aufmerksamkeit an. Die entsprechenden Abschnitte im Buch unterstützten die häusliche Wiederholung des Vortrages⁹, der sich deswegen am Buch orientieren musste. Zur Veranschaulichung waren Geschichtskarten heranzuziehen. Die Schüler sollten das Gelernte dann selbst mündlich frei vortragen.¹⁰ In der Didaktik wurde auch empfohlen, Teile des Buchtextes schon in der Stunde vorlesen zu lassen, da der Text gerade für die Schüler der Mittelstufe ohne die Erläuterung des Lehrers bisweilen nur schwer zu verstehen sei.¹¹ Wenn Quellen zum Einsatz kamen, dienten sie der „Veranschaulichung, Charakterisierung, Illustration“¹² und der Erzeugung von Spannung. Eine umfassende Quellenkritik wurde als zu anspruchsvoll für den Schulunterricht empfunden.¹³ Als Alternative zur häuslichen Nachbereitung kam die entsprechende Vorbereitung des Stoffes mit dem Schulbuch in die Diskussion.¹⁴ Selbst bei einem braven Schüler, der das Schulbuch ganz durchgelesen hatte, ist jedoch unsicher, inwieweit und wie lange er die gelernten Dinge noch im Gedächtnis behielt. Ohne Wirkung war der Schulunterricht jedoch nicht, wie ein Zitat aus den Erinnerungen des zeitgenössischen Schülers Adolf Hitler illustriert: „Die Art des geschichtlichen Denkens, die mir so in der Schule beigebracht wurde, hat mich in der Folgezeit nicht mehr verlassen.“¹⁵

Neben den Einflüssen auf das Geschichtsbild ihrer Leser, der Schüler höherer Schulen, vermitteln die Schulbücher auch Informationen zum Geschichtsbild ihrer Autoren und Zensoren. Alle Schulbücher für höhere Schulen waren in Preußen seit 1880 vom zuständigen Minister selbst zu genehmigen, was den hohen Stellenwert zeigt, den die

⁹ Vgl. Lehrplan 1892, in: Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Hrsg. in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 34 (1892), S. 239-243, hier S. 242; Lehrplan 1901, in: Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Hrsg. in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 43 (1901), S. 514-518, hier S. 517; Gottfried Brunner: Das Lehrbuch im Geschichtsunterrichte, in: Vergangenheit und Gegenwart 4 (1914), S. 370-376, hier S. 371. Das Zitat ist aus: E. Stutzer: Welche Anforderungen sind im Geschichtsunterricht an die Lehrbücher zu stellen?, in: Zeitschrift für das Gymnasialwesen 47 (1893), S. 734-740, hier S. 736.

¹⁰ Vgl. Lehrplan 1892 (wie Anm. 9), S. 243; Lehrplan 1901 (wie Anm. 9), S. 518.

¹¹ Vgl. R. Thiele: Ein kurzes Wort über die Lehrbücher des Geschichtsunterrichts in den mittleren Klassen, in: Zeitschrift für das Gymnasialwesen 47 (1893), S. 193-196.

¹² Fritz Friedrich: Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht, in: Vergangenheit und Gegenwart 2 (1912), S. 1-18, hier S. 15.

¹³ Vgl. Gustav Lambeck: Über die Benutzung von Quellen für den geschichtlichen Unterricht, in: Vergangenheit und Gegenwart 2 (1912), S. 308-312, das Zitat auf S. 310.

¹⁴ Vgl. Gottfried Brunner: Das Lehrbuch im Geschichtsunterrichte, in: Vergangenheit und Gegenwart 4 (1914), S. 370-376, hier S. 372; Rudolf Lange: Zur Methodik des Geschichtsunterrichts, in: Vergangenheit und Gegenwart 5 (1915), S. 12-17.

¹⁵ Adolf Hitler: Mein Kampf, Bd. 1, München 1935, S. 14.

Obrigkeit dieser Angelegenheit einräumte.¹⁶ Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine Untersuchung der tatsächlich benutzten Bücher, von denen viele der Behörde als unbrauchbar erschienen.¹⁷ Ganz nach ihren eigenen Vorstellungen konnten die Obrigkeiten die Bücher allerdings vor allem im höheren Schulwesen nicht gestalten. Als Kaiser Wilhelm II. durch seine Kabinettsordre vom 1. Mai 1889 und seine Rede vor der Schulkonferenz 1890 den Schulen eine wichtige politische Rolle vor allem im Kampf gegen die Sozialdemokratie zuweisen wollte, traf er nicht auf ungeteilte Zustimmung. Es widersprach dem Selbstverständnis von vielen der akademisch ausgebildeten Gymnasiallehrer, ihren Unterricht nicht den Erkenntnissen der Wissenschaft, sondern politischen Zielen unterzuordnen. Unterstützung für diese ablehnende Haltung gab es auch von den Universitätsprofessoren. Auf dem Historikertag 1893 sprach sich eine Mehrheit der versammelten Lehrer und Professoren gegen die Instrumentalisierung des Geschichtsunterrichts für politische Zwecke aus.¹⁸ Um dem wissenschaftlichen Ethos der Oberlehrer entgegenzukommen, formulierten die Behörden die politischen Vorgaben im Lehrplan dann als allgemein anerkannte Tatsachen, die sich bei „sachlicher“ Betrachtung „von selbst“ ergaben:

„Besonders sicheren Takt und Umsicht in der Auswahl und Behandlung des einschlägigen Stoffes erheischt die für U II und O I geforderte Belehrung über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen in ihrem Verhältnis zur Gegenwart. (...) Je sachlicher er [der Unterricht] die geschichtliche Entwicklung (...) behandelt und den stetigen Fortschritt zum Besseren unter Vermeidung jeder Tendenz nachweist, um so eher wird es bei dem gesunden Sinne unserer Jugend gelingen, sie zu klarem und ruhigem Urteil über das Verhängnisvolle unberechtigter sozialer Bestrebungen der Gegenwart befähigen. (...) Wo die Geschichte der letzten Jahrhunderte Anlaß bietet, die sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten vor Augen zu führen, ist der Übergang zur Darstellung der Verdienste unseres Herrscherhauses um die Förderung des Volkswohles bis in die neueste Zeit herab von selbst gegeben.“¹⁹

Es wird in der Forschung zumeist angenommen, dass die Gymnasiallehrer im Grunde

¹⁶ Vgl. Ministerialerlaß vom 12.1.1880, in: Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Hrsg. in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 22 (1880), S. 103f.

¹⁷ Vgl. Michael Sauer: Zwischen Negativkontrolle und staatlichem Monopol. Zur Geschichte von Schulbuchzulassung und -einführung, in: GWU 49 (1998), S. 144-156, hier S. 153.

¹⁸ Vgl. Joachim Rohlfes: Deutscher Geschichtsunterricht im 19. Jahrhundert, in: GWU 55 (2004), S. 382-400, hier S. 395; Gerhard Schneider: Der Geschichtsunterricht in der Ära Wilhelms II. (vornehmlich in Preußen), in: Klaus Bergmann / Gerhard Schneider (Hrsg.): Gesellschaft – Staat – Geschichtsunterricht, Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts 1500-1980, Düsseldorf 1982, S. 132-189, hier S. 134-137.

¹⁹ Lehrplan 1901 (wie Anm. 9), S. 517f.

den Zielen der politischen Vorgaben mehrheitlich positiv gegenüberstanden, so dass sich nach den ersten Protesten bald viele mit der vom Kaiser gewünschten Nationalisierung des Geschichtsunterrichts sowie der Förderung von Flottenpolitik und kolonialer Idee identifizierten.²⁰ Klaus Bergmann sieht sogar eine so weitgehende Zustimmung zu den nationalistischen Zielen, dass es besonderer Anordnungen der Behörden gar nicht mehr bedurfte.²¹ Allerdings wird auch eingeräumt, dass wegen des Fehlens von aussagekräftigen empirischen Daten die Beschreibung der politischen Mentalität der Oberlehrer schwieriger sei als gemeinhin angenommen.²² Auch im neuen Jahrhundert verstummten die kritischen Stimmen aus der Schule nicht. Fritz Friedrich²³ wollte im Geschichtsunterricht „weder patriotische noch dynastische, weder konfessionelle noch parteipolitische noch irgendwelche Pietätsrücksichten“ akzeptierten.²⁴ Paul Rühlmann²⁵ forderte zwar einen politischen Unterricht, der aber die Demokratie als zukunftsweisende Staatsform anerkennen sollte.²⁶ Die Schulpolitik des Kaisers überzeugte ihn daher nicht, und so spottete er 1908: „Der in Preußen so beliebte Gendarm hatte versagt, war abgetreten, jetzt Schulmeister vor!“²⁷

Die Autoren der Schulbücher mussten also neben den Interessen der Genehmigungsbehörden die Wünsche aus der Lehrerschaft für das Geschichtsbild der Schulbücher beachten. Die Schulbücher offenbarten daher vor allem, welche Geschichtsbilder bei Gymnasiallehrern und zugleich von der Genehmigungsbehörde akzeptiert wurden. Im Unterricht begegneten dann die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen diesen Geschichtsbildern, deren Wirkung sicher nicht unbedeutend war, aber nicht genau bestimmt werden kann. Wie diese Geschichtsbilder aussahen, wird im Folgenden die

²⁰ Inwieweit dies auch für die Abwehr der Sozialdemokratie gilt, ist in der Forschung umstritten, vgl. Gerhard Schneider: Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht am Ende des Kaiserreichs (vorwiegend in Preußen), in: Verband der Geschichtslehrer Deutschlands durch Paul Leidinger (Hrsg.): Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Festschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands zum 75jährigen Bestehen, Stuttgart 1988, S. 54-67, hier S. 54; Horst Kuss: Geschichtsunterricht zwischen Kaiserreich und Republik, in GWU 55 (2004), S. 422-441, hier S. 427.

²¹ Vgl. Klaus Bergmann: Imperialistische Tendenzen in Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht ab 1890, in: Bergmann / Schneider (wie Anm. 18), S. 190-217, hier S. 210.

²² Vgl. Rainer Bölling: Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen 1983, S. 50.

²³ Zur Bedeutung von Fritz Friedrich (1875-1952) vgl. Jochen Huhn: Fritz Friedrich, in: Siegfried Quandt (Hrsg.): Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhundert. Wege, Konzeptionen, Wirkungen, Paderborn u. a. 1978, S. 257-279.

²⁴ Fritz Friedrich: Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht, in: Vergangenheit und Gegenwart 2 (1912), S. 1-18, hier S. 4.

²⁵ Einer der beiden Herausgeber der 1911 ins Leben gerufenen Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart“, damals Oberlehrer in Leipzig, 1923 Ruf an die Hochschule für Politik in Berlin.

²⁶ Vgl. Paul Rühlmann: Politische Bildung, Leipzig 1908, S. 114.

²⁷ Rühlmann (wie Anm. 26), S. 105.

Untersuchung der Schulbücher zeigen.

Die griechische Geschichte war für die Pädagogen an den Gymnasien Teil des klassischen Bildungsgutes des Neuhumanismus. In der Zeit Wilhelms II. wurde zwar der Bildungswert der Beschäftigung mit dem Altertum zunehmend in Frage gestellt, was zu einer Reduzierung der Stunden für die Alte Geschichte bei der Lehrplanänderung von 1892 führte, aber trotz allem behauptete die Antike eine wichtige Stellung im Geschichtsunterricht. Neben der römischen Geschichte ist für die Quarta (7. Klasse) in den Lehrplänen von 1892 und 1901 eine „Übersicht über die griechische Geschichte bis zum Tode Alexanders“ vorgesehen, welche in der Obersekunda (11. Klasse) zu wiederholen und zu vertiefen ist, indem die „Hauptereignisse der griechischen Geschichte bis zum Tode Alexanders“ behandelt werden. Besondere Berücksichtigung sollen bei der Beschäftigung mit der griechisch-römischen Antike in der Oberstufe die „Verfassungs- und Kulturverhältnisse in zusammenfassender vergleichender Gruppierung“²⁸ finden. Genauere Angaben machen die Lehrpläne nicht, so dass den Autoren der Schulbücher vorbehaltlich der späteren Genehmigung viele Möglichkeiten zur eigenen Gestaltung der Darstellung offen blieben. In der Gliederung der griechischen Geschichte gibt es allerdings kaum Unterschiede zwischen den Büchern.²⁹ Trotz einiger Exkurse zur Kulturgeschichte domi-

²⁸ Die entsprechenden Passagen haben in beiden Lehrplänen den gleichen Wortlaut: Lehrplan 1892 (wie Anm. 9), S. 240f.; Lehrplan 1901 (wie Anm. 9), S. 515f.

²⁹ Für diese Untersuchung ist keine systematische Erfassung der publizierten Bücher vorgenommen worden. Die Auswahl der Bücher orientiert sich an den Maßstäben von Schallenberg (wie Anm. 1), S. 31-34. Es wurden die folgenden Bücher einbezogen: J. C. Andrä / Karl Endemann: Grundriss der Geschichte. Erster Teil: Alte Geschichte für die Quarta höherer Lehranstalten, Leipzig 1902; J. C. Andrä / Karl Endemann: Grundriss der Geschichte. Dritter Teil: Geschichte des Altertums, 2. Auflage, Leipzig 1907; Hermann Jaenicke: Jaenickes Geschichtswerk für höhere Lehranstalten, Teil 2. Die Geschichte der Griechen und Römer für die Quarta und Untertertia höherer Lehranstalten, 6. Auflage, Berlin 1904; Ders.: Lehrbuch der Geschichte für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. Erster Teil. Das Altertum, 2. stark verkürzte Auflage, Breslau 1893; A. Hechelmann: Welters Lehrbuch der Weltgeschichte für höhere Lehranstalten. Erster Teil. Geschichte des Altertums, 40. Auflage, Münster 1894; Friedrich Junge: Leitfaden für den Geschichtsunterricht in Real-, höheren Bürger- und Mädchenschulen, bearb. von Friedrich Lange, 7. Auflage besorgt von Rudolf Lange, Berlin 1907; Gotthold Klee (Bearb.): Ferdinand Schultz' Lehrbuch der Geschichte für die Oberstufe höherer Lehranstalten, Erste Abteilung, Griechische Geschichte, 3. Auflage, Berlin 1907; Emil Knaake: Lehrbuch der alten Geschichte für die oberen Klassen höherer Lehranstalten, Hannover 1886; W. Martens: Lehrbuch der Geschichte für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. 1. Geschichte des Altertums, 2. verbesserte Auflage, Hannover 1901; Friedrich Neubauer: Lehrbuch der Geschichte, Ausgabe A, I. Teil. Geschichte des Altertums (Quarta), 23. Auflage, 141.-153. Tausend, Halle 1915, (erste Auflage 1899); Ders.: Lehrbuch der Geschichte, III. Teil. Geschichte des Altertums für Obersekunda, 19. Auflage, 65-71. Tausend, Halle 1912 (1. Auflage 1896); Wilhelm Pütz: Grundriss der Geographie und Geschichte der alten, mittleren und neueren Zeit für die oberen Klassen höherer Lehranstalten. 1. Bd. Altertum, gänzlich umgearbeitet von H. Cremans, 22. Auflage, Leipzig 1906; K. Schenk: Lehrbuch der Geschichte für höhere Lehranstalten: VII. Teil. Lehraufgabe der Obersekunda. Altertum, Leipzig 1898; Herman Schiller: Leitfaden für den geschichtlichen Unterricht in den oberen Klassen höherer Lehranstalten I, Leitfaden für den Unterricht in der Geschichte des Altertums, Berlin 1891; Ferdinand Schultz:

niert die chronologisch geordnete, politische Ereignisgeschichte. Die athenische Demokratie wird nicht in einem zusammenhängenden Kapitel behandelt, sondern verteilt sich auf die entsprechenden Abschnitte in der Chronologie. In allen untersuchten Büchern werden zur Geschichte der athenischen Demokratie zunächst die Reformen Solons vorgestellt. Das Auftreten Solons als Gesetzgeber zu Beginn des 6. Jahrhunderts war die Reaktion auf eine Krise der Adelherrschaft in Athen, die durch Konflikte zwischen Arm und Reich erschüttert wurde. Ein Schulbuch nimmt diese Situation zum Anlass, eine Beteiligung des Volkes an der Regierung zu fordern:

„Das Volk hatte an der Staatsregierung keinen Anteil, was nicht nur gegenüber dem aufstrebenden Mittelstand, der handel- und gewerbetreibenden Küstenbewohner, (...) unbillig war, sondern auch die kleinen Landleute der Gebirgsgegenden (...) gegenüber den reichen Großgrundbesitzern (...) geradezu recht- und schutzlos machte.“³⁰

Solon wird in den Schulbüchern übereinstimmend als kluge und ehrenwerte Persönlichkeit vorgestellt, die die Macht des Adels beschränkte. Anstatt den gesellschaftlichen Status nach Geburt festzulegen, teilte Solon das Volk in vier Vermögensklassen ein. Gemäß der Zugehörigkeit zu diesen Klassen war die politische Teilhabe abgestuft. Alle Bürger durften an der Volksversammlung teilnehmen, aber nur die Reichsten waren für die hohen Staatsämter wählbar. Zur geschäftsführenden Regierung, dem Rat der 400, sollen die Bürger der ersten drei Klassen zugelassen gewesen sein.³¹ In den meisten Büchern findet sich keine Beurteilung dieser Reform, obwohl die Nähe zum Pluralwahlrecht in Preußen und Sachsen dazu eingeladen hätte. Nur in einem Fall wird Solon zur Legitimation eines ungleichen Wahlrechts genutzt: „Der Grundgedanke der solonischen Reform ist also der, daß jeder Bürger so viele Rechte haben müsse, als er entsprechend dem Staate leiste.“³² Die zitierte Schulbuch-

Lehrbuch der Geschichte für die Quarta von Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen, Leipzig / Dresden und Berlin 1899; Heinrich Stein: Lehrbuch der Geschichte für die mittleren Klassen höherer Lehranstalten, Erster Teil: Altertum, Paderborn 1905.

³⁰ Schultz (wie Anm. 29), S. 9.

³¹ In dem Schulbuch von Jaenicke von 1904 wird der Rat nicht den Reformen Solons sondern der Reform um 508 zugeschrieben. Jaenicke 1904 (wie Anm. 29), S. 12. Für die Forschung ist diese Frage offen, zuletzt hat sich P. J. Rhodes für den Zusammenhang mit Solons Reformen ausgesprochen, vgl. P.J. Rhodes: The reforms and laws of Solon: an optimistic view, in: Josine H. Blok / André Lardinois (Hrsg.): Solon of Athens. Leiden / Boston 2006, S. 248-260, hier S. 254.

³² Knaake (wie Anm. 29), S. 13, ähnlich Martens (wie Anm. 29), S. 48.

interpretation bezieht sich auf ein Gedicht Solons³³, könnte aber durchaus mit Blick auf das zeitgenössische Wahlrecht formuliert worden sein. Sie orientiert sich an der Forschungsposition von Max Duncker, der als Historiograph des Hauses Brandenburg tätig war.³⁴ – Bemerkenswert ist ferner die Behandlung Solons durch die weit verbreitete Weltgeschichte von Theodor Bernhard Welter, die vornehmlich in der Quarta auch als Schulbuch Verwendung fand.³⁵ In der von A. Hechelmann bearbeiteten vierzigsten Auflage von 1894 heißt es zur Volksversammlung: „Das Reden, Beratschlagen und Erwägen, das Annehmen oder Verwerfen des Erwogenen war ein treffliches Bildungsmittel; es setzte alle Geisteskräfte in Tätigkeit, und gab jedem strebsamen Bürger einen Sporn zur gemeinschaftlichen Arbeit für das Vaterland.“³⁶ Klingt dieses zwar durchaus demokratiefreundlich, so ist es doch schon eine nationalistische und demokratiefeindliche Bearbeitung. In der noch von Welter selbst besorgten Ausgabe von 1859 stand:

„Das Reden, Beratschlagen und Erwägen, das Annehmen oder Verwerfen des Erwogenen war ein schönes Bildungsmittel und setzte alle Geisteskräfte in Thätigkeit. Die Möglichkeit durch Talent, Kunst und Fleiß sich geltend zu machen und seine sichere Belohnung zu finden, spornte selbst den Trägsten an. (...) In Folge dieser Verordnungen [Bildungspolitik Solons, BO] erhob sich ein reges Volksleben, in jeder Kunst und Wissenschaft herrschte der größte Wetteifer, und es war vorauszusehen, daß in allen Zweigen einst die bedeutendsten Männer auftreten würden. Zu allem diesem legte Solon den Grund. Und kaum anderthalb hundert Jahre später stand Athen schon da als Königin aller Städte, als Lehrerin aller Zeiten und Völker.“³⁷

Das demokratische Athen als „Lehrerin aller Zeiten und Völker“ in der Fassung von 1859 fiel 1894 ganz weg, und während 1894 die Arbeit in der Volksversammlung nur die strebsamen Bürger veredelte, spornte sie 1859 noch selbst den „Trägsten“ an. Die

³³ Solon, Fragment 5. Knaake und auch noch Martens orientierten sich an der Überlieferung durch Plutarch (Solon 18), die alternative Quelle mit der Athenaion Politeia des Aristoteles (Kap. 12) lag seit 1891 in einer ersten Edition vor. Plutarch spricht von Macht (krátos) für das Volk, wohingegen nach Aristoteles Solon dem Volk ein angemessenes Ehrengeschenk (géras) machte. Welcher Überlieferung der Vorzug gebührt, ist unklar. Vgl. André Lardinois: Have we Solon`s verses?, in: Josine H. Blok / André Lardinois (Hrsg.): Solon of Athens, Leiden / Boston 2006, S. 15-35, besonders S. 20f.

³⁴ Vgl. Max Duncker: Geschichte des Alterthums, 5. Auflage 1878-1886, Bd. 6, S. 164; vgl. Karl Christ: Hellas Griechische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1999, S. 31.

³⁵ Jahresbericht über das Realgymnasium und die Realschule zu Iserlohn, Schuljahr 1914, S. 13; zitiert nach: http://www.lbz-rlp.de/Schulprogramme/schulprogramm_iserlohn_1914.pdf, abgerufen am 10.05.2008.

³⁶ Hechelmann (wie Anm. 29), S. 139.

³⁷ Theodor Bernhard Welter: Lehrbuch der Weltgeschichte für Gymnasien und höhere Lehranstalten, Erster Teil: Die alte Geschichte, Münster 1859, S. 160f.

Frage, ob die Möglichkeit zur politischen Mitwirkung dazu führte, dass die Bürger sich für den Staat engagierten, wurde auch in der zeitgenössischen Forschung kontrovers diskutiert. Welter konnte sich für seinen Standpunkt auf die bis ca. 1890 meistgelesene Griechische Geschichte in Deutschland von Ernst Curtius³⁸ berufen. Curtius lobte an der athenischen Verfassung im 5. Jahrhundert v. Chr., dass die „freie und selbständige Teilnahme aller“ die „Opferbereitschaft aller“ beförderte.³⁹ Eifrigster Verfechter dieser These in der Forschung am Ende des Jahrhunderts war Adolf Holm, der die Demokratie als „Faktor der sittlichen Rettung der Stadt“ ansah und dies nicht nur wie Curtius für das 5. Jahrhundert, sondern auch für das 4. Jahrhundert.⁴⁰ In Preußen hatte dieses Denken ein Vorbild, denn die Reformer am Beginn des 19. Jahrhunderts hatten angestrebt, aus den Untertanen durch Partizipation Staatsbürger zu machen, die dann auch zum militärischen Kampf für den Staat bereit sein sollten.⁴¹ Abgelehnt wurde der Gedanke von dem Althistoriker Eduard Meyer, der 1889 schrieb: „Die Demokratie ist ja eine elende Staatsform, gerade deshalb weil sie jedem Schuster und jedem Matrosen erlaubt, an der Staatsleitung Theil zu nehmen.“⁴²

In den Schulbüchern folgen auf Solon die sich chronologisch anschließende Tyrannis des Peisistratos und die Reform des Kleisthenes von 508 v. Chr. Es wird in der Regel ohne weiteren Kommentar festgestellt, dass Kleisthenes die „Volksherrschaft“ oder „Demokratie“ ausbaute. In den Büchern für die Quarta wird aber die komplizierte Phylenreform meist übergangen, wodurch eigentlich unklar bleibt, warum Athen auf diese Weise am Ende des 6. Jahrhunderts einen wichtigen Schritt zur Volksherrschaft machte. Erst durch die Auflösung der alten von den Adelsgeschlechtern dominierten Phylengemeinschaften wurde es doch den meisten Bürgern möglich, unabhängig von den Aristokraten politisch tätig zu werden. Eine Wertung der Person des Kleisthenes

³⁸ Vgl. Ernst Curtius: Griechische Geschichte, 3 Bde, Berlin 1857-1867, vgl. Karl Christ: Klios Wandlungen. Die deutsche Althistorie vom Neuhumanismus bis zur Gegenwart, München 2007, S. 24.

³⁹ Curtius (wie Anm. 38), Bd. 2, S. 215.

⁴⁰ Vgl. Adolf Holm: Griechische Geschichte, Bd. 2, Berlin 1891, S. 200-224, das Zitat auf S. 224.

⁴¹ Vgl. Heinz Stübiger: Bildung, Militär und Gesellschaft in Deutschland. Studien zur Entwicklung im 19. Jahrhundert, Köln u. a. 1994, S. 48.

⁴² Das Zitat stammt aus: Eduard Meyer: Rezension zu A.C. Bradley: Die Staatslehre des Aristoteles. Autorisierte Übersetzung von I. Immelmann, Berlin 1884, in: HZ 61 (1889), S. 467-470, hier S. 470. In anderen Schriften äußerte sich Meyer aber sehr wohlwollend über die Leistungen der Demokratie Athens, vgl. Karl Christ: Hellas. Griechische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1999, S. 118. Negativ äußerte sich etwa Robert von Pöhlmann: Aus Altertum und Gegenwart, München 1895, S. 315-343; vgl. Beat Näf: Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945, Frankfurt a. M. 1986, S. 100-102.

unterlassen die Schulbücher zumeist, eines erwähnt nicht einmal seinen Namen.⁴³

Das 5. Jh. vor Chr. brachte die Zeit der Klassik und „Athens Blüte im Perikleischen Zeitalter“. Die berühmten Kunst- und Bauwerke auf der Akropolis wurden geschaffen, und die attischen Dichter legten mit ihren Dramen ein Fundament für die abendländische Literatur. Doch nicht nur kulturell, sondern auch politisch erlebte Athen eine Blüte. Seine Machtentfaltung als Vormacht des attischen Seebundes erreichte ihren Höhepunkt, und die Demokratie wurde konsequent zur Volksherrschaft ausgebaut. Die letzte Bastion der aristokratischen Macht war der Rat der zumeist adeligen, ehemaligen hohen Amtsträger, der Areopag. Er hatte auch nach den Reformen des Kleisthenes die Gesetze und die Magistrate kontrolliert. Aber 462 beschränkte der Volksführer Epihaltes dieses letzte maßgebliche adelige Vorrecht, indem er in der Volksversammlung den Beschluss erwirkte, dass der Areopag nur noch als Gerichtshof für Mordfälle anzurufen sei. Unter den Anhängern des Epihaltes befand sich ein junger Mann mit dem Namen Perikles. Nach 460 dominierte er das politische Leben in Athen. Obwohl Perikles nur das Strategenamnt eines Feldherrn bekleidete, nahm er über seine bewegenden Auftritte in der Volksversammlung sehr großen Einfluss auf die Entscheidungen. Der griechische Historiker Thukydides überliefert dazu als Zeitgenosse zur Verfassung Athens in der zweiten Hälfte des 5. Jh. v. Chr.: „Es war dem Namen nach eine Demokratie, in Wirklichkeit eine Herrschaft des ersten Mannes [des Perikles].“⁴⁴ Die Politik des Perikles orientierte sich aber durchaus an den Interessen des Volkes. Mit der Einführung von Diäten für Amtsträger konnten endlich auch die ärmeren Bürger Funktionen im Staat übernehmen. Zudem legte Perikles mit der Verwendung der Einnahmen aus dem Seebund für die großen Bauvorhaben die finanzielle Grundlage für die entsprechenden kulturellen Höchstleistungen und gab vielen Menschen in Athen gute Verdienstmöglichkeiten. Kurz nach Beginn des Peloponnesischen Krieges gegen Sparta starb der Staatsmann 429. Mit dem Tod des Perikles setzte nach Thukydides der Niedergang Athens ein: „Aber die Späteren [Nachfolger des Perikles] untereinander eher gleichen Ranges und nur bemüht, jeder der erste zu werden, gingen sogar so weit, die Führung der Geschäfte den Launen des

⁴³ Vgl. Jaenicke 1904 (wie Anm. 29), S. 12.

⁴⁴ Thukydides II 65; Übersetzung aus: Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges, übersetzt von Georg P Landmann, Zürich 1962, S. 90. Jüngst hat Lehmann diese Passage weniger deutlich als Aussage zur Machtfülle des Perikles interpretiert, vgl. Gustav A. Lehmann: Perikles, München 2008, S. 20.

Volkes auszuliefern.“⁴⁵ Der Krieg endete mit der totalen Niederlage Athens 404.

Fast alle untersuchten Schulbücher nennen den Namen des Perikles in der Überschrift für die Schilderung der klassischen Zeit. Damit wird deutlich, welche Bedeutung diesem Politiker für die Blütezeit Athens zugemessen wird. Gelobt werden in einer typischen Schulbuchdarstellung „seine Geistesgröße, edle Gesinnung, seine unermüdlige Tätigkeit, seine hinreißende Beredsamkeit.“⁴⁶ Das insgesamt positive Urteil der Schulbücher über Perikles⁴⁷ bedeutet nicht, dass die Schulbücher alle politischen Aktivitäten des Perikles befürworten. Vor allem die Einführung der Diäten wird gelegentlich kritisiert:

„Doch haben diese Einrichtungen, welche die Begehrlichkeit der Menge steigerten, in Wirklichkeit nicht dem wahren Wohle des Staates gedient. Zweckmäßiger war die Entsendung armer Bürger als Kolonisten (...) Auf diese Weise wollte man der Überbevölkerung der Stadt mit einem unruhigen und unzufriedenen Proletariat vorbeugen.“⁴⁸

Die Nähe zur zeitgenössischen Kolonialbewegung in Deutschland wird in dieser Formulierung deutlich.⁴⁹

Die überwiegend wohlwollende, in einigen Fällen schon panegyrische Darstellung der Persönlichkeit des Perikles spiegelt die Wertschätzung, die er auch in der zeitgenössischen Forschung genoss.⁵⁰ Heftige Kritik übte in der Forschung allein Beloch, denn er warf Perikles vor, wie ein Verbrecher Athen in den peloponnesischen Krieg gestürzt zu haben, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.⁵¹

⁴⁵ Thukydides (wie Anm. 44), S. 90.

⁴⁶ Andrä / Endemann (wie Anm. 29), S. 53.

⁴⁷ Eine Ausnahme unter den analysierten Werken ist Junge (wie Anm. 29), S. 29-31, wo das sonst übliche Lob für Perikles weitgehend fehlt.

⁴⁸ Andrä / Endemann (wie Anm. 29), S. 54, ein ähnlicher Gedanke zum schlechten Einfluss der Diäten auf die politische Kultur bei Neubauer (wie Anm. 29), S. 71; ohne negativen Kommentar u.a.: Martens (wie Anm. 29), S. 71; Stein (wie Anm. 29), Bemerkenswert sind zu dieser Frage die Bücher von Jaenicke; während in der ausführlichen Oberstufenausgabe 1893 (wie Anm. 29), S. 28, keine negative Bewertung erfolgt, wird 1904 in der knapperen Mittelstufenausgabe (wie Anm. 29), S. 21, die Einführung der Diäten als Beitrag zum Verfall des Staates angesehen. Hier spielte möglicherweise die entsprechende neue Publikation von Meyer eine Rolle. (vgl. Eduard Meyer: Geschichte des Altertums, Bd. 4,1, Stuttgart / Berlin 1901, S. 661.)

⁴⁹ Vgl. Winfried Speitkamp: Deutsche Kolonialgeschichte, Stuttgart 2005, S. 18. Der Kolonialgedanke findet sich ebenfalls bei Schiller (wie Anm. 29), S. 70, der auch das Bürgerrechtsgesetz des Perikles lobt, da er so die gefährliche „Vermischung der athenischen Bürgerschaft mit fremdem Blute“ verhinderte. (Ebenda, S. 71) Für die Förderung der Flotten- und Kolonialpolitik bot die Geschichte Athens einige Ansatzpunkte, die hier nur angedeutet werden können, vgl. Paul Rühlmann: Parteien, Staat, Schule, Berlin 1905, S. 20f.

⁵⁰ Vgl. Wolfgang Will: Thukydides und Perikles. Der Historiker und sein Held, Bonn 2003, S. 248f.

⁵¹ Vgl. Karl Julius Beloch: Griechische Geschichte II, 1, Strassburg 1896, S. 298; vgl. Christ (wie Anm. 42), S. 92, in der Schulpraxis ist eine Kritik an Perikles anhand von zeitgenössischen Erinnerungen nachweisbar. Vgl. Carl Ludwig Schleich besannte Vergangenheit. Lebenserinnerungen von 1859-1919, Berlin 1922.

Große Resonanz erzielte Beloch nicht. Die Schulbücher haben seine Gedanken nicht aufgegriffen und erst ein Jahrhundert später entwickelte sich eine intensive Forschungskontroverse um die Bewertung des Perikles.⁵² In den Schulbüchern nur wenig präsent sind die Positionen von Wissenschaftlern, die das Lob für Perikles mit der Demokratie als Staatsform verbinden, wie sie in der perikleischen Zeit praktiziert wurde.⁵³ Verbreiteter waren in der Schule die Forschungspositionen, die die Volksherrschaft trotz aller Erfolge negativ beurteilten.⁵⁴

Großen Anklang in Schule und Forschung findet die Interpretation des Thukydides zur Verfassungswirklichkeit der athenischen Demokratie zur Zeit des Perikles. Allerdings wird die Rolle des Volkes durchaus unterschiedlich gesehen. So hebt ein Schulbuch den demokratischen Charakter der Verfassung auch unter Perikles hervor, denn

„wenn sich das freie Volk Jahrzehnte lang der Führung eines einzigen grossen Mannes anvertraute, so geschah dies nicht ohne Prüfung, etwa lediglich unter dem Bann des Zaubers seiner Persönlichkeit, sondern in der Erkenntnis, dass er von dem besten Willen für das gemeinsame Wohl beseelt und mit außerordentlichen Fähigkeiten zur Erreichung seiner Ziele begabt war.“⁵⁵

Während hier dem Volk eine erhebliche Reife im demokratischen Prozess zugestanden wird, erklärt ein anderes Schulbuch den Einfluss des Perikles mit der „Macht seiner Persönlichkeit“ und impliziert damit die Verführbarkeit des Volkes.⁵⁶

Die Schwäche der Masse des Volkes, die leichtfertig den Versprechungen von unwürdigen Demagogen verfällt, wird von vielen Schulbüchern nach dem Tod des Perikles für den Niedergang verantwortlich gemacht: „Mit Perikles wurde die staatliche Herrlichkeit Athens zu Grabe getragen. Es riß eine zügellose Herrschaft ein. Große Schreier vermochten am meisten, sie wurden die Volksführer (Demagogen). Ein solcher Mann ist auch der Gerber Kleon gewesen.“⁵⁷ In dieser Schärfe ist die

⁵² Sehr kritisch ist Will (wie Anm. 50), besonders S. 316-318. Mehr dem positiven Periklesbild ist verbunden: Lehmann (wie Anm. 44), besonders S. 7-29 u. 246-256.

⁵³ Vgl. Curtius (wie Anm. 38), Bd. 2, S. 215; Meyer (wie Anm. 48), S. 660.

⁵⁴ Vgl. Jacob Burckhardt: Griechische Kulturgeschichte, in: Ders.: Gesammelte Werke 5, Darmstadt 1955-1959, S. 224: „Daß nun die Zwecke Athens, namentlich die Herrschaft weit und breit, auf verschiedene andere Weisen unendlich leichter und sicherer als durch die Volksversammlung zu erreichen gewesen wären, liegt so ziemlich auf der Hand. (...) Den seitherigen Jahrhunderten aber ist nicht an Athen als Staat, sondern Athen als Kulturpotenz ersten Ranges, als Quelle des Geistes etwas gelegen.“

⁵⁵ Martens (wie Anm. 29), S. 70.

⁵⁶ Vgl. Neubauer (wie Anm. 29), S. 35.

⁵⁷ Hechelmann (wie Anm. 29), S. 170.

Abwertung des Volkes und seiner neuen Führer allerdings nicht überall vertreten. Eine zurückhaltendere Schulbuchformulierung lautet: „Nach dem Tode des gewaltigen Mannes (...) leitete der ungestüme Gerber Kleon die bewegliche Volksmasse; der besonnene Nicias vermochte nicht, dem dreisten Demagogen mit Erfolg zu widerstehen.“⁵⁸ Ein Buch vermeidet in diesem Zusammenhang sogar weitgehend eine negative Einschätzung des Volkes und stellt lapidar fest: „Nach des Perikles Tod traten zwei Männer verschiedener Richtung in Athen in den Vordergrund: als Haupt der Friedenspartei Nicias, ´vornehm, reich, beschränkten und langsamen Geistes`, als Führer der Kriegspartei der Demokrat Kleon.“⁵⁹

Ein Hinweis auf das fehlende politische Urteilsvermögen des Volkes ist in den meisten Schulbüchern die Sizilienexpedition Athens von 413 v. Chr. Der Politiker Alkibiades hatte die athenische Volksversammlung davon überzeugt, mit einem Angriff auf Sizilien die Vormacht Athens festigen zu können. Die Athener erlitten jedoch eine vernichtende Niederlage, die den Ausgang der Auseinandersetzung mit Sparta entscheidend beeinflusste. Wenn auch die Formulierungen verschieden scharf ausfallen, wird in allen untersuchten Schulbüchern die Entscheidung zur Sizilienfahrt kritisiert. Eine besonders demokratiefeindliche Aussage lautet: „Die Demokratie war jetzt ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen (...) Die Masse ließ durch den Reichtum Siziliens sich locken, der dem Besoldungs- und Geschenkwesen (...) neue Mittel zu sichern schien.“⁶⁰ In der Forschungsliteratur zeigt sich ein ähnliches Bild.⁶¹ Holm allerdings vertritt die Auffassung, dass die Fehlentscheidungen der athenischen Volksmasse keineswegs als Argument gegen die „Demokratie an sich“ gebraucht werden können. Wenn denn „eine vom Volke gesonderte Regierung besteht“ wie in England, kann eine Demokratie nach Holm durchaus ein stabile Staatsordnung sein. Athens Verfassung habe lediglich eine solche Regierung gefehlt, die zeitweise durch Volksführer wie Perikles ersetzt werden konnte.⁶²

Das sehr weit verbreitete Schulbuch von Neubauer und das Buch von Schenk stellen außerhalb der chronologischen Darstellung der Ereignisgeschichte noch allgemeine Überlegungen zur Staatsform Demokratie in Athen an. Neubauer schreibt, sie habe

⁵⁸ Andrä / Endemann (wie Anm. 29), S. 41.

⁵⁹ Martens (wie Anm. 29), S. 77.

⁶⁰ Schiller (wie Anm. 29), S. 82.

⁶¹ Vgl. Näf (wie Anm. 42), S. 66.

⁶² Vgl. Holm (wie Anm. 40), Bd. 3, S. 217.

den Grundgedanken verfolgt, den Staat auf der freiwilligen Opferbereitschaft der Bürger aufzubauen. Dieser Staat sei dann allmächtig geworden, da es gegen Volksversammlung und Volksgerichte keine Berufungsmöglichkeit geben habe. Andererseits habe dieser Staat, „dem einzelnen ein Maß an freier Bewegung, wie es in der Welt noch nicht dagewesen war“ ermöglicht. Eine Begründung für die Blüte Athens wird daraus aber nicht abgeleitet, obwohl dies in der Forschung auch bei dem Demokratieskeptiker Meyer zu finden ist.⁶³ Neubauer schließt seine Ausführungen zur Demokratie mit dem erneuten Hinweis auf die Verführbarkeit der Massen, die im Laufe der Zeit immer stärker auf die Transferleistungen des Staates geschickt hätten.⁶⁴ „Verfall der vaterländischen Gesinnung“, „soziale Zersetzung“ und die „Verachtung der alten Sitten“ zogen nach Neubauer den Niedergang des Staates nach sich.⁶⁵

Auch Schenk beschäftigt sich mit der Frage der Entartung der Demokratie in eine Pöbelherrschaft. Er benennt einige Sicherungen der Athener gegen eine solche Entwicklung. So konnte ein Antragssteller in der Volksversammlung noch ein Jahr später für die Folgen des Beschlusses verantwortlich gemacht werden. Trotzdem musste Schenk zufolge nach dem Abtritt der großen Politiker in Athen die Pöbelherrschaft nahezu zwangsläufig kommen. Demokratie sei demnach keine stabile Staatsform, sondern nur solange erfolgreich, wie große Politiker die Führung übernehmen könnten. Schenk verweist für die Tendenz zur Entartung auch auf die Demokratiekritik antiker griechischer Autoren.⁶⁶ Allerdings meinen Neubauer und Schenk, die athenische Demokratie sei ohnehin keine konsequente Regierung des Volkes gewesen, da sie auf der Herrschaft über Seebund und Sklaven beruht habe. Schenk folgert daher, dass Athen mehr eine Aristokratie als eine mit den USA seiner Zeit vergleichbare Demokratie gewesen sei.⁶⁷

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Darstellung der athenischen Demokratie in den wilhelminischen Schulbüchern unterschiedlich akzentuiert wird

⁶³ „...das daher [die Demokratie in Athen] jedem einzelnen Bürger und dem Staat im Ganzen eine Allseitige Entfaltung der Kräfte und seines Wesens ermöglicht wie kein anderes Gemeinwesen.“ Vgl. Meyer (wie Anm. 29), Bd. 4/1, S. 660.

⁶⁴ Neubauer (wie Anm. 29), S. 70f.

⁶⁵ Neubauer (wie Anm. 29), S. 80; ähnlich Schenk (wie Anm. 29), S. 73. Anders sieht es Schiller, der sich an Holm anschließt (vgl. Anm. 40) und eine „sittliche Kraft der Athener“ noch im 4. Jahrhundert annimmt, vgl. Schiller (wie Anm. 29), S. 93.

⁶⁶ Schenk (wie Anm. 29), S. 64f.

⁶⁷ Neubauer (wie Anm. 29), S. 71; Schenk (wie Anm. 29), S. 65, ähnlich auch Klee (wie Anm. 29), S. 14.

und zum Teil gegensätzliche Positionen vertreten werden. Dabei können sich die verschiedenen Richtungen jeweils auf Vertreter der Forschung berufen, womit deutlich wird, dass der gymnasiale Unterricht nicht von der wissenschaftlichen Diskussion abgekoppelt war. Ein „Erziehungsstaat“ mit weitreichenden staatlichen Vorgaben war das Kaiserreich nicht.⁶⁸ Pointiert demokratiefreundliche Forschungsmeinungen fanden allerdings weniger Niederschlag in den Schulbüchern bzw. wurden bei Neubearbeitungen älterer Bücher abgeschwächt. Als weitere gemeinsame Grundlinien des Geschichtsbildes der Schulbücher lassen sich aufzeigen: Solon und Perikles werden als Volksführer verehrt, die politische Urteilskraft der Bürgerversammlung dagegen zu meist abwertend beschrieben. Die für die Darstellung der Neuzeit von Schallenberg konstatierte eine wichtige Rolle der großen Persönlichkeiten, nationalistische Züge und auch die konservative bzw. nationalliberale Skepsis⁶⁹ gegenüber dem politischen Urteilsvermögen des Volk finden sich in vielen Buchtexten zur Antike wieder.

In diesem Geschichtsbild ist sicherlich der Einfluss der Genehmigungsbehörde spürbar. Aber diese Darstellung der Geschichte muss auch den Vorstellungen der Oberlehrer nahe gewesen sein. Selbst die bekannten Kritiker einer politischen Instrumentalisierung der höheren Schule im Kaiserreich hatten vor 1918 über die Zensur von Schulbüchern kaum geklagt.⁷⁰ Erst das Verdikt gegen die kaiserlichen Geschichtsbücher von Haenisch 1919 rief nennenswerten Widerstand in der Schulbuchfrage bei den Lehrern hervor.⁷¹ Die politische Mentalität der Gymnasiallehrer war demzufolge mehrheitlich nicht demokratisch geprägt. Anerkennung findet vielmehr ein politisches System mit einer Partizipation des Volkes, das von Persönlichkeiten geführt wird, die sich wie Perikles über die Leidenschaften der Masse erheben. Damit konnten sich trotz aller Kritik in Einzelfragen die Gymnasiallehrer im von Bismarck begründeten und von der Hohenzollerndynastie geleiteten Reich gut integrieren und über die Schüler systemstabilisierend wirken.

⁶⁸ Vgl. Frank Michael Kuhlemann: Das Kaiserreich als Erziehungsstaat. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Erziehung in Deutschland 1871-1918, in: GWU 49 (1998), S. 728-745.

⁶⁹ Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 106.

⁷⁰ Vgl. Rühlmann (wie Anm. 24), S. 97-112.

⁷¹ Vgl. Eberhard Becker: Die Staatsbürgererziehung im Anfang der Weimarer Republik (1918-1924), Diss. Phil. Tübingen 1966, S. 30f.

Kolonialismus im völkischen Diskurs

Der deutschen Kolonialgeschichte ist in jüngerer Zeit erhöhte Aufmerksamkeit zuteil geworden, wobei kultur- und geschichtswissenschaftliche Theoriedebatten einen Perspektivenwechsel in der Forschung zur Folge hatten. Der *postcolonial turn* führte zu einer grundsätzlichen und folgenreichen „Erschütterung der Totalisierungsansätze des westlichen Historismus, seiner linearen Fortschrittsgeschichte und seiner Meistererzählung von der weltumspannenden europäischen Moderne“.¹ Infolge dieser (auch von politischen Entscheidungsträgern²) sensibel wahrgenommenen „Erschütterung“ des Geschichtsbildes weitete sich vor dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert der Blick hin zu den globalen Verflechtungen nationaler Geschichten. Im deutschen Fall rückte insbesondere der 1871 proklamierte Nationalstaat in den Mittelpunkt des geschichtswissenschaftlichen Interesses.³ Ein besonderes Augenmerk galt und gilt dabei dem imperialen Kolonialismus als Teil einer transnationalen Geschichte und nicht weniger den mannigfaltigen Rückwirkungen kolonialer „Erfahrungen“ auf Staat, Gesellschaft und Mensch.⁴ Einer aktuellen These zufolge hat die – vor allem ökonomische – Globalisierung in besonderer Weise den Nationalismus im Deutschen Reich beeinflusst und ihn völkisch werden lassen.⁵

¹ Doris Bachmann-Medick: *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*, Hamburg 2006, S. 212. Vgl. in diesem Zusammenhang v.a. Sebastian Conrad / Shalini Randeria (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. / New York 2002.

² Vgl. hierzu mit Hinweisen auf den deutschen Fall Jürgen Zimmerer: *Tony Blairs letzter Coup. Das Empire wird zur Erblast: Eine Zeitenwende der globalen Erinnerungspolitik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.2006, Nr. 279, S. 40.

³ Vgl. Jürgen Osterhammel / Sebastian Conrad: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*, Göttingen 2004, S. 7-27.

⁴ Vgl. Birthe Kundrus: *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*, Köln 2003; Dies. (Hrsg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*, Frankfurt a. M. 2003; Dirk van Laak: *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004; Osterhammel / Conrad (wie Anm. 3); aus französischer Perspektive: Catherine Repussard / Monique Mombert (Hrsg.): *Pensée et politique coloniales*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 38 (2006), H. 4.

⁵ Vgl. Sebastian Conrad: *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006; zum Verweis auf den völkischen Aspekt vgl. die Rezension zu Conrads Habilitationsschrift von Jörg Später: *Warum die Weltgesellschaft völkisch wurde*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.10.2006.

Die Forschung weist seit geraumer Zeit auf Imperialismus und Kolonialismus als spezifische Merkmale des europäischen Nationalismus im Übergang zum 20. Jahrhundert hin.⁶ So hatte es sich mit dem *Alldeutschen Verband* das Flaggschiff des integralen Nationalismus auf seinem Verbandstag in Plauen 1903 auf seine Fahnen geschrieben, „für eine staatskräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere die Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen“, einzutreten. Dieser Überzeugung zum Trotz standen die Alldeutschen jedoch weder dem deutschen Überseekolonialismus im Allgemeinen noch der gouvernementalen Kolonialpolitik im Speziellen vorbehaltlos positiv gegenüber.⁷ Denn im Vordergrund der nach der Jahrhundertwende zunehmend radikaler werdenden alldeutschen Ideologie stand seit 1903 (und mehr noch als im Jahrzehnt zuvor) die „Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile“ und damit die „Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen“.⁸ Dieser Aufgabe wurde weitaus größeres Gewicht beigemessen als dem Besitz außereuropäischer Kolonien (und aller daraus erwachsenden innen- und außenpolitischen Probleme).

In dieser Hinsicht bestand zwischen den Alldeutschen und der Mehrheit der Meinungsführer in der völkischen Sammelbewegung und deren Klientel Konsens. Das ist aufgrund der engen personellen und organisatorischen Verbindungen beider Bewegungen wenig überraschend, zumal das alldeutsche Milieu ein wichtiges Rekrutierungsreservoir für die sich um die Jahrhundertwende formierende völkische Bewegung darstellt.⁹ Beispielhaft für diese Kooperation im deutschen rechtsnationalen Lager der wilhelminischen Epoche steht der *Deutschvölkliche* (seit 1907 *Deutschnationale*) *Kolonialverein*, an dessen Gründung 1904 mit Friedrich Lange und Max Robert Gerstenhauer zwar zwei einflussreiche völkische Protagonisten (und *Deutschbund-*

⁶ Hierzu resümierend und mit Verweis auf die grundlegende Literatur Siegfried Weichlein: *Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa* (Geschichte kompakt), Darmstadt 2005, besonders S. 98-111.

⁷ Vgl. Daniel Frymann (d.i. Heinrich Claß): *Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, 4. Auflage, Leipzig 1913 [1. Auflage 1912], S. 138-173.

⁸ Zitiert nach Rainer Hering: *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Darstellungen 40), Hamburg 2003, S. 124.

⁹ Vgl. Uwe Puschner: *Strukturmerkmale der völkischen Bewegung (1900-1945)*, in: Michel Grunewald / Uwe Puschner (Hrsg.): *Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960) / Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)* (Convergences 27), Bern u.a. 2003, S. 445-468.

Aktivisten) beteiligt waren, der gleichwohl innerhalb der völkischen Bewegung (wie im übrigen auch im alldeutschen Milieu) ein Schattendasein fristete.¹⁰

Die marginale Rolle dieses alldeutsch-völkischen, vor allem agitatorisch in Erscheinung tretenden Kleinunternehmens ist charakteristisch für die Bedeutung, die die zeitgenössische so genannte Kolonialfrage im völkischen Weltanschauungsdiskurs spielte. In einem 1914 publizierten grundlegenden, aber keineswegs vollständigen bibliographischen „Führer durch die gesamte Literatur der Deutschbewegung“ sind mit dem „Buch von unsern Kolonien“ (Leipzig 1908) des völkischen Bodenreformideologen Ottomar Beta und mit der von dem alldeutschen Schriftsteller und Agitator Paul Samassa verfassten Darstellung über „Die Besiedlung Deutsch-Ostafrikas“ (Leipzig 1909) nur zwei koloniale Titel aufgeführt.¹¹ Einen ähnlichen Befund zeigen völkische Kompendien, wo der (deutsche) außereuropäische Kolonialismus allenfalls als Randthema abgehandelt wird.¹²

Der völkische Weltanschauungsdiskurs hatte zwar eine schier unüberschaubare und bibliographisch in ihrer Fülle nicht erfassbare Buch- und Broschürenproduktion zur Folge, seine – nicht zuletzt für die Verbreitung der Weltanschauung und ihrer Ideologeme – entscheidenden Foren waren jedoch die nicht minder zahlreichen Zeitschriften. In ihnen wurden die der heterogenen Struktur der Sammelbewegung korrespondierenden unterschiedlichen Vorstellungen über die Inhalte und Ziele der Weltanschauung präsentiert und meist hitzig und kontrovers debattiert. Wenngleich die völkische Weltanschauung nie als einheitliche, systematische und für die

¹⁰ Vgl. Uwe Puschner: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache, Rasse, Religion, Darmstadt 2001, S. 152f.; zum Deutschbund und den beiden genannten vgl. Dieter Fricke: Der „Deutschbund“, in: Uwe Puschner / Walter Schmitz / Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Handbuch zur „völkischen Bewegung“ 1871-1918, München u.a. 1996, S. 328-340, sowie Ascan Gossler: Friedrich Lange und die „völkische Bewegung“ des Kaiserreichs, in: Archiv für Kulturgeschichte 83 (2001), S. 377-411. Zu Gerstenhauers und Langes Kolonialvorstellungen vgl. Max Robert Gerstenhauer: Deutsche Kolonialpolitik, in: Deutscher Volkswart 1 (1914), S. 321-326; Ders.: Der völkische Gedanke in Vergangenheit und Zukunft. Aus der Geschichte der völkischen Bewegung, Leipzig 1933, S. 25-28; Friedrich Lange: Reines Deutschtum. Grundzüge einer nationalen Weltanschauung, 3. ständig vermehrte. Auflage, Berlin 1904, S. 261-286.

¹¹ Vgl. Rudolf Rüsten (Hrsg.): Was tut not? Ein Führer durch die gesamte Literatur der Deutschbewegung, Leipzig 1914 (Nachdr. Toppenstedter Reihe, Bd. 4, Toppenstedt 1983), S. 10 u. 29.

¹² Vgl. hierzu etwa Philipp Stauff: Das Deutsche Wehrbuch, Wittenberg 1912, S. 57-64 (u.a. zur Deutschen Kolonialgesellschaft, dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee und zum Deutschnationalen Kolonialverein); Thomas Westerich (Hrsg.): Das Jugendgeleitbuch – Gedenke, daß du ein Deutscher bist, Leipzig 1914 (keine Behandlung der Thematik); Richard Ungewitter (Hrsg.): Deutschlands Wiedergeburt durch Blut und Eisen. Stuttgart o.J. [um 1917], S. 82-87 (zur Kolonialwirtschaft).

Bewegung allgemein verbindliche Ideologie formuliert werden konnte¹³, treten gerade in den führenden Zeitschriften und in der dort zum Ausdruck gebrachten Meinungsvielfalt die völkischen Grundüberzeugungen und -auffassungen zutage.¹⁴ Das gilt auch für die Auffassungen und Einstellungen zum Kolonialismus und seinem Stellenwert im völkischen Denken.

Die seit 1902 erscheinende Zeitschrift „Hammer. Blätter für deutschen Sinn“ hat nicht nur wegen ihrer Langlebigkeit bis 1940 eine Schlüsselstellung im völkischen Blätterwald inne.¹⁵ Sie ist, obwohl durch die Person ihres Herausgebers Theodor Fritsch und durch viele Beiträge aufs engste mit der antisemitischen Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts verbunden und als Zentralorgan des völkischen Antisemitismus ausgewiesen¹⁶, einer der wenigen publizistischen Kristallisationsorte des vielstimmigen völkischen Meinungsspektrums insbesondere vor dem Ersten Weltkrieg.

Kolonialismus und „Kolonialfrage“ sind zwar immer wieder Gegenstand der Berichterstattung im „Hammer“, ohne dort je – wie auch in anderen völkischen Zeitschriften¹⁷ – eine zentrale Rolle zu spielen. Bis zum Ende des Weltkrieges sind lediglich fünf Leitartikel der halb- bzw. monatlich erscheinenden Zeitschrift kolonialen Themen gewidmet. Die Mehrzahl der wenigen und meist kurzen Beiträge ist in den Rubriken Zeitglossen, Notizen und Zuschriften abgedruckt. Zurückhaltend sind in diesem Zusammenhang die völkischen Meinungsführer, von denen mit dem „Hammer“-Herausgeber Theodor Fritsch sowie mit Max Robert Gerstenhauer, Alexander von Peez, Heinrich Pudor, Ernst Wachler und Friedrich Wieggershaus kaum mehr als eine Hand-

¹³ Vgl. Uwe Puschner: Völkisch. Plädoyer für einen ‚engen‘ Begriff, in: Paul Ciupke u.a. (Hrsg.): „Erziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik (Geschichte und Erwachsenenbildung 23), Essen 2007, S. 53-66.

¹⁴ Vgl. Puschner (wie Anm. 10), S. 21.

¹⁵ Vgl. Michael Bönisch: Die „Hammer-Bewegung“ und Justus H. Ulbricht: Das völkische Verlagswesen im deutschen Kaiserreich, beide in: Puschner / Schmitz / Ulbricht (wie Anm. 10), S. 341-365 u. 277-301, besonders S. 285-287; Andreas Herzog: Theodor Fritschs Zeitschrift „Hammer“ und der Aufbau des „Reichs-Hammerbundes“ als Instrumente der völkisch-antisemitischen Reformbewegung (1902-1914), in: Andreas Herzog / Mark Lehmstedt (Hrsg.): Das bewegte Buch. Buchwesen und soziale, nationale und kulturelle Bewegungen um 1900 (Schriften und Zeugnisse zur Buchgeschichte 12), Leipzig 1999, S. 153-182.

¹⁶ Vgl. Puschner (wie Anm. 10), S. 49-62 und – linearer argumentierend – Stefan Breuer: Von der antisemitischen zur völkischen Bewegung, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 15 (2005), S. 499-534. Zu Theodor Fritsch, dem Herausgeber des „Hammer“, vgl. Massimo Ferrari Zumbini: „Die Wurzeln des Bösen“. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt a. M. 2003, S. 321-422, 605-635.

¹⁷ Im Gegensatz zum „Hammer“ verzichtet das zweite wichtige, weite Teile der Bewegung erreichende völkische Periodikum „Heimdall. Zeitschrift für reines Deutschtum und Alldeutschtum“ beinahe vollkommen auf Berichte und Stellungnahmen zur „Kolonialfrage“, wie die Durchsicht der Jahrgänge bis 1914 zeigt. Dasselbe gilt für die „Deutschbund-Blätter“, worauf mich dankenswerterweise Gregor Hufenreuter M.A. (Berlin) hinwies, der an einer Studie über den Deutschbund arbeitet.

voll sich als Autoren zu Wort meldet. Neben einer Reihe von Artikeln, die namentlich nicht gezeichnet und wohl der „Hammer“-Redaktion zuzuschreiben sind, stammt die Mehrzahl von Lesern der Zeitschrift bzw. sind entweder Wiederabdrucke oder Reaktionen auf Artikel aus anderen Zeitungen und Zeitschriften. Dieser Befund bestätigt zunächst die nachgeordnete Bedeutung der zeitgenössischen Kolonialismusdebatten im völkischen Weltanschauungsdiskurs, wobei die unterschiedlichen Beiträge den völkischen *mainstream* widerspiegeln.

Die defensive völkische Mehrheitsmeinung gegenüber dem deutschen außereuropäischen Kolonialismus war in erster Linie durch die völkische Rassenideologie als dem Fundament der gesamten Weltanschauung begründet. Mit ihren Ungleichheitsparadigmen, ihrer Überfremdungspsychose und ihren Exklusionsforderungen bildete sie das argumentative Rückgrat auch für die völkische Kolonialismusdebatte, die sich einerseits und vornehmlich auf die – vorwiegend afrikanischen – Kolonien konzentrierte und andererseits und grundsätzlich mit der deutschen Kolonialpolitik und deren Trägern befasste.

In den Vordergrund bei der Auseinandersetzung mit der Kolonialpolitik rückte wiederholt der für die Weltanschauung elementare, in den verschiedenen Segmenten der Bewegung unterschiedlich aggressive und für die Zeitschrift „Hammer“ zentrale Antisemitismus. Er stellte im übrigen auch eine wesentliche Ursache für die Gründung des *Deutschvölklichen/Deutschnationalen* (mitunter auch: *Deutschvölkischen*) *Kolonialvereins* dar, nachdem – wie mit Max Robert Gerstenhauer einer seiner Mitbegründer rückblickend feststellte – sowohl die *Deutsche Kolonialgesellschaft* und die *Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft* als vor allem auch die „Kolonialpolitik der deutschen Regierung (...) unter einen starken jüdischen Einfluß geraten“ seien.¹⁸

Diesem für die antisemitische und ebenso für die völkische Bewegung charakteristischen ideologischen Argumentationsmuster folgte der „Hammer“: Gegen die *Deutsche Kolonialgesellschaft* (und in diesem Zusammenhang selbst gegen der völkischen Bewegung nahestehende Organisationen wie den *Verein für das Deutschtum im Ausland* und den *Alldeutschen Verband*) polemisierte die Zeitschrift, weil dieser keine entschlossene antisemitische Mitgliederpolitik betreiben und – im Gegen-

¹⁸ Gerstenhauer (wie Anm. 10, Gedanke), S. 25; in diesem Sinne argumentiert auch Lange (wie Anm. 10), S. 282f.

satz zu den völkischen Vereinigungen mit ihren ‚Arierparagraphen‘ – nicht „deutsches Geblüt der Mitglieder [zur] Bedingung“ mache.¹⁹ Mit einem scharfen antisemitischen Artikel reagierte der „Hammer“ auf die Ernennung des linksliberalen Bankiers Bernhard Dernburg 1906 zum Kolonialdirektor, wobei insbesondere der Kaiser nicht nur in diesem Fall Zielscheibe völkischer Angriffe war: Wilhelm II. wurde „die schrittweise Auslieferung der Reichsgewalt an die Juden“ unterstellt.²⁰ Dabei wies die fortgesetzte Agitation gegen den 1907 zum ersten Staatssekretär im neugeschaffenen *Reichskolonialamt* avancierten Dernburg, die (in völkischer Diktion) dessen „philantropische, kosmopolitische Kolonial-Politik auf manchesterlicher Grundlage“ zum Gegenstand hatte²¹, bereits all jene rassistischen und antisemitischen Elemente auf, die nach 1933 kennzeichnend für die Umschreibung der Kolonialgeschichte mit Hilfe der „deutschen ‚Kulturträger‘-Ideologie“ war und mit denen kolonialpolitische „Rückschläge den Juden oder Sozialdemokraten wie August Bebel, Ludwig Bamberger oder Bernhard Dernburg zugeschrieben“ wurden.²²

Im Mittelpunkt der völkischen Verbalattacken stand Dernburgs neuer kolonialpolitischer Kurs, der „fiskalisch-kolonialstaatliche Interessen und eine die Eingeborenen ‚erhaltende‘ Politik in Einklang zu bringen suchte“.²³ Dies war mit dem „rassenpolitischen Standpunkt“ der Völkischen unvereinbar. Denn als Verfechter des „unumstößlichen Gesetz[es] von der Superiorität und Inferiorität der Völkerrassen“ und in der fundamentalen Überzeugung von der rassistischen Auserwähltheit und Überlegenheit der Deutschen bestand zwischen der indigenen Bevölkerung der – namentlich afrikanischen – Kolonien und den weißen Kolonisatoren ein nach völkischer Auffassung naturgesetzliches „Abhängigkeits- und Untergeordneten-Verhältnis“²⁴. „Es ist verkehrt, Ungleichen Gleichheit zu geben: (...) den Weißen, Gelben, Roten und

¹⁹ E. Md.: Berliner Tageblatt und Kolonialgesellschaft, in: Hammer 1912, Nr. 247, S. 530f., Zitat S. 531.

²⁰ Der neue Kolonial-Direktor, in: Hammer 1906, Nr. 102, S. 555f., Zitat S. 555.

²¹ O. Sty: Deutsch-Ostafrika und die Inder, in: Hammer 1909, Nr. 162, S. 175-178, Zitat S. 176.

²² Dirk van Laak: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S. 136. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Beiträge von Pascal Grosse: What Does German Colonialism Have to Do with National Socialism? A Conceptual Framework, in: Eric Ames / Marcia Klotz / Lora Wildenthal (Hrsg.): Germany's Colonial Past. Lincoln, London 2005, S. 115-134; Susannah Heschel: Theology as a Vision for Colonialism. From Supersessionism to Dejudaization in German Protestantism, in: Ebenda, S. 148-163.

²³ Horst Gründer (Hrsg.): „... da und dort ein junges Deutschland gründen“. Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, 3. Auflage, München 2006, Zitat S. 227 und – als Quellenauszug – S. 250.

²⁴ Sty (wie Anm. 21), Zitat S. 175 u. 177.

Schwarzen“²⁵, lautete das völkische Dogma. Die völkische koloniale Berichterstattung konzentrierte sich insofern vor allem auf Vorkommnisse, die einen Verstoß gegen die postulierte Ungleichheit und eine Gefährdung der Rassenhierarchie darstellten: Das konnte etwa die öffentliche Bestrafung Weißer in Gegenwart von Schwarzen betreffen, die ebenso einen Autoritätsverlust für die „Kolonialherren“ zur Folge haben und den „gemütsruhig[en] Weiße[n] zum Gespött für minderwertige, tieffstehende Rassen“ machen, wie die schulische Bildung der indigenen Bevölkerung zu deren Emanzipation und zum Aufbegehren gegen die Kolonisatoren führen und mithin eine elementare „Gefahr“ für die Kolonialherrschaft bedeuten würde.²⁶ Das betraf ferner Vorgänge wie den Zustrom indischer Arbeiter nach Ostafrika, der in der völkischen Rassenargumentation zu einem „Durcheinander von Rasse-Elementen“ führte.²⁷ Im völkischen Denken galt deshalb in Anlehnung an Forderungen in den europäischen Gesellschaften und unter Verweis auf die Vereinigten Staaten von Amerika der Grundsatz der konsequenten Segregation von Kolonisierten und Kolonisatoren.

Das völkische Segregationsparadigma bezog sich in erster Linie auf die ebenfalls in den Gesellschaften der europäischen Kolonialmächte und in Deutschland unter dem Schlagwort „Verkafferung“ lebhaft debattierten und angeprangerten – sexuellen – Beziehungen und Ehen von weißen Männern mit indigenen Frauen in den Kolonien.²⁸ Denn nach völkischer Auffassung gingen, abgesehen von moralischen Einwänden, „Kolonien meistens an der Rassenvermischung zu Grunde“ und nur „solche Kolonien [haben] sich dauernd gesund entwickelt (...), wo die erobernde Herrenrasse strenge Scheidewände zwischen sich und der dienenden Klasse errichtet hat.“²⁹ Doch mehr als autoritative Konflikte oder gar der Verlust kolonialer Besitzungen stellten diese Mesallianzen vor dem Hintergrund der völkischen Rassenideologie mit ihren im

²⁵ Heinrich Wolf: *Angewandte Geschichte. Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen*, 6. u. 7. Auflage Leipzig 1913, S. 371.

²⁶ Hans Heinrich von Schwießel: *Kolonial-Dummheiten*, in: *Hammer* 1904, Nr. 53, S. 400; *Die Schul-Bildung und die Wilden*, in: *Hammer* 1906, Nr. 103, S. 600.

²⁷ *Zur Rassenfrage in Süd-Afrika*, in: *Hammer* 1911, Nr. 224, S. 549f., Zitat S. 550; vgl. auch Sty (wie Anm. 21).

²⁸ Vgl. hierzu die auf Deutschland perspektivierten Beiträge in Frank Becker (Hrsg.): *Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich* (Beiträge zur Überseegeschichte 90), Stuttgart 2004; Frank Oliver Sobich: *„Schwarze Bestien, rote Gefahr“*. Rassismus und Antisozialismus [gemäß Außentitel fälschlich: Antisemitismus] im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M., New York 2006, S. 349ff.; Felix Axster: *Die Angst vor dem Verkaffern – Politiken der Reinigung im deutschen Kolonialismus*, in: *WerkstattGeschichte* 14 (2005), S. 39-53.

²⁹ Pr.-H.: *Kolonial-Schutzerei*, in: *Hammer* 1907, Nr. 123, S. 472f., Zitat S. 472; vgl. auch *Zur Rassen-Mischung*, in: *Hammer* 1912, Nr. 249, S. 583.

„Rassentod“ gipfelnden Bedrohungsszenarien eine elementare Gefahr für die ‚überlegene‘ Rasse und deren Fortbestand dar.³⁰ „Das niedere Blut zieht das höhere herab“³¹, lautete die völkische Überzeugung. Die Arbeitsmigration von Afrikanern nach Deutschland, deren Beschäftigung insbesondere im Dienstleistungssektor der Großstädte, aber auch in der Agrarwirtschaft wurden deshalb von völkischer Seite scharf ablehnend kommentiert. Unter Verweis auf Brasilien (und in Analogie zum genuinen völkischen Antisemitismus und Antislavismus) prophezeite man „eine allmähliche Vernegerung Deutschlands als einer unabwendbaren Schickung“.³² Eine nachhaltige Gefahr für die Rasse sahen die völkischen Akteure in diesem Zusammenhang von der zur Garantin für die rassistische Reproduktion erklärten weißen (d.h. germanisch-deutschen) Frau ausgehen, der eine geschlechtsspezifische sexuelle Disposition zu so genannten niederrassigen Männern unterstellt wurde.³³ Die Völkischen (im Verbund mit den Alldeutschen) forderten deswegen ein Zuwanderungsverbot aus den Kolonien, ein generelles Verbot von „Mischehen“ und den Ausschluss so genannter Fremdrassiger und „mischblütige[r] Kinder“ von der deutschen Staatsbürgerschaft.³⁴ Diese sollte ausschließlich den Angehörigen des deutschen Volkes vorbehalten bleiben. Denn nach völkischer Auffassung bestand das als biologische Abstammungsgemeinschaft definierte deutsche Volk aus der Summe „alle[r] deutschen Männer, Frauen und Kinder nordeuropäischer (arischer) Abkunft. Deutsch sprechende Juden, Neger, Chinesen zählen wir nicht zu unserem Volke.“³⁵

³⁰ Vgl. Puschner (wie Anm. 10), besonders S. 100ff., Zitat S. 100.

³¹ Ernst Wachler: Bastardisierung der Deutschen, in: Hammer 1909, Nr. 172, S. 501f., Zitat S. 501.

³² Alb. Grimpen: Die Negerfrage in Deutschland, in: Hammer 1908, Nr. 137, S. 146-149, Zitat S. 147; vgl. auch Hans Heinrich von Schwießel: in: Hammer 1904, Nr. 48, S. 284-286, Neger als Landarbeiter, in: Hammer 1906, Nr. 99, S. 472.

³³ Grimpen (wie Anm. 32), S. 149; vgl. hierzu Uwe Puschner: Völkische Diskurse zum Ideologem „Frau“, in: Walter Schmitz / Clemens Vollnhals (Hrsg.): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus (Kulturstudien 2 und Kultur und antidemokratische Politik 1), Dresden 2005, S. 45-75.

³⁴ Grimpen (wie Anm. 32), S. 148 u. 149; vgl. in diesem Zusammenhang exemplifiziert am Beispiel des Alldeutschen Verbandes Rainer Hering: Ungleiche Menschen, ungleiche Rechte – Zum Menschenbild des extremen Nationalismus in Deutschland – 1890 bis 1933, in: Burghart Schmidt (Hrsg.): Menschenrechte und Menschenbilder von der Antike bis zur Gegenwart, Hamburg 2006, S. 140-155, und mit Blick auf die zeitgenössische Staatsangehörigkeitsdebatte Dieter Gosewinkel. Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 150), Göttingen 2001, S. 177ff., besonders S. 303-309, sowie Cornelia Essner: Zwischen Vernunft und Gefühl. Die Reichstagsdebatten von 1912 um koloniale „Rassenmischehen“ und „Sexualität“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 503-519; Dominik Nagl: Grenzfälle. Staatsangehörigkeit, Rassismus und nationale Identität unter deutscher Kolonialherrschaft (Afrika und Europa. Koloniale und Postkoloniale Begegnungen 5), Frankfurt a. M. 2007.

³⁵ Alldeutsches ABC, in: Iro's Deutschvölkischer Zeitweiser auf das Jahr 1911, S. 235-278, Zitat S. 274.

Die völkischen Stellungnahmen folgten weitgehend den Themen und Auffassungen, die den zeitgenössischen Kolonialdiskurs im Deutschen Reich beherrschten.³⁶ Das galt für das mit dem Überlegenheitsparadigma der Europäer begründete hierarchische Verhältnis zwischen Kolonisatoren und indigener Bevölkerung, deren vielfach brutale Diskriminierung und wiederholte genozidale Verfolgung. Das traf auch auf die Kritik an der Kolonialpolitik und -verwaltung zu.³⁷ Der Kolonialdiskurs in der deutschen Gesellschaft war (gerade in Hinblick auf die indigene Bevölkerung der Kolonien) alles andere als frei von rassistischen Vorstellungen und rassistischen Ansichten. Gleichwohl waren die Unterschiede zu den völkischen Überzeugungen signifikant, zum einen in ihrer durch die Rassenideologie mit ihrer Dichotomie von Superiorität und Bedrohtheit bedingten Radikalität, zum anderen aufgrund einer grundsätzlich zurückhaltenden, von Skepsis geprägten, vielfach aber ablehnenden Haltung der völkischen Mehrheit gegenüber außereuropäischen Kolonien. Daraus lässt sich die marginale Berichterstattung (nicht nur im „Hammer“) ebenso erklären wie die zurückhaltende Würdigung völkischer oder den Völkischen nahestehenden Kolonialagitatoren (wie dem Schriftsteller Fritz Bley).³⁸

Das Diktum des Reichskanzlers Leo von Caprivi „Je weniger Afrika, desto besser“ stieß nicht nur bei Linksliberalen und Sozialdemokraten auf Zustimmung, sondern galt auch für den Großteil des völkischen Lagers.³⁹ Außereuropäische Kolonien standen

³⁶ Vgl. neben den in Fußnote 4 zitierten Studien und Sammelbänden Andrew Zimmerman: *Anthropology and Antihumanism in Imperial Germany*, Chicago / London 2001; Uwe Hoßfeld: *Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit* (Wissenschaftskultur um 1900 2), Stuttgart 2005; Gert Theile (Hrsg.): *Anthropometrie. Zur Vorgeschichte des Menschen nach Maß*, München 2005, Lora Wildenthal: *German Women for Empire 1884-1945*, Durham / London 2001; Katja Heise: *Deutsche Frauen in Tsingtau 1898-1920* (Studien und Quellen zur Geschichte Schantung und Tsingtau 8), Bonn 2005; Katharina Walgenbach: „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur“. *Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse“ und Klasse im Kaiserreich*, Frankfurt a. M. / New York 2005; Becker (wie Anm. 28); Alexander Honold / Klaus R. Scherpe (Hrsg.): *Mit Deutschland um die Welt. Eine Kulturgeschichte des Fremden in der Kolonialzeit*, Stuttgart / Weimar 2004.

³⁷ Vgl. *Deutsche Boden-Politik in den Colonien*, in: Hammer 1903, Nr. 31, S. 466f., *Aussichten im Hererolande*, in: Hammer 1904, Nr. 57, S. 503, *Südwest-Afrika*, in: Hammer 1904, Nr. 59, S. 552, *Schulze-Jena: Boden-Reformer und Kolonial-Politik*, in: Hammer 1905, Nr. 83, S. 543f.

³⁸ Zu Bley vgl. die Beiträge zu dessen 60. Geburtstag von den völkischen Netzwerkern Friedrich Wiegershaus: *Fritz Bley's Romane*, in: Hammer 1913, Nr. 266, S. 383f. sowie Max Robert Gerstenhauer: *Ein Vorkämpfer nationaler Kolonial-Politik*, in: Ebenda, Nr. 267, S. 396-399. Gerstenhauer gehört zu den wenigen völkischen Führungspersonlichkeiten, die sich vehement auch für außereuropäische Kolonien aussprachen und sich kritisch mit den völkischen Gegnern dieser Politik auseinandersetzen; vgl. besonders Gerstenhauer (wie Anm. 10, *Kolonialpolitik*).

³⁹ Vgl. Arthur Heichen: *Der Wert unserer Kolonien. Ist überseeische Kolonisation eine Lebens-Notwendigkeit für das deutsche Volk*, in: Hammer 1916, Nr. 341/42, S. 449-453, hier S. 452; auch Maria-Theresia Schwarz: „Je weniger Afrika, desto besser“. *Die deutsche Kolonialpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. Eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie*, Frankfurt a. M. 1999.

wegen des auswanderungsbedingten Verlusts von reproduktionswichtigem Rassenkapital für die ‚Heimat‘ sowie aufgrund des skizzierten rassistischen Bedrohungspotentials in Konflikt mit den Grundlagen der völkischen Weltanschauung. Ausschlaggebend hierfür war das Blut-und-Boden-Ideologem, das spezifische – insbesondere charakterliche – Merkmale eines durch seine Rasse definierten Volkes mit dessen „natürlichem“ Lebensraum (‚Heimat‘) begründete.⁴⁰ Der ursprüngliche Lebens- und Siedlungsraum der Deutschen lag mithin nicht außerhalb Europas und schon gar nicht in Afrika (oder in Asien und der Südsee), sondern vorzugsweise in Mittel- und (durch die Germanenideologie begründet) in Nordeuropa.⁴¹ Es gab zwar in Zusammenhang mit der von völkischer Seite formulierten *ex septentrione lux*-Theorie – mit ihrem Postulat einer arisch-germanischen Wanderung über den gesamten Erdball und der Errichtung der verschiedenen (Hoch-)Kulturen durch eine germanische, ‚kulturschöpferische‘ Oberschicht – zaghafte Versuche, „germanische Volksreste in Afrika“ (gemeint waren die angeblich von den Vandalen abstammenden Berber) nachweisen und damit zumindest Teile Afrikas als akzeptablen völkischen Siedlungsraum vereinnahmen zu können.⁴² Diese Anschauungen stießen jedoch bei der völkischen Mehrheit auf keine nennenswerte Resonanz und fanden damit auch keinen konsensualen Platz in der völkischen Weltanschauung.

Die Völkischen lehnten Kolonialismus und Kolonien jedoch keineswegs und rundweg ab. Sie waren vielmehr überzeugt: „Ein rassistisch gesundes Volk mit einer starken natürlichen Volksvermehrung braucht Kolonien, braucht Siedlungen auf Neuland.“⁴³

Die völkischen Kolonialvorstellungen und -forderungen waren dabei auf Mittel- und Ost(mittel)europa konzentriert: „Anstatt afrikanischen Wüstensand mit deutschem Blute sollte deutscher Boden mit deutschem Schweiß gedüngt werden.“⁴⁴ In Aneig-

⁴⁰ Vgl. Puschner (wie Anm. 10), S. 145-151.

⁴¹ Vgl. Samoa, in: Heimdall 4 (1899), S. 62; zur völkischen Germanenideologie vgl. Uwe Puschner: Germanenideologie und völkische Weltanschauung, in: Heinrich Beck u.a. (Hrsg.): Zur Geschichte der Gleichung ‚germanisch – deutsch‘. Sprache und Namen, Geschichte und Institutionen (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 34), Berlin / New York 2004, S. 103-129.

⁴² Vgl. Alexander von Peez: Germanische Volksreste in Afrika, in: Hammer 1908, Nr. 150, S. 545-549, u. Nr. 151, S. 584-588, sowie Ewald Paul: Altes Germanentum im nordafrikanischen Wetterwinkel, in: Hammer 1908, Nr. 139, S. 215; zur *Ex septentrione lux*-Theorie vgl. Ingo Wiwjorra: „*Ex oriente lux*“ – „*Ex septentrione lux*“. Über den Widerstreit zweier Identitätsmythen, in: Achim Leube (Hrsg.): Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933-1945 (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 2), Heidelberg 2002, S. 73-106.

⁴³ Gerstenhauer (wie Anm. 10, Gedanke), S. 29.

⁴⁴ K. H.: Auslandsdeutsche und Innen-Kolonisation, in: Hammer 1914, Nr. 292, S. 445; vgl. J. H.: Innere oder äußere Kolonisation, in: Hammer 1906, Nr. 107, S. 723.

nung zeitgenössischer bodenreformerischer Forderungen, wie sie seitens des *Bundes deutscher Bodenreformer* erhoben wurden, und praktischer Anstrengungen (z.B. des *Ostmarkenvereins*) richtete die völkische Agitation ihr Augenmerk auf die sogenannte innere Kolonisation, vorzüglich im Osten des Deutschen Reiches.⁴⁵ Unter dem Motto „Unsere Zukunft liegt ganz sicherlich auf dem Lande und im Lande“ – und eben gerade nicht „auf dem Wasser“⁴⁶, wie von Wilhelm II. 1898 verkündet – wurde mit der Binnenkolonisation ein doppeltes Ziel verfolgt⁴⁷: Einerseits sollte den von der (Groß-) Stadt ausgehenden Gefahren für den Rasse(fort)bestand⁴⁸ (wie auch der Auswanderung) gegengesteuert und – dem dualistischen völkischen Denken folgend – mit Hilfe der bäuerlichen Bevölkerung (der „physiologische[n] Vorratskammer der Rassenkräfte“⁴⁹) die rassische Existenz und Erneuerung gesichert werden; andererseits sollten die als rassische Bedrohung angesehenen slavischen Saisonarbeiter aus dem Deutschen Reich verdrängt, wie überhaupt – dem elementaren völkischen Antislavismus folgend – die slavische Bevölkerung „rücksichtslos“ nach Osten abgedrängt werden.⁵⁰ In Anlehnung an die Verklärung und borussische Instrumentalisierung der spätmittelalterlichen Ostkolonisation des *Deutschen Ordens* im 19. Jahrhundert („unserer weltgeschichtlichen Großtat im Mittelalter“⁵¹) und der daran anschließenden expansiven Lebensraum-Ideologie lautete der völkische Standpunkt: „Überseeische Kolonialpolitik ist (...) keine nationale Lebensfrage, an die das Schicksal unseres Volkes unweigerlich geknüpft ist; – das ist das Entscheidende. Eine Lebensfrage ist es

⁴⁵ Vgl. Elisabeth Meyer-Renschhausen / Hartwig Berger: Bodenreform, in: Diethart Kerbs / Jürgen Reulecke (Hrsg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1997, S. 265-276; Adam Galos / Felix-Heinrich Gentzen / Witold Jakobczyk: Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894-1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens), Berlin 1966; Sabine Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straß 1894-1914 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 3), Marburg 1998.

⁴⁶ Rede anlässlich der Eröffnung des neuen Hafens in Stettin am 23. September 1898; Johannes Penzler: Die Reden Kaiser Wilhelm II. in den Jahren 1896-1900 (T. 2). Leipzig o.J. [1904], S. 115f., Zitat S. 115.

⁴⁷ Vgl. Heinrich Pudor: Heimat-Politik, in: Hammer 1912, Nr. 248, S. 533-535, Zitat S. 533, und wortgleich: K. Etzold: Weltherrschafts-Träume – oder Siedlungs-Politik, in: Hammer 1912, Nr. 250, S. 599-604, hier S. 601. Beide Autoren polemisieren in diesem Zusammenhang gegen den Kaiser.

⁴⁸ Vgl. Puschner (wie Anm. 10), S. 115-119.

⁴⁹ Arbeitsplan des Deutschbundes in der Rassenfrage, in: Deutschvölkische Hochschulblätter 3 (1913/14), S. 18f., Zitat S. 18.

⁵⁰ Vgl. Etzold (wie Anm. 47), S. 603; vgl. ferner die folgenden Beiträge: Gandolf: Von der Kolonisation in der Ostmark, in: Hammer 1906, Nr. 96, S. 372f.; Walter Erhard: Kolonisation und Land-Arbeiter-Frage und das deutsche Volkstum, in: Hammer 1907, Nr. 131, S. 721f.; Paul Golmick: Ausländische Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft, in: Hammer 1909, Nr. 162, S. 186f.; Richard Lieske: Innere Kolonisation, in: Ebenda, Nr. 179, S. 698-704; vgl. auch Puschner (wie Anm. 10), S. 102-106.

⁵¹ Gerstenhauer (wie Anm. 10, Kolonialpolitik), S. 326.

aber, ob es uns gelingt, den uns über alles nötigen Siedlungsboden im Anschluß an unser Vaterland zu gewinnen. Unsere Zukunft liegt im Osten (...). Nicht überseeische Kolonialpolitik, sondern festländische Kolonisations-Politik sollte das deutsche Losungswort der Zukunft sein.“⁵² Diese Zukunft sollte das ganze Mittel- und in einzelnen völkischen Plänen auch Nordeuropa umfassende und in jedem Fall weit nach Osten (bis zum Kaukasus) sich ausdehnende „deutsche Reich germanischer Volkheit“ bringen.⁵³

Wenngleich die Völkischen ein germanisch-deutsches Rassereich in Europa anstrebten, hieß dies nicht, dass sie keine über Europa hinausreichenden imperialen Vorstellungen hegten. Ganz im Gegenteil: die völkische Überzeugung von der rassistischen Prädestination und Superiorität begründete den Anspruch auf Weltherrschaft. Und die Völkischen wollten „die Weltherrschaft germanischen Wesens ins Werk zu setzen“.⁵⁴ Sie bewegten sich damit in den Bahnen des Nationalismus in der wilhelminischen Epoche und unterschieden sich von diesem zugleich durch die Paradigmen der für das völkische Denken grundlegenden Rassenideologie. Diese begründete die völkische Mehrheitsmeinung, außereuropäische Kolonien wegen der für die eigene Rasse drohenden Gefahren abzulehnen, womit sich – wie häufig im völkischen Denken zu beobachten – ein Widerspruch zu den völkischen „Weltherrschaftsträumen“ auftrat. Die deutsche koloniale und imperiale Politik seit der Jahrhundertwende (vom „Boxer-Aufstand“ über die „Buren-Kriege“ bis zu den Marokko-Krisen) und die kolonialen „Erfahrungen“ im Deutschen Reich bestärkten die Völkischen jedoch lediglich in ihren Überzeugungen, während sie bei den tragenden Säulen des wilhelminischen Nationalismus (im *Alldeutschen Verband* wie im *Deutschen Flottenverein*⁵⁵) eine Radikalisierung „als Antwort auf gescheiterte Illusionen“ zur Folge hatte.⁵⁶ Dieser seit 1908 beschleunigte Prozess begünstigte – nicht zuletzt als Folge der völkischen Agita-

⁵² Heichen (wie Anm. 39), S. 452; ebenso Etzold (wie Anm. 47), S. 604; vgl. auch Puschner, (wie Anm. 10), S. 151-155.

⁵³ Adolf Reinecke: *Der Erlöser-Kaiser. Erzählung aus Deutschlands Zukunft und von seiner Wiedergeburt*, Leipzig 1923, S. 144.

⁵⁴ Harald Arjuna Grävell van Jostenode: *Die Reichskleinodien zurück nach dem Reich! Völkische Richtlinien für die Zukunft* (Ostara 6), Rodaun b. Wien 1906, S. 17.

⁵⁵ Vgl. Roger Chickering: *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914*, London / Sydney 1984; Geoff Eley: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, Neuauflage Ann Arbor 1991.

⁵⁶ Helmut Bley: *Der Traum vom Reich? Rechtsradikalismus als Antwort auf gescheiterte Illusionen im Deutschen Kaiserreich 1900-1918*, in: Kundrus (wie Anm. 4), S. 56-70.

tion – die Formierung des Rechtsradikalismus im Deutschen Reich und mit ihm das Eindringen völkischen Denkens in den zunehmend radikaleren (Rechts-) Nationalismus.

Teil 3:

Öffentlichkeit in Krise und Umbruch: Vom Ersten Weltkrieg bis zur doppelten deutschen Staatsgründung

Michel Grunewald

Face à l'«Allemagne éternelle»

Maurras et l'Allemagne de la naissance de l'Action française à la Première Guerre mondiale

On peut avoir de Charles Maurras au moins deux visions. L'une consiste à mettre en avant qu'il fut l'«inventeur» du «nationalisme intégral» centré sur la «seule France» et dont l'un des éléments les plus visibles en dehors de son monarchisme fut une opposition constante et déterminée à l'égard de l'«Allemagne éternelle». L'autre de ces visions se fonde sur l'idée que Maurras fut surtout un homme de lettres, un homme soucieux de mettre en avant une conception du monde qui fit de lui l'un de ceux qui, à son époque, dénoncèrent avec le plus de vigueur la philosophie des Lumières et militèrent pour la remise en honneur de la «sagesse grecque» fort éloignée selon lui de tout système prônant la possibilité pour la raison humaine et l'individu de façonner la réalité.

Ce sont ces deux visions qui se trouvent au centre de la présente étude, circonscrite aux trois premières décennies de la carrière de Maurras et dont l'objectif est de mettre en valeur les *fondements* de la vision antagoniste de la France et de l'Allemagne, telle que la révèlent ses écrits jusque pendant les années de la Première Guerre mondiale. Notre propos sera articulé autour de trois thèses:

- C'est le système philosophique de Maurras qui donne les clés nécessaires pour expliquer sa façon d'envisager l'opposition irréductible selon lui entre la France et l'Allemagne.
- La France est, pour Maurras, plus que sa patrie: c'est *la civilisation*.
- L'Allemagne, telle que la perçoit le futur chef de file de l'Action française dès l'âge de vingt ans, représente un univers qui se situe *aux antipodes mêmes de la civilisation*.

I.

Si, tout au long de sa carrière, Maurras n'a cessé de marquer son hostilité envers l'Allemagne et de mettre en évidence le fossé censé séparer celle-ci de la France, ce n'est pas simplement en fonction de la conjoncture franco-allemande issue de la défaite de 1870 dont il a, dès son plus jeune âge, une conscience très aiguë.¹ L'aversion viscérale que Maurras ressent pour tout ce qu'il estime être germanique, allemand, est fonction du climat politique et intellectuel que connaît la France pendant le dernier quart du XIX^e siècle, mais trouve en même temps son origine dans ses convictions philosophiques profondes, telles qu'il les a élaborées à la faveur d'un commerce constant avec les Grecs. Schématiquement, on peut dire que l'auteur d'*Anthinea* a puisé au contact de ce qu'il estime être l'esprit grec authentique tout ce qui constitue le fondement de l'opposition frontale à l'esprit des Lumières qui caractérise sa pensée. Cet esprit des Lumières, objet de toute sa réprobation, il l'identifie en particulier à Rousseau et à Kant.

Si on veut se faire une idée de l'état d'esprit qui a été celui de Maurras tout au long de sa carrière, l'un des textes les plus révélateurs qu'il ait écrits est la *Préface* du *Chemin de Paradis*, dont le thème central est la recherche de la sagesse en fonction de la «doctrine» selon laquelle «la vie excellente consiste à ne rien méconnaître»². Afin qu'il soit à même de se placer dans cet état d'esprit, Maurras invite son lecteur à prendre ses distances vis-à-vis de la «pensée moderne», cet «amas de doctrines si corrompues que leur odeur dégoûte presque de penser»³. Ces doctrines, pense-t-il, sont «nées en pays tudesque et breton» et ont deux défauts qui ne peuvent qu'inciter un esprit bien constitué à les rejeter avec la plus extrême détermination: elles n'aboutissent qu'à atomiser la réalité et à cultiver un «sentiment de l'infini» complètement stérile auquel il convient d'opposer la «belle notion de fini»⁴ en honneur chez les Grecs. A l'opposé des Tudesques et des Bretons dénoncés par lui, Maurras

¹ Cf. à ce sujet le livre I (Confession politique) de Charles Maurras: *Au signe de Flore. La fondation de l'Action française*. Paris 1933, pp. 1-49.

² Le chemin de Paradis. Contes philosophiques. Préface. In: Charles Maurras: *Œuvres capitales*. Paris 1954, p. 24.

³ Ibid., pp. 22-23.

⁴ Ibid., p. 23.

estime que le seul moyen pour l'homme d'accéder à la «liberté de conscience»⁵ est de faire sienne une sagesse qui a pour contenu essentiel la reconnaissance du caractère tragique de l'existence, et il ne trouve pas de mots assez durs pour dénoncer les errements des «modernes (...) qui gâtent tout en s'affligeant outre mesure des difficultés de la vie» et se transforment à ses yeux en destructeurs de toute harmonie:

Et voyez les effets de l'absurde miséricorde que l'on a des autres et de soi. Sensibilité sans courage, échevelée à tout objet et discernant une valeur démesurée à la vie et à la personne de tous les hommes, elle ne peut que s'emporter aveuglément à l'encontre de ses desseins. Loin qu'elle ait rendu cette existence moins rude, elle y redouble l'inquiétude, en accentue tous les mécomptes et ruine d'avance l'espoir (qui est, en tout temps, si fragile) d'organiser quelque harmonie. Je ne dis rien des maux nouveaux qu'elle fait abonder.⁶

Quelle est, sur la base de ces convictions, l'idée que Maurras se fait du rôle dévolu à l'homme au sein de l'univers? Comme l'a montré Waldemar Gurian, ce qui est décisif pour lui n'est pas l'«ordre du cœur», la vie subjective de l'individu mise en valeur par des penseurs du XVIII^e et du XIX^e siècle comme Kant et Rousseau, mais «l'ordre objectif, cet ordre donné, dont l'existence ne peut être mise en doute et qui englobe et enserme tout ce qui est subjectif et intérieur et l'anéantit en quelque sorte»⁷. Cet «ordre», il ne parvient à en percevoir la nature ni par le biais de la religion ni par celui de la philosophie héritée des Lumières. Comme le jeune Charles Jundzill évoqué par lui dans l'essai relatif au père du positivisme dans *Romantisme et Révolution*, «il ne croyait plus, et de là venait son souci. (...) Non seulement Dieu ne manquait pas à son esprit, mais son esprit sentait, si l'on peut s'exprimer ainsi, un besoin rigoureux de manquer de Dieu: aucune explication théologique du monde et de l'homme ne lui était plus supportable»⁸.

Le profond agnosticisme qui caractérise Maurras est intimement lié à sa recherche constante d'un ordre. Cette recherche, il l'entreprend selon une démarche qui le place aux antipodes de tout état d'esprit hérité du christianisme ou des Lumières. C'est ce que montre en particulier l'éloge de la «raison athénienne», auquel il procède dans

⁵ Ibid., p. 27.

⁶ Ibid., p. 25.

⁷ Waldemar Gurian: *Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action française.* Frankfurt a. M. 1931, p. 12.

⁸ Ibid., p. 15; Charles Maurras: *Romantisme et Révolution.* Paris 1922, p. 96.

Anthinea. C'est cette raison seule qui – nous dit-il – constitue la véritable sagesse, seule à même de créer l'harmonie entre l'homme et l'univers:

Le propre de cette sagesse est de mettre d'accord l'homme avec la nature, sans tarir la nature et sans accabler l'homme. Elle nous enseigne à chercher hors de nous les équivalents d'un rapport qui est en nous, mais qui n'est pas notre simple chimère. Elle excite, mais elle arrête; elle stimule, mais elle tient en suspens. Source d'exaltation et d'inhibition successive, elle trace aux endroits où l'homme aborde l'univers ces formes fermes et souples qui sont mères communes de la beauté et du bonheur.⁹

L'être doué de raison tel que Maurras l'envisage ici est par définition capable de reconnaître ce qui fait la réalité fondamentale du monde et de s'y soumettre. C'est à cette condition, à son avis, que l'homme sera à même d'accéder au seul bonheur, celui qui repose sur la reconnaissance du rôle éminent du destin dans l'Histoire:

La piété d'Athènes (...) conçoit que la part de nos mérites dans nos victoires les plus belles est presque nulle, que tout, en dernière analyse, dépend d'une faveur anonyme des circonstances et, si l'on aime mieux, d'une grâce mystérieuse. Ainsi les Athéniens, quand ils priaient Pallas, invoquaient le meilleur d'eux-mêmes et en même temps, ils invoquaient autre chose qu'eux. La déesse à laquelle ils faisaient abandon, honneur et hommage d'Athènes était bien leur propre sagesse, mais fécondée et couronnée des approbations du destin.¹⁰

Les vérités perçues par lui en Grèce ont selon Maurras tout d'abord des conséquences importantes dans le domaine de l'art. Le grand art pour lui, le seul art méritant le respect, est l'«art intellectuel». Par «art intellectuel», Maurras entend un art qui se situe en deçà de tout ce qui est individuel, «barbare», romantique, «tudesque» et renvoie au seul ordre qui mérite d'être reconnu: celui auquel personne ne peut échapper.¹¹ Dans ce contexte, le seul but que puisse se fixer l'artiste est de dépasser ce qui est changeant en créant une œuvre qui soit «supratemporelle et typique»¹².

Quand Maurras fait ainsi l'éloge de l'«intellectualité», son désir est de concourir à ce que ceux qui pensent comme lui se dotent d'une doctrine qui les amène à percevoir réellement quel est le déroulement de l'ordre des choses.¹³ C'est en agissant ainsi – en

⁹ Charles Maurras: *Anthinea*. D'Athènes à Florence. Paris 1926, p. 104.

¹⁰ *Ibid.*, p. 102.

¹¹ Cf. Gurian (note 7), p. 27.

¹² *Ibid.*, p. 28.

¹³ *Ibid.*, p. 12.

combattant en particulier toute tentation de céder à la subjectivité¹⁴ – que l’homme pourra, pense-t-il, développer une activité authentiquement créatrice:

Le genre humain est le principal bénéficiaire de la divine économie qui distribua les hauts lieux. De quelque façon qu’il se nomme, le génie qui tailla et qui mesura leur stature, disposa leurs précipices et leurs gradins, sera loué des hommes pour avoir façonné un socle à leur pensée. Personne n’eut pensé dans le tourbillon d’une matière qui se décompose à vue d’œil. Il faut la solidité, la durée, la constance. Par cet esprit sublime, au lieu d’errer dans la solitude, nous nous groupâmes; au lieu de songer à la mort, toutes les industries de la vie nous sollicitèrent; quittant le vain caprice, l’inquiétude et les ferments corrupteurs, notre activité fit son œuvre et, Prométhée aidant, un autre monde, le monde de l’homme, brisa et recréa les formes de l’ancien.¹⁵

Le Prométhée de Maurras n’est en rien un demiurge créateur semblable à celui que les penseurs des Lumières ou un poète comme Goethe imaginaient. Il sait que la beauté n’est pas le résultat d’une création subjective, mais que son surgissement ne peut être que le fruit de l’action de la nature, qu’«elle résulte du hasard et de la nature, la nature donnant, le hasard conservant sans règle précise, bien plus que l’effort coordonné des hommes»¹⁶.

Cette définition de la beauté renvoie à une donnée fondamentale du système intellectuel de Maurras: *le déterminisme*. Ce déterminisme est présent à tout instant dans les textes qui renvoient à ses conceptions en matière anthropologique et historique. Pour lui, il ne fait pas de doute que «l’instinctif et l’inconscient sont à la base de la nature humaine» et que même «si la raison consciente dirige, elle ne trouvera de forces à employer que celles que lui fournit en dernière analyse le terreau nourricier».¹⁷ Si l’homme est «prédestiné par sa terre natale»¹⁸, il n’y a rien d’étonnant selon Maurras à ce que l’œuvre du poète reflète l’«acte de foi de la race et du sol» dont il est le fils.¹⁹ Comme Barrès, Maurras est convaincu de l’importance du lien qui l’unit

¹⁴ Ibid., p. 27.

¹⁵ Anthinea, p. 215.

¹⁶ Ibid., p. 193.

¹⁷ Charles Maurras: Dictionnaire politique et critique. Etabli par les soins de Pierre Chardon. Paris 1932, vol. 2, Article «homme», p. 238.

¹⁸ Charles Maurras: Les deux patries ou l’élection de sépulture (1902). In: L’étang de Berre. Paris 1924, p. 106.

¹⁹ Charles Maurras: A Arles (décembre 1909). In: L’étang de Berre, p. 211.

aux morts²⁰, et cela le conduit à affirmer que «l'avenir appartient à celui qui recueille et sème l'éternelle fleur du passé»²¹.

Le discours de Maurras ici renvoie à un univers intellectuel précis: celui du *conservatisme* et du *nationalisme* tel qu'il s'est constitué aux XVIII^e et XIX^e siècles. Il renvoie aussi au principe fondamental qui sous-tend tous les aspects de la conception de la société défendue par le chef de file de l'Action Française, et en particulier à ses conceptions qui ont trait au rôle de l'individu dans ce cadre: «l'*empirisme organisateur*». Cet «empirisme organisateur», Maurras en donne la définition suivante dans son essai sur Sainte-Beuve:

Cet Empirisme enseigne et professe (...) que l'ordre de sociétés, de quelque façon qu'on l'obtienne, importe plus que la liberté des personnes, puisque cela est le fondement de ceci; au lieu de célébrer l'égalité, même devant la loi, son attention porte, instinctivement mais aussi méthodiquement, sur le compte des différences naturelles qui ne peuvent manquer de frapper un œil d'analyste; enfin, quand tant d'instituteurs publics fatiguent les oreilles de cette vieille France avec l'éloge de la plus molle sensiblerie dans les lois et les mœurs, l'Empirisme loue, au contraire, comme normale, une saine mesure d'insensibilité morale et physique.²²

En se réclamant de l'empirisme organisateur, c'est une *vision organiciste de la société*, selon lui la seule conforme aux «lois éternelles», que Maurras fait sienne. En particulier, il marque par là son refus déterminé de la démocratie car, dit-il: «En fait, en droit, l'organisation suppose des différences, des classements, une hiérarchie; elle répond à «la voix haute et salutaire des lois de gradation qui pénètrent si vivement toutes choses sur la terre et dans le ciel». La démocratie a pour essence de renier ou de négliger ces lois éternelles.»²³

La vision de la société dont Maurras est le porteur repose sur un rejet complet et radical des Idées de 1789 et des Droits de l'Homme avec pour corollaire celui de la notion d'égalité entre les citoyens. Pour Maurras, prôner l'égalité entre les membres d'une même société c'est se mettre en contradiction avec toutes les réalités qu'on peut observer.

²⁰ Cf. note 18, p. 115.

²¹ Charles Maurras: La mort de Jean Moréas (avril 1910). In: L'étang de Berre, p. 352.

²² Romantisme et Révolution, p. 262.

²³ Charles Maurras: Enquête sur la monarchie. 1925, pp. 332-333.

La cellule de base de la société selon Maurras²⁴ n'est pas l'individu, mais la *famille*.²⁵ Ce groupe, au sein duquel le jeune enfant reçoit les premiers rudiments de son éducation est «parfaitement pur de toute égalité; [en son sein], aucun pacte n'est possible, rien qui ressemble à un contrat»²⁶. Le petit homme, poursuit-il, ne pourra grandir et devenir une personne épanouie que grâce à la «vertu [des] inégalités nécessaires»²⁷. Tout comme le petit homme va connaître une croissance harmonieuse grâce à la nécessaire inégalité dont il est bénéficiaire au sein de sa famille, la société elle-même n'a pu se construire que grâce à l'inégalité qui a toujours existé en son sein. C'est «cet ordre né de la différence des êtres», telle est l'opinion de Maurras, qui «engendra le succès et le progrès commun»²⁸. Car il correspond à la reconnaissance d'une réalité simple:

Nous ne choisissons ni notre sang, ni notre patrie, ni notre langage, ni notre tradition. Notre société natale nous est imposée. La société humaine fait partie des besoins de notre nature. Nous avons seulement la faculté de l'accepter, de nous révolter contre elle, peut-être de la fuir sans pouvoir nous en passer essentiellement.²⁹

Conformément à cette conviction, Maurras donne la définition suivante de la société qu'il appelle de ses vœux: «Dans une société bien faite, l'individu doit accepter la loi de l'espèce, non l'espèce périr de la volonté de l'individu.»³⁰ Dans cette société, nous dit toujours Maurras, l'individu sera à même de connaître son plein épanouissement car il sera bien inséré dans les «sociétés secondaires et intermédiaires (...) qui garantissent le foyer, la vie locale et le métier»³¹.

II.

Lorsque Maurras fait l'éloge du principe d'«empirisme organisateur», il a une cible en vue: la France républicaine, issue des institutions qui se sont mises en place dans

²⁴ Cf. Au signe de Flore, p. 23.

²⁵ Charles Maurras: Mes idées politiques. Texte établi par Pierre Chardon. Paris 1937, p. XXXI.

²⁶ Ibid., p. XVI.

²⁷ Ibid., p. XVII.

²⁸ Ibid., p. XXVI.

²⁹ Ibid., pp. 118-119.

³⁰ Ibid., p. 119.

³¹ Ibid., p. 120.

l'Hexagone après la Révolution de 1789. Résultat de «l'idéalisme jacobin [qui] avait en horreur la nature»³², avec le culte «inhumain et mortel de l'égalité»³³ qui en constitue le fondement, elles ont mis, dit-il, en honneur un «individualisme et [un] cosmopolitisme [qui] procèdent d'un (...) anarchisme inhumain»³⁴.

C'est à une véritable renaissance de la «foi française»³⁵ qu'il faut appeler selon Maurras afin de sauver la nation du péril qui la gangrène depuis 1789. L'action à mener dans cette perspective se situe à son avis à deux niveaux: un niveau politique et un niveau culturel.

Sur le plan politique, la cible prioritaire de Maurras est le système issu de la Constitution de l'an VIII, dont les pères sont à ses yeux coupables d'avoir violé les «lois de la nature» et l'«expérience historique»³⁶ afin de mettre en place en France le régime égalitaire générateur d'anarchie dénoncé par lui.

Parmi les conséquences de la nouvelle législation, ce sont celles qui atteignent les structures de la famille et de l'économie qui lui paraissent de loin les plus dommageables à l'équilibre national:

A chaque partage, l'intérêt d'un seul put exiger l'entière conversion en argent des meubles et immeubles: en sorte que le phénomène de liquidation qui s'était produit en 1793 pour l'ensemble de la famille française devait désormais, d'âge en âge, à périodes fixes, se répéter en caractères plus petits, mais innombrables, pour chacun des familles de la nation.

En exécution des volontés de l'An VIII, il devint difficile et rare qu'une entreprise se poursuivît au-delà de la vie de son fondateur. La génération disparue ne léguait plus à la survivante des opérations à poursuivre et à compléter. Faites et défaites sans cesse, formées et dissoutes presque à la même époque, les associations de pouvoirs, les concentrations de richesses étaient ainsi mises dans l'impossibilité de donner jamais le moindre ombrage à l'Etat. Durant seul, seul il exerçait une véritable puissance.³⁷

³² Au signe de Flore, p. 193.

³³ Ibid., p. 194.

³⁴ Ibid., p. 258. - C'est pour répondre à cet état catastrophique à leurs yeux de la société française que Maurras et ses amis publient le 15 novembre 1899 la déclaration de «politique générale» fondatrice de l'Action française qui stipule en particulier: «1 l'homme individuel n'a pas d'intérêt plus pressant que de vivre en société: tout péril social enferme de graves périls pour l'individu. 2 De toutes les formes sociales usitées dans le genre humain, la seule complète, la plus solide et la plus étendue, est évidemment la nationalité. Depuis que se trouve dissoute l'ancienne association connue au moyen âge sous le nom de Chrétienté, et qui continuait à quelques égards l'unité du monde romain, la nationalité reste la condition rigoureuse, absolue de toute humanité.» (Au signe de Flore, pp. 256-257)

³⁵ Au signe de Flore, p. 257

³⁶ Ibid., p. 194.

³⁷ Ibid., p. 196.

Tous ces bouleversements ont eu pour résultat l'apparition d'une «France irréelle»³⁸ et l'installation d'un régime qui a mis fin à toute citoyenneté réelle³⁹ au profit de la «ploutocratie» dominante.⁴⁰

Les institutions et les structures issues de la Constitution de l'an VIII sont, aux yeux de Maurras, certes la source principale du mal dont souffre la France, mais elles n'en sont pas la cause unique. En raison de l'atomisation de la société, un nouveau système – que Maurras désigne de façon polémique sous le vocable d'«Etat Monod»⁴¹ – s'est mis en place «entre cet Etat colossal et cette mouvante poussière d'individus»⁴². Cet «Etat», nous dit toujours Maurras, a profité de la «peste soufflée d'Angleterre et d'autres pays protestants» et s'est incrusté au sein de la société française au moment de la Restauration, prenant pour cible ce qui était encore stable dans la France ruinée après plus d'un quart de siècle de bouleversements: l'Etat lui-même, tel qu'il s'était structuré au fil des siècles grâce aux rois qui s'étaient succédé sur le trône depuis Hugues Capet. Car, nous dit-il, après la ruine de l'Empire, l'«opinion libérale» fit la conquête de la France et s'appliqua «à ruiner l'Etat de la même manière que les institutions démocratiques du Consulat avaient ruiné le citoyen»⁴³. L'«indocilité politique» fut érigée en «religion»⁴⁴, et cela entraîna la complète déliquescence de l'Etat qu'on peut observer dans la France de la fin du XIX^e siècle:

L'Etat languit. Il se dissout, l'Administration lui échappe. La bureaucratie centralisée, égalitaire et uniforme du Consulat retire son concours au développement national: elle ne sert qu'à diviser et qu'à affaiblir la nation, puisque, en l'absence d'un Etat, elle ne fonctionne qu'au profit d'intérêts successifs, variables ou divergents, tous particuliers, mystérieux et inavouables.⁴⁵

³⁸ Dictionnaire politique et critique, vol.1, Article «centralisation», p. 238 (= Action française [=AF], 10 février 1924).

³⁹ Charles Maurras: La République de Martigues (1900). In: L'étang de Berre, p. 51.

⁴⁰ Ibid., p. 58.

⁴¹ Au signe de Flore, p. 198 sqq. L'historien Gabriel Monod (1844-1922), Professeur au Collège de France et fondateur de la Revue Historique a été l'une des cibles les plus fréquentes de nombreuses attaques lancées par Maurras et ses amis contre le système universitaire de la Troisième République.

⁴² Au signe de Flore, p. 198.

⁴³ Ibid.

⁴⁴ Ibid., p. 199.

⁴⁵ Ibid., p. 201.

C'est pour endiguer cette dissolution complète de l'Etat et la ruine civique qui en est le corollaire que Maurras élabore le programme monarchiste qu'il développe pour la première fois dans *Dictateur et Roi*.⁴⁶

A la base du système qu'il préconise, conformément aux convictions philosophiques qui sont les siennes, Maurras situe l'installation d'un «ordre» «conforme à la nature de la nation française et aux règles de la raison universelle»⁴⁷ conçues dans la filiation des Grecs.

Afin que soit respectée à nouveau en France la «loi de la nature»⁴⁸, Maurras souhaite que soit mis fin au régime parlementaire générateur d'instabilité⁴⁹ et que soit substitué à la République un pouvoir central incarné par un roi qui «règnera et gouvernera»⁵⁰.

L'Etat monarchique imaginé par Maurras «sera rétabli dans ses droits naturels et rationnels, qui sont l'Indépendance et l'Autorité»⁵¹; il pourra ainsi se concentrer sur ses véritables tâches et exercer la «fonction gouvernementale»⁵², tout en laissant au citoyen la possibilité d'exercer son autonomie au niveau de «milliers de petites républiques de toutes sortes»: «républiques domestiques comme les familles, républiques locales comme les communes et les provinces, républiques morales et professionnelles comme les associations, s'administreront librement, garanties, coordonnées et dirigées dans leur ensemble par un pouvoir unique et permanent, c'est-à-dire personnel et héréditaire, par là même puissant et sage, étant intéressé au maintien et au développement infini de l'Etat»⁵³.

La monarchie que Maurras appelait de ses vœux devait être une «monarchie tempérée»⁵⁴, libre de tout césarisme.⁵⁵ Elle aurait été construite autour d'un Etat central fort⁵⁶ qui aurait eu pour tâche essentielle d'exercer dans leur plénitude et sans intervention de la base toutes les fonctions régaliennes.⁵⁷ En plus de l'exercice de ces

⁴⁶ Cf. *Dictateur et Roi* (1904). In: *Enquête sur la monarchie*, pp. 446-463.

⁴⁷ *Ibid.*, p. 448.

⁴⁸ Au signe de Flore, p. 194.

⁴⁹ *Enquête sur la monarchie*, p. 453.

⁵⁰ *Ibid.*, p. 456.

⁵¹ *Ibid.*, p. 457.

⁵² *Ibid.*, p. 458.

⁵³ *Ibid.*

⁵⁴ *Enquête sur la monarchie*, pp. 340-341.

⁵⁵ Cf. *Enquête sur la monarchie*, p. IX et LXXXVIII.

⁵⁶ *Ibid.*, p. 457

⁵⁷ *Dictionnaire politique et critique*, vol.1, Article «centralisation», p. 244 (=AF, 24 novembre 1922).

fonctions régaliennes, cet *Etat autoritaire* aurait eu pour vocation à mettre en place la décentralisation nécessaire à la vie de la société.⁵⁸

Le projet culturel que Maurras veut faire avancer pour favoriser ce qu'il considère comme la renaissance de la France est étroitement solidaire du volet politique de son programme. C'est en effet parce qu'il a une conception organiciste de la société fondée sur la vision tragique dont il a été question plus haut qu'il est partisan au niveau culturel ainsi que dans la sphère du politique d'un système qui allie reconnaissance de la nature, fidélité aux racines et exercice de la raison.

Culturellement, Maurras apparaît de ce fait en tout premier lieu attaché viscéralement à son terroir qui constitue non seulement le cadre d'une partie de ses œuvres, mais aussi pour lui une source d'inspiration constante. Cet attachement au terroir, il le marque par exemple dans le discours qu'il prononce à l'âge de vingt ans lors de sa réception dans la Société des Félibres de Paris:

Savez-vous ce que me rappellent vos causeries, savez-vous ce qu'elles me disent et me retracent? Puisque nous sommes ici pour parler de nos pays d'origine, je puis bien vous le dire: c'est Martigues que je vois dans ces moments-là, quelques disques de terre entourés par la mer, trois petites îles qui font la chaîne au couchant de l'étang de Berre, avec un ruban de maisons qui flotte sur les deux rives: on dirait qu'elles sont là pour amarrer au continent les trois perles que l'eau emporterait, ou qu'elle engloutirait.⁵⁹

Les paysages de Provence que Maurras se plaît à évoquer chaque fois que l'occasion lui en est offerte ont pour lui une telle importance parce qu'ils attestent la permanence d'une «race» qui a été capable au fil des siècles de marquer la pérennité de son identité. Ainsi, la chapelle Jules II d'Avignon lui inspire les pensées suivantes:

Fermons les yeux pour raisonner. Laissons les esprits inconsidérés se payer de mots ou d'images: les autres comprendront que, si la *réaction de l'ensemble* indigènes sur les *parties* adventices n'avait eu lieu à chacun des moments du Temps, cette race eût vite perdu tout caractère et jusqu'au pouvoir de s'assimiler le meilleur apport étranger:

*O païsan, coume vous noumon,
Restares mestre dou païs!*

⁵⁸ Dictionnaire politique et critique, vol.1, Article «décentralisation», p. 329 (= Action française mensuelle, 1904).

⁵⁹ Charles Maurras: Les trente beautés de Martigues (1888). In: L'étang de Berre, p. 7.

«*O paysan, comme on vous appelle, vous resterez maître du pays!*» Ces vers de Mistral enveloppent des germes profonds de sagesse. La poésie, quand elle est forte, n'initie point mal à l'histoire.⁶⁰

L'attachement que Maurras marque tout au long de sa vie pour la Provence et sa culture fait partie intégrante de son combat pour une renaissance nationale française. L'idée qui le guide dans sa défense et illustration de la Provence est en grande partie la même que celle qui inspire Barrès quand il se fait le porte-parole de la Lorraine. Comme l'auteur des *Déracinés*, Maurras est d'avis que toutes les *marches*, les «pays de la lisière» ont au sein de l'ensemble français une «fonction naturelle» qui les destine à être des «générateurs de conscience patriotique»⁶¹.

Maurras est intimement convaincu que la «renaissance provençale» à laquelle il œuvre lui-même peut constituer pour la France un très grand avantage.⁶² Cette conviction ne se réduit pas à l'idée que la Provence constituerait dans le tissu français une marche semblable aux autres. La Provence, pour lui, c'est en effet plus qu'une simple «petite patrie» comme les autres. *C'est pour ainsi dire la France, la France authentique.*

Les Provençaux, tels que Maurras les voit, sont la quintessence de ce que la France a de meilleur, et dont l'identité latine des Français⁶³ est l'expression à l'époque qui est la sienne. Cette conviction en entraîne pour Maurras une autre, encore plus importante pour lui, celle que si la France peut légitimement se prévaloir d'incarner la civilisation, c'est grâce au rayonnement propre à tout ce qui symbolise la Méditerranée, et que c'est cette appartenance méditerranéenne qui rattache tout ce qui est français – et provençal – à Athènes, le berceau de toute civilisation, comme il le répète dans *Barbares et Romains* tout en citant la *Prière sur l'Acropole* de Renan:

Revenons chaque jour à la sagesse, à la beauté, qui ceint les murailles d'Athènes. Répétons quelquefois l'oraison magnifique:

«O noblesse, ô beauté simple et vraie! déesse dont le culte signifie raison et sagesse, toi dont le temple est une leçon éternelle de conscience et de sincérité, j'arrive tard au seuil de tes mystères, j'apporte à ton autel beaucoup de remords. Pour te trouver, il m'a fallu des recherches infinies...»⁶⁴

⁶⁰ Dictionnaire politique et critique, vol.4, Article «Provence», p. 248 (= Nouveaux Méandres, mai 1900).

⁶¹ Dictionnaire politique et critique, vol.2, Article «Alsace», pp. 56-57.

⁶² Charles Maurras: Aubanel et Mistral (juillet 1912). In: L'étang de Berre, p. 224.

⁶³ Cf. Charles Maurras: *Barbares et Romains*. In: L'étang de Berre, p. 361-362.

⁶⁴ *Ibid.*, p. 365.

L'expression de l'attachement à la Provence est centrale au niveau même du patriotisme nationaliste dont Maurras se fait le défenseur, et il met cet attachement au service d'un *discours récurrent sur l'unité nationale*⁶⁵, seule idée féconde à ses yeux pour assurer la pérennité de la France contre l'individualisme barbare. Pour Maurras être Provençal, Français et héritier d'Athènes et de Rome sont des notions indissociables. Cette idée, fondamentale dans son abondante production, trouve son illustration la plus évidente dans *Anthinea*. Car l'une des leçons essentielles de ce livre est que lorsque Maurras parle de la Provence, c'est en définitive toujours de la Grèce, berceau de la civilisation, qu'il parle. Cette identité pour lui entre le fait d'être Provençal et Grec – c'est-à-dire fils de la seule et unique civilisation – Maurras la ressent par exemple à Arles, et il évoque ainsi la première perception qu'il a eue dans sa jeunesse du théâtre antique de la ville:

Rien de tel ne m'avait été murmuré à l'oreille, depuis le jour de ma jeunesse où l'enceinte dévastée du théâtre d'Arles m'avait fait éprouver la présence réelle et, au même moment, le deuil de la vie antique: deux légers styles corinthiens qui, pour appartenir à l'âge inférieur, me semblaient pourtant sans défaut, développaient dans ce désert, leur figure jumelle d'une merveilleuse clarté.⁶⁶

Quand il affirme la «présence réelle» de la Grèce en Provence à travers une réelle *identité* qui neutraliserait en quelque sorte le temps et l'Histoire, Maurras se trouve tout à fait en conformité avec son système philosophique et met en place une sorte d'équation qu'on pourrait formuler ainsi: la Provence, fille de la Grèce *est* la France; comme la Grèce a donné au genre humain la beauté, la sagesse, la raison et la civilisation, la France, héritière d'Athènes et de Rome (et donc la Provence) a un droit imprescriptible de se considérer comme *la véritable depositaire du génie de l'humanité*. En procédant ainsi, conformément à son idéologie nationaliste, Maurras peut, tout en restant fidèle à sa «petite patrie» et en souhaitant son épanouissement, affirmer la légitime prétention de sa patrie – la France – à incarner l'univers. C'est ce sentiment qui le conduit dans *La démocratie religieuse* à définir de façon quasiment programmatique sa romanité dans les termes suivants:

⁶⁵ Cf. à ce sujet, le livre V: Les deux Frances (1905). In: Quand les Français ne s'aimaient pas. Paris 1916, pp.183-234.

⁶⁶ *Anthinea*, pp. 40-41.

Je suis Romain, dans la mesure où je me sens homme: animal qui construit des villes et des Etats, non vague rongeur de racines; animal social, et non carnassier solitaire; cet animal qui, voyageur ou sédentaire, excelle à capitaliser les acquisitions du passé et à en déduire une loi rationnelle, non destructeur errant par hordes et nourri des vestiges de la ruine qu'il a créée.

Je suis Romain, par tout le positif de mon être, par tout ce qu'y joignent le plaisir, le travail, la pensée, la raison, la science, les arts, la politique et la poésie des hommes vivants et réunis avant moi. Par ce trésor dont elle a reçu d'Athènes et transmis le dépôt à notre Paris, Rome signifie sans conteste la civilisation et l'humanité.

Je suis Romain, je suis humain: deux propositions identiques.⁶⁷

III.

L'affirmation identitaire formulée par Maurras s'inscrit dans une *conception fondamentalement binaire de l'histoire*. Cette conception qui sous-tend la totalité de son œuvre est fondée sur la conviction qu'il existe une opposition irréductible entre *civilisation* et *barbarie*; cette opposition, il la souligne en 1905 dans les termes suivants:

(...) *dans toutes les choses où elle excella*, la Grèce donne une leçon de communauté sociale, d'unité intellectuelle, d'ordre vivant [...]. Rien de plus opposé à l'art romantique, à la culture germanique, à l'esprit de la Révolution et de la Réforme, à toute conception tendant à «canoniser», et à tenir pour autant de règles les singularités de la conscience de chacun. Tout au rebours de cette diversité hideuse, la science est l'unité de la connaissance.⁶⁸

La vision exprimée ici se situe à l'arrière-plan de l'idée d'un *antagonisme irréductible entre la France et l'Allemagne* qui parcourt toute l'œuvre de Maurras. La certitude qui guide à ce niveau la pensée de Maurras est que la France et l'Allemagne incarnent *deux principes entre lesquels toute synthèse est à jamais impossible*. Ceci, comme le note très justement Albert Thibaudet, le conduit à un «protectionnisme spirituel»⁶⁹ qui prend des dimensions absolues.

Le «protectionnisme spirituel» repéré par Thibaudet est dirigé chez Maurras contre tout ce qui à ses yeux est représenté par l'Allemagne et ceux en qui il voit les émules de ce pays et de son esprit: les hommes de lettres, universitaires, publicistes, hommes

⁶⁷ Charles Maurras: *La démocratie religieuse*. Paris 1921, p. 26.

⁶⁸ Note 65, p. 189.

⁶⁹ Albert Thibaudet: *Les idées de Charles Maurras*. Paris 1920, p. 189.

politiques partisans de l'individualisme, des Droits de l'Homme, de la reconnaissance du subjectivisme, du pluralisme, de la démocratie etc. et auxquels il voue haine et mépris.

Cette attitude a pris corps chez le chef de file de l'Action française au moment de l'Affaire Dreyfus, mais elle était déjà en germe dès les premiers textes qu'il a publiés comme l'essai intitulé *Le repentir de Pythéas*, paru en 1892, alors qu'il n'avait que 24 ans.⁷⁰ Ce texte de sept pages renferme en quelque sorte la matrice de toutes les représentations futures de Maurras sur le pays de Goethe; il y relate l'histoire de la découverte, 300 ans avant Jésus-Christ, par un marin phocéén, Pythéas, de l'île de Thulé. Ce pays, voici selon Maurras, comment il apparut à Pythéas et comment il convient d'interpréter le spectacle qui s'offrit alors aux yeux du navigateur:

Ecoutez la version du fragment conservé de son *Tour de la Terre*:

«On n'y voit ni air, ni eau, ni terre, mais seulement un composé de ces trois éléments, tout semblables au poumon marin; la mer et la terre sont suspendus sur cette substance; et elle sert de lien à toutes les parties de l'Univers. Il est tout à fait impossible d'aborder en ce lieu-là ni à pied ni sur des vaisseaux ...»

Pythéas pouvait-il mieux peindre la nature confuse, inachevée, que l'on rencontre aux limites du monde? (...)

Mais de tout ce récit, le trait le plus frappant, c'est ce *poumon marin* auquel Pythéas assimile l'essence de Thulé. Mon illustre compatriote en sentait l'importance [...] Pâles, à demi diaphanes, moitié nageant, moitié traînés par les courants des eaux, les poumons marins sont ces cloches vivantes qui flottent presque à fleur de mer et que nous nommons aussi des méduses. Qu'était-ce à dire? D'entre toutes les formes connues du temps de Pythéas, il n'en était pas de plus molle, de plus indéterminée.⁷¹

Pour un homme épris comme Maurras de culture grecque et de classicisme, il ne fait pas de doute que Thulé, cette terre des brumes, était celle de «l'Etre sans la Loi»⁷², face auquel Jupiter a chargé les races méditerranéennes d'une mission qui fait toute la grandeur de leur œuvre dans l'histoire: «introduire la loi dans la confusion, (...) proclamer une harmonie au sein du trouble même et (...) faire surgir la monade, fille du ciel, aux lieux qu'ont désolés mille dyades ténébreuses»⁷³.

⁷⁰ Ce texte a été publié en 1892 dans la revue l'Ermitage. Il a été repris dans le recueil publié par Maurras sous le titre L'Allée des philosophes. Paris 1924. Nous le citons d'après cette édition (qui ne présente que des différences minimales par rapport au texte original).

⁷¹ L'Allée des philosophes, p. 182.

⁷² Ibid., p. 184.

⁷³ Ibid., p. 186.

Le texte du jeune Maurras ne met pas seulement en face de deux principes irréductibles l'un à l'autre. Il en ressort également de façon tout à fait évidente que, sans le navigateur phocéen, un des précurseurs des Romains auxquels Maurras lui-même s'identifie, Thulé *n'existerait même pas*:

Vous ne pouvez ignorer que Thulé fut d'abord un pays roman. Trois cents ans avant Jésus-Christ, ce point fut découvert par nos navigateurs. C'étaient des Marseillais. Ainsi que tous ceux de leur ville, ils parlaient le grec le plus pur (...) du temps que Rome ne donnait encore que des soldats, Marseille enfantait Pythéas. Il était philosophe, astronome, mathématicien, géographe et capitaine de navire.⁷⁴

Quand Maurras assimile de la sorte Thulé à un «pays roman», son intention est claire: il s'agit pour lui de marquer ainsi que tout ce qui est issu de «Thulé» – tout ce qui est représentatif à ses yeux de l'esprit «barbare» – est *inférieur à la romanité et à la civilisation*. Deux définitions complémentaires qu'il propose en 1902 du «génie allemand» et de ses relations avec la culture française/latine ne souffrent pas à cet égard la contradiction:

Personne ne contredit plus notre définition du génie allemand: *un candidat perpétuel à notre culture française*.⁷⁵

Mais l'esprit latin est artiste. Il est inventeur et poète (...) n'a-t-il pas extrait la Germanie d'elle-même, c'est-à-dire de la sauvagerie ou de la barbarie? Ne lui a-t-il pas dispensé tous ses biens: religion, institutions, industrie, arts et lois, souvent même langage?⁷⁶

Dans pareil contexte intellectuel, il ne saurait pour Maurras être question de la moindre ouverture en direction de la «Germanie»; l'idée même d'une telle ouverture en vue d'authentiques échanges (qui, de toute manière, pour lui, ne pourraient être suggérés que par les «Latins») prendrait dans sa logique purement et simplement la forme d'une absurdité, voire d'une trahison de l'esprit. C'est pourquoi, de façon tout à fait conséquente, dans *Barbares et Romains*, la question qui le préoccupe est de savoir «comment éliminer le poison allemand» et rompre avec les «dieux de Germanie» dans

⁷⁴ Ibid., p. 181.

⁷⁵ Charles Maurras: Une enquête nouvelle (1902). In: Quand les Français ne s'aimaient pas. p.109.

⁷⁶ Cf. note 65, p. 223.

la France de la fin du XIX^e siècle.⁷⁷ Son combat a comme objectif suprême la restauration de la «préséance du génie helléno-latin»⁷⁸ battu en brèche en France par les «quatre Etats confédérés»: «juif, protestant, maçon, métèque»⁷⁹ qui se sont emparés dans l’Hexagone – tel est son avis – de l’Université, des structures politiques, de la presse et de la finance et dont, dans la terminologie de Maurras, les idées trouvent leur expression la plus achevée dans tout ce qui est germanique, et donc à l’opposé du génie français.

Selon Maurras, le premier représentant à l’époque moderne de l’esprit barbare fut Luther, et son hostilité à l’égard du père de la Réforme ne faiblira jamais.⁸⁰ Mais, dès ses premiers écrits, c’est à deux autres figures emblématiques, *Kant* et *Fichte*, qu’il réserve ses attaques les plus vives.

Si Maurras marque une opposition aussi résolue à l’égard de Kant, c’est tout d’abord pour des raisons à la fois philosophiques et politiques. Kant, pour lui, est tout d’abord le penseur auquel les pères de la République eurent recours pour construire la France d’après 1870, et pour cette raison, il ne peut que rejeter son influence délétère à ses yeux, car c’est à lui qu’on doit la mentalité anarchique et cosmopolite⁸¹ qui a cours désormais en France.

L’opposition philosophique que Maurras manifeste à l’égard de Kant est encore plus profonde que l’aversion que celui-ci lui inspire en matière politique. Le grief qu’il lui adresse est d’avoir, avec Rousseau, bâti «le plus funeste château des nuées»⁸² que l’humanité moderne ait connu. Ce «château des nuées», c’est-à-dire le système qui mène à la philosophie idéaliste, Maurras ne veut en aucun cas y pénétrer parce que ce qu’il symbolise correspond pour lui à l’antithèse absolue de sa propre pensée fondée sur une vision qu’il veut «réaliste» des choses.

Responsable de la mise au centre de toute la philosophie de l’individu car il voyait «l’esprit humain installé au centre de la nature à laquelle il dictait ses lois»⁸³, Kant est,

⁷⁷ Cf. *Barbares et Romains*. In: *L’étang de Berre*, p. 354 et 356.

⁷⁸ *Barbares et Romains*. In: *L’étang de Berre*, p. 356.

⁷⁹ *Dictionnaire politique et critique*, vol.2, Article «État», p. 11 (= AF, 12 juin 1914).

⁸⁰ Charles Maurras : *La liberté d’esprit de l’université catholique* (=AF, 23.11.1914). In: *Devant l’Allemagne éternelle*. Paris 1937, p. 263.

⁸¹ Charles Maurras: *A Chemulpo ou le centenaire de Kant* (= AF, 8 février 1904). In : *Quand les Français ne s’aimaient pas*, pp. 269-270.

⁸² *Ibid.*, p. 270.

⁸³ *Ibid.*, p. 271.

aux yeux de Maurras, avec Rousseau l'initiateur même du système que lui-même veut détruire à la faveur de la reconnaissance des vertus de l'«empirisme organisateur» qui doit permettre de restaurer au sein de la société française les véritables «libertés» que seule peut garantir une monarchie restaurée. L'opposition que Maurras montre pour toutes ces raisons à l'égard de Kant est inséparable de celle qu'il manifeste envers Fichte, dont il découvre en 1895 les *Discours à la Nation allemande*.

Mais le procès que Maurras instruit contre Fichte atteint d'entrée de jeu une plus grande ampleur que la mise en cause de la philosophie de Kant à laquelle il procède à la même époque. Il porte sur deux aspects complémentaires des *Discours à la Nation allemande* qu'il met en évidence de façon simultanée.

Fichte est pour lui tout d'abord un «anarchis[t]e» qui a contribué de manière déterminante à l'entreprise d'infection intellectuelle qui a contaminé l'Europe et singulièrement la France tout au long du XIX^e siècle, car, nous dit-il, c'est bien à la suite de la publication des *Discours à la Nation allemande* que Mme de Staël, à travers *De l'Allemagne*, a diffusé en France «les conceptions inachevées, les rêveries confuses et à peine larvées de ce qu'on appelait, par antiphrase, la pensée germanique». Cela a eu pour résultat que «le désordre, l'impropriété, l'inconséquence ont tout à fait pris possession de la pensée française [et en ont déformé] le sens»⁸⁴.

L'autre raison pour laquelle Maurras dénonce Fichte avec la vigueur la plus extrême tient au nationalisme dont les *Discours à la Nation allemande* sont l'expression. Alors qu'il ne voit en Kant qu'un anarchiste cosmopolite⁸⁵, il estime que Fichte est encore plus dangereux que l'auteur de la *Critique*. Pour lui, ce n'est ni plus ni moins qu'un «barbare de pur sang»⁸⁶, un «théoricien mystique de l'Allemanité»⁸⁷, et s'il l'attaque encore plus sévèrement que Kant, c'est en raison de la prétention même qui est à la base de son nationalisme:

Allemanité signifie humanité, universalité, *all-man*, tout homme. L'Allemagne est donc la seule héritière légitime de l'hellénisme. Encore dépasse-t-elle les conceptions

⁸⁴ Charles Maurras: L'annexion intellectuelle en 1895 (juillet 1895). In : Quand les Français ne s'aimaient pas, pp. 35-36.

⁸⁵ Cf. note 81.

⁸⁶ Cf. note 84, p. 28.

⁸⁷ Ibid., p. 30.

enfantines du monde grec, puisqu'elle s'élève à la notion du *plus que l'infini*: notion inébranlable, qui est celle de l'Être.⁸⁸

La prétention exprimée par Fichte revient aux yeux de Maurras – et en fonction de la logique qui est la sienne – tout simplement à dénier à la France ce qui, selon lui, constitue l'essence même de sa vocation telle que l'histoire l'a définie. Conformément à la conception binaire de l'histoire qui est la sienne, Maurras ne peut considérer Fichte que comme l'adversaire absolu de tout ce à quoi il s'identifie.

Kant et Fichte, dont Maurras fait les cibles prioritaires de ses polémiques antiallemandes avant 1914, sont à ses yeux des disciples de Luther, l'Allemand qui, au XVI^e siècle, avait rompu l'unité de la chrétienté et provoqué tous les soubresauts dont l'Europe avait été par la suite le théâtre.

La polémique contre tout ce que représentent à son avis les penseurs allemands – Goethe excepté – prend une tournure encore plus radicale sous sa plume à partir du début du conflit mondial. Elle est désormais de dimensions globales et dans ses écrits du temps de guerre, l'idée qu'il fait passer est que tous les maux dont souffre l'Europe ne sont en fait que des conséquences de la rupture avec l'universalisme de la civilisation dont l'Allemagne s'est rendue coupable depuis la Réforme:

Athènes s'était épanouie dans le symbole de la sagesse humaine et divine, mais c'était la couronne même de ses œuvres, le rêve de son art, l'expression et le signe d'une loi à laquelle elle obéissait. Rome s'est élevé des temples, mais en se prévalant de services séculaires rendus à toutes les races du monde. La chrétienté incarnait dans ses armes la volonté de Dieu, mais en commençant par considérer de combien de façons «*Paiens ont tort, Chrétiens ont droit*». Avec l'Allemagne, tout change: elle commence par dire *moi* et tout ce à quoi les autres peuples se subordonnaient, beauté, civilisation, science et religion, elle se le subordonne, à elle.⁸⁹

L'individualisme forcené auquel Maurras réduit l'histoire et la culture allemandes a contribué selon lui à transformer l'idéalisme individualiste allemand en un péril qui menace dans ses fondements l'humanité même. Car, estime-t-il, cet individualisme n'est pas demeuré simplement une attitude philosophique, mais s'est transformé en

⁸⁸ Ibid., p. 46.

⁸⁹ Charles Maurras: M. Boutroux et l'Allemagne (= AF, 17 octobre 1914). In: *Devant l'Allemagne éternelle*, p. 249.

principe même de fonctionnement de l'Etat allemand.⁹⁰ Selon lui, c'est cet individualisme qui a donné naissance au pangermanisme dont il décrit la genèse dans les termes suivants en 1914:

Nous avons beaucoup insisté pour faire recevoir de l'esprit public français l'explication de la barbarie scientifique par cette apothéose systématique du «moi» national, émanée directement de l'individualisme religieux institué par Luther, de l'individualisme moral établi par Rousseau et Kant, de l'individualisme technique et politique construit par Fichte. Cette série Luther-Rousseau-Kant-Fichte avec un débouché vers Nietzsche rend raison du pangermanisme qui n'est expliqué que par là.⁹¹

Ce que Maurras écrit sur le pangermanisme confirme que, pour lui, par définition, ce qui est barbare est germain, donc allemand et n'est pas conforme aux intérêts du genre humain.⁹² Ce jugement sans appel lui permet de justifier l'attitude de fermeture complète et de refus envers toute culture autre que la sienne qui caractérise son oeuvre. Dans le climat de la Guerre mondiale, cette attitude l'amenait à demander que soit mis fin au «schisme»⁹³ qui avait frappé au XVI^e siècle la civilisation, cette civilisation qui avait permis auparavant que la Grèce et sa fille, la France, accèdent aux plus hauts sommets de l'accomplissement de l'esprit humain; et il définissait ainsi l'enjeu du conflit:

La vie (...) de l'Europe moderne [est] suspendue au point de savoir qui vaincra, de l'individualisme germain venu de la Réforme et de la Révolution ou des idées générales qu'élabora le genre humain au cours d'un mouvement civilisateur qui trouva ses formes les plus complètes dans le catholicisme romain.⁹⁴

La victoire de la civilisation que Maurras appelait de ses vœux devait mettre l'Allemagne définitivement hors d'état de nuire à la civilisation. Afin d'atteindre cet objectif, concrètement, il n'existait à ses yeux qu'un moyen: mettre fin à l'existence de l'Etat unitaire allemand tel qu'il s'était constitué en 1871. D'où la recommandation

⁹⁰ Ibid., p. 252.

⁹¹ Charles Maurras: M. Boutroux et Kant (= AF, 9 et 12 décembre 1914). In: *Devant l'Allemagne éternelle*, p. 256.

⁹² Note 65, p. 190.

⁹³ Charles Maurras: La liberté d'esprit de l'université catholique (= AF, 23 novembre 1914). In: *Devant l'Allemagne éternelle*, p. 264.

⁹⁴ Ibid., p. 266.

qu'il adressait en avril 1916 aux gouvernements des pays ennemis de l'Allemagne et qui correspondait au but de guerre essentiel de l'Action française:

Si on peut (...) vaincre [l'Allemagne unie] comme à Iéna, il faut profiter de la victoire mieux qu'à Iéna et reprendre cette politique des traités de Westphalie qui, pendant 150 ans, sut tenir l'Allemagne à sa place en Europe, cette place qui, disait fort bien le poète Jean Moréas, n'est pas la première. Tant que dura leur siècle et demi de divisions territoriales, les Allemagnes furent paisibles.⁹⁵

Zusammenfassung:

Der monarchistische und nationalistische Publizist Charles Maurras gehört zu den französischen Autoren seiner Generation, die am intensivsten ihre Feindschaft gegen Deutschland und die Deutschen thematisiert haben. Die tief eingewurzelte Abneigung gegen alles, was mit dem „Erzfeind“ in Verbindung gebracht werden konnte, hatte im Fall des 1868 geborenen Führers der Action française gewichtige konjunkturelle Ursachen. Allerdings erscheinen in seinen Schriften die strukturellen Grundlagen einer von ihm als unüberwindlich angesehenen deutsch-französischen Gegnerschaft bei weitem tiefer eingewurzelt als die durch den verlorenen preußisch-französischen Krieg bedingte Abneigung gegen den mächtig gewordenen östlichen Nachbarn Frankreichs. Die Aversion, die Maurras gegen Deutschland stets zeigte, hatte ihre eigentlichen Wurzeln im philosophischen System – bzw. der „Weltanschauung“ – dieses Sohnes der Provence. Deutschland – das „Land Thule“ aus einem seiner frühen Texte – stand für den Südfranzosen und bewusst das Erbe des klassischen Griechenlandes antretenden Maurras in absolutem Gegensatz zu allen Werten, die für ihn in Frage kommen konnten. Von einigen wenigen Ausnahmen wie Goethe abgesehen, vertraten alle Erscheinungen der deutschen Kultur und des deutschen Geistes in seinen Augen den Verrat an der Ordnung der Welt, wie die Griechen sie in ihrer Blütezeit erkannt hatten und wie die Franzosen als ihre legitimen Erben sie zu pflegen berufen waren.

⁹⁵ Charles Maurras: L'unité allemande ou la monarchie allemande. (= AF, 17 avril 1916). In: La blessure intérieure. Paris 1918, pp. 241-242.

Es war die „Unordnung“, die die Deutschen als Barbaren in die Geschichte gebracht hatten, die Maurras zufolge zur Spaltung Europas und der Christenheit im Zeitalter der Reformation geführt hatte. Aus dieser Überzeugung leitete er das Recht ab, alle Strömungen unversöhnlich zu bekämpfen, die seines Erachtens im Namen des Individualismus der Kultur den Kampf ansagten: die Reformation, die Aufklärung, den Liberalismus, die Demokratie. Indem er sich ein solches Ziel setzte, hatte Maurras außer dem ihm verhassten Rousseau vor allem zwei Denker im Visier: Kant, den er als kosmopolitischen Anarchisten wie als quasi „*spiritus rector*“ der neuen französischen Republik hasste, und Fichte, den er ab 1895 nach Entdeckung von dessen *Reden an die deutsche Nation* als Erfinder des die Welt bedrohenden Pangermanismus immer wieder an den Pranger stellte.

Maurras' nie nachlassende Kampagne gegen den deutschen Geist mündete im Ersten Weltkrieg in die nachdrücklich vertretene Auffassung, alleine die Auflösung der deutschen Einheit und die Rückkehr zu den Verhältnissen, die in Europa nach dem Westfälischen Frieden geherrscht hatten, könnten Europas Zukunft sichern.

Dirk Stegmann

Die „Deutsche Zeitung“ 1917-1918

Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreiches

Friedrich Meinecke¹ hat, als er in seinen Erinnerungen 1946 die Frage nach der Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu beantworten suchte, den völkischen Nationalismus der Alldeutschen und der in der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei versammelten Gruppierungen als „genaues Vorspiel“ für den Aufstieg Hitlers charakterisiert. Seine frühe Präfaschismusthese hat die deutsche Geschichtswissenschaft, sieht man von Wehler², Thoß³ und einigen anderen Autoren⁴ einmal ab, nicht aufgegriffen. Dieser Beitrag versucht anhand neu aufgefundener Materialien noch einmal zu überprüfen, ob und wie weit sie stimmig ist.

Der Alldeutsche Verband (ADV), 1891 gegründet und seit 1908 unter der Leitung des Mainzer Rechtsanwalts Heinrich Claß, konnte im Verlauf des Ersten Weltkrieges seine Position als führender nationalistischer Agitationsverband entscheidend festigen. Er war es, der die seit Herbst 1914 zunächst verdeckte, dann seit Ende 1916 öffentlich vorgetragene Kriegszielbewegung der politischen Rechten strategisch lenkte.

Heinrich Claß war ein enger Freund vom einem der Initiatoren der Verbandsgründung, Alfred Hugenberg, der nach einer Karriere in der preußischen Ministerialbürokratie 1909 an die Spitze des Krupp-Direktoriums gelangt war. Spätestens seit dem Herbst 1913 gelang es Claß, auch enge Kontakte zu den Spitzen der agrarischen Eliten aufzubauen; die alldeutsche Verbandsführung wurde zu politischen Beratungen hinzugezogen, die die Führer des Bundes der Landwirte, Conrad Freiherr von Wangenheim und Gustav Roesicke, sowie die Spitzen der rheinisch-westfälischen

¹ Vgl. Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 50.

² Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 4. Bd. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, Frankfurt / Zürich / Wien 2003, S. 125f., besonders S. 128.

³ Vgl. Bruno Thoß: Nationale Rechte, militärische Führung und Diktaturfrage in Deutschland 1913-1923, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 42 (1987), S. 35-60.

⁴ Vgl. Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.

Schwerindustrie um Alfred Hugenberg (Krupp) und Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat) in dem damals in Leipzig gegründeten so genannten Kartell der schaffenden Stände⁵ pflegten. Dieses lockere Bündnis, dem auch Vertreter des Alten Mittelstandes in Handwerk und Kleingewerbe im Reichsdeutschen Mittelstandsverband affiliiert waren, verstand sich als Defensivkoalition gegen eine befürchtete Neuorientierung der deutschen Politik nach dem Linksruck bei den Reichstagswahlen von 1912, die die SPD zur stärksten Fraktion im Reichstag gemacht hatten, was erst durch ein Wahlbündnis von SPD und Fortschrittlicher Volkspartei möglich geworden war.

Nach Kriegsausbruch suchten die im Kartell verbundenen Gruppen die Regierung auf weitreichende Kriegsziele festzulegen. Deren Leitlinien – nach Westen wie nach Osten – wurden von Claß formuliert, der in allen Fragen eng mit Hugenberg kooperierte. Seine Kriegszielenkschrift, bereits Anfang September 1914 verfasst und am 22. Dezember 1914 an einen ausgesuchten Freundeskreis verschickt⁶, blieb – ungeachtet aller Abweichungen im Detail – auch Handlungsmaxime des Kartells der schaffenden Stände: Inbesitznahme Hollands, Luxemburgs, Belgiens mit der flandrischen Küste, von Teilen Nordfrankreichs mit den Erzgebieten von Longwy-Briey, im Osten Anschluss der baltischen Länder, Teilen von Weißrussland und der Ukraine. Ziel hier war vor allem Landnahme, möglichst „frei von Menschen“, insgesamt weiträumige Zurückdrängung Russlands nach Osten.⁷ Eine öffentliche Kriegszieldebatte konnte jedoch aufgrund der Burgfriedenspolitik der Regierung, die das innenpolitische Klima mit Rücksicht auf SPD und Freie Gewerkschaften nicht belasten wollte, und der Pressezensurpolitik der Militärbehörden bis zur Freigabe der Kriegszielerörterungen durch die Regierung Ende 1916 nicht geführt werden, zum Leidwesen der Kartellgruppen. Sie hatten sich davon eine weitreichende Nationalisierung der sozialdemokratischen Massen versprochen und gehofft, man könne eine Umformung der SPD hin zu einer nationalen Arbeiterpartei erreichen und dabei die Führer der Partei von den

⁵ Vgl. dazu Dirk Stegmann: Die Erben Bismarcks. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln / Berlin 1970, S. 360ff.; auf eine Auseinandersetzung mit der kontroversen Literatur zum Kartell der schaffenden Stände wird an dieser Stelle verzichtet.

⁶ Staatsarchiv Lübeck, NI Neumann Nr. 13.

⁷ Vgl. zuletzt zusammenfassend zum ADV: Rainer Hering: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 40), Hamburg 2003.

„Geführten“ trennen.⁸ Nicht zuletzt glaubte man zudem, durch die Proklamierung weitreichender Kriegsziele auch von dem gefürchteten Ruf nach innenpolitischen Reformen im linken Lager ablenken zu können.

Mit der erzwungenen Freigabe einer öffentlichen Kriegszieldiskussion Ende 1916 entstand eine neue Situation. Die bisher nur mit geheimen Denkschriften und mit Sitzungen in geheimen Konventikeln arbeitenden Kriegszielausschüsse konnten sich jetzt öffentlich präsentieren. Hier spielte der Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden, den der alldeutsche Historiker Dietrich Schäfer von der Universität Berlin gründete und hinter dem das Geld der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie um Alfred Hugenberg und seinen Freundeskreis stand, eine zentrale Rolle. Mit seinen Geldmitteln konnte eine breit angelegte Propaganda für weitreichende Kriegsziele inszeniert werden. Gegenründungen wie etwa der der Reichsregierung nahestehende, moderate Kriegsziele verfolgende Deutsche Nationalausschuss für einen ehrenvollen Frieden konnten dem nicht Paroli bieten.

Der Aufbau einer nationalistischen Öffentlichkeit 1917

Nach der Februarrevolution in Russland und dem Eintritt der U.S.A. in den Krieg im Frühjahr 1917 vollzog die kaiserliche Regierung den von den Kartellgruppen befürchteten innenpolitischen Schwenk: In der Osterbotschaft des Kaisers vom April 1917 wurde, wenn auch äußerst vage, eine Wahlrechtsreform für Preußen angekündigt. Diese Pläne alarmierten endgültig die Gruppen, die hinter dem Kartell standen, insbesondere den ADV, der sich als Speerspitze der Nationalen Opposition verstand. In den Vordergrund der Überlegungen rückte jetzt die Verbesserung der publizistischen Präsenz, vor allem in der hauptstädtischen Presselandschaft in Berlin. Hugenberg und seine Freunde hatten bereits 1916 den „Berliner Lokalanzeiger“ als Massenblatt erworben; jetzt folgte Anfang 1917 der Kauf der „Berliner Neuesten

⁸ DZA I, (die seinerzeit im Deutschen Zentralarchiv Potsdam eingesehenen Bestände des ADV lagern jetzt im BA Berlin), ADV Nr. 204 a, v. Gebtsattel an Claß, 12.9.1914: „Glauben Sie, dass es möglich ist (...) unsere Sozialdemokraten als monarchisch-soziale Partei zu organisieren?“

Nachrichten“ (BNN), des ursprünglich linksnationalliberalen „Deutschen Kuriers“ und der „Deutschen Warte“.⁹

Auch der ADV selbst blieb nicht untätig. Er hatte bis dahin keine eigene Tageszeitung besessen; zwar hatten zahlreiche Zeitungen der politischen Rechten in Berlin und in der Provinz mehr oder weniger explizit seine außenpolitischen Zielsetzungen bis dahin unterstützt – so in Berlin die „Post“, die BNN oder die „Tägliche Rundschau“ –, als eigene publizistische Plattform fungierten jedoch lediglich die „Alldeutschen Blätter“ als Verbandsorgan, das aber nur die Mitglieder erreichte. Das sollte jetzt anders werden.

Am 10. Dezember 1916 versandte ein vorbereitender Ausschuss eine Zeichnungsliste, die für Geldmittel zur Durchführung eines „geplanten völkischen Zeitungsunternehmens“¹⁰ warb. Bedeutsam ist die Liste der Unterzeichner: Eingetragen hatten sich Privatlehrte wie Houston Stewart Chamberlain, Schwiegersohn Richard Wagners und einer der Häupter des Bayreuther Kreises, der Industrielle und Flugpionier Ferdinand Graf von Zeppelin oder das Herrenhausmitglied Otto Fürst zu Salm-Horstmar, dazu Mitglieder der alldeutschen Führungsgruppe wie der bayerische General a. D. Konstantin Freiherr von Gebattel oder der Altonaer Landgerichtsdirektor Karl Lohmann, die alle zum engeren Freundeskreis von Claß zählten. Hinzu trat eine große Anzahl von klein- und mittelbetrieblichen Fabrikanten und Kaufleuten; das größte Kontingent stellte Preußen, aber auch Bundesstaaten wie Hessen, Thüringen, Bayern und Baden waren vertreten, während die Hansestädte Hamburg und Bremen nahezu fehlten, sieht man von Lübeck ab. Im Bereich des Bildungsbürgertums zeichneten höhere Justizbeamte, vor allem Richter, dann Ärzte, Rechtsanwälte, Verleger und einige wenige Universitätsprofessoren (Just von Seelhorst [Göttingen]; Karl Vollmöller [Dresden] und H. Koch [Breslau]) Geldbeträge. Die ländliche Gesellschaft, und hier der landwirtschaftliche Großbesitz, verteilten sich auf wenige bürgerliche und adlige Rittergutsbesitzer, wobei die großen Namen Preußens allesamt fehlten. In Preußen vertreten war vor allem die Provinz Pommern (von Borcke-Labes; Ernst von Hertzberg-Lottin; von Weiher-Gans), dann als ländlicher Bundesstaat Mecklenburg (Landrat von Arenstorff-Zahren). Die rheinisch-westfälische Großindustrie war

⁹ Vgl. dazu die grundlegende Arbeit von Dankwart Guratzsch: *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums* (Studien zur modernen Geschichte 7), Düsseldorf 1974, S. 183ff.

¹⁰ Exemplar in: ADV Nr. 177a; BA Koblenz, NI Hugenberg Nr. 167; Guratzsch (wie Anm. 9), S. 304.

namentlich allein durch Emil Kirdorf repräsentiert. Die weitere Gruppe um Hugenberg stand nicht auf der Zeichnungsliste, war tatsächlich jedoch mit den höchsten Zeichnungsbeiträgen überhaupt dabei. Bereits im Januar 1917 zahlte Hugenberg¹¹ einen größeren „Vorschuss“, im Herbst 1917 beteiligte er sich mit seiner damals gegründeten Verlagsgesellschaft Vera mit 20 Prozent am Unternehmen, und im Sommer 1918 schließlich brachte er aus den Mitteln der von ihm und seinem Freundeskreis gegründeten Wirtschaftlichen Gesellschaft weitere 500.000 Mark ein. Im schwerindustriellen Lager der Geldgeber überhaupt nicht vertreten war die gesamte Saarindustrie und auch nicht die oberschlesische Industrie; ebenfalls fehlten die Großbanken, die Elektroindustrie und die großen Versicherungsgesellschaften. In Berlin hatte sich mit relativ kleinen Beträgen (10.000 Mark) die Firma Borsig beteiligt, und als weiterer Treuhänder für Hugenberg agierte hier der Berliner Generaldirektor Marc Fuchs, der Leiter eines Chemieunternehmens (J. D. Riedel AG).

Die Quellen erlauben es nicht, sämtliche Zeichner zu eruieren; es steht allerdings fest, dass man auch in Norddeutschland erfolgreich war, die „Freunde an der Wasserkante“¹², die „Nordische Gruppe“, zeichneten allein mehr als 600.000 Mark, prominent waren hier neben mutmaßlichen Zeichnern aus Bremen (wahrscheinlich Ludwig Roselius [Kaffee HAG]) und Hamburg vor allem Lübecker Großkaufleute (Emil Possehl; Senator Johann Neumann).¹³ In Süddeutschland war das Echo dagegen wesentlich geringer; als Werber trat hier der Münchener Arzt Otto H. Hopfen¹⁴ auf. Aktivposten im nördlichen, protestantischen Bayern war Reichsrat Anton v. Rieppel (MAN), der auch 1916 in den Alldeutschen Verband eingetreten war. Houston Stewart Chamberlain fungierte als Förderer und Werbender im so genannten Bayreuther Kreis und trat auch direkt an Siegfried Wagner heran, um diesen als Förderer zu gewinnen.¹⁵ In Baden beteiligte sich der Landmaschinenhersteller Lanz aus Mannheim treuhänderisch mit 200.000 Mark, aus der Chemieindustrie stellten kleinere Industrielle wie Kommerzienrat Alexander Wacker (Lindau) Fördermittel zur Verfügung ebenso wie der Hoechst-Direktor Max Epting oder die Sektkellerei Kupferberg aus Mainz. Weitere Geldmittel wurden durch den Grafen Zeppelin einge-

¹¹ Vgl. Guratzsch (wie Anm. 9), S. 305; Werbeauflistungen, in: ADV Nr. 177a.

¹² ADV Nr. 177a, Schriftwechsel Claß mit O. H. Hopfen; Zeichnungsauflistungen.

¹³ Vgl. ADV Nr. 177a, Possehl (Lübeck) an Hopfen, 18.12.1916.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

worben.¹⁶ Im agrarischen Osten schließlich suchte der pommersche Rittergutsbesitzer Richard Pretzell¹⁷ seine Standesgenossen zu gewinnen. Detaillierte Zahlen der Zeichner fehlen hier in den Quellen, man kann jedoch davon ausgehen, dass auch bedeutende Geldmittel rekrutiert wurden. Der Werber Otto H. Hopfen sprach davon, dass Pretzell sich „Berge (...) von Geld“¹⁸ verspreche. Das Eis wurde hier anscheinend erst Ende 1917 endgültig gebrochen; einen scharf antisemitisch gehaltenen Werbeauftrag für die neue Zeitung unterschrieben damals namhafte adlige Rittergutsbesitzer.¹⁹ Insgesamt jedoch dominierte das besitzbürgerliche Deutschland.

Bis Ende 1916 wurden von rund 300 Beiträgern – Zeichnungen konnten ab 1000 Mark Einlage begeben werden – 1.830.000 Mark²⁰ eingeworben. Angestrebt wurde früh eine Kapitalerhöhung; Claß²¹ plante bereits im Frühjahr 1917 ein Stammkapital von 6 Millionen Mark ein, im Sommer war bereits von 7 Millionen die Rede.²² Im April 1918 schließlich wurde innerhalb des ADV eine eigene Werbeabteilung eingerichtet, nachdem bereits seit 1917 eine „Vereinigung der Freunde der Deutschen Zeitung“²³ (Fürst Salm-Horstmar, Medizinalrat Kupferberg, von Rieppel, Geheimer Kommerzienrat Wacker) mit Erfolg tätig gewesen war.

Das Ausmaß dieser finanziellen Dotation zeigt, dass der radikale Nationalismus, den der ADV seit Kriegsbeginn offensiv proklamiert hatte, während des Weltkrieges im Besitz- und Bildungsbürgertum deutlich an Zuspruch gewonnen hatte. Dafür steht auch die Entwicklung der Mitgliederzahl des ADV selbst: bei Kriegsausbruch hatte sie ca. 18.000 betragen und war bis zum Spätherbst 1918 auf mehr als 36.000²⁴ angestiegen. Mit Unterstützung von Emil Kirdorf (seit 1915 Mitglied der Hauptleitung, des Führungsgremiums des Verbandes) und Alfred Hugenberg konnte zudem 1917 die Geschäftsstelle des ADV von Mainz nach Berlin verlegt werden.

¹⁶ Vgl. ADV Nr. 177a, Hopfen an Claß, 26.11.1916.

¹⁷ Ebenda, Aufstellungen von der Hand Hopfens vom 14. Mai 1918. Pretzell trat 1917 in den ADV ein und wurde Mitglied des Vorstands.

¹⁸ Ebenda, Hopfen an Claß, 5.9.1917.

¹⁹ Vgl. Stegmann (wie Anm. 4), S. 397, Anm. 185.

²⁰ ADV Nr. 177a, Claß an Hopfen, 27.12.1916.

²¹ Ebenda, Werbeschreiben, unterzeichnet von Hopfen und Pretzell, o. D., vermutlich Frühsommer 1917; ADV Nr. 244, Claß an Zerbst-Braunschweig und an Beutler-Dresden, 1.3.1917.

²² Zirkular vom Juni 1917, das in die Hände des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ gelangt war: Nr. 148, 28.6.1917, Millionenfonds zur Stärkung der Reaktion.

²³ ADV Nr. 244, C. C. Eiffe an O. Fürst Salm-Horstmar, 27.8.1917.

²⁴ Zahlen nach Edgar Hartwig: „Alldeutscher Verband“, in: Lexikon der Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 1, Köln 1983, S. 13.

Am 9. Januar 1917 wurde als Presseholding die Neudeutsche Verlags- und Treuhand GmbH (NVTG) mit einem Kapital von vorerst 2 Millionen Mark in Berlin gegründet. Als Zweck der Gesellschaft war „Gründung oder Erwerb sowie Betrieb von Verlagsunternehmungen aller Art, gegebenenfalls auch einer Druckerei; Übernahme der Verwaltung und Vertretung fremder Interessen bei solchen Unternehmungen“²⁵ im Handelsregister angegeben, also ein breit aufgestelltes Presseunternehmen. Vorsitzender des fünfköpfigen Aufsichtsrates wurde Heinrich Claß, die restlichen Mitglieder waren ebenfalls führende Alldutsche.

Die „Deutsche Zeitung“ als alldutsches Kampfblatt

Die „Deutsche Zeitung“ (DZ) in Berlin war erstes Kaufobjekt des neuen alldutschen Verlagsunternehmens; sie wurde Mitte Februar 1917 von der Deutschen Zeitungsgesellschaft erworben. Der Kaufpreis betrug lediglich 150.000 Mark²⁶ für das heruntergewirtschaftete Blatt. Die Deutsche Zeitungsgesellschaft wiederum, der die Zeitung bis dahin gehörte, war erst unmittelbar zuvor, nämlich im Januar 1917, in den Besitz von Hugenberg und seiner engeren Gruppe übergegangen.

Die DZ war 1896 von Friedrich Lange, dem ersten so genannten Bundeswart des antisemitischen Deutschbundes (1894) gegründet worden; seit 1908, als das Blatt stark an Auflage verloren hatte, hatte sich der Einfluss industrieller und agrarisch-konservativer Geldgeber verstärkt. Engagiert in der damals gegründeten Deutschen Zeitungsgesellschaft, zu der die Zeitung jetzt gehörte, war das konservativ-agrarische Deutschland²⁷, unter anderem vertreten durch mehrere hochrangige preußische Rittergutsbesitzer wie von Graf von Tiele-Winkler, von Rohr oder von Arnim, dann der Hauptverein der Deutsch-Konservativen Partei selbst, dazu der konservative Berliner Druckereibesitzer Georg Büxenstein sowie das schwerindustrielle Lager durch die Gruppe um Hugenberg. Die engere Hugenberg-Gruppe kaufte sich dann Anfang 1917 allein in die Deutsche Zeitungsgesellschaft ein.

²⁵ Zeitungs-Verlag 18, Magdeburg, Nr. 8, 23.2.1917, Sp. 197.

²⁶ BA Koblenz, Nl. Hugenberg, Claß an Hirsch (Essen), 2.2.1917.

²⁷ Vgl. die Zeichnungslisten der Deutschen Zeitungsgesellschaft bei Guratzsch (wie Anm. 9), Anhang 24.

Die DZ wurde nun im großen Stil umstrukturiert und ein neues Redaktionsteam gebildet.²⁸ Politischer Direktor wurde Lutz Korodi (1867-1954), der sich in alldeutschen Kreisen als Vorkämpfer des Deutschtums in Siebenbürgen einen Namen gemacht hatte. Zum neuen Hauptschriftleiter wurde zunächst bis Ende Juli 1917 der alldeutsche Publizist Franz Sontag (1883-1961) bestellt, von 1911 bis 1913 bei der schwerindustriellen „Post“, danach Leiter des Verbandsorgans des ADV, der „Alldeutschen Blätter“. Auf Sontag folgte als erster politischer Schriftleiter, verantwortlich für innere und auswärtige Politik, Ewald Beckmann, bis dahin Schriftleiter der alldeutschen „Goslarschen Zeitung“. Der Kern der Mitarbeiter kam also aus dem dezidiert alldeutsch-nationalistischen Milieu. Als Mitarbeiter in herausgehobener Stellung fungierte Otto Eichler, der erfahrene langjährige politische Hauptschriftleiter der schwerindustriellen BNN. Nach dessen Tod im Juli 1917 rückte als politischer Redakteur Wilhelm Ackermann nach, der ebenfalls von dieser Zeitung kam.²⁹ Den Kulturteil („Kunst und Wissenschaft“) übernahm als verantwortlicher Redakteur Tim Klein (bis September 1917, dann redaktionell in der Pressearbeit der Deutschen Vaterlandspartei tätig). Klein (geb. 1870), Pfarrerssohn, im Krieg u. a. Verfasser populärer Bücher über Bismarck (1915) und Luther (1917), avancierte nach 1918 zum langjährigen Feuilletonchef der „Münchener Neuesten Nachrichten“.

Beckmann, dessen polternder Argumentationsstil zunehmend für Irritationen bei Claß sorgte, weil er bei seinen Artikeln die „nötige Biagsamkeit“³⁰ vermisste, vor allem in der Behandlung der Nationalliberalen Partei und hier insbesondere Gustav Stresemanns im Frühjahr 1918, wurde am 1. Oktober 1918 durch Reinhold Wulle (1882-1946) ersetzt, bis dahin Hauptschriftleiter der alldeutsch-schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen, 1920-1924 Reichstagsabgeordneter (DNVP, seit 1922 Deutsch-Völkische Freiheitspartei, die er mitbegründet hatte). Auch der neue Feuilletonchef, O. A. Schneider, war von dieser Zeitung abgeworben worden. Drucker der DZ blieb weiterhin der Berliner Buxenstein-Konzern.

Die Zeitung erschien werktags zweimal, morgens und abends, und dann noch einmal am Sonntagmorgen. Der großzügige Ausbau zu einem konkurrenzfähigen

²⁸ Jeweilige Angaben nach dem Impressum der DZ; Handbuch Deutscher Zeitungen, hrsg. vom Kriegspresseamt. Berlin 1917, Nachtrag, S. XII; DZ, Nr. 487, 24.9.1918, An unsere Leser! (Betrachtung von R. Wulle).

²⁹ Vgl. ADV Nr. 118, Claß in der Ausschusssitzung des ADV am 13.4.1918.

³⁰ Ebenda.

großstädtischen Blatt zeigt sich auch darin, dass eine Beilage unter dem Titel „Deutscher Herold“ und eine neue Bildbeilage geschaffen wurden, die „Kriegsbilder der DZ“. Hatte die Vorkriegsauflage unter 15.000 gelegen und beim Verkauf im Januar 1917 kaum mehr als 11.000³¹ betragen, so stieg sie bis zum Herbst 1917 auf 21.000³² an und kletterte bis Anfang 1918 auf 37.000 Exemplare³³, das war mehr als das Doppelte der Vorkriegsauflage. Mit einer geplanten 20.000er Auflage – so die interne Rechnung der Gründer³⁴ – hatte die DZ bereits die jeweilige Auflagen der konservativen Hauptstadtresse („Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“), der schwerindustriellen Presse („Post“, BNN, „Deutscher Kurier“, „Deutsche Warte“) oder der Zentrumsresse in Berlin („Germania“) überflügelt.

Geschuldet war die gestiegene Resonanz auf das Blatt sicherlich auch der Tatsache, dass neben der alldeutschen Führungsspitze, die mit Namensbeiträgen auftrat (Claß, von Gebattel), auch prominente alldeutsche Professoren wie Justus Hashagen, Eduard Meyer, Dietrich Schäfer oder Rudolf Eucken, nationalistische Publizisten wie Hans Freiherr von Liebig oder Houston Steward Chamberlain, nationalkonservative Publizisten wie Wolfgang Eisenhart („Kreuzzeitung“), Herrenhausmitglieder wie Admiral Ferdinand von Grumme-Douglas und Otto Fürst Salm-Horstmar und endlich prominente Mittelstandspolitiker wie Georg W. Schiele, ein Intimus des Mitbegründers der Deutschen Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, in der DZ publizierten. Auch General August Keim, der Vorsitzende des Deutschen Wehrvereins, kam zu Wort. Ein Werbezirkular vom März 1917 führte zudem führende Vertreterinnen des konservativen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung als Beiträgerinnen auf (Margarete Boehm, Marie Diers, Agnes Harder, Käthe Schirmmacher).³⁵

Als Blatt der NDTG erschien die DZ dann erstmals am 1. April 1917 mit dem Untertitel „Unabhängiges Tageblatt für nationale Politik“. Ein Werbeauftrag³⁶ betonte, die Zeitung sei dem „deutsch-nationalen Gedanken“ verpflichtet, präzisierte dann, dass ihr die „völkischen Belange über alles gehen“ und dass sie „jeden schädigenden und zer-

³¹ Guratzsch (wie Anm. 9), S. 304, Anm. 681.

³² Handbuch Deutscher Zeitungen (wie Anm. 28), S. XII.

³³ DZA I (jetzt BA Berlin), NI v. Gebattel Nr. 5, v. Liebert an v. Gebattel, 23.1.1918; vgl. auch die ähnlichen Zahlen bei Guratzsch (wie Anm. 9), S. 304.

³⁴ Vgl. ADV Nr. 244, v. Vietinghoff an Freiherr v. Liebig, 23.2.1917.

³⁵ Vgl. DZA II (Merseburg, jetzt GStA), Rep. 77, tit. 949 Nr. 2, Bd.2, An die Leser der Deutschen Zeitung! (Werbeauftrag).

³⁶ Abgedruckt in: Alldeutsche Blätter Nr. 26, 23.6.1917.

setzenden Einfluss im deutschen Volkskörper“ bekämpfen werde. Das war das Vokabular der neuen politischen Rechten, das zu diesem Zeitpunkt bereits unterschwellig, aber noch nicht explizit antisemitisch konnotiert war. Das Epitheton „völkisch“ stand dabei aber je länger je mehr für eine entschieden antisemitische Haltung. Ein wenig später erschienenenes Werbezirkular³⁷ formulierte die weiter gefassten politischen Zielsetzungen der NDTG. Auch hier schlug das „neudeutsche“ Vokabular durch: Es sei die „Stärkung der völkischen Presse an den verschiedenen Teilen des Reiches ins Auge gefasst“, dazu sei erstens der Ausbau der DZ „zu einem wirklich führenden Blatt“ nötig, und in einem zweiten Schritt müsse die „völkisch zuverlässige Provinzpresse (...) so leistungsfähig gemacht werden, dass sie den örtlichen zersetzenden oder gleichgültigen Zeitungen Widerstand“ leisten könne:

„Die Schwäche der Regierung, die Anmaßung der sozialistischen Führer, die steigende innere Haltlosigkeit und Verwirrung, das Drängen der rein händlerisch-geldmäßig gerichteten Kreise auf schnellen Frieden um jeden Preis – alle diese Erscheinungen sprechen eine deutliche Sprache“.

Mit der DZ als Kampfblatt gegen die Regierung Bethmann Hollweg gelang es Claß überdies, in Berlin so etwas wie ein Kartell³⁸ der nationalen Presse ins Leben zu rufen: Die zur Hugenberg-Gruppe gehörenden Zeitungen, weiter die „Tägliche Rundschau“ sowie die konservative Hauptstadtpresse verfolgten jetzt gemeinsam einen Kurs der Konfrontation gegenüber die Reichsregierung in der Innen- und Außenpolitik.

Auch mit der ‚nationalen‘ Provinzpresse gab es abgestimmte Absprachen: sie wurde vor allem durch die Zuweisung von lukrativen Inseraten der Großindustrie, Hand in Hand mit den dafür von Hugenberg ins Leben gerufenen Pressestützungs-Unternehmungen finanziell gestärkt. Dafür stand einmal die bereits vor Kriegsausbruch am 6. März 1914 gegründete Ausland GmbH und dann die wenig später gegründete Ausland Anzeigen GmbH (ALA)³⁹ zur Verfügung, die die Anzeigenvergabe der

³⁷ Vgl. Werbezirkular von Claß, aufgegriffen vom „Hamburger Echo“, Nr. 148, 28.6.1917, Millionenfonds zur Stärkung der Reaktion.

³⁸ Vgl. ADV Nr. 208, Claß an Keim, 3.5.1917: „Es ist bereits jetzt in Berlin schon etwas wie ein Kartell der nationalen Presse entstanden, das auch auf die Provinzen ausgedehnt werden soll“. Ziel sei ein „nationales Trommelfeuer gegen die Wilhelmstraße“.

³⁹ Vgl. dazu Guratzsch (wie Anm. 9); Claß stand hier in engem Kontakt zu Hugenberg, vgl. etwa ADV Nr. 179/1, Claß an Hugenberg, 21.2.1918: „Die Frage nach der Benennung von zwei geeigneten Herren für die Ala in Wien habe ich mir durch den Kopf gehen lassen“. Die schwerindustrielle Anzeigenpolitik führte 1917/18 zu

Industrie im Inland strategisch bündelte⁴⁰; auch die DZ selbst profitierte in großem Umfang von der reichlichen Vergabe von Inseraten aus dem großindustriellen Lager. Weiteres Instrument der Beeinflussung der Provinzpresse war die im Oktober 1917 von Hugenberg neu gegründete Vera-Verlagsanstalt GmbH. Die Vera erwarb Minderheitsbeteiligungen „von nicht über 20%“⁴¹, vorrangig an „nationalen“ Provinzzeitungen, die Claß, der auch hier eng mit Hugenberg zusammenarbeitete⁴², vermittelte, wenn Verleger und Chefredakteure von defizitären Zeitungen sich hilfeschend an ihn wandten. Beispiele für solche finanziellen Stützungsaktionen im Jahre 1917 sind etwa die Würzburger „Bayerische Landeszeitung“ und die „Frankfurter Nachrichten“.⁴³ Im April 1918 teilte Claß Hugenberg etwa vertraulich mit, dass „folgende Zeitungen zu verkaufen sind: 1) Lippesche Tageszeitung 2) Fürther Tageblatt und 3) Celler Kurier“; einen Tag später schob er weitere Blätter nach, über die man gemeinsam sprechen wollte.⁴⁴ Im Sommer 1918 ging es um die „Trierer Zeitung“ und die „Nahezeitung“⁴⁵, alles kleine Provinzblätter. Claß zeigte sich damals je länger je mehr überzeugt, dass „nur durch die kleinere Presse in größtem Maße Einfluss auf die weitesten Schichten des deutschen Volkes genommen werden kann.“⁴⁶

Die Herausgabe einer Tageszeitung mit überdeutlicher Nähe zum ADV wurde dabei im alldeutschen Lager selbst nicht kritiklos aufgenommen. Ein Teil der Kritiker monierte, dass die Zeitung nach außen nun als verbandsoffiziell wahrgenommen

einer öffentlichen Kontroverse, vgl. Der Kampf um die Ala, Berlin 1918, dort S. 10ff., besonders der Aufsatz von Walter Goetz: Die Vaterlandspartei, ursprünglich im „Leipziger Tageblatt“, 25.2.1918.

⁴⁰ Vgl. Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Nr. 300193000/12, P. Reusch an Haniel, 7.5.1914, betont das Instrument der Anzeigenvergabe, um „der gesamten ausländischen wie inländischen Presse gegenüber eine mächtige Waffe in der Hand zu haben“. Laut einer Aufstellung für Haniel vom 6.5.1917 zahlten damals als größte Beiträger allein die Phoenix AG (Beukenberg) 57.894 Mark jährlich, Krupp 140.000, GBAG (Kirdorf) 60.860, die GHH (Reusch) 35.554 und Deutsch.-Lux. und die weiteren Stinnes-Zechen 53.268 Mark ein; dazu kamen 14 weitere Firmen, vornehmlich aus dem Ruhrgebiet und der Saar (Röchling). Basis für die Zahlungen waren vermutlich die Arbeiterzahlen der Werke.

⁴¹ Guratzsch (wie Anm. 9), S. 202ff.; vgl. auch das interne Rundschreiben der Vera vom Februar 1918 in: ADV Nr. 179/1.

⁴² Vgl. ADV Nr. 244, Claß an Gertung (MAN), 26.7.17; Gertung, MAN-Direktor und Vertrauter v. Rieppels, war Mitglied im vierköpfigen Führungszirkel der Vera, vgl. Guratzsch, Anhang 15.

⁴³ Vgl. ADV Nr. 244, Keim an Claß, 3.3.1917; Keim empfahl die Stützung der Zeitung mit seinen 75.000 Abonnenten als „Gegengewicht gegen das Giftblatt ‚Frankfurter Zeitung‘“; Memminger („Bayerische Landeszeitung“, Würzburg) an Claß, 23.7.1917, betr. Stützung; v. Rieppel an Claß betr. „Münchener Neuesten Nachrichten“, 10.7.1917.

⁴⁴ Vgl. ADV Nr. 179/1, Claß an Hugenberg, 2.4.1918; Ders. an Dens., 5.4.1918.

⁴⁵ Vgl. ADV Nr. 245/1, ADV-Hauptleitung an Schönherr (Trier), 29.7.1918; Dies. an Limpert, 29.7.1918.

⁴⁶ Ebenda, ADV- Hauptleitung, zitiert Claß, an Schönherr, 29.7.1918.

werde, auch wenn Claß⁴⁷ selbst nicht müde wurde zu betonen, dass trotz der alldeutschen Mehrheit der Zeichner die DZ überparteilich-national und kein Blatt des ADV sei, stünden doch viele der Unterstützer dem ADV als solchem fern bzw. seien nicht Mitglieder. Insofern sei das Blatt „unabhängig“ und keinesfalls Sprachrohr des Verbandes. Ein weiterer Kritikpunkt war schwerer zu entkräften: Der ADV hatte bis dahin immer betont, nur nationalpolitische Ziele zu vertreten, insonderheit für eine starke deutsche Außenpolitik einzutreten. Als Tageszeitung komme die DZ aber nicht umhin, so die Kritiker⁴⁸, auch zu innenpolitischen Fragen Stellung nehmen zu müssen, was den Verband angesichts unterschiedlicher parteipolitischer Positionen der Mitglieder womöglich sprengen könnte. Hier fuhr die Verbandsführung um Claß eine Doppelstrategie, denn verbands offiziell, im Vorstand und auf Verbandstagen⁴⁹, wurde weiterhin betont, der ADV nehme zu Wahlrecht und Parlamentarisierung selbst keine Stellung, tatsächlich aber engagierte sich die DZ von Anfang an gegen jede innenpolitische Reformpolitik. Claß selbst hatte schon im Februar 1917 bei Kuno Graf von Westarp von der deutsch-konservativen Parteileitung nachgefragt, wie diese sich zu einer womöglich geplanten Wahlrechtsreform in Preußen verhalten werde, wobei er selbst unmissverständlich klar machte, dass „man jede Änderung des preußischen Wahlrechts bekämpfen sollte“⁵⁰.

Eine dritte Kritikergruppe, die „deutschvölkischen Alldeutschen“ im Verband, d.h. die radikalen Rasseantisemiten, monierten den Kurs der DZ als zu lasch, vor allem im literarischen Teil: Der Oberlehrer Prof. Kraeger⁵¹, der von „Blutsdeutschen“ sprach und die „Rassenfrage“ anmahnte, machte sich zum Sprecher dieser Gruppe, als er im März 1918 kritisierte, das Feuilleton werde nicht gerade „mit Freude“ gelesen, bringe es doch Artikel, „die mehr oder weniger mit dem jüdischen Lager verknüpft sind“. Auch seien „einzelne Anzeigen bedenklich“, da sie Annoncen jüdischer Verlage zum Abdruck brächten, so dass auf diese Weise die „Literaturjuden“ auf das „deutsche Volk losgelassen werden“.

⁴⁷ Vgl. ADV Nr. 505/1, Rundschreiben der Hauptleitung vom 28.2.1917, unterzeichnet von Claß.

⁴⁸ Ebenda. M. Dressler, Chefredakteur des alldeutschen „Kölner Tageblatts“, an Claß, 23.3.1918; er hatte bereits im November 1916 eine Denkschrift in diesem Sinne an Claß gesandt.

⁴⁹ Vgl. ADV Nr. 113, Claß in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 14.4.1917; ADV Nr. 114, Claß in der Sitzung am 7.7.1917.

⁵⁰ BA Koblenz, NI Westarp Nr. 18, Claß an Westarp, 19.2.1917, Unterstreichung i. O.

⁵¹ ADV Nr. 505/1, Kraeger an Claß, 13.3.1918.

Zur Programmatik der „Deutschen Zeitung“

1. Militärdiktatur

Die DZ startete mit einem Leitartikel „Bismarck“, der von Claß persönlich stammte (Nr. 167, 1.4.1917), Chamberlain beschwor in der nächsten Ausgabe den „Deutschgedanken“ (Nr. 168, 2.4.17), und der konservative Publizist und zeitweise Leitartikler der „Kreuz-Zeitung“ Wolfgang Eisenhart die „Erneuerung“ der deutschen Politik (Nr. 178, 7.4.17). Konkret hieß das unbedingtes Festhalten an den Prinzipien der Bismarckschen Reichsverfassung, vor allem kein Rütteln an der Prärogative des Kaisers, Verteidigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und bedingungsloses Eintreten für einen „Deutschen Frieden“ (Nr. 224, 3.5.17; ebenso: Der Friede und Deutschlands Zukunft, Nr. 226, 4.5.17); diesen müsse die Oberste Heeresleitung diktieren, nicht die „schwächliche“ zivile Reichsleitung oder gar der Reichstag. Die immer drängender vorgetragene Devise lautete: „Herr von Bethmann Hollweg, Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident, muss fort von seinem Platz!“ (Nr. 348, 12.7.17, Die Lösung der inneren Krise).

Die so genannte Friedensresolution vom Sommer 1917, hinter der die Mehrheitsparteien des Reichstages standen (SPD, FVP, Zentrum), die einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen forderten, wurde als Verrat an der deutschen Sache erbittert bekämpft und Tirpitz als potenzieller Kanzlerkandidat präsentiert (Nr. 358, 18.7.17, Eckehard Tirpitz). Mit der Maxime: „Los vom Reichstag“ (Nr. 435, 28.8.17) wurde jetzt wenig verhüllt ein Plädoyer für eine Militärdiktatur der 3.OHL abgelegt. Nach dem Sturz Bethmanns wurde dessen Nachfolger von Michaelis zunächst begrüßt, in dem Moment aber, als er die Friedensresolution des Reichstages nicht energisch genug zurückwies, ebenfalls bekämpft. Auch gegenüber dem Michaelis-Nachfolger, dem Grafen von Hertling, blieb die DZ auf ihrem Kurs der Fundamentalopposition. Auch der Reichstag geriet zunehmend in die Schusslinie, vollends, als die Mehrheitsparteien einen Verfassungsausschuss eingerichtet hatten. Die DZ plädierte jetzt unverblümt für seine Auflösung, da er den wahren Willen des Volkes nicht mehr repräsentiere, und sprach von einem „Bankerott des Parlamentarismus“ (Nr. 573, 12.11.17). Claß persönlich meldete sich mehrfach zu Wort und forderte politischen Angriffsgeist:

„Das Vaterland ist in Gefahr, die Krone in Not“ (Nr. 577, 14.11.17, Politischer Angriffgeist), in diesem Kampf müsse die „völkische Presse“ vorgehen. Dieser immer radikaler werdende Ruf nach einer nationalen Diktatur – gleichzeitig bestürmten Claß und sein Freundeskreis die Generäle Hindenburg und Ludendorff in Eingaben und Audienzen,⁵² ein Kabinett der Nationalen Diktatur einzurichten – verband sich mit einer sich steigernden Kritik am Kaiser: Wilhelm II. verkörpere nicht wie die Heroen Hindenburg und Ludendorff den nötigen „Führergedanken“ (H. Claß, Erziehung zur Krone, Nr. 647, 24.12.17). Auf dem Höhepunkt der militärischen Frühjahrsoffensive im April 1918 wurde dieser politische „Führer“ neuerlich beschworen (Nr. 216, 29.4.17, Der Mann, der uns noch fehlt), hoffte man doch, bei dem erwarteten Waffensieg im Westen die schwächliche Reichsregierung und den Reichstag zugleich endlich in das politische Jenseits befördern zu können. Der Führergedanke blieb eine Konstante im öffentlichen Diskurs der Alldeutschen, auch, als deutlich wurde, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Im Herbst 1918 wurde der Ruf nach einem neuen „York“, der das Blatt im Innern noch einmal wenden sollte, zuletzt lautstark angestimmt: Dieser müsse auch die Nationale Verteidigung organisieren.⁵³

„Deutsche Zeitung“ und Deutsche Vaterlandspartei

Die DZ unterstützte sofort nach ihrer Gründung (Nr. 486, 25.9.17, Die Macht der Vaterlandspartei,) die außerparlamentarische Sammlungsbewegung der Deutschen Vaterlandspartei⁵⁴, die der preußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und Großadmiral Alfred von Tirpitz im September 1917 ins Leben gerufen hatten. Ihr Ziel war es erstens, die Regierung auf weitreichende Kriegsziele im Osten und Westen

⁵² Vgl. Kapp an Ludendorff, Sylvester 1917; Kirdorf an Hindenburg, 20.10.1917, vgl. die Belege bei Stegmann (wie Anm. 5), S. 517; Unterredung Claß mit Oberst Bauer und Ludendorff am 5.10.1917, vgl. Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 103ff.; Claß präsentierte Ludendorff ein so genanntes „Kabinett in Feldgrau“ mit Hugenberg, Senator Neumann (Lübeck) und Lohmann (Altona) als potenziellen Ministern.

⁵³ Vgl. Nr. 446, 2.9.1918, Sedan. Zeitgemäße Betrachtungen (H. Claß); Nr. 489, 25.9.1918, „So geht`s nicht weiter“; Nr. 530, 17.10.1918, Ist kein York da? (Generalleutnant Keim).

⁵⁴ Zur Vaterlandspartei vgl. zuletzt die Monographie von Heinz Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 108), Düsseldorf 1997; Hagenlückes Arbeit ist in vielerlei Hinsicht unbefriedigend, die soziale Basis und die soziale Reichweite der Partei werden nur unzureichend analysiert und der Typus einer „neuen“ Rechtsbewegung nicht herausgearbeitet ebenso wenig wie die Hintermänner der Partei. Die Partei war mehr als eine traditionelle Honoratiorenpartei, vgl. meine Kritik in: ZfG 10 (1999), S. 952f.

festzulegen und so die Friedensresolution des Reichstages auszuhebeln, und zweitens, innenpolitische Reformen zumindest bis zu einem Sieg der deutschen Waffen zu vertragen.

Die Vaterlandspartei wurde die erste erfolgreiche Massenbewegung von rechts in der deutschen Geschichte, auf ihrem Höhepunkt im Sommer 1918 konnte sie rund 800.000 Einzelmitglieder mobilisieren, mit den korporativ angeschlossenen Verbänden waren es weit mehr als 1 Million Mitglieder. Claß persönlich war an den Gründungsvorbereitungen beteiligt und auch in den Führungsgremien der ersten Stunde vertreten. Die DZ vermisste jedoch bei der Vaterlandspartei zunehmend einen unbedingten Kurs nationaler Opposition gegenüber der Regierung und klagte immer drängender ein entschiedeneres Vorgehen gegen sie ein. Claß forderte mehr „Charakterpolitik“⁵⁵, wobei er sich vor allem von der gouvernementalen Haltung von Tirpitz enttäuscht zeigte, der aus seiner Haut als langjähriger Staatssekretär und Mann des Kaisers nicht herauskomme. Nach außen stützte die DZ die Vaterlandspartei aber weiterhin, sie sei ein politischer „Notschrei“ des Volkes (H. St. Chamberlain, Die Deutsche Vaterlandspartei Nr. 568, 9.11.17). Das geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil der politische Weggefährte von Claß, Alfred Hugenberg, mahnte, der Vaterlandspartei gegenüber nicht auf Konfrontationskurs zu gehen, sei doch diese Partei „die letzte Hoffnung. Wenn die versagt, ist es vorbei“.⁵⁶

Innerhalb der Führungsgruppe der Vaterlandspartei selbst blieb insbesondere Tirpitz auf Distanz zur DZ und betonte mehrfach öffentlich, die Zeitung sei keineswegs Organ seiner Partei.⁵⁷ Er wies auch pointiert den Eindruck zurück, sie sei antisemitisch. Zum 2. Mann in der Vaterlandspartei und ihrem eigentlichen Kopf, Wolfgang Kapp, waren die Kontakte hingegen wesentlich intimer. Kapp wies Claß darauf hin, dass er vorsichtig gegenüber Tirpitz und seinem engeren Kreis agieren müsse, stünden diese doch für ein großes Klientel in der bürgerlichen Öffentlichkeit, die man bei der Stange halten müsse. Kapp verwarf deshalb auch Pläne des MAN-Direktors Otto Gertung,⁵⁸ die Freitagsausgabe der DZ zu einer „Extranummer für die Deutsche Vaterlandspartei auszugestalten“, unterstützte dafür aber zusammen mit seinem politischen Adlatus

⁵⁵ ADV Nr. 244, Claß an Gebhard; Ders. an Bracht, 15.9.1917.

⁵⁶ ADV Nr. 179/1, Hugenberg an Claß, 16.9.1917.

⁵⁷ So auf dem 2. Parteitag am 19. April 1918, Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 12, 29.4.1918, S. 7f.

⁵⁸ Vgl. DZA II (jetzt GStA Berlin), NI Kapp D X Nr. 35, Gertung an Kapp, o. D. (Januar 1918).

Georg W. Schiele, der zeitweise als Hauptgeschäftsführer der Vaterlandspartei fungierte, den Plan, in der DZ eine eigenständige Mittelstandsnummer einzurichten.

2. Mittelstandspolitik

Adressat der DZ waren die „Werte schaffenden Stände“, konkret hieß das Unterstützung der „produktiven“ Industrie, der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Der selbständige Mittelstand, der so genannte Alte Mittelstand, stand dabei im Zentrum: Handwerk, Kleingewerbe und selbständige Kaufleute, dazu Hausbesitzer. Das waren die Gruppen, die sich im Reichsdeutschen Mittelstandsverband bereits vor dem Krieg eine gemeinsame Plattform geschaffen hatten. Für seine innenpolitischen Ziele, das berufsständische Wahlrecht der Zukunft etwa, besonders für Preußen, oder eine Umgestaltung des Preußischen Herrenhauses im diesem Sinne, machte sich die Zeitung stark.⁵⁹ Erweitert wurde dieses soziale Mittelstandsfundament jetzt im Krieg durch die Einbeziehung der Beamten und der „gehobenen Angestellten“⁶⁰, also von Teilen des Neuen Mittelstandes. Die DZ beklagte die „Pauperisierung des kleinen Mittelstandes durch die Kriegswirtschaft, und zwar des alten und des neuen Mittelstandes der Beamten, Gewerbetreibenden, selbständigen Handwerksmeister und gehobenen Angestellten“.⁶¹ Demgegenüber sei die Industriearbeiterschaft während des Krieges sozial aufgestiegen durch hohe Löhne in der Rüstungsindustrie. Die Regierung müsse deshalb jetzt den Mittelstand, der bis dahin loyal zum Staat gestanden habe, wieder stärken, denn der materiellen Verschlechterung seiner Lage werde sonst die Staatsverdrossenheit folgen.

Um eine eigene Mittelstandsnummer ins Leben zu rufen, stand Claß seit dem September 1917 in Verhandlungen mit Schiele⁶², der schon auf den Reichsdeutschen Mittelstandstagen seit 1911 mehrfach als Redner aufgetreten war. Dieser wollte dem „erwerbenden Mittelstand“ in der Freitagsausgabe der Zeitung unter der Bedingung eine Plattform geben, dass auch der „besoldete Mittelstand“⁶³ als Ergänzung des alten

⁵⁹ Vgl. DZ Nr. 622, 10.12.1917; Nr. 625, 12.12.1917, Wir fordern berufsständisches Wahlrecht.

⁶⁰ DZ Nr. 300, 15.6.1917, Aufstieg und Niedergang. Die Not des Mittelstandes; Nr. 331, 3.7.1917, Sozialpolitik nach dem Kriege – für wen? Hebung des Mittelstandes.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Vgl. ADV Nr. 177a, Hopfen Claß, 5.9.1917; Hopfen an Beckmann (DZ), 22.12.1917.

⁶³ Ebenda. DZ Nr. 652, 28.12.1917, Was bedeutet ein gesunder erwerbstätiger Mittelstand?

behandelt, und nicht etwa beföhdet werde. Ein Abkommen in dieser Richtung wurde schließlich im Dezember 1917 fertig gestellt. Die Mittelstandsnummer der DZ erschien dann seit Januar 1918 unter Aufsicht von Schiele regelmäßig am Freitag; die konservative Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen z. B. empfahl sie den Lesern ihrer Zeitschrift, da sie „unabhängig nach oben und nach unten eine deutsch-völkische Politik“⁶⁴ vertrete.

Schiele stand intellektuell auch hinter der Mittelstandsrede Kapps im Reichstag, die dieser als frisch gewählter Reichstagsabgeordneter der Deutsch-Konservativen Partei am 14. März 1918 hielt. Die DZ unterstützte Kapps Anschauungen, propagiere dieser doch eine „Sozialpolitik für die Gesunden und Starken“⁶⁵, das gelte auch mit Blick auf die Arbeiterschaft: Gerade hier müssten in Zukunft „möglichst viele freie Existenzen“ geschaffen werden, erst das garantiere den „wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg für den Arbeiter.“ Zugleich wurde die Förderung der wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiterbewegung angemahnt, deren Führer ebenfalls ein Forum in der Zeitung erhielten. Das galt für den Bremer Schlosser Wilhelm Wahl⁶⁶, Betriebsleiter des ´gelben` Werkvereins der AG Weser (Krupp), seit 1918 dort Sozialsekretär, den Begründer des so genannten Freien Ausschusses für einen Deutschen Arbeiterfrieden, ebenso wie für Franz Hilbig⁶⁷, den Vorsitzenden des ´gelben` Südwestdeutschen Arbeiterverbandes. Die Mittelstandsnummer hatte nur knapp fünf Monate Bestand; sie musste wegen des allgemeinen Papiermangels, von der auch die DZ 1918 trotz aller Bemühungen um Erhöhung des Kontingents bei den zuständigen Stellen nicht verschont blieb, bereits am 17. Mai 1918 wieder eingestellt werden.

3. Neuer Antisemitismus: Gegen den „Judenfrieden“

Der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit im Juli 1917 stellte die DZ die alldeutschen Kriegsziele im Westen und Osten gegenüber (Nr. 475, 19.9.17, Methodik der Kriegsziele). Claß selbst hatte bereits im Mai 1917 seine Kriegszielenkschrift vom Herbst 1914 in überarbeiteter Form herausgegeben. Sie erschien unter dem Titel

⁶⁴ Der Fortschritt. Nachrichten der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen 11 (1918) Nr. 6, S. 151.

⁶⁵ DZ Nr. 136, 15.3.1918, Kapps Mittelstandsprogramm; ebenso: Nr. 137, 15.3.1918, Mittelstandspolitik.

⁶⁶ Vgl. DZ Nr. 343, 10.7.1917, Arbeiterschaft und Neuorientierung; Nr. 388, 3.8.1917, Arbeiterschaft und Frieden.

⁶⁷ Vgl. DZ Nr. 523, 16.10.1917, Frieden um welchen Preis?

„Zum deutschen Kriegsziel“⁶⁸ bei Lehmann in München in hoher Auflage, und die DZ präsentierte Claß' Forderung nach Annexion „frei von Menschen“ im Osten, d.h. weit- gefasste Aus- und Umsiedlungspläne als „ganz verständliche Sache.“⁶⁹ Mehrfach be- schwor die DZ den „Landhunger“⁷⁰, dessen Befriedigung zu den „Lebensnotwendig- keiten“ des deutschen Volkes gehöre, schon, weil nur so Gegengewichte zur wachsenden Proletarisierung der Gesellschaft geschaffen werden könnten.

Im Juni 1917 eröffnete die DZ dann im Kontext der Kriegsziele eine Debatte über „Deutschtum und Judentum“. Im internen Schriftwechsel mit Gebtsattel hatte Claß dieses Thema bereits Anfang April aufgegriffen: „Das Judentum schickt sich jetzt an, zur wirtschaftlichen Macht auch die politische zu erobern, und es ist auf dem besten Wege dazu, da es die Presse bereits in der Hand hat“⁷¹. Jetzt wurde die Debatte öffent- lich: Hatte von Gebtsattel noch kurz vor dem Krieg befürchtet, „wenn wir die Juden- frage wirklich öffentlich erörtern, dann fliegt der Verband auf“⁷², so wurden diese Be- denken jetzt zurückgestellt, und der ADV ging in die Offensive. Gebtsattel brand- markte in einem ersten großen Artikel Mitte Juni (Nr. 305, 16.6.17, Alldeutsch- viel- leicht alljüdisch?) die „Gegner der völkischen Bewegung“ als das „alljüdische“ Lager der „Undeutschen“: die „Koalition Haase-Scheidemann-Mosse-Sonnemann Erben“, die „großkapitalistisch und händlerisch“, für die Zukunft des deutschen Volkes nichts übrig hätte. Georg Fritz, Aufsichtsratsmitglied der NDTG (Nr. 440, 31.8.17, Die Judenfrage im Weltkriege), wollte hingegen stärker differenziert wissen: Auf der einen Seiten stünden die Juden, die für „völkische Autonomie in Polen und der Ukraine, für ihre Freizügigkeit und Handelsfreiheit in Russland“ einträten bzw. die zionistischen Juden, die einen eigenen Staat in Palästina forderten; das sei positiv zu bewerten. Ihnen gegenüber stehe auf der anderen Seite aber das „internationale Judentum“, dessen „zersetzende Wirkung auf Volk und Staat“ er geißelte: Kultur, Presse und linksliberale Parteien in Deutschland seien „Werkzeug jüdischer Interessen“ geworden. Hier gab er der Diagnose Gebtsattels recht.

⁶⁸ Zum deutschen Kriegsziel. Eine Flugschrift von Heinrich Claß. J. F. Lehmanns Verlag, München 1917. Die Startauflage betrug 10.000 Exemplare, der Preis 1 Mark, der bei Bezug von 1000 Stück auf 50 Pfg. reduziert wurde. Die Denkschrift wurde auch in großen Mengen an der Front verteilt.

⁶⁹ DZ Nr. 475, 19.9.1917, Methodik der Kriegsziele.

⁷⁰ DZ Nr. 308, 19.6.1917, Landhunger.

⁷¹ GStA Berlin, NI v. Gebtsattel Nr. 4, Claß an v. Gebtsattel, 7.4.1917.

⁷² ADV Nr. 204a, v. Gebtsattel an v. Liebert, 26.6.1914, Unterstreichungen i. O.

Diese antisemitischen Stereotype⁷³ wurden in der Folgezeit weiter thematisiert und erhielten eine neue Qualität im September 1917. Claß und Freiherr von Gebattel griffen jetzt die Reichstagsmehrheit mit antisemitischen Slogans scharf an: Der Reichstag sei 1912 aus „Judenwahlen hervorgegangen, so dass jetzt ein Judenfriede“ drohe, der das militärisch Erreichte bewusst aufs Spiel setze. Diese demagogischen Parolen, die zuvor im Briefwechsel zwischen beiden ausgetauscht worden waren, führte dann ein Artikel Gebattels in der DZ in die öffentliche Debatte ein (Nr. 480, 21.9.17, Judenwahlen-Judenfriede?). Verfasser⁷⁴ war jedoch Claß, Gebattel hatte nur seinen Namen hergegeben. Gebattel schlug hier einen Bogen zum so genannten Kaiserbuch, das Claß anonym 1912 nach den Reichstagswahlen unter dem Verfasser-namen Daniel Frymann: „Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“ veröffentlicht hatte und das bis zum Frühjahr 1914 fünf Auflagen erlebte. Hier war der Terminus Judenwahlen als Bezeichnung für die Reichstagswahlen 1912 angelegt, früh von der radikal-konservativen Presse aufgegriffen und als politischer Kampfbegriff genutzt worden.⁷⁵ Die vom „jüdischen Golde“ – so Gebattel jetzt – beherrschte Reichstagsmehrheit werde nun einen Frieden verantworten, der zu „Verarmung und Verelendung“ führe. Insbesondere die linksliberalen Zeitungen, die den Kurs der Reichstagsmehrheit stützten, die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, wurden als „deutschfremde Presse“ (Nr. 483, 23.9.17) an den Pranger gestellt. Chamberlain fiel in diesen Chorus mit ein und sprach etwas später von

„organisierten Gruppen, bestehend aus Männern, die teils wegen ihres angeborenen, fremden, undeutschen Wesens, teils nur infolge von Verbildung und planmäßiger Irreleitung kein Verständnis für die Geschichte und das Wesen des Deutschtums überhaupt (...) besitzen.“

(Nr. 568, 9.11.17, Die Deutsche Vaterlandspartei).

Beide Zeitungen gehörten für ihn zu den „bewussten Feinden der deutschen Sache“. Gebattel radikalisierte seine Positionen weiter in einer Neujahrsbetrachtung 1917 (Nr.

⁷³ Vgl. für den Zusammenhang Egmont Zechlin: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 549ff.; Werner Jochmann: Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner Mosse (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923 (Schriftenreihe des Leo-Baeck-Institutes 25), Tübingen 1971, besonders S. 409ff. sowie Uwe Lohalm: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1919-1923, Hamburg 1970.

⁷⁴ Vgl. NI v. Gebattel Nr. 4, v. Gebattel an Claß, 19.9.1917.

⁷⁵ Vgl. Stegmann (wie Anm. 5), S. 257ff.; zur Rezeption des Claß'schen Buches selbst, vgl. Ebenda, S. 293ff.

656, 31.12.17, Das Entscheidungsjahr für die deutsche Innenpolitik), – auch hier stammten die Stichworte bis ins Detail von Claß⁷⁶ – es gelte, den jüdischen Einfluss zurückzudrängen, als deren Werkzeug neben „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ zusätzlich der sozialdemokratische „Vorwärts“ namhaft gemacht wurde. Er sprach vom „Alljudentum“, das eine Herrschaft der „Massen“ aufrichten wolle, eine „jüdische Ochlokratie“, und verwies dabei auf das russische Beispiel. Sollte das Reichstagswahlrecht noch während des Krieges in Preußen eingeführt werden, dann werde es, so Gebtsattel, nach Kriegsende zur „notwendige(n) Abrechnung“ mit dem „Alljudentum“ kommen.

Die Zeitung⁷⁷ des Bundes der Landwirte in Berlin nahm diese Agitation gegen die „Alljuden“ ebenso auf wie Teile der konservativen Provinzpresse.⁷⁸ Diese Verschwörungstheorien wurden in den folgenden Monaten in der DZ mehrfach instrumentalisiert.⁷⁹ Mitte Juli 1918 verstärkte Fürst Salm-Horstmar diese Agitationslinie mit einer Rede vor seinen Standesgenossen im Preußischen Herrenhaus, indem er „von der jüdisch-freimaurerischen Internationale“ als dem „gefährlichste(n) Feind unseres Volkes“⁸⁰ sprach. Der konservative Rittergutsbesitzer von Brockhusen-Langen plädierte in diesem Kontext Anfang Juni 1918 in der DZ für „Rassenzucht“ als Aufgabe deutscher Politik und forderte: „Führer erziehen und Rasse züchten, nicht aber immer nach der Masse schreien“ (Nr. 276, 2.6.18). Es überrascht nicht, dass Claß auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses seines Verbandes in Berlin am 13. April 1918 „ein erfreuliches Anwachsen der antisemitischen Stimmung, die bereits einen riesigen Umfang angenommen habe“, glaubte feststellen zu können, wobei er für den ADV einforderte: „Unsere Aufgabe wird es sein, diese Bewegung nationalpolitisch hochzuleiten (...) Für die Juden hat der Kampf ums Dasein begonnen.“⁸¹ Mitte September wurde vom Alldeutschen Verband ein so genannter

⁷⁶ Vgl. ADV Nr. 205, Claß an v. Gebtsattel, 22.12.1917.

⁷⁷ Vgl. DTZ Nr. 42, 23.1.18, Alljuden; Nr. 55, 30.1.1918, Wieder „Alljuden“.

⁷⁸ Vgl. z.B. „Sächsische Landeszeitung“ v. 4.8.1918, Fehler und Pflichten der Vaterlandspartei; „Süddeutsche Zeitung“, Nr. 247, 3.9.1918, Alljudentum gegen Alldeutschtum.

⁷⁹ Vgl. Nr. 18, 10.1.1918, Die alljüdische Presse; Nr. 113, 2.3.1918, Presskorruption; Nr. 446, 2.9.1918, Alljüdische Fälscherkünste; Nr. 447, 2.9.1918, Also nicht! (v. Gebtsattel).

⁸⁰ „Berliner Tageblatt“, Nr. 247, 10.7.1918, Antisemitische Rede des Fürsten Salm im Herrenhause.

⁸¹ Zitiert bei Stegmann (wie Anm. 4), S. 397.

Judenausschuss eingesetzt, der die antisemitische Propaganda in den folgenden Monaten koordinieren sollte.⁸²

Im Zeichen der drohenden Kriegsniederlage radikalisierte sich noch einmal der Ton; Gebtsattel stellte sich jetzt nicht nur gegen die „alljüdische“ Presse, sondern gegen das deutsche Judentum insgesamt: Er wandte sich gegen den „Geist von dem Gifte der Zersetzung“, das „von dem Judentum ausgeht“ (Nr. 526, 15.10.18, Das `Ferment der Dekomposition`⁸³). Qualitativ war hiermit eine neue Stufe antisemitischer Agitation in die deutsche Politik eingeführt, die die traditionellen Argumentationsebenen des Vorkriegs-Antisemitismus außer Kraft setzte.

Es wäre nun aber falsch, die Alldeutschen um Claß, das antisemitische Lager in der Deutschen Vaterlandspartei oder die radikalen Konservativen im Bund der Landwirte allein für den Zuwachs an Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft verantwortlich zu machen. Der Antisemitismus hatte im Laufe des Krieges generell an Stärke zugenommen, wobei sicherlich die so genannte Judenzählung im Heer 1916 eine Zäsur bildete. Der junge Privatdozent Martin Heidegger verkündete etwa am 18. Oktober 1916 in einem Brief an seine Frau als Zeitdiagnose: „Die Verjudung unserer Kultur u. Universitäten ist allerdings schreckerregend u. ich meine die deutsche Rasse sollte noch soviel innere Kraft aufbringen um in die Höhe zu kommen. Allerdings das Kapital!“⁸³

Ein deutlicher Schub ist aber erst 1917/1918 zu konstatieren. Das gilt für Teile von Besitz und Bildung, für die Universitäten, die militärische Führung oder den Kaiser⁸⁴ und seine Entourage. Dietrich Schäfer bezeichnete gegenüber dem Adlatus von General Ludendorff, Oberst Bauer, selbst entschiedener Antisemit⁸⁵, das „Berliner Tageblatt“ Ende Januar 1918 pauschal als „schmutziges Judenblatt.“⁸⁶ Diese Tendenzen wurden von den deutschen Juden sehr wohl wahrgenommen: Walther Rathenau befürchtete bereits Ende Februar 1918, dass „eine große antisemitisch-agi-

⁸² Vgl. dazu die Pionierarbeit von Lohalm (wie Anm. 73).

⁸³ „Mein liebes Seelchen!“. Briefe Martin Heideggers an seine Frau Elfride 1915-1970, hrsg., ausgewählt und kommentiert von Gertrud Heidegger, München 2005, S. 51.

⁸⁴ Vgl. Aufzeichnung. des Chefs des Geheimen Marinekabinetts, v. Müller, vom 27.2.1918, in: Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral G.A. v. Müller, 1914-1918, hrsg. von Walter Görlitz, Göttingen 1959, S. 359.

⁸⁵ BA Koblenz, NI Bauer Nr. 2, Denkschrift Bauers vom 23. April 1918.

⁸⁶ BA Koblenz, NI Bauer Nr. 12, Schäfer an Bauer, 21.1.1918.

tatorische Bewegung bevorsteht, ja mit großen Mitteln eingeleitet ist“⁸⁷, und der Soziologe Franz Oppenheimer schrieb im Juli 1918 in den „Jüdischen Monatsheften“:

„Man bereitet für jeden Fall einen Sündenbock vor (...) Es handelt sich um die edle Absicht, die Juden und ihre „Presse“, für die man auch alle Juden verantwortlich macht, für einen etwaigen unbefriedigenden Ausgang des Krieges haftbar zu machen, die Volkswut auf sie abzulenken“.⁸⁸

Hier wurde zu Recht davor gewarnt, dass sich angesichts der Niederlage diffuse Verschwörungstheorien auf die deutschen Juden fokussierten, und die vorhandene antisemitische Stimmung in offene Gewaltandrohung umschlagen könnte.

Die Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei 1918

Die Hoffnung der Kartellgruppen im September 1914, der Krieg würde womöglich zu einer Umwandlung der SPD zu einer national-monarchischen Arbeiterpartei führen, hatte sich nicht erfüllt. Auf dem Höhepunkt der Frühjahrsoffensive, im März 1918, lancierten Gruppen innerhalb des ADV und der Deutschen Vaterlandspartei im März 1918 jetzt eine eigenständige Parteigründung, die diesmal – und das war qualitativ neu – Arbeiter und Angestellte in einer Partei zusammenführen wollte. Eine Arbeiter- und Angestelltenpartei (DAAP)⁸⁹ kombinierte in ihrem Programm alldeutsche Kriegsziele, mittelständische Postulate, Antisozialismus, Antiparlamentarismus und antisemitische Slogans: So wurde beispielsweise die Reichstagsmehrheit als „Herrschaft des jüdisch-demokratischen Geldsacks“ diffamiert. Die Protagonisten dieser Partei, die von Kapp, Schiele und Hugenberg gefördert⁹⁰ wurden, waren wirtschaftsfriedliche, ‚gelbe‘ Arbeiter und Angestellte. Neben der schwerindustriellen Presse gab auch die DZ dieser Partei sofort ein Forum (Nr. 149, 22. März 1918). Die Hintermänner bereiteten auch eine Kandidatur des Parteivorsitzenden Wilhelm Gellert, der als Angestellter des Kalisyndikats in Berlin u. k. gestellt worden war, für eine im Oktober 1918 nach dem

⁸⁷ Rathenau an L. Sander, zitiert bei Zechlin (wie Anm. 73), S. 550.

⁸⁸ Der Antisemitismus, in: Jüdische Monatshefte 2 (1918), H. 7, 10.7.1918, zitiert bei Zechlin (wie Anm. 73), S. 550f.

⁸⁹ Vgl. dazu Stegmann (wie Anm. 4), besonders S. 392ff; das Programm der DAAP ebenda, S. 417-419.

⁹⁰ Ebenda.

Tod des Abgeordneten notwendig gewordene Reichstags-Ersatzwahl in Berlin vor.⁹¹ Angesichts der drohenden Kriegsniederlage sollte die Wahlkampagne zwar lediglich eine Zählkandidatur bleiben, weil in Berlin im Oktober 1918 mit alldeutscher Eroberungspolitik nicht mehr gepunktet werden konnte. Immerhin zeigt die Kandidatur Gellerts das Kalkül seiner Hintermänner auf: Die bisher praktizierte Honoratiorenpolitik wurde jetzt zugunsten eines Appells an das „Volk“ erweitert. Claß hatte schon im Herbst bei der Vorbereitung der antisemitischen Agitation in einer Vorstandssitzung des ADV die Parole ausgegeben, es komme fortan nicht mehr allein auf Besitz und Bildung an, sondern „das ganze Volk muss es sein und mitmachen.“⁹²

Die DAAP kann als Vorstufe zur Gründung der DAP durch Anton Drexler 1919 – Drexler war Mitglied der Vaterlandspartei in München gewesen – bzw. der späteren NSDAP 1920 angesehen werden; nicht von ungefähr suchte Adolf Hitler den alldeutschen Verbandsvorsitzenden 1920⁹³ in Berlin auf und bezeichnete sich mit einem gewissen Recht als Schüler von Claß.

⁹¹ BA Koblenz, NI Hugenberg Nr. 46, G. W. Schiele an Hugenberg, 7.8.1918: „Gellert verlangt eine innere Politik nach völkischen Grundsätzen. Er würde es sich wahrscheinlich nicht verbieten lassen, auch eine kräftige antisemitische Note anzuschlagen“. Schiele stand hinter den Vorbereitungen der Kandidatur in Berlin.

⁹² Claß am 20.10.1918 in einer Vorstandssitzung des ADV in Berlin, zitiert bei Stegmann (wie Anm. 4), S. 408.

⁹³ Vgl. Kruck (vgl. Anm. 52), S. 192.

Hans Manfred Bock

Medienkritik und Kulturprotestantismus

Buch- und Filmkritik in der „Christlichen Welt“ der Weimarer Republik

Als Martin Rade (1857-1940), der Mitbegründer und langjährige Herausgeber der Wochenschrift „Die Christliche Welt“, zu seinem 70. Geburtstag eine Festschrift erhielt, widmete der Kieler Theologe und freiprotestantische Publizist Otto Baumgarten¹ seinen Beitrag dem Thema „Die Christliche Welt und die weltliche Kultur“². Mag diese Fragestellung beim ersten Blick verwunderlich erscheinen, weil das Periodikum Rades lange Zeit als „Gemeindeblatt für die Gebildeten aller Stände“ firmierte, so ist das Thema doch alles andere als abwegig. Denn die Zeitschrift wandte sich nicht nur an die „Gebildeten aller Stände“, mithin in erster Linie an das protestantische Bildungsbürgertum, sondern sie hatte in ihrer Entwicklung von 1886 bis 1926 eine deutliche Wendung vollzogen von einem theologisch-kirchlichen „evangelisch-lutherischen Gemeindeblatt“³ zu einer weltoffenen, freiprotestantischen Kulturzeitschrift.⁴ Diese Wandlung war schon vor der Jahrhundertwende von Rade willentlich herbeigeführt worden, weil die Zeitschrift ihre Leser dazu bewegen sollte, ihren protestantischen Glauben in Einklang zu bringen mit der wissenschaftlich-technisch geprägten Modernität. Ihre teilweise Transformation war außerdem gefördert worden durch die Sogwirkung der anhaltenden Konjunktur der Gründung von Kulturzeitschriften, wie sie in der Folge der Reichsgründung zahlreich ins Leben gerufen wurden und ein Vehikel unterhaltsamer Bildung und nationaler Öffentlichkeit geworden waren.⁵

Beide Aspekte, die Geschichte von zeitweiligen Leitmedien und ihr Beitrag zur Konstituierung von nationaler Öffentlichkeit, sind Themen, die in Jens Flemmings

¹ Vgl. dazu Jens Flemming: *Evangelische Freiheit (1907-1920). Otto Baumgarten, die praktische Theologie, der Krieg und die Demokratie*, in: Michel Grunewald u.a. (Hrsg.): *Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland. Seine Presse und Netzwerke (1871-1963)*, Bern 2008, S. 261-292.

² Vgl. Herrmann Mulert (Hrsg.): *Vierzig Jahre „Christliche Welt“*. Festgabe für Martin Rade, Gotha 1927, S. 24-29.

³ Vgl. dazu „Die Christliche Welt“ (im Folgenden abgekürzt CW) (1926), Sp. 1098-1100.

⁴ Vgl. dazu Hans Manfred Bock: *Die Christliche Welt 1919 bis 1933. Organisierte Akteure und diskursive Affinitäten*, in: Grunewald (wie Anm. 1), S. 341-382.

⁵ Vgl. dazu Karl Ulrich Syndram: *Kulturpublizistik und nationales Selbstverständnis*, Berlin 1989.

Forschungstätigkeit einen hervorgehobenen Platz einnehmen. Unsere gemeinsame Mitarbeit am *Centre d'étude sur les périodiques de langue allemande* der Universität Metz war (und ist) die Basis für sinnvolle pluridisziplinäre Forschung über die deutschen Zeitschriften.⁶ Dort wurden zwischen dem Historiker und dem Politikwissenschaftler mehr Ideen und Anregungen ausgetauscht als dies in der akademischen Routine der gemeinsamen Heimatuniversität möglich war. Aufgrund seiner eigenen Arbeit für und durch die Medien brachte Jens Flemming den sachkundig instruierten Blick in diesen Arbeitszusammenhang ein und trug dazu bei, dass die Kulturzeitschriften zu einem Objekt der historischen Forschung wurden; eine Dignität, die ihnen lange Zeit von den Geschichtswissenschaften nicht zuerkannt wurde.⁷ Zu seinen quellengesättigten Fallstudien gehört die diskursanalytische Darstellung der Zeitschrift⁸, die von eben dem Otto Baumgarten (1858-1934) herausgegeben wurde, der in der Rade-Festschrift von 1927 den Beitrag über die kulturprotestantische „Christliche Welt“ (CW) und die weltliche Kultur schrieb. Diese Skizze eines teilnehmenden Beobachters eröffnet einen Blick auf den Umgang des Leitperiodikums des Kulturprotestantismus, der „Christlichen Welt“, mit dem damals noch dominanten Medium des literarischen Buches, aber auch mit dem gerade seinen Siegeszug antretenden neuen (audio-)visuellen Medium des Films. Da bislang vor allem der theologische und politische Kern des Kulturprotestantismus im Mittelpunkt des forschenden Interesses stand⁹, soll im Folgenden erstmals anhand der Medienkritik der CW ein Aspekt seiner Wechselwirkung mit dem außerkirchlichen kulturellen Leben in der Weimarer Republik dargestellt und interpretiert werden.¹⁰

⁶ Vgl. dazu die acht Bände, die von Michel Grunewald u.a. von 1996 bis 2008 in der Reihe *Convergences* herausgegeben wurden und das Thema Kulturzeitschriften und intellektuelle Netzwerke zum Gegenstand haben.

⁷ Mit der Ausnahme der zeitungswissenschaftlichen Studien, die in der Regel den politik-, kultur- und gesellschaftsgeschichtlichen Kontext ausblenden. Vgl. zur Definition der konzeptionellen Aufgaben und Probleme Jens Flemming: *Nivellierung und Fragmentierung. „Öffentlichkeit“ als Begriff und Herausforderung der historischen Forschung*, in: Werner Faulstich (Hrsg.): *Konzepte von Öffentlichkeit*, Bardowick 1993, S. 47-57.

⁸ Vgl. dazu Flemming (wie Anm. 1).

⁹ Vgl. Anne Christine Nagel: *Martin Rade. Theologe und Politiker des Sozialen Liberalismus. Eine politische Biographie*, Gütersloh 1996; Gangolf Hübinger: *Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Reich*, Tübingen 1994; Christoph Schwöbel: *Martin Rade. Das Verhältnis von Geschichte, Religion und Moral als Grundproblem seiner Theologie*, Gütersloh 1980.

¹⁰ Vgl. dazu auch die Ansätze in Hans Martin Müller (Hrsg.): *Kulturprotestantismus. Beiträge zu einer Gestalt des modernen Christentums*, Gütersloh 1992.

1. Bildungsbegriff und ästhetischer Konsens

Der Kieler Theologe Otto Baumgarten ging in seinem Festschrift-Beitrag vor allem ein auf die Rolle der Literaturkritik der CW vor 1914 für die Rezeption der damaligen europäischen Gegenwartsliteratur, und er ging der Frage nach, ob es einen erkennbaren ästhetischen Konsens in der Literatur- und Kunstkritik der Zeitschrift gebe. Die erste Frage konnte er positiv beantworten, indem er auf zahlreiche CW-Beiträge zur skandinavischen, englischen, amerikanischen und russischen, aber auch zur französischen und italienischen Literatur verwies, die teilweise von deutschen Autoren geliefert wurden, die in den jeweiligen Ländern lebten:

„Es war diesen Männern und Frauen die Überzeugung gemeinsam, daß der religiöse Charakter eines Volkstums, wie er aus seiner Geschichte erwächst, sich in nichts so bedeutsam ausprägt als in seiner schönen Literatur und Kunst. Man muß den Begriff der Religion nicht eng konfessionell, abstrakt jenseitig fassen, sondern als Welt- und Selbstbeurteilung unter der Idee Gottes, des Gottes, in dem wir leben, weben und sind (...). So fehlt es den literarischen und künstlerischen Kritiken der Christlichen Welt, die übrigens von jeher Schmutz und Schund in der Literatur, Kitsch in der Kunst auf strengste verfolgt hat, an aller engen, ängstlichen Christlichkeit; wie vielen Neuererscheinungen, denen die Bewunderer der guten alten Zeit und der kirchlichen Korrektheit mißtrauisch gegenüberstanden, hat die Christliche Welt the salt of goodness, die dem Reich Gottes nicht ferne Menschlichkeit abgespürt!“¹¹

In der Erörterung der zweiten Frage, ob sich eine Art ästhetischer Minimalkonsens in der CW abzeichne, setzte der Beobachter beim expliziten Selbstverständnis der CW-Gründer ein: „Bildung und Christentum sollen unvereinbare Gegensätze sein? Wir glaubens so lange nicht, als wir selbst noch an und in uns ernstlich darauf hinarbeiten, beides zu sein: ein gebildeter Mensch und ein Christ.“¹² Er konstatierte, die Zeitschrift sei von Anfang an in kulturellen Dingen bemüht gewesen, „zu einem Ausgleich von Bildung und Christentum in sich, zur Einordnung ihrer Kultur in ihr christliches Innenleben und ihrer christlichen Gesinnung und Auffassung in ihr gebildetes Menschentum“ zu kommen.¹³ Sie habe „bei aller ästhetischen Freude an starkem, freiem, fortschrittsfrohem Menschentum doch nicht die Maßstäbe christlicher Ethik“

¹¹ Baumgarten, in: Mulert (wie Anm. 2), S. 25f.

¹² Zitat in: Mulert (wie Anm. 2), S. 24.

¹³ Ebenda.

vergessen.¹⁴ Baumgarten zitierte zustimmend das Rezensionsurteil (das auf den Naturalismus bezogen war), es sei ein „Krankheitssymptom, wenn das intellektuelle und ästhetische Leben vom seelisch-sittlichen Leben“ abgelöst werde. Und er nahm die Schriften des laienprotestantischen Erfolgsschriftstellers Carl Hilty (1833-1909) als Beleg und Bezugspunkt für eine Literatur, die charakterisiert war durch „ihren kräftigen Willensappell, ihre gesunde Tatkraft und Positivität“¹⁵. Der Repräsentant des Kulturprotestantismus, der in der Vorkriegszeit seine Gestalt gefunden hatte, war sich bewusst, dass die von ihm als ästhetischer Konsens beschriebene Synthese von moderner Kunst und Religiosität im Jahre 1927 nicht widerspruchlos anerkannt wurde. So wurde von konservativer Seite der Einwand erhoben, dass diese Verbindung dazu führe, dass „die weltliche Bildung die überweltliche Strenge christlicher Selbst- und Weltbeurteilung“ verdränge. Und von der jungen theologischen Opposition im Protestantismus, der dialektischen Theologie, wurde (mit anderen Argumenten) ein ähnlicher Vorwurf formuliert, den Baumgarten mit einem Fragezeichen versieht: „Ist in der Christlichen Welt jene kulturselige, weltförmige Bildung vertreten, vor der sich jetzt Barth und Genossen in die ganz andere, jenseitige Heiligwelt flüchten?“¹⁶ Wenn es also einen ästhetischen Konsens der CW gab, so bestand er darin, die Kriterien der Kunstbeurteilung weder ausschließlich aus einer „kulturseligen, weltförmigen Bildung“ noch allein aus der „überweltlichen Strenge christlicher Selbst- und Wertbeurteilung“ abzuleiten.

Insofern entspricht dieser Konsens durchaus dem besonderen Bildungsbegriff des Kulturprotestantismus. Als dessen Besonderheit, die ihn aus dem neuhumanistischen Bildungsverständnis hervortreten lässt¹⁷, hat man nachgewiesen, dass der hohe „Stellenwert von Subjektivität und Reflexivität“ im freien Protestantismus „eine Aneignung des Bildungsbegriffs unter dem Gesichtspunkt, dass Bildung Selbstbildung ist“, ermöglichte. Allerdings sei die rezeptive und produktive Verarbeitung von Bildungsgütern weder Selbstzweck noch narzisstische Selbstverherrlichung, sondern Teil einer gesellschaftlichen Handlungsstrategie, die man als „Kulturarbeit“ bezeichnen könne: Der kulturprotestantische Bildungsbegriff „findet als Spezialfall von

¹⁴ Mulert (wie Anm. 2), S. 26.

¹⁵ Mulert (wie Anm. 2), S. 28.

¹⁶ Mulert (wie Anm. 2), S. 24.

¹⁷ Vgl. dazu allgemein Georg Bollenbeck: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt a. M. 1994.

Kulturarbeit einen festen Ort innerhalb eines theologischen Begriffs menschlicher Praxis.“¹⁸ Dem Autor dieser Formulierungsversuche der spezifischen Bildungsauffassung des Kulturprotestantismus erscheint die CW zu Recht als „prominentestes Beispiel“ für die Vielgestaltigkeit und Mannigfaltigkeit seiner „Kulturarbeit“, sie habe „programmatisch Raum gegeben für die Erörterung aller Fragen des gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens“¹⁹.

Diese bildungskonzeptionelle Eigenart des Kulturprotestantismus bedarf einer Präzisierung hinsichtlich des ästhetischen Konsenses der CW. Wenn Kultur und Religion in dieser Konzeption historisch viele Berührungspunkte hatten und in der Gegenwartspraxis aufeinander bezogen sein sollten, so bedeutete das nicht, dass ihre Grenzen aufgehoben und sie miteinander vermischt werden durften. Ebenso wie man im CW-Kreis für die Autonomie der Theologie im Verhältnis zur Kirche eintrat, so stritt man dort auch für die Selbständigkeit der Bereiche Kunst und Religion sowie gegen die Unterordnung des einen unter den anderen. Martin Rade hatte in diesem Zusammenhang schon vor 1914 klar Stellung bezogen. Auf die Frage: „Gibt es überhaupt eine ‚religiöse Kunst‘?“ antwortete er 1898 „gut protestantisch“: „Nein. Es gibt nur eine Kunst. Oder wenn man so will: es gibt eine echte Kunst und eine Afterkunst“.²⁰

Mit anderen Worten:

„Kurz, wir verlangen im Namen unserer evangelischen Religion von der Kunst nicht, daß religiöse Gegenstände bevorzugt werden, und daß sie, einmal gewählt, zum Dienst der Devotion ausgeführt werden. Wir erwarten von der Kunst ihr Teil auch für unser religiöses und gottesdienstliches Bedürfnis. Aber wir können, dürfen und sollen auch am rein Natürlichen und Irdischen unsere Freude haben, wir erkennen das Recht der Sinnlichkeit in der Kunst und damit das moralische Recht der profanen Kunst an.“²¹

In der CW war vor 1914 ebenso deutlich Position bezogen worden gegen die *Lex Heinze* (1900), die den Tatbestand der „Unsittlichkeit“ in der Kunst unter Strafanandrohung stellen sollte. Man unterzog dort in einer langen Artikelserie die „Oberammerauer Passionsspiele“ einer lapidaren Kritik.²² Und es entbrannte in der

¹⁸ Reiner Preul: Aspekte eines kulturprotestantischen Bildungsbegriffs, in: Müller (wie Anm. 10), S. 155.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Martin Rade: Ausgewählte Schriften. Wirklichkeit und Wahrheit der Religion, hrsg. von Christoph Schwöbel, Gütersloh 1983, Bd. 1, S. 47-54.

²¹ Rade (wie Anm. 20), S. 53.

²² CW (1899), Sp. 295-298 ein Rückblick auf die Debatte.

CW eine heftige Debatte um den aufsehenerregenden Roman des ehemaligen protestantischen Pfarrers Gustav Frenssen (1863-1945) mit dem Titel „Hilligenlei“. Die Autoren und Leser der CW nahmen gleichermaßen Anstoß an der Christus-Vita, die dem Roman angefügt war, wie an den erotischen Freizügigkeiten in der Romanhandlung.²³ Rade gehörte zu Frenssens Verteidigern im Namen der Selbständigkeit der Literatur, die ihre eigenen Regeln zu befolgen habe und weder vom Staat noch von der Kirche Belehrung annehmen müsse.²⁴

Im Übrigen blieben die Kriterien der CW-Literaturkritik vor 1914 eher implizit als explizit. Rade bedauerte gelegentlich, für den Bereich der Kunst und Literatur nicht regelmäßiger und professionellere Autoren an die Zeitschrift binden zu können. Da er aber auch in ästhetischen Streitfällen mit seinem liberalen Urteil nicht zurückhielt, sondern in seinen zahlreichen Herausgeber-Notizen immer präsent war, kam seinem Schiedsspruch in diesem Bereich ein großes Gewicht zu. Im Verlauf der Umgestaltung der CW zu einer modernen evangelischen Kulturzeitschrift zeichnete sich um die Jahrhundertwende eine Wahlverwandtschaft im ästhetischen Feld ab mit der anderen größeren „Gebildeten“-Zeitschrift, die fast im selben Jahr wie das kulturprotestantische Periodikum gegründet worden war, nämlich mit dem „Kunstwart. Halbmonatschrift für Ausdruckskultur auf allen Lebensgebieten“.²⁵ Die CW druckte oft Werbeanzeigen für die von Ferdinand Avenarius herausgegebene Zeitschrift und viele der CW-Autoren veröffentlichten auch im „Kunstwart“. Arthur Bonus (1864-1941), vormaliger Pfarrer, Stammautor der CW und später freier Schriftsteller, war während der Kriegsjahre einige Zeit an der Leitung des viel gelesenen Blattes beteiligt.²⁶ In einer Artikelfolge der CW wurden 1899 die „verwandten Ziele“ herausgestellt.²⁷ Das galt jedoch nur im ästhetischen Selbstverständnis der beiden Periodika, in dem sich Traditionspflege mit Reformpathos verband und in dem ein ausdrückliches Bekenntnis zur

²³ Vgl. dazu Johannes Rathje: Die Welt des freien Protestantismus. Ein Beitrag zur deutsch-evangelischen Geistesgeschichte, Stuttgart 1952, S. 139ff.

²⁴ Zu Frenssen, der in der Literaturkritik der CW eine dauerhafte Rolle spielte vgl. Andreas Crystall: Gustav Frenssen. Sein Weg vom Kulturprotestantismus zum Nationalsozialismus, Gütersloh 2002.

²⁵ Vgl. dazu die Monographie Gerhard Kratzsch: Kunstwart und Dürerbund. Ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus, Göttingen 1969.

²⁶ Zu seiner politischen Haltung dort vgl. ebenda, S. 364ff.

²⁷ CW (1899), Sp. 898ff. und Sp. 926ff.

„Moderne“ enthalten war.²⁸ Die Aufsatzfolge „Verwandte Ziele“, die von einem der damals rühmlichsten Literaturkritiker der CW verfasst wurde, hob die „Modernität“ des Blattes hervor, die sich im „Vorstellen des Persönlichen in der Kunst, des Individuellen im künstlerischen Schaffen“ und einer „gewissen Nachsicht der Form gegenüber“ zum Ausdruck bringe. Das andere Spezifikum des „Kunstwart“ sah er in der wechselseitigen Durchdringung der ehemals separaten Künste, in ihrem partiellen Zusammenfließen, aber auch in der merklichen Ausweitung des Kunstbegriffs:

„Es gibt Nachbargebiete der Kunst, von ihr verlassene, wild aufgewachsene und enterbte Stiefkinder, deren Erziehung reiche Früchte tragen könnte. So hat sich der Kunstwart z.Bsp. des Variététheaters und des Zirkus angenommen, so hat er über Toiletten seine Meinung zu äußern gewagt, hat dem Kunsthandwerk besondere Beachtung geschenkt. Man sieht, und damit kommen wir zur Hauptsache, es ist ihm um Erziehung zu thun. Er möchte seine Leser anleiten, das Schöne zu finden und zu sehen; er will ihnen sodann helfen, es sich auch zu schaffen.“²⁹

In dieser vom „Kunstwart“ propagierten Aneignung und Fortbildung von Kulturgütern im weiteren Sinne sah der Verfasser ein ähnliches Programm, wie es in der Bildungskonzeption der CW vertreten wurde. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf die Überlegungen Martin Rades zum Verhältnis von Kunst und Religion:

„Diese kurze Skizze der Gedankenrichtung des Kunstwart und seiner Geschichte mag die Behauptung rechtfertigen, daß es sich für die Freunde der Christlichen Welt tatsächlich um verwandte Ziele handelt. Denn eine spezifisch christliche Kunst, schrieb mir einmal der Herausgeber, wollen wir nicht. Sie postulieren, heißt von der Kunst eine Apologetik verlangen, zu der sie sich ebenso wenig verstehen wird, wie etwa zu einer Propaganda des Atheismus. Wo es sich nicht eingestandenermaßen um sozialpädagogische Zwecke handelt, werden Kunst und Religion friedlich nebeneinander hergehen. Konflikt kann nur entstehen, wenn Grenzüberschreitungen stattfinden oder die eine die andere in sich aufnehmen möchte.“³⁰

Man wird diesen Bezug auf einen ästhetischen Konsens, der sich im Diskurs der Vorkriegs-CW herausgebildet hatte, nicht überinterpretieren dürfen. Es gab keine festen Regeln für die Kulturberichterstattung in der Zeitschrift und bei der ausgeprägten

²⁸ Vgl. dazu Rüdiger vom Bruch: Kunstwart und Dürerbund, in: Michel Grunewald u.a. (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland (1890-1960). Seine Presse und seine Netzwerke, Bern 2003, S. 353-375.

²⁹ CW (1899), Sp. 898.

³⁰ CW (1899), Sp. 899.

Individualität ihrer zuständigen Autoren schon gar keine Reglementierung. Man wird jedoch dem Grundsatz der Selbständigkeit der Bereiche Kunst und Religion und ihrer wechselseitigen Respektierung, wie er in den zitierten Überlegungen maßgeblicher CW-Repräsentanten belegt ist, eine gewisse Leitfunktion nicht absprechen können. Da sich in und nach dem Ersten Weltkrieg die politischen Bedingungen grundstürzend, der kulturprotestantische Kommunikationsrahmen teilweise, die personellen und redaktionellen Verantwortungen für die CW jedoch nur geringfügig änderten,³¹ ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass an dem kulturpolitischen und ästhetischen Konsens der Vorkriegsjahre erst einmal nichts geändert wurde. Dass er nicht zu einem Hindernis für die lebendige Weiterentwicklung des Kulturprotestantismus in der Weimarer Republik wurde, war dadurch gewährleistet, dass er vor wie nach dem Weltkrieg eng verbunden war mit der Entwicklung des politischen Linksliberalismus und mit den sozialen Bewegungen, die sich die soziale Frage, die Frauenrechte und die Friedenssicherung aufs Panier geschrieben hatten.³² Diese politische und gesellschaftliche Einbindung des Kulturprotestantismus zwang ihn während der Weimarer Republik, auch seine Kriterien und Maßstäbe der Kritik am kulturellen Leben weiterzuentwickeln. In welcher Form und in welchem Umfang diese Weiterentwicklung kulturprotestantischer Kritik an den kulturellen Hervorbringungen der Weimarer Republik erfolgte und wie in dieser Entwicklung das Postulat der friedlichen Koexistenz von Kunst und Religion in der publizistischen Praxis zum Tragen kam, das soll im Folgenden am Beispiel der Buch- und Filmkritik in der „Christlichen Welt“ dargestellt werden. Für die Auswahl dieser beiden Bereiche kultureller Produktion war ausschlaggebend, dass mit dem Buch und dem Film ein damals noch etabliertes Medium einerseits und ein ganz neues massenwirksames Medium andererseits ins Blickfeld kommt und dass sich die kulturprotestantische Kritik an beiden kontrastreichen Beispielen bewähren musste. Die bemerkenswerte Tatsache, dass die CW schon sehr früh den Film als zukunftsträchtiges Medium zur Kenntnis nahm, war in ihrer Selbstverpflichtung auf kulturelle Modernität und Innovation angelegt. In der Weimarer Republik war der gleichsam naturwüchsige Fortschrittsoptimismus der Vorkriegsperiode in den Reihen des Kulturprotestantismus gerade im kulturellen

³¹ Vgl. zur personellen Entwicklung Bock (wie Anm. 4).

³² Vgl. dazu Nagel (wie Anm. 9) und Bock (wie Anm. 4).

Sektor auf eine harte Probe gestellt. Besonders in der Medienentwicklung konstatierten mehrere Autoren der Zeitschrift eine strukturelle Veränderung, die mit der wirtschaftlichen Lage und den politischen Orientierungen des Bildungsbürgertums engstens verbunden war. Mit der wachsenden ökonomischen Destabilisierung und der entsprechenden sozialen Statusunsicherheit der „Gebildeten“ im Verlaufe der Weimarer Republik zeichnete sich eine tendenzielle Abwertung des Buches und eine merkliche Ausweitung der Rolle des Radios und des Films in der Mediennutzung ab, die auch auf das kulturprotestantische Milieu zurückwirkte. Dort wurde diese Entwicklung einerseits als Verfall interpretiert, der das hochkulturelle Interesse an wissenschaftlicher und belletristischer Buchproduktion ins Mark traf; andererseits gab man die Hoffnung auf die Erneuerungsfähigkeit des Leitmediums Buch nicht auf und versuchte, auch den neuen audiovisuellen Medien eine positive Seite abzugewinnen. Diese doppelt ambivalente Einschätzung der Medienentwicklung der zwanziger Jahre wird deutlich greifbar in dem Essay eines der CW-Autoren, der einige Jahre lang für den Kulturschwerpunkt größere Beiträge lieferte und der seine Überlegungen dem „Buch in dieser Zeit“ widmete.³³ Er ging von der „Buchfeindlichkeit“ der Gegenwart aus, die einhergehe mit einer wachsenden „Geistlosigkeit“ der aktuellen Zeitläufte. Das große Publikum sehe im Buch bestenfalls einen „Zweckgegenstand“, der geeignet sei zum Erwerb von Berufsfertigkeiten oder zum Zeitvertreib. Das gebildete Bürgertum habe das Buch seit der Reformation und Aufklärung als „sinnvolle Lebensnotwendigkeit“ angesehen, solange es an der klassischen Philosophie und Weltanschauung festgehalten habe. Seit etwa 1880 habe es diese Grundlage fortschreitend aufgegeben und habe „den Boden unter den Füßen“ verloren mit dem Effekt, dass es in „genau die gleiche geistige Krise hineingestoßen [worden sei] wie der ‚ungebildete‘ Teil der menschlichen Gesellschaft, wie das Proletariat.“³⁴ Der Verfasser weigerte sich aber, diese soziologische Entwicklung als schicksalhaftes Geschehen anzusehen, und er rief auf zur Rettung des „guten Buches“: „Ohne das Buch des Dichters, des Wissenschaftlers, des schöpferischen Menschen werden wir nie aus der geistig-seelischen Zwiespältigkeit und Verlorenheit unserer Zeit

³³ Der Verfasser war Hanns Martin Elster (1888-1983), der in München, Paris und Wien studiert hatte und 1913 zum Dr. phil. promovierte; er gab 1924-1931 die Zeitschrift „Die Horen“ heraus und trat 1933 in die Pressestelle für Beamte in der Reichsleitung der NSDAP ein. Er war u.a. Autor von: Gustav Frenssen, Dresden 1921.

³⁴ CW (1928), Sp. 1134.

herauskommen.“³⁵ Er sah ein Zeichen für die Rettung des „guten Buches“ in der literarischen Zirkelbildung, die allenthalben in der Gesellschaft zu beobachten sei:

„Zuerst sind es die schöpferischen Dichter und Gelehrten, die mit ihrem Wirken überall den Sinn des sinnvollen Buches wieder in die Lebensmitte zu rücken bestrebt sind; jene Geister, die keine Massenerfolge für sich buchen können, aber den Dauererfolg haben werden – von Wilhelm Raabe bis Hermann Stehr, von Carl Hauptmann bis Wilhelm von Scholz, von Mombert bis Stefan George, von Däubler bis Rilke, von Binding bis Carossa, von Schmidtborn bis Martin Buber, von Hermann Hesse bis Hofmannsthal, von Leopold Ziegler bis Rudolf Pannwitz und wie immer sie heißen: ihre Gemeinden bilden sich und wachsen.“³⁶

Unverkennbar war in dieser Zeitdiagnostik die Erkenntnis der Krise des traditionellen Vehikels kulturprotestantischen Bildungsstrebens, des Buches und der Printmedien im Allgemeinen, eingeschlossen. Aber dieses Medium wurde nicht als verloren angesehen, und das Spannungsverhältnis zwischen den alten und den neuen Medien wurde beredt und in bemerkenswerter Klarheit formuliert:

„Der Bürger hat jene Bildungsgrundlagen des Klassischen aufgegeben: darum werden die Klassiker nicht mehr gekauft (auch auf dem Theater kaum noch gespielt); das Proletariat glaubt nicht mehr an jene bürgerlichen Bildungsgrundlagen: darum sucht es die Vertrautheit mit den Klassikern nicht mehr. Man ist zufrieden mit einer Oberflächenbildung, die nur auf das Reale und Nutzbare aus ist, man begnügt sich mit der Bildung, die vom Kino und Radio vermittelt wird, man kennt nicht mehr das Wohnen in der Phantasie – es siegt der filmartige Kriminalroman, weil man nur noch Zivilisationsinteressen hat: das Verbrechen und seine Bekämpfung, die Rechtsprechung und die Verbrechenverfolgung mit Hilfe des Detektivs – daher Jack Londons, Wallaces Erfolge, daher Jakob Wassermanns ‚Fall Maurizio‘ im 50. Tausend. Oder man ist nur Genießer der Stunde: des Carpe diem des Horaz, der den Spruch im Beginn des römischen Zerfalls aussprach. Als Genießer sucht man nicht geistige Vertiefung, Läuterung, ethische Höherentwicklung, Bindung an das Ewige, an Gott, sondern jederzeit den neuen Reiz, bald erotisch – also überwiegt heute der erotisch-sexuelle Roman –, bald sportlich – also macht heute das Sportbuch die Auflagen, bald reisend – also liest heute alle Welt Reisebücher“.³⁷

In diesen und ähnlichen Betrachtungen der Medienentwicklung³⁸, die in der CW veröffentlicht wurden, überwogen die Verlustbilanzen, die Feststellung der kulturellen

³⁵ Ebenda.

³⁶ CW (1928), Sp. 1135.

³⁷ CW (1928), Sp. 1134.

³⁸ Vgl. auch zum Beispiel CW (1928), Sp. 913ff.: Wesen und Bedeutung des Unterhaltungsromans.

Trivialisierung und Nivellierung auf dem niedrigsten Niveau. Maßstab dieser Kritik an der massenmedialen Umfunktionierung des Buches blieb dabei, dass das „gute Buch“ die „geistige Vertiefung, Läuterung und ethische Höherentwicklung“ zu bewirken habe. Die Beantwortung der Frage, ob die audiovisuellen Medien (Radio und Film) diese Aufgabe zu leisten vermochten, blieb in der Schwebe und wurde im Falle der hier zitierten Gedanken eher verneint.

2. Das „gute Buch“: Belletristik als Reservoir der Sinnenfreude und der Sinndeutung

Die Buchkritik war in der CW eine zentrale Plattform des intellektuellen Austauschs. Sie nahm unterschiedliche Formen an: neben den essayartigen Volltexten, die einem Autor oder einem Werk gewidmet waren, gab es – in der Regel petit gesetzte – kürzere Rezensionen und auch gelegentlich so genannte „Selbstanzeigen“, in denen ein Autor auf seine Veröffentlichung aufmerksam machte. In allen diesen Varianten nahmen die Buch-Kritiken, die auf theologische und religionsgeschichtliche Publikationen bezogen waren, in der kulturprotestantischen Zeitschrift den bei weitem größten Raum ein. In der Gruppe der essayförmigen Volltexte nahmen die Aufsätze, die der Belletristik (und in sehr geringem Umfang der Bildenden Kunst und der Musik) gewidmet waren, quantitativ den zweiten Platz ein. Im Vergleich zur Vorkriegsperiode fällt zu den belletristischen Buchrezensionen der CW auf, dass die ausländische Literatur in den Weimarer Jahren weit weniger repräsentiert war als die deutsche Literatur. Das Textvolumen der Essays und Aufsätze im Allgemeinen und der belletristischen Rezensionen im Besonderen war bemerkenswert groß. Die Verantwortlichen der CW hoben gelegentlich diese quantitative Gewichtigkeit der Beiträge als ein bewusst gepflegtes Unterscheidungsmerkmal des Periodikums gegenüber anderen Zeitschriften hervor.³⁹

Im überregionalen Kontext teilte die CW ab 1925 die Aufgabe der Nahbeobachtung der Literaturentwicklung für die gebildeten Protestanten mit einem neu gegründeten Blatt, das den Titel „Eckart“ trug und in Berlin erschien. Die CW annoncierte und rezensierte die Monatsschrift, die sich selbst charakterisierte als „das einzige große

³⁹ CW (1926), Sp. 409.

Literaturblatt auf dem Boden evangelischer Weltanschauung⁴⁰. Mehrere der ständigen Mitarbeiter des „Eckart“ schrieben auch Literatur-Beiträge für die CW.⁴¹ Die ästhetische Verbundenheit der Zeitschrift mit dem „Kunstwart“ wurde in der Weimarer Zeit fortgesetzt, und Ferdinand Avenarius wurde als überragender kultureller Impulsgeber und Organisator gewürdigt.⁴² Von den neu entstandenen Kulturzeitschriften galt vor allem dem jungkonservativen Erfolgsblatt „Die Tat“ die kritische Aufmerksamkeit der CW.⁴³ Die „Monatsschrift für die Zukunft deutscher Kultur“⁴⁴ wurde anerkennend charakterisiert:

„Die ‚Tat‘ ist insofern die hervorragendste kulturelle deutsche Monatsschrift als sie keinen politischen, wirtschaftlichen, konfessionellen oder ästhetischen Standpunkt vertritt, sondern nur *eine* Grundlage kennt: die Verwurzelung in der deutschen Volkheit und Geistesgeschichte, und nur *eine* Richtung: die des verantwortlichen Besinnens und Handelns.“⁴⁵

Auch die andere jungkonservative Neugründung der späten Weimarer Republik, „Der Ring. Unabhängige Wochenschrift für nationale Politik“⁴⁶, wurde in der CW positiv gewürdigt:

„Es handelt sich bei dem allen um ein verheißungsvolles Hervorbrechen neuer nicht parteigebundener Kräfte, auf deren theologische Grundlagen die sogenannte Theologie der Krisis, insbesondere Gogarten entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, zumal zur Überwindung alter Ideologien, die sich als falsch erwiesen haben; deutlicher: es handelt sich in unserem heutigen, gegebenen, demokratischen Staatswesen um die Frage nach Ordnung, Bindung, Autorität, d.h. es geht wirklich um Dinge, die uns am eigenen Leibe angehen.“⁴⁷

Neben diesen jungkonservativen Blättern erfuhren die Leser der CW aber ebenso von den Periodika der religiösen Sozialisten protestantischer wie katholischer Observanz,

⁴⁰ CW (1926), Sp. 205-206. Als Mitarbeiter werden aufgeführt u.a. Walter von Molo, Siegfried von der Trenck, Ina Seidel, Carl Christian Bry, Heinrich Spiero.

⁴¹ So namentlich C.C. Bry und H. Spiero.

⁴² CW (1923), Sp. 774-779: Ferdinand Avenarius.

⁴³ CW (1927), Sp. 576ff.

⁴⁴ Vgl. dazu Jens Flemming: Junge Front. Bemerkungen zum generationellen, politischen und kulturellen Profil der „Tat“, in: Michel Grunewald u.a. (Hrsg.): Der Europadiskussion in den deutschen Zeitschrift 1933-1939, Bern 1999, S. 233-263, Gangolf Hübinger: Die Tat und der Tat-Kreis. Politische Entwürfe und intellektuelle Konstellationen, in: Grunewald (wie Anm. 28), S. 407-426.

⁴⁵ CW (1927), Sp. 576.

⁴⁶ Vgl. dazu Michel Grunewald: Eine konservative Stimme in der deutschen Staatskrise. Der Ring und sein Werben für den „Neuen Staat“ (1928-1933), in: Grunewald (wie Anm. 28), S. 481-505.

⁴⁷ CW (1930), Sp. 932.

die dargestellt wurden als das Werk „einer Hand voll“ von Pfarrern, die im Arbeitermilieu „starke christliche Kräfte“ angetroffen hatten und diese fördern wollten.⁴⁸ Bei all diesen Periodika handelte es sich um politisch-kulturelle Zeitschriften, die sich allgemein an Leser aus den Kreisen der gebildeten Protestanten wandten. Im Vergleich zu ihnen war „Zwischen den Zeiten“, die 1923 ins Leben gerufene Zeitschrift der Anhänger der Theologie Karl Barths (1886-1968), eindeutiger ein theologisches Fachorgan. Es reichte gegen Ende der Weimarer Republik mit 2.500 Exemplaren annähernd an das Abonnenten-Niveau der CW heran. Es stellte für die ältere Generation des Kulturprotestantismus die stärkste theologische Herausforderung dar, da dort gerade das Verhältnis der Vorkriegsgeneration zur weltlichen Kultur harsch kritisiert wurde:

„Die von Barth und seinem Kreise geübte Kritik wandte sich nicht nur gegen die herrschende Frömmigkeit, sie wandte sich auch gegen die theologische Darstellung der christlichen Religion und behauptete: genau so, wie die Kirche in ihrer praktischen Haltung den satanischen Mächten der Gegenwart nicht gewachsen gewesen sei, genau so habe ihre Theologie vor dem modernen Geiste restlos kapituliert: sie habe die Gottesgewißheit untergehen lassen in der Ich- und Weltgewißheit, sie habe tatsächlich die Religion zu einer bloßen menschlichen Geistesschöpfung gemacht und sei darum mitschuldig an der Bedeutungslosigkeit und Kraftlosigkeit des christlichen Lebens und Denkens unserer Tage.“⁴⁹

Karl Barth, der in den Vorkriegsjahren das Zeitschriftenhandwerk zeitweilig bei Martin Rade gelernt hatte, war mit seiner „Theologie der Krisis“ zur Schlüsselgestalt der theologischen Debatten in der CW geworden. Der seiner Zeitschrift gewidmete Rezensionssatz in der CW war sichtlich um Sachlichkeit in der Kritik bemüht.

Die Kultur- und (theologischen) Fachperiodika der Weimarer Jahre wurden in der Traditionszeitschrift des Kulturprotestantismus nach Maßgabe ihrer programmatischen Nähe zur CW besprochen bzw. nicht beachtet. Prinzipiell wurden sie höher geachtet und öfter zitiert als die Tagespresse, da sie die Möglichkeit boten, kohärente Reflexionsbeiträge zu brennenden Zeitfragen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Gefälle zwischen Kulturzeitschriften (im weitesten Sinne) und Tagespresse wurde in der Sicht der CW-Autoren in der Weimarer Periode immer größer. Rade prangerte

⁴⁸ Die Zeitschriften des deutschen Religiösen Sozialismus in: CW (1931), Sp. 683-686.

⁴⁹ CW (1928), Sp. 308-316, Zitat Sp. 308.

wiederholt die interessenbedingte Zersplitterung und Verflachung der Tagespresse an, die diese als Orientierungshilfe in der Öffentlichkeit zunehmend disqualifiziere. Die Kritik an der Tagespresse nahm gelegentlich pathetische Züge an, wenn zum Beispiel 1932 unter dem Titel „Wir klagen an“ gesagt wurde:

„Nur *die* Presse als Führerin der öffentlichen Meinung dient dem Interesse der Nation, die das Führungsbedürfnis des schwer ringenden Menschen von heute in dieses Fahrwasser [der Erziehung zur Eigenverantwortung, H.M.B.] leitet, das alle heilsamen Kräfte in sich birgt. (...) Die sogenannte meinungsfreie Presse, die das Führungsbedürfnis der Menschen von heute unbefriedigt läßt, rechnet falsch. Der heute noch herrschende Zeitungstyp wird mit Mann und Maus in der großen Umschichtung untergehen, wenn er nicht aus sich heraus die Wiedergeburt des charaktervollen Journalisten erzwingt, der nicht mehr in der größten Anpassungsfähigkeit die größte Chance hat.“⁵⁰

In einer zivilisationskritischen (und antiamerikanischen) Variante formulierte einer der CW-Kulturautoren den Abstand zwischen der Praxis der Tagespresse und dem Bildungsideal des Kulturprotestantismus:

„Sie [die Presse, H.M.B.] opfert Spalten Druckes, hohe Summen Geldes allem, was der Masse schmeichelt: Sport, Kino, Radio, Partei und Leidenschaften, sie verschließt sich aber mehr und mehr dem, was dem höheren, dem sinnvollen, dem reinen Leben, der wirklichen Wirklichkeit, der Liebe Gottes, der höchsten Humanität dient, nämlich Kunst, Wissenschaft, Geistigkeit. Sie wird immer mehr Organ der Sensationen und verliert ihre Stimme vor Gott.“⁵¹

Die Kölner Presseausstellung „Pressa“ gab im August 1928 den Anstoß für eine umfassendere Bestandsaufnahme und Kritik des Mediums Zeitung in der CW. Die internationale Ausstellung in Köln führte die Vertreter der evangelischen Presseverbände zusammen⁵² und veranlasste die CW zu einer Aufsatzserie zu den „Gegenwartsproblemen des deutschen Journalismus“⁵³. In diesen (recht kompetenten) Aufsätzen wurde nicht überwiegend Klage geführt über die Verderbnis der Presse, sondern der Autor versuchte die Strukturveränderungen der Öffentlichkeit zu verstehen und vor deren Hintergrund den Wandel sowie die Möglichkeiten der Presse in der Gegenwart zu er-

⁵⁰ CW (1932), Sp. 708-712: Wir klagen an. Druckindustrie-Erzeugnis oder verantwortungsbereite Publizistik?, Zitat Sp. 712.

⁵¹ CW (1928), Sp. 308-316.

⁵² Vgl. CW (1928), Sp. 962-906, Karl Becker: Evangelische Pressewoche in Köln.

⁵³ Martin Plieninger, in: CW (1929), Sp. 389ff., 431ff., 490ff. und 539ff.

kennen. Es gelang ihm, die Ablösung des historischen Zeitungstypus „Gesinnungszeitung“ durch einen neuen Typus, in dem der anonyme Leser bzw. Käufer den Ausschlag für die Gestaltung („Sensationspresse“) gab, aus soziologischen Ursachen zu erklären:

„Die alte ‚Gesinnungszeitung‘ fühlte sich als Beraterin, Bildnerin, Führerin einer in sich geschlossenen Lesergemeinde zu einer Welt objektiver Werte und Ideale. Heute sind die alten Wertetafeln zerbrochen, das Neue aber steht noch nicht klar und überzeugend am Wege. Die Zeitung aber, dieses nervöseste Organ der Zeit, muß diesen Bruch bis in seine letzten, vielleicht verborgensten Ausstrahlungen spüren, an sich selbst erleiden. Zugleich hat die zwangsläufige kapitalistische Entwicklung des Zeitungswesens, die gesteigerte Bedeutung des Lesers in der Kalkulation des Zeitungsunternehmens, das viel stärkere Fluktuieren des Publikums, das vermehrte Schwergewicht der anonymen, zeitungslisenden Masse eine gesteigerte Abhängigkeit der Zeitung von der Leserschaft geschaffen.“⁵⁴

Der Verfasser zeigte die Eigenart der evangelischen Pressearbeit im Kontrast zum vergleichsweise zentral geleiteten katholischen Pressewesen auf und empfahl den Protestanten, auf der Grundlage ihrer flexibleren Handhabung den Anschluss an die irreversible moderne Presseentwicklung herzustellen. Und zwar dergestalt, dass die Zeitung ihren „sittlichen Führungsanspruch“ unter neuen Bedingungen bewahren könne, dass sie nicht nur „Spiegel“, sondern auch „Motor“ in der Gesellschaft sei:

„Die neue Aufgabe [heißt]: Verantwortungsvolle, publizistische Mitarbeit an den Problemen und Aufgaben des öffentlichen Lebens, deren Lösung man früher, oft allzu vertrauensselig, der Obrigkeit und dem alten christlichen Staat überlassen hatte; ein Mitformen an den großen, das Individuum umspannenden Lebenszusammenhängen: Atmosphäre, Zeitgeist, Sitte, öffentliche Zustände, Verwaltung, Gesetzgebung, Staatsführung.“⁵⁵

Es ist offensichtlich, dass in der CW der Weimarer Republik die Presse sehr kritisch am liberalen Maßstab ihrer gesinnungs- und meinungsbildenden Funktion gemessen und für defizitär befunden wurde. Gleichwohl wurde für die pressepolitische Arbeit der Protestanten das Ziel der sittlichen Bildung als Leitvorstellung aufrechterhalten. Bei den Kultur- und Theologie-Zeitschriften wurde diese Funktion der sittlichen,

⁵⁴ CW (1929), Sp. 391.

⁵⁵ CW (1929), Sp. 542.

politischen und ästhetischen Höherentwicklung ihrer Zielgruppen als selbstverständlich vorausgesetzt. Hier verfahren die verantwortlichen Herausgeber der Zeitschrift weniger kritisch als selektiv in der Präsentation und Beachtung dieser Periodika. Diese waren allesamt durch ihre Steuerungsfunktion für die Wahl ihrer Leser hinsichtlich der Buch-Neuerscheinungen und aufgrund ihres eigenen Anspruchs auf diskursive Orientierungs-Funktion in der kulturprotestantischen Perspektive das höherwertige Printmedium im Verhältnis zur Tagespresse.

An der Spitze der Wertschätzung stand jedoch das „gute Buch“, das „schöngeistigen“ oder wissenschaftlichen Charakter haben konnte. Da im Folgenden nur die belletristische Buchkritik dargestellt werden soll, muss vorab darauf hingewiesen werden, dass die viel umfangreichere wissenschaftliche Buchkritik in der CW hohe Ansprüche an ihre Leser stellte, eine „schwere Kost“ darstellte, wie Martin Rade öfters formulierte – „eine schwere Kost“, von der er aber annahm, dass man sie den Lesern zumuten konnte. Die Zeitschrift nahm sich in den Jahren der Weimarer Republik neben der theologischen und religionswissenschaftlichen Thematik solch komplexer Materien an, wie sie z.B. die Kulturkreistheorie, die Psychoanalyse und die Existenzphilosophie darstellten.⁵⁶ Für ihre belletristische Buchkritik, die vor allem für ihren ästhetischen Konsens aufschlussreich ist, gibt es eine interessante Vorstudie, die ursprünglich Bestandteil der Rade-Festschrift von 1927 werden sollte.⁵⁷ Die Studie, die von einem Marburger Pfarrer und praktizierenden Kultur-Autor der CW verfasst wurde, legte den Schwerpunkt auf das Verhältnis der Zeitschrift zur weltlichen Literatur in der Vorkriegszeit, kam aber auch zu interessanten Einsichten zur Weimarer Republik. Es wurden vom Autor, Hans Schimmelpfeng, drei Hypothesen zur Literaturkritik in der CW skizziert, die diskussionswürdig erscheinen. Zum einen fiel ihm die Gleichzeitigkeit und Gleichursprünglichkeit der Entstehung des literarischen Realismus und der Gründung der CW in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auf:

⁵⁶ Dabei wurde die Psychoanalyse überwiegend zustimmend aufgenommen, die Existenzphilosophie eher indirekt rezipiert und Oswald Spengler kritisiert.

⁵⁷ Vgl. die Fußnote des Herausgebers in CW (1927), Sp. 710. Vgl. Hans Schimmelpfeng: Die Schöne Literatur und die „Christliche Welt“, in: CW (1927), Sp. 710-716 und Sp. 764-770.

„Es erscheint uns heute nicht als eine Laune des Schicksals, daß sie [die CW, H.M.B.], die von Anfang an Korruption und Formelkram den Kampf ansagte, im gleichen Jahrzehnt mit dem deutschen Realismus entstanden ist. Hier waltet eine jener Gleichzeitigkeiten, welche deutlich machen, daß es keine Isoliertheit irgendwelcher Lebensformen gibt, sondern daß man sogar in den letzten zerklüfteten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts von einer durchgängigen Kultureinheit wird sprechen dürfen.“⁵⁸

Als gemeinsames Motiv- und Wertebündel der kulturprotestantischen Zeitschrift und des literarischen Realismus konstatierte er: hohes Problembewusstsein und den Willen zur gesellschaftlichen Problemlösung, sowie die Entwicklung der „sittlichen Persönlichkeit“ gemäß den Handlungsmaximen „Freiheit und Wahrhaftigkeit, Mut und Ehrlichkeit“.⁵⁹ Diese Qualitäten habe die CW-Kritik vorwiegend bei den Skandinaviern (Björnsterne Björnson, Henrik Ibsen) und in Deutschland nahezu ausschließlich bei Gerhart Hauptmann und Hermann Sudermann gefunden: „Diese beiden Deutschen absorbieren das Interesse für den deutschen Realismus nahezu völlig. In ihnen sah die CW die Wortführer, an die man sich zu wenden habe. Die breitere literarische Bewegung, aus der sie aufgetaucht sind, spielt kaum eine Rolle.“⁶⁰ Der Naturalismus, zumal insofern er rein materialistisch oder artistisch (Arno Holz, Johannes Schlaf) war, fand nicht das Interesse der CW. Ebenso wenig die Dichter der Wiener Moderne „in ihrer süßen Melancholie, die sich selbst genießt, ihrem Mangel einer sittlichen Idee.“⁶¹

Die zweite These des Beobachters der Literaturkritik der CW zielte auf die starke Repräsentanz der Literatur der „Heimatkunst“-Bewegung in deren Kulturteil. Dieses Merkmal der Buchkritik in der kulturprotestantischen Zeitschrift kontrastiert seltsam mit der liberalen Fortschrittsorientierung, die in ihrem theologischen, politischen und künstlerischen Profil bestimmend war. Der Chronist der CW-Literaturkritik erklärt die große Aufmerksamkeit, die diese Art von Literatur in der Zeitschrift auf sich zog, vordergründig mit dem Wirken des Protagonisten der Dorfkirchen-Bewegung, Hans von Lüpke (1886-1934), und mit ihrer berufspraktischen Hilfsfunktion für die amtierenden Dorfpfarrer:

⁵⁸ CW (1927), Sp. 712.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ CW (1927), Sp. 714.

⁶¹ CW (1927), Sp. 716.

„In der Tat, diese Bewegung eröffnete einem praktischen Theologen neue Aussichten auf ein besseres Verstehen der Volksseele, insbesondere des Bauern, auch benötigte sie keine besonderen literarischen Anstrengungen, sondern mit ihr konnte sich der Leser der CW, zumal, wenn er Dorfpfarrer war, getrostes Mutes identifizieren.“⁶²

Hier stellt sich die Frage, ob diese Erklärung für den hohen Stellenwert der „Heimatkunst“-Literatur in der CW-Kritik hinreichend ist. Denn die regionbezogene Trivialliteratur verband sich früh schon mit ethnisch-nationalistischen Erneuerungsvorstellungen, die eine ganze Reihe ihrer Autoren später, ab 1933, für die nationalsozialistische Bewegung optieren ließen. Mit der kulturprotestantischen Literaturästhetik waren die oft sehr erfolgreichen Romane der „Heimatkunst“-Bewegung in dem Punkt vereinbar, dass sie im Rahmen kleinräumiger, handlungsarmer und mit minimaler Psychologie auskommender Erzählungen kräftig konturierte Charaktere darstellten, die elementare Tugenden verkörperten.⁶³ Sie entsprachen der protestantischen Vorliebe für unverwechselbare, knorrige Individualität und schlichte Religiosität. Der Chronist der Literaturkritik in der CW der Vorkriegszeit ermittelte in deren Jahrgängen Berichte und Besprechungen folgender Autoren, die er „im weitesten Sinn gefasst“ zur „Heimatkunst“-Bewegung zählte: Adolf Bartels, Friedrich Lienhard, Heinrich Sohnrey, Rudolf Herzog, Joseph Lauff, Fritz Philippi, Peter Rosegger und Ernst Zahn. Allein Gustav Frenssen, dem Bestseller-Autor, der zeitweilig als Literatur-Nobelpreis-Kandidat angesehen wurde, widmete die CW sechs Aufsätze. Einer davon war verfasst vom Propagandisten der „Germanisierung des Christentums“, Arthur Bonus, der sich erfreute am „deutschen Christentum“ von Frenssens „Die drei Getreuen“⁶⁴.

Die dritte diskussionswürdige Hypothese des Bilanz-Essays zur belletristischen Literaturkritik in der CW bezieht sich auf die Nachkriegsjahre. Der Autor stellt einen durch den Expressionismus geförderten fundamentalen Wandel der Eigenart der in der CW angezeigten und diskutierten Buchveröffentlichung fest.⁶⁵ Während in den Vorkriegsjahrgängen die Formung und Behauptung starker Persönlichkeiten im Kampf mit ihrer Lebenswelt und den öffentlichen Institutionen im Mittelpunkt der

⁶² CW (1927), Sp. 764.

⁶³ Zu diesen Merkmalen vgl. Karlheinz Rossbacher: Heimatkunstbewegung und Heimatroman. Zu einer Literatursoziologie der Jahrhundertwende, Stuttgart 1975.

⁶⁴ CW (1927), Sp. 764.

⁶⁵ Die Neue Sachlichkeit war für ihn 1927 noch nicht erkennbar.

rezensierten Autoren und Bücher gestanden habe, verlagere sich dieser Mittelpunkt in den Jahren der Weimarer Republik in der CW hin zu einer Infragestellung der Bedingungen für die Möglichkeit autonomer Persönlichkeitskonstituierung:

„Von poetischer Schönheit, Optimismus oder Pessimismus, Realismus und Idealismus, kurzum von dem alten Schema um die Jahrhundertwende, ist kaum noch die Rede. Man denkt jetzt grundsätzlicher, gibt sich nicht mehr zufrieden mit Forderungen von Wahrhaftigkeit, Mut, sittlichen Tugenden des Individuums und seinem Kampf gegen die Gesellschaft, die, sobald sie mehr wird als eine Summe von Individuen und sich eine Autorität anmaßt, die ihr nicht zukommt, bekämpft wird. Sondern die Probleme spielen sich auf einer weiteren Bühne und vor einem größeren Auditorium ab. Der Mensch, in seinem Grundgefüge bisher nicht angetastet, sondern als unproblematischer Wert genommen, wird fragwürdig. Freilich, man kann einwenden, problematisch war er auch im Realismus und Naturalismus; aber eben doch nur, insofern er dem Milieu unterworfen war, eine meist grausame Erbschaft antreten mußte und nun in seinem Kampf gegen diese Abhängigkeit das Recht der Individualität zu behaupten strebte. Daß dieses Recht nur ein beschränktes war und sich auszuweisen hatte vor einem höheren Tribunal, eben das ist erst eine Erkenntnis der Nachkriegszeit, des Expressionismus. Der ‚Mensch‘ als solcher – unbeschadet seines Kampfes gegen Milieu – wurde zum Thema.“⁶⁶

Der Autor dieser These, der selbst an der beschriebenen Veränderung der Kriterien der Buchkritik in der CW mitwirkte, hatte den (begründeten) Eindruck, dass sich die neuen Präferenzthemen erst nach der Inflationsperiode nach 1923/24 in der CW durchsetzten. Die Zeitschrift habe sich „naturgemäß zu solchen Erscheinungen hingezogen“ gefühlt, „die um die Entscheidungsfragen des Menschen wussten, ihr religiös-ethisches Problem an sich selbst entwickelten, mochte es auch nur trübe und gebrochen erscheinen“. Sie habe sich folglich mit „solchen Männern wie Strindberg und Wedekind, Unruh und Toller, Werfel und Mann beschäftigt.“⁶⁷ Dass diese Beobachtung im Großen und Ganzen zutreffend war, lässt sich an den belletristischen Essays und Rezensionen in der CW der zwanziger Jahre leicht verifizieren. Allerdings legt Schimmelpfeng in seiner Studie den Akzent zu eindeutig auf die jüngste, (post-) expressionistische Literatur. Tatsächlich wurde jedoch gerade die Literatur, die aus der „Heimatkunst“-Bewegung hervorgegangen war, auch in der Weimarer Republik überaus positiv bewertet und hoch geschätzt. Im Zweifelsfall immerhin entschied sich der

⁶⁶ CW (1927), Sp. 768.

⁶⁷ CW (1927), Sp. 770.

Herausgeber der CW, Martin Rade, der allem Neuen prinzipiell aufgeschlossen war, für die neueste Literatur. Sein junger Kollege in Marburg, der die Studie über die „Schöne Literatur und die CW“ verfasst hatte, berichtete, dass Rade im Fall der Alternative, Wedekind oder Lienhard rezensieren zu lassen, sich für Wedekind entschied.⁶⁸

Man wird bei den literarischen Präferenzen der Buchkritiker der CW ihre Generationszugehörigkeit zu beachten haben, die teilweise zu ermitteln ist. Die ältere Generation, zu der Heinrich Spiro (1876-1947) gehörte, war noch überwiegend vom Realismus geprägt.⁶⁹ Die jüngere Generation, zu der Hans Schimmelpfeng (1902-1971) gehörte⁷⁰, stand den expressionistischen Werken viel näher und sah dort ihr Lebensgefühl authentischer wiedergegeben. Trotz diesen unterschiedlichen Voreinstellungen der Buchkritiker der CW zeichneten sich einige gemeinsame Merkmale ab, und zwar gleichermaßen bei den Kritiken, die auf die anspruchsvollen modernen Autoren wie auf die trivialliterarischen Schriftsteller bezogen waren. In beiden Fällen entsprach die Auswahl der besprochenen Bücher dem ästhetischen Grundsatz des Kulturprotestantismus, dass es keine „religiöse Kunst“, sondern nur gute und schlechte Dichtung gebe. Das hatte zur Folge, dass Autoren und Werke mit direkten religiösen Themen oder Motiven in den Buchbesprechungen eher die Ausnahme blieben und dass die Leitfragen der Literaturinterpretation vorzugsweise auf die indirekten religiösen Implikationen gerichtet waren. Zu dem ausdrücklichen Konsens der Kritiker gehörte es auch, im Verhältnis zu diesen inhaltlichen Leitfragen die Aspekte der Form, besonders der stilistischen oder technischen Virtuosität (das artistische „Ästhetentum“) geringer zu gewichten. Das „gute Buch“ sollte charakterisiert sein durch pralle Sinnfälligkeit der Handlungen und Charaktere und durch die Hinführung der Leser zu den existenziellen Sinnfragen. In vielen der Literatūraufsätze der CW drang in den Weimarer Jahren das Vokabular der Existenzphilosophie ein. Der zunehmend jargonartige Gebrauch dieser neuen Begrifflichkeit veranlasste die Herausgeber sogar, eine

⁶⁸ Bericht von Schimmelpfeng, in: CW (1927), Sp. 769.

⁶⁹ Er war Autor von Monographien über Fontane (1928), Julius Rodenberg (1921), Gerhart Hauptmann (1922) und veröffentlichte zahlreiche Studien über Wilhelm Raabe. Nach 1933 war er zeitweilig Vorsitzender des „Reichsverbandes nichtarischer Christen“.

⁷⁰ Gleichaltrig war z.B. der CW-Autor Karl Thieme (1902-1961), der u.a. als Dozent an der Berliner Hochschule für Politik wirkte.

Umfrage über das Verständnis des Konzepts „Existenz/existenziell“ zu starten.⁷¹ In den Literatur-Besprechungen der CW, die von zeitgenössischen Veröffentlichungen handelten, rückte in der Weimarer Republik die Thematik der „Persönlichkeits“-Konstituierung ganz in den Vordergrund. In einem der einschlägigen Beiträge wurde ein ursächlicher Zusammenhang hergestellt zwischen dem zeitgenössischen Krisenbewusstsein und der Dominanz der „Persönlichkeits“-Thematik:

„Die Frage nach der Persönlichkeit wird nicht zu allen Zeiten gestellt, sondern nur dann, wenn alte Bindungen zerbrechen, die Kultur, Mythologie und Wissenschaft heiligten (...). Erst mit dem Ende des Materialismus wurde die Aufmerksamkeit auf den ‚Charakter‘, die Persönlichkeit oder, wie es jetzt oft heißt, die ‚Gestalt‘ gelenkt. Das bedeutet, daß die Frage nach der Persönlichkeit Symptom einer tiefgreifenden persönlichen und kulturellen Krise ist. Wo Sicherheiten schwinden, Sicherheiten persönlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Art, sucht sich der Mensch an sich selbst zu orientieren, auf die letzte, von Zeit und Raum unbeeinflussbare Sicherheit zurückzuziehen, die er in sich selbst zu besitzen meint.“⁷²

Zum uneingestandenem kulturprotestantischen Kanon der modernen Literatur traten neben Gerhart Hauptmann nunmehr Schriftsteller wie Thomas Mann, Franz Werfel und Hermann Hesse; aber auch Max Brod und Franz Kafka wurden in diesem thematischen Kontext bereits wahrgenommen.

Bei den älteren Buchrezensenten, die ihre Maßstäbe durch den Realismus bezogen hatten, wurden die neuesten belletristischen Großschriftsteller vor allem kritisiert wegen ihres Überhangs an Reflexion (Strukturprinzip des inneren Monologs) und der Blutleere ihrer „lemurenhaften“ Charaktere und Geschehnisse. In pointierter Weise kommt dies zum Beispiel zum Ausdruck, wenn Heinrich Spiro Thomas Manns „Zauberberg“ (1924) gemäß eben diesem Kriterium als eher artistische Glanzleistung abwertet: „Im Einzelnen ist nichts konstruiert, sondern alles glaubhaft belauscht und wiedergegeben; dem Ganzen fehlt der sinngebende, abkürzende Zusammenschluss einer konstruktiven Phantasie.“⁷³ Im selben Atemzuge hebt er die neueste Veröffentlichung Gustav Frenssens („Lütte Witt“, 1924) positiv dagegen ab: „Nichts ist verzerrt, selbst das Rohe und Grauensvolle vermenschlicht, und warm und rein fühlt

⁷¹ Dazu eine retrospektive Betrachtung, in: CW (1932), Sp. 277-279.

⁷² CW (1926), Sp. 988ff. Das Problem der Persönlichkeit, dargestellt am Werfels „Juarez und Maximilian“, „Verdi“ und Thomas Manns „Zauberberg“.

⁷³ CW (1925), Sp. 227: Vier Romane.

man Frenssens menschen- und erdverknüpftes leidendes Deutschtum dem Leser ans Herz greifen.“⁷⁴ Ein Vertreter der jüngeren Generation, Hermann Herrigel (1888-1973)⁷⁵ widmete im selben Jahrgang der CW dem „Zauberberg“ einen Essay, in dem er Thomas Manns Roman als den „Bildungsroman unserer Jahrzehnte“ rühmte und keine Vorbehalte gegen den Erzählstil geltend machte, der nicht mehr von einem souveränen Erzähler beherrscht wurde:

„Der Ort, an dem Hans Castorp steht, inmitten der Antithese, ist genau der Ort der heutigen Menschen. Der Bildungsroman unserer Tage kann nicht die individuelle Entfaltung eines Menschen vorführen, sondern nur die Mächte, unter denen er steht, die auf ihn einwirken. Das Schwergewicht hat sich verschoben. Die Krisis des Individualismus, die wir erleben, eine der vielen Krisen, oder vielleicht besser, eine Form der allgemeinen Krise, besteht eben darin, daß der Mensch unter Mächten steht, die sich seiner Führung entziehen. Man darf daher von Hans Castorp nicht erwarten, daß er die aus den Fugen geratene Welt wieder herstelle, daß er durch sein Vorbild eine Lösung gebe.“⁷⁶

Das Interesse der meisten Kritiker der CW galt einer solchen Krisenlösung, die ohne Bezug zur Transzendenz nicht vorstellbar war; sie begnügten sich aber durchaus mit einer genau beobachteten und sinnfällig gehaltenen Beschreibung des metaphysischen Notstandes. Das galt auch für die überwiegend jüngeren Essayisten und Rezensenten, die sich der expressionistischen Literatur zuwandten. Als deren Repräsentanten wurden vor allem Ernst Toller, Fritz von Unruh und Georg Kaiser in der Zeitschrift erörtert. Die radikale Diesseitigkeit und Vereinsamung, die zentrale Motive dieser Literatur waren, wurde zum Beispiel im Falle von Unruhs als „auf das Human-Weltliche in Leben und Menschentum verkürzte Religiosität“ gedeutet, „in der die christliche Tradition rumpfhafte wirksam, einbezogen und eingedeutet“ sei.⁷⁷ In einer Studie zu Ernst Tollers Dramen kam der damals frisch habilitierte Germanist Hermann Pongs (1889-1979) zu der Bilanz seiner Botschaft: „Überwindung des Individuellen nicht als Untergehen im Masse-Menschen – im Starkwerden des Geistes in jeder einzelnen Seele, des Geistes als der Kraft, die die Sonderung sprengt ohne das Selbst

⁷⁴ CW (1925) Sp. 228.

⁷⁵ Hermann Herrigel war Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung und von „Zwischen den Zeiten“, der Zeitschrift der Barthianer. Er veröffentlichte 1928 ein vielbemerkttes Buch: Das neue Denken, Berlin 1928.

⁷⁶ CW (1925), Sp. 250-256: Bemerkungen zu Thomas Manns Zauberberg, Zitat Sp. 252.

⁷⁷ Fritz von Unruh und seine expressionistische Religiosität, in: CW (1925), Sp. 1004.

zu zerstören.“⁷⁸ Der „Massen-Mensch“ wurde in den Beiträgen zur neuesten Literatur der Gegentypus zur „Persönlichkeit“ und verdiente nach der Auffassung der jüngeren Literaturkritiker als solcher die Aufmerksamkeit moderner Protestanten.

Parallel zu diesen Aneignungsversuchen der neuesten modernen Literatur wurde in der CW die Vorkriegstradition der Wertschätzung der „Heimatkunst“-Literatur fortgesetzt. Aufgrund der tiefen ideologischen Zerklüftung und metaphysischen Orientierungslosigkeit der Weimarer Republik⁷⁹, der politisch-persönlichen Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegsjahre durch die junge Generation, wurde die Verbindung der „Heimatkunst“-Werke mit dem politischen Nationalismus nun allem Anschein nach noch enger als vor 1914. Heinrich Spiero, ein Bewunderer dieser Literatur, nannte das „die neue Anklammerung im Kriege haltlos gewordener Menschen an den heimischen Boden.“⁸⁰ Der Eugen Diederichs-Verlag, der einen großen Teil dieser Literatur herausbrachte⁸¹, wurde in der CW belobigt als „tapferer Verlag von jeher, der den Mut hatte, das Unerwartete, nicht Gewohnte, ja Abgelehnte zu bringen, und der zugleich lebendig fühlte, wo das Ungewohnte, Abgelehnte eben doch das Kommende war.“⁸² Ferdinand Avenarius, dessen „Kunstwart“ eine der weitreichendsten Plattformen der Werbung für die „Heimatkunst“-Literatur war, wurde mehrfach als Autor wie als Organisator vorbehaltlos gerühmt.⁸³ Was in den Weimarer Jahren an dieser Literatur anziehend erschien und die Anerkennung verschiedener Rezensenten auf sich zog, wird wiederum beispielhaft an den Essays und Rezensionen zu Gustav Frenssen deutlich, der sich ab 1933 dem Nationalsozialismus anschloss. Bereits 1922 rezensierte der Studiendirektor Gerhard Heine Frenssens Erzählung „Der Pastor von Poggsee“ (1921) gemeinsam mit Ernst Zahn, einem anderen Vorkriegs-Autor dieser literarischen Bewegung. Er resümierte die Qualitäten des Textes:

„Frenssens Hauptheld und Liebling verkörpert viel Gesundes und Starkes in sich; stärker noch würde er wirken, wenn er weniger von seiner Demut und natürlichen

⁷⁸ Tollers Dramen vom Menschen der Masse, in: CW (1924), Sp. 472.

⁷⁹ Aus der Fülle der Literatur vgl. neuerdings dazu Manfred Gangl / Gérard Raulet (Hrsg.): Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, 2. Auflage, Bern 2007.

⁸⁰ CW (1925), Sp. 228.

⁸¹ Vgl. dazu Gangolf Hübinger: Versammlungsort moderner Geister. Der Eugen-Diederichs-Verlag, München 1996.

⁸² CW (1926), Sp. 806: Eugen Diederichs.

⁸³ CW (1923), Sp. 774-779.

Menschlichkeit redete. Frenssen predigt durch ihn, im allgemeinen und im eigentlichen Sinne, seine Gedanken von Jesus und Goethe, vom gesunden, natürlichen Menschentum, von dem Recht der Geschlechtstriebe und dem Anspruch auf Mutterschaft, dem Glauben an den Menschen und die Höherentwicklung der Menschheit, hier im besonderen Licht der Zeitereignisse: ein hoffnungsfreudiges praktisches Deutschchristentum in volkstümlicher Einkleidung.“⁸⁴

Heinrich Spiero bespricht 1925 Frenssens „Lütte Witt“ (1924) und kommt zu dem Schluss:

„Dies Buch ist weder Frenssens letztes Wort zu diesen Tagen noch das letzte Wort überhaupt – wer könnte das schon dichterisch sprechen! – aber es ist aus deutscher Seele geschaut und geworden und man braucht nur den letzten Roman etwa von Rudolf Herzog (*Wieland der Schmied*) aus der gleichen Notzeit daneben zu halten, um nach greller Übersteigerung und kunstwidriger Tendenzhäufung aufatmend den deutschen Pfad scheinloser Wahrheitssuche zu grüßen.“⁸⁵

In einem Essay zum letzten Roman Frenssens („Dummhans“, 1930) aus der Weimarer Periode wird schließlich die Quintessenz gezogen: „Immer von Neuem rüttelt Frenssen an der Frage: Ist das Naturgesunde, das Biologisch-Rechte auch das Gute? Ist darin der Wille Gottes zu erkennen? Bekennt sich Gott zu den Naturgesetzen, oder dürfen nur die zeitlichen Bindungen sozialer Strukturen (...) die Wertung eines göttlichen Gebots in Anspruch nehmen?“⁸⁶ Das Beispiel Frenssens und das vieler anderer Autoren, die im Banne des „hoffnungsfrohen Deutschchristentums“ standen und in der CW vorgestellt wurden, verdeutlicht, dass das „gute Buch“ des Kulturprotestantismus in der Weimarer Republik außer der modernistischen Spezies auch eine ethnisch-nationalistische Variante einschloss, die ab 1933 wuchern konnte und zur inneren Schwächung des kulturprotestantischen Milieus beitrug.

3. Das „wild aufgewachsene Stiefkind“ der Kunst: Film als Volksbelustigung oder Vehikel der Versittlichung?

In der Kritik der CW an der Entwicklung der Printmedien in der Weimarer Republik war die Sorge um die hemmungslose Ökonomisierung insbesondere des

⁸⁴ CW (1922), Sp. 285: Erzählende Dichtung. Frenssen, Kolbenheyer und Andere.

⁸⁵ CW (1925), Sp. 228; die moderne „Übersteigerung“ und „Tendenzhäufung“ zielt auf Thomas Mann.

⁸⁶ CW (1930), Sp. 596.

Zeitungswesens und der Buchproduktion der stärkste Antrieb. Und zwar weil durch diese Entwicklung in kulturprotestantischer Sicht dem verantwortungsvollen und bildungswilligen Bürger und protestantischen Christen buchstäblich die geistige Nahrung entzogen wurde. Durch das Aufkommen eines ganz neuartigen Mediums, das in den Anfängen auf visuelle (Stummfilm) und seit Ende der zwanziger Jahre auf audiovisuelle (Tonfilm) Wirksamkeit hin angelegt war, konnte die in der CW dokumentierte Sorge nur gesteigert werden. So wurde die Massenpresse öfters auch in einem Atemzuge mit dem Radio und dem Film genannt und wegen ihrer individualitätsvernichtenden und persönlichkeithemmenden Wirkungsweise kritisiert. Während im Traditionsorgan des Kulturprotestantismus das Radio ganz selten zum Gegenstand des Nachdenkens wurde, zog der Film als neues Medium ab Mitte der zwanziger Jahre das kritische Interesse der jüngeren Publizisten der CW auf sich. Positive Anknüpfungspunkte für diese Thematik waren deshalb gegeben, weil die Zeitschrift *Rades* für die neuen Zwischen- und Nebenformen der Kunst – hier dem Vorbild des „Kunstwart“ folgend – immer schon offen gewesen war. Möglicherweise spielte auch das Eintreten des Marburger Theologen Georg Wunsch (1887-1964) in die Redaktion der CW eine Rolle. Wunsch hatte sich in Anlehnung an die Thesen von Ferdinand Tönnies eingehende soziologische Gedanken gemacht über die Funktionsweise von Öffentlichkeit.⁸⁷ Der „Kunstwart“ war der CW in der Thematisierung des Films vorausgegangen. So wurden schon 1913 erste Aufsätze dem „Emporkömmling Kino“ gewidmet.⁸⁸ Man konstatierte, dass bereits rund 3.000 Kinos in Deutschland existierten, die überwiegend von „früheren Schaustellern oder Jahrmarktsbudenverkäufern, manchmal auch [von] kleinen Variétéleitern“ betrieben wurden. Das neue Medium wurde im „Kunstwart“ als ökonomisches Phänomen mit geringem kulturellem Potential gesehen. Die Kinobesitzer hätten „weder Lust noch Vorbildung, Volkserzieher zu werden“. Inhalt und Werbung der Filme ziele überwiegend auf die niedrigsten Instinkte der Zuschauer und mache die „entschiedenste Abwehr von Seiten der Bildungsträger, der sittlich-geistigen Führer und der Obrigkeiten“ erforderlich.⁸⁹

⁸⁷ Die Zukunft der öffentlichen Meinung und die christliche Religion, in: CW (1924), Sp. 290-291. Vgl. dazu auch den Hinweis bei Schimmelpfeng, in: CW (1927), Sp. 789.

⁸⁸ Kunstwart (1913), S. 415-424. Zur bildungsbürgerlichen Diskussion um dem Film vor 1914 vgl. auch Georg Bollenbeck: *Tradition, Avantgarde, Reaktion 1880-1945*, Frankfurt a. M. 1999, S. 171ff.

⁸⁹ Kunstwart (1913), S. 415-424, nachgewiesen bei Kratzsch (wie Anm. 25), S. 253. Vgl. dort auch die Zusammenfassung der Film-Debatte während des Krieges, S. 370f.

Diesem Verdikt, der Film sei nichts mehr als ein „Volksunterhaltungsmittel“⁹⁰ folgte die CW ab Mitte der zwanziger Jahre nicht, sondern stellte die Diskussion des massenwirksamen Mediums von Anfang an unter die Frage, in welcher Form dem Film kulturelle Bedeutung zukomme. Die Beachtung und eindringende Analyse des jungen Mediums verdankte die CW in erster Linie dem Schriftsteller Carl Decke (1892-1926), der unter dem Pseudonym Carl Christian Bry veröffentlichte. Bry / Decke hatte bei Georg Simmel Soziologie und bei Max Dessoir Kunstwissenschaften studiert und sich als Theaterkritiker und Verleger einen Namen erworben. Er promovierte mit einer Dissertation über die Buchreihen deutscher Verlage bei dem Kulturwissenschaftler Eberhard Gothein in Heidelberg.⁹¹ Im Verlag der CW (Friedrich Perthes), in dem er von 1915 bis 1919 tätig gewesen war, veröffentlichte er 1924 eine kultur- und ideologiekritische Studie⁹² mit nicht geringer Resonanz. Er kam von der Theater- zur Filmkritik, da er als Stummfilmautor das neue Medium von der ökonomischen, technischen und ästhetischen Seite her kennen lernte. In der kulturprotestantischen Zeitschrift debütierte Bry mit einem kapitalismuskritischen Rezensionssaufsatz, in dem er für die Grenzniederlegung zwischen den Milieus der sozialistischen Arbeiterbewegung und der christlichen Kirchen plädierte.⁹³ Seine zahlreichen journalistischen Arbeiten der Jahre 1919 bis 1926 erschienen neben der CW im katholischen „Hochland“ und in der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Einer seiner jüngeren Kollegen aus der publizistischen Kultur-Gruppe der CW-Mitarbeiter stellt Brys Analysen ausdrücklich in den Zusammenhang des neuen Kulturverständnisses seiner Generation.⁹⁴

Die Theaterkritik, besonders die Kommentierung der institutionellen Entwicklung der „Schaubühnen“, fand in der CW starke Beachtung und war als Bezugspunkt des Vergleichs gerade in den Film-Analysen immer präsent. Und zwar zum einen, weil eine Wechselwirkung zwischen beiden kulturellen Einrichtungen gesehen wurde, und zum anderen, weil die Darstellungstechniken und Wirkungsweisen beider immer wieder verglichen wurden. Die in der CW vorgestellten Theater-Analysen reichten von der

⁹⁰ Zeitgenössischer Titel nachgewiesen bei Kratzsch (wie Anm. 25), S. 253.

⁹¹ Die umfassendste Biographie bei Ernst Wilhelm Eschmann: Carl Christian Bry. Versuch eines Porträts, in: Klaus E. Zippert (Hrsg.): Carl Christian Bry: Verkappte Religionen, Lochham 1964, S. 10-42.

⁹² Zuerst erschienen Gotha 1924. Rezension, in: CW (1924), Sp. 1011f.

⁹³ CW (1924), Sp. 1008-1010.

⁹⁴ Vgl. Hans Schimmelpfeng, in: CW (1927), Sp. 769.

These des „sterbenden Theaters“ bis zur Feststellung seiner Zukunftsfähigkeit als „moralische Anstalt“. Die Beobachtungen zu seiner soziologischen Entwicklung stimmten weitgehend überein: Die Bühnen hatten mit dem Übergang zur Weimarer Republik eine strukturelle Umformung erfahren vom gewinnorientierten „Geschäftstheater“ zum Typus des staatlichen oder kommunalen Subventionstheaters.⁹⁵ Zugleich war die Rolle der Publikumsvereinigungen in der Programmgestaltung bedeutender geworden. Neben den sozialdemokratischen „Volksbühnenvereinen“ gab es hier namentlich den christlichen „Bühnenvolksbund“, der aus der Abwehr einer Dominanz ausländischer Theaterstücke auf deutschen Bühnen entstanden war. In der CW wurde der „deutsch-christliche“ Charakter dieser Publikumsvereinigungen scharf kritisiert, die Mitträgerschaft dieser Einrichtungen für die Theaterentwicklung aber lebhaft begrüßt und als Chance für die Mitgestaltung der Protestanten dargestellt.⁹⁶ Diese organisatorische und institutionelle Festigung des Theaters, die insbesondere in der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik Fortschritte machte, wurde 1929 so zusammengefasst:

„Das Theater ist heute in weitem Maße aus dem Geschäftsunternehmen eine kulturelle Angelegenheit geworden. Wir danken das staatlichen und städtischen Subventionen, denn in dieser vielgeschmähten Zeit sind sich staatliche und städtische Körperschaften ihrer kulturellen Aufgabe bewußt geworden, und wir danken es der Organisation des Publikums. Schiller nannte (tiefer) die Schaubühne eine moralische Anstalt, wir Heutigen (mehr auf die Wirkung bedacht) reden vom ‚aktuellen Theater‘.“⁹⁷

Ließen diese Entwicklungen also auf die institutionelle Konsolidierung des Theaters und die Perspektive seiner versittlichenden Wirkung im Sinne der kulturprotestantischen Ästhetik schließen, so machte die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise diese Hoffnungen bald schon zunichte. Das Theater wurde im Vergleich mit dem Film jedoch meist als die höherwertige Anstalt dargestellt, deren institutionelle Kräftigung und ästhetische Qualität vorbildhaft waren. Zugleich wurde auch ein Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Medien diskutiert, das sich auf die Akzeptanz beim Publikum bezog. Man formulierte das Problem gelegentlich:

⁹⁵ CW (1928), Sp. 467ff.: Die Lage des Theaters in der Gegenwart.

⁹⁶ CW (1926) Sp. 851-856.

⁹⁷ CW (1929), Sp. 179, Zitat aus „Aktuelles Theater und Kirche“, Sp. 178-192.

„Das Theater kostet Geld und bei subventionierten Bühnen hat das Publikum den größten Teil der Unkosten zu tragen. Aber das Publikum langweilt sich bei ‚Tasso‘, gruselt sich bei Shakespeare (um doch zu den ‚Sechs nervenaufpeitschenden Großakten‘ eines Films zu laufen) und es kommt wohl zur ‚Keuschen Susanne‘, aber flieht vor ernsten Stücken, schickt allenfalls die heranwachsenden Kinder zum ‚Tell‘.“⁹⁸

Soziologisch wurde dieser ausweichende Umgang mit dem Theater vor allem erklärt mit dessen Mittelschichtenverbindung und der entsprechenden Gestaltung des Repertoires:

„Die zahlungsfähige Oberschicht, die ihres Besitzes so sicher ist, dass sie auch eine Piscatoraufführung nur als angenehmes Gruseln empfindet, ist dünn, die große Masse der Arbeiterschaft zahlungsunfähig und nur mühsam für die Schaubühne zu gewinnen: so blieb für das Theater die Mittelschicht. Sie gewann man mit der Operette und dem Lustspiel.“⁹⁹

Wenn der Eindruck entstehe, dass das Kino dem Theater das Wasser abgrabe, so liege das weniger an der Stärke des Films als an der Schwäche und Unzeitgemäßheit des Repertoires der Theater.

In der Beurteilung des Films, der Ursachen seines unbestreitbaren Massenerfolgs, waren die entsprechenden Aufsätze in der CW nicht weniger unentschieden als die Stellungnahmen in der größeren Öffentlichkeit der Weimarer Republik. Allerdings setzte Carl Christian Bry mit seiner Folge von Essays zum Film in den Jahrgängen 1925/26 der Zeitschrift kritische Maßstäbe, die in ihrer Sachkenntnis in den zwanziger Jahren selten überboten wurden.¹⁰⁰ Der Autor näherte sich dem Thema mit einem soziologisch geschulten Blick und mit einer spitzen Feder, aus der viele pointierte Formulierungen flossen. In sein Urteil gingen politische Voraussetzungen jungkonservativen Denkens ein¹⁰¹, aber auch Elemente des kulturprotestantischen Konsenses in ästhetischen Fragen, so insbesondere die Prämisse von der gleichermaßen sinnlichen und versittlichenden Aufgabe der Kunst. Seine die Einzelaspekte des Films überwöl-

⁹⁸ CW (1926), Sp. 853.

⁹⁹ CW (1927), Sp. 179.

¹⁰⁰ Sein Name ist in den gängigen Geschichten der Filmkritik nicht verzeichnet. Zum Diskussionsstand über den Film in den zwanziger Jahren vgl. auch die Bibliographie in Siegfried Kracauer: Von Caligari zu Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 190-191.

¹⁰¹ Eschmann (wie Anm. 91) vereinnahmt Bry für das jungkonservative Lager, zu dem er selbst damals gehörte. Eine Überprüfung wäre hier angebracht.

bende These war, dass es eine Illusion sei zu glauben, man könne das Medium moralisch „heben“¹⁰², dass es aber ebenso unsinnig sei, es moralisch und kulturpolitisch zu „erledigen“. In der differenzierenden Analyse der immanenten Zwänge, die dem neuen Medium eigen waren, entwickelte er die Argumente, die diese These stützten, in ästhetischer, ökonomischer, soziologischer und kulturwissenschaftlicher Absicht. Er eröffnete seine Überlegungen mit der lapidaren Feststellung:

„Der Film ist, welches auch seine Qualitäten oder Nichtqualitäten sein mögen, in der kurzen Zeit seines Daseins so sehr zu einem Bedürfnis der Massen geworden, daß er selbst unter der Voraussetzung einer unbedingten politischen Tyranis mit Zurückdrängungsmaßnahmen nicht zu erledigen ist. Auch nicht mit indirekten Repressionsmaßnahmen durch hohe städtische Lustbarkeitssteuern.“¹⁰³

In der öffentlichen Beurteilung ständen diejenigen, die den Film „sozusagen als eine, als die zeitgemäßeste Kunstübung behandeln“, denjenigen gegenüber, die befanden, „daß die Masse der Filmproduktion nicht nur ästhetisch unter jeder Kritik ist, sondern Gefahren der Verführung und vor allem der seelischen Versandung aufweist, wie sie die Schundliteratur nicht annähernd bietet.“¹⁰⁴ Die Macht, die Mitte der zwanziger Jahre die heranwachsende Generation am intensivsten formte, sei neben dem Sport zweifellos der Film. Der Film erspare dem Zuschauer jede Mitarbeit „in Gedanken und Seele“, er spreche durch die Augen „unmittelbar zum Gefühl“¹⁰⁵. Man erlebe die Heraufkunft eines „Zeitalters der Augenfreude“ mit der Konsequenz, dass „dieser Mensch, der nur noch aus Auge und Fußballstiefel besteht, schließlich sogar zu unbegabt werden könnte, um auch nur einen Detektivfilm oder eine kompliziertere Fußballkombination zu begreifen.“¹⁰⁶ Bry hielt den Film aufgrund seiner unumgehbaren technischen Elementarregeln für nicht geeignet, geistige oder seelische Impulse zu transportieren, wie das im Theater möglich war:

„Photographie, eine Technik, ist die Grundlage; Deutlichkeit und unmittelbare Wirkung der Photographie in jedem Bildmoment die Voraussetzung des Films. Mit diesem rein technischen Charakter erweisen sich alle seelischen Versuche im Film als

¹⁰² Vgl. CW (1925), Sp. 956-957: Die sogenannte „Hebung“.

¹⁰³ Film und Öffentlichkeit, in: CW (1925), Sp. 954f.

¹⁰⁴ CW (1925), Sp. 955.

¹⁰⁵ CW (1925), Sp. 956.

¹⁰⁶ Ebenda.

materialfremd und aussichtslos. Der Film ist nichts weiter als industriell hergestelltes Bild und kann ohne Schiefheit und ohne Zwang nie etwas Weiteres sein.“¹⁰⁷

Jeder Versuch einer „seelischen“ oder seriös-stofflichen Befrachtung des Films führe in die Irre. Er pointierte: „Nur der Film, der unsere Seele nicht berührt und von vornherein darauf verzichtet, sie zu berühren, ist ein guter Film: nicht nur, weil er ‚seelisch unschädlich‘ ist, sondern auch, weil er den Gesetzen seines eigenen Materials und seiner eigenen Technik vollkommen treu bleibt.“¹⁰⁸ Dieser filmästhetische Rigorismus in Brys Analyse war geeignet, dem Medium in kulturprotestantischer Bewertung jede Möglichkeit der versittlichenden Wirkung abzusprechen. Diese Grundthese wurde jedoch in den späteren Beiträgen zum Film in der CW am wenigsten aufgegriffen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Urheber dieser These in seinen anschließenden Reflexionen keineswegs zu einer pauschalen Verwerfung des Mediums gelangte.

In seiner technikgeschichtlichen Skizze des Aufstiegs des Films zu einem Massenmedium zeichnete Bry – wie andere vor ihm – die Stationen nach, die vom „Schaubudenpanorama“ über das „Ladenkino“ bis zum „Prunktheater“, das durch einen industriellen Komplex aus Fabrikation und Verleih, aus Konzernzusammenschlüssen und Banken ermöglicht wurde, führten. Er insistierte in dieser Skizze auf dem Vorrang der technischen Faszination von den „lebendigen Bildern“, die bei den Herstellern und beim Publikum am Anfang gestanden habe und erst vor dem Weltkrieg (um 1910 herum) von eigenen fiktionalen Ambitionen überlagert worden sei.¹⁰⁹ Dieser Übergang von den „bewegten Bildern“ zum „Filmdrama“ war für ihn der „Sündenfall des Films, der Abfall von seinem eigenen Wesen.“¹¹⁰ Die durch diese Transformation eingeleitete Filmentwicklung, deren Zeugen die Angehörigen seiner Generation seien, habe eine sich überstürzende Eigendynamik hervorgebracht:

„Jetzt fällt ihm ein, daß er etwas Besseres sein könne. Und er wird damit zunächst einmal etwas viel Schlimmeres und Schlechteres. (...) Vom Film läßt sich wirklich mit Genauigkeit und Wahrheit sagen, was oft zu Unrecht von der Gesamttechnik gesagt wird, daß sie uns über den Kopf gewachsen ist. Aus einer nur gelegentlich gebotenen

¹⁰⁷ CW (1925) Sp. 957.

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ CW (1925), Sp. 1005ff.: Die Diener des Films.

¹¹⁰ CW (1925), Sp. 1006.

Unterhaltung wird binnen ganz weniger Jahre der anziehendste Ort für die Masse. Zugleich entsteht in fast allen kapitalkräftigeren Ländern eine Filmindustrie“.¹¹¹

Das Kino werde Mitte der zwanziger Jahre von mehr Menschen aufgesucht als die Kirche. In einer detaillierten Darstellung der Herstellungs- und Vertriebstechnik der Filme¹¹² untermauerte der Beobachter der zeitgenössischen Filmentwicklung seine These, dass alle Anstrengungen zur „ideellen Hebung“ des neuen Mediums vergeblich seien.

Seine Typologie des „Filmdramas“ wurde der Teil seiner Analyse, der in späteren Beiträgen der CW zum Film am häufigsten wieder aufgenommen wurde. Bry unterschied (vom Stoff der Filme ausgehend) den Akrobatenfilm, das „sentimentale Drama“, den „Literaturfilm“, den historischen, den expressionistischen, den Schauspieler- bzw. Star-Film und den „Durchschnittsfilm“ bzw. den „pseudorealistischen Film“¹¹³. Von diesen Filmtypen hielt er am ehesten den Akrobatenfilm, der zeitlich vor dem „Sündenfall“ des neueren Filmdramas lag, und den phantastischen Film, der „durch das hier durchaus sinnvoll werdende Mittel des Expressionismus die ganze Handlung von vornherein ins Unwirkliche, Phantastische, Ferne, Niedagewesene zu rücken trachtet“, für Varianten, die den technischen Möglichkeiten dieses Mediums entsprachen. Die begrenzten Möglichkeiten des historischen Films hatte der Verfasser Ende 1925 am Beispiel der deutschen Verfilmung von „Quo vadis?“ (1924) in der CW aufgezeigt.¹¹⁴ Seine beißende Kritik fand der „pseudorealistische“ Film, der die Zuschauer in ihrer Lebenswelt abholte und ihnen ganz abwegige Problemlösungen und Glücksverheißungen vorgaukelte: „Er [der Zuschauer, H.M.B.] kann schließlich dahin gelangen, die wirkliche Welt nur noch durch die Brille des Kinos zu sehen.“¹¹⁵ Bry wollte den Unterhaltungswert des „Durchschnittsfilms“ nicht verächtlich machen, obwohl er von seiner prinzipiellen „Schädlichkeit“ überzeugt war:

„Wer den breiten Massen ihre Abenteurer und Detektive, ihre Erfinder und vor allem ihre Chaplins hochmütig mißgönnt, der hat auch die Verpflichtung, an seinem Teil dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen dieser Masse sich zur wirklichen, inneren

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² Vgl. CW (1925), Sp. 1055-1058: Filmtechnik.

¹¹³ CW (1926), Sp. 30-35: Das Filmdrama.

¹¹⁴ Vgl. CW (1925), Sp. 135-137: Ein „christlicher“ Film.

¹¹⁵ CW (1926), Sp. 35.

Aufnahmemöglichkeit anderer und größerer Dinge wandeln. Hier mündet das Einzelproblem Film in das große soziale Problem ein.“¹¹⁶

Die Spezies der nichtfiktionalen „Lehrfilme“, die ohne künstlerische Präention, aber mit großer Sachkenntnis produziert wurden, wurde von dem frühen Filmsoziologen überaus geschätzt. Zwar hielt er den Begriff „Lehrfilm“ für ungeeignet, aber in den Spitzenprodukten der „Naturfilme“ und „Kulturfilme“ seiner Zeit (die ja noch die Epoche des Stummfilms war) vermochte er für das Medium entsprechende Meisterleistungen anzuerkennen. Der Zuschauer erlebe in den guten Natur- und Kulturfilmen

„das schlechthin Unbekannte, das schlechthin Niegesehene, das Wunder der Gottes-Schöpfung, das die Kirchen in allzu großer Enge nie genügend im Einzelnen und nie freudig genug anerkannt haben. Hier erschließt die Filmtechnik mit Zeitlupe und Zeitraffer wirklich ein neues Reich, nicht der Belehrung, sondern – ja man muß es wiederholen – einfach des Wunders. Diese Wissenschaft ist Einblick in Gottes Werkstatt (...). Hier hat der Film tatsächlich eine Mission, die erst in den allerersten Anfängen steckt.“¹¹⁷

Im Schlussteil seines großen Film-Essays führte der Autor Fakten an, die geeignet waren, den Mythos des aufsteigenden Mediums (insbesondere die Gerüchte über die Gewinnmöglichkeiten der Produzenten oder der Stars) zu demontieren bzw. zurechtzurücken.¹¹⁸ In der Weiterentwicklung und der Professionalisierung der Filmkritik in den großen Periodika sah er eine erfolgversprechende Perspektive dafür, die konstruktiven Seiten der Filmindustrie durch das Zutun der Intellektuellen zu stärken, ohne die technisch vorgegebenen Grenzen des Mediums zu verkennen.

In der Berichterstattung der CW erwarb der Film ab Mitte der zwanziger Jahre zunehmende Beachtung, die ein Indikator dafür war, dass das Medium derzeit zu einer öffentlichen Angelegenheit, zu einem Politikum geworden war. Es wurden die problematischen Seiten dieser kulturindustriellen Großmacht z.B. anhand der moralischen und körperlichen Gefährdung der „Filmkinder“ angeprangert.¹¹⁹ Die Vorführung des „Luther“-Films von Hans Kyser im Ufa-Palast in Berlin führte 1928 zu einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse zwischen den Spitzenvertretern der evan-

¹¹⁶ CW (1926), Sp. 36.

¹¹⁷ CW (1926), Sp. 87, Zitat aus: Natur- und Kulturfilm, Sp. 86-89.

¹¹⁸ CW (1926), Sp. 121-123: Leben und Film.

¹¹⁹ Gemeint war die Heranziehung von Kindern zu Dreharbeiten, vgl. CW (1925), Sp. 735.

gelischen und der katholischen Kirche, in der nach Auffassung der CW die katholische Seite die aggressive, die protestantische Seite die konfessionspolitisch mäßigende Rolle spielte.¹²⁰ Margarete Naumann, die Schwester Friedrich Naumanns, zog aus dieser Kontroverse die eher resigniert klingende Folgerung: „Daß der Film in unseren Tagen Medium dafür sein muß, an weite Schichten des Volkes heranzukommen, ist unser Schicksal.“¹²¹ Ein Beitrag zum Thema „Wort Gottes im Kino“ brachte 1930 die implizierte Problematik auf den Punkt, wenn dort formuliert wurde, man lebe „in einer Zeit, da die Kirchen leer stehen und die Kinos überfüllt sind.“¹²² Ein anderer Aufsatz zum „Film von heute“ ging 1929 einen Schritt weiter in der kritischen Anerkennung des neuen Mediums. Dort hieß es:

„Der Film als Kulturfaktor ist heute nicht mehr zu verkennen. Entstanden aus der technischen Erfindung des sich bewegenden Bildes hat er sich nach langem Kampf nach innen und außen zu der Bedeutung durchgekämpft, die er heute besitzt. Der Film hat nicht die Fähigkeit, das Theater zu verdrängen; er hat auch nicht die Absicht, das zu tun. Verdrängen kann er die Operette, das Schmierentheater, die Revue bis zu einem gewissen Grade. Ist das verurteilenswert?“¹²³

Der technische Entwicklungsschritt vom Stummfilm zum Tonfilm wird erstmals in der CW 1932 zur Kenntnis genommen in einem Beitrag, der für das nunmehr audiovisuelle Medium die Unterscheidung zwischen „gutem Film“ und „Durchschnittsfilm“ vornimmt¹²⁴, so wie in der Vorkriegszeit die Buchkritik sich dieser Antinomie bedient hatte. Als generationsgebundenes Phänomen stellte sich der Film dem langjährigen Herausgeber der CW, Martin Rade, dar. Er hatte einen Bericht bestellt zum „Evangelischen Filmkongreß“, der am 4./5. Mai 1931 in Kassel tagte, diesen Artikel aber dann erst einmal nicht veröffentlicht, weil ihn eine Rezension des dort projizierten Films „Kreuz über der Großstadt“ gegen den Kongress eingenommen hatte.¹²⁵ Er gestand dies ein und erklärte sein Verhalten u.a. mit der Tatsache, dass er ein Mensch des neunzehnten Jahrhunderts sei, „der das alles seit 1914 zwar miterlebt hat, aber doch schon bis dahin mehr oder minder sein Gepräge weg hatte“. Er gab sein

¹²⁰ CW (1928), Sp. 241.

¹²¹ CW (1930), Sp. 347-349; Zitat Sp. 347.

¹²² CW (1929), Sp. 635.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ CW (1932), Sp. 1031-1037: Filmfragen 1932.

¹²⁵ Vgl. die Anmerkung des Herausgebers, in: CW (1931), Sp. 820.

Placet vor den Mächten der Gegenwart: „Warum dann nicht eine Presse- und Filmstelle?“¹²⁶ Der Kasseler Filmkongress der Evangelischen Kirche wurde mit dem Bekenntnis des Generalsuperintendenten Otto Dibelius (Berlin) zum „evangelischen Öffentlichkeitswillen“ eröffnet, einem Willen, der sich in den Reihen des Kulturprotestantismus schon seit den Vorkriegsjahren einen Weg gebahnt hatte.¹²⁷ Im Tagungsbericht der CW hieß es nun:

„Heute ist die ganze Bildungsarbeit, das ganze Leben in hohem Maße öffentlich. Die öffentliche Meinung wird zu einem guten Teil 'gemacht' durch Presse, Radio und Kino. Man kann das bedauern, aber man muß damit rechnen. Das Ringen der Weltanschauungen, der Kampf um die Gestaltung der Zukunft, geht immer mehr in der Öffentlichkeit vor sich. Für das innere Leben des Christen ist Stille unbedingt nötig, aber alle Mission der Kirche ist Öffentlichkeitswille. Dieser Wille soll, wie die Presse, auch den Film erfassen.“¹²⁸

¹²⁶ CW (1931), Sp. 574.

¹²⁷ Und zwar gemeinsam mit der Anerkennung der Notwendigkeit der Organisation, die ebenso wie die der Öffentlichkeit einen Lernprozeß der Liberalen erforderlich machte. Vgl. dazu auch Bock (wie Anm. 4).

¹²⁸ CW (1931), Sp. 820; Zitat aus: Evangelischer Filmkongreß in Kassel Mai 1931, Sp. 820-822.

Simona Göbel

„Zedakah“

Ein Spiegel der jüdischen Wohlfahrt in der Weimarer Republik

„Die soziale Gesetzgebung kann durch ihre äußere Wirksamkeit vieles verhüten und manches geben; aber etwas zu schaffen vermag sie nur, wenn ein Geist der Menschen ihr entgegenkommt.“¹

Diese Worte schrieb Leo Baeck, der seit der Weimarer Republik in seiner Funktion als Berliner Rabbiner richtungweisend in der theologischen Debatte um die jüdische Sozialethik war und dadurch gleichzeitig als eine der führenden Persönlichkeiten im Wohlfahrtswesen fungierte, im Jahre 1925 in der Zeitschrift „Zedakah“. „Zedakah“ (hebräisch: Gerechtigkeit) meint das gegenseitige Geben und Nehmen in der jüdischen Gemeinschaft mit Rechten und Pflichten für jedermann – ein Leitgedanke, der schon in der Thora niedergelegt ist und den der Rabbiner Baeck aufgriff, wenn er forderte, den Geist der Menschen zu bilden und neu für den sozialen Gedanken zu mobilisieren, um innerhalb der jüdischen Gemeinschaft jedem einzelnen Notleidenden zu helfen. Bei dem Versuch, an die Verantwortlichkeit gegenüber den Mitmenschen zu appellieren und ein Verbundenheitsgefühl unter den Juden zu schaffen, nahm die jüdische Publizistik in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts einen bedeutenden Stellenwert ein. Mit der Zeitschrift „Zedakah“ wurde 1921 ein Blatt ins Leben gerufen, das die vorhandene jüdische Identitätsproblematik zu überwinden suchte und parallel die wichtigsten und aktuellsten Themen der jüdischen Wohlfahrtspflege behandelte. Diesem Organ und wie auch der weiteren jüdischen (Wohlfahrts-)Presse oblag das schwierige Unterfangen, die säkulare jüdische Kultur, die ihre Grundsteine im 19. Jahrhundert gelegt hatte, mit einer Jahrtausende alten Tradition zu verknüpfen. Dieses beinhaltete zugleich, die einst als naturgegeben angesehene jüdische Gemeinschaft und deren Vertrautheit mit den uralten Gesetzen gegenüber dem Ansturm der modernen Zivilisation zu verteidigen. Ein Grundsatz des

¹ Leo Baeck: Die geistigen Grundlagen der jüdischen Wohlfahrtspflege, in: Zedakah 1 (1925), S. 1. Alle Artikel der Zedakah sind entnommen aus: Ulrich Stachscheit / Franz-Michael Konrad / Renate Heuer (Hrsg.): Zeitschrift der jüdische Wohlfahrtspflege ZEDAKAH. Reprint der Ausgaben von 1925-1928, Frankfurt a. M. 1997.

neuen Denkens in der jüdischen Wohlfahrtspflege war, dass man wieder „auf die religiösen Triebkräfte der jüdischen Kultur zurückgehen und zu verdeutlichen suchen [müsse], wo diese in die Gestaltung des gelebten Lebens bestimmend eingreifen“; denn: „Nur dann, aber auch sicher dann wird von einem besonderen Charakter jüdischer Wohlfahrtspflege in Tradition, Gegenwart und Zukunft die Rede sein können.“² Das Erwachen eines neuen sozialen Geistes war gefordert, der ein eigener Wert des jüdischen Lebens werden sollte.

Jüdische Presse zwischen Historizität und Aktualität

Versucht der Historiker, die jüdische Presselandschaft Deutschlands zu untersuchen, findet er kaum einen Aufsatz oder eine Monographie, die über das spezifisch jüdische Zeitungs- und Zeitschriftenwesen berichtet, das vor allem in den „goldenen Zwanzigern“ aufzuleben begann und reife Früchte trug, wie auf der eigens initiierten „Jüdischen Sonderschau“ bei der Internationalen Presseausstellung „Pressa“ in Köln 1928 deutlich wurde.³ Nur stiefmütterlich wird die jüdische Publizistik in das Blickfeld der geisteswissenschaftlichen Forschung gerückt, und es scheint, dass, wie so oft in der Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte, die „dunklen Jahre“ des Nationalsozialismus weitaus mehr von Interesse sind als das solide Jahrzehnt zuvor.⁴

Schwierig bleibt die Definition, was unter „jüdischer Presse“ zu verstehen ist: Ist es die Presse von Juden für Juden, sind es die spezifisch jüdischen Themen, das jüdische Publikum oder setzt gar ein jüdischer Redaktions- und Herausgeberstab diesen Terminus fest? Für die jüdische Wohlfahrtspresse gilt, dass alle genannten Punkte erfüllt werden: Als Mittel der Information richteten sich diese Organe vor allem an jüdische Bürger und durch die Spezifik des Themas wurden sie von jüdischen

² Ernst Simon: Grundlagen jüdischer Wohlfahrtspflege, in: Menorah 6/7 (1926), S. 366-377, hier S. 366.

³ Vgl. Johannes Valentin Schwarz: „Es geht um die jüdische Ehre“ – Zur Organisation und Präsentation der Jüdischen Sonderschau auf der Internationalen Presseausstellung „Pressa“ in Köln 1928, in: Menorah. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 12 (2001), S. 137-169.

⁴ Vgl. u.a.: Katrin Diehl: Die jüdische Presse im Dritten Reich. Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung (Conditio Judaica 17), Tübingen 1997; Herbert Freeden: Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1987; Johannes Valentin Schwarz: Jüdische Presse, in: Elke-Vera Kotowski / Julius Schoeps / Hiltrud Wallenborn (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte der Juden. Bd. 2: Religion, Kultur, Alltag, Darmstadt 2001, S. 285-295.

Wohlfahrtsmitarbeitern publiziert. Schon durch die fachliche bzw. thematische Eingrenzung der jüdischen Fachzeitungen und Fachzeitschriften wird Universalität im Sinne der potenziellen Offenheit eines Mediums für alle Themen ausgeschlossen.⁵ Im Jahr 1928 lag die Zahl der Fachblätter im Bereich des Wohlfahrtswesens in Deutschland bei 117, davon waren 48 speziell jüdische Zeitungen, während die übrigen 79 entweder dem katholisch sowie evangelisch geprägten Wohlfahrtsmilieu angehörten oder ohne Konfessionsbezug waren.⁶

Die jüdische Presse ist eine der wichtigsten Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, spiegelt sich in ihr doch die gesamte innere und äußere Entwicklung des jüdischen Lebens wider. Wie kaum ein anderes Dokument der Zeit gewährt die Presse Aufschluss über jüdische Lebensbedingungen und nahm innerhalb der jüdischen Gemeinschaft die Funktion der Kommunikation, Organisation, Information und Bildung wahr: Zeitschriften wurden als Ideengeber in allen Lebensbereichen richtungweisend. Für den zeitgenössischen Schriftsteller Sascha Simchowitz⁷ ist die Presse vorrangig Kulturgewissen und muss demnach zur praktischen Vernunft drängen, zum Handeln, da sie den „kategorischen Imperativ der Gesamtheit“⁸ darzustellen vermöge. Diese praktische Anwendbarkeit machte sich die Wohlfahrtspresse zu Nutzen, da sie direkt an die Vernunft und das Gewissen der Leser appellieren konnte. Um die Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung zu erreichen, erschienen Artikel, die Wohlfahrtsthemen zum Inhalt hatten, daher nicht nur in den an ein Fachpublikum gerichteten Blättern, sondern zugleich in den Gemeindezeitungen, den „Blättern des Jüdischen Frauenbundes“ und in Familienzeitschriften wie „Menroah“.⁹ Die Gemeindeblätter wie das „Israelitische Familienblatt“ (Hamburg 1898-1938), das „Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde zu Berlin“ (1910-1938) oder das „Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main“ (1922-1938) spielten eine bedeutsame Rolle in der Informationsbeschaffung zur örtlichen

⁵ Vgl. Diehl (wie Anm. 4), S. 35.

⁶ Vgl. Friedrich Ollendorff: Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, in: Zedakah 3/4 (1928), S. 3-12, hier S. 10.

⁷ Sascha Simchowitz (1864-1930), eigentlich Schachne Wulf S., jüdischer Schriftsteller und Dramaturg, schrieb u.a. für die „Frankfurter Zeitung“ und die „Kölnische Zeitung“.

⁸ Sascha Simchowitz: Einige Bemerkungen über Presse und Judentum, in: Menorah 6/7 (1928), S. 334-338, hier S. 334.

⁹ „Menorah“ war ein liberal-konservatives Familienblatt, das sich an den gebildeten jüdischen Mittelstand wandte. Die Zeitschrift erschien von 1923 bis 1932 in der Regel monatlich.

Wohlfahrtspflege. Diese Organe berichteten über Tradition und Bedeutung religiöser Bräuche und Feiertage, lieferten Berichte über Ereignisse und Veranstaltungen der Synagogengemeinschaft und stellten die Arbeit ortsansässiger Institutionen und Verbände vor. Amtliche oder familiäre Anzeigen und Annoncen bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Insgesamt gab es im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bis zu dreißig solcher Gemeindeorgane, die vier-, zwei- oder einmal monatlich erschienen. Einige dieser Gemeindeblätter übernahmen, vor allem nach 1933, die Aufgabe, auch über ihre Stadtgrenzen hinaus zu berichten und so überregional zu wirken, da auf diese Weise Probleme im jüdischen Alltag umfassender angesprochen werden konnten. Bemerkbar machte sich diese Abwendung von der rein lokalen Berichterstattung an den Auflagenzahlen: Das „Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde zu Berlin“ erreichte im Jahr 1935 eine wöchentliche Auflage von 52.000 Exemplaren. Ferner nahm der Umfang bei jenen Zeitungen zu, deren Auflage stagnierte oder zurückging, weil alle im Sinne des Gedankens der „Zedakah“ arbeiteten und der Anzeigenteil neben allgemeinen Informationen über Auswanderungsmöglichkeiten oder Bildungsangebote viele soziale und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen und entsprechende Anlaufstellen publik machte.

Ein Merkmal der jüdischen Presse zwischen 1933 und 1945 ist für Johannes Valentin Schwarz ihre Zersplitterung und die Kurzlebigkeit einzelner Organe, da durch Zensur und Verfolgung, Finanznöte und Personalmangel die Bedingungen hinsichtlich der Redaktionsarbeit erschwert wurden.¹⁰ Diese Anzeichen sind auch bei der Wohlfahrtspresse zu bemerken, wie bei der 1921 begründeten Zeitschrift „Zedakah“, die seit Beginn ihrer Veröffentlichung bewusst „von Zeit zu Zeit“ und in „zwangloser Folge“ erschien. Außerdem wurde sie nicht die gesamte Weimarer Republik hindurch unter einem Namen publiziert, sondern von 1922 bis 1924 unter dem Namen „Nachrichtendienst“, bevor sie von 1925 bis 1928 den schon zuerst gewählten Titel „Zedakah“ wieder annahm, um schließlich 1929 als „Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege“ herausgegeben zu werden. Der letzte Namenswechsel zu „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“ erfolgte im Januar 1930 durch den Zusammenschluss mit der Zeitschrift „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“, die sich als Organ eines Spezialfürsorgezweiges nicht dauerhaft etablieren konnte. Die

¹⁰ Vgl. Schwarz (wie Anm. 4), S. 289.

letzte Ausgabe dieser Zeitschrift wurde im Oktober 1938 veröffentlicht, bevor der jüdischen Publizistik durch die Nationalsozialisten jeglicher Boden entzogen wurde – zwei Tage nach dem Pogrom vom 9. November 1938 hatten sämtliche Herausgeber jüdischer Presseerzeugnisse eine Erklärung zu unterschreiben, wonach sie unverzüglich den Druck einstellen würden. Lediglich Informationsbulletins, zum Beispiel das „Jüdische Nachrichtenblatt Berlin“, konnten bis Anfang 1943 gedruckt werden: Blätter, in denen nur noch oberflächliche oder von den Nationalsozialisten vorgegebene Themen zu Gemeindeangelegenheiten besprochen werden durften.

Demzufolge konnte die jüdische Presse in Deutschland zwar noch bis zum 10. November 1938 legal weiter bestehen, ihre Funktion änderte sich jedoch immens: sie wurde zur einzigen Informationsquelle der in Deutschland verbliebenen Juden, die parallel dazu Seelsorge leisten und wichtige Informationen für den täglichen Lebenskampf vermitteln konnte und musste. Während dieser Periode lässt sich eine Hinwendung zur Tradition und zur jüdischen Vergangenheit feststellen, die wohl dazu diente, die Geschlossenheit der jüdischen Gemeinden zu kräftigen und den Lesern zu ermöglichen, der allzu bitteren Realität für einige Momente den Rücken zuzuwenden. Die einzigartige Bedeutung der jüdischen Presse zu dieser Zeit liegt darin, dass sie trotz aller Hindernisse weiter erscheinen konnte und als einzige Gattung im Zeitungswesen Deutschlands nicht nationalsozialistisch war. Es gab zwar die Zensur, im großen Ganzen arbeitete das jüdische Pressewesen jedoch weitestgehend autonom.

Die Weimarer Republik – Aufblühen der jüdischen Wohlfahrts- und Presselandschaft

Die Verbürgerlichung und die damit einhergehende Assimilation des deutschen Judentums seit dem 19. Jahrhundert führten zu einer rasanten Entwicklung des jüdischen Pressewesens, konnten die Juden doch nun erstmals freier in der Öffentlichkeit ihre Anliegen zur Sprache bringen. So blieb die Geschichte des jüdischen Pressewesens stets mit der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland verbunden. Vor allem die Weimarer Republik kann als „goldenes Zeitalter“ des jüdischen Pressewesens gesehen werden mit der Hauptstadt Berlin als strahlendem Mittelpunkt. Jüdische Zeitschriften sowie Zeitungen wurden in immer

größeren Auflagenzahlen in Druck gegeben, und in den Großstädten expandierten die jüdischen Verlage, wie die Beispiele Ullmann oder Mosse zeigten. Am Beginn der dreißiger Jahre gab es in Deutschland über 100 jüdische Periodika, von denen selbst während des Dritten Reiches über 60 weiter erscheinen durften, einige wurden sogar für die neu entstandenen Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung ab 1933 gegründet.¹¹ Die Phase des sich entfaltenden Zeitungswesens nutzten die jüdischen Redakteure und Journalisten zu einem inneren Wandel: Die jüdische Publizistik wurde immer mehr verweltlicht, rückte immer weiter von den Sphären der religiös-ideologisch angehauchten Ausdruckformen ab. Die Begeisterung dafür, die Presse als Ausdrucksmittel zu nutzen, wuchs innerhalb der deutsch-jüdischen Gemeinschaft, wie wiederum aus Simchowitz` Worten zu erkennen ist:

„Unter all den Triebkräften des modernen Lebens ist die Presse extensiv und intensiv die stärkste. Man hat die Presse gelegentlich als die siebente Großmacht bezeichnet. Das mag für frühere Zeiten gültig gewesen sein, in der Gegenwart aber steht die Presse über den Großmächten, sie ist die eigentliche Beherrscherin aller Lebensmächte, und von dieser Tatsache, ob sie nun erwünscht oder unerwünscht ist, muß man bei jeder tiefer eindringenden Betrachtung der Presse ausgehen.“¹²

Dieses Zitat entstand im Jahr 1928 vor dem Hintergrund der Eröffnung der schon erwähnten Internationalen Presseausstellung „Pressa“ in Köln, bei der in der „Jüdischen Sonderschau“ versucht wurde, die in der Publizistik vertretenen jüdischen Interessen und Ideale darzustellen.

In den pulsierenden zwanziger Jahren und vor dem Hintergrund der Reformen auf dem Feld der Wohlfahrtspflege erschien 1921 die erste Ausgabe der „Zedakah“, der „Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege“, als Blatt für Mitteilungen und Bekanntmachungen in Fragen des jüdischen Wohlfahrtswesens und seiner Institutionen. Dass die jüdische Wohlfahrtspresse entstehen und sich in den folgenden Jahre kontinuierlich halten konnte, ist mit der Tatsache verbunden, dass durch die Weimarer Reichsverfassung eine Grundlage gegeben wurde, die der jüdischen Bevölkerung die volle rechtliche Gleichstellung auch auf dem Gebiet der

¹¹ Vgl. Paul Mendes-Flohr: Jüdisches Kulturleben unter dem Nationalsozialismus, in: Michael M. Meyer / Michael Brenner (Hrsg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit (Bd 4: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945), München 2000, S. 272-300, hier S. 292.

¹² Simchowitz (wie Anm. 8), S. 334.

Wohlfahrtspflege zusicherte. Spätestens seit der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924 war der Schritt von der rein materiellen Unterstützung der Bedürftigen zur sozialen Wohlfahrt vollzogen und der Höhepunkt der Modernisierung erreicht, den die jüdische Wohlfahrt mit initiiert hatte, um so ein effektives System der Fürsorge entstehen zu lassen. Nach dem Gesetz galt nun als hilfsbedürftig, „wer den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen erhält.“¹³

Durch diese gesetzlichen Bestimmungen, nach denen jeder deutsche Staatsbürger, unabhängig von seiner Konfession, Anrecht auf staatliche Unterstützung hatte, waren die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen als private Ergänzung zu sehen. Für alle nichtdeutschen Juden, vor allem die große Zahl der „Ostjuden“, die nicht zu den hilfsbedürftigen Deutschen zu rechnen waren, dienten die jüdischen Einrichtungen jedoch als einzige Anlaufstelle. Jüdische Wohlfahrtspflege wurde darüber hinaus benötigt, um den Bedürftigen die Leistungen in einer Weise gewähren zu können, die den religiösen Bedürfnissen entsprach, zum Beispiel um auf die Ausgabe ritueller Lebensmittel oder die Heilighaltung des Sabbats zu achten: Leistungen, die wiederum durch Unterbringung in rituellen jüdischen Einrichtungen wie dem Berliner Jüdischen Krankenhaus oder Jüdischen Waisenhäusern geboten wurden. Zudem übernahm die jüdische Wohlfahrt die Repräsentation der Interessen derjenigen Petenten gegenüber der allgemeinen Wohlfahrt, die sich selbst nicht in geeigneter Weise vertreten konnten, oder sie wirkte der Benachteiligung jüdischer Glaubensgenossen entgegen. Als erster Schritt musste in der Weimarer Republik bei allen öffentlichen und konfessionellen Wohlfahrtseinrichtungen ein Umdenken einsetzen, um Bereitschaft für Hilfeleistungen zu zeigen, indem erkannt wurde, dass Armut bei der Mehrzahl der Armen nicht auf eigenem Verschulden beruhte, sondern durch äußere Umstände zustande gekommen war. Die Idee des „würdigen“ Armen wich dem Rechtsanspruch auf Hilfeleistung. Der Hilfsbedürftige sollte dazu angeleitet werden, sich selbst zu helfen und seine Existenz zu sichern. Aus diesem Grunde wurde die Fürsorge individualisiert, um so besser auf den Einzelfall eingehen zu können, indem die Besonderheit des Falles, Art und Dauer

¹³ § 5 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924, in: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): Reichsgesetzblatt Teil I, Berlin 1924, S. 765-770.

der Not, die Person des Hilfsbedürftigen und die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt wurden.

Die jüdische Wohlfahrtszeitschrift „Zedakah“

„Die jüdische Presse ist nicht, wie Außenstehende es vielleicht annehmen möchten ausschließlich religiöser Natur. Sie ist innerhalb des Makrokosmos der Weltpresse ein Mikrokosmos, ein Aulom Koton [hebr. Olam katan], eine in sich vollständige kleine Welt. Nichts Menschliches ist ihr fremd: sie hat alle Richtungen, alle Strömungen, alle Farben, alle Nuancen der großen Weltpresse. (...) Alles, was das Judentum unserer Zeit bewegt, hat in der jüdischen Presse Stimme und Sprache gefunden, und es bleibt nicht Druckerschwärze auf Holzpapier, es drängt zur Wirklichkeit, zur Tat, zum Leben.“¹⁴

In dieser „kleine[n] Welt“ nahm die Berichterstattung über die jüdische Wohlfahrt einen bedeutenden Platz ein, war sie doch einer der bodenständigsten Zweige der jüdischen Presse überhaupt. Die Probleme des täglichen Lebens – und oft Überlebens – wurden hier diskutiert, und das rein Menschliche wurde in den Mittelpunkt des Interesses gerückt und zur Sprache gebracht. In diesem Mikrokosmos hatte die Zeitschrift „Zedakah“ wiederum eine Sonderstellung inne. Sie war ein „Spezialblatt“, das allen im Judentum vertretenen Richtungen Möglichkeit zum Ausdruck gab. Wenn in anderen Zeitschriften Stellung zur Fürsorgetätigkeit bezogen wurde, so geschah dies immer vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen oder religiösen Orientierung des Blattes. Beispiele dafür sind unter anderem die liberal-großstädtische Zeitschrift „Der Morgen“, die seit ihrer Gründung im Jahr 1925 mit aufgeklärt-orthodoxer Haltung Stellung zum gesamten Spektrum der jüdischen Kultur-, Sozial- und Religionsgeschichte nahm, oder die „Jüdische Rundschau“, seit 1902 das Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, die aus dieser Position heraus die Wohlfahrt offen zionistisch betrachtete und kommentierte. Diese weltanschaulichen Gegensätze, die noch verstärkt wurden durch die Zersplitterung der Gemeinden, Vereine und Verbände, ließen es kaum möglich erscheinen, aus diesem Chaos ein dem Judentum würdiges Werk zu gestalten.¹⁵ Überwunden wurde dieses Defizit mit der Wohlfahrtszeitschrift „Zedakah“, wo der Rabbiner und Antizionist Leo Baeck

¹⁴ Simchowitz (wie Anm. 8), S. 338.

¹⁵ Vgl. Schwarz (wie Anm. 3), S. 142.

gleichberechtigt neben Zionisten wie Salomon Adler-Rudel und Georg Lubinski publizierte. Gemeinsam wollten sie durch ihr journalistisches Wirken Hilfestellungen für konkrete Lebenssituation geben und gleichzeitig an die Verbundenheit der Juden in einer innerlich und äußerlich bedrohten Gemeinschaft erinnern. Die Wohlfahrtspflege wurde als eine Aufgabe der Menschen für ihre Mitmenschen gesehen, da „Menschen (...) doch die stärksten Realitäten [sind], stärker als Satzungen und Gesetze.“¹⁶ Daraus resultierend wurde als eines der wichtigsten Themen in den Ausgaben immer wieder betont, dass die neue Organisation und die innovativen Arbeitsmethoden nicht im Gegensatz zu der traditionellen Wohlfahrtspflege stehen sollten. So kam man in Wohlfahrtskreisen zu der Erkenntnis, dass „großzügige organisatorische Zusammenfassungen und moderne Arbeitsmethodik dem Begriff der Zedakah durchaus nicht widersprechen“¹⁷ müssten. Der Tradition verpflichtet blieb vor allem der Gedanke, dass die Nächstenliebe eines der höchsten Ideale innerhalb der Gemeinschaft sei und dass sich jedes Gemeindemitglied bewusst machen müsse, dass es für die mit ihm lebenden Personen verantwortlich sei. Als Grundlage diene die Idee, dass alle Menschen vor Gott gleichwertig seien und dass daher Wohlfahrt als ein Akt zwischen gleichstehenden Personen anzusehen sei, der keine Überlegenheit des Gebenden gegenüber dem Nehmenden dulde. Insbesondere Leo Baeck predigte diesen Gedanken in der „Zedakah“ und versuchte damit als jüdischer Fürsorgetheoretiker eine Verbindung zwischen religiöser jüdischer Ethik und dem sozialen Handeln in der modernen Wohlfahrtspflege herzustellen.¹⁸ In der allgemeinen Debatte bemühten sich die Verfasser der Artikel in Wohlfahrtszeitschriften konträr zu diesem Ansatz, den Zusammenhang zwischen Religion und Wohlfahrt aufzulösen und konkrete Handlungsmuster für die Wohlfahrtsarbeit in den jüdischen Gemeinden zu schaffen. Um die jüdische soziale Arbeit zu professionalisieren und aus der Isolation herauszuholen, wurde die verstärkte Zusammenarbeit mit der öffentlichen Wohlfahrt gefordert.¹⁹ Im Sinne effektiverer Arbeit gliederte sich die jüdische Wohlfahrtspflege in Arbeitsgemeinschaften, die spezielle Fürsorgegebiete beinhalteten.

¹⁶ Leo Baeck: Der soziale Gehalt der jüdischen Wohlfahrtspflege, in: Zedakah 2 (1926), S. 5-8, hier S. 8.

¹⁷ Eugen Caspary: Zukunftsfragen der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland, in: Zedakah 1 (1925), S. 5-7, hier S. 6.

¹⁸ Vgl. Baeck (wie Anm. 1), S. 1.

¹⁹ Vgl. Jakob Segall: Die gegenwärtige Lage der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland, in: Zedakah 1 (1925), S. 2-5, hier S. 2.

Eines dieser Gebiete war die Wanderfürsorge. Bis zum Jahr 1933 waren die Hilfesuchenden auf Wanderschaft die wichtigste Klientel der Wohlfahrtspflege; sie wurden in den Artikeln in der „Zedakah“ regelmäßig beschrieben, unabhängig davon, ob es sich um in- oder ausländische Wandernde handelte. Im Jahr 1927 entstand zudem die Zeitschrift „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“, die von der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge herausgegeben wurde. Die Westwanderung war zwar nicht neu, hatte aber im 19. und 20. Jahrhundert stark zugenommen, wobei Deutschland als wichtigstes Transitland für die vor Pogromen im Osten flüchtenden Juden galt. Noch zu Beginn dieser Phase trug die Fürsorge für die wandernden Personen einen zwiespältigen Charakter: einerseits war sie als ehrliche Unterstützung gemeint, andererseits sollte sie zur Vermeidung eines Vergleiches zwischen Ost- und Westjuden führen. Durch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden während des Ersten Weltkrieges konnte dieser Problematik etwas entgegengewirkt werden, beseitigt wurde sie jedoch nicht. Daher ging es in den Zeitschriftenartikeln immer wieder um die Frage, wie die wandernden Arbeitslosen, ob in- oder ausländisch, die durch die ökonomischen Verhältnisse in Not geraten waren und sich auf Arbeitssuche begeben hatten, von jenen berufsmäßigen Wanderern und Landstreichern unterschieden werden könnten, die „infolge krankhafter Veranlagung dazu getrieben werden, die Landstraßen, Herbergen, Obdachlosenasyile zu bevölkern und immer unstet zu bleiben.“²⁰ Gerade diesem Typus des Wandernden sollte entgegengewirkt werden, warf er doch aus Sicht der assimilierten deutschen Juden ein denkbar ungünstiges Bild auf die jüdische Bevölkerung, indem er das Klischee des bettelnden herumstreunenden Hausierers verstärkte und dem Antisemitismus Nährboden bereitete. Als probates Mittel, um das Leben der Wandernden in geordnete Bahnen zu lenken, galt zunächst deren Registrierung, aus der im zweiten Schritt eine Arbeitsbeschaffung resultieren sollte; Ziel war es, aus diesen Personen sesshafte und arbeitende Menschen zu machen und so der wirtschaftlichen Not entgegenzuwirken. Hier setzte der jüdische Arbeitsnachweis ein, der eine Arbeitsstelle vermitteln sollte, die oft auf jüdische Religionsbedürfnisse wie Sabbatruhe zugeschnitten sein musste oder die wegen des latent vorhandenen Antisemitismus auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt nicht immer leicht zu finden war. Ein erster Schritt für die Beschaffung

²⁰ Salomon Adler-Rudel: Probleme der jüdischen Wanderfürsorge, in: Zedakah 1 (1925), S. 18-21, hier S. 19.

von Arbeit war die Beherbergung und Verpflegung der arbeitssuchenden Wanderer in Heimen, die oft nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung standen. Da der Grundsatz galt, dass Arbeit besser sei als Almosen, sollten alle arbeitsfähigen Hilfesuchenden Arbeitsmöglichkeiten erhalten, nicht nur durch den jüdischen Arbeitsnachweis, sondern durch zuvor einsetzende Berufsberatung, die den jüdischen Nachwuchs vom Handel und den freien Berufen zu praktischer produktiver Arbeit wie dem Handwerk führen sollte.²¹

Die Problematik der Emigranten aus Deutschland, zu denen viele Frauen und Kinder zählten, war damit jedoch noch nicht beseitigt. Hier galt es, gegen restriktive Einwanderungsbeschränkungen anzugehen, einen Bahnhofsdiens einzurichten, der die Durchreisenden einerseits beaufsichtigte und registrierte, ihnen aber andererseits auch Verpflegung und sanitäre Hilfe zukommen ließ. Einrichtungen wie der Hilfsverein der deutschen Juden und Frauenvereine übernahmen diese Aufgabe insbesondere in den Städten Hamburg und Berlin.²² Vor allem der Hilfsverein war bemüht, nicht nur die deutschen Glaubensgenossen zu unterstützen, sondern ebenso die Ostjuden in deren Heimat und die sich in Palästina ansiedelnden Juden. Für den religiösen Teil der jüdischen Bevölkerung sowie für die nationalen, dem Zionismus nahe stehenden Juden war es eine Selbstverständlichkeit, länderübergreifende jüdische Aktionen zu fördern, bei Liberalen waren die Bindungen an die Juden anderer Länder nicht so stark.²³ Dennoch hatte auch das liberale Judentum seit dem Weltkrieg die philanthropische Wohlfahrtspflege gefördert, diese Hilfsaktionen gingen jedoch mit der Inflation zurück, da das Judentum zusehends verarmte. Die Zeitschriftenartikel appellierten dessen ungeachtet an die jüdische Bevölkerung, nicht nur im eigenen Land Wohlfahrtspflege zu betreiben, sondern ebenso die ausländischen Glaubensbrüder an neuen Errungenschaften teilhaben zu lassen.

Wachsende Initiative zeigte sich in der Gefährdetenfürsorge. In der jüdischen Wohlfahrtspublizistik der Weimarer Zeit gab es die weit verbreitete Auffassung, dass es diesen Bereich der jüdischen Wohlfahrt zuvor nicht gegeben habe und dass sich erst

²¹ Vgl. Georg Baum: Die Fürsorge für wirtschaftlich Notleidende, in: Zedakah 2 (1926), S. 17-22; vgl. auch: Salomon Adler-Rudel: Jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, in: Zedakah 3/4 (1928), S. 40-45.

²² Vgl. Mark Wischnitzer: Aus den Tätigkeiten des Hilfsvereins der Deutschen Juden in den letzten zehn Jahren, in: Zedakah 3/4 (1928), S. 33-40.

²³ Vgl. Werner Senator: Ausländische Wohlfahrtspflege und deutsches Judentum, in: Zedakah 1 (1925), S. 9-11, hier S. 9.

durch die Zerrüttung der jüdischen Familien, die sich nicht mehr um die Gefährdeten kümmerten, die rapide Agglomeration der Juden in den Großstädten und die wirtschaftliche Not diese Notwendigkeit herausgebildet habe. Daher war die Fürsorge für Strafgefangene und Straftentlassene als Kerngruppe der so genannten Gefährdeten lange vernachlässigt worden. In den zwanziger Jahren richtete sich diese Wohltätigkeitsarbeit vor allem an Frauen, die meist wegen Eigentumsdelikten, Abtreibung und Prostitution verurteilt worden waren: Mit ihnen trat man schon während der Haftzeit in der Frage des Arbeitsnachweises in Verbindung und sorgte dafür, dass sie Kleidung und Unterkunft sowie Seelsorge in- und außerhalb des Gefängnisses erhielten, um zu verhindern, dass sie nach der Entlassung wieder in die alten Verhaltensmuster zurückfallen könnten.²⁴

Als Mittel, um künftige soziale Missstände in der Gesellschaft zu vermeiden, galt die Kinder- und Jugendfürsorge. Hier wurden verschiedene Gruppen unterschieden: Zum einen sorgte man sich um Kinder, die in ihrem häuslichen Umfeld mangelhaften Bedingungen ausgesetzt waren, da sie von ihren Eltern verwahrlost wurden oder in kranken oder kriminellen Familien aufwuchsen. Oft wurden jüdisch-christliche „Mischehen“ für diese „Fehlentwicklung“ in der jüdischen Gesellschaft verantwortlich gemacht, der durch eine Unterbringung in „anständigen“ jüdischen Familien entgegengewirkt werden könne und solle. Zum anderen wandten sich die Hilfsangebote an Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen, an die „durch geistige oder moralische Minderwertigkeit gefährdete[n] Jugendliche[n]“.²⁵ Dazu gehörten die im Sprachgebrauch der Weimarer Republik als „schwachsinnig“ bezeichneten ebenso wie die „psychopathischen“ Kinder. Zu den „Schwachsinnigen“ wurden all diejenigen gezählt, die infolge „krankhafter Entwicklungsstörungen des Gehirns oder von Vererbung durch schwachsinnige, geistesranke, epileptische, syphilitische oder trunksüchtige Eltern“ zu Hilfsbedürftigen wurden, zu den „Psychopathen“ diejenigen, die kriminell oder sexuell auffällig wurden, da ihnen die notwendigen Erziehungsmaßnahmen fehlten und sie im Bereich des Gefühls- und Triebslebens als abnorm galten. Als einzige Maßnahme zum Schutz vor diesen

²⁴ Vgl. Paula Ollendorff: Die Fürsorge für Gefangene und Straftentlassene, in: Zedakah 2 (1926), S. 40f.

²⁵ Paula Ollendorff: Die Not der Gefährdeten, in: Zedakah 1 (1925), S. 32f., hier S. 32. Dort auch das folgende Zitat.

Personen wurde in der Literatur vielfach das Bewahrungsgesetz²⁶ gesehen. In Wohlfahrtskreisen galt seit der Weimarer Republik – in allen Konfessionen – das Gesetz als eine der „Schutzmaßnahmen für die körperlich, sittlich und sozial gefährdete und hilfsbedürftige Jugend“²⁷, und eine Schutzaufsicht in Heimen sah man als geeignetes Mittel zur Unterbringung der „abnormen“ Heranwachsenden.

Um die Jugend von den Gefahren abzuhalten, wurde der Gedanke vertreten, dass man Kindern und jungen Menschen Angebote unterbreiten müsse, die ihnen ermöglichten, ihre Freizeit angenehm zu gestalten und konstruktiv zu nutzen. Jüdische Jugendfürsorge sollte so strukturiert sein, dass sie alle Schichten erfassen konnte. Eine religiöse Erziehung galt in der Kinder- und Jugendfürsorge als sehr wichtig, da sie den Fortbestand der Gemeinden garantierte. In diesem Sinne wurden auch unehelich geborene Kinder in die jüdische Gemeinschaft integriert und nach Möglichkeit an einen Vormund vermittelt, der sie nach jüdischen Glaubensgrundsätzen erzog. Die Säuglingsfürsorge setzte an diesem Punkt an, so dass Kinder aus „unwürdigen“ Familien herausgenommen wurden – dies betraf allein erziehende Mütter, drogenabhängige oder in „wilder Ehe“ lebende Eltern. Jugendliche, die bereits als gefährdet eingestuft wurden und die nicht mehr in eine „heile jüdische Familie“ vermittelt und integriert werden konnten, sollten von den Jugendämtern nicht nur mit Obdach, Nahrung und Kleidung versorgt, sondern auch vor schädlichen bzw. schädigenden Einflüssen bewahrt werden: „Lichtspielgesetz, Bekämpfung von Schund und Schmutz in der Literatur, des Alkoholgebrauches, die Vorschläge zu einem Bewahrungsgesetz für ‘asoziale Personen’, Gefährdetenfürsorge und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“²⁸ waren die neuen Bereiche der Jugendfürsorge.

Da gesunder Nachwuchs zur Erhaltung der jüdischen Bevölkerung äußerst bedeutsam war, ging die Kinder- und Jugendfürsorge Hand in Hand mit der Gesundheitsfürsorge. In diesem Kontext wurden in „Zedakah“ in sehr fortschrittlicher Form Themen wie Nervenkrankheiten besprochen, die als Erscheinungen des modernen Lebens

²⁶ Unter Bewahrung verstand man die kontinuierliche Anstaltsunterbringung von vermeintlich „minderwertigen“ und „erbkranken“ Personen. Die Bewahrung bedeutete einen Freiheitsentzug auf unbestimmte Zeit. Wenn der Grund nicht wegfiel, nämlich dass der Betreffende die Gewähr bot, ein an der Norm der Gesellschaft orientiertes Leben zu führen, konnte dieser Freiheitsentzug ein Leben lang andauern.

²⁷ Segall (wie Anm. 19), S. 4.

²⁸ Fritz Lamm: Jüdische Jugendwohlfahrt, in: Zedakah 1 (1925), S. 24-29, hier S. 28; Vgl. auch: Friedrich Ollendorff: Jüdische Jugendnot und Jugendhilfe, in: Zedakah 2 (1926), S. 25-30.

angepöngert wurden, diesem „rücksichtslosen Existenzkampf der Gegenwart, [dem] gerade die Kreise [erliegen], die heute mehr arm als mittelstündisch zu nennen sind.“²⁹ Die Lehrer und Rabbiner waren zu einer Früherkennung aufgefordert und sollten ihre Zöglinge vor schulischer und beruflicher Überlastung schützen, um Anomalien bis hin zum Nervenzusammenbruch vorzubeugen. Heilung wurde immer auch unter dem Aspekt sozialer Zweckmäßigkeit betrachtet, da sie Arbeitsfähigkeit beinhaltete und die jüdischen Hilfsbedürftigen auf diese Weise nicht anderen Fürsorgebereichen zur Last fielen. Im selben Atemzug wurde die Frage nach der Bevölkerungsentwicklung diskutiert, die nach Meinung von Medizinern wie Felix Theilhaber dramatisch war: „Während gesunde, junge, kräftige Mädchen und Männer nicht heiraten können, weil das Geld fehlt, dürfen unausgeheilt Geschlechtskranke, geistig Minderwertige, körperlich Degenerierte, Tuberkulose eine Ehe eingehen, die unsere Gemeinschaft sanktioniert.“³⁰ Aus diesem Grund wurde bei der Geschlechtskrankenfürsorge Reinheit und Selbstbeherrschung, auch Enthaltensamkeit aus Liebe zum Judentum gepredigt. Aus Angst, dass „das Volk zu Grunde gehen“³¹ könne, sollte durch (Früh-)Ehen sowie durch Ablenkung im Studium dem Übel der Syphilis oder Gonorrhö entgegenwirkt werden.

Die Frage, wie die Wohlfahrt die Tuberkulose in den Griff bekommen konnte, beschäftigte insbesondere deswegen, weil innerhalb der jüdischen Gemeinden seit Kriegsende die Zahl der Erkrankungen sowohl bei Kindern als bei Erwachsenen zunahm. Da in erster Linie die ärmeren Bevölkerungsschichten von Tuberkulose erfasst wurden, war die Bekämpfung der Armut gleichzeitig ein Weg zur Eindämmung der Volkskrankheit. Prophylaktische Maßnahmen lagen hier wie in allen Gebieten der Gesundheitsfürsorge nahe, „die lieber ein Übel verhindern will als hunderte heilen“.³² Dazu zählten unter anderem eine behördliche Erfassung der erkrankten Personen, regelmäßige ärztliche Untersuchungen sowie Vorsorge und Aufklärung. Bereits Erkrankte sollten aus ihrer gewohnten Umgebung genommen werden, um die Heilungsmöglichkeiten zu steigern und weitere Ansteckungen zu vermeiden.

²⁹ Caspary (wie Anm. 17), S. 6.

³⁰ Felix Theilhaber: Jüdische Bevölkerungsfragen: in: Zedakah 2 (1926), S. 23-25, hier S. 24.

³¹ Max Eschelbacher: Jüdische Weltanschauung und Verhütung von Geschlechtskrankheiten, in: Zedakah 3/4 (1928), S. 45-49, hier S. 46.

³² Simon (wie Anm. 2), S. 366; Vgl. auch: Frieda Weinreich: Stand der Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Juden in Deutschland, in: Zedakah 2 (1926), S. 45-48.

Tuberkulöse Personen, die in ihren Berufen eine besondere Gefahr für die Verbreitung darstellten, wie zum Beispiel Lehrer oder Arbeiter in der Lebensmittelindustrie, sollten umgeschult werden. Eine „Spürtätigkeit muß einsetzen, die in die verborgensten Winkel hineinleuchtet, beginnende Schäden feststellt und der Heilung zuführt.“³³ Dementsprechend sollte die Gesamtentwicklung der Kinder zur Vermeidung dieser und anderer Krankheiten dauerhaft beobachtet und gefördert werden, um ihnen Mittel wie die Erholungsfürsorge zukommen zu lassen. Kinder und Jugendliche wurden in Ferienkolonien oder rituell geführte Erholungsheime verschickt, um insbesondere die Stadtkinder der schädlichen Umgebung, zum Beispiel den verkeimten Wohnungen, zu entziehen. Erholungsfürsorge wurde als eine Maßnahme gesehen, um drohende Krankheiten zu verhüten oder bereits eingetretene Krankheitszustände zu bessern. Jeder dieser Bereiche bedurfte gut ausgebildeter Berufsarbeiter, die an die Stelle der ehrenamtlichen Helfer traten und deren Ausbildung durch Diskussionen in Wohlfahrtszeitschriften zu optimieren versucht wurde. Wichtig war die Idee, dass sich „Menschen zusammenfinden, die neben dem allgemeinen noch besonders innere, sei es religiöse oder besonders betonte ethische oder humanitäre Antriebe oder das Gefühl innerer Verbundenheit mit einer Gruppe, vielfach zu höheren Leistungen treiben, als es der bloße Beruf tut.“³⁴ Ihre Motivation für den Beruf sollte nicht nur rein wirtschaftlichen, sondern erzieherischen Impulsen entspringen, so dass die Gabe materieller Güter an die Hilfsbedürftigen eine sekundäre Maßnahme würde. Vor allem Frauen, die sowohl in der jüdischen wie der nichtjüdischen Wohlfahrtspflege eine herausragende Rolle spielten, taten sich auf dem Feld der professionalisierten Wohlfahrt hervor. Nicht zuletzt durch Bertha Pappenheim, die Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes, die bereits 1916 in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ in einem viel beachteten Artikel unter dem Titel „Weh’ dem, dessen Gewissen schläft“ an alle Kräfte der jüdischen Wohlfahrt appelliert hatte, sich zusammenzuschließen, um effektiver zu arbeiten und die jüdische Gemeinschaft zu stärken, gewann die weibliche Wohlfahrtsarbeit Aufmerksamkeit.³⁵ Ausgehend von den örtlichen wohltätigen Frauenvereinen wurde ein vielfältiges Aufgabenspektrum

³³ Erich Seligmann: Drängende Fragen der jüdischen Gesundheitsfürsorge, in: Zedakah 1 (1925), S. 37f.

³⁴ Fritz Wittelshöfer: Die Fürsorge für die wirtschaftlich Notleidende, in: Zedakah 2 (1926), S. 8-17, hier S. 17.

³⁵ Vgl. Bertha Pappenheim: Weh’ dem, dessen Gewissen schläft, Allgemeine Zeitung des Judentums, 80. Jg. Nr. 51 vom 22.12.1916, S. 601-603.

abgedeckt. Besonders in den Bereichen der Kinder- und Jugendfürsorge, der Wöchnerinnenpflege oder der Hilfe für Gefährdete, zum Beispiel in den Bereichen Mädchenhandel und Prostitution, war das Feingefühl der weiblichen Mitarbeiter gefragt. Mütter- und Säuglingsberatung, Zufluchts- und Erziehungsheime, Kindergärten, Horte und Mädchenklubs wurden in aller Regel von Frauen geführt und betreut. Es oblag zudem den Frauen, den „starken Degenerationserscheinungen“³⁶ innerhalb der jüdischen Gemeinden entgegenzuwirken, indem sie Eheberatungen anboten und über die vermeintlichen Gefahren einer „Mischehe“ oder einer nicht durch den Rabbiner legitimierten Verbindung aufklärten.

In der Zusammenschau kann festgestellt werden, dass es der „Zedakah“ gelungen ist, eine soziale Gemeinschaft mit einem System gegenseitiger Rechte und Pflichten mit realen Inhalten zu schaffen. Die „Zedakah“ hatte somit als Presseorgan eine Öffentlichkeitswirkung, die es ihr ermöglichte, an die wohltätigen Stellen und an die in diesen wirkenden Personen zu appellieren. Der Geist der Menschen war in der Hinsicht neu gebildet worden, dass das Gefühl der jüdischen „Einheit“ wieder gestärkt wurde und es vielen hilfsbedürftigen Juden möglich machte, ihre Hemmungen zu überwinden, um an die jüdischen Wohlfahrtsstellen heranzutreten. Neue Entwicklungen im Bereich der Wohlfahrt wurden von dem Organ mit vorangetrieben und beeinflussten in Wechselseitigkeit auch die interkonfessionellen Beziehungen. Das nachfolgende Zitat hatte sich in den zwanziger Jahren bewahrheitet: „Die Zedakah ist eines unserer stärksten Einigungsmittel. Es ist heilige Pflicht der Gesamtheit, ihre unendlichen Wirkungsmöglichkeiten zu fördern und dem Segen, der von ihr ausgeht und zurückkehrt zu der schwerleidenden jüdischen Gemeinschaft, den Pfad zu bahnen.“³⁷

Die Rückbesinnung auf die tradierten jüdischen Werte, die das Erwachen eines neuen sozialen Geistes mit sich brachten, sollten ihre immense Bedeutung spätestens dann zeigen, als mit dem Beginn des Nationalsozialismus die jüdischen Gemeinden immer stärker auf das System der Selbsthilfe angewiesen waren.

³⁶ Hannah Karminski: Die soziale Arbeit des Jüdischen Frauenbundes im letzten Jahrzehnt, in: Zedakah 3/4 (1928), S. 16-24, hier S. 22.

³⁷ Sanitätsrat Dr. Ollendorff: Zentralwohlfahrtstelle und Landesverband, in: Zedakah 1 (1925), S. 7-9, hier S. 8.

Dagmar Bussiek

„Das Ethos reiner Fraulichkeit“¹

Die „Frankfurter Zeitung“ und die Rolle der Frau im Nationalsozialismus

Nürnberg, 8. September 1934. Draußen scheint die Sonne, drinnen, in der Luitpoldhalle, wo die Nationalsozialistische Frauenschaft ihre Tagung im Rahmen des Reichsparteitages der NSDAP mit einer öffentlichen Feier begeht, staut sich die Hitze. 20.000 Frauen haben sich versammelt, an ihrer Spitze Gertrud Scholtz-Klink, „Reichsfrauenführerin“ und damit Leiterin aller Frauenorganisationen in Deutschland, 32 Jahre jung, Arztehefrau und vierfache Mutter aus dem Badischen, die blonden Haare zur Gretchenfrisur aufgesteckt, die weiße Bluse hochgeschlossen, bewaffnet mit dem Manuskript einer Rede, in der sie ihren Zuhörerinnen geistige und körperliche Gesundheit anempfehlen und den Verzicht auf Luxus und Genuss zum Wohle des Volkes nahe legen wird. Am Rande der Versammlung bewegen sich wie Exoten angesichts der geballten Weiblichkeit im Saal „fünf oder sechs männliche Pressevertreter“², unter ihnen Rudolf Kircher, Hauptschriftleiter und Berliner Korrespondent der einstmals als Stimme des deutschen Liberalismus weltweit anerkannten, seit der Machtübernahme Hitlers arg in die Defensive geratenen „Frankfurter Zeitung“ (FZ). Er ist als Berichterstatter des Blattes nach Nürnberg entsandt worden und hat sich „angelockt“ gefühlt vom Anblick Tausender Frauen, „die ganz offensichtlich nicht zu der großen Zahl der ‚Mitgenommenen‘ und Zuschauenden gehörten, sondern die um ihrer eigenen Arbeit willen gekommen waren“, wie er vermerkt. Gemeinsam mit ihnen wird Kircher Augen- und Ohrenzeuge, als gegen Mittag – „ganz unerwartet“ – der „Führer und Reichskanzler“ persönlich vor seiner weiblichen Anhängerschaft erscheint und „unter großem Jubel“ die Emanzipation der Frau als ein Produkt des „jüdischen Intellekt[s]“ in den Orkus der Geschichte verweist. Was Hitler im Rahmen seiner einstündigen Ausführungen in Nürnberg fordert, ist nicht mehr und nicht weniger als eine strikte

¹ Fred Hepp: Der geistige Widerstand im Kulturteil der „Frankfurter Zeitung“ gegen die Diktatur des totalen Staates: 1933-1943, Diss. Univ. München 1950, S. 165.

² Rudolf Kircher: Die Frau in Nürnberg, in: FZ, 9.9.1934. Dort auch die folgenden Zitate einschließlich der Auszüge aus der Hitler-Rede zur Rolle der Frau im NS-Staat.

Trennung der männlichen und der weiblichen Lebenssphäre. Die wichtigsten Passagen der Rede, die von der FZ am nächsten Tag im Wortlaut abgedruckt wird, lauten:

„Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren. (...) Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, so könnte man vielleicht sagen, daß die Welt der Frau eine kleinere sei. Denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Kinder und ihr Haus. Wo wäre aber die größere Welt, wenn niemand die kleinere Welt betreuen wollte (...)? Nein: Die große Welt baut sich auf dieser kleinen Welt auf! (...) Diese beiden Welten stehen sich daher nie entgegen. Sie ergänzen sich gegenseitig, sie gehören zusammen, wie Mann und Weib zusammen gehören. Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und der Einsatzwilligkeit! (...) Was der Mann an Opfern bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes in den einzelnen Zellen. (...) Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes.“

Die Rede skizziert die Programmatik, die Situation zeigt die ganze Widersprüchlichkeit nationalsozialistischer Frauenpolitik. Hitlers Hymne auf den Rückzug des weiblichen Geschlechts in Küche und Kinderstube erhält an jenem fränkischen Sonntag den Beifall von Frauen, die sich aus der „kleinen“ in die „größere Welt“, in die Arena des Öffentlichen begeben haben, um Hakenkreuz-Deutschland mitzubauen, zum Teil uniformiert und in Nachahmung männlicher Riten im Gleichschritt angetreten, ein Lied auf den Lippen. Das gleiche Phänomen war im „Bund Deutscher Mädels“ (BDM), der nicht Gertrud Scholtz-Klink, sondern dem „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach unterstellten weiblichen Jugendorganisation, zu beobachten: Um die traditionalistischen Ziele der NS-Geschlechterideologie zu propagieren und ihren Geltungsanspruch zu behaupten, wurden Wege beschritten, die, wie Hans-Ulrich Thamer formuliert, „nichts mit den Vorstellungen vom Heimchen am Herd gemein hatten.“³ Mädchen und Frauen wurden von Staat und Partei zum politischen Engagement ermuntert oder sogar aufgefordert und erhielten bisher nicht gekannte Möglichkeiten des Gemeinschaftslebens und des Aufstiegs innerhalb von hierarchisch

³ Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945 (Die Deutschen und ihre Nation 5), Berlin 1986, S. 415.

gegliederten Organisationen. In gewisser Hinsicht hat der Nationalsozialismus damit gerade jene modernen Tendenzen und Emanzipationserscheinungen, die zu bekämpfen er angetreten war, gefördert – und zwar noch bevor der Krieg Millionen Frauen geradezu zwangsweise „emanzipierte“: als Erwerbstätige, die auf dem Arbeitsmarkt die fehlenden Männer zu ersetzen hatten, als alleinerziehende Mütter, schließlich als „Trümmerfrauen“ beim Wiederaufbau.

Ahnt der bürgerliche Publizist Rudolf Kircher im September 1934 die Diskrepanzen, sieht er die Brüche? Sein Kommentar zum „Frauenkongreß“⁴ bewegt sich auf einem schmalen Grat. „In der Tat“, so meint er, könne ein Parteitag des NSDAP nicht „vollständig sein, wenn er mehr als der Hälfte aller Deutschen, nämlich der weiblichen Hälfte des Volkes, keinen Raum gäbe“, sei doch die „Grundidee des Nationalsozialismus, die Volksgemeinschaft, (...) nichts, was etwa nur die Männer angeht.“ Die Orientierung der Frau an ihren „natürlichen Werten und Grundbedingungen“ – das ist ein Gedanke, den Kircher zweifellos unterstützt. Die Form jedoch scheint ihm Unbehagen zu bereiten: „[M]arschieren und Landsknechtlieder singen“ werde „der Lebensinhalt deutscher Frauen“ nicht sein können, gibt er vorsichtig zu bedenken und warnt zugleich vor einem „Versinken“ der Frau in einer „Mütterlichkeitsromantik“, die „Welt- und Arbeitsfremdheit“ zur Folge haben könne. Es gelte, den „Mutterdienst“ als „Ausgangspunkt“ weiblichen Wirkens zu betrachten, sich aber zugleich „mit großer Wachsamkeit (...) gerade auch der berufstätigen Frauen“ anzunehmen. Der Artikel ist ein Musterbeispiel für die Strategie des Bürgerblattes FZ, bei prinzipieller Zustimmung zur Politik des Regimes verhaltene und sprachlich oft verklausulierte Distanz zu den ideologischen Vorgaben der Herrschenden zu signalisieren: eine Taktik, die sich im Hinblick auf die „Frauenfrage“ ebenso praktizieren ließ wie in jedem anderen Bereich. Die Frage, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich die FZ zu diesem Thema geäußert hat, steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrages, wobei die Berichterstattung in der monatlichen Extra-Beilage „Für die Frau“ eine besondere Rolle spielt. In diesem Kontext erfolgt auch ein Blick auf das personelle Gefüge der Redaktion bzw. auf die Rolle und den Einfluss männlicher und weiblicher Mitarbeiter bei der FZ.

⁴ Die Frau in Nürnberg (wie Anm. 2). Dort auch die folgenden Zitate.

Die „Frankfurter Zeitung“: Bürgerblatt im totalitären Staat

Die Geschichte der FZ im Dritten Reich ist oft erzählt und beinahe ebenso oft verklärt worden. 1933 blickte das Blatt auf eine nahezu achtzigjährige Tradition als eines der stimmkräftigsten Organe des deutschen Liberalismus zurück. 1856 durch den jüdischen Bankier Leopold Sonnemann gegründet, etablierte sich die FZ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „als eine wachsam-kritische Begleiterin der deutschen Politik, zurückhaltend in der Sprache, doch entschieden im Urteil.“⁵ Sie warb für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, stärkte dem Zentrum im Kulturkampf den Rücken und kämpfte mit den Sozialdemokraten gegen das Sozialistengesetz; sie kritisierte das „persönliche Regiment“ Wilhelm II., unterstützte 1917 die Friedensresolution des Reichstages und plädierte nach der Niederlage für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages, dessen Inhalt gleichwohl Gegenstand schärfster Kritik war. In den zwanziger und dreißiger Jahren füllten nachmalig berühmte Namen die Spalten: Joseph Roth, Friedrich Sieburg, Siegfried Kracauer, Dolf Sternberger, Walter Dirks und Erich Welter – um nur einige zu nennen – schrieben für die FZ. Politisch stand die Redaktion in den Weimarer Jahren der DDP bzw. ab 1930 der Staatspartei nahe. Man vertrat das aufgeklärte städtische Bürgertum und damit jenes politische und soziale Milieu, das bis zuletzt einer fatalen Unterschätzung der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Mobilisierungsmöglichkeiten huldigte. Die im Februar 1933 getroffene Entscheidung für ein Verbleiben im NS-Staat und damit gegen die „taube Sprache“⁶ der Emigration war der Auftakt zu einer „Abenteuergeschichte“, die „[f]ür alle, die dabei waren, die größte Geschichte ihres Lebens“ blieb. Sie versuchten, wie Günther Gillessen formuliert hat, „als eine politische Gemein-

⁵ Günther Gillessen: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, 2., überarbeitete Auflage, Berlin 1987, S. 17. – Gillessens Darstellung der Geschichte der „Frankfurter Zeitung“ im NS-Staat, eine glänzend geschriebene und auf breiter Quellenbasis angelegte Studie, leidet unter den fortgesetzten Bemühungen des Autors, die FZ zum Organ eines nicht genauer definierten publizistischen Widerstandes zu stilisieren, der in dem von ihm unterstellten Ausmaß nicht nachweisbar ist. Wie kontrovers die Rolle der FZ im Dritten Reich bis heute diskutiert wird, zeigen Veröffentlichungen aus jüngster Zeit. Vgl. Bernd Söseman: Journalismus im Griff der Diktatur. Die ‚Frankfurter Zeitung‘ in der nationalsozialistischen Pressepolitik, sowie: Günther Gillessen: Eine bürgerliche Zeitung „auf verlorenem Posten“ – Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, beide in: Christoph Studt (Hrsg.): „Diener des Staates“ oder „Widerstand zwischen den Zeilen“? Die Rolle der Presse im „Dritten Reich“. XVIII. Königswinterer Tagung Februar 2005 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 8), Berlin 2007 S. 11-38 sowie 161-174.

⁶ Benno Reifenberg: Die zehn Jahre 1933-1943, in: Gegenwart / Sonderheft: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, begründet von Leopold Sonnemann, 1856-1956, 29.10.1956, S. 40-54, hier S. 41.

schaft in der Diktatur zu überleben, und nicht nur in dem gewöhnlichen physischen Sinne: Sie wollten sich nicht ausliefern und aufgeben, weil sie glaubten, auch in der Diktatur noch eine jenseits dieser Herrschaft begründete Mission zu haben.“⁷

Der Versuch, einen Hauch von unangepasstem Journalismus im totalitären Staat zu behaupten, der sich untrennbar mit dem Stichwort der „Kritik zwischen den Zeilen“ verband, vollzog sich in einem brisanten Spannungsfeld von existentieller Bedrohung und partieller staatlicher Privilegierung. Obwohl die FZ mit ihrem traditionell hohen Anteil jüdischer Mitarbeiter zu den beliebtesten Hassobjekten des „Führers“ zählte, stand sie unter dem Schutz einflussreicher Kräfte im Propagandaministerium, die sie als Aushängeschild für das Ausland bis August 1943 erhielten. Benno Reifenberg⁸, ein erfahrener Journalist, der den Posten des Hauptschriftleiters aufgrund seiner „halbjüdischen“ Herkunft dem Kollegen Kircher überlassen musste, jedoch als informeller „Steuermann“⁹ der FZ und „Seele“¹⁰ des Unternehmens galt, erklärte nach dem Zweiten Weltkrieg, dass es für seine Mitstreiter und ihn letztlich undenkbar gewesen sei, außerhalb der deutschen Grenzen „den Sorgen Deutschlands Ausdruck zu geben und solcherart der Nation zu nützen.“¹¹ In diesem Sinne nahm die Redaktion – so zumindest die offiziöse Nachkriegsversion – die schwere Aufgabe auf sich, für die „geistigen Menschen“ im NS-Staat ein Stück Gegenposition zu verkörpern. Die bevorzugte Arena, in der die FZ den Kampf gegen den ideologischen Allmachtsanspruch der Nationalsozialisten wagte, war das Feuilleton. Hier konnte die Redaktion Gegengewichte für jene Zugeständnisse schaffen, die sie im politischen Teil machen musste. Zum Feuilleton gehörten auch regelmäßig wiederkehrende Beilagen, namentlich das wöchentlich erscheinende „Literaturblatt“ und die „auf satiniertem Papier in schönstem Kupfertiefdruck hergestellte Frauenbeilage“.¹² Letztere zeichnete sich durch eine besonders weitgehende Abstinenz von den Vorgaben brauner Propaganda

⁷ Gillessen: Auf verlorenem Posten (wie Anm. 5), S. 7/8.

⁸ Zu Reifenberg vgl. Dagmar Bussiek: „Nur in Deutschland selbst ließ sich das deutsche Geschehen – wenn überhaupt – begreifen.“ Benno Reifenberg und die Frankfurter Zeitung im Nationalsozialismus, in: François Beilecke / Katja Marmetschke: Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock (Intervalle 8. Schriften zur Kulturforschung), Kassel 2005, S. 359-378.

⁹ Nachruf von Norbert Schandry, in: Stuttgarter Nachrichten, 11.2.1970, abgedruckt in: Benno Reifenberg 1892-1970. Worte des Gedenkens, Frankfurt a. M. 1970, S. 30-32, hier S. 30.

¹⁰ Margret Boveri an Winfried Martini, 16.1.1950, Nachlass Boveri, zitiert nach Gillessen: Auf verlorenem Posten (wie Anm. 5), S. 67.

¹¹ Reifenberg: Die zehn Jahre (wie Anm. 6), S. 41.

¹² Gillessen (wie Anm. 5), S. 330.

aus. Aus dieser Tatsache – gleichsam im Umkehrschluss – zu folgern, dass die unter dem Titel „Für die Frau“ erscheinende Beilage ein Sprachrohr weiblichen Emanzipationsstrebens gewesen wäre, führt jedoch in die Irre.

Seit Jahrzehnten hatte die FZ unermüdlich davor gewarnt, „die Unterschiede zwischen den Geschlechtern könnten verschwinden“¹³, und die Rückkehr der Frau zu traditionell weiblichen Werten gefordert. Tina Ohnmacht kommt in ihrer Analyse des Geschlechterdiskurses in der FZ aus dem Jahre 2000 zu dem Schluss, dass das Blatt vor allem die gemäßigte Richtung der bürgerlichen Frauenbewegung unterstützt habe.¹⁴ Frauen wurden aufgefordert, ihr Recht auf Bildung und Berufsausbildung in Anspruch zu nehmen und die ihnen in die Wiege gelegten Gaben zu nutzen, ohne dabei zu vermännlichen. Als wünschenswerter weiblicher Lebensentwurf galt die Konzentration der verheirateten Frau auf ihren Mann, ihre Kinder und das Hauswesen, wobei die FZ eindeutig bürgerliche Maßstäbe anlegte und von bürgerlichen Familienbildern ausging. Die Probleme der arbeitenden Frauen und Mütter des städtischen wie ländlichen Proletariats wurden kaum registriert, die Ziele der sozialistischen Frauenbewegung als gesellschaftszersetzend und widernatürlich bekämpft.

„Für die Frau“: Die Frauenbeilage der „Frankfurter Zeitung“

„[E]rstaunlich spät im Vergleich zu anderen führenden deutschen Blättern“¹⁵ begann die FZ am 14. März 1926 mit der Herausgabe einer Frauenbeilage – in einer Zeit, in der die Debatte über Kontinuität und Wandel von Geschlechterrollen in der deutschen Öffentlichkeit ihren Höhepunkt erreichte und die „neue Frau“ – berufstätig, sportlich, leicht androgyn – durch Literatur und Medien geisterte, „Realität und Kunstprodukt in einem.“¹⁶ Auch im Feuilleton der FZ hatte sich diese Diskussion niedergeschlagen, waren die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die biologischen Unterschiede der Geschlechter, den weiblichen Zyklus und Hormonhaushalt, Empfängnisverhütung

¹³ Tina Ohnmacht: Geschlechterdiskurs in der Tagespresse. Institutionalisierte Orte des Redens über Frauen in der Frankfurter Zeitung und der Frankfurter Rundschau, Magisterarbeit, Universität Konstanz 2000, S. 40.

¹⁴ Vgl. Ohnmacht (wie Anm. 13), S. 73/74.

¹⁵ Thea Lethmair: Die Frauenbeilage der „Frankfurter Zeitung“. Ihre Struktur – ihre geistigen Grundlagen, Diss., Univ. München 1956, S. 21.

¹⁶ Jens Flemming / Klaus Saul / Peter-Christian Witt (Hrsg.): Familienleben im Schatten der Krise. Dokumente und Analysen zur Sozialgeschichte der Weimarer Republik 1918-1933, Düsseldorf 1988, S. 123.

und Schwangerschaftsabbruch sowie die Vor- und Nachteile sexueller Aufklärung in differenzierter und kontroverser Form thematisiert worden. Wenig Innovatives ließ dagegen die von Benno Reifenberg verfasste Ankündigung der neuen Frauenbeilage vom 2. März 1926 vermuten, in der unverhohlen der Verlust der „Spannung zwischen den Geschlechtern“¹⁷ durch „gleichmachende, entnervende Alltagsarbeit“ von Mann und Frau beklagt und mit schön gewählten Worten die Rückkehr zu alten Modellen gefordert wurde:

„Etwas von dem Geheimnis des Lebens ist (...) verloren gegangen, als die Distanz vom Mann zur Frau sich zu verringern begann. Diese Distanz hat einmal den Respekt des Mannes vor der Frau ausgemacht. Es scheint uns, dass die Frau, die Kameradin seiner Arbeit, darum ringt, jener Abstand und jener Respekt des Mannes möge wieder statt haben. Es möge wieder dem Mann gestattet sein, die Frau zu schützen, sie zu beschenken und damit sich selbst.“

Seine Hoffnung setzte Reifenberg auf das weibliche Faible für Mode, Kosmetik und Schönheitspflege als der Vermännlichung entgegenwirkendes Moment, „denn modisch elegant – das heißt frauenwürdig.“ Es ist bezeichnend, dass er in einer Aufzählung jener Sujets, welche die Leserinnen der künftigen Frauenbeilage mutmaßlich beschäftigen, das Lebensthema „Beruf“ irgendwo zwischen „Spiel“ und „Theater“ einordnete:

„Es kann uns nichts unwichtig bleiben, was die Frau umgibt, was sie berührt. Die kleinen Dinge werden Ausdruck eines innerlichen Wertes. Wenn uns alles gleich wichtig ist: ein Spiegel und ein Flakon, ein Strumpfband und ein Taschentuch, Lyrik und Sport, Küche und Kinderstube, Spiel, Beruf, Theater und Musik, Lippenstift und Handschuh – so ist damit gesagt, daß man auch die großen Dinge nach dem Wert der kleinen abschätzen dürfe.“

„Für die Frau“ erschien einmal monatlich und wurde zunächst von dem altgedienten Theaterkritiker Rudolf Geck, dann von dem Feuilletonisten Max Geisenheyner und ab 1933 von dem Kunsthistoriker Wilhelm Hausenstein mit weiblicher Assistenz durch die Graphikerin Martha Bertina redigiert. Optisch aufwändiger gestaltet als das übrige Blatt, bot die Beilage eine eigenwillige Mischung aus elitärem Feuilleton und moderner Frauenzeitschrift. Anspruchsvolle Artikel über Kunst, Literatur, Theater,

¹⁷ Benno Reifenberg: „Für die Frau“, in: FZ, 2.3.1926. Dort auch die folgenden Zitate.

Musik und Film erschienen neben opulent bebilderten Modereportagen und amüsanten Trivialitäten. Die geneigte Leserin erfuhr Wissenswertes über Frauengestalten der Operette, über Brautaccessoires und Botanik, über die neueste Pariser Laufstegmode und die Zubereitung eines kräftigen Frühstücks für den verkaterten Ehemann, nichts dagegen über Fragen aus den Bereichen Sexualität, Schwangerschaft und Geburt oder gar zur aktuellen Tagespolitik. Insgesamt wandte sich die Frauenbeilage unverkennbar an die Ehefrauen und Töchter des gebildeten, materiell gesicherten Bürgertums – oder, um es mit Reifenbergs Worten zu sagen, an die „Leserinnen *unseres* Blattes.“

Der apolitische, bürgerlich-individualistische Geist von „Für die Frau“ blieb auch nach 1933 gewahrt. In bewusster Hinwendung zur Historie und unter Negierung der deutschen Gegenwart gestalteten Wilhelm Hausenstein und Martha Bertina zehn Jahre lang ein Blatt, das in nahezu ungebrochener Kontinuität zur Weimarer Zeit das Ziel verfolgte, den Leserinnen eine Mixtur aus praktischen Alltags-Tipps und abendländischem Bildungsgut zu servieren und das die ideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten souverän ignorierte: „Wer eine Nummer von 1932 etwa mit einer Nummer von 1942 vergleicht, wird wohl typographische Neuerungen und (...) eine gewisse thematische Beschränkung in der späteren Nummer feststellen, doch keine entscheidende, keine wesensmässige [sic!] Veränderung.“¹⁸ Die von den Machthabern gewünschte politische Erziehung der Frau im Sinne des Regimes fand in der FZ nicht statt. Zu Recht betont Fred Hepp in seiner 1950 publizierte Dissertation über den „geistigen Widerstand im Kulturteil der ‚Frankfurter Zeitung‘“ die besonders weitgehende Abstinenz der Frauenbeilage von brauner Propaganda: „Der Name Hausenstein bürgt dafür, dass die Frauenbeilage von jedem Einfluss des nationalsozialistischen Ungeistes rein erhalten blieb. Hausenstein setzte in diesem Blatt der vom Staat betriebenen Politisierung der Frau das Ethos reiner Fraulichkeit gegenüber.“¹⁹

So positiv diese Bestandsaufnahme aus der Perspektive der jungen Adenauer-Republik auch klingen mag, so ambivalent ist der Eindruck, den sie heute hinterlässt: Die ausgeprägte Neigung der FZ, die Frau in einer idealisierten Rolle als Kulturträgerin in Familie und Gesellschaft zu entpolitisieren und das scheinbar ewig Weibliche als

¹⁸ Lethmair (wie Anm. 15), S. 173.

¹⁹ Hepp (wie Anm. 1), S. 165.

extraterritoriales Gebiet im totalitären Staat zu behandeln, mag zwar möglicherweise hochgezogene Augenbrauen im Propagandaministerium ausgelöst haben, eine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit war sie jedoch nicht.

Mutterkreuz und Arbeitseinsatz: Frauen im NS-Staat

Schon bald nach der Machtübernahme begannen die massiven Eingriffe der Regierung Hitler in das Leben der Frauen und Mädchen in Deutschland.²⁰ Zu den ersten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Regimes gehörten die Entlassung verheirateter Beamtinnen, die verbindliche Festschreibung von Gehaltsdifferenzen zwischen männlichen und weiblichen Beamten bei gleicher Position und Leistung sowie eine Beförderungssperre für Frauen im öffentlichen Dienst. Im Schulwesen, dem traditionellen Betätigungsfeld lediger Frauen aus bürgerlichen Schichten, zeigte diese Politik besonders empfindliche Auswirkungen, wenn etwa Lehrerinnen höherer Mädchenschulen an Volksschulen versetzt und Schulleiterinnen von ihren Posten entbunden wurden. Zwar wurde vor allem in den ersten drei bis vier Jahren der Hitler-Herrschaft ganz allgemein die Rückkehr „der deutschen Frau“ an den heimischen Herd postuliert und mit „Ehestandsdarlehen“²¹ und anderen staatlichen Maßnahmen sozial abgefedert, in der Praxis betraf diese Politik jedoch insbesondere die wenigen höher qualifizierten erwerbstätigen Frauen und die bildungswilligen jungen Mädchen. Ärztinnen klagten über Schwierigkeiten, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz an einem Krankenhaus zu finden, Juristinnen konnten seit 1936 weder als Richterinnen noch als Staats- oder Rechtsanwältinnen Beschäftigung erhalten. Waren im Wintersemester 1931/32 noch 16% der Gesamtstudentenschaft an deutschen Hochschulen weiblichen Geschlechts gewesen, so verfügte das Reichsinnenministerium

²⁰ Die Literatur zu diesem Thema ist außerordentlich umfangreich. Vgl. beispielsweise Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt a. M. 1986, S. 200-243, Dorothee Klinksiek: Die Frau im NS-Staat (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 44), Stuttgart 1982, Claudia Koonz: Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich, Freiburg i. Br. 1991, sowie Renate Wiggershaus: Frauen unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1984.

²¹ Das 1933 eingeführte „Ehestandsdarlehen“ gewährte frisch verheirateten Paaren einen einmaligen zinslosen Kredit in Form von „Einkaufsgutscheinen“ zum Zwecke der Hausstandsgründung, sofern die Frau ihren Arbeitsplatz aufgab. Die entsprechende Summe konnte zurückgezahlt oder „abgekindert“ werden: Die Darlehensschuld verminderte sich je Kind um ein Viertel und war nach vier Geburten getilgt. Im Zeichen von Vollbeschäftigung und Vierjahresplan entfiel ab 1937 der Zwang zur Berufsaufgabe für die Frauen.

1933 einen geschlechtsspezifischen Numerus clausus, der zwei Jahre lang in Kraft blieb: In dieser Zeit durften nur 10% aller Studienanfänger Frauen sein – eine Entscheidung, über die die FZ am 29. Dezember 1933 in einem großen Beitrag über die Hochschulpolitik der neuen Regierung en passant berichtete.²² Dass die Diskriminierung weiblicher Studienanwärter gegenüber ihren männlichen Altersgenossen dem Bürgerblatt keinen Kommentar wert war, scheint befremdlich, hatte sich die Redaktion doch jahrzehntelang für die Verbesserung der Bildungschancen von Frauen und Mädchen stark gemacht. Wenn die FZ zu der Rücknahme frauenpolitischer Fortschritte schon in diesem Bereich nicht bereit war, so tendierte ihre publizistische Unterstützung für die deklassierten oder in ihrer Entfaltung behinderten berufstätigen Frauen gegen Null. Kirchers eingangs zitierter Artikel über „[d]ie Frau in Nürnberg“ vom September 1934 war in diesem Sinne alles andere als exemplarisch für die Berichterstattung des Blattes.

Die FZ hatte sich sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik mit der sogenannten Frauenfrage, mit den Anliegen und Forderungen der Frauenbewegung auseinandergesetzt und dabei stets betont, dass sie sich der Bedeutung dieses Themas in Zeiten des grundlegenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels bewusst sei. Sämtliche Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung zur Verbesserung der weiblichen Bildungschancen wurden lebhaft unterstützt, die Zeitung setzte sich früh für die Einführung von Mädchengymnasien und die Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium ein und brachte immer wieder „ihre Meinung zum Ausdruck, dass das Bildungs- und Erziehungswesen der Frau gleich dem des Mannes Aufgabe des Staates sein solle.“²³ Leitbild war die gebildete bürgerliche Ehefrau und Mutter, die ihrem Mann auf geistiger Ebene Partnerin zu sein und ihren Erziehungsauftrag als Übermittlerin der Werte und Grundkenntnisse abendländischer Kultur an die nächste Generation in geeigneter Weise wahrzunehmen vermochte. Weibliche Berufstätigkeit wurde dagegen eher kritisch-distanziert betrachtet und lediglich als Übergangslösung zwischen Schulentlassung und Eheschließung sowie als Notbehelf der alleinstehenden Frau voll akzeptiert; die FZ blieb stets bei ihrer Position, dass der optimale Lebensentwurf für Frauen die Konzentration auf Ehe, Familie und Haushaltsführung sei.

²² Vgl. Hochschulreife neben Abitur, in: FZ, 29.12.1933.

²³ Lethmair (wie Anm. 15), S. 19.

Dogmatisch war man aber nicht: Herausragende berufliche Leistungen einzelner Frauen wurden durchaus gewürdigt. Dass der Glaube an die Kraft und Einzigartigkeit eines jeden Individuums im Zweifelsfall stärker sein konnte als das tradierte Rollendenken, zeigen die zahlreichen, ebenso liebevoll wie seriös gestalteten biographischen Darstellungen bedeutender Frauengestalten aus Geschichte, Kunst, Literatur und anderen kulturellen Bereichen.

Einer aktiven Befürwortung der aggressiven nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik mit ihren Anreizen zu Eheschließung, Familiengründung und Kinderreichtum, deren Kehrseite die Unterbindung von „rassisch“, sozial oder gesundheitspolitisch unerwünschter Elternschaft qua Eheverbot und Zwangssterilisation war, hat sich die FZ im Dritten Reich nicht schuldig gemacht; so berichtete sie lediglich rein sachlich über die erstmalige Verleihung des optisch an militärische Orden angelehnten „Mutterkreuzes“ im Mai 1938 und ersparte sich und den Leserinnen und Lesern dabei jeden Anflug von kitschigem Mutterkult.²⁴ Auf der anderen Seite hat die Redaktion jedoch auch nicht das Wort ergriffen, als die sozialistischen Frauenverbände verboten und ihre bürgerlichen Pendanten 1933 gleichgeschaltet wurden oder als die Politik des Regimes seit der Verabschiedung des Vierjahresplanes 1936 und verstärkt seit Kriegsbeginn in Abkehr von bisherigen Positionen auf eine effiziente Ausschöpfung des weiblichen Arbeitskräftepotentials umschwenkte: kein Wort zu der 1938 verkündeten Einführung des haus- und landwirtschaftlichen Pflichtjahres für unverheiratete Frauen unter 25 Jahren, kein noch so beiläufiger Kommentar zur Meldepflicht für alle Frauen zwischen 17 und 45 Jahren im Rahmen des „Arbeitseinsatzes“ während des „totalen Krieges“ im Januar 1943.

Zu den wenigen Gelegenheiten, bei denen sich die FZ zu den frauenpolitischen Aktivitäten des Regimes geäußert hat, gehörte die Gründung des BDM-Werkes „Glaube und Schönheit“ für 17- bis 21jährige junge Frauen im Januar 1938: ein aufschlussreicher Artikel. Das Stichwort Schönheit löst das größte Wohlwollen des Ver-

²⁴ Vgl. 2,5 Millionen Ehrenkreuze für Mütter am Muttertag, in: FZ, 5.5. 1939. – Das „Mutterkreuz“ wurde an kinderreiche Frauen verliehen, die den „rassischen“ Ansprüchen des Regimes genügten und als „erbgesund“, sozial integriert und politisch angepasst eingestuft wurden. Mütter von vier oder fünf (gesund geborenen) Kindern erhielten die Auszeichnung in Bronze, sechs bis sieben Kinder rechtfertigten das Mutterkreuz in Silber, ab acht Kindern wurde das Kreuz in Gold verliehen. Die Trägerinnen des Mutterkreuzes kamen in den Genuss bestimmter, freilich sehr begrenzter sozialer Bevorzugungen und mussten auf der Straße von der Hitler-Jugend begrüßt werden.

fassers aus, der mit Genugtuung konstatiert, dass sich das weibliche Geschlecht weder durch die ideologischen Postulate der Frauenbewegung noch durch die ökonomischen Zwangslagen der vergangenen Jahre habe „irre machen lassen“: „Für sich und andere schön zu sein, dies darf immer noch als eine wichtige Parole der Frauen gelten. (...) War das nicht schon immer so? Oder worin liegt das Neue?“²⁵ Das Neue, die FZ wusste es, lag in dem Versuch, das Ideal der Schönheit durch das staatlich oktroyierte Erziehungsziel des „Glaubens“ zu ergänzen: „Gemeint ist der politische, der Glaube an die nationalsozialistische Idee.“ An diesem Punkt knüpfte die – zwangsläufig verhaltene – Kritik der FZ an: Das Private in die öffentliche Arena zu ziehen, „das eigentümlich Weibliche [zu] organisieren“ – dies entsprach nicht den Vorstellungen des Bürgerblattes.

Die Redaktion als „Männerstaat“²⁶

Das offenkundige Desinteresse der FZ an Hitlers Frauen- und Familienpolitik korrespondierte in auffälliger Weise mit der in der Redaktion in personeller Hinsicht herrschenden „Weiberfeindschaft“²⁷: Bis weit in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre war das Blatt ein reiner „Männerstaat“; Frauen wurden als Sekretärinnen, nicht jedoch als Schriftleiterinnen eingestellt; sie waren als freie Mitarbeiterinnen im Feuilleton gern gesehen, in den „harten“ Sparten Politik und Wirtschaft jedoch unerwünscht. Namentlich Reifenberg vertrat männerbündische Vorstellungen. Lebenslang berichtete die renommierte Publizistin Margret Boveri von ihrem rund zehn Jahre währenden Kampf um eine Festanstellung als politische Redakteurin bei der FZ. Boveri war promovierte Historikerin und galt als journalistisches Ziehkind von Paul Scheffer, dem Chefredakteur des angesehenen „Berliner Tageblattes“ (BT). Nachdem Scheffer Anfang 1937 ins Exil gegangen war, hatte Boveri beim BT ihre Kündigung eingereicht und ihre bereits Jahre zuvor begonnenen Versuche, zur FZ zu gelangen, intensiviert. Im Juli 1937 schien ein Etappenziel erreicht zu sein: Reifenberg erklärte sich zu einem persönlichen Gespräch in der Frankfurter Zentralredaktion bereit und unternahm mit

²⁵ Zwischen 17 und 21, in: FZ, 21.1.1938. Dort auch die folgenden Zitate.

²⁶ Helga Hummerich: Wahrheit zwischen den Zeilen. Erinnerungen an Benno Reifenberg und die Frankfurter Zeitung, Freiburg i. Br. 1984, S. 67. – Hummerich arbeitete von 1930 bis 1970 als Sekretärin für Reifenberg.

²⁷ Margret Boveri an Paul Scheffer, 2.8.1938, zitiert nach: Heike B. Görtemaker: Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri 1900-1975, München 2005, S. 108.

Boveri einen Rundgang durch das Haus. Dabei zeigte er ihr das „innere Heiligtum“ – jenen Raum, in dem allmorgendlich die Redaktionskonferenzen abgehalten wurden, denen im Rahmen der überlieferten Kollegialverfassung der FZ eine gewichtige Rolle zukam. Was dann geschah, blieb der Journalistin unvergesslich:

„[E]r [Reifenberg, DB] erklärte (...), nach außen möge es Chefredakteure und stellvertretende Chefredakteure geben, aber hier seien alle ´inter pares, eine Art platonischer Akademie`. Und alle seien Männer: Keine Frau dürfe an der Konferenz teilnehmen, keine könne daher ´Mitglied des Stabs` werden. Dies sei ´ein Prinzip der Zeitung`, und er, Reifenberg, werde ´dafür sorgen, daß das Prinzip befolgt werde`.“²⁸

Erst als Reifenberg 1938/39 aus gesundheitlichen Gründen beruflich pausieren musste, erhielt Boveri von Oskar Stark, der bei der FZ das Amt des Chefs vom Dienst versah, das Angebot, als Auslandskorrespondentin für die Zeitung nach Skandinavien zu gehen; später wechselte sie in die USA. Ein gleichberechtigtes Redaktionsmitglied ist sie jedoch nie geworden, es gab stets spürbare Vorbehalte gegen ihre Person und ihre Anwesenheit im Haus. Wie hoch die Hürden waren, die von den gebildeten, bürgerlich-liberal sozialisierten Männern der FZ vor einer Frau errichtet wurden, die ihre Erfahrungen und Begabungen einbringen wollte, um „die letzte Kerze“²⁹ in Hitlers Deutschland, wie Reifenberg die FZ pathetisch bezeichnete, leuchten zu lassen, ist in der umfangreichen Forschung zur Geschichte des Blattes kaum berücksichtigt worden; knapp vermerkt Günther Gillessen, die FZ habe zwar einige Journalistinnen beschäftigt – Hedy Neumeister berichtete aus Berlin über Kultur- und Sozialpolitik, Irene Seligo korrespondierte aus Lissabon, Lily Abegg aus Fernost – ,[a]ber alle waren auf Außenposten. Reifenberg fand, und das war die tradierte Lehre des Hauses, Frauen störten die Harmonie eines Männerkollegiums.“³⁰ Von staatlicher Seite hätte dem Engagement weiblicher Mitarbeiter nichts im Wege gestanden, denn das zum 1. Januar 1934 in Kraft getretene Schriftleitergesetz hatte den Zugang zum Journalistenberuf zwar von „rassischen“ und politischen Kriterien abhängig gemacht, aber keine besonderen Beschränkungen für Frauen fixiert. Die Ausgrenzung weiblicher Kollegen bei der FZ war demnach „hausgemacht“.

²⁸ Görtemaker (wie Anm. 27), S. 96.

²⁹ Benno Reifenberg an W. Bretscher, 26.5.1947, in: Erich Achterberg: Albert Oeser. Aus seinem Leben und hinterlassenen Schriften, Frankfurt a. M. 1978, S. 152/153, hier S. 153.

³⁰ Gillessen (wie Anm. 5), S. 386.

Erst der Krieg und der mit ihm verbundene Männermangel brachten der Redaktion weiblichen Zuwachs. Zwischen 1940 und 1942 stießen mit Ida M. Baehrle, Gertrud Becker, Brigitte Beer, Maria Borries-Schoutsen, Emily Rey und Hildegard Weber sechs neue Mitarbeiterinnen zu der rund achtzigköpfigen Frankfurter Herrenrunde.³¹ Das rituelle Ende der „platonischen Akademie“ leitete schließlich im Frühjahr 1943, wenige Monate vor dem Verbot des Blattes, der Redakteur Paul Sethe in die Wege. Als Sethe erfuhr, dass die junge Berliner Journalistin Elisabeth Noelle einen Konflikt mit dem Propagandaministerium mit ihrer Stellung bei der von Goebbels initiierten Wochenzeitung „Das Reich“ zu bezahlen hatte, setzte er sich telefonisch mit ihren Eltern in Verbindung und erklärte ihnen, „sie sollten sich keine Sorgen machen“, denn die FZ werde ihre Tochter „schützen“.³² Sethe bot der später unter dem Namen Elisabeth Noelle-Neumann zur Nestorin der deutschen Demoskopie avancierten Publizistin eine Stelle als Schriftleiterin an. Noelle war 26 Jahre jung, weitgereist, überaus ehrgeizig und in den Augen mancher Zeitgenossen „als Hochbegabte schon Legende“³³, als sie im April 1943 mit den Worten „Sie sind die erste Frau, die an diesem Tisch Platz nimmt“ von Erich Welter in die Konferenzrunde gebeten wurde. Mit den Konventionen des Hauses nicht vertraut, reagierte sie unwirsch: „Das interessiert mich nicht.“ Später, so erklärte sie, habe sie sich „für diese Antwort etwas geschämt, denn Welter hatte mir damit sagen wollen, daß die Frankfurter Zeitung mir eine besondere Ehre erwies.“³⁴ Die kurze Zeit bei der FZ wurde für sie zur beglückenden Erfahrung: „Die Redaktionskonferenz war wie eine Insel der Freiheit inmitten von Gewalt und geistiger Verödung.“³⁵

Reifenberg, der so gewissenhaft über die exklusiv männliche Tradition des Hauses gewacht hatte, gehörte nicht mehr zu den Bewohnern der von Noelle bezogenen „Insel“. Als „Halbjude“ im Sinne der Nürnberger Gesetze hatte er seit 1933/34 nur mit besonderer Duldung des Propagandaministeriums in der Redaktion verbleiben können, „halb versteckt“³⁶ und immer mehr beschränkt auf feuilletonistische Arbeiten. Mit

³¹ Vgl. Gegenwart / Sonderheft: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung (wie Anm. 6), S. 56/57.

³² Elisabeth Noelle-Neumann: Die Erinnerungen, München 2006, S. 106.

³³ Christa Rotzoll: Frauen und Zeiten, Stuttgart 1987, S. 168. – Christa Rotzoll kannte Elisabeth Noelle aus der gemeinsamen Arbeit beim „Reich“.

³⁴ Noelle-Neumann (wie Anm. 32), S. 107.

³⁵ Noelle-Neumann (wie Anm. 32), S. 108/109.

³⁶ Erik Graf Wickenburg, Interview vom 16. und 17.5.1989, zitiert nach: Almut Todorow: Das Feuilleton der „Frankfurter Zeitung“ in der Weimarer Republik. Zur Grundlegung einer rhetorischen Medienforschung

aller gebotenen Vorsicht darf vermutet werden, dass erst sein von den Machthabern schließlich doch erzwungenes Ausscheiden im März 1943 den Weg freigemacht hatte für das etwa gleichzeitig erfolgende Engagement Noelles als vollberechtigtes Mitglied der Redaktion. Margret Boveri, die 1933 in unrühmlicher Weise versucht hatte, aus dem Exodus der jüdischen Mitarbeiter aus dem deutschen Pressewesen Karriere-Kapital zu schlagen³⁷, hat von dieser Entwicklung nicht mehr profitiert. Wie Noelle berichtet, musste Boveri bis zum Ende der FZ im August 1943 auf einem Stuhl am Rande des Konferenzzimmers Platz nehmen, während sich die übrigen Kollegen in trauer Gemeinschaft um den Tisch versammelten. Diese augenfällige Demütigung scheint Boveri – bewusst oder unbewusst – der siebzehn Jahre jüngeren Kollegin Noelle angelastet zu haben, die sich des Gefühls nicht erwehren konnte, Boveri „könne mich nicht leiden. Damals“, heißt es in ihren Memoiren, „war mir das rätselhaft, heute kann ich es verstehen.“³⁸

Pfeiler der Bürgerlichkeit

„Mensch sein ist alles, die Organisation ist Nebensache“³⁹, lautete in alter liberaler Tradition auch nach der Machtergreifung Hitlers das Credo der FZ. Unter dem permanenten Druck des Regimes bot die Redaktion Platz für alte Konservative und junge Sozialisten, für praktizierende Katholiken und überzeugte Atheisten, für Feingeister und Pragmatiker und – solange es irgendwie möglich war – auch für Menschen, die unter Hitlers „Rassegesetzen“ zu leiden hatten. Angesichts dieser Toleranz stellt sich die Frage, warum ausgerechnet das Geschlecht des Menschen für die FZ jenes Merkmal war, das über Inklusion und Exklusion entschied. Margret Boveri bietet in ihrer Autobiographie einen Erklärungsansatz, wenn sie das starre Festhalten der Redaktion an überlieferten Rollenvorstellungen als Teil der „Selbstabschließung (...) von der inzwischen so feindlichen Umwelt“⁴⁰ deutet. Über den Kern dieser „Selbstabschließung“, den Rückzug in die bürgerliche Innerlichkeit, für die nicht nur

(Rhetorik-Forschungen 8), Tübingen 1996, S. 167-193, hier S. 175. – Wickenburg war von 1928 bis 1943 Mitglied der Feuilletonredaktion der FZ.

³⁷ Vgl. Görtemaker (wie Anm. 27), S. 53.

³⁸ Noelle-Neumann (wie Anm. 32), S. 107.

³⁹ Die Frau in Nürnberg (wie Anm. 2).

⁴⁰ Margret Boveri: Verzweigungen. Eine Autobiographie, hrsg. von Uwe Johnson, München 1977, S. 310.

die Zeitgenossen den umstrittenen Begriff der „Inneren Emigration“ bemühten⁴¹, ist in der Forschung zur Geschichte der FZ kontrovers diskutiert worden.⁴² Die verschiedenen Elemente des Rückzugshandelns – die „gepflegte Sprache“, an der die FZ auch und gerade angesichts des propagandistischen Lärms der NS-Zeit festhielt, die fast bis zuletzt durchgehaltene Abstinenz vom staatlich verordneten Antisemitismus, die im Feuilleton zur Schau gestellte Offenheit gegenüber den kulturellen Leistungen von Angehörigen anderer Nationen – sind dabei immer wieder genannt und beschrieben worden; in der Zusammenschau verdichten sie sich zu einem überlieferten Verständnis von Bürgerlichkeit, für das der Anspruch auf ein individuelles, dem Zugriff der Politik entzogenes und vom öffentlichen Bereich abgetrenntes Refugium des Privaten konstitutiv war.⁴³ Der Lebensform der Kleinfamilie, die auf der Einhaltung der traditionellen Geschlechterrollen basierte, kam im Koordinatensystem dieser bürgerlichen Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu.⁴⁴ In einer Phase der zumindest „innerlichen“ Verteidigung der bürgerlichen Lebenswelt gegen den totalitären Staat war es vermutlich eine beinahe logische Folge, Frauen den Weg zur Redaktion nicht zu öffnen. Für die veröffentlichte Meinung galt Ähnliches: Nicht die Weiblichkeitsideale des Nationalsozialismus schlechthin wurden von der FZ mit Skepsis betrachtet, sondern lediglich die Herauslösung der Frau aus der ihr nach bürgerlichem Verständnis angestammten Sphäre des Privaten zugunsten der Politisierung im Namen einer rassistisch definierten Volksgemeinschaft. Hier – und nur hier – setzte die Kritik der FZ an der Frauen- und Familienpolitik des Regimes an. Der Rest war Schweigen.

⁴¹ Einen kompetenten Einblick in den Forschungsstand bietet: Michael Philipp: Distanz und Anpassung. Sozialgeschichtliche Aspekte der Inneren Emigration, in: Aspekte der künstlerischen Inneren Emigration 1933 bis 1945. Exilforschung – ein internationales Jahrbuch, Bd. 12, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung von Claus-Dieter Krohn, München 1994, S. 11-30.

⁴² Vgl. neben Gillessen und Sösemann (wie Anm. 5) v. a. Martin Broszat: Sanfte Gegenrede, in: Der Spiegel 22 (1987), S. 101-108.

⁴³ Vgl. dazu zuletzt Martina Ritter: Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften, Wiesbaden 2008.

⁴⁴ Vgl. v.a. Ute Frevert: Bürgerliche Familie und Geschlechterrollen: Modell und Wirklichkeit, in: Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.): Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt a. M. 1990, S. 90-98 sowie Gunilla-Friederike Budde: Bürgerinnen in der Bürgergesellschaft, in: Peter Lundgreen: (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 1986-1997, Göttingen 2000, S. 249-271.

Hans-Joachim Bieber

„Die Tochter des Samurai“

Deutsch-japanische Filmproduktionen in der NS-Zeit

Dass das nationalsozialistische Deutschland und das seit den 1920er Jahren auf dem ostasiatischen Festland expandierende Japan sich seit Mitte der dreißiger Jahre politisch annäherten, ist bekannt; der Antikominternpakt vom November 1936, dessen Erweiterung durch den Beitritt Italiens im November 1937 zum „weltpolitischen Dreieck Berlin-Rom-Tokio“ und schließlich der Dreimächtepakt vom September 1940 markieren die sichtbarsten Stationen dieses Prozesses. Dessen politische und militärische Seiten sind gut erforscht.¹ Weit weniger bekannt ist, dass er auch eine kulturpolitische Seite hatte. Im November 1938 nämlich schlossen Deutschland und Japan ein Kulturabkommen, das die planmäßige Förderung der bilateralen Beziehungen „auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst, der Musik und Literatur, des Films und des Funks, der Jugendbewegung und des Sports usw.“ vorsah, um „die Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens, die beide Länder bereits in glücklicher Weise verbinden, (...) immer mehr zu befestigen“². Schon vorher hatten sich die kulturellen Beziehungen beider Staaten zu intensivieren begonnen. Ein Gebiet, auf dem dies besonders augenfällig wurde, war der Film.

Bereits Anfang der 1930er Jahre zählten Deutschland und Japan zu den größten Filmproduzenten und -konsumenten der Welt nach den USA. Deutsche Filmfirmen – allen voran die UFA – produzierten 1930 2.250 Filme, davon 146 lange Spielfilme; die Zahl der Kinos in Deutschland betrug etwa 5.000, die Zahl ihrer Besucher rund 300 Millionen pro Jahr. Zur gleichen Zeit lag die Zahl der in Japan produzierten Filme bei rund 3.000, davon rund 600 lange Spielfilme; die Zahl der Kinos mit einer jeweiligen Kapazität zwischen 400 und 3.000 Plätzen betrug rund 1.330 – hinzu kamen zahllose

¹ Vgl. Theo Sommer: Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940, Tübingen 1962; Bernd Martin: Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1969; John P. Fox: Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938, Oxford 1982; Berthold J. Sander-Nagashima: Die deutsch-japanischen Marinebeziehungen 1919 bis 1942, Diss. phil. Hamburg 1998.

² Das Abkommen ist abgedruckt in: Ostasiatische Rundschau [künftig abgekürzt: OAR] 19 (1938), S. 573, und bei Paul Ostwald: Deutschland und Japan. Eine Freundschaft zweier Völker, Berlin 1941, S. 78f.

kleine Provinzkinos –, die der Zuschauer rund 200 Millionen jährlich.³ Deutsche Filme wurden seit Anfang der zwanziger Jahre in großem Stil exportiert, auch nach Japan. Zunächst expressionistische Stummfilme wie „Das Kabinett des Dr. Caligari“, „Nosferatu“ und „Metropolis“.⁴ 1926 schloss die Ufa langfristige Verträge mit japanischen Filmgesellschaften. Seit 1927 kam der Präsident der japanischen Filmhandelsgesellschaft Tōwa, Nagamasa Kawakita, der als Austauschschüler Deutsch gelernt hatte, jedes Jahr nach Berlin, um Filme zu erwerben.⁵ Die Marktchancen deutscher Filme stiegen in Japan, als sich hier eine gewisse „Amerikamüdigkeit“ breit machte.⁶ Zunächst kaufte Kawakita weiterhin Stummfilme: „Asphalt“ (mit Gustav Fröhlich und Betty Ammann), „Heimkehr“ (mit Gustav Fröhlich und Dita Parlo), „Die letzte Kompanie“ (mit Conrad Veidt und Karin Evans) und „Der Mann, der den Mord beging“. Ihre Aufführung bereitete in Japan kaum Probleme. Wie bei japanischen Stummfilmen wurde ihre Handlung in jeder Vorstellung von einem Kommentator an einem Rednerpult neben der Leinwand erklärt, oft mit erheblichem schauspielerischen Aufwand; manche dieser Kommentatoren genossen ähnliches Ansehen wie beliebte Rundfunkansager und bekannte Kleinbühnensprecher in Deutschland.⁷ 1928 liefen 19 deutsche Filme in Japan, darunter „Tartüff“, „Fridericus Rex“ und „Der heilige Berg“. 1929 schloss die Ufa einen Vertrag mit der Tōwa, um auf dem japanischen Markt noch besser Fuß zu fassen. In diesem Jahr waren u.a. der Jannings-Film „Sünden der Väter“, „Symphonie einer Großstadt“, „Der Kampf ums Matterhorn“ und „Liebe“ mit Elisabeth Bergner in Tokyo zu sehen, 1930 u.a. „Geheimnisse des Orients“ und „Asphalt“, „Casanova“ und „Der weiße Teufel“ und als erster deutscher Tonfilm „Melodie des Herzens“ (1929). „Asphalt“ hatte einen alle Rekorde brechenden Erfolg und wurde von einer japanischen Filmzeitschrift als bester Film des Jahres ausgezeichnet.

³ Für Deutschland vgl. Alexander Jason: Handbuch des deutschen Films 1935/36, Berlin 1935, S. 78 und 134, und Hans Traub: Die Ufa, Berlin 1943, S. 61; für Japan: The Japan Year Book 1937, S. 936f.; Fancks Angaben in einem Rundfunkvortrag von 1937, abgedruckt in: Jan-Christopher Horak (Hrsg.): Berge, Licht und Traum. Dr. Arnold Fanck und der deutsche Bergfilm, München 1997, S. 181; Mariann Lewinsky: Eine verrückte Seite. Stummfilm und filmische Avantgarde in Japan, Zürich 1997, S. 132; niedrigere Zuschauerzahlen bei Keiko Yamane: Das japanische Kino, München 1985, S. 15.

⁴ Vgl. Yamane (wie Anm. 3), S. 13; Lewinsky (wie Anm. 3), S. 146ff.; vgl. auch Akira Kurosawa: So etwas wie eine Autobiographie, Zürich 1991, S. 91f. und 101.

⁵ Vgl. Traub (wie Anm. 3), S. 59.

⁶ Vgl. den Auszug aus dem Kinematograph vom 20.11.1926, in: Freunde der deutschen Kinemathek: Filme aus Japan. Retrospektive des japanischen Films, Berlin 1993, S. 42.

⁷ Vgl. Felix Cremers: Eindrücke von einer Kinoreise durch Japan, in: Licht-Bild-Bühne, 6.3.1937.

Ende der zwanziger Jahre begann die Ablösung des Stummfilms durch den Tonfilm. Für den Export brachte dies zunächst erhebliche Probleme, denn anfänglich waren weder Untertitelung noch Synchronisation möglich. Solange wurden für den Export bestimmte Tonfilme in mehreren Versionen hergestellt, indem jede Szene mit einheimischen und fremdsprachigen Darstellern aufgenommen wurde. Mangels japanischer Darsteller war die Herstellung japanischsprachiger Filme in Deutschland ausgeschlossen. Bis sich in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die Untertitelung fremdsprachiger Filme durchsetzte, wurden ausländische Filme in Japan meist so vorgeführt wie zuvor Stummfilme: mit gedämpftem oder ganz ohne Ton und einem Kommentator, der das Geschehen auf der Leinwand in jeder Vorstellung erläuterte. 1931 liefen in Japan Fritz Langs „M“, „Karamasoff“, „Die letzte Kompanie“ und – nach längeren Schwierigkeiten mit der Zensur – der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ und „Der Blaue Engel“. Die beiden letztgenannten Filme mussten allerdings gekürzt werden, „Im Westen nichts Neues“ wegen seiner antimilitaristischen Tendenz, die japanischen Militärs gegen den Strich ging, „Der blaue Engel“ aus „Sittlichkeitsgründen“. Trotzdem hatten beide durchschlagenden Erfolg.⁸ Um diese Zeit lag Deutschland als Filmimporteur in Japan an zweiter Stelle hinter den USA, allerdings mit weitem Abstand. Insgesamt freilich hatten ausländische Filme nur einen kleinen, wenn auch wichtigen Anteil am japanischen Filmmarkt; die Zahl japanischer Filmproduktionen lag mit über 3.000 pro Jahr etwa dreimal so hoch wie die Gesamtzahl importierter Filme.⁹

Japanische Filme wurden damals fast ausschließlich in Japan gezeigt. Ihre Themen und ihre Machart waren ganz auf das einheimische Publikum zugeschnitten und setzten „in ihrer andeutungshaften Darstellung eine Kenntnis japanischer Geschichte und japanischer Volksbräuche voraus (...), welche der Ausländer (...) nicht hat“, wie der deutsche Ufa-Repräsentant in Japan schrieb.¹⁰ Ein Export japanischer Filme war deshalb nahezu unmöglich. Als 1930 versuchsweise ein japanischer Film in Berlin

⁸ Vgl. Freunde der deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 44ff., und die Auszüge aus Kawakitas Erinnerungen, Ebenda S. 87.

⁹ Vgl. Freunde der deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 49 und The Japan Year Book (wie Anm. 3), S. 936f.

¹⁰ Johs. Barth: Japanisches Filmschaffen, in: Richard Foerster (Hrsg.): Kulturmacht Japan. Ein Spiegel japanischen Kulturlebens in Vergangenheit und Gegenwart, Wien / Leipzig 1942, S. 81; vgl. auch Frank Maraun: Japanische Filmkunst von heute, in: Der deutsche Film 5 (1941), H. 7, S. 130f.; Peter de Mendelssohn: Japan's Political Warfare, London 1944, S. 78. Zur japanischen Filmproduktion von 1938 vgl. Film-Kurier, 1.2.1939.

gezeigt wurde, der die alten und neuen Sitten Japans zeigte, hatte er dem Produzenten zufolge „verheerenden Erfolg“: Das Publikum bog sich vor Lachen, sobald sich die Menschen auf der Leinwand voreinander verbeugten oder mit Stäbchen aßen.¹¹ Weitere derartige Versuche unterblieben deshalb einstweilen; allenfalls japanische Kulturfilme waren in den nächsten Jahren in kleinerem Rahmen in Deutschland zu sehen.¹²

Schon am Anfang der politischen Annäherung Japans und Deutschlands kam deshalb in Japan der Gedanke einer deutsch-japanischen Filmproduktion auf, und zwar eines von einem erfolgreichen deutschen Regisseur gedrehten Spielfilms, der sowohl in Japan als auch in Europa und Amerika verständlich sein und dem japanischen Film die Tür zum Weltmarkt öffnen sollte.¹³ Treibende Kraft des Projekts war der schon erwähnte Filmproduzent Kawakita. Er wurde unterstützt von japanischen Regierungsstellen und der 1934 gegründeten „Gesellschaft für internationale Kulturbeziehungen (Kokusai Bunka Shinko-Kai)“, der führende Vertreter des japanischen Kulturlebens, der Regierung und der Großindustrie angehörten und die über erhebliche finanzielle Mittel verfügte.¹⁴ Kawakitas Verhandlungspartner auf deutscher Seite war neben der UFA vor allem das Propagandaministerium. Als Vermittler wirkte vermutlich ein Mann, der auch beim Zustandekommen des Antikominternpaktes eine wichtige Rolle spielte: Friedrich Wilhelm Hack, geboren 1885 in Freiburg, hatte Wirtschaftswissenschaften studiert und war nach der Promotion 1912 als Sekretär der

¹¹ So Kawakita in seinen Erinnerungen, auszugsweise abgedruckt in: Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 85ff.; hier S. 87.

¹² 1931 zeigte das Japan-Institut, ein 1926 gegründetes und von Deutschland und Japan gemeinsam getragenes Forschungsinstitut in Berlin, im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungen zum erstenmal vier solche Filme; Vgl. den Bericht über die Kuratoriumssitzung und Mitgliederversammlung des Japan-Instituts vom 5.6.1931; Polit. Archiv des Auswärtigen Amtes [künftig: PA/AA], R 85970. Zur Gründung des Japan-Instituts vgl. Hans-Joachim Bieber: Die Anfänge deutsch-japanischer Kulturinstitute in Berlin und Tokyo vor 1933, in: Takemitsu Morikawa (Hrsg.): Japanische Intellektuelle im Spannungsfeld von Okzidentalismus und Orientalismus, Kassel 2008, S. 121-179.

¹³ Zu seiner Unterstützung von deutscher und japanischer Seite vgl. Arnold Fanck: Die Tochter des Samurai. Ein Film im Echo der deutschen Presse, Berlin 1938, S. 7ff.

¹⁴ Die Gesellschaft sollte vor allem die Verbreitung von Kenntnissen der japanischen Kultur fördern, u.a. durch Errichtung von Lehrstühlen für Japanologie an bedeutenden ausländischen Universitäten, Wissenschaftler- und Studentenaustausch, Filme und Publikationen über Japan für das Ausland sowie Übersetzungen japanischer Literatur, aber auch durch Ausstellungen, Vorträge und andere Veranstaltungen in Japan für Ausländer, die hier lebten, und darüber hinaus eine neue japanische Kultur auf Grundlage „absoluter Einheit“ („absolute oneness“) des Landes und seiner Menschen hervorbringen. Vgl. die deutsche Selbstdarstellung der Gesellschaft; PA/AA, R 61194, sowie das Manifest, das seit Juni 1935 jeder Nummer der von ihr herausgegebenen Zeitschrift Cultural Nippon vorangestellt wurde. Ihr Arbeitsprogramm ist auszugsweise abgedruckt in: Nippon 1935, S. 108f.; OAR 16 (1935), S. 135; vgl. auch ebenda S. 514. Zu Gründung, Zielen, Mitgliedern und Aktivitäten der Gesellschaft vgl. im Übrigen K.B.S. Quarterly. Bulletin of the Kokusai Bunka Shinkokai, Tokyo 1 (1935), passim.

Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft nach Tokyo gegangen; 1914 hatte er sich an der Verteidigung Tsingtaos beteiligt und war in japanische Kriegsgefangenschaft geraten, die er genutzt hatte, um Japanisch zu lernen und vielfältige Kontakte anzuknüpfen. 1920 war er nach Deutschland zurückgekehrt und hatte in Berlin eine Firma mitgegründet, die vor allem mit Waffen und anderen Rüstungsgütern handelte und gute Beziehungen nach Japan wie zur deutschen Industrie und zur Heeres- und Marineleitung besaß, möglicherweise auch zum militärischen Geheimdienst. Seit Februar 1935 war Hack Vorstandsmitglied der Deutsch-Japanischen Gesellschaft, die enge Verbindungen zu Ministerien, Armee und Marine, aber auch zur NSDAP-Führung und zur japanischen Botschaft unterhielt.

Tatsächlich gelang es Kawakita, mit Arnold Fanck einen der bekanntesten deutschen Filmemacher als Regisseur zu gewinnen. Seit seinen Filmen „Die weiße Hölle vom Piz Palü“ (1929, zusammen mit G.W. Pabst) und „Stürme über dem Montblanc“ (1930, mit Leni Riefenstahl in der Hauptrolle) galt Fanck als „Vater des deutschen Bergfilms“ und einer der besten deutschen Kameramänner, wenn nicht gar als „einer der deutschesten aller Regisseure, der die Seelenlandschaft des großen weißen Schweigens mit dem Zaubermittel seiner Kamera einfängt“¹⁵, später auch als Entdecker Leni Riefenstahls. In Deutschland zählten seine Filme zu den erfolgreichsten ihrer Zeit und dienten vielen Kameramännern als Vorbild für neue Aufnahme- und Montagetechniken. Auch in Japan liefen sie mit großem Erfolg, Kawakita zufolge deshalb, weil die Natur ihr „eigentlicher Star“ war und die Japaner „ein ungewöhnlich ausgeprägtes Naturgefühl“ hatten.¹⁶ Fancks japanische Auftraggeber wollten einen „großen japanischen Nationalfilm“. Natürlich sollte es ein Tonfilm werden, der jedoch, um auch in Europa und Amerika verständlich zu sein, nach den Gesetzen des Stummfilms gedreht werden sollte, also mit einer so klaren Handlung und Darstellungsweise, dass er nur weniger Dialoge bedurfte.

¹⁵ Film-Kurier, 28.8.1933; vgl. ferner Frank Amann u.a. (Hrsg.): Revisited: Der Fall Dr. Fanck, Frankfurt 1992; Jürgen Trimborn: Riefenstahl. Eine deutsche Karriere, Berlin 2002, S. 61ff.

¹⁶ Zitat in: Film-Kurier, 26.7.1935; auch zum Folgenden; ähnlich Licht-Bild-Bühne, 29.8.1935. Zu Fancks Bedeutung für den damaligen deutschen Film vgl. Peter Zimmermann / Kay Hoffmann (Hrsg.): Geschichte des dokumentarischen Films, Bd. 3, Stuttgart 2005, S. 115ff.; zur Unterstützung seines Filmprojekts von deutscher und japanischer Seite vgl. Fanck (wie Anm. 13), S. 7ff.; zur Entstehung des Films im übrigen Janine Hansen: Arnold Fancks *Die Tochter des Samurai*. Nationalsozialistische Propaganda und japanische Filmpolitik, Wiesbaden 1997, S. 46ff.

Fanck selbst wollte nicht ein weiteres Mal „den altgewohnten Japan-Kitsch von ‚Madame Butterfly‘“ aufwärmen, sondern Japan zeigen, „wie es wirklich ist“, mit einem „bodenständigen Thema und mit bodenständigen Menschen, aber vom Europäer aus gesehen und mit europäischer Filmtechnik hergestellt“. Die Handlung stellte er sich „ganz einfach und so allgemein menschlich“ vor, „dass sie auf der ganzen Welt verständlich ist“. Sie sollte Gelegenheit geben, „mit dem alten idyllischen Japan anzufangen unter weitgehendster Ausnutzung der wunderbaren japanischen Landschaft“, und dann hinausführen „in den modernen japanischen Großindustrie-Staat mit seiner gigantischen Schwerindustrie, insbesondere in der Mandschurei“. Als Grundidee schwebte ihm das Thema „Volk ohne Raum“ vor. „Dessen Gestaltung aus japanischen Verhältnissen heraus“ würde „in seiner gleichnishaften Ähnlichkeit“ mit der Lage des deutschen Volkes auch „bei uns empfunden“ werden, „ohne daß wir das irgendwie tatsächlich auszusprechen brauchen“, erklärte Fanck in einem Interview vor seiner Abreise.¹⁷ Wie viele Zeitgenossen sah er „verblüffende Ähnlichkeiten zwischen japanischer und deutscher – insbesondere unserer *heutigen* deutschen Weltanschauung“.¹⁸ Es sei „kein Zufall“, erklärte er nach Abschluss des Antikominternpaktes in einem Rundfunkvortrag, „daß diese beiden Völker sich jetzt endlich gefunden und fest zusammengeschlossen haben“; „langjähriges Studium der japanischen Literatur“ habe ihn zu dieser Erkenntnis gebracht; sonst hätte er vielleicht nicht den Mut aufgebracht, den Film zu drehen.¹⁹ Auf japanischen Wunsch sollte er das Drehbuch erst in Japan schreiben, nachdem er das Land genügend kennen gelernt haben würde. Als Titel des Films war zunächst „Heiliges Nippon“ im Gespräch. Kawakita brachte rund 800.000 Yen (nach damaliger Währung rund 1,6 Mill. RM) für das Projekt auf, das Zehnfache der Kosten eines üblichen japanischen Spielfilms. Anfang 1936 reiste Fanck mit einer „warmen Empfehlung“ Ribbentrops ab, begleitet von acht Schauspielern und Technikern, unter ihnen die Kameramänner Richard Angst und Walter Riml. Angst war aus Fancks Freiburger Kameraschule hervorgegangen und hatte sich durch zahlreiche technische Neuerungen wie Gegenlichtaufnahmen empfohlen, Riml war ein früherer Assistent Angsts. Angst war als erster, Riml als

¹⁷ Film-Kurier, 2.4.1936.

¹⁸ Fanck (wie Anm. 13), S. 89

¹⁹ Der Vortrag ist abgedruckt bei Jan-Christopher Horak (Hrsg.): Berge, Licht und Traum. Dr. Arnold Fanck und der deutsche Bergfilm, München 1997, S. 180-182.

zweiter Kameramann vorgesehen. Fanck war der erste ausländische Filmregisseur, der in Japan filmen durfte, noch dazu auf japanische Einladung. Man empfing ihn mit vielen Aufmerksamkeiten; es gab Bankette mit Begrüßungsansprachen, die Zeitungen waren voll von Bildern und Interviews und feierten Fanck, wie die deutsche Botschaft berichtete, „als einen der genialsten Filmregisseure der Gegenwart, von dessen hiesiger Arbeit viel für Japans Ansehen in der Welt erhofft werden“ könne.²⁰ Schon nach wenigen Tagen sprach er im japanischen Rundfunk über seine ersten Eindrücke.²¹ Allerdings konnte er eine Weile mit seinem Team das Hotel nicht verlassen; denn Ende Februar 1936 unternahmen junge japanische Offiziere einen Putschversuch, und in Tokyo herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände.²² Nachdem der Putschversuch niedergeschlagen war, sah Fanck sich eine Weile im Land um und schlug dann sein Hauptquartier in Kyoto auf.

Die deutsche Botschaft, der das Propagandaministerium in Berlin empfohlen hatte, das Projekt „weitgehend“ zu fördern, unterstützte Fanck.²³ Die AGFA, die das Filmmaterial stellte, ließ extra einen Spezialisten aus Indien anreisen. Und Hack stellte Fanck seine „glänzenden japanischen Beziehungen“ zur Verfügung.²⁴ Eine Weile hielt er sich gleichzeitig mit ihm in Japan auf, nach eigenen Angaben als Delegationsleiter einer deutschen Filmgesellschaft.²⁵ In Wirklichkeit wollte er, wie die NSDAP-Landesgruppe zu wissen meinte, die die Tätigkeit der Botschaft und einflussreicher Deutscher in Japan eifersüchtig beobachtete, mit japanischen Militärstellen Verbindungen anknüpfen, um Flugzeuge zu verkaufen; dass er tatsächlich den Antikominternpakt vorzubereiten half, scheint er erfolgreich verheimlicht zu haben. Zur Erleichterung der Kommunikation mit japanischen Schauspielern und Technikern bestand Fanck auf einem japanischen Ko-Regisseur und gewann als solchen Mansaku Itami, „einen der

²⁰ Bericht der Botschaft Tokyo vom 19.2.1937; PA/AA, R 104899.

²¹ Vgl. Arnold Fanck: Meine ersten Eindrücke in Japan, in: *Travel in Japan 2* (1936), S. 34-37. Auch einer seiner Kameramänner veröffentlichte seine Eindrücke aus Japan: Walter Riml: Als deutscher Kameramann in Japan, in: *Der deutsche Film 1* (1936), 102f. und 108f.

²² Eine der besten Schilderungen des Putsches stammt von Richard Sorge, der seit Ende 1933 als Journalist in Tokyo lebte und 1942 als sowjetischer Spion verhaftet wurde; vgl. *Zeitschrift für Geopolitik 13* (1936), S. 307ff.

²³ Tel. Dirksen an AA, 29.1.1936 mit handschriftlichem Vermerk Rohdes; PA/AA, R 85965. Namentlich bei dem erfahrenen Gesandtschaftsrat Kolb bedankte sich Fanck später; vgl. Fanck (wie Anm. 13), S. 11.

²⁴ Fanck (wie Anm. 13), S. 7.

²⁵ Vgl. OAR 17 (1936), S. 556.

bedeutendsten und geistreichsten Regisseure Japans“, wie eine deutsche Fachzeitschrift schrieb²⁶; eine andere nannte ihn „den René Clair Japans“²⁷.

Bis Ende Juni schrieb Fanck das Drehbuch, beraten von Itami. Gezeigt werden sollte die Liebe eines jungen Japaners, der in Deutschland studiert hat – Gelegenheit, die Vorzüge des deutschen Hochschulwesens ins rechte Licht zu setzen – zu einem deutschen Mädchen, das er heiraten möchte, obwohl er in Japan mit der Tochter eines Samurai verlobt ist. Als seine Verlobte versucht, sich umzubringen, nimmt ihr Vater den jungen Japaner zur Brust, führt ihm die Errungenschaften Japans vor Augen und bringt ihn zur Besinnung. So erledigt sich die heikle Frage einer deutsch-japanischen Mischehe. Das glückliche Paar beschließt, in die von Japan besetzte Mandschurei zu ziehen und dort Landwirtschaft zu treiben. Das Schlussbild sollte den jungen Vater zeigen, der seinen neugeborenen Sohn in eine Ackerfurche legt und erklärt, auch dieses Kind werde ein Kind des Vaterlandes sein. Aufgrund dieser Szene erhielt der Film auf Japanisch den Titel „Neue Erde“.²⁸ Fancks Drehbuch spiegelte die eigentümliche Mischung von Anziehung und Fremdheit im damaligen deutsch-japanischen Verhältnis wider und wurde von japanischer Seite erst nach einigem Widerstreben akzeptiert. Itami missfiel seine ideologische Färbung so sehr, dass er ein eigenes Drehbuch schrieb; von dem aber wollte Fanck nichts wissen.

Im Juli begannen die Dreharbeiten. Den jungen Japaner spielte der bereits in Japan sehr populäre Isamu Kosugi, einer der höchstbezahlten Filmschauspieler des Landes, seine Braut die damals erst 16jährige Setsuko Hara; die später zum größten Star des japanischen Kinos aufstieg und Weltruhm erlangte. In einer Nebenrolle trat Max Hinder auf, ein Schweizer Architekt, der seit Anfang der zwanziger Jahre in Japan lebte und sich hier Ende der dreißiger Jahre als Propagandist des nationalsozialistischen Deutschland betätigte; später wechselte er ins Propagandaministerium in Berlin. Richard Angst als erster Kameramann bemühte sich um Bilder, „wie sie in Europa noch niemals zu sehen waren“. Um Aufnahmen von einem noch

²⁶ Licht-Bild-Bühne, 2.12.1936; zur Beteiligung Itamis vgl. auch Hansen (wie Anm. 16), S. 52ff.

²⁷ Film-Kurier, 8.12.1936.

²⁸ Diese Inhaltsangabe nach Boguslaw Drewniak: Der deutsche Film 1938-1945, Düsseldorf: 1987, S. 836, und Donald Richie: Die Tochter des Samurai. Eine deutsch-japanische Kooperation, in: Berlin – Tokyo, Tokyo – Berlin. Die Kunst zweier Städte. Ausstellungskatalog, Ostfildern 2006, S. 38; vgl. auch Thomas Leims: Von der Schwermut des Nichtverstehens: Berlin – Tôkyô und die Darstellenden Künste, in: Berlin – Tokyo im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1997, S. 164f., und Rolf Giesen / Manfred Hobsch: Hitlerjunge Quex, Jud Süß und Kolberg. Die Propagandafilme des Dritten Reiches, Berlin 2005, S. 152ff.

tätigen Vulkan zu machen, ließ er sich z.B. mit der Handkamera in dessen Inneres abseilen, wo ihm ständig heiße Schwefeldämpfe ins Gesicht schlugen, so dass er zwei Wochen nicht mehr sprechen konnte.²⁹ Die Filmmusik schrieb Kosaku Yamada, einer der damals namhaftesten japanischen Komponisten und Dirigenten – er hatte vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin studiert – und der erste, der Anerkennung in Europa fand.³⁰ Doch schon bald gab es erhebliche Probleme und Konflikte, von Verständigungsproblemen über Schwierigkeiten, geeignete japanische Schauspieler zu finden, Kleinlichkeiten der allgegenwärtigen Polizei – für alles und jedes, was Fanck photographieren wollte, brauchte er die Genehmigung lokaler Polizeidienststellen, deren Zuständigkeit jedoch an der Provinzgrenze erlosch, so dass nach Überschreiten einer solchen Grenze neue zeitraubende Verhandlungen nötig wurden – bis zu Auseinandersetzungen mit der japanischen Agfa-Vertretung über die Qualität des Filmmaterials. Kawakita habe sich „die größte Mühe [gegeben], alle auftauchenden Hindernisse zu beseitigen“, schrieb Angst in seinen unveröffentlichten Memoiren; trotzdem hätten die Dreharbeiten „die größten Anforderungen an Geduld und Tatkraft“ gestellt.³¹ Denn Fanck und sein japanischer Ko-Regisseur verstanden sich nicht; selbst bei Außenaufnahmen konnten sie sich oft nicht einigen. Von den anhaltenden Schwierigkeiten und Zwischenfällen war Fanck bald so genervt, dass er privat äußerte, „er wolle lieber nochmals auf einem kalbenden Eisberg in Grönland stehen als den zermürbenden täglichen Kleinkrieg seiner japanischen Filmerfahrungen noch einmal erleben“.³² Schließlich einigte er sich mit Itami auf einen Kompromiss: Man drehte zwei Filme, Fanck den einen, Itami den anderen; Fanck drehte vormittags, Itami nachmittags und abends, am selben Ort und mit denselben Schauspielern.³³ Trotzdem sei das Unternehmen oft dem Scheitern nahe gewesen und nur dank „der Geduld und Höflichkeit der Japaner wie ihrer deutschfreundlichen Gesinnung (...) letztthin doch zustande“ gekommen“, berichtete die NSDAP-Landesgruppe nach Berlin, die Fancks

²⁹ Vgl. Richard Angst: 47 Jahre objektiv gesehen. Maschinenschriftliches Manuskript, Kap. 8, S. 7; Stiftung Deutsche Kinemathek Berlin, 4.3-85/03-3.

³⁰ Vgl. Japan Year Book 1940-41, S. 785; zur Beteiligung Hinders vgl. Hansen (wie Anm. 16), S. IX.

³¹ Angst (wie Anm. 29), S. 5.

³² Bericht der Botschaft Tokyo vom 19.2.1937; PA/AA, R 104899.

³³ Dass Itami seinen Film ohne Kenntnis Fancks drehte, ist unwahrscheinlich. Die obige Darstellung beruht auf Peter B. High: The Imperial Screen. Japanese Film Culture in the Fifteen Years' War, 1931-1945, Madison / Wisconsin 2003, S. 161ff.; High stützt sich auf Aussagen von Beteiligten, die der japanische Rundfunk in den achtziger Jahren interviewte; vgl. ebenda, S. 534, Anm. 11.

Tätigkeit mit Misstrauen verfolgte, möglicherweise wegen der undurchsichtigen Rolle Hacks.³⁴

Nach einem halben Jahr waren beide Filme im Wesentlichen fertig; gedreht an vielen Orten in ganz Japan mit über 9.000 Beteiligten und Kosten, die angeblich zehnmal so hoch lagen wie die der bis dahin teuersten japanischen Filmproduktion.³⁵ Kurz vor der Uraufführung, zu der die gesamte japanische Prominenz eingeladen war, gab es einen neuen Konflikt. Fanck war davon ausgegangen, dass sein Film gezeigt werden würde. Aber dessen Kopie war noch nicht fertig; fertig war nur Itamis Film. Er ähnelte dem Fanck'schen Film in den Grundzügen, hatte aber kaum eine Szene mit ihm gemein und setzte die Modernisierung Japans weit stärker ins Bild. Und er wurde bei der Premiere Anfang Februar 1937 präsentiert – auch deshalb, weil er zuvor probeweise dem Prinzen Takamatsu gezeigt worden war, der an einigen Stellen sprachliche Änderungen der Dialoge angeregt hatte. Wegen der „überwältigenden Stellung des Kaiserhauses im japanischen Volksleben“ gab es für die japanischen Veranstalter danach kein Zurück mehr, wie auch der deutschen Botschaft klar war, die sich ver-zweifelt bemühte, die Wogen zu glätten.³⁶ Die Premiere fand im größten Kino Tokyos statt – mit 4.500 Plätzen doppelt so groß wie der Berliner Ufa-Palast –, in Anwesenheit von neun kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen und dem diplomatischen Corps. Dass es nicht den Film Fancks zu sehen bekam, erfuhr das Publikum nicht. Der Beifall hielt sich „in mässigen Grenzen“, das Presseecho war durchwachsen.³⁷

Doch „von diesem (...) verunglückten Premierenabend wendete sich das Blatt eindeutig zu Gunsten von Dr. Fanck.“ Denn die Botschaft informierte den Vorsitzenden der „Gesellschaft für internationale Kulturbeziehungen“, Graf Kabayama, der die Schirmherrschaft über den Film übernommen hatte, dass es eine zweite Fassung gab, und führte sie ihm vor. Kabayama erkannte sofort ihren „riesenhaften Abstand“ zur japanischen Version und äußerte seine Begeisterung über den Fanck-Film „mit einer für einen Japaner ganz ungewöhnlichen Wärme“. Eine Woche nach der Premiere der japanischen Fassung fand in Tokyo die Uraufführung der

³⁴ NSDAP-Auslandsorganisation (Ehrich) an Bohle, 26.4.1937, unter Berufung auf Berichte der NSDAP-Landesgruppe Japan vom 31.3.3 und 3.4.1937; PA/AA, R 27202.

³⁵ Vgl. The China Weekly Review, 17.4.1937; Ausschnitt in PA/AA, R 104899.

³⁶ Bericht der Botschaft Tokyo vom 19.2.1937; PA/AA, R 104899; auch zum Folgenden.

³⁷ Im Bericht in „Licht-Bild-Bühne“ vom 4.2.1937 über die Premiere in Tokyo steht nichts über diese Misshelligkeiten.

deutschen statt – vor der fast vollzähligen deutschen Kolonie und einigen hundert Japanern. Der Qualitätsunterschied war so augenscheinlich, dass sämtliche Zeitungen die Überzeugung vertraten: „Der deutsche Film ist unvergleichlich viel besser als der japanische – der deutsche Künstler hat Japan viel wirksamer dargestellt als der japanische Regisseur“. Alle großen Kinos zeigten fortan die deutsche Fassung. Die Einnahmen übertrafen nach Fancks Angaben nicht nur sämtliche japanischen Kassenrekorde, die bis dahin Chaplinfilme innehatten, sondern vervier- und verfünffachten sie.³⁸ Fanck selbst wurde vor seiner Abreise mit Ehrungen überhäuft. Prinz Takamatsu empfing ihn und lud ihn zum baldigen Wiederkommen ein; die „Gesellschaft für internationale Kulturbeziehungen“ gab ihm ein feierliches Abschiedsfrühstück, bei dem Kabayama den „Dank der japanischen Öffentlichkeit“ für das, was Fanck „für Japan geleistet“ habe, aussprach; außerdem schenkte sie ihm fast 350 Schallplatten.³⁹ So war die Expedition Fancks nach Japan trotz ihrer unzähligen Schwierigkeiten und Konflikte am Ende doch ein „erheblicher Erfolg“ geworden, der, wie der deutsche Botschafter resümierte „seine günstigen Auswirkungen auf die deutsch-japanischen Beziehungen nicht verfehlen wird“.⁴⁰

Die deutsche Uraufführung des Films mit dem deutschen Titel „Die Tochter des Samurai“ fand im März 1937 in Berlin statt, im feinsten Premierentheater der Stadt, dem Capitol, in Anwesenheit von Goebbels und des japanischen Botschafters und vieler Prominenter aus der Filmbranche; auch die japanische Hauptdarstellerin und Produzent Kawakita waren gekommen. Anschließend gab die Deutsch-Japanische Gesellschaft einen Empfang, drei Wochen später auch die japanische Botschaft; hier sprach Goebbels lange mit Fanck und Kawakita.⁴¹ Der Film, dessen „oberstes Ziel“

³⁸ Vgl. Arnold Fanck: Er führte Regie mit Gletschern, Stürmen und Lawinen. Ein Filmpionier erzählt, München 1973, S. 353, und seinen Rundfunkvortrag von 1937, abgedruckt bei Horak (wie Anm. 19), S. 182. Zur Reaktion der japanischen Presse ausführlich Hansen (wie Anm. 16), S. 62ff.

³⁹ Vgl. K.B.S. Quarterly 3 (1937/38), S. 23.

⁴⁰ Bericht der Botschaft Tokyo vom 19.2.1937; vgl. auch KBS-Quarterly 2 (Okt. 1935-März 1936) vol 3/4, S. 21. – In China wurde der Film als „Versuch der Rechtfertigung der japanischen Aggression auf dem Festland und als Beleidigung Chinas“ und zugleich als Versuch verstanden, die erfolgreiche amerikanisch-chinesische Koproduktion „Good Earth“ nach Pearl S. Bucks berühmtem Roman auszusteichen. Zahlreiche Verbände und Körperschaften verlangten von der Zentralregierung und der Kuomintang sein Verbot. Eine Aufführung in der Internationalen Niederlassung in Shanghai fand ohne die von der Zensurbehörde der Niederlassung verlangten Schnitte statt – unter dem Schutz der Polizei des japanischen Generalkonsulats; befürchtete Störungen blieben aus; vgl. den Bericht der Deutschen Botschaft Nanking vom 18.6.1937; PA/AA, R 104899, und The China Weekly Review, 17.4.1937.

⁴¹ Vgl. Fanck (wie Anm. 38), S. 361f.; auch zum Folgenden; sowie die Tagebuch-Notiz Goebbels vom 16.4.1937; Joseph Goebbels: Tagebücher, Teil I, Bd. 4, München 2000, S. 97.

Fanck zufolge das „Verstehenkönnen einer für uns so fremden, aber plötzlich sehr wichtig gewordenen Kultur“ war, erhielt das Prädikat „staatspolitisch und künstlerisch wertvoll“. Sein deutscher Titel war nahezu identisch mit dem der Übersetzung eines autobiographischen Romans, der 1935 in Berlin erschienen war und sich als überraschend erfolgreich erwies: Von Etsu Sugimotos „Eine Tochter der Samurai“ waren innerhalb weniger Wochen die ersten 5.000 Exemplare verkauft, bereits 1936 erschienen das 9.-11. Tausend.⁴² Inhaltlich freilich hatte der Roman mit Fancks Film kaum etwas gemein. Der Verlag scheint deshalb gegen die Titelähnlichkeit nichts unternommen zu haben, sondern nutzte die Filmvorführungen, um für sein Buch zu werben, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass dessen Inhalt „nicht mit dem des Films übereinstimmt“.⁴³ Drei Wochen lief der Film in Berlin, dann in fast allen deutschen Städten, und bescherte den Kinos der Großstädte wochenlang ausverkaufte Säle.⁴⁴ Oft kam die Hauptdarstellerin zur Premiere; die Stadt Leipzig gab für sie einen großen Empfang – den ersten überhaupt, den sie anlässlich einer Film Premiere veranstaltete.⁴⁵ In kleinen Orten allerdings war der Film selten zu sehen; denn er wurde als „abendfüllender Kulturfilm“ angekündigt, und das klang hier wenig attraktiv.

Das Medienecho war gewaltig. Wie ein Team des japanischen Rundfunks fünfzig Jahre später herausfand, hatte Goebbels' Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen angewiesen, den Film als außergewöhnliche Leistung zu loben.⁴⁶ Der „Völkische Beobachter“ rühmte ihn als „bahnbrechend insofern, als er gründlich mit der süßlichen Butterfly-Romantik aufräumt und Japan zeigt, wie es wirklich ist“.⁴⁷ Ein Rezensent von Darrés „Monatszeitschrift für Blut und Boden“ fühlte sich „mitten hinein ins Land Japan und ins japanische Volk“ versetzt und begriff, „daß das alte Deutschland“ – gemeint war Deutschland vor 1933 – „dieses Japan eben so sicher ablehnte, als nunmehr das neue Deutschland dieses selbe Japan versteht“; denn beide sähen „in der Blutpflege und in der Bodenverbundenheit“ die Grundlage ihrer „völkischen Zu-

⁴² Etsu Inagaki Sugimoto: Eine Tochter des Samurai, Berlin 1935; vgl. dazu Börsenblatt, 30.11.1935, S. 6081.

⁴³ Vgl. Börsenblatt, 13.4.1937.

⁴⁴ Vgl. Jahresbericht der Deutsch-Japanischen Gesellschaft [künftig: DJG] 1937; PA/AA, R 61305.

⁴⁵ Vgl. den Bericht in „Licht-Bild-Bühne“ vom 16.4.1937 und des „Film-Kurier“ vom gleichen Tag, abgedruckt in: Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 74.

⁴⁶ Vgl. High (wie Anm. 33), S. 163.

⁴⁷ Völkischer Beobachter, 25.3.1937; zitiert nach Fanck (wie Anm. 13), S. 15.

kunft“⁴⁸. Doch auch die Schweizerin Lily Abegg, seit 1935 Korrespondentin der „Frankfurter Zeitung“ in Tokyo, eine der besten Landeskennerinnen (sie war in Yokohama aufgewachsen) und alles andere als eine glühende Nationalsozialistin, attestierte Fanck, er habe in dem knappen Jahr, das er in Japan verbrachte, „weit mehr von Japan gesehen, gehört und begriffen (...) als mancher, der schon Jahrelang hier ist“.⁴⁹ Fanck selbst verarbeitete die rund 500 Rezensionen zu einer eigenen Publikation.⁵⁰

Goebbels fand den Film „phantastisch photographiert“ und seine Handlung „passabel“ und meinte, er gebe einen „guten Einblick in japanisches Leben und Denken“; er bemängelte aber seine „unerträgliche Länge“ und ordnete rigorose Kürzungen an.⁵¹ Letztere empfahlen sich auch aus außenpolitischen Gründen. Anfang Mai nämlich ersuchte der chinesische Botschafter das Auswärtige Amt in Berlin, die weitere Aufführung des Films zu verhindern oder zumindest den in der Mandschurei spielenden Schlussteil zu streichen. Zu dieser Zeit hatte sich Deutschland im japanisch-chinesischen Konflikt noch nicht auf die japanische Seite geschlagen. Denn die deutsche Exportwirtschaft hielt den chinesischen Markt wegen seiner Größe für lukrativer als den japanischen, die Reichswehr war an Importen rüstungswichtiger Güter aus China und deutschen Waffenexporten nach China interessiert, und in China selbst boten ehemalige hohe deutsche Offiziere die Armeeführung. Das Auswärtige Amt bemühte sich deshalb um gleich gute Beziehungen zu Japan wie zu China. Dem chinesischen Botschafter wurde geantwortet, die Schlusszene des Films könne nicht gestrichen werden; man werde aber die Bezeichnung „Mandschurei“ herausschneiden, so dass niemand mehr erkennen könne, welches Land gemeint sei, und das chinesische Nationalgefühl nicht mehr verletzt werde. Vier Wochen später teilte die Terra AG dem Propagandaministerium mit, alle Kopien im deutschen Verleih seien entsprechend gekürzt worden.⁵²

⁴⁸ Wilhelm Kinkelin: Zu dem Film „Die Tochter des Samurai“, in: *Odal* 5 (1936/7), S. 889f.; auszugsweise abgedruckt bei Josef Wulf: *Kultur im Dritten Reich. Theater und Film*, Berlin 1989, S. 377.

⁴⁹ Lily Abegg in der „Frankfurter Zeitung“ vom 3.3.1937; zitiert bei Fanck (wie Anm. 13), S. 15.

⁵⁰ Fanck (wie Anm. 13).

⁵¹ Tb.-Aufz. vom 24.3.1937; Goebbels: *Tagebücher*, Teil I, Bd. 4 (2000), S. 68.

⁵² Vgl. Hansen (wie Anm. 16), S. 59.

Ob „Die Tochter des Samurai“ dazu beitrug, den japanischen Film „exportfähig zu machen“, wie der japanische Produzent hoffte⁵³, ist dennoch zweifelhaft. Zwar meldete eine japanische Zeitung Mitte Mai 1937, der Film werde in dreizehn europäische Länder gehen; doch selbst wenn dies geschehen sein sollte, was sich nicht klären ließ, dürfte er dort wie in China als japanischer Propagandafilm angesehen worden und kaum sonderlich erfolgreich gewesen sein.⁵⁴ Auf jeden Fall aber war der Film als Auftakt für eine engere deutsch-japanische Zusammenarbeit bei der Produktion marktgängiger Filme gedacht. Kurz vor der Premiere wurde in Berlin eine Deutsch-Japanische Filmgesellschaft gegründet, um „durch den gegenseitigen Austausch von Kultur- und Spielfilmen die japanisch-deutschen Interessen und Beziehungen zu fördern“⁵⁵. Zwei Monate später schlossen die Tobis AG und eine japanische Filmgesellschaft ein Abkommen zur Produktion weltmarktfähiger Filme. Hierzu sollte in Japan ein mit modernsten deutschen Geräten ausgestattetes Atelier errichtet werden, das mit deutschen Technikern zunächst ein bis zwei Filme pro Spielzeit produzieren sollte, später mehr.⁵⁶ Längerfristig hielt Kawakita auch die Produktion eines deutsch-japanischen Gemeinschaftsfilms mit japanischen Schauspielern in Deutschland für möglich.⁵⁷

Zunächst begannen in Japan die Dreharbeiten für eine weitere deutsch-japanische Koproduktion, einen „Export-Großfilm im japanischen Milieu“ mit dem Titel „Taifun“. Hauptbeteiligter auf deutscher Seite war der Kameramann Richard Angst, der schon bei der „Tochter des Samurai“ als Chefkameramann mitgewirkt hatte. Doch nach Ausbruch des offenen Krieges mit China Mitte 1937 wurde das Projekt verschoben und nicht wieder aufgenommen.⁵⁸ Trotzdem blieb Angst in Japan; man engagierte ihn für eine andere deutsch-japanische Koproduktion, einen Wintersportfilm, der als Werbung für die Winterolympiade 1940 in Sapporo gedacht war: „Das heilige Ziel“. Darin trainiert ein deutscher Skilehrer (Sepp Rist) japanische Abfahrtsläufer. Doch auch dieser Film wurde ein Opfer der Politik; denn im Juli 1938 sagte

⁵³ Kawakita in einem Gespräch mit Filmjournalisten in Berlin, wiedergegeben in: Licht-Bild-Bühne, 30.3.1937.

⁵⁴ Vgl. Hansen (wie Anm. 16), S. 60f.

⁵⁵ Zitat aus den Satzungen der Gesellschaft in: Licht-Bild-Bühne, 11.2.1937.

⁵⁶ Vgl. „Deutsch-japanisches Filmabkommen bringt Devisen“, in: Licht-Bild-Bühne, 14.4.1937.

⁵⁷ Vgl. die Artikel des Film-Kurier vom 8.4.1937 und von „Licht-Bild-Bühne“ vom 13.4.1937, abgedruckt in: Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 76f. bzw. 72.

⁵⁸ Vgl. Licht-Bild-Bühne, 10.1.1938.

Japan wegen des Krieges mit China die Olympiade ab. Immerhin wurde der Film noch fertig gestellt; Ende 1938 lag er vor.⁵⁹ Im Übrigen aber wurde die japanische Filmproduktion jetzt ganz in den Dienst der Kriegspropaganda gestellt und sollte „zu einer opferbereiten Geisteshaltung beitragen, aus der heraus die Menschen ihr Äußerstes für Japan geben und den Tod für das Vaterland als neu belebtes traditionelles Ideal annehmen würden“⁶⁰. Solche Filme eigneten sich kaum für den Export. An einem wirkte Angst noch mit. Kurz vor Fertigstellung von „Das heilige Ziel“ reiste er für einige Monate nach China, um auf Wunsch des japanischen Marineministeriums einen Dokumentarfilm über Erkundungsfahrten japanischer Landungskorps im chinesischen Kriegsgebiet zu drehen. Von den Fanck-Filmen, die er in den Alpen oder auf Grönland gedreht hatte, war er Gefahren gewohnt; „doch in der Nähe der Maschinengewehre – angesichts des Todes zu drehen“, war für ihn eine neue Herausforderung – „da ist man nicht mehr Kameramann, da ist man Soldat geworden“, schrieb er nach Deutschland.⁶¹ Ende Januar 1939 wurde der Film unter dem Titel „Lied der Kameraden“ in Tokyo uraufgeführt.⁶²

Auch in anderer Hinsicht wurde nicht viel aus jener Intensivierung der deutsch-japanischen Zusammenarbeit im Filmbereich, die im Frühjahr 1937 in Berlin vereinbart worden war. Denn die japanische Regierung verhängte eine drastische Beschränkung für die Einfuhr ausländischer Spielfilme. Sie sollte vor allem den Abfluss von Devisen verhindern und richtete sich in erster Linie gegen Hollywoodproduktionen, traf aber auch deutsche Filme. Deren Einfuhr nach Japan war nach einem Bericht in der Fachpresse seit Anfang Oktober 1937 „praktisch unmöglich“.⁶³ Zwar gelang es der Ufa, noch einige Filme nach Japan hineinzubringen; aber trotz aller Bemühungen der deutschen Botschaft erhielt sie keine Aufführungslizenzen für sie.⁶⁴ 1938 erwarb die Towa nur noch die beiden Filme Leni Riefenstahls über die Olympiade 1936 in Berlin, „Fest der Völker“ und „Fest der Schönheit“ für den

⁵⁹ Vgl. den Weihnachtsbrief von Richard Angst, abgedruckt in: Film-Kurier, 20.12.1938.

⁶⁰ Hansen (wie Anm. 16), S. 101f.

⁶¹ Ebenda; vgl. auch Angsts Bericht über seine Erlebnisse an der Chinafront in: Filmwelt 1942, S. 215f.

⁶² Vgl. Film-Kurier, 23.3.1939.

⁶³ Licht-Bild-Bühne, 6.10.1937.

⁶⁴ Vgl. das Schreiben des Ufa-Vertreters in Japan, J. Barth, an die Deutsche Handelsvertretung in Hsinking, 10.3.1938; PA/AA, R 61263.

japanischen Markt; beide kamen allerdings erst 1940 in die Kinos.⁶⁵ In Deutschland hoffte man, die Filmeinfuhr mit dem Abschluss eines neuen Handelsvertrags mit Japan zu lösen; aber Mitte 1939 war das Problem noch immer ungelöst. Folglich durften in Japan jetzt nur noch ältere deutsche Spielfilme gezeigt werden, die bereits lizenziert waren.⁶⁶

Mit der Entfesselung des Krieges in Europa im September 1939 scheiterte ein letztes deutsch-japanisches Filmprojekt, wohl das gigantischste von allen: ein Film Fancks über Dschingis Khan. Die Idee stammte von Yosuke Matsuoka, Anfang der dreißiger Jahre japanischer Völkerbundsdelegierter, Anfang der vierziger Jahre Außenminister und in der Zwischenzeit Vorsitzender der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, eines halbstaatlichen Unternehmens, das die Wirtschaft der Mandschurei kontrollierte und die eigentliche Machthaberin im japanischen Marionettenstaat Mandschukuo war. Der Film sollte zeigen, „wie damals die Horden der asiatischen Steppe ums Haar Europa überschwemmt und erobert hätten und auch Japan tödlich bedrohten. Wie sie dann aber doch an den vereinigten deutschen und polnischen Heeren scheiterten und an der Tapferkeit der japanischen Samurai-Krieger“⁶⁷. Geld sollte keine Rolle spielen; denn der Film sollte mit weltberühmten russischen Filmen wie „Panzerkreuzer Potemkin“ konkurrieren können. Matsuoka dachte an den Einsatz von 50.000 mongolischen Reitern in mittelalterlicher Kleidung, an den Nachbau der gewaltigen Belagerungsmaschinen, mit denen Dschingis Khan und später dessen Enkel Kubilai die meterdicken Mauern der chinesischen Festungstädte zertrümmert hatten – die Konstruktionspläne waren angeblich noch vorhanden und im Besitz der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft – und an Außenaufnahmen in den wilden Bergen im Grenzgebiet zwischen China und der Mandschurei. Möglicherweise wäre ein grandioser antibolschewistischer Propagandafilm entstanden. Doch das Projekt scheiterte zunächst am Protest der chinesischen Zentralregierung, die davon Wind be-

⁶⁵ Vgl. den Auszug aus den Erinnerungen Kawakitas in: Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 91. –Vgl. Ebenda S. 90 und Yamane (wie Anm. 3), S. 21. Dem Japan Year Book 1940-41, S. 818, zufolge wurden 1938 noch 498 Filme aus Deutschland importiert – mehr als aus jedem anderen Land außer den USA. Wenn diese Angabe richtig ist, kann es sich zum größten Teil nur um kurze Kultur- und Werbefilme gehandelt haben.

⁶⁶ Vgl. Film-Kurier, 10.5.1938; mehr zu den Filmen bei Trimborn (wie Anm. 15), S. 238ff.

⁶⁷ Fanck (wie Anm. 38), S. 350.

kommen hatte, in Berlin; und 1939, nachdem Deutschland Mandschukuo anerkannt hatte, ließ es sich wegen des Kriegsausbruchs in Europa nicht mehr realisieren.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 kam der Filmaustausch zwischen Deutschland und Japan fast gänzlich zum Erliegen. Denn die einzige regelmäßige Transportverbindung, die nach der Einstellung der Schiffsverbindungen 1939 zwischen beiden Ländern noch bestand, die Verbindung über die Transsibirische Eisenbahn, wurde unterbrochen. Jetzt konnten Waren zwischen Japan und Deutschland nur noch mit Blockadebrechern oder U-Booten oder von japanischen Kurieren durch die Sowjetunion und Persien oder die Türkei transportiert werden. Beide Wege waren zeitraubend und gefährlich, ihre Kapazität äußerst begrenzt; für den Transport von Filmen wurden sie deshalb nur selten genutzt.

Trotzdem waren in Japan nach dem Überfall der japanischen Marine auf die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbour Anfang Dezember 1941 zunächst mehr deutsche Filme zu sehen als zuvor. Denn mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Japans zu den USA und England verschwanden amerikanische und englische Filme aus den japanischen Kinos; an ihrer Stelle wurden ältere deutsche und französische gezeigt, darunter Ufa-Filme, die in Deutschland nicht mehr gespielt wurden, weil die Regisseure Juden waren.⁶⁸ Neu in die japanischen Kinos kam nur noch ein deutscher Spielfilm, der 1941 als einer der letzten ins Land gekommen war: „Ohm Krüger“ mit Emil Jannings, ein Film über den Kampf der Buren gegen die Briten in Südafrika Anfang des 20. Jahrhunderts und ihren Führer, an den Wilhelm II. 1896 seine berühmte Depesche geschickt hatte.⁶⁹ Einem deutschen Zeitungsbericht zufolge wurde er in Japan „mit großer Begeisterung“ aufgenommen.⁷⁰ Eine Tokyoter Zeitung schrieb, er solle besonders japanischen Frauen in der Heimat vorgeführt werden, „um sie erkennen zu lassen, daß britische Brutalität, genau wie im jetzigen Krieg auch, vor unschuldiger Zivilbevölkerung nicht Halt macht“; die japanische Bevölkerung könne dem Film entnehmen, „wie es einem Volk ergehe, welches besiegt werde und unter

⁶⁸ Vgl. John Morris: *Traveler from Japan*, New York 1944, S. 209; vgl. auch Kurosawa (wie Anm. 4), S. 142ff.

⁶⁹ In Deutschland erschienen zu seinem Start 1941 die Memoiren Krügers und zwei Romane über den Burenführer: August Schowalter (Hrsg.): *Die Lebenserinnerungen des Buren-Präsidenten Ohm Krüger*, Berlin 1941; Friedrich Freksa: *Ohm Krüger. Sein Leben – ein Kampf gegen England*, Berlin 1941; Joachim Barckhausen: *Ohm Krüger. Roman eines Kämpfers*, Berlin 1941 – mit einer Startauflage von 50.000 Exemplaren; sie war bereits Mitte Mai vergriffen; dann gingen die nächsten 50.000 in Druck; vgl. *Börsenblatt*, 10.5. und 27.6.1941.

⁷⁰ *Film-Kurier*, 30.8.1943.

englische Knechtschaft gerate“.⁷¹ Dennoch ist fraglich, ob „Ohm Krüger“ dazu beitrug, das japanische Interesse am deutschen Verbündeten zu vergrößern. „Wir haben jetzt einen eigenen Krieg; wir sind nicht mehr an dem interessiert, was in Europa passiert“, hörte ein Amerikaner, der Anfang 1942 noch in Tokyo lebte, kurz nach Pearl Harbour von einem japanischen Journalisten.⁷² Auch waren die rassenideologisch begründeten Vorbehalte der Nationalsozialisten, namentlich Hitlers, gegen die Japaner wohl bekannt und auch mit der politischen Annäherung an Deutschland nicht in Vergessenheit geraten. Nach Berichten aus Batavia zählte deshalb Charly Chaplins Hitler-Satire „Der große Diktator“ zu den Filmen, die japanische Offiziere bei der Okkupation Indonesiens am liebsten konfiszierten, um sie selbst anzusehen.⁷³

In Deutschland wurden nach dem Abbruch der Transportverbindung über die Transsibirische Eisenbahn vornehmlich japanische Filme gezeigt, die sich ebenfalls schon im Lande befanden. Sowohl die japanischen Botschaft als auch die Berliner Vertretung des japanischen Eisenbahnministeriums, die bis zum Krieg auch als japanische Fremdenverkehrszentrale fungiert hatte, unterhielten einen Fundus an Kultur-, Propaganda- und Spielfilmen. Im Winter und Frühjahr 1942 aber, als der deutsche Vormarsch im Osten zum Stehen kam, während die Japaner spektakuläre militärische Erfolge verzeichneten – Mitte Februar nahmen sie Singapur ein, den wichtigsten britischen Stützpunkt in Südostasien, einige Wochen später standen sie an der Grenze Indiens –, stieg die Nachfrage nach neuen japanischen Filmen, die die militärischen Erfolge Japans, den Kampfeswillen japanischer Soldaten und die japanische Kolonisation in den eroberten Gebieten zeigten. Im Februar kam „Das heilige Ziel“ in die deutschen Kinos (eine Kopie hatte man Richard Angst mitgegeben, als er Anfang 1939 Japan verließ)⁷⁴, und in Berlin wurden zwei Kulturfilme über den japanischen Marionettenstaat, „Die Sojabohne“ und „Die junge Mandschurei“ uraufgeführt.⁷⁵ Zudem gelang es, „auf großen Umwegen“, wie der „Filmkurier“ zu berichten wusste, für die

⁷¹ Ebenda; vgl. auch Hans-Michael Bock u.a.: Die Tobis 1928-1945, München 2003, S. 237f.

⁷² Vgl. Morris (wie Anm. 69), S. 91.

⁷³ Vgl. John W. Dower: War Without Mercy. Race and Power in the Pacific War, New York 1986, S. 207; Ebenda, Teil III.

⁷⁴ Vgl. Annette Hack Die Deutsch-Japanische Gesellschaft vor 1945, in: Günter Haasch (Hrsg.): Die Deutsch-Japanischen Gesellschaften von 1888 bis 1996, Berlin 1996, S. 255f.

⁷⁵ Vgl. die Notiz des Film-Kurier vom 28.2.1942, abgedruckt in: Freunde der deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 78.

Wochenschau Aufnahmen von der Einnahme Singapurs zu beschaffen.⁷⁶ Anfang April 1942 fand in Salzburg in Anwesenheit des Gauleiters und Reichsstatthalters sowie zahlreicher Ehrengäste aus Partei, Staat und Wehrmacht auch die Uraufführung eines japanischen Spielfilms statt: „Ine und ihr Pferd“. Er war ästhetisch anspruchslos und zeigte das karge Leben einer Bauernfamilie in Nordjapan, die ihr Fohlen, von der Tochter mit viel Liebe und unter großen Mühen großgezogen, ans Militär verkauft, „um der Familie und zugleich dem Vaterland zu dienen“, wie es im Programmzettel hieß.⁷⁷ Einem Zeitungsbericht zufolge gestaltete sich die Aufführung zu einer „eindrucksstarken Demonstration der Verbundenheit zwischen Deutschland und Japan“.⁷⁸ Anschließend wurde der Film in allen Zweigstellen der Deutsch-Japanischen Gesellschaft gezeigt, bisweilen mehrfach, vor Hunderten von Zuschauern; in Frankfurt fand eine Sonderaufführung anlässlich der Jahreshauptversammlung des Deutschen Tierchutzvereins statt.⁷⁹

Zwei weitere Filme kamen 1942 ebenfalls auf Umwegen aus Japan nach Deutschland: „Der Weg nach Hawaii“ – ein Dokumentarfilm über Leben und Ausbildung japanischer Marineflieger, den Angriff auf Pearl Harbour und die Eroberung Malayas, der Philippinen und Burmas – und der Spielfilm „Nippons wilde Adler“, ein Geschenk Japans an den „Führer“ und das deutsche Volk, produziert im Auftrag und mit Unterstützung der japanischen Heeresleitung und unter Aufsicht der japanischen Luftfahrtinspektion. Er zeigte die Ausbildung junger Flieger und ihren Einsatz an der chinesischen Front und legte die Parallele zu deutschen Stuka-Fliegern nahe. Die Erstausführung beider Filme fand im Juni 1942 im Berliner Ufa-Palast in Anwesenheit von Goebbels', Rosenberg und Rusts sowie von Vertretern aller Wehrmachtsteile und des japanischen Botschafters Oshima statt. Anschließend wurden die Filme in ganz Deutschland gezeigt; die Einnahmen aus den Vorführungen gingen sinnigerweise je zur Hälfte an das deutsche und japanische Rote Kreuz.⁸⁰ Im Dezember 1942, zum ersten Jahrestag des japanischen Kriegseintritts, vermochte sich die Wochenschau Aufnahmen vom Dschungelkampf in Malaya, von Angriffen japanischer

⁷⁶ Film-Kurier, 9.4.1942; zitiert Ebenda, S. 80.

⁷⁷ Zitat bei Hack (wie Anm. 75), S. 258.

⁷⁸ Film-Kurier, 9.4.1942; vgl. auch Boguslaw Drewniak: Der deutsche Film 1938-1945, Düsseldorf 1987, S. 837.

⁷⁹ Vgl. Hack (wie Anm. 75), S. 258f.

⁸⁰ OAR 23 (1942), S. 136; Drewniak (wie Anm. 79), S. 837; Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 80f.; zu Nippons wilde Adler auch Hack (wie Anm. 75), S. 260ff.

Fallschirmjäger auf Celebes und japanischer Marineeinheiten gegen amerikanische Stellungen auf den Aläuten zu beschaffen. Sie wurden mit Reden Mussolinis in Rom und Goebbels' in Berlin sowie mit Aufnahmen von Kämpfen deutscher Truppen an der Ostfront kombiniert, um zu demonstrieren, dass der „Sinn des Kampfes“ dort wie hier der gleiche sei, nämlich der „Sieg einer neuen, gerechten Weltordnung“⁸¹. Anfang 1943, als die 6. deutsche Armee vor Stalingrad eingekesselt wurde, liefen in deutschen Kinos erneut die Filme über die bereits zehn Monate zurückliegende Einnahme Singapurs – die eigene Schwäche sollte mit Bildern von Erfolgen des Verbündeten kaschiert werden.⁸²

Im Übrigen wurde 1942/43 in der Publizistik und sogar auf dem Theater ein regelrechter Samurai-Kult getrieben und in zahllosen Varianten eine geistige und kulturelle, bisweilen sogar rassische Verwandtschaft zwischen Deutschen und Japanern behauptet. Jetzt auf einmal avancierten die von Hitler als kulturell zweitrangig und als Bundesgenossen nie recht akzeptierten Japaner zum leuchtenden Vorbild, das den Kampfeswillen deutscher Soldaten und den Durchhaltewillen der deutschen Zivilbevölkerung erhalten oder gar stärken helfen sollte.

Die Wirkung dieser Filme und Theaterstücke allerdings war nicht durchweg so wie beabsichtigt und erwartet und möglicherweise sogar kontraproduktiv. „Schilderungen über die japanischen Schwimmer, die Minen vor Hongkong beseitigen, oder über die japanischen Flieger, die sich in Todesverachtung mit ihrer Bombenlast wortwörtlich auf die feindlichen Schiffe stürzten, oder über die japanischen Spezial-U-Boote“ hätten „einige Verwirrung“ verursacht, hieß es in einem geheimen Lagebericht des SD vom August 1942. Die Darstellung des Japaners „sozusagen als ‚Germane im Quadrat‘“, mit Eigenschaften, „die bei uns vor langen Jahrhunderten von den Helden der Sage berichtet werden“, mittlerweile aber abschreckten, wenn sie als vorbildlich auch für deutsche Soldaten hingestellt würden, werde deren Leistung „nicht mehr gerecht“ und habe „zu so etwas wie ‚Minderwertigkeitskomplexen‘“ geführt.⁸³

⁸¹ Filmkurier, 9.12.1942; zur Wochenschau vom März 1942 vgl. den vertraulichen Bericht Likus' für Ribbentrop vom 10.3.1942; PA/AA, R 27104.

⁸² Vgl. Thomas Leims: Das deutsche Japanbild in der NS-Zeit, in: Josef Kreiner / Regine Mathias (Hrsg.): Deutschland – Japan in der Zwischenkriegszeit, Bonn 1990, S. 454f.; Leims (wie Anm. 28), S. 180, Anm. 63.

⁸³ Vgl. den Bericht vom 6.8.1942, in: Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 11, Herrsching 1984, S. 4041ff.

Trotzdem wurde die Propaganda mit Filmen aus und über Japan fortgesetzt. Um den Mangel japanischer Filme zu kompensieren, entstanden in den letzten Kriegsjahren etliche deutsche Filme über Japan. Fanck, der jetzt vor allem für Leni Riefenstahls Produktionsfirma tätig war, hatte hiermit schon früher begonnen und aus unbenutztem Material der „Tochter des Samurai“ bereits zwischen 1938 und 1940 einige kurze Kulturfilme angefertigt. „Japanisches Leben“, „Winterreise durch Südmandschurien“ und „Reis und Holz im Lande des Mikado“. 1941 folgten für die Ufa „Frühling in Japan“ und „Japans heiliger Vulkan“, ein Film über den Fujiyama. Aus japanischem Filmmaterial und unter Mitarbeit Junyu Kitayamas, des japanischen Leiters des Japaninstituts in Berlin, einem 1926 gegründeten und von Deutschland und Japan gemeinsam getragenen Kulturinstitut, fertigte die Ufa 1942 einen „Dokumentar-Großfilm“ an: „Nippon, das Land der aufgehenden Sonne“. Er zeigte am Beispiel einer japanischen Familie einen „Querschnitt durch das japanische Leben in seinen verschiedensten Erscheinungsformen“: erst den Fujiyama und dann, „wie sich auf dem meerumrauschten Inselreich zwei Welten behaupten: die alte asiatische, die jahrtausendealte Kultur behutsam pflegt, und die schöpferische Kraft der Neuzeit, die das japanische Volk zum berufensten Neugestalter im ostasiatischen Großraum prädestiniert“, wie es in der Werbeschrift für den Film hieß; auch die „seelische Kraft und Härte des japanischen Volkes in seinem augenblicklichen Schicksalskampf“ sollte deutlich werden.⁸⁴ Anfang Dezember 1942, am Vorabend des Jahrestages des japanischen Kriegseintritts, wurde der Film unter Schirmherrschaft der Deutsch-Japanischen Gesellschaft im Berliner Gloriapalast uraufgeführt.⁸⁵

Auch 1943 und selbst noch 1944 waren in vielen deutschen Städten „Nippons wilde Adler“, „Sprung auf Palembang“ und „Kaigun“ zu sehen, ein Film über Ausbildung junger Japaner für den Einsatz mit Zwei-Mann-U-Booten gegen amerikanische Kriegsschiffe, wobei den Besatzungen der Tod sicher war. Auch „Ine und ihr Pferd“, der Ufa-Film „Nippon“ und immer wieder der Kulturfilm über japanische Volksschulen liefen weiterhin.⁸⁶ Der „Weg nach Hawaii“ wurde von der

⁸⁴ Nippon. Das Land der aufgehenden Sonne. Ein Ufa-Dokumentar-Großfilm, Berlin 1942, S. 3f.; vgl. auch Film-Kurier, 4.12.1942.

⁸⁵ Vgl. den Bericht des Filmkurier vom 8.12.1942; vgl. auch Hack (wie Anm. 75), S. 262.

⁸⁶ Vgl. Film-Kurier vom 21.12.1943 und den Bericht über Japanveranstaltungen im Reich 1943/44, Anlage 5 zur Niederschrift über die 6. Vollsitzung des Deutsch-Japanischen Kulturausschusses am 20.7.1944; PA/AA, R

Ufa überarbeitet und anlässlich des zweiten Jahrestags von Pearl Harbour im Dezember 1943 in Berlin vor geladenem Publikum erneut vorgeführt; anschließend lief der Film auf Veranstaltungen der DJG in ganz Deutschland.⁸⁷ Auch Fancks „Tochter des Samurai“ kam im Oktober 1943 erneut in die Kinos, jetzt unter dem Titel „Die Liebe der Mitsu“⁸⁸. Wo es noch funktionsfähige Kinos oder benutzbare Säle gab, ging die Vorführung japanischer Filme, die vor allem die soldatischen Tugenden des fernöstlichen Verbündeten zeigten und deutschen Soldaten als Vorbild dienen und ihren Durchhaltewillen stärken sollten, bis Ende 1944 oder sogar Anfang 1945 weiter. In Magdeburg z.B. wurde „Weg nach Hawaii“ im Dezember 1944 in sieben Vorstellungen vor insgesamt 5.300 Zuschauern gezeigt, unter ihnen Luftwaffensoldaten und Schüler.

Mit dem Ende des Krieges gerieten alle genannten Filme in Vergessenheit; wieweit dies auch für die Bilder gilt, die sie transportierten, ist kaum zu bestimmen. Fanck lebte zunächst eine Weile zurückgezogen als Waldarbeiter und gründete später wieder eine Firma für die Produktion von Berg- und Sportfilmen, die jedoch keine Aufträge bekam; Wiederaufführungen seiner alten Filme wurden durch Verbote der Alliierten verhindert. Mit Vorträgen und schriftstellerischen Arbeiten hielt Fanck sich über Wasser, jahrelang von Freunden finanziell unterstützt. 1950 entstand ein Remake seines Erfolgsfilms „Die weiße Hölle von Piz Palü“ von 1929, unter dem Titel „Föhn“ mit Hans Albers, Adrian Hoven und der jungen Liselotte Pulver in den Hauptrollen; an der Kamera stand – wie zwanzig Jahre – zuvor Richard Angst.⁸⁹ Die „Tochter des Samurai“ wurde 1958 nach erheblichen Kürzungen besonders propagandahaltiger Szenen und der Umbenennung in „Kirschblüten, Geishas und Vulkane“ freigegeben.⁹⁰ In den fünfziger Jahren erhielt Fanck zwei italienische Auszeichnungen für seine früheren Bergfilme, 1963 den Mannheimer Golddukat für Pionierleistungen im deutschen Film und 1964 das Filmband in Gold „für langjähriges und hervorragendes Wirken im deutschen Film“. Das Fernsehen jedoch lehnte eine Wiederaufführung der

61405; vgl. auch Hack (wie Anm. 75), S. 257. „Ine und ihr Pferd“ war bereits 1942 in Salzburg gezeigt worden; vgl. Drewniak (wie Anm. 79), S. 837.

⁸⁷ Vgl. Hack (wie Anm. 75), S. 262f.

⁸⁸ Vgl. Freunde der Deutschen Kinemathek (wie Anm. 6), S. 62; Alfred Bauer (Hrsg.): Deutscher Spielfilm-Almanach 1929-50, Berlin 1950; Neuausgabe München 1976, S. 368; Zimmermann / Hoffmann (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 528f.

⁸⁹ Vgl. Trimborn (wie Anm. 15), S. 85; Metzler Film-Lexikon, 2. Auflage, Stuttgart 2005, S.697f.

⁹⁰ Vgl. Leims 1990 (wie Anm. 82), S. 458f.

„Tochter des Samurai“ – Fanck zufolge „das Schönste, was ich geschaffen habe“⁹¹ – mit der Begründung ab, der Film sei nicht mehr zeitgemäß.⁹² 1974 starb Fanck im Alter von 85 Jahren. Richard Angst hingegen blieb ein gefragter Kameramann. 1950 stand er beim Remake der „Weißen Hölle von Piz Palü“ wie zwanzig Jahre zuvor an der Kamera, danach 1957 bei der Produktion von „Das Wirtshaus im Spessart“ und 1958 bei „Wir Wunderkinder“. Ende der sechziger Jahre zog er sich ins Privatleben zurück, eröffnete in Berlin ein Restaurant und lehrte an der Hochschule für Fernsehen und Film in München; er starb 1984. Auch Walter Riml blieb im Geschäft; in den fünfziger Jahren drehte er eine Reihe von Berg- und Heimatfilmen, in den Sechzigern arbeitete er viel für das aufstrebende Medium Fernsehen, gelegentlich auch für US-Produktionen; er starb hochbetagt 1994.⁹³ Für die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan nach 1945 jedoch spielten die Koproduktionen, die zwischen 1936 und 1943 hier wie dort entstanden waren, keine Rolle mehr.

⁹¹ Fanck (wie Anm. 38), S. 363.

⁹² Vgl. Drewniak (wie Anm. 79), S. 934; Werner Klipfel: Vom Feldberg zur weißen Hölle vom Piz Palü. Die Freiburger Bergfilm pioniere Dr. Arnold Fanck und Sepp Allgeier, Freiburg i. Br. 1999, S. 59.

⁹³ Vgl. Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2007, S. 487; <http://walter-riml.at>.

Dietfrid Krause-Vilmar

„Das Karussell“

Eine literarische Zeitschrift der Nachkriegszeit

In Kassel wurde zwei Jahre lang, vom Juli 1946 bis zum Juni 1948, eine anspruchsvolle literarische Monatsschrift herausgegeben, die bislang wenig beachtet wurde, obgleich sich dort zahlreiche Erstveröffentlichungen und Erstliteratur finden. Kein Geringerer als Arnold Bode, der spätere Begründer der *documenta*, hat zahlreiche Umschlagbilder gestaltet. Ingrid Laurien hat den politischen Rahmen der Entstehung des „Karussells“, das zu den wichtigsten Literaturzeitschriften der Nachkriegszeit in Deutschland gezählt werden könne, und dessen Bedeutung im Vergleich mit den anderen Zeitschriften der Nachkriegszeit dargestellt.¹

Die Zeitschrift wurde von Harriet Schleber, geb. Maria-Harriet von Alvensleben publiziert, die 1946 in Kassel einen eigenen Verlag, den Harriet-Schleber-Verlag, gründete. Sie war 1917 geboren worden und hatte die Internate Salem, Hermannswerder und Nordeck besucht. Harriet entstammte einer niederdeutschen Adelsfamilie, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber stand. Ihr Vater verweigerte als Offizier den Eid auf Hitler und entging nur knapp den Mordkommandos im Juni 1934. Er hatte Kontakte zum Widerstandskreis um den 20. Juli. Harriet, die an Politik, Literatur und Musik interessiert war, wird von ihrem Sohn als eine schöne, temperamentvolle Frau beschrieben, die als 18jährige den erheblich älteren Industriellen Werner Schleber (*1895) geheiratet hatte. Bereits im Januar 1945 beschloss Schleber, sein Unternehmen in Greiz aufzugeben und in den Westen zu gehen. Über das Internat Burg Nordeck landete die Familie in Marburg, mehr zufällig wohl. Harriet hatte beim Einmarsch der Amerikaner den späteren US-Kulturoffizier in Kassel George Aldor kennen gelernt, der mit seiner beeindruckenden Persönlichkeit ihr Herz gewann.² Sie trennte sich von ihrem Mann und ging mit Aldor zunächst nach Kassel, wo sie ihn im November 1947 heiratete, und im Dezember 1947 in die USA.

¹ Vgl. Ingrid Laurien: „Das Karussell“. Eine literarische Monatsschrift aus Kassel 1946-1948, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte (ZHG) 105 (2000), S. 237-250.

² Vgl. Barbara Orth: Ein Kulturoffizier in Kassel [i.e. G. Aldor], in: (k)Kulturmagazin (2008) Nr. 142, S. 23-25.

Im Jahre 1969 kehrte sie nach Deutschland zurück, nachdem die Ehe mit Aldor gescheitert war. Sie starb 1974 an einer schweren Krankheit in München.³

Eine maßgebliche Rolle bei der Herausgabe der Zeitschrift spielte George Aldor, der ursprünglich aus Wien stammte und in die USA ausgewandert war. Aldor hatte ausgewiesene kulturelle Kenntnisse und ein hohes Interesse an der Wiederbelebung der Kultur in Kassel.⁴ Ob Aldor als der für die Erteilung der damals entscheidend wichtigen Lizenz zuständige amerikanische Offizier oder Harriet Schleber als spiritus rector für die Gründung der Literaturzeitschrift anzusehen ist, war nicht mehr ermittelbar. Ihre Schwester Annali von Alvensleben vermutet Aldor, dessen Kulturpolitik in Kassel Format gehabt habe, als Initiator der Zeitschrift.⁵ Aldor selbst hat in einem späteren Interview die Initiative seiner Frau betont: „Ma femme Harriet avait reconstruit un cercle littéraire de réfugiés allemands en Amérique comme elle l’avait fait à Marbourg ou à Kassel.“⁶

Die Zeitschrift erschien monatlich gleichmäßig in sehr hoher Auflage, zunächst in 35.000, ab Oktober 1947 in 25.000 Exemplaren. Die Hefte hatten einen Umfang von 64 Seiten. Warum das „Karussell“ mit dem 24. Heft im Juni 1948 plötzlich sein Erscheinen einstellte, ohne Ankündigung und Pressemitteilung, ließ sich nicht aufklären. Die GmbH – als solche wurde der Harriet-Schleber-Verlag mit einem Stammkapital von 20.000 RM ins Handelsregister eingetragen – wurde erst zwei Jahre später, 1950, nachdem das Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft im selben Jahr eröffnet worden war, aufgelöst.⁷ Die Zeitschrift wird heute gelegentlich antiquarisch angeboten; ein vollständiges Exemplar befindet sich auch in der Universitätsbibliothek Kassel.

Auf die Zeitschrift bin ich gestoßen, als ich die „Ballade von den Widersprüchen meines Lebens“ des Kasseler Intellektuellen Kurt Finkenstein, die er im Zuchthaus

³ Grundlage für dieses Biogramm bilden Mitteilungen des Sohnes Werner Schleber aus München (2008).

⁴ Die „Hessischen Nachrichten“ bescheinigten ihm bei seinem Abschied aus Kassel im Dezember 1947, dass er sich „auch um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, vor allem im Kulturleben, außerordentliche Verdienste erworben“ habe (vgl. HN, Nr. 154, 4.12.1947), woran bei seinem Besuch in Kassel im Jahre 1989 erinnert wurde. Vgl. Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Nr. 246, 21.10.1989.

⁵ Annali von Alvensleben: Abgehoben. Biographie, Hamburg 1998, S. 142: „Ich konnte mir nicht vorstellen, dass [sie] plötzlich literarisch-künstlerische Neigungen bei sich entdeckt haben sollte.“

⁶ Georg Aldor in einem Interview, das mir Barbara Orth (Kassel), die mit der Witwe Aldors in Paris sprach, zur Verfügung stellte.

⁷ Unterlagen des Handelsregisters im Amtsgericht Kassel (HRB 1073). Der Gesellschaftsvertrag und die Beschlüsse der Gesellschaft sind „ausgesondert“ und finden sich auch nicht im Hessischen Staatsarchiv Marburg.

Kassel-Wehlheiden verfasste, im ersten Heft des „Karussells“ entdeckte; die „Briefe aus der Haft“ Kurt Finkensteins habe ich gemeinsam mit Susanne Schneider vor Jahren herausgegeben.⁸

I.

Das bislang wenig beachtete „Karussell“ ist literaturwissenschaftlich nicht untersucht oder bearbeitet worden. Die Absicht dieses Aufsatzes ist es nicht, sich auf das Feld der Literaturwissenschaft zu begeben. Da die meisten Beiträge im „Karussell“ nach 1945 verfasst wurden (bei einigen ist der Nachweis nicht aufgeführt), bieten sich zwei historisch-politische Fragen an, denen im Folgenden nachgegangen werden soll:

Welche Rolle spielte im „Karussell“ die nationalsozialistische Zeit? Und, sofern sie eine Rolle spielte, scheint etwas von der Geschichte der Person des Schriftstellers in der NS-Zeit in seinem Werk auf bzw. ist die eigene Biographie integriert oder wird von ihr ganz abgesehen, lässt man sie unbeachtet?

Unter diesen Fragestellungen wurden die Beiträge in den 24 Folgen des „Karussell“ gelesen. Es geht dabei nicht um besserwisserische Urteile ex post, sondern um die Frage, ob das Epochenereignis Nationalsozialismus in den Jahren unmittelbar nach seinem Ende einen Niederschlag in der schönen Literatur gefunden hat. Das bekannte Wort Theodor W. Adornos aus dem Jahre 1951, Gedichte nach Auschwitz zu schreiben sei unmöglich, verdeutlicht das Problem.⁹

Dabei beschränke ich mich im Folgenden auf die deutschsprachigen Autoren und beziehe die Werke weltbekannter Autoren aus anderen Ländern wie William Faulkner, Ernest Hemingway oder Albert Camus deshalb nicht ein, weil es mir um den Umgang mit dem Nationalsozialismus von *deutscher Seite* und in *Deutschland* geht – nicht zuletzt auch unter autobiographischen Aspekten bei den Autoren.

⁸ Kurt Finkenstein: Briefe aus der Haft 1935-1943. Herausgegeben, kommentiert und eingeleitet von Dietfrid Krause-Vilmar unter Mitarbeit von Susanne Schneider (Nationalsozialismus in Nordhessen – Schriften zur regionalen Zeitgeschichte 19), Kassel 2001.

⁹ Adorno behandelt das Problem der Grenzen der Kulturkritik und führt in diesem Zusammenhang aus: „Je totaler die Gesellschaft, um so verdinglichter auch der Geist und um so paradoxer sein Beginnen, der Verdinglichung (...) sich zu entwinden. Noch das äußerste Bewusstsein vom Verhängnis droht zum Geschwätz zu werden. Kulturkritik findet sich der letzten Stufe der Dialektik von Kultur und Barbarei gegenüber: nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch, und das frisst auch die Erkenntnis an, die ausspricht, warum es unmöglich ward, heute Gedichte zu schreiben.“ Theodor W. Adorno: Kulturkritik und Gesellschaft (1951), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 10.1 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft), Frankfurt a. M. 1997, S. 30.

Zunächst zur ersten Frage, welche Rolle die NS-Zeit in den literarischen Texten spielt. Mit Erstaunen habe ich festgestellt: Sie ist selbst nicht das Thema. Es überrascht von daher auch nicht, dass Begriffe wie z.B. Reichsschrifttumskammer, Schreib- und Berufsverbot – um die dem Schriftstellerberuf nahen Erscheinungen zu nennen – sich in den Texten nicht finden. Hitlerjugend, S.A., S.S., Reichsarbeitsdienst, Lager, Zwangsarbeit, Judenverfolgung, Gestapo oder auch: Widerstand – die Reihe für die Bearbeitung des Nationalsozialismus unverzichtbarer Begriffe ließe sich mühelos bei gleichem Befund fortsetzen – tauchen nicht auf. Auch Personennamen wie Hitler, Goebbels, Himmler, Heydrich, ohne die das System undenkbar wäre, sind nicht aufgenommen. Man kann ohne Übertreibung zusammenfassen: Die Wirklichkeiten der NS-Diktatur und des vom NS bestimmten Alltags kommen im „Karussell“ nicht vor. Drei Texte sind in der Zeitschrift enthalten, in denen ein *rückblickender* Bezug zur NS-Zeit gegeben ist.

Im ersten Beitrag bilden die SS-Verbrechen in einem Ghetto den Hintergrund für eine innere Auseinandersetzung eines ehemals Verfolgten mit seinen Rachebedürfnissen – ein in der Nachkriegszeit bekanntes Motiv der Reifung und Läuterung Verfolgter angesichts auftauchender unmittelbarer Vergeltungsbedürfnisse, die nahe lagen und in jenen Jahren auch nicht selten ausgeübt wurden. Helmut Hauri, der als Journalist der „Linkspresse“ in der Nazizeit den Beruf verlor und Handelsvertreter wurde, schrieb „Die Prüfung“: Hermann Levi, so nennt er den Verfolgten, begegnet durch Zufall Jahre später während eines Kinobesuchs erneut dem „Henker von Sokolow“, den er im dortigen Ghetto fürchten und hassen gelernt hatte. Seit langem hatte er beschlossen, ihn zu töten, falls er seiner habhaft werden könne, um seine ermordeten Kameraden zu rächen. In der nun überraschenden persönlichen Begegnung mit ihm tut er es nicht und teilt ihm auch den Grund dafür mit: „weil ich Mitleid habe...“. Die Erzählung schließt: „Und sehen Sie, es ist schön, hoffen und glauben zu können, dass man die Prüfung, die große entscheidende Prüfung bestanden hat.“¹⁰ Denkbar, aber nicht angedeutet ist, dass Hauri hier eigene Erfahrungen aufgegriffen hat.

Wolfgang Weyrauch lässt in einer Parabel Abraham a Sancta Clara, den Kanzelredner und populistischen Prediger aus dem 17. Jahrhundert, als Geist unter den Deutschen

¹⁰ Helmut Hauri: Die Prüfung, in: Das Karussell, 2. Jg., Folge 16, S. 52.

wieder erscheinen.¹¹ Dieser findet überall im Lande nur „Feigheit, Faulheit und Dummheit“ vor, die Weyrauch pauschal als „die drei deutschen Todsünden“ bezeichnet. In dieser Allgemeinheit und behaupteten Typik des deutschen Nationalcharakters ist diese Sichtweise nicht nur historisch falsch, da es sowohl feige wie mutige, dumme wie gescheite und faule wie fleißige Deutsche unter Nazis wie unter Nicht-Nazis gab; sie trägt auch zur Erklärung des Nationalsozialismus nichts bei, führt eher in die Irre. Zudem stellt sich mit diesem allgemeinen Vorwurf Weyrauch, der sich bestimmt nicht zu den Dummen, Faulen und Feigen zählte, außerhalb des historischen Geschehens. Rudolf Hagelstange nimmt im ersten Heft programmatisch zum Umgang mit der NS-Vergangenheit Stellung: In seinem Beitrag „Jugend ohne Götter?“, was zu übersetzen ist mit „Jugend ohne Werte?“, wird der besondere Charakter des Nationalsozialismus – gerade in seiner epochalen Bedeutung für die deutsche Geschichte – deutlich angesprochen. Allerdings fällt dieser anspruchsvolle und bedeutende Beitrag von der Form her aus dem Rahmen. Denn es handelt sich hier nicht um eine Erzählung, Kurzgeschichte o.ä., sondern um einen grundsätzlichen Aufsatz zur derzeitigen Lage junger Menschen der Kriegsgeneration, um eine politische Botschaft, einem politischen Testament vergleichbar, die Wege zur künftigen Neuorientierung aufzeigen will. Die jungen Menschen

„müssen begreifen, dass hier nicht nur ein Krieg verloren und ein System gescheitert ist, sondern dass die Geschichte gerichtet hat über ein Volk, das die Inkarnation seiner Fehler für die gegebene Form des Lebens und seiner Beziehungen zu den anderen Völkern der Erde ansah. Sie müssen erkennen, dass zu einer sinn- und ehrenvollen Fortsetzung unseres Daseins keine Tarnung, kein neues Gewand, keine neue Taktik geboten sind, sondern dass sie nackt und bloß auf den Trümmern ihres Vaterlandes ihre Hände zu jenen Göttern heben müssen, die uns zuschanden werden ließen, da wir sie verrieten. (...) Sie dürfen keinen Augenblick daran zweifeln, dass Hass und Gewalt, Überheblichkeit und Knechtssinn zugleich, Unwahrheit und Dummheit Götzen sind, denen nur Barbaren oder Wilde anhängen können (...); und es muss ihnen klar sein wie das Licht des Tages, dass ihre Götter heißen müssen von nun an und für immer: Recht und Liebe, Wahrheit, Freiheit, Mittlertum und Bildung. Und sie sind es den unzähligen Opfern des Krieges in allen Ländern und Völkern schuldig, dass sie sich durch keine Gewalt davon abbringen lassen, diesen Göttern leidenschaftlich zu huldigen, die Jedermann lieben muss, der sie erkannt hat.“¹²

¹¹ Vgl. Wolfgang Weyrauch: Die drei deutschen Todsünden, in: Das Karussell, 1. Jg., Folge 5, S. 13-16.

¹² Rudolf Hagelstange: Jugend ohne Götter, in: Das Karussell, 1. Jg., Folge 1, S. 10-19, hier S. 18.

Soweit zu den indirekt die NS-Zeit berührenden Beiträgen.

Nun konnte es im „Karussell“ nicht darum gehen, von der ersten bis zur letzten Seite der Zeitschrift die NS-Zeit literarisch zu behandeln. Nichts spricht gegen die Dominanz so genannter schöngeistiger Literatur in einer literarischen Monatsschrift, nichts gegen Erzählungen, Gedichte, Sonette und Kurzgeschichten aus allen Bereichen menschlichen Lebens, über Liebe, Tod und Eifersucht, Frühling und Winter, über Fasching und Weihnachten usw. Und viele solche Themen finden sich im „Karussell“, auch von Klassikern wie Bergengruen, Wiechert, Hausmann und anderen. Aber konnte man deshalb schweigen zu den unsagbaren Verbrechen des Unrechtsstaates, zu den Ermordeten und Beschädigten? Hatte „die Literatur“ nichts mitzuteilen zum sozialistischen Widerstand, zu Stauffenberg und Adam von Trott zu Solz? Hatte sie keine Mitteilung für die überlebenden Verfolgten?

Mit keinem Wort wird der Charakter des Eroberungs- und Vernichtungskrieges als solcher in den Texten erkennbar. Zwar gibt es einige Geschichten um Soldaten und von Soldaten – aber von der Ermordung der europäischen Juden, der sowjetischen Kommissare, der polnischen Intelligenz ist nicht die Rede. In „Die Botschaft“ überbringt ein Soldat, wahrscheinlich der Autor Heinrich Böll selbst, einer Frau die Nachricht und die letzten Habseligkeiten ihres „in Gefangenschaft im Westen“ im Juli 1945 ums Leben gekommenen Mannes; die Stimme eines anderen Mannes ist vom Flur her zu vernehmen.¹³

An Versen überhöhter Selbstklage mangelt es indessen nicht. Das eigene Leid und Elend wird deutlich ausgesprochen.

„Wohin sollen wir die Schritte wenden,
wenn sich rings die Welt zum Tode neigt,
Trümmer, Schutt und Not an allen Enden,
und die Trauer nicht mehr von uns weicht?

(...)

Wenn der Hunger seine grauen Fetzen
zitternd um der Menschen Leiber legt,
wenn mit jedem Jahre das Entsetzen
fürchterlicher uns zu Boden schlägt?“¹⁴

¹³ Vgl. Heinrich Böll: Die Botschaft, in: Das Karussell, 2. Jg., Folge 14, S. 43-47.

¹⁴ Hans Thies: Quo vadis?, in: Das Karussell, 2. Jg., Folge 13, S. 1.

– so fragt Hans Thiess im Juli 1947

Dabei gab es in jenen Jahren literarische (und andere künstlerische) Werke, die die Nazizeit thematisierten. Ein Gedicht wie das des hessischen Heimatdichters Heinrich Ruppel, das einen historischen Sachverhalt, ein SS-Verbrechen der letzten Kriegsphase im nordhessischen Dorf Hülsa darstellte und zugleich eine unschuldig ermordete Frau ehrte und würdigte, findet sich im „Karussell“ nicht. Um es zu verdeutlichen, einige Verse aus dem Gedicht „Mutter Mand“:

„’Wer hat Euch mir zum Richter gesetzt?’
Spricht sie todernst. ‚Weib, schweige jetzt.
Hast Du den Hitleradler – uns teuer –
Beschimpft?’
Sie nickt. Kommando: ‚Feuer!’
Revolverschüsse knattern und knallen.
Die Kinder sehn ihre Mutter fallen.
Sie liegt auf der Straße regungslos.
Im Haus bricht Wimmern und Weinen los.
Befehl des Hauptmanns der Waffen-SS:
‚Wir machen mit Feinden kurzen Prozess,
Und wer der Verräterin Leiche berührt,
Soll wissen, dass gleiches Los ihm gebührt,
So liegt sie und bleibt liegen hier.
Als wär’s der Kadaver von einem Tier.’“¹⁵

Eine derartige, hier bei Ruppel sichtbare Dimension des *literarisch bearbeiteten konkreten historischen Geschehens* findet sich im „Karussell“ nicht. Ist die Literatur der Provinz näher an den sie unmittelbar umgebenden Ereignissen und damit an den kulturellen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten als die Weltliteratur? Ruppel verbleibt im Übrigen nicht auf der lokalen Ebene (Hülsa), sondern lässt übergreifende Wirklichkeiten aufscheinen; wenn er die „noch sinnlos wütende Vernichtung des Krieges“ anspricht und die SS-Männer als „Mörderbande“ bezeichnet.

Joachim Boeck plädierte für die Gegenwartsnähe der Literatur und schlug in diesem Zusammenhang vor, die Bearbeitung der Nazizeit wegen des fehlenden zeitlichen Abstandes späteren Historikern zu überlassen:

¹⁵ Heinrich Ruppel: Mutter Mand, in: Kasseler Sonntagsblatt, 87. Jg., Nr. 29, 18.6.1965, S. 15. Der genaue Nachweis der Entstehungszeit ist uns nicht möglich gewesen. Als sicher kann nach Mitteilung eines Enkels von Heinrich Ruppel gelten, dass das Gedicht lange Zeit vor dem mir vorliegenden Abdruck verfasst wurde. Möglicherweise ergibt sich sicherer Aufschluss in dieser Frage nach Sichtung des umfangreichen Nachlasses von H. Ruppel, der im Hessischen Staatsarchiv als Depositem (noch nicht verzeichnet) liegt.

„Was interessieren uns unsere Nöte aus der Epoche zwischen 1933 und 1945? (...) Später wird es vielleicht einmal wichtig sein, zu wissen, wie wir im Hitler-Regime lebten und dachten. Mögen die Berufenen darüber schreiben, wenn die Zeit gekommen und die genügende Distanz erreicht ist.“ – „Verschont uns aber heute mit Abrechnungen! (...) Verschont uns auch mit geschichtlichen Darstellungen, wie es dazu kam!“

Boeckhs Credo: „Es geht um den konkreten Deutschen von 1947 – und es geht **nicht** darum, dass private Erlebnisse verbreitet werden!“¹⁶

Dieser Affront gegen das Private scheint mir nicht untypisch für eine bestimmte Denkhaltung zu sein, die im Nationalsozialismus mit dem Motiv der gemeinschaftlichen oder nationalen Machterhaltung und -ausdehnung eng zusammen hängt. Diesem Motiv gegenüber hat sich der Einzelne mit seinen persönlichen Interessen und Gefühlen unterzuordnen. Der Nationalsozialismus hat diese Denkhaltung mit der Parole „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ in einer spezifischen Ausprägung rassistisch auf die Spitze getrieben.

Theo Pirker hat nach dem Kriege in einem Gespräch gesagt:

„In unserer Generation ist eines sehr stark wieder wachgeworden, eben weil wir vom Faschismus geprägt sind, weil wir durch die Mühle des Militarismus hindurchgegangen sind, nämlich das, was wir das Private nennen können. Wir haben wieder ein sehr starkes Gefühl dafür bekommen, wie wertvoll das Private ist, d.h. wir haben eine bestimmte, oft beinahe romantische Sehnsucht bekommen für das, was wir Familie nennen, für das, was wir z.B. Wohnung nennen (im soziologischen Sinne, für das, was wir rein materielle Sicherung der Existenz nennen).“¹⁷

Diese Wiederentdeckung oder Wertschätzung des Privaten spiegelt sich durchaus auch in zahlreichen Texten im „Karussell“. Gefunden wurde allerdings nur ein Text, in dem die private Lebensgeschichte der Nazizeit nicht ausgeblendet, sondern in die Darstellung integriert ist – und dies ohne „Abrechnung“ und ohne antifaschistische oder selbstgerechte Überhöhung. Kurt Kersten lässt in seinem Essay „Liebe Josephine“¹⁸ die eigene Person nicht außerhalb stehen, sondern in ganz bescheidener und vorsichtiger Weise, sozusagen mehr am Rande, aufscheinen – und das bei einem

¹⁶ Joachim Boeckh: Die erzieherische Aufgabe der deutschen Jugend, in: Das Karussell, 2. Jg., Folge 14, S. 13f., 21.

¹⁷ Theo Pirker: Die Jugend in der Struktur unserer Gesellschaft, in: DFG-Bundesvorstand (Hrsg.): Arbeitstagung der Gewerkschaftsjugend Oberursel, 25.-27.2.1954, S. 23.

¹⁸ Kurt Kersten: Liebe Josephine, in: Das Karussell, 3. Jg., Folge 20, S. 8-14. Dort auch die folgenden Zitate.

historischen Thema aus dem 18. Jahrhundert. Als Emigrant hatte er auf der karibischen Insel Martinique Zuflucht nehmen müssen. Er machte sich historisch kundig, pilgerte zum dortigen Geburtshaus der Josephine Tascher de la Pagerie, der verheirateten Beauharnais und späteren „Kaiserin“, und verfasste dann einen ihr gewidmeten liebenswürdigen Essay. Als er auf die Gedenktafel für den Heiligen von Tours, Papin du Pont, stieß, schrieb er: „Ich denke an den Papin meiner Heimat, der das erste Dampfschiff auf der Fulda fahren ließ – ein Emigrant wie ich.“ Oder an anderer Stelle: „Später bin ich noch oft im Dorf gewesen, hatte Bekannte dort, Menschen aus Cayenne und Curacao, Menschen von Martinique, Farbige, ich saß an ihrem Tisch und trank mit ihnen. Sie waren freundlich zu dem Mann, der vor Hitler zu den Farbigen geflohen war.“

II.

Die Autoren des „Karussell“ sandten der Redaktion Informationen zur Person, biographische Notizen, die in den einzelnen Heften jeweils auf den letzten Seiten abgedruckt wurden. Von Interesse ist an diesem Kontext, wie hier bei der Darlegung der eigenen Person die Nazizeit vorkam.

Zu deutschsprachigen Schriftstellern liegen 81 Biogramme vor, die – von zwei Ausnahmen abgesehen – von den Autoren bzw. Autorinnen auf Anfrage in den Jahren 1946 bis 1948 eingereicht worden waren und insofern als – in Einzelfällen möglicherweise redaktionell bearbeitete – Selbstzeugnisse anzusehen sind. Selbstzeugnisse unmittelbar nach dem Ende der NS-Zeit sind insofern hier unter der Fragestellung von Interesse, ob diese meist sehr knapp gehaltenen Biogramme in der Wortwahl oder im Gehalt Aussagen über die eigene Person während der vergangenen zwölf Jahre bzw. über die Sicht des Nationalsozialismus im übergreifenden Sinne zulassen.

Eine Schwierigkeit der Deutung besteht darin, dass die Autoren oder die Redaktion die biographischen Informationen durchgehend in der dritten Person mitteilen. Es wird *über* die Person geschrieben. Dies nimmt der Darstellung den Charakter der Unmittelbarkeit. Nur gelegentlich scheint die Sprache des Autors selbst auf.

Bei einem Fünftel (16) der Biogramme tauchen mehr oder weniger deutliche Bezüge zur NS-Zeit auf. Auf die vergangenen Verfolgungs- und Unterdrückungsvorgänge in

den Jahren 1946 bis 1948 in der amerikanisch besetzten Zone autobiographisch hinzuweisen, war vermutlich unproblematisch. Schwieriger dürfte es gewesen sein, die eigenen Beteiligungen an der NS-Kulturpolitik zum Gegenstand selbstkritischer Reflexion zu erheben. Hans Dieter Schäfer untersuchte an anderer Stelle die Biogramme von Günter Eich und Wilhelm Lehmann, „weil diese [ihre] Grundhaltung repräsentativ für die nach 1945 in Wirklichkeit versäumte Selbstreinigung und Offenlegung des ‚Doppellebens‘ ist.“¹⁹

Drei Schriftsteller erwähnen die Verbrennung ihrer Werke im Mai 1933 (Ernst Glaeser, Kurt Kersten, Frank Thiess). Fünf führen ihre unfreiwillige bzw. erzwungene Auswanderung auf (Bernhard von Brentano, Ernst Glaeser, Kurd Hartwin, Kurt Kersten, Carl Zuckmayer); acht thematisieren die gegen sie verhängten Ausgrenzungen, Schreib- bzw. Berufsverbote (Otto Flake, Helmut Hauri, Martin Kessel, Horst Lange, Otto Pankok, Emil Schering, Karl Ludwig Skutsch, Frank Thiess). Bei Flake, Schering, Thiess, Boeckh und Luise Rinser hat offenbar der Autor unmittelbar die Formulierung vorgegeben. Otto Flake spricht wohl selbst, wenn in seinem Biogramm berichtet wird, dass er „neben Gerhard Hauptmann als einziger die Ehre hatte, dass sein Beitrag nicht gedruckt werden durfte – weil er mit einer nicht-arischen Frau verheiratet war.“²⁰ Scherings letzte Strindberg-Bände „blieben Manuskript, da die Kriegshetzer des Naziregimes Strindberg als Friedensapostel totschweigen wollten.“²¹ Über Frank Thiess wird mitgeteilt, dass sein Stuttgarter Verleger „Neuaufgaben für unvereinbar mit der nationalsozialistischen Gesinnung hielt.“²² Rinser erwähnt das gegen sie wegen „Wehrkraftzersetzung“ verhängte, nicht mehr vollstreckte Todesurteil, Joachim G. Boeckh teilt „ein halbes Jahr Konzentrationslager wegen illegaler Fortführung der bündischen Jugendbewegung“ mit, ohne den Namen des Lagers selbst zu nennen. Der einzige Name eines NS-

¹⁹ Hans Dieter Schäfer: *Das gespaltene Bewusstsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*, 2. Auflage, München / Wien 1982, S. 68. – Schäfer zeigt am Beispiel der Mitarbeit von Gustav René Hocke in der Zeitschrift „Der Ruf“ die Einbeziehung von Autoren, die in der Nazizeit publizierten. Dass Hocke von 1934 bis 1940 Kulturredakteur der „Kölnischen Zeitung“ und von 1940 bis 1943 deren Italienkorrespondent war, gibt er in seinem Biogramm im „Karussell“ nicht an. Dort ist die Rede davon, dass er sich „um die besten Werke der geistigen Tradition Europas bemüht“ habe. – Vgl. *Das Karussell*, 2. Jg., Folge 16, S. 60.

²⁰ Biogramm zu Otto Flake, in: *Das Karussell*, 1. Jg., Folge 3, S. 63.

²¹ Biogramm zu Emil Schering, in: *Das Karussell*, 2. Jg., Folge 18, S. 60.

²² Biogramm zu Frank Thiess, in: *Das Karussell*, 2. Jg., Folge 10, S. 61.

Lagers, der einmal auftaucht, ist derjenige des Vernichtungslagers Auschwitz, in dem Kurt Finkenstein 1944 ums Leben gebracht wurde.

Bei einem Viertel (21) wird die Teilnahme am „Krieg“, siebenmal die „Gefangenschaft“ erwähnt. Die Kriegsteilnahme wird bezeichnet als „Soldatenzeit“ (Wolfgang Borchert, Wolfgang Weyrauch), als „Soldat auf dem italienischen Kriegsschauplatz“ (Ernst Glaeser), als „Militärdienst“ (Michael Huck), als „Kriegsteilnahme“ (Klaus von Külmer), als „Dienst in Russland“ (Robert Lubahn), als „Militärdienstzeit“ (Hans Obergethmann), als „Wehrdienst“ (Erich Prochaska, Siegfried von Vegesack, Hans-Henning Zencke), als „Seemann während des Krieges, vom ersten bis zum letzten Tage“ (Ernst Schnabel) und als „Unterbrechung der Schulzeit durch Luftwaffenhelfer und Soldatendienst“ (Günther Steinbrinker). Im Vordergrund steht hier das Wort „Dienst“. Ein Dienst ist eine gebotene Verpflichtung, der man sich unterzieht. Der Staat ruft hier zum Dienst auf, und man folgt diesem Ruf. Die Soldatenzeit wird nicht rühmend angeführt, sie wird nicht verschwiegen, aber sie zählt anscheinend auch nicht zu den negativen Punkten der Lebensbilanz. Mehr oder weniger deutlich erscheint sie in den Biogrammen als „Unterbrechung“ eines Bildungsgangs oder literarischen Schaffens. Kritische Implikationen dieses rassistischen Eroberungskrieges, zu den Kriegszielen oder zur Kriegsführung bzw. zu einzelnen Erscheinungen des Krieges finden sich hier nicht. Nicht einmal vorsichtige ironische oder sarkastische Distanzierungen zu dieser erzwungenen Teilnahme lassen sich bei den Autoren oder in den Biogrammen nachweisen.

Bei einem Drittel (27) der Biogramme werden ausschließlich die eigenen literarischen und künstlerischen Werke aufgeführt. Die Nazizeit und der Krieg bleiben unerwähnt – an sich bei einer Literaturzeitschrift nichts Ungewöhnliches, wird man einwenden. Andererseits war der Nationalsozialismus keine „normale“ politische Erscheinung, über die man zur Tagesordnung hätte übergehen können. Millionen Unschuldige waren ermordet, Millionen junger Menschen in einen rassistischen Eroberungskrieg getrieben worden, eine grausame Diktatur hatte im Innern jedes freie Wort zu ersticken gesucht, Bücherverbrennungen im Mai 1933 und Reichsschrifttumskammer hatten hunderte Schriftsteller innere und äußere Exil verbannt. Schließlich ist davon auszugehen, dass die meisten Autoren in dieses Geschehen in der einen oder anderen

Weise persönlich selbst verwickelt waren. Konnte man das nach 1945 einfach übergehen?

III.

Die Literatur im „Karussell“ hat entweder keine Sprache für das jahrelang unmittelbar selbst erlebte Geschehen in der Nazizeit gefunden oder sie hat sich dem Geschehen nicht stellen können oder nicht stellen wollen. Aber warum?

So klar der Befund ist, so schwierig ist es, eine Erklärung zu finden. Es hat anscheinend verschiedene Motive für diese Haltung gegeben. Bei einigen dürfte ein bestimmtes traditionelles Verständnis von Literatur, in der die gesellschaftliche Wirklichkeit unmittelbar nicht vorkommt, eine Rolle gespielt haben. Literatur hat sich in diesem Verständnis etwas neu auszudenken, auszumalen, das als eigenes Werk weit über den Niederungen des täglichen Lebens steht, eine neue fiktionale Welt schafft, in die der Leser wie in ein Raumschiff einsteigt und die Bodenhaftung hinter sich lässt. Einige Autoren jedoch wie z.B. Joachim C. Boeckh widersetzten sich offensiv gerade diesem Verständnis von Literatur:

„Die Dichter dichten! Sie dichten in Mengen. Sie dichten von der Liebe und vom Frühling und von Gott und der Welt. (...) Es ist ein Elend mit unseren deutschen Poeten. Was haben ihre Gedichtchen mit dem Deutschland von 1947 zu tun? Nichts, gar nichts. Nennen wir diese Produkte frank und frei, was sie sind: Lyrische Selbstbefriedigungen.“²³

Hier ist ein konkreter Gegenwartsbezug seitens der Literatur gefordert – bei Boeckh verbunden mit gleichzeitiger heftiger Abwehr der Thematisierung der NS-Vergangenheit.

Bei anderen Autoren dürfte das Schweigen über die Nazizeit mit dem eigenen Engagement in jenen Jahren zu tun haben, so dass man aus Gründen eines fragwürdigen Selbstschutzes am besten an dieses Thema nicht rührte. Für die meisten der Autoren konnte im Rahmen dieser Studie nicht geklärt werden, warum es keine Bereitschaft gab, kritisch-selbstreflexiv der eigenen Vita und der Geschichte der NS-Diktatur ins

²³ Joachim C. Boeck: Die erzieherische Aufgabe der deutschen Literatur, in: Das Karussell, 2. Jg., Folge 14, S. 15.

Auge blickend zu schreiben. Im „Karussell“ war demnach bereits unmittelbar nach dem Krieg ein Literaturverständnis etabliert, und zwar von nicht-nazifreundlicher Seite, das erst zwei Jahrzehnte später in Deutschland in Frage gestellt und aufgehoben werden sollte. Bis dahin, in den fünfziger und sechziger Jahren, beherrschte allerdings dieses fernab der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit sich einrichtende Schreiben die literarische Szene und prägte mit der „werkimmanenten Interpretation“ nicht zuletzt den Literaturunterricht an Schulen und Hochschulen.

War es Zufall gewesen, dass die Herausgeber als Titel der Zeitschrift ein Karussell gewählt hatten? Nomen est omen? Ein Karussell kennt weder Anfang noch Ende, weder Vergangenheit noch Zukunft, dreht sich nur um sich selbst. Irgendwo steigt man ein, dreht sich mit, während die Welt an einem vorbeizieht, irgendwo springt man wieder ab.

Die Zeitschrift wurde im ersten Heft auf der ersten Seite mit dem Rilke-Gedicht „Das Karussell“ und dem Bild zweiter Karussellpferde von Arnold Bode eröffnet. In der letzten Strophe des Gedichtes heißt es:

„Und das geht hin und eilt sich, daß es endet,
und kreist und dreht sich nur und hat kein Ziel.
Ein Rot, ein Grün, ein Grau vorbeigesendet,
ein kleines, kaum begonnenes Profil.“²⁴

²⁴ Rainer Maria Rilke: Das Karussell, in: Das Karussell, 1. Jg., Folge 1, S. 1.

Helmuth Schneider

Erinnerungen an eine untergegangene Welt: Eva Ehrenberg

Im Jahr 1963 erschien in einem kleinen, heute unbekanntem Verlag ein schmales, nicht einmal einhundert Seiten umfassendes Buch, das einige wenige Miniaturen aneinander reiht, die für den Historiker auf den ersten Blick nur wenig Bedeutung zu besitzen scheinen.¹ Es handelt sich um die Erinnerungen von Eva Ehrenberg an die Eltern, an unbeschwerte Mädchenjahre, aber auch an die Emigration und an Reisen nach Deutschland in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.² Eva Ehrenberg hat das Schicksal so vieler Menschen geteilt, die in der furchtbaren ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelebt haben, die zu Flucht und Emigration gezwungen wurden, deren Verwandte in den Lagern, die zum Kennzeichen dieses Jahrhunderts geworden sind, umkamen und die erleben mussten, wie die Welt, in der sie aufgewachsen sind, die Kultur, der sie sich verbunden fühlten, und die religiösen Traditionen, die für sie Gültigkeit besaßen, von menschenverachtenden politischen Bewegungen zerstört wurden.

Das Buch von Eva Ehrenberg scheint vollständig vergessen zu sein; in Kassel ist es kaum bekannt, im Katalog der Universitätsbibliothek Kassel ist es nicht zu finden. Selbst John C. G. Röhl erwähnt es in seiner monumentalen Arbeit über die Jugend von Kaiser Wilhelm II. nicht, obwohl er die Freundschaft zwischen Evas Vater Siegfried Sommer und Prinz Wilhelm, die beide in der Zeit zwischen 1874 und 1877 dieselbe Klasse des Friedrichsgymnasiums in Kassel besucht haben, ausführlich darstellt, war doch die enge Beziehung zwischen dem künftigen Kaiser und einem jüdischen Jungen zu einem Politikum geworden.³ Die Bemerkungen Eva Ehrenbergs über Wilhelm II. beleuchten durchaus eine Facette in der Persönlichkeit des letzten deutschen Kaisers

¹ Eva Ehrenberg: Sehnsucht – mein geliebtes Kind. Bekenntnisse und Erinnerungen, Oberursel 1963. Das Buch erschien im Ner-Tamid-Verlag, ein Verlagsort ist nicht angegeben (im Impressum findet sich die Angabe: „Druck: Carl F. Abt, Oberursel (Ts)“; wahrscheinlich handelt es sich um einen Frankfurter Verlag, der in der Zeit um 1960 auf die Veröffentlichung jüdischer Literatur spezialisiert gewesen zu sein scheint.)

² Eva Ehrenberg wurde 1891 als Tochter des Juristen Siegfried Sommer (1859-1925) geboren und kam 1904 mit ihrer Familie nach Kassel, nachdem ihr Vater zum Oberlandesgerichtsrat ernannt worden war: „Er war damit der erste und für lange Zeit der einzige jüdische Oberlandesgerichtsrat in Preußen.“ Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 16. Eva Ehrenberg starb vor 1974; vgl. J. Vogt: Victor Ehrenberg, Gnomon 48 (1976), S. 426.

³ Vgl. John C. G. Röhl: Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859-1888, München 1993, S. 232-239. Die Freundschaft zwischen Prinz Wilhelm und Siegfried Sommer wurde 1876 in einem polemischen Artikel der „Neuen Börsenzeitung“ kritisch bewertet; der Artikel hatte immerhin ein Dementi des Kronprinzen zur Folge. Vgl. Ebenda, S. 238.

und sind somit ein vielleicht nicht unwichtiges Dokument, das bei einer Beurteilung von Wilhelm II. berücksichtigt werden sollte.

Auch in Arbeiten zur Jüdischen Gemeinde in Kassel oder zur jüdischen Kultur in der Weimarer Republik fehlt jeder Hinweis auf die Erinnerungen von Eva Ehrenberg.⁴ Während der bedeutende Einfluss, den der Philosoph Hans Ehrenberg auf Franz Rosenzweig (1886-1929) und dessen „Stern der Erlösung“ ausgeübt hat, unlängst untersucht worden ist, blieb der intellektuelle Austausch zwischen dem Ehepaar Victor und Eva Ehrenberg auf der einen Seite und Franz Rosenzweig auf der anderen Seite bislang wohl weitgehend unbeachtet.⁵ Victor Ehrenberg, jüngerer Bruder von Hans Ehrenberg, war Cousin von Franz Rosenzweig; zwischen dem Ehepaar Ehrenberg und Franz Rosenzweig bestand eine tiefe Freundschaft, die weit über die verwandtschaftliche Beziehung hinausging und insbesondere von dem gemeinsamen Interesse an den religiösen Traditionen des Judentums getragen wurde. Diese Konstellation macht die Aufzeichnungen von Eva Ehrenberg ohne Zweifel zu einem bedeutsamen Zeugnis der jüdischen Kultur in Deutschland vor 1933.

Immerhin sind die Erinnerungen von Eva Ehrenberg von der Wissenschaft nicht gänzlich übersehen worden. Einen Hinweis auf das Buch findet man an einer Stelle, an der man dies zunächst nicht erwartet hätte: Karl Christ hat in einem 1991 erschienenen Aufsatz, der das Schicksal emigrierter Althistoriker thematisiert, den Bericht Eva Ehrenbergs über die Emigration ihrer Familie im Jahr 1938 kurz erwähnt⁶, und ein Jahr später hat der amerikanische Althistoriker W. M. Calder III. das Buch in der von ihm herausgegebenen Bibliographie zur Wissenschaftsgeschichte der Altertumswissenschaften erfasst.⁷ Die Erinnerungen Eva Ehrenbergs wurden also vor

⁴ Vgl. etwa Dietfrid Krause-Vilmar: Streiflichter zur neueren Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Kassel, in: Jens Flemming u. a. (Hrsg.): Juden in Deutschland. Streiflichter aus Geschichte und Gegenwart, Kassel 2007, S. 9-26 oder Michael Brenner: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik, München 2000. Vgl. auch den Eintrag Otto Ehrenberg, in: Helmut Burmeister / Michael Dorhs (Hrsg.): Fremde im eigenen Land, Hofgeismar 1985, S. 49. Es fehlt jeder Hinweis auf den Sohn Victor Ehrenberg und auf Eva Ehrenberg.

⁵ Vgl. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik: Hans Ehrenbergs Einfluss auf die Entstehung des Stern der Erlösung, in: Ders.: Rosenzweig im Gespräch mit Ehrenberg, Cohen und Buber, Freiburg i. Br. 2006, S. 61-90. In den Literaturhinweisen taucht die Schrift von Eva Ehrenberg nicht auf; vgl. Ebenda, S. 243.

⁶ Vgl. Karl Christ: Die Verdrängten – Zur Existenz des Historikers, in: Ders.: Geschichte und Existenz, Berlin 1991, S. 51-89, hier S. 79: „Eva Ehrenberg hat über die Einzelheiten der Auswanderung und des Neuanfangs in Großbritannien einen erschütternden Bericht geschrieben.“

⁷ Vgl. William M. Calder III / Daniel J. Kramer (Hrsg.): An Introductory Bibliography to the History of Classical Scholarship Chiefly in the XIXth and XXth Centuries, Hildesheim 1992, S. 151, Nr. 1175 (Beautifully written memoirs and selected poetry “a book as a slide-lecture.”).

allem deswegen wahrgenommen, weil ihr Mann Victor Ehrenberg zu den bedeutenden Althistorikern des 20. Jahrhunderts gehörte.

In Altona 1891 geboren war Victor Ehrenberg mit seinen Eltern 1901 nach Kassel gekommen, wo er das Friedrichsgymnasium besuchte, an dem er auch das Abitur ablegte. Nach dem Studium in Göttingen (1912-1914) und Tübingen (1919-1920) wurde Ehrenberg in Frankfurt mit einer Arbeit über die innere Neuordnung der griechischen Städte im 6. Jahrhundert v. Chr. („Neugründer des Staates“, 1925) habilitiert. Als grundlegendes Werk der griechischen Verfassungsgeschichte ist die Monographie „Der griechische Staat“ (zuerst 1932, dann 2. Auflage 1965) anzusehen. 1929 erhielt Ehrenberg die Professur für Alte Geschichte an der deutschen Universität in Prag; er setzte sich bereits vor 1932 kritisch mit den Thesen jener Althistoriker auseinander, die – wie etwa Helmut Berve – in ihren Arbeiten rassistische Auffassungen vertraten. Im Frühjahr 1939 konnte Ehrenberg mit seiner Familie im letzten Moment vor dem deutschen Einmarsch Prag verlassen und nach England gelangen. Seit 1939 lehrte er in England Ancient History, seit 1946 zunächst als Lecturer, dann als Professor am Bedford College in London. Weitere wichtige Monographien wie etwa „The People of Aristophanes“ (1943, dt. 1968) verschafften Ehrenberg eine internationale Anerkennung.⁸

Im April 1919 hatten Victor Ehrenberg, der während des Ersten Weltkrieges Soldat gewesen war, und Eva Sommer geheiratet. Das Ehepaar lebte in den folgenden Jahren zunächst in Tübingen und dann in Frankfurt, wo Victor Ehrenberg als Privatdozent an der Universität Alte Geschichte lehrte; 1921 und 1923 wurden die beiden Söhne geboren, die dann in Prag aufwuchsen.

Es mag allerdings auch gefragt werden, ob Eva Ehrenberg und ihre sehr persönlich formulierten Aufzeichnungen für unsere Gegenwart noch von Interesse sein können, ob ihr Buch zu unserer Kenntnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt noch etwas beitragen kann. Diese Frage zu formulieren heißt zugleich, sie eindeutig zu be-

⁸ Vgl. Hans Schäfer: Victor Ehrenbergs Beitrag zur historischen Erforschung des Griechentums, in: Ders.: Probleme der Alten Geschichte. Gesammelte Abhandlungen und Vorträge, hrsg. von Ursula Weidemann / Walter Schmitthenner, Göttingen 1963, S. 428-440; Christ (wie Anm. 6), S. 74-83; Ders.: Hellas. Griechische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1999, S. 195-202, 271-273, 313-314; Ders.: Klios Wandlungen. Die deutsche Althistorie vom Neuhumanismus bis zur Gegenwart, München 2006, S. 74-77; Hartmut Beister: s. v. Ehrenberg, Victor, in: Rüdiger vom Bruch / Rainer A. Müller (Hrsg.): Historikerlexikon. Von der Antike bis zur Gegenwart, 2. Auflage, München 2002, S. 83; Joseph Vogt: Nachruf Victor Ehrenberg, Gnomon 48 (1976), S. 423-426.

antworten: Das Schicksal keines Menschen, der in diesem Jahrhundert Opfer der großen Ideologien geworden ist, darf uns gleichgültig sein, jeder dieser Menschen verdient unsere Beachtung. Das große Mosaik, das die historische Erinnerung von der Vergangenheit entwirft, entsteht erst aus der Kenntnis einer Vielzahl von Einzelschicksalen, die das historische Geschehen jeweils unter einem anderen Gesichtspunkt erhellen.

Insbesondere für Kassel und für die Geschichte dieser Stadt in der Zeit nach 1900 sind die Erinnerungen von Eva Ehrenberg von eminenter Bedeutung, denn sie ist nicht nur in dieser Stadt aufgewachsen, sondern sie beschreibt auch das soziale und intellektuelle Milieu jüdischer Familien in Kassel, die einerseits die jüdischen Traditionen bewahrt haben und andererseits der deutschen Kultur mit großer Offenheit und sogar Bewunderung gegenüberstanden. Eine Jens Flemming gewidmete Festschrift ist ein angemessener Ort, die Aufzeichnungen von Eva Ehrenberg zu würdigen, denn Jens Flemming hat als Historiker an der Universität Kassel sich immer wieder mit der Geschichte dieser Stadt, mit ihren sozialen und politischen Entwicklungen, mit ihren demokratischen Traditionen, aber auch mit ihrer jüdischen Vergangenheit beschäftigt.⁹

Dabei ist jedoch zu betonen, dass die „Bekanntnisse und Erinnerungen von Eva Ehrenberg“¹⁰ weit über die Lokalgeschichte hinaus das Interesse jener Philosophen und Historiker beanspruchen dürfen, die sich mit der jüdischen Kultur in Deutschland vor 1933, mit Franz Rosenzweig, mit der Geschichte der Emigration oder mit der Wissenschaftsgeschichte der Althistorie beschäftigen. An dieser Stelle können allein schon wegen des begrenzten Umfangs, der in diesem Band zur Verfügung steht, nicht alle Themen, die Eva Ehrenberg in ihren Aufzeichnungen berührt hat, angemessen dargestellt werden, vielmehr soll hier nur auf einzelne, mir wichtig erscheinende Probleme und Themenkomplexe eingegangen werden. Um dem Leser aber Denken und Stil von Eva Ehrenberg angemessen zu vermitteln, werden zentrale Stellen aus dem Buch wörtlich zitiert; es kommt darauf an, auf ein Buch aufmerksam zu machen, das als Dokument der deutsch-jüdischen Geschichte und der deutschen Wissenschafts-

⁹ Vgl. die Arbeiten „Herrenloß gesinde...“ – Existenzen am Rande des Minimums, in: Heide Wunder u. a. (Hrsg.): Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt, Kassel 2000, S. 296-307. Jens Flemming / Christina Vanja (Hrsg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition, Kassel 2007; Flemming (wie Anm. 4).

¹⁰ So der Untertitel des Buches.

geschichte in vieler Hinsicht dem Bericht von Karl Löwith¹¹ an die Seite gestellt werden kann und das es verdient hat, erneut gelesen zu werden.

Familie

Im Zentrum der Familie von Eva Ehrenberg stand während ihrer Kindheit und Jugend ihr Vater Siegfried Sommer, Oberlandesgerichtsrat am Landgericht in Cassel (so die damalige Schreibweise). Der Jurist Sommer, Sohn eines Kaufmanns in Rotenburg an der Fulda, hatte seinen jüdischen Glauben nicht aufgegeben und war nicht zum Christentum übergetreten, was zur Folge hatte, dass er bis 1903 keine hohen Positionen im Gerichtswesen erhielt. Eva Ehrenberg charakterisierte die Haltung ihres Vaters zum Judentum mit folgenden Worten:

„Mein Vater hat sein Judentum nie verleugnet und fühlte sich durchaus als Jude. Er erzog uns nach denselben Grundsätzen und ermahnte uns, ‚der Fahne treu zu bleiben‘, schon aus dem Grunde, dass man doppelt verpflichtet war, anständig zu sein, weil andere es nicht waren.“¹²

Die Versetzung ihres Vaters nach Kassel hatte eine Vorgeschichte, die Eva Ehrenberg erzählt und die ein Licht auf die Verhältnisse im Deutschen Reich und auf die Haltung Wilhelms II. wirft, der seit der gemeinsamen Schulzeit in Kassel mit Siegfried Sommer befreundet war:

„Es gab viele Wiedersehen, wichtig war vor allem die Audienz am 23. Dezember 1903. Der Prinz war inzwischen deutscher Kaiser geworden, mein Vater Richter in Frankfurt am Main. Im damaligen Preussen konnte kein Jude ein hoher Richter werden. Der Kaiser fragte meinen Vater, dem er kurz vorher einen Orden verliehen hatte, warum er eigentlich nicht befördert werde. Die Antwort meines Vaters war: ‚Man hat mir die Gründe nicht gesagt, aber es besteht für mich kein Zweifel, dass sie nur in meinem Glaubensbekenntnis liegen, und Ew. Majestät werden verzeihen, wenn es schmerzt, dass es schadet, wenn man Treue hält.‘ Der Kaiser zeigte sich sehr bewegt. Die Unterhaltung ging dann noch lange weiter, das Thema wurde nicht mehr berührt, aber schon nach zwei Monaten wurde mein Vater durch persönliches Eingreifen des Kaisers an das Oberlandesgericht Cassel versetzt. Er war damit der erste und für lange Zeit der einzige jüdische Oberlandesgerichtsrat in Preussen. Der

¹¹ Vgl. Karl Löwith: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht, Stuttgart 1986.

¹² Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 17.

Kaiser hatte veranlasst, dass die erste freiwerdende Stelle in Cassel, wo die Freundschaft begonnen hatte, an meinen Vater gegeben werde.“¹³

Die Freundschaft zwischen den beiden Männern dauerte bis zum Tod Siegfried Sommers; vor dem Krieg war der Vater jedes Jahr zur Audienz eingeladen, und nach seinem Tod gab es ein letztes Zeichen der Verbundenheit, nachdem die Mutter die Nachricht vom Tod ihres Mannes nach Doorn geschickt hatte: „Wenige Tage darauf wurde sie auf den jüdischen Friedhof in Frankfurt gebeten, dort stand der Regierungspräsident mit einem Kranz und sagte: Ich lege diesen Kranz auf dieses Grab im Namen eines alten, treuen Freundes.“¹⁴

Von 1904 bis 1912 wohnte die Familie Sommer in der Sophienstraße, und dort wurde ein bestimmter Stil, der „Stil der Sophienstraße“, wie eine Freundin im Rückblick schrieb¹⁵, gepflegt, der vor allem vom Vater geprägt worden ist. Es gab Grundsätze, die schließlich auf ein entscheidendes Prinzip zurückgeführt wurden:

„... ich spreche Euch vom Guten, das ist das Einzige, was der Mensch tun kann. Wir müssen glauben und hoffen und lieben, wir können es gar nicht genug tun und nichts ohne das; aber wir müssen die drei großen Nebenlinien auf die eine große Hauptlinie führen, die der Weg des Guten ist.“¹⁶

Zu diesem Stil gehörte auch eine spartanische Lebensführung, vor allem die Fähigkeit zum Verzicht, auch der Verzicht auf Taschengeld oder auf die Tanzstunde; aber es wurde auch ein geselliges Leben gepflegt, so Tanzabende mit den Referendaren des Vaters.

Judentum und „Deutschtum“ waren für den Vater von Eva Ehrenberg keine Gegensätze, sie haben sich ergänzt:

„Mit aller Betonung muss ich jedoch festlegen, dass mein Vater ebenso durchaus Deutscher war wie Jude. Er war es in einem Maße, das heutzutage vielleicht überpatriotisch genannt werden würde. Er lebte in der deutschen Musik, in Bach und Mozart, Schubert, Wagner und Hugo Wolf. Das Nibelungenlied, die Gedichte Walthers von der Vogelweide, des Knaben Wunderhorn, sie waren seine Bibel ebenso

¹³ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 16.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 32.

¹⁶ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 13.

wie die Propheten. Er verkörperte in sich die Verbindung von Deutschtum und Judentum.“¹⁷

Das Ende des Ersten Weltkrieges, die Rückkehr der deutschen Truppen, empfand Siegfried Sommer als Untergang Preußens¹⁸; seine Tochter weist an dieser Stelle auf den anderen Untergang hin, auf den des Judentums: „Ich wage mir nicht auszudenken, wie er gelitten hätte, hätte er erlebt, dass das deutsche Judentum zu Grabe getragen wurde.“¹⁹

Die Mutter von Eva Ehrenberg stammte aus einer jüdischen Familie, die in Worms lebte. Der Großvater Marcus Edinger war Fabrikant, der aus sozialer Verantwortung heraus einen „Vorschuss- und Kreditverein“ gegründet hatte und für Krankenkassen, Wohnungsvereine und Genossenschaften aktiv war.²⁰ Ihre literarische Bildung verdankte Eva Ehrenberg vornehmlich ihrer Mutter:

„Als ich zehn Jahre alt war, begann meine Mutter mit mir Goethe zu lesen, zuerst die Gedichte, dann weiter. Später war sie mein Führer zu Dante, wie Vergil der seine. Aus ihrem Munde hörte ich zum ersten Male die begeisterten, begeisternden Worte: ‘Sie hatte die schwarzen, strahlenden Augen der Blide’, mit denen Niels Lyhne beginnt – sie kam und sah nach mir, wenn ich zu lange in den Jugendbriefen Nietzsches gelesen hatte oder Shakespeare: ‘Mir träumt, es lebt ein Feldherr Marc Anton, noch ein solcher Traum, dass ich noch einmal sähe einen solchen Mann!’“²¹

Im Denken der Mutter spielte Goethe eine zentrale Rolle, wie ihre Bemerkung: „Ich lebe in der Sonne Goethe’scher Weltanschauung“ deutlich macht; noch zuletzt, kurz vor ihrem Tode, hat sie Verse aus dem West-östlichen Divan zu zitieren versucht.²²

Für die junge Eva Sommer und ihre Jugendfreundinnen war die Literatur ein wichtiger Teil des intellektuellen Lebens:

„Und wir tobten durch die Wälder auf Wilhelmshöhe, wie wir durch Goethe und Rilke, durch Thomas Mann und Anatole France tobten. Wir schrieben uns Worte auf wie ‘On aura beaucoup vécu si on aura beaucoup souffert’ – was wussten wir davon? Und wir berauschten uns an Sätzen, die ich noch auswendig weiß, wie den Schlusssatz aus Thais: ‘Il était devenu si hideux qu’en passant la main sur sa figure it sentait sa

¹⁷ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 17.

¹⁸ Ebenda: „Er kehrte sich ab und sagte unter Tränen: ‚Sie tragen Preussen zu Grabe.‘“.

¹⁹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 17.

²⁰ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 19.

²¹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 10.

²² Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 22f.

laideur.²³ Wieder und wieder lasen wir Niels Lyhne von J. P. Jacobsen: ´Sie hatte die schwarzen strahlenden Augen der Blide` – wir begeisterten uns, wir wälzten Probleme, wir tanzten, wir ´mockierten uns`, das war eine Hauptbeschäftigung, wir liebten unsere gegenseitigen Elternhäuser. Wir zitierten damals, als es noch völlig sinnlos war, aus Goethes Gedicht an Frau von Stein:

´Glücklich, dass das Schicksal, das uns quälet,
Uns doch nicht verändern mag.²⁴“

Der durchaus selbstkritische Hinweis auf die Bedeutung, die den Versen Goethes für das eigene Leben beigemessen wurde, findet seine Ergänzung in den aufschlussreichen Bemerkungen Eva Ehrenbergs über ihre eigene Einstellung zum Leben in der Zeit vor 1914.²⁵ Die Welt wurde von ihr im Rückblick als eine Welt ohne Schwierigkeiten, Mühen und Probleme, als eine Welt des Friedens wahrgenommen; es ist signifikant, dass dieser Realität aber nicht das eigene Verhalten entsprach; es ging der Generation von Eva Ehrenberg um Überwindung von Schwierigkeiten, um Bewältigung von Problemen, um Bewährung im Kampf:

„Wir nahmen alles schwer, wie ich es heute, in diesem Augenblick noch tue. Unsere großen Wahlsprüche: ´Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten`, wo nirgends Gewalten waren! Um uns herum war Glätte, aber unsere Kraft wollte Hindernisse. Wir schufen uns in uns die Schwierigkeiten, die wir in Wirklichkeit nicht kannten. Wir wollten überwinden, so kämpften wir in unsren Herzen, in unseren Hirnen; wir hatten auf der Erde keine Mühen, so holten wir uns die ´Probleme` aus der Luft. Wir suchten den Streit, weil wir im Frieden lebten.“²⁶

Sehnsucht²⁷, die kein festes Ziel besaß, war charakteristisch für ihre Generation, und so ist es auch verständlich, dass gerade der Roman „Niels Lyhne“ von Jens Peter Jacobsen eine solche Faszination auf die junge Eva Sommer ausübte.²⁸

²³ Thais, ein Roman von Anatole France, beschreibt das Schicksal einer Hetäre im römischen Ägypten, die von einem Mönch bekehrt wird, die christliche Askese auf sich nimmt und dann stirbt, während der Mönch in der Begegnung mit Thais seine eigene Sinnlichkeit entdeckt und das asketische Leben abzulehnen beginnt.

²⁴ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 32. Die Verse Goethes stammen aus dem Gedicht „Warum gabst du uns die tiefen Blicke“, Goethes Werke, Hamburger Ausgabe Bd. 1, S. 122-123.

²⁵ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 9-12, besonders S. 11.

²⁶ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 11.

²⁷ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 11: „Wie lebten in großer Fülle und hatten immer noch Hunger. Sehnsucht hatten wir.“

²⁸ Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 10, 32. Das Phänomen einer Mentalität, die Realitäten als solche nicht mehr wahrzunehmen vermochte, ist in der neueren Literatur zum 19. Jahrhundert und speziell zum wilhelminischen Deutschland mehrmals thematisiert worden; vgl. insbesondere Peter Gay: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter, München 1996 und Joachim Radkau: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998.

Die Musik nahm ebenso wie die Literatur eine wichtige Stellung im familiären Leben ein; die Mutter sang Beethovens *Adelaide* oder die *Rosen-Arie* aus Mozarts *Figaro*.²⁹ Sogar ihren Vornamen verdankte Eva Ehrenberg der Musikbegeisterung ihrer Eltern: „Aus ihrer gemeinsamen Liebe für die ‚Meistersinger‘ wurde ich Eva genannt.“³⁰ In einem einzigen Satz fasst Eva Ehrenberg zusammen, was ihr Leben vor 1914 bestimmte: „Haus und Garten, Bücher und Menschen, Reisen und Tanzen, Musik!“³¹ Neben der Familie spielten Freundschaften eine große Rolle für die junge Eva Sommer; und gerade in den Freundschaften wurde deutlich, dass ein jüdisches Mädchen in der sozialen Oberschicht des Deutschen Reiches eine prekäre Stellung innehatte; Eva Sommer hatte viele Freundinnen aus adligen Familien, aber die Tatsache ihrer eigenen Zugehörigkeit zum Judentum schuf Probleme und wurde auch nie vergessen, selbst dann nicht, wenn andere Mädchen sich um die Freundschaft mit Eva Sommer bemühten; Eva Ehrenberg hat diese Situation in einem nach dem Zweiten Weltkrieg geschriebenen Brief an eine Jugendfreundin reflektiert; in ihren Erinnerungen zitiert sie Passagen aus diesem Brief:

„Ihr hattet, wie Du mir anfangs erzähltest, bisher auf Eurem Gut nur Viehjuden gekannt. Du musstest darum kämpfen, mich einladen zu dürfen, und Dein strenger Vater hätte es vielleicht nie erlaubt, hättest Du nicht eine holländische Mutter gehabt, und der holländische Adel war anders.“³²

In demselben Brief kommt Eva Ehrenberg auf den alltäglichen Antisemitismus zu sprechen, der auch das Leben junger Mädchen nicht unberührt ließ:

„Es ist der Hintergrund unserer Schulzeit. Der selbstverständliche Antisemitismus hatte eine ganz merkwürdige Wirkung auf Euch, er machte mich interessant, ich war etwas Neues für Euch, etwas, das Euch anzog. Da waren die offenen und heimlichen Briefe, die ihr mir aus den Ferien schreibt oder auch in der Klasse zustecktet, mit Fragen über Fragen, mit backfischhaft schwärmerischen Erklärungen; und auf der Straße durften mich Ermgard v. E., Marie zur L., Marie v. D. nicht grüßen.“³³

²⁹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 10.

³⁰ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 21.

³¹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 34.

³² Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 31.

³³ Ebenda.

Es gab in diesem Leben viele Inkonsistenzen, die für das Wilhelminische Deutschland insgesamt charakteristisch waren; die Freundschaft mit einer Tochter eines Majors der Husaren konnte durchaus Einladungen zu hochrangigen gesellschaftlichen Ereignissen zur Folge haben: „Auf ihrer Hochzeit 1913 im ‚Kaiserhof‘ (!) in Berlin war ich Brautjungfer und tanzte mit Exzellenz von Mackensen.“³⁴

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte im Leben von Eva Ehrenberg die erste tiefgreifende Zäsur dar, und ihrer Erinnerung nach hatte sie sofort eine Ahnung von dem Zusammenbruch der Welt, in der sie sich sicher gefühlt hatte:

„Eines Tages schien die Sonne unvergesslich hell auf unsere Rosen, es war am 28. Juni 1914. Ich war mit einem Freunde beim Rennen. In einer Pause sprangen wir über die Bänke zum Schwarzen Brett, wir erwarteten das Resultat des Derby, das aus England gemeldet werden sollte. Wir fanden statt dessen die Nachricht von der Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajevo. Wir wussten, ohne zu wissen, was es bedeutete: das Ende nicht nur unserer Jugend.“³⁵

Franz Rosenzweig

Auf der Hochzeit von Victor und Eva Ehrenberg hielt Franz Rosenzweig im Jahr 1919 die Rede auf das Brautpaar, einer alten familiären Tradition entsprechend die „Becherrede“, in der des gemeinsamen Urgroßvaters gedacht wurde, des Leiters der Samsonschule in Wolfenbüttel. Diesem Urgroßvater hatten 1833 ehemalige Schüler einen Becher zur Silberhochzeit geschenkt, der bei jedem Familienfest – so bestimmte es das Testament – „gefüllt mit deutschem Weine gereicht“ werden sollte. Franz Rosenzweig geht dann auf den Dank der Schüler ein, die davon sprachen, dass dieser Urgroßvater „an jenem göttlichen Werk der Gewissensbefreiung“ mitgearbeitet habe. An diesen Dank schließt Rosenzweig eigene Überlegungen zur jüdischen Existenz in Deutschland an:

„Deutschland und Freiheit – die beiden Worte, wohl hervortretend auf einem Untergrund ererbter Besonderheit väterlicher Sitte und Gesinnung, aber doch zu selbständigem Werte sich entwickelnd, die beiden Worte müssen den besten Inhalt

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 34.

seines Lebens umschrieben haben – denn was gibt unserem Leben Inhalt als unsere Sehnsucht und unser Wille!“³⁶

Die Sehnsucht war nach Rosenzweig die „nach dem staatlich geeinten Deutschland“, und eben dieser deutsche Staat war mit dem Ende des Ersten Weltkrieges zerbrochen. Rosenzweig beschreibt die Situation Deutschlands, indem er sie in eine historische Perspektive stellt:

„Noch stehen wir dem Geschehen zu nah, als dass wir uns unterfangen dürften, Schuld und Schicksal in ihm zu scheiden. Aber dass hier etwas geschah von säkularem Maß, dass hier eine Wunde geschlagen wurde, die nicht Jahre, nicht Jahrzehnte, höchstens Jahrhunderte wieder heilen werden, das lehrt der Tag alltäglich mehr selbst die, welche sich in der Flucht hinter Vergleiche von Fall und Erhebung 1806 und 1813, Umsturz und Nationalversammlung von 1848, anfangs über das Ausmaß des Geschehenen tröstender Täuschung hinzugeben suchten. Deutschland ist kein Staat mehr.“³⁷

Angesichts dieses Verlustes sieht Rosenzweig nur die Möglichkeit, „die Schätze deutschen Lebens und Wesens“ im Inneren „des Hauses“ zu bewahren, und gerade darin besteht seiner Auffassung nach auch die Aufgabe der Ehe. Mit wenigen Worten kommentiert Eva Ehrenberg im Rückblick diese Rede: „So sprach Franz Rosenzweig, der Deutsche, nach der Niederlage im ersten Weltkrieg. So sah er voraus, was sich in Wirklichkeit 1945 vollendete.“³⁸

Der Krankheit und Leidenszeit, dem Tod von Franz Rosenzweig widmet Eva Ehrenberg einen ergreifenden Abschnitt in ihren Aufzeichnungen. Sie spricht von dem Wunder, unter den Bedingungen der Krankheit das Werk vollendet zu haben, und sei es auch unter vollständiger Beanspruchung all der Menschen, die ihm in dieser Zeit zur Seite standen; zwei Menschen der nächsten Umgebung erlebten seinen Tod, seine Mutter und seine Frau, an die er höchste Forderungen stellte:

„Durch Jahre, Tage und Stunden hat er sie besessen, unbedingt wie sich selbst, er in der Forderung, sie in der Hingabe. Beide durch seine Kraft, die immer wieder in sie einströmte. So hat die eine alles für ihn gelitten, die andere alles für ihn getan, obschon die eine auch genug getan, die andere genug gelitten hat.“³⁹

³⁶ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 40.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 41.

³⁹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 44.

Eva Ehrenberg erwähnt dann auch das Kind und die Unerbittlichkeit, mit der Rosenzweig verlangte, das Kind solle bei ihm, dem Kranken, bleiben; sie beendet ihre Erinnerungen an Rosenzweig mit Sätzen, die nicht nur prägnant die vorangegangenen Bemerkungen zusammenfassen, sondern auch die Voraussetzungen des Werks von Franz Rosenzweig benennen: „Gott gab ihm die Kraft, die beiden Frauen gaben ihm ihr Leben, das Kind gab ihm das Glück. Unvergesslich das Leuchten seiner übergroßen Augen, das Strahlen, wenn er von einem zum andern sah.“

Mit dem „Stern der Erlösung“ hat Eva Ehrenberg sich intensiv beschäftigt; Zeugnis dafür ist ihre Besprechung des Buches aus dem Jahr 1921, ein Text, der deutlich macht, wie dieses Werk von einer jungen Jüdin gelesen und verstanden worden ist.⁴⁰

Der „Stern der Erlösung“ wird als ein religiöses, als ein jüdisches Werk interpretiert: „Der dies schreibt, ist Jude; ein Stolzer im Volke, von dem er im Buche über das ‚ewige Leben‘ Zeugnis ablegt, dessen ‚Feuer‘ auch sein Feuer ist.“⁴¹

Eva Ehrenberg betont, dass die Auffassung des Wissens bei Rosenzweig von der religiösen Sicht her bedingt ist:

„Der Verfasser weiß, und das ist all seines Wissens Größtes, daß es das Wesen der Wahrheit ist, zuteil zu sein; niemals kann ein Mensch die ganze Wahrheit besitzen, und auch die ganze Wahrheit ist Wahrheit nur, weil sie Gottes Teil ist (...). Das bedingt und bestimmt die Wahrheit, die er empfängt und gibt: ihm wird sie im Bilde des Davidsternes zuteil und in einer letzten, schon fast überirdischen Schau erscheint ihm in dem Licht gewordenen Zeichen das Antlitz Gottes mit den eigenmenschlichen Zügen.“⁴²

Auch die letzten Sätze dieses Textes sind Ausdruck jüdischen Denkens und Glaubens:

„Nicht willkürlich sind die Bilder, nicht willkürlich wird dem Gläubigen teilgegeben an seinem Gotte als sein Teil, als Anteil seines Kelches am Tag, da er ihn ruft. Und doch: bis zu dem Tage, da er selber kommt: ecce Deus! um uns zu erleuchten, sind alle seine Verkünder gleiche Priester am Altar des Einen unbekanntes Gottes.“⁴³

⁴⁰ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 35-39.

⁴¹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 38.

⁴² Ebenda.

⁴³ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 38f.

Versuch über jüdische Geschichte

Die Reflexionen Eva Ehrenbergs über die jüdische Geschichte beginnen mit einer dezidierten Aussage, die das Leid zum Wesen jüdischer Existenz erklärt: „Der Leitfaden der jüdischen Geschichte ist ein Leidfaden.“⁴⁴ Die jüdische Geschichte wird von Eva Ehrenberg immer unter zwei Aspekten gesehen, unter dem der Vergangenheit und dem der Gegenwart. In der Vergangenheit bedeutete jüdische Geschichte immer, „von Volk zu Volk zu gehen, nie in einem Volke aufzugehen, nie als Volk unterzugehen“, die Gegenwart ist bestimmt von der Vernichtung des deutschen Judentums durch Hitler. Hitler-Deutschland wird begriffen als „das Werkzeug, das in Raum und Zeit eingesetzt wird“, damit die jüdische Geschichte eine Geschichte des Leides bleibt. Damit werden die Verbrechen Hitlers und seiner Mitschuldigen nicht entschuldigt, sie können auch nicht entschuldigt werden, aber so wird das Unbegreifliche für Eva Ehrenberg aus jüdischer Perspektive verstehbar.⁴⁵

Das jüdische Schicksal bestand stets darin, „als Emigranten über die Welt hin zerstreut“ zu sein, in fremden Ländern zu leben und durch „Angleichung“ das eigene Überleben zu sichern.⁴⁶ In dem Text von Eva Ehrenberg finden sich selbstkritische Reflexionen, in denen auch mit schonungsloser Offenheit von jüdischer Schuld gesprochen wird, von der Schuld, die Opfer der Pogrome in Russland, Polen und Rumänien nicht wahrgenommen zu haben: „Als die Überlebenden nach Deutschland kamen, waren sie uns peinlich, fremd – die Ostjuden. Wir kümmerten uns nicht, d. h. wir machten uns keinen Kummer um ihr Elend; wir fühlten uns besser als sie, als wir es noch besser hatten, blind und blöd wie wir waren.“⁴⁷

Die Juden sind nach Eva Ehrenberg mit den verschiedenen Völkern, unter denen sie lebten, immer eine enge Verbindung eingegangen, die auch das jüdische Denken jeweils in besonderer Weise geprägt und geformt hat; so ging der Talmud aus der Verbindung mit der babylonischen Kultur, Maimonides aus der Verbindung mit der arabischen Kultur hervor, so war Spinoza von seiner Umwelt in Holland beeinflusst, und in Polen bildeten sich Kabbala und Chassidismus heraus. Dabei kam es durch die

⁴⁴ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 47.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 48.

Dynamik der Juden immer auch zu einem Übergewicht, das wiederum eine Trennung geradezu notwendig werden ließ. Bereits in den Anfängen des Judentums wird dieser Ablauf der Ereignisse in der Josephsgeschichte exemplarisch verdeutlicht:

„Da kam ein Einzelner, macht- und mittellos, zu einem fremden Volke, stieg schnell und kerzengerade auf, die Gunst des Herrschers erlangend, der ihn zum Herrn über vieles Land machte; dann kamen die Angehörigen nach, und es vermehrten sich die Kinder Israel. Eine Zeit lang lebten sie erfolgreich und glücklich in der neuen ‚Heimat‘, bis zu dem Augenblicke, ´da ein neuer Pharao kam, der von Joseph nichts wusste`. Der entfesselte die inzwischen angesammelte Wut der Masse. ‚Denn ihr seid Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.‘ Der immer gleiche Verlauf: der Anfang auf der Höhe, das Ende in den Niederungen der Völker. Der Leitfaden – der Leidfaden der jüdischen Geschichte.“⁴⁸

Angesichts der Ermordung der Juden und der Vernichtung des Judentums übersieht Eva Ehrenberg nicht, dass im Verlauf und Ergebnis des Zweiten Weltkrieges auch die Deutschen Opfer wurden:

„Nach dem Leid, das Hitler über die deutschen Juden brachte, wurde sein eigenes Volk sein letztes Opfer. Auch das ist ein historischer Ablauf; denn jedes Land, das die Juden vertrieb, tat es auf eigene Kosten. Vom Roten Meer zur Oder-Neisse-Linie ... Deutschland klagt um ungezählte Tote, Deutsche wurden vertrieben, Deutschland wurde zerschlagen.“⁴⁹

Es muss jedoch betont werden, dass in der Sicht Eva Ehrenbergs die Deutschen Opfer Hitlers waren, nicht etwa Opfer der alliierten Politik oder der alliierten Kriegführung. Es stellt sich bereits auch für Eva Ehrenberg die Frage, wie nach der Zeit des Nationalsozialismus, nach dem nationalsozialistischen Antisemitismus und nach der Ermordung der Juden das Zusammenleben von Deutschen und Juden in Deutschland vor 1933 eigentlich beurteilt werden muss, eine Frage, die ja bis in die letzten Jahre hinein in der Geschichtswissenschaft immer wieder kontrovers diskutiert worden ist. Eva Ehrenberg kennt die kritische Sicht, weist sie aber entschieden zurück:

„Die jüdisch-deutsche Lebensgemeinschaft vom 18. Jahrhundert bis 1933 war keine Illusion, wie jetzt oft behauptet wird. Es gab Illusion auf jüdischer und Antisemitismus

⁴⁸ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 50.

⁴⁹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 51.

auf deutscher Seite. Aber der uneingeschränkten, ungerechten Behauptung muss widersprochen werden. Sie ist unwahr.“⁵⁰

Es kommt Eva Ehrenberg nicht darauf an, eine Perspektive für die Zukunft zu gewinnen; lakonisch stellt sie fest: „Nach Deutschland gibt es kein Zurück.“⁵¹ An dieser Stelle geht es darum, die deutsch-jüdische Vergangenheit nicht aufgrund der Vernichtung des deutschen Judentums durch den Nationalsozialismus einseitig negativ zu bewerten:

„Die Gemeinschaft liegt hinter uns. Aber sie war da, so vollkommen wie irgendwo. Mit Moses Mendelssohn und seiner Freundschaft mit Lessing begann sie, raketentartig war wieder der Aufstieg, Heine und Schumann (Heine in Frankreich war Heine im Heimweh), Felix Mendelssohn und die Matthäuspassion, Mahler und des Knaben Wunderhorn, Hugo von Hofmannsthal und Richard Strauß – warum Namen herausuchen, wenn es unzählige Namen gibt und über die Gipfel hinweg den Blick auf die Symbiose der Juden mit den Deutschen, der wir das Glück hatten anzugehören?“⁵²

Mit dieser Sicht auf die Geschichte wird nichts von den nationalsozialistischen Verbrechen relativiert, im Gegenteil, diese Verbrechen sind von dieser Vergangenheit her nur umso schwerer zu verstehen, sind ein umso härterer Bruch mit der Vergangenheit. Wenn die deutsche Geschichte, wie bisweilen behauptet wurde, geradezu zwangsläufig auf die Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten hinausgelaufen wäre, dann hätte es kaum noch eine wirkliche Verantwortung der Täter gegeben. Die Schuld der Täter ist angesichts ihrer Verbrechen unermesslich, gleichgültig unter welchen historischen Voraussetzungen die Verbrechen begangen wurden; aber gerade die Tatsache, dass eine „jüdisch-deutsche Lebensgemeinschaft vom 18. Jahrhundert bis 1933“ existierte, macht diese Verbrechen zu einem Willensakt, für den

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda. Die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland hat bestanden: Victor Ehrenberg erhielt 1947 einen Ruf an die Universität München, den er ablehnte. Vgl. dazu Karl Christ: Der andere Stauffenberg. Der Historiker und Dichter Alexander von Stauffenberg, München 2008, S. 63-64. In dem Schreiben Ehrenbergs wird auf die Opfer in der Familie explizit hingewiesen: „Ich finde es unmöglich, jetzt nach Deutschland zurückzukehren, sozusagen in der Woge einer ‚Konjunktur‘, die die abgelöst hat, die mich vertrieben hat. ... Sie werden mein Empfinden und meine Absage vielleicht am ehesten verstehen, wenn ich Ihnen sage, dass eine Schwester meiner Frau von München aus deportiert und dann ermordet wurde. Andere Verwandte und Freunde sind auf ähnliche Weise umgekommen. Das sind Dinge, die sich nie vergessen lassen“ (zitiert nach Christ, ebenda, S. 64). Vgl. Vogt (wie Anm. 8), S. 425.

⁵² Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 51.

auch die Verantwortung zu übernehmen ist, und gerade deswegen ist auch die Schuld für diese Taten anzuerkennen.

Emigration

Auswanderung ist ein Abschnitt in den Erinnerungen überschrieben, und es ist kennzeichnend für Eva Ehrenberg, dass sie das Geschehen mit Zitaten aus der Dichtung zu fassen sucht; es sind hier aber nicht mehr Goethe oder Dante, die dem Geschehen gerecht werden, sondern es sind Verse aus Bert Brechts „Mutter Courage“, die dem Empfinden derer entsprachen, die Deutschland verließen:

„ ... Seid alle vorsichtig, ihr habt's nötig.
Und jetzt steigen wir auf und fahren weiter.“

Es sind ergreifende, erschütternde Worte, die Eva Ehrenberg an den Anfang des Kapitels setzt:

„Unsere Mutter hatte nur einen Namen, sie hieß Deutschland. Wir, ihre Kinder, hießen nach ihr Deutsche. Wir hießen nicht nur so. Weil wir sie so inbrünstig liebten, glaubten wir, sie liebte uns auch. Wir hätten es allerdings besser wissen können, d.h. schlechter. Deutschland liebte uns nicht, aber wir konnten dort glücklich sein. Man konnte nicht alles werden, aber man konnte alles sein.“⁵³

Durch ein Stipendium in London erhielt Victor Ehrenberg eine sehr kurz befristete Einreisegenehmigung für England, die aber auf ihn und seine Frau beschränkt war. Es kam zu einem Wettlauf mit der Zeit, denn der Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei stand unmittelbar bevor. Schon im Herbst 1938 hatte Eva Ehrenberg das Gefühl, dass „uns in Prag das Messer an der Kehle saß – die Deutsche Universität und das Deutsche Gymnasium waren schon vor Hitlers Einmarsch gleichgeschaltet.“⁵⁴ Schließlich gelang es durch die Beziehung zu einer Engländerin, die 1910 als Erzieherin einer Freundin in Kassel gelebt hatte, die Söhne in einem englischen Internat unterzubringen, und damit konnte die Familie Ehrenberg dem Tod

⁵³ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 52.

⁵⁴ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 54.

entkommen, der andere Familienmitglieder bald ereilen sollte, so die Schwester Elisabeth, die als Dienstmädchen mit den Ehrenbergs hätte nach England mitgehen können, dies aber ablehnte und 1941 mit einem Kindertransport erschossen wurde⁵⁵. so eine Tante, die Schwester der Mutter, die in Theresienstadt starb, oder die andere Schwester der Mutter, die sich selbst tötete, als der Abtransport drohte.⁵⁶

In England, in Victoria Station, London, erwartete die Familie Ehrenberg ein Schild: „Mrs. Mattingly erwartet Mrs. Ehrenberg an der Sperre.“⁵⁷ Dieses Schild war ein Symbol für die Hilfsbereitschaft englischer Freunde und Kollegen, die solange halfen, bis Victor Ehrenberg schließlich an der Universität London als Lecturer und dann Professor Ancient History lehren konnte.⁵⁸

Dankbarkeit den Freunden in England gegenüber ist das Motiv für Eva Ehrenberg gewesen, das Kapitel über die Auswanderung und die ersten Jahre in England zu schreiben. Unproblematisch war dieses Leben während der Kriegsjahre nicht:

„Auf den Herzen der Freunde allein stand unser Dasein während der Jahre, der Kriegsjahre, als wir im Leeren lebten, mit nichts als ein paar Ausweispapieren zum Schutz, der Polizei verpflichtet, dem wahllosen Geschick ausgeliefert. Aber da waren die Freunde, an jeder Klippe, vor jedem Abgrund. Nach acht Jahren wurden wir adoptiert, dann hießen wir auch nach unserer Retterin. Bis heute ist kein Tag ohne Dank.“⁵⁹

⁵⁵ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 55.

⁵⁶ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 71.

⁵⁷ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 56.

⁵⁸ Es ist im Übrigen bemerkenswert, wie die Emigration Ehrenbergs in älteren Würdigungen von deutschen Althistorikern dargestellt wurde. Schäfer bezeichnet die beiden Monographien Ehrenbergs über Aristophanes und über Sophokles und Perikles als „Früchte seines englischen Aufenthaltes“, ohne weiter auf die Emigration einzugehen (Schäfer wie Anm. 8, S. 438), und Vogt schreibt, Ehrenberg habe „die Gefährdung des Judentums und nun auch die Bedrohung von Prag durch Hitler-Deutschland rechtzeitig erkannt“ und „seit seiner Teilnahme am Internationalen Historikerkongress in Zürich im Sommer 1938 ... den Weg der Emigration gesucht“ (Vogt wie Anm. 8, S. 425). Eva Ehrenberg hat das anders gesehen; die Familie Ehrenberg suchte nicht den Weg in die Emigration, sondern war zur Auswanderung gezwungen, aus der Heimat verstoßen; es ging dabei um das Überleben: „Ich überlebte mit meinem Mann und zwei Söhnen. Die aus der Heimat Verstoßenen nahm England auf“ (Ehrenberg wie Anm. 1, S. 53). Aber die Karrieren sind eben unterschiedlich verlaufen; Schäfer war seit 1937 Mitglied der NSDAP, und Vogt war einer der führenden Exponenten einer nationalsozialistischen Althistorie. In dem von ihm herausgegebenen Band „Rom und Karthago“ (1943) übertrug er die nationalsozialistische Rassenideologie auf die Antike, indem er einen rassistischen Gegensatz zwischen Römern und Karthagern konstruierte. Vgl. dazu Karl Christ: Neue Profile der Alten Geschichte, Darmstadt 1990, S. 63-124, besonders S. 92- 95.

⁵⁹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 53. Die Annahme der englischen Staatsbürgerschaft veranlasst Eva Ehrenberg zu einer überraschenden Bemerkung über Parallelen in der Geschichte von Familien: „Meine Großmutter hatte im Kriege [1870/71] Verwundete gepflegt, unter der Leitung der Großherzogin Alice von Hessen, der Tochter der Königin Victoria von England. Der Urenkel, Philip, wurde der Gemahl der Königin Elizabeth II. Seine Naturalisierung im Jahre 1947 stand in der gleichen Nummer der London Gazette wie die unsere.“ Ebenda, S. 20.

England war für die Familie Ehrenberg, für das Ehepaar und die Söhne⁶⁰, die neue Heimat geworden; die Erinnerung an eine kleine Szene am Rande ist für Eva Ehrenberg hierfür symptomatisch. Bei der Rückkehr von einer Reise nach Deutschland kam das Schiff nach einer stürmischen Überfahrt in Newhaven an:

„It is good to be home again`, sagte eine alte Dame, als sie vor mir den Landungssteg hinunterging. Man konnte in diesem Augenblick von keinem Engländer ein anderes Wort erwarten. Indeed, we are home. Wir waren wieder zu Hause, im Lande der Liebe auf den letzten Blick.“⁶¹

Gerade auf späteren Reisen nach Deutschland drängt sich Eva Ehrenberg die Frage nach ihrer Beziehung zu diesem Land auf, und sie gibt auch eine Antwort: „Ich fühlte Ungewissheit und Zerrissenheit, und auf Goethes Frage ‚Deutschland aber wo liegt es?‘, fand ich – mit der Landschaft meiner Liebe im Herzen – die Antwort: In der Emigration.“⁶²

⁶⁰ Eva Ehrenberg geht in ihrem Buch nur kurz auf die wissenschaftlichen Karrieren ihrer Söhne in England ein; vgl. Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 57. Deswegen sei an dieser Stelle nur erwähnt, dass beide Söhne in England studierten und später an englischen Universitäten lehrten; sie wurden – wie ihre Eltern – englische Staatsbürger. Sie hatten noch während des Krieges ihren deutschen Nachnamen abgelegt und den Namen Elton angenommen. Der ältere, Geoffrey Rudolph Elton (1921-1994), war Historiker am Clare College in Cambridge und 1983-1988 Regius Professor of Modern History; er schrieb zahlreiche Bücher über die englische Geschichte der Tudorzeit und gehörte zu den führenden englischen Historikern der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts; die Anerkennung seiner Leistungen fand ihren Ausdruck auch in der Ernennung zum Sir durch die englische Königin. Vgl. Helmut Flachenecker: s. v. Elton, Geoffrey Rudolph., in: vom Bruch / Müller (wie Anm. 8), S. 86.

⁶¹ Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 64.

⁶² Ehrenberg (wie Anm. 1), S. 65.

Teil 4:

Zwei deutsche „Öffentlichkeiten“? Bundesrepublik und DDR 1949-1989

Axel Schildt

„Schicksalsfragen der Gegenwart“ (1957-1961)

**Ein Sammelwerk der Inneren Führung der Bundeswehr als
Schlüsseldokument einer Sozialgeschichte der Ideen in der Bundesrepublik**

„Der Soldat der Demokratie ist Diener seines Staates. Er ist seinen Mitbürgern verpflichtet. Sein Beruf ist nicht nur waffentechnisches Handwerk: denn seiner Führung werden Menschen anvertraut. Diese Aufgabe kann heute nur von politisch aufgeschlossenen Vorgesetzten gemeistert werden. Nur wer danach trachtet, Wesen und Wirken seiner Umwelt zu verstehen, nur wer an der Bewältigung der politischen Gegenwartsfragen Anteil nimmt, kann heute als Ausbilder und Erzieher in der Bundeswehr Verantwortung tragen. Menschenführung in der Truppe hat immer staatsbürgerlichen Hintergrund. Das Handbuch politisch-historischer Bildung soll eine Hilfe sein. Es entstand aus der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Soldaten. Geschrieben zwar vornehmlich für die Soldaten der Bundeswehr, soll es den zivilen Staatsbürger doch ebenso ansprechen.“¹

Mit diesem Geleitwort des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß wurde 1957 der erste Band einer mehrbändigen Publikation vorgestellt, die in erster Linie eine geistige Orientierung für Offiziere, aber auch darüber hinaus für eine interessierte Meinungselite bieten sollte.

Programmatisch wurden bereits im Geleitworte die Kontrapunkte zur jüngsten deutschen Militärgeschichte hervorgehoben. Anders als die Reichswehr, die sich außerhalb des politischen Getriebes halten sollte und tatsächlich als „Staat im Staate“ fungierte, anders auch als die nationalsozialistische Wehrmacht, die stufenweise zur Truppe eines Weltanschauungskriegs in unbedingter Gefolgschaft zum „Führer“ umgebildet wurde, sollte mit der Bundeswehr „ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht grundlegend Neues“ geschaffen werden, wie es bereits in der Himmeroder Denkschrift der ehemaligen Offiziere im Oktober 1950 formuliert worden war.² Entstehen sollte eine Armee von selbstbewusst denkenden und handelnden „Bürgern in

¹ Franz Josef Strauß: Zum Geleit, in: Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch politisch-historischer Bildung. Hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung. Innere Führung. Erster Band, Tübingen 1957, S. 7; die weiteren Bde. erschienen 1957 (Bd. 2), 1958 (Bd. 3), 1959 (Bd. 4), 1960 (Bd. 5) und 1961 (Bd. 6 <Register>).

² Dokumentiert in: Hans-Jürgen Rautenberg / Norbert Wiggershaus: Die Himmeroder Denkschrift vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, Karlsruhe 1977, S. 57.

Uniform“, wie die dafür zuständige Abteilung „Innere Führung“ im neuen Bundesministerium der Verteidigung gern plakativ formulierte, ein ideales Konstrukt, das selbst wiederum traditionsbildend wirkte.³ Wie wir aus Studien zur Gründungsphase der Bundeswehr wissen, gab es hinter den Kulissen nicht nur hinhaltende Widerstände gegen eine Implementierung demokratisierender Elemente in die Struktur der Bundeswehr⁴, sondern gleichzeitig Auseinandersetzungen innerhalb der Inneren Führung zwischen einer eher etatistisch-konservativen und einer eher liberal-pluralistischen Gruppierung, letztere vor allem verbunden mit dem Namen des ersten Leiters, Wolf Graf von Baudissin, der 1958 abberufen wurde. Sein Ansatz zielte darauf ab, dass demokratische Strukturelemente in der neuen Armee nicht ein opportunistisches Zugeständnis an die innenpolitischen Rahmenbedingungen, sondern aus epochaler militärischer Logik im Kalten Krieg zwingend erforderlich wären. Dazu passte der gern angeführte Traditionsbezug der preußischen Heeresreformen unter Scharnhorst und Gneisenau⁵; zugleich wurde eine Linie vom Beginn der preußischen Heeresreformen 1807 über den Widerstand vom 20. Juli 1944 bis zur Bildung der neuen demokratischen Armee gezogen.⁶ Das Bestreben, die Bundeswehr im Kalten Krieg ideologisch gegen den Kommunismus zu munitionieren, bildete das gemeinsame Fundament⁷ – allerdings war damit noch nicht festgelegt, welche Inhalte sich dafür am meisten eigneten. Am Ende der 1950er Jahre gab es diesbezüglich Akzentunterschiede zwischen jenen, die an einer konservativ-christlichen Abendland-Ideologie⁸ festhielten und forderten, dem „Bolschewismus“ eine ebenso einheitliche Ideenwelt gegenüberzustellen, und jenen, die gegenüber dem östlichen marxistisch-leninistischen Dogmatismus die „Ideologiefreiheit“ als Signum des modernen Westens

³ Repräsentativ: Dieter Walz (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Innere Führung. Grundlagen, Einwicklungen, Perspektiven, Baden-Baden 1987.

⁴ Vgl. Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005, München 2005, S. 60ff.

⁵ Rudolf J. Schlaffer / Wolfgang Schmidt (Hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes): Wolf Graf von Baudissin 1907-1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung, München 2007.

⁶ Vgl. u.a. Gerd Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944, Köln 1994, S. 214-234; Jakob Knab: Falsche Gloriole. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995.

⁷ Vgl. polemisch, aber nicht unzutreffend Heinz-H. Meyer: Politische Bildung in der Bundeswehr – Anspruch und Wirklichkeit, in: Bernd. C. Hesslein (Hrsg.): Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr. Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 58-89, hier S. 62f.

⁸ Vgl. Axel Schildt: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur Ideengeschichte der Bundesrepublik der 50er Jahre, München 1999.

hervorheben wollten.⁹ Gerade in einem historisch und zeitdiagnostisch angelegten Sammelwerk zur Orientierung der Offiziere als einem Kern politischer Bildung mussten sich die angedeuteten Tendenzen in ihren spezifischen Mischungsverhältnissen besonders markant ausprägen. Allerdings finden die „Schicksalsfragen der Gegenwart“ in der Geschichtsschreibung der Bundeswehr und Inneren Führung lediglich beiläufig Erwähnung als „früher Versuch, Offiziere zur selbsttätigen geistigen Arbeit anzuregen“¹⁰; als Schlüsseldokument einer Sozialgeschichte der Ideen in der Bundesrepublik sind sie völlig vergessen. Der folgende Beitrag, der vor allem die letztere Perspektive verfolgt, enthält drei Teile. Zunächst werden knappe Informationen zum Inhalt des Gesamtunternehmens und zu den beteiligten Autoren geliefert, danach wird exemplarisch der erste Band, der das Fundament des gesamten Unternehmens bildete, einer inhaltsanalytischen Musterung unterzogen, und schließlich werden Tendenzen der rezensierenden Kritik festgehalten.

Inhalt und Autoren

Über die konkrete Planung des Publikationsunternehmens ist wenig bekannt, Korrespondenz zwischen den Autoren, Bundeswehrstellen und dem Verleger der Buchausgabe ist offenbar weder von den zuständigen Abteilungen der Inneren Führung noch beim Tübinger Niemeyer-Verlag aufbewahrt worden.¹¹ Bekannt ist lediglich, dass eine Reihe der Aufsätze des ersten Bandes während der ersten Einweisung von Offizieren in Sonthofen 1956 als Vorträge gehalten wurden und für die Publikation weitere

⁹ Axel Schildt: Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Ders. / Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 627-635; Ders.: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 424ff.

¹⁰ Hans-Joachim Reeb / Peter Többicke: Lexikon Innere Führung, 2. Auflage, Regensburg / Berlin 2003, S. 209f.; die einzige Ausnahme bildet Siegfried Grimm: ...der Bundesrepublik treu zu dienen. Die geistige Rüstung der Bundeswehr. Mit einem Geleitwort von Wolf Graf von Baudissin, Düsseldorf 1970, S. 62ff.; in dieser faktenreichen Studie zum politischen Unterricht im Rahmen der Inneren Führung werden die Inhalte der „Schicksalsfragen der Gegenwart“ allerdings auch nicht analysiert, sondern dieses Werk lediglich positiv von anderen Unterrichtsmitteln abgehoben.

¹¹ Schreiben Bundesarchiv-Militärarchiv an den Verfasser vom 6.12.2007; danach konnten weder im Bestand der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung, dem Planungsstab sowie dem Presse- und Informationsstab (BW 1), noch im Bestand Generalinspekteur und Führungsstab der Streitkräfte (BW 2) oder im Bestand des Zentrums Innere Führung (BW 11 II) einschlägige Unterlagen zur Publikation „Schicksalsfragen der Gegenwart“ ermittelt werden; entsprechend Max Niemeyer Verlag an den Verfasser vom 11.11.2007; eine intensivere Suche müsste sich auf die Nachlässe der beteiligten Autoren beziehen.

Beiträger hinzu kamen.¹² Wer warum welche Autoren, in aller Regel renommierte Professoren und Experten ihres jeweiligen Faches, auswählte, wissen wir nicht. Allerdings besitzt das Ergebnis der Auswahl, der Korpus der schließlich verpflichteten Beiträger, jenseits solcher Angaben immer noch einen erheblichen Informationswert und lässt ein politisch-ideologisches Profil umreißen.

Die fünf Bände enthalten insgesamt 67 Beiträge von 61 Autoren, wobei niemand mehr als zweimal vertreten ist. Dass sämtliche Beiträge von Männern verfasst wurden, ist wahrscheinlich wenig überraschend; lediglich zehn Verfasser verfügten nicht über den Titel eines Professors, darunter der Privatdozent Karl Dietrich Bracher und einige Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte (Hans Buchheim, Paul Kluge, Helmut Krausnick). Von den Autoren sind ein Drittel eindeutig als Fachhistoriker ausgewiesen; als bekanntere Vertreter der Zunft begegnen Hermann Aubin, Max Braubach, Martin Göhring, Walther Hubatsch, Gerhard Oestreich, Georg von Rauch, Gerhard Ritter, Georg Stadtmüller, Hans Herzfeld, Werner Markert, Walter Bußmann, Walther Hofer. Eine hervorgehobene Rolle spielten jene, die sich – zum großen Teil bereits seit der Zwischenkriegszeit – in der sogenannten Ostforschung engagierten.¹³ Der Anteil geschichtlicher Beiträge reichte weit über den Kreis der beteiligten Fachhistoriker hinaus, denn auch einige Politikwissenschaftler, Arnold Bergstraesser, Theodor Eschenburg, Klaus Mehnert, Otto Heinrich von der Gablentz, Karl Dietrich Bracher, Ernst Fraenkel, behandelten zeitgeschichtliche Themen. Das gleiche galt für die beteiligten Juristen, darunter Gerhard Leibholz, Martin Drath, Erich Kaufmann und Ernst von Hippel. Hinsichtlich der Biographien ergibt sich bei den Wissenschaftlern nach kursorischer Durchsicht eine zeittypische Normalverteilung: Einige durch ihre nationalsozialistischen Aktivitäten Belastete, die gleichwohl wieder in die Universitäten hatten zurückkehren können, einige jüngere „unbeschriebene Blätter“ und politisch dubiose Karrieristen, konservativ widerständige Gelehrte und Exilanten fanden sich zwanglos zusammen.

¹² Freundliche Auskunft von Dr. Frank Nägler (Militärhistorisches Forschungsamt, Potsdam) an den Verfasser, 27.11.2007. Auch der dritte Band war Ergebnis einer Tagung, wie in einer Reihe von Rezensionen (s.u.) hervorgehoben wurde.

¹³ Vgl. neuerdings Corinna Unger: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1975, Stuttgart 2007, insbesondere Kapitel V.

Betrachtet man allein die 14 Beiträger des ersten Bandes, der im zweiten Teil der Ausführungen inhaltlich näher betrachtet werden soll, lässt sich das biographische Profil mit ausgewählten Stichworten (in der Reihenfolge der Beiträge) etwas konkretisieren:

Theodor Litt, Philosoph und Pädagoge, Universität Bonn¹⁴, 1880-19620,¹⁵ von den Nationalsozialisten 1937 mit einem Vortragsverbot belegt, wechselte er nach dem Krieg, weil er sich mit dem SED-Regime nicht arrangieren mochte, in den Westen.

Hermann Aubin, Historiker, Universität Hamburg; 1885-1969¹⁶, führender „Ostforscher“ im „Dritten Reich“ und ebenso in der Bundesrepublik.

Gerhard Leibholz, Jurist, Universität Göttingen, Richter am Bundesverfassungsgericht; 1901-1982¹⁷; aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1935 als Professor in den Ruhestand versetzt, 1938 Auswanderung nach Großbritannien.

Arnold Bergstraesser, Politikwissenschaftler und Soziologe, Universität Freiburg; 1896-1964¹⁸, nach Bekanntwerden seiner jüdischen Abstammung verließ der konservative Hochschullehrer Deutschland und ging in die USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg einer der einflussreichsten Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik und wichtiger Exponent deutsch-amerikanischer Wissenschaftsbeziehungen.

Max Braubach, Historiker, Universität Bonn; 1899-1975¹⁹, von Beginn an in katholischen Verbindungen engagiert; Braubach erlebte seine wissenschaftliche Sozialisation in der Weimarer Republik: Dissertation 1922, Habilitation 1924, Berufung auf einen katholischen Historikern vorbehaltenen Lehrstuhl in Köln 1928, wo er auch 1967 emeritiert wurde.

Martin Drath, Jurist, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, 1902-1976, Sozialdemokrat seit 1926, verlor Drath durch den Machtantritt der Nationalsozialisten seine Anstellung als Dozent bei der Akademie der Arbeit an der Frankfurter Universität. Nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Professor in Jena, musste aufgrund

¹⁴ Ortsbezeichnung jeweils nach dem im ersten Band angegebenen Stand von 1957.

¹⁵ Peter Müller: Theodor Litt, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 14, Berlin 1985, S. 708-710.

¹⁶ Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

¹⁷ Christoph Link: Gerhard Leibholz, in: NDB, Bd. 14, Berlin 1985, S. 117-119; Peter Unruh: Erinnerung an Gerhard Leibholz (1901-1982) – Staatsrechtler zwischen den Zeiten, in: Archiv des öffentlichen Rechts 126 (2001) S. 60-92.

¹⁸ Horst Schmitt: Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den neuen Staat“, in: Wilhelm Bleek / Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Schulen der deutschen Politikwissenschaft, Opladen 1999, S. 213-243.

¹⁹ Konrad Repgen: Max Braubach. Leben und Werk, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das alte Erzbistum Köln 202 (1999), S. 9-74.

drohender politischer Verfolgung die SBZ verlassen, ging an die FU Berlin, dann zum Bundesverfassungsgericht.

Otto Heinrich von der Gablentz, Politikwissenschaftler, Hochschule für Politik Berlin, 1898-1972, im „Dritten Reich“ in der Verwaltung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, schloss sich 1940 dem Kreisauer Kreis an; nach 1945 Gründer der CDU in der SBZ, von 1955-1958 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU, von 1953-1956 Vorstandsmitglied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Martin Göhring, Historiker, Universität Mainz, 1903-1968²⁰, der evangelische Frankreich-Spezialist, promoviert 1932, habilitiert 1938, war seit 1934 Mitglied der NSDAP.

Walther Hubatsch, Historiker, Universität Bonn, 1915-1984²¹, der Ostpreuße studierte bis 1939, wurde in Göttingen promoviert und habilitierte sich dort, 1943-1945 Militärdienst, Mitarbeiter des Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht, gehörte zum äußerst rechten nationalkonservativen Flügel der Zunft.

Erich Kaufmann, Jurist, Universitäten München und Bonn, 1880-1972²², die akademische Karriere des aus jüdischer Familie stammenden Protestanten führte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Lehrstuhl in Königsberg (1913). Der im Ersten Weltkrieg schwer verwundete Offizier, rechtskonservativ mit Sympathien für die politische Romantik und deutschnational, wurde 1935 aus „rassischen“ Gründen an der Bonner Universität entlassen und überlebte nach 1938 in den Niederlanden. Sowohl in der Weimarer Republik wie auch in der Bundesrepublik fungierte Kaufmann als Berater des Außenministeriums.

Gerhard Oestreich (Historiker, FU Berlin): 1910-1978²³, Stipendiat der DFG 1935-1939 (Aktenedition Scharnhorst), Assistent am Wehrpolitischen Institut in Berlin, als

²⁰ Heinz Duchhardt (Hrsg.): Martin Göhring (1903-1968). Stationen eines Historikerlebens, Mainz 2005.

²¹ Gotthold Rhode: Nachruf Walther Hubatsch 1915-1984, in: Zeitschrift für Ostforschung 34 (1985), S. 321-329; Michael Salewski: Walther Hubatsch, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 38 (1986), S. 186-189.

²² Renate Zelger: Der Staatsrechtler Erich Kaufmann – von der konstitutionellen Monarchie bis zur parlamentarischen Demokratie, in: Hermann Nehlsen / Georg Brun (Hrsg.): Münchner rechtshistorische Studien zum Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u.a. 1996, S. 313-330.

²³ Bernhard von Brocke: Gerhard Oestreich, in: NDB, Bd. 19, Berlin 1999, S. 463-464; Winfried Schulze: Gerhard Oestreichs Begriff „Sozialdisziplinierung in der Frühen Neuzeit“, in: Zeitschrift für historische Forschung 14 (1987), S. 265-302.

Soldat im Zweiten Weltkrieg; der Historiker, als einer der Konstrukteure einer „Frühen Neuzeit“ und speziell der darin erfolgenden „Sozialdisziplinierung“ bekannt.

Georg von Rauch (Historiker, Universität Marburg): 1904-1991²⁴, einer der führenden „Ostforscher“ der Bundesrepublik (seine „Geschichte des bolschewistischen Russlands“ von 1955 erlebte acht Auflagen bis 1990), baltischer Herkunft, zunächst eher auf die Geschichte vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert spezialisiert, bezog von Rauch seit dem Zweiten Weltkrieg stärker die osteuropäische Geschichte im 20. Jahrhundert ein – von Ende 1944 bis Ende 1949 erschienen keine Publikationen.

Gerhard Ritter (Historiker, Universität Freiburg): 1888-1967²⁵, den zeitlebens „gut lutherischen deutschnational-reichspatriotischen Polit-Historiker“²⁶ Ritter, der sich nach 1945 bewusst vor allem auf die Zeitgeschichte verlegte, führte sein elitärer Massenhas zur tief empfundenen Ablehnung des Nationalsozialismus und an den Rand des Widerstands, in der Ära Adenauer vielgefragter Berater für die Bundesregierung und die damalige Kanzlerpartei.

Georg Stadtmüller (Historiker, Universität München): 1909-1985²⁷, aus katholischem Milieu stammend; promoviert in München 1932, Assistent von Aubin in Breslau, Habilitation dort 1936, Mitglied der NSDAP 1937, nach dem Zweiten Weltkrieg sehr engagiert im Umkreis der rechtskonservativen Abendländischen Aktion und der Abendländischen Akademie, wie Aubin in fester Kontinuität der Südosteuropaforschung.

Zum Aufbau des Bandes und inhaltlichen Tendenzen

Der Titel („Schicksalsfragen“) mochte bereits damals manchem raunend altmodisch vorkommen, spiegelte aber auch eine gewisse Ungleichzeitigkeit wider, waberte das irrational Schicksalhafte doch in den Geisteswissenschaften noch als mainstream in die

²⁴ Michael Garleff: Georg von Rauch 1904-1991, in: Berichte und Forschungen 1 (1993), S. 123-145 (mit einer Bibliographie der Schriften von Rauchs, S. 126ff.).

²⁵ Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001.

²⁶ Imanuel Geiss: Alt-neues Licht auf Gerhard Ritter. Subjektive Betroffenheit und ihre sachliche Abarbeitung, in: Historische Mitteilungen 16 (2003), S. 230-250.

²⁷ Vgl. Helmut W. Schaller: Georg Stadtmüller zum Gedächtnis, in: Zeitschrift für Ostforschung 35 (1986), S. 403-405; Gerhard Grimm: Georg Stadtmüller und Fritz Valjavec. Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, in: Mathias Beer / Gerhard Seewann (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, München 2004, S. 237-255; Vanessa Conze: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970), München 2005, S. 56, 85ff.

1960er Jahre, als in den Sozialwissenschaften bereits eine nüchternere Terminologie vorherrschte.

Theodor Litt stellte einleitend fest zunächst, „der Geist unseres Zeitalters [sei] gerade dadurch gekennzeichnet, dass ihm *nichts* mehr selbstverständlich, *alles* zum Gegenstand des Fragens, des Zweifelns, des Bestreitens geworden ist.“ (10f.)²⁸ In einer zeitgenössisch typischen Volte wurde eine Strategie angedeutet, wie jenseits hilfloser Abschottung eine Hegemonie elitären Denkens wiederhergestellt werden könne:

„Wider die Ausschweifungen einer zum Selbstzweck gewordenen Kulturkritik hilft nicht die gewollte oder gewaltsame Unterdrückung des Denkens, das in diese Kritik einmündet, sondern nur eine unnachsichtig strenge Selbstdisziplinierung dieses Denkens. Frucht dieser Selbstdisziplinierung muß sein die Gewissenhaftigkeit, die nur da kritisiert, wo die Sache es fordert, und dem Tadler den Mund verbietet, wenn er sich in grundloser Mäkelei gefällt“. (12f.)

Jüngere historische Bezüge oder gar die Zeit des Nationalsozialismus blieben gänzlich ausgeblendet. Die Aufgabe einer historischen Sinndeutung kam vielmehr dem zweiten Beitrag aus der Feder des Historikers Hermann Aubin zu, der mit seinem weit gespannten Beitrag „Abendland, Reich, Deutschland und Europa“ ausdrücklich eine „*Selbstbesinnung* auf die geschichtlichen Wurzeln unserer heutigen Lage“ (29) leisten wollte. Hier war vom „Raum des Abendlandes“ (33) und der „Mission und Ausdehnung des Abendlandes nach Osten“ (37) die Rede. Die eigentliche Fehlentwicklung sah Aubin im Wilhelminismus angelegt, denn: Deutschland „wagte sich auf das Meer der *Weltpolitik* hinaus“. (52) Typisch scheinen die Sprachregelungen der meisten Historiker für die imperialistische deutschen Politik durch: „Nicht die Tatsachen berechtigten, aber Worte gaben Anlaß, den Deutschen das Streben nach Vorherrschaft in Europa zuzuschreiben (...) Das Bild des nach Hegemonie dürstenden Deutschland war geprägt.“ (55) Dem folgte die durch die Blocklogik der Gegenwart begründete Kritik der internationalen Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Infolge des „Sieges des Bolschewismus“ (56) habe sich Russland selbst aus Europa zurückgezogen und nicht mehr als Bestandteil des Abendlandes definiert. „Damit ge-

²⁸ Die folgenden in Klammern gesetzten Ziffern im Text beziehen sich sämtlich auf Seitenangaben des ersten Bandes der „Schicksalsfragen“ (wie Anm. 1); Kursivierungen sind aus dem Originaltext übernommen worden.

wann der Ostrand der abendländischen Welt, dem hier zum mindesten die Schildwache zufiel, erhöhte Bedeutung.“ (56) Die durch die Pariser Vorortverträge bedingte

„Herausdrängung der Deutschen aus den Randstaaten nach 1918 [sei] als eine Schwächung von deren abendländischer Widerstandskraft für den Fall zu verzeichnen, dass Russland in Erinnerung an das zaristische Großreich, oder um die kommunistische Weltrevolution voranzutreiben, die Grenzen überschreiten würde, die auch ihm aufgezwungen worden waren.“ (57)

Vor diesem Hintergrund lesen sich die knappen Ausführungen zur „Episode des Nationalsozialismus“ (58) nicht als eine prinzipielle, sondern als eine im Blick auf die außenpolitische Strategie formulierte Kritik, die zunächst sogar die Einverleibung des so genannten „Sudetenlandes“ als gerechtfertigt ansah:

„In der Entscheidung der Münchner Konferenz von 1938 lag neben dem Ausweichen vor härterem Entschluß und dem Nachgeben der tatsächlichen Machtverteilung auch ein Stück Eingeständnis der Westmächte, dass Zugeständnisse an das deutsche Volk zur internationalen Ausgleichung notwendig und berechtigt seien.“ (58)

Die in demoskopischen Erhebungen vor allem der US-Besatzungsmacht nach 1945 notorisch ermittelte Zustimmung zur Formel, dass der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen sei, die nur schlecht ausgeführt wurde, klingt leicht abgewandelt bei Aubin auf, wenn er feststellt, der nationale Gedanke sei „von Hitler verleugnet, verkehrt und verspielt worden. Er hat den nationalen Gedanken sogleich verfälscht durch das Verlangen, seinem Volke die natürlichen Lebensgrundlagen im eigenen Staatsraum zu sichern. Das bedeutete Unterwerfung fremder Völker.“ (60) Als Ergebnis einer verfehlten Politik sei nun „aber zugleich die Ostgrenze des Abendlandes als einer politischen Gesinnungs- und manchmal auch Handelsgemeinschaft dorthin zurückgeworfen [worden], wo sie unter Karl d. Gr. gestanden hatte.“ (61) In elegischem Tonfall fuhr Aubin fort: „Jetzt ist alles verloren, was die abendländische Gemeinschaft binnen tausend Jahren hinzugewonnen und durch Bande gleichgestimmter Gesittung zusammengeschlossen hatte.“ (62)

Der Beitrag von Gerhard Leibholz betonte einleitend: „Volk und Nation sind nicht dasselbe.“ (64) Sein Kolleg hob darauf ab, die Bedeutung festgefügtter staatlicher

Grenzen, wie sie von 1871 bis 1945 trotz einiger Gebietsveränderungen bestanden hatten, für die Definition des Volkes zu relativieren:

„Neben der gemeinsamen Abstammung und dem gemeinsamen Raum sind es die gemeinsamen kulturellen Güter, wie die gemeinsame Sprache, das gemeinsame kulturelle Leben, die gemeinsame Literatur, die gemeinsame Kirche, die das natürliche Volk aus seiner naturhaften elementaren Wertgemeinschaft zusammenschließen und eine konkret-individuelle geschichtliche Gestalt annehmen lassen. Schließlich sind es aber auch noch die gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen, die ihrerseits integrierend wieder auf die Völker zurückwirken und diese von sich aus zu einer Einheit zusammenschließen. Dabei mag es sein, ist aber nicht notwendig, dass diese gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen in einem staatlichen Verbandsverband gesammelt werden.“ (66)

Eben diese Feststellung war zentral für die politische Bildungsarbeit in der Bundesrepublik, deren Regierung – und Opposition – die Festlegungen der Grenzen im Osten ebenso wenig anerkannte, wie es Gustav Stresemann in Locarno getan hatte. Allerdings, und hier unterschied sich die Argumentation von Leibholz von derjenigen Aubins:

„Im übrigen hat Hitler dadurch, dass er (...) die deutschen Minderheiten außerhalb der deutschen Staatsgrenzen als Sprengpulver für die national nicht homogen zusammengesetzten, osteuropäischen Staaten verwandt hat, dem Versuch, den radikalen Konsequenzen des nationalstaatlichen Prinzips durch Entwicklung eines nationalen Minderheitenrechts zu begegnen, den Todesstoß versetzt. Durch seine Politik ließ er diesen Staaten die Handhabe, ihre nationale Gleichartigkeit durch Liquidation, das heißt Austreibung der deutschen Minderheiten, sicherzustellen.“ (74)

Das qualitativ Neue der internationalen Situation sah Leibholz darin, dass die Frage der Nation insgesamt keine erstrangige Rolle mehr spiele:

„Die heutige Gestalt des positiven Völkerrechts wird aber der politischen Wirklichkeit nicht gerecht. Denn diese wird entscheidend dadurch bestimmt, dass die Welt in zunehmendem Maße dahin tendiert, *eine* Welt zu werden. (...) Heute erscheint die Erhaltung des Friedens wichtiger als die Erhaltung der nationalstaatlichen Souveränität, so wie diese sich im Zeitalter des Nationalstaates entwickelt hat.“ (80)

Am Ende gelangte Leibholz zu der bemerkenswerten Bestimmung, man lebe nun in „einem primär ideologischen Zeitalter“ (84) – eine Kennzeichnung, die seine Mitautoren nicht übernahmen.

Der zweite Teil enthält eine Sammlung von elf Aufsätzen, deren lockere Anordnung sich dem Leser nicht unmittelbar erschließt. Arnold Bergstraesser leitete diesen Teil mit einem Beitrag „Geschichtliche Kräfte im Gesellschaftsaufbau der Vereinigten Staaten“ ein. Seine auch an anderen Orten vielfältig publizierten Ressentiments gegenüber dem amerikanischen Liberalismus und die Hervorhebung eines tiefen kulturellen Grabens zwischen Europa und Amerika einschließlich unsinniger Behauptungen wie jener, in den USA gebe es „Tendenzen zur *Entfaltung einer klassenlosen Gesellschaft*“ (97), und der gleichzeitigen Stigmatisierung der amerikanischen als seelenloser Erwerbsgesellschaft, in der es „weit verbreitet [sei] den ‚Wert‘ eines Individuums in Dollar auszudrücken“ (103), leiteten am Ende doch zur Feststellung: „Die letzten Grundfragen der Daseinsgestaltung des Menschen im 20. Jahrhundert sind diesseits und jenseits des Ozeans dieselben: Eben darum kann unsere Begegnung mit dem Amerika von heute so fruchtbar sein.“ (111) Damit war der alte Gegensatz von Kultur und Zivilisation [Amerika] zwar nicht verabschiedet, trat aber hinter die gemeinsame Problemlagen in der Moderne zurück.

Ein Aufsatz des Bonner Historikers Max Braubach über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ließ einige Ausführungen von Aubin konkretisierend wiederholen. Es sei zwar nicht falsch, dass Hitler „zum mindesten die unmittelbare Vorgeschichte“ (112) mit seinem Willen zur gewaltsamen Durchsetzung der Ziele des Deutschen Reiches bestimmt habe; allerdings, so fuhr Braubach fort, werde „man nicht sagen können, dass *alle* Umstände, die zu dem zweiten Weltkrieg führten, als geklärt betrachtet werden konnten.“ (112f.) Letztlich, so fasste er die überwiegende Meinung der deutschen Historikergunft zusammen, sei als ursächlich der „verhängnisvolle Fehler“ (114) von Versailles anzusehen, durch den „vor allem an der *deutschen Ostgrenze* Verhältnisse geschaffen wurden, die unerträglich waren und Revisionsbestrebungen geradezu herausforderten.“ (Ebenda) Auch bei Braubach begegnet die zeitspezifisch pflichtmäßige Apologie der Annektierung des „Sudetenlandes“, die „nicht ohne Schuld der tschechischen Regierung“ (122) möglich gewesen wäre. Und selbst am Überfall auf Polen 1939 hätten die östlichen Nachbarn indirekt mitgewirkt:

„Inzwischen hatte Hitler bereits begonnen, den Bruch mit Polen diplomatisch und agitatorisch vorzubereiten, wobei ihm übrigens die nicht minder aggressiv werdenden Polen in die Hände arbeiteten.“ (132f.)

Von den Ursachen des Zweiten Weltkriegs sprang Martin Drath zur „sowjetischen Gesellschaftstheorie unter Berücksichtigung ihrer Revolutionstheorie“. Drath forderte zunächst – ein Jahr nach dem Verbot der KPED – die Anerkennung der Notwendigkeit einer geistigen Auseinandersetzung:

„Das kommunistische Gedankengut ist auch in der Bundesrepublik nicht tot; es kann uns jederzeit offen oder versteckt begegnen. Aber wir wissen davon wenig und sind für *geistige Auseinandersetzungen* nicht gerüstet. Das gilt besonders für die Zeit nach der Wiedervereinigung; fast niemand von uns wäre dann den Kommunisten auf diesem Gebiete geistig gewachsen.“ (145)

Eine Alternative zur geistigen Auseinandersetzung gebe es nicht, „mindestens seitdem die „ideologische Front“ zu einer der Hauptfronten des künftigen Kampfes von den Kommunisten selbst erklärt worden ist.“ (159) Das hier zum Ausdruck kommende intellektuelle Bedrohungsgefühl ist in seiner seismographischen Qualität hinsichtlich der zunehmenden Attraktion des Marxismus in allen Schattierungen in den 1960er Jahren durchaus zeittypisch – vor allem im Zeichen des sogenannten Sputnik-Schocks. Der Kontrast des Artikels über die marxistisch-leninistische Lehre und die Betrachtung „Deutschlands jenseits des eisernen Vorhangs“ durch Otto Heinrich von der Gablentz mag konzeptionell gewollt gewesen sein. Der Feststellung, „dass das Regime der SED in keiner Schicht des Volkes den geringsten Rückhalt habe, am wenigsten bei der Arbeiterschaft“ (188), folgte allerdings die Beobachtung einer „wachsenden Kritik an der „Satttheit“ des Westens“ (189). Dass gerade im Beitrag über den anderen deutschen Staat, dessen Benennung als DDR öffentlich verboten war, die (politik-) wissenschaftliche Terminologie immer wieder in eine Propagandasprache übergang, kann nicht übersehen werden: Die Sowjetische Besatzungszone sei „eine sowjetrussische Kolonie mit einer Protektoratsverwaltung aus der `Eingeborenen`bevölkerung“ (193); die SED „müht sich mit viel List und noch mehr Rücksichtslosigkeit, eine Gesellschaft aufzubauen, die eine deutsch-redende Ausgabe der sowjetrussischen Gesellschaft werden soll.“ (194)

Der sachlich-abständige Beitrag von Martin Göhring mit dem Titel „Die Französische Revolution und der moderne Staat“, einer jener Aufsätze, die offenbar eher zufällig in den Band gelangt waren, informierte über deren historisch erstrangige Bedeutung: Letztlich, so Göhring, seien in der Phase der Herrschaft des Wohlfahrtsausschusses bereits alle „sehr modernen Züge (...) der totalitären Demokratie“ (239) sichtbar geworden.

Eher den Generalstabsoffizier als den allgemein historisch interessierten Leser ansprechend kam der Aufsatz von Walther Hubatsch daher. Er konstatierte, dass „im deutschen militärpolitischen Schrifttum bisher keine Lehre vom Bündniskrieg entwickelt worden ist“ (245), obwohl die Koalitionskriegführung „*Voraussetzung* für die preußisch-deutschen Heereserfolge des 19. Jahrhunderts“ (247) gewesen sei. Mit Blick auf den Ersten Weltkrieg sei „zu fragen, wo eine Zusammenfassung der Anfang 1916 noch verhältnismäßig hohen Kampfkraft der Mittelmächte sinnvoll gewesen wäre.“ (254) Wie der Erste wird auch der Zweite Weltkrieg allein aus militärstrategischer Sicht bewertet und auch hier obwaltet rein immanente Kritik, wenn es etwa heißt: „Die Beratung italienischer Befehlshaber durch deutsche Dienststellen oder Chefs war nicht immer glücklich.“ (258)

Ein neuralgisches Thema für die historische Legitimation der Bundeswehr traktierte Erich Kaufmann unter der Überschrift: „Warum konnte der Krieg zum Verbrechen erklärt werden?“ In einer Mischung von historischer Betrachtung und juristischer Diktion wird eine Zeit in Erinnerung gerufen, „in der die amerikanische Politik, vor, während und nach Jalta, mit der russischen, nicht zum Heile der Welt, zusammenging“ (273) und in der ein „interalliiertes Okkupationsgericht“ (275) installiert wurde, das auf der Grundlage richtete, dass mit dem „Begriff des Angriffskrieges wesentlich ein *politischer* Begriff“ (282f.) bemüht wurde; eine solche indolente Ablenkungsargumentation jenseits der Fakten war noch Ende der 1950er Jahre staats-offizielle Auffassung.

Der Beitrag des Frühneuzeitlers Gerhard Oestreich über „Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung im Zeitalter des Absolutismus“, aus unerfindlichen Gründen hinter den erwähnten Aufsatz gesetzt, gehörte zu den eher peripheren fachwissenschaftlichen Studien; er ergänzte letztlich die Ausführungen von Martin Göhring: Erst die französische Revolution mit dem gänzlichen Umbruch des Staats- und Menschen-

bildes habe grundlegende Veränderungen geschaffen, „die zu einer neuen Wehrordnung und zu einem neuen Leitbild des Soldaten führten.“ (320)

Es folgt eine Abhandlung von Georg von Rauch über das „sowjetische und sowjetzonale Geschichtsbild“, in der zum einen die Bekräftigung der Kontinuität kommunistischer Strategie auch nach dem 20. Parteitag hervorgehoben wurde: „In Wirklichkeit sind die weltrevolutionären Tendenzen niemals von den Sowjets aufgegeben worden. Nach wie vor hält der Bolschewismus an der marxistischen Zukunftsverheißung in globalem Rahmen fest.“ (323) Zum anderen wird die „*Synthese zwischen nationalen und marxistischen Elementen*“ (327) seit den 1930er Jahren betont. „Im Ergebnis stellt sich die sowjetische Geschichtsbetrachtung als ein grandioser Versuch dar, durch eine neue Interpretation der Weltgeschichte, die Moskau in das Zentrum nicht nur der osteuropäischen, sondern auch der universalen Entwicklung rückt, der Weltrevolution einen neuen Weg zu bahnen.“ (333) Für die Geschichtsauffassung der DDR, die daran anschließend skizziert wird, seien „Slawisierungstendenzen“ (337) kennzeichnend. Georg von Rauch bekannte sich im Übrigen eindeutig als christlicher Antipluralist, wenn er formulierte: „Es wird darauf ankommen, dem marxistischen Geschichtsbild eine Geschichtsauffassung entgegenzuhalten, die ihm an Universalität nicht nachsteht, zugleich aber seine diesseitige Eschatologie durch eine transzendente zu überwinden imstande ist.“ (347) Dem bolschewistischen Geschichts- und Menschenbild und dem marxistischen Materialismus könne „einzig und allein die Macht Gottes in Gestalt der christlichen Verkündigung entgentreten.“ (348)

Dem Doyen der deutschen Historiker, Gerhard Ritter, war es vorbehalten, ein zentrales Element der Traditionsbildung der neuen Bundeswehr unter dem Titel „Der 20. Juli 1944: Die Wehrmacht und der politische Widerstand gegen Hitler“ zu interpretieren. Mit den Grundsätzen der Inneren Führung, immerhin der militärischen Verfassung der neuen Armee, hatte es denkbar wenig zu tun, wenn Ritter einleitend als zeitloses Soldatengesetz hervorhob: „Normalerweise kann die Stellung der Wehrmacht im Staate keine andere sein als die eines unbedingt gefügigen Werkzeugs im Dienst öffentlicher Ordnung im Inneren und militärischer Sicherung nach außen.“ (350) Seine apologetische Skizze der preußisch-deutschen Militärgeschichte mündete in der Behauptung, dass bis hinunter in die Provinz „die höheren Ränge des Offizierskorps – bis

auf den einen Reichenau – sich bis 1932 von der Bewegung ferngehalten“ (357) hätten: „Die Weimarer Republik ist nicht von politisierenden Generälen zu Fall gebracht, sondern von einer echten Volksbewegung überrannt worden.“ (358) Diese in der Historikerzunft noch dominierende These von der Machtergreifung der – wiederum von einem Dämon verführten – Massen ließ die Taten einer militärischen Elite in noch gleißenderem Licht erscheinen. Seine Wortwahl zeigte die Absicht der Exkulpation der militärischen Führung:

„Was dann alles an Schandtaten während des Krieges in den besetzten Gebieten geschah, teilweise unter den Augen der Armee-Oberkommandos, und was ihnen selbst seit dem Russenfeldzug von Hitler an brutalen Gewalttaten zugemutet wurde, ist zu bekannt, um einer neuen Aufzählung zu bedürfen. Manches, wie die Ermordung von Millionen jüdischer Menschen, die Scheußlichkeiten der Konzentrationslager oder die Massentötung von Geisteskranken wird den Generälen ebenso wenig oder nur ebenso fragmentarisch zu Ohren gekommen sein wie den meisten Zivilisten.“ (363)

Gegenüber den Nationalsozialisten, „Verbrechern von abnormer Geistesart“, gerieten schließlich die „moralischen Grundlagen militärischer Gehorsamspflicht ins Wanken. Es wurde Pflicht, nicht dieses Regiment zu stützen, sondern Deutschland sobald wie möglich davon zu befreien.“ (363f.) Allerdings beließ es Ritter nicht bei der moralischen Empörung, es habe „ein zweites Motiv: die radikale *Ablehnung der Kriegspolitik Hitlers*“ (365) gegeben. „Der ganze Sinn ihres Unternehmens war ja doch, dass die große militärische Katastrophe, das Unglück Deutschlands, durch einen rechtzeitigen inneren Umsturz abgewendet und der Krieg zu Ende gebracht werden sollte, ehe es zu spät war.“ (371) Und auch bei diesem Thema wurde nicht darauf verzichtet, Deutschlands Kriegsgegnern einen Teil der Verantwortung aufzubürden, hier für die mangelnde Unterstützung des militärischen Widerstands: „Es ist nicht zu beweisen, doch sehr wahrscheinlich, dass sich diese Entwicklung noch schneller und noch entschiedener vollzogen hätte, wenn nicht auf die Katastrophe von Stalingrad unmittelbar die unglückselige Erklärung von *Casablanca* gefolgt wäre: die Alliierten würden unter allen Umständen bis zur *bedingungslosen Kapitulation* Deutschlands weiterkämpfen.“ (374) „Über Europa hängt seitdem der Schatten der bolschewistischen Weltmacht. Sie ist erst in diesem letzten Kriegswinter tief in

Deutschland eingebrochen und über die Karpatenpässe bis in die Ebenen Ungarns vorgezogen.“ (375)

Im letzten Beitrag über „Europäische Ostpolitik in der Geschichte“ kehrte Georg Stadtmüller wieder zum Ausgangspunkt seines akademischen Lehrers Aubin zurück, der den Band eingeleitet hatte. Von der „kulturellen Überlegenheit der christlichen Völker“ (386) gegenüber Slawen und Madjaren und vom „Vorfluten des Deutschtums nach Osten“ (389) ist hier in einer Weise die Rede, die diese Ausführungen nicht als fern zurückliegende Geschichte, sondern als Problem der Gegenwart begreifen lassen sollten. Immer noch gelte es, die „große Ostfront des Abendlandes“ (391) zu bilden.

Betrachtet man zusammenfassend diesen ersten Band der „Schicksalsfragen der Gegenwart“, so bezog sich eine kritische Sicht auf die deutsche Geschichte lediglich, dies allerdings in mitunter radikalen Formulierungen, auf die nationalsozialistische Führung und das „Dritte Reich“ als Regime wie von einem fernen Stern. Auffällig ist daneben die durchgängige Kritik an den neuen Verbündeten im Westen, die im Zweiten Weltkrieg nicht begriffen hätten, dass sie sich mit dem Teufel verbündet hatten. Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus erhielt allerdings unterschiedliche, sich ergänzende Akzentuierungen; vorherrschend wurde er als bloße Fortsetzung des tausendjährigen Kampfes zwischen Abendland und „Osten“ gesehen, daneben erschien der Kommunismus als auch für den Westen gefährliche Revolutionslehre, die ernsthaft zu studieren sei.

Tendenzen der rezensierenden Kritik

Wie weitgehend tabuisiert der antibolschewistische Konsens war, zeigt sich bei Betrachtung der Aufnahme der „Schicksalsfragen der Gegenwart“ in der Öffentlichkeit. Die von den Ostforschern vorgegebenen Prämissen wurden in kaum einer Rezension inhaltlich auch nur ansatzweise in Frage gestellt. Gemäß der Freund-Feind-Logik des Kalten Krieges stammte die gegnerische Kritik aus der DDR, allerdings nicht in der Öffentlichkeit, sondern in einer unveröffentlichten Dissertation an der Humboldt-Uni-

versität.²⁹ In der Publikation seien die „wesentlichen Züge der Kriegsideologie des deutschen Imperialismus“ (S. 7) entwickelt; das Handbuch solle helfen, „die Söhne und Töchter der herrschenden Klasse im Geiste ihrer Väter, also antisozialistisch und antidemokratisch zu erziehen“ (Ebenda), und habe die Aufgabe, „die westdeutsche NATO-Armee ideologisch auf den Bruderkrieg vorzubereiten.“ (S. 10)

Die Rezensionen in der Bundesrepublik, die zum größten Teil nach Erscheinen des ersten Bandes erfolgten, lassen sich in drei Richtungen einteilen. In der ersten Abteilung finden sich jene, die eine offenbar vorliegende Pressemitteilung paraphrasierten oder daran anknüpfend positive Aspekte besonders hervorhoben. Dass die Militärpresse dabei voranging, verwundert nicht. In der „Truppenpraxis“ hieß es: „Es werden tatsächlich Schicksalsfragen angefasst, und zwar von Männern, von denen jeder in seinem Gebiet zuständig ist.“³⁰ Auch die Zeitschriften für Pädagogik, Erwachsenenbildung und Bibliothekswesen rezensierten meist positiv.

Der Aspekt der Wissenschaftlichkeit wurde allenthalben hervorgehoben, angefangen bei einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur, in dem es hieß, dass sich das Werk „an den geistig anspruchsvollen Vorgesetzten“ richte, den eine „Vielzahl der Auffassungen [zum] eigenen Nachdenken“ anregen sollten.³¹ Bodo Scheurig zeigte sich in der „Süddeutschen Zeitung“ sogar überrascht, dass sich der „naheliegende Verdacht“ der Propaganda nicht bewahrheitet habe.³² In „Wort und Wahrheit“ hieß es, der Inhalt biete „freudige Überraschungen am laufenden Band. Selten [könne] man in Deutschland so viel politischen Takt bei so wenig Schönrederei finden.“³³ Die Ausführungen von Braubach und Ritter, die heute wohl weithin wegen ihrer apologetischen Akzente als anstößig empfunden würden, galten sogar als mutige Stellungnahmen gegen rechtsextreme Stimmen. Hier sah der ehemalige Rektor der Hamburger Universität im „Dritten Reich“, Gustav Adolf Rein, klarer, der in seiner positiven Besprechung die moralische und juristische Widerlegung des „Nürnberger

²⁹ Albert Pietschmann: Krieg und Frieden in der Ideologie der Bonner Ultras (dargestellt am Beispiel des vom westdeutschen Kriegsministerium herausgegebenen Handbuchs „Schicksalsfragen der Gegenwart“, Bd. I-VI, Berlin (DDR) 1963 (Typoskript).

³⁰ W. Olshausen (Oberstleutnant d.G. a.D.), in: Truppenpraxis 2 (1958), H. 3.

³¹ Erhard Hornig, in: Deutsche Presse-Agentur. Kulturredaktion, 12.8.1957.

³² B. Scheurig: Herausgegeben vom Verteidigungsministerium..., in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.10.1957.

³³ Wolfgang Wagner, in: Wort und Wahrheit 6 (1958), S. 481-483.

Rechts“ durch Erich Kaufmann als intellektuelles Glanzlicht herausstellte.³⁴ Dies ist nur ein Hinweis auf die zahlreichen Elemente der Kontinuität, die bei der Untersuchung der „Schicksalsfragen der Gegenwart“ als eines Dokuments der Gedankenwelt der Bundeswehr und darüber hinausgehend der hegemonialen zeitgeistigen Diskurse auffallen – in eben jener Phase, als die Bundesrepublik in eine lang anhaltende Transformation ihrer Gesellschaft, Politik und Kultur steuerte.

³⁴ G.A. Rein, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau. Zeitschrift für die Europäische Sicherheit 7 (1957), S. 719-721, hier S. 721.

Dietmar Hüser

Fußball, Politik und Identität an der Saar nach dem Zweiten Weltkrieg – Was heißt und zu welchem Ende studiert man Sportgeschichte?

Kleines Land, „unschuldiger“ Sport und „Große Politik“

Die Geschichte, um die es auf den folgenden Seiten geht, handelt von einem kleinen Land, von der „Großen Politik“ und vom „unschuldigen“ Sport. Von einem kleinen Land zunächst, der Saar. Dort lebten in den frühen Nachkriegsjahren rund 750.000 Menschen, immerhin zweieinhalb Mal so viele wie im benachbarten Luxemburg, allerdings gut fünfzig bzw. sechzig Mal weniger als in Frankreich oder Westdeutschland. Und dies auf einer Fläche von weniger als 2.000 Quadratkilometern, was etwa einem Drittel der Durchschnittsfläche französischer Departements in der Metropole entspricht.¹

Dann von der „Großen Politik“, weil doch dieses kleine Land an der Saar, weil doch dieser deutsch-französische Grenzraum wegen seiner schwerindustriellen Ressourcen gewisse Begehrlichkeiten weckte. Wie schon 1918 „avancierte“ die Saar auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem Objekt internationaler Verhandlungen und Friedensregelungen unter den Siegermächten und diente letztlich dazu, die Ansprüche Frankreichs nach vier Jahren deutscher Besatzung, Verbrechen und Ausbeutung im eigenen Land zumindest ansatzweise wirtschaftlich, vor allem aber politisch-symbolisch zu befriedigen.²

Und schließlich handelt es sich um eine Geschichte vom „unschuldigen“ Sport. Vom modernen Massensport und seinen Verbänden, die sich selbst seit den Anfängen – und dies aus guten Gründen – als „unschuldig“, als „unpolitisch“ und „neutral“ verstehen

¹ Zur Saargeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Rainer Hudemann / Raymond Poidevin (Hrsg.): Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992; Edwin Dillmann / Richard van Dülmen (Hrsg.): Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945-1995, St. Ingbert 1996; Armin Heinen: Saarjahre. Politik und Wirtschaft an der Saar 1945-1955, Stuttgart 1996; Rainer Hudemann / Burkhard Jellonnek / Bernd Rauls (Hrsg.): Grenz-Fall – Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland, St. Ingbert 1997; Paul Burgard / Ludwig Linsmayer: Der Saarstaat - L'Etat sarrois, Saarbrücken 2005; Ludwig Linsmayer (Hrsg.): Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2007.

² Vgl. Dietmar Hüser: Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg – Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld, in: Hudemann / Jellonnek / Rauls (wie Anm. 1), S. 97-120.

wollten, die faktisch aber fortwährend in einem Spannungsverhältnis agierten zwischen sportlicher Neutralitätswahrung auf der einen Seite und gegebenen politischen Rahmenbedingungen bzw. konkreten politischen Instrumentalisierungsansinnen auf der anderen.³

Die Geschichte des Saar-Fußballs zwischen 1945 und 1955 ist eine solche Geschichte im Spannungsfeld von Sport und Politik.⁴ Konkret die Geschichte des Versuchs, die politische Autonomie der Saar sportlich-institutionell wie auch sportlich-emotional zu festigen, zunächst durch frühes Gewährleisten eines fußballerischen Spielbetriebs auf hohem Niveau, dann durch organisatorisches Einbinden des Saar-Fußballs in französische Verbandsstrukturen und später durch ein Europäisieren bzw. Internationalisieren des Problems. Und dies mit einer doppelten Zielbestimmung. Nach außen galt es, den autonomen Status der Saar und damit die politische Loslösung von Deutschland noch sichtbarer zu machen und weltweit zu dokumentieren. Nach innen den Rückhalt für das Regime dauerhaft abzusichern, die Akzeptanz bei den Menschen zu stärken und auf diese Art und Weise ein sportliches „Saar-Sonderbewusstsein“, eine quasi „autonome“ Saar-Identität zu befördern.⁵

Eine Geschichte im Spannungsfeld von Sport und Politik also, zugleich – das sehen wir dann – die Geschichte eines doch weitgehend gescheiterten Vereinnahmungsversuchs des Sports durch die Politik. Denn mehr als fünf Jahre bevor sich die politisch-administrative Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik am 1. Januar 1957 vollzog, spielten die Spitzenteams an der Saar schon wieder in der Oberliga Südwest, allen voran der 1. FC Saarbrücken, der im Juni 1952 gar im Endspiel um die deutsche Meisterschaft gegen den VfB Stuttgart stand und knapp verlor.

Demokratische Gesellschaft, politische Autonomie und regionale Identität

Die zögerlichen Pariser Saarplanungen bei Kriegsende wiesen eine Konstante auf:

³ Vgl. allgemein Jeffrey Hill: Sport and politics, in: Journal of Contemporary History 38 (2003), S. 335-361; Allen Guttman: Sport, politics and the engaged historian, in: Ebenda, S. 363-375.

⁴ Der Saarsport in der „Franzosenzeit“ bietet noch zahllose offene Forschungsfelder trotz der detailreichen Darstellung von Wolfgang Harres: Sportpolitik an der Saar 1945-1957, Saarbrücken 1997; zuletzt Volker Bernardi / Martina Fischer / Peter Meyer: Olympische Geschichte des Saarlandes, Blieskastel 2004.

⁵ Persönliches Schreiben von Gilbert Grandval an Außenminister Robert Schuman: Orientation du sport sarrois, 4.6.49, Archives Privées de Gilbert Grandval (APGG), St. Cloud, dossier 8, sous-dossier Sport.

Ökonomisch sollte das schwerindustrielle Potential des Gebiets dem Wiederaufbau und der Modernisierung in Frankreich zugute kommen, politisch sollte es einen wie auch immer gearteten Sonderstatus außerhalb Deutschlands erhalten. Verglichen mit der Ruhr, die Frankreich in den späten 1930er Jahren als weltweit größtem Kohleimporteur zwei Drittel seines Bedarfs lieferte, blieb die „kleine“ Saar mit seinen quantitativ wie qualitativ bescheideneren Vorkommen für den Quai d'Orsay zunächst ein Randthema. Das Vorgehen, das die französische Diplomatie seit Sommer 1946 wählte, bestand aus „*demi-mesures*“⁶, aus Mittelwegsmaßnahmen zwischen Alleingang und Nichtstun. Erst 1947/48, als sich die Fronten auf der internationalen Bühne auch offiziell klärten, avancierte das Gebiet dann zum Symbol einer auch territorial halbwegs erfolgreichen Deutschlandpolitik für eine weiterhin massiv germanophobe französische Öffentlichkeit.⁷ Und nun begannen sich die allgemeinen Vorhaben zu konkretisieren, im wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich wie auch in der politischen Autonomie samt eigenständiger Verfassung.

Wichtigste Protagonisten des Autonomiekonzepts für die Saar waren auf saarländischer Seite der christdemokratische Ministerpräsident Johannes Hoffmann, auf französischer Gilbert Grandval, der zunächst als Militärgouverneur, dann als Hoher Kommissar, später als Botschafter mit Nachdruck daranging, den Menschen vor Ort die Attraktivität Frankreichs vor Augen zu führen, die Autonomie gegenüber Deutschland emotional zu unterfüttern und einer Art „kultureller Nationsbildung“ der Saar den Weg zu ebnen. Sport ganz allgemein, nicht natürlich als paramilitärisch gehandelte Sparten wie Schießen, Fechten, Boxen oder auch Geräteturnen, wohl aber Ballsportarten und besonders der massenwirksame Fußball besaßen innerhalb der französischen Besatzungs- und Demokratisierungspolitik hohen Stellenwert.

Einmal erschienen diese Sportarten als Investition in eine demokratischere Zukunft, deren Förderung eine wesentliche Komponente der breit angelegten französischen Kulturoffensive im deutschen Südwesten bildete.⁸ Sportliche Aktivitäten sollten dazu

⁶ Vgl. Hervé Alphand: Note, Problèmes allemands, 18.7.46, Archives Nationales (AN), Paris, Archives privées et familiales, Georges Bidault 457 AP 60.

⁷ Vgl. Hüser (wie Anm. 2), S. 101, 118-119.

⁸ Vgl. Stefanie Woite-Wehle: Zwischen Kontrolle und Demokratisierung. Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1951, Schorndorf 2001; Dies.: Entpolitisiert – entmilitarisiert. Der südwestdeutsche Sport unter französischer Besatzung 1945-1950, in: Momente – Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg 3/4 (2003), S. 43-49.

beitragen, gerade der Jugend ein verändertes Wertesystem zu vermitteln, fernab von preußisch-großdeutschen und nationalsozialistischen Prägungen. Nicht nur im Bereich des Breitensports kam es bereits seit Dezember 1945 zu zahllosen lokalen Vereinsgründungen auf der Basis des Omnisport-Prinzips. Auch im Bereich des Spitzenfußballs an der Saar erfolgte nach rigoroser Säuberung seit der Jahreswende 1945/46 die Wiederaufnahme eines geregelten Spielbetriebs innerhalb der Nordgruppe der damaligen Oberliga-Südwest.⁹

Zum anderen galt es – und darum soll es im Folgenden gehen –, den Saar-Sport für die Autonomiepolitik zu nutzen und organisatorisch aus deutschen Strukturen herauszulösen. Neuerlich wurde damit „harmloser Sport“ zum Vehikel „Großer Politik“, besonders die spielstärksten Fußballmannschaften der Region, die sportlich einiges zu bieten hatten und potenziell als Aushängeschilder fungieren konnten. Noch 1943 hatte schließlich das beste Saarbrücker Team, das nun 1. FC Saarbrücken hieß, im Endspiel um die deutsche Meisterschaft gegen den SC Dresden gestanden. Und fast nahtlos schien der Verein an solche Erfolge der jüngsten Vergangenheit anknüpfen zu wollen, gingen doch 1946 die Saarbrücker, Tabellenerster der Gruppe Nord, aus den beiden Endspielen gegen den SV Rastatt, den Spitzenreiter der Südgruppe, als Sieger der ersten Zonenmeisterschaft hervor.¹⁰ Fest stand: der Saar-Fußball sollte sich mehr und mehr zu einem symbolischen Kampffeld entwickeln, auf dem Polit-Akteure das Autonomiekonzept „verhandelten“.

Zwei Phasen sind in diesem Zusammenhang zu unterscheiden. Eine erste Phase der Affiliationspolitik, in der es zwischen Ende 1947 und Sommer 1949 um den Versuch einer vollständigen Einbindung des Saarsports in die französischen Verbandsstrukturen ging. Dann eine – bislang in der sporthistorischen Forschung eher unterbelichtete – zweite Phase der Europäisierung bzw. Internationalisierung des Problems in den Folgejahren, die sich sowohl auf Vereinsebene als auch auf der Ebene einer eigenständigen Saar-Nationalmannschaft nachzeichnen lässt. Doch kommen wir

⁹ Vgl. Hardy Grüne: Enzyklopädie der europäischen Fußballvereine, Kassel 1992, S. 438-439; anschaulich die Schilderungen der ersten Nachkriegsspiele in der Vereinschronik des SV Saar 05 Saarbrücken von Paul Dittscheid: Nach dem zweiten Weltkriege, in: S.V. Saar 05 e.V. 1905-1955, hrsg. vom SV Saar 05 Saarbrücken e.V., Saarbrücken 1955, S. 65-70.

¹⁰ Vgl. Reinhard Klimmt / Herbert Günther (Red.): Die Molschder 1903-2003. 100 Jahre 1. FC Saarbrücken, hrsg. vom 1. FC Saarbrücken, Saarbrücken 2003, S. 38-42, 45.

zunächst zur Affiliationspolitik.¹¹

Sportpolitischer „Anschluss“, fußballerische Erfolge und wachsender Protest

Freundschaftsspiele gegen Vereine aus Frankreich hatte es vermehrt schon seit dem Frühjahr 1947 gegeben. Ein erstes am 27. April im Saarbrücker Stadion Kieselhumes, damals nach einem flämischen Korsaren in Diensten Ludwigs XIV. *Stade Jean Bart* genannt, das im Beisein von Jules Rimet stattfand, dem langjährigen Präsidenten des französischen Fußballverbandes (FFF) wie des Fußballweltverbandes (FIFA). Vor über 20.000 Zuschauern unterlag der 1. FC Saarbrücken gegen das französische Spitzenteam Stade Reims mit 3:5.¹² Weitere Begegnungen folgten, gegen den FC Nancy oder den FC Metz, gegen Olympique Lille, AS Saint-Etienne oder Stade Français Paris. Nicht immer verliefen die Aufeinandertreffen ohne Zwischenfälle. Vor allem kam es durchaus vor, dass die Saar-Teams als Sieger den Platz verließen, was im Quai d'Orsay nicht wirklich auf Wohlwollen stieß und kritische Kommentare provozierte. Die chauvinistische Begeisterung des Saar-Publikums erinnere auf fatale Art und Weise an die Massenaufmärsche zu Adolf Hitlers Zeiten, hieß es dort.¹³

Dabei ging es doch längst um mehr. Denn was Grandval und der Hoffmann-Regierung vorschwebte, das war die sog. „*affiliation*“ des Saarfußballs. Großes Interesse an einer solchen Integration in die französischen Fußballstrukturen zeigten aber auch die leistungsstärksten Saar-Vereine. Schließlich bedeutete die Annahme der Saar-Verfassung Ende 1947 samt Autonomie und Loslösung von Deutschland ein Ausgliedern aus dem deutschen Ligasystem. Mehrere Probleme zeichneten sich damit

¹¹ Zum Fußball an der Saar vgl. Pierre Lanfranchi: Le football sarrois de 1947 à 1952. Un contre-pied aux actions diplomatiques, in: *Vingtième Siècle* 26 (1990), S. 59-65, dt.: Der saarländische Fußball von 1947 bis 1952 – Gegenspieler der Diplomatie, in: Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“ – Das Saarland 1945-1949, hrsg. vom Regionalgeschichtlichen Museum Saarbrücken, Merzig 1990, S. 121-130; Alfred Wahl: La reprise des relations sportives entre la France et l'Allemagne après 1945, in: Rainer Hudemann / Hélène Miard-Delacroix (Hrsg.): Wandel und Integration. Die Pariser Verträge 1954 – Mutations et intégration. Les accords de Paris 1954, München 2005, S. 211-220; Johannes Großmann: Sportpolitik im Saarland 1945-1954, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 31 (2005), S. 509-530.

¹² Vgl. Cornelius Frie: Der Sport im Saarland in der Nachkriegszeit. Olympiamannschaften und Nationalmannschaften unter der Saarflagge, in: Bernard Müller / Jörg Rodenbüsch (Hrsg.): 100 Jahre 1. FC Saarbrücken – Das Fanbuch, Saarbrücken 2003, S. 97-112, hier: S. 101.

¹³ Schreiben der Verwaltungsabteilung im Quai d'Orsay an den Leiter der Abteilung für Jugend und Sport in Saarbrücken, Camille Brissat, 14.5.47, Archives du Ministère des Affaires Etrangères / Centre des archives diplomatiques de Nantes (AMAE Nantes), Haut-Commissariat Français en Sarre, Cabinet, dossier 101: Questions culturelles, jeunesse et sports, Janvier 1946 – Avril 1952.

ab und bedingten sich wechselseitig: ein Mangel an ebenbürtigen Gegnern, ein Verlust an Spielstärke, ein Einbruch in den Zuschauerzahlen, ein Minus in den Vereinskassen.¹⁴ Ein Teufelskreis, der sich mittelfristig nur aufbrechen ließ durch attraktive Fußballspiele und Wettbewerbe auf hohem Niveau. Und wo hätten diese damals sonst stattfinden sollen, wenn nicht in Frankreich.

Seit Ende 1947 widmete sich die Jugend- und Sportabteilung des Hochkommissariats an der Saar der „Affiliationspolitik“, und im April 1948 beschlossen saarländische und französische Sportfunktionäre in Paris, mit sofortiger Wirkung den freien Spielverkehr zwischen Saar-Teams und Mannschaften in Frankreich zuzulassen.¹⁵ Als weitere Schritte folgten zunächst die Gründung des Saarländischen Fußballbundes (SFB) im Juli 1948, dann die Einführung eines Saarland-Pokals mit attraktiven französischen Gegnern sowie die Teilnahme des 1. FC Saarbrücken als Gastmannschaft an der Zweitligameisterschaft 1948/49 in Frankreich. Nach anfänglichen Niederlagen gegen Lille und Nantes fing sich der Saar-Club und erwies sich als überlegenes Team. 59 Punkte bei einem Torverhältnis von 148:50 standen am Ende der Saison zu Buche und machten den 1. FC Saarbrücken mit deutlichem Vorsprung zum inoffiziellen Meister der Zweiten französischen Division.¹⁶

Musste der 1. FC Saarbrücken nicht in die Erste Division aufsteigen? Oder zumindest nun ganz offiziell die Zulassung für den regulären Spielbetrieb der kommenden Saison erhalten? War nicht auf alle Fälle der Weg für den Erfolg der Grandvalschen „Affiliationspolitik“ vorgezeichnet? Weit gefehlt, die „*affiliation*“ sollte am Ende gründlich misslingen. Und dies trotz des dezidierten Einsatzes aller Kräfte der „Großen Politik“, von den saarländischen und französischen Autonomiebefürwortern an der Saar über das Pariser Quay d'Orsay bis hin zum FFF- und FIFA-Vorsitzenden Rimet. In einem persönlichen Schreiben an seinen Außenminister erläuterte Grandval die Situation des Saar-Fußballs und die denkbaren Optionen. Es stelle sich nämlich die Frage, ob es für Frankreich besser sei, die Saarbrücker Mannschaft stünde eines Tages an der Spitze

¹⁴ Vgl. Schreiben Grandval an Schuman, Orientation du sport sarrois, 4.6.49, APGG, dossier 8, sous-dossier Sport. Hinweise dazu auch in zahlreichen Fest- und Jubiläumsschriften von Saar-Vereinen: vgl. z.B. Franz Knoblauch (Red.): 60 Jahre Sportverein Röchling Völklingen, hrsg. vom SV Röchling Völklingen, Völklingen 1966, S. 54-55; Bruno Bouillon / Hans Schiestel (Hrsg.): 90 Jahre Borussia VfB e.V. Neunkirchen - Jubiläumsausgabe 1995, hrsg. vom Borussia VfB e.V. Neunkirchen, Neunkirchen 1995, S. 43.

¹⁵ Vgl. Harres (wie Anm. 4), S. 66-68.

¹⁶ Eine inoffizielle Meisterschaft, die freilich in einschlägigen französischen Statistiken keine Erwähnung findet: vgl. Eugène Saccomano: Mémo foot 95/96, Paris (Editions n°1) 1995, S. 312.

der französischen oder an der Spitze der deutschen Meisterschaft.¹⁷

Doch auf der einen wie auf der anderen Seite hatten sich die Dinge beträchtlich verkompliziert. Denn längst war in Frankreich, besonders in den grenznahen Regionalverbänden im Elsass und in Lothringen, lautstarker Protest gegen eine „*affiliation*“ zu vernehmen. Und längst schienen sich für die Fußball-Funktionäre an der Saar verbandsorganisatorische Alternativen in Westdeutschland anzubahnen. Bald schon – im Juni/Juli 1949 – spitzte sich jedenfalls die sportpolitische „Sommerkrise“ hier wie da massiv zu.

Gründe für Widerstände in Ostfrankreich gab es genug, vieles kam zusammen. Die Furcht vor der fußballerischen Konkurrenz mochte eine gewisse Rolle spielen, waren doch die Kicker von Racing Strasbourg gerade in die Zweite Division abgestiegen und künftige Begegnungen gegen den 1. FC Saarbrücken im Falle eines offiziellen Anschlusses des Saar-Verbandes unvermeidlich. Dahinter steckten freilich in erster Linie die lebendigen Erinnerungen an Krieg, Besatzung, Annexion und Zwangsrekrutierung in einer Zeit, in der gerade im französischen Grenzraum das Unverständnis über anhaltende materielle Probleme ebenso gang und gäbe war wie die Klage über bessere Lebensverhältnisse an der Saar.¹⁸ Erinnerungen darüber hinaus an das – so empfundene – eindeutig „Preußisch-Deutsche“ der Saarländer, an die massive Mehrheit für Deutschland – und Hitler – bei der Volksabstimmung 1935 und auch an die Zwangsbegegnungen von Mulhouse, Colmar oder Metz mit Saar-Mannschaften in den Gauligen nach 1940.¹⁹

In der Verbandsspitze des Saar-Fußballs waren die Hintergründe wachsender Skepsis, was eine „*affiliation*“ anging, weniger vergangenheitsorientiert als vielmehr zukunftsgerichtet. Erste gangbare Optionen begannen sich am Horizont abzuzeichnen, nachdem am 10. Juli 1949 der Deutsche Fußballbund mit vielen alten Köpfen neu auf den Plan trat, mit Peco Bauwens als erstem Vorsitzenden beispielsweise, wenige Jahre zuvor noch als Mitglied im Exekutivkomitee der FIFA zumindest anfänglich Befürworter

¹⁷ Schreiben Grandval an Schuman, Orientation du sport sarrois, 4.6.49, APGG, dossier 8, sous-dossier Sport.

¹⁸ Vgl. Rapports des Préfets (RP) Moselle, 4.11.46, AN F1cIII 1222; RP Bas-Rhin, Avril 1946, AN F1cIII 1224; RP Moselle, 3.6.47, AN F1cIII 1302; RP Moselle, 9.11.49, Ebenda.

¹⁹ Für das annektierte Moseldepartement vgl. Michel Laurent: Histoire du football en Lorraine, Nancy 1984, S. 26-28.

nationalsozialistischer Gleichschaltungspläne für den Weltfußballverband.²⁰

Die entscheidenden Sitzungen, in denen es für die Affiliationspolitik um alles oder nichts ging, brachten eindeutige Mehrheiten.²¹ Zunächst votierte Ende Juni 1949 die Generalversammlung der Elsässischen Liga einstimmig gegen die Aufnahme der Saarvereine. Am 17. Juli dann sprach sich die Vollversammlung des Saarländischen Fußballbundes in Sulzbach mehrheitlich – mit 601 zu 299 Stimmen bei 55 Enthaltungen – gegen einen Beitritt zur *Fédération Française du Football* aus²², ein Beschluss, den die Metzger Tageszeitung *Le Lorrain* süffisant als „kleine Volksabstimmung“ skizzierte, mit wenig überraschendem Ergebnis zugunsten Deutschlands.²³

Auffällig waren die innerregionalen Einschätzungsunterschiede im SFB, denn anders als die grenzfernen empfanden doch zahlreiche grenznahe Clubs die „*affiliation*“ als einen Vorteil, und gerade spielstarke Vereine in unmittelbarer Grenzlage waren es, die in den Tagen nach dem ablehnenden Votum direkte Aufnahmeanträge an die FFF stellten.²⁴ Allerdings schob am 23. Juli der FFF-Nationalrat dem Einbinden von Saar-teams in den regulären französischen Spielbetrieb endgültig einen Riegel vor: bei sieben Enthaltungen der Vorstandsmitglieder stimmten sämtliche 354 Delegierten dagegen und ließen anschließend Jules Rimet nach dreißigjähriger Präsidentschaft bei der Teil-Neuwahl des Vorstands durchfallen. „*En parfait citoyen*“ hatte sich Rimet nach Gesprächen im Quai d'Orsay dem nationalen Saarinteresse – und damit den Wünschen der „Großen Politik“ - nicht verschließen wollen.²⁵

Das Affiliationsprojekt – soviel war nach den Abstimmungsergebnissen klar – stand nicht mehr auf der französisch-saarländischen Agenda. Grandval empfand dies als gewaltigen Prestigeverlust Frankreichs, zugleich als Vorentscheidung für eine unvermeidliche Rückkehr des Saarsports in westdeutsche Sportstrukturen und das Ende der politischen Saar-Ambitionen Frankreichs.²⁶ Mitverantwortlich für das Desaster war

²⁰ Vgl. Christiane Eisenberg / Pierre Lanfranchi / Tony Mason / Alfred Wahl: FIFA 1904-2004. 100 Jahre Weltfußball, Göttingen 2004, S. 277-278; differenziert zu Peco Bauwens zuletzt Franz-Josef Brüggemeier: Zurück auf dem Platz. Deutschland und die Fußball-Weltmeisterschaft 1954, Stuttgart 2004, S. 30-35; Nils Havemann: Fußball unterm Hakenkreuz. Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz, Frankfurt a. M. / New York 2005, S. 244-254.

²¹ Vgl. Lanfranchi (wie Anm. 11), S.124-127.

²² Vgl. „Les deux tiers des footballeurs sarrois hostile à toute affiliation à la Fédération française du football“, o.A., in: *Le Lorrain*, 20.7.49, AMAE Paris, Europa 1944-1960, sous-série Sarre, dossier 322: Jeunesse et Sports.

²³ Schreiben Grandval an Schuman, Orientation du sport sarrois, 4.6.49, APGG, dossier 8, sous-dossier Sport.

²⁴ Aufschlussreich Großmann (wie Anm. 11), S. 520.

²⁵ Vgl. Wahl (wie Anm. 11), S. 218-219.

²⁶ Vgl. Rücktrittsschreiben Grandval an Schuman, 26.7.49, APGG, dossier 8, sous-dossier Sport.

seines Erachtens die mangelnde Unterstützung des Außenministers sowie der unzureichende Druck, den Paris über die präfektoralen Behörden auf die elsässischen Fußballoberen ausgeübt habe. Verglichen mit anderen Aspekten der Saarfrage spiele diese Fußballaffäre nämlich keine Nebenrolle, sondern eine Hauptrolle, die den Kern der Autonomiekonzeption berühre. Ein weiteres Mal bot der Hochkommissar seinen Rücktritt an, doch willigte Schuman nunmehr ein, kritisierte scharf den „indiskutablen Tonfall“ gegenüber Regierung und Außenminister, bestätigte dies trotz erster verbaler Rückzieher Grandvals in einem weiteren Brief und ließ sich erst in den folgenden Tagen – aus welchen Gründen auch immer – umstimmen.²⁷

Sportpolitisch musste es Grandval und der Hoffmann-Regierung darum gehen, den Schaden zu begrenzen und nach Auswegen aus dem Fußball-Dilemma zu suchen, um die sportliche Autonomie der Region trotz des Rückschlags hochhalten zu können. Dies umso mehr, als Befürchtungen, bundesdeutsche Funktionäre könnten nun auf einen politischen Schwenk des Saarsports setzen, rasch Nahrung erhielten, wie dies ein vertrauliches Schreiben eines Vorstandsmitglieds des Südwestdeutschen Fußballverbandes an den SFB-Vorsitzenden Willy Koch nahe legt, das den Saarvereinen eine mögliche Rückkehr in das deutsche Ligasystem andeutet.²⁸

Die zügig angestrebte Ersatzlösung bestand – ähnlich wie einige Jahre später im politischen Bereich²⁹ – in einer Art fußballerischem Europastatut: Die Akteure in Paris und an der Saar wollten verstärkt die westeuropäische bzw. die internationale Trumpfkarte ziehen. Damit setzte die zweite Phase politischer Instrumentalisierungsversuche des Saar-Fußballs ein, auf Vereinsebene wie auch auf der Ebene einer Saar-Nationalmannschaft. Die damals diskutierten und teilweise umgesetzten Projekte mochten in vielerlei Hinsicht von modernem Zuschnitt sein und zukunftsweisenden Charakter haben. Doch zugleich lesen sie sich wie ein sukzessives Schwinden relevanter Handlungsoptionen für eine erfolgreiche und tragfähige Vereinnahmung des

²⁷ Vgl. Antwortschreiben Schuman an Grandval, 20.8.49, APGG, dossier 8, sous-dossier Sport; Aufzeichnung Grandval über eine Unterredung mit Schuman am 30.8.49, 1.9.49, APGG, ebenda; Schreiben Schuman an Grandval zur Bekräftigung des Rücktritts zum 30. September, 1.9.49, ebenda.

²⁸ Vgl. Schreiben Dr. Ernst Fürst, Neustadt / Haardt, an Willy Koch, 25.7.49, AMAE Nantes, Haut-Commissariat Français en Sarre, Cabinet, dossier 101: Questions culturelles, jeunesse et sports, Janvier 1946 – Avril 1952.

²⁹ Vgl. Judith Hüser: Frankreich und die Abstimmung vom 23. Oktober 1955. Innen- und außenpolitische Problemstellungen zur Lösung der Saarfrage, in: Hudemann / Poidevin (wie Anm. 1), S. 359-379, hier S. 360-364.

Saar-Fußballs nach innen wie nach außen. Am Ende standen 1951/52 freilich dessen Re-Integration in den bundesdeutschen Vereinsfußball, und der breite Jubel über bundesdeutsche „Sportwunder“ wie dem im Berner Wankdorfstadion 1954. Und dies bei allem Stolzsein der Menschen auf die eigene Nationalmannschaft seit der provisorischen Aufnahme der Saar in die FIFA im Juni 1950, bei allem Erstauntsein über die IOC-Mitgliedschaft im Mai 1950 und ein eigenes Olympiateam bei den Sommerspielen in Helsinki gut zwei Jahre später.³⁰

Europäische Alternativen, mangelnder Zuspruch und „deutsche Lösung“

Auf Vereinsebene brachten Hochkommissariat und Saarregierung für die Saison 1949/50 einen hochkarätig besetzten Internationalen Saar-Pokal zur Austragung. Achtzehn europäische Clubs, darunter allein zehn französische, hatten sich ursprünglich für den Wettbewerb angemeldet, fünfzehn traten schließlich an und spielten zwischen September 1949 und Mai 1950 auf dem Saarbrücker Kieselhumes gegen den 1. FC Saarbrücken. Die Endrunde – Halbfinale und Finale – fand am 10. und 11. Juni 1950 statt. Die Saarbrücker setzten sich vor 22.000 Zuschauern mit 4:0 gegen die Bretonen von Stade Rennais durch und gewannen im Beisein Gilbert Grandvals, der vor dem Anstoß die Finalisten per Handschlag begrüßte, den Pokal.³¹ Das Gewicht, das die Saarpolitik dem Fußballturnier beimaß, verdeutlicht dessen üppige finanzielle Ausstattung, sowohl die stattlichen Aufwandsentschädigungen während der Qualifikationsrunde als auch die Siegpriämien für die Endrundenteilnehmer in Höhe von zwei Millionen französischen Franken.³²

Trotz großzügiger Finanzausstattung, trotz angereicherter Top-Teams aus Europa und Südamerika, trotz siegreicher Heimatmannschaft bei der Erstaufgabe des Pokals: der Funke wollte nur begrenzt auf ein Publikum überspringen, das offensichtlich lieber Woche für Woche hochwertige Punktspiele in einer starken Liga zu sehen bekommen hätte. Überspringen sollte der Funke stattdessen bei einem Freundschaftsspiel gegen den 1. FC Kaiserslautern, das erste Match gegen eine prominente deutsche Elf seit

³⁰ Ausführlich und anschaulich dazu nun Bernardi / Fischer / Meyer (wie Anm. 4), S. 145-226.

³¹ Vgl. Der neue FCS – 1. FC Saarbrücken 1903-1983, hrsg. vom 1. FC Saarbrücken, Taunusstein 1983, S. 62-63.

³² Vgl. Brief Grandval an Schuman am Vortrag des ersten Qualifikationsspiels, 17.9.49, AMAE Paris, Europe 1944-1960, sous-série Sarre, dossier 322: Jeunesse et Sports.

langer Zeit. Zu aller Überraschung hatte das Hochkommissariat das Spiel für den 26. Oktober 1949 auf dem Kieselhumes genehmigt. Für den damaligen Saarbrücker Star-Mittelstürmer Herbert Blinkert, lagen die Dinge auf der Hand:

„Wir haben hier mal ein Spiel gehabt, das erste Mal nach langer Zeit, dass der 1. FC Kaiserslautern hier gastiert hat, an einem Werktag. Und da haben die Arbeiter nicht frei gekriegt, weil es ein Werktag war, und auf einmal waren im Kieselhumes 36.000 Zuschauer. ... Da haben die Leute die Werkbank hingelegt und sind geströmt zum Kieselhumes, um das Spiel zu sehen. Das war denen ganz egal. Dadurch, dass das das erste Mal wieder der Fall war, konnte man daraus schließen, dass die Mehrzahl der Saarländer doch deutsch war, deutsch ist und auch deutsch bleibt.“³³

Zugleich boten die sportpolitischen Europäisierungsansinnen der Autonomie-Akteure für manchen Saarkicker ungeahnte Chancen auf Fußballtourismus und Horizonterweiterung nur wenige Jahre nach Kriegsende. Das galt besonders für die Mannen einer Spitzenequipe. Nicht nur belegen dies die über 23.000 Eisenbahnkilometer, die die Spielzeit 1948/49 für den 1. FC Saarbrücken in der Zweiten französischen Division mit sich brachte, oder der geschilderte Saarland-Pokal. Hinzu kamen ständige Freundschaftsspiele gegen namhafte ausländische Vereine, internationale Konkurrenzen wie das Katalanische Osterturnier in Spanien, die *Festival of Britain*-Wochen in England oder der *Copa Rio* in Brasilien sowie Tourneen, die nach Belgien und Frankreich führten, nach Spanien und Großbritannien, nach Dänemark und Schweden.³⁴ Das Team avancierte zu einem „wahren Reiseweltmeister“³⁵. Ungeahnte Chancen auf das Öffnen neuer Horizonte, das galt aber obendrein für andere und weniger spielstarke Clubs, die es laut Vereinschroniken und Festschriften immer wieder über die Saargrenzen hinaus trieb. Auch den VfB Neunkirchen verschlug es auf Europatourneen, 1951 sogar nach Afrika, den FC Ensdorf mehrfach und mehrtägig nach Frankreich. Auf dem Programm standen kleinere Turniere in der Nähe von Paris, oder es ging in den Süden, an den Loire-Schlössern vorbei in Richtung Pyrenäen, wo die Mannschaft zum Saisonabschluss gegen E.N.D. Lourdes aufrief, um anschließend noch einige

³³ Vgl. Interview mit Herbert Blinkert im Rahmen eines Radiofeature von Ulf Dammann: „Vor dem Wunder von Bern – Als das Saarland gegen Deutschland spielte“, Deutschland-Radio Berlin, 11.2.04.

³⁴ Ausführlich dazu Klimmt / Günther (wie Anm. 10), S. 53-58.

³⁵ Vgl. Grüne (wie Anm. 9), S. 439.

Tage die Mittelmeerküste zu erkunden.³⁶

Am Scheitern des Internationalen Saarland-Pokals änderten solche Auslandserfahrungen jedoch nichts. Schon die zweite Auflage 1950/51 brachte viele organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten mit sich, aber nur wenige Zuschauer in die Stadien. Die für Ende Mai 1951 geplante Finalrunde fand gar nicht mehr statt, das Prestigeprojekt verschwand wieder in den Schubladen des Hochkommissariats. Herausgezogen wurde stattdessen ein anderer – im Rückblick durchaus wegweisender – Plan, das Austragen einer grenzüberschreitenden saarländisch-luxemburgisch-belgischen Meisterschaft nämlich³⁷, die bereits im Juli 1949 einmal zur Debatte stand und nun mittelfristig zu einer „europäischen Meisterschaft“, zu einer „*une superdivision européenne*“ ausgebaut werden sollte, wie es in einem Papier im Januar 1951 hieß.³⁸

Einer luxemburgischen Zusage folgte der ablehnende Bescheid aus Brüssel, so dass dem Projekt jegliche Zukunft verbaut blieb. Auch der Plan, führende Wirtschaftsunternehmen an der Saar fußballerisch und sportpolitisch einzuspannen, um die chronisch leeren Kassen der Spitzenteams, allen voran des 1. FC Saarbrücken und des VfB Neunkirchen, aufzufüllen, ließ sich letztlich nicht in die Tat umsetzen. Konkret angedacht war eine „Industrieliga“ aus acht Vertragsspielermannschaften mit jeweils einem finanzkräftigen Sponsor an der Seite.³⁹ Ein für damalige Verhältnisse geradezu avantgardistisch anmutendes Vorhaben, das zwar aus der Not geboren, dennoch seiner Zeit weit voraus war.

Doch bei allen Grashalmen, an die sich das Hochkommissariat und die Hoffmann-Regierung noch klammerten: Faktisch gingen – auf Vereinsebene jedenfalls – nach dem geplatzten Saarland-Pokal die Alternativen aus. Wirklich gangbare Handlungsoptionen für eine erfolgreiche politische Vereinnahmung des Saar-Fußballs im Sinne des Autonomie-Status schwanden dahin. Eher schon schien der Weg in die

³⁶ Zu „Borussias siegreicher Afrikareise“ vgl. Erich Manz (Red.): Festschrift anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Borussia VfB e.V. Neunkirchen (Saar), hrsg. von Borussia VfB e.V. Neunkirchen, Neunkirchen (Neunkirchener Buchdruckerei und Verlag) 1955, S. 49; umfassend zum FC Ensdorf als „Fußball-Club im Ausland“ vgl. Werner Martin (Red.): 50 Jahre Fußball-Club Ensdorf-Saar 1912-1962, hrsg. vom FC Ensdorf, Ensdorf (Waindinger) 1962, S. 75-83.

³⁷ Vgl. Note concernant un projet de Championnat International Belgique, Luxembourg, Sarre, 18.1.51, AMAE Nantes, Haut Commissariat Français en Sarre, Cabinet, dossier 101.

³⁸ Vgl. Emile Gauthier: Leiter der Jugend- und Sportabteilung, Idées directrices pour un article sur le football sarrois, 24.1.51, AMAE Nantes, Haut Commissariat Français en Sarre, Cabinet, dossier 101.

³⁹ Vgl. Harres (wie Anm. 4), S. 140-144, hier S. 141.

deutsche Südwestliga vorgezeichnet. Ein Weg, der sich zur Saison 1951/52 dann tatsächlich einschlagen ließ, nachdem der neue SFB-Vorsitzende und spätere DFB-Präsident Hermann Neuberger zu Beginn des Jahres 1951 mit rheinland-pfälzischer Unterstützung die Zulassung der besten Saar-Clubs für die Meisterschaftsrunde der Südwestdeutschen Oberliga beantragt hatte. DFB und FIFA segneten dies im April 1951 ab. Die Gründe der SFB-Funktionäre mochten pragmatischer Natur sein, ebenso wenig Ausdruck einer unmissverständlich nationalen Grundsatzentscheidung – diesmal zugunsten Westdeutschlands – wie deren erfolgloses Eintreten für die Fußball-„*affiliation*“ an Frankreich auf der Sulzbacher Verbandsversammlung knapp zwei Jahre zuvor. Die Wirkungen, ob dies nun kalkuliert war oder nicht, reichten gleichwohl weiter.

Denn es geschah nun genau das, was die „Große Politik“ an der Saar unter allen Umständen hatte verhindern wollen. Mit sechs Punkten Vorsprung sicherte sich der 1. FC Saarbrücken im ersten Jahr seiner Rückkehr den Südwesttitel, setzte sich in Ausscheidungsspielen überraschend gegen den FC Schalke 04, den 1. FC Nürnberg und den Hamburg SV durch, gewann dabei alle drei Heimspiele im ausverkauften Kieselhumes-Stadion, das trotz kurzfristiger Erweiterung mit rund 35.000 Zuschauern aus allen Nähten platzte. Damit stand das sportliche Aushängeschild des autonomen Saarstaats im Finale um die *deutsche* Fußballmeisterschaft und trat am 22. Juni 1952 in Ludwigshafen vor mehr als 80.000 Besuchern gegen den VfB Stuttgart an. Voller Sorge telegraphierte drei Tage zuvor Frankreichs Hoher Kommissar in Bonn, André François-Poncet, an das Pariser Außenministerium, es stünde zu befürchten, dass die Saarmannschaft den Erfolg davon trägt: „Das wird dann Anlaß bieten für Bekundungen zugunsten der Saar und einer Wiederangliederung an Deutschland, die für Frankreich eine unangenehme Wendung zu nehmen drohen.“⁴⁰

Der 1. FC Saarbrücken unterlag im Endspiel unglücklich mit 2:3, wurde aber bei seiner Rückkehr gefeiert wie ein Deutscher Meister. Abertausende säumten damals die Straßen, als habe sich für die Fußballbegeisterten an der Saar zwei Jahre vor dem „Wunder von Bern“ bereits ein kleines „Wunder von Ludwigshafen“ zugetragen. Das Programm war klassisch: im offenen Mercedes von der Saargrenze in die Hauptstadt,

⁴⁰ Vgl. Telegramm André François-Poncet, 19.6.52, AMAE Paris, Europe 1944-1960, sous-série Sarre, dossier 322: Jeunesse et Sports.

großartiger Empfang durch die Regierung, eine goldene Uhr als Geschenk für jeden Spieler, eine bewegende Rede des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, die offenbar selbst bei denen gut ankam, die seinem politischen Kurs mit Skepsis begegneten.⁴¹ Zwar verliefen die Folgejahre sportlich nicht ganz so erfolgreich, doch an der Einbindung einer politisch autonomen Saar in das Spielsystem des bundesdeutschen Spitzensfußballs gab es nichts mehr zu rütteln.

Bekannter wohl als Europäisierung und Internationalisierung der Saarfußballfrage auf Vereinsebene sind die erfolgreichen Bemühungen, auf der noch symbolträchtigeren Ebene der Nationalteams den Sport und die Sportler als Botschafter der politischen Autonomie einzusetzen. Dank französischer Fürsprache und Jules Rimets Einfluss gelang im Juni 1950 die Aufnahme des SFB in den Weltfußballverband, der damit die Weichen für eine Landesauswahl stellte, für eine eigenständige Saar-„Nationalmannschaft“ sozusagen. Sechzehn Spiele bestritt die Elf um den späteren Bundestrainer Helmut Schön, die brisantesten gewiss gegen die Kicker aus der Bundesrepublik in der Qualifikation um die Weltmeisterschaft in der Schweiz 1954.

Dass es überhaupt dazu kam, war kein Zufall. Denn die Qualifikationsgruppen beruhten nicht etwa auf einer Auslosung, sondern auf einer Festlegung seitens der FIFA, und Rimet – weiterhin „*en parfait citoyen*“⁴² – machte sich stark für eine Dreiergruppe Norwegen – Bundesrepublik – Saar. Anschaulicher, als im unmittelbaren Aufeinandertreffen zweier Fußball-Nationalteams, ließ sich einer breiten Öffentlichkeit kaum signalisieren, dass die Saar nicht zur Bundesrepublik gehörte, vielmehr ein sportlich und politisch autonomes Gebilde darstellte.⁴³ Zweimal mussten die beiden Auswahlmannschaften gegeneinander antreten: Beim Hinspiel in Stuttgart unterlag die Elf des Außenseiters im Oktober 1953 mit 0:3, das Rückspiel Ende März 1954 dann mit 1:3 vor gut 50.000 Zuschauern im neuen Ludwigspark-Stadion, das erst wenige Monate zuvor offiziell als repräsentatives Prunkstück des Saarsports eingeweiht worden war. Beide Begegnungen fanden unter völligem Verzicht auf Hoheitssymbole, sprich: Hymnen und Flaggen statt, darauf hatten sich Sportverbände und Polit-Akteure nach einigem Hin und Her im Vorfeld verständigt.

⁴¹ Vgl. die Zeitzeugenerinnerungen im Radiofeature von Ulf Dammann: „Vor dem Wunder von Bern – Als das Saarland gegen Deutschland spielte“, Deutschland-Radio Berlin, 11.2.04.

⁴² Vgl. Wahl (wie Anm. 11), S. 218-219.

⁴³ Vgl. Brüggemeier (wie Anm. 20), S. 76-77.

An nationaler Brisanz mangelte es dennoch nicht, die offenbarte bereits die enorme materielle Präsenz von Polizei- und Kriminalbeamten im und um den Ludwigspark, oder auch ein Zwischenfall gleich nach dem Anpfiff, den Kriminalsekretär Weber seinen Vorgesetzten meldete:

„Am 28.3.1954, gegen 15 Uhr 4, und zwar genau 4 Minuten nach Beginn des Fußballländerspiels Saarland-Deutschland im Ludwigsparkstadion in Saarbrücken, ist von unbekanntem Tätern eine illegale Lautsprecherübertragung, deren Tendenz ich für eine komm.-prodeutsche hielt, mit Abspielen des Deutschlandliedes durchgeführt worden. Mit einer Lautstärke, die meines Erachtens ausreichend war, daß die Übertragung trotz der dem Spielgeschehen geltenden Anfeuerungsrufe des Publikums innerhalb des dichtbesetzten Stadions weithin gut zu hören war, war von einem männlichen Sprecher etwa folgendes erklärt worden: `Deutsche spielen gegen Deutsche, hier im vollbesetzten Ludwigsparkstadion an der deutschen Saar! Die Separatisten-Regierung wollte dieses Spiel gegen unsere deutschen Brüder verhindern. Wir sind Deutsche! Deutsch ist die Saar! Deutsch bleibt die Saar!` Danach folgte die erste Strophe des Deutschlandliedes.“⁴⁴

Den Rest der Geschichte haben wir rasch erzählt. Auch wenn das „Wunder von Saarbrücken“ in den Qualifikationspaarungen für die WM in der Schweiz ausgeblieben war, so bejubelten die Menschen an der Saar nur wenige Monate später wie die Menschen in ganz Deutschland ein anderes „Wunder“, nämlich das von Bern.⁴⁵ Was dagegen das Saarteam anging, zehn weitere Begegnungen standen in den kommenden beiden Jahren noch auf dem Programm, die letzte Anfang Juni 1956 gegen eine B-Equipe Hollands: Längst hatten sich gut zwei Drittel der Wahlberechtigten am 23. Oktober 1955 in einer Volksabstimmung gegen das in Paris und Bonn ausgehandelte Europäische Saarstatut ausgesprochen, längst war die politische Eingliederung in der Bundesrepublik zum 1. Januar 1957 beschlossene Sache. Sportlich allerdings war die Konstellation spätestens seit dem Frühjahr 1951 eine offensichtlich und hochgradig paradoxe, setzte sich doch die Saarauswahl von Beginn an fast ausnahmslos aus Aktiven des 1. FC Saarbrücken zusammen. Demzufolge handelte es sich um ein und dieselben Spitzenspieler des Hauptstadtclubs, die faktisch Woche für Woche in der

⁴⁴ Vgl. Kriminalsekretär Weber, Meldung, Betr.: Besonderes Vorkommnis während des Fußballländerspiels Saarland-Deutschland; hier: illegale Lautsprecherübertragung kommunistisch-prodeutscher Tendenz, 28.3.54, Privatnachlass des damaligen Innenministers Edgar Hector, Carton 40, Unterdossier 5: Fußball-Länderspiel Saarland-Deutschland.

⁴⁵ Prägnant Thomas Raithel: Fußballweltmeisterschaft 1954. Sport – Geschichte – Mythos, München 2004, S. 78-86, S.101-106.

Oberliga Südwest das politische Autonomiekonzept sportlich aushöhlten, zugleich aber als „Nationalspieler“ den autonomen Saarstaat repräsentieren sollten. Schon früh ließen sich auf dem symbolischen Kampffeld des Fußballplatzes, auf dem die „Große Politik“ die Autonomie verhandelte, die inneren Widersprüche kaum mehr verbergen.

Sportgeschichte – Politikgeschichte - Universalgeschichte

Immer schon hat sich – national wie international – verbandsmäßig organisierter Massensport gern als unpolitisch und neutral definiert. Sport und Politik, das seien zwei Paar Schuhe: es gebe keinen demokratischen oder autoritären Elfmeter, keinen kommunistischen oder faschistischen, keinen katholischen oder protestantischen, keinen männlichen oder weiblichen, auch keinen französischen, saarländischen oder deutschen, es gebe nur *den* Elfmeter. Moderner Sport, der sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts von England aus über den Globus ausbreitete, mag offiziell unschuldig und harmlos daherkommen, kann es aber angesichts seiner zwangsläufig engen Vernetzung mit politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen nie sein.⁴⁶

Seit seinen Anfängen bewegte sich moderner Sport in einem Spannungsverhältnis zwischen sportlichem Unabhängigkeitsanspruch und politischem „Stellungnehmen-Müssen“ bzw. „Vereinnahmt-Werden“. Ein Sport, der sich oftmals selbst politisierte, weil unweigerlich eben *auch* politisch relevante Beschlüsse zu fällen waren, und der zugleich häufig äußerer Politisierung anheim fiel, weil *die* Politik von jeher publikumsträchtige Sportarten, sportliche Großereignisse oder herausragende Sporterfolge gern für eigene Zwecke und identitäre Anliegen instrumentalisiert hat. Ein Sport eben, der doch in der historischen Realität fortwährend Gefahr lief, im Kontext unterschiedlicher Formen und Dimensionen innerer wie äußerer Politisierung seine politische Neutralität über Bord zu werfen und seine Unschuld zu verlieren.

Was nun die „Große Politik“ verschiedenster politischer Couleur und Regime am medienvermittelten Massensport stets interessiert hat, so war dies nicht in erster Linie

⁴⁶ Vgl. Michael Krüger: Zehn Thesen zur Entwicklung der deutschen Sportgeschichte. Anmerkungen zu Christiane Eisenberg, in: Sport und Gesellschaft 1 (2004), S. 84-91, hier S. 85; daneben nun Dietmar Hüser: Moderner Sport und Geschichte als Wissenschaft – Zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtung eines massenkulturellen Phänomens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Neue Politische Literatur 51 (2006) S. 223-263, hier 237f., 262f.

der Sport als solcher: das mag vielleicht dazukommen. Interessant für Politik und Politiker hat den Sport vor allem die Tatsache gemacht, dass es sich um ein hochpopuläres Phänomen handelt, das Menschen mobilisiert, das sich offenbar eignet, auch eminent politische Funktionen nach innen wie nach außen zu erfüllen. Nach außen dadurch, dass Sport, dass Sport-Events, dass Sportserfolge wichtige Vektoren in allen Fragen nationaler, regionaler oder lokaler Selbstrepräsentation und Außendarstellung sein können, um Bilder von sich selbst in die weite Welt hinaus zu transportieren. Nach innen zumindest in dreierlei Hinsicht: einmal durch potenziell ablenkend-unterhaltende Effekte, d.h. Menschen vergessen Alltagsorgen und blicken zuversichtlicher in die Zukunft; dann durch mögliche identifikatorische Effekte, d.h. Menschen übertragen den Stolz über Sportserfolge auf ein Regime oder eine Regierung, aus dem kollektiven Hochgefühl erwächst politische Loyalität und Systemstabilisierung; schließlich durch denkbare integrative Effekte, d.h. Menschen verschmelzen im medial vermittelten Sport-Event zu sportlich-telekommunikativen Erregungsgemeinschaften auf der Ebene von „Nations-Nationen“, „Nations-Regionen“, „Nations-Heimaten“, „Nations-Städten“, „Nations-Vierteln“, etc.⁴⁷

Ob nun die politischen Wirkungen solcher Großereignisse oder Erfolge tatsächlich eine solche Tragweite haben, wie dies offensichtlich – an der Spitze internationaler Verbände wie auf der Bühne der „Großen Politik“ – angenommen wird, auch ob sie eine gewisse Nachhaltigkeit besitzen oder gleich wieder verpuffen, ob sie quasi mechanisch abrufbar sind oder nur unter bestimmten Umständen: all das, wäre sicher von Fall zu Fall zu prüfen. Und dies von Historikern, die Sport nicht als etwas strikt Eigenweltliches ansehen, sondern als etwas zwangsläufig Verwobenes mit maßgeblichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und Entwicklungen der Zeit. Als etwas zutiefst Aussagekräftiges weit über harmlose Gesten, Bewegungen und Techniken hinaus, als ein Phänomen, das im Zusammenspiel von Sportlern und Anhängern, von Politik und Funktionären, von Unternehmen und Medien einen Bedeutungsraum, eine Projektionsfläche für kollektive Phantasien, Sehnsüchte und Bedürfnisse der Menschen bildet. Wird die Geschichte des modernen Sports erst einmal mit all diesen prinzipiellen Chancen auf synchrone und diachrone

⁴⁷ Begriffe „Nations-Nationen“, „Nations-Regionen“, „Nations-Heimaten“, „Nations-Städte“, „Nations-Viertel“ bei Paul Yonnet: *Huit leçons sur le sport*, Paris 2004, S. 128.

Zusammenhangerkenntnis ernst genommen, dann erübrigt sich auch die Frage: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Sportgeschichte?

Was nun eine solche Fallprüfung für die Geschichte des Saar-Fußballs zwischen 1945 und 1955 angeht, so ergibt sich zumindest zweierlei. Zum einen den entschiedenen Versuch, den Spitzenfußball politisch zu vereinnahmen. Und dies mit der erwähnten „Doppelspitze“, nach außen gerichtet, um die politische Autonomie des Saarstaats und damit die Loslösung von Deutschland allseits sichtbar zu dokumentieren, nach innen gerichtet, um die Menschen im „Saarländer-Sein“ zu bestärken und um einen Beitrag zu leisten für das Festigen einer quasi „autonomen“ Saar-Identität. Zum anderen aber gilt es festzuhalten, dass diese Vereinnahmungsversuche doch weitgehend gescheitert sind, dass sich die Grundannahme, dies sei möglich und machbar, als zu optimistisch erwiesen hat. Und dass im Rückblick der Fußballsport im Nachkriegsjahrzehnt weniger als Chiffre für eine auf Dauer tragfähige „Saar-Autonomie“ erscheint, vielmehr schon als ein symbolisches Feld, das lange Schatten vorauswarf auf die Volksabstimmung im Oktober 1955 und das Mehrheitsvotum gegen das europäische Statut und für eine westdeutsche Lösung. Als ein symbolisches Feld, auf dem schon früh zum Ausdruck kam, dass die meisten Betroffenen tiefes Saarländisch-Sein und Deutsch-Sein problemlos zu leben und zu vereinbaren wussten, während sich Saarländisch-Sein und Autonom-Sein in einem europäischen Rahmen damals mehrheitlich als mentale Überforderung mit begrenzterem Attraktionspotential erwies.

Nadine Freund

„Mit Hut, Charme und Diplomatie“¹

Zum Verhältnis von Weiblichkeit und Öffentlichkeit, Integration und Partizipation in der direkten Nachkriegszeit: Die Regierungspräsidentin Theanolte Bähnisch (1899-1973)

„Der Regierungspräsident ist eine Frau“, wussten die „Bremer Nachrichten“ am 27. August 1954, knapp sechs Jahre, nachdem die Sozialdemokratin und Verwaltungsjuristin Theanolte Bähnisch am 1. Oktober 1946 ihr Amt als Regierungspräsidentin in Hannover angetreten hatte, als eine einfache wie im Kontext der Zeit gleichermaßen außergewöhnliche Tatsache zu verkünden – in einem für die fünfziger Jahre durchaus üblichen Sprachgebrauch, der sich jedoch für heutige Lesegewohnheiten grammatisch verkrampt ausnehmen mag. Die „Hessischen Nachrichten“ hingegen übten sich schon 1948 darin, derartige grammatische Widersprüchlichkeiten aufzulösen, unterstrichen jedoch in diesem Zuge gleichzeitig die Vorstellungswelt, aus der solcherlei sprachliche Konstruktionen erwachsen, wenn sie über die Regierungspräsidentin schrieben: „Das Entscheidende bei Thea Bähnisch ist, daß sie nicht, wie es so schön und unzutreffend heißt, ihren Mann steht²], sondern, daß sie ihren Posten mit fraulicher Wärme und echtem Menschentum spezifisch weiblicher Art ausfüllt.“³ Diverse neue Einrichtungen, wird die Feststellung erklärt, habe Bähnisch auf ihrem Posten initiiert, beispielsweise ein kombiniertes Frauen- und Flüchtlingsreferat geschaffen, um den von der Nachkriegsnot geplagten Bürgerinnen überflüssige Wege zu ersparen, sowie ein Patenschaftssystem für Heimkehrer durch Frauen – welche damit ihre Bereitschaft erklärten, für die Kriegsheimkehrer zu nähen, zu kochen und Beziehungen spielen zu lassen – angeregt. Außerdem habe sie „zur Verstärkung des weiblichen Einflusses in

¹ O. V.: Mit Hut, Charme und Diplomatie. Theanolte Bähnisch begeht heute ihren siebzigsten Geburtstag, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26.04.1969.

² So titelt wiederum die „Rundschau“, vgl. Marieluise Schareina: Regierungspräsidentin Theanolte Bähnisch 60 Jahre. Eine Frau – die ihren Mann steht, in: Die Rundschau, 25./26.04.1959.

³ Sybill: Porträt einer Regierungspräsidentin, in: Hessische Nachrichten, 10.11.1948.

der Öffentlichkeit“ eine Frauenorganisation, den „Club deutscher Frauen Hannover“, bei der Bezirks-Regierung etabliert.⁴

Theanolte Bähnisch, geboren 1899 als Dorothea Nolte in Oberschlesien und aufgewachsen in Warendorf/Westfalen, hatte in der Weimarer Republik nach ihrem Jurastudium eine für Frauen höchst ungewöhnliche Karriere in der preußischen Verwaltung bis hin zum Rang „Regierungsrat“ durchlaufen. Von 1926 bis 1930 arbeitete sie – zunächst als Regierungsreferendarin – im Berliner Polizeipräsidium, das gleichzeitig als Regierungspräsidium fungierte, in verschiedenen Abteilungen. 1927 heiratete sie den 1900 im ober-schlesischen Kreuzburg geborenen Albrecht Bähnisch, der zu dieser Zeit als Regierungsreferendar im Preußischen Innenministerium tätig war. 1930 zogen die Bähnischs nach Merseburg um, wo Albrecht Bähnisch seine Position als Landrat antrat. 1933, kurz nach der Geburt des zweiten Kindes, wurde der Sozialdemokrat jedoch von den Nationalsozialisten seines Postens enthoben, woraufhin die Bähnischs nach Berlin zurückzogen und in ihrer privaten Zwei-Zimmer-Wohnung eine Praxis für Verwaltungsrecht eröffneten, um, so berichtet Bähnisch in diversen Lebensläufen⁵, von den Nationalsozialisten rassistisch und politisch Verfolgten Unterstützung zu leisten. Gemeinsam mit ihrem Mann pflegte Theanolte Bähnisch im Dritten Reich einen Freundeskreis unter Mitgliedern der Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ sowie den religiösen Sozialisten um Ernst von Harnack und Adolf Grimme.⁶ 1939 wurde Albrecht Bähnisch zum Kriegsdienst eingezogen, seit 1943 galt er als an der Ostfront vermisst. Die Friedenszeit begann für Theanolte Bähnisch wie für viele Frauen in Deutschland als Witwe, wenn auch die Hoffnung auf die Rückkehr des Ehemannes erst langsam erlosch.⁷

⁴ Ebenda.

⁵ Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF) Kassel, SP-1, Kurze Lebensskizze, verfasst von Theanolte Bähnisch, o. D.

⁶ Bähnisch gibt in einigen Lebensläufen an, in der „Roten Kapelle“ im Kreis um Ernst von Zahn-Harnack als Verbindungsfrau mitgearbeitet sowie im „Freiheitsverlag“ Schriften gegen den Nationalsozialismus publiziert und in ihrer Funktion als Verwaltungsrechtsrätin von den Nationalsozialisten verfolgten Personen Beratung und Rechtsbeistand geleistet zu haben. Dieses Engagement, das in Artikeln über Bähnisch immer wieder beschrieben wird, lässt sich bis dato mit Quellen nicht belegen. Als sicher darf es jedoch gelten, dass Bähnisch mit Widerstandsaktivisten befreundet war und deren Haltung teilte. Vgl.: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, HA VI, NL Grimme, Nr. 1239, Bähnisch an Grimme am 23.12.1945.

⁷ Vgl. Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD), Bonn, Kurt Schumacher, Nr. 126, Theanolte Bähnisch an Kurt Schumacher, Köln-Klettenberg, den 23. Dezember 1945. 1952 wird Albrecht Bähnisch für tot erklärt. Vgl.: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Hannover, Nds. 50, Acc. 75/88, Nr. 1, Reg. Präs. Bähnisch Beschluss des Amtsgerichtes Köln 19. Dezember 1952, AZ 4 II 1027/52.

Ab 1945 erklärte Bähnisch ihren SPD-Parteikolleg/innen⁸ sowie der britischen Militärregierung⁹, schließlich auch einer breiteren Öffentlichkeit¹⁰ gegenüber, ihre Mitzuständigkeit für den Wiederaufbau der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen, vor allem bei der Reformierung der SPD, der Verwaltung, der Frauenbildung und der Integration Deutschlands in ein europäisches Bündnissystem. Mediale Präsenz, nicht nur in der Pressehochburg Hannover, war ein wichtiger Schlüssel zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung ihrer Ideen und Ziele. Diese Präsenz erreichte sie einerseits ab 1946 in regionalen und überregionalen Zeitungen sowie im Hörfunk¹¹, andererseits in einer ab 1948 von ihr selbst herausgegebenen Zeitschrift, der „Stimme der Frau“.¹² Auf diesen und anderen Wegen warb sie vor allem für eine vermehrte Partizipation von Frauen an öffentlichen Belangen und ergänzte damit ihr Engagement in den Frauenverbänden, die sich dem Ziel der staatsbürgerlichen Bildung von Frauen verschrieben hatten. Aus dem bereits erwähnten „Club deutscher Frauen Hannover“ war durch den Zusammenschluss mit anderen Verbänden ähnlicher Zielsetzung zum „Frauenring der britischen Zone“ 1948 bald eine zonenweite, mit der Gründung des „Deutschen Frauenrings“ (DFR) 1949 schließlich sogar eine bundesweite Organisation geworden. 1951 gelang dem DFR unter Bähnisch als Präsidentin die Aufnahme in den

⁸ Vgl. Ebenda. Seit wann Bähnisch Mitglied der SPD ist bis dato ungewiss: Im AdsD überliefert ist eine Mitgliedskarte, die ihren Eintritt 1945 belegt, laut Auskunft des AdsD ist eine frühere Mitgliedschaft dadurch nicht ausgeschlossen, jedoch nicht mehr nachvollziehbar.

⁹ Vgl. z.B. ihre Pläne zur Einrichtung von Verwaltungsschulen für Frauen: Christl Ziegler: Lernziel Demokratie, Politische Frauenbildung in der britischen und amerikanischen Besatzungszone 1945-1949, Köln / Weimar / Wien 1997, S. 75.

¹⁰ Vgl. die im Folgenden zitierten Zeitungsartikel über Bähnisch.

¹¹ Die mediale Präsenz des DFR und seiner Präsidentin Bähnisch sorgte für Unmut auf Seiten der SPD-internen Frauenarbeit unter und um Herta Gotthelf, der die überparteiliche Frauenarbeit der Genossin Bähnisch – nicht zuletzt wegen der Unterstützung die diese von der britischen Militärregierung erhielt – ein Dorn im Auge war. Vgl. Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, Büro Schumacher, Frauenbüro, Korrespondenzen Gotthelfs mit den verschiedenen Parteibezirken, passim. Zur prägenden Rolle des Hörfunks für den gesellschaftlichen Diskurs über Frauen vgl. Alexander Badenoch: Time Consuming. Women's Radio and the Reconstruction of National Narratives in Western Germany 1945-1948, in: German History 25 (2007), S. 46-71.

¹² Vertiefend dazu vgl. Nadine Freund: Theanolté Bähnisch (1899-1973) und ihr Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen der Westorientierung nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 80 (2008), S. 403-430. – Die „Stimme der Frau“ trug den Untertitel „Mode, Heim, Leben“ und verband Tipps zur Körperpflege, Kochrezepte und Kurzgeschichten mit Informationen zu Politik, Kultur und Wirtschaft. Dem von der Militärregierung gesetzten Anspruch Frauen politische Bildung zu vermitteln, blieb sie länger treu als andere Frauenzeitschriften in der Britischen Besatzungszone, auch wenn bereits 1950 ein deutlicher Feuilletonisierungsprozeß einsetzte. Mitherausgeberin der Zeitschrift war Anna Mosolf, ebenfalls in der Mädchenbildung und der Frauenbewegung aktiv, später Mitbegründerin der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„International Council of Women“ (ICW) und damit der organisatorische (Wieder-) Anschluss¹³ an die Internationale Frauenbewegung.

Bähnischs Aktivitäten in der Frauenbewegung, die nicht zuletzt dem weltweiten Zusammenschluss von Frauenorganisationen „westlicher Denkungsart“¹⁴ gewidmet waren, knüpften inhaltlich an ihr Engagement in der ‚Europäischen Bewegung‘ an: Seit 1949 war sie eine der Vizepräsidentinnen des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung und pries in dieser Funktion offiziell und informell das politische und wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas – dessen kulturelle Einheit als ‚naturegegebene‘ Grundlage begreifend – an.¹⁵ Ein geeintes Europa gleichberechtigter Staaten, so vermittelte es ebenfalls die von Bähnisch publizierte „Stimme der Frau“ den Leser/innen¹⁶, ermöglichte neben einer Festigung der Phalanx gegen das vom DFR diffamierete „östliche Weltbild“¹⁷ auch die Rückkehr Deutschlands als Machtfaktor auf das internationale Parkett. Ihr Ziel des deutschen Wiederaufbaus im Rahmen der Europäischen Integration teilte Bähnisch mit einigen Parteigenoss/innen¹⁸, ferner mit Politiker/innen und Kulturschaffenden anderer politischer Überzeugungen.¹⁹ Überparteiliches und überkonfessionelles Denken und Handeln, eine große Bereitschaft zur Diskussion und Kooperation quer durch Milieus und Lager²⁰ stellte nicht nur eine

¹³ Der DFR wurde vom ICW 1951 auf der Konferenz in Athen als Rechtsnachfolger des Bundes deutscher Frauen (BDF) anerkannt. Vgl.: Theanolte Bähnisch: Vom Wiederaufbau der Frauenarbeit nach dem Zusammenbruch 1945. Vortrag zum 10jährigen Bestehen des Deutschen Frauenrings, in: Mädchenbildung und Frauenschaffen 10 (1960), H. 4, S. 162-180, hier S. 164.

¹⁴ In ihrer Funktion als Vizepräsidentin des ICW hatte Bähnisch 1964 in einem Brief an Siegfried Balke geschrieben: „Der I.C.W (neben der „Alliance“, die etwas frauenrechtlerischer ist als wir) ist die maßgebende überparteiliche und überkonfessionelle Frauenorganisation in der Welt mit jetzt 58 angeschlossenen National Councils westlicher Denkungsart. (...) Um harte Kerne gegen den Kommunismus zu bilden, haben wir in den letzten Jahren zahlreiche Neugründungen in Asien, Afrika und Südamerika vorgenommen. (...) Unser Ziel ist die staatsbürgerliche Erziehung der Frauen, um ihnen politische Einsichten zu vermitteln und sie dazu zu bringen, verantwortlich im öffentlichen Leben mitzuwirken. Denn wir denken an die Zukunft unserer Kinder, die wir mitgestalten wollen.“ AddF Kassel SP-1, Theanolte Bähnisch als Vizepräsidentin des ICW an Professor Dr. Balke am 20.10.1964.

¹⁵ Vgl. dazu die Bestände zum Deutschen Rat der Europäischen Bewegung im AdSD Bonn, Deutscher Rat der Europäischen Bewegung.

¹⁶ Vgl. André Denis: Mit dem Europapaß in der Hand!, in: Die Stimme der Frau 2 (1949/50) H. 1, S. 4/5.

¹⁷ Aus der Frauenwelt: Der Deutsche Frauenring für den Frieden, o. V., in: Stimme der Frau 2 (1949/50), H. 20, S. 29.

¹⁸ Beispielsweise reiste sie mit Otto Suhr, Max Brauer und Adolf Ludwig zur Konferenz des „Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe“ (MSEUE) in Brüssel. Vgl.: Willy Albrecht (Hrsg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd. 2: 1948-1950, Bonn 2003, S. 123.

¹⁹ Vgl. AddF Kassel, SP-1, Heinrich v. Brentano an Theanolte Bähnisch, Darmstadt, 24. April 1964.

²⁰ Vgl. dazu die etwas pathetisch anmutende Stellungnahme des evangelischen Landesbischofs Lilje: AddF, SP-1, Hanns Lilje an Theanolte Bähnisch, Badgastein, den 23.04.1964 sowie den Eintrag Bähnischs im „Who's who in Lower Saxony“, in kommentierter Form von Andreas Röpcke: Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-

wichtige Grundlage für ihre Arbeit an der erstrebten Festigung des antikommunistischen Grundkonsens der jungen Republik durch staatsbürgerliche Frauenbildungsarbeit dar²¹, sondern auch für ihre Position als herausgehobene Verwaltungsbeamtin: Mit dem Regierungspräsidium, der oft als ‚unbekannten Behörde‘ titulierten Mittelinanz, deren Hauptaufgabe darin besteht, Verwaltungsentscheidungen der Landesregierung zu bündeln und zu koordinieren, wollte die neue Präsidentin erklärtermaßen eine „Brücke zur Bevölkerung“²² bilden. Sie wusste, dass insbesondere in jener Zeit der Nachkriegs-Not von Seiten der Bürger/innen vermehrt kompetente und entscheidungsmächtige Ansprechpartner der Regierung gesucht werden würden, und wünschte zugleich, dass auf eine erfolgreiche Konsultation der Behörden durch die Bezirks-Bewohner/innen eine langfristige, zufriedene Identifikation der Bürger/innen mit ihrer Verwaltung folge. Jene Identifikation mit der Verwaltung, welche unter der britischen Besatzung eine demokratische Umgestaltung erfuhr²³, wurde von der Militärregierung, von Erwachsenenbildner/innen und deutschen Politiker/innen sowie leitenden Verwaltungsbeamt/innen wie Bähnisch mit als ausschlaggebend für den Willen der Menschen eingeschätzt, am Aufbau der jungen Demokratie aktiv teilzunehmen.

Im Folgenden soll auf der Basis von Artikeln aus verschiedenen regionalen und über-regionalen Zeitungen, in denen Bähnisch sehr oft direkt zitiert wird, analysiert werden, wie Bähnisch sich aus der unbekannt Behörde heraus medial um den Brückenschlag in die Bevölkerung, insbesondere zu den Frauen, bemüht hat, wie ihre Arbeit und ihre Ziele in diesem Zusammenhang dargestellt wurden und ob die Regierungspräsidentin, die von Denise Tschardtke aufgrund ihres herausgehobenen Amtes als „a showpiece of British propaganda“²⁴ betitelt wurde, in diesem Zusammenhang als Vorbild für deutsche Frauen präsentiert wurde bzw. fungieren konnte. Gefragt werden soll auch

biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948/49, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1981), S. 243-309, hier S. 258.

²¹ Vgl. Bähnisch (wie Anm. 13).

²² Schareina (wie Anm. 2).

²³ Vgl. Wolfgang Rudzio: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone, zur Demokratisierung und Dezentralisierung einer politischen Struktur, Stuttgart 1968.

²⁴ „One reason for choosing Theanothe Bähnisch as a partner for Women’s Affairs was certainly her position as Regierungspräsidentin, which made her exceptional in the whole British Zone and a showpiece for British propaganda to help women into positions of local government and administration. She was undoubtedly one of the better-known personalities of lower Saxony.” In: Denise Tschardtke: Re-educating German Women. The work of the Women’s Affairs Section of British Military Government 1946-1951, Frankfurt a. M. 2003, S. 158/159.

danach, welche Rolle einerseits die besondere Lage der Zeit, andererseits der Umstand, dass es sich bei Bähnisch um die erste Frau in einem solchen Amt handelte, die sich zudem besonders der Lage, den Aufgaben und Ansprüchen der Frauen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft gewidmet hat, für die eher ungewöhnliche Darstellung ‚eines Regierungspräsidenten‘ in den Medien gespielt haben könnte. Wie hängt dies mit den Zielen der Regierungspräsidentin hinsichtlich der Partizipation von Frauen an der neu aufzubauenden Demokratie zusammen? Wie lassen sich Zielsetzung und Darstellung Bähnischs schließlich einordnen in das Verhältnis von Öffentlichkeit, Weiblichkeit, Integration und Partizipation nach 1945?

Seit Ende der achtziger Jahre wird im Rahmen partizipativer Demokratietheorien vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung und Mitgliederschwund in politischen Parteien und Organisationen vermehrt auf das Konzept der Öffentlichkeit als Garant der Integration von Bürger/innen in politische Prozesse zurückgegriffen.²⁵ Die Theorien folgen dabei der Annahme, dass eine dauernde, intrinsisch motivierte Teilhabe der Bevölkerung an den politischen Prozessen die wesentliche Voraussetzung für den Erhalt lebendiger Demokratien sei. Soziolog/innen und Politolog/innen, die sich mit der Transformation von autoritären oder diktatorischen Staaten hin zu Demokratien beschäftigen, legen nahe, dass diese Voraussetzung nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die Entstehung von Demokratien gilt. Wenn sich im Entstehungsprozess von Demokratie die Bevölkerung vom politischen Geschehen abwende oder sich gar kontraproduktiv verhalte, könne die Demokratisierung und Entstehung zivilgesellschaftlicher Assoziationen, die die Demokratie tragen, nicht gelingen, schreibt beispielsweise die Soziologin Martina Ritter.²⁶ Integration hieße demnach, dass die Mitglieder der Gesellschaft deren Perspektiven, Prinzipien sowie die gesellschaftliche Struktur als Rahmen ihrer eigenen Lebensentscheidung akzeptieren. Dafür sei eine soziale und kulturelle Integration ebenso Voraussetzung wie eine politische.²⁷ Ritter geht, in Erweiterung der Dichotomie des Begriffspaares ‚Öffentlichkeit & Privatheit‘, davon aus, dass die Kriterien Öffentlichkeit, Privatheit und Gender die Bildung von Identitäten, welche wiederum das menschliche

²⁵ Vgl. z.B.: Jean L. Cohen / Andrew Arato: *Civil Society and Political Theory*, Massachusetts 1993 und Helmut Dubiel / Günther Frankenberg/ Ulrich Rödel: *Die demokratische Frage*, Frankfurt a. M. 1989.

²⁶ Vgl. Martina Ritter: *Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften*, Wiesbaden 2008.

²⁷ Ebenda.

Miteinander konstituieren, in einer Gesellschaft wesentlich mitbestimmen.²⁸ Dieser von Ritter gesteckte Rahmen soll im Folgenden für die Analyse der in der Presse greifbaren, von Bähnisch unternommenen Demokratisierungsbestrebungen nach 1945 in Deutschland genutzt werden. Denn in einer Zeit der politischen Apathie und der von den Besatzungsmächten und deutschen pro-demokratischen Kräften angestrebten Demokratisierung einer mut- und illusionslos gewordenen Bevölkerung setzte Bähnisch in ihrer Rolle als Mittlerin der Notwendigkeit einer demokratischen nationalen Rekonstruktion – so meine These – auf eine diskursive Verschränkung von Begrifflichkeiten, die im Erfahrungshorizont der Bürger/innen ursprünglich einseitig den Bereichen „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“ – dabei in Verbindung mit den Polen „männlich“ und „weiblich“ stehend – zugeordnet waren. Mit der von Bähnisch angestrebten und von den Journalist/innen mitbeschrittenen Verschränkung der Bereiche ‚öffentlich‘ und ‚privat‘ ging jedoch nicht, wie aufgrund der vielbeschriebenen diskursiven Nähe von ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘ auf der einen und ‚Privatheit‘ und ‚Weiblichkeit‘ auf der anderen Seite²⁹ vielleicht anzunehmen wäre, eine Entdichotomisierung und damit Aufweichung der Bedeutungsgehalte dieser zentralen Begriffe einher. Bähnisch versuchte vielmehr, auf der Basis der Betonung und damit Vertiefung des konstruierten Gegensatzes zwischen ‚männlich‘ und ‚weiblich‘ eine vermehrte Partizipation von Frauen am demokratischen Aufbau zu erreichen. Sich selbst stilisierte sie dabei, unterstützt von Journalist/innen, zum Vorbild einer von „Mütterlichkeit“ angetriebenen, pflicht- und verantwortungsbewussten, in der Öffentlichkeit engagierten Frau. Damit ging eine für ‚einen Regierungspräsidenten‘ ungewöhnliche Darstellung Bähnischs in der Öffentlichkeit einher.

„Wenn 2/3 der Wähler Frauen sind“: Argumente Bähnischs zur Abkehr vom ‚Männerstaat‘

„Ich habe es als staatspolitische Aufgabe angesehen, daß ich mich um die Frauen kümmere“³⁰, räumt Bähnisch im „Mannheimer Morgen“ der von ihr durchgeführten

²⁸ Ritter (wie Anm. 26), S. 9-13.

²⁹ Vgl. z.B.: Susanne Lettow / Ulrike Manz / Katja Sarkowsky (Hrsg.): Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse, Königstein i. Ts. 2005.

³⁰ Johanna Henny Hoffmann: Frau Präsident ... einen Augenblick bitte!, Mannheimer Morgen, 13.10.1949.

staatsbürgerlichen Frauenbildung einen hohen, nahezu staatstragenden Rang ein. Ergänzende Erläuterung findet diese Aussage in diversen anderen Zeitungsartikeln, auszumachen ist dabei zunächst eine quantitative Argumentation: Unter Bezugnahme auf das in der direkten Nachkriegszeit eklatant auseinanderklaffende Verhältnis zwischen Frauen und Männern in der Bevölkerung wird erklärt, dass die Gesellschaft auf die berufliche wie politische Unterstützung von Frauen, die zwei Drittel der Bevölkerung und somit der Wählerschaft bildeten und durch deren Hände 80 Prozent des National Einkommens gingen³¹, nicht verzichten könne. Aber, so wird im gleichen Atemzuge entwarnt: „Wir Frauen wollen trotz unserer zahlenmäßigen Überlegenheit nicht ‚Machtfaktor‘ des öffentlichen Lebens sondern ein ‚ordnender Faktor‘ sein.“³² Kritisiert wird von Bähnisch in diesem Zusammenhang, dass die prozentuale Vertretung von Frauen im Bundestag viel zu gering sei, auch die gesetzliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern müsse vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung dringend verwirklicht werden.³³ Diese quantitative Argumentation Bähnischs in puncto „Partizipation von Frauen an der Demokratie“ wird ergänzt von einer qualitativen. So beklagt Bähnisch in den „Hessischen Nachrichten“ das Fehlen von „weiblicher Substanz“ in der Öffentlichkeit³⁴, ein Begriff der an eine feministische Umdeutung der Aristotelischen Lehre von der Vereinigung der Geschlechter, in der sich die männliche Substanz (causa formalis) mit der weiblichen Hülle (causa materialis) zu einem neuen menschlichen Wesen (causa finalis) verbindet, erinnert. Schon in der Diskussion unter Zeitgenossen des Aristoteles erfuhr diese Lehre jedoch Kritik, es wurde diskutiert, ob nicht auch der weibliche Beitrag zur Zeugung als substantiell verstanden werden muss.³⁵ In Bähnischs Ausführungen scheint nicht (nur) das individuelle, menschliche Wesen Ziel der Vereinigung von weiblicher und männlicher Substanz zu sein, sondern die (gute) Gesellschaft als Ganze ist hier als die ‚causa‘ finalis zu verstehen, welche aus der Verschmelzung der beiden Substanzen auf einer Makro-Ebene resultiert.

³¹ Vgl. O. V.: Diese Frau paßt in kein Schubfach, in: [Publikationsort und Datum nicht zu ermitteln, vermutlich keine niedersächsische Zeitung, Mitte 1949], Kopie im Stadtarchiv Hannover, Presse-Personen, Ba-Be, 718.

³² Vgl. O. V.: Politik mit klugem Herzen, in: Die Welt, 12.10.1947.

³³ Ebenda.

³⁴ Sybill (wie Anm. 3).

³⁵ Bis zur Gegenwart ist Aristoteles' Lehre Gegenstand auch der feministischen Kritik. Vgl.: Judith Butler: Körper von Gewicht, Berlin 1997.

„Es wird für selbstverständlich und von allen als ideale Lösung angesehen, daß in der Familie die Kinder von Vater und Mutter gemeinsam erzogen werden, ebenso selbstverständlich muß es in Zukunft sein, daß in der großen Familie des Volkes die aufbauenden Kräfte der Frau eine gute Ehe eingehen mit dem Gestaltungswillen des Mannes, daß Mann und Frau gemeinsam Einfluß nehmen auf die Dinge des öffentlichen Lebens“.³⁶

Mit diesen Worten schlägt Bähnisch die Brücke vom Akt der Fortpflanzung über die Funktionsweise der Familie zur Formierung der Gesellschaft. Ohne die Teilhabe der Frauen müsse die Gesellschaft eine unvollständige, fehlerhafte sein, legt Bähnisch nahe, indem sie sich in der „Norddeutschen Zeitung“ mit dem Helene Lange zugeschriebenen Ausspruch „Das Fehlen der Frau im öffentlichen Leben wirkt sich aus, wie Mutterlosigkeit in der Familie“ zitieren lässt.³⁷ Dramatischer noch wird die Gefahr weiblicher Apathie in den „Aachener Nachrichten“ 1946 beschrieben, wo es, Endzeitstimmung verbreitend, gar heißt: „Versagt heute die Frau, indem sie ihre Stellung nicht richtig erkennt, ist alles verloren.“³⁸ Zwar scheint richtig zu sein, was der Soziologe Hans Freyer 1955 erinnert hatte, nämlich, dass es zum modernen Zeitschema gehöre, „immer die Gegenwart als Nadelöhr, durch das die menschliche Geschichte hindurch muß“³⁹, aufzufassen und die gerade erlebte Zeit als ‚fünf vor zwölf‘ zu interpretieren. Das Krisenbewusstsein scheint jedoch in den ersten deutschen Nachkriegsjahren über den gewöhnlichen Stand intellektueller Verfallsbekundungen hinausgegangen zu sein, so dass Appelle dieser Art durchaus Wirkung erzielt haben könnten – in einer Zeit, in der man gar von einem „Chaos-Zeitalter“⁴⁰ sprach und sich nach den Erfahrungen 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 in einer „Ära der Weltkriege“⁴¹ wähnte. Viele Frauenausschüsse nannten in ihren Verkündungen nach 1945 das Dritte Reich einen „Männerstaat“ und brachten damit ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass mit einer stärkeren Beteiligung von Frauen an der Politik die schließlich auch für die deutsche

³⁶ Herbert Wolf: Mit seinen Augen, Herbert Wolf über Theanolte Bähnisch, in: Die Stimme der Frau 1 (1948/49), H. 1, S. 3.

³⁷ Erika-Roswitha Köhler: Eine Frau regiert mit viel Verstand und noch mehr Herz, in: Norddeutsche Zeitung Nr. 105, 7./8. Mai 1955.

³⁸ O. V.: Die Gegenwart ruft die Frau, Der einzige weibliche Regierungspräsident zur Frauenfrage, in: Aachener Nachrichten, 16.08.46.

³⁹ Hans Freyer: Die Vollendbarkeit der Geschichte, in: Merkur 9 (1955), S. 101-112, hier S. 110.

⁴⁰ Constantin Raudive: Der Chaosmensch und seine Überwindung. Betrachtungen über die Tragik unserer Zeit, Memmingen 1951, S. 13.

⁴¹ Henrik de Man: Vermassung und Kulturverfall. Eine Diagnose unserer Zeit, Bern 1951, S. 173, zitiert nach: Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 324.

Gesellschaft fatale Entwicklung nationalsozialistischer Politik nicht stattgefunden hätte.⁴² Auch Bähnisch spricht mit einer solchen Rhetorik einerseits die Frauen von einer direkten Verantwortung für die nationalsozialistischen Barbareien frei, pocht jedoch andererseits auf ein Ende der weiblichen politischen Enthaltensamkeit, indem sie auch auf internationale Beispiele für „männliche Gräueltaten“ wie „Thermophylen“ und „Hiroshima“ verweist.⁴³ Dass durchaus auch Männer diese Ansicht teilten, wird unter anderem deutlich, wenn der Porträtist Bähnischs in der „Stimme der Frau“ eine Abkehr von der „männlichen Politik“ fordert, sich dabei jedoch von einem Funken Hoffnung tragen lässt, indem er schließt: „noch ist es Zeit, auf die Stimme der Frau zu hören...“⁴⁴ Die Notwendigkeit der Partizipation von Frauen an öffentlichen Belangen begründet Bähnisch schließlich mit der großen Gefahr des Heraufziehens eines neuen Massen-Regimes: „Es könnte (...) sein, daß sie [die Frauen] den Sirenentönen eines neuen Rattenfängern erliegen“⁴⁵, lässt Bähnisch in der „Stimme der Frau“ bedrohlich verlauten. In Anbetracht des sich immer weiter verschärfenden Kalten Krieges ist unschwer zu erkennen, dass mit dem hier nur gedachten „alten Rattenfänger“ der Nationalsozialismus, mit dem „neuen Rattenfänger“ der Kommunismus gemeint ist. Demgemäß beschwört Bähnisch wiederholt eine europäische Gemeinschaft der Mütter als rettenden Anker, beispielsweise über eine Sammelrezension dreier Bücher in der „Stimme der Frau“, die ein italienisches, ein französisches und ein deutsches Frauenschicksal im Krieg nebeneinander stellt und deren Gleichheit „im Innersten“ unter dem Begriff der „Mütterlichkeit“ zusammenfasst.⁴⁶ Hierin deutet sich eine Abgrenzung der Ideen Bähnischs und ihrer Mistreiterinnen im DFR von friedensbewegten Verbänden wie dem Westdeutschen Frauenfriedensbund (WFFB), der aufgrund seiner engen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Frauenfriedensbund (IFFF) schnell unter Kommunismus-Verdacht geriet, trotz ähnlicher Rhetorik, an.

Was die viel beschworene „weibliche Substanz“, an deren Mangel die Gesellschaft kranke, ausmachen sollte, was „Mütterlichkeit“ bedeutete, warum also in diesem Zu-

⁴² Dazu vgl. Marianne Zepp: Redefining Germany. Re-education, Staatsbürgerschaft und Frauenpolitik im US-amerikanisch besetzten Nachkriegsdeutschland, S. 100-102.

⁴³ Vgl. Wolf (wie Anm. 36). Zur Aktualität der Wahrnehmung von Frauen als per se friedfertig vgl.: Julia Neissl u. a.: Männerkrieg und Frauenfrieden. Geschlechterdimensionen in kriegerischen Konflikten, Wien 2003.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. M. Kaye: Die Frau im modernen Roman, in: Die Stimme der Frau 1 (1948/49), H. 9, S. 10.

sammenhang der Club deutscher Frauen 1946 die „brachliegenden mütterlichen Kräfte“⁴⁷ produktiv machen wollte, bleibt bei der Lektüre der Artikel zunächst unklar. Denn eine befriedigende Deutung der in den Artikeln über Bähnisch etwa in gleichem Maße, jedoch nicht immer im gleichen Sinne verwendeten zentralen Begriffe „weibliche Substanz“, „Weiblichkeit“ bzw. „Fraulichkeit“ und vor allem „Mütterlichkeit“ erfordert einerseits die Auseinandersetzung mit dem Entstehungskontext der Artikel, andererseits aber auch mit dem der Ideen, die dort transportiert werden. Rückschlüsse auf die Herkunft jener Ideen lassen sich teilweise ziehen aus der Identität der Verfasser der Artikel, aus den Verweisen auf andere Personen (so dem Verweis auf Helene Lange durch Bähnisch), aus der Wortwahl, vor allem aber aus der Analyse von Parallelquellen.⁴⁸ Aus diesen wird deutlich: Theanoltte Bähnischs Appell an die Gesellschaft, ihr Fortkommen durch eine verstärkte Beteiligung der Frauen zu sichern, fußt auf einem Blick zurück – auf die bürgerliche Frauenbewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik.

Mütterlichkeit in der Öffentlichkeit – Ein Konzept zum demokratischen Aufbau Deutschlands

Mit Helene Lange ist in oben erwähntem Artikel bereits eine der Frauen genannt, auf deren Ideen Bähnisch sich nach 1945 bezog. Eine andere, für Bähnisch persönlich maßgeblichere war Agnes von Zahn-Harnack⁴⁹, Tochter des Theologen Adolf von Zahn-Harnack und Schwester Ernst von Harnacks⁵⁰, seinerzeit Regierungspräsident von Merseburg und damit Vorgesetzter Albrecht Bähnischs. Jene publizierte im Jahr 1928 ein Werk mit dem Titel „Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele“,

⁴⁷ Club deutscher Frauen, Protokoll der ersten Kundgebung, o. O., o. J., abgedruckt in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 2: Frauenpolitik 1945-1949, Düsseldorf 1986, S. 224-226, hier S. 224f.

⁴⁸ Aufschlussreich sind hierfür vor allem die im Archiv des DFR, Berlin überlieferten Bestände, denn sie enthalten unter anderem Korrespondenzen zwischen Bähnisch und Zahn-Harnack in denen Bähnisch explizit erklärt Zahn-Harnacks Erbe antreten und ihre Ideen weiter verbreiten zu wollen. Archiv des DFR, Berlin, A2, passim.

⁴⁹ Zahn-Harnack (1884-1950) trat 1914 in den „Nationalen Frauendienst“ ein und war von 1916 bis 1918 als Referentin im Berliner Kriegsamt beschäftigt. Von 1919 bis 1930 leitete die DDP-Politikerin den von ihr gegründeten Deutschen Akademikerinnen Bund (DAB), 1931-1933 den Bund deutscher Frauen. 1945 gründete sie den Berliner Frauenbund e.V.

⁵⁰ Ernst von Harnack wurde 1945 aufgrund seiner Beteiligung an den Umsturzversuchen des 20. Juli 1944 hingerichtet.

bevor ihre gemeinsam mit Hans Sveistrup herausgegebene „Bibliographie zur Frauenfrage“⁵¹ erschien. Neben Marianne Webers⁵² „Frauenfragen und Frauengedanken“ (Tübingen 1919) und Helene Langes⁵³ „Die Frauenbewegung“ (Leipzig 1924) ist Zahn-Harnacks Werk eines der wichtigsten in der Geschichte der Ideengeberinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in der Weimarer Republik⁵⁴, an die Bähnisch nach 1945 ideell wie organisatorisch anschließt und damit als Multiplikatorin für die Besatzer interessant wird: Insbesondere die britische Militärregierung erhoffte sich im Rahmen ihrer Re-education Bemühungen in Deutschland nach 1945 von den Protagonistinnen der ersten bürgerlichen deutschen Frauenbewegung demokratische Impulse für den Wiederaufbau Deutschlands. Handlungsleitend war dabei die Ansicht, dass diese Frauen, die ihren Verband, den Bund deutscher Frauen (BDF), 1933 selbst aufgelöst hatten, um der Gleichschaltung in der NS-Frauenschaft und der „Entjudung“ des Vorstandes zu entgehen⁵⁵, in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft integer geblieben seien.⁵⁶ Britische Frauenorganisationen wurden deshalb von der Regierung angerufen, bestehende, durch den Krieg unterbrochene Kontakte zur deutschen Vorkriegsfrauenbewegung wieder aufzufrischen und über die in Deutschland stationierten „Women’s Affairs Officers“⁵⁷ dafür zu sorgen, dass diese Frauen Grundsteine legten für den organisatorischen Wiederaufbau der Frauenbewegung in Deutschland. Im

⁵¹ Bibliothek der Frauenfrage in Deutschland nach Hans Sveistrup / Agnes v. Zahn-Harnack, Erstdruck Berlin 1934.

⁵² Marianne Weber (1870-1954) vertrat ab 1919 die DDP im badischen Landtag. Von 1919 bis 1924 leitete sie den BDF.

⁵³ Helene Lange (1848-1930) engagierte sich stark in der Mädchenbildung, gründete den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Verein, fungierte als Vorstandsmitglied in ADF und BDF und lebte mit Gertrud Bäumer zusammen.

⁵⁴ Inwiefern das Studium von Texten der ersten Generation der Frauenbewegung für Bähnischs Argumentation eine Rolle gespielt hat, ist heute nicht mehr nachzuvollziehen. Möglich ist, dass in einem katholischen, bildungsbürgerlichen Haushalt wie dem des Gymnasiallehrers Nolte, dem Mitgründer der ortsansässigen Höheren Mädchenschule in Warendorf, die Dorothea und ihre Schwestern später besuchten, die Werke der Theologinnen Wüstenfeld und Schrader-Breymann sowie der Pädagogen Pestalozzi und Fröbel rezipiert wurden. Diese hatten die Idee der „Mütterlichkeit“ als zentrales, handlungsleitendes Theorem der bürgerlichen Frauenbewegung, -bildung und -wohlfahrtsarbeit entwickelt. Als sicher jedoch darf es gelten, dass Bähnisch deren Ideen aus der Rezeption durch die erwähnte Zahn-Harnack und durch andere Frauen der zweiten Generation der Frauenbewegung aufnahm.

⁵⁵ Vgl. Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990, S. 373-379 sowie Nachrichtenblatt des BDF 13 (1933), Nr. 6 (bezeichnenderweise u. A. im Archiv des DFR, A1, überliefert).

⁵⁶ Dem BDF ist von Richard J. Evans (The Feminist Movement in Germany 1894-1933. London / Beverly Hills 1976) der Vorwurf des Protofaschismus gemacht worden, jüngere Studien übernehmen diese Sichtweise bis dato noch verhältnismäßig undifferenziert, vgl. eine kritische Sammelrezension: Angelika Schaser: Antisemitismus und deutsche Frauenbewegung, in: querelles - net, Nr. 2, Dezember 2002, auf: <http://www.querelles-net.de/2000-2/text02.html>.

⁵⁷ Zur Organisation der britischen Frauen Re-education Arbeit vgl.: Tscharrntke (wie Anm. 24).

Rahmen der Formel „agree to differ“ schien die Etablierung überparteilicher Frauenorganisationen auf lokaler Ebene, in denen Frauen das Präsentieren und Diskutieren ihrer Ideen üben konnten – ein Ziel der angestrebten „grass roots democracy“ – mit Hilfe erfahrener Frauenbildnerinnen viel versprechend. Über Theanolte Bähnisch gelang der Militärregierung schließlich der angestrebte Schulterschluss mit der jüngeren Generation: Nachdem Bähnisch bereits 1946 die Zusammenarbeit mit Agnes von Zahn-Harnack, Else Ulich-Beil und anderen ehemaligen Vorstandsmitgliedern des BDF, die in verschiedenen Städten Frauenorganisationen (wieder-)gegründet hatten, begonnen hatte, gründete sie schließlich gemeinsam mit diesen Frauen im Vorstand 1949 in Bad Pyrmont den DFR.

Dieser grenzte sich unter Bähnisch von revolutionären Ideen, sprich vom radikalen Flügel der Vorkriegsfrauenbewegung ab: „Das Zeitalter der radikalen und emanzipierten Frau liegt hinter uns“, lässt Bähnisch sich als Leiterin des Verbandes im „Neuen Hannoverschen Kurier“ zitieren, „die Frau von heute“ wolle weder gegen noch ohne den Mann arbeiten, sondern neben und mit ihm⁵⁸, heißt es dort weiter. Gemeinsam mit dem Mann wolle Bähnisch gar einen neuen Frauentyp schaffen, der es verstünde, „dem Mann Frau und Kameradin zugleich zu sein. (...) Sie [Bähnisch] weiß (...), daß der Typ Frau, der ihr vorschwebt, von allen wahren Männern sehnlichst gewünscht wird“⁵⁹, wird Bähnischs Expertise für dieses Vorhaben festgestellt. Obwohl das Projekt „neue Frau“, wie es Bähnischs Phantasie entsprang, erklärtermaßen als ein Kooperationsprojekt mit ‚dem Mann‘ geplant war und ihm, wie eingangs erwähnt, die Angst genommen werden sollte, die Frauen würden nun aufgrund ihrer zahlenmäßigen Mehrheit nach Macht streben, werden die vermeintlich besonderen Qualitäten von Frauen in Bezug auf die Verwaltung der Gesellschaft doch über die der Männer gestellt, wenn Bähnisch verkündet: „In den Gemeindevertretungen könnten die Dinge ebenso gut, wenn nicht besser von Frauen behandelt werden. Denken Sie doch, wie viel lebensnäher die Frauen gegenüber den Männern sind. Sie neigen in ihrer ganzen Art zum Aufbau und haben eine Abneigung gegen jede Zerstörung.“⁶⁰ Begründet wird

⁵⁸ Ha-Ge: Frau Vizepräsident, in: Neuer Hannoverscher Kurier Nr. 25, 29.03.1946.

⁵⁹ Ebenda. Zur Kameradschaftsehe, die schon in den 20er Jahren als Konzept aus der Taufe gehoben worden war und Ausdruck für Gleichberechtigung und Gleichverantwortung der Ehepartner sein sollte, vgl.: Jens Flemming: „Neue Frau“? Bilder, Projektionen, Realitäten, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Die Kultur der zwanziger Jahre, München 2008, S. 55-70.

⁶⁰ Hoffmann (wie Anm. 30).

diese „Art“ mit der Mutterrolle der Frauen: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Frauen, wenn sie mit die Verantwortung getragen hätten, nicht dem Machtrausch verfallen wären. Denn Frauen vergessen niemals ihre Kinder.“⁶¹ Hier auf die biologische Mutterrolle Bezug nehmend, wird „Mütterlichkeit“ in den Artikeln über Bähnisch oft auch als ein von der biologischen Rolle abgekoppeltes Prinzip verwendet. Es gründet dabei auf dem 1865 von Henriette Schrader-Breymann (1827-1899) erstmals definierten Prinzip der „geistigen Mutterschaft“ als gleichsam christliches wie liberales Konzept bzw. dem von der darauf folgenden Generation der Frauenbewegung weniger theologisch als vielmehr fürsorgerisch ausgerichteten Konzept der „sozialen Mutterschaft“.⁶² Der frühen Frauenbewegung diente das Konzept der sozialen Mütterlichkeit nicht zuletzt als Mobilisierungsrhetorik für den „Dienst am Volk“: 1914 bis 1918 trug es, überlagert mit nationalistischen Elementen, mit zu einer Intensivierung der durch Frauen ehrenamtlich geleisteten Krankenpflege im Ersten Weltkrieg bei und bot damit die ersehnte Chance, auf der Grundlage dieser gesellschaftlichen Aufgabe den Belangen der Frauenbewegung mehr Gehör zu verschaffen und dementsprechende, wenn auch zunächst unerfüllt bleibende Forderungen, vor allem nach dem Frauenstimmrecht, zu stellen.

Analysiert man die Verwendung des Begriffs „Mütterlichkeit“ bzw. „mütterlich“ in den Artikeln über Bähnisch, so wird schnell deutlich, dass hier, wie schon in der bürgerlichen Frauenbewegung zwischen den Kriegen, das Konzept der geistigen mit dem der sozialen Mutterschaft verschwimmt, denn „Mütterlichkeit“ wird von und um Bähnisch sowohl hinsichtlich der viel beschworenen Kulturaufgabe der Frau, die, an Helene Weber erinnernd⁶³, auf die „sittliche und geistige Hebung der Gesellschaft“ ausgerichtet ist, postuliert, als auch, wenn es um die Fürsorgeaufgaben geht, die Frauen im Rahmen sozial-caritativer Initiativen wie auch in der Verwaltung übernehmen könnten. Das Konzept ‚soziale Mütterlichkeit‘ könnte, da es eine Orientierung der Frauen auf die Mutterrolle ermöglichte, ohne dabei an eine

⁶¹ Sybill (wie Anm. 3).

⁶² Zur Entwicklung und Unterscheidung beider Konzepte vgl. Ann Taylor Allen: *Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland 1800-1914*, Weinheim 2000.

⁶³ Vgl. Marianne Weber: Die besonderen Kulturaufgaben der Frau, in: Dies. (Hrsg.): *Frauenfragen und Frauengedanken, Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1919, S. 238-261, zuerst veröffentlicht in: *Die Frau. Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit* 26 (1918/19), S. 108ff.

biologische Mutterschaft gebunden zu sein⁶⁴, für die Nachkriegszeit einerseits einen Beitrag dazu geleistet haben, die Wiederaufbauhilfe von Frauen auf den Gebieten Kultur, Wohlfahrt und Politik anzukurbeln, andererseits, anknüpfend an die Praxis der Vorkriegs-Frauenbewegung, durch die Übernahme von Pflichten, auch der Begründung von Rechten gedient haben. Denn „mütterliches“ Fühlen und Handeln meinte im Kontext der Vorkriegsfrauenbewegung wie auch im Sinne Bähnischs und ihrer jüngeren Mitstreiterinnen eine sorgende, mitfühlende, gar heilende Haltung gegenüber der Gesellschaft, kurz: die Bereitschaft, die „wesensgemäßen“ weiblichen Fähigkeiten zum Wohl des Gemeinwesens zur Anwendung zu bringen, wobei eine kompensierende Qualität des Konzeptes für ehe- und kinderlose Frauen möglicherweise von Seiten seiner Verfechterinnen angenommen wurde. In einer Zeit der Orientierungslosigkeit, der Zerrüttung von Familien, der kulturellen Öde, in der zudem ein Großteil der Bewohner des Landes weiblich waren, verwundert aber auch der auf dem Prinzip der „geistigen Mutterschaft“ basierende Appell Bähnischs an die Kulturaufgabe der Frauen⁶⁵, „[w]enn der Mann der Frau einen silbernen Ball zuwirft, dann soll ihn die Frau vergoldet wieder zurückwerfen“⁶⁶, nicht, denn schon am Ende des ersten Weltkrieges hatte Marianne Weber den Frauen die Aufgabe zugewiesen, einen sittigenden Einfluss auf die in den Schützengräben zermürbten „Kulturgewohnheiten“ der Männer auszuüben.⁶⁷

„Neue Frauen“ in traditionellen Diskursen? – Die Regierungspräsidentin als Vor- und Abbild gesellschaftlicher Annahmen zum Geschlecht

Bähnisch rief die Frauen also auf, ihre Energien einzubringen beim Wiederaufbau des Landes und in diesem Kontext auch am Aufbau einer, wie sie es formuliert, „mensch-

⁶⁴ Vgl. Allen (wie Anm. 62).

⁶⁵ Vgl. Weber (wie Anm. 63), S. 251. Dort heißt es: „Angesichts dieser Lage ergibt sich für die kultivierte Frau, der es, weil sie außerhalb des eigentlichen Daseinskampfes steht, möglich war, auch in diesen Jahren ihr geistiges Kapital zu erhalten, die besondere Aufgabe, den Wiederaufbau der Gesittung, die Gestaltung des unmittelbaren Daseins durch Liebe und Schönheit, durch Maß und Harmonie, durch Würde und Vornehmheit bewusst in die Hand zu nehmen.“

⁶⁶ Robert Botzat: Diese Frau macht von sich reden. Die einzige Regierungspräsidentin der Bundesrepublik, in: [Publikationsort nicht angegeben, Kopie im Stadtarchiv Hannover, Presse-Personen, Ba-Be, 718] v. 15.12.50.

⁶⁷ Vgl. Weber (wie Anm. 63.) Dazu vgl. auch: Flemming (wie Anm. 59).

licheren Verwaltung“⁶⁸, schließlich: einer starken Demokratie mitzuarbeiten. Letzteres wird selten explizit zum Ausdruck gebracht, aber in der ersten Ausgabe der „Stimme der Frau“ lässt Bähnisch sich zitieren mit der Aussage „Die Menschen wünschen sich nichts mehr als in Zusammenarbeit mit den Westmächten zu einer echten Demokratie zu kommen.“⁶⁹ Was auch 1948 noch mehr Wunschdenken als Realität war, versuchte Bähnisch durch verschiedene Aktivitäten schon ab 1946 praktisch umzusetzen, unter besonderer Einbeziehung der Frauen. Zur Förderung des Aufbauwillens wird an die Gemeinschaft aller weiblichen Bewohner des Landes appelliert, wobei deutlich wird: Nicht eine Abwendung der Frauen von den häuslichen und familiären Aufgaben auf Kosten einer Hinwendung zur „großen Aufgabe“ im Staat soll vollzogen werden, sondern der Beitrag der Frauen zum Gemeinwohl wird als natürliche Folge der in der Familie und im Haus erprobten Rolle dargestellt: „Wir Frauen müssen zusammenhalten, damit der Geist und die Seele der Frau zur Wirkung kommen. Wie wir die Seele der Familie sind, möchten wir zur Seele des öffentlichen Lebens werden“⁷⁰, verkündet Bähnisch auf einer Großversammlung. Die vollkommene Frau vereint also privates und öffentliches Engagement, dient der Hebung der Gesellschaft im doppelten Sinn: durch Erziehung der eigenen Kinder wie durch ‚mütterliches‘ Engagement in der Öffentlichkeit. Mit dieser Rhetorik geht eine teilweise Übertragung der als „weibliche Lebenswelt“ verstandenen Privatheit in die öffentliche Sphäre einher. Vermutlich auf der Überzeugung basierend, dass Frauen auf diese Art, die eine Vertrautheit mit dem Gegenstand suggeriert, am erfolgreichsten motiviert werden können⁷¹, lassen Bähnischs Äußerungen den Eindruck entstehen, dass sie die konstruierte Dichotomie „Öffentlichkeit und Privatheit“ zwar einerseits zur praktischen Anwendung im Alltagsgeschehen entgrenzen, doch in ihren diskursiven, auf geschlechterstereotypen Fundamenten bestätigen wolle, wenn es heißt: „Wir

⁶⁸ Ein Mann sei allzu leicht bereit zu sagen, er könne auf der Grundlage der Gesetze nicht anders handeln, eine Frau jedoch suche trotz der Gesetze nach Wegen, die „auch vom Menschlichen her eine gerechte Lösung bringen“, lässt Bähnisch die Leser wissen. Köhler (wie Anm. 37).

⁶⁹ Wolf (wie Anm. 36).

⁷⁰ Josef Schmidt: Drei Damen von der Hohen Kommission, Mrs. McCloy, Lady Kirkpatrick und Madame Francois-Poncet am Rednerpult, in: Süddeutsche Zeitung [kein Datum angegeben, vermutlich 1949, Kopie im AdSD, Bonn, Personalia 480].

⁷¹ Das Vorgehen Bähnischs erinnert an das Konzept der „medborgarbildning“ Fritz Borinskis, in dem Familie, Schule, Arbeitswelt, Vereinsleben, Nachbarschaft und geselliges Leben als „politisch“ definiert sind, der ursprüngliche Politikbegriff erfährt dort also eine gedankliche Erweiterung um die „Alltagswelt“, auf deren Prozesse ein Interesse an politisch-parlamentarischen Abläufen aufbauen soll. Vgl.: Ziegler (wie Anm. 9), S. 53-55.

Frauen werden unser Land als unser Heim und die Welt als unser Haus betrachten, in dem wir als kluge Hausfrauen schalten und walten wollen.“⁷²

Als Vorbild für die ‚neue Frau‘ wird Bähnisch selbst, vermutlich nicht zuletzt auf eigenes Betreiben, von den Journalisten dargestellt: Wohl kaum zufällig sind in die Ausführungen zur kulturellen Aufbau-Aufgabe der Frauen in der „Neuen Gesellschaft“ Informationen über das Familienleben Bähnischs, die „neben ihrem Beruf auch noch mit Sorgfalt die Erziehung ihrer beiden Kinder leitet, nachdem der Gatte vermißt ist“⁷³, und zu deren Rolle als Mutter und Tochter eingeflochten, wie: „sie [Bähnisch] lebt mit ihrer 84 Jahre alten Mutter sowie mit Sohn und Tochter zusammen und empfindet die harmonischen Stunden, die sie mit ihrer Familie verbringt als erfreulichste Ausspannung.“⁷⁴

Neben der Vorbild-Rolle in der Familie – denn so ist zu erfahren, Tochter Orla-Maria, „eine echte Tochter ihrer Mutter“⁷⁵, war ebenfalls Juristin und promovierte zu einem Thema der Frauenbewegung – zeigen die Artikel Bähnisch als mustergültige Chefin, verständnisvolle Ansprechpartnerin der Bevölkerung und Aufbauarbeiterin einer „lebensnäheren“ Verwaltung, die Menschen anstelle von Paragraphen im Blick hat und individuelle Lösungen findet.⁷⁶ Zu Recht jedenfalls schreibt Robert Botzat: „Diese Frau macht von sich reden“.⁷⁷ Interessant ist, dass dabei nur selten Einzelne, von der Bezirksregierung durchgeführte, bedeutsame Verwaltungsakte im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen, sondern dass es die Person der Amtsinhaberin selbst, mit all ihren Interessen und Ideen, ist, die in ihren Charakterzügen, ihrer Erscheinung und ihrem Auftreten, das von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ mit der Formel „mit Hut, Charme und Diplomatie“ zusammengefasst der interessierten Öffentlichkeit präsentiert wird.⁷⁸ Jene „Weichheit“ der Themen, wie vor allem Frauenbewegung, Wohnungsbau und Flüchtlingsfürsorge, die als „Bähnischs Themen“ in der Presse präsentiert werden, die Darstellung Bähnischs nicht nur als Fachfrau, sondern auch als Mutter, Tochter und Köchin, zusammengenommen: die Inszenierung Bähnischs als –

⁷² O. V.: Politik mit klugem Herzen, in: Die Welt, 12.10.1949.

⁷³ Sybill (wie Anm. 3).

⁷⁴ O. V.: Der Regierungspräsident ist eine Frau, Theanolte Bähnisch, Chefin des Hauses Archivstraße 2 in Hannover – Keine Starallüren, in: Bremer Nachrichten, 27.08.1954.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Vgl. O. V. (wie Anm. 38).

⁷⁷ Botzat (wie Anm. 66).

⁷⁸ O.V. (wie Anm. 1).

wenn man so will – „mütterliche Regierungspräsidentin“ könnte, sowohl von Seiten Bähnischs als auch von Seiten der Journalist/innen darauf ausgerichtet gewesen sein, die unbekannte Behörde – und damit die Verwaltungsarbeit – den Menschen, vor allem den Frauen, ein Stück näher zu bringen. Für Ilse Langner, eine Freundin Bähnischs, stammen die „stärksten Kräfte und Impulse“ von „Regierungspräsident Theanolte Bähnisch“ jedenfalls deren „Mütterlichkeit“.⁷⁹ Die Versicherung durch einen Journalisten, dass die Arbeit in einem solchen Amt nicht „vermännliche“, sondern dass Bähnisch „Frau geblieben“⁸⁰ sei, könnte dabei der Entkräftung der vermeintlich unter deutschen Frauen bestehenden Haltung, Verwaltungsarbeit sei zwangsläufig trocken, bürokratisch und paragraphengeleitet⁸¹, gedient haben.

Die Möglichkeit einer „menschlicheren“ Verwaltung, wie Bähnisch sie forderte und repräsentierte, verhiess einerseits neue Einfluss-Spielräume für Frauen im Nachkriegsdeutschland, nahm sie aber andererseits auch in die Pflicht, indem sie an das weibliche Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft appellierte: Alles in allem ein Integrations-Konzept, dass im Kontext der Zeit zunächst schlüssig wirkt. Ob es auf die Anstrengungen Bähnischs, ihrer Mistreiter/innen und anderer Multiplikator/innen ihrer Ideen zurückzuführen ist, oder ob andere Gründe dafür maßgeblich waren, dass Frauen in den Jahren nach 1945 vermehrt in die Verwaltungsberufe strömten, ist schwer zu beantworten. Im Vergleich zum Gesamtanstieg der Frauenerwerbstätigkeit in der Nachkriegszeit hatten Frauen laut Klaus-Jörg Ruhl jedenfalls „in der Verwaltung (...) noch die besten Chancen“.⁸²

Allerdings liegt auch der Schluss nahe, es könnte nicht zuletzt auf die beschriebene Rhetorik Bähnischs und der Multiplikatoren ihrer Ideen zurückzuführen sein, dass letztlich noch viele Jahrzehnte vergingen, bis Frauen in Deutschland rechtlich wie auch in gesellschaftlicher Sicht, gleiche Rechte und Anerkennung im Beruf zugestanden wurden. Denn die Herangehensweise Bähnischs und ihrer Unterstützer an die Partizipationsaufgaben von Frauen trug dazu bei, dass Vorannahmen über vermeintlich „männliche“ und „weibliche“ Fähigkeiten sowie Aufgabenbereiche weitgehend un-

⁷⁹ Ilse Langner: Regierungspräsident Theanolte Bähnisch, in: Die Zeit, 21.02.1957.

⁸⁰ Botzat (wie Anm. 66)

⁸¹ Diese Haltung verbreitet noch 1959 die HAZ: O. V.: Kontakt bis in das letzte Dorf. Theanolte Bähnisch – der Regierungspräsident von Hannover, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 06.02.1959.

⁸² Klaus-Jörg Ruhl: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie, Freiburg i. Br., S. 51, Anm. 88.

hinterfragt weiter transportiert wurden. Die Journalist/innen sahen sich scheinbar in der Pflicht, bei der Darstellung Bähnischs als Vorbild-Frau konstruierte Antagonismen zusammenzubringen und dabei doch aufrecht zu erhalten, wenn sie den Charakter Bähnischs, die „bei aller Schärfe des Verstandes betont Frau geblieben ist“⁸³, darstellten. Letztendlich muss dadurch ‚Frau Regierungspräsident‘ – und somit die Frau in der Öffentlichkeit, für die sie Patin stand – in der Wahrnehmung der Zeitgenossen ein seltsam gespaltenes Wesen geblieben sein, was erforderte, dass die Wünsche zu Bähnischs sechzigstem Geburtstag „nicht nur dem Regierungspräsidenten, sondern vor allem auch dem Menschen Theanolte Bähnisch“⁸⁴ ausgesprochen wurden, eine sprachliche Konstruktion, die für den Ehrentag eines männlichen Würdenträgers wohl kaum Anwendung gefunden hätte.

Sachverstand, Entschlossenheit, Energie, Durchsetzungskraft und Verantwortungsbewusstsein mussten also – um im Modell der konstruierten Gegensätze zu bleiben – in den vierziger und fünfziger Jahren von einer Frau in einem gehobenen Verwaltungsamt ebenso bewiesen werden wie eine nur schwierig festzumachende weibliche bzw. mütterliche Aura. So wurde den deutschen Frauen in den Nachkriegsjahren mit der Partizipations-Chance auch die Bürde auferlegt, im Falle eines Wirkens in der Öffentlichkeit eine Zerrissenheit der Identität zwischen zwei Welten leben zu müssen, was vermutlich dazu führte, dass viele Frauen darauf verzichteten, von ihrer Chance zur Mitwirkung Gebrauch zu machen. Im Zuge einer Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Kultur, wie sie Martina Ritter als Notwendigkeit einer die Partizipation fördernden Integration der Bürger und Bürgerinnen und damit der Stabilisierung einer Demokratie festschreibt, wäre deshalb, so zeigt die Analyse dieses kleinen Ausschnitts Personen-, Frauen-, Demokratie- und Pressegeschichte, nicht zuletzt auch die Rolle der Sprache und damit die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Demokratisierung zu reflektieren.⁸⁵

⁸³ Ebenda. Ähnlich fasst es ein Artikel, in dem gesagt wird: „Da ist ein klarer Verstand, der sich knapp und präzise ausdrückt, aber es steht ihm das ganze weibliche Einfühlungsvermögen zur Seite.“ O.V (wie Anm. 31).

⁸⁴ O.V.: Wünsche zum Geburtstag. Regierungspräsident Theanolte Bähnisch 60 Jahre, in: Hannoversche Presse, 25.04.1959.

⁸⁵ Zum fruchtbaren Zusammenwirken bewährter und neuerer Ansätze in der Geschichtswissenschaft vgl. Hans Erich Bödeker (Hrsg.): Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002.

Florian Cebulla

Um gleiche Chancen für Schiene und Straße

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesbahn in den 1950er Jahren

Im Jahr 2007, als diese Zeilen entstehen, wird wieder über die Zukunft der Eisenbahn in Deutschland debattiert. Diesmal geht es um die Frage, ob und wie die Deutsche Bahn AG privatisiert werden soll.¹ Es geht darum, ob die seit der Bahnreform 1994 aus Bundesbahn (DB) und Reichsbahn zur Holding zusammengeführte „Deutsche Bahn AG“ an die Börse geführt und für eine Kapitalprivatisierung geöffnet werden soll. Waren sich 1994 die Bundestagsfraktionen noch einig, dass die Bahn in der Hand des Staates verbleiben müsse, um damit infrastruktur- und umweltpolitische Ziele fördern zu können, haben sich die Positionen verschoben. Das neoliberale Credo, wonach es keine Alternative zu einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gäbe, ist offenbar derart in den Köpfen verankert, dass es nicht mehr darum geht ob, sondern nach welchem Modell privatisiert werden soll. Von Interesse ist die Frage, in welcher Form wenigstens das Schienennetz im Besitz und unter Kontrolle des Bundes verbleibt. Der Bundestag und der Bundesrat haben über eine Weichenstellung zu befinden, die von existenzieller Bedeutung für die Zukunft und Qualität des Schienenverkehrs ist. Erfahrungen mit der Eisenbahnprivatisierung in anderen Ländern – etwa Großbritannien, Neuseeland, Estland – zeigen, dass eine Deregulierung erhebliche negative Konsequenzen haben kann.

Verkehrspolitik und Bundesbahn in den 1950er Jahren

Die Entscheidung über die Privatisierung ist von größerer Tragweite als die verkehrspolitische Grundsatzentscheidung des Jahres 1955.² Epochal sind jedoch beide Fälle: In der Wirtschaftswunderära fielen die Würfel gegen die Eisenbahn. Nach einer einjährigen politischen und in der Öffentlichkeit veranstalteten Schlacht entschied der

¹ Vgl.: Winfried Wolf: In den letzten Zügen. Bürgerbahn statt Börsenwahn, Hamburg 2006.

² Einführend: Dietmar Klenke: „Freier Stau für freie Bürger.“ Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949-1994, Darmstadt 1995, S. 4-59.

Bundestag, anders als vom Verkehrsministerium geplant, im Schiene-Straße-Konflikt zugunsten des Kraftverkehrs. Das schwächte die Position der Eisenbahn in der Verkehrswirtschaft nachhaltig.³ Die nur halbherzige Eindämmung eines Teils des Lkw-Verkehrs (Werkverkehr) mit den Beschlüssen von 1955 und das Unvermögen, durch eine Steuer- und Bahnreform gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für den motorisierten Verkehr und die Schiene zu schaffen, ebneten in den 1950er Jahren der Massenmotorisierung den Weg.⁴ Es war eine grundlegende Weichenstellung zugunsten der Straße, der privaten Kraftverkehrswirtschaft und der Automobilindustrie, denn die Anschaffung von Pkw wurde steuerlich begünstigt und eine angemessene Beteiligung des Kraftverkehrs an den Wegekosten wurde verworfen.⁵ Mit dem seit Ende der 1950er Jahre einsetzenden Ausbau des Straßennetzes wurde eine weitere Voraussetzung für die Massenmotorisierung geschaffen.⁶ Dem amerikanisierten Zeitgeist folgend setzte man auf „freie Fahrt für freie Bürger“. Modernisierung und Fortschritt waren in der Denkweise der Zeitgenossen untrennbar mit dem Automobil verbunden, das alle Verkehrsprobleme lösen und jedermanns Eigentum werden sollte. Die große Zahl der Unfallopfer negierte man. Das Thema „Umwelt“ spielte damals überhaupt keine Rolle. Großangelegte Imagekampagnen der Automobilindustrie und Kraftfahrtwirtschaft taten ihr Übriges, um den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen, damit diese für die Motorisierung votierten.⁷ Die strukturellen Probleme der Eisenbahn im Wettbewerb mit der Straße wurden nicht gelöst:⁸ Die DB musste die Beseitigung der Kriegsschäden und die ausgebliebenen Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen aus eigener Kraft bezahlen. Sie hatte aus sozialpolitischen Gründen einen Überhang an Personal zu beschäftigen (vertriebene Eisenbahner und so genannte „131er“⁹). Schließlich oblag ihr eine gemeinwirtschaftliche Betriebspflicht. Die DB musste aus strukturpolitischen

³ Vgl. Dietmar Klenke: Bundesdeutsche Verkehrspolitik und Motorisierung. Konflikträchtige Weichenstellungen in den Jahren des Wiederaufstiegs, Stuttgart 1993, S. 191-261.

⁴ Vgl. Günther Schulz: Die Deutsche Bundesbahn 1949-1989, in: Lothar Gall / Manfred Pohl (Hrsg.): Geschichte der deutschen Eisenbahn. Von den Anfängen bis heute, München 1999, S. 317-376, hier S. 321.

⁵ Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 247-252.

⁶ Vgl. Christopher Kopper: Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert (EDG 63.), München 2002, S. 56-60; Thomas Südbeck: Motorisierung, Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er Jahre (VSWG Beiheft 113.), Stuttgart 1994.

⁷ Vgl. Klenke (wie Anm. 2), S. 28-59.

⁸ Zur Lage der Bundesbahn in den 1950er Jahren vgl. Schulz (wie Anm. 4), S. 317-340.

⁹ Bundesgesetz von 1951 auf Basis von Grundgesetzartikel 131: der öffentliche Dienst musste mindestens 20 % Mitarbeiter beschäftigen, die ihre Stellung im Staatsdienst durch Krieg oder Entnazifizierung verloren hatten.

Gründen unwirtschaftliche Verkehre zu einem vergünstigten Tarif anbieten und Schüler- und Berufsverkehr zu verbilligten Konditionen betreiben, erhielt dafür aber keine Ausgleichsmittel aus der Bundeskasse.¹⁰ Kein Wunder, dass die Bahn zuerst im Güter- und dann im Personenverkehr Marktanteile verlor, womit das schon durch die Fremdlasten sehr hohe Defizit weiter wuchs. Dies verhinderte Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur, die notwendig gewesen wären, um Kunden zu halten.

Und im Jahr 2007: Nach einer kleinen „Renaissance“ der Eisenbahn seit den 1980er Jahren und dem Befreiungsschlag der Bahnreform 1994 herrscht wieder Ernüchterung. Der Marktanteil der Schiene konnte nicht wesentlich erhöht werden. Ursache dafür ist – neben einem verfehlten Management der DB AG („Börsenbahn“) – eine fortgesetzte verkehrspolitische Benachteiligung der Eisenbahn. Angesichts der Staatsverschuldung liegt die kurzsichtige Perspektive nahe, das Bundesunternehmen gleich ganz zu veräußern, um damit kurzfristig und keineswegs Gewinn bringend die Staatskasse zu füllen.¹¹ Die Weichenstellung von 1955 war von der Ideologie der sozialen Marktwirtschaft geprägt. Die Politik entschied gegen einen staatlichen Eingriff in die Verkehrswirtschaft, der die Bahn hätte stärken können. Aus wirtschaftspolitischen Gründen gab sie der Motorisierung freien Lauf, erhielt aber aus sozialen Gründen den Status Quo in Bezug auf die DB (Inkaufnahme des Defizits). 2007 geht es der Politik um die Entscheidung über eine scheinbar organisatorische Marginalie, die der Logik neoliberaler Ordnungs- (bzw. „Unordnungs“-) modelle folgt.

„Warum und zu welchem Ende studieren“ wir hier die Öffentlichkeitsarbeit der frühen Bundesbahn? Während die verkehrspolitische Diskussion 2007 nicht in der massenmedialen Öffentlichkeit stattfindet und allenfalls von Verkehrswissenschaftlern, Ökonomen, Umweltgruppen und Globalisierungskritikern geführt wird, nahm der Schiene-Straße-Konflikt in den 1950er Jahren breiten Raum in den Medien ein. Es wurde eine regelrechte Presse- und Werbeschlacht zwischen der Automobil- und Kraftfahrtlobby auf der einen und der DB auf der anderen Seite geschlagen. Da die DB eine staatliche

¹⁰ Vgl. Fritz Fakiner: Es sind die Folgen des Krieges, in: Die Bundesbahn (im Folgenden abgekürzt: DB) (1953), H. 8, S. 325-328.

¹¹ Nach seriösen Berechnungen stünde der Veräußerungsgewinn in krassem Missverhältnis zum Vermögenswert der DB; zudem verpflichtete sich der Bund weiterhin, Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung), wodurch die Angelegenheit zu einem Zuschussgeschäft zu Lasten des Steuerzahlers und zugunsten von renditeorientierten Finanzinvestoren würde, vgl. Wolf (wie Anm. 1), S. 37-41.

Behörde war, stellt sich die Frage, wie sie sich in der Öffentlichkeit für ihre eigenen Belange einsetzte und ihre Interessen vertrat. Dies ist auch deshalb von Relevanz, weil es sich bei der Auseinandersetzung um die Verkehrsgesetze 1954/55 um den für die Bundesrepublik ersten Fall einer massiven, die Öffentlichkeit mobilisierenden lobbyistischen Einflussnahme seitens der Automobil- und Kraftfahrtwirtschaft handelte. Diese Interessenpolitik war erfolgreich und vermochte es, die Meinung einer politischen Mehrheit in der Regierungskoalition des zweiten Kabinetts Adenauer gegen die Gesetzesvorlagen des eigenen Verkehrsministers Seehofer aufzubringen.¹² Außerdem gelang es, die öffentliche Meinung gegen die Eisenbahn und für das Kraftfahrzeug zu gewinnen, was angesichts der großen Zahl von Unfalltoten und der Belastungen durch den Schwerlastverkehr bemerkenswert erscheinen muss. Deshalb ist von Interesse, wie die Bundesbahn in die PR-Schlacht eingriff.

„Die Bundesbahn“ – ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der DB unterstand als Referat 4 der Hauptverwaltung der DB unmittelbar dem Vorstand des Unternehmens.¹³ Neben Pressekonferenzen,¹⁴ dem intensiven Kontakt zur regionalen und überregionalen Presse¹⁵ sowie Pressemitteilungen¹⁶ und Rundfunkvorträgen¹⁷ war die Zeitschrift „Die Bundesbahn – Organ der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn“ das wichtigste Medium der Öffentlichkeitsarbeit.¹⁸ Es erschien mindestens einmal monatlich, meist jedoch zwei oder drei Mal. Das Periodikum enthielt einen amtlichen und einen nicht-amtlichen Teil. Der amtliche Teil hatte die Funktion eines Amtsblattes für die Mitarbeiter der DB und enthielt Dienstverordnungen, technische Anweisungen und dienstliche Meldungen. Bis 1951 stand dieser Teil am Beginn der jeweiligen Ausgaben. Dem folgte der nichtamtliche Teil, in dem 1950 und 1951 etwa die „Ver-

¹² Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 232-240.

¹³ Vgl. Peter Schymanietz: Die Organisation der deutschen Eisenbahnen 1835-1975, Wuppertal 1977, S. 68.

¹⁴ Vgl. Johannes Kurze: Die westdeutsche Presse beim Vorstand der DB, in: DB (1952), H. 15, S. 477-479.

¹⁵ Vgl. Werner Heinze: Bundesbahn und Heimatpresse, in: DB (1957), H. 11, S. 623-626.

¹⁶ „Bundesbahn-Mitteilungen“ gingen an sämtliche Zeitungsredaktionen und Nachrichtenagenturen der Bundesrepublik.

¹⁷ Abdruck einiger Vorträge: Johannes Kurze: Ein Leben ohne Eisenbahn?, in: DB (1955), H. 13, S. 521-523 (gehalten beim NWDR Köln am 8. Juni 1955); Robert Haerdtnr: Die Freiheit der Eisenbahn, in: DB (1955), H. 14, S. 561-563 (gehalten beim HR am 5. Juni 1955).

¹⁸ Vgl. Johannes Kurze: Dreißig Jahre amtliches Organ, in: DB (1956), H. 20, S. 1035-1037.

kehrspolitische Umschau“¹⁹ und Meldungen aus dem Umfeld der Eisenbahn erschienen. Ab 1952 änderten sich der Aufbau und die Funktion der Zeitschrift. War sie bis dahin ein reines Mitarbeiterorgan gewesen, versuchten die Verantwortlichen nun offenbar, das Blatt für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit umzugestalten. Fortan rückte der nichtamtliche Teil mit einem verkehrspolitischen Leitartikel auf den Titel und die ersten Seiten. Die amtlichen Meldungen folgten in kürzerer Form. Seitdem hatte „Die Bundesbahn“ in begrenztem Umfang eine Zwitterstellung als Mitarbeiterzeitschrift und Kundenmagazin, denn sie wurde auf Bahnhöfen verteilt und Politikern und Pressevertretern zugestellt. Die Zeitschrift diente zwar immer noch primär der internen Unternehmenskommunikation, konnte jetzt aber auch als Werbemittel der externen Kommunikation wirken. Das Blatt wurde in seiner Funktion aufgewertet, weil die Eisenbahner verstärkt auf die verkehrspolitische Lage aufmerksam gemacht wurden und die kämpferische Position ihrer Unternehmensleitung für eine starke Eisenbahn verfolgen konnten. Das dürfte die bei den Bahnern damals vorherrschende hohe Identifizierung mit ihrem Unternehmen²⁰ noch gestärkt haben. Als Kundenmagazin taugte die neue Aufmachung der Zeitschrift jedoch kaum, da die Aufbereitung der verkehrspolitischen Themen im Fachjargon erfolgte. Auch fehlte es an einer direkten Kundenansprache, die die Reisenden umwarb. Artikel im Sinne eines Reisemagazins wurden nicht gebracht. Am ehesten erreichte man noch jene Wirtschaftskreise, die gute Kunden des Güterverkehrs waren (Schwerindustrie).

Neben den verkehrspolitischen Artikeln stand noch ein weiteres Thema im Vordergrund: Häufig wurde über die Reintegration der DB in das internationale Eisenbahnwesen berichtet. Die beginnende westeuropäische Integration seit der Montanunion hatte zu einer größeren Zusammenarbeit der europäischen Eisenbahnen geführt, die mit der Einführung des Trans-Europa-Expresszug-Netzes im Jahr 1957 einen Höhepunkt erreichte. Die Artikel rücken die Wiederherstellung von „Normalität“ im Bahnbetrieb mit den westlichen Nachbarn in den Vordergrund und haben einen sehr euphorischen und positiven Duktus.²¹

¹⁹ Gleiche Behandlung aller Verkehrsmittel durch den Staat, in: DB (1950), H. 20, S. 565-566; Zum Thema: Verkehrspolitik und steigende Kraftfahrzeugzulassungen, in: DB (1951), H. 6, S. 176-177.

²⁰ Vgl. Schulz (wie Anm. 4), S. 329.

²¹ Vgl. Die Eisenbahnen international gesehen, in: DB (1951), H. 10, S. 314-315; Werner Pischel: Räder rollen für Europa, in: DB (1953), H. 3, S. 133-136; Kurt Samtleben: Die Montanunion, in: DB (1953), H. 5, S. 205-

Federführend für die „Public Relations“ war der promovierte Jurist Johannes Kurze. Er fungierte als Pressesprecher und Schriftleiter der Zeitschrift. Dort schrieb er ab 1952 häufig den Leitartikel zum Stand der verkehrspolitischen Auseinandersetzung oder zu eisenbahnpolitischen Fragen. Er erreichte durch die Platzierung entsprechender Artikel maßgeblich zwei Dinge: Zum einen formte er die Zeitschrift zu einem Instrument, das den Eisenbahnern bewusst machen sollte, dass sie mit ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit und auch als Privatpersonen der beste Werbeträger für die Interessen der DB waren. Zum anderen machte er die Zeitschrift zu einem – für einen Staatsbetrieb bemerkenswerten – politischen Sprachrohr der genuinen Interessen des Unternehmens. Er versuchte in der verkehrspolitischen Auseinandersetzung der Jahre 1954/1955 der Straßenverkehrslobby mit „Gegenpropaganda“ Paroli zu bieten. Mit dieser Ausrichtung der Zeitschrift begegnete Kurze dem im Neujahrsaufruf an die Mitarbeiter im Januar 1953 vom Vorstand beklagten Zustand, dass „nach wie vor die deutsche Öffentlichkeit den besonderen Aufgaben und Verpflichtungen der Bundesbahn nicht genügend Rechnung“ trage.²² Es ging darum, dem schlechten Image der DB und der zunehmenden Infragestellung der Eisenbahn als bedeutender Verkehrsträger entgegenzuwirken. Die finanzielle Lage der DB, die Debatte über die Vorzüge des motorisierten Individualverkehrs, die immer noch nicht ganz beseitigten Kriegsschäden und ein Mangel an Investitionen für eine Modernisierung des Schienenverkehrs ließen das Unternehmen und seine Verkehrsleistungen Anfang der 1950er Jahre nicht gerade im besten Licht erscheinen, obwohl die Eisenbahn angesichts der zu diesem Zeitpunkt noch verhaltenen Pkw-Motorisierung immer noch einen höheren Anteil im Personenverkehr verzeichnen konnte. Die Presse bezog zunehmend in wirtschaftsliberaler Weise Stellung gegen die DB, die ein „Verkehrsmonopol“ habe.²³ Dies stimmte angesichts des erstarkenden Lkw-Verkehrs nicht mehr und lag auch nicht an der DB, sondern an der staatlichen Verkehrsordnung mit ihrer Tarifbindung, die immer häufiger unterlaufen wurde.²⁴

208; Kurt Leibbrand: Integration des europäischen Verkehrs, in: DB (1953), H. 7, S. 273-276; Walter Vogel: Ein Schritt weiter!, in: DB (1955), H. 2, S. 101-103.

²² Aufruf vom 31.12.1952, in: DB (1953), H. 1, S. 1.

²³ Vgl. Johannes Kurze: Öffentlichkeit und Bundesbahn, in: DB (1953), H. 1, S. 2-4.

²⁴ Vgl. Klenke (wie Anm. 2), S. 6-16.

In der öffentlichen Meinung begann die „gute alte Eisenbahn“ als veraltet zu gelten.²⁵ Sie schien nicht mehr modern gegenüber den „schnellen“, Komfort und Modernität verheißenden, Verkehrsmitteln Pkw und Flugzeug, die der jüngeren Generation als Statussymbole für Fortschritt, Individualität und persönliche Freiheit galten und angesichts der voranschreitenden mentalen Amerikanisierung die Verkehrsmittel der Wahl waren. Mit den scheinbaren Vorzügen von Auto und Flugzeug konnte eine DB nur bedingt mithalten, die Kriegsschäden und bahnfremde Leistungen aus eigener Tasche zahlen musste und nur verhalten in komfortable Reisezugwagen, Schnellverkehr durch Elektrifizierung und häufigere Fahrten durch mehr Zugeinheiten investieren durfte. Deshalb war es umso notwendiger, die Eisenbahner zu motivieren, ihrem Unternehmen in der öffentlichen Präsentation ein modernes Image zu verpassen und die Vorzüge der Eisenbahn (hohe Transportkapazität, Sicherheit, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit durch geringe Fahrwiderstände) als ebenfalls „modernes“ Verkehrsmittel herauszustellen.²⁶

Bei den Eisenbahnern sollte das Bewusstsein für die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit erhöht werden. Kurze hämmerte ihnen ein, dass jeder von ihnen in der Öffentlichkeit das Aushängeschild des Unternehmens sei. Je freundlicher, sachverständiger und kommunikativer – im Sinne der Ziele des Unternehmens – ein Mitarbeiter war, desto mehr konnte dies für ein positives Ansehen der DB in der Öffentlichkeit sorgen.²⁷ Im Vorstand der DB hatte man erkannt, dass eine verbesserte interne Kommunikation der Schlüssel für eine bessere externe Kommunikation der Eisenbahner sein konnte. Die Umsetzung letzterer war jedoch ein ehrgeiziges Ziel, denn die Beschwörung größerer Kundennähe verweist auf ein offensichtlich großes Problem: Eine nicht mehr zeitgemäße hoheitlich-militärische Mentalität der Bahner, die aus der Zeit der tatsächlichen Monopolstellung der Eisenbahn und der NS-Zeit herührte, war die Ursache dafür, dass Reisende mehr als behördliche „Beförderungsfälle“, denn als „Fahrgäste“ definiert wurden. Im Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln war aber eine größere Kundennähe und Flexibilität der Eisenbahner gefragt.

²⁵ Vgl. Arno Staks: A thing of the past?, in: DB (1955), H. 20, S. 843-845; Ewald Graßmann: Ist die Eisenbahn veraltet?, in: DB (1953), H. 11, S. 453-456.

²⁶ Vgl. Johannes Kurze: Die Eisenbahn in der öffentlichen Meinung, in: Jahrbuch des Eisenbahnwesens 1957, S. 113-116.

²⁷ Vgl. Kurze (wie Anm. 23), S. 4.

Die Abschaffung der dritten Wagenklasse im Personenverkehr wurde im Sommer 1956 zum Anlass genommen, für mehr Kundenfreundlichkeit zu werben. Unter dem Titel „Seine Majestät, der Fahrgast“ stellte Friedrich Ossig zahlreiche Verbesserungen für die Kunden im Personenverkehr heraus (Haus-zu-Haus-Gepäckbeförderung, Handgepäckschließfächer, Autobeförderung in Reisezügen, Einführung von Liegewagen). Leider kam der Autor aber nicht umhin, den eben noch definierten „Fahrgast“ zu schelten, weil er die neuen Fahrkartenautomaten nicht annehme und lieber am Schalter die Fahrkarten kaufe.²⁸ Ähnlich ambivalent fiel ein Artikel Ossigs im Februar 1957 aus. Er betont die Gastlichkeit der DB, die dem Fahrgast „Schutz und Obhut“ in einem Umfeld zahlreicher Servicedienstleistungen biete. Gleichwohl wird aber konstatiert, dass die Gastlichkeit „keine einseitige Angelegenheit“ sei. Prompt gerät daraus mit Verweis auf die Schwarzfahrer wieder eine Spitze gegen den eben noch umworbenen Fahrgast, der „Rücksicht, Dank und Anerkennung“ für die gastliche Aufnahme vermissen lasse, weil „im Zuge der allgemeinen Materialisierung das Gefühl für die Gegenseitigkeit und Partnerschaft im Verkehr leider ziemlich verloren gegangen“ sei. Abschließend lautet die Bitte: Da über „Merkur“, den Güterverkehr, immer noch die Haupteinnahmen erzielt würden und „Jupiter“, der Personenverkehr, nicht mit den Kosten entsprechenden Preisen betrieben würde, sollten Großunternehmen, deren Arbeiter mit Wochenkarten befördert würden, im Gegenzug mehr Güter mit der Bahn transportieren.²⁹ Solche Artikel sprachen vielleicht den Bahnmitarbeitern aus der Seele, dürften aber kaum einen Beitrag zu einer Verbesserung des Kundendienstes geleistet haben. Sie verweisen auf einen weiteren Aspekt: Da Mitte der 1950er Jahre die DB und der öffentliche Verkehr in der Personenbeförderung noch den größten Anteil hatten, wurde die Kundengruppe, deren Abwanderung zum Automobil sich abzeichnete, in fataler Weise vernachlässigt. Es ging der DB in erster Linie um den Güterverkehr, in dem sie Marktanteile verlor. Deshalb war die Argumentation in der Frage des Schiene-Straße-Konfliktes sehr auf den Güterverkehr fokussiert und vermochte es nicht, auch im Hinblick auf den Personenverkehr Zeichen zu setzen. Die Gefahr der Abwanderung zum Automobil wurde ver-

²⁸ Vgl. Friedrich Ossig: Seine Majestät, der Fahrgast, in: DB (1956), H. 15, S. 795-798.

²⁹ Friedrich Ossig: Jupiter oder Merkur, in: DB (1957), H. 3, S. 115-117.

kannt oder bewusst übersehen, weil man sich vom Güterverkehr mehr Umsatz versprach und meinte, die Motorisierung ohnehin nicht aufhalten zu können.

„Die Bundesbahn“ und der Schiene-Straße-Konflikt

Zwischen 1953 und 1955 flankierte die Zeitschrift die von Bundesverkehrsminister Seebohm im Januar 1954 öffentlich gemachten eisenbahnfreundlichen Gesetzesvorschläge zur Lösung der Verkehrskrise. In der sich anschließenden Auseinandersetzung zwischen Güter- und Straßenverkehrslobby, dem Bundestag und der Bundesregierung bezogen die Autoren Stellung für die Interessen der DB. Sie versuchten sich in Gegenpropaganda zu der groß angelegten Öffentlichkeitsarbeit der Kraftfahrtinteressengruppen, die die Presse auf ihrer Seite wissen konnten, weil Seebohm mit seinen Vorschlägen überreizt hatte.³⁰ Da der DB-Vorstand im Gegensatz zur Kraftfahrtlobby einen direkten Draht zum Verkehrsminister hatte, unterließ er es, eine größere Pressekampagne anzuleiern. Um in der Öffentlichkeit aber ein Gegengewicht zur Meinung der Kraftfahrtlobby zu bilden, wäre dies sicher ratsam gewesen, denn auch die in der Auseinandersetzung zwischen den Wirtschaftsverbänden und der Regierung agierende Gruppe der „Bahn-Interessenten“ (Schwer- und Zulieferindustrie) sah sich nicht in größerem Umfang zu öffentlichen Stellungnahmen veranlasst. Der harten Propaganda der Straßenverkehrslobby begegnete die DB öffentlichkeitswirksam lediglich durch eine Plakatierungsaktion an Litfaßsäulen gegen die „Giganten der Landstraße“. Sie baute darin einen Gegensatz zwischen Motorisierten und Nicht-Motorisierten auf, thematisierte die gesundheitsschädlichen Auspuffgase und die hohe Zahl der Verkehrstoten, die als Argumente gegen den Schwerlastverkehr ins Feld geführt wurden. In den Beiträgen der „Bundesbahn“ wurde schon seit Januar 1953 die durch die Zunahme des Güterkraftverkehrs und den rückläufigen Bahnverkehr verursachte Verkehrskrise thematisiert. Der nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten operierende – allerdings an eine feste Tarifordnung gebundene – private Güterkraftverkehr hatte zwischen Oktober 1951 und Oktober 1952 sprunghaft um 20% zugenommen. In diesem Zeitraum war die Gesamtzahl der Lkw um 21,5% auf über 500.000, die Zahl der Kraftomnibusse um 19% auf über 20.000 gestiegen. Die gemeinwirtschaftlich ge-

³⁰ Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 212.

fürte staatliche DB musste im Gegenzug sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr Einbußen hinnehmen. Der Wettbewerb zwischen Schiene und Straße war in vollem Gang. Ein schiefer Wettbewerb, wie Fritz Fakiner Anfang 1953 betonte, denn der Kraftverkehr raube der Bahn im hochwertigen Verkehr Kunden, nicht jedoch dort, wo sich aus technischen und wirtschaftlichen Gründen der Kraftverkehr gegenüber dem Schienenverkehr im Vorteil befinde: in der (ländlichen) Flächenversorgung.³¹

Die von Fakiner genannten Argumente und Forderungen wurden in der Folgezeit zu Recht immer wieder seitens der DB aufgeworfen: 1. Sollte der Kraftverkehr dort ein freies Einsatzfeld bekommen, wo er sich ökonomisch bewährte, nämlich in der Flächenversorgung des Güternahverkehrs als Zuliefer- oder Verteilerverkehr zu und von Güterbahnhöfen der DB. Im Güterfernverkehr war er hingegen zu beschränken. 2. Sollte die DB finanziell für ihre gemeinwirtschaftlichen Lasten entschädigt werden, um das Defizit zu senken. 3. Sollte im Hinblick auf die Wegekosten ein fairer Wettbewerb entstehen. Die Kraftfahrtwirtschaft sollte für ihre Wegekosten durch Steuern aufkommen. Fakiner sprach damit das an, was der Vorstand der DB im Herbst des Jahres 1953 der Bundesregierung an vertraulichen Vorschlägen **unterbreitete**.³²

Der DB-Vorstand setzte auf das nach der Bundestagswahl im Herbst 1953 zusammengetretene zweite Kabinett unter Bundeskanzler Konrad Adenauer, der am 20. Oktober in seiner Regierungserklärung eine Lösung der Verkehrskrise ankündigte. Pressesprecher Kurze ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, in welcher Form die Politik nun zu agieren habe. Auch wenn die Öffentlichkeit den Eingriff des Staates in die Wirtschaft vehement ablehne, sei doch die Lösung der Verkehrskrise im Sinne des Gemeinwohls und damit der Ökonomie nur mit dirigistischen Maßnahmen und – zwischen den Zeilen gelesen – einer Eindämmung des Lkw-Verkehrs zu bewerkstelligen. Die hohe Straßenverkehrsdichte und Zahl der Unfalltoten lasse gar keine andere Wahl.³³

Bereits zuvor hatte schon der „Krieg der Worte“ mit der Autolobby begonnen, der immer auch um die Verkehrssicherheit und die hohe Straßenverkehrsdichte kreiste. Mit dieser Argumentationsrichtung versuchte die DB Stimmung gegen die euphorische Beschwörung der Automobilindustrie zu machen, dem Kraftfahrzeug ge-

³¹ Vgl. Fritz Fakiner: Bundesbahn und Wettbewerb, in: DB (1953), H. 2, S. 81-84.

³² Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 221.

³³ Vgl. Johannes Kurze: Die neue Ära, in: DB (1953), H. 21/22, S. 939-942.

höre die Zukunft. So reagierte die „Bundesbahn“ auf Äußerungen des Generaldirektors des Volkswagenwerkes Paul Nordhoff, der in seiner Funktion als Vertreter des Verbands der Deutschen Automobilindustrie geäußert hatte, Mehrverkehr werde in erster Linie nur vom Kraftwagen übernommen, der durch „bessere Dienstleistung“ und „größere Wirtschaftlichkeit“ der Eisenbahn überlegen sei.³⁴ Solche Angriffe konterte die DB, indem sie ihrerseits die Nachteile des Kraftverkehrs und die Vorteile des Schienenverkehrs herausstellte. Die DB hatte es dabei nicht leicht, weil journalistische Kampagnen gegen die Eisenbahn immer häufiger wurden. Im März 1954 übte Pressesprecher Kurze deshalb harsche Medienkritik. Diese war wohl berechtigt, denn ein Wirtschaftsredakteur hatte in einem mit kräftiger Wortwahl gewürzten Rundfunkkommentar Stimmung gegen die Bahn gemacht. Die Argumente stammten – so Kurze – aus einem Arsenal, „aus dem vor mehr als zwei Jahrzehnten die öffentliche Diskussion um das Problem Straße-Schiene ihre Waffen“ bezogen habe. Kurze missfiel besonders, dass der Redakteur seinen Kommentar mit einem Vorfall verknüpft hatte, bei dem ein dreijähriges Kind in einem Eifeldorf beinahe von einer Kleinbahn überfahren worden war. Auch hatte der Journalist das Auto als „besseres“ Verkehrsmittel bezeichnet, die Bahn als „Monopolunternehmen“ stigmatisiert und ausgeblendet, welche Fremdleistungen die DB selbst zu finanzieren hatte und wie nachteilig sich die gesetzlichen Beförderungstarife und verordneten Tarifiermäßigungen etwa im Schüler- und Berufsverkehr auf das Budget der Bahn auswirkten.³⁵

Die im Februar 1954 auf Drängen von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard veranstaltete Konferenz von Niederbreisig, bei der die Interessenverbände der Industrie in der Frage der Verkehrsgesetzgebung angehört wurden³⁶, kommentierte die „Bundesbahn“ nicht. Im Frühjahr 1954 hielt sich das Presseorgan mit Stellungnahmen zu der im Bundeskabinett und mit den Wirtschaftsverbänden laufenden Debatte zurück. Erst im April 1954 reagierte Waldemar Ringleb auf die im Zuge der Debatte eingebrachten Vorschläge zur Behebung der Finanznot der DB. Er wies die wirtschaftsliberalen Vorschläge, alles über Wettbewerb zu lösen, und den Vorschlag, die DB solle sich höher verschulden, zurück. Der Bahn könne nur geholfen werden, wenn die Einnahmesituation in Ordnung gebracht werde. Kredite könnten nur für Investitionen

³⁴ Wer gewinnt die nächste Runde?, in: DB (1953), H. 17, S. 790-791.

³⁵ Vgl. Johannes Kurze: Aus dörflicher Enge, in: DB (1954), H. 5, S. 213-215.

³⁶ Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 228.

in Rationalisierungsmaßnahmen (Elektrifizierung und neue Streckenstellwerke) aufgenommen werden. Es sei widersinnig, Kredite für Kosten aufzunehmen, die der Bahn durch Verschulden Dritter und politisch geforderte Fremdleistungen entstünden. Deshalb müsse die DB vom Bund endlich für die Beseitigung der Kriegsschäden sowie unwirtschaftliche gemeinwirtschaftliche Leistungen entlastet werden. Die DB habe nach dem Krieg nicht die Möglichkeit der Privatwirtschaft gehabt, nur rentable Bereiche wieder aufzubauen.³⁷

Die im Juni 1954 von Seebohm eingebrachten bahnfrendlichen Gesetzesvorlagen und die zur gleichen Zeit vom CDU-Abgeordneten Ernst Müller-Hermann vorgelegten Gegenentwürfe, die sich an den Positionen der Kraftfahrtlobby orientierten und von 131 CDU/CSU-Abgeordneten unterstützt wurden, kommentierte das DB-Presseorgan erst zu einem späteren Zeitpunkt. Im Juli ging es zunächst darum, sich direkt mit der aggressiven Öffentlichkeitsarbeit der Straßenverkehrslobby und ihrer Kommentierung der Gesetzesvorschläge auseinander zu setzen. Das „Forum der Verkehrsteilnehmer“ hatte in großen Tages- und Wochenzeitungen 14 ganzseitige Großanzeigen mit einer Gesamtauflage von jeweils 7,4 Millionen Exemplaren platziert.³⁸ Das „Forum“ gab vor, als Schiedsrichter in der Auseinandersetzung um die Verkehrsgesetzgebung wirken zu wollen und hatte seine Kampagne unter den Schirm des Erzengels Raphael, des Schutzpatrons der Fuhrleute und Reisenden, gestellt. Unter dem Titel „Sonderbare Heilige“ deckte Walter Vogel in der „Bundesbahn“ die Hintergründe auf. So handelte es sich beim „Forum“ keineswegs um eine unparteiische Institution. Die Initiatoren und Finanziere waren die sieben großen Gummi-Reifenhersteller in der Bundesrepublik: Continental, Deutsche Dunlop, Englebert & Co, Fulda, Metzeler, Phoenix und Veith. Sie agitierten in ihrer Kampagne vor allem gegen das von Seebohm eingebrachte Straßenentlastungsgesetz und stellten in der Argumentation einen „wirtschaftlichen und billigen Straßenverkehr“ einer „defizitären und technisch zurückgebliebenen Bundesbahn“ gegenüber. Die Modernisierungsanstrengungen der DB und die Ursachen für das Defizit wurden nicht benannt. Dies veranlasste Vogel zum Gegenangriff:

³⁷ Waldemar Ringleb: So kann der Bundesbahn nicht geholfen werden!, in: DB (1954), H. 7, S. 287-289.

³⁸ Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 178-180.

„Das Forum der Verkehrsteilnehmer ist somit kein Forum echter Meinungsbildung! Auf ihm wird mit der Scheidemünze von Interessengruppen gehandelt. Es trägt seinen Namen zu Unrecht und erinnert an das ehrwürdige Forum Romanum nur aus dessen Niedergangszeit, als die Akte staats- und wirtschaftspolitischer Klugheit auf dem Comitienplatz (...) vorgenommen wurde, während auf dem alten Forum nur noch Händler und Wechsler wohnten!“³⁹

Eine erste flankierende Stellungnahme zu den Gesetzesvorlagen Seebohms nahm Pressesprecher Kurze im August 1954 vor. Er bezeichnete darin die Omnibusse und Lkw als die eigentlichen „Wirtschaftswunderkinder“. Sie hätten – neben dem Fleiß und Wagemut der Speditionsunternehmer – ihre nun übermäßig große Zahl einer Nachkriegsverkehrspolitik zu verdanken, die durch niedrige Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuern und hohe Abschreibungsmöglichkeiten das Anwachsen sehr gefördert habe. Da die Folgen dieser verfehlten Politik durch überfüllte Straßen und Verkehrstote offensichtlich seien, handele die Bundesregierung nun konsequent, indem sie mit dem eingebrachten Straßenentlastungsgesetz und Verkehrsfinanzgesetz gegensteuere. Kurze schloss mit einer Warnung an den Bundestag: Da die Abgeordneten bei ihrer Entscheidung nicht den „Beifall einer einsichtigen Öffentlichkeit“ finden würden, trügen sie eine schwere Verantwortung, wobei befürchtet werden müsse, dass sie sich der Tragweite dieser Verantwortung nicht bewusst seien.⁴⁰

Die Befürchtung Kurzes, der Bundestag werde die bahnfrendlichen Gesetzesvorlagen verwerfen, sollte sich bestätigen, denn die Debatte geriet mit der Vorlage der Gegenentwürfe durch Müller-Hermann in eine Kraftfahrt-freundliche Richtung. In der September-Ausgabe 1954 bezog Arno Günther Stellung. Die gegen die Regierung gerichteten Gesetzesinitiativen Müller-Hermanns stießen dabei auf Skepsis. Günther stufte Müller-Hermann als Emissär von Bundeswirtschaftsminister Erhard ein, weil er einen antidirigistischen Kurs mit der Befürwortung einer „freien sozialen Marktwirtschaft“ vertrete, die man aber eben auf den Verkehrssektor nicht anwenden könne, weil sich gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen nicht über Marktgesetze regeln ließen. Sodann deckte der Autor auf, dass Müller-Hermann seine Vorschläge nicht unter Mitarbeit von „unabhängigen Verkehrsexperten“ erarbeitet habe, sondern eine große Zahl fachkundiger Mitarbeiter aus Kreisen der Automobil- und

³⁹ Walter Vogel: Sonderbare Heilige, in: DB (1954), H. 13, S. 651-653, hier S. 653.

⁴⁰ Johannes Kurze: Wirtschaftswunderkinder, in: DB (1954), H. 16, S. 751-753, hier S. 753.

Kraftfahrtverbände für die Vorschläge verantwortlich zeichneten. Günther verwarf die Vorschläge, weil diese nicht das Kernproblem lösten, das darin bestehe, „dass der Bundesbahn ein Verkehrsaufkommen gesichert werden muss, das eine wirtschaftliche Ausnutzung ihres auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen vorzuhaltenden Verkehrs- und Betriebsapparates gewährleistet.“⁴¹ Auch hätten die Vorlagen eine einseitige Tendenz zugunsten des Kraftwagens, denn die von Verkehrsminister Seebohm angestrebte steuerliche Belastung und damit Einschränkung des Werkfernverkehrs werde verwässert.

Müller-Hermanns Vorschläge vertraten in der Tat die Interessen der Kraftfahrtlobby und stammten aus der Feder ihres Apparates. Sie waren aber öffentlichkeitswirksam und geschickt in die Propagandaformeln der Wirtschaftswunderära gekleidet, gaben ökonomischen Sachverstand vor und wurden als fortschrittlich und modern – gegen alte Zöpfe gerichtet – vermittelt. Im Kern enthielten sie die Befreiung des Güterkraftverkehrs von der Beförderungssteuer, einen nur geringen Abbau der steuerlichen Begünstigung des Lkw und eine Schrumpfung der DB auf ein „marktkonformes“ Maß. Müller-Hermann wollte zwar die Bundesbahn von politischen Fremdleistungen entlasten, die gemeinwirtschaftlichen Lasten sollte das Verkehrsunternehmen aber weiterhin aus eigener Kraft bezahlen oder einstellen.⁴²

Die Auseinandersetzung konzentrierte sich dann im Herbst 1954 auf die Frage der Eindämmung des steuerlich besonders begünstigten und deshalb vor allem angestiegenen Werkverkehrs und die Wegekostendebatte. Der ausufernde Werkverkehr wurde in der „Bundesbahn“ als Hauptursache für die Krise der Eisenbahn verantwortlich gemacht und die Position Seebohms zur Eindämmung dieses Sonderverkehrs noch einmal vehement unterstützt.⁴³ Die im Rahmen der Beratungen der Bundestagsausschüsse angestoßene wichtige Frage der Wegekosten für Eisenbahn und Kraftverkehr, die in die Gesetzgebung (Straßenverkehrsfinanzierung, Kraftfahrzeugsteuer) mit einfließen sollte, verlief im Sande – trotz einer mahnenden Wegekostenexpertise des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesverkehrsministeriums.⁴⁴ Auch bei diesem Thema versuchte die DB in ihrem offiziellen Organ ihre und

⁴¹ Arno Günther: Zeigt Müller-Hermann eine bessere Lösung?, in: DB (1954), H. 17, S. 787-790, hier S. 789.

⁴² Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 237.

⁴³ Vgl. Herbert Gosse: Werkverkehr ohne Schranken?, in: DB (1954) H. 19, S. 855-857.

⁴⁴ Vgl. Klenke (wie Anm. 3), S. 240-247.

die Position des Verkehrsministers zu stärken, um einen fairen Wettbewerb in der Frage der Wegekosten zu erreichen. Die Argumentation der Bahn war, dass die Eisenbahn von jeher selbst für Bau und Pflege ihres Fahrweges aufgekommen sei, während der Kraftverkehr seine Straßeninfrastruktur nur unzureichend selbst finanziert habe, diese vielmehr ausschließlich von der öffentlichen Hand finanziert wurde.⁴⁵ Dabei verwies die DB darauf, dass die Staatsbahnunternehmen bis zum Ersten Weltkrieg aus ihren Einnahmen dem Staat einen wahren Geldsegen beschert hätten, der dann oft in anderen Kanälen als der Eisenbahn versickert sei. Insofern habe die Eisenbahn sich nicht nur selbst finanziert, sondern auch noch die Staatseinnahmen in der Vergangenheit vermehrt, was bei der Debatte um die von der DB zu leistenden Fremdleistungen und das Defizit berücksichtigt werden müsse.⁴⁶ Diese Argumentation war schlüssig und nicht von der Hand zu weisen. Sie stieß aber in einer Zeit, in der die Öffentlichkeit auf das Automobil als Verkehrsmittel der Zukunft eingeschworen wurde, die Kraftfahrtlobby in allen Parteien an Einfluss gewann und die DB immer noch mit kriegsbedingten Modernisierungsdefiziten zu kämpfen hatte, auf keine offenen Ohren.

Gegen Ende der Debatte zur Jahreswende 1954/55, als sich die Abschwächung der Regierungsvorlagen und die Durchsetzung der Kraftfahrtinteressen abzeichnete, ließ der kämpferische Elan der DB nach. Es ging um Rückzugsgefechte. Unter Verweis auf die Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg und die Korea-Krise plädierte Pressesprecher Kurze in der Januarausgabe 1955 für die „Koexistenz“ von Schiene und Straße. Auch wenn sich die Kraftfahrtwirtschaft als Sieger sehe, sei noch nichts endgültig entschieden. Es habe sich gezeigt, dass die intensive und langwierige Debatte wenigstens die Öffentlichkeit für die Verkehrskrise sensibilisiert, ja auf die Belange der DB aufmerksam gemacht habe.⁴⁷ Bei dieser Rückzugs-Argumentation war wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens, denn die komplexe Materie des Verkehrswesens war für den Laien eben nicht eingängig. Die DB hatte es mit ihrer Argumentation wesentlich schwerer als die Kraftfahrtlobby, die durch vereinfachende Werbeparolen punktete und auf die Darstellung der wahren Zusammenhänge, um die sich die DB bemühte, verzichten konnte.

⁴⁵ Vgl. Ohne gleiche Startbedingungen kein Wettbewerb, in: DB (1954), H. 21, S. 995-997.

⁴⁶ Vgl. Heinz-Dietrich Tettenborn: Geschenke Bundesbahn, in: DB (1954), H. 24, S. 1163-1165.

⁴⁷ Vgl. Johannes Kurze: Um die Koexistenz, in: DB (1955), H. 1, S. 3-5.

Im Frühjahr 1955 wurden dann im Vergleich zu den ursprünglichen Regierungsentwürfen sehr verwässerte und entschärfte Verkehrsgesetze vom Bundestag verabschiedet. Dies veranlasste Kurze zu einem ernüchterten abschließenden Kommentar, in dem er sehr deutlich die Verantwortung für die Folgen dem Bundestag zuschrieb und die offensive Vertretung der Schieneninteressen durch die DB in der Öffentlichkeit verteidigte. Die Bewertung des Bundestages erfolgte dabei sehr ambivalent. So schreibt Kurze, das Bemühen des Bundestages um eine Lösung der Verkehrskrise anerkennend, dass „in diesem ersten Waffengang über die Neuordnung des Verkehrswesens weder die Schiene noch die Straße, sondern der Bundestag schlechthin das Schlachtfeld behauptet“ habe.⁴⁸ Zur Rechtfertigung für die eigene Belegschaft betont Kurze, die DB habe ihre Interessen deutlich vertreten. Zum Abschluss liefert er in Anspielung auf den Marschall-Plan und die Politik der Westalliierten eine Prognose für die Zukunft:

„Wenn wir eingangs dem Sieger Bundestag huldigten, so dürfen wir mit dem Wunsch schließen, dass es dem Bundestag erspart bleiben möge, ein zweites Mal Sieger zu werden. Denn Siegen bedeutet heutzutage in jedem Falle, dass der Sieger alles daransetzen muss, dem Besiegten wieder auf die Beine zu helfen und sich dabei aller Vorteile zu begeben, die ohne Krieg als Frucht einer vernünftigen Politik den Beteiligten in den Schoß gefallen wäre.“⁴⁹

Kurze ließ damit keinen Zweifel daran, dass die Interessen der DB nicht umgesetzt wurden und die Folgen Gegenstand weiterer verkehrspolitischer Erörterungen und Reformen sein würden. So kam es: Die Lösung der Finanzprobleme der DB und die Befreiung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen wurde in folgenden Bahnreformen und in umfassender Weise sogar erst 1994 in Angriff genommen. Mit der Entscheidung von 1955 war jedoch die weitere wettbewerbsverzerrte Förderung des Kraftverkehrs und der Siegeszug desselben unabänderlich verbunden.

⁴⁸ Johannes Kurze: Sieger Bundestag, in: DB (1955) H. 9, S. 379-381, hier S. 379.

⁴⁹ Kurze (wie Anm. 48), S. 381.

Resümee

Die DB unterschätzte ihren Einfluss auf die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages. Angesichts der groß angelegten Lobby der Kraftfahrtwirtschaft und Automobilindustrie hätte sie besser noch stärkere Anstrengungen unternommen, um ihre Interessen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Dazu waren die Rahmenbedingungen aber denkbar schlecht, denn der Zeitgeist der 1950er Jahre, der Wunsch nach ökonomischem Aufbruch, Modernität, Fortschritt und die voranschreitende Amerikanisierung förderten eine positive Einstellung der Öffentlichkeit zur Motorisierung und Kraftfahrtwirtschaft. Die DB hatte hingegen immer noch mit den Kriegsfolgen und einem daraus resultierenden Modernisierungsrückstand zu kämpfen, was dem Verkehrsmittel Eisenbahn kein gutes Image verlieh. Die DB-Öffentlichkeitsarbeit versuchte, wie hier gezeigt werden konnte, in ihrem offiziellen Organ gegen dieses schlechte Image anzukämpfen. Sie artikulierte Gegenangriffe gegen die Kraftfahrtlobby, stellte Fehlmeldungen richtig, desavouierte den Lobbyismus der Gegenseite, blieb dabei aber in eigenem Lobbyismus stecken. Es gelang nicht, die noch zahlreichen eigenen Kunden für die Sache der Eisenbahn zu gewinnen, weil die Art der Kommunikation eher auf das Bahnpersonal zugeschnitten war und die breite Öffentlichkeit nicht zu erreichen vermochte.

Guido Thiemeyer

Der Journalist als Politiker

**Die Polen-Berichterstattung von Hansjakob Stehle und die Anfänge der
„Neuen Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland**

Die „Neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 und ihre Vorläufer sind seit einigen Jahren ein bevorzugtes Gebiet historischer Forschung geworden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die zentralen Quellen in den Archiven nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist zugänglich sind und zum Teil publiziert wurden.¹ Man weiß recht gut Bescheid über die Hintergründe und Probleme des Konzeptes, ebenso wie über seine Umsetzung.² „Wandel durch Annäherung“ war das von Egon Bahr schon zu Beginn der 1960er Jahre geprägte Schlagwort für diese Konzeption. Die von der Bonner Regierung seit Mitte der fünfziger Jahre verfolgte Politik der Nichtanerkennung der sozialistischen Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion wurde nun abgelöst durch eine „Normalisierung“ der Beziehungen zu Osteuropa. Der Kerngedanke der „Neuen Ostpolitik“ war, dass sich die osteuropäischen Staaten und die DDR in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht nach Westen öffnen sollten, während die Bundesrepublik die „Unverletzlichkeit“ der Grenzen und damit den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo garantierte. Die völkerrechtliche Verankerung der Grenzen war spätestens seit Mitte der 1950er Jahre ein Hauptziel der osteuropäischen Länder gewesen, zu dem nun ein wichtiger Schritt unternommen wurde. Dagegen war das Hauptziel der Bundesregierung die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung durch die Intensivierung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen Ost und West. Das Konzept wurde ab 1970 im Rahmen des KSZE-Prozesses auch auf europäischer Ebene angewandt und mündete 1975 in die Schlussakte von Helsinki. Während die diplomatischen Hintergründe der Ostpolitik weitgehend bekannt sind, ist über die gesellschaftlichen Dimensionen des

¹ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1972, 2 Bde., München 2004.

² Die neuere Forschung zusammenfassend: Gottfried Niedhardt: Ostpolitik. Phases, Short-Term Objectives, and Grand Design, in: David C. Geyer / Bernd Schaefer (Ed.): American Détente and German Ostpolitik: 1969-1972. German Historical Institute, Washington DC Bulletin, Supplement I, Washington 2004, S. 118-137.

Konzeptes bislang recht wenig gearbeitet worden, obwohl gerade diese für Egon Bahr und Willy Brandt eine konstitutive Rolle spielte. Nach wie vor fehlen detaillierte Studien darüber, wie die gesellschaftliche Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ zwischen Ost und West funktionierte.³

Im Folgenden soll am Beispiel des westdeutschen Journalisten Hansjakob Stehle ein Beitrag hierzu geleistet werden. Stehle, geboren 1927, war von 1957 bis 1962 Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) in Warschau, anschließend berichtete er für die „Zeit“ und den „Stern“ von dort, bevor er 1968 als ARD-Korrespondent zunächst nach Wien und dann nach Rom wechselte. Durch seine zahlreichen Berichte über Polen für verschiedene Presse- und auch Rundfunkmedien in Westdeutschland hat Stehle zu einer Veränderung der Wahrnehmung des neuen polnischen Staates beigetragen. Eben das war es, was Bahr unter gesellschaftlicher Öffnung verstand: die Revision von Vorurteilen durch gegenseitiges Kennenlernen und die Überwindung der Teilung Europas. Stehles Berichte über Polen seit 1957 sind in starkem Maße von diesem Gedanken geprägt, er betrieb auf journalistischer Basis gewissermaßen eine „Neue Ostpolitik“ *avant la lettre*. Das Ziel dieses Beitrags ist es zu zeigen, wie Hansjakob Stehle in seiner Berichterstattung versuchte, der westdeutschen Bevölkerung den neuen polnischen Staat zu erklären. Stehle war sich der politischen Bedeutung seiner Reportagen durchaus bewusst, ja er strebte sie sogar an: „Der Journalist“, so schrieb er 1965, „der sich ihr widmet [gemeint ist die Frage der deutschen Ostgebiete, GT], betrachtet sich dabei als einen – gewiss nicht immer bequemen – Gehilfen des Politikers, der letztlich Schlüsse zu ziehen hat, indem er Entscheidungen verantwortet.“⁴ Es soll an Beispielen geklärt werden, wie Stehle über Polen berichtete, wie dies in Polen und in der Bundesrepublik rezipiert wurde und schließlich wie die Berichterstattung mit dem nahezu gleichzeitig entstandenen Konzept der „Neuen Ostpolitik“ zusammenhing.⁵ Dabei kann nicht das ganze Werk Stehles berücksichtigt werden. Im Zentrum steht daher eine Fernseh-Reportage, die am 2. Oktober 1962 zwischen 20.15 Uhr und 21.15 Uhr unter dem Titel „Deutschlands

³ Zuletzt hierzu: Ost-West Verständigung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den 1960er Jahren. Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), Bonn 2005.

⁴ Hansjakob Stehle: Deutschlands Osten – Polens Westen? Eine Dokumentation, Frankfurt 1965, S. 7.

⁵ Hierbei kann ich in Teilen auf die von mir an der Universität Kassel betreute Hausarbeit im Ersten Staatsexamen von Sascha Block: Wandel durch Annäherung? Die Berichterstattung des Westdeutschen Rundfunks aus Polen am Beispiel des Korrespondenten Hansjakob Stehle, Kassel 2005, zurückgreifen.

Osten – Polens Westen?“ im Deutschen Fernsehen gezeigt wurde.⁶ Ergänzend werden einzelne Rundfunk-Beiträge Stehles für den Westdeutschen Rundfunk analysiert.

Die Last der Vergangenheit

Die Reportage beginnt mit dem Zweiten Weltkrieg:

„Ohne Kriegserklärung begann in der Frühe des 1. September die Kanonade auf die Westerplatte. Die ersten Schüsse des Weltkrieges, gefeuert vom Schulschiff „Schleswig Holstein“. (*Vorbeimarschierende deutsche Infanterie, Kradschützen sitzen ab*) Es war der Auftakt zum Überfall, zum Tod von Millionen, zur Zerstörung einer europäischen Ordnung, zum Verlust der deutschen Einheit, zur Vernichtung einer Ostgrenze, mit der sich Deutschland nie hatte abfinden wollen – der Grenze von Versailles, die man heute Grenze von 1937 nennt... (*Deutsche Soldaten zerbrechen den Schlagbaum mit dem polnischen Wappen-Adler*)“.⁷

Gleich zu Beginn stellt Stehle damit fest, wer die Verantwortung für den Verlust der deutschen Ostgebiete nach 1945 trägt. Es waren aus seiner Perspektive nicht die Siegermächte oder Polen, die den Osten Deutschlands zerstört hatten, sondern die aggressive Kriegspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Dies nachdrücklich in Erinnerung zu rufen, ist ein Hauptanliegen in der Berichterstattung Stehles aus Polen. Auch in einem Vortrag, den Stehle am 15. November 1964 vor Vertriebenenverbänden in Berlin hielt, wies er deutlich auf die Verantwortlichen für die Verluste der deutschen Ostgebiete hin:

„1939, als Hitler schon die Tschechoslowakei zerstört hatte, feierte dann die Rapallo-Idee eine traurige Auferstehung im Ribbentrop-Molotow-Pakt, in jenem geheimen Zusatzprotokoll, das die Teilung Polens und die Verschiebung der deutschen Ostgrenze de facto bis an den Bug vorsah. Die Teilung Polens, insbesondere die gewaltsame Revision der Grenze von 1937, öffnete dem Kommunismus den Weg nach Europa, diese Teilung Polens war der Anfang der Teilung Deutschlands.“⁸

⁶ Das Manuskript wurde veröffentlicht und dient hier als Basis: Hansjakob Stehle: Deutschlands Osten – Polens Westen? Eine Dokumentation, Frankfurt 1965.

⁷ Stehle (wie Anm. 6), S. 40. (Kursivtext schildert den Bildablauf.)

⁸ Hansjakob Stehle: Vortrag von der heimatpolitischen Arbeitstagung der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, 15. November 1964, Auszug in: Stehle (wie Anm. 6), S. 20.

Insbesondere erklärte er dem deutschen Publikum immer wieder, dass der Zweite Weltkrieg in der öffentlichen Erinnerung Polens sehr viel präsenter sei als in der Bundesrepublik. „Ich gehöre einer Generation an“, so zitierte er den polnischen Publizisten Kisielewski aus einem Interview im Westdeutschen Rundfunk, „die dazu verurteilt ist, sich ständig zu erinnern, die schuldlos gezeichnet ist und vergiftet durch das Wissen von all dem, was während des letzten Krieges auf polnischem Boden geschehen ist.“⁹ Damit ist ein weiteres zentrales, immer wiederkehrendes Element der Berichterstattung Stehles aus Polen benannt: Die Verschiedenartigkeit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und insbesondere die deutsche Besatzungspolitik in Polen zwischen Deutschen und Polen. Für Polen blieb die Erinnerung an einen Krieg, in den es unverschuldet durch den unprovokierten Angriff des Deutschen Reiches hineingeriet, um dann unter eine deutsche Besatzungsherrschaft zu kommen, deren Ziel es war, den polnischen Staat und die polnische Nation zu vernichten. Nicht nur die Ermordung der polnischen Juden, sondern auch die angestrebte Vernichtung der politischen und intellektuellen Eliten hat tiefe Wunden bei der polnischen Nation hinterlassen, die zwanzig Jahre nach den Ereignissen nicht verheilt waren. Allein von der Universität Krakau wurden dreißig Professoren in Konzentrationslagern inhaftiert, sie alle wurden direkt ermordet oder starben an den Folgen der Haft.¹⁰ Die Erinnerung an die deutsche Herrschaft in Polen – das ist die Konsequenz Stehles aus diesen Berichten – ist nicht nur eine moralische Verpflichtung für alle Deutschen, sondern sie muss auch der Ausgangspunkt sein für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen in der Gegenwart, d.h. in den 1960er Jahren. „Wenn ich einen Deutschen über 50 treffe,“ so erklärt ihm ein polnischer Gesprächspartner in einem Interview, „sofort denke ich daran – das ist stärker als mein Wille, möchte ich sagen – was hat er während des Krieges gemacht, wo war er? Vielleicht war er unter diesen Leuten, die meinen Vater erschossen haben.“¹¹ In der Bundesrepublik Deutschland hingegen, so Stehle, waren diese Zusammenhänge zu Beginn der 1960er Jahre entweder unbekannt oder sie wurden verdrängt. Gerade die Ungleichheit der Erinnerung an den Weltkrieg, so analysiert Stehle, war ein Grund für die beiderseitige Unfähigkeit zur Kommunikation

⁹ Historisches Archiv des WDR, Köln, Akte 02502, Hansjakob Stehle: Blick nach Ost und West. Hansjakob Stehle stellt den polnischen Publizisten Stefan Kisielewski vor, 13.10.1964.

¹⁰ Vgl. Historisches Archiv des WDR, Köln, Akte 00719, Hansjakob Stehle: 600 Jahre Krakauer Universität, 8. Juni 1964.

¹¹ Stehle (wie Anm. 9).

in den 1950er Jahren. In Polen waren der Krieg und das Leid unter deutscher Besatzung ein zentrales Element der nationalen Identität, in der Bundesrepublik bemühte man sich, gerade diese Dinge zu überwinden, um wieder ein positiv besetztes Verhältnis zur eigenen Nation zu entwickeln. Stehle berief sich hierbei auf den Historiker Martin Broszat, der sich als einer der Ersten wissenschaftlich mit der nationalsozialistischen Polen-Politik beschäftigte, und hieraus den Schluss zog: „Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit kann sich jedoch kaum eine Vorstellung von dem machen, was in seinem Namen in Polen geschehen ist, zumal es aus der Rückschau einer gesitteten Welt die Vorstellungsfähigkeit überschreitet.“¹² Die historisch bedingte Verschiedenheit der Erinnerung musste, das ist eine immer wiederkehrende, zentrale Botschaft der Berichterstattung Hansjakob Stehles aus Polen, überwunden werden vor allem durch die Anerkennung der Schuld auf deutscher Seite, in der Bundesrepublik wie in der DDR. Dies war aus seiner Sicht nicht allein eine moralische Verpflichtung, sondern eine politische Notwendigkeit, wenn man die Krise des deutsch-polnischen Verhältnisses in den 1950er Jahren bewältigen wollte. Die Fernsehreportage schließt: „Es gilt daher, den Blick auf die Tatsachen – auch die schmerzlichen – zu lenken. Eine Aufgabe deutscher Politik; sie ist damit konfrontiert. Wenn nicht heute, dann an dem Tage, an dem Deutschland im Frieden Polens Nachbar wird.“¹³

Die Grenze

Eng verbunden mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges war auch das größte und wichtigste Problem der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, die Grenzfrage. Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges beschlossene „Westverschiebung“ Polens auf Kosten der deutschen Ostgebiete hatte einen provisorischen Charakter erhalten. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland beharrten – völkerrechtlich korrekt – darauf, dass dies weiterhin „deutsche Gebiete unter polnischer Verwaltung“ seien, deren endgültige Zugehörigkeit in einem Friedensvertrag mit den Siegermächten des Weltkrieges geregelt werden müsse. Aus polnischer Sicht hingegen

¹² Zitat Martin Broszat, in: Hansjakob Stehle: Im Blick der Nachbarn. Die Polen sehen Deutschland und die Deutschen, 4. Juli 1965. Historisches Archiv des WDR Köln, Akte 03277.

¹³ Stehle (wie Anm. 6), S. 40.

waren die ehemals deutschen Ostgebiete eine Entschädigung für die unter deutscher Herrschaft erlittenen Verluste einerseits, für das an die Sowjetunion verlorene polnische Gebiet im Osten andererseits.

Hansjakob Stehle kam es in seiner publizistischen Arbeit darauf an zu zeigen, dass der bundesdeutsche Standpunkt in der Grenzfrage in der unmittelbaren Nachkriegszeit seine Berechtigung gehabt habe, nun, in der Situation des Jahres 1964, aber nicht mehr den Realitäten entsprach. Um dies zu belegen, führte er immer wieder verschiedene Argumente an: Zum einen zeigte er, dass die deutsch-polnische Grenze von 1937, die sowohl von der Bundesregierung als auch von den Vertriebenenverbänden als die völkerrechtlich verbindliche betrachtet wurde, keineswegs die einer langen Tradition entsprungene Grenze war, wie immer behauptet wurde. Sie war das Produkt der territorialen Neuordnung Ostmitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg und wurde von den Regierungen der Weimarer Republik nicht anerkannt. Selbst Gustav Stresemann, der sich so vehement für die deutsch-französische Aussöhnung eingesetzt hatte, hatte am 18. Mai 1925 vor dem Reichstag erklärt, dass diese Grenze nicht als unabänderliche Tatsache hingenommen werden könne. Damit wollte Stehle zeigen, dass es nicht erst die nationalsozialistische Regierung war, die die Grenze und die staatliche Integrität Polens in Frage gestellt hatte, sondern dass dieser Gedanke durchaus eine längere Tradition in der deutschen Geschichte hatte. Die Infragestellung der Grenzen jedoch, so die Konsequenz aus seinen Überlegungen, habe fast immer in einen Krieg geführt. Zudem wies Stehle wieder darauf hin, dass seit der Mitte der 1950er Jahre alle westlichen Regierungen die Oder-Neiße Linie als deutsch-polnische Grenze, wenn nicht im völkerrechtlichen Sinne, so doch politisch, anerkannt hätten – mit Ausnahme der deutschen Bundesregierung. Er bezog sich auf Äußerungen des US-amerikanischen Vize-Präsidenten Richard Nixon gegenüber Wladiław Gomulka vom Sommer 1959 und auf ein Interview des britischen Außenministers Gordon Walker im deutschen Fernsehen, die beide erklärt hatten, dass eine Revision der Grenze zu Gunsten Deutschlands von ihren Regierungen nicht unterstützt werden würde. In ähnlicher Weise hatte sich auch der französische Staatspräsident De Gaulle in einer Pressekonferenz am 4. Februar 1965 geäußert. Stehle betonte, dass eine Veränderung der deutsch-polnischen Grenze nicht allein am Widerstand der polnischen Regierung scheitern würde, sondern auch von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, die ja

die Souveränität in Bezug auf „Deutschland als Ganzes“ innehatten, nicht akzeptiert werden würde.¹⁴ Einzig die Bundesregierung würde an der juristischen Fiktion eines Fortbestandes des deutschen Staates in den Grenzen von 1937 festhalten und sich damit international isolieren. „Mir persönlich scheint es“, so fasste Stehle seine Überlegungen angesichts dieser Situation fort, „dass eine Zustimmung zu dieser Grenze seitens der Bundesrepublik vollständig die Einstellung der Polen zu den Deutschen und der Bundesrepublik ändern könnte.“¹⁵

Doch nicht nur die Veränderungen im internationalen Staatensystem sprachen für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern auch die gesellschaftlichen Veränderungen in den ehemals deutschen Gebieten seit 1945. Hier lebten zu einem großen Teil ebenfalls Vertriebene – aus den ehemals polnischen Ostgebieten: „Selbst vertrieben, ausgesiedelt oder herausdrängend aus beengten, ärmlichen Verhältnissen; auch aus kriegszerstörten Behausungen. Ihre Lebensart, ihr Arbeitsrhythmus war anders als der des westlichen Mitteleuropa, ihre Wohnkultur, ihr Bildungsstand niedriger“.¹⁶ Hier sollte Verständnis geweckt werden dafür, dass es nicht nur in Deutschland Vertriebene gab, sondern auch in Polen. Die polnischen Vertriebenen lebten nun in den ehemals deutschen Gebieten, die sie unter ungünstigen Bedingungen für ihre Bedürfnisse herrichten mussten. Stehle interviewte den Bauern Jan Penkala, der 1947 aus der Lubliner Region in das frühere Ostpreußen gekommen war und sich dort eine neue Existenz aufbauen musste: „Hier war es zerstört, die Gebäude leer und zusammengefallen, auch der Schweinestall hier. Den habe ich mir aufgebaut. Auch ein neues Haus baute ich mir, ich fühle mich hier besser als zu Hause im Osten. Dort gab es zu wenig Boden, wir waren zu viele dort.“ Stehle arbeitete auf diese Weise heraus, dass auch die Polen Opfer des Krieges und seiner Konsequenzen waren. Zudem wies er darauf hin, dass die deutschen Wurzeln dieses Landes zwar nach wie vor existierten, nach 19 Jahren aber eine neue Generation hier eingezogen war, die dieses Land als ihre Heimat betrachtete:

„Die Polen haben sich in diesen Gebieten eingerichtet, nicht komfortabel, sondern so wie überall in dem vergleichsweise armen Lande. (...) Die Integration dieser Gebiete

¹⁴ Vgl. Stehle (wie Anm. 6), S. 16.

¹⁵ Stehle (wie Anm. 12), S. 24.

¹⁶ Stehle (wie Anm. 6), S. 43.

in den polnischen Staatsraum ist heute im Grunde abgeschlossen. (...) Die zweite Generation ostpolnischer Familien, die heute in dem einst von Deutschen erbauten und bewohnten Siedlungen lebt, hat schon nicht mehr die Schwierigkeiten ihrer Eltern, mit den anderen Gegebenheiten fertig zu werden. Sie ist nicht in den strohgedeckten Hütten, sondern in festen Backsteinhäusern aufgewachsen. Sie empfindet den Stil deutsch geprägter Städte schon nicht mehr fremd, sie hat auch Neues, Eigenes geschaffen und sich ein Besitzgefühl erworben, das ganz selbstverständlich, unreflektiert und meist auch unpolitisch auftritt.“¹⁷

Dies war auch der Grund, warum alle Versuche von deutscher Seite, die alten Ostgebiete wiederzugewinnen, von Polen als „revanchistisch“ bekämpft wurden. Stehle wies die Propaganda der polnischen Regierung zurück, die behauptete, dass es sich bei Schlesien, Pommern und Ostpreußen um „urpolnische“ Gebiete handele, die man nun Dank der Sowjetunion zurück gewonnen habe. Gleichwohl müsse man akzeptieren, dass der überwiegende Teil der dort jetzt lebenden Menschen polnisch sei, polnisch spreche und denke. Diese Realität gelte es allen staatsrechtlichen Argumenten zum Trotz anzuerkennen.

Stehle exemplifizierte diese These an verschiedenen Beispielen:

„Dieser kleine See am Rande des Allensteiner Stadtwaldes bei Kortau ist in den Mittagsstunden von Studenten bevölkert. Zwei von ihnen lernten wir kennen und begleiteten sie. (*Studenten kommen aus dem Wasser, gehen auf die neuen Hochschulgebäude zu.*) Danuta Lubaszewska und Tadeusz Milewski studieren wie 3000 andere an der landwirtschaftlichen Hochschule von Allenstein, die 1950 gebaut wurde. (...) Danuta und Tadeusz sind 1945 geboren. Als wir sie nach ihrer Heimat fragten, nannten sie die polnischen Namen von Osterode in Ostpreußen und Kreuzburg in Schlesien. Dort ließen sich ihre Eltern nieder, die aus Lemberg umsiedeln mussten.“¹⁸

Hier wird deutlich, worum es Stehle bei diesem Argument geht: Die alten deutschen Städte, hier Allenstein, gibt es noch, aber sie haben sich verändert. Eine neue Hochschule wurde gebaut, eine neue Generation ist nun dort eingezogen, Menschen, die in den ehemals deutschen, nun aber polnischen Gebieten als Polen geboren wurden. Würden diese Gebiete wieder deutsch, gäbe es erneut Menschen, die völlig zu Recht sagen könnten, sie seien um ihre Heimat betrogen worden. Ein anderes Beispiel ist das Wohnhaus von Gerhart Hauptmann in Schlesien:

¹⁷ Hansjakob Stehle: *Nachbar Polen*, Frankfurt 1963, S. 340.

¹⁸ Stehle (wie Anm. 6), S. 50.

„Zu Füßen des Riesengebirges standen wir dann vor Gerhart Hauptmanns Haus Wiesenstein in Agnetendorf. In der Halle unter Glas Dokumente und Bilder von einst. Eine polnische Inschrift unter der Büste (...): »Hier lebte und wirkte der fortschrittliche Dichter der deutschen Nation, Gerhart Hauptmann.« Jetzt leben sie hier (*an der Büste vorbei stürmen Kinder die Treppe hinunter*). Das Haus des Dichters wurde zum staatlichen Kinderheim, gut instandgehalten, mit Zeichen der Achtung und Erinnerung.“¹⁹

Erneut ein Beispiel dafür, dass die deutschen Wurzeln in Polen existieren, dass sie sogar deutlich gemacht werden, dass sie aber auch eine neue Bedeutung bekommen haben. Diese Realität gelte es anzuerkennen. Unter dem Titel „Neue Heimat an Oder und Neiße“ gab Stehle in der Wochenzeitschrift „Stern“ einen Reisebericht über die ehemals deutschen Gebiete:

„Bei Sodawasser, Limonade und kühlem Jazz sitze ich bis tief in die Nacht mit einer Gruppe von Studenten der neuen Gleiwitzer Technischen Hochschule zusammen. Manche waren schon im Westen gewesen; sie lesen westliche Zeitungen und empfangen ungestört westliche Rundfunksendungen. Alle sind sich darin einig, dass die Oder-Neiße-Grenze von niemandem bedroht wird, dass keine Regierung im Osten und Westen sie ernstlich mehr in Frage stellt, auch in Bonn nicht. »Das ist für niemanden mehr eine Frage, höchstens für die politischen Schwätzer bei euch – und bei uns,« beschließt ein junger Mann, Jahrgang 1945, die Debatte. Niemand widerspricht ihm.“²⁰

Diese im Laufe von zwanzig Jahren nach dem Kriegsende entstandenen Realitäten, das ist die Konsequenz aus diesen Schilderungen, gelte es anzuerkennen, wenn man die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine neue, friedliche Grundlage stellen wolle.

Die Annäherung der Gesellschaften durch die Überwindung von Vorurteilen

Eine wichtige Voraussetzung für neue deutsch-polnische Beziehungen, auch das ist ein ständig wiederkehrendes Motiv in der Berichterstattung Stehles aus Polen, ist die Überwindung von Vorurteilen und Feindbildern. Hierbei wandte er sich vor allem gegen zwei Topoi, die schon seit dem 19. Jahrhundert das deutsche Polen-Bild bestimmt hatten und von der nationalsozialistischen Propaganda auf die Spitze getrieben

¹⁹ Stehle (wie Anm. 6), S. 50.

²⁰ Hansjakob Stehle: Neue Heimat an Oder und Neiße, in: Stern Nr. 42/43 (1965).

wurden. Zum einen das Bild vom rückständigen, ökonomisch unterentwickelten Polen und, eng damit verbunden, jenes vom vermeintlich „faulen Polen“. Beides fand im pejorativen Begriff der „polnischen Wirtschaft“ seinen Ausdruck.

Stehle bestritt in seinen Reportagen keineswegs, dass Polen im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren ein armes Land war. Doch müsse man sehen, dass dies erklärbare Ursachen habe. Zum einen die systematische Zerstörung des Landes und seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite durch die deutsche und sowjetische Besatzungsherrschaft während des Zweiten Weltkrieges, zum anderen aber auch die Tatsache, dass sich die neuen Bewohner der ehemals deutschen Gebiete an völlig andere klimatische und infrastrukturelle Gegebenheiten anpassen mussten. Dennoch sei die Industrialisierung Polens im vollen Gange:

„Das neue Kraftwerk von Türchau, eines der größten in Europa. (*Kühltürme, Maschinen-Hallen*) Mit 2000 Megawatt wird es so viel Strom erzeugen wie halb Polen vor dem Kriege. Fünf Turbo-Generatoren, aus der Sowjetunion bezogen, leisten jetzt schon 1000 Megawatt, fünf weitere sind noch im Bau. Sie verstärken das Industrie-Potential der Oder-Neiße-Gebiete, das früher mit sechs Prozent an der deutschen Produktion beteiligt war, heute mit 30 Prozent an der polnischen.“²¹

Stehle zeigt Polen als ein Land, das in Bewegung ist, das daher auch zu einem attraktiven Handelspartner für die Bundesrepublik werden kann. Überhaupt ist er bemüht zu demonstrieren, dass Polen eine westlich orientierte Gesellschaft hat. Vor allem in den großen Städten orientiert man sich an westlichen Vorbildern, so auch in Breslau:

„Immerhin 460000 Polen leben in der Stadt. Wie sie leben? Von Ewa Olpinska, einer jungen Breslauerin, versuchen wir, etwas davon zu erfahren. Hier auf der Dominsel begegnen wir ihr, begleiten sie dann auf ihrem Einkaufsbummel durch das einstige Kaufhaus Wertheim – das heute staatliche Warenhaus. Ewa interessiert sich für die neuen Rundfunk- und Fernsehapparate – auch von Berufs wegen, wie wir noch sehen werden. (*Preisschilder, Markenbezeichnungen wie »Boston« »Twist«*). Die klingenden Namen orientieren sich nach Westen – die Preise allerdings weniger. Auch in der kosmetischen Abteilung begegnen wir vertrauten Namen (*»Nivea«*). Ein Eau de Cologne, weder aus Köln noch aus Paris, aus Posen – großer Duft der kleinen Welt.“²²

²¹ Stehle (wie Anm. 6), S. 57.

²² Stehle (wie Anm. 6), S. 60.

Breslau, im Polnischen Wrocław, erscheint hier als westliche Stadt, überhaupt stellt Stehle immer wieder fest, dass Polen durch die Integration der ehemals deutschen Gebiete „westlicher“ geworden sei.

Reaktionen auf Stehles Polen-Berichte

Solche Erkenntnisse mögen für die Gegenwart als selbstverständlich erscheinen, in der Mitte der 1960er Jahre waren sie es nicht. Westliche Medien berichteten nur selten aus Polen, feste Korrespondenten westlicher Medien gab es zu dieser Zeit nur wenige, und private Reisen in dieses Land waren die Ausnahme.²³ Das Polen-Bild der westdeutschen Bevölkerung wurde daher nahezu ausschließlich von Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 bestimmt, nicht zuletzt vom Krieg und der NS-Propaganda. Die Reportagen Stehles wirkten in dieser Situation überraschend, bisweilen provozierend. Der Bund der Vertriebenen sprach schon bei Bekanntwerden der Tatsache, dass der hessische Rundfunk eine Sendung über Polen von Stehle zu senden gedenke, von einem Skandal.²⁴ Stehle wurde in dem Bericht als „Intimus“ der polnischen Regierung bezeichnet, der bewusst polnische Propaganda über westdeutsche Medien verbreite. Es sekundierte der rechtsextreme „Reichsruf“: „Dem deutschen Fernsehpublikum wird auch diese unverhüllte Propaganda für den polnischen Diebstahl nicht erspart bleiben.“²⁵ Bemerkenswert war, dass diese harschen Urteile gefällt wurden, bevor der Inhalt des Filmes überhaupt bekannt war. In der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und im überwiegenden Teil der Medien wurden die Berichte Stehles allerdings positiv aufgenommen. Etwa die Hälfte der damals ca. 10 Millionen Fernsehgeräte in der Bundesrepublik Deutschland war eingeschaltet, als die Reportage am 2. Oktober 1964 gesendet wurde. Umfragen ergaben, dass zwei Drittel der Zuschauer den Film als „Sehr gut“ oder „Gut“ bezeichneten, lediglich zwei Prozent qualifizierten ihn als „sehr schlecht“. Auch das Urteil in den polnischen Medien, die von den zu- meist in Bonn akkreditierten polnischen Journalisten unterrichtet wurden, war überwiegend positiv. Man gestand ein, dass der Film trotz punktueller Kritik, insbesondere

²³ Vgl. Guido Thiemeyer: „Wandel durch Annäherung“. Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956-1977, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 101-116.

²⁴ Vgl. Deutscher Ostdienst, 5.8.1964.

²⁵ Reichsruf, 28.8. 1964.

am kommunistischen Wirtschaftssystem und seinen Folgen, objektiv gehalten war. „Im ganzen waren das 45 Minuten sachlicher Wahrheit über unser Land“, schrieb die Danziger Zeitung *Wieczor Wyrzeza*.²⁶ Am 15. Dezember 1964 wurde der Film nach einigen Wochen kontroverser Diskussion auch im polnischen Fernsehen gezeigt, allerdings in leicht zensierter Form: Kritische Bemerkungen über die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg oder über das kommunistische Wirtschaftssystem wurden gestrichen. Gleichwohl war man sich in Warschau der politischen Bedeutung dieses Films bewusst und verband ihn zugleich mit einem Kommentar:

„Wenn Stehle am Schluss seines Films von der Konfrontierung der westdeutschen Politik mit den Fakten spricht, so ist das auf jeden Fall der Appell eines Realisten. Wir stehen auf der Grundlage der Anerkennung der Realitäten der Lage in Mitteleuropa und eine von ihnen ist zweifellos die Unantastbarkeit unserer Westgrenzen, die nur von einem deutschen Staat anerkannt ist, der Deutschen Demokratischen Republik.“²⁷

Stehles Berichterstattung und das Konzept der Neuen Ostpolitik

Es ist bemerkenswert, wie klar die Berichterstattung Stehles aus dem Polen der Jahre 1964/1965 die Prinzipien formuliert, auf denen ab 1969 die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt/Scheel basierte. Gewiss, diese waren schon am 15. Juli 1963 beim berühmten Vortrag Egon Bahrs in Tutzing unter dem Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ benannt worden. Kernelemente dieses Konzeptes waren die Anerkennung des Status quo in Ostmitteleuropa, vor allem der polnischen Grenzen, die Annäherung der Gesellschaften über die Systemgrenzen hinweg und damit langfristig die Überwindung des Ost- West- Gegensatzes. Genau dieses Konzept beschrieb Stehle dann 1964 in Bezug auf Polen.

Die Anerkennung des Status quo bedeutete für ihn zweierlei. Erstens die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze. Dies sei einerseits moralisch gerechtfertigt, weil es das Deutsche Reich war, das die gewaltsame Revision der Grenzen in Osteuropa eingeleitet habe, zum anderen sei die Anerkennung aber unter den Bedingungen des Jahres 1964 ein Gebot der politischen Klugheit, weil keine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges eine erneute Veränderung der Grenze zu deutschen

²⁶ Zitiert nach Stehle (wie Anm. 6), S. 122.

²⁷ Stehle (wie Anm. 6), S. 126f.

Gunsten akzeptieren würde. Die Anerkennung des Status quo bedeutete zweitens, dass man auch auf deutscher Seite akzeptieren müsse, dass nun eine neue Generation von Menschen in den ehemals deutschen Gebieten nachgewachsen sei, die diese Gebiete nun als ihre Heimat betrachteten. Eine erneute Verschiebung der Grenzen würde dazu führen, dass es eine neue Generation von Vertriebenen gäbe, die ihrerseits wieder darauf hinwirken würden, die Grenzen zu ihren Gunsten zu revidieren. Daher sei die Akzeptanz des Status quo in Polen durch die Bundesrepublik Deutschland ein Gebot der Klugheit.

„Wenn Polen heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch vom größeren der zwei Staaten deutscher Nation erwartet, ist nicht mehr die Lösung einer imaginär gewordenen Grenzfrage gemeint, sondern Friedenssicherung, die über die heutigen Blockgrenzen hinaus Möglichkeiten neuen Zusammenlebens, neuen Zusammenarbeitens in Europa schaffen konnte“,

schrrieb Stehle in einem Beitrag für den WDR.²⁸ Eben das war ein Kernelement der Neuen Ostpolitik.

Auch der zweite Kerngedanke der späteren Neuen Ostpolitik, die Annäherung der Gesellschaften über die Systemgrenzen hinweg, wurde von Stehle in Bezug auf Polen thematisiert. Es ging ihm darum, die westdeutsche Bevölkerung, die seit dem Zweiten Weltkrieg nur in Ausnahmefällen von den Veränderungen in Polen selbst erfahren hatte, über das Land aufzuklären. Dabei verschwieg er die Schwierigkeiten nicht, die das kommunistische Wirtschaftssystem erzeugte; auch die Propaganda von den „urpolnischen Gebieten“, die das Land nach dem Zweiten Weltkrieg zurückerhalten habe, wurde kritisch kommentiert. Bei weitem jedoch überwogen die positiven Seiten des Polen-Bildes, das Stehle vermittelte: Die Aufbauleistung, die Polen nach der totalen Zerstörung des Landes und der Vernichtung seiner Eliten im Zweiten Weltkrieg geleistet habe. Die Offenheit, vor allem der jungen Bevölkerung, ihre christlich-katholische und westlich orientierte Lebensweise. Alles das diene dem Ziel, in der Bundesrepublik Sympathien und Verständnis für ein Land zu vermitteln, das die westdeutsche Bevölkerung nur über die Propaganda des Nationalsozialismus oder die des Kalten Krieges wahrgenommen hatte. Bei Stehle wurde dieses Bild korrigiert und ein

²⁸ Hansjakob Stehle: Polen hinter Oder und Neiße, 7.3.1970, in: Historisches Archiv des WDR Köln, Akte 02565.

anderes Polen-Bild entworfen: Das eines offenen, westlich orientierten und friedlichen Landes. Auch wenn Stehle zweifellos um Objektivität bemüht war, so machte er doch keinen Hehl aus seiner Sympathie für das Land und seine Bewohner, bisweilen neigte er zweifellos dazu zu idealisieren. Eben das machte ihn angreifbar für Kritik von Seiten der Vertriebenenverbände, die immer wieder behaupteten, er arbeite im Auftrag der polnischen Regierung und transportiere auf diese Weise kommunistische Propaganda nach Westdeutschland. Die publizistischen Debatten um die Reportagen Stehles aus Polen in der Mitte der sechziger Jahre nahmen in dieser Hinsicht die heftigen politischen Kontroversen um die Neue Ostpolitik zu Beginn der 1970er Jahre vorweg. Insofern ging es Stehle auch nicht primär um eine rein objektive Berichterstattung aus Polen. Seine Reportagen hatten von Beginn an ein politisches Ziel, und das war die Aussöhnung mit Polen durch die Anerkennung der politischen Realitäten, so wie sie sich in der Mitte der 1960er Jahre darstellten. Insofern war Hansjakob Stehle ein Politiker, der mit seinen Methoden, jenen der Publizistik, schon früh für ein politisches Konzept kämpfte, das später unter dem Schlagwort der Neuen Ostpolitik zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wurde.

Journalisten als Akteure in den Deutsch-Polnischen Beziehungen

Hansjakob Stehle war nicht der einzige westdeutsche Journalist, der in der Mitte der 1960er Jahre in diesem Sinne in Polen wirkte. Auch wenn die journalistischen Kontakte zwischen beiden Ländern vergleichsweise gering waren, so setzte doch zu diesem Zeitpunkt eine kontinuierliche Polen-Berichterstattung in den westdeutschen Medien ein. Eine wichtige Rolle spielten hierbei der WDR-Intendant Klaus von Bismarck, der Journalist Gerd Ruge, der schon 1956 als erster ständiger westdeutscher Korrespondent aus Moskau berichtet hatte, die Korrespondentin der FAZ in Warschau, Angela Nacken, oder auch der spätere Warschauer ARD-Korrespondent, Klaus Bednarz. Sie alle wirkten in den deutsch-polnischen Beziehungen als Vermittler zwischen den Gesellschaften, zum Teil auch zwischen den Regierungen, als es noch keine offiziellen diplomatischen Vertretungen in Bonn und Warschau gab. So gab beispielsweise der polnische Außenminister Stefan Jedrychowski Hansjakob Stehle, zu diesem Zeitpunkt ARD-Korrespondent in Wien, im Oktober 1969 ein Interview, in

dem er der deutschen Bundesregierung Verhandlungsbereitschaft hinsichtlich eines deutsch-polnischen Vertrages signalisierte. Der Umweg über Stehle wurde gewählt, weil es keine offiziellen Kontakte zwischen Warschau und Bonn gab, der Journalist diente als Vermittler.²⁹ Doch veränderten diese Journalisten nicht nur das dominierende Bild von Polen in der westdeutschen Bevölkerung, sondern revidierten auch in Polen die von der kommunistischen Propaganda geschaffenen Vorurteile, die die Bundesrepublik als unmittelbare Fortsetzung des „Dritten Reiches“ diffamierten.³⁰ Seit der Mitte der 1960er Jahre entstand auf dieser Ebene ein transnationales Netzwerk von Journalisten, Intellektuellen und zum Teil auch Politikern, das erheblich dazu beitrug, die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel vorzubereiten. Die Neue Ostpolitik wurde also schon in der Mitte der 1960er Jahre durch vielfältige gesellschaftliche Kontakte zwischen Polen und der Bundesrepublik entwickelt, als die westdeutsche und die polnische Diplomatie sich erst zaghaft annäherten. Die Rolle der westdeutschen Korrespondenten in Polen hierbei ist bislang nur ansatzweise erforscht, über die ihrer polnischen Kollegen in der Bundesrepublik wissen wir noch weniger.

²⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, B 42, Bd. 1356, Aufzeichnung der Handelsvertretung Warschau, 21.10.1969.

³⁰ Vgl. Guido Thieme: Westdeutsche Journalisten in Osteuropa, passim.

Mirjam Sachse

Die SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“

Ihre Beurteilung durch die deutsche(n) Geschichtswissenschaft(en)

Wissenschaftliche Interessenlagen

Ob Politik-, Sozial- oder Geschichtswissenschaft, Kommunikations- oder Literaturwissenschaft – die von 1891 bis 1923 erschienene „Die Gleichheit“ bietet als Frauenzeitschrift, Arbeiterinnenzeitschrift, SPD-Parteiblatt und zentrales Organ der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreiches und der Weimarer Republik viele verschiedene Diskussionsansätze und wertvolle Erkenntnismöglichkeiten. In ihr spiegeln sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler¹ Ebene die historischen Erfolge weiblicher Emanzipation und sozialistischer Politik wider. Dass „Die Gleichheit“ vor allem in der Geschichtswissenschaft bisher wenig Beachtung gefunden hat, ist darin begründet, dass sie für die einen „nur“ als Frauenzeitschrift galt, für die anderen „nur“ als politische Zeitschrift. Insbesondere in der bundesdeutschen Frauenforschung fand das Blatt deutlich weniger Aufmerksamkeit als die bürgerliche Frauenpresse des 19. und 20. Jahrhunderts, da die proletarische Frauenbewegung als Teil der Arbeiterbewegung begriffen wurde – eine Definition, die „Die Gleichheit“ tatsächlich immer selbst für sich in Anspruch nahm.² Aus demselben Grund blieben in der DDR-Geschichtsforschung die kritischen feministischen Aspekte einer Frauenzeitschrift

¹ 1907 wurde die „Gleichheit“ Organ der sozialistischen Fraueninternationale.

² Dennoch gibt es einige wissenschaftliche Arbeiten, die zugleich feministische Geschichts- und Kommunikationsforschung betreiben und die sich vor allem aus sozialwissenschaftlicher Sicht mit den widersprüchlichen Frauen(leit)bildern der „Gleichheit“ beschäftigen Vgl. u.a. Anna-Elisabeth Freier: „Dem Reich der Freiheit sollst Du Kinder gebären.“ – Der Antifeminismus der proletarischen Frauenbewegung im Spiegel der „Gleichheit“ 1871-1917, Frankfurt a. M. 1981; Elisabeth Vormschlag: Inhalte, Leitbilder und Funktionen politischer Frauenzeitschriften der SPD, der USPD, der KPD in den Jahren 1890-1933 und der NSDAP in den Jahren 1932-1945, unveröffentlichte Dissertation der Georg-August-Universität Göttingen 1970. Auf der Suche nach alternativen Identifikationsmöglichkeiten setzen sich diese westdeutschen Wissenschaftlerinnen mit dem Sozialismus der Ersten Internationale auseinander, entlarven die sozialdemokratische Frauenbewegung als zum Teil sich selbst hinderlich und ihre Organe in ihren Methoden und Kommunikationsstilen als den nationalsozialistischen Frauenzeitschriften ähnlich. Einige dieser wertvollen Arbeiten blieben jedoch unveröffentlicht. Der Titel „Gleichheit“, so die westdeutsche Wissenschaftlerin Sabine Hering, habe besonders einem Punkt Ausdruck gegeben: Der Absicht der Genossen, „mit der Verbreitung einer parteieigenen Frauenzeitung (...) die ‚Gleichheit‘ der Frauenpolitik mit der Linie der Parteiführung sicherzustellen“, Zitat bei: Sabine Hering: „Damit ist die Angelegenheit wohl erledigt“ – Anmerkungen zum „Kurswechsel“ der „Gleichheit“ 1917, in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung 22 (1992), S. 44-46, hier S. 44.

nahezu unberücksichtigt, während ihre Bedeutung für die Integration der proletarischen Frauenbewegung in die Arbeiterbewegung ausgesprochen stark betont, aber auch einseitig beurteilt wurde. Während die Überblicksliteratur von BRD-HistorikerInnen – und dies auch in der Zeit nach der politischen Wende 1989 – die „Gleichheit“ als Teil der SPD-Geschichte komplett ignorierten³, skizzierte der DDR-Historiker Dieter Fricke in seinem „Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917“⁴ „Die Gleichheit“ als Teil der sozialdemokratischen Medienlandschaft. Genauso wie die Mehrzahl aller Publikationen zur „Gleichheit“ – ob nun ost- oder westdeutsch –, beschränkt sich auch Fricke auf die Erscheinungszeit der „Gleichheit“ bis 1917 und hebt bewusst ihre linksoppositionelle Minderheitenposition während des Ersten Weltkrieges hervor.

1917 war das „Wendejahr“ in der Geschichte der „Gleichheit“, da im Mai dieses Jahres die für ihre Gestaltung und politische Position maßgebliche Persönlichkeit vom Parteivorstand aus der Redaktion entlassen wurde: Clara Zetkin (1857-1933). Die Beurteilung der „Gleichheit“ und die Aufmerksamkeit, die ihr von wissenschaftlicher Seite gewidmet wurde und wird, sind in besonderem Maße von der Beachtung abhängig, die der Person Zetkins zukommt.⁵ Es war deren Persönlichkeit und im Zusammenhang damit ihre 25 Jahre währende Redaktionstätigkeit, die bisher die wissenschaftliche Analyse der „Gleichheit“ dominierten. Die letzten sechs Jahre der „Gleichheit“ als MSPD-Frauenblatt unter anderer Redaktion bleiben meist unbehandelt.⁶

³ Markantestes Beispiel ist Hedwig Wachenheims (1891-1969) postum 1971 erschienenes Werk „Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914“, in welchem sie die „Gleichheit“ vollkommen unerwähnt ließ, obwohl sie selbst sogar eine kurze Zeit unter der Redaktion Zetkins und erneut von 1918 bis 1922 für die „Gleichheit“ schriftstellerisch tätig gewesen war, vgl. Hedwig Wachenheim: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973, S. 60. Auch die neuere westdeutsche Überblicksliteratur zur SPD-Geschichte straft die „Gleichheit“ mit Missachtung, so z.B. Potthoff / Miller in ihrer erstmals 1974 erschienenen und mehrmals aufgelegten Studie „Kleine Geschichte der SPD“. Vgl. Heinrich Potthoff / Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD. 1848-2002, 8. aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn 2002.

⁴ Vgl. Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 5. überarbeitete Auflage, Berlin 1987.

⁵ Die Gewichtung fällt jedoch entsprechend unterschiedlich aus. So schreibt die Verfasserin einer der neuesten Zetkin-Biographien, Tânia Puschnerat, zwar, dass die „Gleichheit“ „mit Fug und Recht (...) Quelle für eine Analyse der Mentalität Zetkins“ sei, widmet ihr aber erstaunlich wenig Raum in ihrer Darstellung, vgl. Tânia Puschnerat: Clara Zetkin – Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen 2003, S. 86.

⁶ Diese sechs Jahre, die „Die Gleichheit“ von Marie Juchacz (1879-1956), Heinrich Schulz (1872-1932), Clara Bohm-Schuch (1879-1936), Elli Radtke-Warmuth und Mathilde Wurm (1874-1935) redigiert wurde, sind bisher nur sehr unzureichend untersucht. In der neuesten Schulz-Biographie bleibt dessen Tätigkeit für „Die Gleichheit“ gänzlich unerwähnt: vgl. Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert. Berlin 2004. Wenige Informationen sind in

Die meisten der innerhalb der deutschen Wissenschaften entstandenen Arbeiten, die im Folgenden anhand einiger zentraler Aussagen zum finanziellen und rezeptionellen Erfolg der „Gleichheit“ in Vergleich gesetzt werden sollen, wurden vor der politischen Wende 1989 veröffentlicht. Doch auch im wiedervereinigten Deutschland entstandene Analysen weisen gewisse Traditionslinien auf und sollen deshalb hier berücksichtigt werden. Manche der Arbeiten sind nicht ausschließlich der Geschichtswissenschaft zuzuordnen, sondern verfolgen einen interdisziplinären Ansatz, was, wie eingangs dargelegt, hinsichtlich der Analyse dieser besonderen Frauenzeitschrift durchaus nahe liegt.

Wissenschaftliche Interessenkonflikte

Eine Beurteilung der „Gleichheit“ – wenn es keine rein literaturwissenschaftliche Analyse ist – ist stets mit einer Beurteilung der Person Zetkins verknüpft und deshalb sehr problembehaftet. Zetkins Persönlichkeit, politische Arbeit und somit auch Redaktionstätigkeit gelten entweder als dogmatisch oder aber prinzipientreu. Dass eine positive Beurteilung Zetkins jedoch nicht unbedingt von der politischen Position des Betrachters abhängen muss, belegen vor allem zeitgenössische Aussagen.⁷ Man kann sich deshalb insgesamt des Eindruckes nicht erwehren, dass es der engen Verknüpfung mit der Person Zetkins zuzuschreiben ist, dass die „Gleichheit“ in der BRD kaum Gegenstand historischer Forschung war. In der DDR als Parteitheoretikerin, prinzipientreue Marxistin und Pädagogin gefeiert, war Zetkin in der BRD dagegen als „Chefideologin“⁸ der proletarischen Frauenbewegung verschrien und blieb als Kämpferin für die Emanzipation der Frau relativ unbeachtet. Selten sind Untersuchungen wie diejenige der westdeutschen Wissenschaftlerin Susanne Karstedt zu finden, in denen sich AutorInnen zu ihrer zwiespältigen Beurteilung Zetkins bekennen. Karstedt bezeichnet sich selbst als Bewunderin Zetkins.⁹ Deshalb sehe sie in ihr

Vormschlag (wie Anm. 2) und Cornelia Wenzel: Diesseits und jenseits der Ära Zetkin – Vorgängerin und Nachfolgerinnen, in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung 22 (1992), S. 56-59 enthalten.

⁷ Vgl. Anna Bloss: Die Geschichte der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, in: Dies (Hrsg.): Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus, Dresden 1930, S. 7-95, und Wachenheim (wie Anm. 3).

⁸ Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1996, S. 179.

⁹ Vgl. Susanne Karstedt: Die Gleichheit – eine „one-woman show“, in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung 22 (1992), S. 14-21, hier S. 16.

zwar keine „Politkommissarin“, aber auch keine „Mutter Teresa“. Bisherige Darstellungen – vor allem so genannte „Jubelbiographien“¹⁰ – seien dagegen ungehemmt einseitig. Wird die Redaktionstätigkeit Zetkins, ihr Umgang mit andersdenkenden AutorInnen und den „Gleichheit“-MitarbeiterInnen betrachtet, so kommen westdeutsche Forscherinnen meist zu dem Ergebnis, dass Zetkin ein sehr grenzwertiges Verhalten als Redakteurin gezeigt hätte. Zetkin, die sich offen dazu bekannte, abweichende Ansichten von „Gleichheit“-AutorInnen mindestens zu kommentieren oder gar dagegen zu polemisieren¹¹, habe, so Karstedt resümierend, „[d]ie Klaviatur der Parteitaktik bis hin zur Intrige beherrscht“.¹² Für die „Gleichheit“ wird ausschließlich von westlichen WissenschaftlerInnen daraus der Schluss gezogen, dass Autorinnen, die zum revisionistischen Lager der SPD zu zählen waren, von Zetkin bewusst vergrault und zugleich „einfache“ Leserinnen von einer Mitarbeit abgeschreckt worden seien.¹³ Ist dies aber tatsächlich ein ungewöhnliches Vorgehen von Seiten der Redaktion einer politischen Zeitschrift, die sich als Trägerin einer politischen Mission definiert? Bevor hier ein vermeintlich weibliches Verhaltensmuster auf die Redakteurin einer Frauenzeitschrift projiziert wird, muss anerkannt werden, dass Zetkins Mission gefährdet gewesen wäre, hätte sie Andersdenkenden aus den eigenen Reihen oder aus den Reihen der bürgerlichen Frauenbewegung unbesehen Raum in der „Gleichheit“ gegeben. Zudem war die „Gleichheit“ aus Sicht Zetkins ein Instrument sozialistischer Agitation und nicht einer besonderen Frauenagitation.¹⁴

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Clara Zetkin in einem Brief an Käthe Duncker, 17.11.1906, zit. nach: Karstedt (wie Anm. 9), S. 18.

¹² Karstedt (wie Anm. 9), S. 16.

¹³ Revisionistinnen, die unter der Redaktion Zetkins in der „Gleichheit“ publizierten, waren u.a. Hedwig Wachenheim, Henriette Fürth (1861-1936), Lily Braun (1865-1916) und Anna Blos (1866-1933). So wie die dänische Literaturwissenschaftlerin Kirsten Gomard sieht auch die US-amerikanische Historikerin Molly Nolan in der „Gleichheit“ keine Beteiligung der Basis – sie sei eine „Frauenöffentlichkeit von oben“ gewesen. Vgl. Kirsten Gomard: Die Agitation der „Gleichheit“ als proletarische Frauenöffentlichkeit untersucht anhand der Beiträge zum Thema Aufrüstung, Krieg und Pazifismus, 1892-1917, in: Die Verantwortung der Literatur in ihrer Zeit. Ausgewählte Beiträge vom VI. gemeinsamen Kolloquium von Literaturwissenschaftlern der Universität Aarhus und der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 31. Mai – 2. Juni 1983, Greifswalder Germanistische Forschungen 1985, S. 65-72, hier S. 71; Kirsten Gomard: Die sozialistische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Angebot einer alternativen Frauenidentität?, in: Augias. Germanistisches Institut der Universität Aarhus 28 (1988), S. 25-42, hier S. 42; Molly Nolan: Proletarischer Anti-Feminismus. Dargestellt am Beispiel der SPD-Ortsgruppe Düsseldorf, 1890 bis 1914, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976, hrsg. von der Gruppe Berliner Dozentinnen, Berlin 1977, S. 356-377, hier S. 359.

¹⁴ Vgl. Zetkin im Protokoll des SPD-Parteitagess Gotha 1896, S. 165.

Jeder Inhalt, der den proletarischen LeserInnen über die „Gleichheit“ vermittelt wurde – ob Leitartikel, Abhandlungen, Notizen oder das Feuilleton „unter’m Strich“ –, stand im Zeichen der sozialistischen Frauenemanzipationstheorie, wie sie Zetkin bereits auf dem Parteitag in Gotha 1896 formuliert hatte.¹⁵ Zetkin war neben Karl Kautsky und Franz Mehring eine führende Vertreterin des orthodoxen Marxismus und eine Verfechterin klarer Prinzipientreue und verpflichtender Bekenntnisse: Einstellungen, die man auch als Dogmatismus bezeichnen könnte. Wollte die proletarische Frauenbewegung den Sozialismus gemeinsam mit den männlichen SPD-Genossen erkämpfen, so konnte sie zur bürgerlichen Frauenbewegung nur eine klare Position der „reinen Scheidung“ einnehmen. Die „Gleichheit“ durfte kein Experimentierfeld für bürgerliche Inhalte weiblicher Bildung werden.

Einigkeit herrscht über die Ansicht, dass die „Gleichheit“ im System der „Vertrauenspersonen“ eine zentrale Bedeutung hatte, da ihre Arbeit für den Kontakt zwischen den einzelnen örtlichen Gruppen und Personen unentbehrlich war. Doch dieser Organisationserfolg ist nach manchem Urteil nicht mit kommerziellem Erfolg gleichzusetzen.

Zur Geschichte und dem Erfolg der „Gleichheit“

Die „Gleichheit“ war die direkte Nachfolgerin der im Dezember 1891 von der Gewerkschafterin und Publizistin Emma Ihrer (1857-1911) für gescheitert erklärten Frauenzeitschrift „Die Arbeiterin“. Diese hatte aus finanziellen Gründen eingestellt werden müssen, denn ihre Finanzierung war vorwiegend durch das Engagement Ihrer und einer anonymen Unterstützerin gewährleistet worden.¹⁶ Anders die „Gleichheit“. Zwar musste Zetkin hinsichtlich der ungünstigen Bedingungen ihrer Verbreitung und ihres Umsatzes zunächst das schwere Erbe der „Arbeiterin“ antreten, aber die „Gleichheit“ war Teil des Dietz-Verlagunternehmens. Der in Stuttgart ansässige sozialdemokratische Politiker und Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz bewies ein besonderes Geschick darin, mit den Einkünften, die er durch den Verlag des sehr populären Unterhaltungsblattes „Der wahre Jacob“ erzielte, nicht nur die Defizite der

¹⁵ Vgl. Zetkin (wie Anm. 14), S. 160ff.

¹⁶ Vgl. G.H. [Hanna, Gertrud?]: Unsere Vorkämpferinnen, in: Die Gleichheit 31 (01.04.1921) Nr. 7, S. 61.

„Gleichheit“, sondern auch des von Karl Kautsky redigierten Organs „Neuen Zeit“ auszugleichen. Im April 1901 verkaufte Dietz sowohl den „Wahren Jacob“ als auch die „Gleichheit“ und die „Neue Zeit“ an die SPD – sie wurden Parteieigentum.¹⁷ Ein Umstand, der nichts an Zetkins rigider Auffassung änderte, sie habe nicht ein Amt, sondern eine Meinung.¹⁸ Sie sah weiterhin keine Notwendigkeit darin, hinsichtlich finanzieller Erfordernisse ihr Redaktionskonzept zu überdenken. Ohne diese finanzielle Sicherheit hätte Zetkin sicherlich nicht das Selbstverständnis als Sozialdemokratin und als Redakteurin entwickeln können, wie es sich in der „Gleichheit“ widerspiegelt. Für diese Unabhängigkeit bedankte sie sich ausdrücklich bei Dietz in einem Artikel zu dessen 70. Geburtstag. Es sei Dietz‘

„Verdienst (...), daß die ‘Gleichheit’ sich frei entfalten konnte, daß sie ungehindert durch Rücksichten auf die Geschäftslage nur ihre Aufgabe im Auge zu halten vermochte: die Proletarierinnen zum Klassenkampf zu rufen und durch die sozialistische Erkenntnis für den Klassenkampf zu schulen“¹⁹.

Weder der Spott über den mäßigen Erfolg der „Gleichheit“ noch Meinungsverschiedenheiten mit Zetkin hätten Dietz dazu verleitet, in die Redaktionsführung, in deren „geistige Bewegungsfreiheit, (...) Unabhängigkeit und Selbständigkeit“²⁰ eingreifen zu wollen.²¹ Wenn also die „Gleichheit“ unter der geduldigen Obhut Dietz‘ zu Beginn nur rote Zahlen schrieb, so zeichneten sich doch bereits 1904 erste finanzielle Erfolge ab.²² Es ist daher nicht verständlich, wenn Karstedt resümiert: „Das Scheitern der ‘Gleichheit’“ – geschäftlich für Verleger Dietz, politisch für den Parteivorstand und

¹⁷ Über die Gründe und Einzelheiten dieser Transaktion kann auch die Dietz-Biographin Angela Graf nur mutmaßen. Vgl. Angela Graf: J.H.W. Dietz 1843-1922 – Verleger der Sozialdemokratie, Bonn 1998, hier S. 215ff.

¹⁸ Vgl. Zetkin im Bericht zur 6. sozialdemokratischen Frauenkonferenz, in: Protokoll des SPD-Parteitages Jena 1911, S. 426.

¹⁹ Clara Zetkin: Heinrich Dietz zum 70. Geburtstag, in: Die Gleichheit 24 (01.10.1913) Nr.1, S. 4-5, hier S. 4.

²⁰ Zetkin (wie Anm. 19), S. 5.

²¹ Ganz anders gestaltete sich die Situation im Ersten Weltkrieg. SPD-Parteivorstand und Zensur versuchten seit Beginn des Krieges „korrigierenden“ Einfluss auf die Redaktion der „Gleichheit“ zu nehmen. Aus Platzgründen kann auf diese in den deutschen Wissenschaften sehr unterschiedlich dargestellten Umstände der antimilitaristischen Arbeit Zetkins und ihrer Entlassung nicht eingegangen werden.

²² Der erste Überschuss belief sich zwar nur auf 74,70 Mark; vgl. Protokoll des SPD-Parteitages Bremen 1904, S. 27. Bis 1913 erwirtschaftete „Die Gleichheit“ nachweislich immer einen – mehr oder weniger hohen – Gewinn; vgl. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910. Neudruck Leipzig 1974, S. 203 und Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913, München o. J., Neudruck Leipzig 1974, S. 181.

journalistisch für die Leserinnen – sei „vorprogrammiert“²³ gewesen. Die „Gleichheit“ war finanziell kein gescheitertes Projekt – dies belegen die Kassenberichte des Parteivorstandes, in denen Finanzen und Auflagenstärke der „Gleichheit“ offengelegt werden. Die „Gleichheit“ war sogar „die einzige sozialdemokratische Zeitschrift, die in der Stagnationsperiode 1912-14 noch wuchs“.²⁴ Trotzdem birgt die Analyse der finanziellen Rahmenbedingungen, der AbonnentInnenzahlen und Auflagenhöhe erhebliche Probleme. Die Auflagenhöhe der „Gleichheit“ war zum einen beeinflusst von der Anzahl der weiblichen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die das SPD-Frauenblatt als Obligatorium bezogen, und zum anderen nicht unbedingt identisch mit der Anzahl tatsächlicher LeserInnen. Obwohl die Finanzen des internationalen antiimperialistischen Oppositions- und Erziehungsblattes kaum Gegenstand der Analysen der HistorikerInnen der DDR waren, dürften sich auch deren Aussagen zur Verbreitung der „Gleichheit“ als einziges linksoppositionelles Blatt der SPD während des Ersten Weltkrieges auf die offiziellen AbonnentInnenzahlen gestützt haben. Doch auch die 114.000 Abonnements des Jahres 1914 können nur eingeschränkt als Indiz für den viel entscheidenderen „Erfolg“ der „Gleichheit“ gelten: ihre Rezeption durch die LeserInnen.

Zur Rezeptionsgeschichte

Ähnlich wie im Falle der Person Zetkins in vielen DDR-Publikationen vertraulich von „Clara“ gesprochen wird, lässt neben den verschiedenen Termini aus dem Klassenkampf-Vokabular²⁵ auch die Auswahl markanter zeitgenössischer Zitate schnell auf die politische Position des/der AutorIn schließen. Während Friedrich Engels angesichts der ersten beiden Nummern der „Gleichheit“ 1892 der Meinung war, sie seien „sehr dürftig und langweilig“²⁶, wurde 1911 ihre Lektüre von Lenin ausdrücklich

²³ Karstedt (wie Anm. 9), S. 15.

²⁴ Joan Reutershan: Clara Zetkin und Brot und Rosen. Literaturpolitische Konflikte zwischen Partei und Frauenbewegung in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, New York / Bern / Frankfurt a. M. 1985, S. 77.

²⁵ Vormschlag stellt u.a. fest, dass „[d]er Terminus Agitation (...) im Gegensatz zum kommunistischen Machtbereich im Westen gegenwärtig kaum mehr gebraucht“ würde, während er in „den frühen sozialistischen und kommunistischen Frauenzeitschriften jedoch (...) zusammen mit der Umschreibung Schulung (...) eine große Rolle“ gespielt habe, was wohl weniger seinem aktivierenden als seinem konkurrierende Meinungen offen und vehement verneinenden Impetus geschuldet sein dürfte. Vormschlag (wie Anm. 2), S. 80.

²⁶ Engels zitiert nach: Heinz Niggemann: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus – Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981, S. 60.

empfohlen.²⁷ Wenn tatsächlich das eine das andere nicht unbedingt ausschließt, zeichnet es sich damit schon früh ab, ob die „Gleichheit“ von dem/der AutorIn im Weiteren entweder als „unlesbar (...) und langweilig“²⁸ oder „beste (...) politische (...) Zeitschrift für Frauen“²⁹ charakterisiert werden wird.

In ihrem ganz der Bedeutung der „Gleichheit“ gewidmeten Kapitel hebt die BRD-Historikerin Sabine Richebächer hervor, dass die „Gleichheit“ ihre Leserinnen in das sozialistische Denken einführte, schulte und darüber hinaus allgemeine Aufklärungs- und Bildungsarbeit leistete.³⁰ Sie habe sozialistisches Bewusstsein geweckt, vermittelt und vertieft. Zu diesem Ergebnis kommt Richebächer, obwohl sie selbst feststellte, dass von der „Gleichheit“ nicht die marxistischen Grundlagenwerke als solche rezipiert worden seien.³¹ Lediglich aus Nekrologen und Jubiläumsartikeln hätten die „Gleichheit“-Leserinnen einen „unmittelbaren Bezug zu den sozialistischen Theoretikern“³² ziehen können.³³ Die Inhalte marxistischer Theorie, die Zetkin als geeignet für ihre Leserinnen erachtete, waren demnach bereits ausgewählt, der Zugang damit nicht nur aufbereitet, sondern auch eingegrenzt. Richebächer behauptet schließlich, dass Marx und Bebel die einzigen sozialistischen Schriftsteller gewesen seien, mit denen sich die „Gleichheit“ in dem von ihr untersuchten Zeitraum ausführlich auseinandergesetzt habe. „Dies“, so Richebächer, „konnte eine Marxismusrezeption nicht ersetzen, sondern allenfalls dazu anregen“. Hinsichtlich des Bildungsniveaus und des Leseverhaltens der Proletarierinnen, erscheint es aber doch nur gerechtfertigt, dass Zetkin ihres redaktionellen Amtes waltete und das Niveau der „Gleichheit“ nicht in

²⁷ Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ (Hrsg.): Die Frau und die Gesellschaft (erschienen zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR), Leipzig 1974, S. 45.

²⁸ Reutershan (wie Anm. 24), S. 111f. Die „Gleichheit“, so Karstedt, habe eine „Mischung aus Parteipolitik und gnadenlosem pädagogischen Bemühen um die weiblichen ´arbeitenden Massen`, aus kämpferischer Attitüde und persönlicher Ranküne“ dargestellt. Verantwortlich dafür waren Karstedts Meinung nach Zetkin und der Umstand, dass sie anfangs nicht nur Chefredakteurin, sondern auch Herausgeberin und Verfasserin nahezu aller Beiträge war. Das Resultat habe nur „gähnende Langeweile“ sein können. Karstedt (wie Anm. 9), S. 15.

²⁹ Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. Berlin 1963, S. 164.

³⁰ Vgl. Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Hamburg 1982, S. 120.

³¹ Vgl. Richebächer (wie Anm. 30), S. 122.

³² Richebächer (wie Anm. 30), S. 123.

³³ Die von Richebächer untersuchten „Gleichheit“-Jahrgänge weisen in diesem Kontext lediglich einen Artikel anlässlich Marx' 20. Todestag auf, in welchem Zetkin die Vorstellungen und Ziele der proletarischen Frauenbewegung auf marxistischer Basis mit Engels' Thesen aus dessen Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ verbunden habe. Vgl. Richebächer (wie Anm. 30), S. 123. Dort auch die folgenden Zitate.

noch kritischere – noch stärker von ihren GegnerInnen kritisierbare – Höhen schraubte.

Zetkin, so die Meinung der 1966 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft ‘Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau’“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“, habe „in einer einfachen, ansprechenden Sprache“ geschrieben, aber „wie selbstverständlich [auch] ein gewisses Maß an Wissen und Bildung voraus[gesetzt]“. Dies, so die weitere Einschätzung, habe ihre Leserinnen sogar angespornt, sich selbst fortzubilden. So habe sich die Wirksamkeit der „Gleichheit“ ständig erweitert.³⁴

Zetkin und die „Gleichheit“ stehen den DDR-HistorikerInnen für sozialistische Gesinnungstreue. Die „Gleichheit“, die demnach nach 1907 die „bedeutendste (...) Zeitschrift der revolutionären deutschen Linken“³⁵ gewesen sei, habe, so der kämpferische Sprachjargon, „[i]n der ideologischen Auseinandersetzung (...) mit in vorderster Front“³⁶ gestanden.³⁷ Und doch musste Zetkin 1904 dem Ruf nach einer populäreren Gestaltung der „Gleichheit“ im Stile bürgerlicher Frauenblätter nachgeben. Laut entsprechendem Protokoll des Parteitages von Jena 1913 wollte Zetkin allerdings nichts davon wissen, dass ihre Entscheidung, der „Gleichheit“ regelmäßig zwei Beilagen beizufügen, letztlich ihr Eingeständnis eines Fehlers sei.³⁸ Bevor die Parteitagsdelegierten in Jena angesichts dieser bereitwilligen Annäherung hätten annehmen können, Zetkin habe mit ihrer Ankündigung irgendeine Form von Fehler eingestanden, rechtfertigte sie ihr bisheriges Redaktionskonzept wie folgt:

„Uebrigens will ich dieses bemerken: Was Sie an der ‘Gleichheit’ meinen tadeln zu müssen, die angeblich unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise unserer übrigen Parteipresse. Es sind die nämlichen

³⁴ Ebenda.

³⁵ Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 27), S. 46.

³⁶ Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 27), S. 47.

³⁷ Schröter / Ulrich skizzieren die Entwicklung dieser Arbeitsgemeinschaft vor und nach der Wende und geben eine Einschätzung zu deren Frauenforschung – besonders zur Clara-Zetkin-Forschung. Vgl. Ursula Schröter / Renate Ulrich: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2005, S. 12f. und S. 59ff.

³⁸ Zetkin habe lediglich dem Druck nachgegeben, „ihr Blatt unterhaltsamer und service-orientierter zu gestalten“, um auch „weniger aktive Proletarierinnen“ als Leserinnen zu gewinnen. Vgl. Susanne Kinnebrock: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk!“ – Die erste deutsche Frauenbewegung, ihre Sprachrohre und die Stimmrechtsfrage, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte (JbKG) 1 (1999), S. 135-172, hier S. 142f. Anders als von DDR-WissenschaftlerInnen werden von BRD-WissenschaftlerInnen stets gravierende Gegenläufe zwischen Hauptblatt und Beilage ausgemacht. Vgl. Vormschlag (wie Anm. 2), S. 111.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die auch dort das Wort führen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, das daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die 'Gleichheit'.³⁹

Es ist demnach auffällig, dass anscheinend von einer Frauenzeitschrift weit größere Erfolge erwartet wurden als von anderen Parteiorganen⁴⁰ – und dies, obwohl die „Gleichheit“ ein deutlich schwierigeres Aufgabenfeld besaß und oft wenig Unterstützung durch die Parteiorganisation erfuhr.

Nachdem die Ausgestaltung der „Gleichheit“ in den ersten Jahren bevorzugt auf bereits politisch geschulte und überzeugte Parteimitglieder ausgerichtet gewesen sei und sich die proletarische Frauenbewegung so positiv entwickelt habe, konnte 1913 nach Meinung Zetkins auch der sozialistischen Bildung und Werbung indifferenter Leserinnen Rechnung getragen werden. Sie sah demnach eine Entwicklung der „Gleichheit“ von einem Funktionärinnenblatt zum Massenblatt als gegeben an:⁴¹

„Der Ansicht bin ich niemals gewesen, daß die 'Gleichheit' eine große Arbeiterinnenbewegung hervorrufen könne, denn das ist Sache der Agitation und der Organisation. Eine Zeitung wie die 'Gleichheit' kann keine Bewegung ins Leben rufen, sie kann nur eines thun, sie kann innerhalb der Bewegung schulend und fördernd wirken, und das hat die 'Gleichheit' gethan. Die 'Gleichheit' hat als Hauptziel verfolgt, die Genossinnen, die im Vordertreffen des Kampfes stehen, prinzipiell klar auf den Boden der Sozialdemokratie zu stellen und sie nicht von der bürgerlichen Frauenrechtleri durchseuchen zu lassen und diese Aufgabe hat die 'Gleichheit' erfüllt.“⁴²

Westdeutsche WissenschaftlerInnen versuchen, eine eingeschränkte Wirksamkeit der „Gleichheit“ zu belegen, indem sie der „Gleichheit“ den Charakter eines Massenblattes absprechen und sie als Funktionärinnenblatt charakterisieren. Kinnebrock definiert die frühe „Gleichheit“ (bis zur Einführung der populären Beilagen 1904) nicht als Massenblatt, bleibt jedoch jede Definition eines „Massenblattes“ schuldig. Sie spricht auch dann nicht ausdrücklich von der „Gleichheit“ als „Massenblatt“, nachdem diese 1914 die sagenhafte Abonnentenzahl von 140.000

³⁹ Zetkin im Protokoll des SPD-Parteitages Jena 1913, S. 255.

⁴⁰ Laut Protokoll eben jenes Parteitages betrug die Zahl der Abonnements der „Gleichheit“ 1913 112.000, die der „Neuen Zeit“ 10.500, des „Vorwärts“ 157.100 und des „Wahren Jacob“ 371.000. Vgl. Zetkin (wie Anm. 39), S. 30ff. – Angesichts dieses direkten Vergleiches erscheint die an Zetkin geübte Kritik vollkommen haltlos.

⁴¹ Zetkin (wie Anm. 39), S. 255.

⁴² Zetkin in Protokoll des SPD-Parteitages Stuttgart 1898, S. 131.

Exemplaren erreicht hatte. Auch die BRD-Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Vormschlag gesteht der „Gleichheit“ keine Breitenwirkung zu, weil der Anstieg der weiblichen Mitgliederzahl in Partei und Gewerkschaften sich nicht in einem ebenso großen Anstieg der Abonnements niedergeschlagen habe.⁴³ Die Zahl der Abonnements ist jedoch weder identisch mit der Zahl der weiblichen Parteimitglieder noch mit der Zahl der Leserinnen. Einerseits haben nicht alle Frauen, die die „Gleichheit“ obligatorisch erhielten, sie immer gelesen. Andererseits wurde ein Exemplar der „Gleichheit“ nicht nur von ihrer Abonnentin gelesen. Auch in diesem Fall ist es zudem nicht unbedingt zulässig, von der scheinbar objektiven Zahl der Abonnentinnen Rückschlüsse auf die Rezeption der „Gleichheit“ zu ziehen.

Dornemann definiert wie alle anderen DDR-WissenschaftlerInnen die „Gleichheit“, wie sie sich 1914 präsentierte: eindeutig als Massenorgan – und zwar das einzige, das noch der Linken zur Verfügung stand.⁴⁴ Dagegen kommt der westdeutsche Historiker Wolfgang Ressmann in seiner Studie zur Parteipresse der SPD zu dem Ergebnis, dass diese insgesamt nicht das effektive Instrument der Mitgliederwerbung gewesen sei, wie bisher allgemein angenommen. Vielmehr sei sie „ein nach innen wirkender Stabilisierungs- und Mobilisierungsfaktor der bereits gewonnenen Anhängerschaft“⁴⁵ gewesen. Mangelnde Neu-Mitglieder-Werbung ist es jedoch, was der „Gleichheit“ von zeitgenössischen und heutigen KritikerInnen vorgeworfen wurde. Ressmann sieht dagegen diese Diskrepanz zwischen erhoffter und realer Funktion der Parteipresse als unwillkürlich gegeben an – auch für die „Gleichheit“.⁴⁶ Richebächer ist ebenso der Meinung, dass die „Gleichheit“ ihrer Aufgabe als Stabilisierungs- und Mobilisierungsfaktor gerecht geworden ist: „Neben Agitationsbroschüren und Flugblättern hat vor allem *Die Gleichheit* selber eine große Rolle bei der theoretischen Schulung der Mitglieder und ihrer Einsozialisierung auf sozialistisches Gedankengut gespielt.“⁴⁷ Selbst wenn der Begriff „Einsozialisierung“ etwas ungewohnt anmutet, ist damit zutreffender Weise ein besonderer Prozess der Bewusstseinsumbildung ins Spiel gebracht.⁴⁸

⁴³ Vgl. Vormschlag (wie Anm. 2), S. 67.

⁴⁴ Vgl. Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1973, S. 252.

⁴⁵ Wolfgang Ressmann: Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen. Eine organisationspolitische Analyse der SPD-Pressenunternehmen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1991, S. 78.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Richebächer (wie Anm. 30), S. 115.

⁴⁸ Vgl. Vormschlag (wie Anm. 2), S. 81.

Wie konsequent diese sozialistische Bewusstseinsumbildung betrieben wurde, wird innerhalb der BRD-Geschichtswissenschaft unterschiedlich bewertet. Kinnebrock sieht wie die meisten westdeutschen Geschichtswissenschaftlerinnen, die die frauenspezifischen Aspekte in den Mittelpunkt ihrer „Gleichheit“-Analyse stellen, ihr Scheitern in der Dominanz der marxistischen Theorie begründet, die die weibliche Sozialisation nur ungenügend berücksichtige. Doch „[b]ei aller Kritik“, so Kinnebrock, sei die „Gleichheit“ „insofern eine Novität [gewesen], als sie die aktuelle ‘hohe’ Politik behandelt“⁴⁹ habe. Themenbereiche, die für Frauen allgemein als uninteressant gelten (z.B. Innen- oder Außenpolitik), seien von der „Gleichheit“ dargestellt und in ihren „Implikationen“, ihren Auswirkungen auf das Leben der Frauen veranschaulicht worden.

Die „Gleichheit“, so dagegen die „Arbeitsgemeinschaft ‘Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau’“, sei eine der „bedeutendsten Zeitungen des deutschen und internationalen Proletariat[s]“⁵⁰ gewesen. Ihre Herausgabe im Anschluss an den Erfurter Parteitag und des dort beschlossenen Parteiprogramms war ihr Beleg für die „Einsicht unter den revolutionären Führungskräften“⁵¹, dass „[d]ie Verbreitung des Marxismus in der Arbeiterbewegung und die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau (...) parallele, nicht voneinander zu trennende Prozesse“ sind. Vor diesem Hintergrund, so die Forschungsgemeinschaft in ihrem zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR herausgegebenen Werk weiter, „durfte und wollte [„Die Gleichheit“, MS] kein kurzweiliges Frauenunterhaltungsblatt sein und war es in der Tat niemals“. Stets habe sich die „Gleichheit“ „in allen entscheidenden Klassenschlachten als scharfe Waffe“ bewährt. Dieser Aufgabe sei sie nachgekommen, indem sie „über das Zeitgeschehen [informierte], (...) die Ursachen für die Klassenkampferscheinungen [zeigte] und selbst operativ anleitend und informierend in die Auseinandersetzung ein[griff]“. So hatte die „Gleichheit“, hatte Clara Zetkin großen Anteil an der Entwicklung der proletarischen Frauen „zu bewußten Klassenkämpferinnen“.⁵² DDR-Publikationen rühmen Zetkins klassenbewussten Standpunkt und ihr verständ-

⁴⁹ Kinnebrock (wie Anm. 38), S. 142. Dort auch das folgende Zitat.

⁵⁰ Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 27), S. 24.

⁵¹ Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 27), S. 39. Dort auch die folgenden Zitate.

⁵² Forschungsgemeinschaft (wie Anm. 27), S. 44.

nisvolles, geradezu mütterliches Engagement als Redakteurin.⁵³ Hinsichtlich der Beteiligung der Basis an der „Gleichheit“ gibt die „Arbeitsgemeinschaft ‘Geschichte des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau’“, die sich in ihren zweijährlich stattfindenden „Clara-Zetkin-Kolloquien“ der Person und dem Wirken der „Gleichheit“-Redakteurin und der „Gleichheit“ selbst widmete, folgende Information, die sowohl die Beteiligung der Basis an der Gestaltung der „Gleichheit“ als auch deren Rezeption durch die Basis betrifft: „Die Arbeiterinnen billigten nicht nur die Schreibweise der ‘Gleichheit’, sie arbeiteten selbst mit, die ‘Gleichheit’ zu einem kollektiven revolutionären Frauenorgan zu entwickeln.“⁵⁴

Im Gegensatz zu den meisten BRD-HistorikerInnen bescheinigen DDR-HistorikerInnen der Pädagogin Zetkin ein besonderes methodisches Gespür für Fragen, „die die Frauen besonders berührten“, für den Weg, sie von diesen Fragen zu Antworten, schließlich zur theoretischen Einsicht zu führen. Ihr sei es nicht um eine pragmatische oder abstrakte Problembehandlung gegangen, sondern um eine grundsätzliche.⁵⁵ Die „Gleichheit“ vereine in sich die Funktion eines Propagandisten und eines „kollektiven Organisations“. ⁵⁶ Ausdruck für diese Kollektivität sei eben die von westdeutschen WissenschaftlerInnen angezweifelte große Anzahl mitarbeitender Genossinnen.⁵⁷

Ein besonderer inhaltlicher Aspekt der politischen Bewusstseinsbildung durch die „Gleichheit“ betrifft ihr Literaturangebot. Es sind durchaus nicht nur LiteraturwissenschaftlerInnen, die sich mit diesem auseinandersetzen. Auch HistorikerInnen erkannten in Erzählungen und Gedichten agitatorisches, propagandistisches oder eben aufklärendes Potential. Puschnerat und Richebächer sahen in dem unlegbar „bürgerlichen“ Literatur- und Bildungskanon des Feuilletons der „Gleichheit“ lediglich bürgerliche Erziehungsziele und Bildungsinhalte reproduziert – Puschnerat nahm ihn

⁵³ Vgl. Dornemann (wie Anm. 44), S. 108. Auch einige Zeitgenossinnen, selbst wenn ihr Verhältnis zu Zetkin kein konfliktfreies gewesen war, heben ihre besonderen Fähigkeiten als Redakteurin hervor. So hatten die Revisionistinnen Henriette Fürth und Anna Bloss wie auch die Führerin der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung Minna Cauer ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu Zetkin. Vgl. Christina Klausmann: Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. / New York 1997, S. 138; Bloss (wie Anm. 7), S. 25.

⁵⁴ Arbeitsgemeinschaft „Geschichte des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ am Pädagogischen Institut Leipzig (Hrsg.): Um eine ganze Epoche voraus. 125 Jahre Kampf um die Befreiung der Frau, Leipzig 1970, S. 33.

⁵⁵ Vgl. Arbeitsgemeinschaft (wie Anm. 54), S. 44.

⁵⁶ Arbeitsgemeinschaft (wie Anm. 54), S. 46.

⁵⁷ Ebenda.

außerdem als Beleg für die bürgerliche Mentalität ihrer Redakteurin.⁵⁸ Dennoch kommen beide nicht umhin, anzuerkennen, dass die Rezeption bürgerlich klassischer Literatur durch die „Gleichheit“ keineswegs wahllos, sondern im Rahmen sozialistischer Bildung erfolgte.⁵⁹ Demnach ist der DDR-Wissenschaftlerin Heide Drust nicht zu widersprechen, wenn sie schreibt:

„Clara Zetkin strebte an, die LeserInnen mit dem literarischen Erbe bekanntzumachen, ihnen die Schätze der National- und Weltliteratur zu erschließen, sie zum kritischen und parteilichen Lesen zu erziehen, damit sie den Argumenten der Schule bei der Interpretation literarischer Texte nicht hilflos ausgeliefert waren. Sie sollten über moderne technische Erfindungen, über Entdeckungen und technische Großtaten informiert werden, durch Reisebeschreibungen das Leben der Menschen im In- und Ausland kennenlernen, über deren Sitten und Bräuche, über historische Ereignisse und traditionelle Feste, von Neujahr bis Weihnachten und selbstverständlich über die Höhepunkte im Leben der Arbeiterbewegung, informiert werden. Auch sollte über naturkundliche Themen berichtet werden.“⁶⁰

Das Problem, eine originär proletarische Bildung mittels proletarischer Kunst und Literatur populär zu machen, war kaum ohne Bezugnahme auf literarische Vorgänger möglich. Ohnehin sah sich die sozialistische Arbeiterbewegung als legitime Erbin der bürgerlichen Kultur, zumal dann, wenn es sich um bürgerliche Literaten handelte, die in ihren Werken durchaus sozialistische Ideale vertraten. Es ist eine unbestreitbar große Leistung der „Gleichheit“, eben diese herausgestellt zu haben.

Vor allem durch propagandistische Inhalte trage Literatur wie jede Art von Erziehung, so Vormschlag, zur Uniformität der Individuen in einer Kultur bei.⁶¹ Dies hänge mit den einhergehenden und unvermeidlichen Simplifizierungen und Generalisierungen zusammen, die u.a. die Form von Vorurteilen, Leitbildern, Stereotypen und Images annehmen können. Daher – das sieht Vormschlag ganz richtig – ist gerade das mit Gefühlsansprache und Bildern versehene Feuilleton ein nicht zu „unterschätzende[r]

⁵⁸ Vgl. Puschnerat (wie Anm. 5), S. 186ff. Richebächer sieht einen deutlichen Zwiespalt zwischen dem Ansinnen der „Gleichheit“, gegen bürgerliche Schundliteratur vorzugehen, indem sie deren bürgerlich-amoralischen, ja kulturzerstörerischen Inhalte aufdeckt, dann aber „alternative“ Leselisten anbietet, „bei denen es sich – man kann sagen ausnahmslos – um eine Inhaltsangabe des bürgerlichen Bücherschranks handelte“. Vgl. Richebächer (wie Anm. 30), S. 116f.

⁵⁹ Vgl. Puschnerat (wie Anm. 5), S. 187ff. und Richebächer (wie Anm. 30), S. 120ff.

⁶⁰ Heide Drust: „Eine nie versiegende Quelle der Unterhaltung und der Belehrung“ – Die Beilagen der „Gleichheit“, in: *Ariadne* 22 (1992), S. 26-30, hier S. 26.

⁶¹ Vgl. Vormschlag (wie Anm. 2), S. 84.

Faktor der Agitation und der weiblichen sozialistischen Erziehung“.⁶² Zetkin gab mit der „Gleichheit“ ein besonderes „Beispiel dafür, wie Unterhaltung und Schulung in einem sozialistischen Frauenorgan verbunden werden können“.⁶³

Die Literaturwissenschaftlerin Joan Reutershan stellt einen Vergleich der beiden deutschen Germanistiktraditionen an und kommt zu dem Ergebnis, dass Zetkins Literaturpolitik durchweg mit Beifall bedacht wurde, aber gängige Vorstellungen von Zetkin einer gerechten Beurteilung im Wege gestanden hätten:

„In der DDR Germanistik bedeutet dies, dass Clara Zetkin und die Frauenbewegung zur Stärkung der linken Richtung in der Partei beigetragen haben. Auf Konflikte zwischen Zetkin und den SPD Frauen, oder zwischen den Frauen und der Parteileitung wird nicht näher eingegangen. In der Bundesrepublik und in der amerikanischen Germanistik wird Clara Zetkin und die Geschichte der sozialistischen Frauenbewegung von den Germanisten, die sich bisher mit dem Gegenstand beschäftigt haben, ignoriert. Weil Zetkins Arbeit in der Frauenbewegung literaturkritisch nicht Rechnung getragen wurde, hat man den wichtigsten Aspekt ihrer Literaturpolitik schlicht übersehen. Als Redakteurin der ‘Gleichheit’ musste sich Zetkin 26 Jahre lang mit den Fähigkeiten der Frauen als Schriftstellerinnen und ihre Interessen als Leserinnen konkret auseinandersetzen. Die Ermutigung zum Schreiben und auch die Literaturrezeption für den Literaturteil der ‘Gleichheit’ waren Zetkins wichtigste und kontinuierlichste Literaturarbeiten. Sie stellen auch das Bindeglied zwischen Zetkins Frauenarbeit und Literaturarbeit her.“⁶⁴

Insgesamt aber muss für jegliche Rezeption der „Gleichheit“ dasselbe Problem formuliert werden, wie es Richebächer für die „Erfolge der sozialdemokratischen Aufklärungskampagnen“⁶⁵ vornimmt: Sie lassen sich kaum überprüfen, denn „Hinweise darüber, ob und wie weit die Empfehlungen in der *Gleichheit* einen Einfluß auf das Leseverhalten der Basis der proletarische Frauenbewegung gehabt haben, fehlen ganz“.

Zwar durch die deutsch-deutschen Verhältnisse und die konkurrierenden Gesellschaftssysteme in ihren Darstellungen von Einseitigkeit bedroht, bieten die Beurteilungen der „Gleichheit“ – gerade durch ihre unterschiedlichen Blickwinkel und Wertungen – eine interessante Collage. Es könnte der „Gleichheit“ sicherlich nicht

⁶² Vormschlag (wie Anm. 2), S. 109.

⁶³ Vormschlag (wie Anm. 2), S. 111.

⁶⁴ Reutershan (wie Anm. 24), S. 21.

⁶⁵ Richebächer (wie Anm. 30), S. 117. Dort auch das folgende Zitat.

gerecht werden, wenn es nur solch‘ verständnisvolle Beurteilungen wie die der Revisionistin Anna Blos gäbe:

„Bis 1916 hat Klara Zetkin die ‘Gleichheit’ redigiert, und diese sozialistische Frauenzeitung war zweifellos lange Zeit eine der besten, wenn nicht die beste Frauenzeitung in Deutschland überhaupt. Es war gewiß nicht leicht, die Zeitung auf diese Höhe zu bringen und auf ihr zu halten. Wie schwer war es nur, einen Stab von geeigneten Mitarbeiterinnen zu finden. War doch lange Zeit alle Mitarbeit an der ‘Gleichheit’ unentgeltlich, und war doch die Zahl der Frauen, die schreiben konnten, oder derer, die Interesse hatten für diese Art Zeitung, sehr gering. Immer wieder ist der Zeitung der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht populär wäre. Klara Zetkin hat sie bewußt nicht populär gehalten. Sie wollte ein Gegengewicht schaffen gegen die damals so beliebten Frauenzeitschriften, wie sie ja heute noch so gern gelesen werden.“⁶⁶

Über Geschmack und Popularität einer politischen Zeitschrift lässt sich streiten – über „Die Gleichheit“ auch.

⁶⁶ Blos (wie Anm. 7), S. 25.

Martin Bober

Hermann Henselmann

Architektur und Öffentlichkeit im sozialistischen Deutschland

I. Öffentlichkeit im totalitären Staat

Wenn im Titel dieses Aufsatzes von „Öffentlichkeit“ die Rede ist, so ist es notwendig, diesen Begriff für die DDR zunächst einmal in Frage zu stellen. Während man in demokratischen Staaten davon ausgeht, dass Öffentlichkeit einen Bereich bezeichnet, der über rein private Interessen hinausgeht, Transparenz in gesellschaftlich relevante Angelegenheiten bringt und schließlich eine wichtige Voraussetzung für die Kontrolle politischer Macht darstellt, traf diese Definition im ostdeutschen Ein-Parteien-Staat nicht zu. Grundsätzlich sind totalitär geführte Staaten nicht daran interessiert, öffentliche Angelegenheiten transparent zu diskutieren, weil in derartigen Diskussionen grundsätzlich das Potenzial zur kritischen Hinterfragung des Führungsanspruchs der herrschenden politischen Elite liegt. So ist es auch kein Wunder, dass der Begriff „Öffentlichkeit“ in der politischen Terminologie der DDR gänzlich gefehlt hat¹ – ein Hinweis auf das tiefe Misstrauen der Machthaber gegenüber der eigenen Bevölkerung. Dennoch gab es in den gleichgeschalteten Medien den Anschein öffentlicher Diskussionen, die aber gelenkt, nicht plural verliefen und ihrem Wesen nach nicht der Kontrolle politischer Macht, sondern deren Stärkung dienten.

Eng mit dem Begriff der Öffentlichkeit verbunden ist die Frage nach den Intellektuellen, die öffentliche Diskussionen anregen und führen. Die Sozialfigur des Intellektuellen ist im Wesentlichen durch drei Aspekte klassifizierbar: Erstens besitzen Intellektuelle in einer Demokratie relative geistige Freiheit; das bedeutet, dass die Positionen der Intellektuellen nicht oder kaum durch Partei-, Wirtschafts- oder sonstige Machtinteressen determiniert werden. Zweitens haben Intellektuelle einen Deutungsanspruch, ohne dabei missionieren zu wollen, aber durchaus mit dem Ziel, öffentliche Debatten zu initiieren. Schließlich zeichnet sich „der Intellektuelle“ durch

¹ Stellvertretend sei hier genannt: Peter Christian Ludz / Johannes Kuppe: DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 2. Auflage, Köln 1979.

eine politische, moralische, soziale oder philosophische Haltung aus. Im Wortschatz der DDR, wo alle drei Momente nicht oder nicht in Gänze vorhanden waren, fehlte der Terminus „Intellektueller“. Stattdessen wurde von der „Intelligenz“ gesprochen. Zu dieser Gruppe geistiger Arbeiter zählten Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Ingenieure, Künstler, Schriftsteller und eben auch Architekten. Ganz im Gegensatz zu den Intellektuellen in demokratisch verfassten Staaten verhielt sich die Intelligenz in der DDR unbedingt systemkonform. Die Frage, ob es dennoch möglich war, als „geistiger Arbeiter“ in der DDR Positionen zu behaupten, die neben Anpassung auch Abweichung und Provokation zum Ausdruck brachten, steht im Mittelpunkt dieses Beitrages. Sie soll anhand der Vita des Architekten Hermann Henselmann untersucht werden, der sich „[n]eben seiner Bautätigkeit (...) seit der Gründung der DDR in zahlreichen Schriften und Stellungnahmen bis ins hohe Alter hinein über architektonische wie politische Themen [geäußert hat].“²

II. Der intellektuelle Architekt in der DDR ?

Hermann Henselmann (1905-1995) war der bedeutendste und zugleich der umstrittenste Architekt der DDR. Mit seiner Fähigkeit, stets neue Ansätze zu entwickeln, hat er dem Sozialismus in der DDR, dem er sich verpflichtet fühlte, bauliches Profil verliehen. Dabei warfen ihm seine Kritiker eine so genannte Wendehals-Mentalität vor: War Henselmann beim Bau der Villa Kenwin in der Schweiz Anfang der dreißiger Jahre ganz der klassischen Moderne eines Le Corbusier verpflichtet, so brach er damit bei dem Bau des Hauses an der Weberwiese in Ost-Berlin, das in dem von der Partei geforderten sozialistischem Realismus umgesetzt wurde. Für solche Zäsuren ließen sich in Henselmanns Biographie noch zahlreiche weitere Beispiele finden. Entscheidend geprägt wurde Henselmann durch die deutsche Moderne und das Bauhaus der zwanziger Jahre, zu deren Charakteristika und Leistungen es gehörte, die HALTUNG der Architekten ins Zentrum gerückt zu haben. Zugleich zielte diese Moderne darauf ab, die gewonnene Haltung in eine Formsprache zu übersetzen, um auf diese Weise die Gesellschaft zu verändern. Formfragen wurden

² Architekten-Porträt Hermann Henselmann: http://www.architekten-portrait.de/hermann_henselmann/ (18.4.2008). Hier auch die übrigen Informationen zur Vita.

in diesem Verständnis zu Fragen der Zukunftsgestaltung. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg stand dabei naturgemäß die Bewältigung der Vergangenheit im Vordergrund. Rückblickend schrieb Henselmann im Jahre 1980:

„Worin bestand die besondere Faszination dieser Arbeit der ersten Jahre? (...) Sie bestand darin, daß jede einzelne Aufgabe den Anfang von etwas Neuem und gleichzeitig die Bewältigung des Vergangenen darstellte. Ganz im Sinne des Dichterwortes: ‚Indem er baut, erschafft der Mensch sich selbst.‘“³

Wem diese Position vertraut ist, dem erscheinen die offenkundigen Zäsuren in Henselmanns architektonischem Werk gar nicht bemerkenswert, sind es doch lediglich Anpassungen – gelegentlich auch Zugeständnisse – im Stil, nicht in der beinahe transzendentalen Haltung: „Ich begriff [um 1925, MB], daß ein Architekt – im Gegensatz zu einem Häuserbauer, der oft gleichzeitig ein Bauunternehmer war – etwas schaffen müsse, das über dessen Tätigkeit hinausweise.“⁴

Wenn wir uns Henselmann nähern, ist die Dialektik von Inhalt und Form stets zu berücksichtigen, um nicht in eine fehlgeleitete und zu kurz gegriffene Stilkritik zu verfallen. Geboren als Sohn eines Holzbildhauers im Harz, absolvierte Henselmann zunächst eine Tischlerlehre, anschließend ein Studium an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Berlin. Nebenbei arbeitete er als Zeichner für Architekten und fand eine erste Anstellung bei Arnold Bruhns, dem er beim Bau des Kieler Gewerkschaftshauses zur Seite stand. Ende der zwanziger Jahre war er im Büro von Leo Nachtlicht tätig, der als einer der progressivsten Berliner Architekten galt, bevor er sich 1930 selbständig machte. Nach Konflikten mit dem NS-Regime musste er seine eigenständige Tätigkeit aufgeben und erneut als angestellter Architekt arbeiten. Das Kriegsende erlebte Henselmann mit seiner Familie in Gotha, wo er sich an der Gründung eines antifaschistischen Komitees beteiligte. Bereits im Juni 1945 wurde er im sowjetisch besetzten Thüringen als Direktor an die Hochschule für Baukunst und Bildende Künste in Weimar berufen, dem Geburtsort des Bauhauses von 1919. In einem biographischen Rückblick von 1981 beschrieb Henselmann seine politische Position in den vierziger und fünfziger Jahren folgendermaßen: „Wirklichkeitsveränderung hieß für

³ Hermann Henselmann: Neubeginn in Weimar, in: Wochenpost 5 (1980), S.14, Archiv der Akademie der Künste (AdAdK) 120-01-562.

⁴ Hermann Henselmann: Drei Reisen nach Berlin, Berlin (Ost) 1981, S. 70.

mich Gestaltveränderung, und folglich war ich für alles Linke, natürlich war ich für die Kommunisten, weil sie am Entschiedensten verändern und nicht nur reformieren wollten.“⁵ Knapp drei Jahre zuvor, 1978, hatte er den sozialmoralischen Impetus seines künstlerischen Schaffens schon einmal beschrieben. In einem Aufsatz mit dem Titel „Verantwortlichkeit und künstlerisches Schaffen“ bezeichnete er die Architektur als einen „Bestandteil des Heimatbildes.“ In einer Zeit, in der solche Überlegungen in der DDR kaum eine Rolle spielten, erklärte er, dass die enorme Verantwortung des Architekten in der Tatsache begründet sei, dass die Gestaltung des Raumes sowohl Heimat schaffen wie auch Heimat zerstören könne. Architektur bedeute „ein Stück Gestaltung des Menschen selbst auf dem Wege zur höheren Daseinsform“⁶. Zum Verhältnis zwischen Architektur und Politik formulierte er: „Die Baukunst hat natürlich einen tiefen weltanschaulichen Gehalt, aber keinen politischen. Sie kann sich ja nicht direkt kritisch äußern z.B. gegen die Bürokratisierung, indem sie die Büros unauffindbar macht usw.“⁷

Tatsächlich finden sich in Henselmans Biographie zahlreiche Hinweise, die belegen, wie oft seine persönliche Weltanschauung mit der politischen kollidiert war. Am deutlichsten wurde dieser Konflikt in der so genannten Formalismus-Debatte Anfang der fünfziger Jahre ausgetragen, die im Rahmen dieses Beitrages näher erläutert wird. Im Übrigen liegt der Fokus auf Henselmans schriftstellerischer Tätigkeit, die einen gesellschaftlichen Deutungsanspruch vermittelt, der weit über reine Architektur-Fragen hinausgeht.

III. Henselmann als baukünstlerischer Erfüllungsgehilfe des SED-Staates?

„Die Nähe zur Macht ist in jedem System, mehr oder weniger, Existenzvoraussetzung und Verführung zugleich.“⁸ Diese Worte schrieb Henselmann im Jahre 1991 – nach dem Fall der Mauer, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Untergang jenes Systems, in dem er Karriere gemacht hatte. Sein Verhältnis zum sozialistischen Staat wirft die Frage nach seinem Machtbewusstsein in vielerlei Hin-

⁵ Henselmann (wie Anm. 4), S. 56.

⁶ Hermann Henselmann: Verantwortlichkeit und künstlerisches Schaffen: Von der Verantwortung des Architekten, in: Ders.: Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte, Berlin (Ost) 1978, S. 165.

⁷ Hermann Henselmann an Fritz Weber, Berlin 16.6.1991, AdAdK 120-01-404.

⁸ Bund Deutscher Architekten Berlin (BDA) an Hermann Henselmann, 4.11.91, AdAdK 120-01-250.

sicht auf. Nachdem die Weimarer Hochschule für Baukunst und Bildende Künste im August 1946 eröffnet worden war und mit einem von Henselmann erarbeiteten Konzept, das in der Tradition des Bauhauses stand, den Lehrbetrieb aufgenommen hatte, bekleidete Henselmann als Direktor einen Posten, der im Laufe der kommenden Jahre zunehmend staatlicher Kontrolle unterliegen sollte. Seine Reputation als Architekt einerseits und sein Beitritt zur KPD andererseits hatten ihn für diesen Posten prädestiniert. Als „begeisterter Vertreter“ der modernen Architektur war Henselmann eigener Darstellung zufolge schon früh „zu einer grundsätzlichen gegnerischen Auffassung zum Faschismus“ gelangt, die allerdings nicht von vornherein „von einer marxistischen Weltanschauung getragen wurde.“⁹ Nun aber forderte er als Marxist – ganz im Sinne des historischen Materialismus – eine Hochschule, die den „Bewegungen und Wechselwirkungen der Kräfte“ zu entsprechen habe. Entgegen der „Isolierungstendenz der bürgerlichen Kunst“ solle die Einschaltung der Architektur in den „antifaschistischen Massenkampf“¹⁰ geschehen. In seinen, hier nur holzschnittartig belegten Positionen ging Henselmann mit seiner Partei, der KPD, konform. Henselmanns Frage nach der Verantwortlichkeit des Künstlers in der (sozialistischen) Gesellschaft gründet nach Ansicht des Verfassers nicht auf Opportunismus, sondern auf echtem Idealismus und zieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben. Diese Haltung schlägt sich auch konsequent im Programm der Hochschule wieder, wenn Henselmann sagt:

„Die Anerkennung des Grundsatzes, daß es möglich ist, die menschliche Gesellschaft zu einer ungebrochenen Ganzheit zu vereinigen, bedeutet die Ablehnung, eine Einzelaufgabe nur als solche hinzunehmen. Es bedeutet die Verantwortung des schöpferischen Menschen gegenüber der Gesamtheit, die Anerkennung, jede Einzelaufgabe als Teil eines Gesamten aufzufassen und in diesem Gesamten jeden Teil unterzuordnen.“¹¹

Der Konflikt mit dem Staat begann mit dem Umschwenken der Partei nach dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED im April 1946. Dabei ist Henselmanns

⁹ Hermann Henselmann: Meine antifaschistischen Aktivitäten aus meinem Lebenslauf im Zeitraum bis 1945, o. O., 01.03.1982, AdAdK, 120-01-204. Dort auch das folgende Zitat.

¹⁰ Hermann Henselmann: Reorganisationsplan für die Staatliche Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar, 18.8.1945, ABU I/01/777.

¹¹ Hermann Henselmann: Idee und Aufbau der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Künste Weimar, AdBUW, I/01/920.

nachträgliche Einschätzung vollkommen richtig, wonach folgender „Fehler“ für das Scheitern seiner Hochschulpläne verantwortlich gewesen sei: „Ihre Basis war die antifaschistische Demokratie.“¹² Nun wuchs, parallel zur fortschreitenden Zentralisierung durch die SED, der Druck auf den Direktor. Freiheiten in der künstlerischen Ausbildung an der Hochschule wurden radikal beschnitten, der ganzheitliche Anspruch der Integration aller Künste zurückgenommen. Während Henselmann zu Beginn seiner Tätigkeit als Direktor in seinem Reorganisationsplan davon ausgegangen war, dass die „Hochschule wieder auf den Charakter eines Bauhauses abgestellt“ werde, blieben am Ende mit Hanns Hoffmann-Lederer und Peter Keler lediglich zwei Bauhäusler übrig, die in ihren Kursen Fragmente der Bauhaus-Pädagogik vermittelten. Zu diesem Zeitpunkt, sechs Jahre vor dem Beginn der Formalismusdebatte, galt für die linken Künstler, zu denen Henselmann unbenommen zählte, weiterhin „die einfache Formel: Modern ist gleich revolutionär“¹³. Seinen Machtverlust an der Hochschule beschrieb er rückblickend:

„Kurz gesagt: mir gegenüber erschien plötzlich und unerwartet der ideologisch bewaffnete Feind. Dieses Mal stalinistischer Prägung. Doch im Umgang mit Feinden hatte ich während der Nazizeit das Hakenschlagen vor dem Gefressenwerden gelernt. Mein einfaches Rezept bestand darin, niemals den Feind wissen zu lassen, daß er mein Feind ist. Ich ging auf die Beschuldigungen nicht ein und erklärte mich [bereit,] die Hochschule zu verlassen.“¹⁴

Im Sommer 1950 wechselte Henselmann als Leiter der Abteilung Nr. 3 „Arbeitsstätten“ an das Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin. 1951 übernahm er die Leitung der Meisterwerkstatt I und wurde zusammen mit den Kollegen Hans Hopp und Richard Paulick verantwortlich für die Entwürfe für die Bebauung der Stalinallee in der Hauptstadt der DDR. Dies war der Anlass für eine große Kontroverse des Architekten mit den politischen Instanzen im SED-Staat.

Auf dem III. Parteitag der SED vom 20. bis 24. Juli 1950 war die Forderung aufgestellt worden, einen radikalen Umschwung auf allen Gebieten des kulturellen

¹² Hermann Henselmann: Gebaute Gegenwart und geschaute Zukunft. Der Lebenslauf und Lebenswandel eines deutschen Architekten im letzten Jahrhundert des zweiten Jahrtausends, o.O. undatiert, AdAdK, 120-01-250, S. 8.

¹³ Henselmann (wie Anm. 4), S. 64.

¹⁴ Henselmann (wie Anm. 4), S. 13.

Lebens herbeizuführen. Die Architekten sollten sich nicht länger am Vorbild Amerika und England orientieren. Stattdessen gab nun der als fortschrittlich geltende sowjetische Städtebau die Marschroute für die Bauästhetik der DDR vor. „Die schöne deutsche Stadt“, so lautet fortan das Ideal im Bauwesen, aufgestellt von dem Minister für Aufbau Lothar Bolz nach dessen Studienreise in die UdSSR, die vom 3. bis zum 6. Mai 1950 unter Teilnahme Henselmans stattfand und der Vorbereitung des III. Parteitages galt. Deutsche Städtebauer waren aufgerufen, die aus den Erfahrungen des sowjetischen Städtebaus gewonnenen Erkenntnisse auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden.¹⁵ Faktisch war damit der Grundstein für den sozialistischen Realismus in der Architektur gelegt; ein halbes Jahr später begann die eigentliche „Imagekampagne“ für den sozialistischen Realismus, angestoßen durch einen Artikel in der „Täglichen Rundschau“, dem ostdeutschen Pendant zur „Amerikanischen Rundschau“ in den Westsektoren. Er markierte den Beginn des breit angelegten Feldzuges gegen die moderne Kunst, Architektur und das Bauhaus. Der Autor, der unter dem Pseudonym N. Orlow publizierte, ließ dabei keinen Zweifel daran, worum es bei der Durchsetzung einer zeitgemäßen Kunst seiner Ansicht nachging: „Seinem Wesen nach ist es ein Kampf der demokratischen und der antidemokratischen Richtung in der Kunst.“¹⁶

Dieser allgemeine Angriff auf die gesamte Moderne wurde für die Architektur konkret, als es an die Planung der Stalinallee – „Prunkstraße des Sozialismus“ – ging. Henselmann war mit dem ersten Gebäude im Stile des sozialistischen Realismus, dem Hochhaus an der Weberwiese, betraut und wurde zum prominenten Opfer der Kampagne. An ihm wurde die Macht und Lenkung der Architektur durch die Partei deutlich: Weil Henselmann zu den kompetentesten Architekten der DDR gehörte und zudem Parteigenosse war, hatte er für den Staat eine unverzichtbare Stellung eingenommen. Doch obwohl er im Sinne des Regimes eine „beispielhafte Haltung“ an den Tag legte und sich letztlich in die von Staatsseite vorgegebene Form pressen ließ, war er zunächst nicht so leicht von den geforderten repräsentativen Monumentalbauten zu überzeugen. Als einstiger leidenschaftlicher Anhänger des Neuen Bauens sah er sich außer Stande, die Baukunst der zwanziger Jahre zu verurteilen und sich auf die allzu

¹⁵ Vgl. Lothar Bolz: Vom deutschen Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin (Ost) 1951, S. 32.

¹⁶ N. Orlow: Wege und Irrwege der modernen Kunst, in: Tägliche Rundschau, 20.1.1951, S. 4.

pauschale Kunst- und Architekturbewertung der SED einzulassen. Bereits in einer programmatischen Schrift aus dem Jahre 1950 hatte er unter dem Titel „Formalismus oder Realismus“¹⁷ zur Architekturdiskussion Stellung genommen. Darin definierte er Formalismus als einen Gesamtorganismus, in dem die Künste sowie die Architektur lediglich Teile seien: „Unter Formalismus verstehen wir eine Verhaltensweise im geistigen Prozeß.“¹⁸ Nach diesem Maßstab könne auch ein politisches Verhalten formalistisch sein. Formalismus beschreibt für Henselmann einen „in sich abgeschlossenen Vorgang mit eigenen Gesetzmäßigkeiten“, der die „Entwicklung der Kunst lediglich als Problem der Formerneuerung“ ansieht. Der Vorwurf Henselmanns richtet sich somit gegen die fehlende Bezugnahme der Kunst auf die realen Verhältnisse. Im Gegensatz dazu sei der Realismus als eine „künstlerische Verhaltensweise (...) zu begreifen, die durch ihr reales Verhalten zur Wirklichkeit erkennbar wird!“¹⁹

Henselmann sah das Neue Bauen nicht in der formalistischen Kategorie, wenn es gelinge, „die Arbeitsstätten durch Fabrikbauten so zu gestalten, daß den arbeitenden Menschen bessere Bedingungen geschaffen“ würden. Darüber hinaus habe moderne Architektur Siedlungen geschaffen, „die ahnen ließen, welche Mittel und Möglichkeiten der Mensch für sein Leben gewinnen könnte, wenn er eine auf Frieden und Freiheit gegründete gesellschaftliche Ordnung entwickeln kann.“ Das moderne Bauen der zwanziger Jahre wurde von Henselmann gewissermaßen als die bauliche Verwirklichung einer sozialen Utopie verstanden, die allerdings den damals herrschenden politischen Verhältnissen diametral gegenüber gestanden habe. Wegen dieser schlechten Ausgangslage sei es in der Folgezeit zu einer Verkümmern der „dieser Bewegung zugrunde liegenden sozialen Impulse“ gekommen, und erst in der Weiterentwicklung sei diese Architektur formalistisch geworden. Er fügte hinzu: „Es muß festgehalten werden, daß beim Formalismus nicht die formalen Mittel entscheidend sind, sondern ihre Überbewertung.“²⁰ Nicht ohne Widerstand wollte sich Henselmann zu diesem Zeitpunkt der offiziellen Parteimeinung unterwerfen.

¹⁷ Hermann Henselmann: Formalismus oder Realismus (Aug./Sept.1950), zitiert nach: Andreas Schätzke: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945–1955, Braunschweig 1991, S.127-130.

¹⁸ Henselmann (wie Anm. 17), S. 128. Dort auch die folgenden Zitate.

¹⁹ Henselmann (wie Anm. 17), S. 129. Dort auch die folgenden Zitate.

²⁰ Henselmann (wie Anm. 17), S. 130.

Stattdessen unternahm er den Versuch, eine Erweiterung des engen Denkkonstruktes der Stalinisten zu erwirken. Tatsächlich wird ihm die Hoffnungslosigkeit seiner Unternehmung klar gewesen sein. So hat er durch seine Position die „Diskussion“ zwar bereichert, allerdings ohne dass es irgendeinen Widerhall gefunden hätte. Dass eine echte demokratische Diskussion im Sinne eines Austauschs von Argumenten nicht möglich war, hing mit der eingangs erwähnten nicht vorhandenen „echten Öffentlichkeit“ des Systems zusammen.

Im „Neuen Deutschland“ (ND) wurde der Fall Henselmann als Präzedenzfall in „ästhetischer Umerziehung“ vorgeführt. Schon seit der Gründung der DDR galt Henselmann als einer der prominentesten Vertreter und Anhänger des Neuen Bauens. Am seinem Beispiel wurde die Denunziation und anschließende Läuterung eines Architekten aufgezeigt. Sein erstes Konzept für die Bebauung der Weberwiese, dem ersten an der Repräsentationsachse Stalinallee, war eindeutig der funktionalen Formensprache des Neuen Bauens verschrieben und fiel bei den verantwortlichen Parteifunktionären und nicht zuletzt bei Walter Ulbricht durch. Die Weberwiese wurde zum Stein des Anstoßes und markierte einen Höhepunkt in der gelenkten öffentlichen Auseinandersetzung um das moderne Bauen. Der Angriff des „Neuen Deutschland“ auf Hermann Henselmann fand ein halbes Jahr nach dem Beginn der „öffentlichen“ Formalismus-Debatte durch den Orlow-Artikel statt. Offenkundig ging es dabei um die Frage, wie das ostdeutsche Prestige-Objekt Stalinallee zu gestalten sei. Henselmann, zu diesem Zeitpunkt Leiter der neu gegründeten Bauakademie der DDR, war noch nicht von seiner funktionalistischen Grundhaltung abgerückt. Deshalb schrieb der ND-Mitarbeiter Rudolf Herrstadt einen Artikel mit der Überschrift „Über den Baustil, den politischen Stil und den Genossen Henselmann“²¹, der eine Aussprache der Landesleitung der SED Groß-Berlin über den geplanten Ausbau vom 25. Juli 1951 wieder gab. Hier hätten die Architekten „Henselmann, Paulick usw.“ die „Heimstättenhäuser [vorgeschlagen], wie sie in den vergangenen Jahrzehnten in allen kapitalistischen Ländern zu Tausenden und Zehntausenden gebaut wurden.“ Auf den Vorschlag folgte Herrstadts Pauschalkritik: „Alles an diesen Häusern ist billig: ein architektonischer Gedanke liegt ihnen nicht zugrunde. (...) Häuser solchen Stils sind

²¹ Rudolf Herrstadt: Über den Baustil, den politischen Stil und den Genossen Henselmann, in: ND, 29.7.1951, S. 3. Dort auch die folgenden Zitate.

die natürlichen Produkte der Profitgier und der Menschenverachtung des sterbenden Kapitalismus.“ Henselmans funktionalistischer Vorschlag zur Bebauung der Weberwiese sei für die Chefredaktion des ND besonders verwunderlich, weil das Politbüro der SED bereits auf die „Rückschrittlichkeit des sogenannten Bauhausstils“ hingewiesen habe.

In der erwähnten Besprechung in der Parteizentrale der SED war Henselmann eine Frist von acht (!) Tagen gewährt worden, anstelle seiner „Eierkisten“ einen Entwurf im Sinne des sozialistischen Realismus vorzulegen. ND-Mitarbeiter Herrstadt hatte gut gemeinte Ratschläge parat:

„Was tut statt dessen ein Künstler, der den Anschluß verlor, aber wahrhaft fortschrittlich ist? Er zieht sich zurück, sagt im stillen an die Adresse seiner Kritiker: diesen Leuten werde ich zeigen, was eine Harke ist, arbeitet aus allen Kräften (politisch und fachlich), stellt den Anschluß her und tritt schließlich mit Werken von solcher Schönheit und Kraft hervor, daß sie den Kritikern von gestern den Atem verschlagen. In diesem Sinne, Genosse Henselmann.“

Zwei Tage nach Ablauf des vom Zentralkomitee gestellten Ultimatums erschien ein Bericht über die neuen, „sozialistischen“ Entwürfe. Demnach hat Henselmann den kurzen Zeitraum von acht Tagen nicht einmal ausgeschöpft, sondern die Neuplanung bereits nach fünf Tagen abgegeben. Alle Entwürfe, heißt es in dem Bericht, auch die von Hans Hopp und dem Bauhüusler Richard Paulick, seien „im Prinzip annehmbar“, wobei der reifste von Henselmann stamme.²² Höhnisch kommentierte Herrstadt, dass die Redaktion des „Neuen Deutschland“ Henselmann dazu gratuliere, „über Kritik nicht beleidigt zu sein, sondern die Konsequenzen zu ziehen, die Sache der Partei vorwärts zu bringen – jawohl das ist das richtige Verhalten.“

Unter politischem Druck wurde auf diese Weise einer der bedeutendsten Architekten der DDR auf real-sozialistischen Kurs gebracht und zugleich ein Exempel architekturpolitischer Gleichschaltung statuiert. Die Architektur-Diskussion flaute in der Folgezeit langsam ab. Mit der Zurücknahme seiner bisherigen Haltung „beendete [Henselmann] damit die Diskussion um Formalismus und Realismus in der Architektur“.²³ Ab September des Jahres 1951 wurde Henselmans Entwurf für die

²² Rudolf Herrstadt: Unsere Architekten antworten, in: ND, 3.8.1951, S. 4. Dort auch das folgende Zitat.

²³ Thomas Hoscislowski: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991, S. 63.

Weberwiese als erstes Gebäude der Stalinallee baulich umgesetzt. Die Stalinallee erlangte nur knapp zwei Jahre später internationale Berühmtheit: als Ausgangspunkt der Revolte vom 17. Juni 1953. Im gleichen Jahr wurde Henselmann zum „Chefarchitekten von Groß-Berlin“ ernannt. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1972 war er Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur und Leiter der Experimentalwerkstatt. – Hermann Henselmann hatte im Hinblick auf das Verhältnis zur Partei das Modell „von Fürstendienst und Fürstenstaat“ im Hinterkopf. Dieses bürgerliche Modell des Künstler-Architekten ließ sich jedoch nicht mit den real-sozialistischen Bedingungen der kollektiven Arbeit verbinden.²⁴

IV. Henselmann nach der Wende

Wenn es im vorherigen Abschnitt um Henselmans Position in einer Gesellschaft ohne echte Öffentlichkeit ging, so soll im Folgenden aufgezeigt werden, wie der Stararchitekt auch im fortgeschrittenen Lebensalter – er erlebte die so genannte Wende im Alter von 84 Jahren – durchaus streitbar und visionär in die Zukunft blickte. Ganz konkret nahm er beispielsweise zur Reformierung der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar Stellung, die sich Mitte der 90er Jahre in Bauhaus-Universität umbenannte. Aus diesem Anlass beschrieb er in großen Zügen die Geschichte der Hochschule, deren erneuter Aufbau „natürlicher Weise das Interesse Europas“ auf sich ziehe: „Der Ort Weimar war an der Wende vom 18. und 19. Jahrhundert für die geistige Kultur Deutschlands indikativ.“²⁵ An die Adresse des Rektors der Hochschule Gerd Zimmermann gewandt, erklärte er:

„Sie haben die sehr schwierige Aufgabe der Entkalkung der vorhandenen Institution zu leisten und zu ihrer Erneuerung beizutragen. Das kann nur geleistet werden, wenn man davon ausgeht, daß wir am Beginn eines neuen Zeitalters leben. In ihm entsteht eine neue Beziehung kosmischen Geschehens, eine notwendige erweiterte Beziehung und Veränderung der Kommunikationsbeziehungen der Menschen untereinander und dessen, was wir als Arbeit bezeichnen.“

²⁴ Vgl. Bruno Flierl: Hermann Henselmann – Bauen und mit Bildern antworten, in: Günter Feist u.a. (Hrsg.): Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990: Aufsätze – Berichte – Materialien, Köln 1996, S. 386-412.

²⁵ Hermann Henselmann an Gerd Zimmermann, Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) Weimar, 14.02.1993, AdAdK 120-01-303. Dort auch das folgende Zitat.

Dennoch: Henselmanns Reputation als Bindeglied zwischen der DDR- und der Westarchitektur hat sich nach der Wende verloren, war wohl auch obsolet geworden. 1991 diskutierte der Bund Deutscher Architekten Berlin die Frage einer Ehrenmitgliedschaft Henselmanns, die ihm schließlich verwehrt wurde, da „[d]ie Aufarbeitung der Architektur der DDR, ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe, (...) eines solchen symbolischen Aktes nicht [nicht bedürfe], sondern (...) auf andere Weise geführt werden [müsse].“²⁶ Mit historischem Abstand kann heute festgehalten werden, dass es sich bei dieser Entscheidung um einen Fehler handelte. Es hätte sehr wohl eines symbolischen Aktes wie Henselmanns Ernennung bedurft, um ein öffentliches Bewusstsein für die spezifischen Bedingungen der ostdeutschen Architektur-Wirklichkeit zu schaffen. Zu diesem Zweck wäre Henselmann ein Exempel für einen streitbaren Architekten der DDR gewesen. Eine öffentliche Diskussion seiner Positionen hätte Antworten auf die Frage liefern können, welche Einflussmöglichkeiten der nonkonforme Architekt im deutschen Staatssozialismus hatte.

Am Ende seines langen Lebens schrieb Henselmann an einem Buch mit der Titel „Die Ermordung einer Utopie“, das nicht mehr fertig gestellt wurde: „Ich selbst schreibe jetzt an einem Buch, das den Titel trägt `Die Ermordung einer Utopie`, und habe mir zur Aufgabe gestellt, die drei Wenden zu schildern, die ich in meinem langen Dasein erlebte.“²⁷ Das Manuskript erinnert in manchen Positionen an Fukuyamas These vom Ende der Geschichte²⁸, wonach durch das Wegbrechen des Sozialismus die liberale Demokratie aus dem Widerstreit der Systeme als Sieger hervorgehe und damit eben das Ende der Geschichte erreicht sei. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass sowohl Fukuyamas wie auch Henselmanns Analysen die Befindlichkeit und das weltpolitische Machtvakuum der frühen neunziger Jahre spiegelten.

V. Erkenntnisse

Henselmann war ein rhetorischer Meister, der das „Hakenschlagen vor dem Gefressenwerden“ – wie er seine eigene Überlebensstrategie nannte – argumentativ perfekt beherrscht hat. Gleichwohl ist der Vorwurf, er habe in seinem Leben ohne

²⁶ Bund Deutscher Architekten Berlin (BDA) an Hermann Henselmann, 19.7.91, AdAdK, 120-01-250.

²⁷ Hermann Henselmann an Thilo Hilpert, o.O. (Berlin) 13. 09.1991, AdAdK, 120-01-298.

²⁸ Vgl. Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, München 1992.

Leitbilder gehandelt und sich ausschließlich den Machthabern angeeignet, nicht aufrecht zu erhalten: Henselmann bewegte sich stets an den Schnittpunkten von Selbstdarstellung, Provokation und einer für den Machterhalt notwendigen Anpassung. Betrachtet man sein Leben aus der Perspektive des architektonischen Stils (Morphologie), erscheint es als eine mehr oder minder zusammenhanglose Abfolge verschiedener Phasen. Diese Sichtweise greift aber zu kurz, denn seine Entwürfe zeichnen sich gerade nicht durch den formalen Aspekt der von ihm entworfenen Gebäude aus, sondern durch eine Haltung, die sich über weite Strecken mit der Frage nach der gesellschaftlichen „Verantwortung des Architekten“²⁹ befasst hat.

Hermann Henselmann hat die gesamten vier Jahrzehnte DDR als Architekt gestaltend miterlebt; anhand seiner Vita wird die Entwicklung der DDR-Architektur exemplarisch deutlich. Auf diese Weise wurde er geradezu zum Prototyp des Architekten in der DDR. Als hoher Architektur-Funktionär versuchte er, die Architekturtheorie voranzutreiben: ein aktiver Kritiker des Systems, dem er selber angehörte. Seine fundamentale Kritik wurzelte in dem Mangel an geistiger Freiheit und Beweglichkeit in der DDR: „Meine spezielle Aufsässigkeit wurde geduldet, so wie die einzelner in anderen künstlerischen Richtungen von Brecht bis Heiner Müller u.s.w. Eine Art Alibifunktion. Wir konnten zwar einiges, aber nicht viel verändern.“³⁰ Da in der DDR ausschließlich eine gelenkte Öffentlichkeit vorhanden war, gab es für den intellektuellen Architekten Hermann Henselmann kaum eine Plattform, um seine Positionen zu skizzieren und in eine echte, frei von politischer Gängelung geführte Diskussion einzutreten. So bleibt als Fazit: In Haltung und Selbstverständnis war dieser große deutsche Architekt ein Intellektueller, in der Frage der gesellschaftlichen Wirkung konnte er es per Definition in der DDR nicht sein.

²⁹ Hermann Henselmann: Gedanken – Ideen – Bauten – Projekte, Berlin (Ost) 1978, S. 165.

³⁰ Hermann Henselmann: Einige Randbemerkungen zu den gegenwärtigen Umgestaltungsproblemen innerhalb der bestehenden architektonischen Substanz, o.O., undatiert, AdAdK 120-01-705, S. 2.

Teil 5:

Geschichte und Gesellschaft im öffentlichen Diskurs

Gerhard Henke-Bockschatz

Der Nachbau des Berliner Schlosses

Ein Lehrstück über den öffentlichen Umgang mit Geschichte

I.

Die Konkurrenz der unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen setzt sich in demokratischen Gesellschaften permanent fort in Auseinandersetzungen um die Deutung der Vergangenheit, also um die Frage, an welche früheren Ereignisse, Verhältnisse und Personen auf welche Art öffentlich erinnert werden soll. Mögen auch Geschichtswissenschaftler an solchen Diskussionen beteiligt sein, so handelt es sich in erster Linie doch nicht um akademische Dispute. Vielmehr ist der Kampf um das öffentliche Erinnern und Gedenken einer der Schauplätze, auf denen die Bürger und Politiker selber um die kulturelle Hegemonie über die Gesellschaft, um die Definitionsmacht über ihr Selbstverständnis ringen. Wer vorschlägt, ein Denkmal zu errichten oder zu entfernen, ein Museum zu eröffnen, einen Straßennamen zu ändern etc., beansprucht für das, woran damit im öffentlichen Raum und eventuell finanziert durch öffentliche Mittel erinnert werden soll, allgemeinen Respekt in der Gesellschaft. Er will bzw. muss es deshalb auch hinnehmen, dass sein Vorschlag von anderen auf seine Verträglichkeit mit deren historisch gewendetem Gesellschaftsverständnis überprüft wird. Dies antizipierend geben sich geschichtskulturelle Vorstöße einerseits von Beginn die Form, die Wichtigkeit oder gar Unverzichtbarkeit der gewünschten Erinnerung für das gesamte Gemeinwesen zu betonen. Andererseits setzt häufig ein Prozess der Modifikation der ursprünglich vorgesehenen Art und Form der Erinnerung ein, ein Prozess, durch den Einwänden von Kritikern und Gegnern des Projektes begegnet und sie zur Zustimmung oder zumindest zur Duldung gebracht werden sollen. Die seit nunmehr gut fünfzehn Jahre geführte Diskussion um den Nachbau¹ des Berliner Schlosses ist hierfür ein gutes Beispiel.²

¹ In diesem Beitrag wird das Projekt um das Berliner Schloss mit dem Begriff „Nachbau“ bezeichnet. Es wird vermieden, von „Rekonstruktion“ oder von „Wiederaufbau“ zu sprechen, weil die materiellen und

II.

„Berlin wird sein Schloss wiederbekommen.“ Das steht spätestens seit dem 4. Juli 2002 fest, dem Tag, an dem der Deutsche Bundestag auf der Grundlage des Gutachtens einer Internationalen Expertenkommission zur weiteren Gestaltung des Stadtzentrums mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit quer durch die Fraktionen beschloss, den aus der Zeit der DDR stammenden „Palast der Republik“ in der Mitte der Stadt abreißen und das im Zweiten Weltkrieg zerstörte und 1951 endgültig beseitigte Schloss genau an der Stelle wiederaufbauen zu lassen, an der es ehemals gestanden hatte. Im Zuge der Diskussion um dieses Projekt hat sich unter der Bezeichnung „Humboldt-Forum“ allmählich die Idee durchgesetzt, das nachgebaute Schloss hauptsächlich als kulturelles Zentrum der Begegnung mit außereuropäischen Kulturen zu nutzen, u.a. durch den Umzug der Dahlemer Museen für außereuropäische Kunst und Kultur. Für das nationale Renommierprojekt hat der Bund mittlerweile die stattliche Summe von 440 Millionen Euro zugesagt, die Stadt Berlin will weitere 32 Millionen Euro und ein privater Förderverein noch mal 80 Millionen Euro für die Nachgestaltung der Fassade beisteuern. Zur Einwerbung von Spenden hat der Förderverein Berliner Schloss 2006 sogar einen Katalog herausgegeben, in dem einzelne Teile der Schlossfassade Sponsoren zum Kauf angeboten werden – vom kleinen Wappen bis hin zu einem ganzen Torportal.³ Dass die Summe all dieser Gelder letztendlich für das Projekt, das sich an der Stereometrie des alten Schlosses orientiert und die Wiedererrichtung der Barockfassaden des Schlosses an drei Außenseiten und im so genannten Schlüterhof vorsieht, ausreichen wird, glaubt allerdings kaum jemand. Auf die Ende 2007 erfolgte Ausschreibung zur ersten Runde des Architektenwettbewerbs zur Errichtung des Humboldt-Forums gingen nur 158 Bewerbungen ein, eine enttäuschend geringe Zahl, aus denen eine Expertenjury derzeit (Frühjahr 2008) eine engere Auswahl trifft. Möglicherweise hängt die relativ geringe Resonanz auf die Aus-

dokumentarischen Überlieferungen zu dem Schloss über weite Strecken keine gesicherte Wiederherstellung des früheren Zustandes zulassen.

² Zur Auseinandersetzung um das Schloss und zur Geschichte des Schlosses vgl. Bruno Flierl: Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands. Realität und Metapher aufgehobener Geschichte?, in: Die alte Stadt 30 (2003), S. 349-370; Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Schloß und Schloßbezirk in der Mitte Berlins: Das Zentrum der Stadt als politischer und gesellschaftlicher Ort, Berlin 2005.

³ Vgl. Deutschlandradio Kultur, 01.11.2006.

schreibung mit den historisierenden Vorgaben zusammen, die den Spielraum der Architekten erheblich einschränken. Trotzdem soll der Architektenwettbewerb bis Ende November 2008 entschieden sein, so dass noch 2010 mit dem Bau begonnen werden kann.

III.

Das Projekt, das Berliner Schloss wieder entstehen zu lassen, knüpft an einen verbreiteten Umgang mit dem Bauerbe früherer Herrschaftsformen an, der für sich selten thematisiert und als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Moderne bürgerliche Staaten neigen dazu, die Regierungs- und Repräsentationsbauten ihrer feudalen Vorgänger zu übernehmen und sie in ihre Art der Machtausübung zu integrieren. Ihnen gelten die Schlösser der Aristokratie nicht nur als Stein gewordener Ausdruck eines Herrschaftsverhältnisses, das sich aus sich selbst legitimierte und reproduzierte und damit dem Volk zentrale Mitspracherechte vorenthielt. Die demokratisch-republikanische Einstellung ging und geht fast nie so weit, die steinernen Zeugnisse der Alleinherrschaft zu beseitigen. Das passierte höchstens manchmal im Überschwang einer Revolution, wenn aufgebrachte Bauern den roten Hahn auf die Schlossdächer pflanzten. Ansonsten pflegen auch bürgerliche Regierungen ihre Wertschätzung des Prunks und der Herrlichkeit ihrer Vorgänger zu bekunden. Sie setzen sich für den Erhalt der Bauwerke ein, weil diese – unter Abstraktion von ihrer politischen Funktion – auch als herausragende kulturelle Leistung der vormals besten Baumeister und Künstler gelten. Das Interesse an dem Erhalt und der Restaurierung vordemokratischer Herrschaftssitze erwächst in der Demokratie aber längst nicht allein aus kultur- und kunstgeschichtlichem Respekt. Es hat auch viel mit dem politischen Bedürfnis zu tun, sich als junge Staatsform in eine Kontinuität der Macht einzureihen und vom Abglanz der Pracht des absolutistisch-monarchischen Vorgängers zu profitieren. Sind doch gerade in Hinsicht auf eine imponierende Selbstdarstellung der Demokratie einige systemimmanente Grenzen gesetzt, da ihre Politiker nur auf Zeit regieren und die Machtausübung eng an Gesetze gebunden ist. Dass sich bürgerliche Staaten und Städte mit dem historischen Bauerbe ihrer nichtdemokratischen

Vorgänger schmücken, ist also nicht ungewöhnlich. Im Fall des Berliner Schlosses sind die Voraussetzungen für ein solches Bedürfnis allerdings etwas kompliziert.

In der Diskussion um das Berliner Schloss waren und sind sich die Kontrahenten jenseits aller Differenzen darin einig, dass auf jeden Fall ein symbolträchtiges und bedeutungsvolles Gebäude den Platz in der Mitte der Hauptstadt einnehmen soll.⁴ Einige wenige haben vergebens dafür plädiert, den „Palast der Republik“ als Zeugnis der jüngeren deutschen Geschichte zu bewahren; die anderen haben erfolgreich auf die Wiederherstellung des Bauensembles aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg gedrängt; und wieder andere votierten ohne Erfolg für ein modernes architektonisches Konzept. Alle aber stimmen darin überein: An diesen Platz gehört etwas Wichtiges, etwas, das „unser“ staatliches Selbstverständnis adäquat zum Ausdruck bringt. Zum Beispiel sieht Hans-Ulrich Wehler, einer der bekanntesten deutsche Sozial- und Wirtschaftshistoriker, in der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses einen Vorgang, der „einer selbstbewussten und erfolgreichen Republik unwürdig“ sei. Seiner Ansicht nach sollte eine solche Republik nicht auf frühere Baustile zurückgreifen, sondern „ihre eigene Architektur pflegen“.⁵ Auch er ist also von der Güte und dem Einfluss des neuen Deutschland beeindruckt und meint, dies sollte in der Mitte der Hauptstadt angemessen zum Ausdruck gebracht werden. Aber muss man sich wirklich ohne Einwand der Vorgabe anschließen, der Platz des ehemaligen Schlosses müsse unbedingt symbolisch besetzt werden? Könnte man zum Beispiel auf der Fläche nicht auch einen schönen Park mit Freizeitangeboten für die Bürger anlegen? Ein in diesem Sinne „staatsfreier“ Raum kommt jedoch weder für die Befürworter noch für die Kritiker des Schlossnachbaus in Frage.

Der Entscheidung für den Nachbau des Schlosses ging die Entscheidung für den Abriss des „Palastes der Republik“ voraus. Für diese Entscheidung war sicherlich die Asbestverseuchung des Gebäudes nur ein willkommener Anlass bzw. ein vorgeschobener Grund. Gibt es doch genügend Bauwerke die zeigen, dass eine entsprechende Sanierung durchaus möglich gewesen wäre – wenn man es denn gewollte hätte (z.B. die UNO-City in Wien). Der „Palast der Republik“ stürzte primär aber nicht wegen der

⁴ Zur Diskussion um das Berliner Schloss vgl. auch: Wilhelm von Boddien / Helmut Engel (Hrsg.): Die Berliner Schlossdebatte. Pro und Contra, Berlin 2000; Anna-Inés Hennet: Die Berliner Schlossplatzdebatte im Spiegel der Presse, Berlin 2005.

⁵ Deutschlandradio, 07.05.07.

von ihm ausgehenden Gesundheitsgefahren, sondern wegen seines Symbol- und Erinnerungsgehaltes. Stand doch mit ihm ein monumentales Bauwerk der untergegangenen sozialistischen DDR mitten im Zentrum der Hauptstadt des demokratisch-kapitalistischen Deutschlands. Mit Ausnahme der PDS/Die Linke kam der Erhalt und eine damit verbundene Umnutzung eines solchen Gebäudes für die demokratischen Parteien in Deutschland deshalb kaum in Frage: Die in einer solchen baulichen Kontinuität implizierte Anerkennung wollte man dem ehemaligen feindlichen System einfach nicht zukommen lassen. Am Schicksal des „Palastes der Republik“ – aber auch am Schicksal vieler weiterer DDR-Bauwerke – zeigt sich deutlich, wie sehr die Einstufung als Baudenkmal von politischen Erwägungen abhängt.

Der Entscheidung für den Nachbau des Schlosses als Humboldt-Forum ging auch eine über viele Jahre mit viel Geld und Sinn für Publicity geführte Kampagne der Schlossbefürworter voraus, in deren Verlauf sich erst allmählich die Konzeption konkretisierte. Nach vereinzelt Ideen und Begründungen zu Beginn der 1990er Jahre gelang es 1993/94, den Wiederaufbaugedanken durch eine riesige, im Maßstab 1:1 errichtete Fassadensimulation des alten Schlosses vor Ort populär zu machen. Es ist kennzeichnend, dass der Wiederaufbau des Schlosses vor allem von dem 1992 gegründeten Förderverein Berliner Schloss, also einer privaten, bürgerschaftlichen Organisation propagiert wurde, für die Wilhelm von Boddien, ein vermöglicher Unternehmer aus Hamburg, zum Sprachrohr wurde. Für die Frage, wie das nachzubauende Schloss genutzt werden könnte, fand sich jedoch zunächst keine befriedigende, d.h. für die Öffentlichkeit akzeptable Lösung. Weil der Staat zu keinem größeren finanziellen Engagement bereit war, wurden verschiedene Vorschläge für eine kommerzielle Nutzung gemacht (z.B. als Kongresszentrum), die jedoch allesamt als nicht vertretbare Kommerzialisierung des öffentlichen Raums im Zentrum der Stadt verworfen wurden. Als tragfähig erwies sich erst die 1999 geborene Idee, das Schloss einer gemischten wissenschaftlich-kulturellen Nutzung durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität und die Zentrale Landesbibliothek zuzuführen. Damit war auch eine öffentlich legitimierbare Begründung für eine größtenteils staatliche Finanzierung des Schlossnachbaus gefunden.

IV.

Fast sechzig Jahre nach seiner endgültigen Beseitigung den Nachbau eines monumentalen Gebäudes zu planen, ist alles andere als selbstverständlich. Deshalb überrascht es wenig, dass gegen den Schlossnachbau eine Reihe gravierender Einwände erhoben wurden. Sie bezogen sich auf einer allgemeinen Ebene gegen das Nachbauen längst verschwundener Bauwerke an sich, aber auch gegen den Nachbau des Berliner Schlosses im Besonderen. Die Argumente lauteten hauptsächlich: Es werde doch nur eine schlechte Kopie, eine Fassade dabei heraus kommen; mit dem Nachbau schüre man die Illusion, über längst verschwundene Bauwerke könne beliebig verfügt werden; das Hohenzollern-Schloss symbolisiere einen besonders verhängnisvollen Traditionsstrang der deutschen Geschichte; ein zeitgenössisches, modernes Gebäude werde der Berliner Republik und ihrer Epoche eher gerecht als der Nachbau eines Barock-Gebäudes; eine demokratische Republik sei schlecht beraten, ausgerechnet ein Schloss in der Mitte ihrer Hauptstadt zu errichten. Trotz dieser gut nachvollziehbaren Argumente stimmte der Bundestag dem Projekt mit deutlicher Mehrheit zu, und trotz dieser Argumente erfreut sich das Projekt in der Bevölkerung einer breiten Zustimmung. Woher rührt die Ignoranz und Intransigenz gegen die Einsicht, dass bestimmte historische Entscheidungen als unwiderrufbar akzeptiert werden sollten? Warum ist der naive Wunsch so mächtig, längst Verschüttetes und Beseitigtes wieder aufzubauen?

V.

Ein kurzer Rückblick: Anders als im Fall des Berliner Schlosses fiel zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Entscheidung im Fall des Heidelberger Schlosses aus. Das Heidelberger Schloss war nach Zerstörungen im Pfälzer Erbfolgekrieg zu Ende des 18. Jahrhunderts und nach einem Blitzschlag im Jahr 1764 lange Zeit nur noch eine Ruine gewesen. Über hundert Jahre waren weder die Landesherren noch die Bürger ernsthaft gewillt, das Schloss wieder aufzubauen. Nach der Einigung Deutschlands 1870/71 stieß aber die Idee, das Schloss zu rekonstruieren, auf große Resonanz. Man erblickte darin eine nationale Aufgabe, durch die die Zerstörung, die Frankreich knapp zwei-

hundert Jahre zuvor auf deutschem Boden angerichtet hatte, rückgängig gemacht werden sollte. Nachdem ein Teil des Schlosses, der Friedrichsbau, erneuert worden war, kam es aber über die Planung für die weitere Rekonstruktion zu einer intensiven Debatte, die schließlich dazu führte, dass auf die Fortsetzung der Erneuerung verzichtet und das Schloss als Ruine erhalten wurde. Es setzte sich damals im Zuge der Diskussion um das Heidelberger Schloss die für den modernen Denkmalschutz zentrale Einsicht durch, dass es sich bei Baudenkmalern um authentische Zeugnisse der Vergangenheit handelt, die selbst dann, wenn sie beschädigt sind, zwar erhalten, aber nur unter ganz bestimmten, sehr restriktiv gefassten Bedingungen ergänzt oder gar wiederhergestellt werden sollten. Mit diesem restaurations- und rekonstruktionskritischen Standpunkt trugen die Denkmalpfleger auf ihre Weise zur Überwindung des damals in der Architektur dominierenden Historismus bei. In ihrer Ablehnung von Nachbauten und Ergänzungen, die sich am Stil früherer Epochen orientierten, trafen sie sich mit avantgardistischen Architekten, die auf eine moderne Formensprache drängten.

Während von dem Heidelberger Schloss um das Jahr 1900 noch viele Überreste vor Ort vorhanden waren, gab es von dem Berliner Schloss um 2000 kaum noch Trümmer. Und doch entschied man sich im ersten Fall gegen und im zweiten Fall für einen Wiederaufbau. Die Argumente, die den Entscheidungsträgern vor hundert Jahren noch einsichtig gemacht werden konnten, haben heutzutage offenbar an Überzeugungskraft verloren. Dies zeigt nicht nur die Diskussion um das Berliner Schloss, sondern eine ganze Reihe weiterer fragwürdiger Wiederaufbauten, die in letzter Zeit vollendet oder geplant wurden (z.B. die Schlösser in Hannover und Braunschweig, die Frauenkirche in Dresden, die Garnisonskirche in Potsdam, Teile der Altstadt in Frankfurt am Main etc.). Auf Echtheit und Authentizität kommt es bei diesen Projekten kaum noch oder allenfalls oberflächlich an. Es scheint vielmehr in erster Linie darum zu gehen, am Originalort durch den Nachbau einen Eindruck von dem bedeutenden Bauwerk oder Bauensemble zu vermitteln, das dort einstmals stand. Es sollen Bewunderung und Staunen für die architektonischen und künstlerischen Leistungen der Altvorderen hervorgerufen werden – ob das Bauwerk an sich, in seiner Materialität, hiervon wirklich zeugt, ist zweitrangig.

VI.

Wie bei vielen anderen ähnlichen Projekten stand und steht also bei dem Nachbau des Berliner Schlosses die Frage nach dem Sinn und dem Wert der Rekonstruktion von solchen Bauwerken im Mittelpunkt, die längst verschwunden oder von denen kaum noch Überreste erhalten sind. Im Kern prallen dabei sehr unterschiedliche, vielleicht sogar gegensätzliche Auffassungen über die Gegenwart der Vergangenheit im öffentlichen Raum aufeinander. Auf der Seite der Befürworter dominiert die Auffassung, durch einen Nachbau werde ein Stück des „schönen Alten“ wieder sinnlich erfahrbar, werde etwas Großartiges und Einmaliges wieder in die Realität zurückgeholt. Auf der anderen Seite stehen häufig Denkmalschützer, Historiker und Anhänger moderner Architektur und Stadtplanung. Sie beurteilen die Rekonstruktionen skeptisch bis ablehnend und bezeichnen sie als „Kulissenarchitektur“, manchmal sogar als „Disney Land“, weil es sich dabei um keine echten historischen Relikte, sondern nur um Nachbauten handelt oder weil nicht eingesehen wird, warum man sich bei der Neugestaltung eines städtischen Ensembles in das enge Korsett der Vorgängerbauten, die einst aus einer gänzlich anderen Funktionalität hervorgegangen sind, einzwängen lassen soll.

Auch im Kontext der bundesrepublikanischen Baupolitik nach 1945 ist die Befürwortung des Schlossnachbaus überraschend. Es gab nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende von bedeutenden und auch denkmalgeschützten Gebäuden sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, die zwar stark beschädigt waren, aber durchaus hätten wiederhergestellt werden können – wenn in Gesellschaft und Staat der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Viele vorbildlich restaurierte Städte in Polen zeigen beispielhaft, was in dieser Hinsicht möglich gewesen wäre. Doch schloss sich vielerorts an die Zerstörung durch die Bomben der Alliierten der Kahlschlag der einheimischen Stadtplaner und Architekten an, die die Chance ergriffen, die Städte modern, d. h. auto- und konsumgerecht zu gestalten. Ihnen passte es gut ins Konzept, so manche Ruine endgültig zu beseitigen, um in den verwinkelten Altstädten Raum zu gewinnen für großflächige Bürobauten und Kaufhäuser und für breite Straßen. Und vielerorts war es angesichts des enormen Ausmaßes der Zerstörung und der Dringlichkeit der Normalisierung des Alltagslebens einfach auch billiger und schneller, schmucklose

Zweckbauten neu zu errichten, als Altbauten aufwändig zu rekonstruieren. Vereinzelt und oft erst nach einer beträchtlichen Zeitspanne machte man sich zwar auch daran, bedeutende Gebäude oder Gebäudeensembles wieder aufzubauen, jedoch handelte es sich eher um Ausnahmen, um Feigenblätter für die ansonsten praktizierte städtebauliche Rücksichtslosigkeit gegen das Alte. Wenn Jahrzehnte nach dem Kriegsende plötzlich einige einstmals berühmte und bedeutende Gebäude wieder entstehen (sollen), die aus dem Bewusstsein der meisten Menschen längst verschwunden sind, so zeigt sich darin eher die krampfhaft Suchende Stadtwerber nach Alleinstellungsmerkmalen als eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Man kann auch kaum davon sprechen, dass in der ehemaligen DDR mit dem Bauerbe aus Vorkriegszeiten insgesamt rücksichtsloser umgegangen wurde als in der alten Bundesrepublik, der Abriss des Berliner Schlosses also die „kulturelle Barbarei“ der DDR bzw. SED zeige. Zwar wurden so manches Schloss und so manche Kirche demonstrativ beseitigt, um zu zeigen, wie wenig Respekt man vor den Überresten der alten Mächte, der Fürsten, Junker und Pfaffen hatte. Andere Schlösser oder Gutshäuser wurden ganz oder teilweise umfunktionalisiert in Kinderhorte, Erholungsheime, HO-Läden etc., also einer „volksdienlichen“ Nutzung zugeführt. Stellenweise machte man allerdings auch schon den Übergang, das Bauerbe der verhassten Klassenfeinde als Kulturgut zu bewahren und zu pflegen. Ansonsten hatte man aber für den Erhalt vieler Schlösser, Gutshäuser, Burgen etc. genau so wenig Mittel wie für den Erhalt der sonstigen Altbauten. Hiervon zeugt der jämmerliche Zustand vieler ostdeutscher Innenstädte, wie er nach der Wiedervereinigung publik wurde. Aber immerhin waren die heruntergekommenen Gebäude auch noch nicht durch Glaspaläste und Parkhäuser ersetzt worden.

VII.

„Berlin wird sein Schloss wiederbekommen“ – der Satz enthält in aller Kürze auch schon die verbreitetste Begründung für den Schlossnachbau. Nach Auffassung der Befürworter des Nachbaus handelt es sich bei dem Schloss um ein räumlich und

historisch unverzichtbares Kernelement der „Identität“ der Stadt Berlin.⁶ Der Wiederaufbau des Schlosses pflegt als ein aus den räumlichen Gegebenheiten abgeleiteter Sachzwang dargestellt zu werden, dem man sich nicht entziehen kann. Mit dem Schloss soll demnach das eng aufeinander bezogene Bauensemble auf der Spreeinsel im „Herzen“ der Stadt wiederhergestellt werden, jenes Ensemble, an dem sich die DDR – „in dem Wahn ein neues sich aus der Geschichte stehlendes Deutschland aufbauen zu können“⁷ – mit dem Abriss der Schlossruine einst vergangen haben soll und dem sie mit dem Bau des „Palasts der Republik“ nichts annähernd Gleichwertiges hinzugefügt habe. Diese Sünde wider die historisch gewachsene Stadtlandschaft soll rückgängig gemacht werden. Zu diesem Zweck hat man den „leeren Raum“, das „Loch“, die „Ödnis“ in der Mitte der Stadt zu einem unerträglichen Zustand erklärt. Walter de Bruyn drückt diesen Gedanken in einem Buch über die Straße Unter den Linden wie folgt aus: „Nur der Wiederaufbau der Schlüterschen Schlossfassade (...) kann die hässliche Lücke in Berlins Mitte füllen, das Ensemble von Dom, Altem Museum, Zeughaus und Lustgarten wieder vervollständigen und den Linden einen würdigen Anfang geben.“⁸ Die Argumentation wirkt allerdings ziemlich tautologisch, weil bei dem Schluss von „Lücke“ auf „Schloss“ von Anfang an nur an das Schloss gedacht wird. Es ist aber weder zwingend, die Fläche als „Lücke“ zu bezeichnen, die unbedingt geschlossen werden muss, noch kommt einzig und allein das Schloss als adäquater „Lückenfüller“ in Frage.

In der Argumentation der Befürworter des Schlossnachbaus erscheint das Schloss aber nicht nur als ein unentbehrlicher Teil des Stadtraums, sondern auch als Erfüllung der Sehnsucht der Bürger nach einem sozialen Mittelpunkt: „Es repräsentierte alles, was wir vom Mittelpunkt einer Stadt erwarten dürfen. So war es nicht ein feudales, von den Bürgern distanzierteres Refugium der Herrscher, sondern mit den begehbaren Schlosshöfen oder dem Weihnachtsmarkt auch ein Teil des öffentlichen Lebens in Berlin“.⁹ Selbst wenn Bürger durch die Schlosshöfe flanieren durften, so waren damit noch längst nicht die wichtigsten Momente der Distanz zwischen ihnen und dem Monarchen bzw. der Monarchie aufgehoben. Die Argumentation kehrt den Gedanken der Reprä-

⁶ Vgl. u.a. Wolf Jobst Siedler: Das Schloss lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloss, in: Förderverein Berliner Stadtschloß (Hrsg.): Das Schloß? Eine Ausstellung über die Mitte Berlins, 2. Auflage, Berlin 1993, S. 13-22.

⁷ www.historisches-stadtschloss.de, 14.04.2008.

⁸ Günter de Bruyn: Unter den Linden, 3. Auflage, München 2004, S. 26.

⁹ www.historisches-stadtschloss.de, 14.04.2008.

sensation einfach um, macht aus dem nach Innen und Außen gerichteten Repräsentationsbau der Herrschaft eine Repräsentation des Willens der Bürger nach einem städtischen Mittelpunkt.

Es ist auch alles andere als ausgemacht, ob eine Stadt außer in ihrer Tourismuswerbung wirklich eine „Identität“ besitzt. Es ist keineswegs selbstverständlich, einen individualpsychologischen Begriff auf ein Konglomerat von Personen und Funktionen zu übertragen, wird doch damit ein räumlicher Zusammenhang versubjektiviert. Allenfalls lassen sich in einer Stadt mehrere „Identitäten“ feststellen, nämlich die sehr unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Lebenswelten und Interessen ihrer Bewohner. Und für diese „Identitäten“ muss längst nicht nur die Geschichte allein ausschlaggebend sein. Was die Bewohner als „ihre“ Stadt ansehen, unterscheidet sich erheblich – dass es sich um eine altehrwürdige Residenz handelt, ist dabei nur eine von vielen möglichen Auffassungen. Bei der Aussage, eine Stadt habe eine eindeutige historische Identität, handelt es sich also um die Behauptung einer grundsätzlichen Gemeinsamkeit aller Bewohner jenseits ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Interessen, eine Zusammengehörigkeit, der sie sich angeblich nicht entziehen können, die sie zu akzeptieren, die sie sich zu Herzen zu nehmen haben.

In einem zweiten Argumentationsstrang wird der Nachbau des Schlosses als Wiederherstellung eines einmaligen architektur- und kunstgeschichtlichen Monuments vorgestellt. „Andreas Schlüter“ und „Eosander von Göthe“ heißen hier die Stichworte: die beiden Baumeister, unter denen das Schloss zu Beginn des 18. Jahrhundert im Wesentlichen gestaltet wurde. Aber es ist schon merkwürdig: Bei Kunstwerken wie Gemälden oder Plastiken akzeptiert man die Einmaligkeit und die Unwiederbringlichkeit – niemand käme auf die Idee, an die Stelle eines zerstörten Gemäldes eine Reproduktion zu setzen und dies damit zu begründen, dass dadurch doch zumindest die konstituierende Idee des Kunstwerks wiedergeben werde. Nicht so bei zerstörten berühmten Bauwerken.¹⁰ Vielleicht lässt sich dies damit erklären, dass solche Bauwerke oftmals von Anfang an Macht und Reichtum präsentieren sollten und dass auch ihre künstlerische Gestaltung und Ausschmückung je schon diesem Zweck diene.

Kritiker von Rekonstruktionen weisen immer wieder darauf hin, wie widersinnig es ist, eine Fassade wiederherzustellen, dahinter aber ein Gebäude zu errichten, das voll-

¹⁰ Vgl. Achim Hubel: Denkmalpflege. Geschichte, Themen, Aufgaben. Eine Einführung, Stuttgart 2006, S. 4.

auf den Erfordernissen der Gegenwart entspricht. Dieses Auseinanderklaffen von äußerer Form und moderner Funktionalität haben sich neuerdings bemerkenswerterweise gerade Befürworter des Schlossnachbaus zu eigen gemacht, indem sie nach der grundsätzlichen Entscheidung für den Wiederaufbau nunmehr darauf drängen, immer mehr Elemente des alten Schlosses nachzubauen. So wird nun gefordert, auch bestimmte Innenräume oder bisher nicht berücksichtigte andere Seiten des Schlosses in die Rekonstruktionspläne einzubeziehen. Der Vorstand der „Gesellschaft Berliner Schloss e.V.“ plädiert für die Rekonstruktion der bedeutendsten Innenräume, zu denen er die Paradekammern, die Königskammern, die Schlosskapelle oder den Alabasteraal zählt. Nur so könne man dem Schloss „einen würdigen Platz nicht nur in der Stadtlandschaft, sondern auch im kunsthistorischen Sinne zuweisen“.¹¹

VIII.

Der Entschluss zum Wiederaufbau des Schlosses ist aber weit mehr als nur ein Zeichen dafür, dass auf der Spreeinsel wieder das imposante Gebäude stehen soll, das dort „hingehört“. Der Entschluss wurde vor allem in dem Bewusstsein gefasst, dass damit auch im Zentrum der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands ein Zeichen für das aktuelle Selbstverständnis und für den aktuellen Machtanspruch der Nation gesetzt werden soll. Die repräsentative Pracht des absolutistischen Schlossbaus, die nun wieder sichtbar gemacht werden soll, legt nahe, dass das moderne Deutschland im Konzert der Großmächte eine ähnliche Position einnehmen will, wie sie jene Macht hatte, die früher in dem Schloss residierte. Zumindest aber dokumentiert der Schlossnachbau, dass das wiedervereinigte Deutschland ein „unverkramptes“ Verhältnis zur deutschen Geschichte einzunehmen gewillt ist als die alte Bundesrepublik.

Der im Nachbaubeschluss implizierte positive Bezug der demokratischen Bundesrepublik auf ein Stück von Preußens Glanz und Gloria geht natürlich einher mit einer Distanzierung bzw. Relativierung von den für negativ erachteten Aspekten der preußischen Geschichte. Ist doch zu genüge bekannt, dass in der preußischen Monarchie Formen des Militarismus und des Gehorsams entwickelt und gepflegt

¹¹ Guido Hinterkeuser: Das Berliner Schloss – mehr als nur Fassade. Die verlorenen Innenräume des Berliner Stadtschlosses und die Möglichkeiten der Rekonstruktion zerstörter Raumkunst nach 1945, Berlin 2006, S. 4.

wurden, die nicht nur dem heutigen demokratischen Selbstverständnis widersprechen, sondern die auch einiges mit dazu beigetragen haben, dass das Führen von Kriegen und das Opfern des eigenen Lebens für König und Vaterland für selbstverständlich gehalten wurden. Ein Symbol solcher Untertanengesinnung soll das neue Schloss gerade nicht werden. Stattdessen beruft man sich auf das „Aufgeklärte“ am preußischen Absolutismus. Deshalb stößt die Idee auf große Resonanz, den Nachbau der Hohenzollern-Residenz nach dem Entdecker und Wissenschaftler Alexander von Humboldt „Humboldt-Forum“ zu taufen und ihm die kulturelle Funktion eines Ortes der Völkerverständigung und des Kulturaustausches zuzuweisen. Das nachgebaute Schloss wird so trotz seiner Affinität zur einstigen preußischen Machtpolitik zu einer Repräsentation des guten Deutschland. Dieses idealisierte Selbstbild wird natürlich durch die weltweite Teilnahme an Militäreinsätzen und durch die keineswegs nur immer positiven Auswirkungen der deutsch-europäischen Wirtschaftsmacht auf dritte Länder nicht getrübt.

IX.

Kritikern von Rekonstruktionen, die aus denkmalschützerischen Gründen zu ihrer Auffassung gelangen, wird gerne entgegen gehalten, wie oft schon Gebäude in der Vergangenheit nach ihrer gänzlichen Zerstörung wieder aufgebaut worden sind und wie selbstverständlich sie heutzutage akzeptiert werden, selbst wenn der Nachbau nur noch die äußere Form mit dem Originalbau teilt. Man verweist dann auf den Campanile am Markusplatz in Venedig, auf den Turm der Michaeliskirche in Hamburg, auf die Innenstädte von Warschau und Danzig, auf die Ostseite des Römers in Frankfurt, auf das Knochenhauerhaus in Hildesheim, auf die Frauenkirche in Dresden usw. Nach einigen Jahren oder Jahrzehnten krähe kein Hahn mehr danach, dass es sich um Rekonstruktionen auf der Grundlage neuerer Materialien und Techniken handele. Vielmehr würden die Nachbauten von einer großen Mehrheit der Menschen weitgehend akzeptiert. Das trifft empirisch sicherlich zu. Viele Menschen machen keinen Unterschied zwischen einem Original und einem Nachbau. Wer aber ein derartiges Bauwerk nicht nur anstaunen, sondern es unter dem Gesichtspunkt seines Zeugniswertes für die Baukunst vergangener Epochen und für die Spuren seines

Schicksals im Lauf der Zeit betrachten möchte, muss enttäuscht sein. Er wird schnell feststellen, dass die Rekonstruktion letztendlich nur von zwei Dingen zeugt: Zum einen von der Wertschätzung, die einem Gebäude einst entgegen gebracht wurde, und zum anderen von dem Wissen und Geschick, mit denen das Gebäude nachgebaut wurde. Rekonstruktionen sind also in erster Linie Zeugnisse von Geschichtsbedürfnissen und von dem Geschick, sie sich zu erfüllen.

X.

Der Nachbau des Berliner Schlosses erfüllt vor allem drei Funktionen. Einerseits wird die angebliche kulturelle „Barbarei“ der DDR, die das Schloss endgültig zerstörte und abriß und an seiner Stelle den „Palast der Republik“ errichten ließ, nachträglich ins Unrecht gesetzt. Andererseits wird ein Stück der deutschen Geschichte wieder aufgewertet, nämlich das preußische Herrscherhaus, das so schlecht denn doch nicht gewesen sein kann, wenn es ein kunst- und baugeschichtlich derart eindrucksvolles Gebäude hervorgebracht hat. Und schließlich wird mit der vorgesehenen kulturellen Nutzung des Schlosses demonstriert, dass das wiedervereinte Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts gerne als eine Macht wahrgenommen werden möchte, der die Völkerverständigung auch und gerade über die europäischen Grenzen hinaus am Herzen liegt. Es soll, wie es in einem überfraktionellen Antrag an den Deutschen Bundestag heißt, „die Identität Deutschlands als Kulturnation in ihrer Weltoffenheit als Vermittler von Kunst und Kultur“ unterstrichen werden.¹² So erarbeitet sich die Republik mit dem Schlossnachbau ein weiteres Stück historischer „Normalität“ und verknüpft dies mit der Selbstdarstellung als einer Macht, die weltweit für das Gute und Schöne einsteht.

Das, was auf der Spreeinsel entstehen wird, wird nicht die Patina eines über Jahrhunderte gewachsenen und veränderten Gebäudes haben. Es werden keine unterschiedlichen Zeitschichten, keine Gebrauchsspuren zu entdecken sein. Das Schloss wird zudem in einer stilistischen Einheitlichkeit wieder erstehen, die es als ein über Jahrhunderte ergänztes und verändertes Bauwerk nie hatte. Der Nachbau erfüllt aber eine patriotische Aufgabe. Auch wenn das Vorhaben dargestellt wird als relativ unpo-

¹² Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/7488, Antrag vom 12.12.2007.

litische Wiederherstellung eines ehemaligen Zustandes, so handelt es sich doch um einen Akt des Zusammenschweißens, sowohl der Stadtbevölkerung als auch der Nation. Allerdings auf eine demokratische Art: Von engagierten Bürgern von unten initiiert, vom Parlament mit breiter Mehrheit gebilligt, auf eine wissenschaftliche und kulturelle Funktion festgelegt. So bleibt es offen, welche historische Beziehung mit dem Nachbau in den Vordergrund treten wird: Der Kotau vor monarchisch-feudalem Prunk, eingekleidet in den Respekt vor den kulturellen Schätzen, die das Schloss einst barg, oder die Präsentation eines Ortes der Weltoffenheit und der Völkerverständigung oder beides zugleich. Auf diesem Feld des symbolischen Streits um das Selbstverständnis der Republik wird sich bestimmt noch so manche Auseinandersetzung ergeben. Man muss darauf nicht gespannt sein.

Moshe Zimmermann

Alte Geschichte und „neue“ Historiker in Israel

Geschichte ist ein Instrument. Zweck der Aneignung von Geschichtskennntnissen ist ihre Instrumentalisierung – im Dienste der hegemonialen Kräfte einer Gesellschaft oder ihrer Herausforderer. Das ist eine allgemein gültige Regel, und der israelische Fall bildet in diesem Zusammenhang wohl keine Ausnahme. Politische Systeme unterscheiden sich im Hinblick auf die Instrumentalisierung von Geschichte eben keineswegs in ihrer prinzipiellen Bereitschaft zur Instrumentalisierung an sich, sondern in der Art und Weise, wie sie dabei vorgehen: Überschreiten sie die Grenze zur Manipulation? Verbieten sie bestimmte Geschichtsauffassungen und Geschichtsbilder? Oder aktivieren sie allein die Mechanismen des politisch Korrekten? Was die israelische Gesellschaft so überaus deutlich charakterisiert, ist der Glaube an die Macht der Geschichte als umfassende Quelle der Legitimation und die damit verbundene Überzeugung, dass die Geschichte eine klare Sprache spricht, dass „wir“ Geschichte in ihrer Eindeutigkeit verstanden haben und dass „unser“ Verständnis der Geschichte auch für „andere“ als verbindlich gelten müsse. Gerade vor diesem Hintergrund gelten neue Fragen und Antworten als ketzerisch, ja als gefährlich für die Gesellschaft. In Deutschland, wo praktisch alle zehn Jahre ein erbitterter Historikerstreit geführt wird, kann man diese Haltung sicher in gewisser Weise nachempfinden. Und doch ist ein Historikerstreit in Israel für die israelische Öffentlichkeit mehr als ein interessanter Diskurs von Intellektuellen. Ein Streit der Historiker ist quasi ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Denn die „richtige“ Auslegung der Geschichte steht nicht nur im Dienste der Rechtfertigung für ein bestimmtes aktuelles politisches Verhalten, sondern sie bildet die ultimative Begründung für das Existenzrecht des Staates und seiner zionistischen Ideologie.

Die eigentlich relevante Geschichte in diesem Kontext, nämlich die Geschichte des Zionismus oder des Staates Israel, ist relativ kurz – sie umfasst etwas mehr als ein Jahrhundert. Doch bezieht sich jede Debatte und jeder Streit auf die angeblich dreitausendjährige Geschichte des Judentums seit seinem Entstehen. Somit werden

auch alte, längst vergangene Epochen in die aktuelle Diskussion einbezogen und gewinnen hier an Relevanz, werden somit zur Zeitgeschichte. Je tiefer die historischen Wurzeln reichen, desto stärker wird angeblich das Argument oder die Rechtfertigung für Denkmuster und Handlungsweisen in der Gegenwart.

Die Bezeichnungen „neue Historie“ und „neue Historiker“ sind demnach in Israel negativ belastet. Ihnen mutet etwas Dubioses an, etwas, was mit dem Rütteln an den Grundlagen der Gesellschaft zu tun hat. Der Streit um die „neue Historie“ ist in den Augen der hegemonialen Kräfte ein „Abwehrkampf“, den man konsequent und schonungslos austragen muss.¹ Der historiographische Interpretationsansatz der in Israel seit den späten 1980er Jahren aufgetretenen und als „neue Historiker“ bezeichneten Geschichtswissenschaftler ist mittlerweile jedoch weder neu noch einflussreich. Dies zeigt, wie kurzlebig eine heftige, emotionsgeladene akademische und publizistische Kontroverse auch in Israel sein kann. Dabei ging es in der Diskussion durchaus um die gültige Suche nach „der Wahrheit“ und die Antwort auf die Frage – was ist die wahre und was ist die falsche Darstellung der Geschichte des Zionismus, des Staates Israel, des Nahost-Konflikts.

Die Bezeichnung „neue Historiker“ der späten achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts war eng mit dem Zwillingsterminus des „Post-Zionismus“ verknüpft. Der Streit um die politisch im Wesentlichen links orientierten „neuen Historiker“ hatte sich nach der politischen Wende des Jahres 1977, die die Nationalisten in Israel an die Macht gebracht hatte, erhoben. Politisch stand er dann einerseits im Kontext der im Dezember 1987 einsetzenden ersten Intifada. Andererseits war er mit dem Diskurs um das „Ende der Geschichte“, also mit dem Ende des Kalten Krieges, von 1989/90 verknüpft. Die „neue Historie“ bot seit den späten 1980er Jahren etwa ein Jahrzehnt lang Stoff für eine hitzige, öffentliche Debatte und verlor dann um das Jahr 2000 herum, das Jahr des Ausbruchs der zweiten Intifada, schnell an Brisanz. Ursache hierfür waren mehrere Faktoren: Zum einen lief der vermeintlich wichtigste Repräsentant der „neuen Historiker“, Benny Morris, kurz nach Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 in das rechte politische Lager über. Hierdurch wurde der Öffentlichkeitseffekt, also die politische Bedeutung der „neuen Historiker“ als

¹ Exemplarisch dafür: Yoav Gelber: History, Memory and Propaganda. The Historical Discipline at the Beginning of the 21st Century, Tel Aviv 2007, insbesondere Kap. 8-10, die sich mit dem Post-Zionismus befassen. Oder auch bereits Anita Shapira: New Jews Old Jews, Tel Aviv 1997.

ideologische Träger der inzwischen auch bei Linken als Fehler empfundenen Oslo-Friedenspolitik² dramatisch reduziert. Zum anderen ging zu dieser Zeit unter Einfluss der sozio-politischen Entwicklung in und um Israel und im Zuge der Traumatisierung durch das gewaltreiche Ende des Oslo-Prozesses aus der Debatte im geschichtswissenschaftlichen Diskurs überhaupt eine historiographische Mischung aus klassisch-zionistischen und jüdisch-religiösen Elementen siegreich hervor.

Wie so oft bei Historikerstreiten handelte es sich auch im Fall der Debatte der israelischen „neuen Historiker“ nicht um einen neuen methodologischen Durchbruch, auch nicht vornehmlich um die Entdeckung neuer Fakten oder Dokumente. Methodologisch war die „neue Historie“ nicht weniger positivistisch als der altgewohnte Diskurs ihrer Gegner. Es ging vielmehr vor allem um eine unorthodoxe, provokante Interpretation eines grundlegenden historischen Prozesses – und damit um einen Tabubruch. Im Mittelpunkt stand die Frage, wer für sich die „wahre Auslegung“ und Interpretation der Geschichte Israels beanspruchen kann – die „Alten“ oder die „Neuen“ – als hätte es keine Post-Moderne und keine alternative Richtlinie zu Rankes Axiom des „Wie-es-eigentlich-gewesen-ist“ gegeben.

Der Zionismus hatte bekanntlich seinen historiographischen Ansatz als Rechtfertigung – manche sprachen von Apologie³ – für die zionistische Ideologie im innerjüdischen Kampf gegen die Befürworter der alten religiösen Orthodoxie einerseits und gegen die Vertreter der emanzipatorischen und assimilationistischen „Lösung der Judenfrage“ in der Diaspora andererseits unter anderem auch zur Untermauerung seiner Politik vor und nach der Gründung des Judenstaates im Jahre 1948 entworfen. Zweifel an der offiziellen zionistischen Interpretation, an ihren historiographischen Grundwerten und absoluten Wahrheiten galten in Israel schon immer – auch vor dem Auftreten der „neuen Historiker“ – als Ketzerei und wurden entweder entschieden zurückgewiesen oder totgeschwiegen. Ein derartiges Vorgehen gegen alternative Meinungen reichte seit den späten 1980er Jahren jedoch nicht mehr aus, um die herrschende historische Interpretation unbeschadet gegen ihre neuen Widersacher zu verteidigen. Vertreter „ketzerischer“ Interpretationen, die gegen Ende der 1980er Jahren eine „kritische

² Wesentlicher Bestandteil dieser Friedenspolitik war das im September 1993 in Oslo unterzeichnete, später heftig umstrittene Prinzipienabkommen zwischen dem Staat Israel und der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes.

³ Vgl. Yoav Gelber: „Writing the History of Zionism“, in: Yechiam Weitz (Hrsg.): Von der Vision zur Revision, Jerusalem 1997, S. 67-88. (hebr.)

Masse“ erreicht hatten, erhielten nun das Etikett der „neuen Historiker“ bzw. der „post-zionistischen Historiker“ angeheftet und wurden frontal angegriffen. Die ursprünglich pejorativ gemeinten Bezeichnungen, die von den „neuen Historikern“ keineswegs als Beleidigung empfunden und auch frei als Selbstbezeichnung verwendet wurden⁴, reichten in der Regel jedoch aus, die jeweiligen Geschichtswissenschaftler vor allem in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, noch bevor man überhaupt eine Zeile ihrer Schriften gelesen hatte. Mehr noch: Die Bezeichnungen halfen, die unterschiedlichsten Arten von unorthodoxen historischen Interpretationen in einen Topf zu werfen und sie allesamt dadurch als „Unwahrheiten“ zu brandmarken oder gar als Verleumdungen zu delegitimieren.

Selbstverständlich erreichte der Streit seinen Höhepunkt, als das Narrativ vom Zentralereignis des israelischen Zionismus – die Darstellung der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 – angetastet und revidiert wurde: Man fragte gegen die offizielle Position, ob der Staat Israel etwa in einem ungerechten, dazu vielleicht auch unmoralisch geführten Krieg entstanden war? Der oben bereits erwähnte Historiker Benny Morris hatte in seinem Buch über die Entstehung der palästinensischen Flüchtlingsfrage⁵ in diesem Kontext eine für Israelis unangenehme wie auch ideologisch abzulehnende Antwort vorgelegt: Israels so genannter Unabhängigkeitskrieg war ein Krieg gewesen, so Morris, der zur Vertreibung von Hunderttausenden von Arabern geführt hatte und in dem auch andere Kriegsverbrechen stattgefunden hatten, und zwar explizit oder implizit auf Anordnung der politischen und militärischen Führung des neuen Staates. Der Historiker Ilan Pappé und der Soziologe Uri Ram sowie Simha Flapan und Avi Shlaim hatten in ihren um 1988 und später erschienenen historiographischen Schriften dann auch die zum Ausbruch des Krieges führende zionistische Politik ungewohnt scharf und kritisch beleuchtet. Die Verantwortung dafür, dass ein palästinensischer Staat nicht bereits im Jahre 1947 nach dem Beschluss der UN-Vollversammlung zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat entstanden war, wiesen sie nicht wie in der israelischen Interpretation üblich allein „den Arabern“ zu.⁶

⁴ Vgl. Benny Morris: „The New Israeli Historiography. Israel Confronts its Past“, in: Tikkun 3 (1988), pp. 19-24.

⁵ Vgl. Benny Morris: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem*, Cambridge 1988.

⁶ Vgl. Ilan Pappé: *The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947-1951*, London 1992; Uri Ram: *The Changing Agenda of Israeli Society: Theory, Ideology, and Identity*, Albany, N. Y. 1995; Simha Flapan: *Die Geburt*

Die „Heilige Kuh“ des gerechten, in Israel „Unabhängigkeitskrieg“ oder „Befreiungskrieg“ genannten Krieges von 1948 zu schlachten, galt und gilt auch in der Gegenwart noch als unerträglich und unzumutbar. Deshalb gingen sowohl die Historikerzunft als auch Politik und Öffentlichkeit mit großer Heftigkeit zu einer Gegenoffensive gegen die „neuen Historiker“ (zu denen auch Soziologen gehörten) über. Nicht uncharakteristisch war dabei der Umstand, dass Shabtai Tevet, der Autor der populärsten Biographie des israelischen Staatsgründers David Ben-Gurion, als Fahnenträger dieses Gegenangriffs kein Historiker aus der Akademie, sondern ein Journalist war. Er war es auch, der wahrscheinlich als erster den Begriff der „neuen Historiker“ verwendet hat. Das Ziel der am Streit beteiligten „alten Historiker“ und ihrer selbsternannten Vertreter war klar: Sie versuchten, die Schuld am Krieg von 1948 und die Verantwortung für seine Folgen von Israel abzuwenden. Schuld und Verantwortung sollten weiterhin nahezu ausschließlich „die Araber“ tragen; die Massenauswanderung palästinensischer Araber sei demnach weiterhin als Folge der Aufrufe der arabischen Führung an die arabische Bevölkerung Palästinas und nicht als Resultat einer israelischen Politik darzustellen; nicht mehr abzustreitende andere Verbrechen wie Tötungen und Vergewaltigungen sollten zudem in der historiographischen Darstellung möglichst marginalisiert werden.

Natürlich hatte es auch vor dem post-zionistischen Historikerstreit an Kontroversen in diesen Themenbereichen nicht gemangelt. Kritische Zeitzeugen hatten schon früher vor Historikern aussagen und dazu beitragen können, die verbreiteten Mythen wenigstens stückweise zu hinterfragen. Ein gutes Beispiel hierzu bietet die vom namhaften Schriftsteller S. Yizhar, selbst Soldat im 1948er Krieg, verfasste Geschichte *Hirbet Hisa*, die vom Mord an arabischen Kriegsgefangenen erzählt. Es war vor allem die breitenwirksame Verfilmung dieser Geschichte aus dem Jahre 1978, die dann für viel böses Blut sorgen sollte, weil sie letztlich den Mythos von der „Reinheit der zionistischen Waffe“ sprengte. Yizhar oder andere Außenseiter wie der Historiker Shabtai Beit-Zvi, der etwa zur gleichen Zeit seine provokanten Thesen

Israels: Mythos und Wirklichkeit, München 1988; Avi Shlaim: Collusion across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine, Oxford 1988.

veröffentlichte⁷, galten jedoch in den 1970er Jahren nicht als Bedrohung für das gängige, vorherrschende Narrativ. Zehn Jahre später jedoch schien die Gefahr einer Revision des kollektiven Narrativs dann gravierender zu sein, weil sich nun vor allem etablierte Historiker, darunter auch Geschichtswissenschaftler, die mit der Abfassung von Schulbüchern betraut waren, zu Wort meldeten und so die bereits erwähnte kritische Masse an historischem Revisionismus anboten, während zugleich der Druck der Weltöffentlichkeit auf Israel wegen seiner Ablehnungspolitik gegenüber der PLO immer stärker wurde. Eine Generation nach einem historischen Ereignis befindet man sich eben in der Regel ohnehin an einem heiklen Wendepunkt – Zeitzeugen befürchten, dass die Mythen, die sie in die Welt gesetzt haben, von denen, die nicht mehr zum Kreis der Zeitzeugen gehören, ausgeblendet oder weggefegt werden könnten. Die alte Generation wehrt sich gegen neue Interpretationen vorliegender Befunde oder gegen neue Befunde, sobald diese an den liebgewordenen Mythen rütteln könnten. So geschah es auch im Fall der post-zionistischen Debatte.

Die Vertreter der Zunft bemühten sich, die Thesen von Benni Morris, Uri Ram, Ilan Pappé, Baruch Kimmerling⁸ und anderen zu widerlegen, indem sie einerseits ihre Beweisführung pauschal als post-modern, also unseriös, diskreditierten oder die faktischen Bausteine dieser Thesen auseinander nahmen: Der Zunfthistoriker Alon Kadish hatte zum Beispiel darauf hingewiesen, dass Benny Morris nicht die arabische Sprache beherrsche, um sogleich Morris' Darstellung eines Massakers in Lod, einer arabischen Kleinstadt an der Straße zwischen Jerusalem und Tel Aviv, detailliert zu zerreißen, bis der Leser selbst zur Schlussfolgerung gelangen musste, Morris habe die vorhandenen Dokumente falsch interpretiert bzw. Fakten erfunden oder ignoriert. Doch es blieb nicht bei punktuellen Schlussfolgerungen und Korrekturen, der nächste Schritt erfolgte sogleich: Wenn die Darstellung dieses spezifischen Massakers falsch ist, stimmt die gesamte These und der gesamte Interpretationsansatz der „neuen Historiker“ nicht.

Extrem war in diesem Zusammenhang der Fall des Studenten Teddy Katz, der unter

⁷ Vgl. Shabtai Beit-Zvi: Post-Ugandan Zionism on Trial: a study of the factors that caused the mistakes made by the Zionist movement during the Holocaust, Tel Aviv 1991 (engl. Übersetzung des hebräischen Originals, Tel Aviv 1977).

⁸ Baruch Kimmerling, der Soziologe, hatte sein Lebenswerk im folgenden Buch zusammengefasst: Immigrants, Settlers, Natives. The Israeli State and Society between Cultural Pluralism and Cultural Wars. Tel Aviv 2004. (hebr.)

Betreuung des „neuen Historikers“ Ilan Pappé seine Magisterarbeit über die Schlacht von Tantura, einem Küstendorf unweit von Haifa, im Jahr 1948 verfasst hatte und aufgrund von mündlichen Überlieferungen der Oral History dort ein Massaker festgestellt haben wollte. Katz wurde wegen Verleumdung vor Gericht gezogen und verlor den Prozess – auch Richter konnten sich nur schwerlich mit dem Ansatz der „neuen Historiker“ anfreunden. Zudem wurde seiner Magisterarbeit die Anerkennung abgesprochen. Dass eine Magisterarbeit zum *corpus delicti* wird, ein Student sich wegen seiner historiographischen These Morddrohungen ausgesetzt sieht und während des juristisch-akademischen Streits auf die Tätigkeit des Beklagten als Friedensaktivist und auch auf die Zugehörigkeit seines akademischen Mentors zur Gruppe der „neuen Historiker“ hingewiesen wird, zeigt, wie brisant und politisch akut die Debatte um die „neuen Historiker“ damals gewesen war, wie existenziell ein Historikerstreit in Israel anmutet. Seinen Höhepunkt erreichte der Fall Katz Ende 1999.⁹ Eine Fortführung der Kontroverse nach Beginn der zweiten Intifada versiegte dann allerdings wie der gesamte Streit um die „neuen Historiker“ überhaupt unter dem Eindruck der neuen Ereignisse und einem Abflauen des Diskussionsstoffes rasch seinem Ende zuzuging. Nach Beginn der zweiten Intifada brauchte man den historiographischen Diskurs nicht mehr, um zu belegen, dass „die Araber“ – und seit dem 11. September 2001 „die Muslime“ – insgesamt, nicht „die Juden“ grausame Täter sind. Dabei wäre es vom Standpunkt des Historikers gesehen ausreichend gewesen, bei der Erörterung der Vertreibungspraxis Israels im Jahr 1948, darauf hinzuweisen, dass der Unabhängigkeitskrieg erst drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stattfand, zu einer Zeit, als die Idee der Massenvertreibungen eher legitim und keineswegs abwegig gewesen zu sein schien.

Als extrem, aber charakteristisch kann man auch die öffentliche Reaktion auf die Rolle der „neuen Historiker“ bei der Abfassung und wissenschaftlichen Beratung von Schul- und Lehrbücher bewerten. Als ein vom Erziehungsminister eingesetzter Ausschuss unter dem Vorsitz des Verfassers des vorliegenden Beitrags im Jahre 1995 die Geschichtslehrpläne für die Sekundarstufe I neu erarbeitete, erhob sich in der Öffentlichkeit ein heftiger Protest, weil angeblich die jüdische Geschichte im

⁹ Vgl. dazu: Ilan Pappé: „Die Katz und Tantura Affäre. Geschichte, Geschichtsschreibung, Gerichtsbarkeit und Akademie“, in: *Theoria U'bikoret* 20 (2002). (hebr.)

Vergleich zur allgemeinen Geschichte im Lehrplan zu kurz komme und die zionistischen Dogmen nicht oder nicht ausreichend vertreten seien. Vor allem aus den Kreisen religiöser Israelis erhob sich der Vorwurf, im neuen Lehrplan werde der jüdisch-israelische Sonderweg umgangen: Das Thema des Zionismus werde im Problemkreis des Nationalismus angeboten, der Antisemitismus unter Rassismus behandelt und der Holocaust allgemein als Genozid eingeordnet. Das empfand man in diesen Kreisen als Geschichtsfälschung, als historiographische Assimilation.

In diesem Zusammenhang erschien ein vom Tel Aviver Geschichtspräsident Eyal Nave für die neunte Klasse verfasstes Schulbuch, in dem der Mythos von der zahlenmäßigen Überlegenheit der arabischen Kämpfer im Krieg von 1948 widerlegt wurde. Zwar hatte bereits ein Jahrzehnt nach der Staatsgründung selbst die offizielle Darstellung¹⁰ des Krieges zugegeben, dass die Zahl der Kämpfer auf arabischer Seite eigentlich kleiner gewesen war als auf israelischer Seite. Aber der Mythos von Kampf Davids gegen Goliath konnte schon damals unbeschadet weiter bestehen und galt als unantastbar. Nach dem Wahlsieg des „linken Verzichtspolitikers“ Ehud Barak im Jahre 1999 glaubten politische Institutionen, d.h. Parlament und Ministerium, allerdings Anlass genug zu haben, um sich in die Diskussion einzuschalten, während in den Medien verbitterte Diskussionen über die Gefahr geführt wurden, der israelische Schüler angeblich ausgesetzt seien, weil „neue Historiker“ offenen Zugang zu den Schulen hatten.

Ein zweites Element im Fundament des israelisch-zionistischen Selbstverständnisses, an dem von „neuen Historikern“ gerüttelt wurde, war das Problem des Holocaust als ultimative Rechtfertigung nicht nur für die zionistische „Lösung der Judenfrage“, sondern auch für die zionistische Politik. Vierzig Jahre lang hatten selbst neue Befunde nicht zu neuen Schlussfolgerungen in diesem Problembereich geführt.¹¹ Dann aber wurden doch Fragezeichen gesetzt, vor allem in und durch Tom Segev's Buch „Die siebte Million“, das erstmals 1991 auf Hebräisch erschienen ist. Die „neuen Historiker“ hatten sich auch offen mit der Instrumentalisierung der Shoah durch die israelische Politik auseinandergesetzt, lange bevor Norman Finkelstein in Amerika in

¹⁰ Vgl. Israelisches Verteidigungsministerium (Hrsg.): Geschichte des Unabhängigkeitskrieges, Tel Aviv 1959, S. 69. (hebr.)

¹¹ Vgl. Dina Porat: Führung in der Falle: Der Jeschuw angesichts der Shoah, 1942-1945, Tel Aviv 1986 (hebr.); sowie Dies.: The blue and yellow stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945, Cambridge / Mass. 1990.

seinem Buch „Die Holocaust-Industrie“ sich dieses Themas annehmen sollte. Übrigens gilt auch meine Wenigkeit denjenigen, die die „neuen Historiker“ gerade wegen ihrer Haltung zur Shoah ablehnen, als ein typischer Repräsentant der postzionistischen „neuen Historiker“.¹² Gefährlich schienen „neue Historiker“ in erster Linie wirklich im Hinblick auf den Zusammenhang der Shoah zu sein, zunächst weil sie den Zionismus nicht als einzige, ja nicht einmal als die beste Lösung der „Judenfrage“ empfanden, und dann auch, weil sie der Haltung der zionistischen Führung während der nationalsozialistischen Epoche und später ihrem Umgang mit der Erinnerung an die Shoah im Staate Israel kritisch gegenüber standen. Ein an der religiösen Bar-Ilan-Universität tätiger Zunftshistoriker widmete sich dem Kampf gegen die Gefahr, die von den „neuen Historikern“ bei der Behandlung der Shoah ausgehe, sammelte akribisch alle Zeitungsausschnitte, die scheinbar auf diese Gefahr hinwiesen und erlaubte sich hierzu ein vernichtendes Urteil. Seine deklarierte Absicht war es, „gefährliche Abweichungen zu verhindern“¹³. Hinweise auf gemeinsame Interessen des deutschen Zionismus und der Machthaber des Dritten Reiches in den ersten Jahren des Regimes nach 1933 zählen bei ihm zu diesen Abweichungen. Darüber hinaus wurde jede historische Bemerkung in Bezug auf den Nationalsozialismus, die man als strukturellen Vergleichsversuch zwischen Nationalsozialismus und Zionismus auslegen könnte, bedingungslos zurückgewiesen. Ein ähnliches Vorgehen erwies sich auch als effektive Diskreditierungstaktik gegenüber „neuen Historikern“, die sich mit dem Thema des Nationalsozialismus oder mit Themen der deutschen Geschichte befassen.

Auch in diesem Zusammenhang wurde der Diskussionston aggressiver, als die Abfassung von Schulbüchern auf die Tagesordnung kam. Besonders heftig war die von „alten Historikern“ initiierte und von Parlament und Medien schwungvoll aufgenommene Kritik gegen ein Schulbuch, das von einem jungen Kollegen von der Hebräischen Universität Jerusalem verfasst worden war.¹⁴ Hier richtete sich der Vorwurf vor allem gegen die Unterbelichtung des Warschauer Ghetto-Aufstands sowie gegen eine fotografische Aufnahme von Auschwitz-Überlebenden, die nicht

¹² Vgl. Dan Michman: „Die Forschung über Zionismus und Shoah“, in: Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht: Konzeptualisierungen, Terminologie, Anschauungen, Grundfragen, Hamburg 2002, S. 312-335.

¹³ Michman (wie Anm.12), S. 327.

¹⁴ Vgl. Dan Jacoby: Ära der Veränderungen, Jerusalem 2000. (hebr.)

abgemagert genug aussahen. Auch die zufällige Positionierung einer Hitler-Fotografie gegenüber einer Buchseite, auf der die Geschichte einer anti-britischen, rechtsorientierten jüdischen Terrorgruppe der vorstaatlichen Zeit erörtert wurde, war Ziel der aufgeregten Kritik. Diese Attacke der Wächter der zionistischen historischen Wahrheit fand nicht zufällig am Ende des 20. Jahrhunderts statt.

Paradox war, dass mitten im Ringen um den alten Mythos vom Befreiungskrieg und um die „richtige“ Auslegung der jüdischen und israelischen Geschichte insgesamt unbemerkt doch eine Revision der historiographischen Bilder stattfinden konnte: Die gesamte zionistische Geschichte, die ja auf einer säkularen Grundlage stand, wurde vor allem seit der oben erwähnten politischen Wende von 1977 intensiv mit religiösen Elementen angereichert und gewissermaßen von der Religion vereinnahmt. Die Hebräische Bibel und die jüdische Religion wurden mehr und mehr in den Vordergrund der Geschichte geschoben und zwar auf Kosten der Werte der Aufklärung, die integrale Bestandteile des klassischen Zionismus gewesen waren. Anders als die so genannte post-zionistische Schule, von der in unserem Zusammenhang die Rede ist, konnte sich diese religiöse Art der „neuen Interpretation“ zionistischer Geschichte ganz offiziell etablieren. Diese „neue Historie“ ist keine bloß vorübergehende Episode gewesen. Etablieren konnte sie sich allerdings deswegen ohne jeglichen Widerstand, weil es seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 ohnehin zu einer schleichenden Romantisierung der Politik und der Staatsideologie sowie ihrer Durchsetzung mit religiösen Positionen gekommen war. Dieser Ansatz wurde nicht nur von Nationalisten und religiösen Gruppen propagiert, sondern nun auch von vielen liberalen und vormals sozialistisch orientierten Menschen akzeptiert.¹⁵

Der deutsche Leser konnte sich bereits im Jahr 2000 vom Stand des Streits ein Bild machen, als eine repräsentative Sammlung von Aufsätzen der „neuen Historikern“ in deutscher Sprache erschien.¹⁶ Mehr noch: Dieser unter dem Titel „Historikerstreit in Israel“ publizierte Band kam zur richtigen Zeit in die Hände der Leser, nämlich kurz vor der Wende, die praktisch das Ende der „neuen Historiker“ und der Debatten einleitete. Das Scheitern der Camp-David-Verhandlungen zwischen Palästinenser-

¹⁵ Vgl. dazu: Moshe Zimmermann: Post-Zionisten und Post-Zionisten, in: Adi Offir (Hrsg.): 50 nach 48, Jerusalem 1998. (hebr.)

¹⁶ Barbara Schäfer (Hrsg.): Historikerstreit in Israel: die „neuen“ Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 2000.

Präsident Yassir Arafat, Israels Ministerpräsident Ehud Barak und US-Präsident Bill Clinton im Juli 2000 sowie die darauf im September 2000 einsetzende zweite Intifada haben die israelische Gesellschaft derartig traumatisiert, dass sich die Diskussion um die Thesen der „neuen Historiker“ fortan schlichtweg erübrigte. Die revisionistische zionistische Historiographie wurde von der Mehrheit der Bevölkerung einfach als widerlegt empfunden. Angeblich hatte man den Weg zurück zur altbewährten historischen Wahrheit gefunden: Die Araber trügen an allem die Schuld, am Krieg von 1948 wie an der zweiten Intifada. Die Vertreibung 1948 sei das logische Resultat der arabischen Ablehnung des Staates Israel (oder auch die Vergeltung für die Zusammenarbeit zwischen Hitler und Haj Amin, dem Mufti von Jerusalem, während des Zweiten Weltkrieges), und auch in Zukunft werde ein Transfer der arabischen Bevölkerung aus dem Lande Israel/Palästina eine unumgängliche Lösung sein.

Die Szene in Israel hatte es bereits im Oktober 2000 gezeigt – die politische Mitte, aber auch die meisten der sich bisher dem linken politischen Lager zurechnenden Bürger hatten sich auf Antrieb mit Ausbruch der zweiten Intifada rechten Positionen zugewandt und ihre Hoffnung auf eine Verständigung mit den Palästinensern aufgegeben. Damit war aber auch die Gefahr beseitigt, die angeblich in der „neuen Historie“ für die Standhaftigkeit der zionistischen Historiographie und ihre Selbstwahrnehmung bestanden hatte und die in der Folge auf eine Korrektur der traditionellen Politik der Härte hätte hinauslaufen können. Man hatte die Angst vor der „neuen Historie“ verloren und konnte zur „alten historischen Wahrheit“ zurückkehren. Als Benny Morris nach dem Jahr 2000 in Zeitungsinterviews eine diametral entgegengesetzte Schlussfolgerung als Historiker zog, ohne seine Befunde an sich zu korrigieren, ging das Kapitel der „neuen Historiker“ rasch seinem Ende entgegen. Es gibt nichts Überzeugenderes als einen Renegaten. Für den bereits Ende 2000 geschlagenen kompromissbereiten linken Flügel der israelischen Gesellschaft war Morris' Interview in der Zeitung „HaAretz“ vom 6. Januar 2004, in dem er eine Meinungswende um 180 Grad gegenüber einem Interview in derselben Zeitung zehn Jahre zuvor vollzog, ein *coup de grace*: Die Vertreibung der Araber 1948 sei, so Morris im Jahre 2004, kein Verbrechen gewesen, sondern eine Notwendigkeit: „Hätte Ben-Gurion alle Araber aus Palästina vertrieben, hätte er Israel für immer stabilisiert.“ Der Renegat hat seine Befunde damit keineswegs geleugnet, allein die interpretative

Schlussfolgerung wurde von ihm einer Revision unterzogen. Und dem Publikum war es genug: Es wollte nicht unbedingt die alten faktischen Wahrheiten, die der „neue Historiker“ Morris in den 1980er Jahren widerlegt hatte, noch einmal in Geltung gesetzt sehen, vielmehr reichte eine Wiederherstellung des Gefühls der Selbstgerechtigkeit der Öffentlichkeit vollkommen aus. So konnte man jetzt zugeben: Ja, wir haben Araber vertrieben, dies muss nicht mehr verheimlicht werden; denn in Wahrheit war diese Vertreibung notwendig, ja moralisch vertretbar. Dabei geht es aber nicht nur um Vergangenes – für Morris wie für sein Publikum steht eine Vertreibung von Arabern aus Palästina auch heute noch als politische Möglichkeit auf der Tagesordnung.¹⁷

Die Diskussionen gingen zwar auch nach 2000 weiter, verloren jedoch an Schärfe und Effekt. Sie beschränkten sich fortan vornehmlich auf die Universitäten und erreichten nicht mehr die Medien. Die Ablehnung der vermeintlich äußerst zuvorkommenden Friedensangebote Ehud Baraks an Yassir Arafat im Juli 2000 wurde nicht nur als Beweis für den mangelnden Willen der Palästinenser, nach den Osloer Abkommen von 1993 mit Israel in Frieden zu leben, gewertet, sondern auch dafür, dass Palästinenser eigentlich auch zuvor niemals an einem friedlichen Nebeneinander mit den Zionisten interessiert waren und auch in Zukunft ihre Grundhaltung nicht aufgeben werden. Somit wurde die Kritik der post-zionistischen Historiker an dem Verhalten des zionistischen Establishments quasi automatisch und endgültig irrelevant. Dementsprechend galten nach 2000 zum Beispiel auch Zweifel an der Richtigkeit des Mythos von der zahlenmäßigen jüdischen Unterlegenheit im Krieg von 1948 gegenüber einer überlegenen arabischen Mehrheit nicht mehr als Provokation, denn das Bild Israels als eines gegen Goliath kämpfenden Davids hatte sich als immun gegen das gegenteilige Image erwiesen. Wäre der Sammelband „Die Wenigen gegen die Vielen?“ nicht 2006¹⁸, sondern 1990 oder 1996 erschienen, hätte er gewiss Stoff für eine hitzige Debatte geboten. Als Benny Morris im Jahre 1990 eine entsprechende These vertreten hatte, war er unter heftigen Beschuss geraten.¹⁹ Im Jahr 2006 konnte die israelische Gesellschaft dieses Buch jedoch ebenso gelassen hinnehmen wie dreißig Jahre zuvor ähnliche, als exotisch geltenden Thesen. Nicht einmal der Aufsatz

¹⁷ Ari Shavit: „Interview mit Benny Morris“, in: „HaAretz“, 6. Januar 2004. (hebr.)

¹⁸ Alon Kadish / B. Z. Kedar (Hrsg.): Die Wenigen gegen die Vielen. Jerusalem 2006. (hebr.)

¹⁹ Vgl. Benny Morris: 1948 and After: Israel and the Palestinians, Oxford 1990.

Josef Hellers über die Rolle David Ben-Gurions bei der intentionellen Bildung dieses Mythos galt als Provokation. Die mittlerweile zu einer Mehrheit gewordene israelische Rechte ist sich außerordentlich sicher geworden, die ehemalige „Linke“ bekehren und ihre eigene Ideologie ungestört zur allgemein vorherrschenden Doktrin werden lassen zu können. Schützenhilfe kam aus einer unerwarteten Ecke: Der Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 und die hysterische Reaktion von George W. Bushs Amerika schienen nicht nur im Nachhinein den harten anti-palästinensischen Kurs der israelischen Politik zu rechtfertigen – der palästinensische Terror wurde schlicht als Ableger des islamistischen Al-Kaida-Terrors dargestellt – , sondern auch die historischen Wurzeln des Konflikts konnten nun in Ordnung gerückt werden: Wenn es keine Alternative zum Konflikt gebe, dann waren und sind alle Friedensversuche ohnehin zum Scheitern verurteilt. Durch die Ereignisse des 11. September 2001 wurde die Metapher vom Terror-Goliath in Israel zusätzlich verankert; Zweifel an der ewigen Wahrheit des Kampfes Israels als David gegen die verschiedensten Riesen können nun angeblich einfach nicht mehr aufkommen.

Wie bereits betont bieten nicht nur Kapitel aus der modernen Geschichte des jüdischen Volkes Zündstoff für die Debatten zwischen den verschiedenen israelischen Historikerschulen. So widmete sich Yehoshafat Harkabi, ein israelischer General, der nach 1967 Professor für Politologie geworden war, zwar vor allem der Erforschung des arabisch-israelischen Konflikts. Die Gemüter aber bewegte Harkabi mit seinem 1982 erschienenen Buch „Das Bar-Kochba-Syndrom“, in dem er den jüdischen Aufstand der Jahre 132 bis 135 n.d.Z. gegen die Römer analysierte, um ihn als Warnung gegen die aktuelle israelische Politik zu funktionalisieren.²⁰ Der „Freiheitskämpfer“ Bar-Kochba war eine zentrale Symbolfigur zionistischer Historiographie. Der von ihm angeführte Aufstand gegen die römische Fremdherrschaft im antiken Judäa im 2. Jahrhundert n.d.Z. galt als Verkörperung der zionistischen Vision vom kampfbereiten Volk. Harkabis Anspielung auf die Aussichtslosigkeit des Aufstandes – er endete letztlich für die in Judäa lebenden Juden mit einer Katastrophe – war ein Dorn im Auge der Anhänger des alten zionistischen

²⁰ Yehoshafat Harkabi: *The Bar Kochba Syndrome. Risk and Realism in International Relations*, New York 1983.

Geschichtsbildes, und zwar nicht nur weil hier der Mythos der Antike zerstört wurde, sondern weil dabei zwangsläufig die gesamte Politik des Zionismus zur Verurteilung kam. Man kann „Das Bar-Kochba-Syndrom“ im Nachhinein als Auslöser der „neuen Historie“ betrachten. Wäre Harkabis Arbeit fünf Jahre später erschienen, hätte man den Verfasser zweifellos zu den „neuen Historikern“ gezählt. Nach dem 11. September 2001 und bis in die Gegenwart hinein, in der Israel sich nicht allein wie in der Antike gegen die einzige Weltmacht erheben muss, sondern vielmehr engster Verbündeter und Satellit dieser Macht ist, verliert der von Harkabi unternommene Vergleich ebenso wie die Herausforderung der „neuen Historiker“ insgesamt seine provozierende Wirkung.

Nicht weniger anfällig für Kontroversen scheint auch immer wieder ein noch früheres Kapitel aus der Geschichte des jüdischen Volkes zu sein – die biblische Epoche. Die Archäologen Zeev Herzog und Israel Finkelstein²¹, die 1999 ihre Thesen von der Diskrepanz zwischen biblischer Überlieferung und historischer Realität dem israelischen Publikum in einem Zeitungsinterview²² präsentierten, haben ebenso wie Harkabi oder Pappe an den ewigen Wahrheiten des Zionismus gerüttelt. In dieser Debatte ging es letztlich um die Bibel als Wegweiser für das moderne Israel, vor allem nach 1967. Aber auch der Effekt dieser These wurde nach 2000 aus den bereits angesprochenen Gründen reduziert. Allerdings kann diese Art von „neuer Historie“ trotz alledem in Zukunft weiterhin für akademischen und publizistischen Wirbel sorgen, weil hier zum einen die Grundsätze eines gegenwärtig religiös gefärbten Zionismus und zum anderen die Grundwerte des religiös-orthodoxen Judentums überhaupt angegriffen und hinterfragt werden. Das Reizpotential ist in diesem Zusammenhang noch nicht erschöpft. Hier scheint der Kampf um angeblich ewige Wahrheiten immer noch ein Kampf um die Existenz zu sein.

²¹ Zeev Herzog: *Archaeology of the city: urban planning in ancient Israel and its social implications*, Tel Aviv 1997; Israel Finkelstein / Neil Asher Silberman: *The Bible unearthed: archaeology's new vision of ancient Israel and the origin of its sacred texts*, New York 2000.

²² „Die Bibel - Keine sichtbaren Befunde“, in: *HaAretz*, 29. Oktober 1999. (hebr.)

Eike Hennig

**Antisemitismus:
links, rechts und in der Mitte**

Antisemitismus, so fasst eine semantisch angelegte Studie zusammen, ist ein Syndrom von Einstellungen mit demokratischen wie extremistischen Anbindungen. Zum Bündel der Meinungen gehören die stilisierte Überhöhung von Macht bzw. Reichtum der Juden (wovor die Welt beschützt bzw. gereinigt werden müsse), die Umkehr der Täter-Opfer-Beziehung, die Schuldabwehr und der als Reinigung bzw. Rettung verkehrte Tötungs- bzw. Vernichtungswunsch, aktueller mündet dieses Syndrom in Antiamerikanismus und die Feindschaft gegen Israel ein.¹ Diese erste Umschreibung findet sich auch in den Fragen, mit denen Antisemitismus gemessen werden soll: Juden sind selbst schuld, die Opfer werden ob ihrer Eigenschaften für die (Un)Tat (mit)verantwortlich gemacht, Juden haben zuviel Macht, Juden erpressen mit ihrer Geschichte.² Grundlage für die Untersuchung solcher Einstellungen ist der Allbus 2006, ein repräsentativer Datensatz.

Seit 1980 erscheint alle zwei Jahre die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus³) als repräsentative, neben allgemeinen Angaben jeweils einem Sonderthema gewidmete Meinungsumfrage. Seit 1991 werden die Bewohner der neuen Bundesländer einbezogen (wobei die stereotype Unterscheidung von Ost und West hier nicht verfolgt wird). Die Daten stehen, benutzergerecht aufbereitet, allen Interessenten zur Verfügung und bilden die Grundlage der folgenden Sekundäranalyse. Geschichtswissenschaft, vor allem wenn sie sich auch Geschichtspolitik zuwendet, sollte hieran nicht kategorisch vorbeigehen, selbst wenn die Tiefe solcher Datenanalysen nicht überschätzt werden darf. Für Dokumentenstudien, Inhaltsanalysen und Interviews öffnen sich in Verbindung mit einer Datenexploration vielfältige, nunmehr begründbare Perspektiven. Die

¹ Vgl. Klaus Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus, Hamburg 2005, S. 112.

² Vgl. Fragen und Häufigkeitsauszählungen von Allbus 2006 im Text und Anhang.

³ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/ALLBUS> und besonders <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/>. Bei der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) finden sich alle Angaben zum Allbus; der Fragebogen kann dort eingesehen, die Daten können heruntergeladen werden. Als Kurzinformation zum Allbus 2006 vgl. <http://www.gesis.org/Datenservice/ALLBUS/Daten/all2006.htm#ethnozentrismus>

Darstellung von Geschichtsbildern bzw. historischer kollektiver Deutungsmuster bedarf auch einer auf Umfragedaten gestützten Datenanalyse.

Im Zentrum steht ein Aspekt des Zusammenwirkens eines zeitgeschichtlichen Urteils, nämlich des Schlusstrichs unter die NS-Vergangenheit, mit kollektiven Urteilen über Juden und Fremde. 2006 wird bei 3.421 zufällig ausgewählten Befragten (1.122 in West-, 2.299 in Ostdeutschland) weitgehend ein Modul „Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen“ des Allbus 1996 wiederholt. Die von März bis August 2006 erhobenen Daten⁴ markieren den Ausgang einer teils deduktiven, mehr aber induktiv-explorierenden, von den Daten ausgehenden Studie, die nach Zusammenhängen und Binnendifferenzen von Antisemitismus fragt. Vergleichend wird ein deskriptiv angelegter Bericht zum Allbus 1996 herangezogen⁵, während auf eine Replikation der 1996er Studie, auf die Anwendung der Modelle für 2006 ebenso wie auf die Auswertung der Allbus-Datenkumulation von 1980 bis 2006 verzichtet wird.

Bewusst beschränkt sich die Untersuchung auf die Bundesrepublik. Zwar soll es einen neuen, islamistischen Antisemitismus geben, mag sein (Klaus Holz lehnt dies ab⁶), aber gerade ältere, nationale und innenpolitische Spielarten verbergen Geheimnis und Peinlichkeit des „demokratischen Antisemitismus“ – eines Antisemitismus, der in der demokratischen Öffentlichkeit geäußert wird und werden kann. Klaus Holz personalisiert diese „Judenfeindlichkeit“ am Beispiel von Jürgen W. Möllemann (FDP), Martin Hohmann (vormals CDU) und Martin Walser.⁷ Hier geschieht dies auf Grundlage der Umfrage 2006 durch Differenzierung von Antisemitismus auf der Rechts-links-Skala. Bezogen auf die Datenanalyse sei zum Stichwort „demokratischer Antisemitismus“ und Sonntagsfrage vorab mitgeteilt: Antisemiten insgesamt präferieren Republikaner und NPD, wenden sich von den Grünen ab; die Gruppe rechtseingestellter Antisemiten möchte überzufällig, d.h. statistisch signifikant und bedeutsam die Unionsparteien wählen; die Antisemiten der Mitte beabsichtigen signifikant die Wahl der FDP, linke Antisemiten bevorzugen PDS und SPD. Jede

⁴ Alle Angaben im Text und den Anmerkungen ohne weitere Hinweise beziehen sich auf den Allbus06.

⁵ Vgl. Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Richard Alba u.a. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde?, Wiesbaden 2000, S. 401-438.

⁶ Es gäbe keine neuen semantischen Aspekte betont Holz (wie Anm. 1), besonders. S. 11ff.; Vgl. auch Doron Rabinovici u.a. (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Frankfurt a. M. 2004.

⁷ Vgl. Holz (wie Anm. 1), S. 66ff.

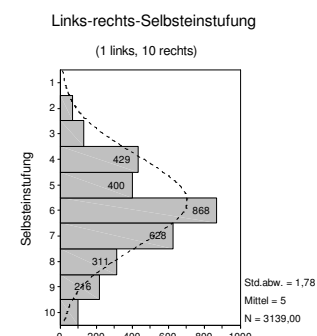
Spielart findet ihre Partei, den Skandal „Judenfeindlichkeit“ im demokratischen Gewand scheint es zu geben (was empirisch-analytisch weiter zu beweisen sein wird).

Die Ausgangsbeobachtung

Während im Allbus 2006 die Selbsteinstufung der Befragten auf der Rechts-links-Skala (mit einer leichten Verteilungsschiefe nach rechts⁸) weitgehend einer Normalverteilung folgt⁹, ist auffällig, dass sich bestimmte Einstellungen (wie insbesondere Antisemitismus und der Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit) sowohl bei links wie rechts sich selbst einstufoenden Personen zu finden sind. Die nach dem Ondit nur rechts verwendeten bzw. (gerade seitens der Linken) rechten Personen zugesprochenen Einstellungen finden Anhänger über das gesamte Spektrum von links nach rechts. Zwar gibt es Tendenzen nach rechts, aber die linken Anteile z.B. von Personen, die einen historischen Schlussstrich ziehen wollen und die antisemitischen Einstellungen zustimmen, ist nicht zu übersehen.

LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG, BEFR.

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	LINKS	65	1,9	2,1	2,1
	2	127	3,7	4,0	6,1
	3	429	12,5	13,7	19,8
	4	400	11,7	12,7	32,5
	5	868	25,4	27,7	60,2
	6	628	18,4	20,0	80,2
	7	311	9,1	9,9	90,1
	8	216	6,3	6,9	97,0
	9	58	1,7	1,8	98,8
	RECHTS	37	1,1	1,2	100,0
Gesamt		3139	91,8	100,0	
Fehlend	KEINE ANGABE	282	8,2		
Gesamt		3421	100,0		



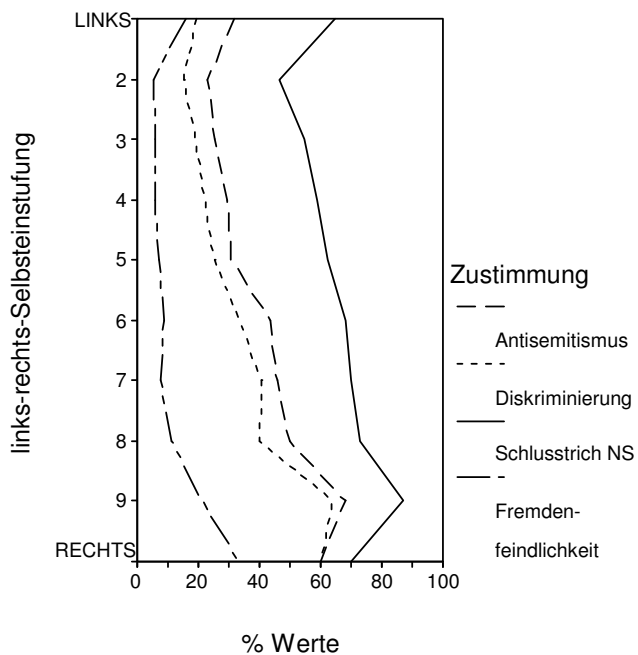
Der normaler verteilten Selbsteinstufung als rechts oder links entspricht die Verteilung „anstoßiger“, allgemein rechts eingeordneter Einstellungen nicht. Diese Beobachtung

⁸ Es gibt mehr Personen (knapp 7 %), die sich von der Mitte nach rechts hin einordnen. Selbst Mitte-Links (12 %) stufen sich weniger Personen ein als Mitte-Rechts (18 %).

⁹ Bei einer Skale von 1 (links) bis 10 (rechts) liegt der Mittelwerte bei 5,13, der Modus und der Median liegen bei 5. Die Schiefe beträgt ,109, die Kurtosis -,021, die Verteilung folgt somit fast der symmetrischen Normalverteilung (für die Schiefe und Kurtosis 0 betragen sowie Mittelwert, Median und Modul zusammenfallen).

steht am Anfang.¹⁰ 2006 gibt es einige überraschende Einstellungen: 30% teilen antisemitische Einstellungen, 30% empfinden keine Scham über das an Juden begangene Unrecht (aber 71% der Personen mit antisemitischen Einstellungen empfinden eine solche Scham), 59% meinen, es werde Zeit, unter die NS-Vergangenheit einen Schlusstrich zu ziehen. Der Zusammenhang zwischen Schlusstrich und Antisemitismus ist bedeutsam. Dennoch: Schlusstrich, Antisemitismus und Diskriminierung sind keineswegs nur Rechten zuzuordnen: Es gibt solche Bindungen nach rechts, vor allem zur Mitte, aber auch Anhänger im Personenkreis, der sich eher als links bezeichnet, wollen z.B. einen Schlusstrich ziehen. Von den Schlusstrichziehern ordnen sich 23% eher rechts, aber 17% auch eher links ein. Noch ein Beispiel: Es gibt sogar Linke, die stolz sind, ein Deutscher zu sein, wohingegen „nur“ 30 % dieses Personenkreises eher rechts eingestellt sind. Am häufigsten (mit 48%) findet sich der Nationalstolz bei Personen, die sich selbst zur Mitte zählen.

Zustimmung zu antisemitischen, fremdenfeindlichen und Ausländer diskriminierenden Items, Bereitschaft zum Schlusstrich unter die NS-Zeit

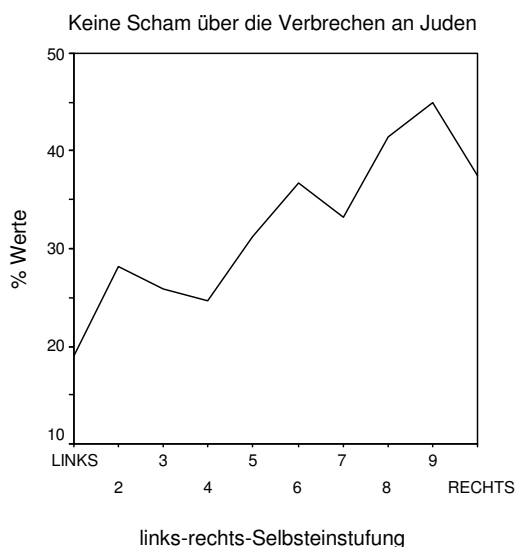


Legende: 33% der 60 sich ganz links einstuftenden Personen stimmen antisemitischen Aussagen zu, 63% wollen einen Schlusstrich ziehen; 54% der 32 sich weit rechts

¹⁰ Die 1996er Analyse streift diesen Tatbestand lediglich. Vgl. Bergmann / Erb (wie Anm. 5), S. 415f.

einordnenden Personen stimmen antisemitischen Aussagen zu, 74% dieser Gruppe sind für einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit; 15% der 61 sich ganz links einstuftenden Personen und 34% von 35 sich ganz rechts einordnenden Personen stimmen fremdenfeindlichen Äußerungen zu.

Diesem Schillern und dieser Irritation über die Verteilung kollektiver Vorurteile nach rechts und links gilt es nachzuspüren. Selbst einige der allgemein rechts zugeordneten Einstellungen bilden eigenartige Verbindungen nach rechts, zur Mitte und nach links. Schwindet damit die politische Eindeutigkeit? Selbst ein so eindeutig erscheinendes Item wie die Frage nach der Scham über die an den Juden von Deutschen begangenen Verbrechen weist mit 26% aller stärker links sich einstuftenden Personen einen nicht unerheblichen Grad an Verwirrung auf. Abermals stimmt die allgemeine Tendenz (37% der rechts eingestellten Personen stimmen zu), aber hinter dem vertrauten Durchschnitt stechen unerwartet linke Anteile hervor.



Die politische Spannweite, die sich mit „eigentlich“ rechts angebundenen Fragen und Einstellungen schon vor jeder eigentlichen Analyse verbinden lässt, leitet über zu den maßgeblichen Untersuchungsfragen:

Gibt es Antisemitismen der Rechten, der Mitte und der Linken? Besteht einen Zusammenhang mit der großen Gruppe derer, die einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen wollen? Unterscheidet sich Antisemitismus von Fremdenfeindlichkeit?

Struktur oder Kultur: Wie erklärt man Antisemitismen?

(Ver)alte(te) Beiträge erklären Einstellungen als abhängige Merkmale primär oder überhaupt der politisierten Sozialstruktur der Industriegesellschaft und ihrer Klassen als unabhängige Merkmale. „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen“, so formuliert Paul F. Lazarsfeld in der ersten modernen Wahlstudie diesen Ansatz.¹¹ Die ab 2002 mittlerweile (2008) in sechster Folge erscheinende Betrachtung „Deutscher Zustände“ als Manifestation „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (wozu u.a. Antisemitismus zählt) von Wilhelm Heitmeyer setzt auf „objektive Kontextbedingungen, individuelle Lebenslagen und deren subjektive Bewertungen“, die zugeordneten Konzepte wollen auf eine Erklärung von Einstellungen durch Einstellungen verzichten.¹² Gleichwohl wird das Maß an „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ vom Grad der „Anerkennungsbilanz“ bzw. von einer „Kultur der Anerkennung“ abhängig gemacht.¹³ Materielle Verhältnisse dominieren: „Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten.“¹⁴ (Antisemitismus spielt für die gut 130 Beiträge zur Beschreibung und Anklage der „Deutschen Zustände“ eine beiläufige Rolle, nur 6% der Artikel widmen sich aus dem Blickwinkel verschiedener Episoden diesem Thema.¹⁵) Seymour Martin Lipset¹⁶ – allerdings 1959 im Rahmen einer makrostrukturellen Betrachtung, keiner Individualdatenanalyse – folgt der strukturtheoretischen Ausrichtung, wenn er die Spielarten des Extremismus mit Strukturen und kollektiven Akteuren verbindet. Hier dagegen werden Erklärungswege

¹¹ Paul F. Lazarsfeld u.a.: Wahlen und Wähler, Neuwied / Berlin 1969 (Neudruck der 1.Auflage von 1944), S. 62.

¹² Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a. M. 2002; S. 27f., vgl. S. 37ff.

¹³ Heitmeyer (wie Anm. 12), S. 54.

¹⁴ Jürgen Mansel u.a.: Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 39ff. – Es handelt sich dabei um keine klare strukturelle oder kulturelle Sichtweise, wengleich normativ der Ausgang bei „gesellschaftlichen Lebensbedingungen“ gegenüber „individuellen Verarbeitungsformen“ gesucht wird. Kritisch vgl. Eike Hennig: Von Unterschichten und Leistungsindividualisten, in: Kommune 6 (2006), S. 39-43, hier S. 40f.

¹⁵ Insbesondere findet sich unter diesen Beiträgen keine Datenanalyse. Dazu Werner Bergmann / Wilhelm Heitmeyer: Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 224 – 238. Thema sind der Gegensatz von privat vorhandenen, sozial aber tabuisierten antisemitischen Einstellung und eine „Erosion der Kommunikationslatenz.“ Im Zentrum steht die abnehmende „Kommunikationslatenz“. Beiläufig (S. 231f.) findet sich hier die Ausdifferenzierung eines antisemitischen Items nach rechts, Mitte und links. Dem wird aber nicht nachgegangen.

¹⁶ Vgl. Seymour Martin Lipset: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, 1959, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln / Berlin 1967, S. 449- 491.

verfolgt, um Spielarten von Antisemitismus strukturell und kulturell zu untersuchen. (Die politische Fragedimension kommt auf Grund des Datensatzes zu kurz.¹⁷)

Die Untersuchungsfrage, ob es einen demokratischen Antisemitismus bzw. einen Antisemitismus der Rechten, der Mitte und der Linken gibt, verweist auf Lipset und dessen Darstellung der Entstehungs- und Durchsetzungsphase faschistischer Bewegungen (etwa bis 1933/34). Unter dem Eindruck politischer Ereignisse wie De Gaulles Rückkehr in die Politik, des Peronismus und der populistischen Bewegungen um Poujade und McCarthy bemüht sich Lipset 1959 um eine Klärung der Begriffe Faschismus und extremistische Bewegung. Seine Intention besteht darin, die extremistischen Bewegungen der Linken (Kommunismus, Peronismus), der Rechten (traditioneller Autoritarismus) und der Mitte (Faschismus) politisch zu unterscheiden und strukturell mit der Arbeiter-, Ober- und Mittelklasse zu verbinden. Die Spezifik eines jeden Extremismus wurzelt in seiner Soziologie; Lipset geht es um die sozialen Grundlagen politischer Bewegungen, die sich auf eine antidemokratische Überhöhung, den Extremismus, beziehen. Die faschistischen Bewegungen versteht er trotz ihrer Sammlungstendenz im Kern als den „Extremismus der Mitte.“¹⁸ Es ist bemerkenswert, dass in dieser Argumentation – nicht erst in der polit-ökonomischen Reduktion von 1968¹⁹ – Antisemitismus nicht als grundlegendes Merkmal des Faschismus bzw. der extremistischen Mitte angesehen wird. Zwar kritisiert Robert O. Paxton²⁰ Lipset, weil dieser die klassenübergreifende Sammlung faschistischer Bewegungen unterschätze bzw. nur die Frühzeit des Faschismus als System charakterisiere; auch Paxton hält es für problematisch, im Antisemitismus „das wesentliche Element des Faschismus“ zu sehen.²¹ Dies öffnet den Blick für die politische Spannweite antisemitischer Einstellungen in Verbindung mit rechten, aber auch linken und mittleren Positionen. Lipset und Paxton wird gefolgt, wenn das Syndrom Antisemitismus nach links, rechts und zur Mitte hin differenziert wird. Antisemitismus wird aus der Bindung an den

¹⁷ Leider fehlen im Allbus 2006 Fragen nach Demokratiezufriedenheit und dem Vertrauen in politische Institutionen. Vgl.: <http://www.gesis.org/Datenservice/ALLBUS/Daten/all2006.htm#ethnozentrismus>

¹⁸ Lipset (wie Anm. 16), S. 463.

¹⁹ Vgl. dazu Eike Hennig: Zum Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1988, S. 195ff.

²⁰ Vgl. Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus, München 2004. Paxton argumentiert von den Aktionen und Akteuren her, zu seiner „operationalisierbare[n] Kurzdefinition“ von Faschismus als Syndrom vgl. S. 319, zu den „mobilisierende[n] Leidenschaften“ (wozu Antisemitismus nicht gehören soll) vgl. S. 320.

²¹ Zur Kritik an Lipset vgl. Paxton (wie Anm. 20), S. 307, zur Zurückweisung von Antisemitismus als zentralem Definitionsmerkmal vgl. ebenda, S. 20, S. 374 - Anm. 35.

Faschismus gelöst. Als ein solches eigenes Syndrom bleibt er mit seinen Spielarten, die nach der Abkopplung vom Faschismus erkenntlich werden, ein Deutungsmuster der Diskriminierung und Verurteilung von Juden und des Jüdischen – ein Muster mit Spielräumen für die Verbindung mit verschiedenen politischen Selbstzuordnungen eben auch nach links. Die an Lipset angelehnte Differenzierung von Antisemitismen, wie sie sich beim Blick in den Allbus-Datensatz 2006 darbietet, mündet in eine Untersuchung, die das kollektive Deutungsmuster Antisemitismus auch über Einstellungen analysieren möchte. Ziel ist Darstellung der Konfiguration demographischer Strukturmerkmale und Einstellungen um das Deutungsmuster Antisemitismus.

Wie wird Antisemitismus gemessen und untersucht?

Allbus verwendet 1996 und 2006 drei Meinungsätze, um Antisemitismus zu messen.²² Abgestuft von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll und ganz zu) wird ermittelt, inwieweit man den folgenden Aussagen kognitiv zustimmt oder nicht. Emotionale und aggressive Komponenten von Antisemitismus werden somit nicht erhoben. Gefragt²³ wird nach der großen Macht, dem Geld und der Vorteilsnahme der Juden sowie nach der Täter-Opfer-Umkehr:

„A Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss.

B (...)

C Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.

D Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig.“

Die drei Items laden faktoranalytisch auf einer Dimension, sie erschließen also – am stärksten qua Meinung zum jüdischen Einfluss – ein Syndrom Antisemitismus. Itemanalytisch weist die Kurzskala eine mittlere Korrelation von ,51 und ein

²² Zu den Fragen und Werten 1996 vgl. Alba (wie Anm. 5), S. 536.

²³ Vgl. Frage 50 (bzw. Variablen V170, 172, 173) der Dokumentation: Fragebogen Allbus 2006, TNS Infratest München – Befragungssysteme 2006 (82 S.). Unberücksichtigt bleibt die Meinungsäußerung B (V171) zur Scham über deutsche Untaten an Juden. Faktoranalytisch sprengt dieses Item zwar nicht die Eindimensionalität, aber es lädt negativ und verschlechtert die Varianzerklärung. Bezüglich der Reliabilität verschlechtert sich die Inter-Item-Korrelation mit V171 auf $r = ,18$, α beträgt dann nur noch ,49.

Cronbachs α von ,76 auf; die Skala ist somit bezüglich ihrer internen Konsistenz vertretbar (2006 noch etwas mehr als 1996²⁴). Im Folgenden wird aus den drei Meinungssätzen A, C und D ein ungewichteter²⁵, ebenfalls wieder siebenstufiger Summenindex gebildet, ab der fünften Stufe der Zustimmung wird ein antisemitisches Meinungssyndrom angenommen.²⁶ Dies entspricht 29,8% der Befragten.

Wilhelm Heitmeyers „Deutsche Zustände“ begreifen Antisemitismus „als feindselige Mentalität“, die sich gegen „die Menschen jüdischen Glaubens und ihre Symbole“ richtet.²⁷ Heitmeyer²⁸ bezieht sich auf die Items, die auch im Allbus zur Anwendung kommen. Er reduziert die Kurzsкала um die Vorteilsnahme, weil nur „zentrale Elemente“ erfasst werden sollen.²⁹ Ausgewiesen wird von Heitmeyer eine vierfache Skalierung, die Zustimmungen „eher“ und „voll und ganz“ bezeichnet er als den antisemitischen Teil der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.“ Auf dieser Grundlage stellt sich bis 2005/06 ein Rückgang des Antisemitismus dar.³⁰ Dem entsprechen 2006 (auf den Stufen 6 und 7) die Allbus-Ergebnisse. Der hier gebildete Antisemitismus-Index 2006 fällt höher aus, weil neben der fünften Stufe das stärker bejahte Item der Vorteilsnahme (mit seinem Verweis auf Walsers „Auschwitzkeule“, auf Finkelsteins „Holocaustindustrie“ bzw. auf Mearsheimers „Israel-Lobby“) eingeschlossen wird.

²⁴ Für 1996 vgl. Christian Lüdemann: Die Erklärung diskriminierender Einstellungen gegenüber Ausländern, Juden und Gastarbeitern in Deutschland, in: Alba (wie Anm. 5), hier S. 390f.; Bergmann / Erb (wie Anm. 5), S. 405. α_{96} beträgt ,74. Lüdemann prüft auch die nicht einbezogene Meinung B, die 1996 den Wert der Skala weniger tangiert als 2006 (S. 390).

²⁵ Anders als dies 1996 Bergmann / Erb (wie Anm. 5), S. 405 tun. Für eine Gewichtung – es sei denn eine faktoranalytische (wobei die drei Items sehr vergleichbar laden) – fehlt theoretisch wie empirisch jedes Wissen.

²⁶ Die fünfte Stufe erfasst im Schnitt der Items fast 10 %. Diese Gruppe einzubeziehen (anders als bei Alba – vgl. Alba (wie Anm. 5), S. 247ff., 405 – Anm. 4) ist ein Konstrukt, um nicht nur hardcore-Meinungen einzuschließen.

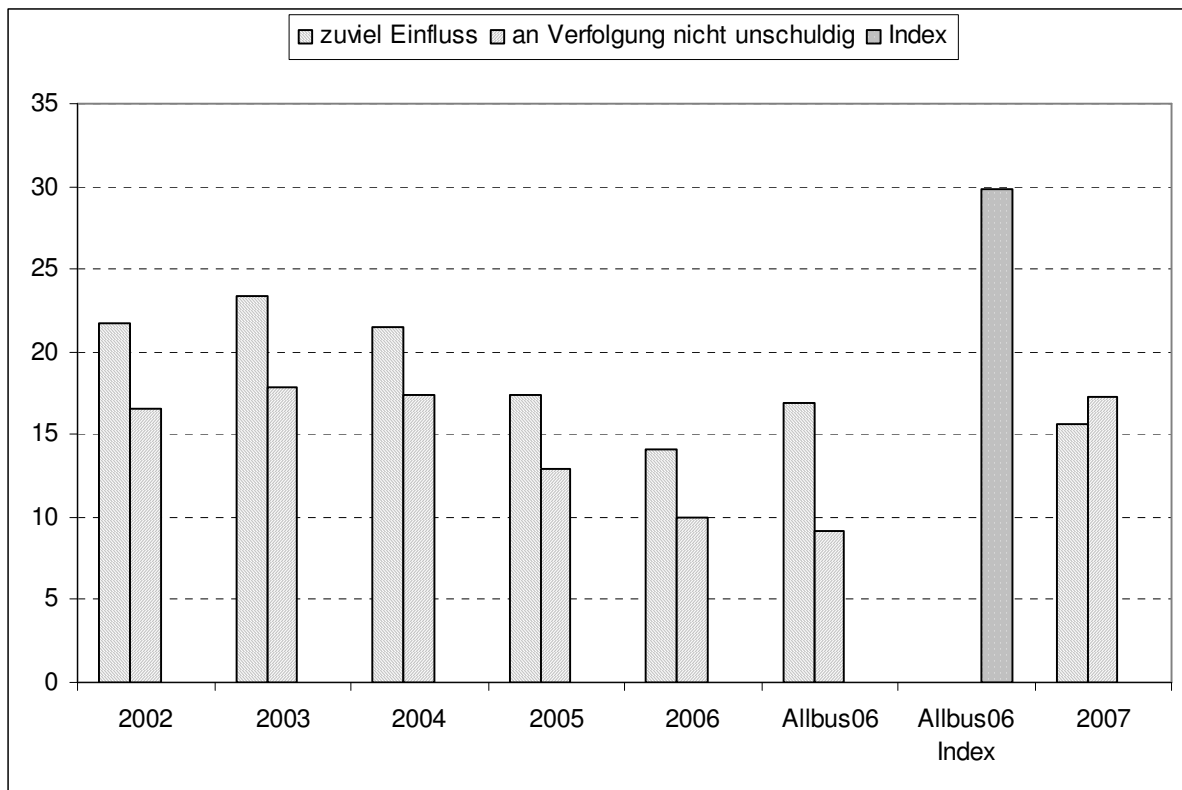
²⁷ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 19.

²⁸ Vgl. Heitmeyer (wie Anm. 12), S. 20.

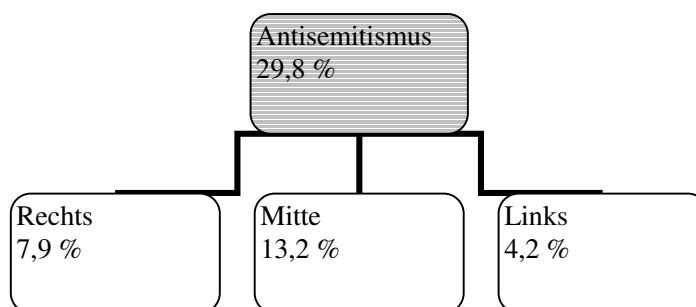
²⁹ Die schwächste Faktorladung zeigt allerdings das Item, Juden seien an der Verfolgung nicht unschuldig.

³⁰ Vgl. Heitmeyer (wie Anm. 27), S. 23. Dort treten deskriptiv drei Gruppen der Menschenfeindlichkeit hervor: Etabliertenvorrechte, Menschenfeindlichkeit – Hetero- und Islamophobie, klassischer Sexismus – Rassismus, Antisemitismus, Abwehr von Behinderten. – Ebenfalls gibt es einen Rückgang der Ausländerfeindlichkeit. Vgl. dazu Erich Wiegand: Zunahme der Ausländerfeindlichkeit?, in: ZUMA Nachrichten 31 (1992), S. 7-28; vgl. auch die Beiträge von Alba / Johnson, Wasmer / Koch, Terwey und Lüdemann in: Alba (wie Anm. 5).

Antisemitische Einstellungen (%): Heitmeyer 2002 – 2007 und Allbus06



Der Antisemitismusindex wird mit der Skala (von 1 [links] bis 10 [rechts]) der Selbsteinstufung der Befragten verknüpft. Als Aggregate lassen sich so die politischen Spielarten eines Antisemitismus der Rechten, Linken und Mitte finden. Die Selbsteinstufungen 1 bis 3 der Rechts-links-Skala bezeichnen die Linken; die Abstufungen 5 und 6 gelten als Mitte; die Stufen 7 bis 10 verweisen auf eine rechte Selbsteinstufung. Damit ist (näherungsweise) jeder vierte Linke, jeder dritte aus der sowieso rechtslastigeren Mitte und jeder zweite Rechte auch antisemitisch eingestimmt.



Diese antisemitisch eingestellten Gruppen werden zuerst beschrieben, um sie dann einer Regressionsanalyse zu unterziehen. Die bivariaten Beschreibungen ermitteln diejenigen strukturellen und kulturellen Zusammenhänge³¹, die eine dichte, statistisch überzufällige, d.h. signifikante Beziehung zur Charakterisierung der antisemitischen Gruppen aufweisen. So gefundene auffällige Merkmale werden sodann als unabhängige Variablen ausgewählt, um in Regressionsgleichungen die Beziehung der politisch-antisemitischen Aggregate, der abhängig gesetzten Merkmale, noch weiter beschreiben zu können.³²

Antisemitische Einstellungen als Deutungsmuster

Allen Spielarten von Antisemitismus neigen, um mit der Demographie zu beginnen, ältere Personen (≥ 60 J.) zu. Alle weisen ein Übergewicht an älteren Männern auf. Erstmals muss erwähnt werden, dass dies die antisemitischen Linken weniger charakterisiert.³³ Antisemitisch eingestellt sind überwiegend Personen mit niedrigem Bildungsgrad (CV = ,22), wiederum prägt dies die linken Antisemiten schwächer (CV = ,06 – Es gibt aber auch für diese Gruppe keinen Zusammenhang mit hohen Bildungsabschlüssen). Knapp die Hälfte aller Personen mit einem Volks- und Hauptschulabschluss weisen antisemitische Einstellungen auf. Bezüglich der Wohnortgröße, der subjektiven Schichteinstufung und dem als gerecht empfundenen Lebensstandard gibt es keine Auffälligkeiten, dies gilt auch für das politische Interesse. Hinsichtlich der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und Partei gibt es nur eine Auffälligkeit, denn rechts eingestellte Vertreter antisemitischer Einstellungen sind häufiger Mitglied einer Partei. Bis auf die linke Variante ist der antisemitisch

³¹ Gewählt wird das Zusammenhangsmaß Cramers V (CV). Es drückt auf einer Skala von 0 (kein Zusammenhang, Unabhängigkeit der Merkmale) bis 1 (direkte Entsprechung) die Beziehung der kategorial oder ordinalskalierten Daten in einer Kreuztabelle bzw. Zusammenhangsmatrix (contingency table) aus. CV ist ein über die Zellen der Matrix addierter Wert, in den einzelnen Feldern geben die Residuen (i.s. die Abweichungen der statistisch gleichverteilten, erwarteten Werte von den tatsächlichen Messwerten) Auskunft über einzelne Teilzusammenhänge. Wenn im Text Aussagen über inhaltliche Bezüge gemacht werden, bezieht sich dies auf die Betrachtung signifikanter, standardisierter Residuen und die anteilige Bedeutung entsprechender Zellen am CV. – Vgl. Steffen-M. Kühnel / Dagmar Krebs: Statistik für Sozialwissenschaften, Reinbek bei Hamburg 2001, S. 355f., zur Logik der Tabellenanalyse vgl. S. 343ff.

³² Zur Logik der Regression vgl. Kühnel / Krebs (wie Anm. 31), S. 385f., 606ff.

³³ Für diese Teilgruppe gelten die meisten Beziehungen zwar in derselben Ausprägung, aber in abgeschwächter Form.

eingestellte Personenkreis materialistisch orientiert, ohne eine besondere Benachteiligung oder Schlechterstellung zu empfinden.

Männliches Geschlecht, fortgeschrittenes Alter, niedrige Bildung und Materialismus ohne ein besonderes Ungleichheitsempfinden sind Merkmale, die die antisemitisch eingestellten Gruppierungen eher allgemein umschreiben. Das besondere Kolorit ergibt sich weniger aus Strukturdaten als vielmehr im Zusammenspiel mit weiteren fremdenfeindlichen, nicht universalistischen bzw. offen diskriminierenden Einstellungen. Wiederum unterscheiden sich antisemitisch eingestellte Personen nur geringfügig von der Allgemeinheit, wenn sie persönlich über einen Wirt, der keine Ausländer bedient, und einen Unternehmer, der zuerst Ausländer entlässt, urteilen. Signifikant ($CV = ,19$) ist lediglich ihr größeres Verständnis für Eltern, die ihrer minderjährigen Tochter den Kontakt mit einem Türken verbieten. Der allgemeine (toleranter) Tenor oder auch die Erwünschtheit färbt auf die Kognition der Antisemiten ab (was wiederum für die Ankopplung an Lipset und Paxton bzw. für die Entkopplung von Antisemitismus und Faschismus spricht). Semantisch deutlicher formulierte Items wie die der alltäglichen Diskriminierungsmuster durch den Wirt, die Eltern, den Unternehmer finden auch bei antisemitisch eingestellten Befragten weniger Zustimmung, um so mehr muss die allgemein hohe Zustimmung zum Schlusstrich-Argument herausgestellt werden.

Größtenteils lassen sich diese Syndrome als Ausgrenzung und Hierarchie zusammenfassen. Der von Allbus kognitiv gemessene Antisemitismus gehört zu dieser Konfiguration mit Ungleichheit, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.³⁴ Antisemitisch eingestellte Personen – bis auf die (weniger innenpolitisch orientierte) linke Spielart – zeichnen sich durch eine ausgeprägte Ablehnung von Fremden und deren Ungleichheit aus. Dabei gibt es seitens der Antisemiten keine besondere Kontakthäufigkeit mit Ausländern. Allerdings wird das Zusammenleben im Wohngebiet oft durch Reibereien beschrieben. Bemerkenswert ist eine eindeutige Diskriminierung von Ausländern durch antisemitisch eingestellte Personen. Dies bestimmt auch die Mitte und – wenngleich schwächer – die Linke.

³⁴ Hier zeigt sich eine Grenze des Allbus und seiner Instrumente. Gefragt wird nach Unterschieden, nach angenehmen bzw. unangenehmen Formen der Nähe und nach der Zustimmung zu Meinungen über Juden. Es dreht sich um kognitive Ansichten. Emotionalität und Aggressivität, wie sie Ideologien der Ungleichheit radikalisieren (Heitmeyer), bleiben unbekannt. Ob es jenseits des „demokratischen Antisemitismus“ eine besondere antisemitische Aggressivität gibt, lässt sich mit Allbus nicht feststellen.

Antisemitismus und Diskriminierung von Ausländern (CV, sign., $p \leq ,05$)

		Alle Antisemiten	Mitte	Rechte	Linke
Ausländer sollten	sich besser anpassen	,22	,13	,12	,10
sollte man	bei knapper Arbeit heimgeschickt werden	,18	,08	,13	,07
	jede politische Betätigung untersagen	,25	,14	,16	,09
sollten	unter sich heiraten	,17	,09	,12	,08

Definitionsgemäß lehnen antisemitisch eingestellte Personen Juden ab. Diese Antihaltung ist ausgeprägt, verbindet sich aber mit der gleich starken Ablehnung von Türken und Asylbewerbern als weiteren Antigruppen. Bezogen auf den Status der Deutschen fragt Allbus mehrheitlich deutsche Befragte hinsichtlich von Gruppen der Fremden nach dem Lebensstil, einer angenehmen bzw. unangenehmen Nachbarschaft oder Einheirat sowie nach gleichen Rechten. Diese Fragen beziehen sich auf Italiener, deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa, Asylbewerber, Türken und Juden. Als allgemeines Muster zeigt sich, dass besonders die Indikatoren der Nähe, nämlich des Zusammenlebens und der Einheirat, die Ablehnung illustrieren. Dies gilt für alle Befragten. Juden und Italiener brauchen ihren Lebensstil nicht zu ändern, man hat wenig gegen ihre Nähe; Türken und Asylbewerber sollten den Lebensstil ändern, man schätzt weder ihre Nachbarschaft noch eine Einheirat; Aussiedler werden am wenigsten als Kollektiv bewertet, sondern am ehesten differenziert betrachtet. Ausgehend von diesem allgemeinen Muster werden antisemitisch eingestellte Personen bezüglich ihrer Einstellung zu Juden, aber auch zu Asylbewerbern und Türken betrachtet. Alle drei Gruppen werden bis zur antisemitischen Mitte vergleichsweise ähnlich abgelehnt. Auffällig ist, dass Asylbewerber oftmals stärker diskriminiert werden als Juden. Die Ablehnung der Juden vertreten auch die antisemitischen Linken, bemerkenswert sind deren indifferente Einstellungen zu Türken und Asylbewerbern, die sie von anderen antisemitischen Gruppierungen unterscheiden.

Antisemitismus und Diskriminierung (CV, sign. $p \leq ,05$, ns = nicht sign.)

Item	Aussage	Kollektiv	Antisemitische Einstellungen			
			alle	Mitte	Rechte	Linke
Lebensstil	anpassen	Juden	,24	,13	,14	,09
		Asylbewerber	,26	,15	,14	,09
		Türken	,22	,10	,13	,10
Nachbarn	unangenehm	Juden	,27	,17	,12	,12
		Asylbewerber	,26	,17	,16	ns
		Türken	,23	,12	,14	,08
Einheirat	unangenehm	Juden	,29	,18	,16	,09
		Asylbewerber	,31	,19	,21	ns
		Türken	,27	,16	,19	ns
Rechtsgleichheit	keine	Juden	,25	,17	,11	,09
		Asylbewerber	,26	,17	,17	ns
		Türken	,24	,15	,15	ns

Legende: Es besteht ein Zusammenhang (CV = ,24): Alle antisemitisch eingestellte Personen bejahen die Aussage, Juden sollten ihren Lebensstil den Deutschen anpassen.

Bis auf die linke Variante sind antisemitisch eingestellte Personen stolz, ein Deutscher zu sein. Sie sind sich einig – weniger wiederum die Linken unter ihnen – in negativen Aussagen über Ausländer und in der Zustimmung zu diskriminierenden Meinungen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft, gleiche Sozialleistungen und das kommunale Wahlrecht für Ausländer werden abgelehnt, Zustimmung dagegen finden Äußerungen wie: Ausländer nehmen Arbeitsplätze weg, belasten das soziale Netz und den Wohnungsmarkt, sind häufiger Straftäter. Antisemitisch eingestellte Personen – bis auf die Linken – fühlen sich wegen der Ausländer fremd im eigenen Land (CV = ,29). Ausgeprägt ist die Verbindung mit dem Schlusstrichdenken (CV = ,26), wobei Juden seitens der Antisemiten eine Ausbeutung dieser moralischen Nachwirkung des Nationalsozialismus vorgehalten wird. 46% der Schlusstrich-Denker sind antisemitisch, 81% der antisemitisch Eingestellten wollen den Schlusstrich ziehen. Zugleich empfinden 42% der antisemitisch eingestellten Personen eine ausgeprägte Scham über das an den Juden begangene Unrecht (gegenüber 48% in der Gesamtbevölkerung). In das Schlusstrich-Denken ist die antisemitische Linke eingebunden (CV = ,08). Beide Deutungen, der Antisemitismus und der Schlusstrich, finden sich, hier schließt sich der Kreis von Struktur und Kultur, vor allem bei Männern und Personen mit niedriger Bildung.

Ja: Unter die NS Vergangenheit wird ein Schlussstrich gezogen	Alle Befragte %	Alle mit antisemitischen Einstellungen %
Alle	58,6	76,5
Männer	63,5	80,1
niedriger Bildungsgrad	76,4	84,1

Legende: Von allen Befragten bejahen 58,6% den Schlussstrich, von allen Personen mit antisemitischer Einstellung sind die 76,5%.

Antisemitismus als Historisierung

Mit den im bisherigen Untersuchungsgang gefundenen erklärungsstarken Charakterisierungen wird nun eine multivariate Schätzung der Spielarten antisemitischer Einstellungen vorgenommen. Alle Merkmale sind so umcodiert worden, dass die zentrale Tendenz (etwa die Einstellungen rechts, mittig, links) hervorgehoben wird, dichotom gegenüber der Referenz aller anderen Ausprägungen.³⁵ Die herangezogenen Merkmale sind untereinander vergleichsweise unabhängig. Die höchste Korrelation besteht zwischen der Bejahung zum Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und dem niedrigen Bildungsabschluss (Spearman Rho = ,31); im Schnitt ergibt sich bivariat ein Zusammenhang der Variablen zur antisemitischen Einstellung von CV = ,20. Von diesen Vorüberlegungen her wird ein Modell gebildet, das strukturelle und kulturelle Merkmale verbindet, um von ihnen auf die Spielarten antisemitischer Einstellungen schätzen zu können. Um die entsprechende Funktion (f) in folgendem Modell zu berechnen, werden logistische Regressionen gewählt.³⁶

³⁵ Z.B.: Volks- und Hauptschulabschluss = niedrige Bildung = 1, alle anderen Bildungsabschlüsse werden mit 0 codiert. Zu diesen Dummy-Variablen vgl. Kühnel / Krebs (wie Anm. 31), S. 571f.

³⁶ Als Verfahren wird die logarithmische Regression verwendet. Mit der Vorgabe Ward-Vorwärts gelangen nur signifikante Ausprägungen in die Gleichung. Interpretiert werden die Wahrscheinlichkeiten, wie die unabhängigen Merkmale mit der zu schätzenden, abhängigen Einstellung zusammenhängen. Im Zentrum stehen somit die Odds Ratios der Regressionsgleichungen als Verhältnisse von Wahrscheinlichkeiten. In einer Vierfeldermatrix a, b, c, d sind die Odds $O1 = a/b$ und $O2 = c/d$, die Odds Ratio ist $o1/o2$. Der Koeffizient bezeichnet die Änderung des abhängigen Merkmals, wenn das unabhängige um eine Einheit zunimmt. Die Merkmale sind recodiert, so dass die zentrale Tendenz mit 1, deren Abwesenheit mit 0 angegeben wird. Das Verhältnis lässt sich prozentual ausdrücken und ist somit gut zu interpretieren: $\Delta\% = (OR - 1) * 100$ (Fred C. Pampel: Logistic Regression, Thousand Oaks u.a. 2000, besonders S. 23). OR = 1,10 z.B. bedeutet, das Verhältnis gegenüber dem abhängigen Merkmal ist für den mit 1 kodierten Tatbestand um 10 % höher als für den Konterpart (Dummy = 0). Ein Verhältnis von 0,69 bedeutet, die Relation ist für die mit 1 kodierte Variante (gegenüber 0) um 31 % niedriger. – Vgl. Hans-Jürgen Andreß u.a.: Analyse von Tabellen und kategorialen

Antisemitismus = f (Struktur: Mann, Alter, niedrige Bildung / Kultur: Schlusstrich, Diskriminieren, fremd im eigenen Land)³⁷

Dieses Modell greift auch Gedanken von Lipset und Paxton auf, indem es den Rahmen der Strukturanalyse überschreitet. Vor allem werden in diesem multivariaten Modell gleichzeitig die Erklärungsanteile der induktiv bivariat erprobten Merkmale vergleichbar verbunden. Ihre Anteile an den Schätzungen bezüglich der verschiedenen politischen Gruppen antisemitischer Einstellungen lassen sich so beschreiben. Die Bedeutung kultureller Momente tritt hervor; die Besonderheiten der antisemitischen Aggregate werden fassbarer, wobei ein besonderes Augenmerk auf dem linken Antisemitismus liegt; die Güte der verschiedenen Regressionen lässt sich bestimmen, um Aussagen über weitere Untersuchungen zu machen.

Koeffizienten zur Erklärung der Antisemitismen³⁸

abh. Merkmale	Güte	unabhäng. Merkmale	Odds Ratio
Alle Antisemiten	Pseudo R ² = ,21	Mann	1,62
	% korrekt = 69,4	Alter	1,41
		n. Bildung	1,72
		Schlusstrich	2,83
		Diskriminierung	1,64
Mitte	Pseudo R ² = ,10	Fremd eig. Land	2,05
	% korrekt = 82,3	Mann	1,41
		n. Bildung	1,95
		Schlusstrich	2,15
rechts	Pseudo R ² = ,10	Fremd eig. Land	1,79
	% korrekt = 89,1	Mann	1,56
		Alter	1,89
		Schlusstrich	2,84
links	Pseudo R ² = ,03	Diskriminierung	1,91
	% korrekt = 94	n. Bildung	1,61
		Schlusstrich	2,13

Legende: Das vollständige Modell ist signifikant nur für die Schätzung aller antisemitisch eingestellten Personen. – Männer haben eine um 62% größere Wahrscheinlichkeit als Frauen, antisemitisch eingestellt zu sein. Wer dem

Daten, Berlin u.a. 1997, S. 141ff.; Scott Menard: Applied Logistic Regression Analysis, Thousand Oaks u.a. 1995; Tamás Rudas: Odds Ratios in the Analysis of Contingency Tables, Thousand Oaks u.a. 1998.

³⁷ Bezug sind F053, F009, F054, F021, F023, F031 – vgl. Allbus 2006 Fragebogen, S. 6, 15, 17, 26, 39.

³⁸ Pseudo R² verweist auf das Maß erklärter Varianz (max = 1 = 100 %). Die korrekt geschätzten Werte bezeichnen den Anteil der gemäß der Regression richtig geschätzten 0 und 1 Ausprägungen des abhängigen Merkmals. Lediglich im Falle aller Antisemiten kommt das Modell vollständig zur Anwendung. In allen anderen Fällen werden nur die signifikanten unabhängigen Merkmale aufgeführt.

Schlussstrich-Denken zustimmt, ist um 183% eher antisemitisch als diejenigen Personen, die keinen Schlussstrich ziehen. Dieses Modell legt 21% der Varianz fest und schätzt 69,4 % der Antisemiten korrekt.

Von den Strukturmerkmalen spielen die mit männlichem Geschlecht und niedriger Bildung verknüpften Wahrscheinlichkeiten die wichtigste Rolle. Rechte Antisemiten dagegen werden besonders mit dem hohen Alter verbunden. Gegenüber diesen Merkmalen überwiegen aber die Deutungen, vor allem die Bereitschaft zum Schlussstrich. Wer einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen will, neigt im Schnitt um mehr als 150% eher zu antisemitischen Einstellungen als diejenigen Personen, die keinen Schlussstrich ziehen wollen, „auch wenn seither einige Zeit vergangen ist“ (wie die Meinung lautet). Andererseits gibt es wechselseitig die Neigung vom Antisemitismus zum Schlussstrich, Antisemiten neigen diesem Gedanken herausragend zu. Die Güte der Modellrechnungen erscheint mit 80% korrekter Schätzungen der Antisemitismusausprägungen hoch, aber – außer im Falle aller Antisemiten – werden nur solche Fälle richtig geschätzt, die die jeweilige Spielart von Antisemitismus nicht aufweisen. Mit rund 10% festgelegter Varianz ist das Modell – besonders bei der Schätzung linker Antisemiten ($R^2 = ,03$) – ebenfalls wenig determinierend. Die Güte des Modells ist also noch nicht abschließend. Einzig bezüglich aller Antisemiten ($R^2 = ,21$) handelt es sich – wie bei der Schätzung der Anhänger des Schlussstrichdenkens – um einen starken Zusammenhang.³⁹ Ähnlich gehaltvoll lassen sich Schlussstrich-Anhänger über den Antisemitismus schätzen.⁴⁰

Zusammenfassend lässt sich der „Reiz des Antisemitismus“⁴¹ 2006 vor allem über sein entlastendes Geschichtsverständnis erklären. Die Verbindung mit dem Schlussstrich charakterisiert alle Varianten, selbst den linken Antisemitismus. Maßgeblich am Schlussstrich ist die Historisierung, nämlich die Abschließung des Nationalsozialismus, die in diese aktuellen Varianten des Antisemitismus eingeht. Die Zeitgeschichte erhält ihr Ende, sie soll nicht nachwirken, Juden wird die Ausbeutung gerade der Zeitgeschichte mit ihren moralischen, gegen die kollektive Identität

³⁹ Vgl. Andreß (wie Anm. 36), S. 288.

⁴⁰ Tauscht man die Merkmale Antisemitismus und Schlussstrich aus, so beträgt Pseudo R^2 für diese Schlussstrich-Gleichung ,20 bei 71,6 % korrekten Schätzungen. Die Odds Ratio des Alters ist 2,67, diejenige des Antisemitismus lautet 2,74.

⁴¹ Paxton (wie Anm. 20), S. 75.

gerichteten Impulsen angelastet. Mit der gleichzeitigen Scham über das NS-Unrecht an Juden wird der kognitive Antisemitismus fähig, mit der Vergangenheit (affirmativ) umzugehen. Um ein Paradoxon Hermann Lübkes zu zitieren, dieser mit dem Schlusstrich verknüpfte Antisemitismus sei „uneingeschränkt vergangenheitsvergegenwärtigungsfähig“⁴², hierin dürfte ein Gutteil seines Reizes liegen. Dieser Reiz entgeht demjenigen Blick, der die Bindung von Faschismus und Antisemitismus zu eng knüpft.

I. Anhang

Häufigkeiten (Allbus 2006)

JUDEN HABEN AUF DER WELT ZUVIEL EINFLUSS

		Häufigkeit	Prozent
Gültig	STIMME GAR NICHT ZU	888	26,0
	2	344	10,1
	3	321	9,4
	4	495	14,5
	5	357	10,4
	6	256	7,5
	STIMME VOELLIG ZU	320	9,4
	Gesamt	2981	87,1
Fehlend	KEINE ANGABE	440	12,9
Gesamt		3421	100,0

JUDEN NUTZEN DEUTSCHE VERGANGENHEIT AUS

		Häufigkeit	Prozent
Gültig	STIMME GAR NICHT ZU	433	12,7
	2	361	10,6
	3	264	7,7
	4	511	14,9
	5	398	11,6
	6	410	12,0
	STIMME VOELLIG ZU	648	18,9
	Gesamt	3025	88,4
Fehlend	KEINE ANGABE	396	11,6
Gesamt		3421	100,0

⁴² Hermann Lübke: Verdrängung oder historisierte Vergangenheit?, in: Alfred Neven Du Mont (Hrsg.): Jahrgang 1926/27, Köln 2007, S. 227.

JUDEN AN VERFOLGUNGEN NICHT UNSCHULDIG

		Häufigkeit	Prozent
Gültig	STIMME GAR NICHT ZU	1343	39,3
	2	436	12,7
	3	209	6,1
	4	412	12,0
	5	235	6,9
	6	123	3,6
	STIMME VOELLIG ZU	190	5,6
	Gesamt	2948	86,2
Fehlend	KEINE ANGABE	473	13,8
Gesamt		3421	100,0

SCHAM UEBER DEUTSCHE UNTATEN AN JUDEN

		Häufigkeit	Prozent
Gültig	STIMME GAR NICHT ZU	196	5,7
	2	101	3,0
	3	148	4,3
	4	277	8,1
	5	304	8,9
	6	514	15,0
	STIMME VOELLIG ZU	1643	48,0
	Gesamt	3183	93,0
Fehlend	KEINE ANGABE	238	7,0
Gesamt		3421	100,0

Gunnar Richter

**Der öffentliche Umgang mit der NS-Vergangenheit
am Beispiel des ehemaligen Konzentrations- und Arbeitserziehungslager
Breitenau**

Auf dem Gelände des ehemaligen Benediktinerklosters und späteren Arbeitshauses Breitenau in Guxhagen, ca. 15 Kilometer südlich von Kassel, befindet sich die Gedenkstätte Breitenau, in der an die Opfer und Verfolgten des ehemaligen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers Breitenau erinnert wird. Die Gedenkstätte wurde vor 25 Jahren mit Unterstützung der Gesamthochschule Kassel und des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen, der auf dem Gelände seit 1974 eine offene psychiatrische Einrichtung unterhält, gegründet und hat sich seit ihrem Bestehen zu einem bedeutenden Gedenk- und Bildungsort für die nord- und ostthessische Region entwickelt. Jährlich wird sie von etwa 7.000 Menschen aufgesucht, die das vielfältige Bildungsangebot der Gedenkstätte wahrnehmen. Unter den Besuchern befinden sich vor allem viele Schulklassen, Jugendgruppen und Erwachsenengruppen, aber auch Einzelbesucher, die sich mit der Geschichte während der NS-Zeit und mit Einzelschicksalen auseinandersetzen wollen. Außerdem gibt es ein breites Veranstaltungsangebot mit Vorträgen, Lesungen, Sonderausstellungen und Seminaren, das ebenfalls seit Jahren von zahlreichen Besuchern wahrgenommen wird.¹

Die beiden Lager, an die in der Gedenkstättenarbeit erinnert wird – das frühe KZ (1933/34) und das Arbeitserziehungslager (1940-1945) – bestanden parallel zum früheren Arbeitshaus (1874-1949) und waren die zentralen Haftstätten der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel für Gefangene aus dem gesamten Regierungsbezirk, der damals zusätzlich noch die Gebiete des heutigen Kreises Marburg-Biedenkopf und des Main-Kinzig-Kreises umfasste. Außerdem wurden in das Arbeitserziehungslager (AEL) während des Krieges über die Gestapostelle Weimar und deren Außenstellen Frauen aus ganz Thüringen eingewiesen.

¹ Vgl. Gunnar Richter (Red.): Die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen bei Kassel. Ein Leseheft, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage, Kassel 2002.

In dem frühen Konzentrationslager waren 470 überwiegend deutsche politische Gegner – Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – inhaftiert², und in dem Arbeitserziehungslager etwa 7.000 ausländische Gefangene aus über zwanzig europäischen Ländern und 1.300 deutsche.³ Unter den deutschen Gefangenen befanden sich Jüdinnen und Juden, politische Gegner, katholische und evangelische Geistliche, Zeugen Jehovas, einzelne Menschen, die sich für die verfolgten Jüdinnen und Juden eingesetzt hatten, und auch Frauen, die Liebesbeziehungen mit polnischen Zwangsarbeitern eingegangen waren. Die Haftgründe der Gefangenen spiegeln fast das gesamte Spektrum der Verfolgung in der NS-Zeit wider. Beide Lager waren durch Verträge zwischen dem Bezirkskommunalverband (dem Rechtsvorgänger des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen) und dem Kasseler Polizeipräsidenten bzw. der Gestapostelle Kassel eingerichtet worden. Während in dem frühen Konzentrationslager eine gesonderte Wachmannschaft aus SA- und später SS-Angehörigen existierte, wurde die Organisation und Überwachung des Arbeitserziehungslagers von den Bediensteten des Arbeitshauses übernommen. Sowohl im frühen KZ als auch im AEL Breitenau sollten die Gefangenen nicht ermordet, sondern im Sinne des NS-Staates gefügig gemacht werden. Die Haftbedingungen im Arbeitserziehungslager waren geprägt von schwerer Arbeit, Hunger, Kälte und Misshandlungen. Etwa 1.800 der Gefangenen des AEL wurden von Breitenau in verschiedene Konzentrationslager deportiert: nach Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, in das Frauen-KZ Ravensbrück und andere Lager.⁴ Einzelne Gefangene kamen von Breitenau auch direkt in das Vernichtungslager Auschwitz, wie die Ärztin Lilli Jahn, die Mutter des späteren Justizministers Gerhard Jahn, die als Jüdin verfolgt und ermordet wurde.⁵ Obwohl die Gefangenen in Breitenau nicht ermordet werden sollten, sind dort 35 von ihnen aufgrund der Haftbedingungen ums Leben gekommen, mindestens 18 Gefangene wurden außerhalb des Lagers hingerichtet, und weitere 28 Gefangene wurden im Zuge der Auflösung und

² Vgl. Dietfrid Krause-Vilmar: Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, 2. durchgesehene Auflage, Marburg 2000.

³ Vgl. Gunnar Richter: Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940-1945). Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem, (Dissertation im FB 05 der Universität Kassel bei Prof. Dr. Jens Flemming und Prof. Dr. Ulrich Mayer), Online-Ressource der Universitätsbibliothek Kassel, Kassel 2004.

⁴ Ebenda.

⁵ Vgl. Martin Doerry: „Mein verwundetes Herz“. Das Leben der Lilli Jahn 1900-1944, Stuttgart / München 2002.

Evakuierung des Lagers unmittelbar vor dem Eintreffen der amerikanischen Soldaten von Gestapo- und SS-Angehörigen an einem Massengrab in der Nähe des Lagers erschossen.⁶

Wenn man sich die Geschichte vor Augen führt, wird deutlich, dass den beiden Lagern eine zentrale Bedeutung im Rahmen des nationalsozialistischen Verfolgungssystems für ganz Nord- und Osthessen zukam. Umso erstaunlicher ist es, dass die Geschichte des Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers Breitenau Anfang der achtziger Jahre, als eine Projektgruppe an der Gesamthochschule Kassel darüber zu forschen begann, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Forschung praktisch unbekannt war. Die einzigen Hinweise, die es gab, stammten von Willi Belz, der als Mitglied im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands selbst im frühen KZ inhaftiert war und bereits 1960 in einer im Eigenverlag herausgegebenen Veröffentlichung mit dem Titel „Die Standhaften“ einen kurzen Abschnitt über das frühe Konzentrationslager und den Massenmord am Kriegsende geschrieben hatte.⁷ Seine Hinweise wurden jedoch weder von der Forschung noch von der Öffentlichkeit genügend zur Kenntnis genommen. Auch auf dem Gelände in Breitenau gab es keinerlei Hinweise auf diesen Teil der Geschichte. Es drängt sich die Frage förmlich auf, wie es dazu kommen konnte, dass die Geschichte dieser beiden Lager 35 Jahre nach dem Kriegsende im öffentlichen Bewusstsein überhaupt nicht existierte. Und dieses Phänomen galt Anfang der achtziger Jahre nicht nur für das ehemalige Lager Breitenau, sondern für zahlreiche weitere ehemalige Orte der NS-Verfolgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, an denen ebenfalls erst in den achtziger Jahren mit den Forschungen begonnen wurde.⁸ Am Beispiel des ehemaligen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers Breitenau soll deshalb an dieser Stelle dem öffentlichen Umgang der bundesdeutschen Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vom Kriegsende bis zum Beginn der achtziger Jahre nachgegangen werden. Natürlich

⁶ Vgl. Richter (wie Anm. 3).

⁷ Vgl. Willi Belz: Die Standhaften. Über den antifaschistischen Widerstand in Kassel und im Bezirk Hessen-Waldeck 1933-1945, (1. Auflage, Ludwigsburg 1960), 2. ergänzte und verbesserte Auflage, Kassel 1978.

⁸ Dies hatte auch zur Folge, dass aufgrund dieser Forschungen ab dem Beginn der 80er Jahre an zahlreichen Orten Mahnmale und Denkmäler errichtet wurden. Vgl. hierzu: Ulrike Puvogel / Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. I, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1995.

können hier nur einzelne Aspekte beleuchtet werden, aber vielleicht tragen sie doch zur Beantwortung der Frage bei.

Zum Umgang mit dem Geschehen unmittelbar nach Kriegsende

Als die ersten amerikanischen Soldaten am Morgen des Ostersonntages, dem 31. März 1945, im Breitenau eintrafen, stießen sie auf ein fast leeres Lager. Die Gestapo-Gefangenen waren bis auf ganz wenige in den Tagen zuvor evakuiert worden, und die meisten Aufseher waren nicht mehr „zum Dienst“ erschienen. Die Amerikaner befreiten die verbliebenen Gefangenen und verhafteten einzelne Aufseher. Anschließend besetzten sie das Anstaltsgelände und richteten im Mittelschiff der Klosterkirche eine Gefängnisabteilung zur Internierung von ehemaligen Nazis und anderen verurteilten Personen ein. Die Verwaltung und Versorgung hatte die Arbeitsanstalt zu übernehmen.⁹

Von dem unmittelbar zuvor begangenen Massenmord erfuhren die amerikanischen Soldaten erst drei Wochen später, am 21. April 1945, durch einen ehemaligen polnischen Gefangenen, der zusammen mit anderen ehemaligen Häftling nach dem Massengrab gesucht und es dann gefunden hatte. Am nächsten Tag wurden die Toten auf Veranlassung der amerikanischen Militärregierung von ehemaligen deutschen Nazis exhumiert und neben der Kirche aufgebahrt.¹⁰ In Guxhagen entstand, unmittelbar nachdem das Massengrab entdeckt worden war, wie der Gemeindepfarrer in der Kirchenchronik vermerkte, „eine große Aufregung“. Die Aufregung war deshalb so groß, weil man, wie der Pfarrer schrieb, „die Rache der zahlreichen freigewordenen Polen und sonstigen Ausländer fürchtete.“ Es herrschte zu diesem Zeitpunkt noch immer Krieg, und wie der Gemeindepfarrer weiter notierte, erzählten die ehemaligen deutschen Soldaten ganz offen „dass im Polenfeldzug in einem solchen Fall [wenn deutsche Soldaten auf eine Massengrab mit Deutschen gestoßen sind, GR] das Dorf umzingelt und angezündet worden sei, und dass auf die flüchtenden Dorfbewohner geschossen worden sei.“ Aus dieser Angst heraus ging der ehemalige Anstaltsdirektor

⁹ Vgl. Wolfgang Ayaß: Das Arbeitshaus Breitenau. Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter und Fürsorgeempfänger in der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau (1874-1949), Kassel 1992, S. 328ff.

¹⁰ Vgl. Washington National Records Center (WNCR), Suitland, MD., RG 338 T2, 000-12-300, Box Nr. 480, Blatt 22 und 109, „Report of Investigation of Alleged War Crimes“ und „Report of Guxhagen Executions“.

und Lagerleiter Georg Sauerbier, der, wie der Pfarrer betonte, „nie Kirche oder Pfarrhaus betreten hatte“ [und sich noch immer im Dienst befand, GR], zum Gemeindepfarrer und bat ihn, „auf die Polen beruhigend einzuwirken“ und das „Begräbnis ‚mit allen kirchlichen Ehren‘ einzurichten.“ Drei Tage später, am 25. April 1945, fand dann auf dem Anstaltsfriedhof in Breitenau – auf dem sich auch Gräber der im Lager umgekommenen Gestapo-Gefangenen befanden – ein feierliches Begräbnis statt. Zu der Bestattungsfeier war auch der katholische Pfarrer aus Melsungen eingeladen worden, da man davon ausging, dass die meisten der Ermordeten (es handelte sich um 16 russische, zehn französische und zwei niederländische Gefangene) katholisch waren. Wie der Gemeindepfarrer weiter schrieb, waren die Polen „in Massen zugegen“, und sie hätten sich sehr ruhig und würdig verhalten. Ein Franzose habe eine Ansprache in französischer Sprache verlesen, die mit dem Satz endete: „Sie [die Täter, GR] werden bestraft werden!“ Der Gemeindepfarrer schloss seinen Eintrag mit den Sätzen: „Irgendwelche Folgen hat dieses traurige und beschämende Vorkommnis für die Gemeinde nicht gehabt. Im Trubel der aufgeregten Zeit ist es schnell vergessen worden.“¹¹

Nachdem die Amerikaner auf das Massengrab gestoßen waren, begannen sie mit der Ermittlung in dem Mordfall und verhörten insgesamt 13 Zeugen bzw. mögliche Mit-täter. Erst in diesem Zusammenhang wurde der ehemalige Direktor und Lagerleiter Georg Sauerbier verhaftet und in ein Internierungslager überführt. Der Abschlussbericht endete mit der Feststellung, dass der Fall für einen Prozess gegen Sauerbier und den Oberaufseher Karl W. fertig gestellt sei und dass nach fünfzehn Gestapo-Männern, die als Täter benannt wurden, gefahndet werde. Unter den gesuchten Gestapo-Angehörigen befanden sich auch der letzte Kasseler Gestapostellenleiter, Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Franz Marmon, der den Massenmord in Breitenau und zwei weitere Massenmorde am Kriegsende in Kassel-Wehlheiden und Kassel-Wilhelmshöhe angeordnet hatte.¹²

Am 12. Mai 1945 erschien in der dritten Ausgabe der „Hessischen Post“, die von der amerikanischen Armee herausgegeben wurde, ein Artikel mit der Überschrift

¹¹ Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Guxhagen / Breitenau, Kirchenchronik der Evangelischen Kirchengemeinde.

¹² Vgl. WNCR, Suitland MD. (wie Anm. 10); zu den Massenmorden in Kassel-Wehlheiden und in Kassel-Wilhelmshöhe vgl. die Ermittlungsakten WNCR, Suitland, MD. RG 338. T2, 000-12-192 und RG 338. T2, 000-12-465.

„Breitenau: Ein finsternes Kapitel“.¹³ Der Redakteur begann den Artikel etwas ironisch mit einer Äußerung, auf die er möglicherweise beim Kasseler Bezirksverband gestoßen war: „Breitenau ist kein Konzentrationslager. Es ist eine ‚Arbeitsanstalt‘, die dazu bestimmt war, sogenannte ‚arbeitsscheue Individuen‘ zu einem geordneten, arbeitsamen Leben anzuhalten.“ Dem Redakteur war offenbar bewusst, dass diese Äußerung eine Verharmlosung darstellte, denn er fuhr fort: „Der Berichterstatter der ‚Hessischen Post‘ hatte Gelegenheit, mit mehreren ehemaligen Insassen der Anstalt zu sprechen und zu sehen, mit welchen Methoden die Nazi-Justiz Menschen ‚bessern‘ wollte.“ Anschließend gab er die Schilderung einer jungen Frau wieder, die, wie er schrieb „derzeit in total heruntergekommenen Zustand in einem Krankenhaus in Kassel liegt.“¹⁴ Sie erzählte ihm, dass sie der schweren Arbeit in einer Munitionsfabrik nicht mehr gewachsen war und um einen Erholungsurlaub ersuchte. Als man ihn ihr verweigerte, blieb sie zwei Tage weg und wurde dann wegen Arbeitsverweigerung zu vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, die sie in Breitenau zu verbüßen hatte:

„In der Frauenabteilung befanden sich ungefähr 200 Ausländerinnen, meist Polinnen und Russinnen, und ca. 75 deutsche Frauen. In manchen Fällen lagen keine bestimmten Anklagen gegen die Frauen vor. Wer das schwere Arbeitspensum nicht erreichte, war wüsten Beschimpfungen ausgesetzt, es erfolgten noch Abzüge von dem kärglichen Essen, und in vielen Fällen schlug uns die sadistische Oberschwester [Oberaufseherin, GR] mit einem aus 25 Schlüsseln bestehenden schweren Schlüsselbund in den Nacken. – Andere ehemalige Insassen von Breitenau, die gleichfalls in dem Krankenhaus liegen, erzählen ähnliches. Eine Frau, die ebenfalls wegen völliger Erschöpfung im Krankenhaus ist, erzählt: ‚Im Nebentrakt waren Männer, und wir sahen oft von unseren Fenstern, wie sie im Hof von den SS-Wachen mit Riemen geschlagen wurden, und wir hörten ihre Schreie. Wir wurden alle erst durch den Einmarsch der Amerikaner aus der Hölle befreit.‘“¹⁵

Der Artikel ist im Hinblick auf den öffentlichen Umgang mit der Geschichte von besonderer Bedeutung, denn er zeigt die unmenschlichen Bedingungen im ehemaligen Arbeitserziehungslager auf, das der Arbeitsanstalt angeschlossen war, und macht deutlich, dass dort nationalsozialistische Gewaltverbrechen begangen worden sind. Durch das Zitat am Ende des Artikels betont der Redakteur außerdem, dass es sich bei

¹³ „H.P.-Korrespondenten melden: Deutschland, wie es heute ist. Kurzberichte aus Leipzig, Breitenau und Halle. Breitenau: Ein finsternes Kapitel“, in: Hessische Post Nr. 3, 12.05.1945.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

Breitenau – entgegen dem Einleitungssatz – doch um eine Art Konzentrationslager gehandelt hat, denn der Begriff „Hölle“ wurde häufig als Synonym für ein KZ benutzt. Dadurch, dass in diesem Artikel allerdings weder das Arbeitserziehungslager noch das frühe Konzentrationslager erwähnt wurden, hat er vielleicht schon zu diesem Zeitpunkt mit dazu beigetragen, dass die Existenz dieser beiden Lager in Vergessenheit geriet. Andererseits hat er sicherlich bewirkt, dass der Name „Breitenau“ in der Öffentlichkeit in besonderem Maße mit nationalsozialistischen Verbrechen in Verbindung gebracht und an die Verfolgten erinnert wurde.

Zum Umgang mit dem Ort und seiner Geschichte

Bereits ein Jahr nach Kriegsende, im April 1946, wurde auf Antrag des Kasseler Bezirksverbandes bei der Militärverwaltung der Betrieb der Landesarbeitsanstalt wieder aufgenommen. In die Arbeitsanstalt wurden vor allem junge Frauen eingewiesen, während im Landesfürsorgeheim zeitweise heimatlose Jugendliche und so genannte schwererziehbare weibliche Fürsorgezöglinge untergebracht waren. Ein halbes Jahr zuvor, im November 1945, war in Breitenau eine Geschlechtskrankenstation des Kasseler Stadtkrankenhauses mit zweihundert Betten eingerichtet worden. Durch die zunehmende Belegung wurde auch mehr Personal benötigt, woraufhin der Kasseler Bezirksverband zehn politisch belastete Aufseher, die auf Betreiben der US-Behörden zunächst entlassen worden waren, wieder in den Anstaltsdienst übernahm und als Arbeiter im Gutsbetrieb einstellte. Im April 1949 wurde das Arbeitshaus Breitenau von der amerikanischen Militärregierung endgültig aufgelöst; allerdings blieben das Fürsorgeheim und die Geschlechtskrankenstation weiter bestehen. Noch am Tage der Schließung erhielt die Anstalt die Bezeichnung „Landesfürsorgeheim Breitenau“, und den zukünftigen Arbeitsschwerpunkt sah der Bezirksverband in der Unterbringung „gefährdeter“ Frauen.¹⁶

Offenbar machte man sich in den folgenden Monaten Gedanken über die Namensgebung des Landesfürsorgeheimes, denn im Oktober 1949, viereinhalb Jahre nachdem der Artikel in der „Hessischen Post“ erschienen war, wurde das Landesfürsorgeheim Breitenau vom Bezirksverband in Landesfürsorgeheim „Fuldatal“ umbe-

¹⁶ Ayaß (wie Anm. 9), S. 341.

nannt. Begründet wurde die Umbenennung damit, dass der Name Breitenau durch die „mißbräuchliche Benutzung einiger Anstaltsgebäude durch die Gestapo einen üblen Beigeschmack“ bekommen habe.¹⁷ Durch die neue Namensgebung sollte ein Schlussstrich unter die unsägliche Vergangenheit Breitenaus gezogen und ein Neuanfang zum Ausdruck gebracht werden. Gleichzeitig versuchte der Bezirksverband, sich mit seiner Argumentation aus der Mitverantwortung für das Geschehen in der NS-Zeit herauszuziehen, denn die Gestapo hatte keineswegs ein unabhängiges Lager in einigen Anstaltsgebäuden betrieben, sondern das Arbeitserziehungslager war durch einen gemeinsamen Vertrag eingerichtet und von den Bediensteten des Bezirksverbandes mit organisiert und bewacht worden.

Die Umbenennung in „Fuldatal“ führte zu heftigen Protesten in Teilen der Bevölkerung, die sich mit dem Namen Breitenau eng verbunden fühlte, da er auf die Geschichte des ehemals berühmten Klosters zurückging. Der damalige Bürgermeister Guxhagens äußerte in einem Bericht, wie es in einem Zeitungsartikel hieß, dass „in logischer Weiterverfolgung der Gedanken des Landeshauptmannes (...) man sich auch damit beschäftigen müsse, wie man den Namen Deutschland, der zweifellos in noch größerem Maße durch ein Regierungssystem in Mißkredit gebracht worden sei, ‚aus-tilgen‘ könne.“¹⁸ Der Bezirksverband bemerkte schließlich intern zu den Protesten, dass man nichts dagegen habe, die Anstalt in einigen Jahren, „wenn Gras über die Sache gewachsen ist“, wieder nach ihrem historischen Namen zu benennen.¹⁹ Anfang der fünfziger Jahre wurde an der Stirnseite des Frauenhauses eine Steinplatte zur Geschichte des Klosters Breitenau angebracht. Möglicherweise war sie eine Art Zugeständnis an die Kritiker der Umbenennung. Auf der Tafel wurden ausschließlich Daten zur Geschichte des Klosters aufgeführt und weder das frühe KZ noch das Arbeitserziehungslager Breitenau erwähnt. Unter den Jahreszahlen 1927, 1949 und 1950 hieß es lediglich: „Restaurierungsarbeiten erhalten eines der schönsten Beispiele romanischer Architektur in Hessen.“²⁰

¹⁷ Archiv der Gedenkstätte Breitenau, Signatur: 153, Nachlass von Wilhelm Engelbach, ausgeschnittener Zeitungsartikel mit dem Titel: „Warum ‚Fuldatal‘ statt ‚Breitenau‘? Proteste mehren sich – Kein Verständnis bei der Bevölkerung.“ Der Artikel enthält keine weiteren Quellenangaben und trägt lediglich den handschriftlichen Vermerk „[1949 ?]“.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ayaß (wie Anm. 9), S. 342.

²⁰ Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Erinnern an Breitenau 1933-1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente. Katalog zur Ausstellung, Fachbereich Erziehungswissenschaften / Humanwissenschaften,

Die Umbenennung und vor allem das Verschweigen der NS-Vergangenheit Breitenaus in der NS-Zeit von Seiten des Bezirksverbandes trugen mit dazu bei, dass die Geschichte des frühen Konzentrationslagers mit den politischen Gegnern und des Arbeitserziehungslagers mit den Tausenden von Gefangenen in Vergessenheit geriet.

Zum Umgang mit den Opfern in den fünfziger Jahren

Betrachtet man den Umgang mit dem Opfern des Massenmordes und den Gefangenen, die im Arbeitserziehungslager umgekommen waren, so gab es in den fünfziger Jahren in Breitenau eine durchaus ambivalente Form der Erinnerung. Bereits 1946 hatte der damalige Leiter der Landesarbeitsanstalt in Hinblick auf Angehörige der Opfer auf die Notwendigkeit eines besonderen Gedenkens hingewiesen, und 1950 wurde daraufhin vom Bildhauer Wilhelm Hugues eine Steinskulptur geschaffen, die auf dem Anstaltsfriedhof an die Erschossenen erinnerte. Es handelte sich um ein Sandsteindenkmal mit dem Relief einer madonnenhaften Frau, dem Hugues den Titel „Die Trauernde“ gab. Gleichzeitig war die Inschrift auf dem Gedenkstein mit dem Text „Sie ruhen in Frieden“ so allgemein gehalten, dass daraus nicht ersichtlich wurde, dass es sich um Opfer eines NS-Verbrechens handelte.²¹ Offenbar wurde das damals bereits kritisiert, denn 1954 wurde das Gräberfeld der Erschossenen umgestaltet und von Hugues ein Holzkreuz angefertigt, das mit seiner Inschrift explizit auf die Toten als Gestapo-Opfer hinwies. Der Text lautete: „Unbekannte Opfer der Gestapo. Geopferte mahnen Euch – Menschen lasst nicht vom Streben nach Frieden und Recht. 31. III. 1945“.²²

Während damit öffentlich an die Erschossenen erinnert wurde, wurden jedoch die überwiegend ausländischen Gefangenen, die während der Lagerzeit ums Leben gekommen waren, nicht in diese Form der Erinnerung einbezogen. Weder bei der Einweihung des umgestalteten Friedhofes mit der neuen Holzstele noch in einer Broschüre des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen aus dem Jahre 1956, in der ein Bild

Projektgruppe Breitenau, 4. durchgesehene und ergänzte Auflage, Kassel 1984, S. 35 / I, Foto der Geschichtstafel.

²¹ Vgl. Gunnar Richter (Hrsg.): Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers, Kassel 1993, S. 239, Foto der Steinskulptur „Die Trauernde“.

²² Richter (wie Anm. 21), S. 241, Foto des Holzkreuzes auf dem ehemaligen Anstalts- und Lagerfriedhof. Das Datum des Massenmordes ist allerdings nicht korrekt. Die Gefangenen wurden im Morgengrauen des 30. März 1945 erschossen.

der Steinskulptur enthalten ist, wurden die im Lager umgekommenen Gefangenen erwähnt.²³ Gleichzeitig wurden diese Gräber aber zusammen mit den Gräbern der Ermordeten vom damaligen Landesfürsorgeheim gesondert erfasst und auch gepflegt. Die Kosten hierfür übernahm die Gemeindekasse Guxhagen. So wurde der Gemeindekasse im Mai 1957 „für die Pflege und Neubepflanzung von 51 Gräbern ausländischer Staatsangehöriger“ ein Geldbetrag berechnet.²⁴

Als die Gemeinde Guxhagen 1952 ihr 600jähriges Bestehen feierte, gab sie dazu eine Jubiläumsschrift heraus. In dieser wurde zwar auf die Geschichte des Ortes und des Klosters Breitenau sehr ausführlich eingegangen, aber über das frühe Konzentrationslager und das ehemalige Arbeitserziehungslager sowie die Ermordeten am Kriegsende fand sich darin kein Wort – als habe es diesen Abschnitt in der Geschichte Breitenaus nicht gegeben.²⁵

Zum Umgang mit den Tätern und Mittätern

In dieses nach außen vermittelte Bild, dass es diese beiden Lager nicht gegeben habe – und von daher in Breitenau auch keine nationalsozialistischen Verbrechen begangen worden seien – fügte sich auch der Umgang mit den Tätern und Mittätern ein. So hat in Bezug auf das ehemalige Konzentrationslager Breitenau nicht einmal ein Verfahren stattgefunden.²⁶

Der ehemalige Anstaltsdirektor und Lagerleiter Georg Sauerbier wurde im Januar 1949 im Zuge der Entnazifizierung gemeinsam mit elf Aufsehern bzw. Aufseherinnen als Mitläufer eingestuft, bei drei Aufseherinnen wurde die Weihnachtsamnestie angewandt, und eine Person wurde als „nicht betroffen“ bezeichnet. Begründet wurden die milden Einstufungen vor allem damit, dass die Aufseher und Bediensteten letztendlich nur ihre Pflicht getan hätten. Misshandlungen habe es nicht gegeben, und einzelne Übergriffe von Aufsehern wurden damit gerechtfertigt, dass sie nötig gewesen seien,

²³ Vgl. „Mahntafel für Gestapo-Opfer. Feier auf dem Friedhof des Landeserziehungsheims ‚Fuldatal‘“, in: Hessische Nachrichten, Heimat-Echo, 27.11.1954; Pressestelle des LWV-Hessen (Hrsg.): 3 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen 1953-1956 (Schriften des LWV-Hessen 2), Kassel 1956, S. 68.

²⁴ Archiv der Gedenkstätte Breitenau, Signatur: 673, Kopie des Schreibens, mitgeteilt vom LWV-Hessen 1981.

²⁵ Vgl. Gemeinde Guxhagen (Hrsg.): 1352-1952 Guxhagen, Kukushayn, Denkschrift zur Sechshundertjahrfeier der Gemeinde Guxhagen, Melsungen 1952.

²⁶ Vgl. Krause-Vilmar (wie Anm. 2), S. 220f.

um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Keinesfalls seien sie ein Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung gewesen. Außerdem wurde betont, mit welchen schwierigen Insassen und Gefangenen die Aufseher und Bediensteten täglich zu tun gehabt hätten. Opfer waren aus diesem Blickwinkel nicht mehr die Verfolgten, sondern die Beamten und Angestellten in Breitenau, denen dies quasi alles zugemutet worden war.²⁷ Über das Ergebnis der Spruchkammerverhandlung erschien am 25. Januar 1949 im „Heimat-Echo“, einer der Provinzausgaben der „Hessischen Nachrichten“, ein aus drei Sätzen bestehender Artikel mit der Überschrift „11 Breitenau-Wärter wurden Mitläufer“.²⁸

Ein Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Sauerbier und neun Aufseher sowie zwei Aufseherinnen wegen Gefangenenmisshandlungen, das der Oberstaatsanwalt in Kassel im August 1949 eingeleitet hatte, wurde 1951 mit einer ähnlichen Begründung wie das Spruchkammerurteil gegen alle Beteiligten eingestellt. So blieb am Schluss für die Gewalttätigkeiten gegenüber den Gefangenen kein Verantwortlicher mehr übrig. Und Fragen der Einbindung der Aufseher und Bediensteten in den Verfolgungsapparat der Gestapo wurden überhaupt nicht zum Gegenstand der Ermittlungen gemacht.²⁹

Sogar in den Prozessen wegen des Massenmordes in Breitenau wurde ähnlich verfahren. Bereits 1948 – als der ehemalige Gestapostellenleiter Franz Marmon noch „flüchtig“ war – wurde das erste Ermittlungsverfahren gegen zwei Angehörige des Erschießungskommandos in Breitenau „mangels Schuldfeststellung eingestellt.“ Sie beriefen sich auf Befehlsnotstand, dem sich das Gericht offenbar anschloss.³⁰ Zwei Jahre später wurde Franz Marmon in Württemberg verhaftet, und Anfang 1952 fand gegen ihn vor dem Kasseler Schwurgericht ein Verfahren wegen der Massenmorde in Breitenau, Kassel-Wehlheiden und Kassel-Wilhelmshöhe statt. In Bezug auf die Massenmorde in Breitenau und Wehlheiden behauptete Marmon, dass ihm Erschießungsbefehle vom Reichsicherheitshauptamt in Berlin vorgelegen hätten. Da das Gericht ihm nicht das Gegenteil beweisen konnte und auf ihn das Militärstrafgesetz anwendete – nach dem der Untergebene nicht für die Ausführung eines Befehls

²⁷ Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden, Abt. 520 KS-Z, Nr. 1548, 446, 2470, 2478, 2494, 2620, 2684, 217, 2786, 4937, 427, 2861, 447, 2931 und Abt. 520/Me, Nr. 1993/46, 3001/47, 3680/47.

²⁸ „11 Breitenau-Wärter wurden Mitläufer“, in: Hessische Nachrichten, Heimat-Echo, 25.01.1949.

²⁹ Vgl. Hessisches Staatsarchiv (HStA) Marburg, Bestand 274 Kassel, Acc. 1958/61, Nr. 28.

³⁰ Vgl. HStA Marburg, Bestand 274 Kassel, Acc. 1987/51, Nr. 1 und 2, Band V, Anklageschrift gegen Franz Marmon im Rahmen der Ermittlungen 3a Is 211/50 vom 24.8.1951, S. 8.

von einem Vorgesetzten verantwortlich ist –, sprach ihn das Schwurgericht in beiden Fällen frei. Wegen des Massenmordes am Bahnhof Wilhelmshöhe, der eindeutig auf seinen Befehl hin verübt worden war, verurteilte das Gericht Franz Marmon am 5. Februar 1952 zu zwei Jahren Gefängnis und rechnete die Untersuchungshaft auf die Strafe an.³¹ Am vierten Verhandlungstag war es zu einer regelrechten Sensation gekommen, als der Vater der Geschwister Scholl für ihn als Entlastungszeuge aussagte. Marmon war zum Zeitpunkt der Verhaftung der Geschwister Scholl bei der Gestapoleitstelle München Leiter der Exekutivabteilung und damit Zuständig für deren Verhaftung und Verhöre. Robert Scholl erzählte dem Gericht, dass er kurz vor der Hinrichtung seiner beiden Kinder noch einmal mit ihnen sprechen durfte, und dabei habe ihm sein Sohn Hans gesagt, dass Marmon „ein feiner Mensch“ sei und er, der Vater, ihn vielleicht überzeugen könne. Er habe daraufhin nach Marmon gesucht, ihn aber nicht erreicht und angenommen, dass Marmon wegen seiner Einstellung ebenfalls verhaftet worden sei. Robert Scholl schloss seine Entlastungsaussage mit den Worten: „Aber ich habe die ganzen Jahre an Marmon denken müssen und seit 1945 auf die Gelegenheit gewartet, denn mein Sohn hat ihn in das letzte Gebet eingeschlossen.“³² Das Gericht zog diese Aussagen strafmildernd in Betracht, und da Franz Marmon durch die Anrechnung der Untersuchungshaft bereits zwei Drittel der Strafe verbüßt hatte, wurde ihm der Rest auf dem Gnadenwege erlassen, und er verließ als freier Mann den Gerichtssaal.³³

Zum Umgang mit den Opfern und der Geschichte des Lagers in den sechziger Jahren

Im Juli 1960 wurden 48 der Toten des Lagers und der Erschossenen exhumiert und auf den neu geschaffenen Kriegsofopferfriedhof bei der Jugendburg Ludwigstein in der

³¹ Vgl. HStA Marburg (wie Anm. 30), Nr. 2 (Handakten), Blatt 118 (Rückseite). Das Urteil gegen Franz Marmon ist auch veröffentlicht in Fritz Bauer u.a. (Red.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. 1-22, Amsterdam 1969, hier Bd. 9, lfd. Nr. 308, S. 211ff., hier S. 211.

³² „Vater der Geschwister Scholl sagt aus. Vierter Tag im Marmon-Prozeß soll Klarheit bringen über ‚Katastrophenerlaß‘ und ‚Sonderbehandlung‘“, in: Hessische Nachrichten, 1.2.1952.

³³ HStA Marburg (wie Anm. 30), Nr. 2 (Vollstreckungsheft), S. 48.

Nähe von Witzenhausen überführt.³⁴ Auch das von Wilhelm Hugues geschaffene Holzkreuz mit dem Hinweis auf die von der Gestapo Ermordeten wurde zum Kriegsofferfriedhof Ludwigstein versetzt. Auf dem Anstaltsfriedhof in Breitenau blieb lediglich die Steinskulptur mit der Inschrift „Sie ruhen in Frieden“ erhalten. Damit war in Breitenau die letzte, wenn auch vage Erinnerung an das Arbeitserziehungslager ausgelöscht.

Aber auch auf dem Kriegsofferfriedhof Ludwigstein gab es keine Erinnerung an das Arbeitserziehungslager Breitenau und das Schicksal der Opfer, denn weder in Bezug auf das Holzkreuz noch auf die Gräber gab es einen Hinweis, woher sie stammten. Die nicht identifizierten Erschossenen wurden als „unbekannte Kriegstote“ beerdigt.³⁵ Der Kriegsofferfriedhof Ludwigstein, auf dem die Toten und Ermordeten des Arbeitserziehungslagers Breitenau nun gemeinsam mit anderen ausländischen Toten und deutschen Soldaten bestattet worden waren, wurde – auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges“ – direkt an der ehemaligen DDR-Grenze errichtet. Er sollte weniger ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus als vielmehr ein Mahnmal gegen den Kommunismus darstellen. Letztendlich war er auch als Mahnmal für das Leiden des deutschen Volkes gedacht, das durch die Teilung Deutschlands bis in die Gegenwart andauerte. Auf diesen Aspekt wurde ausdrücklich durch eine Inschrift im Eingangstor zum Friedhof und in der Einleitung der Namensliste des Friedhofes hingewiesen.³⁶ Sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die ermordet worden waren, weil sie gegen den NS-Staat Widerstand geleistet hatten, sollten auf dem Kriegsofferfriedhof nun eine Mahnung gegen den Kommunismus darstellen. Die Opfer des Arbeitserziehungslagers wurden für eine vorherrschende politische Sichtweise instrumentalisiert, und die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Breitenau mit den Tausenden von Verfolgten wurde endgültig dem Verschweigen und Vergessen preisgegeben.³⁷

³⁴ Archiv des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) in Kassel, Umbettungsunterlagen der Toten des AEL Breitenau zum Kriegsofferfriedhof Ludwigstein am 14./15. Juli 1960.

³⁵ Vgl. Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hrsg.): Namensliste des Kriegsofferfriedhofes Ludwigstein 1939-1945, ohne Orts- und Jahresangabe. Sie befindet sich in einer Art Schrein auf dem Friedhof.

³⁶ Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (wie Anm. 35), Einleitung.

³⁷ Vgl. Richter (wie Anm. 3), S. 568-575.

Zum Umgang mit den überlebenden Verfolgten

In dem gleichen Maße, in dem das Arbeitserziehungslager Breitenau und auch das frühe Konzentrationslager verschwiegen und verdrängt worden waren, gerieten auch die überlebenden Verfolgten in Vergessenheit. Bei den ausländischen Gefangenen kam hinzu, dass sie zum Teil bei der Rückkehr in ihre Heimatländer erneut verfolgt oder auch mit einem sozialen Makel versehen wurden, da ihnen vielfach unterstellt wurde, sie hätten freiwillig mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet und durch ihre Arbeit den Krieg gegen das eigene Land unterstützt. Die Folge war, dass sie über ihr erlittenes Schicksal möglichst schwiegen. Außerdem erhielten die ehemaligen ausländischen Gefangenen bis Anfang der neunziger Jahre weder eine offizielle Entschädigung für die geleistete Zwangsarbeit noch für die Haftzeit im Arbeitserziehungslager.³⁸ Auch das Schicksal der deutschen Gefangenen des frühen Konzentrationslagers und des Arbeitserziehungslagers Breitenau war jahrzehntelang vergessen und verdrängt worden, und auch sie hatten weder eine finanzielle Entschädigung noch eine gesellschaftliche Würdigung erhalten.³⁹ Während mit denjenigen, die an den Verbrechen beteiligt oder in sie verstrickt waren, in der jungen Bundesrepublik sehr nachsichtig umgegangen wurde und man ihnen vielfältige Möglichkeiten zur Integration einräumte, erinnerte an das Schicksal der Verfolgten der beiden NS-Lager bald nichts mehr.

Das Mädchenerziehungsheim Fuldataal und die heutige Nutzung des Geländes

1952 war auf dem Gelände der ehemaligen Landesarbeitsanstalt Breitenau ein geschlossenes Heim für so genannte „schwererziehbare“ Mädchen mit der Bezeichnung „Jugendheim Fuldataal“ eingerichtet worden. Träger war ab 1953 der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der aus dem Bezirkskommunalverband hervorging. Obwohl es sich um eine Fürsorgeeinrichtung handelte, erinnerten die Zustände eher an eine Jugendstrafanstalt. Die Mädchen trugen Anstaltskleidung und arbeiteten in den

³⁸ Gabriele Lotfi: NS-Zwangsarbeit und Entschädigung. Zum aktuellen Stand der Debatte, in: Karl Reddemann (Hrsg.): Materialien zur aktuellen Diskussion über Zwangsarbeit und Entschädigung („Villa ten Hompel Aktuell“ 1), Münster 2000, S. 11-19.

³⁹ Vgl. Richter (wie Anm. 3), S. 576-585.

gleichen Werkstätten und an den gleichen Arbeitsplätzen wie zuvor die Arbeitshausinsassen und ein Teil der Gefangenen des Arbeitserziehungslagers. Die Heimleiterin hatte bereits während der NS-Zeit beim Kasseler Fürsorgeamt gearbeitet und schon damals junge Frauen in die Arbeitsanstalt Breitenau eingewiesen.⁴⁰ Ende der sechziger Jahre geriet das Mädchenerziehungsheim in massive öffentliche Kritik, bei der auch Ulrike Meinhof mitwirkte. In einer Rundfunksendung, die im November 1969 im Hessischen Rundfunk ausgestrahlt wurde, griff sie die „Erziehungsmethoden“ in dem Mädchenheim massiv an.⁴¹ Die Auseinandersetzungen führten 1973 zur endgültigen Schließung des Heimes, und seit 1974 befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Klosters Breitenau eine offene psychiatrische Einrichtung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

Regionalgeschichtliche Forschung und Gründung der Gedenkstätte in den achtziger Jahren

Ende der siebziger Jahre setzte in der Bundesrepublik ein intensiver Auseinandersetzungsprozess mit der NS-Zeit ein. Ein bedeutsamer Auslöser für diese Entwicklung war der dreiteilige Spielfilm „Holocaust“, der 1979 im Deutschen Fernsehen gezeigt wurde und das Verfolgungs-Schicksal einer jüdischen Familie während der NS-Zeit darstellte. Der Film veranschaulichte nicht nur die Verbrechen in den verschiedenen Konzentrations- und Vernichtungslagern, sondern machte auch deutlich, dass die ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder aus jeder Gemeinde und jeder Stadt stammten, dass sie Nachbarn waren und ihre Verfolgung quasi „vor jeder Haustüre“ begann. Dies hatte zur Folge, dass ein breites Interesse daran entstand, die Geschichte der eigenen Heimatregion in der NS-Zeit kennen zu lernen – und daraus entwickelten sich in den folgenden Jahren zahlreiche Geschichtswerkstätten und regionalgeschichtliche Spurensicherungsprojekte.⁴² Im

⁴⁰ Richter (wie Anm. 3), S. 586-592.

⁴¹ Vgl. Ulrike Meinhof: Guxhagen – Mädchen in Fürsorgeerziehung. Rundfunksendung im Hessischen Rundfunk am 7. und 10.11.1969; erneut gesendet in WDR 5, doc 5, am 11.10.2007; vgl. Peter Wensierski: Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik, München 2006.

⁴² Vgl. Hanns-Fred Rathenow / Norbert H. Weber: Gedenkstättenbesuche im historisch-politischen Unterricht, in: Annegret Ehmman u.a. (Hrsg.): Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven, Opladen 1995, S. 12-36.

Zuge dieser beginnenden Entwicklung wurde bereits 1979 von der Kasseler Stadtverordnetenversammlung beschlossen, an der Gesamthochschule Kassel ein Forschungsprojekt zur Geschichte Kassels in der NS-Zeit zu initiieren und zu unterstützen, um 1983 – fünfzig Jahre nach der Machtergreifung – der Öffentlichkeit eine Ausstellung über diese Zeit präsentieren zu können. Das Forschungsprojekt wurde von den Professoren Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar geleitet, und es schlossen sich noch weitere Professoren an. Außerdem arbeiteten an dem Projekt mehrere ABM-Kräfte und zahlreiche Studenten mit.⁴³

Im Herbst 1979 stieß Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar durch Hinweise eines ehemaligen Verfolgten in Breitenau auf einen umfangreichen Aktenbestand des Arbeitserziehungslagers und auf verschiedene Unterlagen des frühen Konzentrationslagers und begann daraufhin mit einer Projektgruppe von Studentinnen und Studenten, der auch der Verfasser angehörte, die Geschichte Breitenaus während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Im August 1982 wurde von dieser Projektgruppe in Kassel eine Ausstellung präsentiert, die unter dem Titel „Erinnern an Breitenau 1933-1945“ erstmals einen Überblick über die Geschichte der beiden Lager gab.⁴⁴ Die Ausstellung stieß auf große öffentliche Resonanz, und im Dezember 1982 wurde sie mit Unterstützung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in der ehemaligen Zehntscheune in Breitenau/Guxhagen als Dauerausstellung eröffnet. Damit wurde 37 Jahre nach Kriegsende öffentlich an die Tausenden von Gefangenen des Arbeitserziehungslagers und an die Gefangenen des frühen Konzentrationslagers erinnert, und es wurden auch Aspekte des Umgangs mit dem damaligen Geschehen thematisiert.⁴⁵ Ende 1984 konnten in der ehemaligen Zehntscheune zusätzliche Räume bezogen werden, und die Gedenkstätte Breitenau wurde mit Unterstützung der Gesamthochschule (heute Universität) Kassel und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen gegründet. Neben den bereits bestehenden Ausstellungsräumen war es nun möglich, Büros, einen Gruppenarbeitsraum mit Handbibliothek, einen Mediovorführraum und ein Archiv

⁴³ Als wichtige Ergebnisse dieses Forschungsprojektes sind entstanden: Jörg Kammler / Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Eine Dokumentation, Bd. 1, Kassel 1984; Wilhelm Frenz / Jörg Kammler / Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Bd. 2: Studien, Kassel 1987.

⁴⁴ Vgl. Gesamthochschule Kassel (wie Anm. 20).

⁴⁵ Vgl. Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hrsg.): Erinnern an Breitenau 1933-1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente in der Zehntscheune des ehemaligen Klosters. Eröffnung am 7. Dezember 1982 in der Außenstelle des Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen, Kassel 1982.

einzurichten.⁴⁶

Seit Mitte der achtziger Jahre entwickelte sich die Gedenkstätte zu einem Gedenk- und Bildungsort von regionaler und überregionaler Bedeutung. Seit der Gründung wurde die Gedenkstätte von etwa 130.000 Menschen besucht, unter denen sich viele Tausend Schüler und Schülerinnen befanden. 1992 wurde eine neue Dauerausstellung des Künstlers Stephan von Borstel eingeweiht, die über die NS-Geschichte hinaus zu Fragen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt anregen soll.⁴⁷ Schließlich geht es bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus um Fragen des Umgangs von Menschen mit Menschen, um Fragen von Gleichberechtigung, Menschenwürde und Toleranz. Gleichzeitig wurden seit dem Bestehen der Gedenkstätte zahlreiche persönliche Kontakte zu ehemaligen Gefangenen aus vielen europäischen Ländern hergestellt. Ein zentrales Anliegen der Gedenkstätte ist es, weiterhin an das Geschehen in der NS-Zeit zu erinnern und den vielen Gefangenen und Verfolgten die lange versagte Würdigung zukommen zu lassen. Darüber hinaus hat sich an diesem Ort durch eine breite regionale und überregionale Unterstützung eine beeindruckende Form von Erinnerungskultur entwickelt.⁴⁸

⁴⁶ Vgl. Jutta Dillmann / Dietfrid Krause-Vilmar / Gunnar Richter (Hrsg.): Mauern des Schweigens durchbrechen. Die Gedenkstätte Breitenau, (Schriftenreihe „Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte“ 9), Kassel 1986.

⁴⁷ Vgl. Stephan von Borstel / Dietfrid Krause-Vilmar: breitenau 1933-1945. bilder, texte, dokumente images, texts, documents, Kassel 2008.

⁴⁸ Vgl. Verein zur Förderung der Gedenkstätte und des Archivs Breitenau e.V. (Hrsg.): Rundbrief 1 (1986). Im Freihandbestand der Landesbibliothek und Murhardschen Bibliothek in Kassel [Signatur 38 Hass ZB 2167]. Vgl. auch die Homepage: www.gedenkstaette-breitenau.de

Johannes Weiß

Anti-Soziologie

„... die nihilistischen Konsequenzen der jetzigen Naturwissenschaft ... aus ihrem Betrieb *folgt* endlich eine Selbstersetzung, eine Wendung gegen *sich*, eine Anti-Wissenschaftlichkeit“

(Friedrich Nietzsche)¹

1.

Die Geschichte der modernen Wissenschaften ist *auch* eine Geschichte der prinzipiellen Kritik dieser neuartigen, hochdynamischen und – in kognitiver wie in technischer Hinsicht – unerhört erfolgreichen Erkenntnisform. Und diese Kritik wurde nicht nur von außen und von Repräsentanten des alten, nun zunehmend entwerteten Denkens, etwa der scholastischen Philosophie und Theologie, vorgetragen, sondern sie entstand immer wieder aus der Mitte dieser Wissenschaften selbst. In der Regel zielte sie nicht auf deren Abschaffung, sondern forderte, von Pascal bis Kant und darüber hinaus, eine gründliche Prüfung ihrer Voraussetzungen, Reichweite und Grenzen und eine daraus sich ergebende Selbstbegrenzung. Gelegentlich, insbesondere im Umkreis der europäischen Romantik, ging es allerdings auch um die Überwindung der mechanizistischen, kausalistischen und atomistischen Erklärungsweise überhaupt und um die gegenläufige Bewahrung resp. Stärkung einer ganzheitlichen und teleologischen Naturbetrachtung.

2.

Diese *endogene* Wissenschaftskritik musste sich entscheidend verschärfen, nachdem die neue Erkenntnisform in der Biologie und dann auch in den Humanwissenschaften

¹ Vgl. Horst Baier. Die Gesellschaft – ein langer Schatten des toten Gottes. Friedrich Nietzsche und die Entstehung der Soziologie aus dem Geist der *décadence*, in : Nietzsche-Studien, Bd. 10/11, S. 1081/82

zur Herrschaft gekommen war. Eine ganz neue Qualität gewann sie sodann in der Soziologie. So extraordinär die Erwartungen waren, die sich (z.B. bei Marx, Comte, Durkheim, später bei K. Mannheim) mit der Übertragung der wissenschaftlichen Methode auf die „Welt des Menschen“ verknüpften, so heftig und prinzipiell war auch der dadurch entzündete Streit.

3.

Von einer Anti-Wissenschaft im strengen Sinne ist nur dann zu reden, wenn eine fundamentale, die allgemeinen Erkenntnisinteressen, die theoretischen Konzeptionen sowie die Methodologie betreffende Kritik aus der *Mitte* dieser Wissenschaft selbst entspringt und vorgetragen wird. Ganz in diesem Sinne ist also auch der Terminus „Anti-Soziologie“ vornehmlich zu verwenden. Dies ist auch deshalb geboten, weil diese spezielle Form einer sehr radikalen *endogenen* Kritik in der Soziologie viel verbreiteter und stärker war und ist als in den anderen Wissenschaften, die anderen, auch die eng verwandten Humanwissenschaften (etwa die Ökonomie oder die Psychologie) durchaus eingeschlossen. Außerdem findet sich diese Art der Auto-Kritik bei der Soziologie nicht nur in den Anfängen ihrer Entwicklung oder bei Gelegenheit eines tief reichenden Paradigmenwechsels, sondern, ungeachtet gewisser Konjunkturen, als ein im Kern chronisches und gerade in jüngster Zeit wieder sehr akut gewordenenes Charakteristikum.

4.

Allerdings lässt sich diese Unterscheidung zwischen einer „von außen“ und einer „von innen“ kommenden Kritik nicht streng durchführen, wenn es nicht um einzelne Dissenspunkte oder eher technische Fragen geht, sondern um die allgemeinsten Zwecke, Perspektiven und Möglichkeiten der betreffenden Wissenschaft. Dies gilt generell, also auch etwa im Falle der Physik oder der bio-medizinischen Forschung, bei der Soziologie aber a fortiori. Die Soziologie nämlich kann sich von ihrer wissen-

schaftlichen und außerwissenschaftlichen „Außenwelt“ nicht so radikal emanzipieren wie andere Wissenschaften, und zwar nicht nur aus kontingenten, also etwa mit ihrer disziplinären „Unreife“ zusammenhängenden, sondern aus in der Natur der Sache liegenden Gründen.

Eine kurze Betrachtung der „von außen“ kommenden Soziologie-Kritik ist deshalb angebracht und sehr geeignet, zur Anti-Soziologie im engeren und eigentlichen Sinne überzuleiten.

5.

In dieser Hinsicht ist vor allem zu erwähnen, wieviel Skepsis und Widerstand dieser neuen Wissenschaft insbesondere von Seiten der Philosophie und der Geschichtswissenschaft entgegengebracht wurde.

Die *philosophische Anti-Soziologie* erklärt sich im wesentlichen daraus, dass mit der Soziologie resp. Gesellschaftstheorie bei vielen ihrer Protagonisten, und zwar bis in die Gegenwart hinein, der Anspruch verbunden wurde, die Philosophie zu vollenden oder zu ersetzen und zu überbieten. Die Vorstellung, dass die „Wissenschaft von der Gesellschaft“ dazu berufen sei, entweder *in* der Philosophie oder *an deren Stelle* als *scientia scientiarum* (Lester Ward, *Reine Soziologie*, 1907) zu fungieren, findet sich, auf je verschiedene Weise, bei Marx und Comte, bei Durkheim und Mannheim, aber auch bei Habermas, Luhmann und schließlich Bourdieu. Und die Begründung hebt, ungeachtet aller sonstigen Differenzen, immer darauf ab, dass auch das Philosophieren eine kulturelle *und also gesellschaftliche* Aktivität sei und deshalb nur vermittels einer soziologischen Analyse ein angemessenes und kritisches Verständnis seiner selbst gewinnen könne. Darüber hinaus wird oft behauptet, dass die Wissenschaft von der Gesellschaft anstelle der Philosophie als „Führungswissenschaft“ der sozio-politischen Praxis fungieren müsse, da nur sie ein umfassendes Wissen vom Ganzen der menschlichen Lebensverhältnisse und seiner Bewegungsgesetze bereitstellen könne.

Es ist klar, dass dieser doppelte Führungsanspruch die Philosophie sehr provozieren muss. Entsprechend scharf wurde er von philosophischer Seite kritisiert und zurückgewiesen, und mit ihm nicht selten die Soziologie überhaupt. Hierher gehört z.B. W.

Diltheys Kritik der Soziologie. Wie Dilthey, so hatte auch Friedrich Nietzsche vor allem H. Spencer und J. St. Mill vor Augen, als er der Soziologie vorhielt, eine Wissenschaft *der* Dekadenz, vornehmlich der „Vermittelmäßigung“, zu sein, und zwar *aus* Dekadenz¹.

6.

Wie diese philosophische Anti-Soziologie so ist auch die von Seiten der *Geschichtswissenschaft* vorgetragene nicht auf die Frühzeit der Soziologie, also auf deren jugendlichen Überschwang und jene besondere Konkurrenzsituation, beschränkt. In diesen geschichtlichen Kontext gehört allerdings die scharfe Kritik, die – wiederum – von Wilhelm Dilthey vorgebracht wurde und die tatsächlich sehr hegemonialen Konzeptionen von A. Comte, H. Spencer und J. St. Mill im Visier hatte. Dasselbe gilt für die von dem Historiker Alfred Dove stammende und u.a. von Georg von Below übernommene Abqualifizierung der Soziologie zu einem bloßen „Wortmaskenverleihinstitut“

Im Übrigen – und späterhin – stellt sich die Soziologiekritik von geschichtswissenschaftlicher Seite weniger prinzipiell dar, indem sie nicht das Existenzrecht dieser neuen Wissenschaft in Zweifel zieht. Wie der philosophischen eignet auch ihr eine methodologische und eine politische Dimension. Einerseits geht es um den Vorwurf, dass sich mit den begrifflich-theoretischen Generalisierungen der Soziologie eine Indifferenz resp. eine intellektuelle Überheblichkeit gegenüber der Fülle und Vielfalt der geschichtlichen Wirklichkeiten einstelle, andererseits darum, dass der soziologische Blick, was die gesellschaftliche und politische Praxis angehe, eine präsentistische und auch futurologische, die historischen Tiefendimensionen jedenfalls vernachlässigende und deshalb auch zur Sozialtechnik neigende Form der Orientierung und des Handelns befördere.

7.

Ein beträchtlicher Teil der *außerwissenschaftlichen Kritik* der Soziologie zielt in eine sehr ähnliche Richtung wie die, die von Seiten der Philosophie oder der Geschichtswissenschaft geübt wurde. Diese beiden Wissenschaften beanspruchen ja, wenn auch auf sehr verschiedene Weise, der Selbstbesinnung und Selbstbestimmung konkreter Menschen sehr viel näher zu stehen als die Soziologie. Die Soziologie, so wird argumentiert, tendiere mit ihrer Fixierung auf überindividuelle, ja anonyme Bedingungen, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten dazu, die Irrelevanz der Selbstbesinnung und die Unmöglichkeit der Selbstbestimmung aufzuweisen, Menschen also der je eigenen Erfahrungswelt zu entfremden, ihre Fähigkeit zur Freiheit und Selbstverantwortung grundsätzlich in Frage zu stellen.

8.

Ganz offensichtlich korrespondiert eine derartige Kritik den Einwänden, die von Seiten einer reflektierten *geschichtlichen Praxis* gegen die Abstraktionen und Generalisierungen der Soziologie vorgebracht werden (müssen). Und es wird sich zeigen, dass sie auch ein Leitthema der Anti-Soziologie im engeren Sinne, der soziologischen Auto-Kritik also, bilden. Es darf aber nicht übersehen werden, dass es auch eine ganz anders geartete, ja diametral entgegengesetzte Ablehnung der Soziologie aus Gründen der „Praxis“, näherhin der *politischen Praxis*, gibt. In *beiden* totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts, dem sowjetkommunistischen und dem nationalsozialistischen, ist die Soziologie nicht nur prinzipiell kritisiert, sondern verboten und abgeschafft worden. Es ist sehr bemerkenswert, dass dies weder der Philosophie und der Geschichtswissenschaft noch irgendeiner anderen Humanwissenschaft widerfahren ist. Offenbar gibt es also bestimmte Formen der politischen Praxis, die mit den Zielen, den Verfahren und den Resultaten soziologischer Erkenntnis prinzipiell unvereinbar sind.

9.

Diese Gegnerschaft des Totalitarismus ist ganz gewiss ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Soziologie, dies um so mehr, als sie sich keineswegs aus kontingenten Gründen erklärt. Die Soziologie ist nämlich, ihrer geschichtlichen Herkunft und Bestimmung nach, die Wissenschaft der „großen Krise“ der modernen Kultur und Gesellschaft, von der Rousseau wohl zuerst gesprochen hatte.² In dieser Krisenerfahrung, von der auch noch das Denken Durkheims, Simmels und Webers (und vieler nachfolgender Gesellschaftstheoretiker) bestimmt ist, thematisiert sich, mit unterschiedlicher Gewichtung zwar, die Entzauberung der Welt durch die Wissenschaft, die fortschreitende Kommerzialisierung resp. Kommodifizierung aller Dinge und Verhältnisse, die stratifikatorische und funktionale Differenzierung der Gesellschaft sowie schließlich die Individualisierung. Und auch da, wo auf diese Prozesse nicht nur diagnostisch und analytisch, sondern auch kritisch und politisch reagiert wird, erliegen die Soziologen doch nicht der totalitären Versuchung, selbst da nicht, wo sie – vorübergehend – von der Wissenschaft, der Soziologie zumal, den Entwurf einer neuen umfassenden „Weltanschauung“, einer neuen „Kultursynthese“ oder einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung erwarten. Der *totalitären Anti-Soziologie* gegenüber beharrt die Soziologie also auf ihrer Einsicht in die Triebkräfte und die Dynamik der modernen Kultur und auf ihre Überzeugung, dass eine radikale „Lösung“ ihrer Konflikte und Antinomien nur mit intellektueller und dann auch physischer Gewalt, und das heißt: durch ihre Selbstdestruktion, möglich wäre.

10.

Haben die Angriffe von außen, darunter vor allem die Gegnerschaft des linken und rechten Totalitarismus, die innere Einheit der Soziologie gestärkt und gesteigert? Hat diese Erfahrung dazu geführt, dass sich im Laufe der Zeit ein ruhiges, von einem

² Johannes Weiß: Vernunft und Vernichtung. Zur Philosophie und Soziologie der Moderne, Opladen 1993, S. 252-262.

breiten Konsens getragenes Bewusstsein ihrer Notwendigkeit und ihrer intellektuellen Identität herausgebildet hat? Ist also die Neigung, diese Wissenschaft *von innen her* sehr grundsätzlich zu problematisieren, zunehmend oder vollständig verschwunden?

Das Gegenteil von alledem ist eingetreten: In den vergangenen Jahrzehnten ist die Soziologie von innen heraus gewiss noch häufiger und noch radikaler in Frage gestellt worden als zuvor. Manches spricht so für die – wiederholt geäußerte – Vermutung, dass die Soziologie, statt sich endlich zu etablieren und zu konsolidieren, in einem Prozess der fortschreitenden „Dekomposition“ begriffen sei. Es ist ja in dieser Hinsicht sehr auffällig, dass zu den Autoren solcher neuerer Anti-Soziologien einige der wichtigsten und produktivsten Repräsentanten des Fachs gehörten.

11.

Und doch ist diese Sachlage kein Grund, an der Soziologie zu verzweifeln. Der Streit, und zwar der sehr prinzipielle Streit, ist der Soziologie endemisch und notwendig, und er kann, recht verstanden, trotz seiner Unlösbarkeit geradezu als Lebenselixier oder Jungbrunnen dieser Wissenschaft wirken. Die Fragen nämlich, die in diesem Streit gestellt, und die Positionen, die darin vertreten werden, haben zwar nicht gleichgeartete oder gleichgewichtige, aber doch durchgehend gute Gründe auf ihrer Seite. Nicht diese Fragwürdigkeit, sondern jeder Versuch, sie ein für allemal, und das heißt: auf dogmatische Weise, zu überwinden, gefährdet deshalb die Vitalität und die Existenz der Soziologie.

Um dies zu verstehen, empfiehlt es sich, die wichtigsten Ausprägungen von Anti-Soziologie in diesem engeren und eigentlichen Sinne typologisch zu ordnen. Man erkennt dann, dass sie von begrenzter Zahl sind und jeweils, zumindest in der Hauptsache, *eine* der Herausforderungen artikulieren, denen sich die Soziologie stellen muss.

12.

Der erste dieser Typen ist von der Vorstellung bestimmt, dass sich die Soziologie als Ort und Medium einer radikalen und engagierten Kritik der modernen, also kapitalistischen Gesellschaft verstehen müsse. Diese Funktion ergebe sich aus ihrer emanzipatorischen Bestimmung, und sie erfülle sich in einer systematischen Aufdeckung der gesellschaftlichen Ursachen von Bewusstseinsformen, sozialer Ungleichheit und Machtverhältnissen. Soziologen, die es an solchem Engagement fehlen lassen, verfallen selbst der radikalen soziologischen resp. anti-soziologischen Kritik. Eminente und einflussreiche Repräsentanten dieses Typs sind z.B. C. W. Mills³, A. Gouldner⁴ und, in der Gegenwart, P. Bourdieu.

13.

Ein zweiter Typus von soziologischer Selbstkritik hebt auf die spezifischen Gefahren und Irrwege ab, die einer engagierten Soziologie dieser Art drohen. Schon auf der Ebene der Begriffe, Theorien und Methoden werde die Soziologie für politische Zwecke instrumentalisiert, eine zureichende Erklärung der Phänomene häufig gehemmt oder verhindert. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die politische Diskriminierung und professionelle Ausgrenzung, die James Coleman erfuhr, weil die Ergebnisse seiner Forschungen (über Bildungschancen) politisch unerwünscht waren.⁵ Darüber hinaus tendiere, so sagt man nicht ohne Grund, eine derart engagierte Soziologie dazu, die Bedeutung gesellschaftlicher Gegebenheiten und Faktoren zu verabsolutieren. Das führe zu einer systematischen Vernachlässigung der Freiheit, Kreativität und Verantwortlichkeit sozialer Akteure und zu einem geradezu päpstlichen Erklärungsmonopol der Soziologie. Diesem hegemonialen „Soziologismus“ ist z.B. Friedrich Tenbruck entgegengetreten, und Helmut Schelsky hat ihm ganz explizit und programmatisch

³ Charles Wright Mills: *The Sociological Imagination*, New York 1959.

⁴ Alvin W. Gouldner: *For Sociology. Renewal and Critique in Sociology Today*, London 1973; Ders.: *The Coming Crisis of Western Sociology*, New York 1970

⁵ Vgl. Irving Louis Horowitz: *The Decomposition of Sociology*, New York 1994.

seine Anti-Soziologie entgegengesetzt.⁶ In dieselbe Richtung zielt der Vorwurf des „soziologischen Terrorismus“, der jüngst gegen die tatsächlich sehr absorptiven und monopolistischen Erklärungsansprüche von Pierre Bourdieu gerichtet wurde.⁷

Der Kernpunkt dieses Typs von Anti-Soziologie liegt in der Forderung, dass die – von Gouldner und auch von Bourdieu so nachdrücklich beanspruchte – Reflexivität der Soziologie sich nicht darauf beschränken dürfe, die Soziologie selbst der soziologischen Analyse und Kritik zu unterwerfen. Notwendig sei vielmehr die Einsicht, dass die Reflexion auf die Voraussetzungen, Grenzen und Zwecke soziologischer Erkenntnis über die Soziologie hinausgehen und sich zu einer umfassenden und fundamentalen Form der Selbstbesinnung erweitern müsse, die der eigenen Legitimität anderer, etwa moralischer und religiöser Erfahrungen gerecht werde.

14.

Neben dieser gibt es eine zweite große Frage, an der sich immer wieder ein prinzipieller Streit entzündet. Dabei geht es nicht um das Verhältnis von Soziologie und gesellschaftlicher Praxis, sondern, noch grundlegender, um die Frage der Wissenschaftlichkeit.⁸ Zwar besteht mittlerweile ein breites Einverständnis darüber, dass die Soziologie eine empirische, also keine philosophische oder gar normative Wissenschaft sei. Umstritten ist aber, an welchen Standards empirischer Forschung sie sich zu orientieren habe. Auch hier kann man zwei Auffassungen unterscheiden, die sich wechselseitig sehr prinzipiell kritisieren. Aus der Perspektive der einen kann sich die Soziologie nur dann als empirische Wissenschaft verstehen und erfolgreich entwickeln, wenn sie sich am Vorbild der Naturwissenschaften orientiert. Als obligatorisch gilt deshalb die Bindung an das deduktiv-nomologische Schema der Erklärung,

⁶ Friedrich H. Tenbruck: Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder Die Abschaffung des Menschen, Graz 1984; Helmut Schelsky: Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf 1959; zu Schelsky: Peter-Ulrich Merz-Benz: Das Paradoxon der institutionalisierten Dauerreflexion. Zur Explikation von Helmut Schelskys Begriff der „Anti-Soziologie“, in: Peter-Ulrich Merz-Benz / Gerhard Wagner (Hrsg.): Soziologie und Antisozilogie. Ein Diskurs und seine Rekonstruktion, Konstanz 2001, S. 89-118

⁷ Jeannine Verdès-Leroux: Le savant et la politique. Essai sur le terrorisme sociologique de Pierre Bourdieu, Paris 1998.

⁸ Zu dieser Kontroverse und zur Empfehlung, sich darin von *beiden* Extrempositionen fernzuhalten: Raymond Boudon, Die Soziologie zwischen Positivismus und Ästhetizismus. Oder: Kann Soziologie heute noch positivistisch sein?, in: Merz-Benz / Wagner (wie Anm. 6), S. 157-182

und das setzt die Formulierung allgemeiner Kausalgesetze voraus. Eng verknüpft mit dieser nomologischen Orientierung ist ein Ideal der methodischen Strenge und der Exaktheit, das sich allein in der numerischen Quantifizierung und der mathematischen Modellierung sozialer Realitäten erfüllt.

15.

Aus der Sicht dieser oft (und ablehnend) „szientistisch“ genannten Position haben große Teile der gegenwärtigen Soziologie als vor-, un- oder gar pseudowissenschaftlich zu gelten. Umgekehrt ist sie selbst immer wieder als völlig unfruchtbar und fehlgeleitet kritisiert worden, so etwa in den Büchern von Pitirim A. Sorokin⁹ und St. Andreski¹⁰. Die Suche nach allgemeinen Gesetzen verfehlt nach dieser Auffassung die Geschichtlichkeit der gesellschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit. Und die quantifizierenden und mathematisierenden Verfahren verfehlen sogar die sozio-kulturelle Wirklichkeit selbst. Dieser sinnhaften Wirklichkeit bleibe das Zählen und Messen äußerlich, wenn sie nicht zunächst und vor allem verstanden und interpretiert worden sei.

16.

Damit sind vier Positionen, jeweils zwei einander konträre, skizziert, die ebenso viele Formen der Anti-Soziologie begründen können. Als Anti-Soziologien fungieren sie dann, wenn sie zur prinzipiellen Ablehnung resp. professionellen Delegitimierung anderer Auffassungen eingesetzt werden. So wurden von der als „Soziologismus“ bezeichneten Position aus alle weniger hegemonialen Konzeptionen als prinzipiell unangemessen behauptet, während ihr selbst von den so angegriffenen Soziologien aus vorgeworfen wurde, durch derart übersteigerte Ansprüche intellektueller und

⁹ Pitirim A. Sorokin: *Fads and Foibles in Modern Sociology and Related Sciences*, Chicago 1956; vgl. Justin Stagl: Sorokin als Antisoziologe, in: Balla Bálint / Ilja Srubar / Martin Albrecht (Hrsg.): *Pitirim A. Sorokin. Leben, Werk und Wirkung*, Hamburg 2002, S. 51-61

¹⁰ Stanislav Andreski: *Social Sciences as Sorcery*, London 1972.

politischer Art die Soziologie langfristig zu diskreditieren und zu zerstören. Ganz ähnlich verhält es sich bei den beiden anderen Typen: Den Repräsentanten des einheitswissenschaftlichen Modells gelten weite Teile der Soziologie überhaupt nicht als Wissenschaft, sie selbst aber werden beschuldigt, die Eigenart der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die darauf bezogenen Besonderheiten der soziologischen Methode im Ansatz zu verkennen.

17.

Eine solche Radikalisierung und Verabsolutierung der je eigenen Position zerstört die Spannung, die für die intellektuelle, die politisch-moralische und die kulturelle Situation der Soziologie von Anfang an charakteristisch war. Diese Spannung aber ist wegen der eigentümlich reflexiven Natur der Soziologie unvermeidlich, und sie ist, wie die Erfahrung lehrt, dann sogar außerordentlich produktiv, wenn die Soziologie ihren Weg im Spannungsfeld der heterogenen, ja widersprüchlichen Anforderungen sucht. Das Beharren auf der einen und einzigen Lösung führt entweder zum Rückzug auf einen fruchtlosen und auf die Dauer selbstdestruktiven Dogmatismus oder aber zum resignativen Rückzug aus der Soziologie. Für beides gibt es prominente Beispiele.

Horst Dippel

Europas mühsame Suche nach einer Verfassung Hilfe aus Australien?

Als die europäischen Staats- und Regierungschefs am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon unterzeichneten, sah zunächst alles so aus, als ob dieser Vertrag in der Folge zügig von den Mitgliedsstaaten ratifiziert und damit die seit Anfang 2000 währende lähmende institutionelle Krise der Union endlich gelöst werden und der Lissabonner Vertrag auf dem besten Wege sein würde, wie vorgesehen¹, am 1. Januar 2009 in Kraft zu treten. Seit der Ablehnung des Vertrags in dem irischen Referendum von 12. Juni 2008 ist offenkundig, dass der Lissabonner Vertrag in seiner Ursprungsform gescheitert ist, ja dass selbst einer modifizierten Form jederzeit ein ähnliches Schicksal drohen kann. Es erscheint in dieser Situation müßig, darüber streiten zu wollen, ob es ein politischer Fehler war, die Erweiterung der Europäischen Union vor ihrer Vertiefung vorzunehmen. Tatsache ist, dass weder seinerzeit diese veränderte Reihenfolge politisch durchsetzbar war noch sich eine substantielle Veränderung der Europäischen Verträge seit Maastricht 1992, sieht man einmal von den partiellen Veränderungen durch den Vertrag von Amsterdam von 1997 ab, bislang als durchführbar erwiesen hat. Bereits die Konferenz von Nizza² mit dem daraus resultierenden Vertrag wurde allgemein als Fehlschlag gewertet. Ein noch offenkundiger Misserfolg war der nachfolgende Versuch einer Europäischen Verfassung und, bislang zuletzt in dieser Kette der misslungenen Vertragsrevisionen, 2008 der Vertrag von Lissabon. Steckt Europa in der permanenten Krise, steht Europa gar an einem Scheideweg? Fehlt der politische Wille, die Europäische Union jenseits nationaler Interessen substantiell weiter zu entwickeln?

¹ So Art. 6, Abs. 2 (Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, C 306/135).

² Auf der Regierungskonferenz von Nizza im Dezember 2000 wurden die für eine EU-Erweiterung institutionellen Reformen herbeizuführen versucht. Es ging im Wesentlichen um die Zahl der Kommissionsmitglieder, die die einzelnen Mitgliedsstaaten entsenden, um die Stimmengewichtung im Rat und um die Ausdehnung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen.

Die Antwort auf diese Fragen fiel eindeutiger aus, würden die bald zwei Jahrzehnte seit Maastricht nicht das Schengener Abkommen³ und die Einführung des Euro⁴ sowie die sukzessiven Erweiterungen beider Institutionen erlebt haben und weiter erfahren. Die Europäische Union dieser Jahre ist offensichtlich geprägt von zwei unterschiedlichen Integrationsmodellen. Während das eine Modell für alle Mitglieder der Europäischen Union verbindliche Regeln und Integrationsschritte vorsieht, basiert das andere Modell auf dem Grundsatz, nur jene Staaten der Union einzubinden und zu verpflichten, die sich zu diesem Zweck zusammenfinden. Hat das erste, hier Adhäsionsmodell genannte Prinzip bereits in der Vergangenheit immer wieder partielle Ausnahmeregelungen zugelassen und auf dem Weg nach Lissabon seine nachlassende Einbindungskraft nachhaltig dokumentiert, basiert das zweite, in der Folge Partizipationsmodell genannte Prinzip auf der Grundlage einer aktiven politischen Willensentscheidung, in dem sich, zumindest für die daran teilnehmenden und dazu hinstrebenden Staaten das eigentliche Erfolgsmodell der Europäischen Union seither verkörpert.

Angesichts dieser bipolaren Situation stellt sich die Frage, ob die Europäische Union gut beraten ist, ihre Energien, wie in den unmittelbar zurückliegenden Jahren geschehen, auf die Weiterentwicklung des Adhäsionsmodell zu konzentrieren, oder ob nicht statt dessen das Partizipationsmodell als die Erfolg versprechendere Variante in Zukunft verstärkt weiterverfolgt werden sollte. Zumal im Kontext des Partizipationsmodells erscheint dabei der vergleichende Blick auf Australien aus in der Folge darzulegenden Gründen als hilfreich. Eine Analyse der Entwicklung der zurückliegenden Jahre mag dazu beitragen, diese These näher zu begründen.

Zum Verständnis der Jahre zwischen den Konferenzen von Nizza und Lissabon gehört die Einsicht, dass die europäische Krise nicht dadurch verursacht wurde, dass Frank-

³ Das Schengener Abkommen mit dem Wegfall der Binnengrenzkontrollen wurde 1995 in Kraft gesetzt und durch ein Zusatzprotokoll zum Amsterdamer Vertrag mit Wirkung zum 1.5.1999 in die Europäische Union integriert, auch wenn ihm heute mit Norwegen, Island und zukünftig die Schweiz Länder angehören, die bislang nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, während das Vereinigte Königreich, Irland, Rumänien, Bulgarien und Zypern nicht oder noch nicht teilnehmen. Die bislang letzte Erweiterung des Schengen-Raumes fand zum 21.12.2007 statt.

⁴ Die Münzen und Banknoten des Euro wurden mit dem 1.1.2002 legales Zahlungsmittel in zunächst zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Seither ist er in Slowenien (2007) und Malta und Zypern (2008) eingeführt worden sowie, abgesehen von den europäischen Zwergstaaten außer Liechtenstein, außerhalb der EU inoffiziell in Montenegro und dem Kosovo. Alle Beitrittsstaaten zur Europäischen Union seit 1993 haben sich verpflichtet, zu gegebener Zeit den Euro einzuführen, was jüngst zum 1.1.2009 in der Slowakei geschehen ist. Ausnahmeregelungen gelten für das Vereinigte Königreich, Dänemark und Schweden.

reich und die Niederlande die Europäische Verfassung zurückwiesen. Vielmehr war diese Ablehnung das Ergebnis einer europäischen Politik, die nachdrücklich auf Symbolik und deren Wirkung setzte und darüber die politischen Inhalte vernachlässigte. Erschwerend kam in dieser Situation das eklatante Versagen einer europäischen politischen Führung hinzu, verbunden mit dem Fehlen einer europäischen öffentlichen Meinung. Das in früheren Jahrzehnten ausschlaggebende deutsch-französische Tandem hatte unter Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Überzeugungskraft verloren, und weder der Kommissionspräsident Romano Prodi noch Tony Blair, Silvio Berlusconi oder José María Aznar waren bereit oder fähig, als *Spiritus rector* der Europäischen Union zu fungieren. Auf diese Weise wurde die institutionelle Krise der Union durch politisches Versagen just in jenem Augenblick verstärkt, als Europa zutiefst gespalten war über die amerikanische Politik, so dass die europäische Reformpolitik in ihrem kraftlosen Verharren in Symbolik letztlich von Anbeginn zum Scheitern verurteilt war.

Das Fehlen einer europäischen öffentlichen Meinung erscheint in dieser Situation als zwangsläufige Konsequenz des politischen Diskurses in Europa, der, von höchst seltenen Ausnahmen abgesehen, letztlich nicht stattfindet. Stattdessen gibt es 27 nationale Diskurse, die selbst dann, wenn sie auf europäische Probleme ausgerichtet sind, nur selten ihren nationalen Rahmen überschreiten. Selbst in einer so fundamentalen Frage wie der einer Europäischen Verfassung, für die doch ein gemeineuropäischer Diskurs geradezu als selbstverständliche Vorbedingung hätte erscheinen sollen, blieben alle Versuche dazu seitens der Union halbherzig und ohne Erfolg, erschien doch der nationale Diskurs den Politikern des jeweiligen Landes ungleich überschaubarer und leichter in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Damit stellt sich erneut die Frage nach der Führungskraft der politischen Eliten. Gewiss ist der europäische Einigungsprozess seit seinen Anfängen vor über einem halben Jahrhundert das Werk politischer Eliten, genauso wie er das in den auf diese Weise entstandenen Vereinigten Staaten von Amerika im ausgehenden 18. Jahrhundert gewesen ist. Doch im Unterschied zu Amerika in den 1780er Jahren, ja selbst zu Europa in den 1950er Jahren, vermochte es die politische Elite Europas, die in den Jahren der institutionellen Krise der Union in Verantwortung stand, nicht, jenes Maß an politischer Autorität und Führungskraft auszustrahlen, das notwendig gewesen

wäre, um der Europäischen Verfassung zum Erfolg zu verhelfen. Nicht von ungefähr war die Mehrheit jener Politiker, die im Dezember 2004 die Europäische Verfassung unterzeichneten, drei Jahre später in Lissabon nicht mehr im Amt.⁵

Angesichts dieser Situation überrascht es nicht, dass, als es den Staats- und Regierungschefs auf der Konferenz in Nizza nicht gelang, sich auf grundlegende Reformen der Union zu verständigen, diese in symbolischen Handlungen ihre Zuflucht suchten. An Stelle einer weiteren intergouvernementalen Konferenz sollte ein Europäischer Konvent die notwendige Revision der Europäischen Verträge vornehmen. Zu diesem Zweck sollten die bestehenden Europäischen Verträge in einer Verfassung zusammengefasst werden, die der Konvent nicht entwerfen, für die er jedoch Vorschläge unterbreiten sollte. Um diesen Etikettenwechsel zu verstehen, ist es erforderlich, den Europäischen Konvent und die Europäische Verfassung genauer zu betrachten.

Dieser Europäische Konvent, wie er mit der Erklärung von Laeken vom 15. Dezember 2001 ins Leben gerufen wurde, stellte den ersten jener symbolischen Schritte dar. Angesichts der Tatsache, dass Konvente in der europäischen Geschichte nahezu unbekannt sind⁶, bedarf seine Berufung um so eher der Begründung. Das bekannteste Beispiel eines Konvents in der europäischen Geschichte war bislang der Nationalkonvent während der Französischen Revolution. Doch angesichts seiner Gleichsetzung mit der jakobinischen Terrorherrschaft scheidet er als etwaiges Modell sogleich wieder aus. Ungleich naheliegender mag der Hinweis auf die Verfassungskonvente der amerikanischen Geschichte und Praxis erscheinen, die jedoch in Europa keine Entsprechung gefunden haben.⁷ Gleiches lässt sich ebenso von den australischen Verfassungskonventen sagen, bei denen es sich im Unterschied zu den amerikanischen

⁵ Grundsätzlich zu der Schwäche und Fragmentarisierung der politischen Führung in Europa während dieses ganzen Prozesses der Band: Derek Beach / Colette Mazzucelli (Hrsg.): *Leadership in the big bangs of European Integration*, Basingstoke 2007.

⁶ Vgl. Horst Dippel: *Conventions in Comparative Constitutional Law* (College of Europe, European Legal Studies, Research Papers in Law 4/2003), Brügge 2003.

⁷ Die Einführung dieser amerikanischen Konvente wurde in der französischen Nationalversammlung im August 1791 intensiv diskutiert, ohne dass sich ihre Befürworteter dabei durchsetzen konnten, vgl. Horst Dippel: *Verfassung und Revolution. Die Diskussion um einen Nationalkonvent im August 1791*, in: Anton Pelinka / Helmut Reinalter (Hrsg.): *Die französische Revolution und das Projekt der Moderne*, Wien 2002, S. 169-186.

eher um eine politische Einrichtung zur breiten Diskussion zentraler Politikfragen als um ein verfassungsrechtliches Instrument handelt.⁸

Wie immer man diese Beispiele, einschließlich des jakobinischen, letztlich bewerten mag, ein konstitutives Element eines Konvents, das als so selbstverständlich gilt, dass es keiner weiteren Begründung bedarf, ist seine demokratische Legitimation durch Wahl. Konventen ist weiterhin gemein, dass sie über eine innere wie äußere Autonomie verfügen, also ihre Geschäftsordnung ebenso wie ihre Funktionsträger selbst bestimmen und auch ihre Beziehungen zu den übrigen staatlichen Institutionen im Rahmen ihres Bestallungsgesetzes selbst im Sinne der Vorstellungen der Mehrheit ihrer Mitglieder regeln. Ist ihre Aufgabe gemäß Bestallung beendet, legen sie ihr Ergebnis, je nach gesetzlicher Vorgabe, entweder der zuständigen staatlichen Stelle oder direkt dem Volk vor, worauf der Vorschlag in Gänze entweder angenommen oder zurückgewiesen wird.⁹ Genauso – bei einer Ausnahme – war das Verfahren bei dem Herzog-Konvent¹⁰, der die Europäische Grundrechtecharta entwarf und auf den generell als Modell für den Europäischen Verfassungskonvent verwiesen wird. Es erscheint angebracht, diese vermeintliche Parallelität genauer zu betrachten, um nicht nur die gravierenden Divergenzen zwischen beiden Konventen aufzudecken, sondern auch die systematische Aushöhlung des Konventsbegriffes deutlich zu machen, die letztlich zu einem Etikettenschwindel führte.

Als erstes fällt auf, dass der Herzog-Konvent nicht als Konvent eingesetzt worden war, sondern angesichts des Fehlens eines Namens sich die Bezeichnung „Konvent“ selbst zulegt hatte.¹¹ Indem die Laeken-Erklärung diese Selbstbenennung übernahm, entkleidete sie nichtsdestoweniger die einzurichtende Institution zugleich aller Inhalte, die bislang mit dem Konventsbegriff verbunden wurden.¹² Zwar war auch der Herzog-

⁸ Vgl. Report of the Constitutional Convention. Old Parliament House Canberra, 2-13 February 1998, 4 Bde., Canberra: Commonwealth of Australia, 1998, I, S. 12-15. In Australien haben seit den 1890er Jahren und insbesondere seit den 1960er Jahren zahlreiche Verfassungskonvente stattgefunden.

⁹ Vgl. John Erik Fossum / Agustín José Menéndez: „The Constitution’s Gift? A Deliberative Democratic Analysis of Constitution Making in the European Union“, in: European Law Journal 11 (2005), S. 380-410, besonders S. 386-389.

¹⁰ Der erste europäische Konvent, der zwischen Dezember 1999 und Oktober 2000 die Charta der Grundrechte der Europäischen Union erarbeitete, wurde von dem ehemaligen Bundespräsident Roman Herzog geleitet.

¹¹ Vgl. Dippel (wie Anm. 6), S. 12-14.

¹² Vgl. die oberflächliche und faktenorientierte Münchner juristische Dissertation von Hubert Klinger: Der Konvent. Ein neues Institut des europäischen Verfassungsrechts, München 2007, besonders S. 1-48. Eine kritischere Bewertung bietet dagegen die Bonner juristische Dissertation von Andreas Tiedtke: Demokratie in der Europäischen Union. Eine Untersuchung der demokratischen Legitimation der Europäischen Union. Eine

Konvent nicht durch direkte Wahl entstanden, und nach dem ihm zugrunde liegenden Schlüssel wurden jetzt erneut die Mitglieder des Europäischen Konvents durch das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente, die Europäische Kommission und die nationalen Regierungen ernannt. Es war nicht nur diese bewusste Verweigerung einer eigenständigen, von bestehenden Institutionen unabhängigen demokratischen Legitimation, die den Konvent schwächte, sondern die über den Herzog-Konvent hinausgehende völlige Beraubung der inneren wie äußeren Autonomie, die den Europäischen Konvent entgegen allem äußeren Schein ganz in das Belieben der Staats- und Regierungschefs stellte. Sie setzten den Konventsvorstand, einschließlich des Konventspräsidenten Giscard d'Estaing und seiner Stellvertreter, ein – Herzog war noch von „seinem“ Konvent gewählt worden –, und sie setzten fest, dass Giscard d'Estaing ihnen regelmäßig Bericht zu erstatten hatte, was ihnen erlaubte, diesen zu instruieren, welche Ideen er aufzugreifen hatte. Diese politischen Bedingungen und Rückkoppelungen hatten zur unmittelbaren Konsequenz, dass Giscard d'Estaing die Konventsberatungen und -ergebnisse virtuos manipulierte.¹³ Nachdem der Europäische Konvent seiner demokratischen Legitimation und inneren wie äußeren Autonomie beraubt war, fiel es nicht schwer, ihm auch noch das letzte Attribut des Herzog-Konvents zu nehmen, nämlich Herr seiner eigenen Beschlüsse zu sein. Die Konventsergebnisse waren den Staats- und Regierungschefs abzuliefern, die allein darüber zu entscheiden befugt waren, wie mit ihnen in Zukunft verfahren werden sollte.

Man muss nicht Anhänger irgendeines Konventsmodells sein, um zu dem Ergebnis zu gelangen, dass bislang wohl niemand auf die Idee gekommen ist, ein dem Europäischen Konvent vergleichbar konzipiertes Gremium mit der Bezeichnung „Konvent“ zu belegen. Diese Feststellung stellt nicht die Legalität der Benennung in Frage, aber sie äußert doch nachdrückliche Zweifel an ihrer Legitimität, zumal die inszenierte öffentliche europäische Beteiligung an den Konventsberatungen in krassem Gegensatz zu ihren intern manipulierten Ergebnissen stand. Gut hundert Jahre zuvor waren hingegen die Australier an einem bestimmten Punkt ihres schwierigen Weges zum Bundesstaat zu der Erkenntnis gelangt, dass die tatsächliche Einbeziehung des

Untersuchung der demokratischen Legitimation des europäischen Integrationsprozesses vom Vertrag von Amsterdam bis zum Entwurf einer Europäischen Verfassung, Berlin 2005, S. 202-208.

¹³ Vgl. George Tsebelis / Sven-Oliver Proksch: The Art of Political Manipulation in the European Convention, in: Journal of Common Market Studies 45 (2007), S. 157-186; Fossum / Menéndez (wie Anm. 9), S. 402-405.

Volkes für den letztlich Erfolg unverzichtbar war.¹⁴ Anders als ihre australischen Kollegen blieben jedoch die europäischen Staats- und Regierungschefs Herr des Verfahrens bis zu seinem Ende – und Fehlschlag: eine dramatische Fehleinschätzung einer politischen Führung, die ihr eigenes Versagen an politischer Führungskraft durch den Rekurs auf eine ausgehöhlte Symbolik zu kaschieren suchte. Es erscheint wenig wahrscheinlich, dass dieses Europäischen Konventsmodell, wie es der Vertrag von Lissabon festzuschreiben suchte¹⁵, eine Zukunft hat und dem Adhäsionsmodell der Europäischen Union eine dauerhafte Basis bieten kann.

Die Staats- und Regierungschefs hatten Vorstellungen und Erwartungen geweckt, denen sie weder bereit waren zu entsprechen, noch die sie in anhaltenden Erfolg umzusetzen vermochten. Eine gleiche Politik der Symbolik lässt sich für die Europäische Verfassung feststellen¹⁶, eine Idee, die dank der Rede des damaligen Außenministers Joschka Fischer in der Berliner Humboldt-Universität am 12. Mai 2000 auf die europäische Agenda kam, als er einen „Verfassungsvertrag“ und eine „konstitutionelle Neugründung Europas“ anregte.¹⁷ Nach dem Fehlschlag des Europäischen Gipfels von Nizza waren die Staats- und Regierungschefs erstmals bereit, den Gedanken einer Europäischen Verfassung aufzugreifen, schien diese doch zu erlauben, nach Schengen und dem Euro der europäischen Einigung weitere Symbolkraft zu verleihen und die Erfolge des Partizipationsmodells auf das Adhäsionsmodell zu übertragen.¹⁸ Der Augenblick erschien geeignet, erforderte doch die bevorstehende beträchtliche Erweiterung der Union um zehn neue Mitgliedsstaaten eine grundlegende Revision der Europäischen Verträge, um die europäischen Institutionen der veränderten Situation anzupassen. Die notwendige Veränderung der Verträge ließ sich mithin nutzen, um

¹⁴ Vgl. John Quick / Robert Randolph Garran: *The Annotated Constitution of the Australian Commonwealth*, Sydney 1901, S. 150-165; Anne Twomey: *The Constitution – 19th Century Colonial Office Document or a People’s Constitution?*, in: *The Constitution Papers*. Parliamentary Research Service, Subject Collection 7 (1996), S. 1-43.

¹⁵ Art. 48, Abs. 3, (C 306/39).

¹⁶ Zur Europäischen Verfassung als „symbolic strategy (...) to strengthen European identities,“ vgl. Achim Hurrelmann: *European Democracy. The ‘Permissive Consensus’ and the Collapse of the EU Constitution*, in: *European Law Journal* 13 (2007), S. 350-351.

¹⁷ Die Rede selbst und ein Teil der Reaktionen auf sie ist zugänglich unter <http://www.eui.eu/RSCAS/Research/OnlineSymposia/Fischer-DE.doc> (Zugriff 14. April 2008). Über die Anfänge der Idee einer europäischen Verfassung, vgl. Andreas Wehr: *Europa ohne Demokratie? Die europäische Verfassungsdebatte – Bilanz, Kritik und Alternativen*, Köln 2004, S. 12-21; Fossum / Menéndez (wie Anm. 9), S. 401.

¹⁸ Vgl. dazu auch Yi-Kai Chen: *Europäische Verfassung und Europäische Identität. Der EU-Verfassungsentwurf legitimatorisch betrachtet*, Jur. Diss. U. Tübingen 2007.

den neuen Vertrag symbolträchtig in den herausgehobenen Rang einer Verfassung zu erheben.

Es fällt schwer, in diesem Akt etwas anderes als reine Symbolpolitik zu erkennen.¹⁹ Genauso wenig wie der Europäische Konvent ein „Konvent“ in einem landläufigen Verständnis darstellte, entspricht die Europäische Verfassung dem, was man gemeinhin unter einer Verfassung versteht. Mit ihr sollte eine Flagge, eine Hymne, ein Motto und ein europäischer Feiertag Verfassungssanktion erhalten, aber es sollte eben kein europäischer Staat, keine europäische Nation geschaffen werden. Eine europäische Staatsbürgerschaft war projektiert, aber lediglich als Addition zu und in Abhängigkeit von einer nationalen Staatsbürgerschaft. Die Europäische Union sollte ihre Bürger schützen, doch verfügte sie nicht über die Möglichkeiten, dies auch glaubwürdig tun zu können. Sie besaß weder Finanzhoheit noch wirksame Mittel, die Befolgung ihrer Maßnahmen im Innern notfalls verfassungsmäßig erzwingen zu können. Ihr kam ausschließlich übertragene Gewalt zu, während alle originäre Macht bei den Mitgliedsstaaten verblieb. Die vorgeschlagene Europäische Verfassung entbehrte politisch nahezu aller gängigen Prinzipien des modernen Konstitutionalismus, ja selbst dessen, was man allgemein unter Verfassung versteht, nämlich ein Instrument zur Sicherung der Rechte und Freiheiten der Bürger durch Schaffung entsprechender Institutionen sowie der Übertragung der notwendigen Befugnisse und die Sicherstellung ihrer Funktionsfähigkeit. Statt die bestehenden europäischen Institutionen grundlegend umzugestalten, um sie in Einklang mit diesen Erfordernissen zu bringen, sollten diese lediglich behutsam verändert werden. Will man nicht von der rein juristischen Konstruktion der Grundnorm ausgehen, die bereits die bestehenden Europäischen Verträge als „Verfassung“ begreift, war der nunmehr vorgeschlagene Verfassungsvertrag selbst rechtlich zunächst nichts anderes als ein völkerrechtlicher Vertrag mit einigen konstitutionellen Komponenten. Wie alle völkerrechtlichen Verträge musste er, um Rechtsgültigkeit zu erlangen, von allen vertragschließenden Parteien ratifiziert werden, wobei jeder Vertragspartner eigenständig darüber entscheiden konnte, wie diese Ratifizierung

¹⁹ Vgl. Jürgen Bast: The Constitutional Treaty as a Reflexive Constitution, in: Philipp Dann / Michał Rynkowski (Hrsg.): The Unity of the European Constitution, Berlin 2006, S. 13-36; Jürgen Bröhmer: Transparenz als Verfassungsprinzip. Grundgesetz und Europäische Union, Tübingen 2004, besonders S. 319-370.

zu erfolgen hatte.²⁰ Dabei muss noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die institutionellen Reformen der Union diese Verfassungselemente weder bedingten noch zur Voraussetzung hatten, sondern diese einen reinen Zusatz oder, juristisch gesehen, ein *obiter dictum* darstellten.

Doch warum wollten die Staats- und Regierungschefs einen völkerrechtlichen Vertrag mit einigen konstitutionellen Elementen entwerfen und diesen hochtrabend eine Verfassung nennen? Wäre es ihnen tatsächlich darum gegangen, die Europäische Union mit einer Verfassung auszustatten, um eine „Föderation“ zu erreichen, wie Fischer im Mai 2000 vorgeschlagen hatte, hätten sich die Beispiele und Erfahrungen historischer Vorläufer angeboten. Die australische Verfassung wäre lehrreich gewesen, während die Amerikaner Argumentationshilfe darin hätten bieten können, wie man von einem völkerrechtlichen Vertrag zu einer Verfassung kommt und wie darauf der Ratifizierungsprozess gestaltet werden muss, will man das gesteckte Ziel nicht verfehlen.²¹ Einstimmigkeit ist ein im Verfassungsrecht unbekanntes Prinzip. Würde es Anwendung finden, käme vermutlich keine einzige Verfassung je zustande. Hingegen wird der Konsens möglichst aller bei dem Entstehen eines zusammengesetzten Gebildes weit eher erreicht, wenn man ihn nicht verordnet – dies würde lediglich Widerspruch provozieren, wie die europäische Erfahrung jüngster Zeit nachhaltig unterstreicht –, als wenn man bei einer Verfassungsratifizierung festlegt, ab welcher Zustimmungsquote sie in Kraft tritt bei gleichzeitigem Ausschluss jener, die nicht ratifizieren.

Wenn aber andererseits keine Verfassung erforderlich war, um die notwendigen institutionellen Reformen einzuführen, warum gefährdete man dann das politische Ziel der Umsetzung dieser essentiellen Reformen durch Bestehen auf einer Verfassung? Man wusste doch, dass allein das Wort „Verfassung“, hinter dem sich für viele das Gespenst der „Föderation“ verbarg, nicht nur die Euroskeptiker in einigen europäischen Ländern zu grundsätzlicher Opposition mobilisieren würde, während es im Gegenzug kaum jenen zusätzlichen Rückenwind entfachen würde, um die Ratifizierung in allen

²⁰ Zum Ratifizierungsprozess generell vgl. Thomas König u.a. (Hrsg.): Plebiszit und Ratifikation. Eine vergleichende Untersuchung von Referenden zur Europäischen Verfassung, Speyer 2006.

²¹ Vgl. Horst Dippel: Zwei Kontinente auf dem Weg zu einer *more perfect Union*? Oder wie man keine europäische Verfassung schafft, in: Annette Jünemann u.a. (Hrsg.): Italien und Europa. Festschrift für Hartmut Ullrich zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 2008, besonders S. 236-237.

Ländern sicherzustellen.²² Vermutlich ist die Behauptung zu zynisch, dass genau dies die Politik eines Mitgliedsstaates gewesen ist, um die ganze Sache Schiffbruch erleiden zu lassen, damit der Weg frei für eine Lösung wurde, die sonst nicht erreichbar gewesen wäre. Wahrscheinlicher erscheint dagegen jene bereits mehrfach angesprochene Kombination aus Symbolpolitik und politischer Führungsschwäche, weist doch eine genauere Analyse des Verfassungstextes darauf hin, dass die tatsächliche Bedeutung dieser Verfassung weniger in ihrem Inhalt als in ihrer Symbolkraft lag und die Bestimmungen ihres ersten allgemeinen Teils vielfach derart vage blieben, dass gar nicht erkennbar war, was diese zukünftig konkret hätten bedeuten sollen.

Allein dieses Vertrauen auf die Zukunft, die eine sich dahin transponierende europäische Erfolgsgeschichte schon irgendwie wohlwollend richten werde, erscheint im Nachhinein als über Gebühr optimistisch, wenn nicht gefährlich naiv. Wenn diese Politik der vagen Andeutungen, die mehr offen ließ als konkret benannte, sich in der Vergangenheit vielfach bewährt hatte, dann weil sie nicht das Ergebnis von Führungsschwäche gewesen war, sondern eher das Gegenteil in visionärer Weitsicht zum Ausdruck brachte. Die europäische Politik in dem Ratifizierungsmarathon des Jahres 2005 war vom Gegenteil gekennzeichnet, und die Rolle der Staats- und Regierungschefs in jenem Prozess glich weit eher dem sprichwörtlichen Kaninchen, das ängstlich auf die Schlange starrte. Diese verbreitete Passivität konnte nur zu jenem Fehlschlag führen, der von Anbeginn dem Prozess immanent war.²³ Wären es nicht Frankreich und die Niederlande gewesen, hätten andere Staaten an ihrer Stelle das ganze Verfahren genauso zu einem vorzeitigen Ende gebracht.

Dennoch, und im Nachhinein umso unbegreiflicher, war das politische Europa, als der vorhersehbare Fall eintrat, überrascht und geschockt und ohne Handlungsplan. Als Folge drifteten die Ländern der Union weiter auseinander als jemals zuvor und die offiziellen Reaktionen oszillierten zwischen jenen, die unverhohlen das Begräbnis

²² Vgl. Pavlos Eleftheriadis: The Idea of a European Constitution, in: Oxford Journal of Legal Studies 27 (2007), S. 1-21, als eine jener Stimmen, die vehement jeden Gedanken an eine Europäische Verfassung ablehnen. Im Gegenzug war sich Achim Hurrelmann: Verfassung und Integration in Europa. Wege zu einer supranationalen Demokratie, Frankfurt a. M. / New York 2005, S. 278-279, wohl bewusst, dass eine „Verfassung“ Opposition hervorrufen möge, die auch zur Zurückweisung in dem einen oder anderen Land führen könnte, ohne eine Lösung dafür anzubieten, was in diesen Fällen dann zu tun sei.

²³ Vgl. dazu die Auffassung von Werner Weidenfeld: Die Europäische Verfassung verstehen, Gütersloh 2006, S. 16, dass der Grundfehler der ganzen Politik darin lag, das Volk nicht in den Verfassungsprozess einzubinden.

jeder Idee einer Europäischen Verfassung feierten, und denen, die darüber trauerten, dass die Union den traurigsten Tag ihrer Geschichte erlebt habe. Als sich der Nebel schließlich lichtete, kamen jene zwei Verträge zum Vorschein, die die Staats- und Regierungschefs am 18. Oktober 2007 in Lissabon annahmen. War damit, wie behauptet, die Europäische Verfassung gerettet?

Eine genauere Betrachtung des Vertrags von Lissabon „zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ dokumentiert, dass das, was zuvor der „Vertrag für eine Verfassung für Europa“ mit seinen drei Teilen war, nunmehr ein Vertrag mit zwei Artikeln, genauer Teilen, wurde.²⁴ Nicht mehr Teil der Verträge war der vormalige Teil II des Europäischen Verfassungsvertrags, der die Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthielt, die aber nunmehr von Art. 6 als „rechtlich gleichrangig“ mit den Verträgen anerkannt wurde, wobei in einem Zusatzprotokoll Polen und dem Vereinigten Königreich in der Anwendung, wie bei dem Adhäsionsmodell inzwischen praktisch üblich, bestimmte Ausnahmen eingeräumt wurden.²⁵ Aber einschränkend hieß es zugleich: „Durch die Bestimmungen der Charta werden die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert“, was das Protokoll noch einmal dahingehend ergänzte, „dass die Charta die in der Union anerkannten Rechte, Freiheiten und Grundsätze bekräftigt und diese Rechte besser sichtbar macht, aber keine neuen Rechte und Grundsätze schafft“.²⁶ Begründete also nunmehr die Charta in jenen Mitgliedsstaaten mit eingeschränkteren Grundrechten keine neuen Rechte, so hatte es in der Europäischen Verfassung noch geheißen: „Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte, die den Teil II bildet, enthalten sind.“²⁷

Vergleicht man den vormaligen Teil I der Europäischen Verfassung mit dem Art. 1 des Lissabonner Vertrags, wird man nicht überrascht sein, dass das Wort „Verfassung“ rigoros aus dem Vertrag eliminiert wurde. Aber auch Artikel wie „Grundfreiheiten und Nichtdiskriminierung“, „Unionsrecht“, „Die Symbole der Union“ und ganze Titel wie „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ und „Die Zuständigkeiten der Union“ sind in

²⁴ Amtsblatt der Europäischen Union, 17. Dezember 2007, C306.

²⁵ Vgl. C 306/13, C 306/156-157. Vgl. auch Klinger (wie Anm. 12), S. 68-73.

²⁶ C 306/13 und C 306/157.

²⁷ Vertrag für eine Verfassung für Europa, Art. I-9, Abschn. 1 (Amtsblatt der Europäischen Union, 16. Dezember 2004, C 310/13).

dem neuen Vertrag verschwunden, wengleich einige dieser Bestimmungen, weniger prominent, in den zweiten Artikel, den vormaligen Teil III, verschoben wurden, andere, wie die Symbole und die Grundrechtsartikel, nun aber gar nicht mehr auftauchten.

Ohne auf die Einzelheiten der institutionellen Reformen und in diesem Zusammenhang auf spezielle Abweichungen von der vormaligen Verfassung einzugehen, kann festgestellt werden, dass dank der grundlegenden Neukonzipierung des Lissabonner Vertrages alle Passagen aus ihm entfernt wurden, die den vormaligen Verfassungsvertrag, selbst unter Berücksichtigung des darin ausgedrückten begrenzten Verständnisses von Verfassung, als Verfassung ausgewiesen hatten. Von einer Rettung der Verfassung kann daher keine Rede sein. Geblieben war die institutionelle Reform, aber der Gedanke einer Europäischen Verfassung und mit ihr der Versuch, die Europäische Union verfassungsrechtlich neu zu konstituieren, hatte sich als eindeutiger politischer Fehlschlag erwiesen, der folgerichtig am 13. Dezember 2007 in Lissabon stillschweigend zu Grabe getragen wurde. Von dem, was verblieb, wies nichts mehr auf eine Verfassung hin, solange man unter diesem Begriff mehr versteht, als was man schon zu Maastricht gesagt hat.²⁸

Blickt man auf diese Entwicklung des Adhäsionsmodells seit Maastricht, offenbart sich rasch, dass tiefgreifende substantielle Veränderungen in diesem Bereich nicht zu erwarten sind. Die politischen Handlungsspielräume in den 27 Mitgliedstaaten sind zu eng und zu disparat, als dass sich daraus weitgesteckte Ziele im Wege eines umfassenden Kompromisses erreichen ließen. Größere Spielräume bietet dagegen das Partizipationsmodell, indem die Setzung selbst eines visionären Ziels nicht an die Voraussetzung gebunden ist, dass von Anbeginn alle mitmachen – ein eleganter Weg, die völkerrechtlich gebotene Einstimmigkeit politisch zu umgehen. Die Sogwirkung des Erreichten wird dann über die Zeit schon das ihre tun.

Wenn sich also, wie in den zurückliegenden Jahren offenbar geworden, weitergehende politische Ziele bis hin zu einer Verfassung mit einem rechtsverbindlichen Grundrechtsschutz im Zuge des Adhäsionsmodell nicht als durchsetzbar erwiesen haben, bietet sich das Partizipationsmodell als inhaltliche und erfolgversprechendere Alterna-

²⁸ Vgl. etwa Joseph H. H. Weiler: *The Constitution of Europe. Do the New Clothes Have an Emperor? And Other Essays on European Integration*, Cambridge 1999, S. 4, für den seinerzeit Maastricht „as the most important constitutional ‘moment’ in the history of the European construct“ zählte.

tive an. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert haben zahlreiche Staaten erlebt, dass erste Versuche, zu einer Verfassung zu gelangen, scheiterten, weil entweder die Zeit noch nicht reif war oder der zunächst gewählte Weg nicht zielführend war, so dass sich der Erfolg schließlich erst nach mitunter längerer Zeit einstellte. Auch für die Europäische Union als Ganze scheint derzeit der Zeitpunkt für eine Verfassung, geschweige denn für eine Föderation, noch nicht gekommen zu sein.²⁹ Aber: „Evidence from comparative federalism shows that these types of crises frequently visit multination unions. And quite often, such unions find a way out by concluding constitutional deals that implicitly recognize the competing political visions.“³⁰ Eine derartige Erkenntnis verlangt geradezu danach, den Weg des Partizipationsmodells zu beschreiten, um auf diese Weise in Wiederholung der eigenen europäischen Integrationsgeschichte mit einem begrenzten Zuspruch zu beginnen und auf dessen Sogwirkung zur sukzessiven Einbindung der zunächst Zaudernden oder Abseitsstehenden zu vertrauen. Wie dieses im Einzelnen zu gestalten sein wird, bedarf sicherlich noch zahlreicher Überlegungen, die an Substanz nur gewinnen können, wenn sie sich auch des Rats bedienen, den die Geschichte bereithält, um aus den Gedanken ebenso wie den Erfolgen und Misserfolgen vorausgegangener Zusammenschlüsse die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wann immer derartige Überlegungen angestellt werden, sollte sich der Blick auf Australien richten, liefert doch das australische Beispiel die offensichtlichsten Parallelen für die Schaffung einer zusammengesetzten Union, die die Geschichte zu bieten hat. Bereits das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ erinnert an die Worte des südaustralischen Premiers John Alexander Cockburn auf der australischen Bundeskonferenz von 1890: „I think that such a union, such a brotherhood of infinite diversity would be much better than a homogeneous union of colonies without a proper amount of differentiation.“³¹ Ähnlich drückte sich Bernard

²⁹ Dies scheint im Grunde auch das Argument von Vito Breda: *A European Constitution in a Multinational Europe or a Multinational Constitution for Europe?*, in: *European Law Journal* 12 (2006), S. 330-344, zu sein.

³⁰ Jan Erk: *Real Constitution, Formal Constitution and Democracy in the European Union*, in: *Journal of Common Market Studies* 45 (2007), S. 647.

³¹ *Official Record of the Proceedings and Debates of the Australasian Federation Conference, 1890, Held in the Parliament House, Melbourne, Melbourne: Robert S. Brain, Government Printer, 1890, S. 133-134.* Vgl. auch seinen vorausgehenden Satz: „I take it, Sir, that, consistent with union for those purposes on which union is necessary for the good of all, the least possible sacrifice there is of individuality the better it will be for each of the colonies standing by itself, and the better for that union of the colonies which will represent them all. Because I don't think that we wish to see a homogeneous National union. We want to see a union of strong

Ringrose Wise auf dem Konvent in Sydney 1897 aus, als er feststellte, dass diese „diversity of interests“ zu bewahren sei, was nur geschehen könne, wenn „each state as a separate national identity“ erhalten bleibe.³² Was Cockburn über Australien im ausgehenden 19. Jahrhundert zu sagen hatte, könnte problemlos als ein Ausspruch über Europa im beginnenden 21. Jahrhundert angesehen werden: „Our individualities, our very limitations, are our strength. To attempt to secure anything like uniformity would be most disastrous. Such union as we have must be the union of various elements.“³³ Andere Unionspositionen von heute sind mit gleichem Nachdruck in Australien in den 1890er Jahren vertreten worden. So sollte eine zweite Parlamentskammer gerade mit Blick auf die kleineren Staaten die Staaten „as separate sovereignties“³⁴ repräsentieren, wie John Murtagh Macrossan feststellte, und der Handlungsspielraum der Union sollte sich allein „within the limited sphere of its jurisdiction“³⁵ bewegen. Die australische Föderation, in der Feststellung von Inglis Clark,

„allots a limited and enumerated number of legislative, executive and judicial powers to the governmental organs of the larger and comprehensive community, and leaves the component communities in possession of all the residue of political power and authority exercisable through the medium of law“.³⁶

In Adelaide brachte schließlich Edmund Barton als Beschlussvorlage ein „That the powers, privileges, and territories of the several existing colonies shall remain intact, except in respect of such surrenders as may be agreed upon to secure uniformity of law and administration in matters of common concern“.³⁷

Mit den ausgewählten Beispielen soll nicht ausgedrückt werden, dass der australische Weg zum Bundesstaat die Blaupause darstellt, der Europa bei zukünftigen Anstrengungen, eine Verfassung zu verwirklichen, lediglich zu folgen brauche. Weder die Debatten der Föderationskonferenzen und -konvente der 1890er Jahre noch die

colonies, each with its own local traditions, each with its own local affections, each with its own peculiarities“ (Ebenda, S. 133).

³² Official Record of the Debates of the Australasian Federal Conventions, 5 Bde., Sydney: George Stephen Chapman, Acting Government Printer, 1891-1898, Ndr. Sydney 1986, II: Sydney 1897, S. 316, 318.

³³ Official Record of the Proceedings and Debates (wie Anm. 31), S. 144.

³⁴ Official Record of the Proceedings and Debates (wie Anm. 31), S. 198.

³⁵ Official Record of the Proceedings and Debates (wie Anm. 31), S. 200. Vgl. Frank R. McGrath: The Framers of the Australian Constitution: Their Intentions, Brighton-le-Sands, besonders S. 10-30.

³⁶ Andrew Inglis Clark: Studies in Australian Constitutional Law, Melbourne 1901, Ndr. Sydney 1997, S. 7.

³⁷ Official Record of the Debates of the Australasian Federal Conventions, III: Adelaide 1897, S. 17.

weitsichtigen Feststellungen von Barton, Clark, Cockburn, Macrossan, Wise und anderen bieten konkrete Handlungsanweisungen für Europa. Aber die Probleme, welche die Australier zu bewältigen hatten, die unterschiedlichen Alternativen, die sie erwogen, und die Lösungen, die sie schließlich fanden, halten eine Fülle von Anregungen bereit, die den Europäern in den Bemühungen um ihre eigene konstitutionelle Zukunft durchaus hilfreich sein können.

Wie immer diese Zukunft aussehen mag – sie wird sich höchst wahrscheinlich von dem unterscheiden, was in Australien verwirklicht wurde.³⁸ Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass in ungleich größerem Maße als in Nordamerika ein Jahrhundert zuvor Australiens Jahrzehnte langes Ringen um eine Föderation ein unablässiges Bemühen um die Lösung der Kernfrage war, wie eine Balance zwischen Einzelstaaten und der Union geschaffen werden konnte, welche Aufgaben und Kompetenzen bei den Staaten erhalten bleiben sollten und welche zwingend an die Union abzutreten waren und wie originäre und delegierte Macht verteilt werden sollte.³⁹ In ihren Diskussionen kamen alle jene Probleme zum Tragen, für die Europa erneut Lösungen zu finden haben wird, die dann seiner eigenen Situation angemessen sein werden. Australiens Weg zur Föderation durch die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, kulminierend in den 1890er Jahren, mag verdeutlichen, wie wiederholte Fehlschläge und Niederlagen schließlich dennoch zum Erfolg führten. Allein schon dieser mühevollen Kampf weist ein höheres Maß signifikanter Analogien zu den europäischen Bemühungen auf, als die Entstehungsgeschichte anderer Bundesstaaten zu bieten vermag. Da Australien, historisch gesehen, zudem jenen klassischen Beispielen bundesstaatlicher Zusammenschlüsse wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Kanada nachfolgte, hatte es die Möglichkeit, sich auf seinem eigenen Wege zur Föderation deren Beispiele zu Nutzen

³⁸ Vgl. Helen Irving: *To Constitute a Nation. A Cultural History of Australia's Constitution*, Cambridge 1997, die herausstricht, dass die australische Verfassung „was a product of a particularly Australian political culture“ (S. IX).

³⁹ Vgl. *Official Record of the Debates of the Australasian Federal Conventions*, I: Sydney 1891, S. 104-108, 111-112, 140-145, 157-161, 174-178, 197-204, 220-221, 277-280, 382, 445-446, 451-452; II: Sydney 1897, S. 642-643; III: Adelaide, 1897, 783-791; zur Geschichte: Quick / Garran (wie Anm. 14) S. 79-261; William Harrison Moore: *The Constitution of The Commonwealth of Australia*, 2. Auflage, Melbourne / London 1910, Ndr. Sydney 1997, S. 17-64; John Andrew La Nauze: *The Making of the Australian Constitution*, Carlton 1972; Leslie Zines: *The Federal Balance and the Position of the States*, in: Gregory Craven (Hrsg.): *The Convention Debates 1891-1898: Commentaries, Indices and Guide*, Sydney 1986 [Bd. VI d. Ndr. v. 1986 von *Official Record of the Debates of the Australasian Federal Conventions*], S. 75-87; John M. Williams: *The Australian Constitution. A Documentary History*, Carlton 2005. Aus der Sichtweise eines Mitwirkenden, Alfred Deakin: *The Federal Story: The Inner History of the Federal Cause*, hrsg. von Herbert Brookes, Melbourne 1944.

zu machen. Dies macht letztlich den besonderen Reichtum des politischen Diskurses in Australien im ausgehenden 19. Jahrhundert aus, der sich intensiv mit den Vor- und Nachteilen zumal der antithetischen Beispiele der Vereinigten Staaten auf der einen Seite und Kanadas auf der anderen Seite auseinandersetzte.⁴⁰ Immer wieder haben dabei die australischen Verfassungsväter seit der Konferenz von 1890 auf *The American Commonwealth* von James Bryce zwecks Anregung und Bekräftigung ihrer Argumente zurückgegriffen, während andere sich ebenso dankbar auf Diceys kaum weniger gewichtige *Law of the Constitution* stützten.⁴¹ Nie sind die unterschiedlichen Bundesstaatsmodelle bei der Bildung einer Föderation, sowohl unter theoretischer wie praktischer Perspektive, so intensiv diskutiert worden wie in Australien während der 1890er Jahre.

Wie immer die konstitutionelle Zukunft der Europäischen Union aussehen mag, sie kann nur von dem profitieren, was ihr Australien über die Vorzüge einer Föderation und die Wege, sie zu verwirklichen, zu vermitteln vermag. Doch sie sollte auch die Warnung beherzigen, dass

„the only solid security for the continuance of this advantage is an assiduous preservation of the separate corporate life of each component State in the Federation; and if the constitution of any federal commonwealth does not provide a sufficient protection of the several States against any attempt by a numerical majority of the total population of the composite community to reduce the area of separate political existence which the constitution reserves to each State, it fails to supply an adequate guarantee that the distinguishing advantage of the federal form of government will be a permanent possession of the people who live under it.“⁴²

⁴⁰ Vgl. Erling M. Hunt: *American Precedents in Australian Federation*, New York 1930, der nachdrücklich den Einfluss des amerikanischen Modells betont. Aus der immer umfangreicheren Literatur als neueres Beispiel: James A. Thompson: *Andrew Inglis Clark and Australian Constitutional Law*, in: Richard Ely (Hrsg.): *A Living Force: Andrew Inglis Clark and the Ideal of Commonwealth*, Hobart 2001, S. 294-345; James A. Thompson: „*American and Australian Constitutions: Continuing Adventures in Comparative Constitutional Law*“, in: *John Marshall Law Review* 30 (1996-97), S. 627-698. Vgl. auch Clark (wie Anm. 36) und die Einleitung von John M. Williams zu dem Nachdruck, ebenda, iii-xxxix. Bezüglich des kanadischen Einflusses unter besonderer Berücksichtigung neuerer Entwicklungen, Christopher D. Gilbert: *Australian and Canadian Federalism 1867-1984: A Study of Judicial Techniques*, Carlton 1986, S. 1-6 u.ö. Allgemein auch: Bernard Ringrose Wise: *The Making of the Australian Commonwealth*, New York 1913, digitale Version: Sydney: University of Sydney Library 2001, Kap. VI.

⁴¹ Vgl. La Nauze (wie Anm. 39), S. 18-20. Diese unterschiedlichen Präferenzen bedeuten nicht, dass die bundesstaatliche Lösung als Prinzip umstritten war. Selbst Jahrzehnte später entbehrte die Zurückweisung der Föderation zugunsten eines unitarischen australischen Staates, wie sie Arthur Pitcairn Canaway: *The Failure of Federalism in Australia*, London 1930, vertrat, nennenswerter Unterstützung in der Öffentlichkeit. Zu dem Gesamtproblem aus der Perspektive des ausgehenden 19. Jahrhunderts vgl. die Kommentare von Scott Bennett: *The Making of the Commonwealth*, North Melbourne 1971, S. 97-99.

⁴² Clark (wie Anm. 36) S. 13.

Als ein Konstrukt theoretischer Überlegungen musste sich die australische Verfassung in der Praxis bewähren, nachdem sie am 1. Januar 1901 in Kraft getreten war. Ihre ersten zehn Jahre waren geprägt von der Entschlossenheit der Staaten, ihren Anspruch auf Gleichheit und Souveränität gegenüber der Föderation zu verteidigen, während diese wiederum es verstand, sich erfolgreich gegen alle Versuche zur Wehr zu setzen, zu einem bloßen Befehlsempfänger der Staaten reduziert zu werden. Vielmehr gelang es ihr, ihren eigenen Handlungsspielraum sukzessive auszuweiten.⁴³ Wie alle Föderationen hat auch der australische Bundesstaat, allen anderslautenden Vorkehrungen zum Trotz, dabei in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten eine zunehmende Erosion der Befugnisse der Einzelstaaten erlebt, anfänglich eher zufällig, in den letzten sechzig Jahren jedoch zunehmend systematisch.⁴⁴ Keine menschliche Ordnung überdauert die Zeit ohne Wandel und Anpassung. Das erste halbe Jahrhundert der Europäischen Union und ihrer Vorgänger ist das beste Beispiel für diese Entwicklung. Doch auch in diesem Fall vermag Australien wie andere Bundesstaaten Hinweise zu geben, welche Lehren sich derartigen Prozessen abgewinnen lassen und mit welchen Maßnahmen sich ihr Gang und vielleicht gar ihre voraussehbaren Ergebnisse beeinflussen lassen.

⁴³ Vgl. D. I. Wright: *Shadow of Dispute. Aspects of Commonwealth-State Relations, 1901-1910*, Canberra 1970, besonders S. 1-49.

⁴⁴ Vgl. David Solomon: *Pillars of Power: Australia's Institutions*, Sydney 2007, S. 29-51; Ders.: *Commonwealth/State Relations*, in: Max Harris / Geoffrey Dutton: *Sir Henry, Bjelke, Don baby and friends*, Melbourne 1971, S. 185-209. Als locus classicus, aus offensichtlichen Gründen, unverändert, Sir Robert Menzies: *Central Power in the Australian Commonwealth. An Examination of the Growth of Commonwealth Power in the Australian Federation*, London 1967.

Pauline Puppel

Making History

Überlieferungsbildung und Geschichtsschreibung

„In Archiven findet man die Geschichten,
aus denen die Geschichte gemacht wird“.
Wolfgang A. Mommsen (1907–1986)¹

Leopold von Ranke (1795–1886) schreibt im Vorwort zur ersten Auflage seiner „Geschichte der Romanischen und Germanischen Völker“, er wolle „blos zeigen, wie es eigentlich gewesen“² sei. Für seine Darstellung der Vergangenheit sichtete der bekannte Historiograph unzählige Quellen. Wie für alle historischen Werke bilden schriftliche Überreste und Traditionsquellen – Urkunden und Akten, Amtsbücher und Chroniken, Briefe und Tagebücher etc. – die in den Archiven aufbewahrt werden, die Grundlage seiner Darstellung.³

Heute vertritt kein Wissenschaftler mehr den Ranke’schen Anspruch von der Abbildung realen Geschehens. Spätestens seit Jean-François Lyotard (1924–1998) das „Ende der großen Erzählungen“⁴ eingeläutet hat, steht die Konstruktion ‚der‘ Geschichte außer Frage. Seit der postmodernen Wende zählt es zum geschichtstheoretischen Gemeingut, dass Geschichte aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, unterschiedlich bewertet und rekonstruiert wird. Historiker können die Vergangenheit nicht abbilden; trotz des ‚Vetorechts der Quellen‘ (Koselleck) vertreten sie vielmehr Ansichten über die Vergangenheit, indem sie Quellen auslegen, unter bestimmten Fragestellungen und aus verschiedenen Perspektiven interpretieren. Für die Kunst der Dekonstruktion und der Rekonstruktion von Wissensbeständen benötigt der Historiker das Archiv. Funde in den Archivalien

¹ Wolfgang J. Mommsen: Historisches Erinnern. Die Tradierung historischer Quellen und die historische Forschung. Vortrag zur Eröffnung des 62. Deutschen Archivtags, in: *Archivar* 45 (1992), Sp. 19-28.

² Leopold von Ranke: *Geschichte der Romanischen und Germanischen Völker*, Leipzig 1824, hier zitiert nach 3. Auflage, 1885, S. VII.

³ Vgl. Ahasver von Brandt: *Werkzeug des Historikers*, 13. Auflage, Stuttgart 1992, S. 48-64. – Das Gros des Archivguts ist Überrest.

⁴ Jean-François Lyotard: *La Condition Postmoderne. Rapport sur le Savoir*, Paris 1979, ND Paris 2005; Georg G. Iggers: *Geschichtstheorie zwischen postmoderner Philosophie und geschichtswissenschaftlicher Praxis*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 335-346.

haben Wissen „ergänzt oder sogar umgeformt.“⁵ Hingegen ist die Re-Konstruktion des überlieferten Wissensbestands erst seit wenigen Jahren Bestandteil methodisch-theoretischer Reflexion.

Der Doyen der französischen Geschichtswissenschaft der Annales, Marc Bloch (1886–1944), betonte, dass „die Probleme der Quellenüberlieferung (...) den innersten Lebensbereich der Vergangenheit [berühren]. Es geht um nichts geringeres als um die Weitergabe der Erinnerung im Ablauf der Generationen.“⁶ Aber Archivgut besitzt einen überaus fragmentarischen Charakter. Ein nur sehr kleiner Ausschnitt des gesellschaftlichen Lebens ist in den Dokumenten greifbar. Denn nur Nuancen vergangenen Lebens finden ihren Weg in die schriftlichen Überreste, die zudem ausschließlich von den Schriftkundigen stammen. Darüber hinaus finden nicht alle Schriftzeugnisse ihren Weg in die Archive, so dass in den Magazinen nur ein winziger Ausschnitt historischen Erinnerens bewahrt wird.

Der Forscher legt sich und seinem Leser darüber Rechenschaft ab, wieso bestimmte Texte die Grundlage seiner Darstellung bilden. Die Analyse von Wissensbeständen konfrontiert ihn mit dem Dilemma, lediglich das Überlieferte be- und hinterfragen zu können. Historiker nehmen es scheinbar als gegeben hin, dass einige Dokumente in den Magazinen aufbewahrt werden, fragen aber kaum je danach, wieso anderes Material nicht vorhanden ist. Die Überlegung, wie die vom Historiker auszuwertende Überlieferung entstanden ist, wird kaum thematisiert. Bei seiner Re-Konstruktion eines Sachverhalts ist der Forscher

„nicht selten geneigt zu vergessen, dass der liebe Gott zwischen das historische Geschehen und das Konstrukt des Historikers den Archivar gesetzt hat, jene unscheinbare, staubbedeckte und vom vielen Sitzen in lichtarmen Gewölben zuweilen etwas sonderlich gewordene Person, die von allen ein wenig belächelt wird.“⁷

⁵ Ute Frevert: Geschichte, Erinnerung, Vergessen. Über die Bedeutung archivierten Wissens, in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 25 (1999), S. 625-636, hier S. 627.

⁶ Marc Bloch: Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers, Stuttgart 1980, S. 86.

⁷ Thomas Becker: Präkonstruktion und Rekonstruktion. Vom Verhältnis zwischen Archivar und Historiker, unter <http://members.aol.com/tombeee/praekonstruktion.html> [22.08.2006].

Archivarische Arbeit vollzieht sich eher „selten im unmittelbaren Blickfeld der Öffentlichkeit.“⁸ Sogar historisch Forschende nehmen die aktive archivarische Gestaltung von Wissensbeständen erst seit kurzer Zeit wahr. Mit dem ‚cultural turn‘ wird neben der Quelle die Entstehung von Überlieferung, ja sogar die Funktionalisierung von Überlieferung zum Bestandteil der historisch-kritischen Hermeneutik. Die Frage nach dem Handeln historischer Subjekte, das seinen Niederschlag unter anderem in Texten gefunden hat, wird erweitert um die Frage nach dem Charakter der Überlieferungsbildung. Obwohl die Forschung ein elementares Interesse an der Überlieferungsbildung haben müsste, nimmt sie bislang weder aktiv daran teil, noch wird die archivarische Tätigkeit kritisch begleitet. Und auch der Archivar nimmt die potenzielle Hilfestellung des Forschers nur äußerst selten in Anspruch. Im Folgenden werden zunächst der Komplex der Überlieferungsbildung skizziert und anschließend Kooperationsmöglichkeiten zwischen Archiv und historischer Wissenschaft dargelegt, da Archivare und Forscher das Interesse an der Überlieferung verbindet.

Die Konstruktion von Wissensbeständen

Archive bewahren heute alle archivwürdigen Unterlagen ihres Archivträgers aus den Registraturen der obersten, oberen, mittleren und unteren Behörden wie Akten, Urkunden, Amtsbücher, Karten, Pläne, Plakate, Karteien, Dateien und Teile davon, Siegel, Stempel, Bild- und Tonaufzeichnungen und sonstige Informationsträger einschließlich der auf ihnen überlieferten oder gespeicherten Informationen sowie der Hilfsmittel für ihre Ordnung, Benutzung und Auswertung.⁹ Abgesehen von Unterlagen, die aufgrund von Rechtsvorschriften dauernd aufzubewahren sind, sind für alle übrigen Dokumente aus staatlicher, kommunaler oder privater Trägerschaft keine eindeutigen Bewertungsvorgaben festgelegt. Die Bewertung von Schriftgut ist

⁸ Norbert Reimann: Grundlagen und Organisation des Archivwesens, in: Ders. (Hrsg.): Praktische Archivkunde. Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Münster 2004, S. 19-45, hier 19. Vgl. Robert Kretzschmar: Archivarische Bewertung und Öffentlichkeit. Ein Plädoyer für mehr Transparenz bei der Überlieferungsbildung, in: Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel. Zum 65. Geburtstag von Hansmartin Schwarzmaier (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 9), hrsg. von Konrad Krimm / Herwig John, Stuttgart 1997, S. 145-156, hier S. 145, 150.

⁹ Vgl. Hessisches Archivgesetz vom 18. Oktober 1989, zuletzt geändert am 5. Juli 2007, in: Gesetz- und Verordnungsblatt 2007, S. 380; Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 1990, zuletzt geändert am 5. April 2005, in: Gesetz- und Verordnungsblatt 2005, S. 98.

ein kontroll- und weisungsfreier Bereich archivarischer Kompetenz, der keinen objektiv überprüfbareren Regeln folgt.¹⁰ Für die Nachwelt bleiben keine archivfähigen Dokumente erhalten, die „nicht vor dem Auge des Archivars“¹¹ bestanden. Die Bewertungsentscheidung wird bestimmt durch die individuellen Einschätzungen und Betrachtungen des zuständigen Archivars. Mit anderen Worten: Ein anderer Archivar hätte anders entschieden oder zu einem anderen Zeitpunkt wäre eine andere Bewertungsentscheidung gefallen.¹² Der Archivar, der an der Schwelle von Gegenwart und Vergangenheit steht, fixiert nicht nur den Wissenskanon, sondern sogar dessen Qualität. Die Verfahren, nach denen die Überlieferung gebildet wurden und werden, sind nicht nur Laien, sondern anscheinend auch der *scientific community* weitgehend unbekannt.

Die Auseinandersetzung mit der Bewertungsproblematik setzte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein. Nach dem Ersten Weltkrieg sahen die Archivare sich erstmals gezwungen, sich mit der Übernahme von so genannten Massenakten auseinanderzusetzen.¹³ Unter äußerem Druck wurden Richtlinien für die Kassation von Aktenbeständen der kriegswirtschaftlichen Organisationen aufgestellt, die der Bewältigungsproblematik jedoch nur aus Not, nicht archivwissenschaftlich begegneten. Die von der Reichskassationskommission von 1936 bis 1940 erarbeiteten Grundsätze formulieren immerhin den Anspruch, Schriftgut nach rational nachvollziehbaren und anwendbaren Kriterien zu bewerten. Bei den wichtigeren Aktenübernahmen sollten ‚Motivenberichte‘ verfasst werden, die Aufschluss über die Bewertungsentscheidung geben.¹⁴

Die Ansätze wurden nach dem Krieg weiter diskutiert. Nach 1945 bestand unter den Archivaren in der Bundesrepublik Deutschland Konsens darüber, dass die „Wertung

¹⁰ Vgl. Olav Rumpf: Vernichtung von Archivgut. Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt vom 15. Oktober 2003, Az. 5 E 1395/97 (3), in: Neue Juristische Wochenschrift 20 (2004), S. 1471-1473; Herbert Günther: Konflikte zwischen Rechtssicherung und Bewertung, in: Andrea Wettmann (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines Archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule 21), Marburg 1994, S. 193-214.

¹¹ Hans Booms: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivischer Quellenbewertung, in: Archivalische Zeitschrift 68 (1972), S. 3-40, hier 9f.; Vgl. Hartmut Weber: Bewertung im Kontext der archivischen Fachaufgaben, in: Wettmann (wie Anm. 10), S. 63-81, hier S. 67f., 72.

¹² Vgl. Richard J. Cox: The End of Collecting. Towards a New Purpose for Archival Appraisal, in: Archival Science 2 (2002), S. 287-309, hier S. 300f.

¹³ Vgl. Booms (wie Anm. 11), S. 3-40. Vgl. Bodo Uhl: Die Geschichte der Bewertungsdiskussion. Wann gab es neue Fragestellungen und warum?, in: Wettmann (wie Anm. 10), S. 11-35, hier S. 19f.

¹⁴ Vgl. Heinrich Otto Meisner: Schutz und Pflege des staatlichen Archivgutes mit besonderer Berücksichtigung des Kassationsproblems, in: Archivalische Zeitschrift 45 (1939), S. 34-51, hier S. 47-49.

nach dem Betreff (...) die eigentliche historische Stellungnahme zum Akteninhalt“, mithin „archivalische Tätigkeit (...) immer in ihrem Wesen historische Begriffsanwendung“¹⁵ ist. Der Archivar wird damit zum ‚Künstler‘ stilisiert, der aus Kenntnis der Geschichtswissenschaft, aus einem Gemenge von Erfahrung, Passion und Intuition zu seinem Werturteil gelangt. Hans Booms (1924–2007), der von 1972 bis 1989 Präsident des Bundesarchivs war, nahm 1971 Stellung zur Wertfrage und erläuterte, dass „Zweck und Ziel einer archivischen Überlieferungsbildung (...) in der pluralistischen Struktur unserer modernen Industriegesellschaft nur eine gesamtgesellschaftliche Dokumentation des öffentlichen Lebens in allen Interessen- und Bindungsgemeinschaften“¹⁶ sein könne. Die Bewertungsentscheidung sollte aufgrund eines Überlieferungsmodells getroffen werden, das als „Dokumentationsplan“ bekannt geworden und von Seiten der bundesdeutschen Archivwissenschaft stark kritisiert worden ist. Denn Booms’ Ansatz ähnelte dem in der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Vorbild der Sowjetunion entwickelten zentralistischen Bewertungskonzept, den 1965 eingeführten „Grundsätzen der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der Deutschen Demokratischen Republik“.¹⁷

Zentral bei Booms’ Vorschlag war, dass ein Team aus mehreren Archivaren, unterstützt von einem Beirat aus Verwaltung, Wissenschaft, Kunst, Publizistik und Wirtschaft, ein Raster für die Überlieferungsbildung entwickeln und veröffentlichen sollte.¹⁸ Auf diese Weise könnte die größtmögliche Subjektivitätsferne erreicht werden. Denn, darauf wies Booms explizit hin, der Archivar als „animal sociale [ist] (...) in der Spannung zwischen sozialer Determiniertheit und freiheitlicher Unabhängigkeit (...) in seinem Erkenntnisvermögen unvermeidbar auf den Rekurs auf eine von der Umwelt geprägte[n] Lebenserfahrung verwiesen.“¹⁹ Er betonte, dass die archivische Überlieferungsbildung kontextgebunden ist: Das Individuum, auch das archivarische, kann sich weder von den „historisch-sozialen Bedingungen seiner

¹⁵ Hermann Meinert: Die Aktenbewertung. Versuch einer methodologischen Zusammenfassung, in: Mitteilungsblatt des Generaldirektors der Staatsarchive 8 (1939), S. 103-110, hier S. 106. Vgl. Ders.: Von archivarischer Kunst und Verantwortung, in: Der Archivar 9 (1956), Sp. 281-286.

¹⁶ Booms (wie Anm. 11), S. 40.

¹⁷ Vgl. Botho Brachmann: Theorie, Instrumentarium und Praxis der Bewertung in der ehemaligen DDR und deren kritisches Bedenken, in: Archivmitteilungen 41 (1991), S. 109-114.

¹⁸ Vgl. Booms (wie Anm. 11), S. 39.

¹⁹ Ebenda.

Existenz“ lösen, noch sich „den spezifischen Wertsetzungen [entziehen], (...) die in diesen Bedingungen beschlossen sind.“²⁰ Die nordamerikanische Bewertungslehre, die Booms’ Ansatz seit den 1980er Jahren rezipiert und zur „Documentation Strategy“²¹ weiterentwickelt hat, geht auf diese Problematik ein und weist daraufhin, dass der Archivar typischerweise einen bildungsbürgerlichen Habitus habe, der sich in der Auswahl des Archivguts niederschlägt. Der amerikanische Archivar Richard J. Cox, der zu den bekanntesten Vertretern der „Documentation Strategy“ gehört, meint, Archivare müssten ihre „filiopietistic (...) mindsets“²² überwinden, damit sie eine angemessene Dokumentation der modernen Industriegesellschaft gewährleisten könnten. Er erläutert, dass Archivare „holding to a particular *weltanschauung*“²³ ihre Bewertungsziele formulieren und auf diese Weise transparent machen sollten.

Das Fehlen justiziables Wertmaßstäbe, die große Freiheit bei der Entwicklung und Anwendung von Bewertungskriterien rückt den Archivar an die Stelle von Katastrophen und klimatischen Konditionen, die zum unwiederbringlichen Verlust von Archiv- und damit von Kulturgut führen. Für die Überlieferung verknüpft der Archivar „gewissermaßen Chance und Zufall in seiner Person.“²⁴ Schriftgut wird nicht durch Glück oder durch Zufall zu Archivgut, sondern durch die aktive und irreversible Entscheidung des Archivars, der ihm „im Wertungsvollzug Wert zumisst, beimisst, beilegt.“²⁵ Als konstitutives Element der Überlieferungsbildung ist der Archivar selbst jedoch kaum fassbar. Daher sollte sich jeder Archivar in „weitaus stärkerem Maße, als dies derzeit üblich ist, Rechenschaft über inhaltliche Wertmaßstäbe“ ablegen, die

²⁰ Booms (wie Anm. 11), S. 6, vgl. 7. Vgl. Robert Kretschmar: Handlungsebenen bei der archivischen Bewertung. Strategische Überlegungen zur Optimierung der Überlieferungsbildung, in: Gerhard Hetzer / Bodo Uhl (Hrsg.): Festschrift für Hermann Rumschöttel zum 65. Geburtstag (Archivalische Zeitschrift 88), Köln 2006, S. 481-509, hier S. 488, 490.

²¹ Vgl. Helen Willa Samuels: Who controls the Past, in: American Archivist 49 (1986), S. 109-124; Dies.: Varsity Letters. Documenting Modern Colleges and Universities, Chicago 1992; Terry Cook: Documentation Strategy, in: Archivaria 34 (1992), S. 181-191; Richard J. Cox: The Archival Documentation Strategy and its Implications for the Appraisal of Architectural Records, in: American Archivist 59 (1996), S. 136-143; Ders.: The Documentation Strategy and Archival Appraisal Principles. A Different Perspective, in: Archivaria 38 (1994), S. 11-36.

²² Cox (wie Anm. 21), S. 22. Vgl. Becker (wie Anm. 7): „in der Regel ein männlicher, loyaler, staatstragender Beamter mit humanistischem Bildungshintergrund“.

²³ Cox (wie Anm. 12), S. 301, 309. Hervorhebung im Original.

²⁴ Arnold Esch: Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers, in: Historische Zeitschrift 240 (1985), S. 529-570, hier S. 565.

²⁵ Booms (wie Anm. 11), S. 14. Vgl. Weber (wie Anm. 11), S. 69.

seiner Bewertungsentscheidung „bewusst und (nota bene!) oft genug auch unbewusst zugrunde liegen.“²⁶

Überlieferungsbildung im Verbund

1971 hat Booms vorgeschlagen, von einem Beratergremium einen Dokumentationsplan erarbeiten zu lassen, um in der Überlieferungsbildung der gesellschaftlichen Komplexität moderner Industrienationen gerecht zu werden. In der Bundesrepublik wurde sein Ansatz jedoch völlig verworfen. Archivdirektor Gerhard Granier fragte eher rhetorisch: „Wie viel Zeit sollten da wie viel Leute in endlosen Sitzungen miteinander verbringen und derweilen keine praktische Arbeit leisten können?“²⁷ Es sei zu bezweifeln, ob von einem institutionalisierten Beirat „praxisnah, effizient und sachgerecht“²⁸ Entscheidungen gefällt werden könnten. Gegen Booms Vorschlag wurde darüber hinaus eingewandt, dass der Archivar politischen Zwängen ausgeliefert und durch das Gremium in seiner Bewertungskompetenz beschnitten, damit lediglich „zum ausführenden Organ von Richtlinien [werde], die Ingenieure, Forscher und Aktenproduzenten aufgestellt haben.“²⁹ Von der nordamerikanischen Archivwissenschaft hingegen wurde Booms' Idee aufgenommen. Grundlegend für die Bewertung nach der „Documentation Strategy“ ist ein Team aus Archivar, Behördenmitarbeiter und Forscher, das in Absprache die angemessenen Kriterien für die Auswahl archivwürdiger Unterlagen erarbeitet.³⁰

Diese Erkenntnis hat inzwischen in der bundesrepublikanischen Archivwissenschaft Anerkennung gefunden. Heute sind Archivverwaltungen bestrebt, Archivierungsmodelle und Bewertungskataloge einzuführen, die „archivübergreifend abgestimmt, schriftlich fixiert und laufend fortgeschrieben“³¹ sowie „im Dialog mit den anbie-

²⁶ Kretzschmar (wie Anm. 20), S. 497. Vgl. Ders. (wie Anm. 8), S. 149f.

²⁷ Gerhard Granier: Die archivarische Bewertung von Dokumentationsgut – eine ungelöste Aufgabe, in: Der Archivar 27 (1974), Sp. 231-240. Vgl. Siegfried Büttner: Ressortprinzip und Überlieferungsbildung, in: Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.): Aus der Arbeit der Archive, FS für Hans Booms (Schriften des Bundesarchivs 36), Boppard 1989, S. 153-161.

²⁸ Kretzschmar (wie Anm. 8), S. 151f.

²⁹ Marlene Meyer-Gebel: Die Dokumentation Strategy in den USA, in: Wettmann (wie Anm. 10), S. 147-157, hier 154; Wolfram Werner: Der Standort des Archivars im Wandel politischer Wertvorstellungen, in: Der Archivar 41 (1988), Sp. 47-56.

³⁰ Vgl. Booms (wie Anm. 11), S. 38f. Cox (wie Anm. 21), S. 18f.

³¹ Kretzschmar (wie Anm. 20), S. 484.

tungspflichtigen Provenienzstellen entwickelt“³² werden. Insbesondere die Konzepte für die ‚Horizontale und Vertikale Bewertung‘ werden von Projektgruppen erarbeitet, die sich aus Archivaren der staatlichen und kommunalen Archive eines Bundeslandes sowie aus Behördenmitarbeitern zusammensetzen. Das Ergebnis wird in einer aufgabenbezogenen Dokumentation niedergelegt, nach der dann auch Unterlagen bewertet werden können, die noch nicht einmal entstanden sind.³³ Die Entscheidungsprozesse über die Archivwürdigkeit des behördlichen Schriftguts werden auf diese Weise offen gelegt.

Der Dritte im Bunde – der Kunde

Die Einbeziehung des potenziellen Kunden ist bei der sich in der Bundesrepublik durchsetzenden Überlieferungsbildung nach der ‚Horizontalen und Vertikalen Bewertung‘ bislang noch nicht strukturell vorgesehen. Der ehemalige Präsident des Bundesarchivs, Booms, verwarf 1971 die Ansicht, der Wert einer Archivalie hänge von ihrer Nachfrage ab. Er war überzeugt, dass das Interesse des Historikers weder eine zulängliche noch eine zuverlässige Erkenntniskategorie für das zentrale archivische Problem der Bewertung bilde. Seine Einschätzung gehört bis heute heute zum archivarischen Allgemeinut: „Predicting or anticipating research needs or trends is not a realistic goal (...), the archivist will remain ‚nothing more than a weathervane moving by the changing winds of historiography‘.“³⁴ Die Entscheidung über die Archivfähigkeit kann und sollte der Archivar nicht an den aktuellen, „erfahrungsge-

³² Kretzschmar (wie Anm. 20), S. 487. Vgl. Martina Wiech: Neue Ansätze der Zusammenarbeit von Landesarchiv und Kommunalarchiven auf dem Gebiet der Überlieferungsbildung, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 63 (2005), S. 46-51; Dies.: Steuerung der Überlieferungsbildung mit Archivierungsmodellen. Ein archivfachliches Konzept des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, in: *Der Archivar* 58 (2005), S. 94-100; Frank M. Bischoff: Maßstäblichkeit historischen Erinnerens. Anmerkungen zur Verbindlichkeit archivarischer Auslesetätigkeit, gestuften Archivwürdigkeit und Bewertungsdokumentation, in: Friedrich Beck u.a. (Hrsg.): *Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann*, Potsdam 2005, S. 254-275, insbesondere S. 266-275.

³³ Vgl. Robert Kretzschmar: Vertikale und horizontale Bewertung. Ein Projekt der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, in: *Der Archivar* 49 (1996), Sp. 257-260; Udo Schäfer: Ein Projekt zur vertikalen und horizontalen Bewertung, in: Robert Kretzschmar (Hrsg.): *Historische Überlieferung aus Verwaltungsunterlagen*, Stuttgart 1997, S. 61-71; Ders.: Archivarische Überlieferungsbildung in Kooperation zwischen Archiven und Behörden verschiedener Träger. Das Projekt zur vertikalen und horizontalen Bewertung in Baden-Württemberg, in: Diether Degreif (Hrsg.): *Vom Findbuch zum Internet. Erschließung von Archivgut vor neuen Herausforderungen*, (Der Archivar, Beibd. 3), Siegburg 1998, S. 165-173.

³⁴ F. Gerald Ham: The Archival Edge, in: *The American Archivist* 38 (1975), S. 5-13, hier S. 8. Vgl. Elizabeth Lockwood: Imponderable Matters. The Influence of New Trends in History on Appraisal at the National Archives, in: *The American Archivist* 53 (1990), pp. 394-445.

mäß kurzlebigen historischen Forschungsschwerpunkten orientieren.“³⁵ Vorherrschend war bis vor kurzem die Meinung, dass staatliche Archive für ihre Träger, die Provenienzstellen, zuständig seien „und nicht für Themen aus dem weiten Feld der Geschichte – oder sonstiger Wissenschaften, die sich fast täglich vermehren, indem sie sich für existent erklären.“³⁶

Dennoch findet die Überlegung, Archivierungsmodelle und Bewertungskataloge auch der Forschung zur Diskussion zu stellen, immer stärkere Zustimmung.³⁷ Mit der Umstellung der Verwaltung von der kameralistischen zur kaufmännischen Buchführung, mit der Einführung der Kosten-Leistungsrechnung ist auch aus Archivgut ein ‚Produkt‘ entstanden, das Kunden nicht nur zur Beweisführung bestimmter Rechte, sondern insbesondere zur forschenden Auswertung angeboten wird.³⁸ Neben den Behörden sind es insbesondere die historischen Wissenschaften, die Archivgut nachfragen und darüber hinaus über Erfahrungspotential im Umgang damit verfügen. Die Erkenntnis, dass Überlieferungsbildung umfassender gelingt, je besser der Austausch ist und je „mehr Hinweise sie von der Anbieter- und der Kundenseite erhält“³⁹, setzt sich durch.

Bislang wurde die (historische) Forschung als potenzieller Kunde von Archivgut nicht systematisch in die Überlieferungsbildung einbezogen. Die auf dem 33. Deutschen Archivtag in Goslar geäußerten Wünsche der Sozialgeschichtsforscher und das in der Folge vom Bundesarchiv und dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1964 erstellte so genannte Döll-Gutachten führten nicht zu einem konzertierten Vorgehen.⁴⁰

³⁵ Weber (wie Anm. 11), S. 69. Vgl. Booms (wie Anm. 11), S. 40.

³⁶ Wolfram Werner: Quantität und Qualität moderner Sachakten. Erfahrungen aus dem Bundesarchiv, in: *Der Archivar* 45 (1992), Sp. 39-48, hier S. 45.

³⁷ Vgl. Robert Kretzschmar: Tabu oder Rettungsanker? Dokumentationspläne als Instrument archivischer Überlieferungsbildung, in: *Der Archivar* 55 (2002), S. 301-306, hier S. 305; Ders. (wie Anm. 10), S. 155.

³⁸ Vgl. Burkhard Nolte: Qualitätsmanagement und -sicherung der archivischen Fachaufgabe Bewertung, Transferarbeit 2003 (unveröff. Manuskript); Thekla Kluttig: Aufgeweckte Archivare? Anmerkungen aus dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden zur gegenwärtigen Situation der Überlieferungsbildung, in: Frank M. Bischoff und Robert Kretzschmar (Hrsg.): *Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg*, 15. November 2004 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42), Marburg 2005, S. 51-70.

³⁹ Kretzschmar (wie Anm. 8), S. 153.

⁴⁰ Helmut Croon: Sozialgeschichtsforschung und Archive, in: *Der Archivar* 7 (1954), S. 243-254; Walter Grube: Das Problem der Massenakten in: Ebenda, Sp. 253-262. Die Aufbewahrung sozialwissenschaftlich wichtiger Massendaten. Empfehlungen für die Archivierung statistischen und anderen behördlichen Quellenmaterials unter sozialwissenschaftlichen Aspekten, bearb. von Klaus Döll, Universität Köln, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1965, zum Teil gedruckt in: Wolfgang Bick u.a. (Hrsg.): *Sozialforschung und Verwaltungsdaten*, Köln 1984, S. 301-328. 1990 warf der Archivar Bodo Uhl der Sozialwissenschaft vor, die

Archivare haben Wissenschaftler auch deshalb nicht an den Überlegungen über Bewertungskonzepte beteiligt, weil insbesondere bei Einzelgesprächen von unterschiedlichen Prämissen ausgegangen und oft die Bewahrung von vom archivarischem Standpunkt aus nicht archivwürdigen Unterlagen gefordert wurde.⁴¹ Peter Hüttenberger (1938–1992), Ordinarius für Neueste Geschichte an der Universität Düsseldorf, äußerte sich 1978 skeptisch über Kassationsmaßnahmen und vertrat die Ansicht, „die Massenakten müssen genau so sorgfältig gesammelt und aufbewahrt werden wie die Akten, die bedeutsame historische Einzelergebnisse überliefern.“⁴² Die Vernichtung von seriellen Akten wurde darüber hinaus insbesondere von Seiten der Historischen Volkskunde kritisiert, die sich zu einem „Notschrei über [die] Kassationswut“⁴³ der Archivare genötigt sah und ihnen als Anhaltspunkte für die Auswahl archivwürdiger Unterlagen einen ‚Katalog des Wünschbaren‘ aufstellte. Zu den besonders aufbewahrungswürdigen Beständen wurden beispielsweise Akten über die

„Auseinandersetzungen für und gegen Brauch- und Festformen, Streitigkeiten über Erhalt oder Beseitigung von Kultur- und Naturdenkmälern, Justizakten über kulturelle und kulturelle Prozesse der Unterschichten, Akten zu Bildungs- und Schulwesen wie Elternversammlungen, Schülerorganisationen, Protestkundgebungen und Schulstreiks, öffentliche Diskussion um Bildungsplätze, Sexualkunde-Streit, Schulreformen, Volkshochschulen und ihre Aktivitäten, Dokumente zur Buchproduktion und zum -handel, Dokumentationen des Arbeitslebens und politischer Bewegungen wie Vereine, Bürgerinitiativen, Streiks, Alltagsprobleme in Alltagsgerichtsprozessen, Umweltproblematik, Dokumentationen über das Freizeitverhalten im weitesten Sinn, Unterlagen über Randgruppenprobleme mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz wie Kindesmisshandlung, Jugendkriminalität, ausländische Arbeitnehmer, Körperbehinderte, psychisch Kranke, alte Menschen sowie Dokumente zu alternativen Kulturformen“⁴⁴

Archivare im Stich gelassen zu haben, vgl. Bodo Uhl: Der Wandel in der archivischen Bewertungsdiskussion, in: *Der Archivar* 43 (1990), Sp. 529-538, hier 538.

⁴¹ Vgl. Robert Kretzschmar: Die ‚neue archivische Bewertungsdiskussion‘ und ihre Fußnoten. Zur Standortbestimmung einer fast zehnjährigen Kontroverse, in: *Archivalische Zeitschrift* 82 (1999), S. 7-40; Ders.: Spuren zukünftiger Vergangenheit. Archivische Überlieferungsbildung im Jahr 2000 und die Möglichkeiten einer Beteiligung der Forschung, in: *Der Archivar* 53 (2000), S. 215-222.

⁴² Peter Hüttenberger: Gegenwärtige Forschungsansätze der Zeitgeschichte. Referat des 52. Deutschen Archivtages, in: *Der Archivar* 32 (1979), Sp. 23-31, hier Sp. 30.

⁴³ Peter Löffler: Zur Aktenbewertung aus volkskundlicher und archivischer Sicht, in: *Archivpflege für Westfalen und Lippe* 16 (1981), S. 25-28, hier 26.

⁴⁴ Zitat nach Karl-S. Kramer: Zum Kassationsproblem der Archive aus volkskundlicher Sicht, in: *Kieler Beiträge zur Volkskunde* 10 (1978), S. 135-142, wieder abgedruckt in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 15 (1981), S. 38-42, hier S. 41. Vgl. Ruth-E. Mohrmann: Noch einmal: Das Kassationsproblem aus volkskundlicher Sicht, in: *Archivpflege für Westfalen und Lippe* 19 (1983), S. 38f.

gezählt. Von Seiten der historischen Wissenschaften wurden immer wieder die Ausweitung der Sammlungstätigkeit und die Übernahme von nicht-staatlichem Schriftgut angemahnt, das als notwendige Ergänzung zu behördlichen Unterlagen gesehen wird. „Die Vorstellung, alles könne und solle aufbewahrt werden, bestätigt nur, dass die Forschung zu wenig über die Voraussetzungen und Methoden der Überlieferungsbildung weiß.“⁴⁵ Die Gründe für die Unkenntnis, ja das Desinteresse werden von Seiten der Archivare in der mangelhaften Beteiligung der Wissenschaftler an den Auseinandersetzungen über die Überlieferungsbildung in staatlichen und kommunalen Archiven, in Wirtschafts- und Universitätsarchiven gesehen. Dies hatte zur Folge, dass auf Kompetenzen und Erfahrungen der Wissenschaftler nur in Ausnahmefällen zurückgegriffen wurde.⁴⁶

Die Symbiose

Bislang wird in archivarischen Kreisen nur ansatzweise reflektiert, ob für den ‚Kunden‘ von Interesse ist, wie die Überlieferung zustande gekommen ist. Es scheint, als machten sich Archivare über ihre Kunden kaum Gedanken, obwohl bekannt ist, dass die Produktqualität von der die Nachfrage implizierenden Kunden- und Serviceorientierung abhängt. Zwar werden Benutzerstatistiken geführt, doch ist deren Aussagekraft begrenzt, da selten nach Kundengruppen und den je spezifischen Anliegen und Recherchestrategien differenziert wird.⁴⁷ Angenommen werden selbst

⁴⁵ Kretzschmar (wie Anm. 41), S. 221f.; Rainer Hudemann: Forschung und Archive. Überlegungen zur wissenschaftlichen Kooperation, in: Robert Kretzschmar (Hrsg.): Archive und Forschung. Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier (Der Archivar, Beibd. 8), Siegburg 2003, S. 347-358, hier S. 352.

⁴⁶ Vgl. Gerhard Taddey: Archivierung staatlicher medizinischer Unterlagen, in: Der Archivar 43 (1990), Sp. 389-396; Michael Wischnath: Einführung zu den Bewertungs- und Erschießungsempfehlungen für Krankenakten, in: Der Archivar 51 (1998), Sp. 233-244. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 700,220 Nachlass Fritz Strassmann, Chemiker und Mitentdecker der Kernspaltung.

⁴⁷ Bettina Joergens: Virtuelle Findmittel – das Ende sachthematischer Inventare? Eine Evaluierung sachbezogener Online-Findsysteme, in: Stefanie Unger (Hrsg.): Archivarbeit zwischen Theorie und Praxis. Ausgewählte Transferarbeiten des 35. und 36. Wissenschaftlichen Kurses an der Archivschule Marburg, Marburg 2004, S. 123-152; Regina Keyler: Der Zusammenhang zwischen Erschließung und Benutzung. Eine Untersuchung an Beständen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, in: Nils Brübach (Hrsg.): Archivierung und Zugang. Transferarbeiten des 34. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg, Marburg 2002, S. 81-109, hier S. 81-84. Vgl. zu Benutzerbefragungen Sebastian Barteleit / Anette Meiburger / Thoma Menzel: Benutzeranalyse im Bundesarchiv, Transferarbeit, Berlin, Freiburg, Koblenz April 2002 (unveröff. Ms.), S. 4-7. Ich danke O.Ltd. Michael Steidel, dem Leiter des Militärarchivs im Bundesarchiv, der mir diese Transferarbeit zugänglich gemacht hat. Zu den wenigen qualitativen Forschungen über die Interessen und Recherchestrategien verschiedener Benutzergruppen vgl. Wendy Duff / Catherine A. Johnson: A Virtual Expression of Need. An Analysis of E-mail Reference Questions, in: The American Archivist 64 (2001), S. 43-60. Cornelis Dekker:

bei wissenschaftlich forschenden Kunden mangelhafte Literaturkenntnis sowie unzulängliche Recherche- und Interpretationsfähigkeiten, vorausgesetzt werden aber umfassende Kenntnis über das Archiv, seine Zuständigkeiten und Tektonik. Lange war die Überzeugung verbreitet, der Historiker müsse lernen „sich in den verzeichnenden Archivar einzudenken.“⁴⁸ Dies hat dazu geführt, dass selbst versierte Wissenschaftler vor dem Archiv als einem „Erinnerungstempel“ stehen, dessen „Überfülle von Informationen (...) nach nur für Experten transparenten Ordnungsprinzipien gespeichert sind“⁴⁹ und daher „Schwellenangst“⁵⁰ auslösen.

In letzter Zeit ist aber von Seiten der Archive wiederholt der Wunsch geäußert worden, die Kommunikation mit der Wissenschaft, insbesondere der historisch Forschenden zu verbessern.⁵¹ Vor einigen Jahren wurde begonnen, den Dialog über ‚Angebot und Nachfrage‘ zu initiieren. In die genuin archivische Aufgabe der Überlieferungsbildung kann die Wissenschaft sicherlich nur bedingt einbezogen werden. Nach wie vor wird Booms’ Vorschlag, große Gremien von Gelehrten an der Bewertung zu beteiligen, kritisiert. Aber inzwischen wird doch auch überlegt, wie die Forschung an der Entwicklung von Archivierungsmodellen beteiligt werden könnte. Wissenschaftler sollten die archivischen Verfahrensweisen kennen lernen und könnten so die Überlieferungsbildung kritisch beurteilen, „vielleicht sogar an der weiteren Theoriebildung“⁵² teilnehmen. Insbesondere die Evaluierung der Bewertungskonzepte kann mit Unterstützung der Forscher ebenso verbessert werden, wie diese ihre Kompetenzen und Erfahrungen in die Ausarbeitung von Bewertungszielen einbringen können.

Das Wissen der Forscher im Bereich der Auswertung von Archivgut könnte ebenfalls für die genuin archivische Arbeit fruchtbar gemacht werden. Robert Kretzschmar, der

L’Archivistique Néerlandaise et la Généalogie, in: *Archivum. Archives and Genealogical Science* 37 (1992), S. 165-172.

⁴⁸ Manfred Rasch: *Hilflose Historiker in Archiven. Bemerkungen über Defizite in der derzeitigen Historikerausbildung Westdeutschlands*, in: *Archiv und Wirtschaft* 28 (1995), S. 114-117, hier 115.

⁴⁹ Frevert (wie Anm. 5), S. 632.

⁵⁰ Karl-S. Kramer: *Zum Kassationsproblem der Archive aus volkskundlicher Sicht*, in: *Kieler Beiträge zur Volkskunde* 10 (1978), S. 135-142, wieder abgedruckt in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 15 (1981), S. 38-42, hier 41.

⁵¹ Vgl. Hans Pohl: *Was erwartet die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung von den Archiven*, in: *Der Archivar* 41 (1988), Sp. 19-30, hier 30; *Positionspapier der Arbeitsgruppe ‚Informationsmanagement der Archive‘*, in: *Der Archivar* 57 (2004), S. 28-36, hier 28. Am 5. Oktober 2004 fand in Münster der Workshop ‚Die Geschichtswissenschaften und die Archive. Perspektiven der Kooperation‘ als Auftakt für den Austausch statt. Dazu der Bericht von Ragna Boden / Christine Mayr / Christoph Schmidt / Thomas Schwabach, in: *Der Archivar* 58 (2005), S. 43-46.

⁵² Kretzschmar (wie Anm. 41), S. 222.

seit 2006 Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg ist, hat jüngst sogar vorgeschlagen, „Auswertungsmöglichkeiten von Unterlagen, die nach einem gerade entwickelten Bewertungsmodell übernommen wurden, in Staatsexamens-, Magister- oder sonstigen Arbeiten“ überprüfen und „die dabei gewonnenen Erkenntnisse wieder in die Bewertung entsprechender Unterlagen einfließen“⁵³ zu lassen.

In den Bereich der Historischen Hilfswissenschaften gehört die Quellenkunde und -kritik. Daher sollte die Überlieferungsbildung, insbesondere deren spezifische Formen des 20. Jahrhunderts auch in der universitären Lehre behandelt werden. Der Kunde muss darüber informiert werden, wie die Überlieferung zustande kam – und welche Kriterien für Archivwürdigkeit angewandt wurden. „A researcher might be just as or more interested in *how* the records got to the archives than in the records themselves.“⁵⁴ Da es keine justiziablen Bewertungsentscheidungen gibt, müssen Archive ihre Bewertungskriterien offen legen, damit die Historiker die Maßstäblichkeit der Überlieferung in die Quellenkritik mit einbeziehen können. Nicht nur das Ergebnis der Bewertungsentscheidung, sondern auch die Bewertung selbst sollte transparent gemacht werden, um eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen und die Rekonstruktion zu gewährleisten. Nur wenn der Maßstab bekannt ist, kann ein Dokument angemessen als Quelle interpretiert werden.⁵⁵

Wünschenswert erschien Forschern insbesondere die „engere Koordination der Arbeitsorganisationen von Archiven mit den Prioritäten der Forschung.“⁵⁶ Archive sollten sich daher stärker an den Diskussionen über neue Forschungsfelder beteiligen. Dann können sie konkret auf neu erschlossene, neu erworbene oder auch auf bislang kaum ausgewertete Bestände hinweisen und Hilfestellung für geeignete Prüfungsthemen leisten. Archive sollten bei der Übernahme ebenso wie bei der Erschließung bereits übernommener Unterlagen prioritär nach den Forschungsschwerpunkten von Wissenschaftlern vorgehen. Denn nicht oder schlecht erschlossenes Archivgut kann nicht nachgefragt werden und kann daher keine neuen Forschungsfragen inspirieren. Meldet die Wissenschaft an bestimmten Unterlagen ein

⁵³ Kretzschmar (wie Anm. 41), S. 222.

⁵⁴ Cox (wie Anm. 12), S. 309, vgl. 303. Hervorhebung im Original. Vgl. Wilfried Schöntag: Archivische Bewertung und Ansprüche der Forschung, in: Wettmann (wie Anm. 10), S. 129-145, hier 143.

⁵⁵ Vgl. Bischoff (wie Anm. 32).

⁵⁶ Hudemann (wie Anm. 45), S. 348.

gesteigertes Interesse an, wird sich kein Archiv der vorrangigen Bearbeitung des unverzeichneten Archivguts verschließen.

Denkbar sind bei Absprache von Forschungsinteressen und archivischen Verzeichnungsplänen sogar gemeinsame Erschließungsprojekte. Die Klage, ein Archiv verwahre für spezifische Interessensgebiete keine Unterlagen, liegt nicht immer an der vermeintlich falschen Überlieferungsbildung und Bewertung, sondern häufiger „an einem verfehlten Informationsangebot der Archivare an die Forscher, d.h. einer Art der Erschließung, mit der die Forscher nichts oder nur wenig anfangen können.“⁵⁷ Durch ein Verzeichnungsprojekt könnte transparent gemacht werden, nach welchen Standards die Erschließung von Archivgut erfolgt. Mit den Originalen könnten darüber hinaus im Lesesaal des Archivs Übungen veranstaltet werden. Dozenten, die an bestimmten Beständen forschen möchten, könnten diese mit ihren Studierenden gemeinsam untersuchen. Dabei gewinnen sie Einblick in die archivarische Tätigkeit und lernen Bewertungsgrundsätze, Fragen des Datenschutzes und der Titelbildung kennen. Ein erfreulicher Nebeneffekt wäre die an den Universitäten immer weniger erfolgreiche Lehre in den Historischen Hilfswissenschaften wie Paläographie, Diplomatik und Aktenkunde.⁵⁸ Auf diese Weise könnten die – angehenden – Forscher die archivischen ‚Produkte‘ nicht nur besser beurteilen, sondern in der Öffentlichkeit bekannt machen. Überlieferungsbildung, deren Kriterien nachvollziehbar sind, nutzt der Forschung, die ihre Anerkennung für die Leistungen der Archivare in die gesellschaftliche Öffentlichkeit tragen sollte. Denn „die Zeit, in der Archive nach rein administrativen Gesichtspunkten ohne Berücksichtigung der Erwartungen der Öffentlichkeit organisieren konnten, ist (...) längst vorbei.“⁵⁹ Archivare und Wissenschaftler aber bearbeiten „den gleichen Wurzelboden ihrer Existenz.“⁶⁰ Beide Gruppen sind gehalten, der Öffentlichkeit über ihr Handeln Rechenschaft abzulegen und ihren Erkenntnisgewinn in ange-

⁵⁷ Schöntag (wie Anm. 54), S. 144.

Vgl. Angelika Menne-Haritz: Verbreitung elektronischer Informationen unter den Bürgern Europas - gesellschaftliche Aspekte (1999) unter http://europa.eu.int/ISPO/dlm/fulltext/full_mennhar_de.htm Bericht [02.02.2008]; Peter Krüger: Geschichtswissenschaft und Archive. Der Nutzen einer Professionalisierung des Archivberufs für die historische Forschung, in: Karsten Uhde (Hrsg.): Qualitätssicherung und Rationalisierungspotentiale in der Archivarbeit. Beiträge des zweiten Archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 27), Marburg 1997, S. 11-28, hier S. 15-17, 21f., 25.

⁵⁸ Vgl. Theo Kölzer: Welche Erwartungen hat der Mittelalter-Historiker an die Archive und Archivare, in: Kretzschmar (wie Anm. 41), S. 311-325, hier S. 313, S. 318f.

⁵⁹ Hudemann (wie Anm. 45), S. 535.

⁶⁰ Kölzer (wie Anm. 58), S. 315.

messener Form zu vermitteln. Dies kann nur durch ein konzertiertes Zusammenwirken gelingen. Es sollte daher langfristig zu einer „Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von Universität und Archiv“ kommen, „die gleichsam symbiotischer Natur ist.“⁶¹

⁶¹ Kölzer (wie Anm. 58), S. 312, S. 320, vgl. S. 317. Vgl. Becker (wie Anm. 9). Hudemann (wie Anm. 45), S. 349f., S. 356.

Bibliographie von Jens Flemming

I. Bücher

1. Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978.
2. (zusammen mit Claus-Dieter Krohn, Dirk Stegmann und Peter-Christian Witt) Die Republik von Weimar, Bd. 1: Das politische System, Bd. 2: Das sozialökonomische System, Königstein und Düsseldorf 1979.
3. (zusammen mit Klaus Saul, Dirk Stegmann und Peter-Christian Witt) Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871-1914, Königstein und Düsseldorf 1982.
4. (zusammen mit Klaus Saul und Peter-Christian Witt) Familienleben im Schatten der Krise. Dokumente und Analysen zur Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf 1988.
5. (zusammen mit Manfred Asendorf, Achatz von Müller und Volker Ullrich) Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe, Reinbek 1994.
6. (zusammen mit Klaus Saul und Peter-Christian Witt) Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1871-1914 (Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen vom Mittelalter bis heute. Freiherr vom Stein Gedächtnisausgabe, Bd. 7), Darmstadt 1997.
7. (zusammen mit Pauline Puppel u.a.) Lesarten der Geschichte. Ländliche Ordnungen und Geschlechterverhältnisse. Festschrift für Heide Wunder zum 65. Geburtstag, Kassel 2004.
8. (zusammen mit Dietfrid Krause-Vilmar und Wolfdietrich Schmied-Kowarzik) Juden in Deutschland. Streiflichter aus Geschichte und Gegenwart, Kassel 2007.
9. (zusammen mit Christina Vanja) „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 13), Kassel 2007.
10. (zusammen mit Dietfrid Krause-Vilmar) Fremdherrschaft und Freiheit. Das Königreich Westfalen als napoleonischer Modellstaat, Kassel 2009.
11. (zusammen mit Klaus Saul und Peter-Christian Witt) Lebenswelten im Ausnahmezustand. Die Deutschen, der Alltag und der Krieg, 1914-1918 (im Druck).

II. Aufsätze

1. Parlamentarische Kontrolle in der Novemberrevolution. Zur Rolle und Politik des Zentralrats zwischen erstem und zweitem Rätekongreß, in: Archiv für Sozialgeschichte 11, 1971, S. 69-139.
2. Großagrarisches Interesse und Landarbeiterbewegung. Überlegungen zur Arbeiterpolitik des Bundes der Landwirte und des Reichslandbundes in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen u.a. (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 745-762.
3. Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und „Werksgemeinschaft“. Zum Verhältnis von Agrarunternehmern und Landarbeiterbewegung im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 14, 1974, S. 351-418.
4. (zusammen mit Claus-Dieter Krohn und Peter-Christian Witt) Sozialverhalten und politische Reaktionen von Gruppen und Institutionen im Inflationsprozeß. Anmerkungen zum Forschungsstand, in: Otto Büsch u.a. (Hrsg.): Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914-1924, Berlin 1978, S. 239-263.
5. Zwischen Industrie und christlich-nationaler Arbeiterschaft. Alternativen landwirtschaftlicher Bündnispolitik in der Weimarer Republik, in: Dirk Stegmann u.a. (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 259-276.
6. Quellen zur Agrargeschichte der Weimarer Republik in Archiven der DDR, in: Thomas Trumpp und Renate Köhne (Hrsg.): Archivbestände zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Boppard 1979, S. 160-189.
7. Die halbierte Revolution: Deutschland 1918-1920, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 8, 1979, S. 95-101.
8. Die Bewaffnung des „Landvolks“. Ländliche Schutzwehren und agrarischer Konservatismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/79, S. 7-36.
9. Die Landarbeit in der Zeit der Industrialisierung: Der 'preußische Weg', in: Helmuth Schneider (Hrsg.): Geschichte der Arbeit, Köln 1980 (2. Aufl. 1983), S. 243-302 und 433-436.
10. Obrigkeitsstaat, Koalitionsrecht und Landarbeiterschaft. Zur Entwicklung des ländlichen Arbeitsrechts in Preußen zwischen Vormärz und Reichsgründung, in: Hans-Jürgen Puhle und Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Preußen im Rückblick (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6), Göttingen 1980, S. 247-272.
11. (zusammen mit Peter-Christian Witt) Einkommen und Auskommen „minderbemittelter Familien“ vor dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Sozialstatistik

im Deutschen Kaiserreich, in: Dieter Dowe (Hrsg.): Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche..., Berlin und Bonn 1981, S. V-XLVII.

12. Wege zum „sozialen Frieden“? Anfänge staatlicher Arbeitsmarktpolitik in Hamburg, in: Arno Herzig u.a. (Hrsg.): Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 283-297.

13. Konservatismus als „nationalrevolutionäre Bewegung“. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei, 1918-1933, in: Dirk Stegmann u.a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983, S. 295-331.

14. Landwirtschaftskammer und ländliche Organisationspolitik in der Rheinprovinz 1918-1927. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der „Grünen Front“, in: Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 304-322.

15. Beharrung und Wandel in der deutschen Agrarpolitik: Großgrundbesitzer, Bauern und Landarbeiter zwischen Kaiserreich, Republik und Nationalsozialismus, in: Különnyomat az Agrártörténeti Szemle 1984. Evi Supplementumából, Budapest 1986, S. 19-31.

16. Die vergessene Klasse: Literatur zur Geschichte der Landarbeiter in Deutschland, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (Historische Zeitschrift - Sonderhefte, Bd. 15), München 1986, S. 389-418.

17. Unter der Bürde der Tradition: Thesen zum gesellschaftlichen Ort des deutschen Protestantismus vor 1945, in: Hermann W. van der Dunk und Horst Lademacher (Hrsg.): Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat. Zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden, Melsungen 1986, S. 239-248.

18. Krankheit - Gesellschaft - Politik. Hamburg und die Choleraepidemie von 1892, in: Journal für Geschichte, Heft 2/1986, S. 30-43.

19. „Held der Weltgeschichte“ und „Geißel Gottes“: Napoleon und die Deutschen im Zeitalter der Befreiungskriege, in: Ekkehard Eggs und Hubertus Fischer (Hrsg.): Napoleon: Europäische Spiegelungen in Mythos, Geschichte und Karikatur, Frankfurt 1986, S. 57-79.

20. Historisches Erbe und sozialistische Identität. Kontinuität und Wandel im Geschichtsbild der DDR, in: Jahrbuch soziale Bewegungen Bd. 3, Frankfurt 1987, S. 180-200.

21. Zwischen Krise und Reform: Kommunalpolitik in Harburg 1918-1933, in: Jürgen Ellermeyer u.a. (Hrsg.): Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288-1938, Hamburg 1988, S. 353-368.
22. Politische Demonstration und sozialistische Festtagskultur. Der 1. Mai und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Uwe Schultz (Hrsg.): Das Fest. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, München 1988, S. 341-351 und 453-454.
23. (zusammen mit Peter-Christian Witt) Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, in: Die Große Bertelsmann Lexikothek. Unser Jahrhundert in Wort, Bild und Ton. Die 30er Jahre, Gütersloh 1989, S. 134-152.
24. (zusammen mit Peter-Christian Witt) Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, in: Die Große Bertelsmann Lexikothek. Unser Jahrhundert in Wort, Bild und Ton. Die 20er Jahre, Gütersloh 1990, S. 135-155.
25. (zusammen mit Peter-Christian Witt) Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, in: Ebenda. Das zweite Jahrzehnt, Gütersloh 1990, S. 138-161.
26. (zusammen mit Peter-Christian Witt) Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, in: Ebenda. Das erste Jahrzehnt, Gütersloh 1990, S. 147-164.
27. Kulturgeschichte als Integrations- und Leitwissenschaft? Anmerkungen zu Verlauf und Ergebnissen einer deutschen Diskussion, in: Dieter Sturma (Hrsg.): Kultur und Kulturwissenschaften (Kultur - Medien - Kommunikation. Lüneburger Beiträge zur Kulturwissenschaft, H. 1), Lüneburg 1991, S. 1-16.
28. Nivellierung und Fragmentierung. „Öffentlichkeit“ als Begriff und Herausforderung der historischen Forschung, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Konzepte von Öffentlichkeit. Drittes Lüneburger Kolloquium zur Medienwissenschaft, Bardowick 1993, S. 47-57.
29. Fremdheit und Ausbeutung. Großgrundbesitz, „Leutenot“ und Wanderarbeiter im Wilhelminischen Deutschland, in: Heinz Reif (Hrsg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik - Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 345-360.
30. Marsch und Geest: Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft; in: Dirk Stegmann (Hrsg.): Der Landkreis Harburg 1918-1949, Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur, Hamburg 1994, S. 42-46 und 48-49.
31. Die agrarische Bewegung, in: Ebenda, S. 217-226 und 234-236.
32. Massenmedium und „Kulturfaktor“. Rundfunk in der Weimarer Republik, in: Der Deutschunterricht 2/1997, S. 54-63.

33. Ständehaus, Revolution und parlamentarische Tradition in Kassel (Landeswohlfahrtsverband Hessen: Historische Schriftenreihe. Kleine Schriften, Bd. 1), Kassel 1999 (zugleich in: Prisma. Zs. der Universität Kassel Nr. 59/Juli 1999, S. 3-11).
34. Junge Front. Bemerkungen zum generationellen, politischen und kulturellen Profil der „Tat“, in: Michel Grunewald in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933-1939), Bern 1999, S. 233-263.
35. „Sexuelle Krise“ und „Neue Ethik“. Wahrnehmungen, Debatten und Perspektiven in der deutschen Gesellschaft um 1900, in: Helmut Scheuer und Michael Grisko (Hrsg.): Liebe, Lust und Leid. Zur Gefühlskultur um 1900, Kassel 1999, S. 27-55.
36. Die verspielte Größe. Machtstrukturen und Mentalitäten im Kaiserreich als Ursprung deutscher Katastrophen, in: Richard Lorenz (Hrsg.): Das Verdämmern der Macht. Vom Untergang großer Reiche, Frankfurt 2000, S. 173-204.
37. Sozialpolitik, Landwirtschaftliche Interessen und Mobilisierungsversuche. Agrarkonservative Positionen im Entstehungsprozeß der Rentenversicherung, in: Stefan Fisch und Ulrike Haerendel (Hrsg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000, S. 71-92.
38. „Herrenloß gesinde...“. Existenzen am Rande des Minimums, in: Heide Wunder u.a. (Hrsg.): Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt, Kassel 2000, S. 296-307.
39. „Neues Bauen am gegebenen Ort“. Deutschland, Europa und „Die Gegenwart“, in: Michel Grunewald in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945-1955), Bern 2001, S. 187-218.
40. Geschaute Zukunft. Italien und Palästina als Reiseziele deutscher Intellektueller nach dem Ersten Weltkrieg, in: Günter Helmes u.a. (Hrsg.): Literatur und Leben. Anthropologische Aspekte in der Kultur der Moderne, Tübingen 2002, S. 199-212.
41. Neumarxismus, Krieg und Nonkonformismus. Streiflichter aus der Geschichte der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Glocke“, in: Michel Grunewald in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2002, S. 303-333.
42. Religion und gesellschaftliche Ordnung. Trennung und Durchdringung in der deutschen Geschichte um 1900, in: Detlev Sack und Gerd Steffens (Hrsg.): Gewalt statt Anerkennung? Aspekte des 11.9.2001 und seine Folgen, Frankfurt 2003, S. 129-148.
43. Integration und Abstoßung. Anmerkungen zum Verhältnis von Konservatismus und Arbeiterschaft in der Weimarer Republik, in: Rainer Hering und Rainer

Nicolaysen (Hrsg.): Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden 2003, S. 330-346.

44. Faschismus – Revolution – Modernisierung – Moderne: Nationalsozialismus im Spiegel der Begriffe, in: Der Deutschunterricht 4/2003, S. 7-17.

45. „Gegen die intellektualistische Zersetzung der alten moralischen Werte“. Die „Süddeutschen Monatshefte“ zwischen Krieg und Nationalsozialismus, in: Michel Grunewald und Uwe Puschner in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): Das konservative Intellektuellenmilieu, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2003, S. 165-201.

46. „Führersammlung“, „politische Schulung“ und „neue Aristokratie“. Die „Herrengesellschaft Mecklenburg“ in der Weimarer Republik, in: Karl Christian Führer u.a. (Hrsg.): Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2004, S. 123-154.

47. Reagrarisierung durch Demobilmachung? Mentalitäten, Arbeitsmarkt und landwirtschaftliche Interessen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Jens Flemming u.a. (Hrsg.): Lesarten der Geschichte. Ländliche Ordnungen und Geschlechterverhältnisse, Kassel 2004, S. 566-596.

48. „Berghohe Schwierigkeiten“. Die Linke, der Sozialismus und die „Judenfrage“, in: Wilfried Hansmann und Timo Hoyer (Hrsg.): Zeitgeschichte und Historische Bildung. Festschrift für Dietfrid Krause-Vilmar, Kassel 2005, S. 195-208.

49. Arnold Zweig: Krieg, Demokratie, Zionismus, in: François Beilecke und Katja Marmetschke (Hrsg.): Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, Kassel 2005, S. 339-357.

50. Mitteleuropa – ein deutsches Traumland: Bilder, Pläne, machtpolitische Realitäten, in: Markus Bernhardt u.a. (Hrsg.): Bilder – Wahrnehmungen – Konstruktionen. Reflexionen über Geschichte und historisches Lernen. Festschrift für Ulrich Mayer zum 65. Geburtstag, Schwalbach/Ts. 2006, S. 87-103.

51. Intellektuelle, Philister, Gebildete. Selbst- und Fremdwahrnehmungen des deutschen Bürgertums um 1900, in: Heinrich Mann – Jahrbuch 23/2005, Lübeck 2006, S. 7-26.

52. „Vollprozentige Katholiken und Deutsche!“ Max Buchner, die „Gelben Hefte“ und der Rechtskatholizismus zwischen Demokratie und Diktatur, in: Michel Grunewald und Uwe Puschner in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): Das katholische Intellektuellenmilieu, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2006, S. 363-394.

53. „Ein sauberes Programm aus sauberer Gesinnung geboren“. Radio Frankfurt und Hessischer Rundfunk, in: Helmut Berding und Klaus Eiler (Hrsg.): Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006, S. 291-310.
54. „Märtyrer der neuen politischen Freiheit“. Georg Forster in der Weimarer Republik, in: Georg-Forster-Studien XI, 2006, S. 577-594.
55. Erotische Kultur: Debatten über Liebe, Sexualität und Geschlechterverhältnisse, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Das erste Jahrzehnt (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts), Paderborn 2006, S. 163-174.
56. Assimilation, Zionismus, „Judenfrage“. Positionen und Debatten in Deutschland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Jens Flemming u.a. (Hrsg.): Juden in Deutschland. Streiflichter aus Geschichte und Gegenwart, Kassel 2007, S. 65-83.
57. Junge Frau von 1933. Arnold Zweig, Lily Offenstadt und das Exil in Palästina, in: Pierre Béhar u.a. (Hrsg.): Médiation et Conviction. Mélanges offerts à Michel Grunewald, Paris 2007, S. 501-520.
58. „Crème nationale“: Der Krieg und die Kulturen des Alltags, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Das zweite Jahrzehnt (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts), München 2007, S. 109-124.
59. „Eindringen des preußischen Geistes in die neuen Landesteile“. Der Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Kassel, 1868-1919, in: Jens Flemming und Christina Vanja (Hrsg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition, Kassel 2007, S. 59-71.
60. „Die Frau von morgen, wie wir sie wünschen“. Rollen und Rollenbilder, Realitäten und Projektionen in der Epoche um 1900, in: Einspruch. Schriftenreihe der Friedrich-Wolf-Gesellschaft, Berlin 2007, S. 45-63.
61. „Durchbruch der Revolution“. Die Linke, die Rechte und der italienische Faschismus in der Weimarer Republik, in: Annette Jünemann u.a. (Hrsg.): Italien und Europa. Festschrift für Hartmut Ullrich zum 65. Geburtstag (Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 28), Frankfurt 2008, S. 91-106.
62. „Neue Frau“? Bilder, Projektionen, Realitäten, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Die Kultur der zwanziger Jahre (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts), München 2008, S. 55-70.
63. Der Mann weist den Weg: Arnold Zweig, die Frauen und die Emanzipation, in: Detlef Sack und Ulf Thöle (Hrsg.): Soziale Demokratie, die Stadt und das randständige Ich. Dialoge zwischen politischer Theorie und Lebenswelt, Kassel 2008, S. 124-139.
64. Evangelische Freiheit (1907-1920). Otto Baumgarten, die praktische Theologie, der Krieg und die Demokratie, in: Michel Grunewald und Uwe Puschner (Hrsg.): Das

evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1963), Bern 2008, S. 261-292.

65. Kassel, 19. Mai 1933 auf dem Friedrichsplatz, in: Julius H. Schoeps und Werner Treß (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008, S. 508-523.

66. Das Böse und die Historiker, Realitäten, Wahrnehmungen, Urteile, in: Werner Faulstich (Hrsg.): Das Böse heute. Formen und Funktionen, München 2008, S. 205-214.

67. „Ein Riese und ein Rätsel“. Die Deutschen und ihre Napoleonbilder, in: Jens Flemming und Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Fremdherrschaft und Freiheit. Das Königreich Westphalen als napoleonischer Modellstaat, Kassel 2009, S. 11-22.

68. Die Rückkehr des Kurfürsten: Verfassungsbewegungen und Verfassungspolitik (1813-1862), in: ebd., S. 233-247.

69. „Die Frau ist Geschlechts- und Arbeitsgenossin des Mannes“. Die Frauen und der Nationalsozialismus, in: Werner Faulstich (Hrsg.) Die Kultur der 30er und 40er Jahre (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts), München 2009 (im Druck).

70. „Wir stehen am Morgen einer kerngesunden Zeit“. Die Moderne und die „Jugend“ in der Epoche um 1900, in: Michel Grunewald und Uwe Puschner (Hrsg.): Krise und Umbruch, Bern 2009 (im Druck).

71. Neue Rechte, autoritärer Staat und „nationale Revolution“, in: Julius Schoeps (Hrsg.): Preußens Abglanz und Untergang. 75 Jahre nach dem Tag von Potsdam, Berlin 2009 (im Druck).

III. Kleinere Aufsätze, Essays, Features und Berichte (Auswahl):

1. Mittelstand und Faschismus. Neuere Studien zur regionalen Entwicklung von NSDAP und NPD, in: Archiv für Sozialgeschichte 13, 1973, S. 641-649.

2. Agrarstruktur und politische Agrarbewegungen im Deutschen Reich 1871-1933, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 3, 1974, S. 48-51.

3. (zusammen mit Roland Johannes) Die Preußen kommen, Fernsehen WDR III, 2.5.1980.

4. Preußen und das deutsche Kaiserreich, in: Journal für Geschichte, Heft 1/1981, S. 42-46.

5. Preußen und die DDR. Notizen zu einem Bewußtseinswandel, in: Journal für Geschichte, Heft 4/1981, S. 10-14.
6. (zusammen mit Erhard Klöss) Fritz Fischer. Portrait eines unbequemen Historikers, Fernsehen WDR III, 5.6.1981.
7. Auf der Suche nach Preußen, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 33, 16.8.1981.
8. Vom unerschütterlichen Glauben an die Zukunft. Gewerkschaften und Weimarer Republik, Hörfunk WDR III, 23.11.1981.
9. Konservativ ist wieder gefragt. Tradition und Realität einer politischen Verhaltensweise, Hörfunk NDR III, 23.12.1981.
10. Leben auf der Schattenseite der Gesellschaft. Die Arbeiter und die Industrialisierung im kaiserlichen Deutschland, Hörfunk HR II, 4.7.1982.
11. Zünglein an der Waage, Kontinuität und Wandel im deutschen Liberalismus, Hörfunk NDR III, 6.10.1982.
12. Die Generallinie. Die KPD und das Ende der Weimarer Republik, Hörfunk WDR III, 17.1.1983.
13. Als Hitler an die Macht kam. Historische Betrachtungen zum 30. Januar 1933, Hörfunk NDR I, 30.1.1983.
14. Gedenktag, Feiertag, freier Tag. Der 17. Juni jährt sich zum 30. Mal, Hörfunk NDR III, 15.6.1983.
15. Identitäts- und Integrationsprobleme konservativer Politik. Anmerkungen zum Verhältnis von Konservatismus und Nationalsozialismus, in: Universität Hamburg (Hrsg.): 1933 in Gesellschaft und Wissenschaft, Bd. 1, Hamburg 1983, S. 113-126.
16. Kirche und Staat - zum gesellschaftlichen Ort des Protestantismus vor 1945, in: Universitas 39, 1984, S. 507-516.
17. „Korrektiv“ gegen revolutionäre Unruhe? Landarbeit nach dem Ersten Weltkrieg, in: Journal für Geschichte, Heft 4/1984, S. 46-52.
18. „... von Jahr zu Jahr ein Sorgen und Bangen ohne Ende.“ Einkommen, Lohn und Lebensstandard, in: Wolfgang Ruppert (Hrsg.): Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“, München 1986, S. 137-145.
19. ... und nun Bismarck! Wie sich die DDR der deutschen Nationalgeschichte bemächtigt, Hörfunk NDR III, 5.3.1986.

20. Der Alte Fritz und immer wieder der Alte Fritz, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 33, 17.8.1986.
21. Niemandsland zwischen den Blöcken. „Mitteleuropa“: Von dem Versuch, einen alten Traum wiederzubeleben, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 35, 31.8.1986.
22. Politische Demonstration und sozialistische Festkultur - Der 1. Mai und die deutsche Arbeiterbewegung, Hörfunk HR II, 29.3.1987.
23. Das Gerede von der Mitte oder: Historiker versuchen sich als Sinnstifter, Hörfunk NDR III, 20.5.1987.
24. (zusammen mit Thorsten Jeß) Kurt Schumacher. Teil I: 1895-1945. Ein kämpferischer Sozialist. Teil II: 1945-1952. Staatsmann ohne Staatsamt, Fernsehen NDR III, 30.4. und 7.5.1988.
25. „Reformen, aber keine Revolution!“ Die Französische Revolution im Urteil deutscher Historiker, Hörfunk NDR IV, 13.7.1989.
26. (zusammen mit Thorsten Jeß) Ludwig Erhard. Teil I: Der Mann des deutschen Wunders. Teil II: Kanzler des Übergangs, Fernsehen NDR III, 20. und 26.11.1989.
27. (zusammen mit Thorsten Jeß) Uni-Geschichten: Greifswald (Streiflichter aus Mecklenburg-Vorpommern), Fernsehen N III, 13.11.1992.
28. Abstoßung und Anziehung. Über den Umgang der SED mit Preußen, in: Spiegel-Spezial 2/1993, S. 94-97.
29. (zusammen mit Thorsten Jeß) Friedrich Ebert. Vom Parteiarbeiter zum Reichspräsidenten. Fernsehen Arte, 14.9.1993.
30. (zusammen mit Thorsten Jeß) Theodor Heuss. Demokratie als Lebensform. Fernsehen Arte, 28.9.1993.
31. Das Tor wird zugeschlagen. Hamburg und der Nationalsozialismus, in: Stadt am Strom. 100 Jahre Strom und Fernwärme für Hamburg, Hamburg 1994, S. 112-115.
32. (zusammen mit Thorsten Jeß) Arno Esch. Freiheit gegen Stalinismus. Fernsehen N III, 30.8.1995.

IV. Lexikonartikel

1. Agitationsvereine, Agrargeschichte, Agrarverbände, Akten, Amerikanische Revolution, Arbeit, Arbeiteraufstand in der DDR, Auswanderung/Emigration, Autarkie, Bauer, Bedürfnisse, Begriffsgeschichte, Beruf, Bibliographien, Bild, Biographie, Bürgerliche Kultur, Christliche Parteien, Demographie, Deutscher Sonderweg, Diktatur, Entspannungspolitik, Erfüllungspolitik, Exil, Faschismus, Föderalismus, Geschichtswissenschaft in der DDR, Geld, Genossenschaften, Historiker und Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, Historiker und Nationalsozialismus, Historikertag, Historischer Roman, Identität, Imperialismus, Junker, Kalter Krieg, Karikatur, Klimageschichte, Kolonialismus, Konservatismus, Kontinuität/Diskontinuität, Krieg/Friede, Kriminologie, Kulturpessimismus, Lebenswelt, Liberalismus, Manifest, Memoiren, Militärgeschichte, Militarismus, Mittelstand, Modernisierung, Parlamentarismus, Pazifismus, Populismus, Protest, Quantifizierung, Rapallo, Revolution, Russische Revolution, Sozialdisziplinierung, Sozialer Konflikt, Sozialgeschichte, Sozialreform, Stadt/Land, Statistik, Tagebuch, Technikgeschichte, Verband, Verfassungsgeschichte, Verein, Wehrverbände, Wirtschaftsgeschichte, Zeitung (alle in: Asendorf u.a.: Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe).

2. Sigfried Aufhäuser, Rudolf Breitscheid, Friedrich Ebert, Hugo Haase, Ernst Heilmann, Carl Mierendorff, Philipp Scheidemann, Karl Severing, Friedrich Stampfer, in: Manfred Asendorf und Rolf von Bockel, Hrsg.: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart 1997.

3. Agrarian Leagues, in: Dieter K. Buse und Juergen C. Doerr (Hrsg.): Modern Germany. An Encyclopedia of History, People, and Culture, 1871-1990, New York 1998.

4. Antisemitismus, Befreiung 1945, Bücherverbrennung, Demontage, Erster Weltkrieg, Kaiserreich, NSDAP, Währungsreform, Weimarer Republik, Zweiter Weltkrieg, in: Kassel-Lexikon, Kassel 2009.

V. Rezensionen in:

1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts

Annotierte Bibliographie für die politische Bildung

Archiv für Hessische Geschichte

Archiv für Sozialgeschichte

Das Argument

Das Parlament

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Deutschlandfunk

Die Zeit

Frankfurter Rundschau

H-Soz-u-Kult Rezensionen
Jahrbuch Extremismus & Demokratie
Jahrbuch für Hessische Landesgeschichte
Militär-geschichtliche Mitteilungen
Nassauische Annalen
Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte
Neue Politische Literatur
Norddeutscher Rundfunk III
sehpunkte
Tagesspiegel
Westdeutscher Rundfunk III
Zeitschrift für Agrargeschichte u. Agrarsoziologie
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde

Über die Autorinnen und Autoren

ASENDORF, MANFRED (geb. 1944) ist Historiker.

Veröffentlichungen u.a.: Geschichte und Parteilichkeit: historisches Bewusstsein in Deutschland, Berlin 1984 (zugl. Diss. Universität Hamburg 1980); (zusammen mit J. Flemming, A. von Müller und V. Ullrich) Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe, Reinbek bei Hamburg 1994; Griff nach Fritz Fischer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 49 (2004) H. 8, S. 933-946; Von verschämtem Antisemitismus zum „Arierparagrafen“ – der Verein für Hamburgische Geschichte und die Ausgrenzung seiner jüdischen Mitglieder“, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142 (2005/2006), S. 159-287; (zusammen mit R. v. Bockel) Demokratische Wege. Ein biographisches Lexikon, Stuttgart 2006.

E-Mail: dr.asendorf@arcor.de

BAUMGÄRTNER, INGRID (geb. 1957) ist Professorin für Geschichte des Mittelalters an der Universität Kassel und seit 2006 Research Associate an der Villa I Tatti, The Harvard University Center for Italian Renaissance Studies, in Florenz.

Veröffentlichungen u.a.: Martinus Garatus Laudensis. Ein italienischer Rechtsgelehrter des. 15. Jahrhunderts, Köln 1986 (zugl. Diss. Universität München 1982); Helmarshausen. Buchkultur und Goldschmiedekunst im Hochmittelalter, Kassel 2003; Praxis der Gerichtsbarkeit in europäischen Städten des Spätmittelalters (Rechtsprechung. Materialien und Studien 23), Frankfurt a. M. 2006; (zusammen mit C. Brinker-von der Heyde, A. Gardt und F. Sick) Nation – Europa – Welt. Identitätsentwürfe vom Mittelalter bis 1800 (Zeitsprünge. Forschungen zur Frühen Neuzeit 11, 2007, Heft 3/4), Frankfurt a. M. 2007; (zusammen mit H. Kugler) Europa im Weltbild des Mittelalters. Kartographische Konzepte (Orbis mediaevalis 10), Berlin 2009; (zusammen mit M. Stecken und A. Halle) Wilhelm Dilich. Landtafeln hessischer Ämter zwischen Rhein und Weser 1607-1625, Kassel 2009.

E-Mail: ibaum@uni-kassel.de

BERNHARDT, MARKUS (geb. 1959) ist Professor für Neuere Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg/Br.

Veröffentlichungen u.a.: Giessener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945-1957, Giessen 1990 (zugl. Diss. Universität Giessen 1989); Was ist des Richters Vaterland? Justizpolitik und politische Justiz in Braunschweig zwischen 1879 und 1919/20, ms. Habilitationsschrift, Braunschweig 2006; „Politische Justiz?“ Gerichtsurteile zum Generalstreik im April 1919 in Braunschweig, in: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 84 (2003), S. 161-189; Holocaustleugnung und Strafrecht als erinnerungskulturelles Phänomen, in: Hans-Jürgen Pandel / Vadim Oswalt u.a. (Hrsg.): Geschichtskultur. Die Anwesenheit von Vergangenheit in der Gegenwart, Schwalbach i. Ts. 2008, S. 135-148.

E-Mail: bernhardtfr@ph-freiburg.de

BIEBER, HANS-JOACHIM (geb. 1940) war Akademischer Direktor und apl. Prof. für Neueste Geschichte an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: (zusammen mit E. Zechlin) Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969; Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, 2 Bde., Hamburg 1981 (zugl. Diss. Universität Hamburg 1981); Zur politischen Geschichte der friedlichen Kernenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1977; Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992; (zusammen mit H. Ottomeyer und G. C. Tholen) Die Zeit im Wandel der Zeit, Kassel 2002; Die Anfänge deutsch-japanischer Kulturinstitute, in: Takemitsu Morikawa (Hrsg.): Japanische Intellektuelle im Spannungsfeld von Okzidentalismus und Orientalismus, Kassel 2008, S. 121- 179.

E-Mail: bieber@hrz.uni-kassel.de

BOCK, HANS MANFRED (geb. 1940) war Professor für politikwissenschaftliche Komparatistik an der Universität Kassel und in Paris. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „lendemains. Études comparées sur la France“ und des Frankreich Jahrbuches (bis 2005).

Veröffentlichungen u.a.: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923: zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschland (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969 (zugl. Diss. Universität Marburg 1968); (zusammen mit R. Meyer-Kalkus und M. Trebitsch) Entre Locarno et Vichy: les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930, 2 Bde., Paris 1993; Kulturelle Wegbereiter politischer Konfliktlösung. Mittler zwischen Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Tübingen 2005; (zusammen mit C. Defrance, G. Krebs und U. Pfeil) Les jeunes dans les relations transnationales: l'Office franco-allemand pour la jeunesse, 1963-2008, Paris 2008.

E-Mail: hansmanfredbock@web.de

BOBER, MARTIN (geb. 1975) ist Kontakter in der Agentur Roberts – corporate consulting identity communication.

Veröffentlichung: Von der Idee zum Mythos: die Rezeption des Bauhaus in beiden Teilen Deutschlands in Zeiten des Neuanfangs (1945 und 1989), Elektronische Ressource (zugl. Diss. Universität Kassel 2006).

E-Mail: martin.bober@web.de

BUSSIEK, DAGMAR (geb. 1973) ist Juniorprofessorin für Sozial- und Kulturgeschichte an der Leuphana Universität Lüneburg.

Veröffentlichungen u.a.: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung) 1848-1892, Münster / Hamburg / London 2002 (zugl. Diss. Universität Kassel 2000); „Nur in Deutschland selbst ließ sich das deutsche Geschehen – wenn überhaupt – begreifen.“ Benno Reifenberg und die „Frankfurter Zeitung“ im Nationalsozialismus, in: Francois Beilecke / Katja Marmetschke (Hrsg.): Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, Kassel 2005, S. 559-378; „Das Gute gut und das Böse böse nennen“. Der Reichsbote 1873-1879, in: Michel

Grunewald / Uwe Puschner (Hrsg.): Das evangelische Intellektuellen-Milieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1963), Bern 2008, S. 97-119.
E-Mail: bussiek@uni.leuphana.de

CEBULLA, FLORIAN (geb. 1973) ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Praxis Geschichte im Westermann-Verlag, Braunschweig.
Veröffentlichungen u.a.: Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924–1945. Göttingen 2004 (zugl. Diss. Universität Kassel 2002); „Rundfunk-Revolutionen.“ Freie und organisierte konservative und nationalsozialistische Agitation gegen den „System-Rundfunk“ am Ende der Weimarer Republik, Siegen 2001; Grenzüberschreitender Schienenverkehr: Problemstellungen – Methoden – Forschungsüberblick, in: Monika Burri / Kilian T. Elsasser / David Gugerli (Hrsg.): Die Internationalität der Eisenbahn 1850–1970 (Interferenzen – Studien zur Kulturgeschichte der Technik 7) Zürich 2003, S. 21-36; Vorsicht Rangierfahrt. Arbeitsbedingungen und Berufskrankheiten der Eisenbahner, in: Praxis Geschichte 5 (2005), S. 26–30.
E-Mail: florian.cebulla@westermann.de

DIPPEL, HORST (geb. 1942) ist Professor für die Geschichte Nordamerikas und Großbritanniens an der Universität Kassel.
Veröffentlichungen u.a.: Deutschland und die amerikanische Revolution. Sozialgeschichtliche Untersuchung zum politischen Bewußtsein im ausgehenden 18. Jahrhundert, Köln 1972 (zugl. Diss. Universität Köln 1970); Individuum und Gesellschaft. Soziales Denken zwischen Tradition und Revolution: Smith – Condorcet – Franklin (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 70), Göttingen 1981; Die Amerikanische Revolution, 1763-1787, Frankfurt a. M. 1985; Geschichte der USA, 7. Auflage, München 2005; Constitutions of the World 1850 to the Present/Verfassungen der Welt 1850 bis zur Gegenwart, Mikrofiche-Edition, North and South America/ Nord- und Südamerika, 1686 Mikrofiches, München 2005-2007; (zusammen mit H. Scheuer und M. Ewert) Herausgeber der Georg-Forster-Studien I-XIII, Berlin / Kassel, 1997-2008.
E-Mail: hdippel@uni-kassel.de

DÜRR, RENATE (geb. 1961) ist Professorin für die Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Kassel.
Veröffentlichungen u.a.: Mägde in der Stadt. Das Beispiel Schwäbisch Hall in der Frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 1995 (zugl. Diss. Freie Universität Berlin 1994); (zusammen mit G. Engel und J. Süßmann) Eigene und fremde Frühe Neuzeiten. Genese und Geltung eines Epochenbegriffs, München 2003; Frauenarbeit in Haus, Handel und Gewerbe – ihr Beitrag zur Hamburger Stadtwirtschaft im 14. Jahrhundert, Berlin 2005; (zusammen mit G. Schwerhoff) Kirchen, Märkte und Tavernen. Erfahrungs- und Handlungsräume in der Frühen Neuzeit, Königstein i. Ts. 2005; Politische Kultur in der Frühen Neuzeit. Kirchenräume in Hildesheimer Stadt- und Landgemeinden, 1550-1750, Gütersloh 2006.
E-Mail: duerr@uni-kassel.de

FAULSTICH, WERNER (geb. 1946) ist Professor für Medienwissenschaften und Öffentlichkeitsarbeit an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Leiter des dortigen Instituts für Angewandte Medienforschung (IfAM).

Veröffentlichungen u.a.: Thesen zum Bestseller-Roman. Untersuchung britischer Romane des Jahres 1970, Bern / Frankfurt a. M. 1974 (zugl. Diss Universität Frankfurt 1973); Grundwissen Öffentlichkeitsarbeit, 2. vollständige Auflage, München 2000; Liebe als Kulturmedium, München 2002; Medienwissenschaft. Ein systematischer Überblick. Paderborn 2004; Filmgeschichte, Paderborn 2005; Beziehungskulturen, München 2007; (zusammen mit N. Dablé, M. Hagener und K. Rothemund) Die Erotik des Blicks. Studien zur Filmästhetik und Unterhaltungskultur, München 2008; Das Böse heute: Formen und Funktionen, München 2008; Grundkurs Fernsehanalyse. Paderborn 2008; Grundkurs Filmanalyse, 2. erweiterte Auflage, Paderborn 2008.

E-Mail: faulstich@uni-lueneburg.de

FREUND, NADINE (geb. 1978) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität Kassel.

Veröffentlichung im Rahmen des Promotionsprojektes u.a.: Theanolte Bähnisch (1899-1973) und ihr Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen der Westorientierung nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 80 (2008), S. 403-430.

E-Mail: nfreund@uni-kassel.de

GÖBEL, SIMONA (geb. 1981) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität Kassel und Fellow des Leo Baeck Programmes. Promotionsprojekt zum Thema „Jüdische Wohlfahrtsvereine zwischen öffentlicher Fürsorge und privater Initiative – Die jüdische Wohlfahrt in der Weimarer Republik.“

E-Mail: simonagoebel@uni-kassel.de

GRUNEWALD, MICHEL (geb. 1942) ist Professor der Germanistik und Leiter des Centre d'Etudes Germaniques Interculturelles de Lorraine der Université Paul Verlaine in Metz. Seit 1996 Herausgeber der Schriftenreihe Convergences im Verlag Peter Lang.

Veröffentlichungen u.a.: Klaus Mann 1906-1949, 2 Bde., Berne 1984 (zugl. Diss. Universität Nancy 1983); Moeller van den Brucks Geschichtsphilosophie (Bd. 17.1/2). 2 Bde., Bern 2001; (zusammen mit J. Schlobach) Médiations / Vermittlungen. Trois siècles de relations intellectuelles franco-allemandes, 2 Bde., Bern 1992; (zusammen mit H. M. Bock) Le discours européen dans les revues allemandes / Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften, 4 Bde., Bern 1996-2001; (zusammen mit U. Puschner und H. M. Bock) Les milieux intellectuels en Allemagne, leur presse et leurs réseaux / Die Intellektuellenmilieus in Deutschland, ihre Presse und ihre Netzwerke (1890-1963), 4 Bde., Bern 2002-2008.

E-Mail: grunewald.michel@wanadoo.fr

HENNIG, EIKE (geb. 1943) war Professor für Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Zur Darstellung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Industrie: Anmerkungen zur sozioökonomischen und politischen Funktion des deutschen Faschismus (zugl. Diss. Universität Marburg 1973) publiziert als: Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Berlin 1973 und Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland: ein Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 1977; Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Bonn 1982; Zum Historikerstreit: Was heisst und zu welchem Ende studiert man Faschismus?, Frankfurt a. M. 1988; Die Republikaner im Schatten Deutschlands: zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a. M. 1991; Politische Kultur in städtischen Räumen, Opladen 1998; (zusammen mit A. Bauerkämper und F. Neumann) Demokratiegeschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert: Spannungsfelder – Argumente – Tendenzen, Schwalbach i. Ts. 2007.

E-Mail: eikehennig@t-online.de

HENKE-BOCKSCHATZ, GERHARD (geb. 1954) ist Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Frankfurt am Main und Mitherausgeber der Zeitschrift „Geschichte lernen“.

Veröffentlichungen u.a.: Glashüttenarbeiter in der Frühindustrialisierung, Hannover 1993. (zugl. Diss. Universität Hamburg 1990); Geschichte und historisches Lernen. Festschrift für Jochen Huhn zum 65. Geburtstag, Kassel 1995; Industrialisierung. (Fundus – Quellen für den Geschichtsunterricht), Schwalbach i. Ts. 2003; (zusammen mit B. Alavi) Geschichtsunterricht und Geschichtskultur in der multiethnischen Gesellschaft, Idstein 2004; Der „Holocaust“ als Thema im Geschichtsunterricht. Kritische Anmerkungen in: Wolfgang Meseth / Matthias Proske / Frank-Olaf Radtke (Hrsg.): Schule und Nationalsozialismus. Ansprüche und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt a. M. 2004, S. 298-322.

E-Mail: henke-bockschatz@em.uni-frankfurt.de

HÜSER, DIETMAR (geb. 1962) ist Professor für Geschichte Westeuropas im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive - Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außen-politischen Krisenzeiten 1944-1950, Berlin 1996 (zugl. Diss. Universität Saarbrücken 1994); RAPublikanische Synthese. Eine französische Zeitgeschichte populärer Musik und politischer Kultur, Köln 2004; Moderner Sport und Geschichte als Wissenschaft – Zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtung eines massenkulturellen Phänomens, in: Neue Politische Literatur 51 (2006) S. 223-263; (zusammen mit A. Heinen) Tour de France – Eine historische Rundreise. Festschrift für Rainer Hudemann, Stuttgart 2008; Le rock 'n' roll américain dans les sociétés française et allemande des années 1950 et 1960. Réflexions sur la comparaison des transferts culturels populaires, in: Olivier Dard / Hans-Jürgen Lüsebrink (Hrsg.): Américanisation et anti-américanismes comparés, Lille 2008, S. 175-197.

E-Mail: d.hueser@uni-kassel.de

KRAUSE-VILMAR, DIETFRID (geb. 1939) war Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialgeschichte der Erziehung und des Bildungswesens an der Universität Kassel sowie von 2005-2007 Kommissarischer Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt am Main. Mitgründer der Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen / Schwalm-Eder-Kreis.

Veröffentlichungen u.a.: Liberales Plädoyer und radikale Demokratie. H. Pestalozzi und die Stäflner Volksbewegung, Meisenheim am Glan 1978 (zugl. Diss. Universität Marburg 1974); „Nationalsozialismus in Nordhessen“– Schriften zur regionalen Zeitgeschichte (von 1983-2004); Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, 2. Aufl., Marburg 2000; (zusammen mit S. Schneider) Kurt Finkenstein. Briefe aus der Haft 1935-1943, Kassel 2001; (mit S. v. Borstel) Breitenau 1933-1945. bilder, texte, dokumente. images, texts, documents. German-English edition. Kassel 2008.

E-Mail: kvilmar@gmx.de

MAYER, ULRICH (geb. 1941) war Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität Kassel und ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Geschichte lernen“ sowie der Buchreihen „Forum Historisches Lernen“ und „Methoden historischen Lernens“.

Veröffentlichungen u.a.: Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1953, Köln / Wien 1986 (zugl. Diss. Universität Giessen 1985); Handlungsorientierung als Prinzip und Methode historischen Lernens, in: Gerhard Henke-Bockschatz (Hrsg.): Geschichte und historisches Lernen, Kassel 1995, S. 117-129; Spiele im Geschichtsunterricht, in: Klaus Bergmann u.a. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. Aufl., Seelze-Velber 1997, S. 447-451; (zusammen mit H.-J. Pandel und G. Schneider) Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach i. Ts. 2004; (zusammen mit H.-J. Pandel und G. Schneider) Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach i. Ts. 2006.

E-Mail: dr.ulrich-mayer@web.de

ONKEN, BJÖRN (geb. 1969) ist Studienrat an der Geschwister-Scholl-Schule in Melsungen und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Administrative Zuständigkeiten bei der Organisation der römischen Heeresversorgung im 1. und 2. Jh. n. Chr., in: Laverna 12 (2001), S. 123-138; Wirtschaft an der Grenze. Studien zu dem Wirtschaftsleben in den römischen Militärlagern im Norden Britanniens (zugl. Diss. Kassel 2003); (zusammen mit F. Anders und M. Puijula) Spätantike: Europa zwischen Antike und Mittelalter, Bamberg 2007.

E-Mail: bonken@uni-kassel.de

PUPPEL, PAULINE (geb.1971) ist Archivrätin im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden und Dozentin am Institut für Archivwissenschaften / Marburg.

Veröffentlichungen u.a.: Die Regentin: vormundschaftliche Herrschaft in Hessen 1500 – 1700, Frankfurt a. M. 2004 (zugl. Diss. Universität Kassel 2003); (zusammen mit J. Flemming, W. Troßbach, C. Vanja und O. Wörner-Heil) Lesarten der Geschichte. Ländliche Ordnungen und Geschlechterverhältnisse, Festschrift für Heide Wunder zum 65. Geburtstag, Kassel 2004; Überlegungen zur Archivierung elektronisch

signierter Dokumente. Der elektronische Rechtsverkehr in der Fachgerichtsbarkeit von Rheinland-Pfalz, Koblenz 2007.

E-Mail: p_puppel@web.de

PUSCHNER, UWE (geb. 1954) ist Privatdozent für neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und seit 2005 Invité permanents des Centre d'Études Germanique Interculturelles de Lorraine (CEGIL).

Veröffentlichungen u.a.: Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchener Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Göttingen 1988 (zugl. Diss. Universität München 1985); (zusammen mit M. Wolffsohn) Geschichte der Juden in Deutschland. Quellen und Kontroversen, München 1992; (zusammen mit W. Schmitz und J. H. Ulbricht) Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918, München 1996; (zusammen mit M. Grunewald und H. M. Bock) Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960) / Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2003.

E-Mail: puschner@zedat.fu-berlin.de

RICHTER, GUNNAR (geb. 1953) ist Mitbegründer der Gedenkstätte Breitenau, Vorsitzender des Fördervereins der Gedenkstätte und Leiter der Bereiche historische Forschung und Pädagogik.

Veröffentlichungen u.a.: (zusammen mit W. Ayass und R. Löber) Breitenau: zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers, Kassel 1993; Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940-1945): ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem, Kassel 2004 (zugl. Diss. Universität Kassel).

E-Mail: gedenkstaette-breitenau@t-online.de

ROHDE, DOROTHEA (geb. 1974) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Alte Geschichte an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u.a.: (zusammen mit S. Hübner) Germe oder Ar--? Ein antiker Kurort bei Pergamon, in: Studien zum antiken Kleinasien 5, Asia Minor Studien 44 (2002), S. 97-115; (zusammen mit H. Schneider) Hessen in der Antike. Die Chatten vom Zeitalter der Römer bis zur Alltagskultur der Gegenwart, Kassel 2006; Wo hatten die Konsuln ihr Büro? Erschließung von Ämtern anhand von Stadtplänen, Geschichte lernen 117 (2007), S. 33-39; *collegia* in Ostia, Ephesos und Perinthos. Vereine in Hafenstädten während der römischen Kaiserzeit (in Druckvorbereitung) (zugl. Diss. Universität Kassel 2008).

E-Mail: dorothea.rohde@uni-bielefeld.de

SACHSE, MIRJAM (geb. 1972) ist Doktorandin in der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen zum Promotionsprojekt u.a.: „Da wir nicht wählen können, so müssen wir umso mehr wählen“ - Die proletarische Frauenzeitung „Die Gleichheit“ (1891-1923) als Beispiel weiblicher Teilhabe an Öffentlichkeit und Demokratie im deutschen Kaiserreich, in: Hella Hertzfeld / Katrin Schäfgen (Hrsg.): Demokratie und Wirklichkeit - Erstes Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2002, S. 39-51; „Ich erkläre mich schuldig.“ Clara Zetkins Entlassung aus der Redaktion der

Gleichheit 1917, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008, S. 72-78.

E-Mail: mirjam.sachse@web.de

SCHILDT, AXEL (geb. 1951) ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

Veröffentlichungen u.a.: Militärdiktatur mit Massenbasis?: Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt 1981 (zugl. Diss. Universität Marburg 1980); Konservatismus in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart München 1998; Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999; Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre (Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 4), München 1999; (zusammen mit B. Vogel) Auf dem Weg zur Parteiendemokratie. Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848-1998 (Reihe Forum Zeitgeschichte 13), Hamburg 2002; Max Brauer, Hamburg 2002; Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 80), München 2007; (zusammen mit D. Schubert) Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund 2008.

E-Mail: schildt@zeitgeschichte-hamburg.de

SCHNEIDER, HELMUTH (geb. 1946) ist Professor für Alte Geschichte an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Wirtschaft und Politik. Untersuchungen zur Geschichte der späten römischen Republik, Erlangen 1974 (zugl. Diss. Universität Marburg 1973); Die Entstehung der römischen Militärdiktatur. Krise und Niedergang einer antiken Republik, Köln 1977; Das griechische Technikverständnis. Von den Epen Homers bis zu den Anfängen der technologischen Fachliteratur, Darmstadt 1989; Einführung in die antike Technikgeschichte, Darmstadt 1992. Geschichte der antiken Technik, München 2007; (zusammen mit H. Cancik und M. Landfester) Neuer Pauly. Enzyklopädie der Antike, Stuttgart 1996-2003; (zusammen mit H.-J. Gehrke) Geschichte der Antike. Ein Studienbuch, 2. Auflage, Stuttgart 2006; (zusammen mit W. König) Die technikhistorische Forschung in Deutschland von 1800 bis zur Gegenwart, Kassel 2007.

E-Mail: Schneider.AG@uni-kassel.de

STEGMANN, DIRK (geb. 1941) war Professor für Sozial- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Lüneburg.

Veröffentlichungen u.a.: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln / Berlin 1970; (zugl. Diss. Universität Hamburg 1970); (zusammen mit J. Flemming, C. D. Krohn und P. C. Witt) Die Republik von Weimar, 2 Bde., Düsseldorf 1979; (zusammen mit J. Flemming, C. Saul und P. C. Witt) Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871-1914, Düsseldorf 1982; Der Landkreis Harburg 1918-1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur, Hamburg 1994; Politische Radikalisierung in der

Provinz. Lagebericht und Stärkemeldungen des Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922-1933, Hannover 1999.
E-Mail: adstegmann@t-online.de

THIEMEYER, GUIDO (geb. 1967) ist Hochschuldozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, München 1999 (zugl. Diss. Universität Köln 1997); (zusammen mit H. Ullrich) Perspektiven der Demokratie in Europa, Frankfurt a. M. 2005; (zusammen mit C. H. Franke und C. Neutsch) Internationalismus und Europäische Integration im Vergleich. Fallstudien zu Währungen, Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Baden Baden 2007; Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865 bis 1900, München 2008.

E-Mail: thiemeye@uni-kassel.de

VANJA, CHRISTINA (geb. 1952) ist Leiterin des Fachbereichs „Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen“ beim Landeswohlfahrtsverband Hessen in Kassel und apl. Professorin an der Universität Kassel.

Veröffentlichungen u.a.: Besitz- und Sozialgeschichte der Zisterzienserinnenkloester Caldern und Georgenberg und des Praemonstratenserinnenstifts Hachborn in Hessen im späten Mittelalter, Darmstadt 1984 (zugl. Diss. Universität Kassel 1982); (zusammen mit G. Aumüller und K. Grundmann) Der Dienst am Kranken. Krankenversorgung zwischen Caritas, Medizin und Ökonomie vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Marburg 2007; (zusammen mit J. Flemming) „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition, Kassel 2007; (zusammen mit U. George, G. Lilienthal, V. Roelcke und P. Sandner) Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum. Marburg 2006.

E-Mail: Prof.Dr.Christina.Vanja@lwv-hessen.de

VOGEL, BARBARA (geb. 1940) war Professorin für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Deutsche Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u.a.: Deutsche Russlandpolitik 1900-1906: das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900-1906, Düsseldorf 1973 (zugl. Diss. Universität Hamburg); (zusammen mit P. Borowsky und H. Wunder) Studienbücher Moderne Geschichte, Opladen 1975; Die Reformpolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg (1810-1820) Göttingen 1983; (zusammen mit U. Weckel) Frauen in der Ständegesellschaft: Leben und Arbeiten in der Stadt vom späten Mittelalter bis zur Neuzeit (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte 4), Hamburg 1991; 75 Jahre Universität Hamburg, Hamburg 1994; (zusammen mit K. Heinsohn und U. Weckel) Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im national-sozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. 1997; (zusammen mit A. Schildt) Auf dem Weg zur Parteiendemokratie. Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848-1989, Hamburg 2002.

E-Mail: barbara.vogel@uni-hamburg.de

WEISS, JOHANNES (geb. 1941) war Professor für Soziologische Theorie und Philosophie der Sozialwissenschaften an der Universität Kassel und Gründungsdirektor des Instituts für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig.

Veröffentlichungen u.a.: Weltverlust und Subjektivität: Zur Kritik der Institutionenlehre Arnold Gehlens, Freiburg 1971 (zugl. Diss. Universität Köln 1969); Max Webers Grundlegung der Soziologie, München 1975; Weber and the Marxist World, London / New York 1986; Vernunft und Vernichtung. Zur Philosophie und Soziologie der Moderne, Opladen 1993; Handeln und handeln lassen. Über Stellvertretung, Opladen 1998; Die Jemeinigkeit des Mitseins. Die Daseinsanalytik Martin Heideggers und die Kritik der soziologischen Vernunft, Konstanz 2001; (zusammen mit B. Orth und T. Schwietring) Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Ein Handbuch, Opladen 2003.

E-Mail: jweiss@uni-kassel.de

WOLFF, KERSTIN (geb. 1967) ist Forschungsreferentin bei der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung.

Veröffentlichungen u.a.: „Stadtmütter“: bürgerliche Frauen und ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik im 19. Jahrhundert (1860-1900), Königstein i. Ts. 2003 (zugl. Diss. Universität Kassel 2002); (zusammen mit E. Schöck-Quinteros, A. Schüler und A. Wilmers) Politische Netzwerkerinnen. Internationale Zusammenarbeit von Frauen 1830-1960, Berlin 2007; „Die Welt von der man nicht spricht“ Anna Pappritz und das neue Wissen um Prostitution, in: Wissen und Geschlecht. Beiträge der 11. Arbeitstagung der Kommission für Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, Wien 2008, S. 133-153.

E-Mail: wolff@addf-kassel.de

WUNDER, HEIDE (geb. 1939) war Professorin für Sozial- und Verfassungsgeschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Kassel

Veröffentlichungen u.a.: Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte der Komturei Christburg: 13.-16. Jahrhundert, Wiesbaden 1968 (zugl. Diss. Universität Hamburg 1968); „Er ist die Sonn, sie ist der Mond“: Frauen in der frühen Neuzeit, München 1992; Eine Stadt der Frauen: Studien und Quellen zur Geschichte der Baslerinnen im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit (13.-17. Jh.), Basel / Frankfurt a. M. 1995; (zusammen mit C. Vanja) Weiber, Menschen, Frauenzimmer: Frauen in der ländlichen Gesellschaft 1500-1800, Göttingen 1996; (zusammen mit G. Engel) Geschlechterperspektiven: Forschungen zur Frühen Neuzeit, Königstein i. Ts. 1998; (zusammen mit K. Merkel) Deutsche Frauen der frühen Neuzeit: Dichterinnen, Malerinnen, Mäzeninnen, Darmstadt 2000; Dynastie und Herrschaftssicherung in der Frühen Neuzeit: Geschlechter und Geschlecht, Berlin 2002; (zusammen mit S. Brakensiek) Ergebene Diener ihrer Herren?: Herrschaftsvermittlung im alten Europa, Köln / Weimar / Wien 2005.

E-Mail: dhwunder@t-online.de

ZIMMERMANN, MOSHE (geb. 1943) ist Professor für deutsche Geschichte und Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Veröffentlichungen u.a.: Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus: die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830-1865, Hamburg 1979 (zugl. Diss. Universität Jerusalem 1977); Wilhelm Marr – The Patriarch of Antisemitism, New York 1986; Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion, Berlin 1996; Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997; Die deutschen Juden in der Geschichte der Shoah: Keine Exklave! Tübingen 2002; German Past – Israeli Memory. Tel Aviv 2002 (Hebr.); Goliaths Falle: Israelis und Palästinenser im Würgegriff, Berlin 2004; Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Juden Hass als Herausforderung, Paderborn 2005; Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden im 2. Weltkrieg, Berlin 2008.

E-Mail: mszimm@mscc.huji.ac.il

Tabula gratulatoria

Dr. Wolfgang Adamczak, Kassel
Prof. Dr. Heide Andres-Müller, Kassel
Archiv für Sozialgeschichte, Bonn
Prof. Dr. Franz Josef Arlinghaus, Bielefeld
Dr. Bernt Armbruster, Kassel
Prof. Dr. Johannes Becker, Kassel
Dr. François Beilecke, Schauenburg
Prof. Dr. Helmut Berding, Gießen
Prof. Dr. Friedhelm Boll, Bonn
Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Marburg
Thomas Ewald, Kassel
Prof. Dr. Hubertus Fischer, Berlin
Prof. Dr. Edith Glaser, Kassel
Dr. Wolfgang Gruner, Oberried
Karin Haase-Horn, Kassel
Prof. Dr. Rainer Hering, Schleswig
Bertram Hilgen, Kassel
Prof. Dr. Paul-Gerhard Klumbies, Kassel
Sabine Köttelwesch, Kassel
Prof. Dr. Hans-Christof Kraus, Passau
Prof. Dr. Norbert Kruse, Kassel
Olivier Lavaud-Canonne, Darmstadt
Siegfried Lotze, Reinhardshagen
Sylvia Madsack, Küsnacht (Schweiz)
Prof. Dr. Rudolf Messner, Kassel
Prof. Dr. Peter Müller, Kassel
Prof. Dr. Herbert Obenaus, Hannover
Prof. Dr. Ute Planert, Wuppertal
Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel

Prof. Dr. Klaus Saul, Hamburg
Prof. Dr. Helmut Scheuer, Kassel/Bonn
Prof. Dr. Winfried Schich, Berlin
Prof. Dr. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Kassel
Prof. Dr. Georg-Michael Schulz, Kassel/Aachen
Dr. Jürgen Schwermann, Hannover
Prof. Dr. Peter Seibert, Kassel
Prof. Dr. Winfried Speitkamp, Gießen
Prof. Dr. Gerd Steffens, Kassel/Mühlthal
Prof. Dr. Frauke Stübig, Kassel/Marburg
Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Teichler, Kassel
Prof. Dr. Florian Tennstedt, Kassel
Dr. Sven Tode, Kassel
Prof. Dr. Werner Trossbach, Kassel
Annette Ulbricht, Kassel
Prof. Dr. Hartmut Ullrich, Kassel
Dr. Klaus Dieter Weber, Kassel
Karl-Hermann Wegner, Kassel
Prof. Dr. Peter-Christian Witt, Kassel/Hamburg